

Die Nationale Volksarmee der DDR zwischen "Wende" und Auflösung
Der Untergang der NVA im Lichte des Zusammenbruchs der DDR

Inaugural – Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der Philosophischen Fakultät III
(Geschichte, Gesellschaft und Geographie)

der
Universität Regensburg

vorgelegt von

Ove Ovens

Ingolstadt
2003

INHALT

	Vorwort	5
1.	Einleitung	
1.1	Zum Thema	9
1.2.	Zum Untersuchungsgegenstand im engeren Sinne: Anmerkungen zum Verhältnis von NVA, politisch- gesellschaftlichem System der DDR und Gesellschaft.....	12
1.3.	Der Aufbau der Arbeit	21
1.4.	Quellen, Literatur, Dokumente.....	27
2.	Der politische Kontext - Zu den Ursachen des Umbruchs in der DDR	31
2.1.	Partei-Staat-Gesellschaft - Zur inneren Logik der Reformunfähigkeit des DDR-Sozialismus	
2.1.1.	Der ideologische Aspekt	34
2.1.2.	Der ökonomische Aspekt	46
2.1.3.	Der herrschaftspolitische Aspekt.....	65
2.2.	Die Blockierung von Modernisierung durch die Sozialismuskonzeption der SED	78
2.2.1.	Das Fehlen einer zur Reform fähigen politischen Elite.....	80
2.2.2.	Das sozialistische Gleichheitsdogma als Hemmnis der Gesellschaftsentwicklung	92
2.2.3.	Der Mangel an Leistungsmotivation als Folge verwehrter Selbstbestimmung.....	102
2.3.	Die Entfremdung von "Volk" und Regierung als Konfliktursache	
2.3.1.	Konformitätszwang und totalitäre Kontrolle der Gesellschaft.....	109
2.3.2.	Frustration, Apathie und Protest.....	117
2.3.3.	Der Weg in die Krise	125
3.	Der militärische Kontext - Die sicherheits- und militär- politische Konstellation vor der "Wende" in der DDR	
3.1.	Die Rolle der DDR in der militärstrategischen Planung der Sowjetunion.....	131
3.2.	Zur Beurteilung der Motive und Absichten der sowjetischen "Verteidigungs"-Konzeption.....	140
3.3.	Die Politik der Stabilisierung des politisch-militärischen Status quo in Mitteleuropa	151
3.4.	Das "Neue Denken" in der sowjetischen Sicherheits- und Militärpolitik	159

4.	Staat-Armee-Gesellschaft – Zur Rolle der NVA als sozialistischer Armee	
4.1.	Die Sicherheits- und Militärpolitik der SED.....	177
4.2.	Die NVA als sozialistische Armee	194
4.3.	Zur Frage "Parteiarmee" oder "Volksarmee"	214
4.4.	Ideologische Ausrichtung und politisches Selbstverständnis des Offizierkorps der NVA	227
5.	Die NVA im politischen Umbruch des Herbstes 1989	
5.1.	Die Situation im Vorfeld der "Wende"	239
5.2.	Die Einsätze der NVA-"Hundertschaften" im Oktober/November 1989	250
5.3.	Zur Rolle der NVA während der Unruhen im Herbst 1989.....	261
6.	Zwischen Reform und Zerfall – die NVA während der Regierungszeit Modrow	
6.1.	Die politischen Rahmenbedingungen im November/Dezember 1989.....	281
6.2.	Die "Militärreform der DDR"	289
6.3.	Die Krise in der NVA	307
6.4.	Das NVA-Offizierkorps in seiner politischen Orientierung	320
6.5.	Die Initiative "Entmilitarisierung der DDR" ("SES")	330
6.6.	Der "Runde Tisch Militärreform"	345
7.	Die NVA im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß – "Abwicklung" statt Reform	
7.1.	Die konträren Positionen der DDR und der Bundesrepublik zur deutschen Sicherheitspolitik	367
7.2.	Der militärische Status Deutschlands als Schlüsselproblem im Prozeß der deutschen Einigung	375
7.3.	Das Ministerium für Abrüstung und Verteidigung und die Frage nach der Zukunft der NVA	390
7.4.	"Auflösen ohne Rest" – die NVA auf dem Weg in die deutsche Einheit	404
8.	Bilanz	419
9.	Schlußbetrachtung	439
	Literaturverzeichnis	447
	Abkürzungsverzeichnis	466
	Chronik	469
	Verzeichnis der Gesprächspartner	478

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis eines keineswegs geradlinig verlaufenen Prozesses kritischer Annäherung an ein Kapitel DDR-Geschichte, das bis heute weithin unbeachtet geblieben ist. Den Anstoß dazu gab ein Symposium mit NVA-Offizieren im März 1990¹, auf dem sich das Bild der DDR-Armee in einem überraschend neuen Lichte zeigte. Die NVA, bis dahin eine der tragenden Säulen des SED-Staates, hatte sich mit dem Bekenntnis zur demokratischen Wende in der DDR und einer tiefgreifenden Reform an "Haupt und Gliedern" allem Anschein nach völlig gewandelt. Ihr Image als "Parteiarmee" schien vergessen zu sein und ihr Ruf als nach den sowjetischen Streitkräften kampfstärkste Armee im Warschauer Pakt eher als störend empfunden zu werden. Die NVA wolle auf dem Weg zu einer neuen, gesamteuropäischen Friedensordnung eine Vorreiterrolle im Prozeß der militärischen Abrüstung übernehmen, bis hin zur Selbstauflösung, so die damals anwesenden NVA-Offiziere.

In Interviews mit dem engeren Kreis der militärischen Führung der NVA zeigte sich allerdings schnell, daß die "Wende" in der Armee differenzierter zu sehen war. Kein General, der die "Auswüchse" des Honecker-Regimes nicht verurteilt hätte – aber auch keiner, der inzwischen in kritischer Distanz zum marxistisch-leninistischen Staats- und Gesellschaftsverständnis der damaligen DDR gestanden hätte. Dieser Staat war ihr Staat gewesen, man hatte ihn aus Überzeugung mitgetragen, nicht zuletzt auch im Vertrauen darauf, als Soldat einer sozialistischen Armee auf der richtigen Seite zu stehen.

Die "auf die Bewahrung des Friedens und den Schutz des Sozialismus" gerichtete Politik der "Partei" schien auch im Nachhinein nichts an Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft eingebüßt zu haben. Die DDR habe in den Jahrzehnten des "Kalten Krieges" entschieden darauf hingewirkt, die real gegebene Kriegsgefahr einzudämmen, zum einen im Sinne der Aufrechterhaltung militärischer Stabilität durch die Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft der NVA, zum anderen durch das Bemühen um Entspannung und Abrüstung. Letzteres habe dazu geführt, daß schon vor der politischen Wende des Herbstes 1989 in beachtlichem Maße einseitige Streitkräfte-Reduzierungen und die Verschrottung von Waffen und militärischem Gerät eingeleitet worden seien. Im Zuge der Wiener Abrüstungsverhandlungen und mit Blick auf den europäischen Sicherheitsprozeß seien dann Truppenreduzierungen und Abrüstungsmaßnahmen vorgesehen gewesen, die die Rolle der NVA im sozialistischen Bündnis und in der Landesverteidigung grundlegend verändert hätten in Richtung einer lediglich noch kleinen Territorialarmee. Insofern könne die DDR mit Recht für sich in Anspruch nehmen, einen achtenswerten Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa geleistet zu haben. Das schließe die Angehörigen der NVA ein. "Die Angehörigen der Streitkräfte der DDR haben den Namen 'Nationale Volksarmee' ernst genommen und lebten jahrzehntelang in der Gewißheit, mit der Erfüllung ihrer militärischen Aufgaben

¹ Seminar des Arbeitskreises Frieden und Sicherheit ("AFUS") in der SPD-Südbayern am 3. März 1990 in Bernried b. Starnberg

dem Volk zu dienen, indem sie zur äußeren Sicherheit der DDR und zur Erhaltung des Friedens in Mitteleuropa beitrugen."²

Der Satz hätte entsprechend abgewandelt auch als Statement jeder anderen Armee in Europa stehen können. Worin unterschied sich in der Frage nach dem Sinn des Soldatseins also das Berufs- und Selbstverständnis des NVA-Offiziers von dem seines Gegenübers in der Bundeswehr? War das Etikett "Parteiarmee" mehr als ein Klischee des Westens? Hatte sich die NVA im politischen Umbruch 1989/90 nicht so gewandelt, daß sie im Rahmen der neuen deutschen Streitkräfte neben der Bundeswehr eine eigenständige Komponente hätte darstellen können?

Ich habe die Antworten auf diese und weitere Fragen zunächst dort gesucht, wo sie vermeintlich am ehesten zu finden waren, bei den NVA-Offizieren selbst. Die Interviews fanden in der Mehrzahl 1991/92 statt, mit unterschiedlichem Erfolg. Neben einigen Gesprächen, die erkennbar mit Vorsatz im Sande verliefen, haben sich insgesamt gesehen doch bemerkenswert viele höhere Offiziere, Generale und hoch gestellte Parteifunktionäre zu Interviews bereit gefunden. Dafür ist ihnen zu danken, denn dieses Einverständnis war im Blick auf ihr manchmal bedrückendes persönliches Schicksal, die nicht lange zurückliegende Entlassung und die damit verbundene Enttäuschung und Verbitterung, keineswegs selbstverständlich.

Abgesehen davon, daß der Versuch, die Beweggründe der militärisch-politisch Verantwortlichen für ihr Handeln oder Unterlassen beleuchten zu wollen, sicherlich keine "letzten Wahrheiten" zutage fördern kann, haben solche Treffen mit beteiligten Zeitzeugen und die Überlassung authentischen Materials für den Fortgang der Arbeit eine wichtige Rolle gespielt. Mir ist darüber hinaus in diesen Gesprächen vieles über die Innenansicht des politischen Systems in der DDR und die politische Kultur Ostdeutschlands zu Bewußtsein gekommen – auch wenn oder nicht selten auch weil man sich als "Bürger der DDR" und als solcher der alten Bundesrepublik in der Wahrnehmung der politischen und sozialen Verhältnisse bisweilen doch sehr unterschied.

Manche der Betroffenen werden der Einschätzung ihres Handelns vermutlich auch nicht zustimmen wollen. Wenn solche Zustimmung sicher kein Kriterium sein kann, nach dem sich bemißt, ob die Perspektive des Verfassers zuzulassen ist oder nicht, bei meinen ostdeutschen Gesprächspartnern hatte ich gelegentlich den Eindruck, daß dies eben so gesehen wurde. Im Brief eines höheren NVA-Stabsoffiziers –inzwischen im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr zur Aufarbeitung der NVA-Vergangenheit eingesetzt– hieß es bezüglich eines Ost-West-Seminars zur Geschichte der NVA: "Ja, dort befanden Sie sich tatsächlich in Gesellschaft eines Teils der NVA-Elite, darunter viele gute Bekannte von mir. Wie ich hörte verlief die Tagung in gutem Einvernehmen. So muß es auch sein in der Geschichtsaufarbeitung. Mit dem Sieg-Niederlage-Schema kommen wir nicht weiter. ..."³

² T. Hoffmann, Das letzte Kommando – Ein Minister erinnert sich, Berlin, Bonn, Herford 1993, S.

³ Der Brief befindet sich im Besitz des Verf.

Nicht alle Gespräche mit NVA-Offizieren verliefen in "gutem Einvernehmen". Manche kamen erst gar nicht zustande, weil Interviewanfragen daran scheiterten, daß gewünscht wurde, zunächst einmal den bereits fertig gestellten Teil der Arbeit zu lesen, zwecks "Korrektur". Ich lief gegen eine Mauer aus Schweigen, als ich in anfangs noch naiver Unbefangenheit Sympathie für Gorbatschow erkennen ließ. Sprach man die Rolle der NVA im SED-Staat an, Stichwort "Parteiarmee", konnte man den Eindruck haben, sich mit seinen Fragen auf vermintem Gelände zu bewegen. Die Auffassung, sich mit einer Seite identifizieren zu müssen, schien so selbstverständlich zu sein, daß es offenbar unglaublich wirkte, eine auf die Sache bezogen kritisch abwägende Position zu vertreten. "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns", das zu DDR-Zeiten geläufige Motto der SED für den Umgang mit Andersdenkenden sorgte für klare Fronten. Die Korruption des Honecker-Regimes mochte kritisiert werden, ein Negativbild von der DDR zu zeichnen, hieß jedoch "Geschichtsschreibung auf Seiten der Sieger zu betreiben".⁴

Der Verfasser fühlt sich keineswegs dem Lager der "Sieger" zugehörig. Er hat, worauf noch zurückzukommen sein wird, von Seiten der Bundesregierung bzw. von offizieller Seite der Bundeswehr keinerlei Unterstützung bekommen. Wäre auf ostdeutscher Seite ebenfalls in dieser Weise "gemauert" worden, dann hätte der folgende Kommentar im Schreiben des Militärarchivs in Freiburg i. Breisgau zutreffen können: "... bleibt Ihnen verlässlich zunächst eigentlich nur die Fundierung Ihrer Arbeit auf amtliche Verlautbarungen (...), Presseveröffentlichungen und Literatur – einschließlich der bislang erschienenen Zeitzeugen- und Memoirenliteratur."⁵

Dem ist glücklicherweise nicht so. Ich bin allen zu Dank verpflichtet, die es mir durch die Überlassung von dokumentarischem Material oder auch persönlichen Aufzeichnungen erst ermöglicht haben, einen Zugang zum Thema zu finden. Das schließt die vielen genannten und ungenannten Gesprächspartner ein, deren Informationen mir oftmals eine wertvolle Hilfe waren.

Mein besonderer Dank gilt Professor Mathias Schmitz, Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Regensburg, der die Dissertation betreut und sich in selbstloser Weise dafür eingesetzt hat, daß sie überhaupt entstehen konnte. Er hat mit nicht endender Geduld ihren Fortgang begleitet, durch seine Anregungen immer aufs neue Impulse gegeben und mir in vielen Gesprächen die Möglichkeit geboten, in der Diskussion der verschiedenen Aspekte des Themas meine Argumentationsstruktur überprüfen zu können. Ohne diesen Rückhalt wäre die Arbeit in der vorliegenden Form nicht zustande gekommen.

Das wäre sie indes auch nicht ohne das Verständnis meiner Frau, der ich in der Hinsicht mehr verdanke als hier gesagt werden kann – ihr ist die Studie gewidmet.

⁴ R. Brühl, Die Nationale Volksarmee der DDR. Anmerkungen zu ihrem Platz in der Geschichte, in: D. Bald/ R. Brühl/ A. Prüfert (Hrsg.), Nationale Volksarmee – Armee für den Frieden, Baden-Baden 1995, S. 13 - 36, hier S. 15f.

⁵ Der Brief befindet sich im Besitz des Verf.

1. Einleitung

1.1. Zum Thema

Am 7. Oktober 1989 präsentierte sich die Nationale Volksarmee der DDR in der Parade zum 40. Jahrestag der Republik in gewohnter Weise mit Stechschritt, klingendem Spiel und dem Aufmarsch der Truppenkontingente auf der Karl-Marx-Allee in Ost-Berlin. Fast genau ein Jahr später, am 2. Oktober 1990, rollte man beim letzten Appell die Truppenfahnen zur Übergabe an das Militärhistorische Museum ein, die Soldaten wurden aus ihrem Eid entlassen, beim Wachwechsel trat die Wache bereits in "NATO-Oliv", dem Kampfanzug der Bundeswehr, heraus – mit dem 3. Oktober 0.00 Uhr existierte die NVA nicht mehr. Ohne einen Schuß abgegeben zu haben, war die nach der sowjetischen Westgruppe einst schlagkräftigste Armee des Ostblocks sang- und klanglos von der Bildfläche verschwunden.

Das Ende der NVA folgte aus dem Ende des Bestehens der DDR, beides die Konsequenz des Beitritts zur Bundesrepublik. Mit dem Untergang der DDR verlor die NVA als Institution und Instrument dieses Staatswesens die Legitimationsgrundlage. Sie spielte als personelle/materielle Planungsgröße beim Aufbau der Bundeswehrstruktur-Ost zwar noch eine Rolle, aber eben nicht in ihrer Identität als "Nationale Volksarmee" oder in der eines aus der NVA hervorgegangenen eigenständigen Truppenteils der Bundeswehr. Die "sogenannte NVA", so ein Brigadekommandeur-"Ost" der Bundeswehr⁶, wurde nicht übernommen, sondern als Relikt aus DDR-Zeiten aufgelöst. Die Konkursmasse wurde zunächst als "Bundeswehrkommando Ost" der Bundeswehr zugeschlagen, um sie dann in einem zeitlich gestreckten Rahmen nach eigenem Gutdünken "abwickeln" zu können, materiell und personell.⁷

War die Auflösung nach Meinung der Bundesregierung unumgänglich, so wiesen die Vorstellungen der politischen Leitung und militärischen Führung der NVA zur Zukunft der Armee zunächst in eine ganz andere Richtung: Wäre es nach dem Willen der DDR-Seite gegangen, so wäre die NVA in ihrem Kern erhalten geblieben. Es hätte auf DDR-Gebiet noch über Jahre hin eine zweite deutsche Armee gegeben, als Teil gesamtdeutscher Streitkräfte selbst in einem vereinten Deutschland.

Die gegensätzlichen Positionen beider Seiten spiegelten die unterschiedliche Interessenlage. Sie wurde bestimmt durch den Gegensatz in der Grundfrage des

⁶ W. Gülich, Der Prozeß der deutsch-deutschen militärischen Vereinigung aus der Sicht eines Brigadekommandeurs in den neuen Bundesländern – Versuch einer ersten Bewertung, in: P. Klein/ P. Zimmermann (Hrsg.), Beispielhaft ? Eine Zwischenbilanz zur Eingliederung der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr, Baden-Baden 1993, S. 21

⁷ Die Truppenteile der NVA blieben unter dem neu geschaffenen Bundeswehrkommando Ost zunächst einmal als "Heimatschutzbrigaden" bestehen. Sie wurden dann innerhalb einer 5-jährigen Übergangsphase um etwa die Hälfte reduziert zu Truppenteilen der Bundeswehr umstrukturiert.

"Zusammenwachsens gesamtdeutscher Streitkräfte", Auflösen oder Übernahme der NVA, einem Gegensatz, der sich letztlich ableitete aus der über lange Zeit bestehenden Erwartung auf DDR-Seite, im Sinne der eigenen politischen Vorstellungen, gerade auch hinsichtlich der Sicherheitspolitik, Einfluß nehmen zu können auf den deutsch-deutschen Einigungsprozeß.

Diese Hoffnungen im DDR-Außen- und Verteidigungsministerium erwiesen sich als Illusion. Nicht nur die bezüglich der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands nicht verhandelbare amerikanische/westdeutsche Position stand dagegen. Auch die vermeintliche Gewißheit, daß die DDR-Außen- und Sicherheitspolitik in Übereinstimmung mit den sowjetischen Interessen Gewicht und Rückhalt haben würde und die Sowjetunion die DDR nicht fallen lassen werde, führte in Ostberlin zu einer unrealistischen Einschätzung der eigenen Möglichkeiten.

Der NVA-Führung schienen die Aussichten, die ehemalige DDR-Armee in ihrem Kern als eigenständige Truppe erhalten zu können, noch bis in den Sommer 1990 hinein durchaus gegeben zu sein. Nach dem Durchbruch in der Frage des militärischen Status eines vereinten Deutschlands bei den sowjetisch-deutschen Gesprächen in Moskau/Archys⁸ ließ sich jedoch voraussehen, daß es die NVA, in welcher Form auch immer, mit dem Vollzug der deutschen Einheit nicht mehr geben würde: mit dem abtretenden DDR-Staat war auch das Ende seiner Armee entschieden.

Das Scheitern der NVA in ihrem Bestreben, den politischen Systemwandel in der DDR und den Systemwechsel zur Bundesrepublik im Kern unbeschadet zu überdauern, ist das Thema dieser Studie. Der Sachverhalt ist komplexer als es auf den ersten Blick scheint. Der oben genannte Erklärungsansatz für die Auflösung der NVA, das mit der deutschen Einheit einhergehende Ende der Existenz der DDR hätte notwendigerweise auch das Ende der DDR-Armee nach sich gezogen, ist zwar zutreffend, läßt aber außer acht, daß dieses Ende schrittweise kam und sich während des Zerfallsprozesses der alten Ordnung lange Zeit noch keineswegs definitiv absehen ließ, wie die neue aussehen würde. Nicht nur für viele der Beteiligten blieb die Frage nach dem politisch-militärischem Status Deutschlands und dem Schicksal der NVA noch bis in den Sommer 1990 hinein offen. Auch sachkundige Beobachter des Geschehens im Westen, im Wissenschaftsbereich, in den Medien, und nicht zuletzt in der Politik selbst, waren sich in ihren Prognosen zum Fortgang des Vereinigungsprozesses und zur Lösung der sicherheitspolitischen Problematik durchaus nicht einig.⁹

Die Forschung hat sich im Laufe der letzten Jahre zwar mit der Rekonstruktion der Fakten und der Analyse des Verlaufs und der Ursachen des Zusammenbruchs

⁸ Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Gorbatschow am 15. Juli 1990 in Moskau und am 16. Juli 1990 in Archys

⁹ Vgl. als Beispiel ein am 24. Juli 1990, also eine Woche nach Archys, im Pressedienst des MfAV veröffentlichtes Interview mit Egon Bahr, in dem dieser den Eindruck erweckte, es sei zu erwarten, daß die NVA in einem Zeitraum von 3 bis 4 Jahren so reformiert werde, daß sie als Teil gesamtdeutscher Streitkräfte "bundeswehrkompatibel" sei; in: T. Hoffmann, Das letzte Kommando – Ein Minister erinnert sich, Berlin, Bonn 1993, S. 329 f

des DDR-Systems befaßt, an der NVA allerdings bislang kaum Interesse gezeigt. Sieht man von Arbeiten bundeswehreigener Forschungseinrichtungen wie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr in Strausberg oder des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes ab¹⁰, so existieren nur vereinzelt wissenschaftliche Abhandlungen, die sich mit der NVA im letzten Jahr ihres Bestehens oder mit bestimmten Aspekten dieses Themas beschäftigen.

Während das Militärgeschichtliche Forschungsamt nach eigenem Bekunden den Ansatz verfolgt, die Militärgeschichte der SBZ/DDR "von vorne" beginnend chronologisch-systematisch zu bearbeiten und neben dieser Grundlagenforschung im Rahmen der historisch-politischen Bildung der Bundeswehr "Orientierungshilfen" bereitstellen will¹¹, geht es der vorliegenden Arbeit um die Vergegenwärtigung der Situation, in der sich die NVA im politischen Umbruch des Herbstes 1989 bis hin zu ihrer Auflösung am 3. Oktober 1990 befand.¹²

Ausgangspunkt der Untersuchung ist ein Blick auf den für das Ende der DDR und ihrer Armee ursächlichen Kontext: auf das Scheitern des sozialistischen Systems in der DDR und auf die Rolle, die der NVA in diesem System und im Bündnis mit der Sowjetunion zukam. Die NVA soll dabei zum einen als militärische Organisation, zum anderen als Institution im SED-Staat DDR in den Blick kommen. In Anbetracht ihres spezifischen Charakters als "sozialistischer" Armee und der daraus resultierenden Besonderheit der politischen Einbindung stellt sich vor dem Hintergrund des Herbstes 1989 naturgemäß als erstes die Frage, wie sich die NVA in den kritischen Monaten Oktober/November angesichts der drohenden "Konterrevolution" verhalten hat. Waren die wenig später vollzogene Trennung von der SED, die "Militärreform" und der eigens ins Leben gerufene "Runde Tisch" beim MfNV ein Beleg dafür, mit der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten zu wollen? Während die Darstellung der krisenhaften Entwicklung in den Streitkräften auf der einen Seite und des Bemühens der NVA-Führung um den Erhalt der Armee auf der anderen die Situation innerhalb der NVA beleuchten will, konzentriert sich das Interesse im letzten Kapitel auf die Frage nach den politischen Entscheidungen, die die Destruktion und letztendlich Zerschlagung der NVA in die Wege leiteten. Im Vordergrund der Betrachtung steht dabei nicht so sehr die Abfolge der Ereignisse als die Konstellation der Bedingungen, die mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zum Untergang der DDR-Armee führten.

¹⁰ Die Beiträge sind jeweils unter dem Namen des Autors nachgewiesen

¹¹ T. Diedrich/H. Ehlert/ R. Wenzke (Hrsg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, Berlin 1998², S. VII

¹² Die Beiträge des MGFA wurden berücksichtigt bis Frühjahr 2002; nach Angaben von Mitarbeitern soll auch im MGFA eine Dokumentation zur Sicherheitspolitik der DDR und den Ereignissen in der NVA im Zeitraum zwischen der politischen Wende im Herbst 1989 und der Übernahme der NVA durch die Bundeswehr in Vorbereitung sein.

1.2. Zum Untersuchungsgegenstand im engeren Sinne: Anmerkungen zum Verhältnis von NVA, politisch-gesellschaftlichem System der DDR und Gesellschaft

Die Frage nach der Rolle der DDR-Volksarmee im revolutionären Herbst 1989 und beim Untergang des Staates und Systems, für die sie stand, muß schon deshalb Interesse wecken, weil dem Militär als größtem Gewaltpotential im Staate beim Ausbruch von Revolutionen in der Regel eine Schlüsselfunktion zukommt, in der vorrevolutionären Phase der Auseinandersetzung wie auch im Konflikt selbst. Es kann durch Androhung oder Einsatz militärischer Gewalt revolutionäre Unruhen schon im Vorfeld eines Umsturzes unterdrücken, es kann auf Seiten der politisch Herrschenden oder auch der unterdrückten Bevölkerung in den Konflikt eingreifen und es kann sich schließlich auch aus ihm heraushalten. Letzteres war in der DDR der Fall. Von Seiten der ehemaligen NVA-Offiziere nimmt man für sich in Anspruch, die Armee habe sich nicht gegen die Bevölkerung einsetzen lassen. Sie sei –auch eingedenk ihres Namens "Volksarmee"– weder bereit noch willens gewesen, sich dem Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung zu widersetzen oder gar mit militärischer Gewalt gegen das Volk vorzugehen, so der frühere Direktor des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Generalmajor Brühl.¹³

Dies ist umso bemerkenswerter, als der politische Umsturz in der DDR nicht auf einen bloßen Austausch der politischen Führungsspitze bei ansonsten weitgehend gleichbleibenden Verhältnissen hinauslief, auch nicht auf einen Systemwandel, sondern letztlich auf einen Systemwechsel. Der war allerdings weder von der SED noch von der NVA gewollt und zunächst auch keineswegs vorausgesehen worden. Beide bauten darauf, in einem weitgehend von "Reform"-Kräften des alten Systems gesteuerten, graduellen Transformationsprozeß "überleben" zu können. Am Scheitern dieses Versuchs von Staat und Armee, mit einer mehr oder minder durchgreifenden Kursänderung durch die Wirren des revolutionären Umbruchs in das ruhigere Fahrwasser einer Reform zu steuern, läßt sich zeigen, daß die politischen Ereignisse als Resultat sich seit langem vollziehender Prozesse sozialen Wandels zu sehen waren, eines Wandels, der die Identität des SED-Systems in der DDR auflöste und eine reform-sozialistische Perspektive nicht mehr zuließ.

Dieser Argumentationsstruktur folgend reicht es nicht, die Auswirkungen der politischen Ereignisse der Jahre 1989/90 auf die NVA zu untersuchen. Wenn sich die Revolution in der DDR entlang der Trennlinie zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen Gesellschaft und Parteistaat, zwischen "Wir" und "Sie" entzündete, so die Soziologin Sigrid Meuschel¹⁴, dann drängt sich natürlich die Frage auf, wie es in der "klassenlosen" DDR-Gesellschaft überhaupt zu solchem

¹³ R Brühl, Die nationale Volksarmee der DDR. Anmerkungen zu ihrem Platz in der Geschichte, in: D. Bald/ R. Brühl/ A. Prüfert (Hrsg.), Nationale Volksarmee - Armee für den Frieden, Baden-Baden 1995, S. 13 - 36, hier S. 32

¹⁴ S. Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt am Main 1992, S. 319f

Riß zwischen "herrschender Klasse" und der Bevölkerung kommen konnte, vor allem aber, ob sich eine solche Trennlinie auch im Verhältnis zur NVA hat erkennen lassen. Wenn nicht, wovon bei ihrem Ruf als "Parteiarmee" ja auszugehen war, worauf war dann die im Vergleich mit großen Teilen der DDR-Bevölkerung unterschiedliche Wahrnehmung der realsozialistischen Wirklichkeit zurückzuführen? Wo verlief die "Trennlinie" zwischen der NVA und den anderen gesellschaftlichen Gruppen, wie integriert war diese sogenannte "Volksarmee" also?

"NVA" oder auch "Armee" stehen in dem Zusammenhang als Synonym für das Offizierkorps der NVA, im noch engeren Sinne für die Führung der Armee. Diese bei der Analyse des Verhältnisses von Politik und Militär übliche Betrachtungsweise läßt sich einerseits begründen mit der in einer jeden Armee hierarchisch herausgehobenen Rolle der Offiziere, die ihnen auf allen Ebenen die Befehlsgewalt gibt. Das Berufsmilitär, und das heißt in erster Linie das Offizierkorps einer Armee, prägt das Bild der Streitkräfte.¹⁵ Zum anderen spiegelt sich bei der relativen Homogenität und inneren Geschlossenheit der Gruppe in den Einstellungen und im Verhalten des Offizierkorps, insbesondere auf den Führungsebenen, der "Geist der Armee". Das Selbstverständnis des Offizierkorps gibt Aufschluß über den Zustand einer Armee, über die Professionalität der Militärorganisation, über Führungsgrundsätze, soldatische Leitbilder und Traditionen, vor allem über die Integration der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft. Wenn auch in keiner Weise auf die Armeen von sozialistischen Staaten gemünzt, dürfte gleichwohl zutreffen, was Samuel P. Huntington bereits in den fünfziger Jahren an den Anfang seiner Theorie der zivil-militärischen Beziehungen stellte: "The principal focus of civil-military relations is the relation of the officer corps to the state ... Consequently, in analyzing civil-military relations, the first necessity is to define the nature of the officer corps. What sort of body is the officer corps? What sort of man is the military officer?"¹⁶

¹⁵ Dies traf bei der NVA noch in besonderem Maße zu, weil sie ausgesprochen offizierslastig war: nicht nur die Zahl der Generale und Admirale, auch die Zahl der Offiziere allgemein war ungewöhnlich hoch, laut den Zahlenangaben des Bundeswehrkommandos-Ost prozentual 4 mal so hoch wie in der Bundeswehr. Während dort das Verhältnis der Offiziere zu den Mannschaften 1: 5,5 betrug, lag es in der NVA bei 1: 0,75 (nach: R. Volk/T. Squarr, Zum inneren Zustand der NVA, in D. Farwick (Hrsg.), Ein Staat – eine Armee. Von der NVA zur Bundeswehr, Frankfurt/M. – Bonn, 1992, S. 235-267, hier S. 243

¹⁶ S. P. Huntington, *The Soldier and the State. The Theory and Politics of Civil-Military Relations*, Cambridge, Massachusetts 1957, Harvard Press, S. 3 – das Zitat wurde in dieser Form entnommen aus R. Hamann, *Armee im Abseits?*, Hamburg 1972, S. 14

Samuel P. Huntington ist in der amerikanischen Militärsoziologie als Gegenpol zu Morris Janowitz nicht unumstritten; das ändert aber nichts daran, daß beide mit ihren bereits in den 50-er Jahren veröffentlichten Arbeiten zum Verhältnis von Militär, Staat und Gesellschaft als *die* "Klassiker" dieser Forschungsdisziplin gelten – insofern ist das Zitat keineswegs als "verstaubt" anzusehen, es hat nach wie vor Geltung und ist in der Aussage auch nicht als strittig zu betrachten.

Die Frage nach dem Offizierkorps der NVA, seinen Versuchen, sich nach dem Sturz des alten Systems aus der Verklammerung mit ihm zu lösen, und seinem Scheitern in dem Bemühen, die Fortexistenz der Armee in ihrem Kern sichern zu können, ist die zentrale Thematik der Arbeit. Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem Selbstverständnis der DDR-Armee. Traf der Vorwurf "Parteiarmee" zu oder war die NVA als eine im wesentlichen militärisch professionelle, anderen Streitkräften vergleichbare Armee zu sehen?

Wie sah sich das Militär selbst? "Der Blick zurück für die Zukunft sollte sich vor allem auf die Weltsicht und das politische Selbstverständnis des Soldaten der Nationalen Volksarmee richten; auch auf die Bedingungen und Faktoren, unter deren Einfluß sie entstanden sind und sich formten. Die Struktur des politischen Denkens dieser sozialen Gruppe war vielschichtiger und kontrastreicher, als man heute gemeinhin annimmt. Im Wissen und unvoreingenommenen Urteil darüber, darin könnte der Schlüssel liegen für das Verhalten der Menschen, die in der NVA dienten."¹⁷, dies die Stimme ehemaliger NVA-Offiziere, die in der "Aufarbeitung der Vergangenheit" das Bild der NVA als "Parteiarmee" verzerrt dargestellt, jedenfalls nicht objektiv bewertet sehen.

Man habe in der NVA mehrheitlich ein positives Verhältnis zum Sozialismus im eigenen Lande gehabt und ihn für zwar dringend reformbedürftig, aber dennoch verteidigungswürdig gehalten, bis sich mit dem Einsturz der "Mauer" eine neue Welt gezeigt habe, "aus der sehr schnell auch eine neue Weltsicht entstand."¹⁸

Wie auch immer der "Blick zurück für die Zukunft" gedeutet werden soll, das Selbstverständnis des Offizierkorps der NVA wurde zunächst einmal bestimmt durch seine Loyalität der SED gegenüber, deren "führende Rolle" bis in die "Wende" des Herbstes 1989 hinein nicht in Zweifel gezogen wurde und deren Repräsentanten in der Armee die Offiziere selbst waren. Für das Offizierkorps der NVA war die Mitgliedschaft in der "Partei" verpflichtend. Abgesehen davon sei beim weitaus größten Teil der Offiziere aber auch die Überzeugung gewachsen, in dieser Partei am richtigen Platz zu sein. Insofern sei die Bindung an die SED eng und deren Einfluß auf das Denken und Verhalten der Berufssoldaten relativ stark gewesen, so einer der gerade zitierten NVA-Offiziere.¹⁹ Die Feststellung steht allerdings in einem nicht zu übersehenden Gegensatz zu der Darlegung, die "Struktur des politischen Denkens" der Offiziere als sozialer Gruppe, also des Offizierkorps, sei vielschichtiger und kontrastreicher gewesen als gemeinhin angenommen – es sei denn, man wollte solch ein Denken ausgerechnet der SED zuschreiben.

¹⁷ K. Held / H. Friedrich / D. Pietsch, Politische Bildung und Erziehung in der NVA, in: M. Backerra (Hrsg.), NVA – Ein Rückblick für die Zukunft. Zeitzeugen berichten über ein Stück deutscher Militärgeschichte, Köln o. J. (1993), S. 205 – 231, hier S. 219

¹⁸ Ebda., S. 223

¹⁹ K. Held, Soldat des Volkes? Über das politische Selbstverständnis des Soldaten der Nationalen Volksarmee, in: D. Bald (Hrsg.), Die Nationale Volksarmee – Beiträge zu Selbstverständnis und Geschichte des deutschen Militärs von 1945 – 1990. Baden-Baden 1992, S. 65 – 78, hier S. 69 f

Gemeinhin angenommen und durch eine Vielzahl soziologischer Studien gestützt, wird an sich die Auffassung, daß das Militär –gemeint sind die lang dienenden Offiziere und Berufsoffiziere– sich in der Tendenz gegenüber der Zivilgesellschaft eher abgrenzt als zu integrieren versucht, gerade auch hinsichtlich seiner ideologischen Orientierungen.²⁰ Das Militär entwickle als Ergebnis von Selektion und Indoktrination einen spezifischen "professional mind", im e. S. eben "military mind".²¹ Zu dessen charakteristischen Merkmalen gehört sicherlich nicht politisch "vielschichtiges und kontrastreiches Denken".²²

Wenngleich sich die Studien auf Untersuchungen in westlichen Armeen beziehen und sich darüber streiten läßt, ob die militärische Führungselite in sozialistischen Armeen als professionalisiert im Sinne des westlichen Professionskonzeptes anzusehen war, so dürfte zumindest die folgende allgemeine Beschreibung im Wesentlichen doch auch für das Offizierkorps der NVA zutreffend gewesen sein: "People who act the same way over a long period of time tend to develop distinctive and per-sistant habits of thought. Their unique relation to the world gives them a unique perspective on the world and leads them to rationalize their behavior and role. ..."²³

Mit anderen Worten, die oben angesprochene Weltsicht der NVA-Offiziere würde wohl weitgehend durch eine solche eher einheitliche, militärische und sozialistische Perspektive geformt worden sein. Womit bereits einiges über die "Struktur des politischen Denkens" ausgesagt wäre: im Blick auf westliche Streitkräfte ist es innerhalb der Militärsoziologie relativ unstrittig, daß als wesentliche Aspekte des "military mind" politischer Konservatismus und damit eng verbunden Nationalismus zu sehen sind.²⁴ Aus marxistisch-leninistischer Sicht drückte sich im "Nationalismus" zwar das Gegenteil dessen aus, was als "sozialistisches Nationalbewußtsein" die Einstellung der "Arbeiterklasse" zur Nation bestimmte. Das änderte jedoch nichts daran, daß es gerade in der DDR um nichts mehr ging als um die fortwährende Betonung der Berechtigung der eigenen nationalen Existenz.

Im Unterschied zu den anderen Staaten des sozialistischen Blocks, krankte das "sozialistische Nationalbewußtsein" des SED-Staates allerdings von Anfang an an

²⁰ Vgl. beispielsweise M. Janowitz, *The Professional Soldier. A Social and Political Portrait*, Glencoe 1960; S. P. Huntington, *The Soldier and the State*, Cambridge 1957; J. v. Doorn (Hrsg.), *Armed Forces and Society*, Den Haag – Paris 1968; 1968; auf die Bundeswehr bezogen: R. Zoll (Hrsg.), *Wie integriert ist die Bundeswehr. Zum Verhältnis von Militär und Gesellschaft in der Bundesrepublik*, München 1979

²¹ B. Abrahamsson, *Military Professionalization and Political Power*, Beverly Hills / London 1972, insbesondere S. 71 - 79

²² Vgl. etwa: "The military mind (...) indicates the sharing of a common outlook, the basis of which is the metaphysical definition of reality as essentially military reality. Even with in the military realm, this mind distrusts "theorists", if only because they tent to be different: bureaucratic thinking is orderly and concrete thinking.", in: C. W. Mills, *The Power Elite*, N.Y. 1956, S. 195, zit. nach B. Abrahamsson, a. a. O., S. 77

²³ S. P. Huntington, *The Soldier and the State*, a. a. O., S. 61

²⁴ Vgl. B. Abrahamsson, a. a. O., S. 80 ff

dem Mangel, der Anerkennungsbereitschaft seitens der Bevölkerung nicht sicher sein zu können. Während Polen, Tschechen oder Ungarn auch ohne ihre Verpflichtung auf die kommunistische Staats- und Gesellschaftsform nationale Identität besaßen, blieb das nationale Bewußtsein der DDR in charakteristischer Weise auf den anderen Teil Deutschlands bezogen. Die ideologisch-abstrakte Legitimation der nationalen Idee²⁵ vermittelte sich konkret in der Abgrenzung zum Feindbild "BRD": im Vergleich mit den ökonomischen Widersprüchen, sozialen Gegensätzen und politischen Konflikten in der Bundesrepublik würde sich die Höherwertigkeit der eigenen Gesellschaftsordnung erweisen, Ausdruck der politisch-moralischen Überlegenheit des sozialistischen Systems in der DDR gegenüber dem krisengeschüttelten und moralisch verrottenden Kapitalismus. Für die NVA kam überdies noch die Überzeugung hinzu, den Sozialismus und damit die DDR schützen zu müssen gegen die Aggressionsabsichten der NATO, deren Ziel es letztlich sei, die sozialistischen Staaten zur Aufgabe zu zwingen und zu beseitigen

Nationale Identität wird seit jeher und in besonderem Maße durch das Militär repräsentiert. Allein schon dessen Existenz ist sichtbares Symbol nationaler Identität und staatlicher Souveränität: Symbol für den Willen und die Entschlossenheit einer Gesellschaft, sich einer von außen kommenden, gewaltsamen Bedrohung ihrer Existenz und Lebensform mit militärischen Mitteln entgegenzustellen; Symbol aber auch für das Vorhandensein einer solchen äußeren Bedrohung und schließlich Symbol dafür, von den Vorzügen und Werten der eigenen Gesellschaftsordnung so überzeugt zu sein, daß sie für verteidigungswert gehalten wird. Im "Dienen für Volk und Vaterland" tritt die Erwartung von Loyalität "dem Staat" gegenüber hervor, besser noch, die Erwartung, sich identifizieren zu können und zu wollen mit den in der Armee vertretenen, vorgeblich gemeinsamen Wert- und Zielvorstellungen der "Gemeinschaft".

Das Militär trägt insofern jenseits seiner rein militärischen Funktionen mit zur sozialen Integration und zur inneren Stabilisierung des politischen Systems bei. Es symbolisiert einen Konsens in der Gesellschaft, der tatsächlich gar nicht gegeben sein muß, aber dadurch, daß er als gegeben geglaubt wird, nationale Identifikation ermöglicht. Ausschlaggebend ist die Überzeugung, für die "richtige" Sache zu stehen, wobei "richtig" dann in der Tat eine Frage der "Weltsicht" ist. "Richtig" aus dem Blickwinkel des Militärs ist das, was verteidigungswert ist.²⁶ Das sind die jeweils bestehenden politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse, ist also letztlich der politische Status quo – bei den politisch-gesellschaftlichen Bedingungen des SED-Systems keine gute Voraussetzung für eine "vielschichtige und kontrastreiche Struktur des politischen Denkens".

"Sozialistisches Nationalbewußtsein" war gemäß offizieller Lesart der wichtigste Faktor im Kampf der Arbeiterklasse. Dem stand der im sozialistischen Lager geforderte "Internationalismus" nicht entgegen. Ideologisch gesehen waren sozia-

²⁵ Vgl. dazu etwa die Ausführungen bei S. Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, a. a. O., vor allem S. 283-291

²⁶ Vorausgesetzt, daß das Militär die normativen Ziele des politischen Systems teilt.

listischer "Patriotismus" und "Internationalismus" als "organisch" miteinander verbunden zu verstehen. Entscheidend war, daß Sozialismus und DDR in ihrem Bestand bewahrt und gefestigt würden, so Politbüromitglied G. Schabowski: "Ich kann nur immer wieder betonen, die Grundhaltung war eine tiefe Überzeugtheit von der Richtigkeit der moralischen und politischen Berechtigung der Existenz der DDR. Das war die Bezugsebene für alles, was sich abspielte. ..." ²⁷

Diese "tiefe Überzeugtheit", laut Schabowski der ideologische Kitt, der die DDR als "sozialistische Nation" zusammenhalten sollte ²⁸, bestimmte einmal mehr die Einstellung in der Armee. Dazu die schon erwähnten NVA-Offiziere: "Die der Nationalen Volksarmee angehörten, glaubten in ihrer Mehrheit nicht nur – nein, sie waren überzeugt, auf der richtigen Seite zu leben und für eine gerechte Sache zu streiten." ²⁹ Vor allem die Berufssoldaten hätten sich mit der NVA identifiziert und eine enge Verbundenheit mit der DDR gezeigt. Diese Verbundenheit wäre selbst im Mai 1990 noch von 87% der Offiziere bejaht worden. ³⁰ – auch das alles andere als ein Beleg dafür, es habe im NVA-Offizierkorps eine "vielschichtige und kontrastreiche Struktur des politischen Denkens" gegeben.

Folgt man R. Wenzke, zu DDR-Zeiten langjähriger Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Institut der DDR und insofern sicherlich unverdächtig Zeitzeuge, dann war wohl eher das Gegenteil zutreffend: Die Streitkräfte hätten zu den Bereichen der DDR-Wirklichkeit gehört, von denen in besonderem Maße obrigkeitsstaatliches Denken und dogmatisch-konservatives Verhalten ausgegangen sei. ³¹

Das kann mit Blick auf den politischen Konservatismus des Militärs allgemein und die permanente Indoktrinierung durch die "Partei" im besonderen kaum überraschen. Nur stellt sich zwangsläufig die Frage, wie ausgerechnet die Armee, im Umbruch der politischen Verhältnisse im Herbst 1989 bis zuletzt auf der Linie der "Partei" und auf Seiten der Regierenden, in der Lage gewesen sein sollte, den Richtungswechsel der revolutionären "Wende" mitzuvollziehen.

Nach Ansicht des ehemaligen Befehlshabers des Bundeswehrkommando-Ost, des früheren Bundeswehrgenerals Schönbohm, ist es dazu auch nie gekommen. Es habe keine erkennbare Selbstreinigung der NVA gegeben, "die alten Führungskader wurden von einer demokratischen, aus einer friedlichen Revolution hervorgegangenen Regierung nachträglich bestätigt und umgingen damit selbstkritische Auseinandersetzungen mit dem Staat, der Partei und dem System, dem sie dienten. ..." ³²

²⁷ G. Schabowski, Das Politbüro - Ende eines Mythos, Reinbek bei Hamburg, 1991, S. 155

²⁸ G. Schabowski im Gespräch mit dem Verf.

²⁹ K. Held/ H. Friedrich / D. Pietsch, Politische Bildung und Erziehung in der NVA, a. a. O., S. 231

³⁰ Ebda., S. 220

³¹ R. Wenzke, Die Nationale Volksarmee (1956–1990), in: T. Diedrich/ H. Ehlert/ R. Wenzke (Hrsg.), Im Dienste der Partei, a. a. O., S. 423 – 535, hier S. 423

³² J. Schönbohm, Zwei Armeen und ein Vaterland: Das Ende der Nationalen Volksarmee, Berlin 1992, S. 26

Das sah man von Seiten der NVA verständlicherweise anders. Die Armee habe sich klar zur Wende bekannt und einen großen Beitrag dafür geleistet, daß die Revolution friedlich verlaufen sei. In der Tat habe man als Offizier das System zunächst mitgetragen, wie andere auch, aber doch im guten Glauben an die Sache des Sozialismus und an die Partei, die für ihn gestanden habe. Die Einsicht, daß man getäuscht wurde und die Armee als Instrument der Partei mißbraucht worden ist, habe sich erst im Nachhinein einstellen können. Man habe sich durchaus nicht in dem bezeichneten Sinne als einer "Parteiarmee" zugehörig gesehen, sondern im subjektiven Selbstverständnis als Offizier einer Volksarmee, und sei im Herbst 1989 deshalb auch nicht bereit gewesen, für den Machterhalt der Politbürokratie die Waffen gegen das eigene Volk zu erheben.

Im übrigen könne die NVA darauf verweisen, noch im Dezember 1989 im Zuge einer umfassenden Militärreform eine Neuorientierung der Armee und einen weitreichenden Demokratisierungsprozeß eingeleitet zu haben. Die Äußerungen des General Schönbohm seien deshalb unzutreffend gewesen und Ausdruck der Vorurteile, die Schönbohm gehabt habe und die die Position der Bundeswehr-Generalität in ihrer Mehrzahl gekennzeichnet habe.³³

Schönbohms Kritik spiegelte nicht nur die Position der Bundeswehrgeneralität, auch das nationale und internationale Medienecho kam größtenteils aus derselben Richtung. Die "Neue Züricher Zeitung" glaubte erkennen zu können: "... Ohnehin gebricht es vielen ostdeutschen Offizieren an der notwendigen Bereitschaft, die Vergangenheit kritisch zu reflektieren. Die Überzeugung, man habe sich nichts vorzuwerfen, ist verbreitet. ..."³⁴ Ähnlich die Süddeutsche Zeitung: In der NVA hätten weiterhin diejenigen das Sagen, die es schon zu Zeiten des SED-Regimes gehabt hätten. "Der Fall der Mauer und die friedliche Revolution waren ihre Sache nicht. Die hohen Offiziere um Admiral Hoffmann zeigen inzwischen zwar einen erstaunlichen Anpassungswillen, aber ihre Verantwortung für die letzten Jahrzehnte können sie nicht leugnen."³⁵

In einem viel beachteten Kommentar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung brachte G. Gillessen die Diskussion um das Für und Wider von NVA-Offizieren in der Bundeswehr aus der Perspektive der Gegner einer Übernahme auf den Punkt: "Auflösen – ohne Rest", so Gillessen, sei die einzig denkbare Lösung. Mit der DDR müsse auch deren Institution NVA verschwinden. Es könne in einem vereinigten Deutschland nur eine Armee geben und darin hätten die Offiziere der Nationalen Volksarmee, fast alle Mitglieder der Kommunistischen Partei, keinen Platz. Niemand in der Bundesrepublik werde solchen Offizieren die Erziehung und Führung von Wehrpflichtigen anvertrauen wollen.³⁶

³³ T. Hoffmann, Das letzte Kommando – Ein Minister erinnert sich, Berlin, Bonn, Herford 1993, S. 257

³⁴ Stoltenberg und Eppelmann zur Auflösung der DDR-Streitkräfte. Verunsicherung ostdeutscher Offiziere, in Neue Zürcher Zeitung v. 13. September 1990

³⁵ Ein Deutschland – eine Armee, Kommentar "cas" in Süddeutsche Zeitung v. 23. 7. 1990

³⁶ G. Gillessen, Auflösen - ohne Rest, in Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25. Juli 1990; siehe Anlage 18

Die Einstellung wurde nicht von allen geteilt. Man erinnerte an den Aufbau der Bundeswehr, wo in großem Maße auf ehemalige Wehrmachts- und selbst SS-Offiziere zurückgegriffen worden war. Es müsse auch den NVA-Offizieren ein Recht auf Irrtum und die Chance zum Neuanfang zugestanden werden.³⁷

Das meinten erwartungsgemäß auch viele NVA-Offiziere. Wenn –sinngemäß– "große Geister" Jahre dafür gebraucht hätten, um zu der Erkenntnis zu gelangen, "daß sozialer Fortschritt nur im Rückzug aus dem realen Sozialismus bestehen kann", so die schon erwähnten Offiziere Held, Friedrich und Pietsch, dann müsse auch Menschen mit weit weniger Einblick eine angemessene Frist zugestanden werden. In einem System, in dem man die Grenzen dessen, was an Wahrheit habe erlaubt werden können, sehr eng gezogen habe, seien die Dinge nicht so leicht durchschaubar gewesen. "Wie sonst wären Millionen dem Irrtum Realsozialismus verfallen, keine soziale Schicht der DDR blieb davon unberührt, alle Dienstgradgruppen in der NVA waren davon erfaßt."³⁸

In ähnlicher Weise auch der ehemalige NVA-Generaloberst Goldbach: die NVA sei von der sowjetischen Politik wie auch von der SED jeweils zu ihren Zwecken instrumentalisiert worden, nur sei das vor der Wende so nicht erkannt worden, sondern eben der Stand heutiger Erkenntnis: "Wahrheit war das, was geglaubt wurde, bis die inneren Schwächen des Systems und seiner Offenbarungen sich deutlich machten und das aufmüpfige DDR-Volk sich neuen Wahrheiten zuwandte."³⁹

Die Frage ist, was denn wirklich geglaubt wurde. Es klingt wenig überzeugend, wenn ein Offizier wie Goldbach, einer der dienstältesten und ranghöchsten Offiziere in der NVA, fast zwei Jahrzehnte an exponierter Stelle, zuletzt stellvertretender Verteidigungsminister, allen Ernstes Glauben machen will, ihm sei die Rolle der DDR-Streitkräfte erst nach der Wende bewußt geworden, er sei auf das SED-Regime bezogen erst nach dem Ende der DDR zu der "bitteren Erkenntnis" gekommen, "im guten Glauben einer schlechten bzw. zweifelhaften Sache gedient zu haben".⁴⁰

Die auf der gleichen Linie liegende Argumentation der oben genannten Polit-offiziere, die Gründe für das Scheitern des SED-Sozialismus seien dem einzelnen trotz mancher „Unzulänglichkeiten im System“ verborgen geblieben, spricht auch nicht dafür, daß man vorgehabt hätte, sich eingehender mit dem Vorwurf „Partei-armee“ und der Frage der eigenen Verantwortung auseinanderzusetzen. Wenn man sich wie Millionen anderer, die dem „Irrtum Realsozialismus verfallen“

³⁷ Vgl. etwa die Leserschrift "NVA-Soldaten schlimmer als die Nazi-Offiziere?" von H. Bebermeyer in: Süddeutsche Zeitung v. 15./16. 9. 1990, S. XXIII

³⁸ K. Held/ H. Friedrich /D. Pietsch, Politische Bildung und Erziehung in der NVA, a. a. O., S. 231

³⁹ J. Goldbach, Die Nationale Volksarmee – Eine deutsche Armee im Kalten Krieg, in: D. Bald (Hrsg.), Die Nationale Volksarmee, a. a. O., S. 125 – 138, hier S. 134

⁴⁰ Ebda., das Zitat steht in einem anderen Zusammenhang, der vollständige Satz lautet: "Es ist die Tragik dieser Soldaten, vor allem der älteren Generationen, zweimal aufeinanderfolgend im guten Glauben einer schlechten bzw. zweifelhaften Sache gedient zu haben."

gewesen seien, in eben diesem Irrtum befunden hatte, sich also in der politischen Einstellung –so die unausgesprochene Schlußfolgerung– nicht wesentlich von der großen Mehrheit der DDR-Bevölkerung unterschieden hatte, dann schien es in der Tat keinen Grund zu geben, anders behandelt zu werden als diese Mehrheit.

Daß selbst diejenigen, die in der Armee als Repräsentanten der Partei für die Politik der SED standen, sich im Nachhinein in solcher Weise zu rechtfertigen versuchen, erinnert in bezeichnender Weise an die Vergangenheitsverdrängung der Nachkriegszeit: Indem die Verantwortung für den Machtmißbrauch des SED-Regimes und die Gebrechen des DDR-Sozialismus, von denen man angeblich nichts wußte und nichts wissen konnte, dem Kreis der politischen Führung und insbesondere Honecker angelastet wurden, stellte sich die Frage nach der eigenen Rolle in diesem System nicht, jedenfalls nicht im Sinne eigener Verantwortlichkeit – genau genommen war man selbst in der Rolle des Opfers. Entsprechend gering war die Neigung, sich mit dem Thema „Vergangenheitsbewältigung“ zu befassen. Man hatte die Fehler der Vergangenheit erkannt, die Militärreform war Ausdruck des Umdenkens in der NVA, mit der „Stunde Null“ wollte man sich nun der Gegenwart zuwenden. In ihrer im Vergleich zu anderen Armeen hohen militärischen Professionalität, so die Hoffnung, würde die solchermaßen gewandelte und bis zuletzt intakte DDR-Armee oder doch zumindest ein großer Teil ihrer Offiziere auch im Rahmen der Streitkräfte eines vereinten Deutschlands eine Aufgabe haben.

Die politisch verfügte Auflösung der NVA bewies, daß gerade das von Seiten der Bundesrepublik nicht gewünscht war. Anders als in der Aufstellungsphase der Bundeswehr bestand beim Übergang zu gesamtdeutschen Streitkräften prinzipiell keine Notwendigkeit, auf das Personal oder Material der DDR-Armee zurückzugreifen, wenn man auch zunächst noch auf die Mitarbeit eines Teils der NVA-Offiziere angewiesen war. Für die Übernahme von NVA-Offizieren galt das gezeigte geistig-politische Selbstverständnis als entscheidendes Auswahlkriterium, deutlich in der Haltung zum ehemaligen Reformkonzept der Bundeswehr, der Konzeption der „Inneren Führung“. In der Bewertung des idealtypisch vom Offizier als Vorgesetztem geforderten politischen und gesellschaftlichen Bewußtseins des „Staatsbürgers in Uniform“ kam natürlich zum Ausdruck, inwieweit sich der einzelne von seiner Vergangenheit gelöst hatte, das formale Bekenntnis zu dem neuen Staat und seiner Verfassung und die widerspruchslöse Befolgung der militärischen Vorschriften und Direktiven reichten nicht aus – das setzte aber gerade das voraus, was man in der NVA trotz „Militärreform“ und „Runden Tischen“ tunlichst vermieden hatte: sich kritisch mit der Vergangenheit als „Parteiararmee“ auseinanderzusetzen. Dies ist unter anderem eine Aufgabe dieser Arbeit.

1.3. Der Aufbau der Arbeit

Ausgangspunkt der Untersuchung ist ein Blick auf den für das Ende der DDR und ihrer Armee ursächlichen Kontext: auf das Scheitern des sozialistischen Systems in der DDR und auf die Rolle, die der NVA in diesem System und im Bündnis mit der Sowjetunion zukam.

Im ersten Teil der Arbeit wird deshalb der Frage nach den Ursachen des Zusammenbruchs der SED-Herrschaft nachgegangen (vgl. Kapitel 2.). Die gesellschaftliche und politische Krise in der DDR hatte politische, ökonomische und soziale Gründe, Stichworte: Modernisierung und Demokratisierung. In erster Linie ausschlaggebend wurde aber, daß ein immer größerer Teil der Bevölkerung im Wissen um die innere Schwäche des Systems im "realexistierenden Sozialismus" keine Perspektive mehr sah und daraus die Konsequenzen zog. Die Massenflucht aus wie die Massenbewegung in der DDR, beides die zwei Seiten der gleichen Sache, waren Beleg für die Frustration, die Verweigerungshaltung und den Protest gegen das Regime, insgesamt für den Zerfallsprozeß des Glaubens an die "Partei". Vor der Folie dieses im Herbst 1989 vorfindlichen Zustands der DDR-Gesellschaft kann die militärische Lebenswelt der NVA auf ihre Besonderheit bzw. Vergleichbarkeit mit dem zivilen gesellschaftlichen Umfeld hin untersucht werden.

Zuvor soll jedoch mit der Rolle der DDR in dem von der Sowjetunion dominierten östlichen Sicherheitsbündnis die sicherheits- und militärpolitische Konstellation in den Blick kommen (vgl. Kapitel 3.), in die DDR und NVA eingebunden waren. Ihr Vasallenstatus gegenüber der sowjetischen Hegemonialmacht zwang beide unter die sowjetische Militärdoktrin. In der militärstrategischen Planung der UdSSR war die DDR im Falle eines Kriegsausbruchs auf dem "Westlichen Kriegsschauplatz" der zentrale Aufmarschraum. Darauf wurden sie und die NVA mit Priorität gegenüber allen anderen staatlichen Belangen bereits in Friedenszeiten vorbereitet. Die umfassende Militarisierung aller staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche wirkte mental vor allem dadurch, daß die permanent hohe Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft suggerierte, die "imperialistische Aggression" der NATO würde unmittelbar bevorstehen. Bei Ausbruch eines Krieges hätte die DDR nur mehr als Territorium von Interesse sein können, die NVA wäre ihren Aufgaben entsprechend an vorderster Front "verheizt" worden.

Im Zusammenhang mit der Betrachtung des sowjetischen Sicherheitskonzeptes wird auch auf das Neue Denken in der sowjetischen Sicherheitspolitik und das damit verbundene Umdenken in den Fragen zum Wesen und Charakter eines möglichen Krieges eingegangen. Die mit der sog. Ostberliner Erklärung von 1987 verkündete Wende in der sowjetischen Militärstrategie blieb nicht ohne Folgen für die Verteidigungskonzeption der DDR und den militärischen Auftrag der NVA – ein Problem, das bis zum Herbst 1989 ungelöst war und plötzlich am Runden Tisch Militärreform unter ganz anderem Vorzeichen wieder diskutiert wurde.

Der militärische Kontext definierte –ideologisch unterfüttert– die Rahmenbedingungen der Sicherheits- und Militärpolitik der DDR und der Rolle der NVA als sozialistischer Armee und Teil der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes. Zu beidem wird im folgenden Kapitel Stellung genommen (vgl. 4.1.; 4.2.), wobei die Darstellung sich bewußt auf die für die Themenstellung der Arbeit wesentlichen Aspekte beschränkt.⁴¹ Im Vordergrund steht die Frage nach dem politischen Handlungsspielraum der DDR-Führung auf dem militärischen Sektor. Die Fragestellung leitet "nahtlos" über zur Betrachtung der Rolle der DDR-Streitkräfte im sozialistischen Bündnis: die NVA als Teil des sowjetischen Streitkräftepotentials, überwacht durch sowjetische Offiziere, geführt vom nationalen MfNV, politisch kontrolliert und indoktriniert durch spezielle Politorgane der "Partei" – im Schnittpunkt der Einflußlinien das Offizierkorps der Armee.

Vor diesem Hintergrund soll die offiziell propagierte These der "Einheit von Partei, Volk und Armee" diskutiert werden (vgl. 4.3.), bevor in einem zweiten Schritt mit Blick auf die Innenansicht der Armee und die Indoktrinierung durch die Partei die Frage gestellt wird nach der politisch-ideologischen Ausrichtung des Offizierkorps der NVA– wie schon erläutert: "What sort of body is the officer corps? What sort of man is the military officer?" (vgl. 4.4.).

Mit dem folgenden Kapitel wendet sich die Untersuchung den Fragestellungen zu, die sich aus der Betrachtung der NVA im letzten Jahr ihrer Existenz ergeben. In Anbetracht ihres spezifischen Charakters als "sozialistischer" Armee und der daraus resultierenden Besonderheit der politischen Einbindung stellt sich vor dem Hintergrund des Herbstes 1989 naturgemäß als erstes die Frage, wie sich die NVA in den kritischen Monaten Oktober/November angesichts der drohenden "Konterrevolution" verhalten hat. Waren die wenig später vollzogene Trennung von der SED, die "Militärreform" und der eigens ins Leben gerufene "Runde Tisch" beim MfNV ein Beleg dafür, mit der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten zu wollen?

"Zur Markierung des Platzes der NVA in der Geschichte" sei festzuhalten, so der schon genannte General Brühl, daß man auch in der NVA die Notwendigkeit "grundlegender Reformen in Staat und Gesellschaft" erkannt gehabt habe.⁴² Im Rahmen der Armee sei damit auch begonnen worden, nur habe die Zeit, sie zu verwirklichen, nicht gereicht. Ein Beispiel seien die Vorschläge der militärischen Führung "zur Demokratisierung der NVA" gewesen. In dem Maße, wie die

⁴¹ Es liegt nahe, die Militärpolitik der SED und das Bild der NVA als Koalitionsarmee im sozialistischen Bündnis vor dem Hintergrund der Entwicklung der Ost-West-Konfrontation nachzuzeichnen. Dabei wären nicht nur Ziele, Planungen und Vorbereitungen einer Seite, sondern beider Bündnisssysteme, einschließlich der Verhandlungen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, zu betrachten gewesen – ein Vorhaben, das schon vom Ansatz her unrealistisch wäre. Diese aufeinander verweisenden Zusammenhänge werden deshalb nur insoweit skizziert, wie es für den thematischen Bezug notwendig ist. Von einer Gegenüberstellung NATO – WVO und NVA – Bundeswehr wurde bewußt abgesehen, ausgenommen wenige Einzelfälle, in denen ein Vergleich unumgänglich war.

⁴² R. Brühl, Die nationale Volksarmee der DDR, a. a. O., S. 32

"Wertekrise des Sozialismus" bewußt und die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der politischen Führung zu solchen Reformen sichtbar geworden sei, habe sich bei den Offizieren das Vertrauen in diese Führung "und ihre Bereitschaft, dieser weiterhin Gefolgschaft zu leisten [verringert]".⁴³

Den Ausführungen ist anzumerken, daß sich der zu DDR-Zeiten ranghöchste Militärhistoriker Brühl dem "Erbe NVA" verpflichtet weiß. Im Gegensatz zu Brühls Darstellung wird in der Arbeit davon ausgegangen, daß die Reformimpulse gerade nicht von NVA-Seite kamen, sondern von der SED. Deren Versuche, in einer Politik der Schadensbegrenzung den staatlichen Macht- und Autoritätsverfall durch die Ankündigung angeblich grundlegender Reformen aufzuhalten, schlossen auch den militärischen Bereich ein. Das Mitwirken der Militärs beschränkte sich dabei darauf, auf der Durchführungsebene Reformkonzepte zu erarbeiten und in geeigneter Form umzusetzen. Sie blieben insofern in der Rolle des Ausführenden, mit anderen Worten, des Befehlsempfängers.

Es ist eine zentrale These der Arbeit, daß die militärische Führung zu keinem Zeitpunkt einen anderen Kurs verfolgt hat als den politisch vorgegebenen. Die Armee ist danach auch im letzten Jahr ihres Bestehens ein absolut gefügiges Instrument der politischen Führung gewesen, sowohl während der Regierungszeit Honeckers, Krenz' und Modrows unter noch sozialistischem Vorzeichen als auch nach der Volkskammerwahl unter der Regierung de Maiziere.

Den Worten Brühls ist zu entnehmen, die NVA sei im Herbst 1989, in ihrem Willen zu Reformen im Gleichschritt mit der demokratischen Revolution in der DDR (was sonst soll mit dem "Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung" gemeint sein?), "weder bereit noch willens" gewesen, gegen die Demonstranten mit militärischer Gewalt vorzugehen.⁴⁴ Im Klartext heißt das, die militärische Führung hätte sich im Falle einer entsprechenden Anweisung –zum Beispiel des Auffahrens militärischer Formationen als Drohkulisse– geweigert, einen solchen Befehl auszuführen. Danach wäre davon auszugehen gewesen, daß die NVA der politischen Führung im Hinblick auf einen Einsatz im Innern die Loyalität aufgekündigt hatte – dem soll nachgegangen werden (vgl. Kapitel 5.). Gerade weil die Quellenlage in der Hinsicht sehr dürftig ist und sich das NVA-Militär nach der "Wende" in der DDR unter einem spürbaren Rechtfertigungszwang sah, muß offengelegt werden, was sich als objektiv wahr belegen läßt, was sich mit triftigen Gründen als wahrscheinlich vermuten läßt und was nach Äußerungen Beteiligter so gewesen sein soll, wie es geschildert wird.

Dafür daß die militärische Führung jeweils im Einklang mit der von der politischen Führung vorgegebenen Linie handelte, spricht die Ende November 1989 eingeleitete Militärreform (vgl. 6.2.). Sie war, einhergehend mit dem Austausch der militärischen Führungsspitze, von der NVA-Führung exakt eine Woche nach der Verabschiedung des „Aktionsprogramms der SED“ auf der 10. ZK-Tagung beschlossen worden (vgl. 6.1.). Ebenfalls in Übereinstimmung mit dem Kurs der

⁴³ Ebda.

⁴⁴ Ebda.

Modrow-Regierung wurde parallel zum Zentralen Runden Tisch auf Regierungsebene und zur Gründung weiterer Runder Tische in anderen staatlichen Bereichen Mitte Dezember auch vom MfNV ein "Runder Tisch Militärreform" ins Leben gerufen (vgl. 6.6.). Und wie bei Modrow am Zentralen Runden Tisch zeigte man auch im MfNV zunächst wenig Bereitschaft, den politischen Gruppierungen am militärischen Runden Tisch tatsächlich gestaltenden Einfluß einzuräumen. Angesichts ihrer ultimativen Forderung, entweder beteiligt zu werden oder die Mitarbeit aufzukündigen, sah sich die NVA-Führung allerdings schon nach kurzem zum Nachgeben gezwungen. Sie schlug daraufhin einen Kurs der Verständigung ein, der den Runden Tisch in die Verantwortung für die Ausarbeitung der Eckpunkte der Militärreform einbezog.

Das eigentliche Ziel der Militärs, die Anfang 1990 außerordentlich kritische Situation in den Streitkräften (vgl. 6.3.) nicht ins Chaos abgleiten zu lassen, wurde dank des Arrangements mit den Oppositionsgruppen am Runden Tisch erreicht. Die Lage in der Truppe, zunächst durch immer neue Horrormeldungen zu Fahnenfluchten, Verweigerung des Dienstantritts bis hin zur offenen Auflehnung ganzer Einheiten gekennzeichnet, stabilisierte sich allmählich. MfNV und Runder Tisch erarbeiteten nach den anfänglichen Schwierigkeiten Hand in Hand mehrere Gesetzesvorlagen zur Militärreform, vor der März-Wahl 1990 empfahl man sich gemeinsam der neuen Regierung als Berater.

Der bemerkenswerte Gleichklang zwischen militärischer Führung und den zu einem beträchtlichen Teil linken Gruppen des Runden Tisches muß überraschen. Dies umso mehr, weil sich ja viele der Delegierten zur Friedensbewegung zählten und keineswegs bereit waren, den Militärs nach dem Mund zu reden. Das MfNV mußte denn auch "manche Kröte schlucken" und zeigte in der Tat ein erstaunliches Maß an Anpassungsbereitschaft. Die Frage ist nur, ob dieses Einschwenken auf die politischen Vorstellungen des Runden Tisches, auf Auffassungen, die den gleichen Offizieren kurz zuvor noch als "konterrevolutionär" gegolten hätten, auf einen Wandel in den politischen Einstellungen hindeutete. Waren die Ansätze zur Militärreform Ausdruck eines demokratischen Lernprozesses oder Zugeständnis an die veränderten Zeiten? Spiegelte die "Militärreform" lediglich die offizielle Position der NVA-Führung oder auch das Denken in Ministerium und Truppe? Bewirkte die neu gewonnene politische Freiheit eine Veränderung der politischen Einstellungen? Gab es im NVA-Offizierkorps politische Pluralität oder wirkten die Orientierungsmuster der "Parteiarmee" nach? Welcher politischen Couleur fühlten sich die Offiziere zugehörig, die die Militärreform in die Praxis umsetzen sollten? Die Fragen sind nur im Kontext zu beantworten und die Antworten lassen sich auch nur im Kontext der weiteren Analyse plausibel begründen.

Sicherlich nicht zu den Militärs im üblichen Sinne gehörte eine kleine Gruppe von "Perestroikisten" unter den Offizieren, meistens Politoffiziere und in der Regel Mitglied im "Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung", die von der politischen Einstellung her Abstand wahrte zu den "Betonköpfen" und "Stalinisten", die es wohl nicht nur in der Truppe, sondern auch in den höheren Stäben und im MfNV gab (vgl. 6.4.).

Mehrere dieser Reform-Offiziere, schon vor der politischen Wende in engem Kontakt mit der kritischen Parteiintelligenz im staatlichen und parteinahen Bereich, waren Anfang Januar 1990 Mitbegründer einer "Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit" (SES). Auf die Programmatik von "SES" soll ausführlicher eingegangen werden (vgl. 6.5.), weil sie eine Zielsetzung verfolgte, die bei der Friedensbewegung in den Bürgerrechtsgruppen der DDR über die "Grünen" bis in die SPD hinein mit Zustimmung rechnen konnte: die "Entmilitarisierung der DDR" als Modell für den europäischen Abrüstungsprozeß.

Wie sich zeigen sollte, spielte der Gedanke, den deutschen Vereinigungsprozeß im Sinne konkreter Schritte beim Aufbau einer europäischen Friedensordnung an den KSZE-Prozeß zu koppeln, auch in der Programmatik der Regierungskoalition de Maizières eine bedeutsame Rolle (vgl. 7.1.) Aus heutiger Sicht läßt sich leicht erkennen, daß derartige Überlegungen, eingeschlossen die damit verbundenen Erwartungen an den zunächst noch erhofften Erhalt der NVA als Territorialarmee, keine Chance hatten. Dagegen standen nicht nur das Veto der USA gegen eine Herabstufung der Rolle des westlichen Bündnisses und gegen ein Ausscheiden Deutschlands aus der NATO, sondern auch die Entwicklung und das Tempo des Einigungsprozesses (vgl. 7.2.) Dennoch galt im DDR-Außenministerium und im "Ministerium für Abrüstung und Verteidigung" die Synchronisierung des Prozesses zur Herstellung der deutschen Einheit mit dem des Entstehens einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur an Stelle der beiden Militärbündnisse als ernst zu nehmende Option (vgl. 7.3.) .

Für den Untergang der NVA ausschlaggebend wurde letztlich, daß der sowjetische Präsident Gorbatschow mit seiner Zustimmung zur Wiedervereinigung "Grünes Licht" gab für die Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO. Damit war für den Fortbestand der DDR-Streitkräfte jede Existenzgrundlage entfallen. Wie ließ sich dann verstehen, daß DDR-Abrüstungs- und Verteidigungsminister Eppelmann noch nach Archys meinte versprechen zu können, es gebe eine politische Alternative zur Auflösung der NVA, während sein Staatssekretär bereits die Modalitäten der Abwicklung kannte? Spielte dessen Verhandlungsführung bei den deutsch-deutschen Verhandlungen zum Einigungsvertrag der westdeutschen Seite in die Hände oder waren andere Lösungen als die getroffenen Festlegungen gar nicht mehr möglich?

Die Antworten auf manche dieser Fragen können das Geschehen nicht in allen Einzelheiten nachzeichnen, sie bleiben zum Teil auch so lange Vermutung, bis die entsprechenden Akten zugänglich sind. Nicht zu bestreiten ist jedoch, daß das Motto "Auflösen ohne Rest" des schon erwähnten Kommentars in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung⁴⁵ auch zur Devise für die Abwicklung der NVA wurde (vgl. 7.4.). Zwar ist ein "Rest" der ehemaligen DDR-Armee in die Bundeswehr übernommen worden⁴⁶, von einer "Vereinigung zweier vormals feindlicher Armeen"

⁴⁵ G. Gillessen, Auflösen - ohne Rest, Kommentar in der Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25. Juli 1990, Anlage 18

⁴⁶ Von den am 3. Oktober 1990 noch im Dienst gewesenen ca. 24 000 Offizieren der NVA sollen knapp 2500, von den 14 000 Unteroffizieren mit Portepée (Feldwebeldienstgrade) etwa 5000 und von den 9000 Unteroffizieren ohne Portepée etwa 2500 auf Dauer oder

zu einer "Armee der Einheit", wie es rückblickend aus den Reihen der Bundeswehr hieß⁴⁷, konnte aber keine Rede sein.

Zieht man Bilanz, so fällt das Urteil je nach dem Standpunkt des Betrachters unterschiedlich aus: während der aus Bonn kommende Befehlshaber des neuen Bundeswehrkommando-Ost, Generalleutnant Schönbohm, in seiner Antrittsrede hervorhob, man sei nicht als Sieger gekommen, war genau das in umgekehrter Lesart, nämlich das Empfinden, "den Krieg verloren zu haben", der Eindruck, den viele der NVA-Offiziere hatten. Abgesehen davon zählten sich die Parteigänger des SED-Systems, und zu denen gehörte die militärische Elite zweifellos, ohnehin zu den Verlierern der Einheit. Ex-Verteidigungsminister Hoffmann: "Es ist eine Tatsache, daß sich auch ein beträchtlicher Teil der Intelligenz der DDR abgewickelt, entmündigt und diskriminiert fühlt, daß vor der Vereinigung gegebene Versprechen nicht eingehalten wurden. Zu den um ihre Hoffnungen Betrogenen rechnen sich auch viele Angehörige der bewaffneten Kräfte. ..."⁴⁸

Auf diesen Zwiespalt der Gefühle soll in einer abschließenden Schlußbetrachtung noch eingegangen werden.

langfristig in die Bundeswehr übernommen worden sein – exakte und abschließende Angaben zur Zahl der als Berufs- und Zeitsoldaten übernommenen ehemaligen NVA-Angehörigen konnte oder wollte man dem Verf. von Seiten der Bundeswehr nicht mitteilen.

⁴⁷ Vgl. beispielsweise D. Farwick (Hrsg.), Ein Staat – eine Armee, a. a. O., S. 9 oder auch im Klappentext auf der Buchrückseite.

⁴⁸ T. Hoffmann, Das letzte Kommando, a. a. O., S. 9

1.4. Quellen, Literatur, Dokumente

Der Verfasser war bestrebt, zu dem, was die Ziele, die Hoffnungen und nicht zuletzt die tatsächliche Situation in den Monaten zwischen Oktober 1989 und 1990 ausmachte, Informationen aus erster Hand zu bekommen. Wie schon gesagt, ist dies gelungen, weil viele höhere Offiziere, so auch die während des letzten Jahres der NVA verantwortliche militärische Führungsspitze, in entgegenkommender Weise zu Interviews bereit waren.⁴⁹ Neben solchen Interviews mit Generalen/Admiralen und Offizieren aus dem Ministerium, von der Militärakademie in Dresden und von der Militärpolitischen Hochschule in Berlin gab es zahlreiche Gespräche mit Offizieren und ehemals wehrpflichtigen Soldaten aus der Truppe, die zum einen die Entwicklung der Situation in und nach der "Wende" in der NVA betrafen und zum anderen auch Einblick gaben in das Innenleben der Armee.

Es versteht sich von selbst, daß diese Berichte durch unterschiedliche Wahrnehmungen, durch persönliche Wertungen und wohl oft auch durch den Zwang zur Rechtfertigung subjektiv gefärbt sind. Dem wurde dadurch entgegengesteuert, daß die Interviews in der Regel unabhängig voneinander durchgeführt wurden und sich insofern Vergleichsmöglichkeiten ergaben. Dennoch bleibt, daß die Ergebnisse dieser Gespräche nur mit der gebotenen Vorsicht verwendet werden können. Auf die Interviews wird deshalb in der Regel nicht unmittelbar zurückgegriffen, dennoch fließt dieses Hintergrundwissen natürlich mit in die Darstellung ein.

⁴⁹

Interviews fanden statt mit dem ehemaligen DDR-Verteidigungsminister Admiral T. Hoffmann* und seinen Stellvertretern, dem Chef des Hauptstabes Generalleutnant M. Grätz und dem Chef Technik und Bewaffnung Generaloberst J. Goldbach sowie mit dem Leiter der "Regierungskommission Militärreform", dem NVA-Hauptinspekteur und späteren Leiter der MAFE, Generalleutnant H. Süß, und seinem Nachfolger in dieser Funktion, dem stv. Chef der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, Generalleutnant Baarß. Weiterhin wurden Gespräche geführt mit den Generalmajor H.-W. Deim (MfNV), Generalmajor Prof. Dr. R. Brühl (Direktor des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR), Generalmajor R. Lehmann (stv. Leiter MAFE), dem Konteradmiral Prof. Dr. G. Pöschel (MAFE) und dem für die NVA zuständigen Sektorleiter der Abteilung Sicherheitsfragen im ZK der SED, Generalmajor Dr. W. Hübner. Weitere Gesprächspartner waren die Obersten J. Schunke (MfNV), H.-W. Weber (MfNV), Priemer (Kommandeur 1. MSD) und Prof. Dr. W. Schreiber (Militärpolitische Hochschule Berlin). Interviews wurden auch durchgeführt mit sog. „Reformern“ aus dem „Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung“, u. a. Kapitän z. S. Prof. Dr. M. Scheler (MAFE), Kapitän z. S. Dr. S. Fischer (MAFE), Prof. Dr. L. Kleinwächter (Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft/IIB), Dr. W. Schwarz (IPW), Prof. Dr. M. Müller (Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft). Darüber hinaus gab es Treffen mit weiteren 17 früheren NVA-Offizieren. Gleichsam im Kontrast dazu stand die Begegnung mit dem Staatssekretär im „Ministerium für Abrüstung und Verteidigung“ W. Ablaß, dessen Aufgabe im Wesentlichen in der Abwicklung der NVA bestand. Schließlich gab es noch, um die militärpolitischen Rahmenbedingungen im Kontext des politischen Prozesses besser beurteilen zu können, Gespräche mit zum damaligen Zeitpunkt politisch einflußreichen Persönlichkeiten wie etwa G. Schabowski als ehemaligem Politbüro-mitglied, Professor W. Datschischew, deutschlandpolitischer Berater Generalsekretär Gorbatschows, und auf westdeutscher Seite E. Bahr, der zu den Beratern des letzten DDR-Verteidigungsministers Eppelmann gehörte.

Die Arbeit stützt sich in erster Linie auf Materialien des Ministeriums für Nationale Verteidigung, später „Ministerium für Abrüstung und Verteidigung“, die im Militärischen Zwischenarchiv in Potsdam, dem früheren Militärarchiv der DDR, gelagert waren und heute im Bundesarchiv/Militärarchiv zugänglich sind. Dabei handelt es sich um perspektivische Planungen zur Entwicklung der NVA, um Direktiven der WVO an das Ministerium, um Materialien, die sich auf die Konzeption und Durchführung der „Militärreform der DDR“ beziehen, um Meldungen, Berichte, Analysen u. dgl. aus dem Schriftverkehr des Ministers, um Auszüge aus den Protokollen der Dienstbesprechungen des Chefs des Hauptstabes, um Befehle des MfNV und Rückmeldungen und Zustandsberichte aus der Truppe.

Des weiteren finden jedoch auch Materialien Verwendung, die dem Verfasser von privater Seite (in der Regel in Kopie) überlassen wurden. Das betrifft zum Beispiel Positionspapiere, Vorlagen, Mitschriften und Protokolle der Runden Tische zur Militärreform, aber auch persönliche Aufzeichnungen und nicht veröffentlichte Dokumente. Der Nachweis dieser Quellen ist insofern problematisch, als die Herkunft für den Leser nicht nachprüfbar ist. Die Quellen werden aber offengelegt und allein schon der äußere Eindruck solcher Dokumente dürfte bestätigen, daß es sich um authentisches Material handelt. Sie können bei Interesse eingesehen werden.

Wenn auf Presseveröffentlichungen, Bücher, Filmbeiträge, Interviews und Statements im Fernsehen aus und über die Zeit der Wende des Herbstes 1989 und den nachfolgenden Prozeß der deutschen Einigung Bezug genommen wird, stellt der Quellennachweis kein Problem dar. Anders liegt der Fall allerdings bei Belegstellen in Büchern, Broschüren oder Fachzeitschriften der früheren DDR und der NVA, Quellen, die nicht mehr allgemein zugänglich sind und deshalb gerne zur Verfügung gestellt werden. Das gilt auch für die den Übersetzungen sowjetischer Militärschriften und die inzwischen zum Teil vergriffenen Ausgaben der NVA-Truppenzeitungen „Militärreform“ und „Trend“.

Mit herangezogen wurden auch nach der Wiedervereinigung veröffentlichte Bücher und Buchbeiträge von Autoren aus der ehemaligen NVA oder aus deren politischem Umfeld, die als Insider über ihren jeweiligen Verantwortungsbereich berichten. So kritisch und mit Vorsicht solche Berichte zu betrachten sind, sie geben für Außenstehende sonst kaum zu erlangende Einblicke in das Innenleben der Armee. Das betrifft vor allem T. Hoffmanns Buch „Das letzte Kommando“, das trotz seines abenteuerlichen Titels keineswegs als „Memoirenliteratur“ abzutun ist. Hoffmann, wie schon erwähnt zwischen November 1989 und März 1990 DDR-Verteidigungsminister, danach „Chef der Nationalen Volksarmee“, kann als der wohl bestinformierteste Zeitzeuge bezüglich der Entwicklung des Geschehens in der NVA gelten. Der Verfasser hat auf sein Buch häufiger zurückgegriffen, nicht als Textvorlage, sondern eher als „Steinbruch“ für eine Bestandsaufnahme hinsichtlich des Verhältnisses der NVA-Militärs zum veränderten geistig-politischen Klima in der DDR der „Wende“.

Der Verfasser hat von Seiten der Bundesregierung bzw. von offizieller Seite der Bundeswehr keinerlei Unterstützung bekommen, im Gegenteil: Da ihm unter Hinweis auf die Sperrfrist für Regierungsakten nicht gestattet wurde, die Unterlagen des Führungsstabs der Streitkräfte und andere Dokumente aus dem Bereich des BMVg einzusehen⁵⁰, bleibt hinsichtlich der Planungen und der Einflußnahme des BMVg auf den Prozeß der Deutschen Einigung zwangsläufig vieles nur angedeutet, jedenfalls nicht dokumentiert.

Hinweise zur Benutzung:

Die Quellenangaben in den Fußnoten enthalten bei erstmaliger Zitierung den Namen des Autors, den Titel, den Ort und das Jahr des Erscheinens, ggf. die Ausgabe, sowie die Seitenzahlen. Bei weiterer Zitierung werden die Belege in verkürzter Form wiedergegeben. Bei Sammelbänden sind der oder die Herausgeber angegeben, bei einem, wie in der DDR oft üblich, „Kollektiv“ der oder die Leiter des Kollektivs, die übrigen Angaben wie oben, zusätzlich die Seitenzahlen, wo der Beitrag zu finden ist. Für Zeitschriften werden der Titel der Zeitschrift, der Jahrgang, das Jahr und die Heftnummer angeführt sowie auf den Beitrag bezogen der Name des Autors, der Titel, die Seitenzahlen des Beitrags und die Seitenzahlen der jeweiligen Anmerkung. Bei Zeitungsbeiträgen ist die Zeitung, der Titel und ggf. der Autor des Beitrags sowie das Erscheinungsdatum angegeben. Um die Identifizierung von militärischen Fachbüchern und anderer Literatur aus der ehemaligen DDR zu erleichtern, ist, wenn möglich, der Verlag mit aufgeführt.

⁵⁰

Die Versuche, Akteneinsicht zu bekommen, scheiterten an den nicht erfüllbaren Auflagen des BMVg / Fü S I 4: nachdem zunächst jede Form von Akteneinsicht verweigert worden war, wurde im letzten Schreiben vom 5. 2. 2001 das "amtliche" Interesse einer Behörde ("amtliche" unterstrichen) verlangt und die vorherige Freigabe/Rückstufung jedes einzelnen Schriftstückes mit Verschlusssachencharakter (das dürfte jedes Schriftstück aus dem Führungsstab beim Minister gewesen sein) durch den Herausgeber, also das BMVg selbst. Bei höherer Einstufung, z. B. auf NATO-Ebene, hätte die Einstufung nur im Einvernehmen mit den jeweils auch Betroffenen geändert oder aufgehoben werden können. Der Antrag hätte in jedem Einzelfalle erfolgen und vom Staatssekretär im BMVg genehmigt werden müssen.

Da sich vorher in der Regel gar nicht absehen läßt, welche Schriftstücke man einsehen will und eine Vorabsichtung nicht zugelassen wurde, scheitert das Vorhaben schon an dieser Regelung. Das ist auch der Eindruck der zuständigen Referatsleiter im Militärarchiv in Freiburg/Brsg. gewesen, die sich zuvorkommend und in uneigennütziger Weise für den Verf. eingesetzt haben, aber im Endeffekt auch nichts bewirken konnten.

Die Verfahrensweise ist höchst unbefriedigend, weil es nicht zur militärischen "Zunft" gehörigen Dritten durch diese nicht zu nehmenden bürokratischen Hürden unmöglich gemacht wird, die Dokumente in ihre Untersuchungen einzubeziehen, während sie von den militärischen oder dem Militär zuzuordnenden Forschungseinrichtungen ausgewertet werden können, etwa von den Mitarbeitern des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes.

Von besonderem Interesse wären auch die Akten der "Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik des Kabinettausschusses Deutsche Einheit" gewesen, die aber ebenfalls als "geheim" eingestuft wurden.

2. Der politische Kontext – Zu den Ursachen des Umbruchs in der DDR

Der Umsturz in der DDR wurde weder von der SED-Führung im Politbüro⁵¹ noch von der demonstrierenden Bevölkerung selbst⁵² und schon gar nicht von westlichen Beobachtern⁵³ der politischen Entwicklung in der DDR vorausgesehen. Daß der Herbst 1989 dennoch zum Datum des politischen Umbruchs wurde und damit den Anfang vom Ende der DDR markierte, war vor allem drei sich überlagernden Ereignissen zuzuschreiben: dem für die Partei- und Staatsführung selbstzerstörerischen Dauerkonflikt mit den Oppositionsgruppen wegen der Kommunalwahl-Fälschungen im Mai 1989, der ignoranten Reaktion des Politbüros auf die Fluchtwelle aus der DDR und der auf der gleichen Linie liegenden Demonstration seiner Reformunwilligkeit am vierzigsten Jahrestag der Republik. Die als Folge der Führungsschwäche des Politbüros immer deutlichere Unfähigkeit des Partei- und Staatsapparates, die schnell eskalierende Situation noch zu kontrollieren, wurde dann schließlich zum auslösenden Moment des Umsturzes.

Möglich war die "Wende" nur, weil der Reformkurs Gorbatschows ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion nicht mehr zuließ und Honeckers Regierungsstil von sowjetischer Seite zunehmend als Belastung empfunden wurde. Die sowjetischen Streitkräfte in der DDR hatten Order, in ihren Kasernen zu bleiben⁵⁴, eine Wiederholung von 1953 würde es nicht geben.⁵⁵ NVA-Kräfte kamen zwar in

⁵¹ Vgl. die aufschlußreiche Beschreibung G. Schabowskis als "Insider" im Politbüro, in: G. Schabowski, *Der Absturz*, Berlin 1991, S. 153 ff

⁵² Vgl. die Berichte und Eindrücke der Beteiligten in dem Sammelband H. Knabe (Hrsg.), *Aufbruch in eine andere DDR, Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes*, Reinbek bei Hamburg 1989

⁵³ Vgl. die kontroverse Diskussion zwischen J. Nawrocki und W. Bleek, in: *Das Parlament* vom 19.10.1992; vgl. auch Bremer Symposium über DDR- und Deutschlandforschung, in: *Deutschland Archiv*, 23.Jg. 1990, H.12, S. 1863-1873; H. Jäckel: *Unser schiefes DDR-Bild. Anmerkungen zu einem noch nicht verjährten publizistischen Sündenfall*, in: *Deutschland Archiv*, 23.Jg. 1990, H. 10, S. 1557-1566; G.-J. Glaeßner, *Eine "Lebenslüge" wird Wirklichkeit*, in: *Deutschlandarchiv*, 24.Jg. 1991, H. 4, S. 403-407; W. v. Bredow, *Perzeptionsprobleme. Das schiefe DDR-Bild und warum es bis zum Schluß so blieb*, in: *Deutschland Archiv*, 24. Jg.1991, H. 2, S. 147-154; vgl. H. P. Hamacher: *DDR-Forschung und Politikberatung 1949-1990. Ein Wissenschaftszweig zwischen Selbstbehauptung und Anpassungszwang*. Köln 1991; J. Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärberei und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*. Berlin 1992

⁵⁴ Diese Informationen wurden dem Verfasser von Prof. Dr. W. Daschitschew, (Akademie der Wissenschaften, Moskau), zu damaliger Zeit enger Berater Gorbatschows, in einem persönlichen Gespräch gegeben. Er wies auch darauf hin, daß der Vorwurf mancher ehemaliger SED-Funktionäre haltlos sei, die Sowjetunion habe die DDR schon 1988 nach Gorbatschows USA-Besuch abgeschrieben. Man habe zwar Honecker fallengelassen, aber keineswegs die DDR. Vgl. dazu auch R.G. Reuth / A. Bönnte, *Das Komplott - Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam*, München 1993

⁵⁵ Vgl. SPIEGEL-Serie, *Die Falin-Memoiren*, Wink mit dem Zauberstab, Aus den "Politischen Erinnerungen" Valentin Falins (II): Gorbatschow und die Wiedervereinigung Deutschlands, in: *DER SPIEGEL*, Nr. 39/47. Jahrgang, 27. September 1993, S. 184, 192; vgl. auch die Anmerkung im SPIEGEL, Falin habe dem Westbeliner Bürgermeister Momper bereits am 30.9.1989 versichert, sowjetische Truppen würden sich in die inneren Angelegenheiten der DDR nicht einmischen, in: SPIEGEL-Serie, *Die*

einigen Fällen zum Einsatz, aber nachweislich nicht als militärische Formationen.

Da eine militärische "Lösung" immer unwahrscheinlicher wurde, war für die Demonstranten wie für den Partei- und Staatsapparat selbst die Schwäche der Herrschenden plötzlich sichtbar. Die Konzept- und daraus resultierende Sprachlosigkeit des Machtzentrums lähmte den auf Entscheidungen wartenden "Apparat". In dem Maße wie sich die Handlungsinitiative von "ganz oben" nach "ganz unten" verlagerte, zerfiel die Fassade der Perfektion und Unangreifbarkeit des Systems. Die einschüchternd martialische Demonstration von Staatsmacht verfiel nicht mehr. Im brachialen Vorgehen der "Sicherheitskräfte" in Berlin und Dresden war nur noch der letzte eher hilflose Versuch der Führungsspitze im Politbüro zu sehen, nach altbewährtem Rezept das Heft wieder in die Hand zu bekommen. Ohne den Einsatz militärischer Mittel und ohne die Rückendeckung der bisherigen Garantiemacht Sowjetunion mußte das ein hoffnungsloses Unterfangen bleiben - mit dem Einsatz der Streitkräfte und einer "Lösung" nach chinesischem Muster⁵⁶ hätte die DDR vermutlich vor dem offenen Bürgerkrieg gestanden. International geächtet, hätte sie der dann zu erwartende Wirtschaftsboykott wohl endgültig in den Ruin getrieben. Da sich der lawinenartig anschwellende Protest nicht mehr eindämmen ließ, nahm die "Wende" so ihren Lauf, vom Sturz des inneren Zirkels der Macht bis schließlich hin zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß.

Die Ereignisse des Herbstes 1989 hatten ihre Vorgeschichte. Sie war Ausdruck des seit Ende der siebziger Jahre spürbaren Zersetzungsprozesses des DDR-

Falin-Memoiren, Tanz um Deutschland, Die Memoiren des Moskauer Deutschland-Politikers Walentin Falin, in DER SPIEGEL, Nr. 37 / 47. Jahrgang, 13. September 1993, S.143

⁵⁶ Gemeint ist die blutige Niederschlagung des oppositionellen Studentenprotestes in Peking durch die 27. chinesische Armee am 4. Juni 1989. Die darauf folgende Welle von Verhaftungen und Exekutionen im ganzen Lande führte zur Ausschaltung jeglicher Art offener Opposition.

Ob es bei der SED-Führung Überlegungen in Richtung einer ähnlich gewaltsamen "Lösung" gab, ist nach wie vor ungeklärt. G. Schabowski hat in einem persönlichen Gespräch mit dem Verfasser erklärt, er habe davon keine Kenntnis, wolle aber nicht ausschließen, daß Honecker das eventuell kurz erwogen haben könnte. Es habe jedoch Übereinstimmung mit Krenz bestanden, daß ein Vorgehen mit militärischen Mitteln gegen die Demonstranten nicht in Frage komme. E. Krenz hat dies in einem Telefongespräch mit dem Verfasser bestätigt.

Tatsache ist, daß die Niederschlagung der "Konterrevolution" in China von der DDR-Führung mit dem Kommentar, "Man habe es mit denselben Gegnern zu tun", begrüßt wurde. Ende September 1989 –also wenige Tage vor der "Wende"– wurde eine chinesische Delegation mit großem Zeremoniell in Ostberlin empfangen, unmittelbar vorher hatte Krenz bei einem offiziellen Besuch in Peking die Glückwünsche Honeckers überbracht. Dabei verteidigte er in einem Presseinterview ausdrücklich die Haltung der chinesischen Führung. Insofern überrascht Schabowskis Aussage, Krenz sei mit "den richtigen Vorsätzen" aus Peking zurückgekommen, "Was immer auch auf dem Tien-an-men geschehen ist, nirgendwo dürfen wir mit militärischer Gewalt gegen Demonstranten vorgehen." (G. Schabowski, Der Absturz, a. a. O., S. 237)

Sozialismus, der immer weniger als verbindliches Wertsystem akzeptiert wurde. Die Gründe dafür lagen zum einen in der inneren Logik des Systems, das aus sich selbst heraus nicht reformfähig und mit seinem monozentrischen Sozialismusmodell den Anforderungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung moderner Industriestaaten nicht mehr gewachsen war. Zum anderen, damit zusammenhängend, erklärte sich der Legitimitätsverfall des Systems vor allem aus dem Kontrast zwischen Anspruch und Realität im DDR-Sozialismus, nicht zuletzt im Vergleich mit der Bundesrepublik. In dem Maße, wie zunehmend schärfer bewußt wurde, daß kaum mehr als scheibchenweise Konzessionen an im Westen längst vollzogene Veränderungen in den Lebensbedingungen zu erwarten waren und das gegenüber der Bundesrepublik deutlich sichtbare Zurückbleiben in den materiellen Lebensverhältnissen gar nicht mehr aufzuholen war, verlor das Dogma der Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem kapitalistischen System seinen letzten Rest an Glaubwürdigkeit.

Da die Parteiführung nicht bereit war, den repressiven Charakter des Systems so weit zu mildern, daß die Bürger für die Mitgestaltung des SED-Sozialismus wirklich hätten gewonnen werden können, fehlte schließlich das für jede gesellschaftliche Entwicklung notwendige Moment einer verbindenden, in die Zukunft weisenden Idee. Von der Sozialismuskonzeption der SED ging keine mobilisierende Schubkraft mehr aus. Mit der Hoffnung auf "Perestroika" und "Glasnost" und ein Ausstrahlen des sich abzeichnenden Wandels in der Sowjetunion auf die DDR schwand schließlich auch das Zutrauen in die Fähigkeit der Regierenden, dem DDR-Sozialismus überhaupt noch eine Perspektive geben zu können. Er war zur Chiffre für Stagnation und soziokulturelle Rückständigkeit im Sinne eines "cultural lag"⁵⁷ geworden, als sinnvermittelndes Bezugssystem dysfunktional und fortschrittsfeindlich. Je kompromißloser die SED auf ihm beharrte, um so lauter wurden Unverständnis, Unmut und Verdrossenheit.

Die Partei stand damit nicht nur unter dem selbstgeschaffenen Problemdruck, sondern plötzlich und ungewohnt auch noch unter dem, sich rechtfertigen zu sollen. Indem sich das Politbüro darauf gar nicht erst einließ und statt dessen mit Härte bzw. überhaupt nicht reagierte, provozierte es geradezu den Verfall der moralischen Glaubwürdigkeit des Machtzentrums und der Partei insgesamt. Die Distanz zwischen "Herrschenden" und "Beherrschten" wuchs, selbst innerhalb der SED. Ob Verweigerungshaltung, Protest oder Widerstand in der Bevölkerung, in der Summe der einzelnen Ausdrucksformen war die Frage nach der Legitimation der SED-Herrschaft gestellt. Damit stand die zukünftige Rolle der SED als "marxistisch-leninistische Partei" zur Diskussion, ihr als "historisch gesetzmäßig" legitimer Führungsanspruch in Staat und Gesellschaft, also auch das politisch-ideologische Selbstverständnis des "sozialistischen Staates DDR".

⁵⁷

Dem von W. F. Ogburn geprägten Begriff entsprechend ist die im internationalen Maßstab zurückhängende soziokulturelle Anpassung an die Entwicklung vergleichbarer Industriestaaten gemeint.

2.1. Partei-Staat-Gesellschaft - Zur inneren Logik der Reformunfähigkeit des DDR-Sozialismus

2.1.1. Der ideologische Aspekt

Wenn der materialistischen Geschichtsauffassung entsprechend nicht das Bewußtsein der Menschen ihr "Sein", sondern umgekehrt das gesellschaftliche Sein ihr Bewußtsein bestimmt⁵⁸, dann hätte es zum Umbruch in der DDR gar nicht erst kommen können. Denn wären die im "real existierenden Sozialismus" herrschenden sozioökonomischen Verhältnisse als Ergebnis der Verselbständigung eines totalitären Machtapparates lediglich die Vorspiegelung "sozialistischer Verhältnisse" und damit im Marxschen Sinne "falsche Verhältnisse" gewesen, dann hätte die ideologische Rechtfertigung eines solchen Zustands ein gleichfalls "falsches" Bewußtsein der Individuen zur Folge haben müssen. Es hätte die Notwendigkeit eines revolutionären Umsturzes der politischen Verhältnisse gar nicht in den Blick kommen können, im Gegenteil, das so geprägte "gesellschaftliche Bewußtsein" hätte die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse noch verfestigen müssen. Aber auch dann, wenn die Sozialismuskonzeption der DDR lediglich als vermeidbarer Fehler auf dem an sich richtigen Weg des Geschichtsprozesses interpretiert würde, hätte nach marxistisch-leninistischer Lehre der Anstoß zur Kritik und der Impuls zum Handeln nicht von der "proletarischen Klasse" an sich, sondern nur von ihrer "Avantgarde", also der Partei selbst ausgehen können.⁵⁹

Das hätte allerdings vorausgesetzt, daß die Partei auch die Fähigkeit und Möglichkeit zur Kritik gehabt hätte. Abgesehen davon, daß eine Massenpartei mit mehr als zwei Millionen Mitgliedern schon begrifflich kaum als "Avantgarde" bezeichnet werden kann, beschränkte sich ihre Rolle als Vorkämpfer der sozialistischen Weltanschauung darauf, selbst nur Mittel –wenn auch wichtigstes– zum

⁵⁸ Vgl. K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Marx/Engels, Werke, Bd.13, S. 8; benutzt wurde die Marx-Engels Gesamtausgabe des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag Berlin, 1977, zukünftig abgekürzt MEW.

⁵⁹ "Die Partei ist dazu berufen, die revolutionäre Machtergreifung des Proletariats zu leiten. Sie führt das Volk während des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus. Sie leitet den sozialistischen Staat. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist, den Marxismus-Leninismus mit dem Volk zu verbinden. Die Führung durch die marxistisch-leninistische Partei ist eine allgemeine Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Revolution, des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. ... Die Partei ist der bewußte Vortrupp der Arbeiterklasse. In ihr sind die besten Kräfte der Arbeiterklasse organisiert. Diese besitzen eine wissenschaftlich begründete Theorie von den Aufgaben und Zielen der Arbeiterklasse, die im Parteiprogramm für eine ganze historische Entwicklungsetappe eines Landes festgelegt werden..." in G. Klaus, M. Buhr, Philosophisches Wörterbuch, VEB Bibliographisches Institut Leipzig, S. 408 f, Stichwort "Partei, marxistisch-leninistische".

Vgl. zum Dilemma von Determinismus und Voluntarismus der Marxschen Revolutionstheorie auch die Betrachtungen bei R. Hamann, Revolution und Evolution. Zur Bedeutung einer historisch akzentuierten Soziologie, Berlin 1981, S. 131 f – der Verf. verdankt der unter ganz anderer Themenstellung geschriebenen Abhandlung R. Hamanns zahlreiche Anregungen, die mit in die Überlegungen zu dieser Arbeit eingeflossen sind.

Zweck der Herrschaftssicherung zu sein. Sie hatte nicht Politik zu machen, sondern sie zu exekutieren. Ihr Charakter als "Staatspartei" und die daraus resultierende Funktion, als fügsames Instrument der Parteiführung deren politische Zielvorstellungen als "Parteilinie" durchzusetzen, schloß jede ernsthaft kritische Auseinandersetzung mit dem vorgegebenen Kurs aus. Da der wissenschaftliche Wahrheitsanspruch der marxistisch-leninistischen Lehre nicht anzutasten war und die Theorie wiederum allein von der Partei authentisch ausgelegt werden konnte, war die "Richtigkeit" ihrer Sozialismuskonzeption keine offene Frage.⁶⁰

Die Gründe dafür, daß der DDR-Sozialismus aus sich selbst heraus nicht reformfähig war und auch nicht sein konnte, hatte der wohl bekannteste und schärfste Kritiker der SED, Robert Havemann⁶¹, schon in den sechziger Jahren auf den Punkt gebracht: In der DDR seien die Produktionsverhältnisse des Kapitalismus so vollständig aufgelöst worden, daß der Übergang zum Sozialismus an sich verhältnismäßig leicht möglich gewesen sei. Allerdings seien nicht sozialistische Produktionsverhältnisse entstanden, sondern die eines staatsmonopolistischen Ausbeutersystems.⁶² So wenig dieses als sozialistisch zu bezeichnen sei, so wenig lebensfähig sei diese Art von Sozialismus "der demokratisch unkontrollierten Politbüroherrschaft", schon gar nicht in "Konkurrenz mit dem real existierenden Kapitalismus". Havemann sah die evolutionäre Entwicklung des Sozialismus als Weg zum Ziel eines noch nicht endgültig definierten demokratischen Sozialismus in der Weiterführung des Vergesellschaftungsprozesses.⁶³ "Sozialismus ohne Demokratie, ohne demokratische Kontrolle aller Machtfunktionen, ohne demokratische Entscheidung über die Produktionspläne, über die Ziele der gesellschaftlichen Arbeit, der gesellschaftlichen schöpferischen Tätigkeit, ist undenkbar. Das ist kein Sozialismus, wenn die ungeheure Mehrheit der Menschen vollständig den Entscheidungen einer kleinen winzigen Gruppe ausgeliefert ist. Das muß umgekehrt sein...."⁶⁴

⁶⁰ "Im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands werden die Grundfragen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in Deutschland sowie im besonderen des allseitigen und entfalteten Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik beantwortet.", Ebda., S. 530, Stichwort "Sozialismus und Kommunismus"

⁶¹ Havemann, Professor für physikalische Chemie an der Ostberliner Humboldt-Universität, wurde im März 1964 von seiner Parteigrundorganisation an der Universität aus der Partei ausgeschlossen, weil er die Linie des Marxismus-Leninismus verlassen und sich durch seine Interviews in der westdeutschen Presse des Verrats an der Sache der Arbeiter- und Bauernmacht schuldig gemacht habe. Damit verbunden verlor er seinen Lehrauftrag und alle Bezüge. Havemann veröffentlichte seine regimekritischen Bücher im Westen; er wurde 1976 zu einer Aufenthaltsbeschränkung in seinem Haus und zu einem Kontaktverbot verurteilt. Er starb 1982.

⁶² Vgl. R. Havemann, Ein deutscher Kommunist, Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 92, 85 f, 102.

⁶³ Ebda., S. 102

⁶⁴ Ebda., S. 86

Havemanns "phantastische Utopie"⁶⁵ blieb, was sie war, jedenfalls wurde sie keine Zielvorstellung der SED. Für sie galt mit der Phase des "real existierenden Sozialismus" der politisch-gesellschaftliche Transformationsprozeß als prinzipiell abgeschlossen, die Realität im DDR-Sozialismus folglich als zwar nicht endgültiger, aber doch im Grundsatz verwirklichter Ausdruck des Idealzustands. Mit dieser Zurücknahme der Marxschen Utopie schrumpfte die an sich evolutionäre Perspektive auf den statischen Aspekt der "gesetzmäßig" fortschreitenden Integration von Staat und Gesellschaft.

Die Richtung dieses Prozesses war in der Gleichsetzung des Staates mit "sozialistischer Ordnung" vorgegeben. Die der Doktrin gemäß per se demokratischen Strukturen des sozialistischen Staates – Ausdruck seiner Unterordnung unter den sich im Willen der Partei artikulierenden Willen der werktätigen Massen – sicherten den gesellschaftlichen Charakter des Eigentums. Insofern konnte die Frage nach der tatsächlichen Verfügungsgewalt kein Thema sein. Aus Sicht der SED waren die institutionellen Voraussetzungen für die Entwicklung des sozialistischen Modells vollauf gegeben: Der Bürger in der DDR war "Herr im eigenen Haus"⁶⁶ und hatte eine Vielzahl von Möglichkeiten, seinen Einfluß geltend zu machen, von der Mitwirkung an betrieblichen Entscheidungen über die Kontrolle ihrer Verwirklichung bis hin zu seiner Interessenvertretung durch die Partei und die Gewerkschaft.⁶⁷

Daß diese formal durchaus gegebenen Partizipationsrechte aufgrund des politisch-ideologischen Führungsanspruchs der Partei ins Leere liefen, blieb natürlich ausgeblendet. Der Anspruch der Partei auf "wissenschaftliche" Einsicht in die nach marxistisch-leninistischer Lehre historisch "wahren Gesetzmäßigkeiten" legitimierte ihr Ideologiemonopol und das wiederum ihr politisches Mandat. Durch die Gleichsetzung von "staatlich" und "sozialistisch" wurde die ideologisch begründete notwendige Interessenidentität von Basis und politischem Überbau zur Deckung gebracht, in gegenläufiger Richtung gelesen das Interesse der Partei an der Konservierung des Status quo. Da die Identität der Interessen in der Gesellschaft mit dem von der Partei definierten "gesellschaftlichen Interesse" prinzipielle Konfliktlosigkeit und die mehr oder minder verwirklichte Harmonie in den gesellschaftlichen Beziehungen unterstellte, erledigte sich die Diskussion alternativer Sozialismusformen von selbst.

⁶⁵ Ebda., S. 102

⁶⁶ Die Losung zielte ab auf das Verhältnis der Werktätigen zum sozialistischen Eigentum. Vgl. beispielsweise O. Reinhold, Sozialismus und Leistungsgesellschaft, in der Zeitschrift "Einheit", Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin, herausgegeben vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland –im weiteren zitiert als Einheit – hier: Einheit 8-89, 44. Jg./1989, S. 700-706, S. 705 f

⁶⁷ Gerade an der Stellung des FDGB zur SED wird deutlich, daß die Interessen der "Werktätigen" letztlich nur als politisches Stimmungsbarometer eine Rolle spielten: der Gewerkschaftsvorsitzende H. Tisch, selbst prominentes Politbüro-Mitglied, konnte dort zwar Probleme in den Betrieben ansprechen, saß aber als Anwalt seiner Klientel gegenüber dem Wirtschaftssekretär des ZK, G. Mittag, als zuständigem Beauftragten der Partei zur Gewerkschaft, letztlich am kürzeren Hebel.

Demokratisierung in Richtung tatsächlicher politischer Partizipation und politischer Kontrolle –in der Idee des Rätessystems ja durchaus einmal vorgesehen⁶⁸ und in der Sowjetunion unter Gorbatschow als "Wiedergeburt der Sowjets" zum Schwerpunkt der politischen Reform erklärt⁶⁹– hätte das System in seinen

⁶⁸ Wenn die "Diktatur des Proletariats" nicht zum reinen Selbstzweck werden sollte, forderte ihr "revolutionärer" Charakter, also ihre teleologische Bestimmung, den vermehrten Abbau politisch-staatlicher Herrschaft bzw. –in der Gegenrichtung gesehen– im Zuge der fortschreitenden "Selbsterziehung" des Proletariats die aktive Rolle der Gesellschaft im politischen Prozeß. Das Rätessystem als Ausdruck direktdemokratischer "Volkskontrolle" sollte der Tendenz zur Verselbständigung der "Staatsmaschine" vorbeugen und die Unterordnung des Staates unter den Willen der Gesellschaft garantieren. Im schnellen Verfall des Rätessystems spiegelt sich beispielhaft die etatistische Entwicklung des sowjetischen Systems. Die Losung "Alle Macht den Räten" war bereits unter Lenin eine Leerformel: die Räte wurden schon nach kurzem nicht mehr gewählt, sondern von oben eingesetzt, und mit ihren Gliederungen zu Vollzugsorganen der Kommunistischen Partei. Sie hatten weder die Möglichkeit, politisch selbst aktiv zu werden noch die einer Kontrolle der Exekutivorgane. Ihre Funktion bestand im Wesentlichen darin, die Bevölkerung für das Parteiprogramm zu mobilisieren.

⁶⁹ Vgl. M. Gorbatschow, Umgestaltung und neues Denken für unser Land, Dietz-Verlag Berlin (Ost), 2. Auflage 1988, S. 137 - 140;

vgl. auch die sog. "10 Thesen" im Beschluß des ZK-Plenums vom 23.5.1988, abgedruckt in B. Meissner, Politischer Systemwandel und Außenpolitik, in R. Hamann/V. Matthies (Hrsg.), Sowjetische Außenpolitik im Wandel, eine Zwischenbilanz der Jahre 1985-1990, Baden-Baden 1991, S. 66, vgl. dazu auch die Seiten 68 - 74.

Der Verf. hat mit Absicht die auch in der DDR erhältlichen Ausgaben einiger Veröffentlichungen M. Gorbatschows zitiert. Es ist in vielfacher Beziehung interessant, die ganz offensichtlich vom gleichen Originaltext ausgehenden Übersetzungen des Dietz-Verlages (DDR) und der westdeutschen Verlage miteinander zu vergleichen - vgl. beispielsweise zu o.a. Kapitel die vom Russischen ins Amerikanische und von dort ins Deutsche übersetzte Fassung bei Droemer Knaur: M. Gorbatschow, Perestroika, Die zweite russische Revolution, Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987, S. 138 - 142

Als Beispiel dafür, daß die Unterschiede in der Wiedergabe des Textes von Gorbatschow nicht nur Nuancen betreffen (Der Verf. kann nicht entscheiden, welche Fassung dem Original am ehesten entspricht):

"Gesetzlichkeit - ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie

Von den umfassenden, prinzipiellen Positionen der Umgestaltung und ihres Kernstücks, der Demokratisierung, aus sehen wir auch die Wahrung einer dauerhaften Gesetzlichkeit und die Vervollkommen der Gesetzgebung. Es kann keine Gesetzlichkeit ohne Demokratie geben. Demokratie wiederum kann nur existieren und sich entwickeln, wenn sie auf Gesetzlichkeit beruht, denn sie ist dazu da, die Gesellschaft vor Machtmißbrauch zu schützen und die Rechte und Freiheiten der Bürger, Organisationen und Kollektive zu garantieren. Das ist unsere feste Überzeugung, und wir wissen aus eigener Erfahrung, was geschieht, wenn man von dieser Position abweicht." (Dietz-Verlag, S. 130 f)

"Die Wahrung des Rechts - ein unverzichtbares Element des Sozialismus

Die Wahrung des Rechts ist für uns eine Grundsatzfrage, und wir haben zu dieser Frage ausgiebig und grundsätzlich Stellung bezogen. Es kann keine Wahrung des Rechts ohne Demokratie geben. Ebenso wenig kann Demokratie Bestand haben und sich entwickeln ohne die Herrschaft der Gesetze, denn die Gesetze sind dazu da, die Gesellschaft vor Machtmißbrauch zu schützen und die Rechte und Freiheiten der Bürger, ihrer

Strukturen fundamental verändert. Allein schon wenn sich die formaldemokratisch angelegten institutionellen Strukturen im Sinne solcher Demokratisierung hätten nutzen lassen, hätte sich das politische Gewicht entscheidend von der Seite der Partei auf die des Staates verschoben.

Aus ideologischer Sicht wäre das allerdings unvereinbar gewesen mit der nach leninistischer Lehre dem sozialistischen Staat zugedachten Rolle, während einer nicht näher definierten Übergangszeit noch als Herrschaftsinstrument der Partei die "Diktatur des Proletariats" durchzusetzen. Die naheliegende Frage "gegen wen" stellte sich nicht bzw. konnte nicht gestellt werden. Solange die angeblich allgegenwärtige Bedrohung der sozialistischen Ordnung durch die offen und versteckt operierenden "Feinde des Sozialismus" als glaubhaft wahrgenommen wurde, sorgte der "ideologische Kampf" für klare Fronten. Die unablässig beschworene Gefahr der jederzeit denkbaren imperialistischen Aggression und der von außen gelenkten konterrevolutionär restaurativen Bestrebungen des Kapitalismus, der als sozialistische Reformen getarnten Zersetzungs- und Wühlarbeit revisionistischer Kräfte im Innern, all das bewies zur Genüge, daß im Interesse der gemeinsamen Sache in "revolutionärer Einheit und Geschlossenheit" zusammenzustehen war. Nach dem Motto "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns", wurde "in konsequenter Durchführung des Klassenstandpunktes" "Parteilichkeit" erwartet, in anderen Worten, sich mit den Parteibeschlüssen als Ausdruck der historisch legitimierten "Wahrheit" zu identifizieren. Einen "dritten Weg" –in der Lesart der Partei zwischen Kapitalismus und Sozialismus, de facto aber als Abweichen von der Parteilinie– konnte es nicht geben.⁷⁰

Von daher ließ sich "unsachliche" Kritik an der Partei nur als verzeihlicher Irrtum oder böswillige Absicht verstehen. Die Parteilichkeit forderte "Parteidisziplin" und die wiederum die widerspruchslose Unterordnung unter die "Parteilinie". Allein der Partei kam es zu, in Kenntnis der vermeintlich wissenschaftlich objektiven Gesetzmäßigkeiten und der konkreten historischen Bedingungen den Weg in die sozialistische Zukunft zu weisen. Die "Diktatur des Proletariats" als herrschender Klasse war insofern aufgehoben in der Diktatur der Partei als "Klasse der Wissenden" über die unmündigen Massen.

Deren Organisation auf allen gesellschaftlichen Ebenen und in der Partei selbst gab ihr die Möglichkeit, alle Lebensbereiche zu durchdringen, auf die Parteilinie hin auszurichten und entsprechend zu kontrollieren. Das auf diese Weise nach dem zentralistischen Prinzip geführte "Verbundsystem" Partei – Staat – Massenorganisationen konzentrierte die Macht in den Händen der Partei. Sie gab die

Arbeitskollektive und Organisationen zu garantieren. Deshalb haben wir zu dieser Frage klar Stellung bezogen. Wir wissen aus eigener Erfahrung, was passiert, wenn man von diesen Prinzipien abweicht." (Droemer Knauer, S. 132)

⁷⁰ Nach Lenin gab es in der Frage bürgerlicher oder sozialistischer Ideologie kein "Mittelding", "...denn eine 'dritte' Ideologie hat die Menschheit nicht geschaffen, wie es überhaupt in einer Gesellschaft, in der Klassengegensätze existieren, niemals eine außerhalb der Klassen oder über den Klassen stehende Ideologie geben kann. Darum bedeutet *jede* Herabminderung der sozialistischen Ideologie, jedes Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie." (Lenin, Werke, Bd. 5, S. 396).

Richtung vor und damit auch die Entscheidungen. Da jede horizontale oder vertikale Kontrolle entfiel, blieb die selbstverordnete Rechenschaftslegung reine "Augenwischerei". Eine Überprüfung der offiziellen Version von Partei und Regierung war schon darum nicht möglich, weil das Informationsmonopol der Partei eine Kontrolle von vornherein ausschloß. Die "Informationen" der Partei- und Staatsführung ließen sich beliebig manipulieren und konnten selbst dann nicht angezweifelt werden, wenn sie erkennbar falsch waren. Die Parteidisziplin verpflichtete zur "Einheit und Geschlossenheit" im Handeln, von daher war in der Regel kein wirklicher Widerspruch zu erwarten.

Da die SED die unbeschränkte politische Handlungsfreiheit hatte, kam ihr auch die ungeteilte Verantwortung für die Verwirklichung ihrer Sozialismuskonzeption zu. Das schien aus ideologischer Sicht keine Probleme aufzuwerfen. Die für den sozialistischen Staat zentrale Frage nach der notwendigen Übereinstimmung der "materiellen Produktionskräfte" mit den "sozialen Produktionsverhältnissen" galt mit der "Vergesellschaftung" der Produktionsmittel als grundsätzlich erfüllt. Indem die "sozialistische Gesellschaft" in der DDR im "real existierenden Sozialismus" zunächst einmal zu ihrem Ziel gefunden hatte, sollte es nun in der Folge erklärtermaßen um den Ausbau der bestehenden Verhältnisse gehen, gleichbedeutend mit der Bestandssicherung des Systems und der Konservierung seiner Machtstrukturen. Damit war ein Schlußpunkt unter den historischen, an sich im Sinne des Wortes "progressiven" Prozeß gesetzt.

So realistisch es sein mochte, die sozialistischen Zukunftsträume auf den Boden der Realität zurückzuholen, mit der Konzentration auf die Gegenwart ließ sich angesichts der Entwicklung des DDR-Sozialismus die Frage nach den Kriterien des "gesellschaftlichen Fortschritts" kaum mehr beantworten. Die sich im Kreise drehende Diskussion zum dialektischen "Prinzip der Einheit von Kontinuität und Erneuerung" machte denn auch die Schwierigkeiten der SED sichtbar, der eigenen Doktrin noch einen glaubwürdigen Inhalt zuordnen zu können.⁷¹ Die "Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" versandete in der Stagnation und Perspektivlosigkeit des realen Sozialismus in der DDR. Es ließ sich absehen, daß sich im Prinzip nichts Wesentliches mehr ändern würde, jedenfalls nicht zum Positiven: nichts an den im Vergleich zum kapitalistischen Westen eher dürftigen Lebensverhältnissen, nichts an der Arbeitssituation, nichts am politischen Druck. Dazu kam schließlich noch, daß Honeckers "Sozialismus in den Farben der DDR" der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung eine Richtung vorgab, die bei vielen zu Recht die Befürchtung auslöste, "in der DDR gehen die Lichter aus". Wenn die SED der Bevölkerung allen Ernstes weismachen wollte, mit ihrem Sozialismus in der "fortschrittlichsten Gesellschaft" zu leben, so brauchte sie sich nicht zu wundern, wenn ihr die Leute wegliefen. Wer nicht blind war für die realen Verhältnisse in der DDR, hatte erkannt, daß die Entwicklung des SED-Sozialismus zum Stillstand gekommen war.

⁷¹ Vgl. dazu O. Reinhold, Zur Gesellschaftskonzeption der SED, in: Einheit 6-89, 44. Jg./1989, S. 483-489

In gesamtgesellschaftlicher Sicht gefährdete die Diskrepanz zwischen der ideologisch verkärten Sinndeutung von "Fortschritt im Sozialismus" und den ganz anderen Fortschrittserwartungen der Bevölkerung die Stabilität des Systems. In der Vereinheitlichung aller Lebensbereiche unter dem Vorzeichen der kommunistischen Ideologie ergab sich zwar nach außen hin das Bild der konfliktfreien sozialistischen Gesellschaft, in der Realität des Alltags war die behauptete gesellschaftliche Integration jedoch Fiktion. Der Widerspruch zwischen der politischen, geistig-kulturellen und nicht zuletzt materiellen Enge des Lebens im Realsozialismus und den Erwartungen in der Bevölkerung hatte viel eher zum Auseinanderfallen der propagierten und der tatsächlichen gesellschaftlichen Zielvorstellungen geführt. Da sich nicht genehme individuelle Interessen nicht artikulieren, geschweige denn in einem Prozeß politischer Willensbildung verwirklichen konnten, blieb das "gesellschaftliche Interesse" eine begriffsleere Worthülse.

Daß die behauptete "völlige Übereinstimmung" individueller Interessen und der zum "gesellschaftlichen Interesse" erhobenen Staatsdoktrin "völliger Unsinn" war, belegte nicht erst die "Wende". Die seit Helsinki zunehmend schärfere Systemkritik von Künstlern, Schriftstellern und Wissenschaftlern formulierte bereits in den siebziger Jahren den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Die von der Zahl her kleine, aber prominente Gruppe war in ihrer Wirkung bedeutend, weil sie mit ihrer schonungslosen öffentlichen Kritik der SED das Tabu gebrochen hatte, den dogmatischen Wahrheitsanspruch der Partei in Frage zu stellen. Die in der DDR mit Spannung verfolgte Auseinandersetzung mit Systemgegnern wie Havemann, Bahro, Biermann u.a. fiel der SED-Führung nicht zuletzt deshalb so schwer, weil sie auf der Basis des eigenen ideologischen Anspruchs argumentierten und sich ausdrücklich zum Sozialismus und der DDR bekannten.

Da der zunehmend konflikträchtige Dissens von der SED unterdrückt wurde, wuchs die Distanz zum System. Wenn auch die aktive Teilnahme des Einzelnen am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehen keineswegs Bedingung ist für sozialen Wandel im Sinne von Modernisierung, ohne die Bereitschaft zur Mitarbeit in der Bevölkerung oder gegen ihren Willen wird sich das Entwicklungspotential einer Gesellschaft nicht nutzen lassen. Der auf der DDR lastende Modernisierungsdruck forderte Reformen und von der SED, wollte sie die geplanten Entwicklungen energisch vorantreiben, den DDR-Bürger dafür zunächst einmal zu interessieren. Mit erzwungener Konformität und passivem Gehorsam war jedenfalls keine gesellschaftliche Dynamik zu gewinnen und die Mobilisierung jedes einzelnen und der "werktätigen Massen" insgesamt sicherlich nicht zu erreichen.

"Modernisierung" hätte verlangt, in freier Entscheidung zu einem gesellschaftlichen Konsens über den richtigen Weg sozialistischer Entwicklung zu kommen. Das hätte eine politische Kultur vorausgesetzt, die in den Werten, Denk- und Verhaltensmustern den Pluralismus in der Gesellschaft widerspiegelt und tatsächliche politische Beteiligung ermöglicht hätte. Damit wäre zwangsläufig die Notwendigkeit einer Demokratisierung der politischen Strukturen anzuerkennen und die Rolle der SED neu zu definieren gewesen.

Mit Blick auf die in Wissenschaft und Partei seit längerem geführten Reformdiskussionen⁷² hätte sich vermuten lassen, daß das politische System auf die Entwicklungen hätte flexibel reagieren können. Wie sich zeigen sollte, waren solche Erwartungen an das Politbüro allerdings blanke Illusion. Alle Reformversuche in der SED endeten immer da, wo das Parteidogma in Zweifel gezogen und ihr Machtmonopol angetastet wurde.⁷³

Im Klartext wäre es bei der Liberalisierung der gesellschaftlichen und einer Demokratisierung der politischen Verhältnisse um mehr als nur Konzessionen gegangen, in letzter Konsequenz um die Frage der Macht: der in der DDR-Verfassung verankerte Führungsanspruch der SED wäre mit dem Mandat eines demokratisch gewählten Parlamentes natürlich unvereinbar gewesen. Durch die Streichung des Art. 1 der Verfassung wäre aber nicht nur dem Herrschaftsanspruch der Partei die Legitimationsbasis entzogen worden, sondern vor allem auch die ideologische Klammer der Einheit von Partei, Staat und Gesellschaft aufgebrochen. Damit hätte zwangsläufig die ideologisch-politische Doktrin ihre systembestimmende Funktion verloren. Es wäre sichtbar geworden, daß der "Demokratische Zentralismus" nicht einmal in der Partei selbst demokratisch war, sondern einer kleinen Gruppe an der Spitze der Machtpyramide die unkontrollierte Verfügungsgewalt über den Partei-, Staats- und Sicherheitsapparat und

⁷² Vgl. dazu die Ausführungen bei S. Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, a.a. O., S. 241-301

⁷³ Dazu der schon genannte W. Hübner, "Insider", "Reformer" und gerade deshalb damals zweifellos loyal zur Partei stehend: "Die Führung der Partei scheute die offene Auseinandersetzung über anstehende gesellschaftliche Probleme sowohl innerhalb der Partei und schon erst recht außerhalb der Partei. Selbst in den inneren Führungsgremien ging man grundsätzlichen Diskussionen aus dem Wege.

Das ideologische Vehikel in dieser Situation war die Theorie von der Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der Entspannung. Friedliche Koexistenz sei in erster Linie Klassenkampf.

Die Dialektik von Dialogpolitik für Frieden und Abrüstung, für die Schaffung einer breiten internationalen Koalition der Vernunft einerseits und der notwendigen Dialogpolitik mit allen Kräften im Innern des Landes, die – wenn auch von unterschiedlichen weltanschaulichen oder auch politischen Positionen – für Frieden, soziale Gerechtigkeit, ökologische Sicherheit und für die Souveränität der DDR eintraten (ihre Existenz wurde nicht infrage gestellt, aber Reformen angemahnt)– wurde nicht, oder erst dann erkannt als es zu spät war. ...

Damit wurde gerade die weiter an Bedeutung gewinnende ideologische Auseinandersetzung zwischen den Systemen und über die weitere Entwicklung, Ausgestaltung und Reformierung des Sozialismus nicht geführt, politisch Engagierte mutlos gemacht, eingeschüchtert, diszipliniert (ZPKK gegen Meckerer) und zu einem Arbeitsfeld für das MfS erhoben. Die Partei wurde der Verantwortung für die politische Argumentation enthoben, denn die ideologische Abweichung, die anderartige politische Auffassung, jene, die sie artikulierten (innerhalb und außerhalb der SED), wurden kriminalisiert und unter "politisch - operative" Kontrolle gestellt. Und mit Feinden diskutiert man nicht! So kastrierte sich die Partei, endgültig, durch die politische Führung auch wissentlich, weil sie ihren Anspruch auf absolute Wahrheit nicht aufgeben wollte. ..." [sic].

Dr. W. Hübner, Diskussionsbeitrag zur Konferenz "Die Sicherheitspolitik der DDR – zur Verantwortung der SED und zur Tätigkeit des MfS.", Oktober 1991, 10 Seiten, hier S. 7 f – unveröffentl. Manuskript, im Besitz des Verf.

damit über die gesamte Gesellschaft gab. Das Sozialismus-"Experiment" der SED wäre –wie im Herbst 1989 geschehen– in seinem Scheitern in der Sache selbst auf den Prüfstand gekommen: in seinem Unvermögen, die "Diktatur des Proletariats" in der Marxschen Dialektik von Herrschaftsabbau und gesellschaftlicher Emanzipation umzusetzen in der Demokratisierung des politischen Systems.

Angesichts des politisch-ideologischen Umbruchs in Osteuropa hatte sich der SED-Sozialismus jedoch auch in seinem Verharren im Realsozialismus, in den erstarrten Dogmen marxistisch-leninistischer Orthodoxie überlebt. Die Entwicklungen in Polen und Ungarn und der sich seit 1987/1988 anbahnende politische Strukturwandel in der Sowjetunion führten in einem solch umfassenden Maße zur Erosion der bis dahin gültigen Fixpunkte marxistisch-leninistischer Lehre, daß der Realsozialismus in seinem ideologischen Kern tot war. Der sowjetische Reformkurs brachte die SED-Führung insofern in eine prekäre Lage. Nachdem sich die sowjetische Außenpolitik mit dem "Neuen Denken" vom ideologischen Klassenkampf in den Kategorien des unversöhnlichen Antagonismus zwischen Kapitalismus und Sozialismus abgesetzt hatte, stimmte für die DDR das Feindbild nicht mehr. Wenn mit der von Gorbatschow angestrebten –von Honecker ja längst praktizierten⁷⁴– Annäherung an den Westen die ideologische Frontlinie in Frage gestellt wurde, drohte nicht nur die Ideologie ihre integrierende Funktion zu verlieren, sondern auch die DDR ihre Daseinsberechtigung.

Im Unterschied zur Sowjetunion konnte die SED nicht sicher sein, in der DDR auf einen spezifisch "sozialistischen Patriotismus" für ihren "Arbeiter- und Bauernstaat" bauen zu können. In der Bevölkerung war das Bewußtsein, auch als "Bürger der DDR" zunächst einmal "Deutscher" zu sein, offensichtlich stärker vorhanden als das offiziell erwünscht war.⁷⁵ Ob solches Empfinden nationaler Verbundenheit Ausdruck einer gefühlsmäßigen Bindung an wie immer definierte nationale Gemeinsamkeiten der Deutschen in Ost und West war oder mehr als Reflex auf die theoretisch gegebene Alternative zu sehen war, auch mit dem Paß der Bundesrepublik als Deutscher in Deutschland leben zu können, mag dahingestellt bleiben. Aus Sicht der SED stellten diese "noch nicht überwundenen traditionellen Vorstellungen" deutsch-deutscher Gemeinsamkeiten jedenfalls ein latent immer bedrohliches Defizit an "sozialistischem Nationalbewußtsein" dar.⁷⁶

⁷⁴ Honeckers Deutschlandpolitik während der durch die Raketennachrüstung heraufbeschworenen Konfrontationsphase im Ost-West Verhältnis wurde in Moskau als Alleingang kritisiert, auch noch von Gorbatschow.

⁷⁵ Als ein Indiz dafür ließe sich beispielsweise die "Staatsaktion" sehen, die beim Besuch des damaligen Bundeskanzlers Schmidt in der DDR anlief: Nachdem mit dem Jubel Tausender beim Besuch des Bundeskanzlers Brandt 1971 in Erfurt der örtlichen Parteiführung offensichtlich die Organisation aus dem Ruder gelaufen war, wurden nun, um Schmidts "Kontakt mit der Bevölkerung" im Sinne der SED steuern zu können, "linientreue Genossen" aus allen Teilen der DDR tagelang geschult und dann auf den Weihnachtsmarkt der Stadt Güstrow gebracht, während die dort ansässige Bevölkerung ihre Wohnungen nicht verlassen durfte. Vgl. TV-Sendung RTL, "Spiegel-TV" v. 16. 2. 1995, 21.55 Uhr

⁷⁶ Vgl. zu dem Begriff H. Axen, Patriotismus und Internationalismus im Kampf unserer Zeit, in: Einheit 11/12-88, 43. Jg./ 1988, S. 965-971

Solange sich die DDR "an der Trennlinie zwischen den beiden Gesellschaftssystemen und Militärbündnissen, an der sensibelsten Grenze der Welt"⁷⁷ als Bollwerk des Sozialismus im internationalen Klassenkampf gegen den Kapitalismus betrachten konnte, gab es eine "offene deutsche Frage" nicht.⁷⁸ Es galt Honeckers Diktum "Was die nationale Frage betrifft, so hat hierüber bereits die Geschichte entschieden."⁷⁹ Die "sozialistische Nation in der DDR" und die "kapitalistische Nation in der BRD" trennte der "unversöhnliche" und eben deshalb auch "unüberbrückbare Gegensatz" von Kapitalismus und Sozialismus, die Ideologie. Die Konsequenz lag in der systematischen politisch-ideologischen Abgrenzungspolitik der DDR gegenüber der Bundesrepublik: begrenzte politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit nach dem Prinzip der "friedlichen Koexistenz", jedoch "ohne Zugeständnisse an die bürgerliche Ideologie".⁸⁰

In dem Augenblick, wo Gorbatschows "Neues Denken" die Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zum Programm erhob⁸¹, entfiel das Haupthindernis für die tatsächliche Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen, die These von der sich ständig verschärfenden Klassenauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Mit der von Gorbatschow für beendet erklärten Ära der ideologischen Konfrontation entfiel allerdings auch das wichtigste Argument der SED in ihrer "ideologischen Arbeit", die "den Bürgern in der DDR helfen soll, sich in den komplizierten Klassenkämpfen und geistig-ideologischen Auseinandersetzungen unserer Zeit zurechtzufinden und sich klar zu orientieren, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört."⁸² Zu genau diesem Denken in der antagonistischen Sicht des "Kampfes der Gegensätze" hatte Gorbatschow Abstand genommen. Die von ihm betonte Priorität der "allgemeinmenschlichen Interessen", des Dialogs und der Überwindung von ideologischen Vorurteilen hob die Theorie vom "sozialistischen Weltsystem" faktisch auf und ließ das "Klasseninteresse" zu einer eher nachgeordneten Größe werden.

⁷⁷ K. Hager, Die Geschichte und das Verständnis unserer Zeit, in: Einheit 7-89, 44. Jg./1989, S. 595-610, S. 600

⁷⁸ Vgl. ebda., S. 601 f

⁷⁹ Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Dietz Verlag Berlin, 1972, S. 30

⁸⁰ K. Hager, Die Geschichte und das Verständnis unserer Zeit, a.a.O., S.595

⁸¹ Vgl. dazu u.a. B. Meissner, Die Sowjetunion im Umbruch, Historische Hintergründe, Ziele und Grenzen der Reformpolitik Gorbatschows, 2. Aufl., Stuttgart 1988; ders., Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems, ZS "Osteuropa", 39. Jg. 1989, S. 603-617, 702-719, 874-883, 993-1020, 40. Jg. 1990, S. 68-85, 105-114; ders., "Neues Denken" und sowjetische Außenpolitik, ZS "Außenpolitik", 40. Jg. 1989, S. 107-125; F. +, H. Adomeit, Das "neue Denken"; Grundzüge und Verwirklichung, in: H. Adomeit, H. Höhmann, G. Wagenlehner (Hrsg.), Die Sowjetunion unter Gorbatschow, Stuttgart/Berlin/ Köln 1990, S. 267 - 295; H. Timmermann, Die sowjetische Außenpolitik im Zeichen von "neuem Denken" und Handeln, Berichte des BIOSt, H.48, Köln 1988; K. Segbers, Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt/Main 1989; ders. (Hrsg.), Perestrojka. Zwischenbilanz, Frankfurt/ Main 1990

⁸² Vgl. K. Hager, Die Geschichte und das Verständnis unserer Zeit, a.a.O., S. 608

Damit gab es keine Begründung mehr für eine Fortsetzung des internationalen "Klassenkampfes", insbesondere nicht in der Form des "ideologischen Kampfes"⁸³ – für die SED-Führung der Anfang vom Ende ihres Sozialismus-Experiments, weil der ideologisch definierten Identität im DDR-Sozialismus damit die Perspektive genommen war. Die ideologische Abgrenzung, das Feindbild-Denken und die Klassenkampf-Rhetorik waren ja gerade der Kitt, der die DDR als ideologischen Gegenentwurf zur Bundesrepublik zusammenhielt. Wenn die SED die vermeintlichen Vorzüge und Errungenschaften und die angebliche Humanität ihres Sozialismus nicht mehr aus dem Schwarz-Weiß Kontrast zu den Gebrechen, Verbrechen und dem "gesetzmäßig" aggressiven Charakter des Kapitalismus bzw. Imperialismus ableiten konnte, drohte die bis dahin übliche Legitimationsstrategie der Partei ins Rutschen zu kommen. Wäre es ernst geworden mit dem lauthals proklamierten "Wettbewerb der sozialen und politischen Systeme"⁸⁴, vom "historischen Optimismus" wäre wohl nicht viel geblieben.

Die SED-Führung war sich ihrer Lage sehr wohl bewußt.⁸⁵ Kam ihr mit dem Fortfall des "unversöhnlichen Gegensatzes von Kapitalismus und Sozialismus"

⁸³ Die SED hat sich bis zur politischen "Wende" und selbst unter Krenz als Generalsekretär nicht von der Linie des "ideologischen Kampfes" im sozialistischen Weltsystem lösen können. Als Beispiele: im Juli 1989 K. Hager: "Dem Siegesgeschrei der Gegner des Sozialismus wollen wir unbestreitbare Fakten aus Geschichte und Gegenwart entgegenhalten. Als vorgeschobene Bastion des Sozialismus an der Trennlinie zum imperialistischen System und mit einem imperialistischen Staat deutscher Nation konfrontiert, waren und sind wir auf einen unvergleichbaren Kampfposten gestellt. ... Die Entwicklung des Sozialismus in der DDR vollzieht sich in wachsendem Maße unter weltoffenen Bedingungen. Der Verbesserung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und der BRD stehen auf der anderen Seite beharrliche Bestrebungen von Medien, Politikern und Ideologen entgegen, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen, das Vertrauen der Bürger in Partei und Staat zu erschüttern und eine Änderung unseres Gesellschaftssystems zu erreichen. Diese spezifische Situation ist eine der Ursachen dafür, daß hier der ideologische Kampf in besonders scharfen Formen geführt wird..." (K. Hager, Die Geschichte und das Verständnis unserer Zeit, a.a.O., S. 600); O. Reinhold im November 1989: "Zu den Herausforderungen der Zeit gehört, daß sich die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus wesentlich verschärft hat. Die herrschenden imperialistischen Kreise unternehmen größte Anstrengungen, um sich in die Umgestaltungsprozesse in der Welt des Sozialismus einzumischen und sie in eine Richtung zu drängen, die weg vom Sozialismus führt. Daß dabei die DDR im Zentrum der Angriffe steht, ist nicht besonders erstaunlich. Unsere Republik steht nicht irgendeinem kapitalistischen Land gegenüber, sondern der BRD, die über die größten ökonomischen Potenzen Westeuropas, über das größte Militärpotential in der NATO nach den USA verfügt." (O. Reinhold, Auf der Suche..., a.a.O., S. 989)

⁸⁴ Vgl. zu der Auffassung der SED das "Gespräch" zwischen M. Banaschak (Chefredakteur v. "Einheit") und O. Reinhold, Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Einheit 9-87, 42. Jg./ 1987, S. 771-780

⁸⁵ Vgl. z. B. O. Reinhold: "Die BRD gehört zu den Ländern mit dem höchsten Lebensniveau des größeren Teils der Werktätigen und verfügt über einen beachtlichen politischen Einfluß. Dieses Potential wird, wie sich zeigt, in den Angriffen gegen die DDR voll eingesetzt. Und durch dieses Potential werden heute und künftig Maßstäbe unserer eigenen Entwicklung zutiefst beeinflusst. Damit müssen wir leben." (O. Reinhold, Auf der Suche nach den besten Lösungen, in: Einheit 11-89, 44. Jg./ 1989, S. 984-989);

der ideologische Gegner "BRD" abhandeln, so war vorauszusehen, daß die weitgehende Abschwächung des Systemgegensatzes ein ideologisches Vakuum entstehen lassen würde, durch das die DDR in den Sog des Wirtschaftsriesen Bundesrepublik gezogen werden würde. Als Folge davon wäre das ideologische Fundament des SED-Staates und über kurz oder lang das ganze System ins Wanken geraten. An die Stelle der "unüberbrückbaren Gegensätze" wäre bei manchen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen getreten, bei den meisten die Hoffnung auf bessere Lebenschancen in einem nach dem Muster der Bundesrepublik vereinten Deutschland und bei den sozialistischen "Reformern" wohl die Einsicht, daß der "dritte Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus auch nur eine Illusion sein konnte.

Die Frage, ob der Sozialismus in der DDR eine Chance gehabt hätte, wenn der Systemwandel in der Sowjetunion erfolgreich gewesen wäre, wird zum Teil schon durch das Gesagte beantwortet. Das "Gedankenexperiment" kann im Ergebnis nur zu der Aussage führen, daß weder die UdSSR noch die DDR hinsichtlich ihrer Identität mehr mit dem zu vergleichen gewesen wären, was sie einmal waren. Das bezieht sich insbesondere auf den Wandel des ideologischen Bezugssystems, also dessen, was "Sozialismus" noch hätte sein können. Für "Marxisten" vom alten Schlage galt Gorbatschow denn auch als "Totengräber" des Sozialismus. Demokratisierung von Partei und Gesellschaft, Glasnost, Aufhebung der führenden Rolle der Partei, Trennung von Legislative und Exekutive, Abgrenzung von Partei- und Staatsapparat, das Neue Denken in der Außenpolitik, nicht zuletzt auch die Zurücknahme des politisch-ideologischen und Führungsanspruchs als Hegemonialmacht - all das war in jedem Punkt und erst recht in der Summe mehr als genug Sprengstoff, um das alte realsozialistische System aus den Angeln zu heben.

Das Dilemma der SED lag darin, die zentrale Forderung der eigenen Doktrin nicht einlösen zu können, andererseits aber um des Machterhalts willen auch einer Neuorientierung des sozialistischen Weges gesellschaftlicher Evolution nicht zustimmen zu wollen. Um das eine zu können oder wenigstens zu versuchen, ging allerdings kein Weg darum herum, das andere zu wollen. Ohne eine grundlegende Reform seiner selbst hatte der DDR-Sozialismus, das war der SED schon von Robert Havemann ins Stammbuch geschrieben worden, keine Zukunft.

G. Mittag: "...Zugleich hat uns das vor einer Unterschätzung der dem Kapitalismus trotz aller antagonistischen Widersprüche innewohnenden Potenzen in bezug auf die Produktivkraftentwicklung bewahrt...Wir haben es in der Klassenauseinandersetzung auf ökonomischen Gebiet nicht mit irgendeinem Kapitalismus zu tun, sondern mit einem auf seine Weise hochentwickelten Kapitalismus, der mit und durch die wissenschaftlich-technische Revolution sein Potential vergrößert hat und noch über starke Positionen verfügt." (G. Mittag, Hohe Leistungen aller Kombinate auf dem Weg zum XII. Parteitag, in: Einheit 4-89, 44. Jg./ 1989, S. 299-307)

2.1.2. Der ökonomische Aspekt

Die Konzeption des "real existierenden Sozialismus" trug auch aus ökonomischer Sicht den Keim ihres Scheiterns schon in sich. Indem ihr Beharren im Status quo die ideologische Perspektive als Prozeß in die Gegenwart verschob, war das jeweils Erreichte am Anspruch zu messen. Die behauptete Überlegenheit des Sozialismusmodells der DDR hätte sich im konkreten Vergleich mit dem wirtschaftlichen und technischen Standard und den Lebensverhältnissen in den westlichen Industriegesellschaften erweisen müssen. Damit manövrierte sich die SED allerdings zwangsläufig in die Sackgasse einer ideologisch fragwürdigen und –realistisch betrachtet– illusorischen Konkurrenz um maximale Wachstumsraten auf dem Wirtschaftssektor.

Rechnete man nicht allen Ernstes mit dem unmittelbar bevorstehenden Kollaps des kapitalistischen Wirtschaftssystems, dann war man gezwungen, mit der dynamischen Hochtechnologie-Entwicklung in den westlichen Industriestaaten Schritt zu halten. Nicht nur die Isolation gegenüber dem westlichen Ausland⁸⁶, auch die im Vergleich mit ihm beträchtlich zurückhängende Arbeits- und Kapitalproduktivität der DDR-Wirtschaft⁸⁷ sprach dagegen, daß dies hätte gelingen können. Im Blick auf die lediglich sektorale und insgesamt nur schleppende Modernisierung der Produktionsmethoden und -struktur, die enormen Verluste durch Fehlplanung und Fehlsteuerung und nicht zuletzt angesichts der Vergeudung von Arbeitskraft, Energie und Rohstoffen war nicht zu erkennen, wie die DDR die Schere zum Wirtschaftsniveau des Westens in absehbarer Zeit überhaupt noch hätte schließen wollen.

Andererseits war die Bevölkerung über die dort bestehenden Lebensverhältnisse inzwischen aber so weit informiert, daß sich zur Bewältigung der ökonomischen Probleme nicht mehr einfach Konsumverzicht verordnen ließ. Im Gegenteil, die Ansprüche stiegen und mit dem unablässig proklamierten Fortschritt im Sozialismus verband sich beim Durchschnittsbürger in erster Linie die Erwartung einer nun auch spürbaren Verbesserung des Lebensstandards. Da das nicht zu erreichen war und über den Zickzackkurs halbherzigen Experimentierens hinaus eine grundsätzliche Reform des Wirtschaftssystems nicht zur Diskussion stand, konnte die SED die tatsächliche Situation nur noch propagandistisch vernebeln.

⁸⁶ Die Isolation war keineswegs nur der Verweigerung oder zögerlichen Kooperationsbereitschaft des Westens zuzuschreiben, sondern in erster Linie Ausdruck mangelnder Konkurrenzfähigkeit von DDR-Produkten auf westlichen Märkten und des unsinnigen Autarkiestrebens der DDR selbst. (Vgl. H.-H. Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Gespräch mit Gerhard Schürer "Es wäre besser gewesen, wir wären früher pleite gegangen!" in: Deutschland Archiv, 25.Jahrgang 1992, H.2, S. 127-131 und im Interview mit G. Schürer 132-142, hier S. 132 f).

⁸⁷ Vgl. dazu C. Schwartau: Produktion und Produktivität - ein Leistungsvergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1987, Bonn 1987, S. 342-402, 672-694

Folglich feierte sie den "Holzweg" ihrer ineffizienten, anpassungsunfähigen Planwirtschaft als "Königsweg" wachstumsorientierter Wirtschaftspolitik.⁸⁸

Wären die tatsächlich katastrophale Wirtschaftslage und die daraus folgenden Konsequenzen für das Niveau der Lebenshaltung in der DDR offen zur Sprache gekommen, so hätte der Schock darüber eine Lawine losgetreten. Sollte das Vertrauen in die Führungskompetenz der Partei nicht aufs Spiel gesetzt und eine Legitimitätskrise mit unabsehbaren Folgen riskiert werden, mußte folglich dem Druck "von unten" nachgegeben und der sozial-ökonomische Fortschritt sichtbar und meßbar gemacht werden. Das hieß in Menge und Qualität bessere Konsumversorgung, Einkommenszuwachs, Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse, der Infrastruktur, des Angebotes an Dienstleistungen, der katastrophalen Umweltsituation, insgesamt bessere Lebensbedingungen – im Blick auf den Nachholbedarf gegenüber dem "Westen", also vor allem der Bundesrepublik, eine Spirale ohne Ende.

Bei seiner unzulänglichen Wirtschaftsproduktivität und der ohnehin schon maßlosen, aber nicht mehr rücknehmbaren Subventionspolitik⁸⁹ war das System damit

⁸⁸ Vgl. H. Koziolk: Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik - Kern unserer ökonomischen Strategie, in: Einheit 6-89, 44. Jg. / 1989, S. 497-503; in Vorbereitung auf den 40. Jahrestag der DDR hielt Heft 6/89 unter dem Titel "Sozialismus in den Farben der DDR" noch im Juni 1989 die Fiktion dynamischer Wirtschaftsentwicklung und politischer Stabilität aufrecht. Die Autoren hätten es besser wissen müssen, insofern sind ihre Beiträge ein Musterbeispiel für die bewußte Irreführung und Täuschung der Bevölkerung.

⁸⁹ Die Subventionspolitik war als Eckpunkt des sozialpolitischen Programms der SED kaum mehr zu korrigieren, aber auch nicht mehr zu bezahlen. Sie wurde von der Bevölkerung als selbstverständlich betrachtet und wegen ihrer unzulänglichen Verwirklichung eher noch kritisiert, vor allem auch wegen der Bevorzugung der ohnehin schon privilegierten Kreise bei der Vergabe von Wohnungen, Urlaubsreisen etc.

Die Subventionierung kam nicht nur den sozial Schwachen, sondern unterschiedslos allen zugute und wurde insofern von vielen als ungerecht empfunden. Durch die Preisbindung bei Wohnungen lagen die Mietpreise in der Regel unter 100, häufig sogar unter 50 DDR-Mark. Gesundheitsfürsorge, Kinderkrippen und -gärten, Altenbetreuung, Freizeit- und Erholungseinrichtungen wurden durch die Betriebe, die Massenorganisationen und durch staatliche Stellen organisiert und konnten weit unter Kostendeckung oder auch kostenlos in Anspruch genommen werden. Sie vermittelten auch Kulturangebote oder Aufenthalte im sozialistischen Ausland und ermöglichten Urlaubsreisen zu minimalen Preisen in eigene "Quartiere" (je nach Rang und dienstlicher Stellung unterschiedlich oft und unterschiedlich in der Art der Unterbringung am Urlaubsort – vom Zeltplatz bis zum Luxushotel).

Die Subventionierung war zum Teil allerdings derart unsinnig, daß sie Verschwendung geradezu provozierte. Die Preise des "Grundbedarfs" bei Nahrungsmitteln lagen so niedrig, daß es auf dem Lande günstiger war, Kleinvieh mit Brot, anstatt mit Futtermitteln zu mästen. 1986 erforderten 100 Mark Einzelhandelsumsatz bei Nahrungsmitteln eine direkte Preisstützung von 85 Mark, bei Einbeziehung der Landwirtschaftssubventionen sogar von 103 Mark (vgl. "Wirtschaftswissenschaft", H.9/1989, S. 1341). Andere Beispiele: die Tarife der Verkehrsmittel und für Strom- und Wasserbezug hatten etwa das Niveau der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik (Strom 8 Pfg/Kwh, Wasser pauschaliert fast kostenlos, Berliner Verkehrsverbund 20 Pfg ohne Streckenbegrenzung). Bei Heizungen war eine exakte Verbrauchsmessung über Wärmezähler unbekannt, in der

überfordert. In der Rückschau zeigt sich denn auch, daß die DDR mehr verbrauchte als erarbeitete und insofern schon seit Jahren über ihre Verhältnisse lebte⁹⁰ - so dürftig das im Ergebnis auch war.

Verband sich mit den siebziger Jahren zunächst noch die Hoffnung sozialen Fortschritts, so traten mit der dann folgenden Stagnation der DDR- Wirtschaft in den achtziger Jahren⁹¹ nicht nur die alten Probleme der Mangelwirtschaft erneut und verschärft hervor, sondern nun vor allem die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Systems. Da es sich selbst über die Abgrenzung zum kapitalistischen System in der Bundesrepublik als das im Rahmen der sozialistischen Evolution überlegene definierte, stellte die auf dem Wirtschaftssektor nicht aufzuholende Unterlegenheit⁹² im "Wettlauf der Systeme" den Erfolg des DDR-Sozialismus prinzipiell in Frage.

Das von der SED versprochene Ziel, den Lebensstandard des Westens einzuholen oder gar zu übertreffen, rückte in den achtziger Jahren in unbestimmte Ferne. Zwar zeichneten die Parteifunktionäre vor der Folie dynamischen Fortschritts in der DDR das Bild einer von Krisen, Arbeitslosigkeit und "allen Grundübeln des Kapitalismus" ⁹³ geschüttelten Bundesrepublik in schwärzesten Farben. Es stand

Regel existierten nicht einmal Regulierventile: bei zu großer Hitze war es üblich, die Fenster zu öffnen.

Die Subventionierung bestimmter Industriebereiche und -produkte schlug ebenfalls mit Unsummen zu Buche: ein zum Selbstkostenpreis von 536 Mark hergestellter 256 Kb Chip wurde 1988 in der DDR für 16 Mark verkauft, während er nach Weltmarktpreisen für 1,2 Dollar zu haben gewesen wäre (vgl. auch H.-H. Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Gespräch mit Gerhard Schürer, a.a.O., S. 132 f)

⁹⁰ Vgl. dazu das Interview mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR G. Schürer, der feststellt, "...daß sich der Verbrauch in der DDR seit Jahren schneller entwickelte als die Leistungen und in diesem Maße die Schulden gestiegen waren..., daß die Auslandsschulden von 2 Milliarden 1970 auf 49 Milliarden VM 1989 und die innere Verschuldung der DDR von rund 12 Milliarden 1970 auf 123 Milliarden Mark 1988 angestiegen waren. ... Unsere Schuldendienststrategie betrug 150 Prozent, d.h. der gesamte Export eines Jahres reichte bei weitem nicht, um die Summe der Kreditrückzahlungen und Zinsen zu bewältigen, die wir in diesem Jahr zu zahlen hatten..." (H.-H. Hertle, "Das reale Bild war eben katastrophal!". Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland Archiv, 25.Jg. 1992, H.10, S. 1031-1039, hier S. 1032 f)

⁹¹ Vgl. die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ständig zurückgehenden Zuwachsraten des Nationaleinkommens: bis 1985 noch 4,5%, dann kontinuierlich abnehmend 1986 auf 4,3%, 1987 auf 3,3%, 1988 auf 2,8% bis 1989 auf 2,0% (aus J. Becher: Das Ringen um die Wirtschaftsreform in der DDR, in: Deutschland Archiv, 23. Jg. 1990, H.5, S. 687)

⁹² Vgl. G. Schürer: "...Es war ja ohnehin ein für mich gigantischer Wettbewerb von zwei gesellschaftlichen Systemen, bei dem immer sichtbarer wurde, daß das sozialistische System nicht, wie es in der Grundlehre bei Marx und Lenin heißt, durch die höhere Arbeitsproduktivität siegt. Im Gegenteil: Der Rückstand in der Arbeitsproduktivität gegenüber den hochentwickelten, nach unseren Begriffen kapitalistischen Ländern wurde immer größer statt kleiner..." (H.-H. Hertle, Gespräch mit G.Schürer, "Es wäre besser gewesen...", a.a.O., S. 132)

⁹³ Die den sozialistischen Alltag in nahezu allen Lebensbereichen durchdringende Propaganda sollte in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden, stellte sie doch für den DDR-Bürger nicht nachprüfbare "Fakten" mit konkreten Zahlenangaben in einen

jedoch im Kontrast zu dem Bild, das sich die DDR-Bevölkerung über das Westfernsehen oder bei den nicht mehr so seltenen Besuchen im "Westen" selbst machen konnte. Im solchermaßen relativ konkreten Vergleich der Lebensverhältnisse erlebte sich der DDR-Bürger als Mensch zweiter Klasse, ohne jede Aussicht, in absehbarer Zeit den Abstand auch nur verringern zu können.

Die Verantwortung für die Misere trug aus der Sicht "von unten" zu Recht die für alle Bereiche entscheidende, planende und steuernde "Zentrale". Die von der Parteiführung immer wieder als besondere Leistung gepriesene "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik"⁹⁴ hatte sich auf die Erwartungen der Menschen

Zusammenhang, der auf den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus schließen lassen mußte. Einmal abgesehen vom dafür bezeichnendsten Beispiel, E. Schnitzlers Fernsehsendung "Der schwarze Kanal", nahm die auf dieser Linie liegende Berichterstattung des DDR-Fernsehens über die Bundesrepublik insgesamt breiten Raum ein. Dazu kam, daß sich auch die Parteiführung nicht scheute, vor dem Hintergrund des nicht aufzuhaltenen Fortschritts im Sozialismus die rasante Talfahrt einer von Wirtschaftskrisen und "Fäulnis und Parasitismus" als Zeichen der "geistigen und moralischen Krise der kapitalistischen Gesellschaft" zersetzten Bundesrepublik als Horrorszenarium auszumalen. Vgl. beispielsweise E. Honecker, Die nächsten Aufgaben der Partei bei der weiteren Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED, Dietz Verlag Berlin 1980, S. 21-28

94

Der Kurs der sog. "Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik" wurde vom VIII. Parteitag der SED 1971 beschlossen und seitdem als "Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" in der DDR fortgeschrieben. Mit dem Konzept sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß "wissenschaftlich technischer Fortschritt" und "dynamisches ökonomisches Wachstum" dem Ziel der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, "des materiellen und geistig-kulturellen Lebensniveaus der Werktätigen" verpflichtet waren. Mit dieser Zweckbestimmung wurde zum einen die Bedeutung der Sozialpolitik als zentraler Aufgabe unterstrichen. Auf der anderen Seite war sie aber auch der Hebel, nach der Formel "Die Leistung steht vor der Verteilung" stets aufs neue Produktivitätssteigerungen anzumahnen und die Schraube des "Leistungszuwachses" anzudrehen. Die "Einheit von Partei und Volk" mußte denn auch in dieser Richtung gelesen werden: "Im Zentrum der Gesellschaftspolitik der Partei stehen die Wirtschaftsstrategie und ihre praktische Durchsetzung." (H. Koziolk / O.Reinhold: Über die schöpferische theoretische Arbeit in der politischen Ökonomie bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus in der DDR, in: Einheit 3-87, 42. Jg. / 1987, S. 209-219, hier S. 212)

Die Verwirklichung des Programms der "Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik" war Voraussetzung dafür, die "Herausforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts" sozialverträglich "meistern" zu können, dadurch die Werte und "Errungenschaften" des Sozialismus im "gesellschaftlichen Fortschritt" wirksam werden zu lassen und damit zugleich die Überlegenheit des Sozialismus im Wettlauf der Systeme sichern und ausbauen zu können. Den "Werktätigen" war damit eine Perspektive gegeben, die insgesamt eine stete Aufwärtsentwicklung und in absehbarer Zeit eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen versprach und für die es sich insofern im Schluß mit der Partei einzusetzen lohnte. Die Konsequenz für den einzelnen war, daß ihm zunächst einmal als gleichsam Bringschuld "Leistung" abverlangt werden konnte. Die für die Partei lag darin, ihr Versprechen einzulösen und beweisen zu müssen, daß es "aufwärts" geht. Die daran geknüpften Erwartungen konnte sie –wie noch auszuführen ist– allgemein nicht erfüllen und auf die Lage der Industriearbeiter bezogen insbesondere nicht, weil deren Hoffnung auf bessere Arbeitsbedingungen, Tätigkeiten auf einem höheren Arbeitsniveau und spürbar bessere Wohn- und Lebensbedingungen am wenigsten eingelöst wurden.

bezogen in mehrfacher Hinsicht als Täuschung entpuppt. Zum einen blieb die von der SED um den Preis des bevorstehenden "Staatsbankrotts"⁹⁵ erreichte Verbesserung des Lebensstandards im Vergleich mit der Bundesrepublik relativ. Das Lavieren zwischen zentralistischer staatlicher Planung, Lenkung und Preisgestaltung und halbherzigen Ansätzen betrieblicher Eigenverantwortlichkeit⁹⁶ brachte für den Konsumsektor im Ergebnis das in Menge, Qualität und Preis eher trostlose Warenangebot. Jeder in der DDR wußte, daß die überall im Straßenbild aufdringlich sichtbaren Lösungen zur "Spitzenposition" der DDR-Produkte nichts als Augenwischerei waren.⁹⁷ Man kannte die Realität aus der Praxis und sah sich

⁹⁵ Vgl. H.-H. Hertle, Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv, 25.Jg.1992, H.10, S. 1019-1030 und im Interview mit G. Schürer 1031-1039, siehe auch Schürers Vorlage nach dem Original in der Dokumentation, Ebda., S. 1112-1120; vgl. auch H.-H. Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft, a. a. O., H.2, S. 127-131 und im Interview mit G. Schürer 132-142, S. 127-131, sowie das Interview von F. Schenk mit G. Schürer, abgedruckt Ebda. S. 143-145, gesendet am 24.9.1991 in 3SAT.

⁹⁶ In der offiziellen Lesart drückte sich darin das Prinzip der Einzelleitung aus, das dem Generaldirektor des Kombines angeblich "große Vollmachten" gab und dem Unternehmen eine "hohe volkswirtschaftliche Eigenverantwortung, die sich vor allem in den Initiativen niederschlägt, an der Bestimmung hoher volkswirtschaftlicher Leistungsziele mitzuwirken und ihre Überbietung zu organisieren. Mit der weiteren Vervollkommnung der Leitung, Planung und wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Verwirklichung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel wird das Ziel verfolgt, die Verantwortung der Betriebe und Kombinate für ihren Reproduktionprozeß weiter zu erhöhen und so Produktivität und Effektivität im Interesse der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu steigern." (H.Koziolek: Betriebswirtschaft im System unserer sozialistischen Planwirtschaft, in: Einheit 12-87, 42. Jg. / 1987, S. 1079 f)

Die Eigenverantwortlichkeit bezog sich also auf die Produktivitätssteigerung durch Effektivierung der betrieblichen Arbeitsorganisation, der Planung der Verfahrenstechniken, des Arbeitskräfteeinsatzes, der Mittelbewirtschaftung etc., stellte jedoch in keiner Weise etwa die Planwirtschaft zur Disposition: "Das Wesen dieser Maßnahmen besteht darin, entsprechend dem demokratischen Zentralismus die zentrale staatliche Leitung und Planung zu stärken..." (H. Dohls: Aus dem Bericht des Politbüros an die 4.Tagung des ZK der SED, Dietz Verlag Berlin-Ost 1987, S. 46) "Nicht in Frage als Quelle von Gewinn kommt für uns eine Preistreiberei im Ergebnis freier Preisbildung. Deshalb werden wir in der DDR auch künftig und gerade unter den Bedingungen der Eigenerwirtschaftung die Preise fest in der Hand des Staates behalten und die Preiskontrolle verstärken." (G. Mittag: Hohe Leistungen aller Kombinate...", a.a.O., S. 306)

Bei dem "Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel" ging es im Klartext darum, die Verantwortung von der administrativen Ebene auf die Kombinate abzuwälzen, die sich durch die Verbesserung des Verhältnisses von Aufwand und Ertrag die Mittel zur Erfüllung der nach oben geschraubten Planvorgaben selbst erwirtschaften sollten. "...Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel bedeutet, daß der Generaldirektor eines Kombines von der eigenen ökonomischen Verantwortung für die Gewährleistung der intensiv erweiterten Reproduktion und nicht von zusätzlichen materiellen wie finanziellen Anforderungen an den Staat ausgeht..." (G. Mittag: In der Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik finden revolutionäre Kampftraditionen Erfüllung, in: Einheit 11/12-88, 43. Jg. / 1988, S. 1006-1011, hier S.1010).

durch die Verzeichnung der Wirklichkeit getäuscht⁹⁸ und im Vergleich mit dem "Westen" um seine Lebenschancen betrogen.

Zum anderen ließ sich mit dem notwendigen Vorrang der Sozialpolitik das Verschleppen längst fälliger Investitionsentscheidungen in den Betrieben begründen.⁹⁹ Die zur Planerfüllung geforderte Erhöhung der Arbeitsproduktivität sollte über die breite Anwendung modernster "Schlüsseltechnologien" verwirklicht werden, in der kurzfristigen Perspektive von Lieferkapazität und vom technischen Standard der Betriebe her ein hoffnungsloses Unterfangen.¹⁰⁰

Ein wesentlicher Aspekt dieser "Eigenverantwortung" lag darin, im Handel mit West-Firmen die Importe –in erster Linie zur Modernisierung notwendige Investitionsgüter und Produkte des Hochtechnologiebereichs– als hundertprozentige Kompensationsgeschäfte durch die Unternehmen direkt beschaffen zu lassen. Die Zentrale hatte damit das Problem der meist unzulänglichen Kompensationsleistung auf die Kombinate verlagert, die nun selbst für eine ausgeglichene Zahlungsbilanz sorgen mußten (vgl. H. Maier / S. Maier, Möglichkeiten einer Intensivierung des innerdeutschen Handels, in: Deutschland Archiv, 22. Jg. 1989, S. 180-191, hier S. 186 f).

⁹⁷ Es mußte für die "Werkstätigen" angesichts ihrer Erfahrungen im sozialistischen Arbeitsalltag wie Hohn klingen, wenn es hieß: "...Die sozialistische Produktionsweise verfügt im Vergleich zum Kapitalismus über qualitativ bessere Möglichkeiten, die Arbeitsproduktivität ständig zu erhöhen und ihr Wachstum maximal zu beschleunigen: die gesellschaftliche Produktion erfolgt mit Bewußtheit und nach einem gesellschaftlichen Gesamtplan. Dies ist einer der größten Vorzüge des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus, weil dadurch bis dahin unbekannte Möglichkeiten für eine maximale Ökonomie des Material- und Arbeitsaufwandes, für eine hohe Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit und ein hohes Wachstumstempo der Wirtschaft gegeben sind..." (G. Klaus, M. Buhr: Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., S. 519, Stichwort "Sozialismus und Kommunismus").

⁹⁸ Vgl. die Feststellung zur Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Produkte nach der Währungs-umstellung in den OECD-Berichten (OECD WIRTSCHAFTSBERICHTE DEUTSCHLAND, Deutsche Übersetzung der in englischer und französischer Sprache von der OECD veröffentlichten Originalausgabe, Paris 1991, S.86): "Die Preise, die mit vielen ostdeutschen Erzeugnissen auf freien Märkten erzielt werden könnten, wären zu niedrig, um die auf neuer Preisbasis bewerteten Inputkosten decken zu können. Zum Teil erklärt sich dies auch aus dem niedrigen technischen Niveau bzw. aus Art und Qualität der in Ostdeutschland gefertigten Waren."

⁹⁹ Vgl. die aufschlußreiche Beschreibung G. Schabowskis in: G. Schabowski, Der Absturz, a.a.O., S. 123 - 129

¹⁰⁰ "Steigerung der Arbeitsproduktivität" war als entscheidende Voraussetzung des Aufbaus und der weiteren Ausgestaltung des Sozialismus wie in allen sozialistischen Ländern auch in der DDR das alles beherrschende Thema. "...Die Grundbedingung für die ständige und planmäßige Verbesserung der Lebensbedingungen der Gesellschaft ist der Kampf um höchste Arbeitsproduktivität. Daher sind die systematische Anwendung der modernen Wissenschaft und Technik in allen Produktionszweigen, die Meisterung der modernsten Produktionsverfahren und die qualifizierte Planung, Leitung und Organisation der Wirtschaft unbedingt erforderlich..." (G. Klaus, M. Buhr: Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., S. 519, Stichwort "Sozialismus und Kommunismus")

So wenig dagegen zu sagen war, nach Marx hätte sich allerdings mit den durch die Überwindung der Klassengesellschaft veränderten Produktionsverhältnissen auch der Charakter der Arbeit selbst verändern müssen. Abgesehen von der schwer überprüf-
baren Prognose, im Sozialismus werde der Mensch in der Arbeit zum Wohle der Gesellschaft

sein "erstes Lebensbedürfnis" und damit seine Selbstverwirklichung finden, hätte sich in Unterscheidung zur "bornierten Spezialisierung" und Vereinseitigung des Menschen im Kapitalismus in der DDR in zunehmendem Maße die "Aufhebung des Gegensatzes von körperlicher und geistiger Arbeit" zeigen müssen. Angesichts der Arbeitsbedingungen konnte davon allerdings keine Rede sein. Die ideologischen Versprechungen, nach dem "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" werde es als Folge der nunmehr zur Geltung kommenden "ökonomischen Gesetze des Sozialismus" bei ständiger Verringerung der Arbeitszeit zur dynamischen Entwicklung der Produktivkräfte kommen, körperlich schwere und monotone Arbeit werde der Vergangenheit angehören, die Arbeitertätigkeiten würden mehr und mehr zugunsten von Techniker- und Ingenieurberufen abgebaut werden und höhere Qualifizierung eröffne adäquate Berufschancen, alle diese Ankündigungen standen in bezeichnendem Kontrast zur Wirklichkeit.

Die ständige Forderung nach einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität bezog sich denn auch nicht auf die Notwendigkeit wirtschaftsorganisatorischer und technologischer Modernisierung –die galt mit der stets neu angekündigten Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als erfüllt– sondern auf die Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral der "Werkstätigen". Der Doktrin entsprechend konnten die Ursachen für das niedrige Produktivitätsniveau nicht in der Trägheit des zentralistisch-dirigistischen Wirtschaftssystems liegen, folglich wurden sie den Betrieben und den in ihnen arbeitenden Menschen selbst angelastet. Deren "neue Einstellung" zur Arbeit im Sozialismus hatte sich in der bewußten Übereinstimmung ihrer persönlichen Interessen mit dem gesellschaftlichen Interesse am Aufbau des Sozialismus zu erweisen. Von daher war es eine selbstverständliche und ehrenvolle Pflicht und ein entscheidender Prüfstein sozialistischer Moral, alle Kräfte in den Dienst der Sache zu stellen und über das Notwendige hinaus in der Arbeit Leistung erbringen zu wollen.

In der Diskussion der Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität zog sich dementsprechend die Frage nach der Herausbildung und Entwicklung der "moralischen Triebkräfte" wie ein roter Faden durch die theoretischen Abhandlungen von Partei und DDR-Wissenschaft. Aus der unüberschaubaren Zahl der Beiträge sei als ein Beispiel das im Frühjahr 1989 erschienene Heft "Einheit 4-89" mit dem Untertitel "Letztlich entscheidend: Arbeitsproduktivität" genannt. Vgl. besonders G. Mittag: Hohe Leistungen aller Kombinate auf dem Weg zum XII. Parteitag, in: Einheit 4-89, 44. Jg. / 1989 S. 299-307, und H. Koziolk / O. Reinhold: Aufgaben zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, S. 308-314.

In den genannten Beiträgen wird der Eindruck erweckt, man sei in der DDR auf "Weltniveau" konkurrenzfähig, weil in den Betrieben bereits weitgehend mit den "modernsten Technologien" gearbeitet werde und der Produktionsbereich insgesamt durch "einen tiefgreifenden Wandel in der Struktur" geprägt werde. Von daher ließ sich dann mühelos beschreiben, wie durch Automatisierung und Rationalisierung, durch die Anwendung modernster Informationstechnik, durch Kostensenkung und Qualitätserhöhung usw. die Arbeitsproduktivität "dynamisch" gesteigert werden könne. Der gegenüber solchen Darstellungen in der Realität weit zurückhängende Industriestandard wurde schlichtweg nicht zur Kenntnis genommen. Arbeitsausfälle, Produktionsverzögerungen, Materialengpässe, Produktfehlplanungen etc. als Folge mangelnder Koordinierung, dem Dauerproblem zentralistisch-administrativer Planung und Steuerung, wurden individuellem Unvermögen angelastet: "Was als "objektive Bedingungen" oder "nicht beeinflussbare Ursachen" deklariert wird, erweist sich -geht man den Dingen auf den Grund- in der Regel als eine Frage der Leitungstätigkeit, als eine Frage der persönlichen Verantwortung eines jeden für seinen Betrieb. Das trifft zu für die Aufgaben in Wissenschaft und Technik, das trifft zu für die Durchführung von Investitionsmaßnahmen, das trifft zu für Havarien und Störungen, und das trifft auf den eigenen Anteil an dem zu, was sich dann als "Zuliefererproblem" darstellt." (G. Mittag: Mit der

Tatsächlich ließen sich die Planvorgaben –wenn die Berichte nicht "getürkt" waren¹⁰¹– nur über die Steigerung der Arbeitsintensität und einen überproportionalen Arbeitskräfteeinsatz realisieren. Dem stand jedoch die seit Jahren zugespitzte Situation eines permanenten Arbeitskräftemangels in der Produktion entgegen.¹⁰² Überdies mußte bei extrem gesundheits- und umweltschädlichen Bedingungen an überwiegend veralteten Anlagen¹⁰³ länger und für weit weniger an Gegenleistung gearbeitet werden als in der "kapitalistischen Ausbeutergesellschaft" des Westens – alles in allem kein Plus für den Arbeiterstaat DDR.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, den Gründen für das Scheitern des planwirtschaftlichen Systems im einzelnen nachzugehen. Schon im Hinweis auf seine eklatantesten Mängel wird aber das Grundproblem deutlich: die Unterordnung der sozialistischen Wirtschaft unter die administrativ-zentralistische Kommandostruktur der Zentrale und die damit aus den politischen Vorgaben der Parteiführung resultierende Vernachlässigung der Kosten-Preis-Relation, also des Verhältnisses zwischen Aufwand und Ertrag. Das letztere Problem war angelegt im Prinzip der administrativen Preise.¹⁰⁴ Sie konnten als objektiver Gradmesser für die "Knappheit" der Güter nicht funktionsfähig sein, weil sie sich nicht an dem dieser Knappheit entsprechenden "Wirtschaftlichkeitsprinzip", sondern an politischen Vorgaben als der bestimmenden Richtgröße orientierten.

Kraft der Kombinate weiter voran auf dem Weg des XI. Parteitag, in: Einheit 4-88, 43. Jg. / 1988, S. 303)

¹⁰¹ Vgl. dazu die illustrativen Beispiele bei G. Schabowski, Der Absturz, a.a.O. S. 124-127, 139-143, insbesondere S. 125

¹⁰² Arbeitskräfteeinsatz kam vor allem aus Strafanstalten und von der NVA - allein die Armee hatte permanent über 10.000 Soldaten in die "Produktion" abzuordnen. Das Problem war Folge der fehlenden Strukturanpassung und Modernisierung der Unternehmen, der enormen Bindung von Arbeitskraft durch den bürokratischen Apparat und der Aufrechterhaltung unrentabler und veralteter Industrien. An sich bestand kein Arbeitskräftemangel, sondern ein Überhang.

¹⁰³ Vor der Währungsreform war die Hälfte aller Ausrüstungen über 11 Jahre alt und 20% aller Fabrikanlagen in einem akut baufälligen Zustand. Um das westdeutsche Produktions- und Leistungsniveau zu erreichen, wäre bei der notwendigen Erneuerung des größten Teils der Kapitalanlagen nach Schätzung der OECD-Berichte eine Erhöhung des Kapitalstocks um etwa 1 Bill. DM, dem Vierfachen des ostdeutschen BSP, erforderlich gewesen; vgl. OECD WIRTSCHAFTSBERICHTE DEUTSCHLAND, a.a.O., S. S.86

¹⁰⁴ Die Preise wurden staatlich festgesetzt und waren durch die politischen Eingriffe, insbesondere auch durch die Subventionspolitik, hoffnungslos verzerrt. Wenn überhaupt, so orientierten sie sich nur indirekt und mit Verzögerung an den internationalen Märkten. Da auch die Zulieferpreise und -mengen, die Löhne, Handelsspannen und das Sortiment vorgeschrieben waren und die Produktionsfaktoren vom Unternehmen kaum beeinflußt werden konnten, blieb jede Berechnung der wirklichen Kosten Fiktion. Sieht man von dem Dickicht der Folgekosten von Subventionen, Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung ab, so konnte der Erlös der DDR-Exporte auf westlichen Märkten einen konkreten Anhaltspunkt für das Verhältnis von Aufwand und Ertrag und damit für das Problem der Preise geben. Dazu stellte zur Wende 1989 der damalige Staatssekretär Schalck-Golodkowski fest, die Erwirtschaftung einer Mark Devisen habe die DDR rund 4.40 Mark gekostet (in: Junge Welt v. 3.11.1989, S. 3)

Der eigentliche Kern des Problems lag aber darin, daß sich für die durchaus bekannten, weil chronischen Funktionsprobleme der DDR-Wirtschaft letztlich niemand wirklich zuständig fühlte. Zu Recht, denn die Verantwortung für die gleichsam legalisierte Mißwirtschaft lag zwar formell beim Ministerrat und der Staatlichen Plankommission (SPK) als seinem Apparat, faktisch aber eindeutig bei der Parteiführung.¹⁰⁵ Wollte sich die SPK nicht die Verantwortung für die Nichterfüllung des Plans zuschieben lassen, dann mußte sie ein Interesse daran haben, bei ihrem Planentwurf von realisierbaren Zielen auszugehen. Die Orientierung daran hätte einschneidende Wirtschaftsreformen und sozialpolitisch eine sicherlich längere "Durststrecke" gefordert.¹⁰⁶

¹⁰⁵

Der an sich für Wirtschaftsfragen zuständige Ministerrat als formell höchstes vollziehendes und verfügendes Organ der Staatsgewalt der DDR plante, vollzog und verfügte, was von der Parteiführung bereits entschieden war. (1) Die ihm unterstellte "Staatliche Plankommission" (SPK) hatte den politischen Auftrag in den Perspektivplan und die volkswirtschaftlichen Jahrespläne umzusetzen und nach dem Statut als Planungsaufgabe an die Ministerien weiterzugeben. Für die Plandurchführung war zwar ein gewisser Ermessensspielraum gegeben, aber natürlich nicht mehr die Möglichkeit einer Zielkorrektur. Die oft aberwitzigen Vorgaben orientierten sich am politisch Notwendigen und den stets drängenden Sachzwängen. Kriterien wirtschaftlicher Rationalität und die Realität der Produktionsverhältnisse spielten dabei keine Rolle

Die letzte Entscheidung in wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen hatte zwar wie in allen Grundsatzfragen Honecker als Generalsekretär, der eigentliche "Wirtschaftslenker" war aber G. Mittag als Wirtschaftssekretär des ZK. Sein Pendant auf staatlicher Seite war der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, G. Schürer, der ihm verfassungsmäßig keineswegs unterstellt war, gegenüber Mittags Autorität und Einfluß auf Honecker jedoch in der schwächeren Position war. Die Staatliche Plankommission verfügte über zahlreiche Abteilungen und Arbeitsgruppen mit ca. 2000 Mitarbeitern. Von ihnen mußten die Vorlagen für die Planung erarbeitet werden. Mittag stützte sich auf einen zwar weniger umfangreichen (ca. 270 Mitarbeiter) (2), aber "gefährlichen" Apparat im ZK, der ebenfalls den Wirtschaftsbereichen entsprechend in Abteilungen gegliedert war und seine Aufgabe vor allem in der Kontrolle der gesamten Wirtschaft sah – einer Funktion, die an sich der SPK zukam.

Die Plankommission war insofern "an die Leine gelegt", als sie entgegen der im Statut festgelegten Kompetenzverteilung ihre Vorlagen zunächst mit G. Mittags Apparat abstimmen mußte, bevor sie dem Politbüro und erst dann dem Ministerrat vorgelegt werden konnten. Zudem wurden die Minister von Mittag bereits im Vorhinein in den Tagungen der Wirtschaftskommission "auf Linie getrimmt". Daß die SPK die aus dem ZK-Apparat kommenden Direktiven nicht befolgt hätte, wäre nicht denkbar gewesen. Der Parteiapparat dirigierte den Staatsapparat und nicht umgekehrt. Entsprechend war der ZK-Sekretär zwar nicht formal, in der Praxis aber sehr wohl dem Minister übergeordnet. Abgesehen davon hätte Mittag seine Entscheidung aber auch jederzeit über Honecker im Politbüro durchsetzen können, so daß der SPK, wollte sie ihre Vorlagen "durchbringen", letztlich gar nichts anderes übrig blieb, als den Festlegungen Mittags zu folgen.

(1) Vgl. H.-H. Hertle, Gespräch mit Gerhard Schürer, "Es wäre besser gewesen..." a.a.O., S. 141, (2) ebda., S. 140 f.

¹⁰⁶

Vgl. "Schürers Krisen-Analyse" G. Schürer, G. Beil, A. Schalck, E. Höfner, A. Donda, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED, abgedruckt in: Deutschland Archiv, 25.Jg. 1992, S. 1112-1120

Mittag und seinem Wirtschaftsapparat im ZK¹⁰⁷ ging es jedoch darum, aus der Klemme des fortschreitenden wirtschaftlichen Niedergangs, eines immens aufgeblähten Staatshaushaltes¹⁰⁸ und der bedrohlich wachsenden Staatsverschuldung bei zugleich steigenden Erwartungen in der Bevölkerung herauszukommen, ohne die ideologischen Eckpunkte seines Programms der "Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik" preiszugeben. Das Gespenst des heraufziehenden Staatsbankrotts im Nacken, mußten dazu die letzten Reserven mobilisiert werden, nach außen durch die Fassade von Solidität und Kreditwürdigkeit, im Innern durch den rigorosen Zwang zur Erhöhung der Leistungsziele und durch Konsum-einschränkung zugunsten der Exportquote.

Während ersteres dank Schalck-Golodkowski's "KoKo"- Imperium noch relativ gut gelang, ließ sich aus der maroden Wirtschaft trotz aller Appelle und Auflagen kein weiterer Leistungszuwachs herauspressen. Mittags als Parteibeschlüsse eingeforderten Planvorgaben ließen sich zwar nicht verwirklichen, weil sie mit "Luftnummern" schlichtweg unrealistisch waren. Als Parteilinie wurden sie aber dennoch neue Grundlage für den revidierten Planentwurf der Plankommission, von den Ministern akzeptiert und vom Ministerrat beschlossen.¹⁰⁹ Der für die Durchführung zuständigen SPK kam damit die Aufgabe zu, diese Anforderungen durchzusetzen und in den Betrieben dafür auch noch eintreten zu müssen. Dabei wurden sie selbst und die Ministerien wiederum von den ZK-Abteilungen Mittags kontrolliert.

Von der so gern betonten Selbständigkeit und Entscheidungsbefugnis der Unternehmen blieb unter diesen Umständen nicht viel. Ihr Wissen und Sachverstand,

¹⁰⁷ Mittag "befohligte" als ZK-Sekretär für Wirtschaft die ZK-Abteilungen Planung und Finanzen, Grundstoffindustrie, Leichtindustrie, bezirksgeleitete Industrie, Maschinenbau, Metallurgie, Forschung und technische Entwicklung, Bauwesen, Transport und Nachrichtenwesen, Sozialistische Wirtschaftsführung, Sozialpolitik, Gewerkschaftspolitik); ihm unterstanden ferner das Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung, die Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz, die Wirtschaftskommission beim Politbüro, die Kommission für ökonomisch-kulturelle Zusammenarbeit; daneben war er von 1963 bis 1989 Ausschußvorsitzender des Volkskammerausschusses für Industrie, Bauwesen und Verkehr. Mittag wurde überdies mit Honeckers Machtantritt der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, also des offiziellen DDR-Regierungschefs.

¹⁰⁸ Die Staatsausgaben waren nicht nur durch die Subventionspolitik belastet, sondern auch durch den gewaltigen Apparat der Partei- und Staatsbürokratie, den Sicherheitsapparat und die ebenfalls "unproduktiven" Streitkräfte mit einem ebenfalls erheblichen zivilen Beschäftigungspotential. Diese "Kosten" schlugen natürlich auf die Zahlungsbilanz durch, die ohnehin schon unter dem Druck der seit Anfang der 80-er Jahre enorm gestiegenen Erdölpreise in der Sowjetunion stand. Der jährlich mindestens notwendige Kreditbedarf der DDR – zuletzt 1989 etwa 12-15 Mrd DM– trieb die Verschuldung im westlichen Ausland auf eine solche Schuldendienstrate, daß der ganze Export eines Jahres nicht ausgereicht hätte, die jährlich zu leistenden Kreditrückzahlungen und Zinsen zu bewältigen (vg. H.-H.Hertle, Gespräch mit Gerhard Schürer, Das reale Bild..., a.a.O., S. 1032 ff).

¹⁰⁹ H.-H. Hertle, Gespräch mit Gerhard Schürer, "Es wäre besser gewesen..." a.a.O., S. 138 ff; aus Gesprächen des Verfassers mit Mitarbeitern der SPK und mit G. Schabowski ließ sich der Eindruck gewinnen, daß Stoph als Vorsitzender des Ministerrats in "Dauerfehde" mit Mittag lag, allerdings gegen dessen Einfluß auf Honecker wenig ausrichten konnte.

für die politische Führung nur störend, ließ sich als der in gesamtwirtschaftlicher Sicht komplexen Wirtschaftsplanung nicht angemessen abtun. Wenn die Kombinatdirektoren im Anschluß an die Leipziger Messe von Mittag zur "Befehlsausgabe" zusammengerufen wurden, ging es um die Planerfüllung, aber nicht darum, die Probleme der Unternehmen zu erörtern. Zwar kannte vom Arbeiter bis hin zu den Kombinatdirektoren und der Zentrale selbst jeder die Widersprüche zwischen Plan und Realität und hätte genug Gründe für die fehlende Effizienz des Wirtschaftssystems nennen können. Die darin liegende Kritik der Parteilinie hätte jedoch nichts bewirken können, solange der politische Kurs eher auf eine Verstärkung¹¹⁰ als auf die Abschwächung der Zentralisierung hinauslief.

Die dirigistische Methode der Planfestsetzung und Plandurchsetzung verhinderte so gerade das, was sie erreichen sollte, wirtschaftliche Effektivität. Abgesehen davon, daß die politischen Vorgaben von der Führungsspitze Honecker-Mittag häufig willkürlich gesetzt waren, berücksichtigte der hierarchisch formalisierte Planungsprozeß die Situation und die Interessen der Betriebe bestenfalls als Randgröße. Die Betriebe sahen sich in die Rolle von Befehlsempfängern gedrückt und reagierten dementsprechend mit formaler "Plandisziplin" auf der einen Seite und Abwehr der Ansprüche "von oben" auf der anderen. Dabei förderte die Reglementierung und Kontrolle durch die Partei- und Staatsbürokratie natürlich die Tendenz, sich dieser Kontrolle zu entziehen. Unter dem Druck der vorgesetzten Leitungsgremien lag es im Interesse der Kontrollorgane, die Planaufgaben durchzusetzen. In dem der Betriebe mußte es liegen, sie möglichst optimal zu erfüllen, weil davon die Karrieren der leitenden Kader und die Prämien der Belegschaft abhingen. Da Kritik an einer nicht lösbaren Aufgabenstellung natürlich immer auch die Kompetenz der Hierarchie in Frage gestellt hätte, war niemandem damit gedient, Probleme aufzudecken und sich damit Ärger einzuhandeln.

¹¹⁰

Eine Ursache für die Probleme der DDR-Unternehmen lag im Zerschlagen der Betriebe, die in der Bundesrepublik unter der Rubrik "mittelständische Wirtschaft" eine nicht zu unterschätzende Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie spielen. Nahezu 80% der Industrieproduktion der DDR kam aus Unternehmen mit einer Betriebsgröße von mehr als 1000 Beschäftigten, nur etwa 1% aus Kleinbetrieben mit weniger als 100 Beschäftigten (gegenüber ca 22% in der alten Bundesrepublik). Die fortschreitende Konzentration in den Kombinat -mit Stand Juni 1990 gab es 126 zentral- und 95 bezirksgeleitete Kombinate- war politisch gewollt und entsprach ganz der zunehmenden Verstärkung der Zentralisierung seit Mitte der achtziger Jahre (vgl. "Wirtschaftswissenschaft", H. 6/1989, S. 801 ff). Sie brachte natürlich technische und betriebswirtschaftliche Vorteile, ging aber zu Lasten der Klein- und Mittelbetriebe, die durch ihre Spezialisierung, Flexibilität und ihr Innovationspotential den technischen Fortschritt sehr viel schneller umsetzen und die Anpassung an einen international wettbewerbsorientierten Markt überhaupt erst ermöglichen. Die Kombinate hatten auf dem ostdeutschen "Markt" in ihrem Bereich eine Monopolstellung. Sie hatten insofern keine Konkurrenz und wegen der Importbeschränkungen im Inland und auf dem RGW-Markt weder ausländische Wettbewerber noch den internationalen Produktionsstandard zu beachten. Das schlug sich negativ auf die Herstellungskosten der Produkte nieder und bei nicht für den Export bestimmten Erzeugnissen auch auf die Qualität.

Um die Forderungen dennoch erfüllen zu können, wurden sie von den Betrieben auf ihre Weise "kleingearbeitet", bevor sie zu unerfüllbaren Planaufgaben werden konnten. Indem sich das Unternehmensmanagement wie die Zentrale selbst verhielt, nämlich mit betriebsbezogenen Informationen "hinter dem Berg hielt" und mit "getürkten" Zahlen der Bilanz etwas nachhalf – nur diesmal nicht zum Nachweis der eigenen Leistungsfähigkeit, sondern eben gerade des Gegenteils – erhoffte man sich niedrigere Planaufgaben aushandeln zu können. Je niedriger das Plansoll war, umso günstiger fiel das Betriebsergebnis aus und umso höher lagen die Prämien. Spätestens mit der routinemäßigen Planrevision gelang in der Regel so die Planerfüllung und -übererfüllung in der bekannt spektakulären Weise.

Wenn auch die "Zentrale" unter dem Druck, zu einem beschleunigten Produktivitätszuwachs bei zugleich niedrigeren Produktionskosten zu kommen, unablässig an die "volkswirtschaftliche Verantwortung der Kombinate"¹¹¹ und die "objektive Interessenidentität zwischen dem sozialistischen Staat und dem Werktätigen" appellierte, die Flut von Vorschlägen und Plänen zur Effektivierung des Produktionsbereiches blieb weithin Papier. Die Reden und Publikationen der Wirtschaftsfunktionäre sparten zwar in der Produktion von der exakten Kostenrechnung und -kontrolle über die wirtschaftliche Rechnungsführung, die Senkung des Verbrauchs an Rohstoffen, Material und Energie, die rationelle Bestands- und Lagerrechnung bis hin zur Stimulierung und Leistungsbewertung der Arbeitskollektive kaum einen Bereich aus, in dem sich nicht Reserven hätten mobilisieren lassen. Die Beachtung dieser Grundsätze ökonomischen Wirtschaftens entsprach allerdings keineswegs immer dem "Überlebensinteresse" der Betriebe.

Mochte die Verbesserung des Betriebsablaufs auch durchaus ökonomisch sinnvoll und technisch möglich sein, sie mußte deshalb noch keineswegs im Interesse der Unternehmen liegen. Ihnen konnte das Offenlegen versteckter Einsparungs- und Leistungsmöglichkeiten in der Regel nur Nachteile bringen, weil sie in der Konsequenz natürlich mit der Verschärfung der Planaufgaben zu rechnen hatten. Insofern hatten sie gar keine Veranlassung, einer Erhöhung der Planziffern auch noch selbst Vorschub zu leisten. Im Blick darauf, daß der vollmundig angekündigte "Ausbau der materiell-technischen Basis"¹¹² für die meisten Betriebe nichts als "Wortgeklänge" blieb, und sie keinen Einfluß auf die einschränkenden Rahmenbedingungen des Produktionsprozesses hatten (zentrale Vorgaben für Preise, Lohn, Gewinnabgaben, Arbeitskräfteeinsatz, Material und Investitionsgüter, Zulieferprobleme etc.), Friktionen also vorprogrammiert waren, ließ sich auf "stille Reserven" als Puffer gar nicht verzichten.

Kostengesichtspunkte spielten aber vor allem auch deshalb nur eine untergeordnete Rolle, weil der Preismechanismus außer Kraft gesetzt war und eine echte Wettbewerbssituation insofern nicht bestand, die Unternehmen sich folglich nicht unter dem Preisdiktat des "Marktes" behaupten mußten. Da das Plansoll wichtigste Richtgröße war, ließ sich auch mit Kennziffern -wie etwa

¹¹¹ K.Krull, Herr im eigenen Hause, in: Einheit 7-87, 42. Jg. / 1987, S.597

¹¹² Ebda., S. 600

"Rentabilität"- zur Kontrolle des Betriebsergebnisses unwirtschaftliches Verhalten nicht wirklich verhindern. Aus betrieblicher Sicht gab es gar keine zwingende Notwendigkeit, den Produktionsablauf unter Kostengesichtspunkten auf die nicht nur technische, sondern auch wirtschaftliche Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen. Worauf es ankam, war zunächst einmal die Planerfüllung, denn dafür gab es Bonus und Prämien. Die Diskussion sinnvollerer und effektiverer Möglichkeiten des Wirtschaftens machte dann Sinn, wenn sie mit keinen "Kosten" für den Betrieb verbunden war und seiner Profilierung im "sozialistischen Wettbewerb" diente. Wenn sich ohnehin geplante "Erneuerungsprozesse" in der richtigen Weise propagandistisch umsetzen ließen oder die Unternehmen zu den besonders geförderten "Vorzeige"-Kombinaten gehörten, bot sich die Chance, auf dem Parteitag lobend erwähnt zu werden.

Eine tatsächlich vergleichende Aufwands- und Ertragsrechnung wäre meist nicht einmal möglich gewesen, weil die Unternehmen wegen des chronischen Mangel an knappen Gütern "schwarze" Lagerbestände in Milliardenhöhe gehortet hatten, die dann unter der Hand im Tausch oder als "Schmiermittel" bei Verhandlungen eingesetzt wurden, aber natürlich in keiner Statistik erschienen. Insofern war vom Management der Unternehmen in dieser Hinsicht gar keine Initiative zu erwarten, die Produktionsprozesse, die Kostenstrukturen oder die Logistik auf Einsparungsmöglichkeiten hin durchzuforschen.

Kosteneinsparungspotentiale hätte es genug gegeben. Beispielsweise baute man in den Betrieben angesichts der Materialengpässe und der Abhängigkeit von Zulieferbetrieben, die als schwächstes Glied der Kette selbst wieder am meisten unter dem Druck des Materialmangels standen, die Lagerhaltung nicht ab, sondern sogar noch aus. Durch das Fehlen spezialisierter Klein- und Mittelbetriebe war es in den Großunternehmen üblich, bei einer extrem hohen, unwirtschaftlichen Fertigungstiefe ausgefallenste Teile selbst herzustellen. Da schon bei der Projektierung neuer Entwicklungen nicht zwischen den weltweit günstigsten Angeboten und Ideen spezialisierter Zulieferbetriebe ausgewählt werden konnte, mußte vielfach "das Rad zum zweiten Mal erfunden werden"¹¹³.

¹¹³ Da die fehlende Konvertibilität der DDR-Währung permanente Devisenknappheit zur Folge hatte und sich industrielle DDR-Produkte bei Kompensationsgeschäften mit westlichen Staaten als kaum wettbewerbsfähig erwiesen, waren Importen Grenzen gesetzt. Weil sich die DDR darüber hinaus auch aus ideologischer Sicht nur in Maßen auf eine Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit "kapitalistischen" Unternehmen einlassen wollte, versuchte sie durch eigene Forschung, Entwicklung und Produktion von den internationalen Märkten unabhängig zu sein. Dabei sicherte ihre im Investitionsgüterbereich auf dem RGW-Markt konkurrenzlose Position den Absatz ihrer Produkte und den Import der benötigten Rohstoffe.

Das "Ausklinken" aus der internationalen Arbeitsteilung zwang zum einen dazu, in anderen hochindustrialisierten Staaten längst "ausgestorbene", weil unwirtschaftliche Unternehmensbereiche und Industriezweige weiter am Leben zu erhalten. Zum anderen mußten die Betriebe trotz an sich ganz anderer Ausrichtung ein überdimensionales Sortiment aller denkbaren Artikel selbst herstellen. Da die Produktion überwiegend in Großunternehmen zusammengefaßt war, führte das bei niedrigem Spezialisierungsgrad zu einer enorm breiten und damit unwirtschaftlichen Produktpalette dieser Unternehmen.

Wohl noch ungünstiger wirkte sich aus, daß Innovationen zwar unter dem Aspekt wissenschaftlich technischen Fortschritts als Mittel zur Erhöhung des Produktionsausstoßes, zur Optimierung des Betriebsprozesses oder als Produktverbesserung bewertet, jedoch nicht von einer tatsächlichen Wirtschaftlichkeitsberechnung abhängig gemacht wurden.¹¹⁴ Wegen des Tabus einer rationalisierungsbedingten Freisetzung von Arbeitskräften konnten zudem technischorganisatorisch mögliche Verbesserungen nur in begrenztem Maße direkt unter dem Gesichtspunkt rationellerer Kostenplanung angestrebt werden. Das verhinderte notwendige Strukturanpassungen und führte dazu, daß in der Industrie arbeitsintensive Fertigungen vorherrschten und trotz eines Überhangs an Arbeitskräften¹¹⁵ ständiger Arbeitskräftemangel bestand. Da die Mittel der Investitionsfonds meist erschöpft waren, wurde auch auf schrottreifen Anlagen weitergearbeitet.¹¹⁶ Andererseits wurden wirtschaftlich vertretbare oder gar dringend notwendige Investitionsanträge aus Scheu vor höheren Auflagen und dem damit verbundenen Risiko der Planerfüllung von den Betrieben selbst oft gar nicht erst gestellt. Im Ergebnis glich der produktionstechnische Anlagenstandard¹¹⁷ der DDR so bis auf wenige ausgewählte Sektoren, in die auf Kosten der anderen Bereiche Milliarden investiert –und wie in der Mikroelektronik "in den Sand gesetzt" wurden¹¹⁸– bildlich gesprochen eher dem der verlängerten Werkbank als dem moderner Fertigungstechnik. Damit ist nichts gesagt gegen die Fähigkeiten der Beschäftigten, deren Können, Findigkeit und Improvisationsgeschick wohl vor allem zu verdanken war, daß das institutionalisierte Chaos der DDR-Planwirtschaft überhaupt funktionierte. Mit ökonomischer Rationalität hatte das allerdings nichts zu tun.

Wo sich wirtschaftliche Vernunft nicht auszahlte, war natürlich mit Initiative in dieser Richtung kaum zu rechnen, in der Praxis nicht einmal mit Verantwortlichkeit für das "gesellschaftliche Eigentum". Dessen Integrationsfunktion blieb weitgehend Fiktion. Allein schon die steten Appelle zur Produktivitätssteigerung zeigten, daß es trotz des proklamierten "sozialistischen Eigentums

¹¹⁴ Vgl. hinsichtlich der geringen Effizienz der Investitionen für die Vergrößerung des Kapitalstocks OECD-Berichte, a.a.O., Anm. 20, S. 130

¹¹⁵ Nach entsprechenden Vergleichen sollen in 7 von 11 Industriebereichen, in denen in der BRD 1,4 Mill. Beschäftigte "freigesetzt" wurden, in der DDR über 400000 zusätzlich Beschäftigte gewesen sein. Vgl. dazu C. Schwartz, Perestroika in der DDR, in: Deutschland Archiv 22. Jg. 1989, H.12, S. 1373.

¹¹⁶ Ebda; nach C. Schwartz war in wichtigen Industriezweigen jeder dritte ausschließlich damit beschäftigt, die verschlissenen Anlagen zu reparieren und instandzuhalten.

¹¹⁷ Der technologische Rückstand der DDR gegenüber der BRD wurde 1990 auf 5 bis 10 Jahre geschätzt (vgl. OECD-Berichte, a.a.O., S.136, Anm. 80)

¹¹⁸ 1988 floß ein Drittel aller Industrie-Investitionen in den Ausbau der Braunkohleförderung, ein weiteres in den gescheiterten Alleingang in der Mikroelektronik. Mit dem ehrgeizigen Projekt, das 14 Mrd. Mark verschlang, verband sich die Hoffnung der DDR, die CoCom-Liste unterlaufen zu können und damit im RGW-Bereich das Monopol für Speicherchips und in der Mikroelektronik zu besitzen. Die Entwicklung lag um Jahre hinter der westlicher Produzenten zurück und wurde spätestens bei der Lockerung der CoCom-Bestimmungen wirtschaftlich unsinnig.

an den Produktionsmitteln" mit dem Gleichklang der Interessen von Partei und wirtschaftenden Betrieben nicht allzuweit her sein konnte. Da sie im Gegensatz zum wirklichen Eigentümer weder alleiniger Nutznießer des erarbeiteten Betriebsergebnisses noch dem Druck unternehmerischen Risikos ausgesetzt und in diesem Sinne auch nicht entscheidungsbefugt waren, hielt sich ihr Interesse an den von der Parteiführung gesetzten Zielen in Grenzen. Man war gewohnt, die Direktiven zu befolgen und die Verantwortung dafür eben dort zu sehen, wo die Entscheidungen getroffen wurden. Vom Wirtschaftssektor konnten von daher zwar Impulse für eine Wirtschaftsreform ausgehen, insofern er sich mit seinem Fachwissen als unpolitisch verstand, aber sicher nicht die politischen Forderungen, die eine solche Reform in Gang gesetzt hätten.

Im Ergebnis führte das Prinzip sozialistischer Kommandowirtschaft dazu, daß die Liste der sich aufschaukelnden wirtschaftlichen und somit auch politischen Probleme laufend länger und deren Lösung immer aussichtsloser wurde. Nach Einschätzung der eigenen obersten Wirtschaftsbeauftragten hatte sich die DDR bis Ende 1989 in eine wirtschaftlich so desolate Lage manövriert, daß sie ohne drastische Veränderungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zwangsläufig in die "unmittelbar bevorstehende Zahlungsunfähigkeit" steuern mußte.¹¹⁹ Während die Parteiführung in voller Kenntnis¹²⁰ des Desasters unbeirrt an ihrer ruinösen Wirtschaftskonzeption festhielt, sah G.Schürer als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission schon die zwangsweise Aufhebung der staatlichen Autonomie in der Wirtschaftspolitik auf die DDR zukommen. Bei einer Umschuldung werde der Internationale Währungsfond die Wirtschaftspolitik in der DDR bestimmen. Das sei verbunden mit der Forderung "auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen, der Reprivatisierung von Unternehmen, der Einschränkung von Subventionen mit dem Ziel, sie gänzlich abzubauen, dem Verzicht des Staates, die Importpolitik zu bestimmen."¹²¹ Mit einer solchen Umwertung der "essentials" sozialistischer Gesellschaftspolitik – "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse", "Prinzip des demokratischen Zentralismus", "soziale Gleichheit", "Vollbeschäftigung" – wäre dem politisch-ideologischen Selbstverständnis der DDR dann allerdings in der Tat jede Grundlage entzogen worden.

Der von Schürer vorgeschlagene Weg aus der Wirtschaftsmisere lief auf die Entwicklung einer an Marktbedingungen orientierten sozialistischen Wirtschaft

¹¹⁹ Vgl. G. Schürer, Vorlage..., a.a.O., S. 1116

¹²⁰ Auf Schürers Veranlassung hin war das beunruhigende Problem der stark angestiegenen Verschuldung schon 1977 und dann jedes Jahr erneut mit der Parteispitze diskutiert worden. Spätestens seit der eindeutigen schriftlichen Stellungnahme Schürers vom 26.4.1988 war bekannt, daß die Zahlungsfähigkeit der DDR nicht mehr weiter gesichert war. Auch die übrigen Mitglieder des Politbüros waren über die katastrophale Wirtschaftslage der DDR durch einen jeweils monatlichen Bericht über die Entwicklung der Verschuldung informiert. Vgl. H.-H. Hertle, Das reale Bild war eben katastrophal!, a. a. O., S. 1032; vgl. auch H.-H. Hertle, Staatsbankrott..., a.a.O., S. 1020; vgl. auch H.-H. Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft, a. a. O., S. 132

¹²¹ G. Schürer, Vorlage..., a.a.O., S. 1117

bei zugleich "optimaler Ausgestaltung des Demokratischen Zentralismus" hinaus.¹²² Welche Realisierungschancen solche Reform überhaupt hatte und wie immer sie im Detail hätte aussehen können¹²³, sie wäre bei der Beibehaltung bzw. Verstärkung der zentralen Planung und Steuerung des Wirtschaftssystems wohl am grundsätzlichen Problem sozialistischer Planwirtschaft nicht vorbeigekommen: von der ungelösten Preisfrage einmal abgesehen, dürfte die Vorstellung einer detaillierten zentralen Planung des gesamten Wirtschaftsprozesses im Blick auf die Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit der Wirtschaftsbereiche untereinander, noch dazu bei Berücksichtigung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, nicht einmal auf dem Papier zu verwirklichen sein.

Genau darauf setzte aber die bereits angekündigte Verstärkung der Zentralisierung und das offensichtliche Bemühen der DDR, Planung, Kontrolle und Bilanzierung durch den forcierten Einsatz und die breite Vernetzung von Computern von der Zentrale aus in den Griff zu bekommen. Selbst wenn dies technisch gelungen wäre, hätte die grundsätzliche Schwäche des Systems dadurch kaum behoben werden können. Denn wenn auch Optimierungsmethoden im Sinne der Input-Output-Analyse durch die elektronische Datenverarbeitung erheblich verbessert werden konnten, so läßt sich daraus noch keineswegs auf die störungsfreie Koordinierung und Regelung des Wirtschaftsablaufs in der Praxis schließen. Gegen die Erwartung, den Wirtschaftsprozeß in der Tendenz ganzheitlich und zentral steuern zu können, spricht schon die komplexe Vielfalt der Interdependenzbeziehungen moderner Volkswirtschaften. Dagegen spricht neben der bekannten Trägheit der bürokratischen Apparate bei der Umsetzung der Planungsvorhaben auch der immer nur recht begrenzte Wissensstand der Entscheidungsträger und der Zentrale selbst. Sie kann trotz aller Kontrolle nicht in der Lage sein, die bei ihr als "feed back" eingehenden Informationen auf ihre Zuverlässigkeit hin zu überprüfen, wenn Manipulationen –als Folge der Befehlstaktik– gewollt sind. Zudem wäre zu befürchten, daß sich der bürokratische "Wasserkopf" noch um ein Vielfaches vergrößern würde, ohne daß er der gigantischen Informationsflut Herr werden könnte. Das insgesamt konzeptionslose Krisenmanagement sozialistischer Wirtschaftspolitik hätte sich jedenfalls nicht mit einem mehr an Information gleichsam "automatisch" überwinden lassen. Es ging ja in erster Linie nicht um bessere Informationen, so notwendig die als Voraussetzung politisch rationaler Entscheidungen auch waren, sondern in deren Umsetzung um die kritische Reflexion und Bewertung möglicher Handlungsalternativen.

Die Stärkung des "Demokratischen Zentralismus" mußte letztlich das Chaos der DDR-Wirtschaft noch vergrößern, denn die Monopolisierung der "richtigen" Problemsicht verkürzte die Diskussion wirtschaftspolitischer Problemlösungen zwangsläufig wieder auf die Perspektive der "Zentrale". Ihr Selbstverständnis, als allein kompetent allein planungsverantwortlich zu sein, verschob den Blickwinkel der Reform von vornherein von der Thematisierung der Problemursachen und der Analyse der Folgen des propagierten Lösungskonzeptes weg zur Frage der

¹²² Ebda., S. 1118

¹²³ Vgl. H.-H. Hertle, Das reale Bild war eben katastrophal!..., a.a.O., S. 1033

Durchsetzung des vorgesehenen Reformprogramms. Damit blieb die "Reformpolitik" –selbst bei Annahme wirklichen Reformwillens– wie zuvor unter dem Vorzeichen ideologischer Vorgaben und zugleich dem Druck kurzfristigen politischen Erfolgszwanges. Die Frage nach der prinzipiellen Machbarkeit solcher Reformen unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen stellte sich nicht. Vor allem aber kam die einander bedingende Entwicklung von Politik und Wirtschaft gar nicht erst in den Blick. Wenn überhaupt, konnte eine Wirtschaftsreform jedoch nur dann eine Chance haben, wenn die politisch-ideologische Ausrichtung mit den Bedingungen der sich ja längst vollziehenden politischen, technischen und ökonomischen Wandlungsprozesse in Einklang zu bringen war.

Auch die DDR konnte sich dem nicht entziehen, denn spürbar war solcher Wandel allenthalben. Ob in der Notwendigkeit von wissenschaftlich–technischer Kooperation, im Technologietransfer oder im Zwang zu Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Staaten, das Interesse an systemübergreifender Zusammenarbeit setzte immer auch die Bereitschaft zum Informationsaustausch, zum Dialog, zum kontroversen Meinungsstreit, allgemein ausgedrückt, zur Öffnung voraus. Das schloß ein, die eigene Position nicht absolut setzen zu können, Kritik nicht als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" abzublocken und auch selbst Information zuzulassen. Was die SED in den späten achtziger Jahren unter dem Druck der desolaten ökonomischen Lage zögerlich als "Kooperation" und "friedlichen Wettbewerb" anbot, blieb jedoch auf theoretische Modelle und außenpolitische Deklarationen beschränkt. Die in den Außenbeziehungen gesuchte Dialogfähigkeit überwand nicht das dogmatische Blockdenken, mußte sich aber in der wirtschaftlichen und technischen Kooperation mit den Ländern des kapitalistischen Westens gleichwohl dennoch auf deren spezifische Rationalität einlassen.

Die Verstärkung des Zentralismus lief solcher Anpassungsbereitschaft in der Tendenz entgegen. Die dem zentralistischen Prinzip zugrunde liegende Auffassung, Entwicklung modellhaft planen und steuern zu können, forderte zunächst einmal das Bewußtsein, politische Planung vorausschauend als Anpassung an die Prozesse permanenten sozio-ökonomischen Wandel betreiben zu müssen. Planung hatte sich insofern als selbst lernendes System zu begreifen, das im Austausch mit allen die Entwicklung beeinflussenden Faktoren die politisch-gesellschaftlichen Zielvorstellungen zu verwirklichen sucht. Das hätte allerdings vorausgesetzt, Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein auch aufzunehmen und in den Prozeß der Entscheidungsfindung mit einbeziehen zu wollen. Bei der Machtkonzentration der "Zentrale" sprach wohl nichts für diese Absicht. Da die Partei bei ihrer "Reformpolitik" keinen Konsens in einem politischen Kräftefeld suchen mußte, gab es für sie auch keine Notwendigkeit, ihre wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen rechtfertigen zu müssen. Damit ersparte sie sich zwar die langwierige und möglicherweise konfliktträchtige Prozedur des politischen Interessenausgleichs, reduzierte aber zugleich die Komplexität wirtschaftspolitisch-sozialer Problemstellungen auf die Frage größerer Effektivität auf dem Wirtschaftssektor. Die Frage nach der Perspektive der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde damit nicht beantwortet.

Ein Kurswechsel, der seine Impulse aus einer kritischen Analyse der Ursachen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemdrucks bezogen hätte, hätte an dem Punkt ansetzen müssen, der an sich längst "abgehakt" war, bei der nach materialistischer Geschichtsauffassung notwendigen Übereinstimmung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Es hätte keine Mühe gemacht, festzustellen, daß die Produktionsverhältnisse –mit Marx– zur Fessel für die Entfaltung der Produktivkräfte geworden waren. Da die Produktionsverhältnisse wiederum Ausdruck der politischen Machtkonzentration in den Händen der Partei waren, hätte der Hebel für die Überwindung dieses Widerspruchs eben auch dort angesetzt werden müssen.

Die Notwendigkeit einer effektiveren Wirtschaftsordnung und gesellschaftlicher Emanzipation trug die in die gleiche Richtung zielende Forderung nach "Partizipation" in sich. Der entscheidende Impuls für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität lag in der überwiegend direkten Beteiligung der Unternehmen und der Belegschaften am Betriebsergebnis und entsprechend weitgehender Eigenverantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnis der Unternehmensführungen. Ohne diese "Eckpunkte" war keine Reform der Wirtschaftssystems denkbar. Ohne den Abbau der Beschränkungen der individuellen Freiheitssphäre war der fortschreitende Prozeß der Entfremdung des Bürgers vom Staat nicht aufzuhalten. Ohne eine Einbindung des sich in den Oppositionsgruppen artikulierenden Anspruchs auf politische Selbstbestimmung und Mitsprache mußte die kritische Stimmung in der Bevölkerung und damit der Legitimationsdruck auf die Partei weiter wachsen. Angesichts der politisch veränderten Lage, in der sich die SED auf sich selbst gestellt sah, führte realistisch betrachtet an einer grundsätzlichen Veränderung des Systems kein Weg vorbei. Es ging um die Dezentralisierung des Wirtschaftssystems und die Demokratisierung des politischen, mit anderen Worten um den Abbau der autoritären Parteiherrschaft.

Wie die Entwicklung gezeigt hat, konnte von Reformbereitschaft im beschriebenen Sinne bei der Parteiführung keine Rede sein. Schürers und zuvor Ehrenspergers erfolglose Demarche bei Honecker sind ein Beispiel par excellence dafür, daß sich über Reformen im System bis zu einem gewissen Grade reden ließ, eine Reform des Systems aber schon als Thema tabu war. Schürers Auflistung der Gründe für den Kollaps des Wirtschaftssystems und der Folgen für die wirtschaftliche und politische Entwicklung mochte noch so zutreffend sein, sie mußte bei Honecker auf taube Ohren stoßen, weil die Bestandsaufnahme zu dem Eingeständnis zwang, daß die SED-Politik mit dem Kurs der "Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik" gescheitert war. Damit wäre dann auch das ideologische Kartenhaus in sich zusammengestürzt. Dem DDR-Bürger hätte klargemacht werden müssen, daß die "sozialistischen Errungenschaften" nur auf Pump zustandegekommen waren. Bei dem vorauszusehenden allmählichen Wegbrechen des RGW-Marktes als Folge von joint ventures mit dem Westen wären mit der Schuldenrückzahlung für die DDR erst einmal härtere Zeiten angebrochen.

Daß Honecker die Brisanz von Schürers Analysen nicht erkannt hat, ist kaum anzunehmen. Allerdings sah er deshalb nicht gleich so schwarz wie dieser. Wenn

er mit "seinem" System überleben wollte, konnten die Alternativen "Offenbarungseid" oder "Weiterwursteln" keine Wahl sein. Mußten sie mit der Trumpfkarte deutsch-deutsche Beziehungen auch nicht – vorausgesetzt, der Systemgegensatz blieb, was er war. Das Gespann Honecker/Mittag war insofern aufeinander angewiesen. Die Haltung Mittags, keinerlei Abstriche an der zentralistischen Wirtschaftspolitik zuzulassen, spiegelte nur Honeckers Credo, auf der kritiklosen Anerkennung der Entscheidungen der SED-Führung zu beharren¹²⁴: in den "Grundfragen der Politik" war jeder Irrtum der Partei ausgeschlossen, von daher waren Korrekturen der Politik nicht nötig.

Daß Honecker/Mittag um des Machterhalts willen bereit waren, das Risiko des "Staatsbankrotts" in Kauf zu nehmen, ist eine Sache, daß die politische Elite in der Verantwortung für Staat und Gesellschaft ihnen folgte, ist eine andere. Während Schürer als offenbar einziger im Kreise seiner Politbüro-Genossen "Rückgrat" zeigte und ein Umdenken, wenn auch kein Abrücken von der Planwirtschaft gefordert hatte, bestätigten alle anderen die Parteiführung in ihrer Konterkarierung der Analysen Schürers. Trotz der angeblichen Unzufriedenheit mit Honeckers politischem Kurs fühlte sich bis unmittelbar vor der "Wende" kein Politbüro-Mitglied aufgerufen, die ernste Lage der DDR und in der DDR in den jeweiligen Gremien offen anzusprechen, geschweige denn Konsequenzen zu fordern oder diese für sich selbst zu ziehen. Im Gegenteil, das Politbüro folgte auch wider besseres Wissen der Parteiraison.¹²⁵

¹²⁴ Vgl. H.-H. Hertle, Gespräch mit Gerhard Schürer, "Es wäre besser gewesen..." a. a. O., S. 134 ff

¹²⁵ Vgl. H.-H. Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft, a.a.O., S. 129. Schürer und Ehrensperger informierten zwar Honecker über die enorme Staatsverschuldung, scheuten aber auch vor einer Auseinandersetzung im Politbüro zurück.

2.1.3. Der herrschaftspolitische Aspekt

Die "herrschende Klasse" im SED-Staat war natürlich nicht die der Arbeiter, sondern die Partei in ihrer Funktion als "Avantgarde".¹²⁶ In ihr ließ sich die politische Klasse als Gruppe der Spitzenfunktionäre ausmachen, die im Politbüro und in den leitenden Funktionen im ZK maßgeblichen Einfluß auf das politisch-wirtschaftliche Geschehen und die "sozialistische Befindlichkeit" der Gesellschaft hatten.¹²⁷ Dieser Führungsgruppe kam als Teil der politischen Macht zweifellos selbst Macht zu. Ihrer Einschätzung als "Machtelite" widersprach allerdings, daß die Entscheidungsverantwortung in allen Fragen von politischem Gewicht –dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus folgend– bei der Parteiführung lag.

Der Mythos vom Politbüro als innerem Zirkel der Macht und allmächtiger Entscheidungsinstanz war eine Legende. Das Politbüro firmierte zwar als "Partei-

¹²⁶ Ob es sich bei der sozialistischen Funktionärselite tatsächlich um eine "Klasse" im herkömmlichen Sinne handelte, ist angesichts der mit den westlichen Gesellschaften nicht vergleichbaren Eigentums- und Machtverhältnisse in der DDR schwierig zu bestimmen und muß in dem Zusammenhang des Themas auch nicht untersucht werden. Die "Verwaltenden" der Macht, die M. Djilas am –gegenüber dem Realsozialismus der DDR noch gemäßigten– jugoslawischen Modell als die "Neue Klasse" charakterisiert, bildeten zumindest in ihrem Kern, in der Spitze der Parteibürokratie, eine gesellschaftliche Gruppe, deren objektive Lage nicht mehr mit der der übrigen Bevölkerungsgruppen zu vergleichen war. Dem würde im Prinzip nicht widersprechen, wenn B. Meissner in seinem Modell der sowjetischen Gesellschaft in fünf Schichten gliedert und zur Oberschicht etwa 4% der Bevölkerung zählt.

Bezeichnend war, daß von den 222 Mitgliedern des ZK nur 10 tatsächlich zur Gruppe der Arbeiter gehörten, 9 in Vorgesetztenfunktion und ein einziger als "wirklicher" Arbeiter (Maschinist).

¹²⁷ Zum "Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" gehörten nach der letzten Wahl 1986 die 26 Mitglieder/Kandidaten des Politbüros, 16 Erste Sekretäre der Bezirksleitungen, 17 Abteilungsleiter des ZK-Apparates, 36 Minister und Staatssekretäre, 20 Funktionäre der mittleren Leitungsebene des Partei- und Staatsapparates, 30 Generaldirektoren/Direktoren von Großbetrieben/Leiter von LPGs, 18 Repräsentanten des Wissenschaftsbereiches, 11 Vertreter des MfS, MfNV und MdI, 21 Leiter von Massenorganisationen, 8 Medienverantwortliche, 9 Vertreter kultureller Organisationen und 9 in der „Produktion“ bzw. in der Landwirtschaft tätige Personen.

Allein die Zugehörigkeit zum ZK bedeutete jedoch nicht, daß dieser Personenkreis zur politischen Elite zählte. Die eigentliche politische Macht lag im Politbüro und Sekretariat des ZK.

Der ZK-Apparat gliederte sich in Abteilungen, die –häufig mehrere– den ZK-Sekretären unterstanden. Die ZK-Abteilungsleiter waren durch ihre nahezu absolute exekutive Macht gegenüber dem Staatsapparat in einer außerordentlich starken Stellung. In den ZK-Abteilungen wurden die "Beschlussvorlagen" für das Politbüro erarbeitet und nach der Bestätigung umgesetzt in Vorgaben an den Ministerrat, also die staatliche Ebene als ausführendes Organ. Die ZK-Abteilungsleiter konnten durch vorbereitende Analysen und Bewertungen auf das Zustandekommen der Entscheidungen durchaus Einfluß nehmen. Insofern zählten sie zwar nicht zur politischen Elite im engeren Sinne, waren aber keineswegs als „apparatschiks“ zu betrachten. Als Beispiel: der ZK-Abteilungsleiter für Sicherheitsfragen, Herger, rückte ins Politbüro auf, als Krenz –bis dahin als Sekretär für Sicherheitsfragen an dieser Stelle– Honecker als Generalsekretär ablöste.

führung", faktisch ließ sich aber Honecker die Macht nicht aus der Hand nehmen. Er traf alle wichtigen Entscheidungen selbst¹²⁸ und konnte sich sicher sein, daß ihm das Politbüro sein Machtmonopol nicht streitig machte - nicht weil er in der Position unangreifbar gewesen wäre¹²⁹, sondern weil er die mit Parteidisziplin umschriebene subalterne Mentalität¹³⁰ der Genossen im Politbüro kannte.

Vom Organisationsprinzip her hätte das "Sekretariat des ZK"¹³¹ über kaum weniger Macht verfügt als Honecker selbst. Formal gesehen war der

¹²⁸ Dies wurde dem Verf. jedenfalls von G. Schabowski so geschildert. Schabowski beschreibt anschaulich, daß Honecker in allen Angelegenheiten von Bedeutung die Sachlage mit den jeweils Verantwortlichen bzw. im kleinen Kreis mit Mittag, Mielcke und Herrmann direkt besprach und das Politbüro nur noch vor vollendete Tatsachen stellte.

Laut Schabowski sind Entscheidungen, die die Staatssicherheit betrafen, dem Politbüro nicht einmal mitgeteilt worden. Vor allem seien aber auch die wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesse am Politbüro vorbeigelaufen, weil Honecker eine Zahlungsbilanzkommission beim Politbüro ins Leben gerufen habe, durch die Mittag mit Honeckers Placet verhindern konnte, daß von anderen Bereichen auf Partei- oder staatlicher Ebene konkrete Daten zur Lage in der Volkswirtschaft publik gemacht worden wären. Vgl. G. Schabowski, *Der Absturz*, a.a.O., vor allem S. 114-134 und ders., *Das Politbüro – Ende eines Mythos*, Reinbek bei Hamburg, 1991, vor allem S. 20-46.

¹²⁹ Honecker war formal gleichgestellt mit den anderen Politbüromitgliedern nur primus inter pares, hätte also theoretisch jederzeit überstimmt werden können. In der Praxis fand allerdings genau das Gegenteil statt: im Interesse der "Einheit und Geschlossenheit" der Partei wurde immer einstimmig –natürlich Honeckers Entscheidung gemäß– abgestimmt. Das ging so weit, daß Honecker, Mittag und Herrmann, als sie wußten, daß sie beim Machtwechsel zu Krenz "geopfert" werden würden, für ihren eigenen "Rausschmiß" aus dem Politbüro stimmten.

¹³⁰ Honeckers eigenes Verhalten Ulbricht gegenüber gab ein Bild von dieser Vasallentreue, einer Loyalität, zu der offensichtlich die Bereitschaft gehörte, ein gehöriges Maß an subalternen Mentalität, also Unterwürfigkeit, zu zeigen. Schabowskis Charakterisierung seiner Mitgenossen im Politbüro spricht Bände: Herrmann-"Werkzeug Honeckers", Mielke-"Anbiederei", Krolkowski-"angepaßt ölige Sprüche", "Phrasendrescher, bestrebt, Mittag nach dem Munde zu reden"... etc. (G. Schabowski, *Der Absturz*, a.a.O., S. 261, 269)

¹³¹ Das Politbüro und das Sekretariat des ZK waren Teil des ZK. Seine Mitglieder wurden nach der Wahl des ZK eigens "gewählt", das heißt durch Honecker persönlich bestimmt (zuletzt 26 Politbüromitglieder, davon 12 ZK-Sekretäre).

Nach entsprechenden "Berichtswahlversammlungen" und "Delegiertenkonferenzen" auf der Ebene der Grund-, Orts-, Kreis- und Bezirksorganisationen wurden auf Bezirksebene die Delegierten zum "Parteitag" gewählt, dem formal höchstem Gremium der Partei, das alle fünf Jahre mit großem Zeremoniell inszeniert wurde. Das Zentralkomitee hatte die Beschlüsse des Parteitags durchzuführen und darüber dem Parteitag Rechenschaft abzulegen. Es wählte zur politischen Leitung der Arbeit zwischen den Sitzungen des ZK das Politbüro und zur Leitung der laufenden Arbeit das Sekretariat.

"Wahl" bedeutete Zustimmung zur Kandidatenliste, die vom Sekretariat der zu wählenden Ebene selbst erstellt und von der nächsthöheren Leitungsebene bestätigt oder auch von vornherein vorgegeben worden war. In das ZK kam nur, wer von Honecker –nicht nur formal– bestätigt worden war. Das ZK wurde in der Regel zweimal jährlich vom Politbüro zu "Plenartagungen" (unter Honeckers Vorsitz) zusammengerufen, bei der "Herbsttagung" zur Bestätigung des Jahresplanes.

Generalsekretär zwar in der höheren Stellung, konnte sich aber auf keine eigenen "Bataillone" stützen. Die Sekretäre des ZK saßen dagegen an der Quelle, manche auch an den Hebeln der Macht: Ihnen stand mit der Zuarbeit der ZK-Abteilungen die enorme Informations- und Machtfülle des zentralen Apparates zur Verfügung. Zudem hätten sie theoretisch die Möglichkeit gehabt, durch Koalitionen untereinander die politischen Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Über die Beschlußvorlagen an oder durch das Abstimmungsverhalten im Politbüro hätten sich Aussprachen erzwingen lassen oder auch die "Beschlüsse" Honeckers und Mittags zu Fall bringen lassen.

Unter Honeckers Ägide ließ sich über eine solche Konstellation nicht einmal spekulieren. Selbst dem engeren Führungskreis mit G. Mittag und E. Mielke kam nur ein beratender, wenn auch –insbesondere bei Mittag– erheblicher Einfluß auf Honeckers Entscheidungen zu. Wie alle Leitungsorgane wäre zwar auch das Politbüro dem Parteistatut gemäß nach dem "Prinzip der Kollektivität" zur Erarbeitung und Diskussion einer problemorientierten Entscheidungsvorbereitung verpflichtet gewesen. Tatsächlich konnte von einem Prozeß kollektiver Entscheidungsfindung jedoch keine Rede sein. Das Politbüro hatte weder kontroverse Ansichten noch größeren Diskussionsbedarf.¹³² Das war auch nicht nötig, denn das Beschlußverfahren war reine Formsache. Die Beschlußvorlagen waren bereits, wenn sie dem Politbüro vorgelegt wurden, von der Parteispitze "abgesegnet" und galten damit als entschieden. Durch den Ressortegoismus auftretende Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen ZK-Sekretariaten wurden schon im Vorfeld der Vorlagenabstimmung –ggf. unter Hinweis auf Honeckers bzw. Mittags "Vor-entscheidung"– ausgeräumt, so daß die Honecker dann vorgelegte "geglättete" Fassung das Politbüro ohne Diskussion passieren konnte.

Das "Sekretariat des Zentralkomitees der SED" sollte als Arbeitsorganisation die laufenden Arbeiten leiten, "hauptsächlich zur Durchführung und Kontrolle der Parteibeschlüsse und zur Auswahl der Kader". Dem entsprach, daß jedem ZK-Sekretär bestimmte Bereiche mit einer oder mehreren ZK-Abteilungen unterstanden, wobei diese Bereiche recht unterschiedliches Gewicht hatten. Die "laufende Arbeit" machten natürlich nicht die Sekretäre mit ihren Büros, sondern die Abteilungen des ZK-Apparates. Die wurden in den Schlüsselpositionen meist mit Gefolgsleuten besetzt, so daß sich in den ZK-Abteilungen oppositionelle Strömungen nur dann hätten aufbauen können, wenn auch der Sekretär selbst oppositionell eingestellt gewesen wäre. Was die Sekretäre als Informationen, Analysen oder "Beschlußvorlagen" für das Politbüro auf den Tisch bekamen, war in jeder Beziehung gründlich abgeklärt und konnte bereits als "Ergebnis" gelten.

132

Dazu G. Schabowski: "Bis auf die Oktobertage wurde in den letzten fünf Jahren genau zweimal heftiger diskutiert. Das erste mal 1985, bei der Absetzung des Berliner Bezirkssekretärs, meinem Vorgänger Konrad Naumann (eine rein persönlich-disziplinare Angelegenheit, d. Verf.), und das zweite Mal im September 1989, als wir schon im Krisendampf saßen... Da die Vorlagen im wesentlichen durch den Generalsekretär schon vorab gebilligt wurden, gab es im Grunde kaum noch Anlaß zu einer Debatte. Und bei uns regte sich auch kaum Widerspruch... Derjenige, der eine Vorlage über den Generalsekretär eingebracht hatte, stellte sich in der Regel für Fragen zur Verfügung. Die Anfragen sind dann von drei oder vier Leuten gekommen, die anderen haben fleißig mitgeschoben. Es herrschte eine Art Klassenzimmeratmosphäre..." (G. Schabowski, Das Politbüro, a. a. O., S. 20 f)

Das Prinzip der Kollektivität wurde in der vom Parteidogma vorgezeichneten Weise richtig mißverstanden, Honeckers Weisungen einstimmig zuzustimmen, um die monolithische Einheit und Geschlossenheit der Führung zu demonstrieren. Erwartet wurde Konformität, nicht die Erörterung der ungelösten Probleme solcher Vorgaben.

Da das Interesse der Parteiführung am Machterhalt einschneidende Veränderungen nicht zuließ, folgte für das Politbüro und ZK daraus als Konsequenz, die Vorstellungen des Generalsekretärs von vornherein als bindend für das Ergebnis ihrer Arbeit zu betrachten – anders ausgedrückt, hatten die Beschlußvorlagen des ZK an das Politbüro, sprich Honecker, nur eine Chance, wenn sie dessen Sicht und Erwartungen entsprachen.¹³³ In den ZK-Abteilungen begriff man sich denn auch nicht in dem Sinne als mitverantwortlich für die politisch-strategische Planung, daß man in seiner de facto Rolle als zentraler Planungsorganisation der politischen Führung vorausschauend selbst Problemlösungen erarbeitet hätte, die über die Fortschreibung des Status quo hinaus die weitere Zukunft im Sozialismus antizipiert hätten und so wieder steuernd auf die bestehende Situation hätten zurückwirken können. Obwohl man durch die Zuarbeit des Apparates besser informiert war als sonst irgend jemand, folgte man willfährig Honeckers Kurs. In dieser Mentalität, sich in vorauseilendem Gehorsam die Auffassung von oben zu eigen zu machen, kam das bezeichnende Selbstverständnis der Partielite zum Ausdruck. Der politische Prozeß stellte sich so dar als das Ergebnis eines sich wie in einem Regelkreis selbst steuernden Nullsummenspiels von Politbüro und ZK. Die Beschlußvorlagen für das Politbüro kamen aus den ZK-Abteilungen, die ihre Anweisungen dazu von den ZK-Sekretären erhielten, denen die Marschrichtung von Honecker vorgegeben war, und die nun eben dies als ihre Entscheidung an die ZK-Abteilungen gaben.

Wer an die Spitze der Hierarchie ins ZK oder ins Politbüro gelangte, "machte" insofern Politik, aber eben auch nur als Glied in der Kette, als Befehlsempfänger. Man war an den Entscheidungen mitbeteiligt, aber –aus Sicht der Politbüro-mitglieder– ohne wirklichen Handlungsspielraum und ohne persönlich zurechenbare Verantwortung.¹³⁴ Vom eigenen Selbstverständnis her, lediglich für die operative Planung und die Durchsetzung der Politbüro-Beschlüsse zuständig zu sein, stellte sich die Frage nach der eigenen Verantwortlichkeit gar nicht. Maxime des Handelns war die Realisierung der Zielvorstellungen der Parteiführung. Ihr galt die Loyalität, ihre Direktiven waren verbindlich, Opposition war vom ideologischen Ansatz her undenkbar.

Die Frage nach etwaigen Konfliktlinien im ZK oder Politbüro oder zwischen beiden beantwortet sich im Blick auf das Jahr 1989 von selbst. Es hat während der

¹³³ Solche Initiativen –noch dazu aus dem "zweiten Glied"– konnten nur scheitern. Die "Geschäftsordnung" forderte, daß alle Anträge und Themen vor der Politbüro-Sitzung schriftlich einzubringen waren. In Fragen grundlegender Bedeutung entschied Honecker persönlich, ob diese Vorlagen vom Politbüro überhaupt behandelt wurde.

¹³⁴ Dem steht nicht entgegen, daß die an die Position gebundene "Verantwortung" immer besonders herausgestellt wurde: sie bezog sich auf die exakte Durchführung des Auftrags und die dementsprechende Kontrolle der unterstellten Hierarchieebenen.

Honecker-Ära zu keiner Zeit den Hinweis auf das Vorhandensein einer entsprechenden Kräfte-Konstellation gegeben. Das war allerdings keineswegs immer so. Die Auseinandersetzungen im Politbüro im Vorfeld des 17. Juni 1953 und dann folgend im Herrstadt/Zaisser Konflikt ließen in der Kritik am damaligen Generalsekretär Ulbricht an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig.¹³⁵ Aus dem Kreis der damals meistens noch im zweiten Glied stehenden Gefolgsleute Ulbrichts¹³⁶ rekrutierte sich im Kern Honeckers Führungsgarde. Mit anderen Worten: Honecker konnte sich auf "Gesinnungsgenossen" stützen, die wie er gegen den "Sozialdemokratismus", den "Revisionismus" und gegen die "liberalen" Tendenzen der Ulbricht-Opposition gestanden hatten und den Weg in den "Realsozialismus" nicht nur mitgegangen waren. Andere Politbüro-Mitglieder zählten zu Honeckers Weggefährten oder mußten ihm verbunden sein, weil sie ihm ihren Aufstieg verdankten.¹³⁷ Insofern mochte es im Politbüro persönliche Animositäten geben, unter Honecker gab es aber keine "Lager", die interne Machtkämpfe ausgetragen hätten.

Denkbar gewesen wäre, daß auf Seiten des Militärs oder des Staatssicherheitsapparates Ambitionen bestanden hätten, eventuell mit der Unterstützung von Teilen der Wirtschaft, die Macht im Politbüro zu erobern. Für derartige Spekulationen gab es in der DDR –anders als in der Sowjetunion¹³⁸– keinerlei

¹³⁵ Gemeint ist die Auseinandersetzung vom Mai 1953, die mit dem Ausschluß von Ulbrichts Widersacher F. Dahlem aus dem Politbüro endete und dann im Anschluß an den 17. Juni 1953 die vernichtende Kritik der Mehrheit des Politbüros an Ulbricht, vor allem in der Sitzung vom 7. auf 8. Juli 1953. Nachdem es Ulbricht mit Unterstützung der sowjetischen Seite gelungen war, den Reform-Flügel (Herrstadt/Zaisser/Ackermann/Schmidt/Jendretzky u.a.) "auszubooten", konzentrierte er die politische Macht so auf seine Person bzw. die Position des "Generalsekretärs", daß er –mit "Rückfällen"– das noch unter Honecker praktizierte autoritär-zentralistische Herrschaftsprinzip durchsetzen konnte. Nach der Abrechnung mit einer erneut in Opposition zu Ulbrichts Kurs stehenden Reformgruppe (K.Schirdewan, F. Oelßner, G. Ziller, E. Wollweber, F.Selbmann, u.a.) auf der 35. ZK-Tagung (1958) und der Neuformierung des ZK und Politbüros gab es keine Diskussionen mehr, schon gar nicht über Reformen in Richtung eines "dritten Weges" – den versuchte Ulbricht allerdings mit anderer Zielrichtung selbst einzuschlagen.

¹³⁶ Dazu würden zum Beispiel Namen wie H. Axen, K. Hager, A. Neumann, H. Sindermann oder W. Stoph gehören

¹³⁷ Zum Beispiel H. Kessler, J. Herrmann, I. Lange, E. Krenz, G. Mittag, E. Mielke

¹³⁸ In der Sowjetunion spielten der Militärisch-Industrielle-Komplex wie auch das Militär selbst als Machtfaktor eine ernstzunehmende Rolle. Dem kann hier nicht weiter nachgegangen werden. Erinnert sei daran, daß Stalin, nachdem er sich gegen Trotzki durchgesetzt hatte, durch die Liquidierung des gesamten höheren Offizierkorps die Rote Armee buchstäblich "enthauptete", um die unangefochtene Vorrangstellung seines Parteiapparates zu sichern. Das Mißtrauen der sowjetischen Parteiführer gegenüber den Militärs, diese könnten durch den Griff nach der politischen Macht die Partei zu ihrem Instrument machen, zieht sich auch wie ein Roter Faden durch die Nachkriegs-entwicklung. Der Sturz Marschall Schukows (1957) ist nur ein Beispiel für die Machtkämpfe innerhalb der sowjetischen Führung.

Aus den militärischen Rängen der politischen Elite ließ sich keineswegs darauf schließen, daß sie auf Seiten des Militärs standen (Breschnew hatte eine Parteikarriere gemacht, war aber dennoch Marschall, desgleichen Ustinov, der Chef der sowjetischen Rüstungs-industrie, als Verteidigungsminister. Sein Vorgänger Gertschikow hatte dagegen eine

Anlaß. Trotz einer gewissen funktionellen Autonomie waren der militärische und der Staatssicherheits-Bereich fest im Griff der SED und konnten keine eigenständige Rolle zu spielen.¹³⁹

Rivalisierende Strömungen waren auch sonst nicht zu erwarten. Die Funktionärs-elite war ihrem unterschiedlichen beruflichen Werdegang entsprechend in sich keineswegs homogen. Daraus konnten sich zwar Spannungen zwischen "Karrieristen" auf der "Parteischiene" und den eher technisch-wissenschaftlich orientierten Fachleuten im Wirtschafts- oder Verwaltungsbereich ergeben, aber nicht wirkliche Konflikte. Da es keine ideologieneutralen, institutionell autonomen Bereiche gab, war der Konflikt zwischen dem "funktionalen Imperativ" der "Technokraten" und den Forderungen des Politapparates letztlich ein Scheinwiderspruch. Abgesehen davon, daß die Entscheidungen des Parteiapparates als Umsetzung der Parteibeschlüsse ohne Abstriche zu befolgen waren, hatten sich auch die Funktionäre im staatlichen Bereich in erster Linie als Repräsentanten der Partei zu sehen. Daß in der Praxis jeder Bereich zunächst doch erst seine Eigeninteressen verfocht, stand auf einem anderen Blatt. Prinzipiell konnte es keine Gruppeninteressen geben, sondern nur das gemeinsame Interesse an der Verwirklichung des offiziellen Auftrags. Schließlich sorgten auch die personelle Verquickung der Apparate und die meist in Personalunion besetzten Spitzenpositionen¹⁴⁰ dafür, daß sich im Apparat keine Verselbständigungstendenzen zeigten.

militärische Karriere vorzuweisen, während der zwischenzeitliche Generalsekretär Andropow nach einer Parteikarriere und einigen Jahren im Auswärtigen Dienst als Armeegeneral der langjährige Chef des KGB gewesen war.)

139

Mit Stoph und Keßler saßen zwar zwei ehemalige Vertreter des Militärs, aber keine Sachwalter militärischer Interessen gegenüber dem Parteiinteresse im Politbüro. Der Chef der Landstreitkräfte der NVA war Mitglied des ZK, der Chef des Hauptstabes Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates. Außerdem war die NVA in allen Ministerien und staatlichen und gesellschaftlichen Gremien vertreten. Sie hatte insofern die Möglichkeit, ihren Einfluß bei wirtschaftlichen Entscheidungen und in ihren Belangen geltend zu machen. In Fragen von politischer Bedeutung besaß sie keine Mitsprachemöglichkeit außer der, durch den Verteidigungsminister im Politbüro vertreten zu werden. An Keßlers persönlicher Ergebenheit Honecker gegenüber gab es allerdings keinen Zweifel.

Die SED konnte die Militärs jederzeit kontrollieren und über die Kaderauswahl Einfluß nehmen auf die Besetzung der Führungspositionen: parallel zur militärischen Struktur bestand innerhalb der Streitkräfte eine politische, die durch die Politische Hauptverwaltung im Ministerium geführt wurde. Ihr Chef war ZK-Mitglied. Die tatsächliche Anbindung an die Partei erfolgte jedoch über die ZK-Abteilung Sicherheit, die Krenz als ZK-Sekretär unterstand und durch den aus seiner "FDJ-Riege" kommenden Herger geführt wurde. Da die DDR über keine Rüstungsindustrie von Bedeutung verfügte, spielte die Frage eines militärisch-industriellen Komplexes keine Rolle.

140

Das beste Beispiel für solche Ämterhäufung war Honecker selbst: SED-Generalsekretär, Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, Vorsitzender des Staatsrates der DDR, bestimmend in allen Fragen der DDR-Außenpolitik, das "letzte Wort" bei Entscheidungen der ZK-Abteilung "Kaderfragen". Krenz, ZK-Sekretär für Sicherheit (u.a. NVA und Grenztruppen), Jugend und Sport, (nach Honecker wichtigstes) Mitglied im Nationalen Verteidigungsrat der DDR, stv. Vorsitzender des Staatsrates der DDR, machte gleich nach Honeckers Rücktritt im Oktober 1989 klar, daß weiterhin wie zuvor

Was für die Nomenklaturkader im Politbüro und ZK galt, setzte sich im Partei- und Staatsapparat nahtlos fort.

Der Parteiapparat hatte unter Leitung des ZK alle staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche zu lenken und zu kontrollieren. Ihm kam –je nach Hierarchieebene mit unterschiedlicher Machtbefugnis¹⁴¹– in ausnahmslos allen Belangen uneingeschränkt die Entscheidungsgewalt zu. Im Apparat lag die Macht bei den "Organen", dem "Sekretariat" der jeweiligen Parteigliederung. An seiner Spitze stand der Erste Sekretär, der dem Staatsapparat gegenüber weisungsberechtigt und der übergeordneten Organisationsebene rechenschaftspflichtig war. Diese "Provinzfürsten" waren in ihren Positionen einflußreich und hatten in ihrem Zuständigkeitsbereich weitgehende Befugnisse. Was sie nicht hatten, war wirkliche Macht, die Ermächtigung, zumindest auf den oberen Hierarchieebenen, autonom Entscheidungen zu fällen. Es wäre allerdings auch die Frage gewesen, welche sie denn hätten fällen sollen.

Im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung einer Industriegesellschaft hatte der Parteiapparat nicht nur keine Funktion, sondern war letztlich auch kontraproduktiv. Abgesehen davon, daß er trotz des Arbeitskräftemangels ein riesiges Arbeitskräftepotential und enorme finanzielle Mittel band, war von vornherein klar, daß er seinen Auftrag –das Durchdrücken der geforderten Produktivitätssteigerung– in der Regel nicht erfüllen konnte. Das vorauszusehende Mißlingen der Wirtschaftsplanung ließ sich nicht durch Direktiven und Kontrollen abwenden.

Verhinderte der Dirigismus schon allgemein Initiative und Aktivität, so erst recht im Apparat selbst. Er wurde zwar durch die Forderungen der Zentrale und seine "politische Arbeit" auf Trab gehalten, nur war die Frage nach Erfolg oder Mißerfolg falsch gestellt. Den Parteifunktionären blieb gar nichts anderes übrig, als die systemspezifischen Defizite auf dem Dienst- und Berichtsweg zu verwalten, also in bürokratischer Routine aufzugehen. Das Ergebnis dieser Sisyphusarbeit bemaß sich nicht am Grad der Effizienz, sondern an dem der Anerkennung "von oben".

Das System der Doppelherrschaft von Partei und Staatsapparat unter dem Diktat der SED-Führung blockierte sich selbst, nicht nur als Folge der üblichen "Beamtenmentalität" in staatlichen Bürokratien. Da die Kommandoebenen aller staatlichen Ebenen durch die Parteistrukturen überlagert waren, konnte die SED den Staatsapparat zwar "an der kurzen Leine" führen, allerdings mit dem Ergebnis, daß der in seiner weisungsabhängigen Rolle nun auch keinerlei

verfahren sollte: er sicherte sich sofort wieder den "Posten" des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates und den des Staatsratsvorsitzenden (24.10.1989).

¹⁴¹

Die Parteigliederung erstreckte sich ausgehend von der Basis, der Grundorganisation (GO), über die Kreisorganisation und die Bezirksorganisation bis zur hierarchischen Spitze, dem ZK. Es gab weitere Untergliederungen für Industriebetriebe, staatliche Einrichtungen, Massenorganisationen, Stadtbezirke oder Wohngebiete. Daneben konnten bestimmte Parteiorganisationen auch dem ZK direkt unterstellt werden, z.B. die von Kombinat.

Veranlassung hatte, selbst initiativ zu werden. Es reichte, die Staatsmaschinerie mit Betriebsamkeit in Gang zu halten, ohne am eigentlichen Resultat der Tätigkeit über die Auftragserfüllung hinaus interessiert zu sein. Obwohl gerade das Politbüro und ZK größtes Interesse daran haben mußten, die vermeintlich "hohe Dynamik" der "Triebkräfte des Fortschritts im Sozialismus" wirksam werden zu lassen, versackten die Initiativen "von oben" so auf dem Wege durch die Instanzen in den langwierig bürokratischen Abstimmungs- und Genehmigungsprozeduren zwischen Staats- und Parteiapparat.

Die Funktionäre im Apparat –oft "unter Wert" eingesetzt und nicht selten jahrzehntelang auf dem gleichen Posten– hatten weder die Möglichkeit noch ein Interesse daran, die vorgefundene Realität zu verändern. Man hatte Direktiven zu befolgen und nicht dadurch Probleme zu machen, daß man solche sah. Besserwisserei und Aktivität am falschen Platze machten sich nicht bezahlt, Rückversicherungs-Mentalität war allemal vorteilhafter als eigene Initiative mit dem Risiko, die Vorgaben der übergeordneten Instanzen womöglich falsch einzuschätzen.

Wer sich profilieren wollte, arbeitete sich nicht im geschäftigen Leerlauf des bürokratischen Alltags auf. Er zeigte Anpassungsbereitschaft und Strebsamkeit, mit anderen Worten "Karriere-Mentalität". Das eine bedingte das andere, ohne Parteibeitritt keine Aufstiegschance, ohne Linientreue keine Karriere: wer vorwärts kommen wollte, mußte SED-Mitglied sein, wer "nach oben" wollte, mußte seine politisch-ideologische Zuverlässigkeit bewiesen haben. Es reichte nicht, sich in seinem Aufgabenbereich als fähiger "Organisator" durch Leistung empfehlen zu können, man mußte "empfohlen" werden. Die Positionen wurden zwar vom jeweils höheren Leitungsorgan "besetzt", in Wirklichkeit aber nur nach dem Vorschlag der Kaderabteilung der Hierarchieebene, der der Kandidat angehörte. Was als "Leistung" Anerkennung fand, hing insofern ganz wesentlich vom Wohlwollen des leitenden Vorgesetzten ab und nicht etwa, wie offiziell behauptet, von der Bewertung im Kollektiv. Für die Karriere brauchte man Protektion, am besten in einer "Seilschaft"¹⁴², die den Weg "nach oben" schon vorzeichnete.

Der Einwand, das sei anderswo auch nicht anders, ist richtig. Nur wirken dort in vielen Fällen der Wettbewerb und die Kriterien Erfolg oder Mißerfolg als Korrektiv. Bei der dem Beamtenstatus vergleichbaren Stellung in der Partei- und Staatsbürokratie verstärkte diese Form der über Patronage und Protektion gesteuerten Kaderauswahl aber noch die ohnedies schon vorhandene Tendenz, sich bereitwillig und unkritisch die Meinung "von oben" zu eigen zu machen, um so persönliche Ergebnisheit zu demonstrieren. Wem schließlich der Aufstieg in die oberen Hierarchiestufen gelungen war, der konnte trotz der frustrierenden Erfahrungen mit der realsozialistischen Wirklichkeit noch weniger als andere die Frage nach der Rationalität der Partei-"Beschlüsse" stellen.

¹⁴²

Bestes Beispiel für solche "Seilschaften" das Politbüro und ZK: Honecker mit seiner "FDJ-Riege" Herrmann, Naumann, Lange, Felfe oder Krenz ebenfalls mit den FDJlern Lorenz, Herger (ZK), Rettner (ZK), König (ZK), Schulz (ZK)

In dem geradezu institutionalisierten Prinzip, lediglich Direktiven zu befolgen, lag die eigentliche Schwäche des Systems. Persönliche Verantwortung trug man als Glied in der Kette der Befehlshierarchie für die exakte Durchführung des Auftrags. Der Auftrag selbst war Sache übergeordneter Instanzen. Sich dazu seine eigene Meinung zu bilden, und sie womöglich auch noch zu äußern, mochte in manchen Fällen bei aufgeschlossenen oder selbst kritisch eingestellten Vorgesetzten sogar Pluspunkte bringen, widersprach aber prinzipiell dem erwarteten Rollenverhalten und war immer eine Gratwanderung.

Das Desinteresse "von oben" an den Ursachen der allseits bekannten Probleme machte Initiative "von unten" sinnlos. Der Bürger wurde nicht gefragt, über ihn wurde verfügt. Wo die Widersprüche zwischen Schein und Sein und der Zwang, sich der Autorität der Staatsmacht unterwerfen zu müssen, auch so empfunden wurden, war wohl kaum mit Enthusiasmus zu rechnen. Auf dem Befehlswege ließ sich zwar Gehorsam erzwingen, aber keine Dynamik. Die SED stand insofern in dem Dilemma, als Motor des "Fortschritts im Sozialismus" die Entwicklung ständig anschieben zu müssen, dabei jedoch zugleich wieder durch das Funktionsprinzip ihres eigenen Apparates gebremst zu werden.

Das Staatsbürokratie ohnehin kennzeichnende Beharrungsvermögen im Status quo machte in dieser spezifisch sozialistischen Variante den "Apparat" zum Hindernis für jede Reform. In ihm spiegelte sich die Erstarrung des Systems, das den ganzen sozialen Organismus lähmende Syndrom subalterner Beamtenmentalität, opportunistischen Konformismus und weitgehender Gleichgültigkeit gegenüber all dem, was an sich im gesamtgesellschaftlichen Interesse hätte liegen müssen.

Das Machtmonopol der Parteiführung war einerseits durch die Mechanismen von Dirigismus und Kontrolle abgesichert, wohl stärker aber noch durch das "Wahrheitsmonopol" der Partei, den Zwang zum ideologischen Konformismus. Systemkritik war schon vom Prinzip her unmöglich. Mit der Forderung einer "Reform des Sozialismus" hätte man sich den übelsten Vorwurf überhaupt, "Sozialdemokratismus", eingehandelt. Das Plädoyer für einen Sozialismus nach ungarischem oder jugoslawischem Modell war umsonst, einen "dritten Weg" zwischen Sozialismus und Kapitalismus konnte es nicht geben. Aber auch in der Interpretation und Umsetzung der Doktrin waren unterschiedliche Auffassungen zur Bewertung der Grundprobleme nicht vorgesehen. An den "Parteibeschlüssen" ließ sich nicht kritisieren, und auch wenn man anderer Auffassung war¹⁴³, die

¹⁴³ "Die Partei vertritt das Interesse der gesamten Klasse. Sie faßt die Vielzahl von Einzelaktionen der Proletarier zum gemeinsamen Kampf zusammen und ein einheitlicher Wille der Arbeiterklasse wird hergestellt. Dazu ist eine zentrale Leitung und eine strenge Disziplin erforderlich. Alle Mitglieder sind verpflichtet, an der Ausarbeitung der Beschlüsse mitzuarbeiten, ihr Wissen, ihre Erfahrungen, die sie im Klassenkampf sammeln, in den Dienst der Partei zu stellen, Mängel in der Parteiarbeit aufzudecken und neue Wege zu erproben, d.h. Kritik und Selbstkritik zu üben. Es werden Beschlüsse gefaßt, die für alle Parteimitglieder verbindlich sind. Die Beschlüsse stellen den Willen der Mehrheit dar. Alle Mitglieder sind verpflichtet -auch wenn einige Mitglieder nicht von der Richtigkeit der Beschlüsse überzeugt sind-, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Diese bewußte Disziplin, die auf der ideologischen Einheit der Parteimitglieder

Parteidisziplin verpflichtete zur Anerkennung der Parteilinie. Der innerparteilichen Diskussion blieben von daher enge Grenzen gesetzt.

Ein von der Parteilinie abweichender Standpunkt diskreditierte sich selbst, nicht zuletzt moralisch, weil er die Führungsrolle der Partei infrage stellte und so zur Erklärung zwang, auf welcher Seite man denn stehe. Wer in kritisch-konstruktiv gemeintem Querdenken oder gar durch Zweifel die ideologische Einheit in Frage stellte, setzte sich leicht dem Verdacht aus, unter dem Mantel sozialistischer Erneuerung und Reform "revisionistische"¹⁴⁴ Absichten zu verbergen. Fand die Auffassung wider Erwarten auch noch Unterstützung, dann drohte der so entstandenen "Fraktion"¹⁴⁵ der Parteiausschluß und damit das Ende der beruflichen Karriere, gegebenenfalls auch die Verhaftung und der Prozeß. Bei den Leitungskadern des Partei- und Staatsapparates verhinderte insofern schon das Bewußtsein der Kontrolle und Abhängigkeit recht wirksam das Aufkommen mißliebiger Diskussionen.

Dies mußte umso mehr für die oberen Hierarchieränge gelten, die der Partei Karriere und Privilegien verdankten. Wer zu den Nomenklaturkadern auf den Entscheidungsebenen im Partei- und Staatsapparat zählte, konnte sich eine zu

beruht, verleiht der Partei die notwendige Organisiertheit und ermöglicht zielstrebiges, geschlossenes, einheitliches Handeln..." (G. Klaus und M. Buhr, Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., S. 408, Stichwort "Partei, marxistisch-leninistische")

¹⁴⁴ "So wie der Revisionismus ursprünglich gezwungen war, unter dem Vorwand der 'Erneuerung' des Marxismus aufzutreten, so ist er heute überall da, wo der Marxismus-Leninismus die herrschende Ideologie ist, und besonders in den Ländern, in denen der Sozialismus verwirklicht wird, genötigt, seine konterevolutionären Absichten unter dem Mantel des 'wahren Marxismus-Leninismus', seiner 'Verbesserung' und 'Erneuerung' zu verbergen...", Ebda., S. 482, Stichwort "Revisionismus"

Natürlich soll nicht behauptet werden, daß es solche "Initiativen" nicht gegeben habe. Die Geschichte der SED ist bis in die sechziger Jahre Beweis genug dafür, daß es auf oberer und höchster Hierarchieebene immer wieder zu "revisionistischen Strömungen" gekommen ist. Sie zeigt aber auch, daß alle Versuche, aus der "Parteilinie" auszubrechen, scheiterten.

¹⁴⁵ "...Erkennen einige Mitglieder die Beschlüsse der Partei nicht an und schließen sie sich zu einer Gruppe mit eigener Disziplin zusammen, so bilden sie eine Fraktion. Die Tätigkeit von Fraktionen führt zur Schwächung der Partei. Gegen sie wird im Interesse der revolutionären Einheit der Partei jede Parteistrafe, bis zum Ausschluß angewendet.", Ebda., S. 409, Stichwort "Partei, marxistisch-leninistische"

Beredete Beispiele für den Umgang mit "Abweichlern" gibt es genug. Aus den fünfziger Jahren sind v.a. die Fälle Herrstadt /Zaisser, Schirdewan/Wollweber/Ziller und Harich bekannt, die ihre Kritik am Führungsstil der Parteispitze bzw. ihre politisch "abweichenden" Reformvorstellungen alle in ausdrücklicher Loyalität zur Partei vorbrachten. Das änderte nichts daran, daß sie geächtet wurden: alle verloren ihre Positionen, Herrstadt und Zaisser wurden aus der Partei ausgeschlossen, Schirdewan und Wollweber aus dem ZK und mit Parteistrafen belegt, Ziller beging Selbstmord.

Vgl. aber auch die Feststellung G. Schabowskis, Honecker habe den Eindruck von Meinungsunterschieden oder gar Zerstrittenheit im Politbüro vermeiden wollen, insofern sei der Ausschluß aus dem Politbüro nur als allerletztes Mittel der Bewältigung eines Problems in Frage gekommen (G. Schabowski, Der Absturz, a.a.O., S. 116 f).

offene Sicht der Dinge oder gar Zweifel am System nicht leisten. Er war selbst dessen Teil und das im eigenen Interesse am besten aus innerster Überzeugung. Zwangen Bespitzelung und Denunziantentum schon allgemein dazu, mit kritischen Äußerungen auf der Hut zu sein, für die Spitzenfunktionäre im ZK und Politbüro drohte sich jeder Zweifel an der ideologischen Zuverlässigkeit zur staatsfeindlichen Handlung auszuwachsen. Nach dem ungeschriebenen Gesetz ihrer Kaste konnte keiner keinem trauen, weniger wegen der allgegenwärtigen Präsenz von Mielkes "STASI"¹⁴⁶ als wegen der Gefahr, mit dem vermeintlich richtigen Mann auf das "falsche Pferd" zu setzen. Hätte man in ihm einen Bundesgenossen gefunden, so hätte das Risiko gedroht, unter "Fraktions"-Verdacht zu kommen.¹⁴⁷ Man beschränkte sich folglich auf die ritualisierten dienstlichen Kontakte und vermied zu enge persönliche Beziehungen. Schabowskis Schilderung der beklemmend langweiligen Routine im Politbüro und der Isolation der Nomenklatura –nicht nur gegenüber Bevölkerung, sondern auch zueinander– gibt ein bezeichnendes Bild der persönlichen Distanz und der Atmosphäre instinktiven Mißtrauens selbst im engeren Kreis der Parteiführung.¹⁴⁸

Loyalität und Gehorsam waren nicht die einzigen, aber die entscheidenden Kriterien, auf die sich die SED in der Förderung und Auswahl der leitenden "Kader" aller Funktionsebenen in Partei, Staat und Massenorganisationen stützte. Die naheliegende Vermutung, daß es wohl in erster Linie auf eine "hundert-fünfzigprozentig" kommunistische Überzeugung hätte ankommen müssen, steht dazu nicht im Widerspruch. Die ideologische Zuverlässigkeit war Bedingung "sine qua non". Nur war damit nicht gemeint, aus Überzeugung Marxist zu sein, sondern von dem überzeugt zu sein, was als "Marxismus-Leninismus" herrschende Lehre war. Der "objektive" Wahrheitsanspruch der Doktrin begründete den Unfehlbarkeitsanspruch der Partei, in der Konsequenz den Reflexionsverzicht des einzelnen. "Subjektives" Erkenntnisstreben war von daher weder notwendig noch gewünscht. Es hätte als anmaßend gegolten, etwa zu glauben, sich in Auseinandersetzung mit dem Dialektischem Materialismus auf einen anderen Standpunkt beziehen zu können, als den der Partei. Was die Partei verkündete, war Dialektischer Materialismus, ex cathedra.

¹⁴⁶ Die Staatssicherheit durfte den Parteiapparat nicht von sich aus ausforschen, konnte also "Abweichler" in den Reihen der SED erst nach ihrer "Entlarvung" durch die Partei selbst "operativ bearbeiten". Vgl. K. W. Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen und Auflösung der DDR-Staatssicherheit, Köln 1991, S. 14

¹⁴⁷ Vgl. G. Schabowski, Das Politbüro, a.a.O., S. 24 f. "Eine wichtige Taktik, mit der Honecker seine Macht behauptete, war die Isolierung der einzelnen Politbüromitglieder. Das schlimmste Vergehen war Fraktionsbildung. Diesem Gesetz haben wir uns alle unterworfen. Man hätte eher Sodomie betreiben als sich der Fraktionsbildung schuldig machen dürfen. Wir haben uns zwar alle unsere Spielräume verschafft, ich zum Beispiel in der Berliner Parteiorganisation. Aber eine Gruppe oder nur zwei Mitglieder, die enge Diskussionen prinzipieller oder gar existentieller Art geführt hätten, hat es im Politbüro nicht gegeben. Niemand konnte sicher sein, ob eine Offenbarung von bestimmten Vorstellungen oder Zweifeln gegenüber einem Politbürokollegen nicht an die falsche Adresse geriet. Honecker war in dieser Richtung ein großer Stratege. Schon wenn zwei oder drei besonders harmonierten, war das ein Verdachtsmoment...."

¹⁴⁸ Vgl. ebda., v.a. S. 25 f, 37-49

In der Theorie verengte sich die Marx-/Engels-Interpretation und die Auswahl der Leninschen Thesen auf die für die "schöpferische Weiterentwicklung" des Marxismus-Leninismus nützlichen Aspekte. Kurz gesagt, waren die "Klassiker" zum Denkmal geworden und ihre Werke zum Steinbruch für die ideologischen Versatzstücke der Partei. In der Praxis reichte es denn auch, die Lehrsätze der Partei mit den entsprechenden Marx-, Lenin- und Honeckerzitaten untermauern zu können. Welche Qualität solches mehr oder weniger formale "Wissen" hatte, ob es als "Glaubensbekenntnis" der persönlichen Auffassung oder nur taktischem Kalkül entsprach, war letztlich nicht zu kontrollieren und im Prinzip auch völlig gleichgültig. In der Frage der ideologischen Zuverlässigkeit ging es zwar vordergründig um die "Überzeugung", tatsächlich jedoch um gläubige Gefolgschaft, eben Loyalität und Gehorsam.

Das Politbüro selbst war das beste Beispiel dafür, daß hinsichtlich der "Unfehlbarkeit" der Parteibeschlüsse das Umschwenken von der gerade noch gültigen Parteilinie auf eine andere Version keinerlei Probleme machte. So wie Honecker in den fünfziger Jahren Ulbricht bedingungslos folgte¹⁴⁹, bevor er seinen Ziehvater stürzte, trat Honeckers Protege Krenz mit der nur wenig modifizierten Besetzung des alten Politbüros für eine "Reformpolitik" an, die er und seine Mitstreiter per "einstimmiger Beschlußlage" zuvor jahrelang verhindert hatten. Abgesehen davon, daß die Galionsfiguren des alten Systems als Schuldige geopfert werden mußten, meinte sich die alt-neue Führungsequipe nur bestens empfehlen zu können: sie hatte in verantwortlicher Funktion die Führungsqualitäten gezeigt, auf die es aus ihrer Sicht auch zukünftig wieder ankommen sollte, Parteidisziplin und Gehorsam – wenn es unter den Spitzenfunktionären denn "Reformer" gab, wohl bis zur Selbstverleugnung.

Nach der Wende war bei früheren Funktionsträgern des Partei- und Staatsapparates nicht selten die Meinung zu hören, wenn sich in der SED "die Reformkräfte" hätten durchsetzen können, hätte wohl die Entwicklung in der DDR einen anderen Verlauf genommen. Ein immer größerer Teil der Partei habe in Distanz zur Linie des Politbüros gestanden und Reformen gefordert. Selbst auf den oberen Hierarchieebenen des Apparates und besonders bei der intellektuellen Parteielite habe es schon vor der Wende Vorbehalte gegenüber dem Kurs der Parteiführung gegeben und im Rahmen des Möglichen –wenn auch zu halbherzig und konfliktscheu– das Bemühen, Reformentwicklungen zu initiieren. Eine Revolution sei zwar weder gewollt noch vorstellbar gewesen, sie sei in der Tat vom "Volk" ausgegangen. Mit ihm habe aber in der Zielsetzung Übereinstimmung bestanden, zu einer umfassenden Neuorientierung zu kommen.

Sieht man in solchen Verlautbarungen mehr als nur Argumente zur Selbstrechtfertigung, so wäre die Vermutung naheliegend, die SED hätte unter dem Druck innerparteilicher Opposition die Krise über kurz oder lang selbst in den Griff bekommen. Die Revolution "von unten" wäre dann ein zwar verständlicher,

¹⁴⁹

Honecker und Matern waren im Politbüro die einzigen, die Ulbricht 1953 im Vorfeld des Herrnschmidt/Zaisser Konflikts noch stützten; Honecker erwies sich auch 1957 in der Abrechnung mit Schirdewan/Wollweber als treuer Gefolgsmann Ulbrichts.

aus Sicht der Partei aber verhängnisvoller Fehler gewesen. Denn hätte sie auf dem Wege sinnvoll gesteuerter Reformen die Probleme in Staat und Gesellschaft selbst lösen können, wäre der radikale Transformationsprozeß der DDR vermeidbar gewesen. Ihre Identität als sozialistischer Staat wäre gewahrt und der Entwicklung des Sozialismus wieder eine neue Perspektive gegeben worden.

Solche Argumentation hat nicht viel für sich. Gegen sie sprach nicht nur die Ausweglosigkeit der wirtschaftlichen Situation. Selbst wenn sie zu stabilisieren gewesen wäre, hätte die SED erst einmal deutlich machen müssen, wo im Blick auf die ja bestehende Alternative "Bundesrepublik" die Vorzüge eines Sozialismus hätten liegen sollen, dessen Angleichungsprozeß an diese Alternative bei ernstgemeinten wirtschaftspolitischen Reformen schon vorprogrammiert gewesen wäre. Denn mit der unumgänglich notwendigen marktwirtschaftlichen Orientierung wäre der spezifisch sozialistische Charakter des politisch-gesellschaftlichen Systems zwangsläufig immer unschärfer geworden. Umgekehrt hätte die ideologische Rechtfertigung dieser Entwicklung zunehmend mehr Schwierigkeiten bereiten müssen.

Allein das Zugeständnis derartiger von oben initiierten Reformen mußte Skepsis gegenüber ihrer inhaltlichen Konzeption wecken und Zweifel an der Aufrichtigkeit derer, die sie versprachen. Ein Reformprozeß, der die ideologisch-dogmatische Erstarrung hätte überwinden wollen, hätte programmatische Alternativen vorausgesetzt. Er hätte auf dem wirtschaftspolitischen Sektor zumindest in Umrissen ein Programm haben müssen, das auf dem Weg in eine gelenkte Marktwirtschaft dem Systemwandel eine Richtung gegeben hätte. Davon konnte vor der Wende keine Rede sein, danach letztlich auch nicht. Wie schon beschrieben, stand die DDR vor dem Bankrott, ohne daß irgendwelche Planungen zur Bereinigung dieser Situation vorgelegen hätten.¹⁵⁰ Bei ihrem Fortbestehen wäre mit der gescheiterten Wirtschaftspolitik folglich die sozial-politische Konzeption in sich zusammengebrochen und von den vielgepriesenen "sozialistischen Errungenschaften" konkret nicht viel geblieben. Jedes Versprechen auf eine Zukunft im Sozialismus hätte redlicherweise von den Fakten dieser katastrophalen Bilanz ausgehen müssen und die Frage zu beantworten gehabt, wie zunächst einmal zu den Lebensverhältnissen der bis dahin so verachteten "Wohlfahrtsdemokratien" des Westens hätte aufgeschlossen werden sollen.

Mit "Reformen" wäre es nicht mehr getan gewesen. Die Rückständigkeit der DDR hätte vielmehr in einem einzigen, und insofern einzigartigen, Kraftakt überwunden werden müssen. Das forderte einen alle Bereiche erfassenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozeß, mit anderen Worten, die längst überfällige "Modernisierung". Daß dies bei der –zumindest prinzipiellen– Beibehaltung der alten Strukturen in der DDR nicht möglich war, soll im folgenden begründet werden.

¹⁵⁰ Vgl. H.-H. Hertle, Das reale Bild war eben katastrophal!..., a.a.O., S. 1033 f und die offenbar erwogene "Konföderation" mit der Bundesrepublik als noch denkbarer Ausweg aus der verfahrenen Situation (H.-H. Hertle, Gespräch mit Gerhard Schürer, "Es wäre besser gewesen..." a.a.O., S. 134)

2.2. Die Blockierung von Modernisierung durch die Sozialismuskonzeption der SED

Modernisierung ist in erster Linie abhängig von der Fähigkeit des politischen Systems zur Koordinierung der Prozesse sozialen Wandels. Das Problem liegt in der Schwierigkeit, die zeitlich und in ihrem Ausmaß uneinheitlichen gesellschaftlichen Entwicklungen unter den gegebenen Systembedingungen, aber offen für diesen Wandel, in einer integrierenden Politik zu erfassen. Es geht darum, auf die vorauszusehenden Veränderungen nicht erst zu reagieren, sondern die damit verbundenen Probleme schon vorausschauend zu analysieren, sie als politisch zentrale Themen zu artikulieren und durch institutionelle Regelungen die Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Entwicklung kontrollieren zu können.¹⁵¹

Bei der Komplexität moderner Industriegesellschaften und der Eigendynamik ihres Funktionierens kann die Politik allerdings nur in dem Sinne steuern, daß sie Perspektiven entwickelt, die diesem Wandel Ausdruck geben und als Lösungsstrategien für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben konsensfähig sind.¹⁵²

Eine Bedingung dafür ist, daß es das politische System zuläßt, die Entwicklungen in der Gesellschaft aufzunehmen und zu verarbeiten, ihnen jedenfalls nicht hinterherzuhinken. Das setzt voraus, daß sich die politisch-staatlichen Institutionen dem Wandel nicht verschließen oder ihn gar abwehren. Sie hätten sich vielmehr –wenn auch in der Praxis wohl eher das Gegenteil zutrifft– im Interesse ihrer eigenen Funktionsfähigkeit darauf einzustellen, durch Reformen ihres normativen Selbstverständnisses, ihrer Strukturen, der Verfahrensabläufe etc.

Ist von den Institutionen schon allgemein Anpassungsbereitschaft an den gesellschaftlichen Wandel zu fordern, dann erst recht von den Regierungsinstitutionen. Ihre Verantwortlichkeit für die politische Planung und die legitimatorische Absicherung der Regierungspolitik müßte eine besondere Sensibilität gegenüber den sich abzeichnenden Entwicklungen und den sich daraus ergebenden Problemlagen für die Gesellschaft erwarten lassen.

Fehlt es auf dieser Ebene an dem Interesse, sich den Fragen nach den Ursachen, Wirkungen und Folgen des Wandels in der Gesellschaft zu stellen, setzt sich die Politik selbst unter Problemdruck. Die Auswirkungen der technologischen und wirtschaftlichen Modernisierungsprozesse auf die gesellschaftlichen Entwicklungen und deren Rückwirkungen auf das politische System drohen die Politik zu überrollen. Die Entwicklungen bleiben sich selbst überlassen, die Probleme ungelöst und politische Reformen damit zwangsläufig Flickwerk. Da strategische

¹⁵¹ vgl. hierzu u.a. F.W. Scharpf, *Planung als politischer Prozeß*, Frankfurt/M. 1973; H. Klages, *Planungspolitik*, Stuttgart 1971; H. Schatz, *Regierungs- und Verwaltungshandeln unter den Bedingungen moderner Industriegesellschaften*, Bad Homburg 1972; Th. Ellwein, *Politik und Planung*, Stuttgart 1968; ders., *Regieren und Verwalten*, Opladen 1976; F. Naschold, W. Vöth, *Politische Planungssysteme*, Opladen 1973; R. Mayntz, *Implementation politischer Programme*, Meisenheim 1980;

¹⁵² vgl. z.B. F.H. Tenbruck, *Politik und Planung. Der Ruf nach der zukunftsorientierten Politik*, in: *Die Herausforderung der Zukunft*, Köln/ Berlin, 1972, S.35f

Lösungen der "Zukunftsfragen" nicht in Sicht sind, erschöpft sich das politische Handeln in kurzatmigem Krisenmanagement, das "Sich Durchwursteln" wird zum politischen Alltagsgeschäft. Die Folge ist Stagnation und Perspektivlosigkeit. Wo die Perspektiven des Systems nicht überzeugend genug sind, die gesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren, fehlen aber für Modernisierung alle Voraussetzungen.

Den Regierenden müßte es deshalb schon im Interesse ihres Machterhalts darauf ankommen, politische und damit auch soziale Orientierung zu geben. Das heißt zum einen, politische Zielvorstellungen zu entwickeln, und zum anderen, auch zu sagen, mit welchen Mitteln diese Ziele erreicht werden sollen. Dabei können die vorrangigen politischen Ziele nicht nur und nicht einmal in erster Linie von den technologisch-wirtschaftlichen Aspekten von Modernisierung bestimmt werden.¹⁵³ Die wechselseitige Beeinflussung aller gesellschaftlichen Bereiche hat ihre gegenseitige Abhängigkeit zur Folge. Politische Entscheidungen auf einem Sektor präjudizieren Entscheidungen auf anderen Politikfeldern. Sie beeinflussen dadurch nicht nur die objektiven Lebensbedingungen, sondern natürlich auch deren subjektive Einschätzung. Es hängt von dieser Einschätzung ab, ob die Politik der Regierenden in der Bevölkerung Unterstützung findet, letztlich, ob die bestehende Gesellschaftsordnung akzeptiert oder abgelehnt wird.

Um es nicht zu einem Auseinanderfallen der Modernisierungsprozesse und damit zu Brüchen in der gesellschaftlichen Entwicklung kommen zu lassen, muß Modernisierung als ein gesamtgesellschaftlich gleichgewichtiger Prozeß verlaufen. Das bedeutet, daß sich die Impulse für Reformen und politischen Wandel ebenso sehr aus der technologisch-wirtschaftlichen Entwicklung wie auch aus sozialen und kulturellen Wandel in der Gesellschaft ergeben. Es ist Aufgabe der Politik, die politisch wesentlichen Themen zu definieren und die im allgemeinen auseinanderstrebenden Interessen so auf ein Ziel hin zu bündeln, daß sich dann problemorientierte Lösungsansätze entwickeln lassen, die in der Öffentlichkeit als im Interesse aller liegend Zustimmung finden. Inwieweit das gelingt, hängt in erster Linie davon ab, wie reformwillig und reformfähig die jeweiligen Führungsgruppen in der Gesellschaft sind.

¹⁵³

Vgl. etwa Th. Ellwein, Macht und Ohnmacht der Politik, in: Th. Ellwein, W. Bruder (Hrsg.), Ploetz, Die Bundesrepublik Deutschland, Freiburg/ Würzburg 1984, S. 208f

2.2.1. Das Fehlen einer zur Reform fähigen politischen Elite

Die Frage danach, in welchem Maße die politische Elite in der DDR reformwillig und reformfähig war, beantwortet sich in Kenntnis des Scheiterns des SED-Regimes im Nachhinein von allein. Aus der Perspektive der Zeit vor dem Umsturz hatten allerdings Politiker und Intellektuelle in der Bundesrepublik die Fähigkeiten der politischen Akteure in Ostberlin, Reformen zustande zu bringen, noch ganz anders eingeschätzt. Bei zahlreichen westlichen Beobachtern der Entwicklung in der DDR bestand vor der "Wende" die Überzeugung, daß vor dem Hintergrund des Ost-West Systemgegensatzes ein Wandel des Systems allein durch Wandel im System zu erreichen sei. Reformen im Sinne allmählicher gradueller Veränderungen müßten von der SED selbst ausgehen und seien auch nur mit ihr möglich.¹⁵⁴

Einflußreiche Repräsentanten des DDR-Systems, Wirtschaftsfachleute und Vertreter des Apparates stießen bei Politikern und Parteien im Westen auf offene Türen. Bei politischen Tagungen parteinaher Stiftungen und Arbeitskreise galt gerade die jüngere "kritische" SED-Elite als gesuchter Gesprächspartner, pragmatisch orientiert, ohne ideologische Scheuklappen, dialogbereit und aufgeschlossen für Reformen.¹⁵⁵ Dabei geriet allerdings nicht selten aus dem Blick,

¹⁵⁴

Kennzeichnend für diese Sicht war der von E. Bahr bereits 1963 geprägte Begriff des "Wandels durch Annäherung", der im folgenden die Ost-Politik der SPD, wenn nicht überhaupt die westdeutsche Politik gegenüber der DDR bestimmte. Der Konzeption Entspannung durch Vertrauensbildung lag der Gedanke zugrunde, die innere -in erster Linie wirtschaftliche- Schwäche der DDR sei der Grund für die verhärtete Haltung der DDR gegenüber der Bundesrepublik und die repressive Verhaltensweise gegenüber der eigenen Bevölkerung. Von daher müsse die Bundesrepublik alles Interesse an einer Stabilisierung der Verhältnisse in der DDR haben, weil sich nur so unkontrollierbaren, die internationale Sicherheit gefährdenden Entwicklungen vorbeugen lasse. Von daher seien nicht Entwicklungen zu unterstützen, die wie am 17. Juni 1953 zum Aufstand der Bevölkerung oder wie vor dem Bau der Mauer zu einem Ausbluten der DDR führten, sondern solche, die durch die Anerkennung des Status quo eine allmähliche Veränderung dieses Status quo in Richtung größerer Liberalisierung bewirken würden. Folglich sei nicht eine Revolution "von unten", die niedergeschlagen und damit zu einem Rückschlag führen würde, sondern die Reform "von oben" der richtige Weg, um politischen Wandel in der DDR zu erreichen.

Dementsprechend waren führenden Repräsentanten der SPD –E. Bahr, O. Lafontaine, K. Voigt, W. Momper u.a.– bis in die Wende hinein die "guten" Beziehungen zur SED-Führung wichtiger, als der Kontakt zu den Oppositionsgruppen, die die Liberalisierung und die Demokratisierung des Systems einforderten. Als sich die SPD-Ost formierte, stieß sie bei der Parteiführung im Westen nicht etwa auf Unterstützung, sondern zunächst einmal auf eine reservierte bis ablehnende Haltung. Während die DDR-Bevölkerung gegen das System und für die Reform von Staat und Gesellschaft demonstrierte, bescheinigte E. Bahr dem Honecker-Regime noch am 8. Oktober, es habe durchaus Reformen zustande gebracht. Nach dem Umsturz fanden denn auch nicht "Bürgerrechtler", sondern SED-"Reformer", teils auch mit "STASI"-Vergangenheit, im Umfeld der SPD eine neue Startchance – Namen werden aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht genannt, sind dem Verf. aber bekannt.

¹⁵⁵

Abgesehen davon, daß es seit den sechziger Jahren zahlreiche formelle und informelle Informationskanäle zwischen Ost-Berlin und Bonn, wie auch zu den Parteien gab, herrschte in den siebziger und achtziger Jahren quer durch alle Bundestagsparteien,

daß sich ihre kritische Analyse der politischen Situation jeweils nur auf die Verhältnisse beim gastgebenden "Klassenfeind" bezog - kein "Reisekader" hätte es wagen können, in der Diskussion die Widersprüche des eigenen Systems zu beleuchten, geschweige denn Reformen für die DDR zu fordern.¹⁵⁶

Inwieweit die Resultate dieser deutsch-deutschen Kontakte und des Prinzips "Wandel durch Annäherung" über eine Formalisierung der innerdeutschen Beziehungen hinaus zu einer "Normalisierung", vor allem der Verhältnisse in der DDR, beigetragen haben, muß in dem Zusammenhang nicht untersucht werden.¹⁵⁷ Für die Beurteilung der Reformfähigkeit des Systems interessanter wäre die Betrachtung des Selbstverständnisses der politischen Elite in der DDR und der Frage nach ihrem Anteil an der "Wende" im Herbst 1989.

"Reformfähigkeit" hätte bedeutet, daß die SED entweder die für Modernisierung nötigen Anpassungskapazitäten hätte entwickeln können oder sich in der Partei eine Gegenelite hätte bilden können, die über alternative Reformkonzepte verfügt hätte. Beides war nicht der Fall. Die Gründe für die weitgehend fehlende Reformbereitschaft und Reformfähigkeit des Systems lagen wie beschrieben zum einen in der dem zentralistischen Prinzip entsprechenden Konzentration der Entscheidungsprozesse auf den engsten Kreis der Parteiführung, zum anderen in der damit einhergehenden Erstarrung des Systems im Bürokratismus des Apparates. Zum dritten sorgte die Form der Machtausübung durch ein ausgeklügeltes System der Auswahl, Kontrolle, Isolierung und Privilegierung für die Disziplinierung der Führungsgruppen, vor allem derjenigen, die als Nomenklatur-Kader im ZK und Politbüro zur politischen Klasse gehörten. Im Folgenden soll beleuchtet werden, daß von dieser politische Elite vielleicht Reformen im System, jedoch bestimmt keine Reform des Systems erwartet werden konnte.

insbesondere in der SPD, ein reger "Polit-Tourismus" in die DDR, aber auch umgekehrt. 1983 waren auf der Ebene der Parteivorstände offizielle Beziehungen zwischen der SPD und der SED aufgenommen worden, die zur Konstituierung von mehreren gemeinsamen Arbeitsgruppen führten, u.a. zur Erarbeitung von Vertragsentwürfen für eine chemie- bzw. atomwaffenfreie Zone in Europa. Bekannt wurde vor allem das "Ideologie-Papier" (siehe weiter unten), das von der "Grundwerte-Kommission" der SPD unter Führung von E. Eppler und einer Delegation der "Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED" unter dem Vorsitz von O. Reinhold ausgearbeitet wurde. Es gab darüber hinaus zahlreiche Kontakte auf unterer Ebene mit Arbeitskreisen aus dem Spektrum der SPD und Friedensbewegung.

¹⁵⁶ Dienstreisen (private Reisen zu derartigen Veranstaltungen wären gar nicht möglich gewesen) ins westliche Ausland mußten vom ZK genehmigt werden. Es reichte nicht, daß die Dienststelle den Antrag befürwortete. Der Visaerteilung ging eine umfangreiche Überprüfung der Personalakte und der Integrität des Antragsstellers voraus, in die u.a. die Staatssicherheit eingeschaltet war. Daß man sich hinsichtlich seiner Äußerungen im Ausland an die "Richtlinien" -sprich die außenpolitische Sprachregelung der "Parteilinie"- zu halten hatte, war nicht nur Gegenstand einer Belehrung, sondern eine Selbstverständlichkeit.

¹⁵⁷ Vgl. dazu beispielsweise die ausführliche Analyse bei T.G. Ash, *Im Namen Europas – Deutschland und der geteilte Kontinent*, München Wien 1993, vor allem zur Ostpolitik S. 48 - 67, 457 - 483

In einigen Veröffentlichungen der Nachwendezeit wird besonders betont, daß die SED nicht der homogene Block gewesen sei, als der sie oft hingestellt werde. Es habe in der Partei verschiedene Strömungen gegeben, bei denen sich für die Zeit vor dem Herbst 1989 im wesentlichen zwischen drei Gruppen habe unterscheiden lassen, den "Idealisten", "Orthodoxen" und "Karrieristen".¹⁵⁸

Ob diese Klassifizierung zur angeblich gewollten "Versachlichung der Diskussion" beitragen kann, mag dahingestellt bleiben. Eine derartige oder ähnliche Einteilung –Idealisten gleich Reformier– ließe sich für jede andere Partei vermutlich genauso finden. Sicherlich wird auch niemand ernsthaft behaupten wollen, die in der SED verwaltete Mehrheit der Durchschnitts-Parteigenossen habe ideologisch gleichgeschaltet die Parteilinie immer vorbehaltlos gebilligt. Die Indoktrination und die "politische Erziehungs"-Funktion der Partei waren indirekt Beweis genug dafür, daß die behauptete "ideologische Einheit der Parteimitglieder" wohl zuletzt von der Parteiführung selbst geglaubt wurde. Immerhin lassen sich aber aus dem oben angeführten Raster, in umgekehrter Reihenfolge, also "Karrieristen"- "Orthodoxe"- "Idealisten", auf die politische Elite bezogen, Rückschlüsse auf die Veraltensmuster der Führungsgruppen in Partei und Staat ziehen.

Wenn der Eindruck stimmt, daß die Führungskader in der DDR sich selbst als "Leistungselite" sahen¹⁵⁹, so hatte derjenige, der in die oberen Hierarchieebenen von Partei und Staat gelangte, nicht nur Karriere gemacht, sondern auch machen wollen. Fachliche Kompetenz mochte in Spezialistenfunktionen im Apparat weit bringen, um in die Auswahl für die Nomenklaturposten der politischen Elite zu kommen, brauchte man in der Regel jedoch eine Parteikarriere¹⁶⁰, und in die "stolperte" man nicht zufällig. Wer zum Establishment an der Spitze von Partei und Staat zählte, wußte, wem er Karriere, sozialen Aufstieg und Macht verdankte. Die Gegenleistung lag in der Treue zur Partei, nicht unbedingt als Ausdruck von Dankbarkeit, nicht einmal als Frage der Überzeugung, als Bedingung. Die

¹⁵⁸ Vgl. E. Crome, Die SED - Umriss eines Forschungsproblems, in: Deutschland Archiv 25. Jg. 1992, H.11, S. 1295

¹⁵⁹ Vgl. R. Myritz, Elite ohne Alternative - Zur Situation der Führungskräfte in ostdeutschen Unternehmen, in: Deutschland Archiv 22. Jg. 1993, H.2, S. 475 ff

¹⁶⁰ Vgl. die Biographien der Politbüromitglieder - typische Aufstiegswege:

1. Sekretär von SED-Kreisleitungen oder FDJ-Kreis-/Bezirksleitung – Abteilungsleiter im ZK – 1. Sekretär Bezirksleitung, wiederholt über den Chefredakteursposten "Neues Deutschland", in wenigen Fällen auch über den staatlichen Bereich (Ebene Stv. Minister / Staatssekretär) – wenn Schabowski von sich mitteilt, er wisse selbst nicht, warum gerade er von Honecker ins Politbüro geholt worden sei, so ist das natürlich nicht ernst zu nehmen. ("Eine Seilschaft habe ich nie zur Verfügung gehabt. Im Gegenteil, die politischen Bereiche, denen ich entstamme, Gewerkschaften und Journalismus, verhiessen eher Einflußlosigkeit als das Gegenteil." in: G. Schabowski, Der Absturz, a.a.O., S. 133) Auch die Politbüromitglieder Herrstadt, Axen, und Herrmann waren zuvor Chefredakteur des Neuen Deutschland. J. Herrmann war im übrigen nicht nur Journalist, sondern als Chefredakteur des ND Schabowskis unmittelbarer Vorgesetzter gewesen. Schabowski war während der Zeit Erster stellvertretender Chefredakteur und wurde Herrmanns Nachfolger, als der ins Politbüro aufstieg.

gewollte Anpassung an die Forderungen der Partei, die Parteidisziplin, war der Weg zum Ziel, zum Erfolg. Wer auf diesem jahrelangen Weg nach oben erfolgreich war, hatte sich insofern nicht nur durch politisch-ideologische Zuverlässigkeit ausgezeichnet, sondern verteidigte mit der Partei auch immer ein Stück der eigenen Identität.

In der Laufbahngesellschaft der DDR nicht aufzusteigen, hätte als persönliches Versagen gegolten. Von daher konnte die Führungselite behaupten, sich als Auswahl der besten durch "Leistung" zu legitimieren. Unabhängig davon, wie sich diese Leistung definierte, prägte die "Parteidisziplin" als Rollenerwartung die Denkweise und Verhaltensmuster in den Führungspositionen allerdings so, daß mit solchen Typisierungen wie "Idealisten" - "Orthodoxe" wenig anzufangen ist, am wenigsten auf der politischen Entscheidungsebene im Politbüro und ZK. Dort wäre hinsichtlich der politisch-persönlichen Einstellungen wohl zu differenzieren gewesen zwischen den "Altkommunisten" mit ihren Erfahrungen aus Illegalität, Verfolgung und Exil und den bereits von der DDR geprägten Funktionären der Kriegs- und Nachkriegsgeneration.¹⁶¹ Dennoch, bei allen Mentalitätsunterschieden, das entscheidende gemeinsame Merkmal einte sie, ihre Zugehörigkeit zur Spitze der "Avantgarde", der der Rest der Gesellschaft zu folgen hatte.

Daß die schon per Definition Zweiteilung der Gesellschaft die politische Elite, wenn nicht zur "Klasse", so doch in Anlehnung an einen Werbeslogan zur "class of its own" machte, war Argument genug, sich, wenn man denn die Chance hatte, für "Klasse" statt "Masse" zu entscheiden. So begrenzt die Machtvollkommenheit bei Honeckers selbstherrlichem Regierungsstil auch war, die Rolle in der Gesellschaft verlieh Macht. Daß der Verzicht darauf offensichtlich schwerfiel, war an der "ewigen" Verweildauer mancher Politbüro-Altgenossen abzulesen.

Laut Schabowski¹⁶² wäre es "abartig" gewesen, unter Honecker im Politbüro ein Reformpotential im Sinne einer "Gegenelite" zu vermuten. Wer seinen Weg bis dorthin gemacht habe, hätte auch den ersten Grundsatz sozialistischer Herrschaft verinnerlicht : die Macht lag bei der Partei und in der Partei bei ihrer Führung. Sie bestimmte den Kurs und falls nötig den Kurswechsel. Mit jeder Frage nach Veränderungen, durch die die führende Rolle der SED angetastet worden wäre, hätte sich die Machtfrage gestellt. "Die Machtfrage war die zentrale Frage im Sozialismus."¹⁶³ Denn selbstverständlich sei allen im Politbüro bewußt gewesen, daß mit den Strukturen des Systems auch das Machtmonopol der SED und damit im Endeffekt das ganze System zur Disposition gestanden hätte. Da die soziale Existenz der politische Elite mit dem Schicksal der Partei untrennbar verbunden war, konnte sie natürlich kein Interesse daran haben, mit der Frage nach deren Machtmonopol "den Ast anzusägen", auf dem sie selbst saß.

¹⁶¹ Vgl. auch die Beschreibung der Funktionsgruppen im ZK-Apparat bei M. Uschner, Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates, Berlin 1995, 2. Aufl., S. 46 ff.

¹⁶² Im Gespräch mit dem Verf.

¹⁶³ G. Schabowski - Das Politbüro..., a.a.O., S.157

Im Prinzip erledigte sich damit die Frage der Reformbereitschaft und Reformfähigkeit der politischen Elite von selbst. Wenn Honeckers die politisch-gesellschaftliche Realität verzeichnende Politik im Politbüro nicht einmal zum Thema gemacht werden konnte, war auch kein Interesse an dieser Realität selbst zu erwarten – jedenfalls nicht, solange sie nicht zur Gefahr für die herrschende Klasse im Politbüro wurde. Dem entsprach die Abwehrhaltung gegenüber allen kritischen, auf Veränderung drängenden Stimmen "von unten".

Das Erkennen der längst überfälligen Notwendigkeit einer grundsätzlichen politisch-ideologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuorientierung des Systems hätte zunächst einmal das Bewußtsein seines repressiven Charakters, des Scheiterns seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Perspektivlosigkeit der weiteren Entwicklung vorausgesetzt. Der Weg zu dieser Einsicht sei den altgedienten Parteisoldaten im Politbüro und ZK, so G. Schabowski, schon durch die Überzeugung versperrt gewesen, mit dem Zweifel am System die Treue zur Partei und die sozialistische Idee selbst zu verraten. Die alles in allem widerspruchslose Parteidisziplin sei von daher Ausdruck der politisch-ideologischen Loyalität gewesen. Die Gewißheit, der gerechten Sache zu dienen, im ideologischen Kampf das moralisch höherwertige System zu vertreten, also auf der "richtigen Seite" zu stehen, habe sich durch Honeckers "Marotten" nicht erschüttern lassen. Die Durchsetzung der sozialistischen Idee forderte das Parteidogma, insofern verbot sich im Interesse der humanistischen Ziele des Sozialismus alle Kritik, die die "Einheit und Geschlossenheit der Partei" in Frage stellte. Das hieß, unumgängliche Beschränkungen und selbst gewisse Auswüchse des Systems als vorübergehend noch notwendig hinnehmen zu müssen – soweit die gängige Lesart der Stellungnahmen ehemals führender SED-Funktionäre in der Nachwende-Zeit.¹⁶⁴

Es wäre vermutlich ehrlicher gewesen, zuzugestehen, daß man gerade in den Elite-Positionen der Gesellschaft nicht so schnell bereit war, gegen den Strom zu schwimmen: Wer durch Parteiausschluß aus dem Olymp gestoßen worden wäre, hätte seine Existenz und die seiner Familie ruiniert. Er wäre in der sozialistischen Gesellschaft zum Paria gestempelt gewesen. Insofern mahnte allein schon das Bewußtsein, nie ungefährdet zu sein, zur Vorsicht, an seiner linientreuen Einstellung keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Der sicherere Weg war allemal der, diese Zweifel tatsächlich gar nicht erst aufkommen zu lassen, sich also mit dem System und seiner herrschenden Lehre en bloc zu identifizieren, aus "Überzeugung".

Der so betonte moralische Impetus, man habe im Glauben an die SED und an die Zukunft im Sozialismus nur seine Pflicht getan und die "Unzulänglichkeiten des Systems" nicht erkannt, wirkt wenig überzeugend. Daß man sich, zum Partei-Establishment gehörend, den "Unzulänglichkeiten" nicht aussetzen mußte, hieß ja nicht, daß man blind gewesen wäre für die Spielregeln des Systems und die Realität der DDR-Verhältnisse. Man hat sich, wie G. Schabowski selbstkritisch bemerkt, schon "die Augen und Ohren zugehalten."¹⁶⁵ Das schon in der "Wende"

¹⁶⁴ Vgl. ebda., S. 135; vgl. auch ders. Das Politbüro..., a.a.O.

¹⁶⁵ G. Schabowski, Der Absturz, a.a.O., S.13

oft erstaunlich schnelle "Umdenken" und "Umschwenken" ehemals hochrangiger Funktionäre bestätigt nur, daß die besagten "Unzulänglichkeiten" weithin bekannt waren.¹⁶⁶ Die SED-Spitzengarde im Partei- und Staatsapparat kann darum für sich nicht in Anspruch nehmen, aus "Unkenntnis" geschwiegen zu haben.

Sie wird allerdings auch kaum zugeben wollen, daß zahlreiche der "Unzulänglichkeiten" als "systemnotwendig" gewollt waren, vertraute doch die politische Klasse im ZK und Politbüro am allerwenigsten ihrem ideologischen Klischee der "Einheit von Volk und Partei". Wenn "das Volk" und "die Partei" als politische Führung in etwas eins waren, so im tiefsitzenden Mißtrauen voreinander. Die ideologische Kontrolle und Disziplinierung, die nach innen gerichteten Aktivitäten der "STASI" und nicht zuletzt die innerdeutsche Grenze waren sichtbare Beweise dafür, daß man natürlich wußte, auf welcher Seite des Grabens man stand. Die Unverfrorenheit, mit der behauptet wird, die "Unzulänglichkeiten des Systems" –tatsächlich die eisernen Klammern, die es zusammenhalten sollten– nicht bemerkt zu haben, wirft eher ein bezeichnendes Licht auf die geistig-moralische Haltung dieser im eigenen Selbstverständnis "wertsetzenden Elite".

Von daher spricht das Argument, man habe sich aus "idealistischer Überzeugung" der Parteidisziplin bedingungslos verpflichtet gesehen, für sich. Was sich auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger Parteidisziplin nannte, würde üblicherweise wohl als Komplizenschaft bezeichnet werden: die Fehler des Systems und das Scheitern der Politik zu ignorieren, hieß, diese Politik zu decken und mitzuverantworten.

Aber selbst wenn man die nicht sonderlich selbstkritischen Verlautbarungen gelten läßt, fragt sich, wie das Politbüro denn dann zu Reformen hätte kommen wollen. Da in seinen eigenen Reihen keine "Gegenelite" zu erwarten war, wäre sie nach dem "Zirkulationsmodell der Eliten" bei den "am wenigsten privilegierten Mitgliedern der am meisten privilegierten Gruppe", im sozialistischen Herrschaftssystem also im "zweiten Glied" der politischen Führungsgruppe zu suchen gewesen. Den Eindruck, daß es eben diese Gegenelite gegeben habe, vermittelt das Bild der mit Honeckers Politik unzufriedenen "Idealisten", die als Anhänger des sowjetischen Perestroika-Kurses für einen "erneuerten Sozialismus" eingetreten wären.

Es traf zu, daß von kritischen Teilen der Partei-"Intelligenz" im Rahmen wissenschaftlich-theoretischer Diskussion auch Auffassungen vertreten wurden, die in vorsichtiger und oft verschlüsselter Form für einen liberaleren und demokratischeren Kurs der Partei argumentierten.¹⁶⁷ Die im eigenen Selbstverständnis "Perestroikisten" kamen in der Regel nicht von ungefähr gerade von den wissenschaftlichen Einrichtungen, die in Forschung und Lehre das Ideologiemonopol der

¹⁶⁶ Vgl. etwa das Heft 12-89 von Einheit (beachte die veränderte Kopfzeile "gerade jetzt !") mit dem Titel "Diskussion über unsere Sozialismuskonzeption". Einige der Autoren, z.B. R. Reißig und M. Brie sind als "Reformer" bekannt. Man sollte sich vielleicht noch einmal ihre frühere Veröffentlichungen in der "Einheit" ansehen.

¹⁶⁷ Vgl. S. Meuschel, a.a.O., vor allem S. 256-273 (3.3. Zum Verhältnis von Staat, Recht und Gesellschaft)

Partei vertraten.¹⁶⁸ Einerseits die Kaderschmieden der SED, zum anderen in den ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen braintrust für das ZK, war es die Aufgabe dieser Institutionen, den Politbürovorgaben entsprechend das zu entwickeln und "wissenschaftlich" zu legitimieren, was dann als "Parteilinie" zum Generalnenner der SED-Politik wurde.

Im Vergleich zu den "apparatschiks" sicherlich der aufgeschlossener Teil der Partei, war diesen "Reformern" längst bewußt, daß sich aus der Logik des Wandels in der Sowjetunion in der Tragweite überhaupt noch nicht zu überblickende Konsequenzen ergeben mußten, auch für die innen- und außenpolitische Situation der DDR.¹⁶⁹ Während Honecker, wohl in dem Glauben, daß ein Machtwechsel in der Sowjetunion Gorbatschows "Neues Denken" in die alten Bahnen zurücklenken werde, auf seinen "Sozialismus in den Farben der DDR" setzte, galt das den Reformern als Schritt in die falsche Richtung, als Weg in die Sackgasse. Das vorsichtig tastende Ausloten von Interpretationsmöglichkeiten der Parteilinie entsprach insofern der Einsicht, daß der sich mit "Perestroika" und "Glasnost" von außen und im Innern aufbauende Reformdruck eine programmatische Neuorientierung der SED-Sozialismuskonzeption unumgänglich machte. Die intellektuellen Vordenker der Partei standen dabei allerdings vor dem Dilemma, die durch Gorbatschows Reformen angestoßenen Entwicklungen mit Honeckers Vorgaben unter einen Hut bringen, in sozialistischer Manier also "vorwärtsschreiten" zu müssen, ohne daß sich etwas bewegen durfte.

¹⁶⁸ Die meist mittleren und jüngeren Jahrgänge der Perestroikisten kamen aus den "gesellschaftswissenschaftlichen" Bereichen im Partei- und Staatsapparat und an der Ostberliner Humboldt-Universität, insbesondere aus der "Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED" in Berlin, "der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR" in Potsdam-Babelsberg, dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) und der Projektgruppe "Sozialismus" an der Humboldt-Universität. Von letzterer traten in der Wende als Wortführer eines Reformsozialismus der Prorektor der Humboldt-Universität und Politökonom D. Klein (später ein enger Berater Modrows) und die "Gesellschaftswissenschaftler" D. Segert und M. Brie hervor. (Brie wie sein ebenfalls als "Reformer" bekannter Bruder Andre, später stv. Vorsitzender der PDS, allerdings wohl zugleich auch Informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit). Zu den "Perestroikisten" wurden auch manche Partei- und Staatsfunktionäre außerhalb des universitären Bereiches gezählt, beispielsweise Stabsoffiziere an der Militärakademie in Dresden oder der für die NVA zuständige Sektionsleiter der Sicherheitsabteilung im ZK, W. Hübner, offensichtlich sogar der ZK-Abteilungsleiter Sicherheit W. Herger selbst.

¹⁶⁹ Die "Perestroikisten" hatten dienstliche und durch langjährige Studienaufenthalte oft auch persönliche Kontakte nach Moskau und waren über die Vorgänge in der Sowjetunion aus erster Hand unterrichtet. Nimmt man als Beispiel das für die "Westarbeit" zuständige IPW, so stand es in direkter Zusammenarbeit mit dem Moskauer Europa-Institut und G. Arbatows Institut für USA- und Kanadastudien, den Schrittmachern von Gorbatschows Reformpolitik. Die Mitarbeiter des IPW hatten Zugang zu einer Fülle von internationalen Publikationen, standen weltweit in Verbindung mit wissenschaftlichen Institutionen -u.a. auch in der Bundesrepublik- und waren durch die vielfältigen Kontakte ihres Instituts mit westlichen Gesprächs- und Diskussionspartnern über die aktuellen Entwicklungen gut informiert. Viele von ihnen konnten zu wissenschaftlichen Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen ins westliche Ausland reisen. Daß sich bei solchen Bedingungen Zweifel einstellten am Kurs der DDR kann kaum überraschen.

Das Problem wurde auf die parteitypische Art gelöst: man habe in kleinen Schritten vorgehen müssen, in der Erörterung der Parteilinie habe sich die "progressive" Einstellung in Nuancen gezeigt, die nur der Fachmann habe erkennen können. Im kleinen Kreis unter Gleichgesinnten habe man jedoch "Klartext" gesprochen und Analysen und "Papiere" verfaßt. Die seien zwar meist "für die Schublade" gewesen, manchmal aber auch nach oben weitergegeben worden, wo sie wegen ihrer Brisanz dann in den "Giftschrank" gekommen wären – aus dem sie in der Regel bis heute nicht mehr aufgetaucht sind.

Genaugenommen blieb man in realistischer Einschätzung der Machtverhältnisse in Deckung, das heißt "auf Kurs", und überließ die Entwicklung der Verhältnisse denen, die dafür Verantwortung trugen. Bei den ohnehin schon vielfältig verklausulierten, mit der Partei "abgesprochenen" Beiträgen der Reformer wurde jede wirklich partei- oder gesellschaftskritische Sicht vermieden. Man bewegte sich mit "konstruktiven" Vorschlägen im abgesteckten Rahmen dessen, was von der Parteizensur toleriert wurde oder doch tolerierbar erschien.

Die "Reformer" standen nicht in Opposition zur SED, sondern im Dienste der Partei, in ihrer Mehrzahl mit bis dahin überdurchschnittlicher Karriere in entwicklungsfähigen Positionen. Viele von ihnen traten als Repräsentanten der Partei auf, auch im westlichen Ausland und selbstverständlich in offiziellem Auftrag.¹⁷⁰

170

Gerade das wird heute gern heruntergeredet, Beispiel R. Reißig, als Mitinitiator und auf DDR-Seite Hauptverfasser des SPD-SED-Papiers "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" seinerzeit prominenter "Reformer". Wenn Reißig feststellt, seine Vorlage dazu sei nicht von der SED-Führung initiiert oder ausgearbeitet worden, "auch nicht in ihrem Auftrag, nicht von ihr kontrolliert" (in G. Japs, a.a.O., S. 1012 ff) so wird man ihm das glauben müssen. Wenn er allerdings gleich darauf erklärt, sie sei auch "ohne Kenntnis der SED-Führung" erarbeitet worden (ebda.), so dürften Zweifel angebracht sein: Reißig war stellvertretender Direktor des "Institutes für wissenschaftlichen Kommunismus" an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, der Institution, die vom Politbüro bereits 1982 offiziell für den Dialog zwischen SPD und SED bestimmt worden war. Die zwei Jahre später ins Leben gerufene gemeinsame Arbeitsgruppe mit der SPD, die das "Ideologie-Papier" zwischen 1986 und 1987 erstellte, stand auf SED-Seite unter dem Vorsitz des Direktors der "Akademie für Gesellschaftswissenschaften", O. Reinhold, zweiter Mann war E. Hahn – jeder für sich und beide zusammen die führenden Ideologen im ZK. Die "Akademie für Gesellschaftswissenschaften" war K. Hager als ZK-Sekretär und SED-"Chefideologen" direkt unterstellt und dem Politbüro unmittelbar rechenschaftspflichtig. Hahn, Reinhold und das Politbüromitglied Hager waren also nicht nur in der SED-Delegation die Vorgesetzten Reißigs.

Es wäre erstaunlich, wenn unter diesen Umständen ein "Geheimpapier" entstanden und als erstem dann ausgerechnet der Arbeitsgruppe mit der SPD zur Kenntnis gegeben worden wäre. Das Papier wurde am 27.8.1987, gerade rechtzeitig vor Honeckers Besuch in Bonn, veröffentlicht. Seine Wirkung blieb umstritten. Dem Dialog der SED mit der SPD folgte jedenfalls kein Dialog in der Partei und schon gar nicht zwischen der SED und den Oppositionsgruppen in der DDR.

An dem Vorgang ist nicht so interessant, wieviel die SED-Führung vom Ideologie-Papier vorab wußte, sondern daß Reißigs Darstellung den Eindruck vermittelt, er und andere "Perestroikisten" hätten –in größerer Nähe zu den westdeutschen Sozialdemokraten als zum Kurs der eigenen Partei– in Distanz zum DDR-System gestanden. In eine solche Distanz wären sie bei dem von ihnen angeblich gewollten "Einstieg in eine DDR-

Wenn jemand –abgesehen von der "alten Garde" im Politbüro und ZK– ein Interesse am Fortbestehen der führenden Rolle der Partei und damit an einem entsprechenden politischen System haben konnte, dann die "Reformer". Systemgefährdend, weil destabilisierend, war die Politik des Politbüros, auf Distanz zum Neuen Denken in der Sowjetunion zu gehen. Die Parteireformer sahen sich dagegen als Wegbereiter eines in ihren Augen modernen, fortschrittlichen Sozialismus nicht systemsprengend, sondern im Gegenteil gerade systemerhaltend.

Will man es bildhaft ausdrücken, so ruderten die "Perestroikisten" nicht gegen den Strom, sondern segelten im Wind der bereits abzusehenden Wende in der SED auf einer Warteschleife. Man rechnete für den nächsten SED-Parteitag (1990) mit dem Rücktritt des Parteichefs, nicht wenige Genossen hofften auch, das Problem werde schon vorher eine "biologische Lösung" finden. Für die Zeit nach Honecker war ein Generationswechsel im Politbüro zu erwarten und entsprechend frischer Wind auf den Führungsetagen von Partei und Staat. Für manche der Reformer hätten die Aussichten, dann dorthin zu gelangen, vermutlich nicht schlecht gestanden. Von daher dürften bei den "Idealisten" neben einigen "Utopisten" eher Realisten zu finden gewesen sein, die sich über die Situation der DDR nur insoweit Illusionen machten, als sie den schon zu weit fortgeschrittenen Erosionsprozeß im eigenen Land wohl falsch einschätzten.

Daß die Perestroikisten "...eine andere –naturgemäß sozialistische– Gesellschaft, als die, die im Herbst 1989 den realen Sozialismus ausmachte..."¹⁷¹, wollten, ist glaubhaft. Daß sie die "um der sozialistischen Ideale willen"¹⁷² wollten, behaupten sie. Ihr Problem liegt darin, erklären zu müssen, wie sie in dem Staat, der diese so hochgehaltenen sozialistischen Ideale ins Gegenteil verkehrte, in der Regel bis zuletzt Karriere machten.

Die vermeintlich progressiven, auf die Herausforderungen der Zeit eingehenden Vorstellungen zur politisch-gesellschaftlichen Entwicklung geben keinen "Persilschein" ab. Sie sind eher ein Beweis für die zögerliche und opportunistische Haltung, um nicht zu sagen Feigheit, mit der sich "Wissenschaftler" und Partei-Intellektuelle um die kritische Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR herumdrückten. Bei dem Versuch, in den Rückzugsgefechten im "ideolo-

spezifische Perestroika- und Glasnostpolitik" unweigerlich gekommen. Vor und selbst in der "Wende" war sie aber, jedenfalls nach außen hin sichtbar, nicht zu erkennen (vgl. etwa E.Hahn/R.Reißig, Menschenrechte im Kampf der Arbeiterklasse, in Einheit 11/12 88, S.1100 ff; R.Reißig, Die Notwendigkeit des Friedens und der heutige Kapitalismus, in Einheit 2-88, S. 120-125; aus diesen Beiträgen dürfte zweifelsfrei hervorgehen, daß bei Reißig von Kritik am Honecker-Sozialismus, geschweige denn von einer Distanz zum System keine Rede sein kann). Reißig hat noch am 29. 10. 1989 auf einer Veranstaltung des SPD-"Arbeitskreis Frieden und Sicherheit" in München im Vortrag und bei der sich anschließenden Podiumsdiskussion vehement die DDR-Politik verteidigt – nicht nur hinsichtlich der außen- und sicherheitspolitischen "Friedenspolitik", auch in Bezug auf den "inneren Frieden".

¹⁷¹ Vgl. E.Crome, a.a.O., S.1295

¹⁷² Ebda.

gischen Kampf" aus Themen wie den "großen Fragen" der "Gefährdung der Menschheit" oder den Ideen zu einem "Europäischen Haus" noch Kapital zu schlagen, war man kaum auf Kollisionskurs mit der politischen Führung. Ein Ankoppeln an Gorbatschows 1988 auf den Weg gebrachtes 10-Punkte Programm zur Modernisierung von Partei, Staat und Gesellschaft hätte der Argumentationslinie "sozialistische Ideale" mehr Glaubwürdigkeit verliehen.¹⁷³

Solange solche Debatte systemimmanenter Reformen das Machtmonopol der SED nicht in Frage stellte, konnte sie Honecker als Beweis für die selbstkritische Suche der Partei nach dem richtigen Weg sozialistischer Entwicklung nur recht sein. Welchen Einfluß die Diskussion auf die Parteilinie hatte, bestimmte aber immer noch die Parteiführung. Die Partei hatte zu folgen, jedenfalls nicht nach neuen politisch-ideologischen Ufern zu suchen, die mit Honeckers politischer Überzeugung nicht in Deckung zu bringen waren – einer Überzeugung, die seiner Biographie entsprechend wohl eher durch die Erfahrungen kommunistischen Klassenkampfes als durch ideologisch-intellektuelle Debatten geprägt war.

Aus der wissenschaftlich abgehobenen Diskussion einer nur kleinen Minderheit gemäßigt kritisch Intellektueller auf eine breite innerparteiliche Auseinandersetzung zwischen "Orthodoxen" und Reform-Kräften schließen zu wollen, hieße die damalige Realität zu verzeichnen. Der rückwärts gewandte Kurs des Politbüros stieß zwar in der SED vielfach auf Kritik, Verärgerung und Verständnislosigkeit. Das bedeutete aber nicht, daß es in der Partei vor dem Herbst 1989 bereits eine gleichsam vorrevolutionäre Stimmung gegeben hätte. Von einem Konflikt zwischen Perestroika-Anhängern und Parteiestablishment konnte keine Rede sein, nicht einmal von Konfliktbereitschaft. Von einer "Hauptlinie der Auseinandersetzung innerhalb der SED"¹⁷⁴ zu sprechen, ist deshalb irreführend. Eine Auseinandersetzung in dieser Form existierte überhaupt nicht.

Das bis zur "Wende" unbeirrte Festhalten der SED-Führung an ihrem Sozialismusmodell hat gezeigt, daß der Primat der Partei nie zur Diskussion stand. Jede Reform war nur denkbar im Rahmen der prinzipiell weiterbestehenden politischen Strukturen, die der Parteiführung das Machtmonopol sicherten. Solange das zentralistische Prinzip nicht gebrochen werden konnte, gab es, gleichgültig ob der "Kurs" verschärft oder durch Konzessionen gelockert wurde, für die Dezentralisierung der Wirtschaft nur begrenzt politischen Handlungsspielraum und für das Schlüsselproblem einer Demokratisierung der politischen Strukturen überhaupt keinen. Von daher war das politische System der DDR aus sich selbst heraus nicht reformfähig.¹⁷⁵

¹⁷³ Gemeint ist die "Plattform" des "10-Thesen"-Katalogs auf dem ZK-Plenum am 23.5.1988, wo u.a. die "Demokratisierung" von Partei und Gesellschaft in einem "sozialistischen Rechtsstaat", die "Begrenzung der führenden Rolle der Partei", die tatsächliche Trennung von Legislative und Exekutive und die Entflechtung des Partei- und Staatsapparates beschlossen wurde.

¹⁷⁴ Vgl. E. Crome, a.a.O., S. 1296

¹⁷⁵ Vgl. die Einschätzung bei Schabowski: "Selbst wer kritisch und weniger dogmatisch gesinnt war in der Führung, konnte und wollte nur gelten lassen, daß Bestandteile veränderungs- oder verbesserungsbedürftig waren, nicht aber das System. Der Umkehr-

Gerade das Gegenteil hätten die "Perestroikisten" beweisen wollen. Die Spekulation, die Perestroikisten hätten als "prosowjetische Elite" in einem von Moskau aus gesteuerten "Komplot" die Macht im Politbüro übernehmen sollen, ist nicht ganz aus der Luft gegriffen.¹⁷⁶ Die Frage ist nur, ob diese angebliche Elite auch das politische Gewicht hatte, um der "alten" Elite im Politbüro und ZK die Führung streitig zu machen.¹⁷⁷ Sie hätte sich aber vor allem die Frage gefallen lassen müssen, welche Reform sie denn hätte zustandebringen wollen und können. Man hätte gespannt sein können, wo genau die Alternative zur bisherigen Politik hätte liegen sollen. Mit dem erwarteten Führungswechsel wäre die krisenhafte Situation für das Politbüro jedenfalls nicht wesentlich entschärft gewesen. Es hätte unverändert vor denselben Problemen und dem gleichen Scherbenhaufen wie zuvor gestanden.

Die Antwort darauf, welche "Reformen" man auf welche Weise hätte in Angriff nehmen wollen, ist nie gegeben worden. Es lag weder ein Programm vor noch sind Konzepte bekannt, die vor der Wende für den Fall des politischen Kurswechsels einen zumindest programmatischen Orientierungsrahmen abgesteckt hätten.¹⁷⁸ Nach Kenntnis dessen, was die ja ursprünglich nicht als Übergangs-

schluß, daß an der Grundkonstruktion des Automaten etwas nicht stimmen könnte, wenn er schadhafte Produkte auswirft, war nicht zugelassen..." (G.Schabowski, Der Absturz, a.a.O., S. 130)

¹⁷⁶ Es gibt gute Gründe für die Annahme, daß von sowjetischer Seite schon vor 1989 auf inoffizielllem Wege Gespräche mit denkbaren Kandidaten für die Honecker-Nachfolge geführt worden sind. Der spätere DDR-Ministerpräsident Modrow, damals Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, soll dabei als Favorit gegolten haben. vgl. G.Schabowski, Der Absturz, a.a.O., S. 283-287; vgl. auch R.G.Reuth/ A.Bönte, Das Komplot - Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam, München, Zürich 1993 (in der entscheidenden Frage, ob von Moskau aus ein Machtwechsel aktiv betrieben worden ist, bleibt das Autorenteam die Antwort schuldig); vgl. auch die persönlichen Eindrücke bei M. Uschner, Die zweite Etage, a. a. O., vor allem S. 123 ff.

¹⁷⁷ Wäre der erwartete Führungsaustausch an der Spitze den Regeln solchen Machtwechsels entsprechend "normal" abgelaufen, so hätte –wenn überhaupt– von den Galionsfiguren der "Verschwörer" Wolf, Modrow und Berghofer vermutlich nur Modrow ins Politbüro gelangen können – jedoch sicherlich nicht als Generalsekretär. Der schon bei Honecker als Kronprinz geltende Krenz hatte seine Gefolgsleute auf einflußreichen Positionen platziert und konnte deswegen mit Zustimmung im ZK-Apparat rechnen. Krenz' entschlossener Griff nach den wichtigsten Spitzenämtern in Personalunion mit seiner Stellung als SED-Generalsekretär im Oktober 1989 zeigt, daß es einem Ministerpräsident Modrow in ruhigeren Zeiten auch nicht gelungen wäre, die politische Macht von der Seite der Partei auf die des Staates zu ziehen. Modrow hatte sich in der Wende nach eigenem Bekunden mit Krenz bereits über seine Mitarbeit in einer Regierung unter Stoph beraten und sich selbst sogar nur für die Funktion eines Sekretärs für Landwirtschaft vorgeschlagen (H. Modrow, Aufbruch und Ende, Hamburg 1991, S.21) Viel wahrscheinlicher als ein "Sieg" der Dresdner Gruppe um Modrow wäre gewesen, daß sich dem "Prinzip von Kontinuität und Erneuerung" entsprechend eine neu-alte Führungsriege im Politbüro und ZK etabliert hätte, die den ungeschützten Titel "Perestroikisten" für sich in Anspruch genommen hätte.

¹⁷⁸ vgl. H. Modrow, "Bei der Übernahme der Regierung mußten wir uns zuerst einmal einen genauen Überblick über die wirtschaftliche Lage des Landes verschaffen. Denn eine exakte Analyse lag von der Regierung Stoph nicht vor...Was ich schon vorher geahnt

regierung gedachte Krenz-Regierung als "Reformpolitik" anzubieten hatte, dürften Zweifel angebracht sein, ob bei den "Reformen" der Reformer viel mehr herausgekommen wäre als das Honeckerzitat "Wir werden Bewährtes erhalten, werden alles, was uns am Vorwärtsschreiten hindert, über Bord werfen und vieles auf neue Weise in Angriff nehmen..."¹⁷⁹

Das Verhalten der DDR-Bevölkerung ist Beweis dafür, daß dies auch vom "Volk" nicht geglaubt wurde, auch nicht der "Reform"-Regierung Modrow. Wenn Gegeneliten der herrschenden Elite die Führungsrolle streitig machen, berufen sie sich in der Regel auf den Legitimitätsverlust der Herrschenden und den Auftrag der "Massen", sich für die Verwirklichung von deren Erwartungen und Interessen einzusetzen. Daß sich das Politbüro unter Krenz, die Regierung Modrow oder die "Perestroikisten" auf einen solchen Auftrag berufen konnten, wäre zu verneinen. Zumindest ist es ihnen nicht gelungen, ihr subjektives Interesse an einem –wie auch immer– "Reformsozialismus" der DDR-Bevölkerung als deren "objektives" Interesse plausibel zu machen.

Zusammenfassend läßt sich die Frage nach der Rolle einer Gegenelite im Vorfeld der politischen Wende des Herbstes 1989 nur negativ beantworten. Entgegen der herrschenden Auffassung, daß den Eliten in Umbruchsituationen, seien es nun revolutionäre oder evolutionäre Prozesse, die entscheidende Rolle zukommt, spielten sie in der Vorphase des Umbruchs in der DDR überhaupt keine, waren allerdings in der "Wende" oft schnell wieder zur Stelle. Die "Trittbrettfahrer"-Mentalität versteckte sich dann hinter der Argumentation, die Revolution in der DDR sei zwar von den Oppositionsgruppen und vom Volk herbeigeführt worden, aber zu dem hätten die SED-Mitglieder ja auch gehört¹⁸⁰ – diejenigen, die sich "im Volk" der Revolution angeschlossen hatten, schon.

und befürchtet hatte, entsprach der bitteren Wahrheit: Die offizielle Forschung an den wissenschaftlichen Einrichtungen der SED hatte für tiefgreifende Reformen nichts zu bieten...", in : H.Modrow, Aufbruch..., a.a.O., S.31, 40.

¹⁷⁹ O. Reinhold, Zur Gesellschaftskonzeption der SED, in: Einheit 6-89, 44. Jg. / 1989, S.483

¹⁸⁰ Dies wird von Crome nicht behauptet, aber auch nicht ausgeschlossen, wenn es auf "das Volk" bezogen heißt: "Zu diesem gehörte dann letztlich aber auch der überwiegende Teil der SED-Mitglieder oder früheren SED-Mitglieder", E. Crome, a.a.O., S. 1206

2.2.2. Das sozialistische Gleichheitsdogma als Hemmnis der Gesellschaftsentwicklung

Der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsanalyse gemäß gab es im Unterschied zur Klassengesellschaft im Kapitalismus in der DDR nur mehr die im Prinzip klassenlose –weil durch keine antagonistischen Klassegegensätze geprägte– "neue Gesellschaft" der "Werkstätigen". Dieses "Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern, den Angehörigen der Intelligenz und den Handwerkern und Gewerbetreibenden" war Ausdruck "der neuen gesellschaftlichen Beziehungen im Sozialismus". Die "neuen sittlichen Wesenszüge, Verhaltensregeln und Gewohnheiten" dieser Beziehungen wurden unter Anleitung durch die Partei entwickelt und durch die entsprechenden "Beschlüsse und Direktiven schöpferisch theoretisch verallgemeinert"¹⁸¹. Ergebnis des gesellschaftlichen Erziehungsprozesses und "höchste Form des proletarischen Klassenbewußtseins" sollte schließlich das "sozialistische Bewußtsein" sein. Es war als Leitbild der Persönlichkeitsentwicklung des Individuums notwendige Voraussetzung und "ideelle Triebkraft der sozialistischen Entwicklung"¹⁸², mithin Maßstab gesellschaftlichen Fortschritts. Sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung würde die allmähliche Angleichung der bislang noch verbliebenen Schichten an die Arbeiterklasse und die daraus resultierende "Gleichheit" im Sozialismus sein.

Obwohl sich von daher nach vier Jahrzehnten Sozialismusentwicklung in der "neuen Gesellschaft" der DDR keine wesentlichen Unterschiede in der Sozialstruktur mehr hätten zeigen dürfen, gab es sie nach wie vor, sogar zunehmend mehr. Zwar hatten sich die Konturen der traditionellen bürgerlichen, bäuerlichen und Arbeitermilieus aufgelöst in der nivellierenden Gleichförmigkeit der sozialen und ökonomischen Verhältnisse. Sie waren im Prinzip einheitlich in dem Sinne, daß jedem ein Arbeitsplatz zustand, die Einkommen relativ angeglichen waren¹⁸³, Anspruch auf betriebliche und staatliche Sozialleistungen bestand, die Subventionierung der "Grundbedürfnisse" der Lebenshaltung und des kulturellen Bereichs allen zugute kam und die Beschränkungen des Systems alle gleichermaßen trafen. Abgesehen davon, daß dies eben auch nur "im Prinzip" galt¹⁸⁴, ließ sich jedoch

¹⁸¹ Vgl. G. Klaus, M. Buhr: Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., S.180, Stichwort "Ethik".

¹⁸² Ebda., S.280, Stichwort "Klassenbewußtsein"; vgl. auch S. Meuschel, a.a.O., S. 253 ff

¹⁸³ Bei den Einkommen zeigte sich statistisch gesehen eine relativ geringe Schwankungsbreite. Der Nettolohnabstand zwischen Hoch-/Fachschulkadern und Facharbeitern sank zwischen 1984 und 1988 von 122% auf 115% (in: Sozialreport 1990, S.120). Über die Einkommensunterschiede zwischen "unten" und "oben" war damit allerdings wenig ausgesagt. Auf den oberen Hierarchieebenen des Partei- und Staatsapparates wurde je nach Stellung ein Vielfaches der Durchschnittseinkommen verdient.

¹⁸⁴ Daß es bei genauerer Betrachtung mit der "Gleichheit" nicht allzu weit her war, zeigte sich am deutlichsten in dem vielfältig abgestuften Privilegiensystem der DDR. Da Besitz und Vermögen als differenzierende Merkmale entfielen und die Einkommen und Konsummöglichkeiten als Kriterien sozialer Schichtung keine entscheidende Rolle spielten, kam der Status weniger in äußerlichen Merkmalen wie Lebensstandard, Wohnsituation etc. zum Ausdruck als in den der Berufsposition entsprechenden Privilegien. Die nahmen sich zwar im Vergleich mit den in der Bundesrepublik üblichen Usancen in

aus dieser nach außen hin sichtbaren Konformität keineswegs auf gesellschaftliche Homogenität und ein Verschwinden aller sozialen Unterschiede schließen.

Allein schon durch den zeitlichen Abstand zur Gründungsphase der DDR waren besonders die jüngeren Bevölkerungsgruppen weit weniger durch die traditionellen Muster sozialistischer Lebensweise geprägt als etwa die der Aufbau- generation. Im Aufkommen veränderter Werthaltungen und Interessen spiegelte sich vor allem die soziale Veränderung der DDR als Industriegesellschaft. Ihre Struktur hatte sich mit dem Wandel der Berufs- und Arbeitswelt im Zuge der industriellen und wissenschaftlich-technologischen Entwicklung deutlich differenziert. Dadurch waren Prozesse sozialen Wandels ausgelöst worden, die die DDR-Gesellschaft als im Übergang zu einer im Ziel noch unklaren Entwicklungsphase erscheinen ließen.

Hinter der Fassade der sozialistischen Einheitsgesellschaft verbarg sich insofern eine komplexe und durch die übergestülpte "Gleichheit" komplizierte Sozialstruktur, die die gewollte Vereinheitlichung der sozialen und kulturellen Verhaltensformen gar nicht zuließ. Schon in den siebziger Jahren belegten Ergebnisse der Sozialstrukturforschung in der DDR denn auch, daß es als Folge der Ungleichgewichtigkeit in den Arbeits- und Berufsstrukturen soziale Ungleichheiten gab, die in der Tendenz zwar den Entwicklungslinien sozialer Differenzierungsprozesse in den westlichen Industriegesellschaften entsprachen, der an sich gewollten gesellschaftlichen Homogenisierung aber widersprachen.

Wirtschaft und Staat bescheiden aus, signalisierten in der DDR aber deutlicher als in den westlichen Gesellschaften Berufsprestige und sozialen Abstand.

Solche Vergünstigungen drückten sich u. a. in speziellen Einkaufsmöglichkeiten, im privilegierten Zutritt zu ausgewählten Restaurants, Hotels, Freizeiteinrichtungen, Urlaubsangeboten etc. aus, für Mitglieder des Politbüros und Funktionäre in Spitzenstellungen auch –falls gewünscht– in der herausgehobenen Wohnsituation. Ein gar nicht so selten anzutreffendes, besonders hoch eingeschätztes Privileg war die Möglichkeit, als "Reisekader" ins westliche Ausland fahren zu können.

"Soziale Gleichheit" war gerade da am wenigsten verwirklicht, wo am ehesten Fortschritte hätten erwartet werden müssen, an der Trennlinie zwischen "Hand- und Kopfarbeit". Die Arbeitsbedingungen der unteren Lohngruppen, und dort besonders noch einmal der Frauen, waren mit denen der Funktionsträger im Partei- und Staatsapparat und in der Wirtschaft qualitativ nach wie vor nicht vergleichbar (nicht von ungefähr kam in der "Wende" der Ruf auf, man solle die Funktionäre erst einmal in die Produktion schicken). Das Versprechen der Ideologie, "Beginnend mit der sozialistischen Revolution und im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus wird der Gegensatz von körperlicher und geistiger Arbeit aufgehoben" (G. Klaus, M. Buhr: Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., S. 36, Stichwort "Arbeitsteilung") war nicht einmal ansatzweise eingelöst, jedenfalls nicht im Sinne der Marxschen Thesen zur Überwindung dieses Gegensatzes. Im Vergleich mit den Arbeitskonzepten der "alten Arbeitsteilung" in den westlichen Industriestaaten wie Schweden, Japan, aber auch der Bundesrepublik hinsichtlich Entfremdung, Vereinseitigung, Gemeinschaftsarbeit etc. nahmen sich –bei aller durchaus berechtigten Kritik am Westen– die Arbeitsbedingungen der Industriearbeiter in der DDR nahezu "steinzeitlich" aus.

Wenn man die DDR-Gesellschaft nicht in die Schablone des Marxschen Klassenschemas presste, so wurden entlang der Achse "Arbeitsteilung" sozial abgrenzbare Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen sichtbar.¹⁸⁵ Diese auch in sich wieder heterogenen Gruppen der Industriearbeiter, der Landwirtschaftsarbeiter, der sog. "Angestellten" im Staatsapparat, der "Technokraten" und "Manager" in der Wirtschaft, der Akademiker im wissenschaftlichen Umfeld, der Hochschulkader im Dienste der Partei oder schließlich der Spitzenfunktionäre in Führungspositionen unterschieden sich nicht nur im Bildungsniveau und in ihrer Berufsorientierung. Davon ausgehend, daß die persönlichen Werthaltungen in erster Linie durch Bildung und Berufsposition geprägt werden, schlugen sich die dem Status entsprechenden Orientierungen auch in unterschiedlichen Interessen, Verhaltensweisen und Lebensformen nieder.

Auf den ersten Blick war das nicht ohne weiteres zu erkennen. Es widersprach den Vorstellungen "sozialistischer Moral", sich auf den Führungsebenen in Partei und Staat Sonderinteressen zu genehmigen oder sich im Lebensstil von der sonst propagierten sozialistischen Wertekultur abzusetzen. Die betonte Identität in der Arbeiterklasse verpflichtete auf das allgemein verordnete "materielle und geistig-kulturelle Lebensniveau" in der DDR – wie sich dann in der "Wende" herausstellte umso weniger, je höher man in der Hierarchie stieg. Der bei einigen Nomenklaturkadern, allen voran bei Mitgliedern des Politbüros, für sozialistische Verhältnisse "feudale" Lebensstil auf Staatskosten erregte in den Monaten des Umbruchs die Gemüter fast mehr als die bekannt gewordenen "STASI"-Machenschaften.

¹⁸⁵

Bei der Kürze der Ausführungen läßt sich auf die –noch keineswegs geklärten– Fragen der Schichtzugehörigkeit oder der Zulässigkeit denkbarer Schichtungsmodelle nicht näher eingehen. Im Zusammenhang des Themas ist lediglich von Bedeutung, daß sich in der DDR unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mit je nach Generation und beruflichem Umfeld unterschiedlichen Einstellungsmustern hinsichtlich Arbeit, Freizeit, Lebenszielen etc. ausmachen ließen (Vgl. J. Ueltzhöffer, B. Flaig, Spuren der Gemeinsamkeit ? Soziale Milieus in Ost- und Westdeutschland. In W. Weidenfeld (Hrsg.), Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln 1993, S. 61 ff)

Wie in allen Industriegesellschaften waren die durch Spezialisierung und Ausfächerung der Berufsfelder hervorgerufenen Unterschiede in Ausbildung und Funktion erheblich. Mit der für DDR-Umfragen typischen und wohl so gewollten Differenzierung in "Arbeiter, Angestellte, Intelligenz, Handwerker und Lehrlinge " (vgl. H. Niemann, Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993) ließ sich diese Entwicklung natürlich nicht sichtbar machen. Schon was unter der Sammelbezeichnung "Arbeiterklasse" auf einen Nenner gebracht werden sollte, unterschied sich im Tätigkeitsniveau und Rollenverständnis beträchtlich: zwischen dem angelernten Produktionsarbeiter, dem Facharbeiter, dem Betriebsingenieur als Spezialisten mit Fachschulausbildung und dem Hochschulingenieur in der Entwicklungs- oder Konstruktionsabteilung gab es mehr als nur graduellen Abstand. Das galt bei der für das Kommandosystem zwangsläufigen Betonung der hierarchischen Rangfolge erst recht für das Gefälle zwischen Leitungsebenen und Arbeiterschaft. Darüber hinaus lagen natürlich "Welten" zwischen den untergeordneten und rein ausführenden Tätigkeitsbereichen in der "Produktion" und denen an den Schaltstellen des "Apparates" oder im Wissenschaftsbereich.

Es dürfte jedoch auch wiederum nicht zutreffen, daß in Führungspositionen die Inanspruchnahme ungerechtfertigter oder selbst zustehender Privilegien oder gar die persönliche Bereicherung die Regel gewesen ist. Der überwiegende Teil der Funktionärselite beanspruchte in materieller Hinsicht wohl keinen Sonderstatus. Auch höhere Funktionäre, selbst aus dem ZK, lebten inmitten der "Arbeiterklasse" in bescheidenen Verhältnissen von eher kleinbürgerlichem Zuschnitt – Direktor und Putzfrau auf derselben Etage, gleichermaßen zum "Hausdienst", zum Treppenreinigen oder Schneeschippen eingeteilt.

Solche sicherlich achtenswerte Demonstration sozialistischer Solidarität und persönlicher Bescheidenheit verwischte allerdings nicht den sozialen Unterschied. Auch in der sozialistischen Gesellschaft hatte gesellschaftlicher Status seine Bedeutung, markierten Berufsposition und sich daraus ergebende Macht- und Einflußmöglichkeiten die soziale Rangordnung. Die Anrede "Genosse" hob den hierarchischen Unterschied nicht auf und berechtigte keineswegs dazu, als Angehöriger der "herrschenden Klasse" mit dem höheren Parteifunktionär als Gleicher unter Gleichen zu verkehren. Wer leitende Funktionen im Partei- und Staatsapparat einnahm, gehörte aus der Sicht "von unten" –ob er das wahrhaben wollte oder nicht– einer "anderen Schicht" an. Er bewegte sich in Sphären, die dem normalen Fußvolk der Arbeiterklasse verschlossen blieben.

Die Führungsposition signalisierte Abstand, im Bildungsniveau, in den kulturellen Interessen und nicht zuletzt auch in der Zukunftsperspektive. Den "Intelligenzschichten" war zwar der berufliche Aufstieg keineswegs sicher. Sie hatten aber individuelle Entwicklungsmöglichkeiten und vom Bildungsgrad und Charakter der Tätigkeit her die Chance, sich den eigenen Interessen gemäß entfalten zu können.

Das Leben der wirklichen "Arbeiterklasse" verlief in anderen Bahnen. Wer Arbeiter war, wußte, daß er das in aller Regel auch blieb. Der untergeordneten Position im Berufsleben entsprach die persönliche Lebensperspektive. Da es außer dem Sozialismus nichts aufzubauen gab, sich jedenfalls für die berufliche und damit auch private Existenz nichts prinzipiell Neues mehr ergab, schrumpften die Zukunftserwartungen auf materielle Aspekte: auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse, bessere Arbeitsbedingungen, Reisefreiheit, auf die Hoffnung, "sich was leisten zu können". Die perspektivlose Lage bestimmte die Haltung, sich in seinen Ansprüchen nicht auf die Zukunft verträsten zu lassen. Man sah die eigene Situation ohne Illusionen und mißtraute deshalb den ideologischen Verheißungen und dem "Schönreden" der SED.

Die ältere Generation mochte noch unter der Losung "Auferstanden aus Ruinen" in der Arbeit den Lebenssinn gesehen haben. Die Enkel erwarteten, daß ihnen mehr geboten wurde als ein Leben zwischen dem Stumpfsinn der Arbeit und der "Reproduktion des Arbeitsvermögens". Ihnen war der vermeintlich bessere westliche Lebensstil allemal lieber als die Orientierung an der gewünschten "sozialistischen Lebensweise". Das erstrebenswerte Ziel hätte darin gelegen, das Leben mit Konsum- und Freizeitmöglichkeiten wie im Westen genießen zu können – nicht erst später, sondern gleich.

Für eine Lebensplanung mit langfristigen Zielen und individuellen Gestaltungsfreiräumen fehlten alle Voraussetzungen, in der Arbeitsstruktur und auch bei den Arbeitern selbst. Von der versprochenen Emanzipation der "Arbeiterklasse"¹⁸⁶ konnte bestenfalls in dem Sinne die Rede sein, daß aus ihren Reihen die "Intelligenz" hervorging - das waren dann allerdings keine Arbeiter mehr.

Daß die Mentalität und Lebensweise der Arbeiterschichten für alle anderen Bevölkerungsgruppen Maßstab sein sollte, war realistisch betrachtet natürlich Unsinn. Im "proletarischen Wesen der Arbeiterklasse" spiegelten sich in Begriff und Inhalt die realitätsfernen, ideologisch abgehobenen Vorstellungen marxistischer Intellektueller vom "Arbeiter" wider, aber nicht die real auszumachenden Einstellungsmuster im Arbeitermilieu.

Dessen Bild wurde zwar nach außen hin am sichtbarsten vom Grauschleier realsozialistischen Lebens überzogen. Zugleich zeigte sich jedoch auch¹⁸⁷, daß unter allen Bevölkerungsgruppen in der DDR die Industriearbeiterschaft in der Beurteilung der sozialistischen Wirklichkeit am weitesten von der parteioffiziell gewünschten Sicht abwich. Die Wertschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung hielt sich in Grenzen. Die "sozialistischen Errungenschaften" verblaßten im Vergleich mit dem Lebensstandard und den Freiheiten der Kollegen im Westen. Bezeichnenderweise hatten also trotz aller Sysiphusarbeit der Partei gerade die Arbeiter die ideologischen Überzeugungen am wenigsten verinnerlicht und die längst für überwunden gehaltenen "kleinbürgerlichen Denk- und Verhaltensweisen der kapitalistischen Klassengesellschaft" immer noch nicht abgelegt.

Das betonte Bemühen der "Intelligenz", besonders der Partielite, ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse herauszustellen, schuf noch kein Zusammengehörigkeitsgefühl und erst recht keine Gemeinsamkeit in der Bewußtseinslage. Selbst die Analysen des dem Politbüro direkt unterstellten Instituts für Meinungsforschung

¹⁸⁶

Wenn die dogmatischen "Gesetzmäßigkeiten" verheißen hatten, im Sozialismus werde, zumindest in der Tendenz, der "ständige Anteil der geistigen Arbeit sowie der durch die Entwicklung der Produktivkräfte ständig sinkende Anteil der körperlichen Arbeit und der notwendigen Arbeitszeit ... zu einer Verschmelzung von körperlicher und geistiger Arbeit (führen)" (G. Klaus, M. Buhr: Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., S. 281, Stichwort "Klasseninstinkt"), so war das für die "Arbeiterklasse" ein leeres Versprechen geblieben.

Sie erlebte den Klassencharakter ihres Staates nicht nur darin, daß ihr die "herrschende Klasse" die tatsächliche Verfügungsgewalt über die "Produktionsmittel" vorenthielt und sich gegen jede Demokratisierung des politischen Systems stemmte, sondern auch als Bestätigung der These Marx', Arbeitsteilung und Klassenteilung würden sich gegenseitig bedingen: "... Solange die gesellschaftliche Gesamtarbeit nur einen Ertrag liefert, der das zur notdürftigen Existenz aller Erforderliche nur um wenig übersteigt, solange also die Arbeit alle oder fast alle Zeit der großen Mehrzahl der Gesellschaftsmitglieder in Anspruch nimmt, so lange teilt sich diese Gesellschaft notwendig in Klassen. Neben dieser ausschließlich der Arbeit frönenden großen Mehrheit bildet sich eine von direkt produktiver Arbeit befreite Klasse, die die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft besorgt: Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Justiz, Wissenschaften, Künste usw. Das Gesetz der Arbeitsteilung ist es also, was der Klassenteilung zugrunde liegt." (MEW, Bd.19, S. 221-256, S. 224)

¹⁸⁷

Vgl. H. Niemann, Meinungsforschung in der DDR", a.a.O. - die Untersuchungen reichen allerdings nur bis in die Mitte der siebziger Jahre

zeichneten ein differenzierteres Bild der DDR-Gesellschaft, als es der Parteiführung lieb sein konnte.¹⁸⁸ Die "Angehörigen der Intelligenz" und die Gruppe der "Angestellten" unterschieden sich, wie kaum anders zu erwarten, in der Bewertung der gesellschaftlichen Verhältnisse erheblich von der der Arbeiter.¹⁸⁹ Ein ähnliches Bild ergab sich bei der Befragung von Jugendlichen an Universitäten und Oberschulen und im Vergleich dazu in Berufsschulen.

Die Tatsache an sich brachte die SED nicht einmal so sehr in Bedrängnis, nur stimmte eben die Richtung der ganzen Entwicklung nicht. Trotz aller Interpretationsbemühungen der Parteiideologen, bei der These "Angleichung aller Klassen und Schichten" war der Wunsch der Vater des Gedanken. Die "sozialistische Gemeinschaft" blieb das Konstrukt der Ideologie.

In der Realität war sie unter dem Druck der Verhältnisse eher eine Notgemeinschaft¹⁹⁰, die sich gegenseitig über den allgegenwärtigen Mangel im sozialistischen Alltag half. Damit hoben sich aber die Abstufungen nicht auf. Gerade weil die sonst üblichen äußerlichen Merkmale schichtenspezifischer Abgrenzung entfielen, sagten die nicht so sichtbaren Unterschiede in den Einstellungen umso mehr aus: auf der einen Seite die Orientierung an materiellen Zielen wie Geld, Konsum und Freizeit, auf der anderen das Streben nach Karriere, die Aussicht auf Prestige und Privilegien. In diesen nicht auszumerzenden Relikten bürgerlich-kapitalistischer Ideologie kamen mehr als nur Statusmerkmale und Schichtzugehörigkeit zum Ausdruck – letztlich die Machtverhältnisse im DDR-Sozialismus.

Das Dilemma, mit der in ihren Dogmen erstarrten Ideologie auf die unterschiedlichen Entwicklungen in der Gesellschaft nicht flexibel reagieren zu können, stellte die Partei vor schwierige Probleme¹⁹¹. Einerseits sah sie natürlich auch die in der gesellschaftlichen Differenzierung moderner Industriestaaten liegende Tendenz zur Pluralisierung und Individualisierung. Das bedeutete Vielfalt der Lebensstile und eine sich verändernden Einstellung gegenüber den traditionellen gesellschaftlichen Wertvorstellungen. Andererseits konnte aber das Prinzip der ideologischen Gleichschaltung und die daraus ableitbare, auf Vereinheitlichung zielende Richtung sozialistischer Gesellschaftspolitik nicht zur Diskussion stehen.

¹⁸⁸ Das "Institut für Meinungsforschung" (IfM) wurde auf Veranlassung von Ulbricht 1964 gegründet. Es bekam als Instrument der SED-Führung seine Aufträge vom Politbüro bzw. ZK. Die Ergebnisberichte wurden dem zuständigen Politbüromitglied (Herrmann) übergeben, das dann entschied, ob sie dem Politbüro vorgelegt werden sollten und ob Auszüge an bestimmte ZK-Abteilungen, SED-Bezirksleitungen, staatliche Organe wie Ministerien etc. weiterzugeben waren. Es wurden lediglich 25 bis 30 Exemplare von den Berichten erstellt, die als "Vertraulich" oder "Geheim" eingestuft nur einem ausgewählten kleinen Personenkreis zugänglich waren. Die Berichte wurden natürlich nicht veröffentlicht. Das Institut wurde 1979 wieder aufgelöst. Vgl. H. Niemann, Meinungsforschung ..., a.a.O., S. 17 ff, 54 ff.

¹⁸⁹ vgl. z.B. H. Niemann, Meinungsforschung ..., a.a.O., S. 54

¹⁹⁰ Vgl. dazu M./S. Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München · Leipzig 1993, S. 378

¹⁹¹ Vgl. S. Meuschel, a.a.O., S. 221-272 (III. Im Schatten der Finalitätskrise)

Als theoretischer Ausweg schien sich anzubieten, "Differenzierung" lediglich als Ausdruck beruflicher Spezialisierung in einer fortgeschritten arbeitsteiligen Industriegesellschaft zu betrachten¹⁹² und bei einem im Grundsatz gleichen Sozialismusverständnis eine gewisse "Vielfalt" sozialer Leitbilder zuzugestehen.¹⁹³ Aus der Sicht ließ sich dann "Modernisierung" begrifflich am

192

Differenzierung wird in der Interpretation der Partei begrifflich reduziert auf die unmittelbaren Folgen technologischer Entwicklung für die Arbeitsteilung im Betrieb und in der Gesellschaft. Dies in sozialer Differenzierung liegenden Integrations- und Koordinationsprobleme für das politische System blieben durch den Determinismus der Ideologie ausgeblendet: Die zunehmende Komplexität der DDR als Industriegesellschaft leitete sich zwar aus der "Entwicklung und Differenzierung der Produktivkräfte" ab. Obwohl damit der Faktor Mensch als "entscheidende und hauptsächliche Produktivkraft" hätte im Mittelpunkt des Interesses stehen müssen, kam er lediglich als Bestandteil der Veränderung der Produktionsverhältnisse in den Blick, in der Größe "Arbeitsproduktivität". Wenn sich die Produktionsverhältnisse veränderten, konnten Probleme für die soziale Integration letztlich nicht entstehen, weil die Auswirkungen solcher technischen Modernisierungsprozesse auf den Charakter der Gesellschaft und den Lebenssinn des einzelnen nur den "gesellschaftlichen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen" folgen konnten.

"Differenzierung" hatte insofern dann keinen anderen strukturellen und kulturellen Wandel zur Folge, als den des "gesetzmäßigen Fortschritts im Sozialismus". Sie bezog sich damit im Sinne funktionaler Arbeitsteilung lediglich auf die Ausfächerung der Berufsfelder und der Funktionen auf einer horizontalen Ebene. Unterschiede in der Sozialstruktur galten zwar als noch nicht ganz überwunden, aber nur graduell. Daß die gesellschaftliche Strukturierung eine vertikale Schichtung ergeben hätte, war dem Gleichheitsdogma entsprechend natürlich ausgeschlossen. Der Sammelbegriff "Werkstätige" suggerierte, daß alle Arbeitenden als sozial gleich lediglich zu unterscheiden seien hinsichtlich der Art ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit. Dafür galt "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung". Die sich daraus ergebenden tätigkeitsspezifischen Besonderheiten und Abstufungen zwischen den Hierarchieebenen würden zwar noch gewisse Ungleichheiten bewirken, das prinzipiell homogene Gesamtgefüge der sozialistischen Gesellschaft aber nicht in Frage stellen.

193

Die SED war zwar noch bereit zu konzedieren, daß eine "Reihe von Bedingungen zu einer größeren Mannigfaltigkeit von Bedürfnissen, Interessen und persönlichen Lebensstilen" geführt habe, band das "stärkere Bedürfnis nach Individualitätsentwicklung" aber gleich wieder an das Leistungsprinzip im Arbeitsprozeß und die dort "zunehmende gesellschaftliche Nachfrage nach Individualität" (H. Schliwa: "...je reicher sich die Individualität entfaltet", in: Einheit 7-89, 44. Jg. / 1989, S. 624-637).

Dahinter verbarg sich die Diskussion der Frage, ob ein gewisses Maß an sozialer Differenziertheit auf dem Weg zur Überwindung gesellschaftlicher Ungleichheit –tatsächlich wohl eher gesellschaftlicher Stagnation– nicht sogar Vorbedingung der "Produktivkraftentfaltung" sei. (vgl. O. Reinhold: Der Sozialismus als Leistungsgesellschaft, in: Einheit 8-89, S. 703f; M. Lötsch: Wissenschaftliche Intelligenz - Hochtechnologien - ökonomisches Wachstum, in: Einheit 4-88, 43. Jg. / 1988, S. 312-319; H. Schliwa: "... je reicher sich die Individualität entfaltet", a.a.O., S. 626f ;vgl. auch S. Meuschel, a.a.O., S. 242-252).

Das Interesse an der "Entfaltung und Nutzung" sozialistischer Individualität zur "zielstrebigem Erweiterung des individuellen Leistungsvermögens" (vgl. H. Schliwa: "... je reicher sich die Individualität entfaltet", a.a.O., S. 626f) ging allerdings nicht so weit, jenseits der parteidefinierten Zweckbestimmung auch andere Vorstellungen und konkrete Lebensbedürfnisse als Ausdruck individueller und gesellschaftlicher Vielfalt zuzulassen. "Wird Individualität losgelöst von der historisch und gesellschaftlich determinierten

Entwicklungsstand des wissenschaftlich-technischen Fortschritts festmachen, und das Bild der DDR als das eines modernen Staates beschreiben, in einer Reihe mit den führenden Industrienationen der Welt.¹⁹⁴

Deren evolutionärer Wandel deutet sich im Gegensatz zur Forderung der Partei nach ideologischer Geschlossenheit jedoch gerade im Aufbrechen des bis dahin für tragfähig gehaltenen Wertekonsens an. Geht man von den klassischen, allerdings aus der Entwicklung westlicher Industriegesellschaften abgeleiteten Modernisierungstheorien aus¹⁹⁵, mußte die Entwicklung der DDR zu einem in den

Persönlichkeitsentwicklung definiert, reduziert sie sich auf äußerliche, weniger belangvolle bzw. wenige Besonderheiten." (Ebda., S. 627).

Aus Sicht der SED zeigte sich von daher in allen nicht parteikonformen Verhaltensweisen und Interessen –gleich ob als Ausdruck des Bedürfnisses nach einem dem sozialen Wandel moderner Gesellschaften angepaßten Lebensstil, der Kritik an den Lebensumständen oder auch der Konsumorientierung– ein als Reflex mangelnden Klassenbewußtseins gestörtes Verhältnis zum gesellschaftlichen Fortschritt im Sozialismus. Wer sich nicht als "Revisionist" an den Pranger oder auf "äußerliche Besonderheiten oder gar gesellschaftsabgewandte Schrulligkeit" beschränkt (ebda.) ins gesellschaftliche Abseits stellen lassen wollte, konnte sich von daher den offiziellen Verhaltenserwartungen nicht entziehen.

194

Vgl. H. Koziolk, Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Einheit 6-89, 44. Jg./1989, S. 497.

Es war keineswegs das Bestreben der politisch Verantwortlichen, Reformansätze prinzipiell zu blockieren. Im Gegenteil, die achtziger Jahre waren geradezu geprägt vom Bemühen, "wissenschaftlich technische Revolution" und Sozialismuskonzept zur Deckung zu bringen. Ausgangspunkt war dabei jedoch nicht die Frage nach dem notwendigen Wandel im politischen System, sondern vielmehr die Erwartung, mit dem "technologischen Fortschritt" die wirtschaftlichen Probleme bewältigen zu können. Insofern stand die von Partei und DDR-Wissenschaft geführte Diskussion ganz im Banne der Begriffe "Schlüsseltechnologien - Mikroelektronik - Software" und lief im Kern darauf hinaus, die Einführung und technisch-organisatorische Umsetzung der neuen "Schlüsseltechnologien" forciert voranzubringen. Dazu wurden die Prioritäten mit den alten ideologischen Formeln in hergebrachter Weise neu gesetzt: Voraussetzung für die Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sei es, "Sozialismus als Leistungsgesellschaft" zu begreifen. Vor der Verteilung stehe die Leistung und für die neunziger Jahre sei eine beträchtliche Erhöhung der Leistungsfähigkeit in der Volkswirtschaft erforderlich (vgl. O. Reinhold: Der Sozialismus als Leistungsgesellschaft, in Einheit 8-89, 44. Jg. / 1989, S. 700).

Der Zielsetzung höherer Effizienz und Produktivitätssteigerung entsprach das technizistisch verkürzte Verständnis politisch-gesellschaftlich notwendiger Veränderungen. Die Aspekte sozialen Wandels, vor allem die veränderten Einstellungen und Interessen der Bevölkerung, kamen nur insoweit in den Blick, wie sie sich fördernd oder hemmend auf den technisch-ökonomischen Umgestaltungsprozeß auswirken konnten. Zwar wurden ideologische Anpassungen als angeblich seit jeher selbstverständliche Grundsätze sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verbal zugestanden, Dreh- und Angelpunkt aller Überlegungen blieb aber die Frage nach deren instrumentellem Wert bei der Realisierung der technologischen Modernisierungsvorhaben.

195

Das Problem des "Fortschritts im Sozialismus" lag –durch die deterministische Grundauffassung des dialektischen Materialismus bestimmt– nicht zuletzt in der Vorstellung, nicht nur die technologische Modernisierung vorausplanen und steuern zu können, sondern auch deren Folgewirkungen. Dem steht entgegen, daß Modernisierungsprozesse

politisch-ökonomischen und ideologischen Strukturen gleichgewichtig stabilen, modernen Staatswesen von daher schon vom ideologischen Ansatz her scheitern: der politisch determinierte "gesellschaftliche Fortschritt" lag in seiner Tendenz zur Gleichschaltung aller Lebensbereiche quer zu den nicht aufzuhaltenden Prozessen sozio-kulturellen Wandels. Die letztlich statische DDR-Gesellschaftsordnung ließ sich insofern prinzipiell nicht in Einklang bringen mit fortschreitender sozialer Differenzierung als Kennzeichen der Gesellschaftsentwicklung in den modernen Industriestaaten.

Die Versuche von Wissenschaft und Partei, den Widerspruch zwischen der egalisierenden Zielrichtung sozialistischer Gesellschaftspolitik und den Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen innerhalb der Gesellschaft dialektisch aufzulösen, scheiterten am Führungsanspruch der SED.¹⁹⁶ Positionen, die –auf der

in ihrer Komplexität nicht eindimensional zu erfassen sind. Angesichts der verschiedenen, sich gegenseitig beeinflussenden und unterschiedlich zu gewichtenden Faktoren sind weder hinsichtlich des technologischen Entwicklungspotentials noch in Bezug auf sozio-ökonomischen Wandel mehr als vage Vorhersagen zu Richtung und Ausmaß der Modernisierung möglich. Als Folge neu entstandener komplexer gesellschaftlicher Problemstellungen, häufig angestoßen durch innovative technische Entwicklungen, ergeben sich bis dahin nicht gekannte Handlungsmöglichkeiten. Indem zwischen ihnen entschieden werden muß, können die gesellschaftlichen Normen in ihrem Sinn fragwürdig werden, weil die ihnen zugrunde liegenden Werte nicht mehr allgemein akzeptiert sind. Das müßte ihren Wandel induzieren, so daß es nach einer Phase der Umorientierung, häufig auch der Orientierungskrise, zur Anpassung des überkommenen Wert- und Normensystems an die veränderte Situation käme. In dem Maße, wie es in der fortschreitend komplexeren Umwelt keine angemessenen Orientierungen mehr vermitteln kann, bilden sich pluralistische Wertemuster aus. Werden diese vom System aufgegriffen, können sie politischen Wandel nach sich ziehen. Werden sie dagegen ignoriert, so droht dem System mit der Erosion der zentralen Werte auch die allmähliche Zersetzung seiner Identität (Siehe dazu die kritisch vergleichende Studie zur Modernisierungsforschung von R. Hamann, *Revolution und Evolution*, Berlin 1981)

Ein Beispiel dafür wäre etwa, daß die fortschreitende Technologisierung ständig weiteren Wandel der Arbeitsstruktur bedeutet und damit zunehmende Komplexität auch in dem Sinne, daß die spezifische Rationalität der technologischen Entwicklung neue gesellschaftliche Probleme schafft. So hat die Technologiefolgen-Diskussion und die damit einhergehende Orientierungskrise der westlichen Industriestaaten, Stichwort "Risikogesellschaft", zu einer "Labilisierung" der gesellschaftlichen Orientierungen geführt (vgl. dazu U. Beck: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt 1986; siehe auch W. L. Bühl, *Evolution und Revolution*, München 1973; H.-U. Wehler (Hrsg.): *Modernisierungstheorie und Geschichte*, Göttingen 1975; K. H. Hörning, *Gesellschaftliche Entwicklung und soziale Schichtung*, München 1976; H. Klages u.a., *Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft. Zur Dynamik von Wertorientierungen und Ansprüchen*, Frankfurt-New York 1987; W. Zapf: *Theorien sozialen Wandels*, Köln/Berlin 1969.

¹⁹⁶

Vgl. dazu S. Meuschel, a.a.O., S. 241-256. Die Theorie-Debatte in der SED konnte sich vom Ansatz eines Wertewandels her nicht entwickeln. Zwar wurde stets betont, daß die sozialistische Gesellschaft nichts Statisches an sich habe, sondern sich in einem permanenten Reformprozeß entfalte. Andererseits war aber eben auch kein Zweifel darüber gelassen, daß solche Reformen den Führungsanspruch der SED und das Prinzip des "Demokratischen Zentralismus" nicht in Frage stellen konnten. Die zentralistisch-administrativen Strukturen hatten unangetastet zu bleiben. Folglich hatte sich "die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" in dem von der Parteiführung

Grundlage der Doktrin und deshalb in recht verschlüsselter Form– aus der sich bedingenden Entwicklung technisch-ökonomischer Modernisierung und sozialer Differenzierung die Notwendigkeit einer Demokratisierung des politischen und des Rechtssystems ableiten wollten, blieben isoliert, jedenfalls ohne sichtbaren Einfluß auf die "Linie" der Partei.

Angesichts der politischen Vorgaben lag es in der Logik der Debatte, zu einer ungeschminkt realistischen Sicht der Entwicklung gar nicht vordringen zu können. Die SED-Führung versuchte zwar bis zuletzt, die Realität ideologisch so zurechtzubiegen, daß sie ihrem Bild der "sozialistischen Wirklichkeit" entsprach. Damit wurde das eigentliche Problem aber nur verdeckt, mit der verordneten Einheitlichkeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht herstellen zu können.

Die Gesellschaftskonzeption der SED drückte dem Leben in der DDR zweifellos ihren Stempel auf. Dennoch war sie dysfunktional, weil sie mit dem Gleichheitsdogma nicht den Wandel in der DDR-Gesellschaft abbilden konnte. Sie hatte weder für das durch materielle Interessen und den Vergleich mit westlicher Lebensweise geprägte Verhalten der jüngeren Industriearbeiterschaft eine Orientierungsfunktion noch für die gut ausgebildete und ihrer Zeit gegenüber offenere Generation bis zu den mittleren Führungsebenen im Staatsapparat. Sie stand der pragmatisch professionellen Einstellung der technischen Elite im Wege und wurde selbst für manche derjenigen ein Problem, die als "Berufsideologen" in der Partei "wissenschaftlich" zu untermauern und zu formulieren hatten, was dann als Parteilinie zur "Wahrheit" erhoben wurde.

Die Entwicklung in der DDR wurde insofern durch den Widerspruch zwischen "Sein" und "Sollen" gekennzeichnet: mit dem veränderten Charakter der Arbeit, höherem Bildungsniveau und besserer beruflicher Qualifikation hatten sich auch die Ansprüche an das System verändert. In solchen Erwartungen kam ein Selbst- und Sozialismusverständnis zum Ausdruck, das zu individueller und materieller Entfaltungsfreiheit drängte. Gefordert waren neue oder doch zumindest veränderte Organisationsstrukturen, die die Pluralität der Gesellschaft widerspiegelt hätten. Das hätte weitreichende Konsequenzen zur Folge gehabt, allen voran die, das Koordinatensystem der sozialistischen Werte und Normen neu definieren zu müssen.

abgesteckten Rahmen der Ausgestaltung des DDR-Sozialismus in seiner überkommenen Form zu vollziehen. Denkansätze, die über die formalen Mitwirkungsstrukturen hinausgehende Optionen für gesellschaftlichen oder gar politischen Pluralismus erkennen ließen, strandeten am Einspruch der Parteioberen. Die Parteiführung sah den normativen Gehalt solcher Thesen –Öffnung zu individueller Pluralität, Stärkung der subjektiven Rechte, Demokratisierung der politischen Strukturen– längst verwirklicht. Als Etikett immer schon praktizierter sozialistischer Politik propagandistisch ins Gegenteil gewendet, ging es in den Ausführungen der Partielite ja auch unablässig nur darum, den Eindruck einer vorwärtsweisenden, immer im Fluß befindlichen Diskussion zur Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie zu erwecken. Tatsächlich konnte allerdings von einer im Zeichen der "wissenschaftlich-technologischen Revolution" neuen Konzeption für die sozialistische Gesellschaft von daher natürlich keine Rede sein.

2.2.3. Der Mangel an Leistungsmotivation als Folge verwehrter Selbstbestimmung

Nach marxistischer Lehre war die Rolle des Menschen als "Hauptproduktivkraft und Subjekt wissenschaftlich-technischen Schöpfertums" im Prozeß der "Reproduktion der Volkswirtschaft" zentraler Bezugspunkt für die "allseitige Entfaltung der Persönlichkeit".¹⁹⁷ Weniger verschlüsselt ausgedrückt galt das Interesse von Partei und Staat am einzelnen in erster Linie der "Entwicklung und Ausschöpfung" seines "Produktivkraftpotentials" im Arbeitsprozeß.¹⁹⁸ Die Arbeit "als wichtigste Sphäre des gesellschaftlichen Lebens"¹⁹⁹ definierte den Daseinszweck, die Partei wiederum die Zielvorgaben der Arbeit. Das Selbstlob der SED, "der Mensch und seine allseitige Entwicklung [stehe] im Mittelpunkt des Tuns und Handelns"²⁰⁰, traf durchaus zu in dem Sinne, daß die Durchsetzung der wirtschaftlichen Leistungsziele höchste Priorität hatte, und die Fragen der effektiven Nutzung und "sozialismusgemäßen Reproduktion" des Arbeitsvermögens in der Tat Dreh- und Angelpunkt der sozialistischen Gesellschaftspolitik waren.

Nach dem "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" in der DDR war der einzelne durch und in der Herrschaft der Arbeiterklasse mitverantwortlich, seinem eigenen Interesse gemäß zur Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und damit allgemein zur Stärkung des Sozialismus beizutragen. Das hieß, daß sich mit dem Recht auf Arbeit für ihn zugleich auch die Pflicht verband, dieses Recht "bewußt"²⁰¹ wahrzunehmen, sich folglich mit höchstem Leistungswillen für den Sozialismus als seiner Gesellschaftsordnung einzusetzen. Vom "sozialistischen Charakter der Arbeit" und den im Arbeitskollektiv angeblich praktizierten vielfältigen Formen demokratischer Mitarbeit und Mitgestaltung sollten die stärksten Impulse für das Bewußtsein der Übereinstimmung der individuellen Interessen mit den objektiven Erfordernissen der Gesellschaft ausgehen. Die

¹⁹⁷ Bericht der "Kommission zum Entwurf der Direktive des XI.Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990", Berichterstatter Genosse Günter Mittag, Vorsitzender der Kommission. Dietz Verlag Berlin 1986, S.18, Vgl. auch H. Opitz: Der Mensch in unserer Weltanschauung, in: Einheit 7-89, 44. Jg. / 1989, S. 611-617; R. Miller: Die arbeitenden Menschen - Herr ihrer Geschicke, in: Ebda., S. 618-623

¹⁹⁸ Bericht der "Kommission zum Entwurf der Direktive des XI.Parteitages der SED zum Fünfjahrplan...", a.a.O., S. 19

¹⁹⁹ Ebda., S. 18

²⁰⁰ Ebda., S. 14

²⁰¹ In marxistisch-leninistischer Terminologie meint "bewußt" –im Gegensatz zu den für die Menschen unbewußt, "spontan" und blind wirkenden gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen in der Klassengesellschaft– die Verinnerlichung der für die sozialistische Ideologie spezifischen und notwendigen Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten gesamtgesellschaftlicher Entwicklung als ethischer Grundlage des persönlichen Denkens, Verhaltens und Handelns.

Vgl. G. Klaus, M. Buhr: Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., S. 87, Stichwort "Bewußtheit".

Identifikation mit den Werten des Sozialismus und den Zielen der Partei sollte dann auf die anderen gesellschaftlichen Bereiche ausstrahlen und sich allgemein in der dieser Haltung entsprechenden "sozialistischen Lebensweise" niederschlagen.

Die darin deutliche Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus und das wiederum daraus gewachsene Wissen um die Identität von individuellen, kollektiven und gesellschaftlichen Interessen schloß vom ideologischen Selbstverständnis her rein individuelle Lebensansprüche schon per se aus. Im "Gegensatz zum Ideal der individualistischen Persönlichkeit" hatte sich "Sozialistische Individualität" als Ausdruck der sozialistischen Weltanschauung zu erweisen. "Untypische" Interessen wurden nur in begrenztem Maße toleriert²⁰² und auch nur, solange sie sich mit den offiziellen Verhaltenserwartungen in Deckung bringen ließen, also als "Triebkraft" wissenschaftlich-technischen Fortschritts von Nutzen waren.

In dieser rein instrumentalisierenden Sicht individueller Interessen wurde das Beziehungsverhältnis von Individualität und Sozialität in einer Weise interpretiert, die der Subjektqualität des Individuums kaum eigenständigen Wert beließ. Ohne daß das Spannungsverhältnis von Systemzwang und Selbstbestimmung auch nur sichtbar geworden wäre, reduzierte sich Individualität im Ideologieverständnis der Partei auf "die Ausbildung von Eigenschaften, Fähigkeiten, weltanschaulichen und moralischen Werten, die der einzelne für die Lösung der Aufgaben benötigt, die im derzeitigen Entwicklungsabschnitt unseres Landes [...] objektiv existieren und die in [...] der Gesellschaftsstrategie unserer Partei ihre handlungsorientierende Gestalt erhalten haben."²⁰³ Die Persönlichkeitsentfaltung des einzelnen kam nicht als Ausfluß selbstbestimmter Lebensweise in den Blick, sondern fand ihren Ausdruck in der "Entwicklung der Kollektivität im Denken und Handeln und der Herausbildung entsprechender weltanschaulicher und moralischer Wertorientierungen".²⁰⁴

Konkret gemeint war damit "die Stärkung des Leistungswillens, der Leistungsfähigkeit und der Vermehrung realer Leistungen der Kollektive und ihrer Mitglieder"²⁰⁵, eben die Nützlichkeitsfunktion des Individuums. Die Entwicklung seines Leistungsverhaltens hatte "Hand in Hand [zu] gehen mit der Nutzung bzw. Ausbildung ökonomischer, technologischer, arbeitsorganisatorischer, moralischer und kollektiver Zwänge zur Leistung."²⁰⁶ Die ideologische Absicherung solcher Form von Individualitätsentfaltung forderte zur "Realisierung der sozialistischen Werte als großer Triebkraft für die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit" die vorbehaltlose "Identifizierung mit der sozialistischen Realität".²⁰⁷

²⁰² Vgl. H. Schliwa: "... je reicher sich die Individualität entfaltet", a.a.O., S. 628

²⁰³ Ebda., S. 627

²⁰⁴ Ebda., S. 624

²⁰⁵ Ebda., S. 629

²⁰⁶ Ebda.

²⁰⁷ E. Hahn / R. Miller: Werte und Handeln, in: Einheit 3-88, 43. Jg. / 1988. S. 226

In dieser Identifikationsforderung –die sich natürlich nicht auf die Realität im DDR-Sozialismus, sondern auf die Sozialismuskonzeption der Partei bezog– spiegelte sich das Beziehungsverhältnis von "Basis und Überbau" wider. Das Ideologiemonopol der Partei ließ durch die prinzipielle Gleichsetzung von Sozialismus als "wissenschaftlicher Weltanschauung" und seiner Realisierung im Programm der SED schon vom Ansatz her keinen Meinungspluralismus zu. Aus Sicht der Partei war Pluralität in den unterschiedlichen Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens durchaus gegeben. Sie hatte aber unter dem Vorzeichen der Identität von individuellen und kollektiven Interessen mit der Sozialismuskonzeption der Partei zu stehen, setzte also die Anpassung an die herrschenden Normen und die bestehenden Strukturen voraus.

Da die geforderte "klare ideologische Haltung"²⁰⁸ Interessenkonflikte von vornherein ausschloß, konnten miteinander konkurrierende Zielvorstellungen nicht auftauchen. Vom Staatsverständnis her war es die Aufgabe des DDR-Bürgers, die Politik von Partei und Regierung bewußt zu unterstützen, um die "planmäßige Entwicklung des Sozialismus" zu gewährleisten. Er hatte folglich nicht die Wahl zwischen Alternativen, sondern die "Freiheit", sich "parteilich", also in Zustimmung zum Parteiprogramm zu äußern. Interessen, die nicht auf der Parteilinie lagen, blieben folglich ausgeblendet. Kritisch unabhängiges Denken war nicht gefragt. Nach den Regeln sozialistischer Kommunikation lief jede Erörterung von Problemen im Grundsatz auf die Bestätigung des offiziellen Standpunktes hinaus. Wer sich nicht der Disziplinierung aussetzen wollte, tat gut daran, sich an die parteioffizielle Lesart zu halten, auch wenn er anderer Ansicht war. Verstieß er dagegen, so traf ihn der Vorwurf, mit der Mißachtung der Parteidisziplin die Position des Sozialismus zu schwächen. Der politischen Ohnmacht der angeblich "herrschenden Klasse" insgesamt entsprach insofern die Entmündigung des einzelnen. Ihm war die Objekt-Rolle zugewiesen, nicht die des mündigen Bürgers, der politisch selbst urteilsfähig ist.

Als Maßstab sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen galten die "Erfordernisse des sozialistischen gesellschaftlichen Lebens, vor allem der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit"²⁰⁹. Demgemäß hatte der einzelne in der Hingabe an die berufliche Aufgabe, im Dienst für die sozialistische Gemeinschaft, in der Pflicht seine Bestimmung zu sehen. Das forderte dem "Prinzip des sozialistischen Kollektivismus" folgend die "freiwillige Einordnung in das Kollektiv... Disziplin im Interesse der gemeinsamen Sache...hohes Verantwortungs- und Pflichtgefühl... unermüdliche und allseitige Vervollkommnung der individuellen Fähigkeiten im Dienste der Allgemeinheit" usw.²¹⁰ - eine Werteskala, die den Älteren noch bekannt vorkommen mußte, sich jedenfalls in die obrigkeitsstaatliche Tradition deutscher Vergangenheit nahtlos einreichte.

²⁰⁸ Vgl. H. Schliwa: "... je reicher sich die Individualität entfaltet", a.a.O., S. 628

²⁰⁹ G. Klaus, M. Buhr: Philosophisches Wörterbuch, a.a.O., S. 288, Stichwort: "Kollektivismus, sozialistischer"

²¹⁰ Ebda.

Dem Verlangen besonders der Jüngeren nach Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung und einer nicht schon als Fessel vorgegebenen Definition des Lebenssinns war damit so gut wie kein Raum gegeben. "Selbstverwirklichung" im Sozialismus hieß "Persönlichkeitsbildung" unter der "Führung und Leitung durch die marxistisch-leninistische Partei, den sozialistischen Staat, die gesellschaftlichen Organisationen, die Kollektive der Arbeit"²¹¹, kurz, Fremdbestimmung. Als Ergebnis sollte sich vor allem "Ergebenheit den Interessen der Gesellschaft gegenüber"²¹² zeigen, anders ausgedrückt, Gehorsam und "Linientreue" gegenüber der Partei.

Dabei kam dem Kollektiv die Rolle zu, durch seine "Erziehung" für die "Harmonisierung der Persönlichkeit mit der Gemeinschaft"²¹³, also die Angleichung in der Gruppe zu sorgen. Ein Zuviel an Individualismus galt als egoistisch, zumindest als unerwünscht, und verstieß gegen das Gebot, sich als Gleicher unter Gleichen in das Kollektiv einzuordnen. Das Kollektiv als die "herrschende Form menschlichen Zusammenlebens"²¹⁴ verpflichtete auf das Einheitsmaß der Gruppennorm, eben auf "Gleichheit".

In dieser verordneten "Gleichheit" und dem Zwang, sich den Verhaltenserwartungen anpassen zu müssen, lag allerdings gerade der Keim subjektiver Unzufriedenheit.²¹⁵ Da der einzelne die ihm zustehenden Möglichkeiten ohnehin wahrnehmen konnte, darüber hinaus aber wenig Möglichkeiten sah, sich in Persönlichkeit und Lebensstil seiner Wahl entsprechend individuell zu entfalten, schwand das Interesse daran, sich im Beruf oder auch im politisch-gesellschaftlichen Bereich mehr als nötig einzubringen. Wenn auch ein gewisses Maß an solidarischer Anstrengung notwendig war, im Prinzip ging es mehr um die Demonstration von "Klassenbewußtsein" und seines Beitrags zum "sozialistischen Aufbau" als um das Ergebnis selbst.

Die Konsequenz des Bestrebens der SED, alle Lebensbereiche auf ein Normmaß zurechtzustutzen, zeigte sich nicht zuletzt in der Trägheit des ganzen Systems. Das stete Selbstlob sozialistischer Lebendigkeit konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Alltagstrott in der DDR einer gängigen Redensart folgend "seinen sozialistischen Gang" hatte, und der war alles andere als dynamisch.

Da vom zentralistischen Prinzip her Initiative allein "von oben" kommen konnte, im bürokratischen Planungswirrwarr also nur störte und sich kaum auszahlte, ging

²¹¹ Ebda., S. 416, Stichwort: "Persönlichkeit"

²¹² Ebda., S. 522, Stichwort: "Sozialismus und Kommunismus"

²¹³ Ebda., S. 288, Stichwort: "Kollektivismus, sozialistischer"

²¹⁴ Ebda., S. 287

²¹⁵ In einer zwischen September und November 1990 durchgeführten Untersuchung zum Demokratie- und Politikverständnis in der "alten" Bundesrepublik und der ehemaligen DDR ergab sich beim Item "Soziale Gleichheit" ein bemerkenswerter Unterschied zwischen West und Ost: Im Westen lag der Wert in der Hierarchie mit ca 53% an zweiter, im Osten mit 30% an erst an fünfter Stelle. Vgl. infas Deutschland-Politogramm 34/1990, in: U. Feist, Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11-12/1991, S. 25

Aktivität –wenn überhaupt– nur vom "Apparat" selbst aus. Seinem Druck von oben entsprach die Reaktion von unten, abzuwarten und sich verwalten zu lassen. Ob im passiven Gehorsam der Arbeiter oder im vorausseilenden der karrierebewußten Funktionärsschicht, man vollzog nur, was angeordnet war. Der bürokratischen Reglementierung und Bevormundung zu folgen und sich ansonsten der paternalistischen Fürsorge von Staat und Partei zu überlassen, war bequemer und obendrein noch empfehlenswerter als die Partei beim Wort zu nehmen und Initiative zu zeigen. Selbst in der Konkurrenz um Posten und Aufstieg war es der Karriere – schon das Wort war verpönt– förderlicher, die "Gesetzmäßigkeiten" sozialistischer Entwicklung oder die vorgegebenen Planziffern zu bestätigen als auf Widersprüche hinzuweisen.

Damit blieben nicht nur Mißstände und Fehler unbeachtet, es fehlte vor allem auch das auf der Suche nach Problemlösungen nun einmal notwendige innovativ-kritische Potential. Daß man sich in der SED des Problems sehr wohl bewußt war, zeigte sich in der besonderen Bedeutung des "Neuererwesens", der ständigen "sozialistischen Wettbewerbe", der Prämien und der steten Appelle an die "sozialistische Arbeitsmoral". In der Formel "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" sollte zum Ausdruck kommen, daß im Sozialismus das Leistungsprinzip gelte und "soziale Gleichheit" nichts mit "Gleichmacherei" zu tun habe. Eben darauf lief es in der Praxis aber hinaus und wurde von vielen als Mangel an sozialer Gerechtigkeit empfunden.

Der Grund zur Unzufriedenheit lag weniger in der Leistungsforderung –die "Belohnungen" kamen den Leistungswilligen ja zugute– als in der Art und Weise, wie man das "Leistungsprinzip" realisierte. Denn in der inflationären Tendenz, mit der die SED bei jeder Gelegenheit "verdiente" Genossen, Kollektive und vor allem sich selbst für alles und jedes mit Auszeichnungen, Orden und Ehrentiteln überschüttete, wurde die Anerkennung gleich wieder entwertet. Auch die routinemäßig übliche Prämienvergabe drückte gerade das Gegenteil dessen aus, was bei einer Verwirklichung des Leistungsprinzips dem Gerechtigkeitsempfinden entsprochen hätte: anstatt die besondere Leistung in deutlicher Abstufung und entsprechender Honorierung dann auch besonders hervorzuheben, trat wieder nur der Hang zur "Einheitlichkeit" hervor.

Daß die Partei auf leistungsstimulierende Anreize nicht verzichten konnte und wollte²¹⁶, ließ schon darauf schließen, daß es mit der angeblich "gefestigten sozialistischen Arbeitsdisziplin" wohl nicht weit her war. Das angeblich "massenhafte Bestreben der Werkätigen, unsere Potenzen, Möglichkeiten und Triebkräfte für einen Leistungsanstieg besser, vor allem wirkungsvoller zu nutzen"²¹⁷ war nur

²¹⁶ Vgl. zur Diskussion: G.-R. Radtke: Der Mensch in der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Einheit 9-88, 43. Jg. / 1988, S. 787-793; E. Böttger: Wie wirkt die Partei für Spitzenleistungen ? in: Einheit 10-88, 43. Jg. / 1988, S. 947-950; F. Adler: Zur stimulierenden Wirkung leistungsgerechter Entlohnung, in: Einheit 8-89, 44. Jg. / 1989, S. 719-724; G. Schulz: Eigentum und Eigentümer, in: Ebda., S. 730-735; K. Hetzke / W. Land: Anspruchsvolle Felder für den sozialistischen Wettbewerb, in: Einheit 3-87, 42. Jg. / 1987, S. 220-225

²¹⁷ O. Reinhold, Der Sozialismus als Leistungsgesellschaft", a.a.O. S.701

eine tönende Leerformel. Mit moralischen Appellen war das Knäuel der sich gegenseitig bedingenden Widersprüche von ideologisch geforderter Vereinheitlichung, bürokratischer Kommandowirtschaft, ökonomischer Perspektivlosigkeit und notwendiger Produktivkraftentwicklung nicht aufzulösen.

So wenig sich die richtige Gesinnung erzwingen ließ, so unrealistisch war es zu glauben, die Arbeitsleistung lasse sich durch Direktiven, Kontrolle und Sanktionen erhöhen. Gerade weil es mit der unablässig geforderten Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Endeffekt nur um die Steigerung der Arbeitsintensität ging, blieb den Beschäftigten gar nichts anderes übrig, als gegen diese Form der Ausbeutung von vornherein eine stille Leistungsreserve einzuplanen, "für alle Fälle". Das bedeutete im Klartext, daß dann eben auch nur in diesen Fällen –bei Extraprämien, "sozialistischen Wettbewerben", "Initiativen" etc.– mit "normalen" Normen gearbeitet wurde.

In den Betrieben ließ sich gegen diese stillschweigend praktizierte solidarische Abwehr "von oben" verfügbarer Normerhöhungen gar nichts ausrichten. Die Arbeiter hatten zwar nur begrenzte Möglichkeiten, auf organisatorische Entscheidungsprozesse Einfluß zu nehmen, saßen aber gegenüber der Unternehmensführung dennoch am längeren Hebel. Die befohlene Leistungssteigerung wurde durch häufigere Maschinenausfallzeiten, Krankmeldungen etc. schnell wieder ausgeglichen. Da Erwerbslosigkeit nicht zu befürchten war, ging von den gegebenen Sanktionsmöglichkeiten kein wirklicher Disziplinierungseffekt aus. Noch dazu wurden sie milde gehandhabt, schlimmstenfalls drohte die Umsetzung am Arbeitsplatz. Dementsprechend lax war denn auch die Arbeitsmoral.

Die Folgen waren überall im täglichen Leben sichtbar. Hinter der Fassade "höchsten Leistungswillens", "schöpferischer Initiative", "hohen Anspruchsniveaus", etc. ging es eher gelassen zu. Man hatte sein Auskommen, auch ohne sich allzusehr zu verausgaben, der Anschein von Aktivität reichte. Die Lobreden der Funktionäre²¹⁸ zur Überlegenheit der "Triebkräfte der sozialistischen Gesellschaft" gegenüber dem Profitstreben im Kapitalismus waren nichts als Reden, das wußte jeder. Und jeder in der DDR wußte auch, daß der sozialistische Arbeitsalltag keinen Vergleich mit dem der "Ausbeutergesellschaft" im Westen aushielt.

Im Wechselbad zwischen Lob und Tadel –dem steten Lob der sozialistischen Einsatzbereitschaft und dem drängenden Anmahnen höherer Arbeitsintensität²¹⁹– kam lediglich die Hilflosigkeit der Partei- und Staatsbürokratie zum Ausdruck, für das Problem der unzureichenden ökonomischen Leistungsfähigkeit ihrer Sozialismuskonzeption auch keine Lösung zur Hand zu haben. Das unablässige Beschwören "hoher Leistungsbereitschaft" und "massenhaft hoher Leistungen"²²⁰ glich darum dem Pfeifen im Wald. Wenn es der sozialistischen "Leistungs-

²¹⁸ Vgl. ebda., besonders in: Einheit 8-89, 44. Jg. / 1989; dem zunächst allgemeinen Lob schloß sich allerdings zumeist die mehr oder weniger verborgene Kritik an den eben nicht optimalen Verhaltensformen an, um dann Ratschläge für eine weitere Erhöhung der Arbeitsproduktivität bereitzuhalten.

²¹⁹ Ebda.

²²⁰ Ebda.

gesellschaft" an etwas fehlte, dann an Motivation, Engagement und einer deutlich verantwortungsbewußteren Einstellung gegenüber den beruflichen Pflichten. Die gedankenlose Vergeudung von Material war gang und gäbe, das "Abzweigen" in private Kanäle an der Tagesordnung, während der Arbeitszeit Behördengänge zu erledigen und einzukaufen, Gewohnheitsrecht und die oft mürrische Unfreundlichkeit in der Gastronomie und anderen Dienstleistungsbereichen geradezu sprichwörtlich. Das alles war kein Geheimnis, auch bei den Behörden nicht. Es stellte sich allerdings auch die Frage, warum man sich bei dieser Tendenz zum gewohnheitsmäßigen "Schlendrian" denn mehr als nötig anstrengen sollte, wenn in der Leistungsbewertung alles über einen Kamm geschoren wurde

Das von den Funktionären bei jeder Gelegenheit angebrachte ideologische Versatzstück, die Werktätigen müßten im eigenen Interesse besondere Verantwortung gegenüber "ihrem" sozialistischen Eigentum zeigen, verfiel erst recht nicht. So wie der "sozialistische Eigentümer" eine Fiktion war, war es auch eine anzunehmen, ausgerechnet diejenigen müßten ein Interesse am heruntergewirtschafteten Staatseigentum zeigen, die trotz des sturen Arbeitszwangs die Folgen der Wirtschaftsmisere auszubaden hatten. Das Gegenteil war der Fall. In seiner einflußlosen Funktion als Rädchen im Getriebe eines mit oder ohne eigenes Zutun an allen Enden "krachenden" Wirtschaftsmechanismus sah man sich nicht verantwortlich für die Fehler von "oben". Man hatte gelernt, sich unterzuordnen und nicht einzumischen in die Dinge, die einen nichts angingen. Wie schon gesagt, nicht "besser-wissen"²²¹ wurde belohnt, sondern Gehorsam gegenüber denen, die es –von der Partei dazu berufen– besser wissen mußten. Folglich verhielt man sich so wie die herumkommandierende Obrigkeit selbst: Verantwortung war zu befehlen, Befehle waren auszuführen, die Verantwortung für den Befehl trugen andere – der Sinn oder Unsinn des Resultates war letztlich gleichgültig.

Die Verpflichtung auf die alle Daseinsbereiche durchtränkende ideologische Sinngebung bewirkte letztlich gerade das Gegenteil dessen, was gewollt war: Indifferenz gegenüber der Ideologie als dem für die Lebensführung relevanten Wertsystem, Gleichgültigkeit den politisch-gesellschaftlichen Forderungen gegenüber und Passivität, wo an sich Leistungsmotivation und die Bereitschaft zur Mitarbeit zu erwarten gewesen wären.

221

Man vergleiche nach der Wende die abschätzige Bezeichnung "Besserwessi" für Westdeutsche, die sich kritisch zu DDR-Verhältnissen äußerten. Der Ausdruck mag in den Fällen ganz treffend gewesen sein, wo -sicherlich nicht selten- Westdeutsche glaubten, die "Ossis" wie die Karikaturen ihrer eigenen ostfriesischen Landsleute sehen und in Oberlehrermanier belehren zu müssen. Die Bezeichnung "Besserwessi" sagt allerdings auch etwas über die Mentalität mancher Ostdeutscher selbst aus: man reagiert auf "Einmischung von außen" besonders dünnhäutig und in seiner "Identität" betroffen, weil solche "Einmischung" genau das Gegenteil der Einstellung darstellt, die als kritikloser Gehorsam bislang als Tugend galt und nun plötzlich zum Vorwurf werden soll.

2.3. Die "Entfremdung" von "Volk" und Regierung als Konfliktursache

2.3.1. Konformitätszwang und totalitäre Kontrolle der Gesellschaft

Laut Artikel 21 DDR-Verfassung war jedem DDR-Bürger das "Grundrecht" der Mitgestaltung und Mitbestimmung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens garantiert. Die Form der Mitwirkung blieb offen, war jedenfalls keineswegs nur auf die Mitarbeit in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und dergleichen beschränkt. In Verbindung mit Art. 29 DDR-Verfassung, dem Recht auf Vereinigung, ergab sich daraus, daß dieses Mitwirkungsrecht auch in Gemeinschaften, Bürgerkomitees u.ä. wahrgenommen werden konnte. Im Prinzip hätten sich Interessen in politischen Gruppen organisieren können, um über Mandate auf kommunaler Ebene in den Gemeindevertretungen und Stadtbezirksversammlungen, im Kreis- und Bezirkstag oder schließlich auf höchster Ebene in der Volkskammer die staatliche Willensbildung zu beeinflussen. Das klang nicht schlecht. Die Institution der "Volksvertretung" vermittelte den Eindruck einer zumindest möglichen Öffentlichkeit, die nicht nur vermittelnd zwischen Staat und Individuum treten konnte, sondern auch –theoretisch– eine kritische Distanz zwischen Gesellschaft und Staat zugelassen hätte.

Dazu fehlten in der Praxis allerdings alle Voraussetzungen. Schon vom ideologischen Ansatz her wäre es undenkbar gewesen, daß die dem bürgerlichen Liberalismus entstammende politische Kategorie "Öffentlichkeit" ausgerechnet vom sozialistischen Staat adaptiert worden wäre. Abgesehen davon, daß die Herstellung und politische Einflußnahme von "Öffentlichkeit" –als kritischer und die Staatstätigkeit kontrollierender Instanz– aus anderen Gründen auch in den westlichen Demokratien keineswegs immer gelingt, schloß der auf der sozialistischen Gesellschaft lastende Integrationsdruck das Entstehen von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung de facto aus.

Da die geforderte ideologische Einheit und Geschlossenheit auf die Linie der SED verpflichtete, war eine unabhängige individuelle oder öffentliche Meinung nicht geduldet. Andere Interessen als die der Partei konnten sich nicht artikulieren, eine öffentliche Diskussion im Sinne kritischer Auseinandersetzung mit dem Partei- und Staatshandeln –notwendige Voraussetzung informierter, politisch bewußter "Öffentlichkeit"– gab es nicht. Die parteikonforme Ausrichtung der Medien und die fortwährende Propaganda sorgten für ideologisch "objektive Informationen", die Zensur und die in den Medien veröffentlichte Meinung für ein positives Stimmungsbild und die Spitzel der Partei und Staatssicherheit dafür, daß oppositionelle Stimmen in der Bevölkerung keinen Einfluß bekommen konnten.

Um schon vorbeugend zu verhindern, daß sich bei den –offiziell ja gewünschten– "ideenreichen Bürgeraktivitäten" kritische Strömungen entwickelten, mußte die "wachsende Zahl territorialer Arbeitsgruppen und Gemeinschaften" zunächst einmal die Hürde der "verfassungsgemäßen" Mitwirkung nehmen. Das bedeutete, in Bindung an Art.1 der DDR-Verfassung den politisch-gesellschaftlichen Führungsanspruch der SED anzuerkennen und auf "der Basis ausdrücklich festgestellter übereinstimmender Interessen" mit den jeweiligen staatlichen Organen

zusammenzuarbeiten.²²² Damit war allen oppositionellen Bewegungen die Existenzberechtigung entzogen und der politischen Betätigung von ideologisch unabhängigen oder gar der Parteilinie gegenüber kritischen Gruppierungen ein Riegel vorgeschoben.

Die dem Modell von "Öffentlichkeit" zugrunde liegende Kontrollfunktion stellte sich in der sozialistischen Version als "wirksamste Form der Bekämpfung bürokratischer Erscheinungen in der Arbeit der staatlichen Verwaltungsorgane"²²³ dar – die "Volksvertretung" als der verlängerte Arm der Partei zur Kontrolle der unteren Ebenen des Staatsapparates. Die eigentliche Staatstätigkeit, die Umsetzung der "Gesellschaftsstrategie der SED" in Politik, blieb als Thema tabu. Weil sich die SED in ihrem Handeln vom "gesellschaftlichen Interesse" als Ausdruck der "historisch-wissenschaftlichen Wahrheit" leiten ließ, konnte die "Richtigkeit" der Parteilinie aus ideologischer Sicht überhaupt keine Frage sein. Da im Verhältnis des sozialistischen Staates zu seinen Bürgern weder die Interessen und Bedürfnisse des Individuums noch der Legitimationsbedarf staatlichen Handelns normativer Ausgangspunkt waren, ging es nicht um die Kontrolle der politischen und gesellschaftlichen Prozesse durch eine gar nicht legitimierte "Öffentlichkeit", sondern lediglich darum, "das Vertrauensverhältnis von Staat und Bürger weiter zu festigen."²²⁴

Die Ideologisierung und Politisierung aller Lebensbereiche führte zu einer Schein-öffentlichkeit, bei der sich die Bezugspunkte für die Definition der Rolle von "Öffentlichkeit" und "öffentlicher Meinung" geradewegs ins Gegenteil verkehrt hatten: Öffentlichkeit nicht als Prinzip der Interessenartikulation und Herrschaftskontrolle, sondern umgekehrt als Herrschaftsinstrument, als Mittel zur steten Kontrolle der Gesellschaft durch den Staat. Anstatt, daß die Staatsgeschäfte öffentlich gemacht worden wären, wurde die sozialistische Gesellschaft einer totalen, alle Lebensbereiche erfassenden Öffentlichkeit unterworfen.

Um das Aufkommen einer politischen Öffentlichkeit schon im Vorfeld zu verhindern, wurde der Hebel dort angesetzt, wo die Wirkung von Propaganda und Indoktrination nicht mehr zu kontrollieren war, im informell-kommunikativen Bereich im Arbeitsleben, in der Schule, im Freizeitbereich, selbst bei der "Hausgemeinschaft". Die "Erziehung" im Kollektiv sollte den Forderungen nach der sozialistischen Persönlichkeit, sozialistischen Lebensweise etc. Nachdruck verschaffen. Mit der öffentlichen Demonstration einer parteikonformen Einstellung war es nicht getan, man hatte sich permanent in der Öffentlichkeit des Kollektivs auf die Gesinnung hin überprüfen zu lassen. Die Berichte der allgegenwärtigen Spitzel sorgten dafür, daß der "Apparat" unterrichtet war. Während über dessen Manie, alles "geheim" zu stempeln, die absurdesten Witze kursierten, wurde in staatlichem Auftrag bzw. in dem der Partei selbst noch in der Intimsphäre der Bürger nach "Geheimnissen" gefahndet.

²²² Einheit 8-88, 43. Jg. / 1989; S. 686

²²³ Ebda., S. 687

²²⁴ Ebda.

Die von vielen durchaus als positiv empfundene Einbindung in das Kollektiv verfolgte nicht nur und wohl nicht einmal in erster Linie den Zweck, frühzeitig oppositionelle Regungen erkennen zu. Wenn mit dem letzten Rest individuellen Seins auch die private Sphäre kollektiviert gewesen wäre, hätte sich der einzelne gegen die Forderungen des Systems nicht mehr immunisieren können, er wäre im Kollektiv aufgegangen. Damit hätte die für eine kritische Meinungsbildung und für jede Form politischer Öffentlichkeit notwendige Distanz zwischen Individuum und Staat gefehlt. Der einzelne hätte in der Gesellschaft tatsächlich nur noch als "Masse" in Erscheinung treten können. Die Gesellschaft hätte sich umgekehrt als "atomisierte" Masse der Individuen dargestellt – wäre es schon soweit gewesen, hätte es in der DDR nicht mehr zur Wende kommen können.

So rigoros die SED-Führung eine kritische, informierte öffentliche Meinungsbildung auch zu verhindern versuchte, die Stimmungen und Meinungen in der Bevölkerung interessierten sie verständlicherweise doch. Zustimmung ließ sich als Legitimitätsbeweis propagandistisch ausschachten, bei kritischen Einstellungen konnte gegengesteuert werden.²²⁵ Die in der Regel geheimen Meinungsbilder der staatlichen Umfragen und des "Berichtswesens" spiegelten allerdings nicht eine sachlich fundierte öffentliche Meinung – schon deshalb nicht, weil es überhaupt keine "Öffentlichkeit" gab, in der sich in freier Diskussion Meinungsbildungsprozesse hätten entwickeln können. Sie mochten in manchen Fällen Einstellungen in der Bevölkerung erfassen, in anderen eben nur belanglose Meinungen und in vielen Fällen nur flüchtige Stimmungen. Den so ermittelten Reaktionen war immerhin zu entnehmen, daß für die Meinungsbildung die offizielle Beeinflussung über die DDR-Medien und Propaganda und Agitation keineswegs ausschlaggebend waren. Viel entscheidender wurde das mehr und mehr Bewußtwerden der Diskrepanz zwischen der Propaganda und dem politischen Handeln der SED-Führung.

Mit dem reformfeindlichen Kurs der SED schwand nicht nur Honeckers Popularität, sondern auch das Vertrauen in die Führungskompetenz der in den Augen vieler vergreisten Parteispitze im Politbüro. Selbst in der SED war man nicht mehr überzeugt davon, daß die Führung über die gesellschaftliche Situation und über die Stimmung in der Bevölkerung überhaupt noch richtig informiert war. Honeckers Führungsstil ließ den Eindruck entstehen, daß das Politbüro nicht bloß in seinem Ghetto in Wandlitz in einer autistischen Welt lebte. Abgeschirmt gegenüber der Außenwelt, ohne Bezug zu den realen Alltagsproblemen in der DDR, ohne wirklichen Kontakt zur Bevölkerung und durch den vorausseilenden Gehorsam des Apparates mehr bestätigt als kritisch beraten, gab es zwangsläufig eine bestenfalls noch oberflächliche Wechselwirkung zwischen "innen" und "außen", zwischen der Parteiführung und den von ihr geführten Massen, die eigene Parteibasis eingeschlossen.

²²⁵ Entsprechende Informationen und Analysen wurden vor allem durch das Berichtssystem der Partei, der Staatssicherheit und des Ministeriums des Innern, zum Teil aber auch durch das "Institut für Meinungsforschung" geliefert.

Die Isolation war gewollt. In der offenen Ignoranz, mit der die SED-Führung die Diskrepanz zwischen ihren Sozialismusvorstellungen und denen in der Bevölkerung einfach übergang, kam offen die Distanz zwischen "Überbau" und "Basis" zum Ausdruck. Der voluntaristischen Handlungsfreiheit der Führung entsprach die ideologisch verordnete Passivität der "Massen". Ob die Politik den Erwartungen in der Gesellschaft gerecht wurde, blieb aus ideologischer Sicht bedeutungslos. Das im Vergleich zum politischen Sachverstand und theoretischen Wissen der Partei hinterherhinkende Massenbewußtsein konnte nicht Maßstab gesellschaftlichen Fortschritts im Sinne der historischen Zielsetzung sein. Die SED stand für Sozialismus, ihre "Gesellschaftsstrategie" für das Wohl des Volkes, das "Volk" selbst hatte zu parieren.²²⁶ Für Honecker gab es nie Zweifel, mit seiner Sozialismusauffassung "historisch" gesehen im Recht zu sein, und insofern auch keinerlei Veranlassung, die Verantwortung für Fehler bei sich selbst bzw. im System zu suchen.²²⁷ Die Schwachstelle lag im mangelnden sozialistischen Bewußtsein der Massen. Gemäß der These, daß die Massen erzogen und diszipliniert werden müssen, war folglich die propagandistische und erzieherische Parteiarbeit zu verstärken. Das Volk hatte sich zu ändern, nicht seine politischen Repräsentanten.

Das "Argument" mancher früherer SED-Funktionäre, die Partei habe über ihre Gliederungen und die Massenorganisationen durchaus "die Hand am Puls des Volkes" gehabt, traf natürlich zu, allerdings in anderem Sinne als dem gemeinten. Dadurch, daß sie als Staatspartei prinzipiell alle gesellschaftlichen Organisationen kontrollierte, lag deren und der Parteigliederungen Aufgabe zunächst einmal darin, in der Agitation und in der Umsetzung der Beschlüsse "von oben" ihre Funktion als "Transmissionsriemen" der Partei wahrzunehmen. Daraus ergab sich in umgekehrter Richtung die Verpflichtung, über die Lage an der Basis "nach oben" zu berichten und insofern Anregungen und auch Kritik weiterzuleiten.

Abgesehen davon, daß gerade berechtigte Beschwerden häufig genug keinerlei Aussicht auf Erfolg hatten und schon auf mittlerer Ebene versandeten, standen diese Lageberichte jedoch nicht für ein Prinzip selbstkritischer Wirkungskontrolle auf den Entscheidungsebenen in Partei und Staat, sondern unter denunziatorischem Vorzeichen. Zum einen gab die Berichts- und Informationspflicht Hinweise auf die "Verwirklichung des Klassenauftrags", trug also als verdeckte Kontrolle zur Überwachung der unteren Ebenen des Staatsapparates bei. Zum anderen diente sie als Mittel politisch-ideologischer Disziplinierung der Identifizierung politisch unzuverlässiger Kantonisten in den eigenen Reihen. In der sich stets neu verschärfenden Klassenauseinandersetzung galt es die überall gewitterten subversiven und "feindlich-negativen" Kräfte, aber auch "unsozialistisches" und vor allem eigenmächtiges Verhalten aufzuspüren. "Nörgler", "Abweichler" und oppositionelle Regungen an der Basis mußten ins Visier kommen, bevor sie ideologisch nicht ganz gefestigte Genossen in ihrem sozialistischen Klassenstandpunkt verunsichern konnten.

²²⁶ Vgl. G. Schabowski, Das Politbüro, a.a.O., S. 157

²²⁷ Ebda.

Manche Probleme ließen sich insofern zwar ansprechen, aber nicht als das Ergebnis falscher Parteipolitik thematisieren. Die als Parteilichkeit geforderte affirmative Grundhaltung blendete jede partei-, also selbstkritische Sicht von vornherein aus. "Kritik" hatte in der Abwehr von Kritik lediglich der Rechtfertigung des Standpunktes der Partei zu dienen. Kritische Anmerkungen waren nur im Rahmen einer vorbehaltlosen Anerkennung der Parteilinie statthaft, die Parteikontrolleure oder -spitzel hörten mit. Dementsprechend verliefen sich "Diskussionen" meist in endlosen Monologen, die in immer neuen Wendungen zu beschwören versuchten, was sich in der "konsequenten Durchführung des Klassenstandpunktes" als "wissenschaftliche Wahrheit" nicht infrage stellen ließ. Eben darin lag ja die Anleitung und "parteierzieherische Arbeit". So bestätigte die "offene Parteinahme für die Interessen der Arbeiterklasse" wie erwartet und immer aufs neue die Überlegenheit der sozialistischen Ideologie, die prinzipielle Harmonie in den Beziehungen der sozialistischen Gesellschaft und die "Einheit von Volk und Partei".

Daß sich "das Volk" allerdings weniger im Determinismus der Ideologie als in der Zwangsjacke des Systems gefangen sah, war natürlich auch dem Politbüro bewußt. Sein Bild der harmonischen "Einheit von Volk und Partei" hatte seit jeher Risse. Der 17. Juni 1953 war kein "Betriebsunfall" und die DDR-Grenze blieb Zeit ihrer Existenz sichtbarer Ausdruck der legitimatorischen Dauerkrise des Systems. Die Verharmlosung seines repressiven Charakters mit dem Argument, der Sozialismus hätte sich als die "moralisch bessere Gesellschaft gegen den materiell überlegenen Gegner nur durchsetzen [können], indem er sich und die Menschen abschirmte"²²⁸, lieferte ungewollt den Beweis dafür, daß der Staatsbankrott des SED-Sozialismus nicht bloß ökonomischer Art war.

Wie hoch die Ansprüche der Gralshüter sozialistischer Moral in den obersten Rängen der Partei an sich selbst waren, zeigte sich in der "hohen Verantwortung", aus der heraus –ideologisch konsequent– die Überwachungs-, Unterdrückungs- und Verfolgungs-"Arbeit" des MfS gebilligt wurde. Die mit beiseitspielerischer krimineller Energie betriebene inquisitorische Suche nach "feindlich-negativen Kräften" im eigenen Lager diente in der Tat der Abschirmung des SED-Sozialismus. Nur sollte er nicht vor dem "materiell überlegenen Gegner" geschützt werden, sondern vor der Kritik derer, die sich unter der "moralisch besseren Gesellschaft" etwas anderes vorstellten als die realsozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR.

Mochte die äußere Abgrenzung noch zu verstehen gewesen sein, die innere zog eine unsichtbare Trennungslinie zwischen den auch im Verständnis der Bevölkerung "Herrschenden" und dem ihnen unterworfenen "Volk". Nicht zufällig richtete sich in der Wende der Zorn der Bevölkerung auf das "System" zunächst einmal als Haß gegen die "STASI". Ihre Funktion als "Schild und Schwert der Partei" machte sie zum Synonym für Verfolgung und Einschüchterung, in ihr trat der Zwangs- und Unterdrückungscharakter des SED-Staates offen zutage.

²²⁸

Ebda., S. 167

Die nach sowjetischem Muster operierende Staatssicherheit stand im doppelten Sinne für das System. In den Augen der Bevölkerung war sie der Inbegriff des Zwangs zum Konformismus und der daraus resultierenden staatlichen "Schnüffelpraxis", in den Augen der Parteiführung das Instrument zur Durchsetzung und Sicherung ihrer Macht. Beides lief auf das gleiche hinaus, mit der Folge, daß "die oben" und "unten" eine Wand aus Mißtrauen trennte.

Der Angst und zugleich Abscheu vor der ""STASI"" entsprach deren Stolz auf ihren Nimbus, allgegenwärtig und über alles informiert zu sein. ""STASI""-Chef Mielkes Versprechen, die Feinde des Sozialismus und der Partei nach "tschekistischem" Vorbild unerbittlich aufzuspüren und zu vernichten, war durchaus wörtlich zu nehmen. Nicht von ungefähr standen Dzierzynski und seine Tscheka Pate für die Staatssicherheit – beide Namen stehen für polizeistaatlichen Terror und barbarische Greuel. Aus dem Blickwinkel des Systems sprach aus ihren "sozialistischen Heldentaten" absolute Loyalität im Dienste der Sache. Darauf kam es an.

Trotz aller krimineller Machenschaften, die ""STASI"" war nicht die Tscheka und ihr Chef Mielke kein Dzierzynski. Die MfS-Mitarbeiter unterschieden sich im Prinzip nicht von den Bürokraten an anderen Stellen des Apparates. Was sie vom "Fußvolk" der Staatsangestellten abhob, war ihre Stellung im System. Die Staatssicherheit garantierte die staatliche Autorität und "Ordnung", jedenfalls meinte sie bis zur Wende, diese Garantie geben zu können. Die unverbrüchliche Treue zur Partei, der bedingungslose Gehorsam, eiserne Parteidisziplin und die "tschekistische" Überzeugung, in der "verschärften Klassenauseinandersetzung" an vorderster Front auf "Kampfposten" zu stehen²²⁹, formten ihren militärischen Korpsgeist. "Verrat" bedeutete Tod.²³⁰ Man wußte, wofür man stand, insofern auch wogegen.

Bei der auf "Hochtouren laufenden Kampagnen zur ideologischen Beeinflussung der Bürger in den sozialistischen Ländern" gehe es den Kräften der "ideologischen Diversion" darum, "den Sozialismus in Richtung kapitalistischer Verhältnisse 'menschlicher', 'demokratischer' und 'liberaler' zu machen. Das heißt im Klartext, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung zu unterwandern und zu zersetzen mit dem Ziel, sie zu beseitigen...Vor allem unter der Flagge des Kampfes für 'Menschenrechte und freiheitliche Selbstbestimmung' sollen in den

²²⁹ Vgl. E. Mielke in einem Vortrag an der Parteihochschule der SED: "Zuverlässige Gewährleistung der staatlichen Sicherheit". Zit. bei K.W. Fricke, MfS intern. ..., a. a. O., S. 142

²³⁰ Bekannt ist die Hinrichtung von 3 Offizieren (Rebenstock, 1953; Trebeljahr, 1979; Teske, 1981) des MfS und einem Offizier der Grenztruppen (Smolka, 1960). Mielkes Einstellung dazu auf einer Kollegiumssitzung des MfS am 19.2.1981: "Wir sind nicht davor gefeit, daß wir mal einen Schuft unter uns haben. Wenn ich das schon jetzt wüßte,, würde er ab morgen nicht mehr leben. Kurzen Prozeß! Weil ich Humanist bin, deshalb habe ich solche Auffassung.....Das ganze Geschwafel, von wegen nicht hinrichten und nicht Todesurteil – alles Käse, Genossen. Hinrichten, wenn notwendig auch ohne Gerichtsurteil." Zit. bei K. W. Fricke, MfS intern..., a.a.O., S. 64

sozialistischen Staaten pluralistische Entwicklungen im Sinne der bürgerlichen Demokratie hervorgerufen werden."²³¹

Damit kam jede nicht parteikonforme Strömung in der Gesellschaft ins Visier des MfS. Verdacht war schon gegeben beim "Abweichen vom gesellschaftsgemäßen Verhalten bzw. von allgemein üblichen gesellschaftlichen oder individuellen Verhaltensweisen oder Gewohnheiten"²³².

Die "flächendeckende" Bespitzelung der eigenen Bürger, die dann in der Bevölkerung mit der Angst vor Denunziation zum allgegenwärtigen Mißtrauen unter- und voreinander führte, machte deutlich, wie die immer beschworene "Einheit von Volk und Partei" von der Parteiführung selbst eingeschätzt wurde. Die Staatssicherheit war ihr Instrument und als Apparat keineswegs aus dem Ruder gelaufen.²³³ Was das MfS tat, tat es im Auftrag der Parteiführung, jedenfalls nicht ohne deren Wissen oder gegen deren Willen. Wenn Honeckers Nachfolger Krenz in der Wende die Staatssicherheit als "Staat im Staate" darzustellen versuchte²³⁴, so nur deshalb, weil die aufgedeckten "STASI"-Praktiken die ganze Parteispitze in Mißkredit zu bringen drohten. Es wäre sichtbar geworden, daß zwar nur Mielke und Honecker über die jeweiligen Aktionen der Staatssicherheit unterrichtet waren, aber natürlich allen Mitgliedern des Politbüros bewußt war, worin die "Besonderheit der Mitwirkung an der staatlichen Arbeit"²³⁵ bestand.

Mit der Staatssicherheit als wichtigster Stütze des Regimes wurde den Menschen in der DDR vor Augen geführt, was sonst ideologisch vernebelt und deshalb nur schwer zu durchschauen war: die "STASI" war Instrument des Staates, der Staat Ausdruck der sozialistischen Ordnung und "Hauptinstrument" der Partei, der Wille der Partei nach dem zentralistischen Prinzip dem Diktat ihrer Führung untergeordnet. Die "Einheit von Volk und Partei" war demgemäß eine Forderung und nicht etwa ein Akzeptanzproblem.

In dem Augenblick, wo es in der Wende eines wurde, ließ Honecker denn auch keine Zweifel, daß mit ihm über Kritik nicht diskutiert wird. Anstatt sich dem Protest zu stellen, verschanzte sich das Politbüro zunächst einmal hinter der vermeintlich sicheren Bastion des MfS. Wenn es auf den SED-Staat bezogen noch eines Beweises bedurfte, daß sich –so Lenin– die Existenz des Staates aus seiner Funktion als "Organisation der Gewalt zur Unterdrückung einer Klasse"²³⁶ herleite, dann lieferte die Parteiführung mit ihrem Staatssicherheitsapparat die Bestätigung.

²³¹ vgl. E. Mielke in einem Vortrag an der Parteihochschule der SED: "Zuverlässige Gewährleistung der staatlichen Sicherheit". Zit. bei K.W. Fricke, MfS intern..., a.a.O., S. 142

²³² MfS-Richtlinie Nr. 1/76: "Die Bearbeitung Operativer Vorgänge". Zit. bei K.W. Fricke, MfS intern..., a.a.O., S. 111

²³³ Vgl. K.W. Fricke, MfS intern..., a.a.O., S. 12

²³⁴ Ebda.

²³⁵ Gemeint ist in diesem Zusammenhang die Tätigkeit der Hauptabteilung XX.

²³⁶ Lenin, Werke, Bd. 25, S. 415

Der furchteinflößende Mythos der ""STASI"", außerhalb des rechtlichen Rahmens jederzeit in das Leben eines jeden mit verheerenden Folgen eingreifen zu können, blieb nicht ohne disziplinierende Wirkung. Weil sich das Auseinanderfallen von individuellen Interessen und aufgezwungenem "gesellschaftlichen Interesse" nicht thematisieren ließ, hielt man den Mund und beschäftigte sich mit den Alltagsproblemen. Wollte man nicht die Existenz aufs Spiel setzen, blieb nur der Weg, "zu tun als ob", sich unauffällig zu verhalten und der offiziellen Sprachregelung zu unterwerfen. Die Zensur beschnitt insofern nicht nur das freie Wort, sie prägte vor allem auch die Denkgewohnheiten. Man lebte in zwei Welten, sprach nicht offen aus, was man dachte, mißtraute dem Gesagten und las "zwischen den Zeilen", was man für die Wahrheit hielt.

Das von der SED-Führung aus gutem Grund nicht weiter beachtete, tatsächlich aber zentrale Problem lag darin, daß es eine im Sinne eines "fairly general support" wohlwollende öffentliche Meinung nicht mehr gab. In der konkreten Sozialismuskonzeption der SED spiegelten sich nicht die Erwartungen und Wünsche der Mehrheit und in den propagierten Glaubenswahrheiten der Partei nicht die Orientierungen der Menschen in der DDR. Damit ist zwar noch nichts darüber ausgesagt, bei welchen Gruppen in der Bevölkerung partielle Identifikationen bestanden, ob sich der Unmut lediglich gegen die Politik der Parteispitze oder gegen das System der Parteiherrschaft insgesamt richtete oder ob die Unzufriedenheit als generelle Absage an Sozialismus in jeder Form zu werten war. Die Fragen ließen sich auch gar nicht beantworten, solange nicht die Gesellschaft selbst erst einmal politisch aktiv werden konnte. Als sie das in der Wende wurde, zeigte sich, daß die Forderung nach politischer Identifikation trotz sozialistischer Erziehung, Konformitätszwang und politischem Druck ins Leere gelaufen war. Nicht die Ideologie des "politisch-moralisch geeinten Volks", sondern der Zwang der Verhältnisse einte die Menschen und gab der gesellschaftlichen Wirklichkeit ihren DDR-spezifisch sozialistischen Anstrich.

2.3.2. Frustration, Apathie und Protest

Mochten sich mit der Ära Honecker anfangs noch Hoffnungen auf wirtschaftlichen Aufschwung und politische Reformen verbunden haben, mit der realsozialistischen Wirklichkeit der achtziger Jahre folgte die Ernüchterung. Obwohl es dem DDR-Bürger relativ gesehen besser denn je ging, war die Stimmung in der Bevölkerung eher pessimistisch und verdrossen, insgesamt frustriert. Man sah sich in den Hoffnungen auf den verheißenen Fortschritt im Sozialismus enttäuscht und war es leid, sich die offenkundig nur mäßige Leistungsfähigkeit des Systems von der SED auch noch als Erfolg schönreden zu lassen. Die vollmundige Parteipropaganda mit ihrer Präsentation immer neuer Erfolgsmeldungen stand in krassem Gegensatz zum nach wie vor dürftigen Fortschritt im sozialistischen Alltag. Da sich die sozialistische Wirklichkeit im Westfernsehen im allgemeinen Vergleich der Lebensstile auf ihren Anspruch hin überprüfen ließ, wurden die offiziellen Interpretationsmuster brüchig. Statt der versprochenen gesetzmäßigen Überlegenheit des Sozialismus hatte sich der permanente Entwicklungsrückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik als tatsächliche Gesetzmäßigkeit herausgestellt. Bei der Aussicht, sich unter den Bedingungen dieses Sozialismus noch auf unabsehbare Zeit weiter "durchwursteln" zu müssen, stellte sich die Frage nach dem Sinn der ganzen Anstrengung.

Die zunehmende Frustration und Apathie in der Bevölkerung ließen sich als Reflex dieses Empfindens von Sinnlosigkeit sehen. Im Blick darauf, daß Legitimität keine konstante Größe ist, sondern je nach politischer Argumentation und abhängig von der Glaubwürdigkeit der Regierenden schwanken kann, hätte es allerdings trotz aller Legitimitätsdefizite wohl dennoch nicht gleich zu einer Krise des ganzen Systems kommen müssen. Vermutlich wären vielen DDR-Bürgern ihre Lebensumstände in günstigerem Lichte erschienen, wenn die SED ein erfolgversprechendes Reformprogramm hätte in Aussicht stellen können.

Ein solches Versprechen auf die Zukunft gab es jedoch nicht mehr. Abgesehen davon, daß sich der SED-Staat mit seinem Sozialprogramm ohnehin schon übernommen hatte, halste er sich mit seiner bevormundenden "Fürsorge" in den Fragen des persönlichen Lebensglücks seiner Bürger ein von vornherein unlösbares Problem auf. Indem er sich in seinem umfassenden Regelungsanspruch als für alle Lebensbereiche zuständig erklärte, mußte er zwangsläufig hinter den einmal geweckten Erwartungen zurückbleiben.

Solange es unter Honecker in der Wirtschaft, auf dem sozialen Sektor und nicht zuletzt in der Außenpolitik sichtbar aufwärts zu gehen schien, sich also Bewegung abzeichnete, wurden Unzufriedenheiten eher verdrängt, erkennbar an den voreilig als Systemzufriedenheit interpretierten Resultaten des Institutes für Meinungsforschung.²³⁷ Die mittlere Generation, geprägt durch die bewußte Erfahrung des Scheiterns aller Ausbruchversuche aus dem Realsozialismus, richtete sich in "ihrem" Staat ein, die jüngere wuchs in ihn hinein – beide mit zunächst anscheinend durchaus günstigen Möglichkeiten. Als die Entwicklung aber in

²³⁷

Vgl. z.B. H. Niemann, Meinungsforschung ..., a.a.O., S. 31 ff, 47

Stagnation und politisch-gesellschaftliche Perspektivlosigkeit umschlug, zeigte sich das Legitimitätsproblem –nach der prekären Situation Anfang der fünfziger und sechziger Jahren– in neuer Form: ging es in den siebziger Jahren noch darum, verhältnismäßig niedrige Ansprüche besser zu befriedigen, so überschritten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die materiellen und die politisch-gesellschaftlichen Erwartungen inzwischen die aus Sicht der Partei noch denkbaren Möglichkeiten einer Bedürfnisbefriedigung. Es ging um mehr, als die SED-Oberen mit Einkommen, beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten und Sozialleistungen zu konzedieren bereit waren, vor allem um die Erwartungen an ein höheres Maß individueller Selbstbestimmung, um Meinungsfreiheit, Freizügigkeit und Rechtsstaatlichkeit und nicht zuletzt um ökonomische Reformen.

So individuell unterschiedlich die Gründe der Unzufriedenheit auch gewesen sein mögen, der gemeinsame Nenner ließ sich in der Ablehnung dessen finden, was laut der Interesseninterpretation der SED die Bedürfnisse des einzelnen bestimmen sollte. Was die Partei als Sozialismus anzubieten hatte, war für den Staat wie den einzelnen zum ideologischen Ballast geworden, eine unverbindliche Leerformel, wirklichkeitsfremd, allen modernen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Weg, bestenfalls noch Diskussionsstoff im Sinne einer abstrakten Begrifflichkeit. Wie die Ab- und Eingrenzung der DDR nach außen, so verstellte diese ideologische Fassade im Innern ihren Bürgern den Horizont. Beides entmündigte sie und bestimmte das Verlangen der Menschen, teilzuhaben an den geistigen, politischen und kulturellen Strömungen einer nicht nur in den Grenzen der DDR definierten Welt.²³⁸

²³⁸

Daraus läßt sich allerdings nicht darauf schließen, daß dies ohne weiteres möglich gewesen wäre. Eine Diskussion wie in den westlichen Demokratien zum Wertewandel war nicht auf die Situation in der DDR zu projizieren. Schon die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen ließen keine Entwicklungen zu, wie sie sich -Stichwort "Postmaterialismus"- etwa in der alten Bundesrepublik wohl seit längerem vollziehen. Dagegen sprach auch, daß die politische Kultur der DDR viel zu sehr durch die Traditionslinien des deutschen Obrigkeitsstaates und die antibürgerlichen Elemente der früheren "Arbeiterkultur" geprägt war, als daß sich eine den westlichen Demokratien vergleichbare "Civic Culture" hätte entwickeln können (vgl. dazu M./S. Greiffenhagen, a.a.O., S. 29, auch S. 124 f und das Kapitel "Die Mauer in den Köpfen. Eine Nation – zwei politische Kulturen", S. 369-382) Wenn die DDR rückblickend als "eine Gesellschaft kleinbürgerlicher Mentalität und buchstäblicher Beschränktheit" (Ebda., S. 278), als "Mangelgesellschaft mit materialistischer Lebenseinstellung" (Ebda., S. 33) gesehen wird, so drückt sich in solchem Urteil aus, daß der Wegfall des bürgerlichen geistig-kulturellen Einflusses in der DDR und die Abschottung gegen den politisch-kulturellen Einfluß des Westens nicht ohne Folgen für die Mentalität der DDR-Bevölkerung blieb: ihre Einstellungen und Ansichten entsprachen -mit allen negativen Anmerkungen- in vielem denen der Westdeutschen in den späten fünfziger Jahren (vgl. ebda., S. 32 und S. 25 zu den Einstellungen der Westdeutschen in den fünfziger Jahren die Studie von Almond-Verba).

Dieses Bild ehemals ostdeutscher Befindlichkeit –wenn es denn so zutrifft– sagt allerdings wenig aus über den normativen Dissens in der DDR-Gesellschaft. Wenn der Blick auf die aus westlicher Sicht Mängel der ostdeutschen Gesellschaft allein die Perspektive bestimmt, bleibt ausgeblendet, was denn von den DDR-Bürgern in ihrer Mangelgesellschaft selbst als Mangel empfunden wurde, und damit Grund ihrer Unzufriedenheit war. So individuell unterschiedlich die Beweggründe und der Grad der

Die ideologischen Anstrengungen der SED, mit dem "gesellschaftlichen Interesse" den gemeinsamen Bezugspunkt für die politische Identität zu geben, liefen entsprechend ins Leere. Abgesehen davon, daß die "wissenschaftliche Ideologie des Sozialismus" den DDR-"Normalbürger" schon von der theoretischen Abstraktionsebene her überfordern mußte, war die Anerkennung der Doktrin nicht zu erzwingen, wenn die Realitätserfahrung im Alltag dagegenstand. Mochte die doktrinäre Gleichschaltung der gesellschaftlichen und der individuellen Bewußtseinsstruktur in der Theorie noch gelingen, in der Realität wurde sie schlichtweg unterlaufen.

Das Bekenntnis zum Sozialismus und seinen ethischen Zielsetzungen, bei vielen einmal Ausdruck innerer Überzeugung und konkreter Hoffnung, war zur rethorischen Pflichtübung geworden. Der Konformitätsdruck zwang dazu, die Parteilehrsätze und das marxistisch-leninistische Propagandavokabular nachzubeten. Ob das Glaubensbekenntnis wirklich der eigenen Einstellung entsprach oder die geforderte ideologische Weltsicht nur übergestülpt war, blieb offen. Man kam aus Pflicht und Gewohnheit seinen gesellschaftlichen "Verpflichtungen" in der Partei und in den Massenorganisationen nach und nutzte ansonsten die Vorteile ihrer Freizeitangebote. Auf eine Interesse an den Inhalten der "politischen Arbeit" der Partei ließ sich daraus nicht schließen.

Der entscheidende "Webfehler" in der Struktur des SED-Sozialismus lag darin, daß er den DDR-Bürger auf Schritt und Tritt spüren ließ, daß es auf seine Meinung nicht ankam, daß über ihn verfügt wurde, und er sich zu fügen hatte. Dieser Zwang und das Empfinden, der Kontrolle, dem bürokratischen Dirigismus und dem ständigen "Schuriegeln" ausgeliefert zu sein, ließ Kritik zwar verstummen, hob sie aber nicht auf. Die Antwort auf den Druck von oben lag im Schweigen von unten, in der Passivität des befohlenen "Mitmachens". Man befolgte zwar die ritualisierten Formen "sozialistischer Lebensweise", über die tatsächlichen Einstellungen war damit aber wenig ausgesagt.

Kennzeichnend für die Situation war der Rückzug des DDR-Bürgers ins Private, in die "Nische". Nur der private Bereich entzog sich –so glaubte man– der Reglementierung, durch die der sozialistische Staat den Lebensweg seiner Bürger von der Kinderkrippe bis zum "Feierabendheim" in die für ihn richtigen Bahnen lenkte. Die Bindung an die Familie und Verwandtschaft, die Möglichkeit, sich im Freundeskreis aussprechen zu können, die Diskussion in informellen Gruppen, der Rückzug in die "Datsche": dieser den politisch-gesellschaftlichen Zwängen nicht unterworfenen Teil des Lebens schien noch einen Rest individuellen Daseins zu sichern, der nicht dem Zugriff von Staat und Partei ausgesetzt war.

Unzufriedenheit im einzelnen gewesen sein mögen, entscheidend ist, es gab vielfältige Gründe und nicht nur materielle. Gerade der Verlauf der "Wende" machte deutlich, daß in der DDR-Bevölkerung zum einen breite Übereinstimmung in der Ablehnung der bisherigen Verhältnisse bestand, es andererseits aber sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber gab, wie es "weitergehen" sollte. Wenn es einen gemeinsamen Nenner zwischen den sozialen Gruppen in der Gesellschaft gab, dann den, daß die Politik der Parteiführung immer weniger mit den Zukunftserwartungen der DDR-Bürger in Einklang zu bringen war.

In der "Nischenkultur" lag die Antwort auf die verordnete Einheitlichkeit der sozialistischen Gesellschaft. Allein ihr Vorhandensein war sichtbarer Ausdruck der Flucht aus der realsozialistischen Wirklichkeit, des Defizits "sozialistischer Lebensweise" an individueller Sinnfindung und des Überdresses an ideologischer Bevormundung. Die "Nische" erfüllte eine psychische Entlastungsfunktion gegenüber dem politischen Druck und den Zumutungen des sozialistischen Alltags. Sie versprach das, was heute noch von vielen als die positive Seite der Ex-DDR hervorgehoben wird: Gemeinschaftsgefühl, Ehrlichkeit und Offenheit im Umgang miteinander, Vertrauen, in bescheidenem Maße auch ein Stück Lebensqualität den eigenen Vorstellungen gemäß. Inwieweit es diese Atmosphäre tatsächlich gegeben hat, mag dahingestellt bleiben. Die am Rande ostdeutscher Städte kilometerlangen "Laubenpieper-Kolonien" der Datschen lassen auf eine entsprechende "Schrebergartenmentalität" schließen und ein Kleinbürgeridyll ahnen, von dem trotz aller Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen wohl kaum Impulse für die Wende ausgegangen sind.

In die Nische der "inneren Emigration" sollen sich, wie schon beschrieben, Intellektuelle, Wissenschaftler und Funktionäre zurückgezogen haben, die noch nicht den Glauben an die Partei, aber den an die Politik ihrer Führung verloren hatten. Ihr Realismus, der sie am Kurs der Partei zweifeln ließ, bestimmte allerdings wohl auch den Opportunismus, mit dem sie trotz ihres gestörten Verhältnisses zum System als dessen Repräsentanten oder Mitläufer Karriere machten. Wenn solche Form von Entfremdung aus der Einsicht herrührte, mit der Lüge leben zu müssen, so gelang es ihnen immerhin, diesen Konflikt zu verbergen. In der heraufziehenden Krise verharrten sie in der Regel in nach außen hin unkritischer Linientreue, im entscheidenden Augenblick des Umbruchs in loyalem Schweigen. Erst danach stellte sich heraus, daß sie schon lange in kritischer Distanz zum System standen, Reformen gewollt und in ihrer Funktion im Apparat auch das Mögliche versucht hätten, die Verhältnisse in diesem Sinne zu beeinflussen. Zum Stillhalten gezwungen, habe man aber geglaubt, Parteidisziplin wahren und in der Hoffnung auf bessere Zeiten "ausharren" zu müssen. "Weder die etablierten kritischen Intellektuellen noch die reformwilligen Funktionäre", so S. Meuschel in ihrem Resümee zur Haltung der "Intelligenz", "traten öffentlich gegen die Parteiführung auf; schon gar nicht verbündeten sie sich mit der außerparteilichen Opposition, die sich allmählich formierte. ..." ²³⁹

Deren Gegenbeispiel war für die "Wende" wichtiger: unter dem Dach der Evangelischen Kirche fand sich die Nische, die denen Schutz bot, die sich in kritischer Distanz zum Staate vom Mitläufertum in der DDR-Gesellschaft absonderten. Nicht immer mit dem Segen der Kirchenoberen, aber bei der überwiegenden Zahl von "Kirchenleuten" unter den Mitgliedern doch geduldet, entstanden die kulturellen und politischen Basisgruppen, die in der Wende als Bürgerbewegungen zur treibenden Kraft des Umbruchs wurden.

Während sich die DDR-Gesellschaft in ihrer Mehrheit resigniert in die "Nische" zurückgezogen hatte, operierten die Basisgruppen aus ihr heraus. Dabei blieb der

²³⁹

S. Meusche, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, a. a. O., S. 305

Versammlungsort Kirche mehr Mittel zum Zweck, war andererseits aber auch der einzige Ort, der die kritische Auseinandersetzung zum Verhältnis von Individuum und Staat in der sozialistischen Gesellschaft zuließ. In der Bewahrung des kulturellen Erbes bürgerlich-protestantischer Geistesfreiheit bot die Evangelische Kirche nicht nur in ihren Gotteshäusern und Gemeindesälen, sondern auch geistig den Raum, der einen freien Gedankenaustausch überhaupt erst möglich machte. Nicht zufällig kamen wesentliche Impulse für eine Demokratisierung aus der Kirche selbst, standen Pfarrer in der ersten Reihe des Widerstands und waren Predigten, Zusammenkünfte in Gottesdiensten und Kerzenmahnwachen Ausgangspunkt für die meisten Demonstrationen.

So unterschiedlich die Themen und Positionen der Menschenrechts-, Friedens-, und Ökogruppen waren, in einem waren sie sich einig. Worum es ging, war die Überwindung der politischen Ohnmacht und Sprachlosigkeit. Im Eintreten für eine gesellschaftliche Erneuerung im Kreis Gleichgesinnter, setzte man sich offen mit den Defiziten der DDR-Entwicklung auseinander und schuf sich so ein von der Partei unabhängiges Kommunikationsforum. Wie sich später zeigen sollte, war auch das von Spitzeln durchsetzt. Dennoch gelang es der SED nicht, diesen Prozeß des sich Herausbildens einer –zur Partei– "Gegenöffentlichkeit" zu verhindern: die informellen Gruppen ließen sich durch Druck nicht mehr einschüchtern und waren mündig genug, sich ihre politische Meinung selbst zu bilden.

Dabei standen die einzelnen Gruppierungen in ihrem Engagement für eine demokratische Erneuerung keineswegs gegen "Sozialismus". Die Gruppen artikulierten nur die Unzufriedenheit, die ohnehin in der Bevölkerung vorhanden war. Sie deckten mit der Thematisierung der bis dahin tabuisierten Probleme die Widersprüche zwischen Anspruch und Realität im DDR-Sozialismus auf, die allgemein bewußt waren, aber eben nicht angesprochen werden konnten.

Das Politbüro sah in der versprengten Zahl der oppositionellen oder alternativen Gruppierungen, häufig auch nur kleinen und kleinsten Diskussionszirkel, zunächst keine ernstzunehmende Gefahr für die Stabilität des Systems.²⁴⁰ Als permanent störendes Unruhepotential waren sie ein Ärgernis, noch dazu, weil ihnen mit dem Vorwurf der Regelverletzung nur schwer beizukommen: sie hatten überhaupt kein politisch-gesellschaftliches Gegenkonzept, das die staatliche Ordnung konkret bedroht hätte. Dennoch höhnte ihre Kritik am SED-Kurs und die öffentlichkeitswirksame –formal ja durchaus zulässige– Aktivität das Fundament aus, auf dem die Macht im Staate ruhte, den Unfehlbarkeitsanspruch des Politbüros und das Kompetenzmonopol der SED. Die unerbetene Einmischung dieser Gruppen in die Politik war der Partei insofern ein Dorn im Auge. Sie brachte die SED-Politik auf den Prüfstand und provozierte geradezu das Entstehen einer kritischen Öffentlichkeit.

Genau das trat in dem Augenblick ein, als sich im Herbst 1989 auch im Volk das Bewußtsein durchsetzte, daß die Verhältnisse in der DDR unhaltbar geworden waren. Waren die oppositionellen und Basisgruppen bis dahin noch mehr

²⁴⁰

Vgl. G. Schabowski, Das Politbüro, a.a.O., S. 19 f, 57

Subkultur-Szene als politische Kraft, so wurden sie nun zur Triebfeder des Protestes. Ihr Mut, gegen den Strom zu schwimmen und der politischen Unterdrückung Zivilcourage und ein selbstbewußtes Bürgerrechtsbewußtsein entgegenzusetzen, löste die Resignation und lähmende Apathie. Das entschlossene Handeln und der "aufrechte Gang" des Dutzends wirklich Oppositioneller –wie die Pfarrer Eppelmann und Schorlemmer, U. Poppe, B. Bohley, V. Wollenberger, R. Hendrich, K. Havemann u.a.– gaben das Beispiel.

Während diese Opposition den Konflikt mit der Macht nicht scheute, ging ihm die Mehrheit der Bevölkerung aus dem Wege. Da prinzipiell Interessenidentität gepredigt wurde, grenzte Widerspruch zur Parteilinie im Arbeitskollektiv und im privaten Umfeld sozial aus. Die Bereitschaft, eigene Interessen zu vertreten, war dementsprechend gering entwickelt. Die Einhaltung der "Spielregeln" sicherte einen gewissen Freiraum und gab auch die Möglichkeit einer persönlichen Perspektive. Der Preis dafür war die Mentalität des "Leisetreters", die jede eigene Initiative zwangsläufig hemmte. Die Tristesse des Daseins wurde zwar larmoyant beklagt, offener Kritik ging man aber mit tausend Ausflüchten aus dem Wege.

Das defensive Verhalten gegenüber dem täglich konkret erfahrbaren Widerspruch zwischen "Sein und Sollen" entsprach der realistischen Einschätzung der Situation, auf die Umgestaltung der Verhältnisse keinerlei Einfluß zu haben. Es ist verständlich, wenn im Wissen um die systematische Bespitzelung und die zu erwartenden beruflichen und persönlichen Nachteile Anpassung die Regel und Widerstand die Ausnahme blieb. Das im Umgang mit staatlicher Autorität und von den Zwängen des sozialistischen Alltags geprägte Bewußtsein, sich ein- und unterordnen zu müssen, förderte nicht gerade Zivilcourage. Dem obrigkeitsstaatlichen Ton der Behörden und ihren oft willkürlichen Entscheidungen entsprach die Erwartung von Fügsamkeit und die Einstellung, nicht aufzumucken.

Überdies dürfte nicht nur die umfassende Sozialisation im Sozialismus, die Denkmuster, Gewohnheiten und Verhaltensweisen in der DDR in spezifischer Weise geprägt haben. Bei der über alle Generationen dieses Jahrhunderts hinweg durchgängig gültigen "Untertanenkultur" in Ostdeutschland war letztlich kaum etwas anderes zu erwarten als die beschriebene Untertanenmentalität. Wenn sich die ideologische Komponente auch geändert hatte, die Autoritätsstrukturen im Staat blieben aus der Sicht "von unten" über die Zeiten im Prinzip gleich. Maßstab des Verhaltens war immer noch der deutsche Obrigkeitsstaat.

Umso interessanter ist die Beobachtung, daß die jüngere Generation in dieser Richtung wenig zu beeinflussen war. Ihrem Verlangen nach individueller Sinnfindung und Vielfalt in den Möglichkeiten der Lebensgestaltung stand entgegen, daß nach dem Willen der Partei die "Sinnfrage" bereits gelöst war. Doch gerade die schon unter DDR-Bedingungen sozialisierten Jugendlichen zeigten wenig Bereitschaft, sich auf das Denken in den alten ideologischen Schablonen einzulassen, das dem Leben seinen Sinn überstülpen sollte. Wer die Nachkriegszeit nicht mehr kennengelernt hatte, für den verband sich mit den sozialistischen Errungenschaften nicht Stolz auf Erreichtes, sondern die Alltagserfahrung eines selbstverständlichen Anspruchs auf staatliche Leistungen. Die "lebensphilosophische" Sicht vieler Älterer war nicht mehr das, was am "Sozialismus"

interessierte: man erwartete, seine Chance zu bekommen. Damit war allerdings in materieller Hinsicht wie auch in den kulturellen und politischen Vorstellungen –je nach Milieu mit Unterschieden– eine andere Lebensqualität gemeint als die des so gelobten "materiellen und geistig-kulturellen Lebensniveaus" im SED-Realsozialismus.

Schule, FDJ, Militär und Massenorganisationen als "sinnvermittelnde" Sozialisationsagenturen liefen deshalb gegen eine Mauer aus Gleichgültigkeit und Desinteresse. Die unablässige ideologische Berieselung und Politschulung weckte nur Langeweile. An den Aktivitäten der Partei nahm man zwar gerne teil, als ideologisch sinngebender Instanz und Autorität hatte man ihr jedoch den Gehorsam längst stillschweigend aufgekündigt.²⁴¹ Alles "Schönreden" der Differenz von Schein und Sein half nichts, nicht der SED-Sozialismus, das Westfernsehen setzte die Maßstäbe. An ihnen gemessen wurde "Sozialismus" als Chiffre für die Perspektivlosigkeit und triste Daseinsform wahrgenommen, in der man zu leben gezwungen war, aber nicht als Synonym für eine sinnhafte Zukunft.

Angesichts der enttäuschenden Resultate und fehlenden Perspektive zeigten sich mehr und mehr Zweifel am Kurs der SED und Vorbehalte gegenüber der ideologischen Selbstdarstellung des Regimes. Es gab keinerlei Anzeichen dafür, daß die in Helsinki versprochene Verwirklichung größerer politischer Rechte ernsthaft vorgesehen war, die Hoffnungen auf Reiseerleichterungen waren enttäuscht worden, nicht einmal zur Aufbruchstimmung beim bis dahin großen Vorbild Sowjetunion durften Fragen gestellt werden – alles zusammen mehr als ein Hinweis darauf, wohin der Weg ging.

Die Distanz zum System wuchs deshalb in dem Maße wie die Hoffnung schwand, sich mit der DDR dem Bild moderner Gesellschaften annähern zu können. Da das offizielle Selbstbild zwar Ausdruck des Selbstverständnisses der Gesellschaft zu sein vorgab, tatsächlich jedoch die gegenläufige Richtung zur gesellschaftlichen Entwicklung darstellte, wurde die behauptete Interessenidentität von Partei und Gesellschaft nicht mehr fraglos hingenommen und umso fragwürdiger, je unnachgiebiger sie als Defizit an sozialistischem Bewußtsein oder Parteidisziplin eingefordert wurde. Angesichts der trüben Zukunftsaussichten zogen deshalb immer mehr DDR-Bürger für sich persönlich Bilanz und tausende mit ihrem Ausreiseantrag auch gleich die Konsequenz.²⁴² Der Rückzug der Älteren in die Nischen, der Zulauf der Jüngeren in die politisch alternativen Gruppen im Umfeld der Kirche und auch die Diskussion in der Partei selbst zeigten deutlich die ganze

²⁴¹ Vgl. G. Schabowski, *Der Absturz*, a.a.O., S. 178 f

²⁴² Über die Zahl der Anträge liegen keine Angaben vor, es kann aber aus der Zahl der genehmigten Ausreisen ("Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR") auf den Zuwachs geschlossen werden: abgesehen von der ausnehmend hohen Zahl von fast 35000 Ausreisen 1984 lag die Zahl von Anfang 1970 bis 1984 bei durchschnittlich knapp 10000 jährlich, 1985 und 1986 bei nicht ganz 20000, 1987 bei 11500 und 1988 bei fast 28000. Im ersten Halbjahr 1989 -also noch vor dem Einsetzen der Fluchtwelle über Ungarn- betrug die Zahl der legalen Ausreisen bereits 37000 (Vgl. dazu H. Wendt, *Die deutsch-deutschen Wanderungen - Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise*, in: *Deutschland Archiv*, 24.Jg. 1991, H.4, S. 386-395, hier S. 390, 393).

Bandbreite der unterschiedlichen Interessen, Erwartungen und Ansprüche. Über alle Unterschiede hin gleich war nur die Unzufriedenheit im und mit dem SED-Sozialismus. Die unter der Oberfläche schwelenden Konflikte häuften so allmählich den Sprengstoff an, der schließlich in der "Wende" zur Explosion kam.

2.3.3. Der Weg in die Krise

Angesichts der Diskrepanz zwischen Parteiwillen und Bevölkerungs-Wollen und dem daraus resultierenden offenkundigen Legitimitätsverfall war die SED-Führung in dem Dilemma, den auf Veränderung drängenden Interessen in der Gesellschaft ohne die Demokratisierung des politischen Systems nicht Raum geben zu können, mit ihr aber die Aufgabe ihres Machtmonopols zuzulassen. Aus dieser Sackgasse glaubte sie mit dem Versuch herausfinden zu können, ihrem alten System in der Konzeption eines "Sozialismus in den Farben der DDR"²⁴³ einen neuen, moderneren Anstrich zu geben.

Was dazu als "Prozeß tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen"²⁴⁴ vorgestellt wurde, ließ auch bei genauerer Betrachtung nichts Neues erkennen. Die führende Rolle der Partei blieb natürlich unangetastet.²⁴⁵ Die Weiterführung und Präzisierung der Sozialismuskonzeption der Partei werde auch weiterhin in der "Einheit von Kontinuität und Erneuerung" bestimmt durch die "Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik, soziale Sicherheit, die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die sozialistische Demokratie"²⁴⁶. Was der SED-Staat damit seinen Bürgern zu bieten hatte, war bestenfalls die Fortschreibung des Bestehenden, die als frustrierend und unerträglich empfundene Gegenwart als Zukunftsperspektive. Das Selbstlob der Parteistrategen sprach für sich: das Parteiprogramm werde "allen wesentlichen Erfordernissen an der Schwelle des neuen Jahrtausends gerecht und läßt Raum dafür, neuen Erfordernissen zu entsprechen..."²⁴⁷

Daß daran immer mehr ihre Zweifel hatten, focht die SED-Führung nicht an. Im Politbüro wurde die unzufriedene Stimmungslage in der Bevölkerung zwar registriert²⁴⁸, aber nicht als Bedrohung der Regeln sozialistischer Herrschaftsausübung eingeschätzt. Im Vertrauen auf den Ewigkeitswert des Systems, bei einigen auch auf ein Umschlagen des Pendels in der Sowjetunion, hätte sich noch zu Anfang 1989 –so Politbüromitglied G. Schabowski– niemand vorstellen können, von der gesellschaftlichen Entwicklung einmal überrollt zu werden.²⁴⁹ Die wirkliche Bedrohung sei von der ja nur dem Politbüro bekannten desolaten wirtschaftlichen Situation ausgegangen. Aber selbst in der Hinsicht habe man sich

²⁴³ Vgl. S. Meuschel, a.a.O., S. 301-305

²⁴⁴ Mit dem Blick auf den XII.Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen. Aus dem Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Dietz Verlag, Berlin 1988, S. 12

²⁴⁵ O. Reinhold, Zur Gesellschaftskonzeption der SED, in: Einheit 6-89, a.a.O., S. 483

²⁴⁶ Ebda., S. 484

²⁴⁷ Ebda., S. 483

²⁴⁸ Die Staatssicherheit lieferte bis in die Wende hinein durchaus zutreffende Berichte

²⁴⁹ Politbüromitglied G. Schabowski gegenüber dem dem Verf.

gelassen geben können: an der Seite des Partners Sowjetunion hätte die DDR überhaupt nicht "pleite" gehen können...²⁵⁰

Die "essentials" der "programmgemäß fortzusetzenden Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" blieben deshalb wie gehabt. Der gesellschaftliche Fortschritt reduzierte sich auf die Verwirklichung eines Wirtschaftswachstums von 4 Prozent und das davon abhängige Versprechen einer "kontinuierlichen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen"²⁵¹. Im Vordergrund standen wie gewohnt die bekannten Themen "Das Ringen um die ökonomisch effektive Anwendung der modernen Schlüsseltechnologien"²⁵², "Leistung steht vor Verteilung"²⁵³ und die "fortwährende Herstellung, Festigung und Entwicklung der Übereinstimmung gesellschaftlicher, kollektiver und individueller Interessen"²⁵⁴ – alles zusammen viel hohles Geschwätz und im Wissen um die katastrophale Wirtschaftslage eine glatte Lüge.

Die Phrasen konnten nicht als Reformwille mißverstanden werden, im Programm waren auch zwischen den Zeilen keine Reforminitiativen auszumachen. Im Gegenteil, so vage der eigene Weg in die Zukunft beschrieben wurde, die Distanz zu dem bisherigen Vorbild Sowjetunion war eindeutig. In bewußter Abwehr der Reformen Gorbatschows wurde mit dem "Sozialismus in den Farben der DDR" die Abgrenzung unmißverständlich vollzogen.²⁵⁵ K. Hager, Chefideologe im Politbüro, faßte in seinem berühmt gewordenen "Tapeten"-Spruch die Aversion der alten Parteigarde gegen den in ihren Augen "newcomer" im Kreml zusammen: "Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?"²⁵⁶

In den Grundpositionen der sozialistischen Parteien bestehe zwar Übereinstimmung, es gebe aber kein für alle sozialistischen Staaten allgemeingültiges Modell des Sozialismus, und "mitunter" hätten auch die von der Sowjetunion übernommenen Erfahrungen den Bedingungen der DDR nicht entsprochen.²⁵⁷ Man müsse an die weitere Gestaltung des Sozialismus differenziert herangehen, weil eben die Ausgangsbedingungen in den sozialistischen Ländern sehr unterschiedlich seien. Während die DDR bereits in die Phase der "intensiv erweiterten Reproduktion" eingetreten sei, würde die Mehrzahl der sozialistischen Länder

²⁵⁰ G. Schabowski gegenüber dem Verf.

²⁵¹ O. Reinhold, Zur Gesellschaftskonzeption der SED, in: Einheit 6-89, a.a.O., S. 484

²⁵² Ebda., S. 484, 487

²⁵³ Vgl. zwei Monate später in "Einheit" 8-89, O. Reinhold, Der Sozialismus als Leistungsgesellschaft, a.a.O.

²⁵⁴ H. Koziolk, Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Einheit 6-89, a.a.O., S. 497-503, hier S. 501

²⁵⁵ Vgl. das Interview mit O. Reinhold, "Wir werden Gorbatschow nicht kopieren", in: Vorwärts Nr. 30, v. 23.4.1988, S. 10 ff; wesentlich kritischer J. Kuczynski, "Wir brauchen ab und zu eine Revolution", Ebda. S. 14 ff

²⁵⁶ K. Hager in Neues Deutschland v. 10.4.1987, S. 3

²⁵⁷ O. Reinhold, Zur Gesellschaftskonzeption der SED, in: Einheit 6-89, a.a.O., S. 485

Europas noch unter den Bedingungen der "extensiv erweiterten Reproduktion" leben. Die Sowjetunion sei gerade erst in der Übergangsphase, stehe also noch hinter der DDR zurück²⁵⁸. Das habe sich schon in der Vergangenheit in den oftmals sichtbaren Schwierigkeiten mit dem Rückstand auf wissenschaftlich-technischem Gebiet gezeigt.²⁵⁹ Die Diskussion einiger Wirtschaftswissenschaftler sozialistischer Länder, die Erfahrungen und Methoden des Kapitalismus übernehmen wollten, sei auf jeden Fall abzulehnen.²⁶⁰ Es gelte, "Wege und Formen des sozialistischen Aufbaus zu finden, die unseren nationalen Bedingungen entsprechen".²⁶¹

Die hatte man auch in der Vergangenheit schon gefunden, nur diesmal drückte sich in Verlautbarungen solcher und ähnlicher Art die Entschlossenheit der SED aus, sich unbeeindruckt vom Kurswechsel in der Sowjetunion von den Wandlungsprozessen im sozialistischen Lager abzukoppeln. Damit waren die Hoffnungen darauf zerstört, am politischen Aufbruch in Osteuropa teilzuhaben. Die Nachrichten über "Perestroika" und "Glasnost", die trotz Zensur aus Moskau kamen, hatten in der DDR jedoch schon eine Entwicklung in Gang gesetzt, die gar nicht mehr aufzuhalten war. Insofern wurde mit dem Absetzen sowjetischer Filme und Kulturveranstaltungen gerade das Gegenteil dessen bewirkt, was erreicht werden sollte, eben die Diskussion der Zustände in der DDR vor dem Hintergrund der Umwälzungen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn.²⁶² Mit dem Auslieferungsverbot des "SPUTNIK"²⁶³ ließ sich nicht der Glaube an das Verbot, wofür er vielen stand, den Anbruch einer neuen Zeit. Das Verbot machte aber auch denen, die immer noch an die Möglichkeit von Reformen

²⁵⁸ H.G.Haupt/K. Hövelsman, Zu ausgewählten Entwicklungsproblemen des sozialistischen Weltsystems, in: Wirtschaftswissenschaft, H.7/1988, S. 961 ff

²⁵⁹ Vgl. das Interview mit O. Reinhold, "Wir werden Gorbatschow nicht kopieren", a.a.O., S. 10 f

²⁶⁰ O. Reinhold, Zur Gesellschaftskonzeption der SED, a.a.O., S. 485

²⁶¹ Ebda.

²⁶² Vgl. die zahlreichen "Stimmungsberichte" der Betroffenen in: H. Knabe (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR, Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek bei Hamburg 1989

²⁶³ Die deutschsprachige Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift "SPUTNIK" und die ebenfalls in deutscher Sprache erscheinenden "Moskau News" gaben dem Leser in der DDR die Möglichkeit, sich über die Reformentwicklung in der Sowjetunion zu informieren. Der "SPUTNIK" wurde im November 1988 aus der Post-Vertriebsliste genommen (angeblich auf Anweisung Honeckers). Grund dafür war der auszugsweise Abdruck der Stalin-Debatte in der UdSSR, den die SED-Führung zu Recht fürchten mußte (vgl. die Reaktion im "Neuen Deutschland" vom 12.1.1989). Mit der Diskussion der stalinistischen Vergangenheit der DDR wären nicht nur die Hintergründe der stalinistischen Verbrechen an den deutschen kommunistischen Emigranten während der 30-er und 40-er Jahre ans Licht gekommen, sondern auch die der Nachkriegszeit und insbesondere die Verfolgungen, Repressalien und Prozesse in der DDR selbst. Damit wäre die stalinistische Vergangenheit zahlreicher im Partei- und Staatsapparat noch in Amt und Würden stehender Altgenossen aufgedeckt und nicht zuletzt die stalinistische Traditionslinie der SED in ihren Auswirkungen auf die Politik der Partei thematisiert worden.

glaubten, den grundsätzlichen Dissens zwischen "Herrschenden und Beherrschten" klar: Veränderungen würde es nur auf der Linie der schon bestehenden Strukturen geben können und nur in dem Maße, wie ihre Stabilität dadurch nicht gefährdet wurde. Alle Hoffnungen auf Wandel mit der Zielvorstellung, aus dem geschlossenen Sozialismus alter Art ausbrechen zu können, waren von daher ohne jede Chance.²⁶⁴ Damit war die zentrale politische Konfliktlinie von der SED selbst vorgezeichnet.

Der Aufruf zum Wahlboykott im Frühjahr und der beharrliche, nicht einzuschüchternde Protest gegen den folgenden Wahlbetrug bewies zwar ein erstaunliches Selbstbewußtsein der oppositionellen Randgruppen in der DDR.

264

Das wurde offensichtlich auch in Moskau so gesehen, jedenfalls in Gorbatschows Umgebung. Prof. W. Daschitschew, Leiter der Abteilung für Außenpolitik am Institut für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems, einer der prominentesten außenpolitischen Berater Präsident Gorbatschows, hatte in einer viel beachteten Studie schon im April 1989 die Auffassung vertreten, daß das Modell des administrativen Kommando-sozialismus in der DDR am Ende und die Überwindung der Spaltung Deutschlands und damit Europas eine Notwendigkeit sei. Daschitschew schreibt in seinem Gutachten:

"Die Widersprüchlichkeit des Kurses der jetzigen DDR-Führung kam deutlich in deren negativer Haltung zur Perestroika in der UdSSR zum Ausdruck. Ohne Übertreibung kann man sagen, daß sich im Bereich der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR der am stärksten verwickelte Knoten von Widersprüchen in der sozialistischen Gemeinschaft bildete. Die Wege der Entwicklung beider Länder gingen jäh auseinander.

...

Die Hartnäckigkeit der DDR-Führung bei der Verteidigung ihrer Positionen kann man mit einer ganzen Reihe von Gründen erklären. Erstens hat man die Hoffnung nicht aufgegeben, die Perestroika in der UdSSR werde scheitern, werde wieder rückgängig gemacht und in der ganzen sozialistischen Gemeinschaft werde erneut eine "Allianz von Konservativen" frohlocken, die treu zu den alten stalinistischen oder neustalinistischen Dogmen mit deren Betonung gewaltsamer Herrschaftsmethoden stehen.

Zweitens widerlegen viele Thesen der Perestroika die Politik der Abgrenzung von der BRD und öffnen die DDR dem Einfluß von außen, dem das administrative Kommandosystem und seine Träeger nicht standhalten können.

Drittens ist der Einfluß der illusorischen Meinung zu spüren, die DDR, die über das höchste Lebensniveau unter den sozialistischen Ländern verfügt, werde auch in Zukunft diese Position ohne irgendwelche Reformen halten können.

Doch dabei wird die Tatsache ignoriert, daß die DDR dank ihrer besonderen Lage alljährlich von der BRD Finanzspritzen in Höhe von 4,5 bis 5 Milliarden Mark für ihre Wirtschaft erhält, daß sie über die deutsch-deutschen Beziehungen Zugang zum EG-Markt hat, der auf ihre Produktion eine disziplinierende Wirkung ausübt, daß sie zudem von der Sowjetunion zu günstigen Bedingungen Rohstoffe und Energie erhält.

...

Doch selbst wenn das jetzige befriedigende Lebensniveau in der DDR erhalten bleibt, wird die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der harten Politik im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten, mit dem ideologischen Primitivismus und der muffigen gesellschaftlichen und politischen Atmosphäre im Land immer mehr zum Hauptproblem für die SED-Führung werden. ...",

in: DER SPIEGEL, Nr. 6 / 44. Jg., 1990, Auszugsweise Wiedergabe der Denkschrift W. Daschitschews in der Übersetzung unter dem Titel "Enormer Schaden für Moskau", S. 142 – 158, hier S. 152 f.

Ihre unterschiedlichen Interessen und der nur lose Kontakt zueinander²⁶⁵ ließen indes kaum eine gemeinsame Linie des politischen Vorgehens erwarten. Zudem wurden sie seit langem von der Staatssicherheit überwacht, sie waren unterwandert, in ihren Strukturen, Personen und Aktivitäten bekannt und durch vom MfS zentral gesteuerte "operative Maßnahmen" genau kontrolliert.²⁶⁶ Im gewaltfreien Widerstand der selbst Mitte 1989 noch zahlenmäßig überschaubaren Opposition eine systemsprengende Kraft zu vermuten, ist offensichtlich nicht einmal denen in den Sinn gekommen, die es aufgrund ihrer besonderen Kontakte zum Regime wie auch zu dessen Gegnern wohl am ehesten hätten beurteilen können²⁶⁷.

Für das Politbüro weit beunruhigender mußte aber die während der Sommermonate einsetzende Massenflucht aus der DDR sein. Sie war über die Berichterstattung der Westmedien aktuell zu verfolgen und insofern nicht zu vertuschen. Mit dem von Woche zu Woche weiter anschwellenden Flüchtlingsstrom²⁶⁸

²⁶⁵ Vgl. E. Neubert, Motive des Aufbruchs, in: H. Knabe (Hrsg.), a.a.O., S. 141 - 155, hier 147 ff.

²⁶⁶ Die Berichte der "Gauck-Behörde" geben ein anschauliches Bild davon, wie wenig selbst vermeintlich intime Bereiche wie die Familie, die Ehe, der engste Freundeskreis, das Vertrauensverhältnis des Pfarrers zu seinem Bischof vor der Ausspähung sicher waren. Es dürfte vor der Wende keinen Oppositionsbereich gegeben haben, der der Staatssicherheit nicht bekannt gewesen und von ihr überwacht worden wäre. Vgl. dazu u. a. K.W. Fricke, MfS intern. ..., a. a. O.; Leipziger Bürgerkomitee zur Auflösung des MfS/AfNS (Hrsg.): "Stasi" intern. Macht und Banalität, Leipzig 1991 (Forum Verlag); Unabhängiger Untersuchungsausschuß Rostock (Hrsg.): Arbeitsberichte über die Auflösung der Rostocker Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit, Rostock 1990; R. Meinel, T. Wernicke (Hrsg.): "Mit tschekistischem Gruß". Berichte der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Potsdam 1989. Potsdam 1990.

²⁶⁷ Gemeint wäre beispielsweise ein "Mittler zwischen den Fronten" wie der ehemalige Konsistorialpräsident der evangelischen Kirche M. Stolpe, der laut G. Schabowski den Zusammenbruch der SED-Herrschaft nicht vorausgesehen hat (G.Schabowski, Der Absturz, a.a.O., S.153). Aus den Lage-Berichten der Staatssicherheit läßt sich dagegen erkennen, daß sie die Situation durchaus realistisch einschätzte und von der politischen Führung das Signal und die entsprechende Handlungsanweisung zur "Gegenoffensive" erwartete. Da dies ausblieb, mußte sie gleichsam "sehenden Auges", aber ohnmächtig, ihre eigene Entmachtung hinnehmen. Der Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf die Stellung des MfS innerhalb des politischen Systems: bei aller unkontrollierten Handlungsfreiheit auf dem operativen Sektor blieb die Staatssicherheit das Herrschaftsinstrument der Partei, folglich ihrem Weisungsrecht -auf allen Ebenen- unterworfen, nicht umgekehrt. Vgl. dazu auch K.W. Fricke, a.a.O., S. 13 ff.

²⁶⁸ 1989 lag die Zahl der genehmigten Ausreisen schon vor dem Sommer bei monatlich vier bis fünftausend, dazu kamen noch einmal knapp tausend Flüchtlinge ohne Ausreiseerlaubnis. Ab Mai bis September verdoppelte sich die Quote der Ausreisen mit Genehmigung, im Oktober erreichte sie 30000. Daß trotz dieser auf den ersten Blick erstaunlich großzügigen Praxis der DDR-Behörden dennoch schon vor der Grenzöffnung in Ungarn die Zahl der illegalen Flüchtlinge zugleich kontinuierlich wuchs, ist kein Widerspruch. Auf die Genehmigung hatte man jahrelang zu warten und war während dieser Zeit den Schikanen der Behörden ausgesetzt. Die Zahl der illegalen "Ausreisen" schwoll vom im Mai 1527, Juni 1783, Juli 2144 auf August 8143, September 21352 und schließlich Oktober 26426 an. Mit der Grenzöffnung im November verließen dann schlagartig 133429 Menschen die DDR, im Dezember noch einmal 43221, insgesamt ca

schwand bei vielen die bis dahin selbstverständliche Fraglosigkeit ihrer Lebensperspektive im DDR-Sozialismus. Die aus damaliger Sicht Endgültigkeit der Entscheidung derer, die der eigenen Vergangenheit den Rücken kehrten, zwang die Zurückbleibenden, sich mit den Motiven dieses Bruchs auseinanderzusetzen. Gerade das wäre auch von der Partei- und Staatsführung erwartet worden. Für die war das Problem jedoch nicht existent, sie zeigte sich unbeeindruckt: verantwortlich seien "revanchistische Kräfte im imperialistischen Lager", deren haltlosen Versprechungen und kriminellen Abwerbemethoden "Hirnlose und Verirrte" unter den DDR-Bürgern erlegen seien. In einem auch im DDR-Fernsehen übertragenen "ND"-Kommentar ließ man keinen Zweifel daran, wie die Haltung der Abtrünnigen zu bewerten sei: "...Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen."²⁶⁹.

Das Problem selbst war damit jedoch wider Erwarten nicht aus der Welt, denn die Parteibasis und die Bevölkerung reagierten auf den Zynismus der Kommentierung mit Entrüstung. Die Ausreisewelle zehntausender vor allem junger Leute, die dem "Real-Sozialismus" keine Träne nachweinten, hatte spürbare Lücken gerissen, nicht nur in den Betrieben, auch in den Familien. Deshalb provozierte die anmaßende Ignoranz, mit der das Politbüro die Realität verzeichnete und das Bedrückende der ganzen Situation nicht einmal zur Kenntnis nahm, die Auseinandersetzung mit seiner Politik. Sie setzte einen Prozeß in Gang, der die bis dahin abwartend indifferente Haltung der Mehrheit der Bevölkerung in ihr Gegenteil umschlagen ließ und in der "Wende" des Herbstes 1989 endete.

350000 in 1990. Das waren ca 75% mehr als in den gesamten Jahren 1980-1988. Nahezu die Hälfte (46%) davon war unter 25 Jahre alt. Wie wenig den Versprechungen der SED/PDS-Regierungen geglaubt wurde, zeigt die Zahl von dann nochmals etwa 185000 Ausreisen in den ersten drei Monaten 1991. (Vgl. H. Wendt, Die deutsch-deutschen Wanderungen - Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, a.a.O., S. 386-395E. Neubert, Motive des Aufbruchs, in: H. Knabe (Hrsg.), a.a.O., S. 141-155, hier S. 147 ff.)

²⁶⁹ "Aktuelle Kamera" v. 1. Oktober 1989 und im „Neuen Deutschland“ vom 2. 10. 1989; vgl. dazu auch den Hinweis bei G. Schabowski, wonach Honecker selbst den Satz "Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen" angefügt habe (G. Schabowski, Der Absturz, a.a.O., S. 237 f).

3. Der militärische Kontext - Die sicherheits- und militärpolitische Konstellation vor der "Wende" in der DDR

3.1. Die Rolle der DDR in der militärstrategischen Planung der Sowjetunion

Die NVA sollte einerseits als nationale Armee und "Kernstück der Landesverteidigung der DDR (...)die sozialistischen Errungenschaften und die Souveränität der DDR vor imperialistischen Aggressionsversuchen [sichern]".²⁷⁰ Andererseits war sie als sozialistische Armee eingebunden in die "sozialistische Waffenbrüderschaft" der Staaten des Warschauer Vertrags und hatte –"bei Anerkennung der

²⁷⁰

Gesetz über die Landesverteidigung der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Oktober 1978, 1. Abschnitt, § 1.3 - vgl. auch Ministerium für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Militärlexikon, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 2. Auflage, Berlin 1973, Stichwort "Nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik", S. 271

Es ist recht aufschlußreich, daß in der zweiten Ausgabe des "Militärlexikon" aus dem Jahre 1973 inhaltlich nicht unwesentliche Änderungen gegenüber der ersten Ausgabe aus dem Jahre 1971 vorgenommen wurden. Die Begründung der Autoren: "Der noch andauernde komplizierte Prozeß qualitativer Veränderungen im Militärwesen hat die militärische Terminologie wesentlich beeinflusst. Es entstanden neue Begriffe, bisher geläufige überlebten sich oder erhielten einen neuen Inhalt. All dies machte es notwendig, das Militärlexikon neu herauszugeben." (Vorwort 2. Ausgabe). Die Erklärung klingt bei nur zwei Jahren Abstand zwischen den Ausgaben nicht sehr überzeugend. Es spricht eher einiges dafür, daß aus politischen Gründen Anpassungen bzw. Korrekturen vorgenommen wurden. Bei dem Beispiel NVA ist festzustellen, daß sich der Schwerpunkt, zuerst militärischer Schutz der DDR, dann Beitrag zu dem der westlichen Grenze als Systemgrenze, ins Gegenteil wandelt:

In der '71er Ausgabe heißt es zum Stichwort "Nationale Volksarmee: wichtigstes bewaffnetes Organ der Arbeiter-und-Bauern-Macht der DDR, das gemeinsam mit den Bruderarmeen des Warschauer Vertrags, in erster Linie mit der Sowjetarmee, die Souveränität des sozialistischen deutschen Nationalstaates, die sozialistischen Errungenschaften des Volkes der DDR vor imperialistischen Aggressionsversuchen, besonders vor den Revanchebestrebungen der Imperialisten in der BRD, schützt.

Die NVA leistet vor allem in engem Zusammenwirken mit den in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräften einen wichtigen Beitrag zum sicheren militärischen Schutz der westlichen Grenze der sozialistischen Staatengemeinschaft und zur Verwirklichung der historischen Mission der DDR." (S. 279)

In der '73er Ausgabe verändert sich der Text zu: "Nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik: wichtigstes bewaffnetes Organ der Arbeiter-und-Bauern-Macht und Kern der sozialistischen Landesverteidigung der DDR. Gemeinsam mit der Sowjetarmee und den anderen Bruderarmeen des Warschauer Vertrages, insbesondere in engem Zusammenwirken mit der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, leistet die NVA einen wichtigen Beitrag zum militärischen Schutz der westlichen Grenze der sozialistischen Staatengemeinschaft und sichert sie die sozialistischen Errungenschaften und die Souveränität der DDR vor imperialistischen Aggressionsversuchen. Sie wirkt im Rahmen der vereinten Militärmacht des sozialistischen Verteidigungsbündnisses als friedenserhaltender Faktor in Europa." (S. 271)

führenden Rolle der Sowjetunion“²⁷¹ gemeinsam “mit der Sowjetarmee und den anderen Bruderarmeen des Warschauer Vertrages, insbesondere in engem Zusammenwirken mit der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, einen wichtigen Beitrag zum militärischen Schutz der westlichen Grenze der sozialistischen Staatengemeinschaft [zu leisten].“²⁷² Die auf den Prinzipien des “sozialistischen Internationalismus” beruhende sozialistische Waffenbrüderschaft war nicht nur “ein wesentlicher Faktor der militärischen Überlegenheit des Sozialismus über den Imperialismus...”, sondern auch “der Sicherung friedlicher Bedingungen des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus...”²⁷³

Daß dies alles nicht unbedingt deckungsgleich war, und vor allem der letzte Punkt im Rahmen der Breschnew-Doktrin den Sowjets eine Blanko-Vollmacht für militärische Aktionen bei den eigenen Bündnispartnern ausstellte, wurde manchen NVA-Militärs angeblich erstmals im August 1968 bei der Niederschlagung des “Prager Frühlings” bewußt, anderen 1981 bei der drohenden Intervention der WVO in Polen.²⁷⁴

Aus anderem Blickwinkel müssen wohl auch der politischen Führung der DDR Bedenken gekommen sein. Honecker, im Kriegsfall als “Oberster Befehls-

²⁷¹ Ministerium für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Militärlexikon, a.a.O., Stichwort “sozialistische Waffenbrüderschaft”, S. 344

²⁷² Ebda., Stichwort “Nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik”, S. 271

²⁷³ Ebda., Stichwort “sozialistische Waffenbrüderschaft”, S. 344

Vgl. auch die wesentlich detailliertere Beschreibung in: Sowjetische Militärenzyklopädie, Auswahl, 1. Auflage, Moskau 1976, in der deutschen Übersetzung beim Militärverlag der deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1979, Heft 7, Stichwort “Waffenbrüderschaft”, S. 103 ff

Die Sowjetische Militärenzyklopädie wurde seit 1976 vom sowjetischen Verteidigungsministerium herausgegeben, die Ausführungen zu wesentlichen militärischen Stichworten wie der sowjetischen Militärdoktrin, der “Kriegskunst”, der Strategie und Taktik, den Streitkräften etc. konnten insofern als autorisiert gelten, zumal auch die Autoren in der Regel Spitzenmilitärs bzw. ausgewiesene Experten waren. Die Militärenzyklopädie kann von daher als authentische Quelle gelten und bei Berücksichtigung der sowjetischen Geheimhaltungsmanie bezüglich militärischer Informationen wohl auch als eine der wichtigsten. Entsprechend häufig wird sie zitiert, wenn es darum geht, die sowjetische Sicht der Dinge darzustellen. Da die verschiedenen Ausgaben nicht immer das gleiche Erscheinungsjahr haben und manchmal auch Veränderungen der politischen/militärischen Linie widerspiegeln, wird das Erscheinungsjahr jeweils mit angegeben.

²⁷⁴ Vgl. W. Wünsche, Handlungen und Haltungen der NVA in Vorbereitung und Durchführung der Intervention gegen die CSSR durch Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages, in: A. Prüfert (Hrsg.), Die nationale Volksarmee im kalten Krieg. Militärisches Denken und Handeln an Schnittpunkten des kalten Krieges. Zur Rolle der NVA in internationalen Krisen- und Konfliktsituationen. (Wissenschaftliches Seminar vom 13.-15.Juni 1994), Bonn 1995, S. 59-75; vgl. auch Rüdiger Wenzke, Von Zustimmung bis Verweigerung. Zur Haltung der NVA-Angehörigen im August 1968, Ebda., S. 89-99; vgl. auch W. Markus, Die NVA und die Ereignisse in Polen 1980/ 81, Ebda., S. 101-113.

haber²⁷⁵ verantwortlich für die "operative Führung des Landes", soll im Blick auf die 1987 geänderte WVO-Militärdoktrin²⁷⁶ befürchtet haben, daß die DDR in der Planung der sowjetischen Militärs nur noch als strategisches Vorfeld eine Rolle spiele.²⁷⁷ Die Annahme war wohl nicht so falsch. Aus der Umstellung auf die neue "Verteidigungsdoktrin" ergab sich zwangsläufig als Konsequenz, daß das DDR-"Territorium" in der Anfangsphase eines Krieges zu einem, wenn nicht zu dem zentralen Raum des "Kriegsschauplatzes" werden mußte.²⁷⁸ Das galt

²⁷⁵ Vgl. das "STATUT des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik" v. 1.11.1981 im Punkt I.6.(1): "In einer Spannungsperiode, zur Durchführung der Mobilmachung des Landes und im Verteidigungszustand ist der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates Oberster Befehlshaber aller bewaffneten Kräfte der DDR..."

²⁷⁶ Ost-Berliner Erklärung zur Militärdoktrin der WVO-Staaten vom Mai 1987, die in ihrem militärpolitischem Teil den defensiven Charakter der Ziele des Bündnisses hervorhebt und auf die militärischen Ziele bezogen erstmals nicht mehr die traditionelle sowjetische Offensivstrategie proklamiert, sondern den Streitkräften des sozialistischen Bündnisses die Aufgabe "zuverlässige Verteidigung" zuweist. Dafür würde es reichen, wenn die Kräfte zur Abwehr einer Aggression "hinlänglich" wären. So vage und in sich widersprüchlich diese Absichtserklärungen zunächst auch noch waren, in den folgenden Jahren sollten sie militärtechnisch umgesetzt werden und in den Plänen für den operativen Einsatz der Streitkräfte, für die Gliederung und Bewaffnung, für die Mobilmachung, die infrastrukturelle Vorbereitung etc. ihren Niederschlag finden.

Auf die DDR bezogen war die Ausarbeitung der entsprechenden "Doktrin" bzw. der Planungsunterlagen für die Abwehr der "imperialistischen Aggression" bei Kriegsbeginn eine bis zuletzt ungelöste Aufgabe. Der in der NVA (DDR) mit der operativen Planung befaßte Generalmajor Deim äußerte im Gespräch mit dem Verf. (4.1.1992), die geringe West-Ost Ausdehnung der DDR habe die Staffellung des Streifensystems außerordentlich problematisch gemacht. Man habe der von der politischen Führung geforderten Verteidigung unmittelbar an der Grenze zwar zugestimmt, es sei aber klar gewesen, daß sich diese Forderung wohl kaum hätte einlösen lassen.

²⁷⁷ So General Deim im Gespräch mit dem Verfasser (17.4.1992); vgl. auch H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, in: M. Backerra (Hrsg.), NVA - Ein Rückblick auf die Zukunft..., a.a.O., S. 311-331, hier S. 317

²⁷⁸ Der Terminus "Kriegsschauplatz" bezeichnet ein "Territorium mit anliegenden Randmeeren sowie darüber befindlichem Luft- und kosmischem Raum (kontinentaler Kriegsschauplatz) oder ozeanisches Aquatorium mit Inseln und anliegenden Festlandsküsten sowie darüber befindlichem Luft- und kosmischem Raum (ozeanischer Kriegsschauplatz), auf dem oder in dem strategische Gruppierungen der Streitkräfte ... Kampfhandlungen zur Verwirklichung bedeutender militärpolitischer und strategischer Ziele des Krieges ... durchgeführt werden." (vgl. Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Militärlexikon, Berlin 1973, S. 194; vgl. auch Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., Berlin 1983, Heft 24, S. 103 ff, Stichwort "Kriegsschauplatz")

Der sowjetischen Militärdoktrin entsprechend gab es 9 kontinentale und 4 ozeanische Kriegsschauplätze. Der Europäische Kriegsschauplatz untergliederte sich dabei in den Nordwestlichen, Westlichen und Südwestlichen. Der Deutschland und den größten Teil Westeuropas betreffende "Kriegsschauplatz West" war wiederum in 2 Strategische Richtungen -norddeutsche/süddeutsche- geteilt, die sich ihrerseits in 6 Operationsrichtungen gliederten (vgl. dazu H. Frank, Die Westgruppe der Truppen (WGT), in: K.

allerdings auch schon bis dahin – es sei denn, man hätte sich in der DDR der Illusion hingeben wollen, „...im Falle einer imperialistischen Aggression an der Seite der Sowjetunion und der verbündeten sozialistischen Armeen den Feind auf seinem Territorium zu vernichten...“²⁷⁹ und dabei das eigene weitgehend schonen zu können.

So letztlich unwahrscheinlich, weil in der Eskalation zum und im Kernwaffenkrieg unkontrollierbar, ein militärischer Konflikt zwischen WVO und NATO in Zentraleuropa war²⁸⁰, in den militärstrategischen Konzepten und Planungen beider Seiten galt er als reale Möglichkeit. Die UdSSR bereitete sich und ihre osteuropäischen Bündnisstaaten mit aller Konsequenz darauf vor, einen solchen Krieg „erfolgreich“ führen zu können, sowohl mit konventionellen Mitteln als auch als Kernwaffenkrieg.²⁸¹ Dabei spielte die DDR in der militärstrategischen Planung

Naumann (Hrsg.), NVA - Anspruch und Wirklichkeit, a.a.O., S. 331-350, hier S. 333. Siehe auch die Übersicht über den Westlichen Kriegsschauplatz als Karte, Anlage 2).

Es ist bemerkenswert, daß sich in der sowjetischen Militärenzyklopädie unter dem Stichwort "Kriegsschauplatz" zwar eine Aufzählung der NATO-Abschnitte Nord-, Zentral- und Südeuropa findet, aber kein einziges Wort zu den Kriegsschauplätzen der WVO-Streitkräfte (aus dem Militärlexikon der DDR ist weder zum einen noch zum anderen etwas dazu zu erfahren).

²⁷⁹ Vgl. Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Militärlexikon, a.a.O., S. 344

²⁸⁰ Vgl. dazu die Ausführungen weiter unten

²⁸¹ "Die sowjetische Militärstrategie hält es für möglich, daß ein Weltkrieg mit dem ausschließlichen Einsatz konventioneller Waffen beginnen und eine gewisse Zeitlang so geführt werden kann. Eine Eskalation der Kriegshandlungen kann jedoch zu einem Hinüberwachsen in einen allgemeinen Kernwaffenkrieg führen, deren Hauptmittel Kernwaffen, vor allem strategische, sein würden. Der sowjetischen Militärstrategie liegt das Leitprinzip zugrunde, daß die Sowjetunion entsprechend ihrer Friedenspolitik solche Waffen nicht als erste einsetzen wird. Sie ist prinzipiell gegen den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln. Jedem beliebigen möglichen Aggressor muß aber völlig klar sein, daß ihm im Falle eines Raketenkernwaffenüberfalls auf die Sowjetunion oder andere Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ein vernichtender Antwortschlag versetzt werden wird. Angesichts der modernen Vernichtungsmittel wird ein weltweiter Kernwaffenkrieg verhältnismäßig kurz dauern. Berücksichtigt man die gewaltigen militärischen und ökonomischen Potenzen der kriegführenden Staatenkoalitionen, dann ist es jedoch nicht ausgeschlossen, daß er auch länger dauern kann. Die sowjetische Militärstrategie geht davon aus, daß in dem Falle, daß der Sowjetunion ein Kernwaffenkrieg aufgezwungen wird, das Sowjetvolk und seine Streitkräfte zu harten und lang währenden Prüfungen bereit sein müssen..." (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 25, Stichwort "Militärstrategie", S. 53 f)

Wie man sich einen solchen Kernwaffenkrieg vorzustellen hatte, wird beschrieben in W. D. Sokolowski, "Militärstrategie": "Vom Gesichtspunkt der Mittel des bewaffneten Kampfes her gesehen, würde ein dritter Weltkrieg in erster Linie ein Raketenkernwaffenkrieg sein... Die Hauptmethode der Kriegführung würden massierte Raketenkernwaffenschläge sein, die mit folgendem Ziel geführt würden: die Kernwaffenangriffsmittel des Gegners zu vernichten und zugleich seine lebenswichtigen Objekte, die seine militärische, politische und ökonomische Macht ausmachen, zu zerstören, seinen Widerstandswillen niederzuhalten und den Sieg in möglichst kurzer Zeit zu erringen... Die Raketenkernwaffen und andere Kampfmittel bieten die Möglichkeit, die Kriegsziele in

relativ kurzer Zeit zu erreichen. Deshalb liegt es im Interesse der Sowjetunion und des gesamten sozialistischen Lagers, Mittel und Methoden des bewaffneten Kampfes zu entwickeln und zu vervollkommen, die den Sieg über einen Aggressor in möglichst kurzer Zeit, im Zuge eines schnell verlaufenden Krieges ermöglichen. Der Krieg kann sich aber auch in die Länge ziehen, was lang andauernde und äußerste Anstrengungen von Armee und Volk erfordern würde. Deshalb ist es notwendig, auch zur Führung eines lang andauernden Krieges bereit zu sein und für diesen Fall Reserven an Menschen und Material vorzubereiten." (Autorenkollektiv unter Leitung von Marschall der Sowjetunion W.D.Sokolowski, Militärstrategie, Moskau 1963, 2.berichtigte und ergänzte Auflage, in der deutschen Übersetzung Deutscher Militärverlag Berlin 1965, S. 266)

Man könnte glauben, daß diese Aussage aus dem Jahre 1963 durch die politische Entwicklung überholt gewesen seien. Dem war wohl nicht so. Eine "Entwicklung" ergab sich aus der Einführung neuer Waffen- und Gerätetechnik (Entwicklung neuer nuklearer und nichtnuklearer Präzisionswaffen, automatisierte Führungs- und Aufklärungssysteme, neue Generationen von Flugzeugen, Panzern, Hubschraubern, Artilleriesystemen, Panzer- und Flugabwehrwaffen, Einführung von Neutronenmunition bei den atomaren Gefechtsfeldwaffen, etc.) Die Veränderungen in der Bewaffnung und Technik und die sich aus dem komplexen Einsatz der modernen Kampfmittel ergebenden Möglichkeiten für die Bekämpfung des Gegners -gerade auch beim Gegner selbst- hatten unmittelbaren Einfluß auf die militärdoktrinen Vorstellungen, auf die Gefechts-Konzeptionen wie auch auf die Kriegführung insgesamt. Die wirkten sich wiederum auf die Ausrüstung, Struktur, Ausbildung, Führung usw. der Streitkräfte und auf alle anderen Faktoren der Vorbereitung des Landes auf einen Krieg aus.

Es dürfte davon auszugehen sein, daß das Umschwenken in der sowjetischen Militärdoktrin (1987) von "Angriff" auf "Verteidigung" nicht als eine ausschließlich politische Aktion zu sehen, sondern auch aus militärischer Sicht indiziert war (das war jedenfalls der Tenor eines Gesprächs des Verf. mit Generalmajor Deim am 17.4.92, in dem D. besonders auf die Rolle der Präzisionswaffen und die vermutete Überlegenheit der von ihm als kampfstark eingeschätzten taktischen NATO-Fliegerkräfte einging. Die Beherrschung des Luftraumes beeinflusse den Verlauf der Gefechts-handlungen in der ganzen Tiefe der Operationen und des gesamten Kriegsschauplatzes in einem solchen Maße, daß es fraglich gewesen sei, ob unter diesen Bedingungen der raumgreifende Angriff bei hohem Tempo und einem schnellen Ablauf der Gefechts-handlungen überhaupt noch möglich gewesen sei . Vgl. in diesem Zusammenhang auch W. Deim, Strategisches, operatives und taktisches Denken in der NVA, in: W. Jablonsky, W. Wünsche (Hrsg.), Im Gleichschritt? Zur Geschichte der NVA, Berlin 2001, S. 120 – 151, hier S. 144 f.

Die in den achtziger Jahren laufende Umrüstung in den Streitkräften der USA und der NATO stellte einen qualitativen Sprung dar und im Zusammenspiel mit der sich in Richtung konventioneller Kriegsführungsfähigkeit verändernden Doktrin einen militärischen Entwicklungsprozeß, auf den das östliche Bündnis erst einmal reagieren mußte. "Völlig klar ist, daß der moderne Ausrüstungsstand des wahrscheinlichen Gegners und seine Theorie von der Luft-Land-Operation (gemeint ist die Air-Land-Battle Konzeption der US-Streitkräfte, d. Verf.) wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der Taktik ausübten." (Autorenkollektiv unter der redaktionellen Leitung von Generalleutnant Prof. Dr. W.G. Resnitschenko, TAKTIK, Moskau 1987, in der deutschen Übersetzung: Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik (VEB), Berlin 1988, S. 45)

Der Einfluß betraf nicht nur die Taktik, sondern das Kriegsbild insgesamt, allerdings keineswegs in dem Sinne, daß die Waffenwirkung im Vergleich zu den sechziger Jahren weniger verheerend gewesen wäre. Das Taktiklehrbuch Resnitschenkos zeigt, daß bei aller Veränderung –das Buch ist aus dem Jahr 1987!– unverändert der Kampf mit nuklearen Einsatzmitteln als wahrscheinlich galt. Es hieß zwar "Es sind sowohl Gefechts-handlungen mit Kernwaffeneinsatz als auch mit ausschließlich konventionellem

der sowjetischen Führung eine zentrale Rolle. Sie war im Rahmen des strategischen Gesamtkonzeptes für den Kriegsschauplatz West der größte Aufmarsch- und Konzentrierungsraum bzw. nach der neuen Militärdoktrin von 1987 "operative Zone der Verteidigung" der WVO-Streitkräfte.

Mit anderen Worten, bei Kriegsausbruch hätte sich die DDR –wie ihr Gegenüber Bundesrepublik– als "Raum intensivster Kampfhandlungen"²⁸² von Beginn an im Brennpunkt des militärischen Geschehens befunden – angesichts des zu erwartenden Szenarios allerdings wohl nur noch als "Territorium".²⁸³ Auf diese nach Auffassung der sowjetischen und NVA-Militärs²⁸⁴ durchaus beherrschbare

Waffeneinsatz möglich." (S. 42), aber: "Die intensive Weiterentwicklung der Kernwaffen und ihrer Einsatzmittel beim Gegner sowie die schnelle Steigerung der Anzahl von Kernmunition, die auf dem Gefechtsfeld zum Einsatz kommen kann, lassen folglich den Schluß zu, daß die Kernwaffen auch weiterhin das stärkste und hauptsächlichliche Vernichtungsmittel des Gegners bleiben und in einem Kernwaffenkrieg entscheidenden Einfluß auf den Charakter und die Methoden des Gefechts nehmen werden." (S. 23).

Vgl. auch die gegenteilige Ansicht bei H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 324: "... Ab Mitte der siebziger Jahre schlossen Übungen mit Kurzaufgaben zur analytischen Bewertung von Kernwaffenschlägen der NATO, ohne daß die eigene Reaktion durchgespielt wurde. Ab Mitte der achtziger Jahre war der Einsatz eigener Kernwaffenschläge nicht mehr Gegenstand der Planungsarbeit der Stäbe." Anders K. Harms, Im Oberkommando der Vereinten Streitkräfte, a.a.O., S. 351 f: "...Denn als feststehende Doktrin galt nunmehr (gemeint ist seit den sechziger Jahren, d. Verf.) die These: ein möglicher Krieg zwischen den Großmächten wird unvermeidbar zum uneingeschränkten Kernwaffeneinsatz führen. Dieser Grundgedanke lag abgeschwächt, modifiziert oder verbrämt jeglicher militärischen Planung bis in die jüngste Zeit zugrunde. Alle großen Übungen unter der Leitung des Stabes der VSK enthielten - bis zur Annahme der neuen Militärsdoktrin 1987- eine Etappe Kernwaffenkrieg..."

Vgl. auch H.-H. Basler, Das operative Denken in der NVA, in: D. Farwick (Hrsg.), Ein Staat - Eine Armee, a. a. O., S. 75 f. Nach Basler soll in der NVA noch, bzw. schon wieder, 1988 und 1989 der Kernwaffeneinsatz geübt worden sein.

²⁸² H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 325

²⁸³ Ebda., Deim schließt von der NATO-Übung Wintex/Cimex 1989, bei der 6 von 30 nuklearen Gefechtsköpfen der DDR gegolten hätten, auf die Rolle der DDR in der NATO-Zielplanung für den Ernstfall und kommt auf 800 Kernwaffenschläge. "Sie hätten in der DDR zu personellen Verlusten in den Streitkräften und unter der Zivilbevölkerung in einer Größe von 40 bis 60 Prozent geführt. Bekämpft worden wären 40 bis 60 Prozent aller Bataillone, Raketen- und Artilleriesysteme, Flugzeuge und Panzer mit insgesamt 40 bis 50 Prozent unwiderbringlichen Verlusten. 80 Prozent des Territoriums wären aktiviert worden. Auf einem Viertel der Gesamtfläche hätten Brände getobt."

Vgl. auch die anlässlich der Übung "Sojus 83" angenommenen/aufgelisteten Schäden und Verluste in der DDR, in H.-H. Basler, Das operative Denken in der NVA, a.a.O., Dokument VI 2/1 - VI 2/4, S. 193-196)

²⁸⁴ H. W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 319 f; Deim schreibt -auf die "Verteidigung als wirksamste Form der Abwehr" bezogen- allen Ernstes: "Sie bot Gewähr für den Schutz des Landes sowie einen überschaubaren und daher beeinflussbaren Ablauf der Ereignisse." Vgl. dazu die vorherige Fußnote. Vgl. hinsichtlich der sowjetischen Vorstellungen auch: Autorenkollektiv der Militärakademie "M.W. Frunse" unter der Redaktion von Generalmajor W.G. Resnitschenko, Taktik des allgemeinen Gefechts im Kernwaffenkrieg, Moskau 1966, in der deutschen Übersetzung: Deutscher Militärverlag, Berlin 1971

militärische Situation hin wurden in der DDR von sowjetischer Seite die Vorkehrungen für den Kriegsfall mit äußerstem Nachdruck betrieben.

Die Begründung dafür gaben die angeblichen Kriegsvorbereitungen und die Politik des Hochrüstens der USA und der NATO-Staaten²⁸⁵, die die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten dazu zwingen würden, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Verteidigung der sozialistischen Gemeinschaft zu stärken "...und die Zerschlagung jedweden Aggressors zu gewährleisten."²⁸⁶

Aus ideologischer Sicht rechtfertigte sich die Vorbereitung der sozialistischen Staaten auf den Krieg der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg folgend vom Ziel her, die nie auszuschließende "imperialistische Aggression" und den dadurch drohenden Weltkrieg zu verhindern.²⁸⁷ In den dazu getroffenen Rüstungsmaßnahmen, den militärstrategischen Konzepten und insbesondere in dem "offensiven Überhang" des Militärpotentials der WVO sah die Gegenseite vice versa die Bedrohung ihrer Sicherheit. Die strategische Grundkonzeption der Sowjetunion, führe, so das Bundesverteidigungsministerium in seinem "Weißbuch 1985", "...zwangsläufig zu einem Streben nach militärischer Überlegenheit über den Westen und damit zu einer faktischen Bedrohung der westlichen Sicherheit."²⁸⁸

²⁸⁵ "Die USA verfolgen das Ziel, das Gebiet, die Streitkräfte, die Rüstungsindustrie und das Bevölkerungspotential Westeuropas für ihre aggressiven Ziele und eigennützigen Interessen zu nutzen, indem sie Westeuropa zu einem Aufmarschgebiet für Aggressionen herrichten. Gleichzeitig trachten die USA danach, mit Hilfe der NATO ihren politischen, ökonomischen und militärischen Einfluß auf Westeuropa zu stärken. Die NATO-Mitgliedstaaten, die die Kriegsvorbereitung in allen Bereichen betreiben -im militärischen, wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Bereich-, heizen ein in seinen Ausmaßen bespiellooses Wettrüsten an..." (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 19, Stichwort "NATO", S. 7)

²⁸⁶ Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 5, Stichwort "Krieg", S. 41

²⁸⁷ "Die wichtigste Schlußfolgerung lautet, daß, solange der Imperialismus existiert, auch die Gefahr von Aggressionskriegen bestehen bleibt. Die Frage von Sein oder Nichtsein des Krieges wird im Kampf aller Friedenskräfte gegen den aggressiven Imperialismus gelöst. Die Notwendigkeit dieses Kampfes wird durch den Umstand bekräftigt, daß ein neuer Weltkrieg, sollte es den Imperialisten gelingen, ihn zu entfesseln, viele Länder und Völker in seinen Sog reißen und ein großes Unglück für die ganze Menschheit bedeuten würde...Deshalb sind die Anstrengungen der Völker darauf gerichtet, einen Kernwaffenkrieg, einen neuen Weltkrieg überhaupt zu verhindern, ihn nicht ausbrechen zu lassen. Die Hauptrolle spielen dabei die sozialistischen Länder, ihnen voran die UdSSR..." (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 5, Stichwort "Krieg", S. 40 f)

²⁸⁸ Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1985. Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1985, S. 44.

Genau dasselbe behauptete man von östlicher Seite: "...Sie (die NATO-Mitgliedsstaaten, d. Verf.) wenden sich gegen weitere Reduzierungen von Kernwaffen im europäischen NATO-Bereich und erstreben nach wie vor militärische Überlegenheit..." (DDR-Verteidigungsminister H. Keßler im Neuen Deutschland v. 9.8.1988). "...Im Unterschied zur Militärstrategie imperialistischer Staaten, die offen das Wettrüsten und die Herstellung einer militärtechnischen Überlegenheit propagieren, geht die sowjetische Militärstrategie von der Notwendigkeit aus, die sowjetischen Streitkräfte mit allem für die Landesverteidigung und die Zerschlagung eines Aggressors Erforderlichen auszurüsten und die Streitkräfte auf einem Niveau zu halten, das die Sicherheit der Heimat

Die Vorbereitung der DDR und der in ihr stationierten sowjetischen und NVA-Streitkräfte auf den Kriegsfall erweckte allerdings auch in keiner Weise den Eindruck, es handle sich im wesentlichen um eine auf die grenznahe Verteidigung ausgerichtete Defensivkonzeption. Im Gegenteil, die Vorstellungen zum Kriegsbild und zur Kriegsführung wurden in erster Linie durch das Leitprinzip der sowjetischen Militärdoktrin und -strategie geprägt, als Hauptart strategischer Kriegshandlungen sei die Offensive zu betrachten.²⁸⁹ Es ging nicht darum, im

garantiert. Die sowjetische Militärstrategie berücksichtigt die Möglichkeiten der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten, eine militärtechnische Überlegenheit des wahrscheinlichen Gegners zu verhindern. Sie stellt sich jedoch nicht das Ziel, eine militärtechnische Überlegenheit über andere Länder zu erzielen..." (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 25, Stichwort "Militärstrategie", S. 53)

Anzumerken wäre allerdings, daß das Streben der Sowjetunion nach militärischer Überlegenheit an anderer Stelle gar nicht bestritten wird. Was man dem Westen und speziell den USA vorwarf, nahm man für sich selbst in Anspruch: "Die Sicherung der militärischen Überlegenheit des Sozialismus über den Imperialismus ist die wichtigste Aufgabe, die sich für die sowjetischen Streitkräfte aus ihrer Mission ergibt, den Ausbruch eines dritten Weltkrieges zu vereiteln." (Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Militärlexikon, a.a.O., Stichwort "Streitkräfte der UdSSR", S. 356);.

289

Das Prinzip galt prinzipiell auf allen Ebenen bis hinunter zur Kompanie; vgl. Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 14, Stichwort "Angriff, Offensive", S. 28: "Angriff, Offensive", Hauptkampfort, deren Ziel darin besteht, den Gegner zu zerschlagen und wichtige Geländerräume (abschnitte, -objekte) einzunehmen. Die Offensive umfaßt die Vernichtung des Gegners mit allen zur Verfügung stehenden Kräften. ..." Vgl. auch: "Die sowjetische Militärdoktrin geht von der Vielfalt der Formen und Methoden der Lösung militärischer Aufgaben in einem möglichen Krieg aus. Zugleich mit dem Angriff als entscheidender Art von Kampfhandlungen erkennt sie auch die Gesetzmäßigkeit der Verteidigung auf strategischer, operativer und taktischer Ebene an. Jedoch gilt die Verteidigung in der sowjetischen Militärdoktrin als zeitweilige und aufgezwungene Kampfort, die vorwiegend in solchen Richtungen und Fällen angewendet werden kann, in denen die Kräfte und Mittel nicht ausreichen und es unerläßlich ist, Zeit für ihre Konzentrierung zu gewinnen sowie Bedingungen für den nachfolgenden Übergang zur entschlossenen Offensive zu schaffen." (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 12, Stichwort "Militärdoktrin", S. 13) In einer neueren Version: "Die sowjetische Militärstrategie, die den Angriff als Hauptart strategischer Handlungen betrachtet, respektiert zugleich die Rolle der Verteidigung im Krieg... Dabei herrscht die Meinung vor, daß die Verteidigung auf jeder Ebene aktiv zu sein und Bedingungen für den Übergang zum Angriff (zur Gegenoffensive) zu schaffen hat, um den Gegner vollständig zu zerschlagen." (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 25, Stichwort "Militärstrategie", S. 55)

Vgl. auch den "Klassiker" W. D. Sokolowski, Militärstrategie, a.a.O., S. 390: "Angriffsoperationen werden auch in einem künftigen Krieg das Hauptmittel zur Lösung der Aufgaben des bewaffneten Kampfes auf den Landkriegsschauplätzen sein. Sie werden durch Fronten, allgemeine Armeen, Panzerarmeen und Luftarmeen durchgeführt werden. Die Hauptrolle bei der Lösung der Kampfaufgaben einer Angriffsoperation werden die operativ-taktischen Raketentruppen und die Frontfliegerkräfte, die Kernwaffen einsetzen, sowie die Panzer, die motorisierten Schützen- und die Luftlandtruppen spielen. ... In einem modernen Krieg kann die Verteidigung auf den Landkriegsschauplätzen angewendet werden, um Zeit zu gewinnen, Kräfte zu sparen, einen errungenen Erfolg zu festigen, und in einigen Fällen auch, um einen Angriff überlegener gegnerischer Kräfte abzuschlagen. Dennoch ist sie eine erzwungene Kampfort. Zu ihr

Falle eines Angriffs den militärischen Konflikt einzudämmen oder wenigstens zu begrenzen, etwa den Gegner auf den Status quo ante zurückzuwerfen. Das Ziel lag erklärtermaßen darin, in einer entschlossenen, strategisch großräumigen Offensive „...jeden beliebigen Aggressor zu zerschlagen“ und „sowohl die Streitkräfte als auch das ökonomische Potential des Gegners in der gesamten Tiefe seines Territoriums zu vernichten“²⁹⁰, den Krieg zu gewinnen.

nimmt man nur dann Zuflucht, wenn sich die Lage durch einen Angriff nicht zum eigenen Vorteil verändern läßt und wenn die Kernladungen verbraucht sind."

Vgl. auch W.G. Resnitschenko, TAKTIK, a.a.O., S. 47 f: "Der Angriff ist die grundlegende Art des Gefechts. Er ist von entscheidender Bedeutung für den Sieg im Gefecht...Die Verteidigung ist eine Gefechtsart, die zum Ziel hat, den Angriff (Schlag) überlegener Kräfte des Gegners abzuwehren, ihm bedeutende Verluste zuzufügen, wichtige Räume (Abschnitte, Objekte) zu halten und damit günstige Voraussetzungen für den Übergang zum entschlossenen Angriff zu schaffen."

Vgl. hinsichtlich der Rezeption in der NVA Generaloberst Goldbach: "Bis weit in die Wirkungszeit der Doktrin der Verhinderung von Kriegen (gemeint ist die Doktrinänderung mit der Ostberliner Erklärung von 1987, d. Verf.) galt der Angriff –die strategische Angriffsoperation– als dominierende Hauptkampfform ... Erst die mit der Perestroika sich durchsetzende Doktrin der Kriegsverhinderung gab solchen Theorien (gemeint ist die "strategische Verteidigung", d. Verf.) Raum, sodaß diese nach 1987 bestimmend wurden, ohne die Angriffsoperationen, vor allem aus Gegenschlägen in Gegenoffensiven überwachsende, auszuschließen ..." (J. Goldbach, Die Nationale Volksarmee ..., a. a. O., S. 136 f)

So sehr man sich in seinen militärstrategischen Auffassungen auch sonst im Laufe der Jahre den politischen Rahmenbedingungen und den militärtechnischen Veränderungen anpaßte, eben bis hin zur Modifizierung der Militärdoktrin in Richtung "Verteidigung", im Endeffekt blieb für die sowjetischen Militärs der "Angriff" das Mittel der Wahl, offiziell bis zur Doktrinänderung 1987, als Folge der schleppenden Umsetzung des militärischen Teils der Doktrin letztlich aber noch bis in die neunziger Jahre. Durch die Äußerungen führender Repräsentanten der Streitkräfte zog sich auch lange nach der Doktrinänderung noch wie ein roter Faden die Forderung, auch in der "Verteidigung" seien alle Bedingungen für den Übergang zum Angriff, zur Gegenoffensive, zu schaffen. Dementsprechend geisterte in den Köpfen der Militärs denn auch weiterhin die seit Jahrzehnten gültige Formel herum, jedwedem Feind sei eine "vernichtende Abfuhr zu erteilen" - dieser Passus stand sogar noch in der Ostberliner Erklärung.

Vgl. dazu W. Lapins, Die Militärpolitik der UdSSR im Urteil ziviler Experten: Gewogen und für kritikwürdig befunden., Studie Nr. 38 der Abteilung Außenpolitik und DDR-Forschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1990, S. 4-19; vgl. auch ders., Durch Militärreform zum Reformmilitär? Sowjetische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Wandel, Kurzpapier Nr.44 der Abteilung Außenpolitikforschung der Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung, Bonn 1990, S. 3-5

Vgl. auch G. Wettig (Hrsg.), Die sowjetische Militärmacht und die Stabilität in Europa, Baden-Baden 1990, S. 15-18; vgl. auch O. Diehl/ A. Krakau, Die Militärexperten der sowjetischen Westforschungsinstitute und die innersowjetische Strategiediskussion, Ebda., S. 71-90 und dies., Das Militärpotential des Warschauer Paktes in Europa, Ebda., S. 91-135.

²⁹⁰

Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Militärlexikon, a.a.O., Stichwort "Kriegskunst", S. 193

3.2. Zur Beurteilung der Motive und Absichten der sowjetischen "Verteidigungs"-Konzeption

Der aggressive Charakter der sowjetischen Militärdoktrin, die hohe Truppen- und Waffenkonzentration und die Einsatzbereitschaft und Kampfkraft der militärischen Kräfte in der DDR trugen als zweifellos bedrohlich wirkende Demonstration militärischer Stärke wesentlich dazu bei, das Ost-West Verhältnis in der Schwebe zwischen feindseliger "Entspannung" und der Furcht vor einer neuen Kriegsgefahr zu halten. Nur ließ sich aus der Vorbereitung der Sowjetunion darauf, einen konventionellen und ggf. auch Kernwaffenkrieg führen zu können, nicht darauf schließen, ihn auch führen zu wollen. Auch wenn man das grundlegende Axiom "sozialistischer Friedenspolitik", von den Staaten des sozialistischen Bündnisses werde niemals eine militärische Aggression ausgehen²⁹¹, angesichts früherer oder aktuellerer sowjetischer Militäraktionen nicht hätte gelten lassen wollen, die bisher zugänglichen Dokumente geben nicht mehr her, als daß sich die sowjetische Kriegsplanung in Europa auf die Abwehr und die Zerschlagung des Gegners -in dieser Reihenfolge- bei einer "imperialistischen Aggression" durch die NATO bezog. Anderes geht auch aus den Aussagen früherer NVA-Offiziere nicht hervor: In den Streitkräften habe es keinerlei Zweifel gegeben, als Gegengewicht zu der als aggressiv eingeschätzten NATO zum Schutz des "sozialistischen Vaterlandes" und zur Bewahrung des Friedens²⁹²

²⁹¹ "Die sowjetische Militärstrategie trägt wie die sowjetische Militärdoktrin überhaupt konsequenten Verteidigungscharakter. Sie sieht keine Präventivschläge und auch keine Überfälle vor. Ihre Hauptaufgaben bestehen in der Erarbeitung von Methoden zur Abwehr des Überfalls eines Aggressors und zu seiner Zerschlagung mit entschlossenen Handlungen. ... Die sowjetische Militärstrategie geht von den Möglichkeiten aus, daß gegenwärtig ein Krieg verhindert werden kann. Zugleich aber berücksichtigt sie die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Staaten und die aus ihrer aggressiven Politik herrührende Gefahr eines Kriegsausbruchs." (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 25, Stichwort "Militärstrategie", S. 52 f); vgl. auch die in der sowjetischen Militärenzyklopädie zitierte Aussage Breschnews "...Unser Land wird niemals den Weg der Aggression beschreiten und niemals das Schwert gegen andere Völker erheben. (Neues Deutschland vom 19.1.1977)" (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 12, Stichwort "Militärdoktrin", S. 12

²⁹² Dieses Selbstverständnis nehmen ausnahmslos alle NVA-Offiziere für sich und die Armee in Anspruch, die sich in den folgenden Büchern mit Beiträgen zur Nationalen Volksarmee zu Wort gemeldet haben: D. Bald, Die Nationale Volksarmee, a.a.O.; D. Bald / R. Brühl / A. Prüfert (Hrsg.), Nationale Volksarmee - Armee für den Frieden, Baden-Baden 1995; M. Backerra (Hrsg.), NVA - Ein Rückblick auf die Zukunft..., a.a.O.; D. Farwick (Hrsg.), Ein Staat - Eine Armee. Von der Bundeswehr zur NVA, a.a.O.; T. Hoffmann, a. a. O.; Vgl. auch J. Schunke, Militärpolitische und -strategische Vorstellungen der Führung der NVA in der Zeit der Block-Konfrontation, in: D.Bald/R.Brühl/A.Prüfert (Hrsg.), Nationale Volksarmee, a.a.O., S. 37-56, hier S. 44: "...Für die Führung der DDR war es ein Axiom, daß keine andere Form der Entstehung eines Krieges in Mitteleuropa möglich sei als ein Angriff durch die BRD mit oder ohne Beteiligung anderer NATO-Staaten bzw. des gesamten westlichen Paktsystems.

Ein zweites Axiom war es, daß die Sowjetunion niemals als erste Seite Kernwaffen oder andere Massenvernichtungsmittel einsetzen würde. Damit war von vornherein klar, daß die Initiative und damit der Vorteil der Überraschung nach Zeit, Ort und Ziel militärischer Aktionen immer beim Gegner liegen würde, woraus sich wiederum die

auf Wacht zu stehen - einer "objektiv gesetzmäßigen Notwendigkeit" solange die dem Sozialismus feindliche kapitalistische Umwelt noch existierte.²⁹³

Die angeblich vom "Weltimperialismus" und den "Kräften der Konterrevolution" ausgehende Kriegsgefahr wurde dabei offensichtlich nicht als ideologisches Versatzstück im Sinne der üblichen Politpropaganda gesehen. Von der UdSSR sei, so Generalmajor Deim –als "Chefstrategie" der NVA über das militär-strategische Denken der sowjetischen Vormacht im Bilde– "...der Überraschungsschlag von allen, sie wie einen Dreiviertelkreis umgebenden Stützpunkten, Basen und Territorien..." als eine sehr reale Gefahr eingeschätzt worden.²⁹⁴

Dieses Bild der von allen Seiten durch die "Aggressionspolitik des internationalen Imperialismus" bedrohten sozialistischen Gemeinschaft dürfte zu einem nicht geringen Teil Ausdruck eines übersteigerten militärischen Sicherheitsdenkens gewesen sein, dessen Wurzeln bis in die Anfangsjahre der sowjetischen Staatsgründung zurückreichten. Die aus dem weltanschaulichen Antagonismus abgeleitete Gefährdung des Sowjetstaates durch die Feinde des Sozialismus, deren vermeintliches Streben danach, die Sowjetunion einkreisen und vernichten zu können, dieses schon jedem Schulkind eingepflichtete, historisch begründete und ideologisch untermauerte Bedrohungsgefühl und die aus ihm gewachsene Mentalität, sich gegen eine Welt voller Feinde behaupten zu müssen, saßen tief, gerade auch in der Sowjetarmee.²⁹⁵

Das galt in einem doppelten Sinne. In der offiziellen Lesart wurde das Bild einer friedfertigen Sowjetunion gezeichnet, die durch den überraschenden, wortbrüchigen Überfall des faschistischen Deutschlands vernichtet werden sollte²⁹⁶, sich aber unter der entschlossenen Führung der KPdSU und dank des "glühenden Patriotismus des Sowjetvolkes und seiner Streitkräfte" als unüberwindbar erwies

große Bedeutung erklärt, die die Sowjetunion und auch die DDR nicht nur in der Rhetorik, sondern auch in den praktischen Anstrengungen der Wahrung einer überlegenen Kampfkraft und einer hohen ständigen Gefechtsbereitschaft beimaßen. Es galt als unabdingbar, dem als potentiellen Aggressor angenommenen NATO-Bündnis ständig die Aussichtslosigkeit militärischer Angriffshandlungen vor Augen zu führen und ihm auch durch für die NATO-Stäbe und Aufklärungsorgane überprüfbare Reaktionszeiten und Reaktionsweisen der Armeen des Warschauer Vertrages deutlich zu machen, daß er keine Chance für überraschende Erfolge habe. Dafür wurde vor allem auch ein solches zahlenmäßiges Kräfteverhältnis angestrebt, das sowohl eine standhafte Verteidigung als auch den möglichst baldigen Übergang zur Gegenoffensive zuließ...".

Die Feststellungen beziehen sich zwar auf die frühen sechziger Jahre, dürften sich aber in der Aussage bis Mitte der achtziger Jahre kaum geändert haben. Diesen Eindruck hat der Verf. im Gespräch mit J. Schunke bestätigt gesehen.

²⁹³ Vgl. Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 13, Stichwort "Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes", S. 80-86

²⁹⁴ H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 317

²⁹⁵ Vgl. beispielsweise K. Harms, Im Oberkommando der Vereinten Streitkräfte, in: M. Backerra, NVA - Ein Rückblick auf die Zukunft, a.a.O., S.333-356, hier S. 350; vgl. auch H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 318f

²⁹⁶ Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 7, Stichwort: Streitkräfte der UdSSR, S. 43

und mit der vollständigen Zerschlagung Deutschlands die Völker Europas von der faschistischen Barbarei befreite. "Die Streitkräfte der UdSSR erwarben sich in den Jahren des zweiten Weltkriegs unsterblichen Ruhm...", so die Sowjetische Militärenzyklopädie, der Krieg habe die Richtigkeit der sowjetischen Militärdoktrin und das hohe Niveau der sowjetischen Kriegskunst bestätigt.²⁹⁷

²⁹⁷

Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 12, Stichwort: Militärdoktrin, S. 11f. Die Einschätzung entspricht der Haltung, die Militärpolitik der KPdSU, die sich in ihrem "klassenmäßigen, zutiefst wissenschaftlichen Herangehen an die Probleme der Verteidigung des sozialistischen Errungenschaften" prinzipiell nicht irren konnte und entsprechend auch noch nie geirrt haben konnte, gebührend anerkennen zu müssen (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 6, Stichwort: Militärpolitik der KPdSU, S. 55-60).

Vgl. dagegen G.Arbatow: "Wenn man einen genauen Bericht der wahrhaft unvergleichlichen Leistungen der Armee und der Nation während des Zweiten Weltkrieges schreiben wollte, müßte man viele bisher unbekannte Fakten ans Tageslicht bringen und vor allem die kritische Frage klären: Warum befanden wir uns zweimal am Rande einer totalen Niederlage - erstmals 1941 und dann 1942 ? Warum mußten wir so schwere Verluste hinnehmen, unvergleichlich größer als die jeder anderen Macht ?" (G. Arbatow, Das System. Ein Leben im Zentrum der Sowjetpolitik, Moskau 1991, in der deutschen Übersetzung Frankfurt am Main 1993, S. 176 f)

Arbatow, als Direktor des Instituts für USA- und Kanadastudien langjähriger außenpolitischer Berater des Kremls und einer der einflußreichsten "Reformer" unter Gorbatschow. Arbatow schildert seine Erlebnisse als Mitglied des Redaktionskollegiums bei einer Besprechung der vom ZK der KPdSU in Auftrag gegebenen "Geschichte des Zweiten Weltkrieges". Als er kritische Einwände zu offensichtlich falschen Darstellungen vorbringt, wird er von der Spitze der sowjetischen Militärs "zerrissen": "Als die Arbeit am ersten Band 1972 begann, folgte sie bereits einer schamlosen und zynischen stalinistischen Linie und zielte offen auf eine eklatante Verfälschung der ganzen Kriegsperiode...Diese Absicht wurde auch durchgehalten, als Marschall Gretscho nach seinem Tod durch Marschall Dmitri Ustinov als Vorsitzender des Redaktionskollegiums ersetzt wurde. Beide, wie auch die von ihnen beauftragten Autoren, sahen es als ihre Mission an, Stalin zu rehabilitieren und die Marschälle und Generäle, die die Streitkräfte befehligt hatte, zu glorifizieren. Sie wehrten jede objektive Analyse der Kriegsgeschichte ab und erstickten alle Fragen im Keim, die der militärischen Führung nicht genehm waren." (Ebda., S. 172 ff).

Arbatow fährt fort, daß 1991 erneut eine Kriegsgeschichte -wiederum vom ZK der KPdSU in Auftrag gegeben und von Marschällen und Generälen erstellt- herausgegeben werden sollte. Obwohl sich die Zeiten ja inzwischen geändert gehabt hätten, und beispielsweise der damalige Verteidigungsminister Jasow den Krieg nur in untergeordneter Funktion erlebt habe, hätte die Partei und die militärische Führung wiederum eine gefälschte Geschichte des Krieges publizieren wollen. (Ebda., S. 175 f) Arbatow nimmt die Militärs in der Form in Schutz: "... Unter ihnen gab es natürlich einige sehr anständige Leute, zum Beispiel Marschall Bagramjan, der diesem Spektakel voller Scham zusah und mich später anrief, um mir zu sagen, was er dabei empfunden hatte." (Ebda.).

Nach Ansicht des Verfassers vermutlich nicht viel, denn die Verfälschungen, über die sich Arbatow so erregte, fanden sich auch in der von Marschall Bagramjan selbst herausgegebenen "Geschichte der Kriegskunst", dem sowjetischen Standardwerk zur Geschichte der Kriege und der Kriegskunst (Autorenkollektiv des Lehrstuhls Geschichte der Kriege und der Kriegskunst an der Militärakademie "M.W.Frunse" in Zusammenarbeit mit Militärhistorikern der Militärakademie der Panzertruppen "R.J.Malinowski", unter der Hauptredaktion von Marschall der Sowjetunion I.Ch.Bagramjan, Geschichte der

Kriegskunst, Originalausgabe Moskau 1970, in der deutschen Übersetzung Deutscher Militärverlag Berlin, 3., berichtigte Auflage, 1982).

Das Buch wirft ein bezeichnendes Licht auf die Methoden sozialistischer Geschichtswissenschaft bzw. das, was unter der Bezeichnung "Militärgeschichtswissenschaft" firmierte. Als Beispiel: In dem Kapitel "Der Einfall des faschistischen Deutschlands in Polen" wird der Hitler-Stalin Pakt überhaupt nicht erwähnt – wohlgemerkt in der dritten "berichtigten Auflage" aus dem Jahre 1982. Das Schicksal der Polen und der polnischen Armee wird zwar bedauert, aber nur um Grossbritannien und Frankreich vorzuwerfen, sie hätten ihrem polnischen Verbündeten keinen militärischen Beistand geleistet: "...Ihre aufmarschierte Armee stand mehr als acht Monate untätig an der deutschen Grenze. Dieser "seltsame Krieg" verfolgte allerdings einen politischen Zweck, denn die herrschenden Kreise Großbritanniens und Frankreichs hatten immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß das faschistische Deutschland gegen die Sowjetunion loszuschlagen und sie selbst verschonen würde." (S. 142).

Die Formulierung "seltsamer Krieg" wurde bereits in einem Artikel der Prawda vom 26.1.1940 benutzt. Dort hieß es zum "drôle de guerre" an der deutsch-französischen Grenze allerdings noch, die englischen und französischen Imperialisten hätten die Friedensangebote Deutschlands und der Sowjetunion zurückgewiesen, sie wollten den Krieg in einen Weltkrieg verwandeln. Die Lesart entsprach der damals von Stalin ausgegebenen "Linie" der KPdSU, England und Frankreich hätten Deutschland den Krieg erklärt, die Kriegstreiber säßen also in Paris und London (siehe Prawda v. 30.11.1939). Davon daß die KP in ganz Europa –auch in Deutschland selbst (Ulbricht)– das Hitlerregime noch bis 1940 propagandistisch unterstützte und die Sowjetunion ihm darüber hinaus monatelang kriegswichtige Rohstoffe lieferte und tatkräftig Rüstungshilfe leistete, davon ist nichts zu lesen.

Die naheliegende Frage, was die Sowjetunion als unmittelbarer Nachbar der Polen gegen die "faschistische Invasion" Hitler-Deutschlands eigentlich tat, hat sich offensichtlich weder den Offiziershörern noch ihren sich mit Professorentiteln zierenden militärischen Lehrern an den Militärakademien gestellt. Die zukünftige Militär-Elite lernte "Der deutsch-polnische Krieg endete mit einer Niederlage des polnischen Staates der Bourgeoisie und Großgrundbesitzer. Das polnische Volk wurde Opfer der grausamen faschistischen Okkupation." (S. 142). Darüber daß es auch Opfer der sowjetischen Annexion wurde und sich die Sowjetunion mit dem östlichen Teil Polens fast die Hälfte des ehemaligen polnischen Staatsgebietes einverleibte, wird bei weit über 600 Seiten Umfang und einer sonst detaillierten Beschreibung aller wesentlichen Kampfhandlungen des Zweiten Weltkrieges kein einziges Wort gesagt.

Das Buch belegt eindrucksvoll, in welchem Maße von offizieller sowjetischer Seite bis in die achtziger Jahre immer noch Geschichtsklitterung betrieben wurde. Wenn Bagramjan im Schlußwort meint, das Studium seines Machwerks befähige dazu, "die Geschichtsfälscher, Revanchisten und Militaristen zu entlarven", so drückt sich darin ein bemerkenswerter Zynismus aus. Da die "Geschichte der Kriegskunst", herausgegeben von der "Frunse"-Militärakademie, der zentralen Ausbildungsstätte der sowjetischen Landstreitkräfte, in der Sowjetarmee wie auch in der NVA als ein wichtiges, wenn nicht das wichtigste Standardwerk galt, hat sie in vermutlich nicht geringem Maße bei den Offizieren das Geschichtsbild dieser Zeit geprägt. Diese Form der offiziell geforderten "parteilichen" Geschichtsschreibung ist ein Beleg dafür, daß die vermeintliche "Ausrede" vieler ehemaliger NVA-Offiziere, "man habe das nicht gewußt...", zu prüfen und in bestimmten Fällen auch durchaus ernst zu nehmen ist. Weniger beachten sollte man allerdings das Bemühen ehemaliger NVA-Offiziere in leitenden Stellungen am Militärgeschichtlichen Institut der DDR bzw. an der Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden, solche von ihnen wider besseres Wissen jahrelang mitgetragene "Parteilichkeit" in der Darstellung nachträglich auch noch "wissenschaftlich" verstanden sehen zu wollen.

So unbestritten das zutreffen mochte bei einer zusammenfassenden Betrachtung der sowjetischen Kriegsführung, den sowjetischen Militärs war durchaus auch bewußt²⁹⁸, daß die Fehler und Versäumnisse insbesondere der politischen und der obersten und oberen militärischen Führung bei Beginn des Krieges das Land fast

Es sollte nicht der Eindruck entstehen, daß Geschichtsverfälschungen wie oben beschrieben von "Historikern" wie Bagramjan u.a. selbst zu verantworten gewesen wären. Derartige für die Sowjetunion schwierige "Interpretationsprobleme" wie der Hitler-Stalin Pakt oder die sowjetisch-deutsche Zusammenarbeit 1939/40 galten als Tabuthemen, über deren Behandlung oder Nichtbehandlung "von oben", auf Politbüroebene, entschieden wurde. Das konnte bedeuten, daß wissenschaftliche Experten, auch Akademie-Mitglieder, in speziell einberufenen Kommissionen "Dokumentationen" erstellten, ohne Zugriff auf die sehr wohl vorhandenen Dokumente zu haben. Wie heikel es war, sich überhaupt mit solchen Themen zu beschäftigen, wird eindrucksvoll beschrieben in Valentin Falins "Politischen Erinnerungen". Seiner Schilderung folgend, versuchte selbst Gorbatschow noch zu verhindern, daß die Zusatzprotokolle zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt aus dem Jahre 1939 oder etwa die Dokumente zu den Vorgängen um die bis dahin stets abgestrittene Erschießung polnischer Offiziere bei Katyn veröffentlicht wurden (V. Falin, Politische Erinnerungen, München 1995 (Taschenbuchausgabe), S. 442-449). Der Hitler-Stalin-Pakt, durch den im übrigen auch die Annexion der baltischen Staaten besiegelt wurde, ist von offizieller Seite öffentlich erstmals in einer Pressekonferenz am 18. August 1989 im Zusammenhang mit dem Litauenproblem verurteilt worden.

298

Vgl. beispielsweise: "...In diesem Zusammenhang hatten mangelnde Praxis in der Führung moderner Kampfhandlungen und der Mangel an Zeit für die Analyse und Verallgemeinerung der Erfahrungen des gerade begonnenen zweiten Weltkrieges in den sowjetischen Streitkräften am Vorabend und bei Beginn des Großen Vaterländischen Krieges einige nicht begründete theoretische Schlußfolgerungen zu Problemen der Mobilmachung und des strategischen Aufmarsches der Streitkräfte zur Folge. Die Möglichkeiten des Gegners, gewaltige Truppengruppierungen unentdeckt aufmarschieren zu lassen und überraschend loszuschlagen, wurden unterschätzt. Ungenügende Aufmerksamkeit wurde auch der Bearbeitung von Fragen der Vorbereitung und Führung der strategischen Verteidigung gewidmet. Diese Mängel wurden im Verlauf des Krieges beseitigt." (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 5, Stichwort "Kriegskunst", S. 54)

Wesentlich eindeutiger und nicht so vorsichtig taktierend nimmt das 1963 –während der Reformperiode N.Chruschtschows– in 2. Auflage erschienene Standardwerk Marschall Sokolowskis zur sowjetischen Militär-Strategie Stellung. In einer im Gegensatz zur "Geschichte der Kriegskunst" nichts beschönigenden Bewertung des Versagens der politischen und obersten militärischen Führung der Sowjetunion wird kein Blatt vor den Mund genommen: "Einen sehr schädlichen Einfluß auf die Entwicklung des sowjetischen strategischen Denkens in den Vorkriegsjahren hatte der Kult um Stalin. Intoleranz, Willkür und diktatorisches Vorgehen bei der Lösung der theoretischen Fragen hemmten die Entwicklung der Militärtheorie (S. 178)...Daß J.W.Stalin voreingenommen an die Einschätzung der militärpolitischen Lage am Vorabend des Krieges heranging, führte zu ernstlichen Fehlern bei der Vorbereitung des Landes und der Streitkräfte auf den bevorstehenden Krieg ...Infolge der Fehler, die die sowjetische oberste militärische Führung beging, wurden...Da eine reale Einschätzung der entstandenen Lage fehlte, die Möglichkeiten des Gegners unterschätzt und die eigenen überbewertet wurden, legte die sowjetische militärische Führung (...) nicht die nötige Flexibilität bei der Führung der Streitkräfte an den Tag...(S. 195f)...Die Oberbefehlshaber der Fronten waren infolge der Desorganisation der Führung nicht imstande, den ganzen Ernst der Lage einzuschätzen und fundierte Entschlüsse zu fassen..." (W. D. Sokolowski, Militärstrategie, a.a.O., S. 198)

in eine Katastrophe gestürzt hätten. Die verheerenden Niederlagen der sowjetischen Streitkräfte bei dem ja keineswegs überraschenden Überfall Hitlerdeutschlands, der Vormarsch der deutschen Armeen bis vor Moskau, Leningrad und tief in die Sowjetunion hinein, all das war kein Ruhmesblatt für die Roten Armee gewesen und wirkte als traumatische Erfahrung nach.²⁹⁹ Offiziell galt zwar, daß die strategische Hauptkonzeption des faschistischen Deutschlands, die "Blitzkriegs"-Theorie, in der Auseinandersetzung mit der Sowjetarmee vollständig gescheitert sei.³⁰⁰ Der sowjetische Generalstab dürfte sich aber gerade mit der Phase des zweiten Weltkrieges, in der die Wehrmacht mit dieser Strategie die sowjetische Verteidigung überrannte, besonders eingehend beschäftigt haben.³⁰¹

Die "sowjetische Kriegskunst" maß jedenfalls in der Folge der "Anfangsperiode" in einem zukünftigen Krieg die entscheidende Bedeutung zu.³⁰² Die Lehre aus dem "Großen Vaterländischen Krieg" lautete, auf einen "Überfall" und jede Art der Aggression und Kriegsführung, gleich ob lokal begrenzt oder allgemein, ob konventionell oder mit nuklearen Gefechtsmitteln, so vorbereitet zu sein, daß jeder Aggressor³⁰³ in kürzester Zeit auf seinem eigenen Territorium hätte zerschlagen werden können.³⁰⁴

Die dazu mit unablässiger Perfektionierung und beispiellosem Aufwand betriebene Vorbereitung der WVO-Staaten und ihrer Streitkräfte auf den Kriegsfall wirkte zweifellos bedrohlich. Das erwähnte "Weißbuch 1985" des BMVg stellte –zwar in der Diktion des Kalten Krieges, aber im Vergleich zur Hetze im östlichen Lager noch relativ moderat im Ton– fest: "...Selbstverständlich will die Sowjetunion

²⁹⁹ Vgl. beispielsweise K. Harms, Im Oberkommando der Vereinten Streitkräfte, a.a.O., S. 350 "...Sehr tief im Bewußtsein aller höheren Kommandeure der Armee saß der Schock des Jahres 1941. Die Niederlagen des Sommers 41 erfüllten sie mit Wut und Scham..."

³⁰⁰ Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 5, Stichwort "Kriegskunst", S. 58

³⁰¹ "Überaus wertvolle Erfahrungen lieferte der Große Vaterländische Krieg zur Lösung eines so komplizierten und aktuellen Problems wie der Führung des bewaffneten Kampfes in der Anfangsperiode eines Krieges." Im Folgenden wird auf eben dieses Problem der Organisation und Durchführung einer aktiven strategischen Verteidigung vor dem Hintergrund der Kämpfe in den Jahren 1941/42 detailliert eingegangen. W.D. Sokolowski, Militärstrategie, a.a.O., S. 195 ff.

³⁰² Vgl. Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 14, Stichwort "Anfangsperiode" S. 20-28; im Blick auf das Erscheinungsjahr und die heutigen technischen Möglichkeiten schon etwas veraltet, aber prinzipiell nicht überholt: W.D. Sokolowski, Militärstrategie, a.a.O., vor allem das Kapitel "Die militärstrategischen Züge eines künftigen Weltkrieges", S. 255-267; vgl. auch hinsichtlich der zuletzt gültigen militärstrategischen Vorstellungen H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 319f

³⁰³ In Europa war der angenommene Aggressor natürlich nicht "irgendwer", sondern die NATO, wobei man besonders die "Hauptmächte" im Auge hatte, die USA mit ihren Kernwaffen-Einsatzmitteln und die Bundeswehr mit den Landstreitkräften.

³⁰⁴ "Der vergangene Krieg bestätigte voll und ganz die Richtigkeit der Hauptthese der sowjetischen Militärdoktrin, die besagt, daß man nur durch eine entschlossene Offensive die Streitkräfte des Gegners zerschlagen, sein Territorium einnehmen, den Widerstandswillen des Feindes brechen und den endgültigen Sieg im Kriege erringen kann." W.D. Sokolowski, Militärstrategie, a.a.O., S. 179

ihre politischen Ziele -wenn irgend möglich- ohne Krieg erreichen, vor allem ohne einen großen, auch die Sowjetunion selbst gefährdenden Krieg...Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben jedoch ein militärisches Potential aufgebaut, das weit über das hinausgeht, was zur Verteidigung notwendig ist...³⁰⁵

Dem mochte vielleicht aus westlicher Sicht zuzustimmen sein, aus der des sowjetischen Generalstabes sicherlich nicht. Wenn die Sowjetunion verhindern wollte, daß die NATO bei einem Kriegsausbruch in Westeuropa durch die Zuführung der US-amerikanischen und kanadischen Kräfte ihr letztlich eben doch höher zu bewertendes militärisches Potential³⁰⁶ hätte zum Einsatz bringen können,

³⁰⁵ Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1985, a.a.O., S. 43 f

³⁰⁶ Die unüberschaubare Literaturflut zu "Kräftevergleichen" zwischen NATO und WVO läßt auch im Nachhinein keine eindeutige Aussage hinsichtlich Über- oder Unterlegenheit zu. Beredtes Beispiel dafür sind die Probleme, die selbst ein so seriöses Institut wie SIPRI mit einem militärischen Kräftevergleich zwischen NATO und WVO hat: "Idealerweise sollte jeder Vergleich der Streitkräfte der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) dynamisch und qualitativ sein, sich stützen auf Bewertungen der Überlebensfähigkeit, der Eindringfähigkeit, der Zuverlässigkeit, der Zieloptionen und Einsatzgrundsätze, der Genauigkeit, der Gefechtspläne und der Überlebensfähigkeit der Führungs- und Fernmeldeeinrichtungen (...). Aber Versuche zur Quantifizierung dieser Faktoren sind notwendigerweise willkürlich, und das ganze Verfahren ist von äußerst unsicherer Aussagekraft..." (Stockholm International Peace Research Institute, Yearbook, 1983, Deutsche Ausgabe, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 48 f)

Abgesehen davon, daß der Westen über eine im Vergleich zum sozialistischen Lager enorme Wirtschaftskraft, eine gute Infrastruktur, ein erhebliches Reservistenpotential und über weit grössere materielle Ressourcen als der Ostblock verfügte, war er auch in seinen militärischen Potentialen der WVO durchaus nicht unterlegen. Ein aussagekräftiges Indiz dafür, daß die Stärke der NATO als keineswegs so schwach wie selbst behauptet einzuschätzen war, lieferten die regelmäßigen Analysen des renommierten Londoner Instituts für Strategische Studien. Seine Berichte standen nicht selten im Kontrast zu den regierungsamtlichen Bewertungen der "NATO-Kräftevergleiche", die vor allem die konventionelle Überlegenheit der WVO-Streitkräfte betonten. Daß nicht einmal das zutreffen würde, ging aus dem Bericht des Verteidigungsausschusses der parlamentarischen Versammlung der WEU vom 2.11.1987 hervor. Aus dem sehr differenzierten Bild des globalen Kräftevergleichs ergab sich, daß der Westen bei den Seestreitkräften deutlich überlegen war, bei den Luftstreitkräften zahlenmäßig gleich, aber hinsichtlich Reichweite, Waffenzuladung und technologischer Ausstattung ebenfalls überlegen, und bei den Landstreitkräften in der Zahl der Kampfpanzer zwar im Verhältnis 1:2 unterlegen, im Vergleich der Modernität der Panzer und der zur Verfügung stehenden Panzerabwehrwaffen aber eher im Vorteil war. Mehr als die Hälfte der WVO-Panzer war Schrott aus den fünfziger Jahren.

Diese Einschätzung kam keineswegs überraschend und war auch nicht neu. Zur Situation ein halbes Jahrzehnt zuvor hatte "SIPRI" bereits festgestellt: "Es gibt weiterhin Belege für die Annahme, daß die Sowjetunion zahlenmäßig überlegen ist, wohingegen sie bei den fortgeschrittenen Rüstungstechnologien hinterherhinkt. Kürzlich haben amerikanische Waffenkonstrukteure eine vergleichende Analyse der Konstruktionstechniken der USA und der Sowjetunion in den letzten 40 Jahren angestellt. Im Bereich Elektronik -dem Schlüsselfaktor der westlichen Überlegenheit bei der Waffentechnologie- fand die Studie heraus, daß die Sowjetunion in der Nutzung verschiedener Generationen elektronischer Bauteile um 10 – 15 Jahre hinter den Vereinigten Staaten zurückliegt..." (SIPRI, a.a.O., S. 165 f)

dann mußte sie die schnelle militärische Entscheidung suchen. Nach Kriegsausbruch noch auf eine Verhandlungslösung zu setzen, hätte Zeitaufschub bedeutet und damit das Risiko in sich getragen, daß sich das militärische Kräfteverhältnis in Europa zuungunsten der Sowjetunion hätte verändern können. Das galt umso mehr, wenn sie sich tatsächlich an ihre Deklaration hätte halten wollen, nicht als erster Atomwaffen einzusetzen, und sich damit im Unterschied zur NATO der Möglichkeit begeben hätte, mit abgestuften nuklearen Einsatzoptionen als politischer Drohung auf eine Beendigung der Kampfhandlungen hinwirken zu können.³⁰⁷ kompetent

Ohne den Eindruck erwecken zu wollen, die ja selbst den meisten Militärs weitgehend unbekannt gebliebenen strategischen Planungen beurteilen zu können, läßt sich doch so viel erkennen: Die sowjetische Kriegsführungsstrategie war nüchtern betrachtet die Antwort auf die aus Sicht der UdSSR denkbaren militärstrategischen Optionen der NATO – sicherlich nicht der zum damaligen Zeitpunkt zu erwartenden³⁰⁸, aber der vom Prinzip einer lückenlosen militärischen Sicherheitsvorsorge her eben auch nicht auszuschließenden. Über die Berechtigung des bei den sowjetischen Militärs und denen der NATO gleichermaßen verbreiteten "worst case"-Denkens hätte sich streiten lassen. In seiner militärischen Zielsetzung war das strategische Konzept der WVO, im Falle eines Krieges in Westeuropa eine schnelle militärische Entscheidung zu erzwingen, aber durchaus begründet. Es war jedenfalls nicht zu erkennen, wie sich von ihm auf die angeblich weltrevolutionären Expansionspläne der Sowjetunion schließen lassen sollte.

Zur Einschätzung des Kräfteverhältnisses aus östlicher Sicht vgl. H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S.321, 325f.

³⁰⁷ Die NATO behielt sich ausdrücklich den Ersteinsatz von Nuklearwaffen vor. Ihr militärstrategisches Konzept der "Flexible Response" sah in der sog. "Triade" die "vorbedachte Eskalation" in verschiedenen Abstufungen vor, von der konventionellen Kriegsführung ausgehend über die Androhung eines Kernwaffeneinsatzes zum Einsatz nuklearer Sprengkörper im taktischen Bereich bis schließlich hin zur Auslösung eines strategischen Atomschlags und damit der Überleitung zum allgemeinen Kernwaffenkrieg. Vgl. BMVg, Weißbuch 1985, a.a.O., S.29

³⁰⁸ Da man davon ausgehen kann, daß dem sowjetischen Generalstab die NATO-Planungen in den achtziger Jahren bis ins Detail bekannt waren (nicht zuletzt durch die in der "Verwaltung Aufklärung" im Hauptstab zusammenlaufenden Informationen der NVA-Aufklärungskräfte, aber auch durch Geheimnisverrat in Brüssel, Stichwort "Topas"), kann er seine "Verteidigungskonzeption" nicht ernsthaft als Reaktion auf die Angriffsabsichten der NATO darstellen. Die Gründe dafür lagen sicherlich eher im Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes auf die sowjetische Politik. Deren Interesse, mit der äußeren Bedrohung die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers einfordern zu können, setzte naturgemäß voraus, daß eine solche Lage bestand, aktuell und existenzbedrohend. Wenn man tatsächlich mit einem überraschenden Angriff der NATO gerechnet hätte, hätten die WVO-Streitkräfte wohl der von ihnen selbst so betonten "Anfangs-periode", d.h. der "Strategischen Abwehr" besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Genau das Gegenteil war aber der Fall: in den Übungen der WVO ging es bis Mitte der achtziger Jahre regelmäßig nur um die "Strategische Offensive".

Daß man auf westlicher Seite offensichtlich noch Mitte der achtziger Jahre daran interessiert war, gerade den Eindruck zu erwecken, belegen manche regierungsamtlichen Verlautbarungen des Bonner Verteidigungsministeriums.³⁰⁹ Es sprach für sich, angesichts der eigenen –im Falle eines Angriffs der WVO sicher nicht unberechtigten– “FOFA”-Strategie³¹⁰, aber auch im Wissen um solche Offensivplanungen wie den “Rogers-Plan” oder das “Air-Land-Battle” Konzept der US-Streitkräfte³¹¹, nach wie vor festzuhalten an dem als Bewertungskriterium letztlich unbrauchbaren Gegensatz “defensiv - offensiv”: so wie das Militärpotential der WVO als offensiv, das der NATO dagegen als defensiv zu bewerten sei, so seien die “... Streitkräfte von NATO und Warschauer Pakt (...) zugleich Spiegelbild und Ergebnis der gegensätzlichen politischen Absichten und der militärstrategischen Ziele.”³¹²

Bei solchem Schwarz-Weiß-Raster von “gut” und “böse” war es nur ein Schritt, von der Gegensätzlichkeit der politischen Absichten im Sinne von “Erhalt des Friedens/Verteidigung der Freiheit” vs “sowjetische Machtpolitik/Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt”³¹³ zu dem Schluß zu kommen: “Die Sowjet-

³⁰⁹ Vgl. etwa das Weißbuch 1985: "Das bisherige Verhalten der Sowjetunion hat gezeigt, daß sie ihre außenpolitischen Ziele nicht allein mit friedlichen Mitteln zu verwirklichen sucht. Der Westen muß mit einer sowjetischen Bereitschaft rechnen, den eigenen Machtbereich auch gewaltsam auszudehnen, wenn das bestehende Kräfteverhältnis gestattet, dies ohne übermäßiges Risiko zu tun." (Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1985, a.a.O., S. 11) - diese Einschätzung zieht sich offen oder indirekt wie ein roter Faden durch das ganze Weißbuch.

³¹⁰ Das "FOFA" Konzept ("Follow-on-Forces-Attack") hatte die Zielsetzung, die zweite Staffel des Gegners nicht zur Entfaltung kommen zu lassen und diesen deshalb durch Luftangriffskräfte/Flugkörper bereits in den Basen und Bereitstellungsräumen bzw. auf dem Marsch zu bekämpfen. Daß die NATO dabei zum Teil weit ins Hinterland des Gegners hätte einwirken müssen, ergab sich aus der Sache: die Ziele lagen in der Tiefe des gegnerischen Raumes und wären folglich auch dort bekämpft worden - z.B. die notwendige Umspuraktion von der sowjetischen Spurbreite auf das westeuropäische Maß, ein Schwächemoment des Eisenbahntransports der Sowjets, an der polnischen Ostgrenze.

³¹¹ Die US-Korps Führungsvorschrift Field Manual 100-5 (Air Land Battle) v. 20.8.1982 für die operativ-taktische Ebene und das Planungskonzept der US-Armee für die strategisch-operative Kampfführung der Jahrtausendwende "Air Land Battle 2000" ließen sich beim besten Willen nicht mehr als Defensivkonzepte im Sinne der "Vorneverteidigung" bezeichnen. "Air Land Battle" lief eindeutig auf eine "Vorwärtsverteidigung" hinaus oder anders ausgedrückt auf eine offensive Kriegsführung. Vgl. in diesem Zusammenhang auch den sog. "Rogers-Plan", der die Fähigkeit der NATO zur Kriegsführung mit ausschließlich konventionellen Mitteln forderte.

Die Bundesregierung betrachtete das FOFA-Konzept als gerechtfertigt und sah im "Air Land Battle" Konzept eine lediglich US-amerikanische Führungsvorschrift, die für die NATO keine oder nur sehr bedingte Relevanz hätte (Weißbuch 1985, a.a.O., S. 29f)

³¹² Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1985, a.a.O., S. 49 – es ließ sich kaum bestreiten, daß die WVO-Doktrin darauf hinauslief, die Existenz des sozialistischen Blocks im "Sozialismus" sichern zu wollen, also in dieser Hinsicht "defensiv" war. Daß die militärische Konzeption der "Verteidigung" offensiven Charakter haben sollte, und dementsprechend der Teil der Militärdoktrin offensiv war, steht dem nicht entgegen.

³¹³ Vgl. ebda., S. 3 f, 11 f, 42 f

union hat sich immer wieder entschlossen gezeigt, militärische Gewalt als Mittel der Politik anzuwenden, um die eigenen machtpolitischen Ziele gegenüber anderen Ländern durchzusetzen. Die Sowjetunion versucht mit militärischer Macht die politische Kontrolle über Europa zu gewinnen...³¹⁴

Zumindest der letzte Satz war zwar durch nichts zu belegen, läßt aber gerade deshalb manche Rückschlüsse darauf zu, in welcher Art und Weise mit Überzeugungen statt mit Fakten argumentiert wurde. Wie sehr die ideologisch verfestigten Stereotype des Kalten Krieges die politischen Überzeugungen auch westlicher Militärs geprägt haben zeigt die folgende "Feindlagebeurteilung" fast ein halbes Jahrzehnt nach der Wende: Im östlichen Bündnis habe man sich auf einen überraschenden Angriff und auf die "...letzte, entscheidende Schlacht mit dem politischen Feind" vorbereitet, so ein Oberst i. G. der Bundeswehr³¹⁵, Dezernatsleiter im Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr, der von der militärischen Seite her zuständigen Instanz für sicherheitspolitische Analysen und Expertisen für die Bundesregierung.

Die Einschätzung beruhte auf der Auswertung von Befragungen ehemaliger NVA-Offiziere und NVA-interner Publikationen, vor allem aber von Übungsunterlagen der NVA und der WGT, aus denen sich in der Tat weiträumige Angriffsplanungen der WVO ableiten ließen.³¹⁶ Die Karten zeigten die strategischen Operationspläne zur Eroberung fast ganz Westeuropas. Die auch in west-

³¹⁴ Ebda., S.4

³¹⁵ Vgl. H.-H. Basler, Das operative Denken in der NVA, a.a.O., S. 212.

Die Aussage erweckt den Eindruck, die WVO-Staaten hätten diese "letzte, entscheidende Schlacht" geplant, weil sie vorgehabt hätten, die sozialistische Weltrevolution mit Waffengewalt durchzusetzen und gegen Westeuropa einen Weltanschauungskrieg zu führen. Diese Absicht läßt sich aber nicht dadurch belegen, daß man den Passus "letzte, entscheidende Schlacht" aus seinem Zusammenhang gerissen nach eigenem Gutdünken interpretiert. Tatsächlich heißt es: "...Die sowjetische Militärstrategie geht von den Möglichkeiten aus, daß gegenwärtig ein Krieg verhindert werden kann. Zugleich aber berücksichtigt sie die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Staaten und die aus ihrer aggressiven Politik herrührende Gefahr eines Kriegsausbruchs. Einen künftigen Weltkrieg -sollte es den Imperialisten gelingen, ihn zu entfesseln- betrachtet die sowjetische Militärstrategie als den entschlossenen Zusammenstoß zwischen beiden entgegengesetzten sozialökonomischen Weltsystemen - dem sozialistischen und dem kapitalistischen. Dabei geht die sowjetische Militärstrategie davon aus, daß in einen solchen Krieg gleichzeitig oder nacheinander die meisten Staaten der Welt hineingerissen werden können. Es wäre eine in seinem Ausmaß nicht abzusehende und in seiner Härte nicht vorstellbare globale Auseinandersetzung von Millionen zählenden Koalitionsstreitkräften und würde kompromißlos mit äußerst entschlossenen politischen und strategischen Zielen geführt werden. In seinem Verlauf würden alle militärischen, ökonomischen und moralischen Kräfte der kriegführenden Staaten, Koalitionen und Gesellschaftssysteme eingespannt werden." (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 25, Stichwort "Militärstrategie", S. 53)

³¹⁶ Vgl. dazu H.-H. Basler, Das operative Denken in der NVA, a.a.O.; S. 202 ff. Der Verf. konnte bei einem seiner Interviews bei einem ehemaligen NVA-Offizier eine dieser Karten –aus den farbigen Einzeichnungen zu schließen, wohl im Original– einsehen. Die Karte zeigte in der Tat ganz Westeuropa und entsprach in den Einzeichnungen den bei H.H. Basler beschriebenen strategischen Operationsplanungen

lichen Medien reißerisch aufgemachten "Enthüllungen" brachten allerdings nur ans Licht, was –wenn auch nicht immer im Detail und als bestätigt geltend– in der Absicht und in Form von relativ konkreten Angaben schon seit langem bekannt war: der sowjetischen Militärdoktrin entsprechend ging es darum, die NATO-Streitkräfte auf ihrem Territorium zu zerschlagen, dies zu besetzen und den Sieg zu erringen. Daß der dann "endgültig" hätte sein sollen, versteht sich von selbst. Prämisse wäre jedoch gewesen, daß zunächst einmal ein "Überfall" auf die Sowjetunion bzw. die Staaten des sozialistischen Bündnisses hätte stattfinden müssen. So wenig sich die NATO Aggressionsabsichten hätte nachsagen lassen wollen, so wenig sollte man sie den ehemaligen WVO-Staaten unterstellen. Allein aus der sowjetischen Sieg-Doktrin und der ihr entsprechenden Offensiv-Ausrichtung der Streitkräfte war nicht darauf zu schließen, daß die Sowjetunion von sich aus als erster hätte angreifen wollen.³¹⁷

Was sich zeigte, war gerade das Gegenteil. Bei allem "Säbelrasseln" bestand zwischen den beiden Großmächten doch die stillschweigende Übereinkunft, gegenseitig die jeweiligen Macht- und Einflußzonen zu respektieren. Als Preis für politische Stabilität in Europa wurde der Kompromiß im territorialen Status quo akzeptiert – Kompromiß, weil man im Westen die zahlreichen militärischen Interventionen der Sowjetunion in ihrem Herrschaftsbereich mit zwar moralischer Empörung, aber sonst passiv hinnahm³¹⁸ und die Sowjets sich umgekehrt abfinden mußten mit der Anbindung Westeuropas an die USA.

³¹⁷ Selbst der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Naumann, konzidierte: "... In einem militärischen Konflikt, der nach der Doktrin nur durch einen gegnerischen Angriff ausgelöst werden konnte, hätte der Warschauer Pakt versucht, den Gegner auf dessem eigenen Territorium zu vernichten und sein Territorium zu besetzen..." (K. Naumann (Hrsg.), NVA - Anspruch und Wirklichkeit, a.a.O., S. 9)

³¹⁸ Vgl. die militärischen Interventionen der UdSSR 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR, auch die 1981 bereits drohende Intervention in Polen. Daß mit einem militärischen Eingreifen des Westens nicht zu rechnen war, ließ sich seit der Niederschlagung des Volksaufstands in Ungarn als sicher annehmen. Als der im November 1956 nach der Zurückeroberung Budapests durch die sowjetischen Streitkräfte in sich zusammengebrochen war, wurden die noch bewaffneten Aufständischen von Radio Free Europe aufgefordert, auszuhalten. Daß diese Gruppen auf die Hilfe des Westens vertraut hatten, war den Aufrufen und dem Hilfersuchen des Ministerpräsidenten Imre Nagy und den bis zuletzt gesendeten Hilferufen der Freiheitssender (Kossuth, Petöfi) an den Westen unschwer zu entnehmen. Tatsächlich gab es von amerikanischer Seite nie die Absicht, militärisch einzugreifen. Der damalige amerikanische Präsident Eisenhower hatte nach eigener Aussage nicht vor, wegen Ungarn einen dritten Weltkrieg zu riskieren.

3.3. Die Politik der Stabilisierung des politisch-militärischen Status quo in Mitteleuropa

Die im Grunde statische Ordnung zwischen den beiden Blöcken verbaute zwar den Weg zu einer dauerhaften europäischen Friedensordnung, verhinderte andererseits aber auch politische Strukturveränderungen, die eine unberechenbar riskante Dynamik in den Sicherheitsverhältnissen in Gang gesetzt hätten. Das galt für beide Lager. Die jeweils politischen Verantwortlichen saßen in demselben Boot; ihr bei allem Taktieren um machtpolitische Vorteile gemeinsames Interesse daran, aus einer politischen Krise nicht in die militärische Katastrophe abzurutschen, ließ einen militärischen Konflikt zwischen den Blöcken als sehr unwahrscheinlich erscheinen.

Hätte "Abschreckung" als politische Drohung versagt, so wäre das "Gleichgewicht des Schreckens" auf der strategisch-nuklearen Ebene vermutlich wirksam genug gewesen, dem weltweiten atomaren Schlagabtausch zu entgehen.³¹⁹ Ob es dem Westen allerdings gelungen wäre, sich bei konventioneller Kriegsführung mit seinen "Friedensarmeen" gegenüber den WVO-Landstreitkräften behaupten zu können, wäre trotz des technologischen Vorsprungs der NATO³²⁰

319

Das "Gleichgewicht des Schreckens" beruhte auf der sog. "Zweitschlags-Fähigkeit", die die beiden atomaren Supermächte besaßen: Wäre die eine von der anderen mit einem mehr oder weniger vernichtenden Erst-Schlag angegriffen worden, so wäre durch "unverwundbare" Waffensysteme (Verbunkerte Raketen, mobile Abschußbasen, bereits gestartete Bomber, Raketen auf getauchten U-Booten) der den Gegner vernichtende Atom-Schlag ausgeführt worden. Diese Waffensysteme und die erforderlichen ebenfalls "unverwundbaren" Führungsstellen (Flugzeuge, Bunker, u.a.) standen ständig in Gefechtsbereitschaft. Die Zerstörungsgewalt des Zweitschlags wäre mit der Zahl der vorprogrammierten Ziele und der nuklearen Sprengköpfe im Megatonnen-Bereich so dimensioniert gewesen, daß bei der amerikanischen Zielsetzung "gesicherte Zerstörung" beispielsweise ca. 50% der Industrie und 25% der Bevölkerung nicht mehr existent gewesen wären. Bei den überhaupt nicht zu berechnenden Kollateralschäden hätte wohl davon ausgegangen werden können, daß in beiden Staaten und in großen Teilen der restlichen Welt jegliche Zivilisation vernichtet worden wäre.

Von daher war dieses "Gleichgewicht des Schreckens" das stärkste Element der sog. "Abschreckungskonzeption", allerdings nur zur Verhinderung eines Krieges, der das Territorium der USA bzw. der UdSSR betroffen hätte. Eben darin lag das Problem der Sowjetunion bei einer "Europäisierung" des Krieges: Die Sowjetunion durfte aus ihrer Sicht nicht in einen europäischen Krieg hineingezogen werden, der sie allen Risiken aussetzte, während die USA ihr Territorium aus dem Konflikt hätten heraushalten können, Stichwort eurostrategische Waffen. Dementsprechend drohte sie den USA: "Die sowjetische Militärstrategie hält es für möglich, daß ein Weltkrieg mit dem ausschließlichen Einsatz konventioneller Waffen beginnen und eine gewisse Zeitlang so geführt werden kann. Eine Eskalation der Kriegshandlungen kann jedoch zu einem Hinüberwachsen in einen allgemeinen Kernwaffenkrieg führen, deren Hauptmittel Kernwaffen, vor allem strategische, sein würden ... Jedem beliebigen möglichen Aggressor muß aber völlig klar sein, daß ihm im Falle eines Raketenkernwaffenüberfalls auf die Sowjetunion oder andere Staaten der sozialistischen Gemeinschaft ein vernichtender Antwortschlag versetzt werden wird." (Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 25, Stichwort "Militärstrategie", S. 53 f)

320

Die technologische Überlegenheit der NATO-Streitkräfte gegenüber denen der WVO ließ sich nicht zwar nicht beweisen (hinsichtlich der westlichen Daten mußte man sich auf die

eher fraglich gewesen. Falls es gelungen wäre, hätten große Teile Deutschlands und angrenzender Staaten in Schutt und Asche gelegen. Im Falle des Scheiterns wäre bei der dann angeblich zu erwartenden Kriegsführung mit nuklearen Gefechtsfeldwaffen und womöglich Kernwaffen mittlerer oder sogar strategischer Reichweite der größte Teil Europas betroffen gewesen. Wenn diese Vorstellung auf manche Hardliner in beiden Lagern vielleicht auch nicht sonderlich Eindruck gemacht haben mochte, für sie hätte als Argument zählen müssen, daß nach einer derartigen Auseinandersetzung die Machtverteilung in der Welt sicher nicht mehr die gleiche gewesen wäre wie zuvor. Da sich keine der beiden Seiten sicher sein konnte, einen militärischen Konflikt ohne die Eskalation in einen unberechenbaren Nuklearkrieg für sich entscheiden zu können, mußte er für alle Beteiligten zu einem nicht mehr kalkulierbaren Risiko werden.

In der Konsequenz hieß das, von beiden Seiten anzuerkennen, daß es im Ost-West Verhältnis keine "militärische Lösungen" geben konnte, daß in der Außen- und Sicherheitspolitik folglich der politischen Zielkategorie "Kriegsverhütung" der absolute Vorrang zuzukommen hatte. In politischen Krisensituationen konnte es jenseits aller ideologischen Barrieren und Schuldzuweisungen nur mehr einzig und allein darum gehen, den Ausbruch eines Krieges zu vermeiden. Mochte sich die offizielle Politik auch oft noch in den Denkkategorien des "Kalten Krieges" bewegen, das Krisenmanagement hinter den Kulissen zwang zum gemeinsamen Handeln auf rationaler Ebene, der makabre Realismus der Kriegsplanungen beider Seiten ließ gar keine andere Option zu.

In der "selbstmörderischen" Drohung, den Krieg bis hin zur gegenseitigen Vernichtung führen zu wollen, lag insofern eine gewisse "Garantie" dafür, daß keine Seite von sich aus angreifen würde. Solange die politischen und die militärstrategischen Konzepte überzeugend glauben machen konnten, daß die Drohung nicht nur ernst gemeint, sondern hinsichtlich des Militärpotentials auch ernst zu

offiziellen Angaben der jeweiligen Regierungen bzw. Militärs oder auf nicht autorisierte, mehr oder weniger zuverlässige journalistische Informationen verlassen und in den WVO-Staaten waren solche Daten ohnehin nicht zugänglich). Trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Bündnispartner in der NATO und der Amerikaner selbst dürfte der technologische Vorsprung des Westens in den Rüstungsprogrammen aber erheblich gewesen sein. Dies ging zumindest aus einer Pentagon-Studie hervor, die 1983 für den amerikanischen Kongreß erstellt wurde und die technologische Überlegenheit der USA in den für das Militär zukunftsweisenden Bereichen feststellte. Von der Telekommunikation über die Sensortechnik und neue extrem feste und zugleich leichte Werkstoffe bis hin zur Produktionstechnik, es gab keinen Sektor, auf dem der Osten hätte pari bieten können.

Auf die Auswertung von Kampferfahrungen aus dem Libanonkrieg bezogen hieß es hinsichtlich des Vergleichs westlicher/östlicher Kampfstärke bei SIPRI 1983: "Die überlegene Taktik, die besser ausgebildete Luftwaffe und die exzellente Koordination von Frühwarnsystemen und elektronischer Kriegsführung sind möglicherweise weit entscheidender für den israelischen Sieg gewesen als die Qualität der Ausrüstung selbst." Generell kann der Schlußfolgerung der Studie gefolgt werden, die im Hinblick auf den Krieg im Libanon kommentiert: "Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Sowjets bei der Waffenqualität mithalten können - wie sehr sie sich auch immer bemühen." (SIPRI, a.a.O., S. 165 f)

nehmen war³²¹, ließ sich davon ausgehen, daß mit dem auf beiden Seiten angeblich so gefürchteten Überraschungsangriff kaum zu rechnen war: das Damoklesschwert der totalen Vernichtung hing genauso über dem potentiellen Aggressor wie über dem Angegriffenen.

Die politisch-militärischen Bedrohungsszenarien spiegelten insoweit das politische Klima und die nie sichere Konstellation des Gleichgewichts der militärischen Kräfte wider. Mit anderen Worten, die zur "Kriegsverhütung" qua "Abschreckung" vorausgesetzte militärische Stabilität befand sich in einer Art

321

Das Problem lag darin, daß das NATO-Konzept der "Flexible Response" in dieser Hinsicht wenig überzeugend war. Es konnte nur funktionieren, wenn die Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen ernst gemeint war – von der Seite, die über sie verfügte, den USA. Die atomare Garantie für die Verteidigung der Bundesrepublik bzw. Europas war jedoch mit dem Risiko behaftet, zu schnell bzw. überhaupt in Anspruch genommen zu werden. Außerdem schien fraglich zu sein, ob sich "das abgestufte Spektrum nuklearer Einsatzmittel" in der geplanten Eskalation so kontrollieren lassen würde, wie es die Abschreckungsphilosophie glauben machen wollte (siehe Weißbuch 1985, a.a.O., S. 77). Im Falle eines Angriffs der WVO hätte die Initiative zunächst einmal bei deren Streitkräften gelegen. Hätte man auf westlicher Seite an der angeblich beabsichtigten "Vorne-Verteidigung" tatsächlich festhalten wollen, so wäre bei der zu erwartenden Unterlegenheit der NATO-Streitkräfte in einem konventionell geführten Krieg nur der Ausweg der Androhung bzw. des Einsatzes von Atomwaffen geblieben (die Androhung des Einsatzes wäre eine Farce gewesen, weil die andere Seite dieses "Ultimatum" ja schon vorher hätte einkalkulieren können). Eine solche Entwicklung wäre allerdings nicht im Interesse der USA gewesen. Ihr hätte daran gelegen sein müssen, daß der Krieg in Europa nach Möglichkeit ohne den Einsatz von Kernwaffen ausgetragen worden wäre bzw. wenn schon, dann mit so niedrigen KT-Werten, daß erkennbar nicht auf einen allgemeinen Kernwaffenkrieg hätte übergeleitet werden sollen. Der durchaus als Hardliner bekannte US-Senator S. Nunn brachte die Kritik an der NATO-Doktrin der "Flexible Response" auf den Punkt: "Unter der Voraussetzung strategischer Parität wäre ein atomarer Gegen-schlag der NATO gegen einen konventionellen sowjetischen Angriff auf Europa bestenfalls eine fragwürdige Strategie und schlimmstenfalls Selbstvernichtung." (zit. nach SIPRI, a.a.O., S. 18). Entsprechend liefen die amerikanischen Bemühungen in den achtziger Jahren auch eindeutig auf die Verbesserung der konventionellen Kriegsführungsfähigkeit bei gleichzeitiger Modernisierung der atomaren Einsatzmittel hinaus [Neutronenwaffen, Miniaturisierung der KT-Werte, Bereithaltung entsprechender Munition für 155 mm und 203 mm Haubitzen, "Konventionalisierung" ursprünglich atomar geplanter Trägersysteme, Einführung neuer Präzisionswaffen, verbesserte Führungsfähigkeit ("Automatisiertes integriertes Gefechtsfeld"), insgesamt Ausbau der Hochtechnologie-Rüstung, siehe die 1988 erstellte Pentagon-Studie "Discriminate Deterrence"]. Das bezog sich auch auf die NATO-Partner und naturgemäß in besonderem Maße auf die Bundesrepublik. Das Dilemma der Europäer, und allen voran wiederum der Deutschen, lag darin, daß ihnen damit drohte, daß die politische Abschreckungsfunktion der Nuklearwaffen endgültig in Vergessenheit geriet und Krieg wieder zu einer nicht mehr auszuschließenden Möglichkeit wurde. Zur politischen Abschreckungsfunktion der Nuklearwaffen stellte allerdings einer der Wegbereiter der "Flexible Response", der frühere amerikanische Verteidigungsminister McNamara, fest, er halte den Ersteinsatz von Atomwaffen für kriminell und unverantwortlich. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik ließ McNamara verlauten, für ihn sei die "Flexible Response" seit jeher nicht praktikabel gewesen und die gesamte amerikanische Nuklearstrategie bankrott. Er habe schon den Präsidenten Kennedy und nach ihm Johnson geraten, niemals, unter gar keinen Umständen, mit dem Einsatz von Atomwaffen zu beginnen (R. McNamara, Blindlings ins Verderben. Der Bankrott der Atomstrategie, Hamburg 1987).

Fließgleichgewicht³²², das allerdings aus der Sicht der Militärs meistens nur durch ganz erhebliche Rüstungsanstrengungen gehalten werden konnte, wenn nicht überhaupt erst einmal erreicht werden mußte. Dabei orientierte sich das für die Sicherheitsgewährleistung notwendige Rüstungsminimum angeblich am Militärpotential des Gegners und seinen militärischen Möglichkeiten, tatsächlich wohl eher am Maximum dessen, was sich im Rahmen der politischen Vorgaben realisieren ließ.

Wie weit dieser Rahmen gesteckt war und was politisch alles möglich war, belegten eindrucksvoll der Aberwitz einer militärisch angeblich notwendigen vielfachen "Overkill"-Kapazität beider Supermächte³²³ oder ihre Absicht, den Weltraum in die Kriegsführung einzubeziehen, als Beispiel wäre das amerikanische militärisch, technisch und finanziell abenteuerliche SDI-Projekt zu nennen.³²⁴

³²² "Fließgleichgewicht" würde meinen, daß sich trotz unterschiedlich einzuschätzender Verteidigungskomponenten (Streitkräfte, Waffen- und Führungssysteme, Bereitschaftsgrad, Mobilisierung, geographische Situation etc.) ein –allerdings im Fluß befindlicher– Stabilitätszustand einstellen könnte, wenn das Übergewicht der einen Seite bei bestimmten Komponenten durch Vorteile der anderen Seite auf anderem Gebiet ausgeglichen werden kann.

Diese Asymmetrien wurden allerdings der Interessenlage der beiden Führungsmächte im Bündnis entsprechend sehr unterschiedlich wahrgenommen. Die KVAE Verhandlungen (Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa) und vor allem die sog. "Wiener Folgetreffen" zur Rüstungskontrolle und Abrüstung waren ein beredtes Zeugnis dafür, daß man sich nicht einmal darüber einig war, worüber man eigentlich konkret verhandeln wollte (vgl. H.D. Genscher, Konventionelle Stabilität in Europa – Kernproblem europäischer Sicherheit, in: Frankfurter Rundschau vom 7.4.1988). Während der Westen von "asymmetrischer Abrüstung" sprach und damit im Wesentlichen nur die Reduzierung von Truppen/Waffen auf Seiten der WVO meinte (bis zu gleichen Obergrenzen in den Bündnissen), aber weder über eine "Null-Lösung" für atomare Kurzstreckenwaffen noch über atomwaffenfreie Zonen in Europa verhandeln wollte, beharrten die Sowjets darauf, daß ein konventionelles Gleichgewicht gegeben sei, folglich gleichgewichtig abgerüstet, und vor allem über die taktischen Atomwaffen, atomwaffenfreie Zonen in Europa und die nukleare Ersteinsatz-Option der NATO verhandelt werden müsse. Im Kern der Auseinandersetzung ging es darum, daß nach Auffassung der WVO bereits ein Gleichgewicht bestand, während die NATO darauf insistierte, daß es überhaupt erst einmal hergestellt werden müsse.

³²³ Selbst wenn beide Supermächte auf 10% ihres Nuklearpotentials abgerüstet hätten, wäre das noch mehr als fünffach ausreichend gewesen zur gegenseitigen Vernichtung. "Die US-Bestände haben gegenwärtig eine Gesamtsprengkraft von etwa 9000 Megatonnen (Mt) TNT. Das bedeutet, daß die USA seit dem Zweiten Weltkrieg alle 30 Minuten ihrem Arsenal eine Hiroshima-Bombe (12,5 kt) hinzugefügt haben, daß heißt 38 Jahre lang, Tag und Nacht, sieben Tage in der Woche alle 30 Minuten eine Hiroshima-Bombe. Die Sowjetunion hat die Sprengkraft ihrer Atomwaffenbestände bis zu etwa demselben Niveau entwickelt wie die amerikanischen. (SIPRI, a.a.O., S. 39)

³²⁴ Strategische Verteidigungsinitiative (Strategic Defense Initiative), vom damaligen amerikanischen Präsidenten Reagan am 23.3.1983 verkündet. Es ging um den Aufbau eines Raketenabwehrsystems im Weltraum. Der technische Schwerpunkt lag bei der Entwicklung der entsprechenden Hochtechnologie-Laser, eines auf das damalige Projekt bezogen nie gelösten Problems. Hinsichtlich der zu erwartenden Gesamtkosten sind keine konkreten Zahlen oder Prognosen veröffentlicht worden, sie hätten aber die Billionen

Empörung über die Reagansche Politik des "Totrüstens" der Sowjetunion war kaum angebracht. Deren Militäretat lag zwar nominal bei weniger als der Hälfte, im Anteil am Bruttosozialprodukt aber noch einmal 50% über dem der USA.³²⁵

Bei allen Unterschieden in den jeweiligen Verteidigungsvorstellungen, im entscheidenden Punkt zeigte sich bei den Militärs beider Seiten das gleiche Grundmuster. Die Kriegsgefahr in Europa sei zwar nicht akut, so das Weißbuch

Dollar Schwelle wohl überschritten. Für die Forschungsphase wurden vom Kongreß jährlich knapp 4 Mrd. Dollar bewilligt

Militärisch gesehen forderte das SDI-Projekt ein Gegenrücken der UdSSR heraus, weil es –falls es denn funktioniert hätte– deren "Zweitschlags-Fähigkeit" aufgehoben hätte und deshalb aus sowjetischer Sicht natürlich als Streben nach militärischer Überlegenheit und damit als Bedrohung der Strategischen Parität zu werten war. Das SDI-Programm ließ sich keineswegs als "defensiv" einschätzen, wenn man es im Kontext sah mit der Modernisierung der in Europa stehenden amerikanischen Waffensysteme (beim Heer z.B. die Modernisierung der nuklearen Gefechtsköpfe für die Rohrartillerie, die Einführung des Waffensystems LANCE), der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckensysteme wie Pershing II und Cruise Missile ("Nachrüstung"), den offensiven Kriegsführungsoptionen der US-Streitkräfte und im Zusammenhang mit der angestrebten Stärkung der konventionellen Kampfkraft und den Überlegungen zu einer "Europäischen Verteidigungsinitiative".

Die Bundesregierung betrachtete die Strategische Verteidigungsinitiative als zunächst reines Forschungsprogramm, das aus ihrer Sicht gerechtfertigt und politisch notwendig sei und im Sicherheitsinteresse des Westens insgesamt liege (Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1985, a.a.O., S. 31 ff, 65). Die deutsche Industrie (MAN, Zeiss, Diehl, Siemens, SEL, Leitz u.a.) hätte in das SDI-Projekt einbezogen werden sollen, allerdings mit einem eher bescheidenen Auftragsvolumen (vgl. dazu Der SPIEGEL, Jg. 39, Nr. 52 v. 23.12.1985, S. 20).

325

Vgl. dazu V. Falin: "...Könnte ein Staat mit Marktwirtschaft, egal welcher Schattierung, das zeitgenössische Niveau des Wohlstands aufweisen, wenn er jährlich ein Fünftel seines Nationalproduktes für die Verteidigung ausgibt? Für die USA würde dies eine Steigerung ihrer Militärausgaben auf das Dreifache, für die Bundesrepublik auf das Vier- bis Fünffache, für Japan auf das Zwölfwache bedeuten. ... Neunzig Prozent der Grundmittel der Industrie waren in der Gruppe A und in der Rüstungsindustrie konzentriert worden. Hier arbeiteten achtzig Prozent der Ingenieure und Arbeiter. Nennwert ca. siebzig Prozent der Waren und Dienstleistungen. Für den Konsumsektor, Gruppe B, blieb weniger als vier Prozent der Aktiva übrig..." (V. Falin, Politische Erinnerungen, a.a.O., S. 462)

In der Sowjetunion waren wie in allen sozialistischen Staaten mit Ausnahme Rumäniens Angaben zum Verteidigungshaushalt tabu bzw. es wurden "getürkte" Zahlen verkündet (1987/88 ca. 20 Mrd. Rubel). Erstmals 1989 wurde durch Generalsekretär Gorbatschow und den damaligen Ministerpräsidenten Ryschkow mit 77,3 Mrd. Rubel eine halbwegs realistische Zahl genannt. Die in etwa tatsächlich zutreffende Summe für die Militärausgaben lag für 1989 der Schätzung nach bei ca. 100 - 120 Mrd. Rubel. Das entsprach etwa 9% des Bruttosozialproduktes gegenüber ca. 6,4% der USA bei ca. 300 Mrd. Dollar (reinen) Verteidigungsausgaben. Vgl. dazu auch H.H. Schröder, BIÖST, Aktuelle Analysen Nr. 27/1989, S.6;

Vgl. dazu auch V. Falin: "... Wann erlaubte Gorbatschow, die ungefähren Ziffern über sowjetische Militärausgaben den Amerikanern bekanntzugeben und danach erst dem eigenen Parlament ? Das war 1990. Vorher kannten diese Zahlen nicht einmal die Mitglieder des Politbüros...". (V. Falin, Politische Erinnerungen, a.a.O., S. 462)

1985 der Bundesregierung, das dürfe aber nicht zu dem Trugschluß verleiten, es sei Sicherheit gegeben. Die andere Seite stelle nach wie vor eine "existentielle Bedrohung" dar.³²⁶ Das hieß, "...die Kampfkraft und Einsatzbereitschaft nicht nur zu erhalten, sondern zu steigern."³²⁷ Inhaltlich nicht sehr viel anders in der sowjetischen Militärenzyklopädie: "...Die wichtigste Garantie für den Frieden sind die weitere Stärkung der Verteidigungskraft der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, die Festigung des Kampfbündnisses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags und die allseitige Steigerung der Gefechtsbereitschaft der sowjetischen Streitkräfte..."³²⁸ Dafür galt als Faustformel, zu gewährleisten sei, "...daß die Truppe über alles verfügte und alles beherrschte, was die andere Seite hatte und konnte."³²⁹

War das schon Argument genug, ständig "nachrüsten" zu müssen, dann erst recht die angebliche Befürchtung der Militärs, daß beim Gegner "...von militärischer Seite alles für einen überraschenden Angriff vorbereitet war."³³⁰ Bei solchem Bedrohungsbild war stets, wenn schon nicht mit dem Schlimmsten zu rechnen, so doch das Schlimmste zu verhindern. Das trieb zur Eile in den Verteidigungsanstrengungen und rechtfertigte deren immense Kosten.

Mit dem worst-case Argument ließen sich immer wieder neue "Lücken" behaupten, in der Logik des Wettrüstens eine Schraube ohne Ende. Die nicht zu überprüfenden und insofern auch nicht zu widerlegenden Bedrohungsanalysen setzten in beiden Bündnissen die Eckpunkte für die Verteidigungsplanung und -

³²⁶ Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1985, a.a.O., S. 65

³²⁷ Ebda., S. 35: "Die Bundesregierung ist entschlossen, größte Anstrengungen zu unternehmen, um die Kampfkraft und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zur Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen nicht nur zu erhalten, sondern zu steigern. Die politischen Weichen für die neunziger Jahre sind gestellt. Die Verlängerung der Wehrpflicht, stärkere Nutzung des Reservistenpotentials, die Einplanung umfassender Modernisierung der Bewaffnung und Ausrüstung aller Teilstreitkräfte gewährleisten eine solide Entwicklung der Bundeswehr."

³²⁸ Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 15, Stichwort "Frieden", S. 70.

³²⁹ H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 322.

³³⁰ Vgl. H.-H. Basler, Das operative Denken in der NVA, a.a.O., S.212 – Es war, wenn auch vielleicht nicht allen Politikern, so doch zumindest den Militärs beider Lager bewußt, daß mit einem plötzlichen "Überraschungsangriff" kaum zu rechnen war: Ein strategischer Kernwaffenschlag wäre zwar beiden Seiten technisch möglich gewesen, aber wegen der "Zweitschlagsfähigkeit" nur um den Preis der gegenseitigen Vernichtung. Von einem überfallartigen Angriff massierter Landstreitkräfte war wiederum nicht auszugehen, weil die erforderlichen Vorbereitungen bei den heutigen technischen Möglichkeiten der Feindaufklärung nicht unentdeckt geblieben wären. Was hätte denkbar sein können, wäre ein überraschender Kernwaffenschlag mit Flugkörpern mittlerer bis geringer Reichweite gewesen, auf den sich angesichts der technisch vorgegeben Reaktionszeiten kaum mehr direkt hätte antworten lassen, so daß der Angegriffene mit erheblichen Schäden hätte rechnen müssen und zunächst einmal in eine nachteilige Position gekommen wäre. Andererseits hätte ein solcher Kernwaffenschlag vermutlich unmittelbar in einen allgemeinen Kernwaffenkrieg auf operativ-strategischer bzw. strategischer Ebene übergeleitet – eine Entwicklung, die niemand wollen konnte.

organisation. Sie gaben den Rüstungsprogrammen eine langfristige Perspektive und blockierten erfolgreich alle Bemühungen, zu wirklichen Rüstungsbeschränkungen zu kommen.³³¹ Die auf beiden Seiten unablässige Modernisierung der Waffensysteme heizte im Gegenteil die Rüstungsspirale an und damit das Mißtrauen, die andere Seite unternehme alle Anstrengungen, das militärische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verschieben. In dem Mißtrauen kam die nicht grundlose Befürchtung³³² zum Ausdruck, daß militärische Überlegenheit in

³³¹ Damit soll nicht gesagt sein, daß die Bemühungen um Sicherheit und Zusammenarbeit, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle und Abrüstung etc. nicht ihren Wert gehabt hätten. Der lag allerdings zunächst weniger in den Verhandlungsergebnissen als in den Möglichkeiten der beiden Supermächte, überhaupt im Gespräch zu bleiben. Denn trotz aller Verhandlungsroutine blieben die schier endlosen Ost–West–Abrüstungsgespräche eines der wichtigsten politischen Instrumente, den komplizierten Mechanismus aus gegenseitiger Bedrohung, Wettrüsten und Rüstungsbegrenzung unter Kontrolle zu halten. Ihre Funktion war angesichts der Unwägbarkeiten der Politik der gegenseitigen Abschreckung nicht zuletzt auch die einer Art "Rückversicherung", einer "Rüstungskontrolle" in dem speziellen Sinne, die eigenen Optionen und die der jeweils anderen Seite einschätzen zu können, Bedingung dafür, das prekäre Gleichgewicht im militärischen Kräfteverhältnis in der Waage zu halten. Aus der Sicht, daß dieses Gleichgewicht durch die technologische Entwicklung auf dem Rüstungssektor ständig aufs Neue gefährdet war, mußte der schleppende Verlauf der Abrüstungsgespräche durchaus nicht als Manko betrachtet werden. Im Gegenteil, er stellte im Blick auf die ja funktionierende Wirksamkeit der Abschreckung eher einen Stabilitätsfaktor dar – jedenfalls wenn man mit den sog. "Folgetreffen" der West–Ost–Verhandlungsdelegationen nicht gerade die Hoffnung auf tatsächliche Abrüstung verband. Die blieb solange eine Illusion, wie allein die Abschreckungsdoktrinen auf beiden Seiten, militärisch wie politisch, als Mittel zur Verhinderung des sonst angeblich drohenden nächsten Weltkrieges galten. Schon die im Vergleich zu den weiteren Konferenzen (INF, MBFR, KVAE, VSBM) noch relativ unproblematischen und trotzdem äußerst langwierigen Verhandlungen zum KSZE-Prozeß zeigten, wie mühsam Fortschritte –oder was dazu erklärt wurde– zu erzielen waren. Im SIPRI-Jahrbuch 1983 hieß es recht bezeichnend: "Welche Fortschritte wurden 1982 gegenüber diesem Anwachsen der Militärausgaben und diesen verschiedenen Entwicklungen im Bereich konventioneller und atomarer Waffen, im Bereich der Rüstungskontrolle und der Abrüstung gemacht?" Die kurze Antwort lautet bereits im zweiten Jahr: "keine." (SIPRI, a.a.O., S. 29 f).

Daß man sich in der Folge doch noch auf manchen Zielkompromiß einigen konnte, daß das INF-Abkommen geschlossen wurde, daß es überhaupt zu den in der Praxis funktionierenden "begleitenden" und Verifikations-Maßnahmen auf der jeweils anderen Seite kam, sollte sicherlich nicht unterschätzt werden. Das ändert jedoch nichts daran, daß dort, wo es um konkrete Abrüstungsschritte ging –etwa bei dem sich mehr als 15 Jahre dahinschleppenden MBFR-Prozeß (Reduzierung und Obergrenzen von Streitkräften und Rüstung bzw. "Konferenz über konventionelle Stabilität und Abrüstung")– die Annäherungen in den Standpunkten nur graduell waren und von der angestrebten "Atmosphäre des Vertrauens" keine Rede sein konnte.

Vgl. zum Thema etwa W. Bruns, Bilanz und Perspektiven des KSZE-Prozesses, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/88 v. 4. 3.1988, S. 27-38; R. Mutz, Konventionelle Abrüstung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und MBFR, Baden-Baden 1984; H.G. Brauch (Hrsg.), Vertrauensbildende Maßnahmen und Europäische Abrüstungskonferenz, Gerlingen 1986

³³² Das beste Beispiel dafür war Westberlin, das durch seine Insellage den Sowjets die Möglichkeit gab, durch militärische Drohung, je nach politischer Lage und kalkulierbarem Risiko dosiert, politischen Druck auf den Westen auszuüben.

einer politischen Pattsituation als taktischer Vorteil ausgenutzt werde. Sie könne unter Umständen dazu verleiten, durch Androhung militärischer Gewalt unterhalb der Schwelle eines Krieges zwischen den Blöcken bestimmte politische Ziele durchzusetzen. Insofern galt auf beiden Seiten bis in die Regierungszeit Gorbatschows als Maxime: Abrüstungsverhandlungen "ja", aber nur aus einer Position militärischer Stärke, ohne die Aufgabe strategischer Positionen.

Dieses Mißtrauen auf beiden Seiten wurde erst –partiell– durchbrochen mit dem Systemwandel in Osteuropa und dessen Folgen für die WVO. Angestoßen durch Gorbatschows "Neues Denken" in der Außen- und Sicherheitspolitik war den sowjetischen Streitkräften eine diesem Paradigmenwechsel angemessene neue Militärstrategie und eine entsprechende Umstrukturierung der Armee, insgesamt ein Umdenken verordnet worden, das bei den sowjetischen Militärs größtenteils keine Unterstützung fand. Sie sahen sich mit dem Auseinanderfallen des östlichen Bündnisses in ihrer Auffassung bestätigt, daß nur eine Politik militärischer Stärke die nationale Sicherheit garantiert und den Ausverkauf nationaler Interessen hätte verhindern können.

3.4. Das "Neue Denken" in der sowjetischen Sicherheits- und Militärpolitik

Das konfrontative Rüstungsverhalten der Sowjetunion war sicher nicht nur aus dem Bestreben zu erklären, das Gleichgewicht der militärischen Kräfte zu sichern. Die Führungsrolle der UdSSR im sozialistischen Weltsystem und der expansionistische Kurs ihrer traditionellen Außenpolitik stützten sich in erster Linie –wenn nicht allein– auf das politische Gewicht des militärischen Faktors. Ihr Anspruch, auf der internationalen Bühne gleichrangig mit den USA als Weltordnungsmacht auftreten zu können, setzte voraus, sich aus einer Position militärischer Stärke auch als "Supermacht" definieren zu können. Das hieß, im Rüstungswettlauf mitzuhalten, mit der Konsequenz, sich auf immer neue, immer gigantischere und immer kostspieligere Rüstungsprojekte einzulassen – um den Preis der sozialen Verelendung und des wirtschaftlichen Ruins.

Die in der UdSSR über Jahrzehnte unbezweifelbare Argumentation der Militärs, die nationale Sicherheit sei nur durch eine Politik militärischer Stärke zu garantieren, wurde politisch nicht mehr akzeptiert, als mit Gorbatschows Perestroika nicht mehr die Politik militärischer Stärke, sondern das Gelingen der Wirtschaftsreform zum politischen Programm erhoben wurde. Hatte in der Sowjetunion bis dahin der militärisch-industrielle Komplex den Rüstungssektor unkontrolliert und abgeschirmt gegen die Öffentlichkeit selbst bestimmen können³³³, so geriet die Selbstverständlichkeit, mit der die militärischen Interessen alle anderen Politikbereiche überlagerten, nun ins Kreuzfeuer der Kritik.

In der von aktiven Militärs, ehemaligen Generalen und zivilen Sicherheitsexperten kontrovers geführten Debatte sicherheitspolitischer Probleme verlagerte sich mit dem "Neuen Denken" die vorrangig auf militärische Fragen begrenzte Sicht auf die übergeordnete politische Systemebene als zentralem Bezugspunkt. Dadurch kamen –vor der Gorbatschow-Ära nicht denkbar– nicht nur die außenpolitischen Kosten der von den Militärs propagierten Politik der Stärke in den Blick, die Erstarrung in den internationalen Beziehungen. Sichtbar wurden vor allem die realen Kosten des Rüstungswettlaufs für die gesamte Volkswirtschaft

³³³

Vgl. die Schilderung bei G. Arbatow: "...Aber warum wurden wir in den Augen der Welt in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu einer expansionistischen, aggressiven Macht? Meine Einschätzung wäre, daß der militärisch-industrielle Komplex zu solchen Dimensionen herangewachsen war, daß er sich von jeder politischen Kontrolle befreit hatte. Er hatte Kraft und Einfluß gesammelt und Breschnews Schwächen geschickt ausgenutzt. Überdies hatten die Militärs jener Zeit fast ein Monopol auf Zugang zur politischen Führung. Natürlich hatte dieser Verlust an politischer Kontrolle im militärischen Bereich seine Gründe. Es reicht nicht, nur die Generäle, Admiräle und die Verwalter des militärisch-industriellen Komplexes anzuklagen; die politischen Wurzeln dieser Situation müssen bloßgelegt werden." (G. Arbatow, *Das System*, a.a.O., S. 223, siehe auch S. 223-230). Ähnlich V. Falin: "An Intensität der Militarisierung kannte die sowjetische Wirtschaft nicht ihresgleichen unter den großen Nationen. Und wozu der ganze Unfug? Bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten wiederholte ich seit den siebziger Jahren, daß wir nicht so sehr gegen die USA wie gegen uns selbst wett-rüsten. Die wirtschaftliche Perestroika hätte dem Militarismus Paroli bieten müssen, der zur Ideologie in der Ideologie, zum Staat im Staat geworden war." (V. Falin, *Politische Erinnerungen*, a.a.O., S. 463)

der UdSSR.³³⁴ In bis dahin nicht gekannter Offenheit wurde kritisiert, die militärische Überrüstung habe das Land in eine permanente ökonomische Krise und an den Rand der Katastrophe getrieben. Während enorme Ressourcen und das hohe wissenschaftlich technische Potential für die Rüstung vergeudet würden, sei die Bevölkerung so verarmt, daß die Sowjetunion im Lebensstandard weltweit unterhalb der 50. Stelle liege. Sie brüste sich damit, militärisch Parität mit den USA erreicht zu haben, sei aber im Vergleich ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf der Stufe eines drittrangigen Landes. Das einzige, was wirklich funktioniere, sei der militärisch-industrielle Komplex. Er verhindere die notwendigen Reformen und gefährde damit die innere Sicherheit des Landes.³³⁵

Wenn die volkswirtschaftliche Unproduktivität des Wettrüstens und der Militärausgaben auch offen angesprochen werden konnte, so war doch das eigentliche Problem damit keineswegs gelöst, die Militarisierung der sowjetischen Wirtschaft. Das Problem wurde auch unter Gorbatschow nicht gelöst, ja nicht einmal ernsthaft angegangen. Da es nur Absichtserklärungen, aber keine tatsächlich funktionsfähigen Konversionsprogramme gab, blieb die Eigendynamik des militärisch-industriellen Komplexes ungebrochen, offenbar sogar ungebremst.³³⁶

Während die Zielsetzung der "Perestroika", die sowjetische Wirtschaft einer Generalüberholung zu unterziehen, durchaus auch im Interesse der Streitkräfte und des Rüstungsbereichs lag, stieß der damit einhergehende Wandel im System und des politischen Systems insgesamt in der Armee eher auf Skepsis. Erwartungsgemäß wurde insbesondere die Abkehr von der Politik militärischer Stärke kritisiert und als Ausverkauf nationaler Interessen abgelehnt. Nach Auffassung der sowjetischen Militärs hatten sich die Verteidigungsplanungen an der "Realität der militärischen Bedrohung" zu orientieren, die einseitige Vorleistungen, etwa den Verzicht auf die Entwicklung neuer Waffentechnologien oder einseitige Truppenreduzierungen nicht zulassen würden. kreis

Gorbatschows Forderung, das Neue Denken in entsprechende sicherheits- und militärpolitische Konzeptionen umzusetzen, traf denn bei führenden Militärs auch auf hinhaltenden oder sogar offenen Widerstand.³³⁷ Die Neudefinition der sicherheitspolitischen Leitlinien und die Unterordnung der militärpolitischen Forderun-

³³⁴ Vgl. E. Schewardnadse, Die Zukunft gehört der Freiheit, Hamburg 1991, S. 116 ff

³³⁵ Ebda., S. 109 f

³³⁶ Dazu V. Falin: "Keine Konversion, keine 'entschlossene' und 'radikale' Entmilitarisierung der Wirtschaft, keine außerordentliche intensive Ausarbeitung realistischer Neuerungsprogramme, die die Volkswirtschaft vom Kopfstand auf die Füße stellen würde...Real und absolut wurden die Militärausgaben erst zum Jahreswechsel 1988/89 gekürzt. Das vierte Perestroikajahr neigte sich seinem Ende zu, ohne ein sachliches und überzeugendes Programm zur Konversion zu präsentieren. Weder ein komplexes noch ein partielles... Wie auch immer, es sollte klarer als klar sein: Ohne Entmilitarisierung des Landes im weitesten Sinne und ohne Konversion seiner Wirtschaft mußte man alle Visionen einer Wiedergeburt der Sowjetunion und der Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen aufgeben..." (V. Falin, Politische Erinnerungen, a.a.O., S. 462 ff)

³³⁷ Vgl. O. Diehl / A. Krakau, Die Militärexperten der sowjetischen Westforschungsinstitute und die innersowjetische Strategiediskussion, a.a.O., S.84 f

gen unter den neuen Kurs der sowjetischen Außenpolitik wurde in der offiziellen Parteilinie dennoch durchgesetzt, gegen wohl erheblichen Widerstand im Politbüro³³⁸. Das gelang nicht zuletzt deshalb, weil die Sicherheits- und Militärpolitik unter dem Einfluß von "Glasnost" nicht mehr die Domäne der Militärs war. Sicherheits- und militärpolitische Themen wurden inzwischen auch von zivilen Militärexperten an den sowjetischen Westforschungsinstituten aufgegriffen. Sie übernahmen mehr und mehr die Vorreiterrolle in der programmatischen Formulierung des Neuen Denkens in der Sicherheits- und Militärpolitik.³³⁹

Daß der Bruch mit der traditionellen Militärpolitik als Sicherheitspolitik für den Erfolg der neuen sowjetischen Außenpolitik von entscheidender Bedeutung war, lag auf der Hand. Gorbatschows Interesse an internationaler Zusammenarbeit und die angestrebte politische und wirtschaftliche Kooperation mit dem Westen konnten nicht zum Zuge kommen, solange das sowjetische Militärpotential dort als aggressive Bedrohung und Ursache der Blockkonfrontation galt. Das Bemühen der sowjetischen Außenpolitik, die Isolation in den internationalen Beziehungen aufzubrechen und aus der Sackgasse gegenseitiger Beschuldigung zum Dialog mit den USA zu kommen, forderte gerade auf dem militärischen Sektor Verhandlungsbereitschaft und Glaubwürdigkeit. Die Hinwendung von der Politik der Konfrontation zu der der Kooperation mit dem Westen konnte aber nur glaubwürdig sein, wenn die konfrontativen politisch-militärischen Strukturen abgebaut und die ideologischen Barrieren überwunden wurden. Beides richtete sich gegen das konservativ-traditionelle Weltbild der Militärs.

Die Abkehr von der Politik militärischer Stärke zwang zu einer Neubewertung der sowjetischen Sicherheitsinteressen. Die Lösung dieses Problems sollte in dem Konzept eines schrittweise zu erreichenden Modells gemeinsamer Sicherheit in den Ost-West Beziehungen liegen, die Zielperspektive in einer "Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen".

³³⁸ Vgl. E. Schewardnadse, *Die Zukunft...*, a.a.O., S. 98 ff

³³⁹ Nach Krakau/Diehl handelt es sich bei den Wissenschaftlern insbesondere um Historiker und Ökonomen, so am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO) um E.Primakow und A.Arbatow, am USA- und Kanada-Institut (ISKAN) um G.Arbatow, A.Kokoschin, S.Karaganow, A.Kortunow und am 1988 neu gegründeten Europa-Institut um V.Zhurkin. Diese "institutciki" seien zumeist auch gleichzeitig Mitglieder des "Komitees sowjetischer Wissenschaftler für den Frieden und gegen die nukleare Gefahr". Am ISKAN sei noch der ehemalige Generalmajor V.Larionow hervorgetreten, außerdem seien verschiedene ehemalige Generale der Vereinigung "Sowjetische Generäle und Admirale a.D. für Frieden und Abrüstung" an den Westforschungsinstituten tätig und an der Diskussion beteiligt gewesen, z.B. M.Milschtein, V.Makarewski und A.Astaffjew. (O.Diehl / A. Krakau, *Die Militärexperten der sowjetischen Westforschungsinstitute und die innersowjetische Strategiediskussion*, a.a.O., S. 71 f)

Vgl. ebda. S. 71-90 zur Diskussion 1987/88/89 die unterschiedlichen Standpunkte der zivilen Experten (Kokoschin/Larionov, Zhurkin/ Karaganov/Kortunov) und der führenden Militärs (Generalstabschef Achromejew, sein Nachfolger Moissejew, der stv. Generalstabschef Gareev, Generaloberst Tschervow, im Generalstab zuständig für die Abrüstungsverhandlungen, u.a. zu den Begriffen "vernünftige Hinlänglichkeit", "Parität", "zuverlässige Verteidigung".

Auf dem Weg dorthin wäre die sicherheitspolitische Stabilität aufrechtzuerhalten, wenn von der Abschreckungsdoktrin und dem Streben nach militärischer Überlegenheit zur Abrüstung und zu einer "Doktrin der Zurückhaltung" übergegangen werde. Die "zuverlässige Verteidigung" müsse gewährleistet bleiben, aber Umfang, Bewaffnung und Struktur der Streitkräfte hätten sich am Grundsatz "vernünftiger Hinlänglichkeit" und an dem anzustrebenden Prinzip einer "nicht-offensiven Verteidigung" zu orientieren.³⁴⁰

Für das Militär folgte aus dem Zwang, sich dem neuen politischen Denken anpassen zu müssen, die Notwendigkeit, seine Rolle neu zu bestimmen. Aus seiner Sicht ließ sich die militärische Block-Konfrontation durch politische Abkommen zwar entschärfen, vor dem Hintergrund des ideologischen Systemgegensatzes aber nicht aufheben. Die latent immer vorhandene Aggressionsbereitschaft imperialistischer Politik, ihr Ziel, "soziale Revanche" zu nehmen, den Sozialismus zu isolieren, zurückzudrängen und in seiner Existenz schließlich zu vernichten, in der Armee waren das keine leeren Worte, Ideologie und Überzeugung fielen zusammen.³⁴¹ In der Einschätzung der Militärs war zwar nicht mehr wie zu Stalins Zeiten von der Unvermeidbarkeit des nächsten Weltkrieges auszugehen, sehr wohl aber von der Gefahr. Sie mochte sich durch Entspannungsschritte und Rüstungskontrollvereinbarungen verringern lassen, den Erhalt des Frieden sicherte letztlich jedoch nur die Stärke der sowjetischen Militärmacht.

³⁴⁰ Zu den Begrifflichkeiten siehe aus westlicher Sicht: O. Diehl / A. Krakau, Die Militär-experten der sowjetischen Westforschungsinstitute und die innersowjetische Strategie-diskussion, a.a.O., S. 74-90; P.A. Petersen / N. Trulock, Gleiche Sicherheit: Größere Stabilität bei niedrigerem Streitkräftenstand, in G. Wettig, Die sowjetische Militärmacht und die Stabilität in Europa, a.a.O., S. 137-168, hier S. 157-168

³⁴¹ G. Arbatow, selbst Insider in der sowjetischen Politik, beschreibt diese Einstellung, zwar auf die politische Führung bezogen, aber nicht weniger gültig für die militärische: "Natürlich waren sie (die politischen Führer, d. Verf.) weit davon entfernt, alles zu glauben, was sie sagten, und ebenso weit entfernt davon, alles zu sagen, was sie glaubten und dachten. Sie besaßen einen gesunden und manchmal nicht so gesunden Zynismus. Aber trotzdem war all ihr Denken von der Ideologie und den Mythen, welche diese Ideologie schuf, durchtränkt. Ihr ältester Glaube bestand darin, daß der kapitalistische, >>imperialistische<< Westen uns mit angeborener und unversöhnlicher Feindseligkeit gegenüberstand und daß diese Feindseligkeit sich als militärische Bedrohung äußerte.

Mehr als einmal hatte ich die Gelegenheit, dieses Thema mit Breschnew anzusprechen, mit Andropow und anderen politischen Führern, die in ihrem Denken und in ihrer Kenntnis der internationalen Szene ganz unterschiedlich waren. Auch ihre Gedanken waren unterschiedlich. Aber das Mißtrauen und die Furcht, daß die Bedrohung eines Krieges aus dem Westen käme, vereinte sie alle. Es stimmt, wenn es mir gelang, tiefer in das Thema einzudringen und sie zu fragen, welche rationalen Interessen des Westens auf den Krieg gerichtet sein könnten oder auch nur auf eine unversöhnliche Feindseligkeit gegen die UdSSR, antworteten sie zunächst ausweichend: Ja, die Zeiten hätten sich verändert, niemand wollte den Krieg usw. Aber dann folgten bald wieder die Argumente, daß wir vorbereitet sein müßten, daß der Imperialismus des Westens eine Realität sei, daß er nur durch die eigene Stärke gezügelt werden könne usw. usw.

Die Leute, die meiner Meinung nach am zynischsten waren und zugleich die wenigsten Vorurteile hatten, waren unsere Generäle..." (G.Arbatow, Das System, a.a.O., S. 337f)

Gorbatschow setzte sich von diesem Denken in den Kategorien der "alten" Politik der Stärke ab, indem er Sicherheit vor dem Hintergrund der drohenden Katastrophe eines Kernwaffenkriegs als von den Völkern gemeinsam zu lösende Aufgabe definierte.³⁴² Die reale Bedrohung der gesamten Menschheit durch die Kernwaffenpotentiale zwingt zu der Erkenntnis, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr sein könne. Der Krieg zwischen beiden Bündnissen sei sinnlos, weil es politisch nichts zu gewinnen gebe, statt dessen aber das unkalkulierbare Risiko eines globalen militärischen Konfliktes drohe, bei dem es weder Sieger noch Besiegte geben werde. Die Verhinderung des Krieges sei darum das oberste Gebot aller Politik. Ein erster Schritt dahin liege in der Beendigung des Rüstungswettlaufs und in der radikalen Verminderung der Waffenarsenale, insbesondere der Kernwaffen.

Im Atomzeitalter, so Gorbatschows Außenminister Schewardnadse, sei Sicherheit nicht durch die gegenseitige Androhung militärischer Vernichtung zu erreichen.³⁴³ Sicherheit setze Zusammenarbeit voraus und sei schon vom Begriffsverständnis her ein nur in einer Vielzahl von politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und auch militärischen Aspekten zu verwirklichendes Ziel. Es müsse um die "Priorität der allgemeinmenschlichen Interessen" gehen, worunter zu verstehen sei, "daß alle normalen Menschen, worin sie sich auch immer unterscheiden mögen, in gleicher Weise am Frieden, an Prosperität und am Fortschritt, an einem gesunden Zustand der Gesellschaft und des Menschen, an der Rettung der Zivilisation vor den nuklearen und ökologischen Bedrohungen, an der Lösung der Entwicklungsprobleme interessiert sind."³⁴⁴ Die militärische Sicherung einer solchen Politik, die sich das Leben der Menschen zum Maßstab ihrer Entscheidungen mache, habe diesen Zusammenhang widerzuspiegeln. Sie habe sich nicht an der Doktrin der Abschreckung und einer Politik der Stärke zu orientieren, sondern am verteidigungsnotwendigen Minimum, denn strittige internationale Probleme seien nicht mit militärischer Gewalt oder durch deren Androhung zu lösen, sondern ausschließlich mit politischen Mitteln

Die "Priorität der allgemeinmenschlichen Werte" fordere die gemeinsame Verantwortung für die Probleme der Welt. Die daraus ableitbare Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit habe jedoch nur eine Chance, wenn die ideologische Konfrontation durchbrochen werde und der Dialog in fairer Offenheit und in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens geführt werde. Eine solche Entwicklung zur Partnerschaft in den internationalen Beziehungen setze die Bereitschaft voraus, den jeweils anderen in seinen Ansichten zu verstehen und insgesamt Verständigung zu wollen. Das bedeute keineswegs, Interessenunterschiede zu leugnen oder eigene Überzeugungen aufzugeben. Es habe jede

³⁴² Vgl. M. Gorbatschow, *Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1987, insbesondere Kapitel 6 "Europa in der sowjetischen Außenpolitik" und Kapitel 7 "Probleme der Abrüstung und die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen"; vgl. auch E. Schewardnadse, *Die Zukunft gehört der Freiheit*, a.a.O., v.a. S. 115, 119 ff

³⁴³ Vgl. E. Schewardnadse, a.a.O., S. 128 ff

³⁴⁴ Ebda., S. 122

Nation das Recht, den Weg ihrer sozialen Entwicklung selbst zu bestimmen. Sie könne sich für den Sozialismus wie auch für den Kapitalismus entscheiden, die Geschichte werde beweisen, wer recht hat. Es sei jedoch mit den Prinzipien internationaler Zusammenarbeit unvereinbar, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen und sie zum eigenen Ideal bekehren zu wollen. Mit dem ideologischen Absolutheitsanspruch verbinde sich die negative Zeichnung der jeweils anderen Gesellschaftsordnung, die Verunglimpfung des Andersdenkenden, das Zerrbild des Gegners. Es müsse deshalb zu einer "Entideologisierung der internationalen Beziehungen" kommen.

Da das Überlebensinteresse der Menschheit und die Verhinderung eines Krieges von universaler Bedeutung seien, habe sich dem alles andere unterzuordnen, auch das Verlangen, die durchaus berechtigten Vorzüge der eigenen ideologischen Position zu betonen. Gerade weil das Prinzip partnerschaftlicher und friedlicher Koexistenz die Beziehungen von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zueinander prägen sollte, sei es nicht länger möglich, den Begriff "Friedliche Koexistenz" als "spezifische Form des Klassenkampfes" beizubehalten.³⁴⁵

Daß Gorbatschows politischer Kurswechsel den teils offenen, teils versteckten Widerstand der Vertreter des "alten Denkens" herausfordern würde, war zu erwarten. Die Kritik machte deutlich, daß er nicht nur die Dogmatiker in der Partei ins Mark getroffen hatte, sondern sich bis ins Politbüro hinein eine Polarisierung zwischen Anhängern Gorbatschows und einer konservativen Gegenbewegung im Parteiapparat, im KGB und in den vernetzten Staatsstrukturen des militärisch-industriellen Komplexes abzuzeichnen begann.³⁴⁶ Ihr galt gerade in der Phase der Stagnation in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen politische Härte und militärische Stärke in einem nach innen starken Staat als einzig richtiger Weg. Der Tenor der Vorwürfe, man vernachlässige die nationalen Interessen, schwäche die eigene Sicherheit und verunsichere seine Verbündeten und Freunde, entsprach den gewohnten Kategorien der Politik nationaler Stärke.

Wie E. Schewardnadse schreibt, setzte massive Kritik aber auch dort an, wo man mit der von Gorbatschow verkündeten Entideologisierung die sozialistischen Prinzipien verraten sah. Durch die Gegenüberstellung von allgemein-menschlichen Interessen und denjenigen des Sozialismus werde die "dialektische Einheit des Klassenspezifischen und Gesamtmenschlichen" aufgehoben. Die mit dem Vorrang der gesamtmenschlichen Werte begründete Entideologisierung bedeute, die sozialistischen Interessen, Ziele und Werte den bürgerlichen zu opfern.³⁴⁷

³⁴⁵ Vgl. M. Gorbatschow, *Perestroika*, a.a.O., S. 182 f / 187 ff / 202 ff; vgl. auch E. Schewardnadse, a.a.O., S. 99 f, 107 f

³⁴⁶ Vgl. G. Arbatow, der zu den Kräften, "...welche die imperialen Traditionen und Ambitionen des Landes verkörperten", die Parteiführung, den militärisch-industriellen Komplex und einen großen Teil der führenden Militärs, den KGB und jene UdSSR-Ministerien, welche die Ökonomie kontrollieren, zählt. (G. Arbatow, *Das System*, a.a.O., S. 373)

³⁴⁷ E. Schewardnadse führt einen Auszug aus den "Materialien des vereinigten Plenums des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU vom 4. Februar 1991 an: "Indem wir die gesamtmenschlichen Werte und die klassenspezifischen Interessen

Diese Kritik war keineswegs bloße Rhetorik. Die Politik nationaler Stärke konnte mit Zustimmung rechnen, solange an der objektiven Notwendigkeit der Verteidigungsanstrengungen nicht zu zweifeln war. Mit der Absage an die "Friedliche Koexistenz" als spezifischer Form des Klassenkampfes und der "Entideologisierung der internationalen Beziehungen" drohte die politisch-ideologische Integrationskraft dieser militärisch definierten Politik der Stärke jedoch verloren zu gehen. Gab das staatlich propagierte Bild des "Klassenfeindes" bis dahin die Negativfolie zum gesellschaftlichen Selbstbild ab, dann drohten mit dem Wegfall der Konfrontation und damit des Feindbildes die traditionellen Legitimationsmuster der "Politik der Stärke" an Überzeugungskraft zu verlieren.

Das betraf insbesondere das Militär und den Rüstungsbereich. Der Armee drohte das Feindbild abhanden zu kommen und mit ihm das Argument, das jahrzehntelang die Begründung abgegeben hatte für die Hochrüstung der Sowjetunion: Ihr sei das Wettrüsten aufgezwungen worden durch das Streben der USA und der NATO nach militärischer Überlegenheit; die sowjetischen Streitkräfte müßten, um den Frieden schützen zu können und, falls das nicht gelingen sollte, ihn durch die Zerschlagung des Aggressors wiederherzustellen, jedem potentiellen Gegner an Kampfkraft überlegen sein. Zusammen mit dem Monopol der Militärs in allen Fragen der Sicherheitspolitik und dem Fehlen der parlamentarisch-fiskalischen Kontrolle der Ausgaben des Rüstungsbereichs war das ein Freibrief, sich seine Beschaffungsvorhaben selbst zu genehmigen. Fehlte es auch der Bevölkerung und in der Wirtschaft am Nötigsten, die Rüstungsproduktion ging vor. Mit dieser einzigartig privilegierten Stellung, in der der militärisch-industrielle Komplex in der Sowjetunion als Staat im Staate agieren konnte, drohte es vorbei zu sein, wenn nicht mehr Rüstungsmanager und Militärs die "Politik der Stärke", sondern die Politiker ein "verteidigungsnotwendiges Minimum" durchsetzten.

Immerhin hatte der politische Kurswechsel für das Militär konkrete Folgen. Aus Gorbatschows Ankündigung, man wolle sich zukünftig am Grundsatz einer "nicht-offensiven Verteidigung" orientieren, ergab sich für die militärische Führung die Notwendigkeit, ihre über Jahrzehnte gültige Offensiv-Doktrin ins Gegenteil umschreiben zu müssen – mit allen Konsequenzen für die Kriegsplanung, die Struktur und Ausrüstung der Streitkräfte etc. Diese Doktrinänderung wurde erstmals im Mai 1987 veröffentlicht in der Ost-Berliner Erklärung zur Militärdoktrin der WVO-Staaten.³⁴⁸

einander gegenüberstellen und den allgemeinmenschlichen Werten die Priorität gaben, erwiesen wir der sozialistischen Idee einen schlechten Dienst...Dadurch wurde die dialektische Einheit des Klassenspezifischen und des Gesamtmenschlichen gestört. Wir wissen doch, daß es nie jemand vermocht hatte, die gesamtmenschlichen Interessen besser zum Ausdruck zu bringen als die Arbeiterklasse..." (E. Schewardnadse, a.a.O., S. 113). Schewardnadse beschreibt anschaulich, gegen welche Widerstände Gorbatschow sein Programm 1986 auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU durchzusetzen hatte (E. Schewardnadse, a.a.O., S. 98 ff, 106-118);

³⁴⁸

Erklärung zur Militärdoktrin der WVO-Staaten in der Prawda v. 30.5.1987 / vgl. MW (Berlin-Ost) 8/1987, S. 3-12. Die Grundzüge waren bereits durch die programmatischen

Zur politischen Zielsetzung der Deklaration stellte der damalige Armeegeneral und spätere sowjetische Verteidigungsminister D. Jasow fest, das Dokument sei als Ausdruck des neuen politischen Denkens über die Probleme gemeinsamer Sicherheit in Europa als Anstoß zur Entwicklung eines Dialogs zwischen Warschauer Vertrag und NATO zu sehen. Die Staaten der beiden Bündnisse sollten ihre Doktrinen gegenseitig beraten, um zu einer einheitlichen Meinung über die weiteren Entwicklungsrichtungen zu kommen

Die neue Militärdoktrin trage dem Ziel der Kriegsverhinderung und der Wahrung des Friedens Rechnung, indem sie Bedrohungsperzeptionen des Westens berücksichtige. Die WVO verpflichte sich, niemals und unter keinen Umständen Kriegshandlungen zu beginnen und niemals als erste taktische oder strategische Kernwaffen einzusetzen. Sie werde nur so viel Streitkräfte aufrechterhalten, wie für die Abwehr eines Überfalls von außen erforderlich seien. Die UdSSR sei bereit, die Mittelstrecken- und operativ-taktischen Raketen im europäischen und asiatischen Raum zu liquidieren, wenn die USA das gleiche tun würden. Dabei werde sie die Kernwaffen der USA im Raum des Stillen Ozeans und im asiatischen Raum unberücksichtigt lassen. Sie schlage außerdem die 50-prozentige Reduzierung der strategischen Angriffswaffen der UdSSR und USA bei einer gleichzeitigen Bekräftigung des ABM-Vertrages vor, des weiteren ein Erprobungsverbot für kosmische Komponenten der Raketenabwehr im Weltraum, die Einstellung aller Kernwaffentests unter strenger internationaler Kontrolle mit Inspektionen vor Ort und die Beseitigung aller chemischen und anderen Massenvernichtungswaffen. Schließlich werde auch vorgeschlagen, die Waffen- und Streitkräftekonzentration in der Zone der unmittelbaren Berührung der beiden Militärbündnisse auf ein abgestimmtes Minimum zu verringern, die gefährlichsten der Angriffswaffen aus dieser Zone zurückzunehmen und alle Kernwaffen in einem Korridor von nach jeder Seite 150 km Tiefe auf gegenseitiger Basis abziehen.

Die WVO-Staaten würden nicht nach militärischer Überlegenheit streben oder größere militärische Sicherheit als die der NATO beanspruchen, allerdings auch nicht zulassen, daß die andere Seite militärisch überlegen ist. Der Schutz der sozialistischen Gemeinschaft müsse garantiert sein, das bedeute, einen "genügenden Stand" zu haben, sowohl bei den strategischen Waffen als auch bei den Streitkräften und herkömmlichen Waffen. Die Grenze dessen, was als "genügend" anzusehen sei, bestimmten die USA und die NATO.

Nicht nur im letzten Satz klangen die alten Vorbehalte der Militärs an. So beeindruckend sich manche der Vorschläge und die Initiative insgesamt auf den ersten Blick auch ausnahmen, die Probleme lagen im Detail, und da bewegte sich wenig. Mochte man auch an der eher starren Haltung des Westens Anstoß nehmen, so war es natürlich leicht, die Abschaffung der atomaren Kurz- und Mittelstreckenwaffen vorzuschlagen, wenn man selbst auf die eigene konventionelle

Festlegungen des 27. Parteitags der KPdSU vom März 1986 und im Budapester Appell der WVO vom Juni 1986 bekannt geworden.

Überlegenheit setzte und wußte, daß das NATO-Verteidigungskonzept ja gerade auf der nuklearen Abschreckung beruhte. Es fragte sich, wie aus sowjetischer Sicht bei einem Abzug der Atomwaffen aus Europa die dann nicht mehr gegebene relative Stabilität wieder hätte austariert werden sollen.

Im Blick auf das schon laufende amerikanische SDI-Projekt war auch vorauszusehen, daß ein Erprobungsverbot für Raketenabwehrwaffen im Weltraum bei der US-Regierung auf wenig Gegenliebe stoßen würde, zumal die Sowjetunion ihr eigenes, bodengestütztes Raketenabwehr-Programm bei Krasnojarsk weiterbetrieb. Umgekehrt hätten die Sowjets die von ihnen geforderten Inspektionen vor Ort lange haben können, wenn nicht gerade sie sich immer dagegen gewehrt hätten.

In der Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen, war jedoch die Ankündigung der "Defensivorientierung" der WVO-Militärdoktrin. Ging es bisher um den Sieg, um die vollständige Zerschlagung des Gegners, ein Ziel, das den strategischen Angriff forderte, jedenfalls nicht auf dem Wege der Verteidigung zu erreichen war, so schien die neue Militärdoktrin dem Westen seine angebliche Besorgnis nehmen zu können, mit einem Überraschungsangriff bzw. überhaupt noch einem Angriff der WVO-Streitkräfte rechnen zu müssen. Hätte die Sowjetunion nur noch eine "nicht-offensive Verteidigungsfähigkeit" besessen –auf einem nach dem Prinzip der "Vernünftigen Hinlänglichkeit" vertretbaren, aber sicherlich weit unter der bisherigen Stärke liegenden Niveau– so hätte es für die NATO keinen Grund mehr gegeben, bei ihrer nuklearen Abschreckungsphilosophie zu bleiben.

Eine Frage war allerdings, wie offensivfähig die WVO-Streitkräfte in der Folge tatsächlich noch gewesen wären, eine andere, ob die NATO bereit gewesen wäre, ihr Konzept der nuklearen Abschreckung aufzugeben. Letzteres war nicht zu erkennen, mit der Begründung, daß bei der konventionellen Überlegenheit und Angriffsfähigkeit der WVO zunächst einmal ein Abbau des Überhangs an Truppen und Waffen, vor allem des Offensivpotentials, in ganz anderen Dimensionen als bislang nötig sei, um zu einer Balance im konventionellen Bereich zu kommen. Es sei im übrigen ein fragwürdiges Unterfangen, Kriterien für eine nicht-offensive Verteidigungsfähigkeit festlegen zu wollen, denn das moderne Kriegsbild lasse prinzipielle Angriffsunfähigkeit gar nicht zu. Aber auch wenn man darauf setzen würde, daß sich beide Seiten von einem Angriff abhalten ließen, weil ihnen bewußt wäre, daß sie den Krieg nicht gewinnen könnten, spräche das noch nicht für diese Option. Sie beinhalte in ihrer von vielen Faktoren abhängigen, nur bedingt gewährleisteten Sicherheit ein erhebliches Ausmaß an Ungewißheit. Insofern sei ihr Abschreckungswert weitaus geringer einzuschätzen als der der nuklearen Abschreckung mit ihrer Drohung der gegenseitigen atomaren Vernichtung. Im Vergleich verspreche das NATO-Konzept für die Sicherheit Europas deshalb mehr Stabilität als Gorbatschows Angebot einer auf gegenseitiger Basis geltenden "nicht-offensiven Verteidigung".³⁴⁹

³⁴⁹

Vgl. G. Wettig, Ausblick auf die weitere Entwicklung, in ders., Die sowjetische Militärmacht..., a.a.O., S.206

Entsprechend wenig Veranlassung sah man auf Seiten der NATO, die eigene Position zu überdenken. Da unschwer zu erkennen war, daß Gorbatschow mit seinem Prestoika-Programm zum Erfolg verurteilt war und, um der Kritik der "alten Politik" nationaler Stärke den Wind aus den Segeln nehmen zu können, bei seinen Vorschlägen zur Sicherheitspolitik auf eine positive Resonanz im westlichen Lager angewiesen war, konnte man der sowjetischen Seite immer neue Abrüstungsschritte abverlangen, ohne sich selbst bewegen zu müssen. Es reichte, in reservierter Haltung und mit unübersehbarer Skepsis gegenüber den sowjetischen Verlautbarungen abzuwarten. Je größer der innenpolitische Druck wurde, unter den Gorbatschow und seine Perestroika-Politik gerieten, umso mehr mußte die sowjetische Führung zu weiteren Konzessionen an den Westen bereit sein.

Die Ende 1988 von Gorbatschow³⁵⁰ angekündigte und bereits ein halbes Jahr später schrittweise eingeleitete einseitige Reduzierung der WVO-Streitkräfte um 321.000 Soldaten, 12.750 Kampfpanzer, 10.000 Artilleriesysteme, ca. 1000 Kampfflugzeuge und 24 Startrampen für taktische Raketen verpuffte aus westlicher Sicht als notwendige Vorausleistung zur Erreichung eines annähernden Gleichgewichtes. Ähnlich, mit Interesse, aber ohne jede Gegenleistung zur Kenntnis genommen wurde die im Sinne der Defensivorientierung angekündigte Umstrukturierung des Streitkräftepotentials der WVO durch eine Verringerung des Panzeranteils in den Divisionen um 20% - 40%, durch die Umwandlung von Panzerregimentern in MotSchützenregimenter und durch die Herauslösung offensiver Anteile aus den zur ersten Staffel gehörenden Truppen.³⁵¹ Obgleich man in der NATO noch wenige Jahre zuvor nicht im Traume daran hätte denken können, von sowjetischer Seite jemals derartige Zugeständnisse zu bekommen, kamen westliche Sicherheitsexperten in ihrer Beurteilung der angekündigten Streitkräfte-reduzierungen und der Umstrukturierungsmaßnahmen zu dem Schluß:

"Bislang deuten alle verfügbaren Hinweise darauf hin, daß der Kreml mit der Preisgabe jedweder militärischer Vorteile so lange wie möglich zögert, nur unter dem Druck übermächtiger objektiver Verhältnisse nachgibt und alle gegebenen Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung der bisherigen Militärmacht mit veränderten Mitteln nutzt. Eine Bereitschaft, das militärische Instrumentarium zu vernachlässigen, ist nicht zu erkennen. Wer wahrnimmt, mit welcher Beharrlichkeit die sowjetische Führung die Befriedigung der militärischen Wünsche trotz widriger Umstände so weit wie möglich zu gewährleisten sucht, ist eher geneigt, darüber in Erstaunen zu geraten, wie wenig bisher im militärischen Bereich geopfert worden ist..."³⁵²

³⁵⁰ Vgl. Gorbatschows Rede vor der UN-Vollversammlung am 7. Dezember 1988

³⁵¹ Das betraf allein sechs sowjetische Panzerdivisionen der GSSD, mehrere Luftlandeverbände, Pioniervverbände mit Brückenlegegerät zur Überwindung von Gewässern, sechs Panzerregimenter und ein Fliegerregiment der NVA, die Verringerung der Personalstärke einer MotSchützendivision, eine Panzerbrigade, zwei Mot-Schützenregimenter und ein Fliegerregiment in Bulgarien, die vollständige Kaderung von drei MotSchützendivisionen in den CSSR-Streitkräften etc. – vgl. zu den Angaben A. Krakau / O. Diehl, Das Militärpotential des Warschauer Paktes in Europa, a.a.O., S. 121-136

³⁵² G. Wettig, Die Rolle der Militärmacht in der sowjetischen Außenpolitik, in ders., Die sowjetische Militärmacht..., a.a.O., S.197

In Erstaunen setzen konnte einen eher die Gelassenheit, mit der man auf westlicher Seite dem Zerfall des östlichen Bündnisses und dem Verfall des sowjetischen Systems insgesamt zusah³⁵³ – wenn dies denn tatsächlicher Berechnung entsprang. Es drängt sich die Frage auf, wie wirklich kalkulierbar das Risiko war, daß mit einer Machtübernahme der Generäle das schon totgesagte "alte" System erneut installiert worden wäre. Der Staatsstreich vom August 1991 lief jedenfalls genau darauf hinaus. In der Zusammensetzung des Putsch-Komitees³⁵⁴ lag der Beweis dafür, daß die, die zu einer "Politik nationaler Stärke" zurück wollten, ausgerechnet in den Schlüsselstellungen der Macht saßen.

Das Geschehen bewies außerdem, daß Gorbatschows Kurswechsel in der Sicherheitspolitik von der militärischen Führung nur nach außen hin mitgetragen worden war. Obwohl nahezu die gesamte militärische Führungsspitze ausgetauscht worden war, wurde der Umsetzungsprozeß verzögert, verschleppt, in den Zielsetzungen umgedeutet und in den praktischen Konsequenzen unterlaufen. Das fiel relativ leicht, zum einen weil die Armee keiner Kontrolle von außen unterlag, zum anderen weil sie aus rein militärischen Gründen selbst eine Änderung der Militärdoktrin wollte.

Es dürfte bis zum Putsch keinen Zweifel daran gegeben haben, daß die Armee den Primat der Politik, genauer, den der Partei anerkannt hat. Deren politische Kontrolle beschränkte sich aber auf die institutionalisierte, "arbeitsteilige" Mitwirkung der Politorganisation in den Streitkräften. Die Politabteilung war zuständig für die politische Indoktrination und die "Kampfmoral", sie war zweifellos auch ein Kontrollorgan der Partei in der Armee, vom Prinzip her kontrollierte sich die Armee jedoch durch die Personalauswahl ihres Führungsnachwuchses selbst. Bei der Besetzung wichtiger Positionen konnte die Partei zwar über die formal notwendige Bestätigung durch die Sicherheitsabteilung des ZK nachsteuern, ggf. auch einen anderen Vorschlag einfordern, an der normativen Vorauswahl –im Sinne einer traditional-militärkonformen Einstellung– des für die Besetzung solcher Spitzenstellungen überhaupt in Frage kommenden Kreises änderte das aber nichts. Mit dem demonstrativen Rücktritt des Generalstabschefs und dem routinemäßigen Aufrücken seines Nachfolgers³⁵⁵ war für Gorbatschow nicht das

³⁵³ Das betraf durchaus auch noch die neu ins Amt gekommene Bush-Regierung, hier vor allem Außenminister Baker und Sicherheitsberater B. Scowcroft; vgl. ihre Statements in der dreiteiligen TV-Serie "Auf höchster Ebene" von J. M. Möller und T. Hausner, einer Co-Produktion des Bayerischen Rundfunks mit "ARTE".

³⁵⁴ Verteidigungsminister (Jasow), Innenminister (Pugo), KGB (Krjutschkow), Armee (Achromejew) und als Premierminister Pawlow. Der ehemalige Finanzminister Pawlow galt als eine der zentralen Figuren des Widerstands gegen Gorbatschow ("Ryschkow-Pawlow-Mafia"). Der frühere Generalstabschef Marschall Achromejew beging nach dem Putsch Selbstmord, Begründung: "Ich kann nicht leben, wenn mein Vaterland untergeht und alles vernichtet wird, was ich für den Sinn des Lebens halte." (zit. nach V. Falin, Politische Erinnerungen, a.a.O., S.477)

³⁵⁵ Generalstabschef Achromejew trat am Vorabend der Rede Gorbatschows vor der UN-Vollversammlung (7.12. 1988) zurück. Sein Nachfolger Marschall M. Moissejew lehnte die "Verantwortung für die Sicherheit des Landes" ab, wenn sich die "Kapitulanten-Linie" des sowjetischen Außenministeriums durchsetzen würde. (Vgl. V. Falin, Politische Erinnerungen, S.476)

Problem gelöst, das Ministerium, den Generalstab und große Teile der Generalität, vor allem der Landstreitkräfte³⁵⁶, gegen sich zu haben.

Das bedeutete nicht³⁵⁷, daß sich an der politischen Zuverlässigkeit der sowjetischen Militärelite hätte zweifeln lassen. Ganz im Gegenteil, die militärische Führung war auf vielfältige Weise eingebunden in den politischen Prozeß, der ja auch dort, wo es nicht um Sicherheitspolitik ging, auf weiten Strecken durch die Priorität und Dominanz des militärischen Sektors bzw. Militärisch-Industriellen Komplexes geprägt war. Diese Loyalität bezog sich allerdings auf die bis zu Gorbatschows Amtsantritt allein vorstellbare Situation, daß die Armee nicht nur das Instrument der politischen Führung, sondern zugleich immer auch und in erster Linie sozialistische Streitmacht war, also Instrument der Partei. Insofern stand die militärische Führung im Sinne der "alten" Parteilinie und ihrer seit dem Bestehen der Sowjetunion gültigen Politik militärisch-nationaler Stärke für die Kontinuität dieser Politik, die Bewahrung des Systems und die Unantastbarkeit seines Kerns, die Partei.

Aus dieser Sicht ging es nicht um die politische Zuverlässigkeit der militärischen Führung, sondern um die des Generalsekretärs. Hatte Gorbatschow zu Beginn seines Reformkurses die Partei noch hinter sich, so stand sie spätestens seit dem Sommer 1988 unter Führung seines ultrakonservativen Gegenspielers J. Ligatschow gegen ihn. Die Frage war, vertritt der Generalsekretär noch die Partei, den Staat, das System, als deren Repräsentant er einmal angetreten war, dem sich die militärische Führung jedenfalls verpflichtet sah. Für sie ließ sich weder am politischen noch am militärischen Status quo rütteln, war es für die Sowjetunion unannehmbar, vor einem Gegner zu kapitulieren, dem man jederzeit gewachsen zu sein glaubte.³⁵⁸ Eben darauf lief Gorbatschows Demilitarisierungsprogramm in ihren Augen aber hinaus. Die einseitigen Abrüstungsschritte der sowjetischen Seite würden die tatsächliche militärische Bedrohung vernachlässigen, die Verteidigungskraft der Armee schwächen und damit die nationale Sicherheit gefährden.³⁵⁹

³⁵⁶ Wie der Staatsstreich zeigte, beteiligte sich die sowjetische Luftwaffe (Marschall Schaposchnikow) und die große Mehrheit der Marine nicht am Putsch. (Vgl. A. Jakowlew, Offener Schluß. Ein Reformier zieht Bilanz, Leipzig und Weimar 1992, S. 140)

³⁵⁷ Gemeint ist, während der Breschnew-Ära. Unter Gorbatschow zählte die Führung des Verteidigungsministeriums (Jasow) zum inneren Kreis der Opposition. (Vgl. G. Arbatow, Das System, a.a.O., S. 374, Fußnote auf S. 375)

³⁵⁸ Noch im Mai 1986 -Gorbatschows Reformkurs war schon durch die Beschlüsse des Aprilplenums des ZK 1985 und des XXVII Parteitages vom Februar 1986 bestätigt- soll bei einer Beratung im Außenministerium von führenden Militärs die Ansicht geäußert worden sein, "...die Sowjetunion könne ebenso stark sein wie eine beliebige mögliche Koalition ihr gegenüberstehender Staaten".(Vgl. E. Schewardnadse, Die Zukunft gehört der Freiheit, a.a.O., S. 109)

³⁵⁹ Beispielhaft bei A. Jakowlew: "...Vom Parteitag selbst muß hier noch der Beitrag von General Iwan Nikulin erwähnt werden, der erklärte, die UdSSR habe ihre Positionen in Europa verloren und sei von ihren Verbündeten isoliert. Die sogenannten Erfolge in der Außenpolitik seien nichts als >Konzessionen< und nur auf ein >hemmungsloses Wettrüsten< zurückzuführen. Nikulin wurde von Admiral Chwatow unterstützt, der

In einem gewissen Widerspruch zu diesen Bedenken schien zu stehen, daß die sowjetische Militärführung zwar die einseitigen Abrüstungsmaßnahmen ablehnte, sich aber nicht unbedingt gegen die "Defensivorientierung" der neuen Militärdoktrin der WVO-Streitkräfte aussprach. Diese Haltung war kaum zu erwarten gewesen. Die bisherige Doktrin, der Umfang, die Ausrüstung und die Ausbildung der Streitkräfte, ihre Dislozierung und Mobilmachung, kurz die Gesamtheit aller Kriegsplanungen war auf die strategische Offensive, auf die Vernichtung des Gegners auf seinem Territorium zugeschnitten. Die "Defensivorientierung" zwang die WVO-Streitkräfte indes nun, ihre Offensivstrategie aufzugeben, d. h. auch ihre Struktur in Richtung "defensiv" zu verändern, also vor allem bei den Landstreitkräften die Strukturelemente abzubauen, die bis dahin die Fähigkeit zur strategischen Offensive und zu tiefen Schlägen in den Gegner gaben.

Daß seit etwa 1989 eine Entwicklung einsetzte, die die angekündigte "Defensivorientierung" in konkrete Maßnahmen umzusetzen schien, ist nicht zu bestreiten.³⁶⁰ Im Dunkeln bleibt allerdings, ob sie von Gorbatschow gegen den Willen der Militärs durchgesetzt wurde oder mit Zustimmung oder gar auf Veranlassung der sowjetischen Militärführung geschah. Auch im Dunkeln blieb, mit welcher tatsächlichen Zielsetzung diese Maßnahmen erfolgten. Aus der Sicht des sowjetischen Generalstabs hatte es offenbar auch zuvor schon gute Gründe gegeben, die bis dahin gültige Kriegsführungskonzeption einer Überprüfung zu unterziehen und sie in der Weise zu modifizieren, daß im Falle einer NATO-Aggression das Problem der "Verteidigung" in den Vordergrund trat.³⁶¹

Die Erklärung für diese Art der "Defensivorientierung" lag in einer gegenüber früheren Planungen anderen Gewichtung des Stellenwertes der Abwehr in der Anfangsperiode eines Krieges. Galten strategische Verteidigungsoperationen bis dahin als durch die militärische Lage aufgezwungene Kampfhandlungen, die mit dem Ziel, schnellstmöglichst die Initiative zurückzugewinnen, nur relativ kurz dauerten, so kam ihnen nun ein bedeutsamer Eigenwert zu: man schloß in der Planung der strategischen Verteidigung offensichtlich nicht aus, daß diese "Anfangsperiode" die einzige Periode des ganzen Krieges sein könnte, so daß die

feststellte:>Wir haben unsere Verbündeten im Westen verloren, wir haben keine Verbündeten im Osten. Wir sind in der gleichen Lage wie 1939.< (Le Monde, 7.Juli 1990) (A. Jakowlew, Offener Schluß..., a.a.O., S. 158)

³⁶⁰ Vgl. A. Krakau / O. Diehl, Das Militärpotential des Warschauer Paktes..., a.a.O., S. 121 f

³⁶¹ Die militärische Position, die bis dahin eher vernachlässigte Verteidigung als Hauptmethode in der Abwehr einer NATO-Aggression zu betonen, war Ergebnis eines bis in die siebziger Jahre zurückreichenden Diskussionsprozesses, der vor Gorbatschow von den Militärs allein geführt wurde. Diese Erörterung der Notwendigkeit und der Möglichkeiten einer Doktrinänderung entsprach der üblichen Anpassung der strategischen Konzepte an Veränderungen des möglichen Kriegsbildes. Insofern lag das auslösende Moment für die "Defensivorientierung" der sowjetischen Militärdoktrin ursprünglich nicht in der Neubewertung des militärischen Faktors vor dem Hintergrund des "Neuen Denkens". Vgl. auch H.-H. Basler, Das operative Denken in der NVA, a.a.O., S. 71 f

“Verteidigung” dann natürlich zur “Hauptart” der strategischen Kriegshandlungen geworden wäre.³⁶²

Das besagte allerdings wenig, denn offensive Einsatzformen waren deshalb keineswegs ausgeschlossen. Es blieb auch offen, ob und wie lange “Verteidigung” im weiteren Verlauf eines Krieges als Hauptart strategischer Kriegshandlungen gegolten hätte.³⁶³ In der Anfangsperiode des Krieges sollten mit häufigem Wechsel der Gefechtsarten “die strategische Verteidigungsoperation sowie die in ihrem Verlauf vorzubereitende strategische Gegenoffensivoperation zur Wiederherstellung des Status quo ante...” stattfinden.³⁶⁴ Bis auf die Zielbestimmung “Status quo ante” war das so neu nicht. Auch bis dahin galt schon, Verteidigungsoperationen in der Abwehr eines überlegenen Gegners mit dem Ziel zu führen, wichtige Räume zu halten und dem Gegner bei seinem Angriff, wo immer möglich, schwere Verluste beizubringen, um so günstige Voraussetzungen für den Gegenangriff der eigenen Kräfte zu schaffen. Ob die “strategische Gegenoffensivoperation zur Wiederherstellung des Status quo ante” mit diesem Ziel hätte enden müssen, wäre militärtechnisch gesehen nur eine Frage der Führung und Logistik gewesen. Bei einer rein defensiven Streitkräftestruktur wäre jedenfalls keine “strategische Gegenoffensivoperation” möglich gewesen, sondern allenfalls ein Zurückschlagen des Gegners mit begrenztem Ziel.³⁶⁵

Daß das zumindest einem Teil der Militärs, an vorderster Stelle der Führungsspitze im Verteidigungsministerium und Generalstab und im Oberkommando der Vereinten Streitkräfte nicht reichte³⁶⁶, ließen die teils offen ablehnenden, teils

³⁶² Vgl. H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 320

³⁶³ Dazu der sowjetische Generalstabschef S.F.Achromejew: "Aufgrund der Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg hielten wir die Offensive für die hauptsächlichste Kriegsführungsmethode für unsere Streitkräfte. Bis vor kurzem sahen unsere Pläne vor, eine Aggression sowohl durch defensive als auch durch offensive Operationen abzuwehren. Wir sind auf die diesbezüglichen westlichen Besorgnisse eingegangen und haben unsere Militärstrategie geändert. Im Falle einer Aggression werden die sowjetischen Streitkräfte zu Beginn defensive Vergeltungsoperationen durchführen... (The New Political Thinking and Soviet Military Doctrine, Vortrag des Generalstabschefs der Streitkräfte der UdSSR S.F.Achromejew, vor dem Council for Foreign Relations, New York, 11.7.1988, zit. nach Ph.A. Petersen / N. Trulock, Gleiche Sicherheit: Größere Stabilität bei niedrigerem Streitkräftestand, in G. Wettig (Hrsg.), Die sowjetische Militärmacht und die Stabilität in Europa, a.a.O., S. 166

³⁶⁴ Vgl. H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 320

³⁶⁵ Eben das befürchtet die militärische Führung und wendet sich deshalb vehement gegen solche Überlegungen: " ...auf die Offensive als solche kann man einseitig nicht völlig verzichten. Dafür müßte ja die materiell-technische Basis der Truppen grundlegend geändert werden, müßte die Offensive aus den Vorschriften für die Truppenausbildung gestrichen werden. Derartiges kann man nur wechselseitig tun, weil man -solange die andere Seite fähig ist, anzugreifen- bereit sein muß, defensive in offensive Strukturen umzuwandeln, um den zu weit gegangenen Aggressor entschlossen zu überwinden..." Generalleutnant Serebrjannikov, zit. nach F. Walter, a.a.O., S. 31

³⁶⁶ Als Beispiel der sowjetische Verteidigungsminister Jasow, der die neue Militärdoktrin in der "Ostberliner Erklärung" ja selbst vorstellte: "Als Hauptart der Kriegshandlungen bei der Abwehr einer Aggression betrachtet die sowjetische Militärdoktrin die Verteidigung.

verklausulierten Stellungnahmen zur Doktrin erkennen. Sie machten in der Auseinandersetzung mit den zivilen Militärexperten aus Gorbatschows Umfeld vor allem deutlich, daß es Gemeinsamkeiten im Verständnis von "Defensivorientierung" nicht gab.³⁶⁷ In der Konfrontation mit G. Arbatow als schärfstem Kritiker der Militärs war auch sonst nur wenig Übereinstimmung mit den Grundthesen des Neuen Denkens zu entdecken, erwartungsgemäß. Als Wirtschaftsreform lag die "Perestroika" auch im Interesse der militärisch-industriellen Führungselite, als Gesellschaftsreform galt sie ihr als Anfang vom Ende – Ende von Vaterland, Armee und Sozialismus. Die radikalen Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft, die verheerende wirtschaftliche Entwicklung, der Verfall von "Disziplin" und "Ordnung", das Auseinanderbrechen der staatlichen Einheit, das alles war eine Katastrophe, aber keine Zukunftsperspektive. Man hatte nicht ein dreiviertel Jahrhundert um die Existenz gerungen, den Sieg über Hitler-Deutschland mit mehr als 25 Millionen Toten bezahlt und sich die inzwischen gewaltigste Militärmacht der Welt aufgebaut, um diese Position jetzt ohne jede Notwendigkeit aufs Spiel zu setzen. Was mit Perestroika und Glasnost als totalitäre Vergangenheit überwunden werden sollte, wurde in der Armee noch als Traditionsbestand hochgehalten. Sie blieb ein Bollwerk des alten Denkens.³⁶⁸

Sie muß zuverlässig und standfest sein, zäh und aktiv, und darauf angelegt, den Angriff des Gegners zum Stehen zu bringen, ihn auszubluten, einen Verlust des Territoriums nicht zuzulassen und die Zerschlagung der anstürmenden feindlichen Gruppierungen zu erreichen. Allein mittels Verteidigung ist es jedoch nicht möglich, den Aggressor zu zerschlagen. Daher müssen die Truppen und die Flottenkräfte nach der Abwehr des Angriffs fähig sein, einen entschlossenen Angriff zu führen. Der Übergang zu ihm wird die Form eines Gegenangriffs annehmen, der in einer schwierigen und angespannten Lage der Auseinandersetzung mit einem gut ausgerüsteten Gegner durchgeführt werden muß." (zit. nach F. Walter, *Der militärische Auftrag. Die sowjetische Doktrin für den Einsatz der Streitkräfte in Europa*, in: G. Wettig (Hrsg.), *Die sowjetische Militärmacht und die Stabilität in Europa*, a.a.O., S. 24

³⁶⁷ Vgl. die Diskussion zwischen den "zivilen Militärexperten" der sowjetischen Westforschungsinstitute und der militärischen Führungsspitze, vor allem auch zwischen G. Arbatow, dem Direktor des Instituts für USA- und Kanada-Studien und Generalstabschef Achromjew bzw. dessen Nachfolger Moissejew. Siehe auch O. Diehl / A. Krakau, *Die Militärexperten der sowjetischen Westforschungsinstitute und die inner-sowjetische Strategiesdiskussion*, in: G. Wettig (Hrsg.), *Die sowjetische Militärmacht und die Stabilität in Europa*, a.a.O., S. 71-90

³⁶⁸ Vgl. etwa bei G. Arbatow die Schilderung seiner Auseinandersetzungen mit den Militärs (G. Arbatow, *Das System...*, a.a.O., z. B. S. 338f und S. 383 ff) oder auch A. Jakowlew zum Putsch im Juli 1991: "... Ich glaube, daß sich bereits zu diesem Zeitpunkt der Einfluß des Militärs, des KGB, des Ministeriums des Innern und des Parteiapparats deutlich zeigte. Ihre Offensive hat sich mehr in der politischen Sphäre manifestiert. Meiner Meinung nach starteten sie damals eine Reihe von Aktionen, um den Präsidenten in eine bestimmte Richtung zu drängen... Sie setzten alle möglichen Gerüchte in Umlauf und starteten mit Unterstützung ihrer Institutionen - Armee, KGB, Partei- eine gemeine Propagandakampagne gegen die demokratischen Kräfte...Die Putschisten hatten schlechte Absichten. Sie wollten das Land in seine stalinistische Vergangenheit zurückwerfen und eine Militärdiktatur errichten..." (A. Jakowlew, *Offener Schluß*, a.a.O., S. 138 ff) - Dennoch muß zwischen "den Militärs" und den Streitkräften unterschieden werden: Nach Jakowlew beteiligten sich die sowjetische Luftwaffe und die große Mehrheit der Marine nicht am Putsch. (Ebda., S. 140)

Die Gorbatschow-Führung hätte zwar mit einer grundlegenden Reform der Armee und des gesamten militärischen Sektors Weichen stellen können. Dazu hätte aber erst einmal ein Konzept vorliegen müssen, zumindest die Entschlossenheit, eine solche Reform in Angriff zu nehmen. Beides gab es nicht. So blieb Arbatows Einmischung in die Fragen der Sicherheits-, Rüstungs und Militärpolitik im Sinne des Neuen Denkens für die Militärs ein Ärgernis, aber letztlich folgenlos, wenn das auch zunächst nicht so aussah: Manche "Mißstände", etwa die enormen Militärausgaben, wurden publik, einige der Generäle mußten sich öffentlicher Kritik stellen, Truppen- und Waffenreduzierungen wurden eingeleitet, die neue Militärdoktrin bestätigte die Defensivausrichtung des sowjetischen Verteidigungskonzeptes. Der Eindruck, daß sich der politische Reformflügel damit gegen den inhaltenden Widerstand der Militärs durchgesetzt hätte, täuschte dennoch.

Wenn auch das Militär unter Gorbatschow und Schewardnadse offensichtlich nicht den sicherheitspolitischen Rahmen setzten konnte, in der Umsetzung der Reduzierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen bestimmte es selbst. Gorbatschows immer neue Ankündigungen einseitiger Abrüstungsschritte waren eine Sache, die Implementierungsprozesse auf der Durchführungsebene eine ganz andere. Die politischen Vorgaben mußten zwar akzeptiert werden, in der Praxis kam es jedoch darauf an, was man daraus machte. Abgesehen davon, daß sich Ergebnisse in der Regel ohnehin erst mittel- bis langfristig erwarten ließen, gab die Umsetzung der meist unscharf definierten politischen Absichtserklärungen genügend Spielraum, die Eigeninteressen des Militärs doch noch zum Tragen zu bringen. Da Gorbatschow einer Auseinandersetzung mit den Militärs offensichtlich aus dem Wege ging, und sich die Generalität in ihrer politischen "Lagebeurteilung" eins wußte mit der konservativen Mehrheit in der Parteiführung, blieb die Armee ohne politische Kontrolle und dank ihrer professionellen Autonomie fest in der Hand der militärischen Führung.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß durch die Verkündung der sowjetischen Militärdoktrin vom Mai 1987 und Gorbatschows Ankündigung einseitiger Truppen- und Rüstungsreduzierungen und einer "defensiven" Umstrukturierung des sowjetischen Streitkräftepotentials anläßlich seiner Rede vor der UN-Vollversammlung 1988³⁶⁹ ein Rahmen abgesteckt wurde, hinter den auch die sowjetischen Militärs nicht mehr zurück konnten. Anfang 1989 wurden zu den Vorhaben von militärischer Seite bereits konkrete Daten genannt, die auf eine bevorstehende Umstrukturierung und den Abbau beträchtlicher militärischer Potentiale, hauptsächlich offensiver Komponenten, in den sowjetischen und in den anderen WVO-Streitkräften schließen ließen.³⁷⁰

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen kamen jedoch nicht mehr zum Tragen, weil sich spätestens seit dem Juni 1990 mit Blick auf die seit 1989 völlig veränderte politische Konstellation absehen ließ, daß die WVO in ihrer bis dahin

³⁶⁹ Am 7. Dezember 1988

³⁷⁰ Vgl. A. Krakau / O. Diehl, Das Militärpotential des Warschauer Paktes in Europa, a.a.O., S 121 f

gültigen Form keinen Bestand mehr haben würde.³⁷¹ Allein schon das Wegbrechen der DDR als wichtigster Stein im Bündnis zwang dazu, die Verteidigungsplanung der damals noch bestehenden Sowjetunion neu zu konzipieren.

Daß dies von sowjetisch militärischer Seite so vorgesehen war, darf bezweifelt werden. V. Falin, wohl unverdächtig, in den Kategorien der Militärs zu denken, stellt in seinen "Erinnerungen" zu den entscheidenden sowjetisch-deutschen Vereinbarungen zwischen Gorbatschow und Kohl im Juli 1990 in Archys fest: "Weder vom Obersten Sowjet oder der Regierung, weder vom Verteidigungs- bzw. Präsidentenrat noch vom Föderationsrat, vom Politbüro oder dem Sekretariat des ZK ganz zu schweigen, hatte Gorbatschow Vollmacht für die von ihm getroffenen Entscheidungen bekommen. Der Präsident hatte dem Parlament, der Regierung, den Räten seine Pläne und Absichten nicht einmal mitgeteilt..."³⁷²

Bei allem Wandel in der sowjetischen Sicherheitspolitik belegt Falins Verärgernng doch unzweideutig, daß sich vor dem Treffen in Archys, und folglich erst recht vor der "Wende" in der DDR, das sicherheits- und militärpolitische Koordinatensystem in der Verteidigungsplanung nicht grundsätzlich verschoben hatte. Auch "Defensive Verteidigung" war aus Sicht der Militärs, und auch Falins³⁷³, immer und in erster Linie Verteidigung sowjetischer Sicherheitsinteressen, vor allem auch des Interesses, sich nicht aus der Position des Schwächeren innerhalb der eigenen Grenzen verteidigen zu müssen. Aus sowjetischer Sicht blieb es zunächst einmal gleich, ob "nicht-offensiv" oder wie auch immer verteidigt worden wäre, es wäre im Rahmen der WVO jedenfalls noch einige hundert Kilometer vor der sowjetischen Grenze und fast zweitausend Kilometer vor Moskau gewesen. Falin zu der in seinen Augen völlig inakzeptablen Lösung von Archys: "...Die Völker meines Landes hatten [...] das Recht auf eine optimale Lösung ihrer Sicherheitsprobleme. Die bewältigt man nicht durch Deklarationen, daß die Ära der Ost-West-Konfrontation vorbei ist."³⁷⁴

³⁷¹ Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der WVO-Staaten im Juni 1990 sprachen sich die Tschechoslowakei und Ungarn dafür aus, die WVO als politischen Zusammenschluß bestehen zu lassen, aber als Militärbündnis aufzulösen.

³⁷² V. Falin, Politische Erinnerungen, a.a.O., S. 495

³⁷³ Wäre es nach Falin gegangen, hätte es in Archys keine Einigung geben können. Sein Rat an Gorbatschow: "...Nichtbeteiligung des vereinten Deutschland an der NATO. Das wenigste, worauf bis zum Schluß bestanden werden muß, ist Deutschlands Nichtbeteiligung an einer Militärorganisation (wie Frankreich). Minimum Minorum - die Nichtstationierung von Nuklearwaffen auf gesamtdeutschem Territorium..." (Ebda., S.494). An anderer Stelle: "Die NATO verlor einen "hochgepriesenen" Gegner. Wenn die Drohung, gegen die sie 40 Jahre lang angekämpft hatte, verschwunden sei, wäre es dann nicht logisch, in vergleichbarem Tempo die Verteidigungsanstrengungen im Westen umzugestalten? Nicht weitere Stärkung –relative und absolute–, sondern ein Übergang zu defensiver Verteidigung und intensivem Aufbau eines Systems kollektiver europäischer Sicherheit..." (Ebda., S.499).

³⁷⁴ Ebda.

Ob und in welcher Weise sich mit der neuen Militärdoktrin die sowjetische Einsatzplanung auf die DDR bezogen änderte, ist nicht bekannt. Neu war, daß sich die DDR erstmals eine eigene Militärdoktrin zu geben hatte, die im Einklang mit der Ostberliner Erklärung zur "Defensivorientierung" das von Gorbatschow proklamierte Prinzip der "nicht-offensiven Verteidigung" widerspiegeln sollte. Es war wohl kein Zufall, daß diese Doktrin bis zur "Wende" 1989, also nach mehr als zwei Jahren, immer noch nicht vorlag, weder in ihrem politischen Teil noch im militär-technischen, nach Aussage der damit befaßten NVA-Militärs ein bis zuletzt nicht gelöstes Problem³⁷⁵. Denn anders als die Sowjetunion selbst war die DDR das Terrain, auf dem die "Verteidigung" stattfinden würde, je "nicht-offensiver", umso verheerender für die DDR. Durch die Betonung des Verteidigungscharakters der neuen Doktrin änderte sich für die DDR deshalb wenig. Sie wäre auch bei einer Umstrukturierung zu "nicht-offensiver Verteidigungsfähigkeit" –wenn es denn beim sowjetischen Generalstab Planungen in diese Richtung als in sich schlüssige Konzeption überhaupt gab– in ihrer Rolle als "Frontstaat" geblieben. Wenn V. Falin zur Maueröffnung am 9. November 1989 mit Bitterkeit anmerkt: "Die bisher so massiv geschützte Grenze als Verteidigungsvorgelände des Warschauer Paktes war aufgehoben..."³⁷⁶, sagt das mehr aus als viele Worte: Die innerdeutsche Grenze als Systemgrenze hatte für die Definition der sowjetischen Sicherheitsinteressen ein ungleich größeres politisches Gewicht als das Dauerproblem der sowjetischen Führung, ihre sozialistischen "Partner" bei der Stange zu halten.

³⁷⁵ Zum militärpolitischen Teil gab es 1988/89 mehrere Tagungen, auf denen verschiedene Entwürfe beraten wurden. Dabei soll es laut den Aussagen Beteiligter zwischen "Reformern" und der militärischen Spitze im NVA-Hauptstab zu Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Punktes "Abwehr einer imperialistischen Aggression" gekommen sein (Beibehaltung bzw. Streichung der Formulierung, falls dennoch ein Angriff gegen die DDR verübt werde, sei "dem Aggressor eine vernichtende Abfuhr" zu erteilen").

Den militärtechnischen Aspekt der "nicht offensiven Verteidigung" bekam man auf DDR-Seite bis zum Umbruch 1989 nicht in den Griff. Eine unmittelbare und mehr oder weniger ausschließliche "Vorneverteidigung", wie es die DDR-Führung wohl wünschte, wäre laut Aussage von General Deim, dem Verantwortlichen für die operative Planung, eine Illusion gewesen. Dazu der ehemalige Stellvertreter des Chefs des Hauptstabes für Mechanisierung und Automatisierung der Truppenführung, Generalleutnant Kunze: "Wie sollte man aber die Verteidigung organisieren, um die Forderung zu erfüllen, keinen Fußbreit Boden aufzugeben? Die Hauptkampflinie an der Grenze zu ziehen, war militärisch sinnlos. Sie 20 km ins Land zu verlegen, wurde politisch nicht zugelassen. Man einigte sich auf einen Abstand von 5 km von der Staatsgrenze. ... Wann durfte der Waffeneinsatz erfolgen, wenn die NATO nicht auf den Ersteinsatz verzichtete? Der Antwortschlag sollte so erfolgen, daß die Raketen gleichzeitig einschlugen. Wie sollte man die Hinlänglichkeit der Kräfte verstehen ? Genügte eine Division von 10000 Mann, um eine NATO-Division, die über 24000 Mann verfügte, aufzuhalten ? (G. Kunze, Feind und Kamerad- Zweimal "Kehrt - marsch!", in M. Backerra (Hrsg.), NVA - Ein Rückblick auf die Zukunft..., a.a.O., S. 69 - 90, hier S. 88).

³⁷⁶ V. Falin, Politische Erinnerungen, a.a.O., S. 488

4. Staat-Armee-Gesellschaft – Zur Rolle der NVA als sozialistischer Armee

4.1. Die Sicherheits- und Militärpolitik der SED

Der Status, als politisches und militärisches Glacis in der außen- und sicherheitspolitischen Konzeption der Sowjetunion unverzichtbar zu sein, gab dem SED-Staat die Existenzgarantie, unterstellte ihn jedoch auch in weit stärkerem Maße als die anderen sozialistischen Bündnispartner der sowjetischen Kontrolle. Weder in Polen noch in der CSSR und schon gar nicht in Ungarn oder gar Rumänien konnten die Sowjets so ungeniert als Besatzungsmacht auftreten wie in der DDR.³⁷⁷ Nirgendwo anders kam man ihren "Empfehlungen"³⁷⁸ auch so beflissen

³⁷⁷ Die "Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" (GSSD) war hervorgegangen aus der "Gruppe sowjetischer Besatzungstruppen in Deutschland", die seit dem Kriegsende in der SBZ/DDR stationiert waren. Mit einer Stärke von circa 360.000 Soldaten war die GSSD die stärkste militärische Gruppierung außerhalb der Sowjetunion, mehr als doppelt so stark wie alle anderen in den WVO-Staaten stationierten sowjetischen Streitkräfte zusammen (außer Flotte) und ebenfalls mehr als doppelt so stark wie die NVA-Streitkräfte (vgl. die detaillierten Angaben zu Stärke, Auftrag und Dislozierung bei H. Frank, Die Westgruppe der Truppen (WGT), a.a.O. und "Die GSTD - Vier Jahrzehnte Sowjettruppen in Deutschland", in "Soldat und Technik", Heft 11, November 1986, S. 622 - 639).

Die GSSD war auf das Modernste ausgerüstet und galt als schlagkräftigste Gruppierung der sowjetischen Streitkräfte. Die Landstreitkräfte waren in 5 Garde-Armeen gegliedert mit 17 Divisionen, 5 880 Panzern, 9790 Schützenpanzern und SPW und 4 624 Rohren Artillerie über 100 mm. Dazu kam eine Luftarmee, insgesamt, so T. Hoffmann, hätten 625 Kampfflugzeuge und 698 Kampfhubschrauber der GSSD in ständiger Gefechtsbereitschaft gestanden.

Nach Frank verfügte die GSSD in eigener Regie über 27 große Truppenübungsplätze und über 100 Standortübungsplätze in der DDR, hatte dort außerdem 54 Flugplätze, 172 große Kasernenkomplexe, eine Vielzahl kleinerer Garnisonen, über 100 Depots und zahlreiche weitere Liegenschaften wie Wohnungen, Krankenhäuser etc. (H. Frank, Die Westgruppe der Truppen (WGT), a.a.O., S. 342) (WGT und GSTD werden synonym für GSSD gebraucht – Die GSSD wurde im Juni 1989 umbenannt zur WGT).

Den Soldaten der GSSD, nicht nur den Wehrpflichtigen, auch den Offizieren, war der Kontakt zur DDR-Bevölkerung nur bei offiziellen Anlässen im vorher festgelegten Rahmen gestattet ("Freundschaftstreffen"). Die Offiziere lebten mit ihren Familien in militärischen Ghettos, die zur Außenwelt streng abgeschirmt waren. Kontakte zu NVA-Offizieren (auch wenn man sich aus Studien- und Ausbildungszeiten an den sowjetischen Militärakademien kannte) hatten sich auf den dienstlichen Bereich zu beschränken.

Die GSSD hatte gemäß dem Stationierungsabkommen v. 12.3.1957 (Zusatzprotokoll des Vertrages zur Aufhebung des Besatzungsstatuts) die DDR zwar über Veränderungen in der Stärke, in der Standortbelegung u.ä. in Kenntnis zu setzen, schenkte dieser Konsultationspflicht aber wenig Beachtung. Die GSSD ließ sich von den DDR-Behörden keine Vorschriften machen, von Zusammenarbeit war nur in einem sehr einseitigen Sinne zu sprechen. Die Klagen über schuldhaft verursachte, aber von DDR-Seite nicht zu ahnende Delikte, auch Verbrechen, sprachen für sich. In militärischen Belangen ließen sich die sowjetischen Stäbe nicht in die Karten sehen, Informationen wurden nur so weit nötig weitergegeben. Bei der Übergabe der NVA-Hinterlassenschaft an die Bundeswehr konnte man auf NVA-Seite beispielsweise keine genauen Angaben zu den von den sowjetischen Truppen genutzten Liegenschaften, Truppenübungsplätzen usw. machen. Dafür kontrollierten die Sowjets jedoch die NVA durch speziell dafür abgestellte

nach wie von Seiten der DDR-Führung. Das "Prinzip des sozialistischen Internationalismus", besser bekannt als "Breschnew-Doktrin"³⁷⁹, verpflichtete die sozialistischen Staaten zwar auf ein in seinen Grundzügen verbindliches Modell des Sozialismus. Wenn die Generallinie eingehalten wurde, gab die Breschnew-Doktrin aber der Sowjetunion an sich keine Handhabe, sich in die inneren Angelegenheiten ihrer Satelliten einzumischen. Die Sowjetunion hat durchaus nicht so selten für sie mißliebige Entscheidungen der Bündnispartner hinnehmen müssen und auch hingenommen.³⁸⁰

Dafür, daß es in der DDR dazu erst gar nicht kommen konnte, sorgte zum einen der besondere Status der beiden deutschen Staaten. Allein schon die Konstante sowjetischer Außenpolitik, die aus der Spaltung Deutschlands resultierende poli-

Offiziere auf allen Ebenen vom Ministerium bis zu den Verbänden/Einheiten (siehe die Ausführungen weiter unten).

³⁷⁸ Die Beschlüsse in den politischen Gremien der WVO wurden im Vorfeld der "Beratungen" von sowjetischer Seite so vorbereitet, daß es in der Regel -sieht man vom ständigen "Quertreiber" Rumänien ab- zu gemeinsam getragenen Entscheidungen kam. Die Sowjetunion erläuterte in den bilateralen Vorweg-Gesprächen ihre Position, klärte dabei die etwaigen Probleme mit den jeweils Betroffenen ab und gab dann hinsichtlich der zu treffenden Beschlüsse "Empfehlungen", deren Befolgung als selbstverständlich erwartet wurde. Desgleichen erteilte auch das Oberkommando der Vereinten Streitkräfte dem DDR-Hauptstab keine Befehle, sondern kontrollierte die Umsetzung der Beschlüsse und gab dazu "Empfehlungen", die allerdings als verbindlich anzusehen waren.

³⁷⁹ Der sozialistische Internationalismus leitete sich ab aus dem "proletarischen Internationalismus", der seit Marx'/Engels' "Kommunistischem Manifest" als ideologisches Grundprinzip galt, das im Gegensatz zum bürgerlichen Nationalismus die Klassen-solidarität der Werktätigen und ihrer marxistisch-leninistischen Parteien über die Ländergrenzen hinweg zum Ausdruck bringen sollte. Mit dem Entstehen des sozialistischen Weltsystems erwuchs daraus als "allgemeine Gesetzmäßigkeit" der sozialistischen Revolution bzw. des weltweiten Aufbaues des Sozialismus der sozialistische Internationalismus. Da die Sowjetunion die bestimmende Kraft und das Zentrum der historischen Entwicklung war, galt die Übereinstimmung mit ihr als das entscheidende Kriterium dafür, auf dem richtigen Weg zum Sozialismus zu sein.

Mit diesem Argument des insofern eingeschränkten Selbstbestimmungsrechts und der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten rechtfertigte die sog. "Breschnew-Doktrin" nachträglich die militärische Intervention zur Niederschlagung des "Prager Frühlings" als "internationalistische Pflicht" und "Hilfeleistung". Das gleiche hätte 1981 fast in Polen gedroht. Erst Gorbatschows Erklärung, die Sowjetunion habe weder das moralische noch politische Recht, sich in die Geschehnisse in Osteuropa einzumischen (bei seinem Staatsbesuch in Finnland im Oktober 1989), signalisierte, daß man sich in Moskau nicht mehr das "Recht" zur militärischen Intervention in einem Soz. Staat nehmen würde. Vgl. zur "Breschnew-Doktrin" B. Meissner (Hrsg.), Die "Breshnew-Doktrin". Das Prinzip des proletarisch-sozialistischen Internationalismus und die Theorie von den verschiedenen Wegen zum Sozialismus. Dokumentation, Köln 1969)

³⁸⁰ erinnert sei nur daran, daß sich Rumänien 1968 demonstrativ nicht an der Intervention in der CSSR beteiligt hat und auch sonst keine Gelegenheit ausgelassen hat, die Sowjets zu dupieren. Beim Manöver SCHILD 82, das in Bulgarien stattfinden sollte, weigerte sich Rumänien WVO-Truppen durch sein Territorium verlegen zu lassen. Ständiger Stein des Anstoßes bei WVO-Tagungen war die Forderung Rumäniens, die militärischen Führungspositionen im Bündnis müßten prinzipiell allen WVO-Teilnehmerstaaten offen stehen, nicht nur den sowjetischen Streitkräften.

tische Ordnung in Mitteleuropa als Status quo zu zementieren, gab der Bindung des SED-Staates an die Sowjetunion eine andere Qualität als das den anderen Verbündeten im sozialistischen Lager übergestülpte politisch-ökonomische Abhängigkeitsverhältnis.

Der eigentliche Grund für die nur sehr begrenzten Möglichkeiten der SED-Führung, zumindest auf die die DDR militärpolitisch bindenden Entscheidungen auch selbst Einfluß nehmen zu können, war aber in der der DDR zugewiesenen Rolle im militärischen Bündnis zu sehen. Als militärischer Brückenkopf, als zentraler Aufmarschraum und als Eckpfeiler für das Zusammenwirken der WVO-Land- und Seestreitkräfte auf dem "Kriegsschauplatz West" war die DDR zu wichtig, als daß es die sowjetische Führung den "Strategen" im Nationalen Verteidigungsrat der DDR überlassen hätte, "...alle erforderlichen Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen..."³⁸¹ zu organisieren und zu leiten. Was erforderlich war, leitete sich aus den Planungen des sowjetischen Generalstabs ab. Sein Definitionsmonopol in den Fragen der Militärdoktrin und der Streitkräfte ließ nationalen sicherheitspolitischen Vorstellungen nur sehr begrenzt Raum. In ihrer Schlüsselstellung in der politisch-militärischen Frontlinie der Ost-West Auseinandersetzung hatte sich die DDR in die militärstrategische Gesamtkonzeption der sowjetischen Kriegsplanung einbinden zu lassen. Das erlaubte es Honecker nicht –auch wenn er den Eindruck zu erwecken versuchte– Verteidigungspolitik in eigener Regie zu betreiben.³⁸²

³⁸¹ STATUT des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 01.11.1981, Abschn. I.4., erster Spiegelstrich, zit. nach O. Wenzel, Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989, Köln 1995, S. 267

³⁸² Der Verfasser wurde bei seinen Gesprächen mit verantwortlichen Funktionsträgern in der Partei und in der NVA immer wieder darauf hingewiesen, daß im Herbst 1983, als sich mit dem Vollzug der "Nachrüstung" in der Bundesrepublik eine neue "Eiszeit" zwischen den USA und der Sowjetunion anbahnte, Honecker derjenige gewesen sei, der sich mit der Losung "Jetzt erst recht" für eine Fortsetzung des Dialogs ausgesprochen habe. (Losung der 7. ZK-Tagung 24./25.11.1983 "Jetzt erst recht" - alles für den Frieden"). Er habe aus der echten Sorge darum, es könne zu einem Dritten Weltkrieg und einem nuklearen Inferno kommen, verhindern wollen, daß die Sprachlosigkeit in den internationalen Beziehungen die Konfrontation noch weiter verschärfe. Dabei habe er bewußt in Kauf genommen, gegen den sowjetischen Kurs zu stehen. Dieser Initiative entsprechend habe man in der Folgezeit u.a. mit der SPD das gemeinsame Dokument "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" erarbeitet und mit Vorschlägen für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen konkrete und realistische Maßnahmen zur Einleitung einer Wende in der Rüstungspolitik eingebracht. Damit habe die SED in Vorwegnahme der schließlich auch unter Gorbatschow von der Sowjetunion eingeschlagenen Dialogpolitik einen eigenen Beitrag zum Frieden in Europa geleistet, der gar nicht hoch genug eingeschätzt werden könne.

In dieser Hinsicht typisch heißt es bei Deim: "...Die DDR bestand in der Phase der zugespitzten Stagnation der sowjetischen Außenpolitik zu Beginn der achtziger Jahre auf der Festlegung von Hauptrichtungen und Prinzipien der internationalen Beziehungen, die die Verbündeten bis zur Verantwortungsübernahme durch Gorbatschow verwirrten. Offenen Unmut und Kritik fanden die von der DDR vertretenen alternativen Prinzipien des Dialogs, der Kooperation sowie der Koalition der Vernunft und des Realismus. Die These von der Verantwortungsgemeinschaft der BRD und der DDR für Frieden und Entspannung in Mitteleuropa wurde als unlauterer Versuch empfunden, sich in den

Die von Moskau aus gesteuerten militärischen Vorkehrungen betrafen nicht nur die militärischen Bereiche, sondern erfaßten die gesamte Infrastruktur des Landes. Daß dabei nationale Souveränitätsrechte gegenüber den Bündnisverpflichtungen zurücktreten mußten, war im Politbüro kein Thema. Nach Aussage von Politbüromitglied Schabowski wurden Verteidigungsfragen als "Chefsache" von Honecker im kleinen Kreis besprochen. Da militärische Fakten geheim waren und auch den Politbüro-Mitgliedern nur in dem Maße zugänglich gemacht worden seien, wie das im Rahmen der ihnen zugewiesenen Aufgabenstellungen notwendig gewesen sei, hätte man in diesen Dingen wenig Einblick und schon gar keinen "Durchblick" gehabt. Diskussionen zum "Für und Wider" der operativen Vorbereitungen des Territoriums der DDR auf den Kriegsfall habe es jedenfalls nicht gegeben.³⁸³

Wie schon ausgeführt, hätte es dem Arbeitsstil des Politbüros auch nicht entsprochen, solche Diskussionen zu führen. Was von Honecker im Politbüro auf die Tagesordnung gesetzt wurde, konnte als bereits entschieden und als Thema abgehakt betrachtet werden. Die Fragen wurden zwischen ihm und dem Verteidigungsminister vorabgeklärt, vom MfNV in Absprache mit der Sicherheitsabteilung des ZK, der Staatlichen Plankommission und ggf. weiteren Ministerien bearbeitet, dem Politbüro zwecks Zustimmung vorgelegt und schließlich im NVR³⁸⁴ beschlossen.

Die für den Nationalen Verteidigungsrat vorgesehenen Beschlußvorlagen waren insofern Ergebnis langwieriger Abstimmungsprozesse mit der sowjetischen Seite und mit den betroffenen Zuständigkeitsbereichen in der DDR. Dafür gab es Verfahrensrichtlinien, die das Zustimmungsverfahren per Mitzeichnung regelten, so daß inhaltlich an sich auch kein weiterer Diskussionsbedarf mehr hätte bestehen können.

Mittelpunkt zu rücken und auf Kosten der sozialistischen Gemeinschaft mit abstrakten Begriffen Politik zu machen. Verantwortung für den Frieden trügen nicht die Deutschen, sondern der Warschauer Vertrag. Die Vorwegnahme einiger Aspekte des Gorbatschow-schen Neuen Denkens sicherte der DDR dann wieder in außen- und sicherheitspolitischen Hauptfragen die volle Übereinstimmung mit der UdSSR und über sie mit den anderen Verbündeten." (H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 327).

So unbestritten ist, daß man sich in beiden Teilen Deutschlands –auf sehr unterschiedlichen Ebenen– darum bemüht hat, miteinander im Gespräch zu bleiben, auch über sicherheitspolitische Aspekte, so wenig ist damit ausgesagt zur Frage, ob die DDR überhaupt eine eigenständige Sicherheitspolitik betreiben konnte. Das zu behaupten, wäre nach Ansicht des Verfassers entweder bewußte Augenwischerei oder blanke Illusion. Die Frage wird indirekt beantwortet von Valentin Falin, dem wohl erfahrensten sowjetischen Deutschlandexperten, von 1989 bis 1991 Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, wenn er im Rückblick meint: "Der Ausfall der DDR bedeutete das Ende des Warschauer Paktes und die Zerstörung aller Infrastrukturen unserer Verteidigung in Europa." (V. Falin, Politische Erinnerungen, a.a.O., S. 499 - vgl. auch S.476-500)

³⁸³ G. Schabowski im Gespräch mit dem Verf.

³⁸⁴ Synonym zu "Nationaler Verteidigungsrat der Deutschen Demokratischen Republik" wurde im DDR-Sprachgebrauch und wird vom Verf. das Kürzel NVR benutzt.

Die aufgrund der Bündnisverpflichtung an die DDR gestellten Forderungen hätten sich allerdings auch kaum diskutieren lassen. Sie waren als "Aufgaben" zu erfüllen. Das gelang wegen der immer mehr in den Vordergrund tretenden Finanzierungsprobleme zwar nie ganz, Widerspruch gab es jedoch nicht, denn natürlich war dem Politbüro und dem NVR nur allzu bewußt, daß die Maßnahmen zur "ständigen Vervollkommnung der Landesverteidigung der DDR" zwar Gegenstand der Beratung waren, als Bündnisverpflichtungen aber nicht selbst zur Diskussion standen. Ihnen war nachzukommen, nicht weil das im Interesse einer wirklichen Landesverteidigung Sinn gemacht hätte, sondern weil es für das SED-Regime keine Alternative gab.

Immerhin ließ sich so vordergründig der Eindruck erwecken, die SED betreibe eine eigene Militär- und Sicherheitspolitik³⁸⁵, die sich zwar in die gemeinsame Friedensstrategie der WVO-Staaten einordne, aber doch eigenständig die Sicherheitsinteressen der DDR vertrete. Dafür daß diese DDR-Interessen auf der übergeordneten Ebene der WVO auch hinreichend berücksichtigt wurden, schien das Mitspracherecht der DDR-Vertreter in den verschiedenen politischen und militärischen Gremien des Bündnisses Gewähr zu sein. Laut offizieller Darstellung galt das Prinzip der gleichen Vertretung und vollen Gleichberechtigung aller Mitglieder: "...Auf den Tagungen werden die wichtigsten außenpolitischen Fragen erörtert, werden die Beschlüsse zu internationalen Fragen, die die Interessen aller Teilnehmer des Vertrages berühren, kollektiv erarbeitet, werden die wichtigsten Probleme beurteilt, die mit der Stärkung der Verteidigungsmacht und mit der Erfüllung der Verpflichtungen zur gemeinsamen Verteidigung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags zusammenhängen."³⁸⁶

Auf das letztere, die Erfüllung der Verpflichtungen, kam es an. Da aber von sowjetischer Seite bei der Beratung und in der Beschlußfassung das protokollarische Procedere stets genau beachtet wurde, glaubte man in der DDR offensichtlich nur allzu gerne das Versprechen der gleichberechtigten Mitgliedschaft von Staat und Armee im sozialistischen Staatenbündnis.³⁸⁷ Man war eingebunden in die multinationalen Arbeitsstäbe, eigene Vorschläge zur Umsetzung der gestellten "Aufgaben" waren erwünscht, auf spezielle nationale Befindlichkeiten

³⁸⁵ Eben das bescheinigte sich die SED zum 40. Jahrestag in einem über 600 Seiten umfassenden Werk: Kollektiv des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR (Hrsg.), Die Militär- und Sicherheitspolitik der SED 1945 bis 1988. Dokumente und Materialien, Berlin 1989

³⁸⁶ Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 7, Stichwort "Warschauer Vertrag", S. 111

³⁸⁷ Vgl. etwa H. J. Goldbach, Generaloberst der NVA, einer der ranghöchsten und aufgrund seiner Verwendungen im Umgang mit den Sowjets sicherlich erfahrensten Offiziere: "...Der größte Teil der Offiziere lebte in dem immer wieder genährten Glauben von der gleichberechtigten Mitgliedschaft ihres Staates und ihrer Armee in einem sozialistischen Staatenbündnis, bei Anerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion und der Sowjetarmee..." (J. Goldbach, Die Nationale Volksarmee ..., a. a. O., S. 137).

Die Meinung der überwiegenden Mehrheit der NVA-Offiziere dürfte sich wohl mit der Goldbachs decken, den Eindruck hatte man jedenfalls auf der Tagung des Arbeitskreises "Militär und Sozialwissenschaft" im März 1992 an der Theodor-Heuss-Akademie Gummersbach, an der ein Großteil der ehemaligen NVA-"Militärelite" teilnahm.

wurde wohl, soweit möglich, eingegangen.³⁸⁸ Nur, letztlich bindend waren allein die sowjetischen Vorgaben, politisch wie militärisch. Der Generalstab der sowjetischen Streitkräfte gab in der Entwicklung der Streitkräfte und für die Tätigkeit der Stäbe der Teilstreitkräfte und aller an der Landesverteidigung beteiligten zentralen Verwaltungen in der Sowjetunion die Richtung vor, für die nationalen Generalstäbe der übrigen WVO-Staaten durch den Stab der "Vereinten Streitkräfte" als Koordinierungsinstanz.³⁸⁹ Insofern reduzierte sich der politische Handlungsspielraum der DDR-Führung auf das Maß an politischer "Entscheidung"³⁹⁰, das für die Ausarbeitung und Legitimierung der von sowjetischer

³⁸⁸ Vgl. H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 328

³⁸⁹ Zur Rolle des "Generalstabs der Streitkräfte der UdSSR" Marschall der Sowjetunion W. G. Kulikow, von 1971-1977 Chef des Generalstabes, von 1977-1989 der Oberkommandierende der "Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages": "... Er gewährleistet eine abgestimmte Tätigkeit der Hauptstäbe der Teilstreitkräfte, des Stabes der Rückwärtigen Dienste, des Stabes der Zivilverteidigung der UdSSR, der Haupt- und Zentralen Verwaltungen des Ministeriums für Verteidigung sowie der Stäbe der Militärbezirke, der Gruppen, der Luftverteidigungsbezirke und der Flotten...Der Generalstab analysiert und beurteilt ständig die militärisch-politische Lage, bestimmt die Tendenzen in der Entwicklung der Mittel der Kriegführung und die Methoden ihres Einsatzes, organisiert die Ausbildung der Streitkräfte und notwendige Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Gefechtsbereitschaft zur Abwehr jeder beliebigen möglichen Aggression. Einen wichtigen Platz in der Tätigkeit des Generalstabs nimmt die Weiterentwicklung der Militärtheorie ein. Er leitet die militär-wissenschaftliche Arbeit an, erarbeitet die wichtigsten militärischen Bestimmungen und aktuellen Probleme der sowjetischen Militärwissenschaft und führt deren Erkenntnisse in die Praxis der operativen und Gefechtsausbildung ein. Für die Arbeit des Generalstabes sind die Verbindung von wachsender Zentralisierung der Führung mit der Berücksichtigung der Initiative der unterstellten Führungsorgane ... charakteristisch ... Eine wichtige Rolle bei der Führung der Streitkräfte spielen die Generalstäbe (bzw. die ihnen entsprechenden Organe) in den anderen sozialistischen Staaten. ... Struktur, Rolle und Platz der Generalstäbe im System der militärischen Führung gewährleisten eine operative Lösung aller Aufgaben bei der Ausbildung der nationalen Streitkräfte und gestatten, deren militärische Handlungen bei der Abwehr einer möglichen imperialistischen Aggression zu leiten. Für die Koordinierung der Handlungen der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wurde der Stab der Vereinten Streitkräfte dieser Staaten gebildet. ..." Sowjetische Militärenzyklopädie, a.a.O., H. 4, Stichwort "Generalstab", S. 81 f

Zu den Führungsorganen der Vereinten Streitkräfte siehe Anlage 3, zur Führung der Vereinten Streitkräfte und der übrigen sowjetischen Streitkräfte im Kriege Anlage 4.

³⁹⁰ Ein Beispiel dafür sind die ständig wiederkehrenden Meldungen des DDR-Verteidigungsministers an Generalsekretär Honecker, in denen es um den Vollzug bestimmter zu erbringender Leistungen an die GSSD geht und der Eindruck vermittelt wird, diese Leistungen würden aufgrund einer "Entscheidung" der politischen Führung der DDR erbracht. In einem Brief von Armeegeneral Hoffmann v. 7.11.1984 heißt es entsprechend:

"Werter Genosse Honecker ! In Verwirklichung Deiner Entscheidung über die Errichtung von Sonderobjekten auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik sowie der dazu mit dem Minister für Verteidigung der UdSSR, Genossen Marschall der Sowjetunion Ustinow, getroffenen Vereinbarung gestatte ich mir zu melden ..."

Tatsächlich ging es natürlich keineswegs um eine autonome Entscheidung Honeckers, wenn Hoffmann fortfährt:

Seite für erforderlich gehaltenen organisatorischen Maßnahmen zur Vorbereitung der DDR auf den Kriegsfall notwendig war.

Das dafür zuständige "oberste zentrale Führungsorgan der Landesverteidigung", der "Nationale Verteidigungsrat", entsprach dem engeren Kreis der SED-Führung.³⁹¹

"In Erfüllung der im Zusammenhang mit der Stationierung neuer amerikanischer Raketenkernwaffen in Europa gefaßten Beschlüsse des Politischen Beratenden Ausschusses sowie des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wurden mit diesen Maßnahmen die durch die DDR eingegangenen Verpflichtungen voll inhaltlich realisiert.

Bei Deinem Einverständnis würde ich den Minister für Verteidigung der UdSSR über die Erfüllung der am 20.10.1983 getroffenen Maßnahmen informieren. (...)" (BA/MA AZN 32647 Bl. 61, 62 – GVS-Nr.: 562 217)

391

"Nationaler Verteidigungsrat der Deutschen Demokratischen Republik: zentrales staatliches Führungsorgan für die einheitliche Leitung der Landesverteidigung, das der Volkskammer und dem Staatsrat der DDR verantwortlich und rechenschaftspflichtig ist. Der Nationale Verteidigungsrat wurde 1960 in Verwirklichung des Rechtes auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung im Interesse der einheitlichen Leitung der Landesverteidigung, besonders der einheitlichen Vorbereitung auf die Abwehr einer imperialistischen Aggression, gebildet. Den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates wählt die Volkskammer (Art.50 der Verfassung). In Anbetracht der großen Bedeutung der Landesverteidigung für die Existenz und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und ausgehend von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei übt der Erste Sekretär des ZK der SED die Funktion des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates aus. Die Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates werden vom Staatsrat berufen (Art. 73 Absatz 2 der Verfassung). Der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates leitet die Tätigkeit dieses Führungsorgans, das auf der Grundlage der Beschlüsse und Direktiven der SED und der Rechtsvorschriften in Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Organen die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes organisiert und die dazu erforderlichen Maßnahmen trifft. Alle staatlichen Organe haben die vom Nationalen Verteidigungsrat angewiesenen Maßnahmen durchzuführen." Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Militärlexikon, a.a.O., Stichwort "Nationaler Verteidigungsrat der Deutschen Demokratischen Republik", S. 271

Daß der Text mehr verschleiert als erklärt, zeigt sich schon in den Hervorhebungen: Der Generalsekretär wurde nicht wirklich gewählt, sondern ließ sich per Akklamation in seinem Amt als Vorsitzender des NVR bestätigen. Wer Generalsekretär war, war auch Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. Das galt von Ulbricht über Honecker bis einschließlich Krenz und stand außerdem wörtlich im Statut des NVR von 1.11.1981: Abs. I. 3. Satz 2 "Der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates leitet die Tätigkeit des Rates. Er verfügt über das alleinige Weisungsrecht gegenüber den Leitern der zentralen Führungsbereiche sowie den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED und Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen."

Der SED-Generalsekretär hatte damit im Prinzip unumschränkte Machtbefugnis: in seiner Funktion als SED-Generalsekretär stellte sein Wille die "Grundlage der Beschlüsse und Direktiven der SED" und damit –laut Statut– der Tätigkeit des Nationalen Verteidigungsrates dar. Für die Beschlüsse und Direktiven des NVR galt wiederum: "Alle staatlichen Organe haben die vom Nationalen Verteidigungsrat angewiesenen Maßnahmen durchzuführen."

Abgesehen davon, daß es mit dieser Allmacht schon im Frieden nicht allzu weit her war, weil in Wirklichkeit in erster Linie die Forderungen der sowjetischen Militärs die

Der Nationale Verteidigungsrat war dazu vorgesehen, "...die Führung der DDR im Verteidigungszustand..." zu übernehmen und, mit Sicherheit wichtiger, bis dahin "...für alle staatlichen, wirtschaftsleitenden und gesellschaftlichen Organe, Institutionen und Organisationen verbindlich die zum Schutz und zur Sicherheit der DDR, zur Erfüllung ihrer internationalen militärischen Beistandsverpflichtungen sowie zur Gewährleistung der Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit des Landes erforderlichen Aufgaben und Maßnahmen [zu bestimmen]"³⁹².

Wie die inzwischen zugänglichen Dokumente zeigen, war man damit vollauf beschäftigt. Die Palette der "Aufgaben" reichte von der Mobilmachungsplanung und den Maßnahmen für die Zivilverteidigung über die Vorbereitung des Staatsapparates und der Volkswirtschaft auf den Kriegszustand bis hin zu den im Blick auf die schon in den ersten Kriegstagen zu erwartenden Zerstörungen wohl ziemlich wirklichkeitsfremden Maßnahmepläne für das erste Kriegsjahr.³⁹³ Es waren bereits die "Grundsätze für die Aufgaben und den Einsatz kulturell-künstlerischer

Tätigkeit des NVR bestimmten, hatten die Sowjets auf diese Weise mit einem Generalsekretär ihrer Wahl immer die Möglichkeit, ihre Sicherheitsinteressen unmittelbar und direkt durchzusetzen, ohne selbst in Erscheinung zu treten. Das galt umso mehr, weil alles aus dem Tätigkeitsbereich des NVR unter die höchste Geheimhaltungsstufe fiel, also gar nicht publik wurde. Das betraf die –bis zur Wende im Westen nicht genau bekannte– personelle Zusammensetzung des NVR und erst recht das, was von ihm beschlossen wurde. Schon von daher war natürlich auch die "Rechenschaftspflicht" des NVR gegenüber Volkskammer und Staatsrat reine Augenwischerei - dort wurde das "erzählt", was am nächsten Tag im "Neuen Deutschland" stand. Der schon genannte Generalmajor Deim meint denn auch in aller Unbefangenheit: "Die dem NVR zugewiesenen Kompetenzen wurden an die Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer und die Beschlüsse des Staatsrates gebunden. Sie beschränkten aber seine Entscheidungsfreiheit zu den spezifischen Fragen der Vorbereitung der Verteidigung der DDR nicht"

(H. W. Deim, Strategisches, operatives und taktisches Denken in der NVA, a. a. O., S. 137).

Das Innenleben des NVR wird im Detail beleuchtet und dokumentiert in O. Wenzel, Kriegsbereit. a. a. O.

Zur Zusammensetzung des NVR siehe O. Wenzel, Kriegsbereit..., a.a.O., S. 33 f – In Kurzform benannt (PB=Politbüro): SED-Generalsekretär (PB), ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen (PB), ZK-Abteilungsleiter für Sicherheitsfragen, Minister für Nationale Verteidigung (PB), Chef Politische Hauptverwaltung der NVA, Minister für Staatssicherheit (PB), ZK-Sekretär für Wirtschaft (PB), Minister des Innern und Chef der Volkspolizei, Präsident der Volkskammer (PB), Vorsitzender des Ministerrates (PB), 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates (PB), 1. Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg (PB), 1. Sekretär der Bezirksleitung Suhl, ZK-Sekretär für Kultur und Wissenschaft (PB), ZK-Sekretär für Landwirtschaft (PB), Sekretär des NVR: der erste Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef des Hauptstabes der NVA.

Die Mitglieder des NVR hatten Generalsrang, um im Kriegsfall den ihnen unterstellten Militärs auch mit dem Anspruch auf Gehorsam Befehle erteilen zu können.

³⁹² STATUT des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 01.11.1981, Abschn. I.4., dritter Spiegelstrich, a.a.O., S. 268

³⁹³ Gemeint sind die sog. "B-Pläne" - näheres dazu und zu den Aufgaben des NVR in O. Wenzel, Kriegsbereit..., a.a.O., "B-Pläne" S. 51-57, 131-159

Kräfte und Mittel für die ideologische Arbeit in der NVA und unter der Bevölkerung”³⁹⁴ bedacht und zur Lösung der Finanzprobleme in den “befreiten” Ländern 4,8 Milliarden Mark Militärgeld bei der DDR-Staatsbank eingelagert.³⁹⁵ “Für Tapferkeit” sollte es eine neue Auszeichnung geben, für Generäle als Orden, für das Fußvolk als Medaille, sinnigerweise benannt nach dem preußischen Feldmarschall Blücher, bekannt als “General Vorwärts”. Schließlich, vermutlich um protokollarisch nicht hinter den sowjetischen Befehlshabern zurückstehen zu müssen, wurden die Schulterstücke eines “Marschall der DDR” vorrätig gehalten, eines Dienstgrads, den es in der NVA überhaupt noch nicht gab.³⁹⁶

Der heute anekdotische Charakter solcher Maßnahmen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es bei der steten "Vervollkommnung der Landesverteidigung" im Prinzip um die systematisch und umfassend betriebene Militarisierung der DDR ging – “Militarisierung” verstanden als Prozeß, die Zivilgesellschaft in all ihren Bereichen in Politik, Staat und Gesellschaft auf die militärischen “Notwendigkeiten” hin auszurichten.³⁹⁷ Das betraf zum einen die organisatorisch-konzeptionelle Seite, also Infrastrukturmaßnahmen nach militärischen Gesichtspunkten, militärische Forderungen an die Wirtschaft, Maßnahmepläne für den Ernstfall, Ausbau der Führungsstellen und der “Zivilverteidigung”, etc., in der Summe ein straff durchorganisiertes System von Maßnahmen, nicht der Kriegsvorbereitung, aber der Vorbereitung auf den Krieg.³⁹⁸

Als nicht minder wichtig galt es zum anderen, die zivile Gesellschaft auch mentalitätsmäßig mit einzubeziehen in diese Vorbereitung. “Aus der Landesverteidigung erwachsen nicht allein den Streitkräften, die ihr wichtigstes Organ sind, Aufgaben. Ein moderner Krieg schöpft alle materiellen und geistigen Kräfte eines Staates bzw. eines Volkes aus. Deshalb müssen alle Staatsbürger, voran die wehrdienstpflichtigen, zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes erzogen werden und sich selbst politisch-ideologisch, militärisch und physisch auf den

³⁹⁴ Ebda., S. 140

³⁹⁵ Ebda., S. 136

³⁹⁶ Siehe die Abbildung in K. Naumann, NVA - Anspruch und Wirklichkeit, a.a.O., S. 248

³⁹⁷ Man mag darüber streiten können, ob die "rechtzeitige, allseitige und zuverlässige Vorbereitung" auf die Erfordernisse des Krieges allein schon als kollektive Militarisierung der Bevölkerung zu bezeichnen gewesen wäre. Deren wohl überwiegend zustimmende Haltung zur Berechtigung der –zumeist überhaupt nicht bekannten– Maßnahmen der "sozialistischen Landesverteidigung" ließ sich als Einsicht in die Notwendigkeit der Kriegsvorbereitung zur Verhinderung eines Kriegsausbruchs verstehen, war jedenfalls noch nicht als Ausdruck einer militaristischen Einstellung zu sehen. Das ändert allerdings nichts daran, daß es genug Zeichen gab, von einer nicht einmal schleichenden, sondern von Seiten der SED mit Nachdruck betriebenen Militarisierung in der Bevölkerung zu sprechen.

³⁹⁸ Vgl. zur infrastrukturellen Vorbereitung der DDR G. Mahler, Die Einheit von operativer Planung, Logistik und Infrastruktur, in D. Farwick, a.a.O., S. 112 - 137; vgl. auch ders., Die operative Vorbereitung des Territoriums der DDR als Teil des Kriegsschauplatzes, in: K. Naumann, NVA: Anspruch und Wirklichkeit, a.a.O., S. 249-285

militärischen Schutz des Sozialismus und den Sieg in einem von einem imperialistischen Aggressor aufgezwungenen Krieg vorbereiten...³⁹⁹

Die "sozialistische Wehrerziehung" erstreckte sich auf alle Lebensbereiche vom Kindergarten über die Schule und die Armee bis hin zur Mitgliedschaft in der Betriebskampfgruppe mit der Folge, daß nicht nur das politische System, sondern sichtbar die ganze Gesellschaft in die Vorbereitung auf den möglichen Kriegsfall mit hineingezogen wurde. Durch die Wehrerziehung sollten diejenigen Eigenschaften, Kenntnisse und Verhaltensweisen herausgebildet und gefestigt werden, "die die Bürger befähigen, den Pflichten nachzukommen, die ihnen die Verteidigung des sozialistischen Vaterlands und die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der sozialistischen Verteidigungscoalition auferlegt."⁴⁰⁰

Damit wurde früh begonnen. Ähnlich wie zu "Kaisers Zeiten" und bei den "Pimfen" im Dritten Reich war bereits in der Grundschule "zur Liebe und Achtung gegenüber den Soldaten" zu erziehen. Mit der politisch-ideologischen Ausrichtung im Wehrkunde-Unterricht der Schulen, bei den Jungen Pionieren und in der FDJ, der vormilitärischen Ausbildung in der GST, schließlich dem Militärdienst in der NVA und danach noch dem Reservistenwehrdienst war es aber nicht getan. Von der "militärpolitischen Propagandatätigkeit zur Vertiefung des sozialistischen Wehrmotivs" über die Mitarbeit bei der Zivilverteidigung bis hin zur "aktiven Unterstützung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse", in irgendeiner "gesellschaftlichen" Funktion hatte man sich an der "Vervollkommnung der sozialistischen Landesverteidigung" zu beteiligen.

Wenn die DDR als Industriegesellschaft auch nicht den Eindruck eines "garrison state" im Lasswellschen Sinne machte⁴⁰¹, die mit aller Konsequenz betriebene Perfektionierung der "Landesverteidigung" lief zumindest in der Tendenz auf den notwendigen Vorrang nicht des Militärischen, aber der militärischen Forderungen hinaus. In den Gremien, die sich mit der Organisation der "Landesverteidigung" beschäftigten, an erster Stelle im NVR, hatten die Militärs in der Regel die Regie. NVA-Vertreter saßen in den ersten Abteilungen aller Ministerien und zentralen Einrichtungen, von der Staatlichen Plankommission über die Wirtschaftsministerien bis hin zum Post- und Fernmeldewesen. Sie waren zum Teil

³⁹⁹ Ebda., Stichwort "Landesverteidigung", S. 200 ff

⁴⁰⁰ Militärlexikon, a.a.O., Stichwort "Sozialistische Wehrerziehung", S. 344

⁴⁰¹ Der Terminus "garrison state" / Kasernenstaat, Anfang der vierziger Jahre von Harold Laswell geprägt, bezeichnet einen nach militärischen Gesichtspunkten organisierten Staats- und Gesellschaftstyp, der -wie damals das nationalsozialistische Deutschland- in seiner technisch-wissenschaftlichen Modernität, durch seine umfassende, alle Lebensbereiche durchdringende Kriegsvorbereitung und mit seiner effizienten Militärorganisation zu einer Gefahr für demokratisch verfaßte Industriegesellschaften wird.

Laswell hatte bei seinen Arbeiten nach dem Krieg vor allem die Entwicklung in den sozialistischen Staaten im Auge. Er sah mit dem Nuklearzeitalter die zunehmende Gefahr einer Verselbständigung der Militärapparate und der dementsprechenden Militarisierung aller Gesellschaftsbereiche heraufziehen.

Vgl. H.D. Laswell, Die Kasernenstaats-Hypothese heute, in V.R. Berghahn (Hrsg.), Militarismus, Köln 1975

Stellvertreter der Minister oder Leiter, auf jeden Fall hatten ihre Forderungen Vorrang.⁴⁰²

Der Primat der Politik gegenüber den Streitkräften schien zwar durch die Struktur des politischen Systems gesichert zu sein: Nicht das Militär stützte seine spezifische Ideologie der DDR-Gesellschaft über, sondern die Partei kontrollierte die Streitkräfte. Nur besagte das wenig, wenn die SED selbst die Militarisierung betrieb. Genau genommen war allerdings eben auch die SED nicht politisch Handelnder. Sie hatte kaum Einfluß auf die sowjetischerseits für notwendig gehaltenen Aufgabenstellungen "zur Erfüllung ihrer internationalen militärischen Beistandsverpflichtungen sowie zur Gewährleistung der Verteidigungsbereitschaft und Verteidigungsfähigkeit des Landes" und hätte sich, wie von den sowjetischen Militärs dargelegt, "in ihren militärischen Entscheidungen keinerlei Eigenmächtigkeiten leisten können".

Wenn der NVR unter dem Vorsitz des SED-Generalsekretärs ein- oder zweimal im Jahr zusammentrat, so nicht, um zu beraten, sondern um "von oben" über bestimmte Vorhaben oder die politisch-militärische Situation in Kenntnis gesetzt zu werden, vor allem aber um Bericht zu erstatten zum Stand der Vorbereitungen hinsichtlich der Maßnahmen zur "Überführung des Übergangs auf den Kriegszustand". Über anstehende Entscheidungen wurde per Aktenlage bzw. in etwa zehnminütigen Vorträgen informiert, die Beschlußfassung erfolgte einmütig.

Mit anderen Worten, der im Vergleich zu allen anderen DDR-Gremien in der personellen Zusammensetzung hochrangigste Funktionärskreis meldete sich zum Rapport, zur Beschlußfassung und zur Entgegennahme seiner Arbeitsaufträge.⁴⁰³ "Der NVR war kein Machtzentrum", so O. Wenzel in seiner Studie über den Nationalen Verteidigungsrat der DDR, "sondern eine Akklamationsmaschine für Vorlagen, die mit Zustimmung Honeckers auf die Tagesordnung gesetzt und auf den zuständigen Mitarbeitererebenen abgestimmt worden waren."⁴⁰⁴

Wobei die Zustimmung Honeckers letztlich Formsache war. Der SED-Generalsekretär hätte es sich kaum erlauben können, dem Fortgang der Vorbereitung auf den "Verteidigungszustand" nicht zuzustimmen, einem Vorgang, bei dem er selbst eher in der Rolle des Zuschauers als in der des eigentlichen Akteurs war. Die meisten Vorlagen hätten ohnehin nicht erst beschlossen werden müssen. Sie ergaben sich als Verpflichtungen aus dem jeweiligen Protokoll zur Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der DDR für die "Vereinten Streitkräfte".⁴⁰⁵

⁴⁰² Vgl. H. Hampel, a.a.O., S. 200 f

⁴⁰³ Die Arbeitsaufträge gingen als Anordnungen und Weisungen an die zentralen staatlichen Organe bzw. wurden an die Bezirkseinsatzleitungen weitergeleitet. Die Ausarbeitung der entsprechenden "Dokumente" wurde dabei vom MfNV als Arbeitsorgan des NVR übernommen, vgl. beispielsweise die "Direktive Nr. 1/86 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates über die Aufgaben der Einsatzleitungen der DDR in den Jahren 1987 bis 1990" (BA/MA AZN 32647 Bl. 274 f – VVS-Nr.: A 625 319)

⁴⁰⁴ O. Wenzel, Kriegsbereit..., a.a.O., S. 231

⁴⁰⁵ Diese "Protokolle" wurden im 5-Jahresturnus erstellt, letztmalig für den Zeitraum 1986 bis 1990, und enthielten im wesentlichen Angaben zu folgenden Punkten:

Wenn NVA-General Deim weismachen will, bei der "Konzipierung der Verteidigung des Landes" habe die Verantwortung für "Schutz und Sorge um die Bürger" für den NVR im Mittelpunkt gestanden, so muß das nicht weiter kommentiert werden. Aus dem Protokoll zur Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der DDR für die Vereinten Streitkräfte ergab sich, daß es nicht um "Landesverteidigung" ging, sondern um die "operative Vorbereitung des Territoriums der DDR als Teil des Kriegsschauplatzes". Mit anderen Worten, die DDR hatte als bei Kriegsausbruch größter Aufmarsch-, Konzentrierungs- und Durchmarschraum des Westlichen Kriegsschauplatzes die Operationsfreiheit der WVO-Streitkräfte auf ihrem Territorium sicherzustellen und mußte entsprechend auf diese ihr zugewiesene Rolle vorbereitet werden.⁴⁰⁶ Das betraf zum einen die infrastrukturelle Vorbereitung des Landes und die logistische bzw. militärtechnische Sicherungsfunktion, zum anderen den Kampfauftrag der Streitkräfte. Sie hatten in Ausrüstung und Ausbildung eine Gefechtsfähigkeit und -bereitschaft sicherzustellen, die die Abwehr der NATO-Aggression und die Unterstützung der WVO-Hauptkräfte in ihrer Gegenoffensive zur Zerschlagung des Aggressors gewährleistete. Die in nationaler Unterstellung verbleibenden Truppenteile und anderen bewaffneten Kräfte wie die Grenztruppen, die Kampfgruppen und Polizeikräfte hätten die Operationsfreiheit der Vereinten Streitkräfte durch den Kampf gegen hinter den Linien abgesetzte feindliche Kräfte und durch Objektschutz und die Sicherung militärischer Räume unterstützen sollen.⁴⁰⁷

-
- I. Über die Stärke, den Kampfbestand und die Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der NVA der DDR für die Vereinten Streitkräfte (unterteilt nach Teilstreitkräften).
 - II. Über die Hauptrichtungen der Entwicklung der DDR.
 - III. Über die Ausrüstung der Verbände und Truppenteile der NVA mit Bewaffnung und Kampftechnik (jeweils unterteilt nach Teilstreitkräften).
 - IV. Über die rückwärtige Sicherstellung der Truppen.
 - V. Über die Vorbereitung des Territoriums der DDR als Bestandteil des Kriegsschauplatzes.
 - VI. Verwirklichung der konkreten Maßnahmen.

(zitiert nach G. Mahler: Die operative Vorbereitung des Territoriums der DDR als Teil des Kriegsschauplatzes, in: K. Naumann (Hrsg.), a.a.O., S. 262), detaillierte Angaben ebda.

⁴⁰⁶ "Die operative Vorbereitung des Territoriums der DDR als Teil des Kriegsschauplatzes erfolgt mit dem Ziel, Handlungen der Vereinten Streitkräfte auf dem Territorium der DDR unmittelbar vorzubereiten, beinhaltet bauliche, materielle, technische und organisatorische Maßnahmen im Frieden zur Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Handlungen der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Verteidigungszustand, ..." (BA/MZAP, VA-01/39506, Bl.10, 38, zit. nach O. Wenzel, Kriegsbereit..., a.a.O., S. 107)

⁴⁰⁷ Es war die Aufgabe der NVA-Landstreitkräfte, als Teil der "ersten Gruppierung sozialistischer Streitkräfte im Verteidigungsfall den Angriff der Hauptkräfte der NATO mit abzuwehren, selber zum Angriff überzugehen und entschlossene Kampfhandlungen zur Zerschlagung wichtiger Teile der gegnerischen Gruppierung und zur Einnahme strategisch bedeutsamer Räume zu führen." Verteidigungsminister H.Hoffmann, Zur geschichtlichen Entwicklung und Rolle der NVA, a.a.O., S.456

Der Unterstellung der NVA-Streitkräfte unter sowjetischen Befehl schien zu widersprechen, daß der Nationale Verteidigungsrat der DDR das oberste zentrale Führungsorgan für die DDR-Landesverteidigung sein sollte. Im Statut des NVR hieß es, er übe "die oberste militärische Kommandogewalt gegenüber allen bewaffneten Kräften der DDR aus, verwirklicht die unmittelbare Leitung des Einsatzes der Nationalen Volksarmee... bei Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit". Auf den SED-Generalsekretär und NVR-Vorsitzenden bezogen galt: "...In einer Spannungsperiode, zur Durchführung der Mobilmachung des Landes und im Verteidigungszustand ist der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates Oberster Befehlshaber aller bewaffneten Kräfte der DDR. Er verwirklicht die operative Führung des Landes nach dem Prinzip der Einzelleitung entsprechend den Grundsätzen für die Führung der DDR im Verteidigungszustand."⁴⁰⁸

Des Landes vielleicht – falls es in dieser Hinsicht 24 Stunden nach Kriegsausbruch noch etwas zu führen gegeben hätte und ihm die Anweisungen des sowjetischen Oberbefehlshabers auf dem Westlichen Kriegsschauplatz dazu vorgelegen hätten. Was die Befehlsgewalt über die NVA betraf, wäre der SED-Generalsekretär/Vorsitzende des NVR wohl trotz seines beeindruckenden Ranges "Oberster Befehlshaber" ein Feldherr ohne Armee gewesen. Das "Prinzip der militärischen Einzelleitung", die "einheitliche, unteilbare Befehlsgewalt und Verantwortung", wurde denn auch gleich wieder relativiert durch den Zusatz "auf der Grundlage der Parteibeschlüsse und der militärischen Grundsatzdokumente". Die diesbezüglich wichtigsten militärischen Dokumente waren die "Grundsätze über die Vereinten Streitkräfte und ihre Führungsorgane im Kriege". Dort hieß es klipp und klar, daß auf der Grundlage des jeweiligen Protokolls über die Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der DDR für die Vereinten Streitkräfte mit "Auslösung der vollen Gefechtsbereitschaft und der Überführung der NVA in die volle Gefechtsbereitschaft ... die Führungsorgane, Verbände, Truppenteile und Einheiten der NVA den Befehlshabern der in der westlichen Richtung handelnden Gruppierungen der Vereinten Streitkräfte operativ unterstellt [werden]"⁴⁰⁹

Was für den Kriegsfall vorgesehen war, galt mehr oder weniger auch schon im Frieden: Die sog. Perspektivpläne zur Erfüllung des Planes über die Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften für die VSK wurden zwar auf der Grundlage

Die NVA Landstreitkräfte wären bei Kriegsausbruch in zwei Armeen zur Unterstützung der GSSD in die Fronten der sowjetischen Streitkräfte eingegliedert worden. Die eine aus dem Militärbezirk V gebildete NVA-Armee wäre in der sog. Küstenoperationsrichtung eingesetzt worden, die zweite aus dem Militärbezirk III hervorgegangene am linken Flügel der 1. Westfront.

Die Volksmarine wäre der Vereinten Ostseeflotte unterstellt worden und das Kommando Luftstreitkräfte/ Luftverteidigung weiterhin im Einheitlichen System der Luftverteidigung verblieben.

Zum Auftrag und zu Details siehe das folgende Kapitel.

⁴⁰⁸ O. Wenzel, *Kriegsbereit...*, a.a.O., S. 268

⁴⁰⁹ Zit. nach W. Jablonsky: *Die NVA in den Vereinten Streitkräften des Warschauer Paktes*, a.a.O., S. 53.

der Beschlüsse des Nationalen Verteidigungsrates der DDR ausgearbeitet, diese Beschlüsse waren aber wie schon gesagt letztlich nichts anderes als die Umsetzung der sowjetischen Vorgaben in nationale "Aufgaben", die zu bearbeiten und zu erfüllen waren.

Die sowjetischen Vorgaben fußten allerdings auf Beschlüssen, die auf allen Ebenen der WVO von den Repräsentanten der DDR mitgetragen worden waren. Gemäß Art. 6 des Warschauer Vertrages trat auf der politischen Ebene einmal jährlich der Politisch Beratende Ausschuß als höchstes Gremium der WVO zusammen. In ihm trafen sich die Regierungschefs der WVO-Mitgliedsstaaten, gleichbedeutend mit den Generalsekretären der jeweiligen kommunistischen Parteien, zur "...Durchführung der in diesem Vertrag vorgesehenen Beratungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Vertrages und zur Erörterung von Fragen, die im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Vertrages stehen."

Wenn es beim Politisch Beratenden Ausschuß um etwas nicht gehen sollte, dann um eine Beratung oder Erörterung der Themen. "Beraten" wurde von sowjetischer Seite im Vorfeld solcher Tagungen, wenn die einzelnen WVO-Mitglieder der Reihe nach "auf Linie" gebracht wurden.⁴¹⁰

410

In der Vorbereitung der Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses waren selbstverständlich alle Tagesordnungspunkte und auch der Beschlußentwurf schon vorab geklärt. Um die Beschlüsse und dementsprechend bereits den Vortrag des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte vor dem Ausschuß von vornherein gegen alle Einwände abzusichern, besuchte dieser nach Abschluß aller Vorbereitungen noch einmal die Teilnehmerstaaten der WVO. So informierte der DDR-Verteidigungsminister Hoffmann Generalsekretär Honecker am 8.10.1985:

"Werter Genosse H o n e c k e r ! Mit Deiner Zustimmung weilte am 04.10.1985 der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Genosse Marschall der Sowjetunion K u l i k o w, zur Erläuterung der militärischen Frage für die bevorstehende Sitzung des Politischen Beratenden Ausschusses in der DDR.

Er hatte sich bereits in der Sozialistischen Republik Rumänien, in der Volksrepublik Bulgarien und in der Volksrepublik Polen aufgehalten. Am 07.10.1985 wird er seine Rundreise mit dem Besuch der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik fortsetzen.

Marschall der Sowjetunion K u l i k o w informierte darüber, daß es bisher zum vorbereiteten Beschlußentwurf keine Einwände und Bemerkungen gegeben hat. ..."

BA/MA, AZN 32647, Bl. 151 – GVS-Nr. A 469 362 Blatt 1

Im folgenden sind dann allerdings als "Vorschläge zur redaktionellen Änderung" ganz erhebliche Einwände der -wie immer- rumänischen Regierung aufgeführt. Hoffmann fährt fort:

"Zu den Thesen des Vortrages des Oberkommandierenden wurden jedoch insbesondere von der rumänischen Seite einige Vorschläge zur redaktionellen Änderung unterbreitet, die bei der weiteren Vorbereitung des Vortrages berücksichtigt werden. Sie beziehen sich vor allem darauf, daß

- die Stationierung sowjetischer operativ-taktischer Raketen mit den Regierungen der DDR und der CSSR und nicht mit allen anderen Regierungen des Warschauer Vertrages abgestimmt wurde,
- nicht von Handlungen im Koalitionsbestand, sondern von gemeinsamen Handlungen gesprochen werden sollte und

Insofern waren, mit der Ausnahme Rumäniens, unterschiedliche Ansichten, geschweige denn Debatten über die zur Entscheidung anstehenden sicherheits- und militärpolitischen Grundsatzfragen von vornherein nicht zu erwarten.

Die Generalsekretäre billigten die zuvor "abgestimmten" sowjetischen Vorstellungen und unterstrichen in einer entsprechenden Deklaration die gewünschte Einheit und Geschlossenheit der WVO-Staaten. In gleicher Weise war man auch beim jährlichen Treffen des "Komitees der Verteidigungsminister" darum bemüht, in den Fragen der weiteren Entwicklung und "Vervollkommnung" der Vereinten Streitkräfte "...eine einheitliche Auffassung zu erarbeiten und Beschlüsse zu fassen, die die Einheit und Geschlossenheit der Warschauer Vertragsstaaten hervorheben..."⁴¹¹.

- in den Grundsätzen über das einheitliche System der Luftverteidigung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Frieden keine Unterteilung der Truppen der Luftstreitkräfte nach Kriegsschauplätzen vorgenommen wird, da die rumänische Partei- und Staatsführung der Einteilung in die zwei Kriegsschauplätze (Westlicher und Südwestlicher) bisher keine Zustimmung gegeben hat.

Als Anlage beigelegt gestatte ich mir, Dir die präzisierten Thesen des Vortrages des Oberkommandierenden zu übersenden. Die veränderten Absätze habe ich mir erlaubt, hervorzuheben.

Aus der Sicht des Ministeriums für Nationale Verteidigung gibt es zu den Präzisierungen keine Einwände(...)"

Honeckers schriftliche Bestätigung wie üblich "Einverstanden". (Ebda., Bl. 152)

In dem Vortrag des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte vor dem Politischen Beratenden Ausschuss wurden von einer allgemeinen Lagebeurteilung von WVO und NATO ausgehend der Zustand der Vereinten Streitkräfte und die Hauptrichtungen ihrer Entwicklung für den nächsten Fünfjahrplan dargestellt. Dabei wurde die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen angemahnt und die Unzufriedenheit des Oberkommandos der VSK mit den zum Teil noch nicht ausreichenden Anstrengungswen einzelner Mitgliedsstaaten deutlich zum Ausdruck gebracht. (BA/MA, AZN 32647, Bl. 70- 76, hier Bl. 73 – GVS-Nr.: 614 283 Bl. 3-9)

⁴¹¹ DDR-Verteidigungsminister Hoffmann in seinem Bericht über die Beratung der Verteidigungsminister zusammenfassend: "Prinzipiell ist zu sagen, die Beratung war gekennzeichnet von dem Bemühen, eine einheitliche Auffassung zu erarbeiten und Beschlüsse zu fassen, die die Einheit und Geschlossenheit der Warschauer Vertragsstaaten hervorheben." (W. Jablonsky, Die NVA in den Vereinten Streitkräften des Warschauer Paktes, a.a.O., S.33)

Als Beispiel: Ein Beschluß der 19. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der WVO-Teilnehmerstaaten liest sich folgendermaßen

.... Das Komitee der Verteidigungsminister beschließt:

1. Der prinzipienfeste, konsequente und konstruktive Kurs der UdSSR während des Gipfeltreffens ...(wird) voll und ganz gebilligt....Die sowjetischen Vorschläge zur ...werden unterstützt...2. Die Verteidigungsministerien und das Vereinte Kommando haben die zeitgerechte und vollständige Erfüllung der Protokolle der Entwicklung der Truppen und Flottenkräfte für den Zeitraum 1986 - 1990 zu gewährleisten und dabei das Hauptaugenmerk auf die qualitätsgerechte Ausrüstung der verbündeten Armeen mit moderner und modernisierter Bewaffnung zu legen. Anzustreben ist die Reduzierung der Zeiten für die Entwicklung und die Auslieferung neuer Waffen an die Truppen sowie ihre Meisterung...3. Die Verteidigungsministerien und das Vereinte Kommando haben die

Wenn schließlich die Chefs der Generalstäbe unter der Leitung des Oberkommandierenden der VSK jeweils im Dezember zusammengerufen wurden, dann hatte das schon den Charakter einer Befehlsausgabe: Vom Stab der VSK wurde, in der Form höflich, aber bestimmt, daran erinnert, daß es vor allem darauf ankomme, die "eingegangenen Protokollverpflichtungen zu erfüllen und die Empfehlungen des Vereinten Kommandos durchzusetzen."⁴¹² Entsprechend wurden der "Stand der Erfüllung" der Aufgaben und die Defizite bei den verschiedenen nationalen Truppen- und Flottenkräften äußerst offen angesprochen. Der Oberkommandierende hielt bei seinem Fazit zur Operativen- und Gefechtsausbildung mit Kritik nicht hinter dem Berg. Der Tenor, mit dem die Schraube stets weiter angezogen wurde, lautete immer gleich: "Durchsetzung der Maßnahmen zur weiteren Vervollkommnung der Gefechtsbereitschaft", ... dabei "dürfen keine Vereinfachungen zugelassen werden", ... "es ist alles zu tun, um die Aufgaben auf höherem Niveau zu erfüllen".⁴¹³ Welche Aufgaben das waren, wurde in Moskau festgelegt. "Natürlich wurde die Grundlinie immer durch die sowjetische Seite vorgegeben, und sie setzte meistens ihre Vorstellungen in der Fassung der Beschlüsse und der anderen zu erarbeitenden Dokumente durch."⁴¹⁴

Die formale Einbettung des politisch-militärischen Planungs- und Entscheidungsprozesses in der WVO in ein Geflecht mitentscheidender Gremien veränderte so keineswegs die Rahmenbedingungen des sozialistischen Bündnisses. Die in erster Linie auf ihr militärisches Potential gestützte Großmachtpolitik der Sowjetunion ließ in den Fragen der militärischen Strategie und der Streitkräfte keine gleichberechtigte Mitsprache ihrer Bündnispartner zu. Die Entwicklungen wurden von der sowjetischen Seite bestimmt, wobei es müßig war zu fragen, ob vom sowjetischen Generalstab, dem Ministerium oder vom Politbüro der KPdSU. Der sowjetische Verteidigungsminister saß als Marschall der Sowjetunion im Politbüro und war in der Regel vorher bereits Chef des Generalstabes und meist auch

notwendigen Maßnahmen zur ... vorzusehen...." (BA/MA AZN 32647 – VVS-Nr. A 470 386 Blatt 1-3)

⁴¹² BA/MA AZN 32647, Bl. 115-120 – GVS-NR.: A 469 011 Bl. 115

⁴¹³ Die Treffen des Komitees der Verteidigungsminister wurden vom Stab der VSK vorbereitet, so daß die sowjetische Seite auch den Ablauf der Tagungen fest im Griff hatte. Im Bericht Hoffmanns über die 31. Sitzung heißt es auf Kulikow bezogen "Darüber hinaus verwies er kritisch darauf, daß in einigen Armeen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages das Protokoll für die Entwicklung im Zeitraum 1981 bis 1985 nicht im vollen Umfang erfüllt wird,

- die personelle Auffüllung einiger Verbände der ständigen Bereitschaft mit 30 bis 60 Prozent sehr gering ist,
- alte Technik, d.h. der 1. Generation bzw. des II. Weltkrieges, vorhanden ist und
- die Bevorratung an materiell-technischen Mitteln für 30 Tage nicht erreicht wird.

(...) Im Zusammenhang damit, daß für eine effektive Ausbildung des Personalbestandes zur Beherrschung der neuen Waffensysteme eine Reihe von technischen Voraussetzungen noch nicht in vollem Umfang geschaffen wurden, kritisierte Marschall der Sowjetunion Kulikow die Organe des Technischen Komitees..." (Ebda., Bl. 116, 117)

⁴¹⁴ G. Kunze, Feind und Kamerad - Zweimal "Kehrt - marsch!", in M. Backerra (Hrsg.), NVA - Ein Rückblick auf die Zukunft..., a.a.O., S. 69-90, hier S. 85

Oberkommandierender der WVO-Streitkräfte gewesen. Es dürfte kaum zu bezweifeln sein, daß die sowjetischen Streitkräfte dem politischen Primat folgten, allerdings auch kaum, daß sie –der sowjetische Generalstab– die Sicherheits- und Militärpolitik als ihre Domäne betrachteten.

Da die militärdoktrinären Auffassungen der sowjetischen Seite weder im Politisch Beratenden Ausschuß noch auf der militärischen Ebene der VSK zur Diskussion standen⁴¹⁵, sich aus der Militärdoktrin aber die strategischen Konzeptionen ableiteten, die dann wiederum die Festlegungen der DDR-“Verteidigungsplanung” bestimmten, blieb die SED-Führung in den Fragen der Sicherheits- und Militärpolitik den sowjetischen Militärs gegenüber in der Rolle des Befehlsempfängers. Wenn der ehemalige Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte W. Kulikow und sein damaliger Stabschef A. Gribkow 1996 in einem Brief an das Landgericht Berlin schrieben, die DDR habe sich “in ihren militärischen Entscheidungen keinerlei Eigenmächtigkeiten leisten können”, so DER SPIEGEL⁴¹⁶, dann dürfte das nicht lediglich als “Persilschein” zur Entlastung von Honecker-Nachfolger Krenz zu werten sein, sondern tatsächlich der damaligen Realität entsprochen haben.

⁴¹⁵ Siehe Generalmajor Deim, zuständig für die operative Planung in der NVA: "Die Militärdoktrin hatte unumstößliche Gesetzeskraft". H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 316

⁴¹⁶ DER SPIEGEL; Nr.27 v. 1.7.1996, S.18

4.2. Die NVA als sozialistische Armee

Die Gründung der NVA geht zurück auf den Beschluß der Volkskammer zum "Gesetz über die Schaffung der nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" vom 18. Januar 1956. Zu diesem Zeitpunkt standen in der DDR mit der Grenzpolizei und den Einheiten der Kasernierten Volkspolizei (KVP) bereits über 100 000 Mann unter Waffen. Die NVA ging aus den KVP-Verbänden hervor, aus der Hauptverwaltung Ausbildung (HVA) der KVP entstand das Ministerium für Nationale Verteidigung.⁴¹⁷

Die HVA hatte den offiziellen Auftrag, militärische Führungskader auszubilden⁴¹⁸ und unterhielt dazu mehrere Offiziers-, Unteroffiziers- und Fachschulen. Sie wurde dabei durch sowjetische "Berater" unterstützt, die "umfassend mit Erfahrungen der sowjetischen Streitkräfte vertraut [machten]."⁴¹⁹ KVP-Offiziere konnten außerdem in größerer Zahl Akademien und andere militärische Lehr- einrichtungen der sowjetischen Streitkräfte besuchen. Die Generäle, die 1989/90 zum Kreis der NVA-Führung gehörten, kamen auf diesem Wege aus der VP/KVP, hatten dort bereits erste Offiziersdienststellungen und in der Regel noch in dieser Zeit sowjetische Militärakademien besucht. Als Offiziere der ersten Stunde machten sie in den im Aufbau begriffenen Streitkräften, denen vor allem auf der mittleren Führungsebene qualifizierte Stabsoffiziere fehlten, meist schnell Karriere und prägten in den siebziger und achtziger Jahren das Bild der Armee.⁴²⁰

⁴¹⁷ Vorläufer der KVP war die Kasernierte Bereitschaftspolizei (1946 – 1951). Die KVP wurde unter sowjetischer Kontrolle systematisch zu einer militärischen Streitkraft geformt, sie verfügte 1950 bereits über entsprechende Waffengattungen wie Artillerie, Panzer, Pioniere etc. Die von 1950 an so bezeichnete HVA (siehe Anlage 1) war als zentraler Leitungsstab der späteren Funktion gemäß schon in entsprechende Abteilungen gegliedert und damit beauftragt, die späteren Teilstreitkräfte "Landstreitkräfte", "Volksmarine" (1950 Hauptverwaltung der Seepolizei, seit 1952 VP-See, 1956 Seestreitkräfte) und "Luftstreitkräfte/Luftverteidigung" (Tarnbezeichnung "Aero-Club"/Referat ZBV 2, seit 1952 Hauptverwaltung Luftpolizei, nach 1953 – 1956 wieder "Aero-Club") aufzubauen. Der HVA entsprechend wurde auch die KVP an militärische Strukturen angepaßt, 1952 wurden militärische Dienstgrade eingeführt. Die KVP hatte bereits Politorgane und besaß eigene Parteiorganisationen. Seit 1953 wurde die Anpassung an die Gliederung, Organisation und Struktur der späteren NVA mit Nachdruck betrieben, so daß Ende 1956 –also nicht einmal ein Jahr nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Gründung der NVA– die Erstaufstellung der NVA bereits zum größten Teil abgeschlossen war.

⁴¹⁸ Vgl.: "Die Offiziersschüler waren mit solchen Kenntnissen und Fähigkeiten auszurüsten, die sie zur Führung militärischer Kollektive befähigten. ...", in: Autorenkollektiv unter Leitung von Generalmajor Prof. Dr. R. Brühl, *Armee für Frieden und Sozialismus – Geschichte der Nationalen Volksarmee*, Berlin 1985, Militärverlag der DDR, S. 75

⁴¹⁹ Ebda.

⁴²⁰ Neben dieser gut ausgebildeten und in zahlreichen Verwendungen auf allen Ebenen erfahrenen jüngeren Militärelite saßen in oberen bis höchsten Führungspositionen allerdings auch ehemalige Partei-/FDJ-Funktionäre, die wie Stoph, Keßler, Reinhold und andere ohne militärische Qualifikation von außen "eingeschossen" worden waren.

Die DDR-Streitkräfte⁴²¹ wurden in der Gliederung, in den Führungsstrukturen, in der Bewaffnung und Ausrüstung weitgehend nach dem Vorbild der sowjetischen

421

Nach den Angaben des MfNV Ende März 1990 (siehe Anlage 5) ergab sich zur Soll-Struktur der NVA bei einer Gesamtstärke von etwa 177 000 Mann folgendes Bild:

Die NVA-Landstreitkräfte stellten mit einer Stärke von ca. 106 000 Mann das Gros der Nationalen Volksarmee. Sie unterstanden dem "Kommando der Landstreitkräfte" in Potsdam-Geltow, das wiederum vom MfNV in Strausberg geführt wurde. Dem "Kommando der Landstreitkräfte" unterstanden

- der Militärbezirk (MB) III Leipzig mit der 4. und 11. MSD und der 7. PD, der Raketenbrigade-3 sowie weiteren Kampfunterstützungsverbänden als 3. Armee, außerdem den Wehrbezirkskommandos in den 7 südlichen Bezirken der DDR
- der Militärbezirk (MB) V Neubrandenburg mit der 1. und 8. MSD und der 9. PD, der Raketenbrigade-5 sowie weiteren Kampfunterstützungsverbänden als 5. Armee, außerdem den Wehrbezirkskommandos in den 7 nördlichen Bezirken der DDR
- ein Mobilmachungssystem, durch das zuletzt 5 Reservedivisionen (6., 10. und 17. MSD im MB III und 19. und 20. MSD im MB V) in sog. Komplexlagern in kürzester Zeit –etwa 5 Tagen– hätten aufgestellt und in Marsch gesetzt werden können.

Die Teilstreitkraft "Luftstreitkräfte/Luftverteidigung" (LSK/LV) mit einer Stärke von ca. 35 000 Mann bestand aus dem Kommando LSK/LV in Eggersdorf bei Strausberg und der 1. und 3. Luftverteidigungsdivision in Cottbus bzw. Neubrandenburg. Die LSK/LV waren voll einbezogen in das Diensthabende System der Luftverteidigung der WVO-Staaten. Die beiden Luftverteidigungsdivisionen verfügten über 5 Jagdfliegergeschwader, 27 Fla-Raketenabteilungen ständiger Bereitschaft und 14 im verkürzten Bestand sowie 7 Funktechnische Bataillone. Zum Kommando LSK/LV gehörten u. a. 2 Jagdbombenfliegergeschwader, ein Transportfliegergeschwader mit 40 Flugzeugen und ein Transporthubschraubergeschwader mit 24 Hubschraubern. Das Kommando LSK/ LV war zudem auch zuständig für die Armee- und Marinefliegerkräfte, die über 2 Kampfhubschraubergeschwader und je ein Marineflieger und –hubschraubergeschwader verfügten.

1989 betrug der Gesamtbestand an Luftfahrzeugen 312 Kampfflugzeuge, 82 Übungskampfflugzeuge, 54 Schul-/ Verbindungsflugzeuge, 21 Transportflugzeuge und 42 Transporthubschrauber (nach H. Engelhardt, NVA-Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, in K. Naumann, NVA..., a.a.O., S. 129-148)

Die "Volksmarine" war mit einer Stärke von ca 14 000 Soldaten die kleinste Teilstreitkraft der NVA. Sie bestand aus 3 Flottillen, die nach den Angaben des MfNV in 6 Brigaden, darunter 1 Raketenschiffs- und 3 Raketenschnellbootsbrigaden und in 8 Abteilungen (4 Küstenschutz- und 4 Minenabwehr-Schiffsabteilungen) gegliedert waren.

Nach W. Jablonsky verfügten die

- 6. Flottille über 5 kleine Raketenschiffe, 12 Raketenschnellboote und 6 Torpedoschnellboote
- die 1. und 4. Flottille über je 8 kleine U-Bootabwehr Schiffe und 15 Hochsee-Minensuch- und -Räum Schiffe

Der 4. Flottille war außerdem die Küstenschutzschiffs-Abteilung mit 3 Küstenschutzschiffen zugeordnet, der 1. Flottille die Landungsschiffsbrigade mit 12 mittleren Landungsschiffen. 8 Hochseeversorger und 6 Schwimmende Stützpunkte wurden auf die Flottillen aufgeteilt und waren der 6. Flottille unterstellt.

Dem Kommando der Volksmarine (Rostock) waren außerdem landgestützte Einrichtungen zugeordnet und weitere Kampf- und Kampfunterstützungs-Einheiten unterstellt, so eine Küstenraketenregiment, ein Marinehubschraubergeschwader, ein Kampfschwimmer-

Streitkräfte entwickelt.⁴²² An der Richtung dieser Entwicklung konnte es keinen Zweifel geben, denn im Charakter der Nationalen Volksarmee als sozialistischer Bündnisarmee kam sichtbarer als in jeder anderen Institution des Staates die Vasallenrolle der DDR gegenüber der sowjetischen Führungsmacht zum Ausdruck. "Die NVA war ein Produkt und ein Instrument sowjetischer Politik, sie wurde mit ihrem Staate überflüssig und fallengelassen, als die sowjetische Großmachtpolitik gescheitert war. Sie hat der Hegemonialmacht des sozialistischen Blocks bis zum Ende die Vasallentreue gehalten und dem SED-Regime als Stütze und Mittel seiner Politik gedient."⁴²³, so der ehemalige Generaloberst Goldbach, einer der ranghöchsten und im Umgang mit den sowjetischen Militärs sicherlich erfahrensten Offiziere in der NVA.

kommando, ein Marinepionierbataillon, ein Nachrichtenregiment und ein Funktechnisches Störbataillon. Operativ unterstellt war die 6. Grenzbrigade Küste mit 18 Grenzschiiffen. (Nach W. Jablonsky, NVA-Volksmarine, in K. Naumann (Hrsg.), a.a.O., S. 149-178, hier S. 157 f)

Zu den 3 Teilstreitkräften kommen noch die dem MfNV zuzurechnenden zentralen Truppen in einer Stärke von ca. 22 000 Mann.

Siehe zu Struktur und Einsatzgrundsätzen der NVA im Detail besonders die Beiträge in K. Naumann (Hrsg.), NVA: Anspruch und Wirklichkeit ..., a.a.O.; M. Backerra, NVA: ein Rückblick für die Zukunft, a. a. O.; W. Jablonsky, W. Wünsche (Hrsg.), Im Gleichschritt? Zur Geschichte der NVA, Berlin 2001; vgl. auch ZS "Soldat und Technik", 29. Jg., H. 11/1986, WP-Streitkräfte in der DDR.

Dem MfNV unterstanden nicht nur die Streitkräfte der NVA, sondern auch die Grenztruppen der DDR und die Gesellschaft für Sport und Technik (GST). Außerdem war das Ministerium im Rahmen der operativen Führung und der Ausbildung sowie der Unterstützung mit Waffen und Gerät mitverantwortlich für die sonst dem Innenministerium unterstehenden paramilitärischen Milizverbände der "Kampfgruppen der Arbeiterklasse". Es ist weder notwendig noch sinnvoll, auf die Unterstellung dieser "Organe" im "System der Landesverteidigung" näher einzugehen.

Die Grenztruppen galten zwar offiziell nicht als Teil der NVA, wurden aber neben den drei Teilstreitkräften der NVA organisatorisch vom MfNV geführt; die 6. Grenzbrigade "Küste" war dem Chef der Volksmarine unterstellt. Laut einem Ministerratsbeschluß vom 2. 3. 1990 sollten die Grenztruppen zu einem "Grenzschutzorgan" umstrukturiert und von 1991 an dem Innenministerium unterstellt werden. Mit dem Fortschreiten des Prozesses der deutsch-deutschen Einigung entfiel jedoch die Tätigkeitsgrundlage eines DDR-Grenzschutzes: am 26. 6. 1990 wurde die Grenzüberwachung an der innerdeutschen Grenze eingestellt, am 21. 9. 1990 gab das MfAV schließlich den Befehl zur Auflösung der Grenztruppen.

Die "Kampfgruppen der Arbeiterklasse" wurden am 6. Dezember 1989 entwaffnet; sie sollten nach einem Ministerratsbeschluß vom 14. 12. 1989 bis zum 30. Juni 1990 ihre Tätigkeit beenden.

Die GST löste sich auf, nachdem militärische Führung und Vorstand am 27. 1. 1990 zurückgetreten waren und der DDR-Ministerrat am 14. 2. 1990 den der GST übertragenen staatlichen Auftrag aufgehoben hatte.

⁴²² Vgl. Anlagen 6, 7, 8, 9, 10; vgl. im Detail H. Göpel, NVA Landstreitkräfte, S. 77-121; H. Engelhardt, NVA-Luftstreitkräfte/ Luftverteidigung, S. 129 - 148; W. Jablonsky, NVA-Volksmarine, S. 149 -178, alle in K. Naumann (Hrsg.), a.a.O.

⁴²³ J. Goldbach, Die Nationale Volksarmee ..., a. a. O., S. 137 f

Goldbachs späte Erkenntnis läßt deutlich werden, daß die NVA im sozialistischen Bündnis keine militärisch eigenständige Rolle spielen konnte. Im Kriegsfall hätten die NVA-Kontingente sowjetischen Front-Befehlshabern, bei einer divisionsweisen Unterstellung sowjetischen Armeekommandeuren unterstanden, die geführt worden wären von dem in allen Schlüsselpositionen sowjetischen Oberkommando des Kriegsschauplatzes West, hinter dem wiederum der Generalstab der sowjetischen Streitkräfte gestanden hätte.⁴²⁴

424

Zur Unterstellung der NVA-Streitkräfte siehe den Überblick bei H. Göpel, NVA-Landstreitkräfte, in: K. Naumann (Hrsg.), a.a.O., S. 77-120. Dort heißt es in Auswertung (offensichtlich im "Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr") entsprechender Unterlagen der NVA zusammenfassend:

"Im Kriegsfall sollten festgelegte Führungsorgane, Verbände, Truppenteile und Einheiten 'den Befehlshabern der in der westlichen Richtung handelnden Gruppierungen (Fronten) der Vereinten Streitkräfte' operativ unterstellt werden. Diese 'BündnisKomponente' der NVA-Landstreitkräfte war Teil der Vereinten Streitkräfte und hatte den Auftrag, gemeinsam mit sowjetischen, polnischen und tschechoslowakischen Streitkräften Armeeoperationen als Bestandteil von Frontoperationen 'in der westlichen Richtung zur Abwehr und Zerschlagung einer Aggression des Gegners und zur Einnahme seines Territoriums durchzuführen' ... Nach der Entwicklung gemeinsamer defensiver Optionen ab 1985 und der im Mai 1987 beschlossenen Militärdoktrin des Warschauer Paktes lautete der modifizierte -im Entwurf der Militärdoktrin der DDR erteilte Auftrag- 'in der ersten operativen Staffel der Vereinten Streitkräfte auf dem Westlichen Kriegsschauplatz einen Aggressor gemeinsam mit den verbündeten Armeen nach dem Prinzip der Gegenaktion zu zerschlagen ... Gegenoffensivoperationen der Vereinten Streitkräfte können sich auf das Territorium der NATO-Staaten ausweiten' (Ebda., S. 98 f - mehr Details im gesamten Beitrag)

"Die Volksmarine hätte stets im Verbund mit den übrigen Kräften und Mitteln der Vereinten Ostseeflotte, aber nie isoliert operiert. Im gleichen Maße hätte sie , wo immer möglich, mit den Landstreitkräften, Luftstreitkräften und Luftverteidigungskräften der NVA, der UdSSR und Polens zusammengewirkt. ... In der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurden die Rollen der Vereinten Ostseeflotte und der Volksmarine wie folgt beschrieben: 'Das allgemeine Ziel der 1. Operation (der Vereinten Ostseeflotte) im Rahmen des strategischen Angriffs besteht in der Erringung der Seeherrschaft in der Ostsee (...), im Durchbruch der Kräfte in die Nordsee und der Erringung der Seeherrschaft in diesem Gebiet (...) Die Durchführung einer Luft-Seelandeoperation zur Einnahme der Inseln der Sund- und Beltzone soll so früh wie möglich erfolgen' (W. Jablonsky, NVA-Volksmarine, in K. Naumann (Hrsg.), a.a.O., S. 150

Die Vereinte Ostseeflotte wäre dabei als Zusammenschluß der "Verbündeten Ostseefloten" der UdSSR, Polens und der DDR vom Oberkommando des Westlichen Kriegsschauplatzes geführt worden. Befehlshaber der Flotte wäre der Chef der Baltischen Rotbannerflotte, naturgemäß ein sowjetischer Admiral, gewesen. Dessen nationaler, also sowjetischer Stab bildete bereits in Friedenszeiten den Stab der Vereinten Flotte. Im Krieg war ihm eine Operative Gruppe der NVA-Volksmarine attached worden. (Vgl. ebda., S. 155 f)

"Struktur und Bewaffnung der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung der Nationalen Volksarmee hatten, für sich betrachtet, vorwiegend defensiven Charakter. Sie bestanden hauptsächlich aus modern ausgerüsteten Jagdflieger- und Fluabwehrraketenkräften. Die vorhandene Luftangriffskomponente (zwei Jagdbombenfliegergeschwader), die für den Einsatz dem Kommando der Frontfliegerkräfte unterstand, machte aus den NVA-LSK/LV noch keine Teilstreitkraft mit vorwiegend offensiven Aufgaben. (...) Den LSK/LV war im (bis 1987) insgesamt offensiven operativ-strategischen Gesamtkonzept

Der Chef der Landstreitkräfte wäre Stellvertreter des Oberkommandierenden auf dem Westlichen Kriegsschauplatz geworden, aber –wie bei den anderen nicht-sowjetischen Partnern im Bündnis auch– eben nur als einer von mehreren. Ob seine Koordinierungsfunktion für den Gefechtseinsatz der NVA-Gruppierungen der protokollarischen Aufwertung entsprach, kann dahingestellt bleiben. Der Erste und in seiner Funktion tatsächliche Stellvertreter des Oberkommandierenden wäre ohne Frage ein sowjetischer General gewesen.⁴²⁵ Bis zu welcher Ebene und in welchem Umfange der NVA selbständige Operationen zugestanden worden wären, blieb geheim. Die strategischen Einsatzpläne der sowjetischen Seite waren niemand in der NVA bekannt.⁴²⁶ „Die höchste von der NVA besetzte Kommandoebene war die Armee; in höheren gemeinsamen Kommandostäben waren NVA-Offiziere nur in marginalen Positionen zu finden. Die von den unterschiedlichen NVA-Stellen eigenhändig ausgearbeiteten Ernstfalldokumente reichten bis in die Ausgangsräume, später Veteidigungsräume. Dort wären eine Umunterstellung unter sowjetische Befehlsstellen erfolgt und die weiteren Aufgaben übergeben worden...“⁴²⁷

Die NVA war insofern Teil des sowjetischen Streitkräftepotentials, von ihrem Auftrag her grundsätzlich auf die Ergänzung und auf die operativ-taktische Mischung mit den Truppen der GSSD ausgerichtet. Sie galt als im Vergleich mit

der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages lediglich die (defensive) Teilaufgabe zugewiesen, eigenes Territorium und eigene Kräfte vor Angriffen aus der Luft zu schützen.“ (H. Engelhardt, NVA-Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, in K. Naumann, NVA..., a.a.O., S. 145)

Als Teil des "Diensthabenden Systems der Luftverteidigung" der Staaten der WVO unterstanden die LSK/LV dem Oberkommandierenden der Truppen der Luftverteidigung der UdSSR, zugleich Befehlshaber der Truppen der Luftverteidigung der sozialistischen Staaten. (Vgl. W. H. H. Böhme, Vom Anfang bis zum Ende - Vom Dienst in den Luftstreitkräften/Luftverteidigung, in M. M. Backerra (Hrsg.), NVA - Ein Rückblick auf die Zukunft..., a.a.O., S. 127-148).

⁴²⁵ Erster Stellvertreter mit Vertretungsvollmacht in allen Bereichen war in allen WVO-Armeen jeweils der Chef des Stabes

⁴²⁶ H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 317; Die Unterlagen über die sowjetische Einsatzplanung befinden sich beim Generalstab der sowjetischen Streitkräfte in Moskau - sie waren nach Aussage eines hochrangigen NVA-Offiziers auch innerhalb der sowjetischen Militärhierarchie nur einem sehr begrenzten Kreis von militärischen Entscheidungsträgern zugänglich.

Der "Plan des operativen Einsatzes der Nationalen Volksarmee" wurde –einem Schreiben des DDR-Verteidigungsministers Armeegeneral Hoffmann an Generalsekretär Honecker zufolge (BA-MA AZN 32647, Bl. 27, 28 – GVS-Nr.: A 576 258 v. 22. 06. 1984, siehe Anlage 11)– vom Hauptstab im MfNV nach den Vorgaben vom und in Abstimmung mit dem Generalstab der sowjetischen Streitkräfte und dem Stab der GSSD erarbeitet. Er wurde dann vom Chef des Hauptstabes der NVA zur Begutachtung und Zustimmung dem sowjetischen Verteidigungsminister vorgelegt, wurde vom Chef des sowjetischen Generalstabs und vom Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte unterzeichnet und mußte schließlich noch dem SED-Generalsekretär zu Bestätigung vorgelegt werden, damit er in Kraft treten konnte.

⁴²⁷ J. Goldbach, Die Nationale Volksarmee ..., a.a.O., S. 135

den anderen Bündnispartnern modern ausgerüstet, als gut geführt und ausgebildet, als diszipliniert und motiviert, insgesamt als kampfstark und den sowjetischen Verbänden durchaus gleichwertig. Daß sie an vorderster Front eingesetzt, um nicht mit den Worten eines ehemaligen NVA-Admirals zu sagen, "verheizt" worden wäre⁴²⁸, lag in der Logik der Sache, konnte jedenfalls kein Vorwurf an die sowjetischen "Waffenbrüder" sein. Die sowjetische Armee bot allein schon mit den 5 Garde-Armeen der GSSD –die sich auf das Kampfgeschehen bezogen in etwa derselben Situation befunden hätten– mehr als das Doppelte dessen auf, was die DDR mit ihren Landstreitkräften überhaupt stellen konnte.⁴²⁹

Die enorme Diskrepanz in der Größenordnung läßt erkennen, daß es unrealistisch gewesen wäre, wenn sich die NVA im Blick auf ihre Rolle im Bündnis besondere Mitspracherechte hätte anmaßen wollen. Bei der politischen und militärischen Führung in der DDR zeigte sich allerdings ohnehin eher die gegenläufige Tendenz, die NVA galt in der WVO allgemein als "Musterknabe". Die gängige Losung "Von der Sowjetunion lernen, heißt Siegen lernen" wurde ernst genommen. Gegründet auf ihre Kenntnisse und Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg und den Nimbus, Hitlerdeutschland militärisch besiegt zu haben, war die Autorität der Sowjetarmee in allen militärpolitischen und allgemein militärischen Fragen unumstritten.

Die militärische Rolle der NVA, ihre Unterstützungsfunktion für die GSSD, bestimmte das funktionale Selbstverständnis der Armee. Angesichts der angeblichen Fähigkeit der NATO zu einem überfallartigen Überraschungsangriff hatte die NVA einen permanent so hohen Grad an Gefechtsbereitschaft zu halten, daß ihre aktiven Truppenteile und Flottenkräfte gleichsam aus dem Stand heraus in der Lage waren, die ihnen zugewiesenen Aufgaben im Rahmen des operativen Konzeptes der sowjetischen militärischen Führung zu erfüllen. Mit anderen Worten, die NVA-Streitkräfte mußten hinsichtlich der Führungsfähigkeit ihrer Stäbe und der Gefechtsfähigkeit der Truppen in der Gefechtsausbildung und in der Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft ständig auf Höchststand gehalten werden.⁴³⁰ Das wurde geübt, offensichtlich mit Erfolg.⁴³¹

⁴²⁸ G. Pöschel, Seefahrt macht frei..., a.a.O., S. 172 - Pöschel bezieht sich auf die Volksmarine, die bei einem Überraschungsangriff der NATO von vornherein betroffen gewesen wäre und bis zum Eintreffen der Baltischen Flotte wohl "verheizt" gewesen wäre; die Situation bei den ebenfalls in vorderster Linie eingesetzten Landstreitkräften dürfte sich kaum besser dargestellt haben.

⁴²⁹ Vgl. die Fußnote zur "Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" (GSSD)

⁴³⁰ Wie in allen Armeen der WVO gab es in der NVA vier Stufen der Gefechtsbereitschaft, nähere Einzelheiten dazu bei H.-G. Löffler (zuletzt Chef der Verwaltung Organisation im Hauptstab), Gefechtsbereitschaft - das Ziel der Ausbildung, a.a.O., S. 101 ff;

Eine enorm hohe Belastung ergab sich aus der "Ständigen Bereitschaft", die forderte, daß 85% des Personalbestandes und der Kampftechnik präsent waren. Das hatte zur Folge, daß nicht nur die wehrpflichtigen Soldaten die Kasernen kaum verlassen durften, sondern auch die längerdienenden und Berufssoldaten in der dienstfreien Zeit nahezu ständig zu Hause am Standort bleiben mußten.

Das MfNV⁴³² fungierte zwar national als Führungsinstanz der Armee und hatte innerhalb der militärischen Kommandostruktur die höchste Weisungsbefugnis, tatsächlich wurde die NVA jedoch vom Stab der VSK geführt. Aus sowjetischer Sicht war das Ministerium wenig mehr als Apparat des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte. Der schon erwähnte Generaloberst Goldbach bringt das nüchtern auf den Punkt: „...Ihre [der Nationalen Volksarmee, d. Verf.] operativen Aufgaben wurden im sowjetischen Generalstab erarbeitet, durch den Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte übermittelt, in DDR-Stäben aufgearbeitet, durch die DDR-Spitze zur Kenntnis genommen und den Befehlshabern der Teilstreitkräfte und Armeen und den Kommandeuren der Divisionen als Befehle übergeben.“⁴³³

Die Aufgabe von MfNV und NVR der DDR lag darin, den „Empfehlungen“ der VSK entsprechend die „Vervollkommnung“ aller die operative Planung beeinflussenden Faktoren zu forcieren. Das bezog sich auf den Ausbau der militärischen Infrastrukturmaßnahmen –Führungsbunker, Gefechtsstände, Flugplätze, Marschstraßen, Depots, Fernmeldeverbindungen etc.–, auf die Sicherstellung der Logistik und die Zuführung von Waffen und Gerät und nicht zuletzt auf die Ausbildung, von der taktischen Ebene bis hin zur "Vervollkommnung" des Führungssystems. Im Wesentlichen ging es also darum, der Begrifflichkeit des (sowjetischen) Terminus „Militärdoktrin“ folgend die im jeweiligen Protokoll „über die Bereitstellung von Truppen- und Flottenkräften etc.“ definierten Maßnahmen zu verwirklichen: die Vorbereitung des Territoriums der DDR als Teil des westlichen Kriegsschauplatzes –vor allem hinsichtlich der Operationsfreiheit der WVO-Truppen– sicherzustellen, die „Ständige Bereitschaft“ zu gewährleisten und die Mobilmachungsvorbereitung zu veranlassen und das reibungslose Funktionieren des militärischen Instruments, der NVA, zu üben.

Letzteres betraf vor allem den „Hauptstab“ im MfNV. Der Hauptstab nahm als operativer Führungsbereich und in der Verwaltungsstruktur als zentrale Planungs- und Organisationsinstanz der Armee im Prinzip die Aufgaben eines Generalstabs wahr.⁴³⁴ Er blieb allerdings weisungsgebunden gegenüber dem Oberkommando der Vereinten Streitkräfte und darüber hinaus eingebunden in ein Geflecht von ebenfalls weisungsberechtigten und zum Teil wiederum den VSK vorgeordneten Instanzen, etwa dem sowjetischen Generalstab oder auch dem sowjetischen Verteidigungsministerium. Der Hauptstab konnte zwar im Vorfeld der Beratungen

Die vor allem seit Mitte der achtziger Jahre durchgeführten Mobilmachungsübungen bezogen sich in erster Linie darauf, innerhalb von 48 Stunden 5 Mobilmachungsdivisionen aufstellen zu können. Als Mobilmachungsbasen dienten dabei die aus den ehemaligen Unteroffiziersschulen hervorgegangenen Ausbildungszentren, denen sog. Komplexlager angegliedert waren, in denen sich die "eingemottete" Waffentechnik und die Ausrüstung befanden. Nach 72 Stunden hätten diese Divisionen Gefechtswert haben sollen und wären dann divisionsweise der GSSD unterstellt worden.

⁴³¹ Vgl. dazu H.-G. Löffler, Gefechtsbereitschaft ..., a.a.O., S. 91-112

⁴³² Zur Gliederung des MfNV siehe Anlage 12.

⁴³³ J. Goldbach, Die Nationale Volksarmee ..., a. a. O., S. 128

⁴³⁴ Vgl. H. Hampel, Im Ministerium für Nationale Verteidigung, a.a.O., S. 182 ff und 189 f

den nationalen Interessen entsprechende eigene Vorschläge in die Entwicklungsplanung einfließen lassen⁴³⁵, befand sich aber faktisch in einem Unterstellungsverhältnis. Sein Direktkontakt mit dem Stab der VSK war nicht im Sinne gegenseitiger Konsultation zur Abstimmung der gemeinsamen Linie zu sehen, sondern im Rahmen des militärischen Unterstellungsverhältnisses als "Dienstweg", als Führungslinie der Zentrale in Moskau.

Der Stab der Vereinten Streitkräfte bestimmte die Entwicklungsplanung der Streitkräfte, insbesondere bezogen auf die Streitkräftestruktur, auf die Ausrüstung mit Waffen und Gerät und auf die Logistik. Er legte die Ausbildungsziele und -schwerpunkte fest, seine Auffassungen zum taktischen/operativen Einsatz und zur Gefechtsausbildung hatten in der Schulung der Kommandeure und Stäbe als verbindlich zu gelten, seine Vorschriften und Instruktionen hatten Befehlscharakter. Hinsichtlich der Durchführung der be- bzw. "empfohlenen" Maßnahmen kontrollierte und koordinierte der Stab der VSK den aktuellen Zustand der Bündisarmeen, zum einen als direkte Führungsinstanz, zum anderen durch die Ausbildung der Führungsorgane und schließlich durch die gemeinsamen Übungen und Manöver.

Die Vorgaben der Vereinten Streitkräfte wurden umgesetzt in Weisungen des Nationalen Verteidigungsrates der DDR und in den Jahresausbildungsbefehl ("100/...") des MfNV, bevor sie als Anordnungen der Chefs der Teilstreitkräfte und Militärbezirke und schließlich der Kommandeure der verschiedenen Führungsebenen in die Truppe gingen. Die Vorgaben stellten sich jetzt als "Aufgaben", die es als Ausbildungsziele ohne Abstriche zu erfüllen galt – nach den Schilderungen dafür verantwortlicher Offiziere wohl oft "auf Biegen und Brechen" mit einem unvertretbar hohen Einsatz an Material und Kosten und ohne Rücksicht auf den Zustand der Truppe.⁴³⁶

⁴³⁵ Zur Rolle der NVA bei der Entwicklungsplanung der Vereinten Streitkräfte K. Harms, NVA-Oberst, ehemaliger Vertreter der NVA im Stab der VSK: "Der Stab der VSK erarbeitete gemeinsam mit dem sowjetischen Generalstab eine Empfehlung für die Entwicklung der NVA für ein weiteres Jahr. Diese Empfehlung ging als Diskussionspapier in den Hauptstab der NVA. Nach Prüfung der Vorschläge begannen Konsultationsgespräche der Vertreter aller Teilstreitkräfte. Ihre Ergebnisse gingen in die Gesamtstellungnahme der NVA ein. Diese wurde dann in bilateralen Verhandlungen so lange abgestimmt, bis man eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden hatte. Ich habe es nicht erlebt, daß die NVA bereits vor Beginn einer neuen Planungsrunde ein eigenes, allseitiges Konzept auf den Tisch gelegt hätte..." (K. Harms, Im Oberkommando der Vereinten Streitkräfte, a.a.O., S. 355)

⁴³⁶ Den Eindruck hat der Verf. nach zahlreichen Gesprächen mit früheren NVA-Offizieren. Es galt wohl die Redewendung "Alles, was wir erreichen, erreichen wir auf den Knochen der Menschen." (K. Held, H. Friedrich, D. Pietsch, Politische Bildung und Erziehung in der Nationalen Volksarmee, a.a.O. S., 207); Vgl. auch den schon erwähnten Konteradmiral G. Pöschel: "Ausgangspunkt der übersteigerten Überprüfungs- und Übungsmanie waren die überhöhten Forderungen des Stabes der Vereinten Streitkräfte. Auf menschliche Belange wurde da nie Rücksicht genommen. Dieser permanente Druck nach "höchster Gefechtsbereitschaft" und Kampfkraft schlug natürlich in das Gegenteil um. Man hatte den Eindruck, daß die dortigen Herren schon morgen den Krieg erwarteten. Mit allen zur Verfügung stehenden Befehlsgewalten versuchte man, die Armeen und Flotten des Warschauer Paktes kriegsbereit zu üben, tatsächlich hat man sie aber immer

Ausgehend von der Grundforderung, jederzeit auf den Einsatz vorbereitet zu sein, bestand das Ziel der unablässig geforderten "Erhöhung der Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft" vor allem darin, in der Truppe und auf allen Führungsebenen auf die Funktion im Gefecht hin auszubilden. "Die Ausbildung war der Hauptbestandteil der militärischen Tätigkeit in den Führungsorganen, Truppen und Lehreinrichtungen der NVA."⁴³⁷

Die Planung, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Ausbildung erstreckte sich auf jeweils ein Ausbildungsjahr und fand ihren Niederschlag in den Jahresausbildungsplänen, an erster Stelle dem des MfNV und darauf bezogen in hierarchischer Abfolge der einzelnen Truppenteile. Jeder Kommandeur hatte die von ihm getroffenen Maßnahmen zur Umsetzung der vorgegebenen Ausbildungsziele gegenüber der nächst höheren Führungsebene zu begründen. Sieht man von der praktischen Ausbildung und taktischen Übungen auf Kompanie- und Batallionsebene ab, so lag der Schwerpunkt der Ausbildung in einem offensichtlich intensiven Training der Führungsorgane und Stäbe.

Geübt wurde dabei unter anderem in Taktischen bzw. Operativen Ausbildungszentren, in denen es nicht nur den altbekannten "Sandkasten" gab, sondern auch moderne Video- und Computer-Technik zur Verfügung stand. Das bekannteste Beispiel war das "Operative Ausbildungszentrum" des MfNV in Strausberg, in dem die obere Führungsebene der NVA-Landstreitkräfte auf einer 250m² großen Reliefkarte Mitteleuropas die Einsatzoptionen zwischen Oder und Rhein durchspielen konnte. Die erst 1988 in Betrieb genommene Anlage ließ Schlüsse darauf zu, daß trotz der proklamierten "Defensivorientierung" wohl immer noch die Vorstellung in den Köpfen der Militärs herumspukte, dem Gegner eine "vernichtende Abfuhr" zu erteilen, sprich, ihn in der Tiefe seines Territoriums zu zerschlagen.

Daß die angeblichen Angriffsabsichten der NATO noch das Denken der NVA-Militärs bestimmten, an der nach wie vor und sogar zunehmend stärkeren Bedrohung des sozialistischen Lagers durch die NATO jedenfalls nicht zu zweifeln war, zeigte sich auch in der geforderten permanenten Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft. In der allgemeinen Zielsetzung des dazu alljährlich herausgegebenen Jahresausbildungsbefehles "100/... (Jahresangabe)" des Ministers hieß es dazu in folgender oder ähnlicher Form: "Die Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft hat die erforderliche Reaktionsfähigkeit der NVA auf Lageveränderungen in allen Ebenen zu sichern. Die militärischen Handlungen und Maßnahmen der NATO sind ständig zu analysieren... Die Kenntnisse der operativen und Gefechtsaufgaben durch den festgelegten Führungsbestand und die Fähigkeiten der Führungsorgane zur Vorbereitung der Truppen und Flottenkräfte auf die Erfüllung dieser Aufgaben sind ständig zu vervollkommen."⁴³⁸

mehr kriegsmüde gemacht." (G. Pöschel, Seefahrt macht frei..., a.a.O., S. 156); Vgl. auch H.-G. Löffler, Gefechtsbereitschaft - das Ziel der Ausbildung, a.a.O., S. 111

⁴³⁷ H.-G. Löffler, Gefechtsbereitschaft - das Ziel der Ausbildung, a.a.O., S. 94

⁴³⁸ Befehl Nr. 100/89, v. 21.12.1989, Blatt 3, siehe auch H.-G. Löffler, Ebda., S.93 f

Im Klartext, die "militärischen Handlungen und Maßnahmen der NATO" gaben allen Anlaß zu besonderer Wachsamkeit, die Bedrohung durch den Westen, die NATO, forderte die ständig weitere Erhöhung der Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft.

Der o. a. Auszug aus dem Jahresausbildungsbefehl 100/89 stammte nicht etwa aus den finstersten Tagen des Kalten Krieges, Ausgabedatum war der 21.12.1989 – ein ungewollter Beweis dafür, daß mit der geforderten "Reaktions-fähigkeit auf Lageveränderungen" wohl nicht die NVA-Führung gemeint sein konnte.⁴³⁹

So schizophoren sich die Situation ausnahm, der Befehl war korrekt. Die vom Oberkommandierenden der VSK ausgegebene "Direktive" und der Plan der gemeinsamen Maßnahmen für das Ausbildungsjahr waren als Vorgaben bindend.

Das MfNV war so zum einen als "Durchlauferhitzer" für die Vorgaben der Vereinten Streitkräfte der Hebel, über den die sowjetischen Militärs unmittelbaren Einfluß auf die NVA und auch auf die "Entscheidungen" der politischen Führung hatten.⁴⁴⁰ Zum anderen konnten sie über die beim Hauptstab zusammenlaufenden und jederzeit über den Computer abrufbaren operativen Tagesmeldungen den aktuellen Zustand der DDR-Streitkräfte kontrollieren. Darauf, daß der Ist-Zustand dem Soll-Zustand in etwa entsprach, schauten sowjetische Stäbe. Die Offiziere waren als "Apparat" des Oberkommandos der VSK nicht nur dem Ministerium, sondern vom Prinzip her allen Truppenteilen und Einrichtungen in den Streitkräften zugeordnet, in dieser Form eine Einmaligkeit innerhalb der WVO.⁴⁴¹ "Diese Verbindungs-offiziere sammelten Informationen über den Stand der Mobilmachungs- und Gefechtsbereitschaft der NVA, über Ausbildung, Ausrüstung und den Grad der Sicherstellung. Sie nahmen an allen wichtigen Maßnahmen teil, führten Gespräche mit den Kommandeuren, Chefs und Offizieren und erbaten verschiedene Auskünfte."⁴⁴²

⁴³⁹ Im Umbruch der Jahreswende 1989/90 konnte von "Gefechtsbereitschaft" und einer geregelten Ausbildung überhaupt keine Rede mehr sein, in einigen Garnisonen wurde offen gemeutert, in anderen gingen inzwischen Offiziere auf Wache. Auf dem Papier blieb dennoch alles beim alten, siehe oben, "Steigerung der Kampfkraft" und "Erhöhung der Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft". Unter der Überschrift hatten im Sommer 1989 die Vorgaben des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte gestanden, dabei blieb es. Da von sowjetischer Seite keine neuen Anweisungen kamen, hielt man selbst mitten im Zerfall des politischen Systems unbeirrt an der im Juli/August erarbeiteten Ausbildungsplanung für 1990 fest.

⁴⁴⁰ Die vom Nationalen Verteidigungsrat der DDR zu beschließenden Vorlagen kamen in der Regel aus dem MfNV. Die Militärs konnten folglich in den Vorlagen je nach Ressort die besondere Dringlichkeit "ihrer" Vorhaben betonen, um so bei der Mittelzuweisung günstig abzuschnelden.

⁴⁴¹ Die "Militärspezialisten", so die offizielle Bezeichnung, waren –bis zur Divisionsebene meistens Generale, sonst Oberste– bei den Stäben der Militärbezirke, jeder Division und jedem Verband der Teilstreitkräfte, der Militärakademie, den Militärschulen etc. Eine Ausnahme bildeten die Flottillen der Volksmarine, in denen keine sowjetischen Offiziere (mehr) tätig waren (vgl. zu letzterem G. Pöschel, Seefahrt macht frei..., a.a.O., S. 156)

⁴⁴² H. Hampel, Im Ministerium für Nationale Verteidigung, a.a.O., S. 185

Folgt man anderen höheren NVA-Offizieren, dann wurden nicht Auskünfte erbeten, sondern Meldungen verlangt. Wie dem auch gewesen sein mochte, deutlich war, daß die NVA von sowjetischer Seite umfassend kontrolliert wurde.

Daß die DDR-Armee am sowjetischen Kommandostrang hing, relativierte nicht den Herrschaftsanspruch der SED. So wenig Mitsprachemöglichkeit die politische Führung der DDR im östlichen Bündnis hatte, in einem entscheidenden Punkt behielt sie dennoch die Kontrolle über die NVA: Rekrutierung und Selektion der militärischen Elite blieben in der Hand der Partei und die nach sowjetischem Muster parallel zur militärischen Organisationsstruktur installierte politische Struktur der "Politischen Organe" sorgte dafür, daß das Machtmonopol der SED auch in der Armee nicht anzutasten war.

Man muß nicht bis zu den Ursprüngen des von den Sowjets eingeführten Polit-systems in den Streitkräften⁴⁴³ zurückgehen, um zu erkennen, daß die Funktion der Politorgane sich nicht allein darauf beschränkte, "Politische Bildung und Erziehung" zu betreiben. So wichtig es im allgemeinen dem Militär und in der Regel auch dem Staat ist, dem Soldaten die entsprechende Motivation, sprich "geistige Rüstung", und der Gesellschaft eine positive Einstellung zur "Wehr-frage" zu vermitteln, so sehr muß es der Gesellschaft darauf ankommen, das Problem der Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft nicht aus dem Auge zu verlieren – Problem, weil das am "Ernstfall" orientierte armeetypische "sui generis" Denken die funktionale Eigenart der Streitkräfte gegenüber dem gesellschaftlichen Umfeld betont und sich damit von der Tendenz her nur bedingt der "zivilen" Orientierung der modernen Industriegesellschaften glaubt unterwerfen zu dürfen.

Einem Abdriften des DDR-Militärs in die relative Autonomie einer gleichsam ideologieneutralen Professionalität –angesichts der Zwitterstellung der NVA zwischen nationaler Anbindung und weitestgehender Einbindung in das Bündnis ja durchaus denkbar– stand das Selbstverständnis der Armee und ihrer Führung entgegen. Der ehemalige Kommandeur der Militärpolitischen Hochschule "Wilhelm Pieck" in Berlin-Grünau: "Die politische Haltung und die Berufsmotivation der Offiziere orientierte sich an den Zielen des Staates und der SED. Friedenserhaltung und Sicherung des Sozialismus – so wie im Fahneneid ausgewiesen– waren die Grundlage für das Tun und Handeln der Offiziere. 98 Prozent waren Mitglied oder Kandidat der SED. Die im Programm und im Statut der SED fixierten Ziele waren mit der offiziellen Staatsdoktrin nahezu identisch und wurden anerkannt. In diesem Sinne identifizierte sich das Offizierkorps mit der

443

Die NVA-Politorganisation entsprach wie in allen Armeen des sozialistischen Bündnisses dem sowjetischen Muster. Das ging zurück auf die Anfänge der Roten Armee, als Trotzki die "Neue Armee" zunächst einmal wohl oder übel von Offizieren der alten zaristischen Armee kommandieren lassen mußte, um den von allen Seiten attackierten Sowjetstaat retten zu können. Das damals in den Streitkräften installierte politische System ist vom Prinzip her beibehalten worden. Es sollte zum einen die Gleich- bzw. Vorrangigkeit des Anspruchs der Ideologie gegenüber den militärisch begründeten Forderungen durchsetzen, zum anderen diente es zweifellos zur Kontrolle des Zustands der Streitkräfte und der Loyalität ihrer Führung. Daß letzteres nur für die Sowjetarmee gegolten hätte und auch nur für "frühere Zeiten", dürfte zu bestreiten sein.

sozialistischen Politik...⁴⁴⁴ Das wird noch eigens zu betrachten sein. Festzuhalten bleibt zunächst, daß es für die SED nie Anlaß gab, an der Loyalität des Offizierkorps zu zweifeln.

Die NVA-Führung hatte auch wenig Grund zur Unzufriedenheit. Insbesondere die oberen Generalsränge an der Spitze des Militärapparates waren mit mancherlei Privilegien für DDR-Verhältnisse gut gestellt. Zwar ohne direkte politische Macht, befanden sie sich doch in einer Position, die sie in der klassenlosen DDR-Gesellschaft als Nomenklaturkader zur "Herrschenden Klasse" zählen ließ.⁴⁴⁵

Dadurch daß die SED in den Fragen der Auswahl und Besetzung der militärischen Führungsstellen die letzte Entscheidung hatte, kontrollierte sie die Bindung der Armee an die Partei, wurde die NVA letztlich zur nach der "STASI" wohl verlässlichsten Stütze des Systems. Aus Sicht einer loyalen Führung erschien das als Auszeichnung: "Wer als General oder Offizier in Schlüsselfunktionen Führungsverantwortung trug, wurde durch die SED in besonderer Weise herausgehoben. Er hatte in erster Linie als ihr Funktionär im Auftrage der 'Arbeiter- und Bauernmacht' zu handeln. Damit waren seine Befehle und Weisungen nicht nur Gesetz, sondern er stand auch außerhalb der öffentlichen Kritik. Nur mußte er erkennen lassen, daß all sein Tun auf die Verwirklichung der Ziele der SED gerichtet war."⁴⁴⁶

Aus letzterem leitete sich schon ab, daß die Armee kein unpolitischer, professionell eigenständiger Bereich neben der Partei sein konnte. Das wurde zum einen

⁴⁴⁴ W. Markus, Das Offizierkorps der NVA - Ein soziales Porträt, in: D. Bald (Hrsg.), Die nationale Volksarmee, a.a.O., S. 51 - 63, hier S. 55

⁴⁴⁵ In der Wende wurde vor allem sichtbar, in welchem Maße es gerade bei der höheren Generalität wohl üblich war, sich auch ungeniert nicht zustehender Leistungen und "Sonderrechte" zu "bedienen". Wenn das "Staatsjagdgebiet Schorfheide" auch Honecker, Mittag und anderen Spitzenfunktionären der Partei vorbehalten war, das MfNV hatte gleich nebenan sein eigenes Jagdgebiet: "Hintersee" für den ehemaligen Minister, seinen ersten Stellvertreter und deren Gäste, für die weiteren Stellvertreter jeweils eigene Jagdgebiete mit ausgebauten früheren Forsthäusern, neu errichteten Bungalows etc. , Gesamtkostenaufwand für den laufenden Unterhalt zuletzt jährlich etwa 12 Millionen Mark, zusätzlich dieselbe Summe für Investitionen. Der Minister und seine Stellvertreter reisten mit ihren Familien wohl auch häufiger mit NVA-Transportmaschinen und Hubschraubern in den Urlaub, manche offensichtlich nicht mit dem üblichen schmalen Tagessatz an Devisen, sondern mit einigen Tausendern in Valuta. Für die zum Haushalt der Stellvertreter des Ministers gehörenden Familienangehörigen standen handelsübliche PKW als Dienstfahrzeuge zur Verfügung. Neben vielen anderen Offizieren tätigten auch der Verteidigungsminister selbst und seine Erster Stellvertreter Streletz ihre privaten Einkäufe im Verpflegungslager der NVA, speziell auch auf Bestellung in der Fleischerei des MfNV. Mehrere Generäle im MfNV, an ihrer Spitze Streletz, ließen ihre Familien durch die Küche im Ministerium mitversorgen, andere hielten sich unentgeltlich Soldaten und Zivilangehörige der NVA als Arbeitskräfte. (Vgl. "Abschlußbericht des Ausschusses zur Untersuchung von Fällen von Amtsmißbrauch, Korruption und persönlicher Bereicherung in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR vom 15. März 1990", BA/MA, VA-01/37602, Blatt 101-132, hier Blatt 106 -115).

⁴⁴⁶ H.-W. Weber, Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel - Anmerkungen zu den Veränderungen im politisch-moralischen Bewußtsein des Offizierkorps der NVA, in: M. Backerra (Hrsg.), NVA - Ein Rückblick auf die Zukunft..., a.a.O., S. 43 - 66, hier S. 46

durch das ausgefeilte politische Kontrollsystem verhindert: Das Militär selbst hatte sich als politisch zu verstehen, es wurde durch die Politorgane kontrolliert, die sich aber hierarchisch auch wiederum selbst kontrollierten und zusätzlich kontrolliert wurden über die Berichte der SED-Grundorganisationen in der Truppe – dem einzigen Ort, an dem wohl auch einmal offen über die Zustände und die Vorgesetzten “gemeckert” werden konnte. Im Ergebnis liefen alle Meldungen zusammen in der Abteilung für Sicherheitsfragen im ZK, der Instanz, die letztlich die Personalentscheidungen auf der Führungsebene traf.

Nicht zu vergessen ist schließlich die Tätigkeit der sog. “Verwaltung 2000”, einer “Außenstelle” des Ministeriums für Staatssicherheit, die mit ihren Offizieren vom Ministerium bis hinunter in die letzte selbständige Einheit vertreten war. Diese sog. “V-Null” Offiziere waren nicht nur für die Kontrolle der Sicherheitsbereiche und die Sicherheitsüberprüfungen zuständig, sie scheinen auch dafür gesorgt zu haben, daß in der NVA noch weit stärker als sonst in der Bevölkerung “IM’s” angeworben wurden. Was unter der Rubrik “Verdacht auf feindliche Tätigkeit” oder auch nur auf abweichendes Verhalten auf dem eigenen Dienstweg nach oben gemeldet wurde, blieb bei der Staatssicherheit unter Verschuß: die Offiziere der Verwaltung 2000 unterstanden nicht dem MfNV, ihre Berichte hatten insofern innerhalb des politischen Überwachungs- und Kontrollsystems noch einmal eine besondere Qualität.

Zum anderen wurde jedoch der “Primat der Politik”, also der politischen Führung der Armee durch die Partei, in der NVA natürlich auch deshalb als selbstverständlich betrachtet, weil der Partei dieser Anspruch zukam. Die NVA als sozialistische Armee war Instrument der marxistisch-leninistischen Partei, deren Beschlüsse es zu verwirklichen galt. Die Erfüllung des militärischen Klassenauftrags trug ihren Teil bei zur Verwirklichung der Gesellschaftsstrategie der Partei. Das wurde naturgemäß anerkannt und fiel wohl auch umso leichter, weil das, was sich als “Friedenspolitik” der Partei ausgab, im NVA-Offizierkorps breite Zustimmung fand.

Von daher war ein spezifisches Eigeninteresse des Militärs gar nicht zu erkennen. In der prinzipiellen Zielsetzung “Stärkung der Verteidigungsbereitschaft” unterschieden sich Militär und Partei nicht, die konkrete Ausgestaltung blieb ohnehin dem MfNV überlassen. Läßt man die ideologischen Beschwörungsformeln der “auf den Frieden und das Wohl des Volkes gerichtete Politik der SED” außer acht, so ging es allgemein um die Gewährleistung der Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft genauer, um die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem jeweiligen “Protokoll zur Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der DDR für die Vereinten Streitkräfte”. Das Interesse der SED-Führung, im Blick auf die geradezu existentielle Bedeutung des militärischen Faktors für das “Überleben” der DDR den Forderungen der Sowjets nachzukommen, traf sich mit dem der militärischen Führung, sich als nach der Sowjetarmee modernste Streitmacht im Bündnis durch besondere militärische Professionalität zu profilieren.

Die NVA hat in Umsetzung der ihr als Koalitionsarmee zugewiesenen militärischen Aufgabe nie Zweifel daran gelassen, kriegs- und gefechtsnah auf den “Ernstfall” hin auszubilden. Die außergewöhnlich hohe Dienstbelastung und die

Härte der Ausbildung rechtfertigten sich von diesem Ziel her. Ihm waren alle anderen Aspekte von Führung und Ausbildung zu- und nachgeordnet. Das bekamen vor allem die wehrpflichtigen Soldaten zu spüren.

Die neu eingezogenen Rekruten erlebten die militärische Welt aus ihrer Sicht als gelinde gesagt Schock, als "Kommiß" mit sozialistischem Vorzeichen.⁴⁴⁷ Die Anleihen der NVA beim Soldatenbild "von gestern" waren –bei allen Unterschieden⁴⁴⁸– nicht nur äußerlich.⁴⁴⁹ Mochte sich das ideologische Gehäuse des "Dienens für Volk und Vaterland" auch geändert haben, der autoritär-repressive Führungsstil, die Überbetonung von Drill und formaler Disziplin, der rüde Kasernenhofton, die bewußte Unterdrückung von Individualität und der gewollte Untertanengeist, alles das zeigte deutliche Spuren vergangener deutscher Militärtradition.

Dazu kam, daß dem "Fußvolk" der Armee in der NVA ohnehin nicht viel Aufmerksamkeit zuteil wurde. Gespart wurde, wo es am wenigsten auffiel, auf der untersten Ebene, bei der Modernisierung der Kasernen, bei der Belegung und Ausstattung der Mannschafts-Unterkünfte, etc. Solange sich die Zustände dort immer noch hinreichend erträglich ausnahmen gegenüber den Verhältnissen beim sowjetischen Vorbild, hatten andere Dinge Vorrang. Genau das bekamen die Wehrpflichtigen im Sinne des Wortes hautnah zu spüren. Während sie in oft trostlos heruntergekommenen und spartanisch ausgestatteten Unterkünften lebten, sich zum Teil selbst im Winter mit kaltem Wasser waschen mußten und ihr Geschirr per Hand mit kaltem Wasser spülten, fuhren Panzer und Geschütze durch

⁴⁴⁷ Vgl. beispielsweise T. Spanier, In Erinnerung an meine Dienstzeit - 18 Monate als Wehrpflichtiger in der NVA, in M. Backerra (Hrsg.), NVA..., a.a.O., S. 27 - 42; vgl. auch R. Volk/T. Squarr, Zum inneren Zustand der NVA, a. a. O., S. 259 f, S. 262 ff; vgl. auch P. Klein/E. Lippert/G.-M. Meyer, Zur sozialen Befindlichkeit von Offizieren und Unteroffizieren aus der ehemaligen Volksarmee, in P.Klein/R. Zimmermann (Hrsg.), Beispielhaft? - ..., a. a. O., S. 54 ff).

Der Verf. hat seine Eindrücke aus zahlreichen spontanen Gesprächen im Zeitraum 1990/91 mit ehemals DDR-Wehrpflichtigen gewonnen. Bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber solchen subjektiv gefärbten Schilderungen, an der Übereinstimmung in vielen Punkten ließ sich doch einiges über die Stimmungslage in der Armee und die "sozialistischen Beziehungen in den Streitkräften" ablesen.

⁴⁴⁸ Natürlich wäre es abwegig zu behaupten, daß es im Traditionsbewußtsein der NVA eine Kontinuität von Wehrmacht und DDR-Armee gegeben habe. Vgl. dazu das letzte Kapitel "Schlußbetrachtung".

⁴⁴⁹ Optisch fiel die Ähnlichkeit der Dienstuniform mit der der Wehrmacht auf, vom Schnitt über die Farbe bis hin zu den Dienstgradabzeichen und der Hose "in denselben", außerdem natürlich der Stehschritt bei Paraden. Allein der Stahlhelm schien eine Konzession an die sowjetische Vormacht zu sein - war er aber nicht: der NVA-Stahlhelm entsprach einer Entwicklung der Wehrmacht, bei der er allerdings nicht mehr zur Auslieferung kam.

Was für den Außenstehenden nicht so sehr ins Auge stach, aber dem inneren System der NVA seinen Stempel aufdrückte, war eben der seit "Kaisers Zeiten" von Feldwebel-Mentalität geprägte typisch deutsche "Kommiß".

Waschstraßen und standen in geheizten Hallen.⁴⁵⁰ Noch im Mai 1989 wurde, ohne Rücksicht auf die finanziell desolate Lage der DDR, mit der Umrüstung auf das sowjetische Flugzeugmuster MiG-29 begonnen, das seinerzeit modernste und teuerste Kampfflugzeug im Ostblock. Der Ankauf von 24 (bezahlten!) Maschinen zeigte⁴⁵¹, daß da, wo es in der Armee ums Renomme ging, Geld vorhanden war.

Die "oftmals haarsträubende menschliche Behandlung" –so ein hochrangiger NVA-Offizier nach der Wende⁴⁵²– war offiziell kein Thema. Auf einen Nenner gebracht, konnte mit den Wehrpflichtigen nach Belieben "umgesprungen" werden. Die verfassungsmäßigen Rechte standen dem Soldaten der NVA zwar formal zu, nur bedeutete das in der Praxis herzlich wenig. Die hehren "Prinzipien sozialistischer Menschenführung" standen auf dem Papier, in der Praxis regelte sich der militärische Dienstbetrieb nach dem altbewährten Muster von Befehl und Gehorsam im Sinne der Befehlstaktik: Was zu tun war, wurde befohlen, der Befehl war Gesetz.⁴⁵³

⁴⁵⁰ Dazu H.P. v. Kirchbach, nach der Auflösung der NVA Kommandeur 9. Panzerdivision in Eggesin, über seine Eindrücke bei der Kommando-Übernahme am 4.10.1990: "Die Infrastruktur war in unglaublich schlechtem Zustand. Insbesondere die Lebensbedingungen der wehrpflichtigen Soldaten waren in fast allen Fällen nach unseren Vorstellungen menschenunwürdig. Alte verdreckte Blocks, Ofenheizung, verschmutzte sanitäre Anlagen, fehlende Duschmöglichkeiten in den Blocks, teilweise unzumutbare Duschhäuser in den Kasernen. Auch die notwendigste Hygiene in den Küchen war nicht ansatzweise gewährleistet. Ungeziefer machte sich breit ... Anders die Lage in den technischen Bereichen. Viele Hallen waren geheizt, die Gefechtsfahrzeuge waren in einem sehr guten Zustand, die Hallen gepflegt und sauber. Wohl gemerkt, dies darf man nicht zum Vorwurf machen, es ist ein gutes Zeichen für eine Armee, wenn sie ihre Gefechtsfahrzeuge in gutem Zustand hält. Was mich zutiefst negativ beeindruckte, war der einseitige Einsatz der Ressourcen zugunsten des Materials unter Vernachlässigung auch der einfachsten menschlichen Bedürfnisse und die Tatsache, daß zumindest im letzten Jahr auch die Dinge, die man mit eigenen Mitteln in den Unterkünften hätte tun können, überwiegend nicht getan worden waren. (H.P. v. Kirchbach, Die Einheit leben, in: D. Farwick, Ein Staat - Eine Armee, a.a.O., S. 138 - 169, hier S. 145f; ähnlich die Beschreibung bei J. Schönbohm, Zwei Armeen und ein Vaterland, a.a.O., S. 71-73); vgl. auch R. Volk/T.Squarr, Zum inneren Zustand der NVA, a.a.O., S. 258.

⁴⁵¹ Der Systempreis lag bei etwa 25 Millionen DM pro Maschine; von der DDR waren bereits 26 weitere MiG-29 geordert worden.

⁴⁵² H.-W. Weber, Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel, a.a.O., S. 46

⁴⁵³ Wie schon zu Wehrmachtszeiten stand dem NVA-Soldaten das Recht zu "Eingaben und Beschwerden" zu. Dies war ihm durchaus bekannt, er konnte sich darüber ggf. auch selbst informieren (vgl. Ministerium für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik Hrgs., Handbuch Militärisches Grundwissen, Deutscher Militärverlag, o. J., 2. Auflage, S. 97. 120-123). Die Beschwerde war in der Regel aber nicht beim nächsthöheren, sondern beim jeweils unmittelbaren Vorgesetzten vorzutragen bzw. einzureichen – eine psychologische Hürde, die für einen einfachen Soldaten am untersten Ende der militärischen Hierarchie erst einmal zu überwinden war. Es galt zwar, daß dem Beschwerdeführer aufgrund seiner Eingabe kein Nachteil entstehen durfte, die Frage war nur, welche Folgen das für ihn im Nachhinein hatte: schon der Gruppenführer, in der Regel Unteroffizier, konnte als Disziplinarmaßnahme eine "Dienstverrichtung außer der Reihe" oder Ausgangssperre bis zu einer Woche verhängen (vgl. ebda., S.115), genau die Strafen, die die Wehrpflichtigen am ehesten trafen. Die Vorgesetzten konnten hinsichtlich ihres Verhaltens und der von ihnen gegebenen Befehle im Prinzip schon zur

Da der Vorgesetzte nach dem "Prinzip der militärischen Einzelleitung" für grundsätzlich alles und jedes in seinem Unterstellungsbereich verantwortlich gemacht werden konnte, schien das perfekte Funktionieren der Organisation nur gewährleistet zu sein, wenn bis ins Detail befohlen wurde.⁴⁵⁴

Die Wehrpflichtigen sahen sich so am untersten Ende der Befehlspyramide in ein lückenloses Geflecht militärischer Ordnungsnormen eingebunden, das von der Tendenz her daraufhin ausgelegt war, befehlsfreie Räume gar nicht erst entstehen zu lassen. Ungeachtet allen gesellschaftlichen Wandels galt wie zu Kaisers Zeiten "Der Soldat ist immer im Dienst": Urlaub war selten, Wachdienst häufig und "Bereitschaft" die Regel.⁴⁵⁵ Das Leben der Wehrpflichtigen spielte sich auch "nach Dienst" weitgehend in der Kaserne ab. Es war verboten, Privat-PKW mitzubringen oder wenigstens einen eigenen Fernseher. Hatte man "Ausgang", galt Uniformpflicht, der Standortbereich durfte nicht verlassen werden.

Die Begründung, Erfüllung der Ständigen Gefechtsbereitschaft, kann nicht überzeugen. Das Klima in der NVA war insgesamt gekennzeichnet durch restriktive und völlig unzeitgemäße Dienstregelungen, die die Rechte der Soldaten und den persönlichen Freiheitsraum des einzelnen auch dort einschränkten, wo gar keine Notwendigkeit dazu gegeben war. Die den wehrpflichtigen Soldaten mit dem Militärdienst aufgezwungenen Lebensverhältnisse mögen sich von den noch weit aus schlimmeren ihrer sowjetischen "Waffenbrüder" positiv abgehoben haben, mit denen westlicher Armeen waren sie nicht zu vergleichen. Während für die schon seit Jahrzehnten ein Trend zur "Verzivilisierung der Streitkräfte" konstatiert wird, herrschte in der NVA nach wie vor alter deutscher "Kommißgeist": die Betonung der militärischen Rangordnung, die rigorose Durchsetzung von Disziplin und Gehorsam und die widerspruchslöse Ein- und Unterordnung – diesmal ins "Kampfkollektiv"⁴⁵⁶ – bestimmten die "militärische Ordnung" und prägten den Führungsstil.

Rechenschaft gezogen werden, wurden in der Regel aber "von oben" gedeckt. Außer bei schwerwiegenden Vorfällen, war keine weitere Ahndung zu erwarten, jedenfalls nicht, wenn man seinen Bereich so auf "Vordermann" hatte, daß die ständigen Kontrollen "von oben" mit gutem Ergebnis bestanden wurden.

⁴⁵⁴ Das hieß dann im Ergebnis allerdings, daß nur getan wurde, was befohlen war, und selbst unsinnigste Befehle noch ausgeführt wurden. Vom ehemaligen Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost, dem damaligen General Schönbohm, wird geschildert, wie ihm bei einem Truppenbesuch schon nach Auflösung der Nationalen Volksarmee in einem Bekleidungslager von ehemals NVA- und inzwischen befristet angestellten Bundeswehrangehörigen stolz gemeldet wird, die in Auftrag gegebenen Uniformänderungen seien jetzt befehlsgemäß abgeschlossen – einem Befehl aus NVA-Zeiten, inzwischen wurde Bundeswehr-Uniform getragen (vgl. J. Schönbohm, *Zwei Armeen und ein Vaterland*, a.a.O., S. 126).

⁴⁵⁵ Laut U. Gall, einem der höheren Generäle im MfNV, durften die Wehrpflichtigen von den 540 Tagen ihrer Dienstzeit an mindestens 450 Tagen die Kaserne nicht verlassen (vgl. U. Gall, *Technik und Bewaffnung*, a.a.O., S. 291).

⁴⁵⁶ Im Mittelpunkt der "sozialistischen Menschenführung" stand nicht der einzelne mit seinem Anspruch auf Wahrung auch der individuellen Rechte, sondern die Erhöhung der Gefechtsfähigkeit des Verbandes mittels der "Organisiertheit des militärischen Dienstes",

Entsprechend waren wohl auch die Verhaltensweisen der Wehrpflichtigen. Abgesehen davon, daß sich wie bei allen Armeen auch in der NVA die Begeisterung für die 18 Monate "Ehrendienst" in Grenzen hielt, bot sich natürlich, wenn ohnehin schon alles und jedes durch Befehl geregelt war, kaum Anreiz, mehr zu zeigen als offiziell verlangt war, "hohe Diszipliniiertheit, bestmögliche Leistung und vorbildliche Pflichterfüllung", so die gängige Losung.

Damit es dabei nicht blieb, mühte sich das Heer der Politorgane ab, "die Armeeingehörigen zur Realisierung der Parteibeschlüsse zu mobilisieren", mit anderen Worten, sie zu motivieren, sich aktiver zu beteiligen an der Lösung der gemeinsamen Aufgaben. "Als Hauptfeld für Initiative und Schöpfung wurde der

die herzustellen Aufgabe des militärischen Kollektivs war. Das Kollektiv hatte sich folglich des einzelnen anzunehmen bzw. er hatte sich einzufügen in das Kollektiv, eine Situation, die den neu hinzukommenden Soldaten zunächst einmal ans Ende der Hierarchie setzte. Da das Kollektiv an seinem Beitrag zur Erhöhung der Gefechtsbereitschaft gemessen wurde, spielte "sozialistische Menschenführung" nur im Rahmen der Aspekte eine Rolle, die diesem kollektiven Beitrag nützlich waren.

Eine Folge war die "Rotarsch"-Problematik bei den Wehrpflichtigen: die im letzten Diensthalbjahr stehenden und meist in irgendeiner Hilfsfunktion als Truppführer oder auch nur Stubenältester eingesetzten "EK" ("Entlassungskandidaten") terrorisierten die neu hinzugekommenen "Rotärsche" mit allerlei demütigenden und entwürdigenden Ritualen (einige Beispiele bei R.Volk/T.Squarr, Zum inneren Zustand der NVA, a.a.O., S. 263 f). Die von den Unteroffizieren und Offizieren mehr oder weniger geduldeten Schikanen hatten letztendlich dieselbe Zielsetzung wie die "sozialistische Menschenführung" insgesamt: Unterdrückung von Individualität, widerspruchslöse Unterordnung.

Im Kollektiv konnte nur "beraten" werden, was in Befehlsform schon entschieden und detailliert vorgegeben war, folglich keinen oder kaum mehr Ermessensspielraum ließ. Die "Beratung" diente insofern im Sinne der Befehlsausgabe oder einer "Manöverkritik" der Verpflichtung jedes einzelnen auf die dem Kollektiv gestellten Aufgaben. Das forderte zwar innerhalb der Gruppe Kooperation, aber keineswegs einen kooperativ-integrativen Führungsstil. Im Gegenteil, gerade da, wo es an Kompetenz fehlte, ließ sich mit der Forderung nach strikter Auftragserfüllung jeder sachliche Einwand abblocken. Der von der erwarteten "Einheit und Geschlossenheit" des Kollektivs ausgehende Disziplinierungseffekt schlug sich dann -von vornherein so einkalkuliert- in der Mentalität nieder, nicht "aufzumucken", um nicht aufzufallen.

Aus der Erörterung der "Arbeit im Kollektiv" die "richtigen Schlüsse für die Erfüllung der künftigen Aufgaben" abzuleiten, meinte denn auch nicht etwa, sich Gedanken zu Sinn und Nutzen der Forderungen "von oben" zu machen, sondern "Initiativen" zur Überbietung der befohlenen Normen zu entwickeln. Der Auftrag oder die militärischen Bestimmungen selbst standen nicht zur Diskussion. Selbst für den Fall, das mit "bewußter" Unterordnung und Befehls-"Treue" vorgestellte Leitbild des ideologisch überzeugten und von daher aus Einsicht gehorsamen und im Sinne des Ganzen selbständig denkenden Soldaten hätte idealtypisch der Wirklichkeit entsprochen, wäre damit weder dem einzelnen noch dem "Kampfkollektiv" insgesamt auch nur ein Deut mehr Handlungsfreiheit zugekommen. Das Kollektiv hatte in seiner Scharnierfunktion zwischen militärischer Führung, gleich welcher Ebene, und den zum Gehorsam verpflichteten Untergebenen einerseits eine Pufferfunktion -die "Mitwirkung" bei der Umsetzung der gestellten Aufgabe suggerierte Beteiligung- andererseits kontrollierte es den einzelnen und diente als "Durchlauferhitzer" für die Befehle von oben.

sozialistische Wettbewerb bezeichnet. In der Praxis erfüllte sich dieser hohe Anspruch jedoch nicht.“⁴⁵⁷

Das hätte sich unschwer vorhersagen lassen. Wie auch sonst in der DDR trug der “sozialistische Wettbewerb” über die Erfüllung des von oben befohlenen Rituals hinaus zu einer Leistungsstimulierung kaum bei, wohl aber zu der Einstellung, “Leistungsreserven” vorzuhalten, gleichsam für “alle Fälle”, die Prämie, den Extra-Ausgang, den Sonderurlaub usw. Was von den militärischen Politfunktionären mit Schlagworten wie “Raum für Schöpfertum”, “Selbständigkeit” oder “initiativreiche Erfüllung des Befehls” als sinngemäß kooperativ-integrativer Führungsstil angedacht wurde⁴⁵⁸, blieb ein Widerspruch in sich. Wo alles bis ins Detail vorgeschrieben war und es kaum Handlungsspielraum gab, ließ sich nicht auf “Initiative” und “Eigenverantwortung” setzen. Es konnte keine Rede sein von Selbständigkeit, wenn im gleichen Atemzug “bewußte Unterordnung” und “vor allem Befehlstreue” gefordert wurde. “Selbständigkeit” war schon deshalb nicht gefragt, weil sie das Befehls-Gehorsams-Schema durcheinander bringen mußte. Das ganze System zentralistisch-hierarchischer Führung war überhaupt nicht darauf eingestellt, Impulse “von unten” anders als auf dem “Dienstweg”

457

K.Held/H.Friedrich/D.Pietsch, Politische Bildung und Erziehung in der Nationalen Volksarmee, a.a.O., S. 227 f

Das Ziel der Parteierziehung in der NVA, mit der "Entwicklung der sozialistischen Beziehungen" als "Triebkraft hoher Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft" die Einsatzbereitschaft und Funktionsfähigkeit der Streitkräfte zu erhöhen, unterschied sich in nichts von vergleichbaren Forderungen im zivilen Bereich. Angestrebt wurde die "sozialistische Soldatenpersönlichkeit", die wie ihr zivilgesellschaftliches Pendant in Partei und Staat die "sozialistischen Grundüberzeugungen" verinnerlicht hatte und sich in der sicheren Gewißheit und Unbesiegbarekeit des Sozialismus mit dem Auftrag der Streitkräfte als Klassenauftrag identifizierte. Der klassenbewußte Standpunkt des Soldaten ließ ihn die Notwendigkeit und die Sinnhaftigkeit der militärischen Aufgabe erkennen, so daß er sich selbst "hohe Diszipliniertheit, bestmögliche Leistung und vorbildliche Pflichterfüllung" abforderte. Wenn sich der Soldat der sozialistischen Armee NVA im Dienst für "Volk" und -sozialistisches- "Vaterland" für seinen militärischen Auftrag einsetzte, tat er dies folglich immer in Verwirklichung der Beschlüsse der Parteiführung, also in Übereinstimmung mit der "Linie" der Partei

458

Es läßt sich nicht bestreiten, daß vom NVA-Politapparat hinsichtlich der "Gestaltung der sozialistischen Beziehungen" durchaus auch zeitgemäß klingende Töne angeschlagen wurden. Die "Achtung der Persönlichkeit der Armeeingehörigen" war allerdings nicht Ausdruck der Orientierung am Menschen und der Anerkennung des Rechts auf Individualität und Selbstbestimmung, sondern nur die Konsequenz der militärtechnischen Entwicklung. Vor dem Hintergrund des bekannten "wissenschaftlich-technischen Fortschritts" im Sozialismus, diesmal im "Militärwesen", wurden bei den komplizierten Waffensystemen selbst für viele der den einfachen Soldaten zugewiesenen Routinefunktionen "Spezialisten" gebraucht. Da deren Zuverlässigkeit und persönlicher Einsatz in der Gefechtssituation nur noch sehr bedingt zu kontrollieren, und die funktionale Disziplin des einzelnen deshalb nicht mehr in jedem Fall repressiv zu erzwingen war, kam der sozialistischen "Haltung" umso mehr Bedeutung zu.

Die nicht gerade neue Erkenntnis, daß die Qualifizierung der Soldaten zu "fachmännischen Autoritäten" ein "neues Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Unterstellten" bedinge, ließ allein schon Rückschlüsse darauf zu, welche Maßstäbe in der NVA an sich galten.

verarbeiten zu können. Befehle waren zu befolgen und nicht zu diskutieren. Wenn perfekte Generalstabsplanung “von oben” und der absolute Gehorsam der Truppe militärische Effizienz sichern sollten, dann konnte “unten” nicht Selbständigkeit im Denken gefragt sein.

Das laut Meinung mancher Polit-Offiziere “echte Miteinander” von Vorgesetzten und Untergebenen im “Kampfkollektiv” stellte insofern eine fragwürdige Interpretation der Sicht der Wehrpflichtigen dar. In deren Schilderungen war meist nicht von partnerschaftlichem Miteinander die Rede, sondern von einem auf Distanz bedachten, unpersönlichen Vorgesetztenverhältnis und den vielfältigen Möglichkeiten zusätzlicher Diensterschwernisse und Schikanen, mit denen den wehrpflichtigen Soldaten das Leben schwer gemacht wurde. Wenn es im willkürlichen Ermessen der Offiziere lag, an sich selbstverständliche “Freiheiten” gewährt zu bekommen oder hinter der Kasernenmauer “eingesperrt” zu sein, war es wohl keine Frage, sich möglichst unauffällig zu verhalten und ins Kollektiv einzuordnen. Darin ein “echtes Miteinander” von Vorgesetzten und Untergebenen sehen zu wollen, war Augenwischerei. Der Zwang, der militärisch reglementierten Welt nicht entkommen zu können und ihr zudem noch weitgehend rechtlos ausgeliefert zu sein, wirkten disziplinierend genug, in der gewünschten Weise Anpassungsbereitschaft zu zeigen.

Das sture Befehls-Gehorsams-Schema nach sowjetischem Muster nahm sich aus Sicht der NVA-Führung offenbar nicht kontraproduktiv aus. Die nach außen hin straffe Dienstorganisation, Disziplin, Drill und Kontrolle sorgten zwangsläufig für Druck, kurz gesagt, für Effizienz, dies insbesondere auf den jeweiligen Führungsebenen. Die Führungsstäbe von der Truppe bis ins Ministerium wurden durch permanente Schulungen, Stabstrainings, Rahmenübungen und gemeinsame Übungen mit den Verbündeten auf einem solchen Stand gehalten, daß das Leistungsniveau der NVA wohl auch beim sowjetischen Vorbild als überdurchschnittlich galt.

Militärische Effizienz hing naturgemäß auch von der technisch-materiellen Sicherstellung ab, von der Anschaffung neuer Waffensysteme über die Modernisierung der vorhandenen bis hin zur Wartung und Instandsetzung der Kampftechnik. Bei allen bürokratisch-technischen Problemen mit dem sowjetischen und dem DDR-Rüstungsbereich galt diese “technische Sicherstellung”, wenn auch mit Abstrichen, als gewährleistet. Die NVA war die nach den sowjetischen Streitkräften am besten mit Waffen und Gerät ausgestattete Armee der WVO.

“Hohe Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft”, mit anderen Worten, die Vorbereitung auf den Krieg und die Kriegsführung, das konkrete Handeln im Gefecht und der unvermindert hohe Präsenzgrad in der Gefechtsbereitschaft, blieben die stets wiederkehrenden Auflagen, genau genommen die Forderungen der sowjetischen Seite. Sie wurden befolgt, ungeachtet aller politischen Veränderungen, der gerade erst beschlossenen defensiven Militärdoktrin, dem SED - SPD Papier zur

“gemeinsamen Sicherheit” oder der politisch und militärisch völlig veränderten Lage zum 1. Januar 1990.⁴⁵⁹

Man muß sich insofern schon wundern, wenn jemand, der es an sich hätte besser wissen müssen, der schon genannte Direktor des Militärgeschichtlichen Institutes der DDR, Generalmajor R.Brühl, schreibt: “...mit der Zeit stießen die überzogenen Forderungen an die Gefechtsbereitschaft auf Widerspruch – in den achtziger Jahren selbst bei den Chefs der Teilstreitkräfte. Aber auch deren Bedenken und Vorschläge wurden nicht gehört. Gegen die überzogenen Forderungen des sowjetischen Generalstabes an die Gefechtsbereitschaft der NVA wollte die politische Führung der DDR offenbar nicht ankommen...”⁴⁶⁰

Selbst wenn sie gewollt hätte, sie hätte es wohl nicht können. Ob die Forderungen überzogen waren, hatten nicht der NVR und erst recht nicht die Chefs der NVA-Teilstreitkräfte zu beurteilen. Was notwendig war, ergab sich aus der Planung der sowjetischen Militärs, und wenn die Normen –sogar in noch schärferer Form⁴⁶¹– schon für die sowjetischen Truppen der GSSD galten, dann auch für die im Kriegsfall in die GSSD eingegliederten NVA–Streitkräfte. Die NVA war durch ihre vollständige Integration in das operative Konzept für den Kriegsschauplatz West eben “ein Produkt und ein Instrument sowjetischer Politik...”⁴⁶²

⁴⁵⁹ Siehe den schon genannten Befehl Nr. 100/89, v. 21.12.1989, Blatt 3, der in üblicher Weise die Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft festschreiben will, ohne nach den gar nicht mehr gegebenen Voraussetzungen dafür zu fragen.

Auch in den siebziger Jahren, als der Kalte Krieg in den Ost-West-Beziehungen für einige Zeit der “Entspannung” wich, hat das beispielsweise weder das Tempo des militärisch-operativen Ausbaus der DDR verlangsamt noch das Streben nach der ständigen Erhöhung der Kampfkraft, Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft beeinflußt.

⁴⁶⁰ R. Brühl, Die nationale Volksarmee der DDR. Anmerkungen zu ihrem Platz in der Geschichte, in: D. Bald/ R. Brühl/ A. Prüfert (Hrsg.), Nationale Volksarmee - Armee für den Frieden, a.a.O., S. 13 - 36, hier S. 23

⁴⁶¹ Die GSSD Truppen hatten nach Auskunft von Generalmajor Deim, in der NVA für die Gefechtsbereitschaft zuständig, in der “Ständigen Gefechtsbereitschaft”, also permanent, einen Bereitschaftsgrad von 100%

⁴⁶² J. Goldbach, Die Nationale Volksarmee ..., a. a. O., S. 137

4.3. Zur Frage "Parteiarmee" oder "Volksarmee"

Die Frage "Volksarmee" oder "Parteiarmee" wurde für die NVA erst in der politischen "Wende" 1989/90 zum Thema, als es darum ging, nicht als "staatstragend" in den Sog des untergehenden SED-Regimes zu geraten. Um im Kontext der neuen Demokratie-Diskussion an den "Runden Tischen" mit der politischen Entwicklung Schritt halten zu können, war man bemüht, in Distanz zum alten System den Beitrag der NVA zur "Wende" und die prinzipielle Interessenidentität des "Volkes" und "seiner" Armee herauszustellen.

An dieser Interessenidentität hätte sich freilich auch nach der bis dahin gültigen Parteiideologie nicht zweifeln lassen dürfen. Die Interessen des "Volkes" waren allerdings nie Gegenstand von Diskussionen im "Volk" gewesen, sondern per Definition "von oben" vorgegeben. Das "Volk", vertreten durch seinen fortschrittlichsten Teil, die Arbeiterklasse und ihre Avantgarde, die Partei, wußte bereits, daß es in der "Diktatur des Proletariats" auf dem richtigen Weg war – wenn nicht, so mußte es zu seinem Glück gezwungen werden. Nur die Partei hatte das Wissen und die Einsicht, der sozialistischen Idee Gestalt zu geben, damit aber auch das Recht, in der Verwirklichung ihres historischen Auftrags den Weg zu weisen. Das Credo des NVA-Soldaten, im Blick auf die Wesenseinheit von Sozialismus, sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und Frieden mit dem Schutz der sozialistischen Gesellschaftsordnung den Interessen des Volkes und aller Völker zu dienen, kam folglich zum Tragen in der "Treue und Ergebenheit zur Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei".

Der ideologischen Forderung entsprach das Selektionsprinzip. Wer in der NVA Offizier war, sollte aus der Arbeiterklasse kommen⁴⁶³ und mußte SED-Mitglied

⁴⁶³ Vgl. W. Markus, Das Offizierkorps der NVA - ..., a. a. O., S. 53 f. Markus stützt sich auf vor der Wende geheime, angeblich erstmals durch ihn veröffentlichte NVA-interne Untersuchungen der soziologischen Analysegruppe im MfNV, der Militärakademie in Dresden, der Militärpolitischen Hochschule Berlin-Grünau und den Offiziershochschulen aus den achtziger Jahren, aus denen hinsichtlich der sozialen Herkunft der Offiziere hervorgehe, daß ca. zwei Drittel der Offizieranwärter der Gruppe der "Arbeiter" entstamme, 15% den "Angestellten" und knapp 9% der "Intelligenz". Im Vergleich zu den fünfziger und sechziger Jahren ergab sich bei den "Angestellten" und der "Intelligenz" eine leicht steigende Tendenz und bei den "Arbeitern" eine entsprechende Abnahme ihres Anteils. Ähnlich habe sich die soziale Lage bei den Offizieren selbst bei Eintritt in die Streitkräfte dargestellt: "Zwei Drittel waren Arbeiter, Angestellte bzw. Genossenschaftsbauern, 28 Prozent waren Schüler oder Studenten."

Wenn einer die Zusammenhänge kennen mußte, dann Markus, saß er doch als ehemals NVA-Oberst und Professor an der Militärpolitischen Hochschule Berlin-Grünau, der SED-Kaderschmiede, schon von Berufs wegen an der Quelle. Die von ihm vorgestellte Tabelle (1) dürfte wohl so existieren (vgl. S. Fingerle, Waffen in Arbeiterhand? Zur Rekrutierung der Offiziere der Nationalen Volksarmee, in: D. Bald/ R. Brühl/ A. Prüfert (Hrsg.), Nationale Volksarmee - Armee für den Frieden, a.a.O., S. 119 - 142, hier S. 127). Während Markus den Eindruck erweckt, die Untersuchungen endeten 1978, wurden sie allerdings tatsächlich weitergeführt bis 1988. Die bei Markus nicht erwähnten Resultate lassen dabei Rückschlüsse zu, die mit seinen Feststellungen keineswegs deckungsgleich sind: Der Anteil der "Arbeiter" sank bis 1988 auf knapp 60%, während der der "Intelligenz" im gleichen Zeitraum von 1978 bis 1988 von 8,6% auf 20,2% stieg, so daß der Anteil von "Intelligenz" plus "Angestellte" ein Drittel erreichte. Hinter dieser Zahl

sein. Folglich war das NVA-Offizierkorps in der Partei, zu nahezu 100 Prozent⁴⁶⁴, und in der weit überwiegenden Mehrzahl wohl keineswegs gegen die innere Überzeugung. Folgt man NVA-internen Untersuchungsergebnissen zur politischen Haltung und Berufsmotivation der Offiziere, so muß die Identifikation mit den Zielen von Staat und Partei hoch gewesen sein.⁴⁶⁵

verborg sich wiederum eine relativ hohe Selbstrekrutierungsquote, denn ca. 30% der Offiziere sollten laut Vorgabe der Partei möglichst aus Funktions- und Soldatenfamilien kommen. Parteifunktionäre und Berufssoldaten, zunächst auch den "Arbeitern" zugerechnet, zählten sich seit Mitte der siebziger Jahre mit steigendem Bildungsniveau mehr und mehr zur Intelligenz. Im übrigen sagte auch der angebliche "Arbeiter"-Anteil von etwa 50% bei den Offizierschülern (= Offizieranwärtern) nicht viel aus. In Wirklichkeit nahm dieser Anteil -z.B. von "echten" Facharbeitern- ständig ab. Nachdem die Offizierschüler seit den siebziger Jahren Hochschulreife plus Berufsausbildung nachweisen mußten, hatte überschlägig betrachtet die eine Hälfte des Offiziersnachwuchses die Mittlere Reife, zum kleineren Teil auch das Abitur und eine abgeschlossene Berufsausbildung, die andere kam mit dem Abitur unmittelbar von der Schulbank in die NVA. Während die Aspiranten mit Mittlerer Reife im ersten Jahr der Offizierausbildung die Hochschulreife erwarben, bekamen die Abiturienten nach einem einjährigen Produktionspraktikum den Facharbeiter-Brief. Im Ergebnis zählten die einen wie die anderen damit zu den "Arbeitern" (Vergl. S. Fingerle, a.a.O., S. 126 - 132). Eben das war auch der Sinn der Übung: einerseits forderte der Hochschulstatus der Offizierschulen als Zulassungsvoraussetzung das Abitur, andererseits galt es den Nachweis zu führen, daß sich die "führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" auch in der Armee und ihrem Offizierkorps widerspiegelte. Die ideologischen Verrenkungen bei der statistischen Eingruppierung zeigen, wie sehr es wohl darauf ankam, diesen Nachweis führen zu können, daß es jedenfalls blauäugig wäre, anzunehmen, mit der Bezeichnung "Arbeiter" lasse sich die Vorstellung verbinden, man habe es mit quasi umgeschulten Industriearbeitern zu tun. In der Regel konnten die Offizierschüler schon vom Alter her kaum etwas anderes sein als Abiturienten oder als Berufsanfänger, die ihre Ausbildung gerade abgeschlossen hatten.

Wenn bei Markus der Eindruck erweckt werden soll, "Zwei Drittel waren Arbeiter, Angestellte bzw. Genossenschaftsbauern, 28 Prozent waren Schüler oder Studenten", so ist das gelinde gesagt eine bewußte Irreführung – bewußt, weil ihm aufgrund seiner dienstlichen Stellung die diesbezüglichen Unterlagen nicht nur schon zu DDR-Zeiten seit Jahren vertraut waren, sondern zum nicht geringen Teil sogar von ihm selbst stammten: die in Regie der Politischen Hauptverwaltung der NVA durchgeführten soziologischen Untersuchungen wurden von W. Markus und ihm zugeordnet D. Pietsch geleitet.

⁴⁶⁴ 1988 zu 96,7% (vgl. S. Fingerle, a.a.O., S. 133) – wobei der Anteil bei den Stabsoffizieren, ab Major an aufwärts, 100% betragen haben dürfte. Den höheren Offizieren, mit denen der Verf. gesprochen hat, war aus der Zeit vor der Wende kein Stabsoffizier bekannt, der nicht in der SED gewesen wäre.

Laut Angaben von DDR-Verteidigungsminister Hoffmann waren auch 94 % der Fähnriche und 60% der Berufsunteroffiziere Mitglied oder Kandidat der SED - dagegen nur 6% bis 7 % der Wehrpflichtigen und ca. 14 % der Zeitsoldaten (T. Hoffmann, a.a.O., S. 70)

⁴⁶⁵ Vgl. nach den Untersuchungen der Politischen Hauptverwaltung: "Typisch für die politische Haltung des Offizierkorps bis Anfang 1989 waren:

- die Identifikation mit den Zielen von Staat und SED: etwa 90 Prozent;
- die feste Verbundenheit mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrages, insbesondere der Sowjetunion und ihrer Armee: etwa 90 Prozent und

Daraus ergab sich, daß die Parteizugehörigkeit in dem Umfeld, in dem sich die NVA-Elite bewegte, so selbstverständlich war, daß sie über die tatsächliche Geisteshaltung nicht einmal etwas aussagte. Die war zweifellos geprägt durch die politische Indoktrination, aber vom Alter her doch unterschiedlich. Während die jüngeren Offiziere bereits in der DDR aufgewachsen waren, Abitur und Studium hatten und ihrer Bildung und Ausbildung entsprechend Ansprüche an Armee und Partei stellten, waren die älteren ihrer Vorgesetzten noch unter ganz anderen Bedingungen und mit anderem Selbstverständnis Offizier geworden.⁴⁶⁶ Aus dem Blickwinkel der Offiziere, die als Freiwillige der ersten Stunde in die NVA bzw. meist noch HVA/KVP eingetreten waren und die NVA aus relativ bescheidenen Anfängen mit aufgebaut hatten, hatte man nicht Ansprüche zu stellen, sondern sich ein- und unterzuordnen und im Vertrauen auf die politische und militärische Führung seine Pflicht zu erfüllen. Auch wenn oder gerade weil das wohl mehr Mythos als Realität war, eine solche Einstellung warf man nicht einfach über Bord. Es dürfte zutreffen, was Fingerle auf die Motivlage dieser Offiziergeneration bezogen zusammenfaßt: "Von größerer Bedeutung dürfte in den fünfziger Jahren gewesen sein, daß sich Offizieren, in ihrer Mehrheit Angehörige der früheren Unterschichten, die Möglichkeit des raschen sozialen Aufstiegs bot. Die ihnen während ihrer Militärzeit gebotenen Bildungsmöglichkeiten sicherten diesen Aufstieg auch nach ihrem Ausscheiden. Hier liegt sicherlich ein wesentliches Moment für politische Loyalität - nicht nur gegenüber dem Staat, sondern insbesondere auch gegenüber der Partei, die diesen Aufstieg ermöglicht hatte. Der ersten Offiziersgeneration, in der Weimarer Republik und in der Nazizeit aufgewachsen, fehlte zudem jede Vergleichsmöglichkeit mit einem funktionierenden demokratischen System. Die neue Situation wurde als "Fortschritt" wahrgenommen. Mit Blick auf die "Bruderstaaten", aber auch auf die Bundesrepublik, empfand man bis zuletzt Stolz auf die eigene Aufbauleistung. Das waren offenbar Empfindungen, die zur Legitimierung des politischen Systems, aber auch zur Loyalität gegenüber der SED und zur Motivation für den als notwendig und wichtig empfundenen Offiziersberuf beitrugen."⁴⁶⁷

- die Bereitschaft, den Sozialismus in der DDR gegen jeden Angriff zu verteidigen: etwa 95 Prozent. Das schloß ein, jeden als Feind zu behandeln und zu vernichten, der die DDR angreift." (W. Markus, Das Offizierkorps der NVA - ..., a. a. O., S. 55f);

vgl. auch die Beiträge von ehemaligen NVA-Offizieren in den bereits erwähnten Sammelbänden, die sinngemäß fast ausnahmslos auf der Linie liegen, "...Die Überzeugung, in dieser Partei am richtigen Platz zu sein, hatte oder gewann doch beim weitaus größten Teil dieser Gruppe die Oberhand. Die meisten hielten die Politik der SED über lange Zeit für richtig - wenn auch mit Einschränkungen auf einzelnen Gebieten." K. Held, Soldat des Volkes, Über das politische Selbstverständnis des Soldaten der Nationalen Volksarmee, in D. Bald, Die Nationale Volksarmee, a.a.O., S. 69.

⁴⁶⁶ Dreiviertel der Offiziere, die 1956 aus der HVA/KVP in die NVA übertraten und dort in der Regel Karriere machten, hatten maximal die achte Klasse Volksschule besucht, häufig noch dazu unter Kriegsbedingungen. Zehn Jahre später besaßen dagegen Dreiviertel der Offiziere bereits den Abschluß Mittlere Reife oder Abitur, 1980 praktisch alle, davon Dreiviertel das Abitur.

⁴⁶⁷ S. Fingerle, Waffen in Arbeiterhand..., a.a.O., S. 134

Von daher läßt sich davon ausgehen, daß die NVA in ihrer Führung durch das Ministerium, die Teilstreitkräfte und die Verbände fest in der Hand von Offizieren war, an deren Loyalität der SED gegenüber nicht zu zweifeln war. Stellt man überdies in Rechnung, daß die SED den "politisch-ideologischen Zustand" der Armee durch ihren Politapparat recht wirksam überwachen und steuern konnte, so war kaum zu bestreiten, daß die NVA von außen betrachtet eine "Parteiarmee" war. Weniger eindeutig ist allerdings die Frage zu beantworten, ob sich die NVA selbst als "Parteiarmee" gesehen hat.

Wohl nicht, wenn man zwischen "Parteiarmee" und "Volksarmee" im Sinne eines Gegensatzes⁴⁶⁸ hätte unterscheiden wollen. Aus NVA-Sicht konnte davon schon deshalb keine Rede sein, weil das Axiom der "Einheit von Partei, Volk und Armee" einen solchen Gegensatz gar nicht zuließ. Meint "Parteiarmee", die NVA-Führung habe sich als Prätorianergarde der SED verstanden, dann trifft das sicher nicht das Selbstverständnis der Offiziere, die als "Berufskader" den eigentlichen Kern des Offizierkorps bildeten. Wenn von ihnen die Partei und ihre Politik nicht in Frage gestellt wurden, so sahen sie sich nicht trotz, sondern wegen dieses Bekenntnisses zur Partei als Garant des sozialistischen Staates DDR, also in staatlicher Funktion wie jede andere Armee auch. Man war Soldat einer sozialistischen Armee und von daher natürlich nicht bereit, die von westlicher Seite unterstellte Differenz zwischen Verfassungsauftrag und Führung durch die Partei gelten zu lassen. "Bestimmend war die Überzeugung, regulärer Soldat einer regulären Armee zu sein, Angehöriger von Streitkräften eines Staates, der Subjekt des Völkerrechts, Mitglied der UNO und von 132 Staaten diplomatisch anerkannt war."⁴⁶⁹

Der Glanz der außenpolitischen Erfolge Honeckers wurde in der NVA als besondere Leistung der SED-Politik gewürdigt. An der gab es auch sonst wenig auszusetzen. Da die Widersprüche zwischen sozialistischem Anspruch und den sozialen Verhältnissen für die Offiziere bei weitem nicht so spürbar waren wie sonst in der DDR, kam kaum Zweifel am System an sich auf. Man sah zwar die lange Liste der Mängel und Mißstände im eigenen Bereich und manche Anzeichen, die auf noch viel größere Probleme in der Volkswirtschaft hindeuteten. Das alles waren aber vermeidbare Unzulänglichkeiten, Übertreibungen politisch engstirniger Kleingeister in Uniform, Auswüchse des Politapparates, die der Unfähigkeit "irgendwelcher" Funktionäre zuzuschreiben waren, aber nicht

⁴⁶⁸ Eben den herauszustellen, verband sich aber mit dem Gebrauch der Bezeichnung "Parteiarmee" auf westlicher Seite, wenn es im Vokabular des Kalten Krieges darum ging, das NVA-Offizierkorps im ideologischen Kontext der "kommunistischen Gefahr" als Stütze des SED-Regimes, als absolut systemkonform und der Partei ergeben zu charakterisieren. Der Einschätzung hätte man auf NVA-Seite nicht einmal widersprochen, allerdings mit der letztlich alles wieder relativierenden Einschränkung, man habe damit ja nicht im Abseits, geschweige denn in einer Kontraposition gegenüber der "normalen" DDR-Bevölkerung gestanden, die in ihrer Mehrheit doch auch die führende Rolle der Partei anerkannt hätte.

⁴⁶⁹ K. Held, Soldat des Volkes..., a.a.O., S. 70

dem System selbst. Auch die politische Unbeweglichkeit der "alten Herren" im Politbüro wurde eher als Altersstarrsinn, denn als den DDR-Sozialismus kennzeichnende Fehlentwicklung gesehen. Mit dem erwarteten Führungswechsel im Politbüro und dem Nachrücken jüngerer Jahrgänge in die militärischen Spitzenpositionen würden die Probleme schon zu überwinden sein, so die allgemeine Ansicht. "Die Bindung der Berufssoldaten an die Partei war eng und deren Einfluß auf das Denken und Verhalten relativ stark. Bindemittel war eine Mischung aus Überzeugung, dem Zwang der Verhältnisse und einfachem Mitmachen, in dem Gefühl, in diesem Beruf gehört die Mitgliedschaft in der SED dazu..."⁴⁷⁰

Bei so viel "Staatsnähe" war es verständlich, wenn sich bei der Bevölkerung, von der ja nur ein vergleichsweise kleiner Teil SED-Mitglied war, das Interesse an persönlichen Kontakten zu Offizieren ziemlich in Grenzen hielt. Man wußte, daß die Berufsoffiziere und viele Berufsunteroffiziere SED-Mitglied waren und man vorsichtig sein mußte, nicht an einen "hundertfünfzigprozentigen" Genossen zu geraten. Wer sich kritisch zur den Streitkräften äußerte, griff die Partei an, und wer umgekehrt Zweifel an der SED-Politik hatte, mußte damit rechnen, die Offiziere als in der Regel überzeugte Repräsentanten des Systems gegen sich zu haben. Überdies schienen auch –in der Bevölkerung zumindest so wahrgenommen– die Privilegien der Offiziere Nähe zum System zu signalisieren.⁴⁷¹

⁴⁷⁰ Ebda., S. 69

⁴⁷¹ Mit dem Stichwort "Privilegien" trifft man bei den ehemaligen NVA-Offizieren einen neuralgischen Punkt. Daß sie besondere Vergünstigungen in Anspruch nehmen konnten, wird zwar nicht in Abrede gestellt, den Vorwurf der "Privilegierung" will man aber nicht auf sich sitzen lassen: wirkliche Privilegien habe es nicht gegeben, die eher bescheidenen Vergünstigungen seien lediglich als Ausgleich zu sehen gewesen für die enormen Belastungen, die der Offizierberuf mit sich gebracht habe. Die etwas höhere Bezahlung habe sich durch die hohe Dienstzeitbelastung und die mit den zivilen Standards überhaupt nicht vergleichbaren Anforderungen der permanenten Gefechtsbereitschaft gerechtfertigt.

Obwohl sie an sich leicht nachprüfbar sein sollten, sind Aussagen zum Gehalt der NVA-Offiziere höchst umstritten. Laut Angabe eines ehemaligen NVA-Divisionskommandeurs verdiente ein Kompaniechef ca. 1300 Mark, ein Regimentskommandeur ca. 2100 Mark netto, Generale zwischen 3000 und 6000 Mark (K.-H. Marschner, Dienen bis zum Ende, in D. Farwick (Hrsg.), Ein Staat - Eine Armee, a. a. O., S. 218). Anderen, offensichtlich "amtlichen" Quellen zufolge, waren die Bezüge eines Kompaniechefs mit 2629.- Mark doppelt so hoch wie die einer Lehrerin an einer POS und ca. 1000 Mark höher als die eines Leitenden Klinikarztes. (R. Volk/T.Squarr, Zum inneren Zustand der NVA, in D. Farwick, Ein Staat..., a.a.O., S. 247, vgl. auch die in der Dokumentation angefügte Tabelle der Dienstbezüge, S. 266 f).

Unter dem Strich bleibt, daß ein ca. 27-jähriger Kompaniechef jedenfalls unverhältnismäßig viel mehr verdiente als ein gleichaltriger Akademiker im Staatsdienst üblicherweise verdienen konnte. Zusätzlich gab es im übrigen Geldprämien. Selbst in höheren Stäben war es durchaus üblich, sich mehrfach im Jahr relativ großzügige "Leistungs"-Prämien zu genehmigen. Überdurchschnittlich hoch war auch der Urlaubsanspruch, vom 16. Dienst-jahr an 46 Kalendertage (abzüglich 4 anzurechnende Sonn-/Feiertage). Es war bekannt, daß die NVA über besonders günstige und landschaftlich reizvolle Urlaubsquartiere verfügte. Bei der Wohnungsvergabe dürften –was oft bestritten wird– die Berufssoldaten vorrangig berücksichtigt worden sein. Daneben wurde dafür Sorge getragen, daß bei Versetzungen die Ehefrau ohne Verzögerung einen adäquaten Arbeits-

In einem Staat, der nach der Devise "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns" jeden Andersdenkenden zum Feind stempelte, würde nur Vorrechte erhalten, wer sich als überzeugter Anhänger des Systems ausweisen konnte. Damit war die Frage, auf welcher Seite die Armee als potentieller innenpolitischer Machtfaktor stand, vom Gefühl her beantwortet.

Dazu kam, daß die NVA im Kontext ihrer militärischen Rolle in der WVO eine Vorzugsstellung in Anspruch nehmen konnte, die ihr gegenüber anderen Bereichen die Vorrangigkeit des Bedarfs der Landesverteidigung garantierte.⁴⁷²

platz erhielt. In der Bevölkerung wurde insbesondere in den nur für das Personal der Streitkräfte zugänglichen MHO (Verkaufseinrichtungen der Militärhandelsorganisation) etwas Besonderes vermutet. Es ist nicht mehr nachprüfbar, ob die MHO, in denen auch "Industriewaren" angeboten wurden, gegenüber dem zivilen Bereich vorrangig und reichhaltiger beliefert wurden. Vermutlich nicht überall, wohl aber bei höheren Stäben wie in Strausberg, Leipzig etc. dürfte das aber wohl der Fall gewesen sein.

Zusammenfassend gesehen zeigte sich wie bei der politischen Nomenklatura die Tendenz, daß sich, je höher der Rang war, umso ungenierter Sonderrechte in Anspruch nehmen ließen. Die Privilegien der Generalität, in sich wiederum nach Dienststellung und Rang gestuft, mochten sich aus westlicher Sicht bescheiden ausnehmen (eben das versuchten die vom Verf. interviewten Generale auch immer wieder herauszustellen): statt der üblichen Plattenbauwohnung standen Generälen ein separates Haus (ab Generalleutnant) in angemessener Umgebung als Dienstwohnung zu, Einkaufsmöglichkeiten in Spezialläden, auch für West-Waren, "Datscha", Dienstwagen mit Fahrer, spezielle Unterbringung in eigenen NVA-Ferienhäusern, Krankenhäusern, Sanatorien etc. – als ein Beispiel für viele: Offiziere konnten ausgesonderte Dienst-PKW, die vor dem Verkauf noch generalüberholt wurden, zu minimalen Preisen erwerben, fuhren sie wenige Jahre und konnten sie anschließend noch zum vier- bis fünffachen des Einkaufspreises privat verkaufen.

Abgesehen davon, daß sich auf diese Weise zweifellos komfortabler leben ließ als in der DDR sonst üblich, ging es weniger um die Ausstattung der Privilegien als darum, sie zu haben. Wer einen privat nutzbaren "Wohnungsdienstanschluß" besaß, noch dazu im Staats-Sondernetz, verfügte damit nicht über ein gewöhnliches Telefon, sondern über ein Privileg, das dem Normalsterblichen nicht zugänglich war. Eine "Datscha" konnte sich jeder kaufen, von Staats wegen zur Verfügung gestellt, bekam sie nur ein kleiner Kreis der Nomenklatura. Die "Privilegien" waren insofern nicht nur nach ihrem materiellen Wert zu beurteilen, sondern als Attribute der Macht auch als Statussymbol zu sehen. Sie dokumentierten die Rangunterschiede zwischen dem "Volk" und seiner Führung, in der "klassenlosen" DDR-Gesellschaft das Entscheidende.

472

"Die Aufgaben zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung und der inneren Sicherheit und Ordnung" waren von der DDR-Wirtschaft umfassend und (zumindest bis 1985) auch vom Wortlaut her "vorrangig" zu gewährleisten. Sie wurden in Form von Vertragsabschlüssen in der zentralen staatlichen Planung ausgewiesen und mittels einer eigenen Lieferverordnung gegenüber den Betrieben durchgesetzt, offenbar bei rigoroser Preis- und Qualitätskontrolle und kompromißlosem Bestehen auf der Terminerfüllung. Das betraf die Industrieproduktion allgemein, insbesondere aber eine Reihe von Betrieben, die ihre Leistungen vor allem oder ausschließlich für die NVA erbrachten. Bei denen fiel volkswirtschaftlich ins Gewicht, daß sie in der Regel moderner und besser ausgerüstet waren und auf technologisch höherem Niveau arbeiteten als in der DDR sonst üblich.

Nicht zu vergessen ist schließlich, daß die DDR-Rüstungsindustrie vergleichsweise unbedeutend war und die von der NVA benötigte Kampftechnik, Bewaffnung und

Von dieser Bevorzugung konnte aus Sicht der Streitkräfte zwar seit Mitte der achtziger Jahre keine Rede mehr sein⁴⁷³, von der Bevölkerung wurde sie jedoch mit Verärgerung und Zorn als eigene Benachteiligung wahrgenommen. Man wußte, daß die Kosten der Armee in der volkswirtschaftlichen Bilanz in überproportionalem Maße zu Buche schlugen und die "Sicherung der bedarfsgerechten Versorgung der NVA" vor allen anderen Leistungen von den Betrieben erbracht werden mußte.⁴⁷⁴ Was bei der sich ohnehin rapide verschlechternden Wirtschaftslage für die NVA aufzubringen war, fehlte zwangsläufig an anderer Stelle und traf so die Bevölkerung. Die NVA stellte für die Industrie zwar Soldaten als Arbeitskräfte ab, beanspruchte in den Garnisonen aber als "Vorrangleistungen" oft mehr als die Hälfte der den Kommunen überhaupt zur Verfügung stehenden Kapazitäten im Baugewerbe, Handwerk, etc.⁴⁷⁵ Industriebetriebe, die für die NVA produzierten, hatten bessere Investitionsbedingungen und arbeiteten auf höherem Technologieniveau als im sonstigen Durchschnitt. Wo es sonst Materialengpässe und bei vielen Gütern des täglichen Bedarfs lange Schlangen gab, der DDR-Bürger normalerweise jahrelang auf eine Wohnung wartete, und ein Telefon selbst in Jahrzehnten selten zu ergattern war, die NVA machte es möglich. Ging es um die Armee, schien es an nichts zu fehlen, am wenigsten an Geld.

Es liegt auf der Hand, daß die vermeintliche Privilegierung der in den Augen der Öffentlichkeit "Offizierskaste" beim "Normalbürger" ganz andere Assoziationen ("Schmarotzer"...) weckte als die vom MfNV propagierte "Volksverbundenheit". Selbst der im Herbst 1989 zum DDR-Verteidigungsminister ernannte Admiral Hoffmann, bis dahin als Chef der NVA-Volksmarine auch schon zur militärischen Führung gehörend, mußte konzedieren: "Das wesentliche Bekenntnis der Nationalen Volksarmee zur vom Volk der DDR eingeleiteten Wende mußte in der Umwandlung der Nationalen Volksarmee in eine wahrhaftige Armee des Volkes seinen Ausdruck finden."⁴⁷⁶

Mit der so beschworenen "Einheit von Partei, Volk und Armee" war es folglich wohl nicht allzu weit her. Die Streitkräfte wurden als für die Landesverteidigung notwendig akzeptiert, mehr aber auch nicht. Trotz der nicht zu übersehenden

Ausrüstung aus der UdSSR und von den anderen Verbündeten importiert werden mußte – im Tausch gegen Erzeugnisse des Maschinenbaus, die dann bei der Modernisierung der DDR-Wirtschaft fehlten. Vgl. U. Gall, Technik und Bewaffnung - Zwischen Vorrang, Mangel und Abhängigkeiten, in M. Backerra (Hrsg.), NVA - Ein Rückblick auf die Zukunft..., a.a.O., S. 285 - 307.

⁴⁷³ Ebda., S. 305 f

⁴⁷⁴ Die speziellen Auftragsformulare der NVA mit roter Markierung und dem Aufdruck LVO (Landesverteidigungsorganisation) verpflichteten Industriebetriebe, aber auch das Handwerk dazu, den Auftrag mit Vorrang zu erfüllen, ohne daß wegen der militärischen Geheimhaltungspflicht näher nachgefragt werden konnte – im Prinzip ein auch für private Zwecke nutzbares Selbstbedienungssystem.

⁴⁷⁵ Vgl. K.-H. Marschner, Dienen bis zum Ende, a.a.O., S. 215

⁴⁷⁶ Th. Hoffmann, Zur nichtvollendeten Militärreform der DDR, in D. Bald, Die Nationale Volksarmee, a.a.O., S. 107 - 114, hier S. 107

Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche in der DDR blieben sich Bevölkerung und Armee im Grunde fremd. Die Kommunikationsprobleme ließen sich am ehesten als Un-Verhältnis beschreiben. Patenschaftstreffen zwischen Belegschaften und NVA-Einheiten, "Wink-Elemente" schwenkende Schulklassen bei öffentlichen Paraden und überschwenglich begeisterte Presseberichte über "Kulturfesttage" mit der Armee konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß man nebeneinander her lebte, ohne viel voneinander zu wissen.

Das war kein Wunder, gab es doch, sieht man vom Wehrdienst ab, kaum Berührungspunkte zwischen dem "Volk" und seiner Armee. Die Distanz beruhte durchaus auf Gegenseitigkeit. Aufgrund ihrer engen Bindung an die Partei gab es für die NVA keinerlei Notwendigkeit, die öffentliche Meinung zu berücksichtigen. Der militärische Klassenauftrag der Armee⁴⁷⁷ war Legitimation genug, alles andere "Verschlußsache". Größere Transparenz war aus Gründen der militärischen Absicherung und Geheimhaltung angeblich nicht möglich.

Wie bei den meisten Armeen war der militärische Bereich gegenüber dem zivilen Umfeld abgeschottet und eine Welt für sich. Die Bevölkerung hatte keinen Zutritt zu den Kasernen, lediglich am "Tag der offenen Tür" und bei ähnlichen Veranstaltungen wurden dem dafür vorgesehenen Ritual entsprechend Treffen mit Schulklassen oder Betriebsgruppen etc. durchgeführt.⁴⁷⁸ Die Wehrpflichtigen hatten zwar bei "Ausgang" die Möglichkeit "unters Volk zu kommen", die verheirateten Zeit- und Berufssoldaten ohnehin, aber auch dabei galt das Gebot zu "sozialistischer Wachsamkeit" und Verschwiegenheit⁴⁷⁹, den "Feinden des Sozial-

⁴⁷⁷ Auf dem IX. SED-Parteitag 1976 wurde der "militärische Klassenauftrag" der NVA formuliert, vgl. "Instruktion für die leitenden Parteiorgane (Politorgane) und für die Parteiorganisationen der SED in der Nationalen Volksarmee und in den Grenztruppen der Deutschen Demokratischen Republik -Parteiinstruktion- Bestätigt vom Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dezember 1976.

⁴⁷⁸ Tage der offenen Tür waren durchaus üblich, etwa am Tag der Armee (3. März) oder auch bei anderen festlichen Anlässen wie Vereidigungen, Gedenktagen, Patenschaftstreffen, Flottenbesuchen etc. Daß solche Demonstrationen der "Verbundenheit von Volk und Armee" von der DDR-Presse propagandistisch ausgeschlachtet wurden, lag auf der Hand.

⁴⁷⁹ Die Geheimhaltungsmanie in der NVA führte dazu, daß man sich nicht nur extern abschottete, sondern auch intern, also auch innerhalb der Dienststellen bzw. zwischen den verschiedenen Geschäftsbereichen. Abgesehen davon, daß "Westkontakte", Westfernsehen, Westzeitschriften etc. verboten und als Vorkommnis in jedem Fall meldepflichtig waren, war es auch untersagt, mit anderen als den unmittelbar damit befaßten "Armeeangehörigen" (und natürlich erst recht Zivilpersonen) über Dinge aus dem eigenen Arbeitsbereich zu sprechen. Wenn man nicht zu dem Kreis gehörte, der über die betreffenden dienstlichen Vorgänge Kenntnis haben mußte, durfte man darüber nicht informiert werden. Entsprechend ratsam war es, sich auch uninformatiert zu zeigen. Der Verf. ist bei seinen Gesprächen mit ehemaligen NVA-Offizieren wiederholt auf die Haltung gestoßen, sich vom Verschweigen -weil ja nicht explizit danach gefragt worden war- bis hin zur eindeutigen Lüge völlig "ahnungslos" zu zeigen und mit der Wahrheit erst nach und nach dosiert "herauszurücken".

Verstöße gegen die Geheimhaltungsvorschriften wurden streng geahndet. Bei schwerwiegenden Vorfällen drohte selbst höheren Offizieren die Entlassung. Für die personelle Überprüfung und Überwachung zuständig war die Verwaltung 2000 der

lismus" durfte nicht in die Hände gearbeitet werden. In der Konsequenz hieß das, daß auch der Ehefrau und selbst den Kindern drohte, ihre sozialen Beziehungen zu verlieren und in die Isolation der mehr oder weniger nur noch NVA-Umwelt zu geraten: von der Arbeitsstätte über die Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten bis hin zum Clubheim, alles in Regie der Armee - es fehlte an sich an nichts, außer an den Kontakten "nach draußen", zum "Volk".

Die oft spürbare Ablehnung in der Bevölkerung und die Besonderheiten des Dienstes machten es den Offizieren insofern schwer, im zivilen Umfeld Anschluß zu finden. Dazu kam, daß die Kasernen oft außerhalb der Ortschaften lagen. Die jüngeren, noch ledigen Offiziere lebten dort in Wohnheimen, die verheirateten mit ihren Familien in Wohnblocks, meist in unmittelbarer Nähe der Kaserne. In größeren Städten bei höheren Stäben, militärischen Schulen, etc. boten sich zwar Gelegenheiten aus der auch bewußtseinsmäßigen Ghettsituation herauszukommen, bei näherem Hinsehen lebte man aber auch dort ähnlich isoliert.⁴⁸⁰ Die Folge war, man blieb unter sich, im Dienst, nach Dienst, selbst beim Rückzug auf die Datsche. Erschwerend kam hinzu, insbesondere bei den Truppenoffizieren, daß über die ohnehin schon hohe Dienstzeitbelastung hinaus zur Sicherstellung der geforderten Einsatzbereitschaft die jederzeitige Erreichbarkeit gegeben sein mußte, auch in der dienstfreien Zeit.⁴⁸¹ Der militärische Dienst bestimmte den Alltag, Familie, Freizeit, andere Interessen hatten sich dem unterzuordnen, im Prinzip war man immer "im Dienst".

Staatssicherheit, deren Offiziere allen, selbst kleinsten Truppenteilen und Dienststellen zugeordnet waren. Sie erhielten ihre Informationen nicht zuletzt durch ein Heer von Spitzeln und Zuträgern aus der Armee selbst, die vor allem auch die persönliche Sphäre ihrer "Kameraden" ausforschten. Nach den glaubwürdigen Schilderungen zahlreicher NVA-Offiziere gegenüber dem Verfasser führte das in vielen Fällen zu einem Klima der Unaufrichtigkeit und Heuchelei und des latenten Mißtrauens der Offiziere untereinander. In manchen Familien sei grundsätzlich nicht über "dienstliche" Dinge gesprochen worden, um die Ehefrau und insbesondere die Kinder davor zu bewahren, sich zu "verplappern".

⁴⁸⁰ Ein Beispiel wäre Strausberg, Sitz des MfNV. Nicht nur die Generalität blieb dort zwischen Fontanestraße, See und Clubhaus unter sich, auch in anderen Bereichen der Stadt gehörten ganze Straßenzüge zum Bestand der Armee.

⁴⁸¹ Die jederzeitige Erreichbarkeit mußte an 6 Tagen der Woche rund um die Uhr gewährleistet sein und wurde durch Probealarm ständig überprüft. Das hatte zur Folge, daß nicht einmal die Wohnung, geschweige denn der Standort verlassen werden konnte. Man hatte in 20 Minuten in seiner militärischen Dienststelle zu sein, innerhalb von 2 Stunden mußte in den Kasernen die Abmarschbereitschaft (in die Verfügungsräume) hergestellt sein. Der ehemalige Generalleutnant Baarß schilderte in einem Interview nach der Wende, um die Bereitschaftsnormen noch erfüllen zu können, habe man die Piloten manchmal mit Hubschraubern in Freizeitbereiche geflogen, damit sie sich überhaupt einmal hätten erholen können. Auch er, stv. Chef der NVA-Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, sei bei Alarm jeweils innerhalb von 20 Minuten in seiner Dienststelle gewesen (TV-Sendung "Die Nacht der Nächte", am 9.11.1997, 23.00-00.10 Uhr, Programm NDR III). Berufsoffiziere in entsprechender Position wurden über die Wohnungsdienstanschlüsse alarmiert, in den NVA-Wohnblocks in Nähe der Kasernen wurde der Alarm häufig durch Sirenen in den Treppenhäusern ausgelöst.

Das vermeintliche Argument, die NVA sei schon deshalb eine Volks-Armee gewesen, weil mit den Wehrpflichtigen "das Volk" und mit ihm alle gesellschaftlichen Schichten, Vorstellungen, Meinungen etc. in die Kasernen gekommen seien, läßt außer acht, daß diese Einflüsse erst dann von Interesse waren, wenn sie unvorhergesehen als Störfaktor in Erscheinung traten. Es lag in der Logik der Sache, daß nicht Meinungs- und Einstellungsvielfalt, sondern Systemkonformität gewollt war. Bei aller sicherlich auch, vielleicht sogar überwiegend gegebenen "Normalität" im militärischen Alltag, konnte doch keine Rede davon sein, das Militär habe Interesse für die Einstellungen und Erwartungen der Wehrpflichtigen gezeigt – bestenfalls in den Politabteilungen, um zu wissen, wie und wo der Hebel für die "politische Erziehungsarbeit" anzusetzen war.

Wenn in der Behandlung der einfachen, wehrpflichtigen Soldaten eins deutlich wurde, dann, daß in der funktionalistischen Sichtweise des Militärs der "Faktor Mensch" nur als Mittel zum Zweck vorkam, vergleichbar Bewaffnung, Ausrüstung oder Kampftechnik, als letztlich "Material": formbare Masse in der Hand der Partei-Ideologen und berechenbare Größe im Kalkül der militärischen Führung. Das letztere bestimmte das erstere. Der einzelne hatte als Rädchen im Getriebe der Militärmaschinerie zu funktionieren, daraufhin wurde er abgerichtet, in der Waffen- und Gefechtsausbildung wie auch in dem, was sich "Erziehung" nannte. "...Als letztendliches und höchstes Ziel politischer Arbeit galt, die Kampffähigkeit der Führungsorgane und Truppen unter allen Bedingungen eines möglichen Krieges zu gewährleisten. Die Armee sollte in einem Geist erzogen werden, der massenhaft Opferbereitschaft und Heldentum hervorbringt."⁴⁸²

Zynisch gesagt, wäre solcher "Geist" im Ernstfall wohl auch nötig gewesen. Nach Ansicht General Deims, für die operative Planung in der NVA zuständig, hätte man in der DDR im Kriegsfall unter der Zivilbevölkerung und in den Streitkräften mit personellen Verlusten in einer Größe von 40-60 % rechnen müssen. Auf einem Viertel der Fläche hätten Brände getobt, 80 % des DDR-Territoriums wären nuklear verseucht worden.⁴⁸³ Die Zahlen sind denjenigen, die "massenhaft Opferbereitschaft und Heldentum" hervorzubringen hatten, allerdings nie mitgeteilt worden. Bei der Rollenverteilung im "Dialog" zum sozialistischen Dauerthema "Sozialismus und Frieden" kam der DDR-Bevölkerung lediglich der Part des Claqueurs und einer ansonsten zu vernachlässigenden Restgröße zu, zwar betroffen, an sich aber unzuständig und nicht befugt, sich zu äußern.

⁴⁸² K. Held, H. Friedrich, D. Pietsch, Politische Bildung und Erziehung..., a.a.O., S. 208

⁴⁸³ Vgl. H.W. Deim, Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel..., a.a.O., S. 325 – Deim weist an anderer Stelle auf den Anteil der Zivilbevölkerung unter den Kriegsoptionen hin, der ausgehend von 5% im Ersten Weltkrieg über 50% im Zweiten Weltkrieg auf 90% im Vietnamkrieg angewachsen sei. Zugleich sieht er auf die Zahl der Kriegstoten bezogen zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg eine Tendenz zur Verfünffachung, so daß er hochgerechnet bei einem Dritten Weltkrieg, ausgetragen mit herkömmlichen Waffen, auf eine Zahl von 250 bis 300 Millionen Kriegsoptionen kommt – wobei die DDR aufgrund ihrer geographischen Lage in der wahrscheinlichen Zone der erbittertsten Kampfhandlungen besonders betroffen sein würde (W. Deim, Strategisches, operatives und taktisches Denken in der NVA, a. a. O., S. 127, 128).

Zuständig für das sog. "Friedensproblem", das aus marxistischer Sicht aus der "Rüstungs- und Kriegspolitik des Imperialismus" erwuchs, war wie immer die Partei. Sie hatte dem zentralistischen Prinzip gemäß den Sektor "Friedensforschung" institutionalisiert⁴⁸⁴, von ihr wurden die Themen der "Friedens-

484

Die DDR-spezifische "Friedensforschung" war zum einen auf dem universitären Sektor angesiedelt, als "Zentraler Arbeitskreis Friedensforschung" an der Humboldt-Universität in Berlin und beim Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam, zum anderen im "Institut für Internationale Politik und Wirtschaft" (IPW) in Ost-Berlin und im "Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften".

Was sich in der DDR offiziell Friedensforschung nannte, war vor dem Hintergrund dessen, daß der marxistischen Gesellschaftsanalyse gemäß Krieg als eine gesetzmäßige Erscheinung der Klassengesellschaft und der Frieden als eine solche des Kommunismus und als Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse zu sehen war, immer nur im Rahmen dieses "Friedenskampfes" denkbar. Sie definierte sich damit in Abgrenzung zur Friedensforschung im Westen per se als "anti-imperialistisch". Die "bürgerliche Friedensforschung" in ihrer vermeintlich politisch-neutralen Haltung, sich in humanistischer Gesinnung für den Frieden in der Welt zu engagieren, aber eben ohne die marxistische Erkenntnis, den Frieden nur auf der Grundlage des anti-imperialistischen Kampfes der Arbeiterklasse verwirklichen zu können, galt der DDR-Friedensforschung als suspekt, als letztlich immer noch eingebunden in die Gesellschaftsordnung, der sie entstammte. Sie blieb dem "bürgerlichen Denken" verhaftet unhistorisch und war damit Ausdruck eines subjektiven Idealismus, der nicht erkannte, daß die Wurzeln des Krieges in der vom Imperialismus ausgehenden ständigen Bedrohung des Friedens als dem Haupthindernis des gesellschaftlichen Fortschritts lagen. Insofern gab es zwar Interesse an Kontakten zur Friedensforschung in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland, aber keineswegs einen Gleichklang westlicher und marxistischer Friedensforschung. Genaugenommen zeigte sich die DDR-Friedensforschung eher als Reflex auf die westdeutsche Friedensforschung, deren Themen sie von ihrem Klassenstandpunkt aus einer kritischen Betrachtung unterzog, denn als eigene Forschungsrichtung.

Entsprechend spät, Mitte der achtziger Jahre, gründeten sich auch erst die genannten Forschungseinrichtungen. Im "Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung" (seit 1987) arbeiteten u. a. mehrere der als "Reformer" geltenden Offiziere von der Militärakademie "Friedrich Engels" mit, so der stv. Kommandeur, Generalmajor R. Lehmann, der Lehrstuhlleiter in der Sektion Gesellschaftswissenschaften, Kapitän z. S. Prof. Dr. M. Scheler und der in der Wende als "Dissident" bekannt gewordene Fregattenkapitän Dr. S. Fischer. Scheler galt als Kopf der Reformer, er hatte sich zusammen mit weiteren Lehroffizieren der Militärakademie bereits seit 1981 in zahlreichen Abhandlungen aus marxistisch-leninistischer Sicht mit dem Thema "Krieg und Frieden" beschäftigt, zuletzt in dem Band "Frieden, Krieg, Streitkräfte" (Berlin 1989, Militärverlag der DDR). Seine Auffassung, daß ein atomarer Krieg die Selbstvernichtung der Menschheit bedeuten würde, der Krieg folglich nicht länger die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein könne und es deshalb nichts wichtigeres als den Frieden gebe, war als Erkenntnis nicht gerade neu. Sie wurde allerdings von manchen "Betonköpfen" im MfNV wohl nicht geteilt und Schelers Appell, im deutsch-deutschen Dialog eine "klassen- und weltanschauungsübergreifende Koalition der Vernunft und des Realismus für den den Frieden zu schaffen, entsprach auch nicht der bis dahin gewohnten Diktion, erst der "Friedenskampf der Arbeiterklasse" und die Verwirklichung des Sozialismus garantiere den Frieden. Der behauptete Vorrang der "allgemeinmenschlichen Interessen" vor dem Klasseninteresse stellte insofern schon einen konzeptionellen Wendepunkt im Sinne des Neuen Denkens dar. Nur läßt sich nicht erkennen, daß Scheler mit seiner Argumentation in der Partei hätte auf Widerstand stoßen müssen.

strategie" definiert. Fragen zur DDR-"Landesverteidigung" gehörten nicht dazu. Der Kreis der "Friedensforscher" setzte sich aus profilierten Experten des Partei- und Staatsapparates, des Wissenschaftsbereichs und der Armee zusammen. Einmischung "von außen" war nicht vorgesehen.⁴⁸⁵ Daß es sie trotz aller Repressalien und Einschüchterung unter dem Dach der Evangelischen Kirche doch gab, war ein Ärgernis, im Blick auf die vermeintliche Bedeutungslosigkeit dieser Szene aus SED-Sicht aber politisch nicht relevant.

Da militärische Daten, selbst Angaben zur Truppenstärke der NVA oder zum Verteidigungshaushalt der DDR geheim waren, lag das Expertise-Monopol in den sicherheits- und militärpolitischen Fragen bei der Partei und den ihr zuarbeitenden Institutionen wie dem MfNV, dem IPW etc. Deren Darstellungen und Bedrohungsanalysen ließen sich natürlich nicht auf ihren Realitätsbezug hin überprüfen. Daß die Bedrohungsdefinitionen und die daraus abgeleiteten Folgerungen für die außen- und militärpolitische Doktrin nicht anzuzweifeln waren, wurde von vornherein unterstellt. Alternativen waren nicht zugelassen, die öffentliche Diskussion der Grundfragen der eigenen Sicherheit und der Armee war tabu.

Es ist einleuchtend, daß die SED daran auch kein Interesse haben konnte. Eine in dieser Hinsicht ungesteuerte Diskussion hätte sie in die unangenehme Lage gebracht, die eigene Verteidigungsstrategie erläutern und rechtfertigen zu müssen. Da die Militärs selbst kein schlüssiges Konzept für eine sinnvolle Verteidigung hatten, wäre die Widersprüchlichkeit der militärischen Planung schnell deutlich geworden. Das hätte vermutlich eine Lawine an Fragen, Kritik und Protest in der Bevölkerung losgetreten und zu kontroversen Auseinandersetzungen über die Rationalität der eigenen Sicherheitspolitik bzw. dessen, was man bis dahin dafür hielt, führen können. Inwieweit das angesichts der totalen Einbindung in die sowjetische Militärpolitik überhaupt zulässig und möglich gewesen wäre, mag dahingestellt bleiben. Als Quintessenz all dieser Überlegungen war jedenfalls auszuschließen, daß auf dem Ostberliner "Platz der Republik" wie 1983 im Bonner Hofgarten einige hunderttausend Menschen gegen die Risiken der Nachrüstung-"Ost" demonstriert hätten.

Schelers Ausführungen lehnen sich eng an Gorbatschows Neues Denken an, lagen aber auch durchaus nicht quer zur offiziellen Linie der SED, ein Nuklearkrieg sei nicht zu gewinnen, deshalb müsse der Sozialismus alle Anstrengungen darauf richten, ihn zu verhindern. Honecker selbst hatte sich Anfang der achtziger Jahre auf die Verantwortung der Deutschen für den Frieden bezogen für eine "Koalition der Vernunft", ausgesprochen. 1985 kam es zu einer gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des SED-Generalsekretärs, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg, sondern müsse Frieden ausgehen. Ausdruck des Umdenkens in Richtung einer Politik des Dialogs war nicht zuletzt auch das SED – SPD Papier "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" von 1987. Es ist sicherlich nicht zu bestreiten, daß Schelers Gedanken nicht unumstritten waren, innerparteilich und mehr noch in der Armee. Sie waren aber –vor der Wende– auch nicht "revolutionär" in dem Sinne, daß hier kritische Intellektuelle unter den Militärs gegen die dogmatische Haltung der Parteiführung opponiert hätten.

485

Siehe das Beispiel W. Templin, ehemals wissenschaftlicher Mitarbeiter an der AdW, nach seiner Kritik an der SED, Parteiaustritt und als Aktivist in der Friedensbewegung ohne jede Chance, noch eine adäquate Beschäftigung auf dem Wissenschaftssektor zu finden, geschweige denn im Kreis der "Friedensforscher" Gehör zu finden.

Daß es in der Armee keine Debatte zur Notwendigkeit oder politischen Akzeptanz der Rüstungsmaßnahmen geben konnte, geschweige denn zu den Risiken und Konsequenzen der militärischen Einsatzplanungen, lag auf der Hand. Die Entscheidungen der Parteiführung zur Militär- und Sicherheitspolitik waren nicht zu diskutieren, sondern als "Aufgaben" zu bearbeiten und zu erfüllen. Eine derartige Diskussion wäre aber auch undenkbar gewesen, weil der Diskussionsansatz der DDR-"Friedensgruppen" im Offizierkorps keinen Widerhall gefunden hätte. Im Glauben an die auf die Bewahrung des Friedens und den Schutz des Sozialismus gerichtete "Friedenspolitik der SED" und im Vertrauen in ihre Führung gab es gar keinen Grund zur kritischen Auseinandersetzung über die Prämissen der nationalen Sicherheitspolitik.

Der gewaltige Material- und Mitteleinsatz im eigenen militärischen Bereich belegte aber auch sichtbar die offensichtlichen Aggressionsabsichten des Gegners und die von dieser Bedrohung ausgehende Gefahr. Die diesem Gegner zugeschriebene Absicht, zur Beseitigung des Kommunismus einen Kernwaffenkrieg vorzubereiten und entfesseln zu wollen, stempelte ihn überdies zum hassenswerten Feind. Sein Vorhaben bestätigte die Leninsche These, daß Krieg im Kapitalismus kein Zufall, sondern eine unvermeidliche, immer wiederkehrende Etappe ist. Die so sichtbare, auch moralische Überlegenheit der sozialistischen Weltanschauung forderte geradezu auf, in der ideologischen Auseinandersetzung Partei zu ergreifen. Wo die nationale, die gesellschaftliche und nicht zuletzt die Existenz des Sozialismus selbst in seiner die ganze Menschheit betreffenden "historischen Funktion der Friedenssicherung" in Frage gestellt war, drückte sich in kritischer Distanz eine negative, ja feindliche Haltung aus. Insofern ließ das Bewußtsein, auf der "richtigen Seite zu stehen", auch die Disziplinierung und die Unterdrückung der "staatsfeindlichen Aktivitäten" der Friedensaktivisten in den autonomen Gruppen als vom Zweck her gerechtfertigt erscheinen.

Das hohe Maß an Identifikationsbereitschaft mit den politischen und ideologischen Zielsetzungen der SED bestätigte naturgemäß den Eindruck, daß das NVA-Offizierkorps der Partei in Treue ergeben war, die NVA also eine "Parteiarmee" war. Daran hätte es allerdings ohnehin keinen Zweifel geben können. Denn davon abgesehen, daß Streitkräfte allgemein als "staatstragend" und "konservativ" gelten, sorgte die für die sozialistischen Staaten typische Unterstellung aller staatlichen Bereiche unter die Führung der Partei in sehr konkreter Weise dafür, daß der Primat der Politik vom Militär rückhaltlos anerkannt wurde. Dadurch daß "Parteitreue" zum Synonym für "Staatstreue" wurde, war es undenkbar, im Staatsapparat, noch dazu in leitender Funktion, in Opposition zur Politik der Partei oder etwa gar zur Partei selbst zu stehen. Der Ideologie folgend war alles im Staat "Partei". Insofern bringt die Bezeichnung "Parteiarmee" keinerlei Erkenntnisgewinn. Wenn der Terminus "Parteiarmee", als handle es sich um eine Abweichung vom Normalen, suggerieren will, es hätte Alternativen zu dieser "Armee der SED" gegeben, so stellt das die Dinge auf den Kopf. Die totale Einbindung aller gesellschaftlichen Führungsschichten, also auch der militärischen, in die Partei war der "Normalzustand". Von daher konnte die NVA im "SED-Staat" DDR nie etwas anderes sein als "Parteiarmee".

4.4. Ideologische Ausrichtung und politisches Selbstverständnis des Offizierskorps der NVA

Von manchen NVA-Offizieren, oft gerade solchen aus dem oberen Führungsbereich der Armee, wurde im Nachhinein besonders betont, „alle Probleme der Gesellschaft der DDR“ hätten auch in die Streitkräfte durchgeschlagen. Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre, vor allem seit dem Amtsantritt Gorbatschows, sei die Unzufriedenheit mit der Entwicklung in der DDR auch in der NVA spürbar gewesen. „Die gesamtgesellschaftliche Veränderung des Wertesystems griff auch auf das Offizierskorps über und verlieh vor allem den Sinnfragen eine neue Dominanz.“⁴⁸⁶

Es wäre interessant gewesen, zu erfahren, wo und wie sich die „gesamtgesellschaftliche Veränderung des Wertesystems“ im Offizierskorps gezeigt haben soll. Die jüngeren Offiziere auf den unteren und mittleren Führungsebenen hatten zweifellos nicht in allem dasselbe Berufs- und Selbstverständnis wie ihre einer ganz anderen Generation angehörenden Vorgesetzten in Leitungsfunktionen. Es wäre auch insgesamt völlig verfehlt, im NVA-Offizierskorps einen monolithischen Block mit einem einheitlichen Selbstverständnis sehen zu wollen. Immerhin bestand aber doch wohl über die Generationenunterschiede hinweg die gemeinsame Überzeugung „...auf der richtigen Seite zu leben und für eine gerechte Sache zu streiten.“⁴⁸⁷ Daß man damit dem DDR-Sozialismus allgemein und der SED-„Friedenspolitik“ im besonderen prinzipiell positiv gegenüberstand, jedenfalls keine Nähe zu denen hatte, die eine andere Republik wollten, liegt auf der Hand. „...Es war [...] unstreitig so, daß die Berufssoldaten der NVA der Partei- und Staatsführung lange Zeit vertrauten...Die Auffassung, in einem Unrechtsstaat zu leben und damit auch in einer Unrechtsarmee zu dienen, hat sicher bei einzelnen wehrpflichtigen Soldaten eine Rolle gespielt; eine signifikante Größe war sie im Gesamtgefüge des politischen Bewußtseins der Angehörigen der NVA jedoch nicht...“⁴⁸⁸

Wie auch, wäre zu fragen, wenn sich das „Gesamtgefüge des politischen Bewußtseins der Angehörigen der NVA“ im wesentlichen aus den ideologischen Versatzstücken der SED und dem parteioffiziellen Weltbild von „Aktueller Kamera“ und Neuem Deutschland zusammensetzte. Andere Informationen standen kaum zur Verfügung. Da man in der NVA über die Planungen der eigenen Führung immer nur soweit informiert war, wie es zur Erfüllung der gestellten Aufgabe notwendig war, gaben die Verlautbarungen der PHV –als neben den staatlichen Medien im Prinzip einziger Informationsquelle– gerade dort Orientierung, wo sich die Offiziere als Experten auf sicherheitspolitischem Gebiet selbst politisch-militärischen Sachverstand zusprachen.

⁴⁸⁶ H.-W. Weber, Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel, a.a.O., S. 52

⁴⁸⁷ K.Held/H.Friedrich/D.Pietsch, Politische Bildung und Erziehung in der Nationalen Volksarmee, a.a.O., S. 231

⁴⁸⁸ K. Held, Soldat des Volkes..., a.a.O., S. 70

Der "normale" Offizier in der Truppe oder in einem untergeordneten Stab lebte in dem abgeschotteten Bereich seiner militärischen Welt unter einer ideologischen Käseglocke, ohne daß ihm das unbedingt hätte bewußt werden müssen. Da, wo es offensichtlich war, daß sie ihm übergestülpt werden sollte, im Politunterricht oder bei der "Gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung", war der geistigen Gleichschaltung noch am ehesten zu entgehen. Nach Schilderung von ehemaligen NVA-Offizieren hat die in der Durchführung und vom Inhalt her stereotype Form der politischen Schulung wohl keine große Begeisterung aufkommen lassen. Die meisten Offiziere hätten sie als "Pflichtveranstaltung" über sich ergehen lassen oder versucht, sich als "dienstlich unabhkömmlich" davor zu drücken.⁴⁸⁹ Damit waren sie allerdings noch nicht in "geistiger Distanz" zu der Weltsicht, die ihnen vermittelt werden sollte.

Die Indoktrination wirkte auf weit subtilere Weise. Allein schon die soziale Ghettosituation und die daraus resultierende "Binnenorientierung" des militärischen Bereichs machte es unmöglich, der politisch-ideologischen Beeinflussung zu entkommen. Mochte in den Veranstaltungen zur Politischen Bildung noch manche "Wahrheit" der Partei zu durchschauen gewesen sein, auf der informellen Ebene, im Meinungsaustausch untereinander zu Fragen der Sicherheit bzw. der militärischen Bedrohung, mußte man zwangsläufig auf Argumente zurückgreifen, die von der Agitationsabteilung im MfNV geliefert wurden⁴⁹⁰ - das wird jedenfalls unter der Überschrift "Wir haben es nicht besser gewußt" im Nachhinein von den NVA-Militärs angeführt.

Das Informations- und Meinungsmonopol der PHV habe alternativen Auffassungen keinen Raum gelassen. Die Analysen ihres militärisch-wissenschaftlichen Apparates und Umfeldes⁴⁹¹ zur Sicherheits- und Militärpolitik hätten sich dem eigenen Urteil entzogen und schon deshalb überzeugt, weil man ihnen nichts entgegenzusetzen gehabt hätte.⁴⁹² Im übrigen sei die Argumentation des Polit-

⁴⁸⁹ Vgl. K.Held/H.Friedrich/D.Pietsch, Politische Bildung und Erziehung in der Nationalen Volksarmee, a.a.O., S. 217; H.-W. Weber, Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel, a.a.O., S. 50; R.Volk/T.Squarr, Zum inneren Zustand der NVA, a.a.O., S. 238 ff

⁴⁹⁰ Den Offizieren wurde im Rahmen der "gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung" von der PHV erarbeitetes Studienmaterial an die Hand gegeben, das dem Bild der wirtschaftlich leistungsstarken, aufblühenden DDR und der Friedensstrategie der sozialistischen Militärkoalition die aggressive Politik der NATO und ihrer Planung für einen Kreuzzug gegen den Kommunismus entgegenstellte. Solche "Informationen" wurden eindrucksvoll gestützt durch die Berichterstattung in den DDR-Medien und oft auch -dann natürlich besonders glaubwürdig- durch kritische TV-Sendungen zur NATO-Militärstrategie im BRD-Fernsehen.

⁴⁹¹ Auch das, was unter "Kulturarbeit" und "kultureller Betreuung" firmierte -vom Kino über die Bibliothek, die "künstlerischen Arbeitsgemeinschaften", die Clubräume oder die Gaststätte im Clubhaus bis hin zu den Armee-Sportvereinen- lief in Regie der PHV.

⁴⁹² Auch das Militärpressewesen unterstand der PHV. Zu berücksichtigen ist, daß es auch und gerade den Offizieren untersagt war, Westfernsehen zu sehen. Daß sich alle daran gehalten haben, wird nicht anzunehmen sein, die überwiegende Mehrheit dürfte es aber tatsächlich nicht gesehen haben. Bei denjenigen, die dem Verf. bestätigten, doch ab und an "auf Sendung" gewesen zu sein, überwog, daß man sich Unterhaltungssendungen angesehen habe, insbesondere amerikanische Spielfilme und "Krimis". Bei politischen

apparates gar nicht so ohne weiteres als Indoktrination zu erkennen gewesen. Die "Informationen" seien bei aller Einseitigkeit in der Regel ja auch zutreffend gewesen, sie hätten folglich als Fakten gegolten. Die sicherheitspolitischen Darstellungen der PHV seien deshalb keineswegs als Propaganda abgetan worden, sondern abzüglich der üblichen Politparolen geglaubt und ernst genommen worden.

Als lediglich "staatsbürgerliche Bildungseinrichtung" wäre der Politapparat allerdings völlig überdimensioniert gewesen. Schon sein Vorhandensein –einzigartig im gesamten Staatsapparat– war der sichtbare Beweis dafür, daß sich die Partei auf die politisch-ideologische Beeinflussung allein auch nicht verließ.⁴⁹³ Ihr ging es vor allem darum, in der Armee ihren Führungsanspruch durchzusetzen, und der wurde in keinem anderen Bereich des Staates mit solch personellem und finan-
ziellem Aufwand demonstriert wie in den Streitkräften. Den Politorganen sollen neben anderem Personal ca. 5000 Offiziere angehört haben, allein je vier Generäle an der Spitze jeder Teilstreitkraft, in der Politischen Hauptverwaltung im Ministerium habe es noch einmal Planstellen für 10 Generäle und 88 Oberste gegeben.⁴⁹⁴

Zusätzlich bestanden auf allen Stufen, von der Kompanie bis zum Ministerium militärspezifische SED-Parteiorganisationen (GO) und schließlich trat in der Truppe auch noch die "Kampfbewachung der Partei", die FDJ, an, um mit "Jugendinitiativen" und "Kampfprogrammen" die "Einheit von Partei, Volk und Armee" vor Augen zu führen. Wie zu erwarten, waren andere Parteien oder Gruppierungen nicht zugelassen, es ging um "die Verwirklichung der Führung durch die SED als wichtigste Quelle der Kraft der NVA".

Sendungen habe man insgeheim doch unterstellt, daß es sich um "bewußte Desinformation" handeln könne. Viele Offiziere haben Westfernsehen wohl auch deshalb nicht eingeschaltet, weil die Gefahr bestand, daß dies hätte bemerkt werden können: durch ein Verplappern der Kinder, durch das versehentlich noch eingestellte Programm am Gerät oder auch nur dadurch, daß der Fernseher spätabends noch gelaufen wäre - das DDR-Fernsehen beendete sein Programm relativ früh...

⁴⁹³ Genau den Eindruck bekommt man allerdings meistens bei den Beiträgen ehemaliger Politoffiziere, als Beispiel die ansonsten sehr instruktive Arbeit der Autoren K. Held, D. Pietsch und H. Friedrich, Politische Bildung und Erziehung in der Volksarmee, a.a.O.

Ihr Beitrag erhebt zwar nicht den Anspruch, sich umfassend mit der Rolle der Politischen Hauptverwaltung (PHV) im MfNV zu beschäftigen. Der Politapparat erscheint jedoch dadurch, daß er lediglich als Organisationsstruktur für "politische Bildung und Erziehung" dargestellt wird, als zwar Propaganda und Indoktrination betreibender, aber insgesamt eher harmloser Ableger der Partei in den Streitkräften. Der Politapparat hatte aber keineswegs den Charakter einer Volkshochschule, ihm kamen nicht von ungefähr Sonderrechte und ein im Ministerium herausgehobener Status zu.

⁴⁹⁴ Vgl. K. Held, H. Friedrich, D. Pietsch, Politische Bildung und Erziehung in der Nationalen Volksarmee, a.a.O. S., 209; vgl. auch H. Hampel, Im Ministerium für Nationale Verteidigung, a.a.O., S. 187

Die Politoffiziere trugen zwar Uniform, blieben aber dennoch laut Definition Parteifunktionäre.⁴⁹⁵ Sie waren als "Stellvertreter des Kommandeurs für politische Arbeit" dem Kommandeur formal unterstellt, tatsächlich jedoch dem nächsthöheren Politorgan. Die Politische Hauptverwaltung als oberste Instanz gehörte zwar zum Ministerium, unterstand aber nur dem Zentralkomitee.⁴⁹⁶ Kurz gesagt waren die "Politorgane" Teil des Parteiapparates der SED.

Nach glaubwürdigen Schilderungen ehemaliger NVA-Offiziere hielten es die Politoffiziere, vor allem wohl die jüngeren, in erster Linie für ihre Aufgabe, das "Klima" in der Truppe im Sinne der Partei zu beeinflussen. Das schloß die Anleitung und Kontrolle der politischen Schulung und die propagandistische "Überzeugungsarbeit" ein, bezog sich aber darüber hinausgehend auch auf die Betreuung in der Freizeit, auf die Organisation von "Wettbewerben", auf "Kulturarbeit", auf Beistand bei sozialen Problemen, allgemein auf solche Maßnahmen, die als förderlich betrachtet wurden für "die Herausbildung sozialistischer Soldatenpersönlichkeiten und die Formierung kampfstarker militärischer Kollektive". Man sah sich in dem an sich in militärisch-technischen Kategorien definierten System insofern nicht als Fremdkörper, sondern in Ergänzung der funktional militärischen Aufgabenstellungen als Spezialist für die politisch-ideologische Arbeit. Ziel war ein "hohes Klassen- und Staatsbewußtsein", Disziplin und eine stabile Kampfmoral, man hatte "einen spezifischen Beitrag zur Sicherung der Gefechtsbereitschaft und der Erhöhung der Kampfkraft der NVA" zu leisten.⁴⁹⁷

"Von wenigen, charakterlich bedingten Ausnahmen abgesehen, hatten die Politoffiziere schon von sich aus nicht die Absicht, sich vom übrigen Offizierskorps abzuheben."⁴⁹⁸ Das gelang ihnen aus Sicht der Truppe wohl nicht immer. "Eine besondere Kategorie, deutlich getrennt von den "Fachoffizieren", bildeten die Politoffiziere...", so der ehemalige NVA-Konteradmiral G. Pöschel: "Die nicht faßbare, aber deutlich vorhandene Trennungslinie zwischen Politoffizier und Fachoffizier wurde ständig angegriffen. Dabei ging der Angriff permanent gegen die Militärs mit dem Argument, daß diese ihre militärischen Aufgaben immer mit der politischen Beeinflussung und Aufklärung der Unterstellten zu verbinden hätten. Das Flüchten in das Nur-Militärische sei ein Ignorieren der führenden Rolle der Partei in den Streitkräften."⁴⁹⁹

⁴⁹⁵ "Politarbeiter: Bezeichnung für Leiter und Mitarbeiter der Politorgane in der nationalen Volksarmee, hauptamtliche Sekretäre der Partei- und FDJ-Organisationen und gesellschaftswissenschaftliche Lehrkräfte in Ausbildungseinheiten, militärischen Lehr- einrichtungen sowie gesellschaftswissenschaftlichen Lehr- und Forschungseinrichtungen ... Sie sind Parteifunktionäre und entsprechend ihren Aufgaben und Tätigkeitsmerkmalen auch militärische Vorgesetzte." (Militärlexikon, Berlin 1973, a. a. O., Stichwort "Politarbeiter", S. 297)

⁴⁹⁶ Die PHV hatte den Status einer SED-Bezirksorganisation, ihr Chef war ZK- Mitglied.

⁴⁹⁷ Militärlexikon, a.a.O., Stichwort "politische Schulung", S. 297

⁴⁹⁸ K. Held, H. Friedrich, D. Pietsch, Politische Bildung und Erziehung in der Nationalen Volksarmee, a.a.O. S., 207

⁴⁹⁹ G. Pöschel, Seefahrt macht frei..., a.a.O., S. 160

Pöschel versucht nicht den Eindruck zu erwecken, bei den Politoffizieren habe man es mit einer besonderen Spezies fanatisch engstirniger Parteiideologen zu tun gehabt. Natürlich habe es unter ihnen auch Offiziere gegeben, mit denen man frei und offen über seine Auffassungen hätte sprechen können. "Es waren in der Regel solche, die selbst ihre Zweifel mit sich herumtrugen und die nicht hinter jeder Kritik, anderen Auffassung oder Ablehnung von politischen Maßnahmen immer gleich den "Klassenfeind" witterten."⁵⁰⁰ Viele hätten sich ehrlich bemüht, das Vertrauen der Truppe zu gewinnen, nicht nur "über die Dinge zu reden", sondern sich für positive Veränderungen einzusetzen. Manche hätten sogar, um "dazu zu gehören", neben ihrer Qualifikation als Politoffizier noch zusätzliche Prüfungen abgelegt haben, etwa das Patent als Schiffs- oder Flugzeugführer.⁵⁰¹

Dennoch, auf Seiten der professionellen Militärs scheint ganz unabhängig von der Persönlichkeit des jeweiligen Politoffiziers die "nicht faßbare, aber deutlich vorhandene Trennungslinie"⁵⁰² unterschwellig immer vorhanden gewesen zu sein. Verständlicherweise, denn wenn die Politoffiziere selbst das auch nicht wahrhaben wollten, sie wurden zunächst einmal als das gesehen, was sie in der Tat waren, Kontrollorgane der Partei.

Die "Politniks" mochten mit der "politisch-moralischen und psychologischen Vorbereitung auf die Anforderungen des Gefechts" –wenn das denn hätte gelingen können– auf die Kriegssituation bezogen eine wichtige Aufgabe gehabt haben, für das organisatorisch-technisch bestimmte Management moderner Streitkräfte waren sie allerdings gelinde gesagt entbehrlich. Trotzdem dominierte letztlich der Politapparat über den militärischen. Die politische Verwaltung hatte zwar militärfachlich keine Machtbefugnisse, aber sie hatte Einfluß. Keine Beförderung ohne die Stellungnahme der zuständigen Politorgane. Wer vorwärtskommen wollte, brauchte das Placet der politischen Verwaltung. Nicht nur das, es war offiziell Aufgabe der Politorgane, die dienstliche Tätigkeit der "Nur-Militärs" hinsichtlich ihrer "Leistungs- und Verhaltenseigenschaften" und des Zustands des von ihnen verantworteten Aufgabenbereichs zu beurteilen.⁵⁰³

Was unter Umgehung des militärischen Dienstwegs über ihn "nach oben" gemeldet wurde –in der Politischen Hauptverwaltung direkt zur Sicherheitsabteilung im ZK– erfuhr der Betreffende nicht. Es ließ sich jedoch unschwer erraten. Es wird wohl nicht so selten gewesen sein, daß, wer in die Auswahl kommen wollte, sich um eine positive Beurteilung und die entsprechende Geisteshaltung bemüht hat, sicher eher in vorauseilendem Gehorsam als in der kritischen Auseinander-

⁵⁰⁰ Ebda.

⁵⁰¹ Ebda., S. 159

⁵⁰² Ebda

⁵⁰³ Vgl. den "Beschuß des Politbüros des ZK der SED" vom 14. Januar 1958, auszugsweise abgedruckt in Schriften des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Armee für Frieden und Sozialismus - Geschichte der Nationalen Volksarmee, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik (VEB), Berlin 1985, S.166: "...Die Parteiorganisationen haben das Recht, in Parteiversammlungen kritisch die Ergebnisse der Erziehung und Ausbildung, den Zustand der Einsatzbereitschaft und die dienstliche Tätigkeit aller Offiziere zu beurteilen sowie Vorschläge zur Verbesserung zu machen..."

setzung mit den Forderungen der Partei. Allein schon das Wissen darum, in seiner militärischen Karriere permanent der Kontrolle durch die Partei unterworfen zu sein, dürfte gereicht haben, die unablässig verschärften Forderungen "von oben" bereitwillig zu akzeptieren und nach unten rigoros durchzusetzen.

"War man an Bord", so der schon genannte Admiral Pöschel "als Politstellvertreter noch Einzelkämpfer, so arbeitete in den Truppenteilen und Verbänden der Politarbeiter im Schoß einer ganzen Politabteilung, mit einem Leiter an der Spitze. Die Gegensätze in den Ansichten zeigten sich hier besonders gegenüber dem Stab, der vom Stabschef geleitet wurde. Das Dreigespann Kommandeur-Leiter der Politabteilung-Stabschef bestimmte das Klima im jeweiligen Truppenteil beziehungsweise Verband. Nichts Schlimmeres, als wenn bei einer notwendigen Entscheidung des Kommandeurs dieser ängstlich zum Leiter der Politabteilung blickte, um dessen Gesichtsausdruck zu registrieren, um sofort bereit zu sein, auf dessen Einwände ("aus der Sicht der Partei") und in dessen Sinne einzugehen. Auch solche Situationen habe ich erlebt. Hier regierte dann der Leiter der Politabteilung und nicht der Kommandeur. Eine solche Lage färbte sehr oft auf die anderen Politoffiziere ab, die dann der Meinung waren, auch ihre Äußerungen, Hinweise und Bemerkungen müßten sofort und ohne Diskussion als das wahre Wort der Partei angesehen und berücksichtigt werden."⁵⁰⁴

Solch unterwürfige Ergebenheit mochte manchem aktiven Offizier gegen seine Vorstellungen von Ehre und Moral gehen, aus Sicht der Partei war sie jedoch keineswegs anstößig, sondern Ausdruck "politischer Reife": "Militärische Führungsentscheidungen im Frieden sind mehr denn je politische Führungsentscheidungen, selbst auf der taktischen Ebene eines Kommandanten. Tiefgründige weltanschauliche und politische Kenntnisse, Einfühlungsvermögen und die Fähigkeit zur richtigen Bewertung politischer Ereignisse und der Führungsentscheidungen von Partei und Regierung sowie der militärischen Vorgesetzten sind unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tätigkeit..."⁵⁰⁵

Wie die Führungsentscheidungen von Partei, Regierung und den militärischen Vorgesetzten "richtig" zu bewerten waren, ergab sich aus dem Hauptziel der politisch-moralischen und psychologischen Vorbereitung auf das Gefecht, der sog. "Kampfsicherheit": "...unbedingtes Vertrauen in die Partei-, Staats- und militärische Führung..."⁵⁰⁶

Selbstverständlich ist nicht in Abrede zu stellen, daß man sich im NVA-Offizierkorps seine Gedanken gemacht hat zur SED-Politik. Daß sich dabei bei manchem Offizier Verdrossenheit einstellte, ist anzunehmen, lag aber weniger am Kurs der Partei als daran, daß die alles und jedes begleitende ideologische Ausrichtung

⁵⁰⁴ G. Pöschel, Seefahrt macht frei..., a.a.O., S. 159 f

⁵⁰⁵ H. Berger, Anforderungen an Offiziere in Führungsorganen bei der Führung von Flottenkräften unter Friedensbedingungen, in: Militärakademie "Friedrich Engels", Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz am 9.Juni 1987, S. 88 - 97, hier S. 89; H. Berger gehörte als Dozent zur Militärakademie "Friedrich Engels", er war Kapitän zur See und Politoffizier.

⁵⁰⁶ Ebda., S. 91

immer weniger Bezug hatte zu den Fragen, die wirklich interessierten. Man hatte unter dem Druck seiner täglichen Pflichten andere Sorgen und konnte die selbstgefälligen Phrasen und das Gerede von dem, was Überzeugung zu sein hatte, nicht mehr hören, offenbar nicht einmal mehr im Kreise der Generalität.⁵⁰⁷ Jeder wußte, daß es in den Streitkräften an allen Ecken und Enden "klemmte" und mit der "Schönrederei" des Politapparates die tatsächlichen Probleme nur verkleistert wurden. Die Talfahrt der DDR-Wirtschaft wirkte sich inzwischen auch unmittelbar auf die Truppe aus, sichtbar in den Versorgungsmängeln und im chronischen Fehlbestand von mehr als 10000 Soldaten, die Jahr für Jahr in die Industrieproduktion abgestellt werden mußten und in der Truppe fehlten. Dazu kam, daß der ideologische Druck durch den Politapparat spürbar zunahm. Unter anderem sollten im Herbst 1989 die SED-Parteibücher umgetauscht werden, wobei zuvor persönliche Gespräche mit der Parteileitung zu führen waren. Manch einer dürfte sich mit Verärgerung gefragt haben, ob diese Partei noch seine Partei war: anstatt endlich die längst überfällige Reform der Dienstorganisation und die Verbesserung der unzumutbaren Arbeitsbedingungen in Angriff zu nehmen, sollte unliebsame Kritik wieder einmal mit dem Knüttel der Parteiräson zum Schweigen gebracht werden. Von daher nimmt es nicht wunder, wenn auch in der Armee die Stimmung an der Parteibasis immer gereizter wurde – nur war diese Unzufriedenheit nicht identisch mit der DDR-Verdrossenheit in der Bevölkerung, wie sie sich dann in der Wende mit dem Ruf "Wir sind das Volk" Luft machte.

Offen angesprochen wurden die Probleme im Kreise der Offiziere wohl nur selten: Die vermutete oder tatsächliche Bspitzelung durch spezielle "STASI"-Offiziere und "Informelle Mitarbeiter" unter den eigenen "Kameraden" hätte eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Heuchelei entstehen lassen, der Angst, seine ehrliche Meinung zu sagen.⁵⁰⁸ Es habe zwar je nach Persönlichkeit des Kommandeurs Freiräume gegeben, die in einem vertrauensvollen und offenen Klima den freimütigen Gedankenaustausch zugelassen hätten, sicher sei das aber nicht gewesen. Die Grenzen der freien Meinungsäußerung seien eng gezogen gewesen, Parteiverfahren und auch Entlassungen wegen von der Parteilinie abweichender Positionen oder auch nur kritischer Äußerungen seien keineswegs selten gewesen. Wer als Offizier die Politik der SED in Frage gestellt hätte, dem habe gedroht, aus der Partei und damit aus der Armee und seinem sozialen Umfeld verstoßen zu werden.

Es ist insofern verständlich, daß man im Offizierkorps, bei aller Abneigung gegen die "Politniks" und ihre ideologische Schurigelei, kein Interesse daran haben konnte, die Dinge kritisch zu hinterfragen oder gar "heiße Eisen" anzufassen. Wollte man Karriere machen, war das adäquate politisch-ideologische Selbstverständnis *conditio sine qua non*. Es reichte nicht, politisch nicht aufzufallen, man mußte sich im Blick auf die dienstliche Beurteilung hinsichtlich der politisch-ideologischen Zuverlässigkeit schon engagiert zeigen. Ob es einem nun schwerfiel, sich in Parteidisziplin und im Nachbeten der ideologischen Versatz-

⁵⁰⁷ Den Eindruck hatte der Verf. im Gespräch mit einigen der Offiziere

⁵⁰⁸ Vgl. H.-W. Weber, Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel, a.a.O., S. 51 f

stücke zu üben, oder ob Opportunismus und vorauseilender Gehorsam dafür sorgten, sich widerspruchslos unterzuordnen, man kam letztlich nicht daran vorbei, Farbe bekennen zu müssen. Das sprach sicher mehr für die Einstellung, sich weitgehend unkritisch auf die Sicht der politischen und militärischen Führung einzulassen als dafür, es besser wissen zu wollen als “die wissenschaftliche und weitsichtige Militärpolitik der SED”.

Daß die vermeintlich objektiven Einschätzungen der Politischen Verwaltung auch dann geglaubt worden sind, wenn dem widersprechende Informationen, etwa Berichte in den Westmedien, Anlaß zum Zweifel hätten sein müssen, ist durchaus plausibel. Angesichts der ideologisch untermauerten Bedrohungshysterie und der ohnehin überall gewitterten “ideologischen Diversion” gab es wenig Grund, der “Feindpropaganda” mehr zu glauben als dem oft gut gemachten –mit TV-Zuschnitts von markigen Reden westlicher Politiker und Militärs und militärische Stärke demonstrierender NATO-Manöver– Agitationsmaterial der PHV.

Es wird heute allerdings auch betont, man habe oftmals eben doch gewußt, daß die administrierte “Wahrheit” nicht den Tatsachen entsprochen habe, eine Situation, die nicht wenige in innere Konflikte gestürzt habe, “...viele, die es besser wußten, schwiegen um der Sache willen, an die sie ja noch glaubten. Und so schwieg die Mehrheit, viele prügeln sich selbst auf die Linie der Partei...”⁵⁰⁹

Das klingt dramatisch und ist treffend beschrieben: es entsprach exakt der von Kindheit an eingeblauten Parteidisziplin, auch dann, wenn die Partei objektiv im Unrecht war, man vielleicht sogar selbst darunter zu leiden hatte, “um der Sache” willen zu schweigen. Wer die Partei kritisierte, unterminierte ihre “Einheit und Geschlossenheit” und arbeitete damit dem Klassenfeind in die Hände. Also schwieg man.

Die Frage ist nur, wie man sich verhalten hätte, wenn man allen Grund zu einer kritischeren Sicht des Verhaltens der Partei gehabt hätte. Dafür gibt es durchaus Beispiele: In der NVA ist weder die Niederschlagung des “Prager Frühlings” auf nennenswerten Widerspruch gestoßen noch die zumindest zeitweilig erwogene Intervention der WVO in Polen 1981, immerhin jeweils der massive Eingriff in die Souveränität eines sozialistischen Staates, eines Staates, mit dem die DDR angeblich eine “tiefe und unverbrüchliche Freundschaft” verband. Es gab auch keinen Grund zu der Annahme, das NVA-Offizierkorps sei, weil darauf nicht vorbereitet, zutiefst verunsichert gewesen, gegen die “Bruderarmeen” vorgehen zu sollen – gegen Truppen, mit denen man im Kriegsfall Seite an Seite hätte kämpfen sollen und zu deren Offizieren durch vielfältige persönliche Begegnungen kameradschaftlich freundschaftliche Beziehungen bestanden.⁵¹⁰ Dort, wo in

⁵⁰⁹ Ebda.

⁵¹⁰ Daß an der politischen Zuverlässigkeit der NVA nicht zu zweifeln gewesen wäre, wenn sie zum Einsatz gekommen wäre, dürfte sicher gewesen sein. Im Falle der Tschechoslowakei standen die NVA-Einheiten marschbereit in ihren Bereitstellungsräumen wenige Kilometer vor der tschechischen Grenze und hatten es nur der wohl besseren Einsicht der sowjetischen Führung zu verdanken, daß sie nicht mit in die CSSR einrückten. Der damalige DDR-Verteidigungsminister Hoffmann und andere hohe Offiziere aus dem

einigen wenigen Fällen Einwände gegen die Intervention in der Tschechoslowakei laut geworden waren, setzte man sich im Offizierkorps nicht mit dieser Kritik auseinander, sondern von Parteiseite mit den Kritikern. Die Offiziere, die sich nicht einmal öffentlich, sondern lediglich im "Kameraden"-Kreise kritisch zur Parteilinie geäußert hatten, wurden aus der Partei und aus der NVA entlassen⁵¹¹ – nicht mit Duldung der militärischen Führung, sondern von ihr veranlaßt.

Die Behauptung, daß "viele", ja "die Mehrheit" im NVA-Offizierkorps geschwiegen habe, weil sie in besagter "geistiger Distanz" zur SED-Politik den Zwiespalt zwischen der Parteilinie und den eigenen Wertvorstellungen in dieser Weise als bedrückend empfunden haben, dürfte mehr zur Legendenbildung taugen als zu belegen sein. Die sicherlich nicht repräsentativen, aber doch aufschlußreichen Äußerungen altgedienter NVA-Offiziere nach der Wende ließen denn auch erkennen, daß das realsozialistische Gedankengut nach wie vor in den Köpfen spukte, die Indoktrination also durchaus Wirkung gehabt hat – im Blick auf 30 bis 40 Jahre ideologische Deformierung auch kein Wunder.

Die politisch-ideologische Ausrichtung dürfte schon deshalb nicht spurlos an den NVA-"Berufskadern" vorbeigegangen sein, weil sich die "Bildungs- und Erziehungs"-Konzeption des Militärs in Ziel und Inhalt nicht prinzipiell unterschied von der in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Die offiziell geltenden Wertvorstellungen waren für Armee und zivile Gesellschaft identisch. Folgt man der Dissonanztheorie⁵¹², hätte es darum als eher unwahrscheinlich gelten können, daß von der administrierten "Wahrheit" der Parteilinie abweichende Wahrnehmungen als für das eigene Selbstverständnis so "dissonant" empfunden worden wären, daß man seine Position hätte überprüfen müssen. Das Gegenteil war zu erwarten. Das über Jahre hin geprägte sozialistische Bewußtsein förderte naturgemäß die selektive Wahrnehmung, so daß politische Zusammenhänge, durch den Filter der vorgegebenen ideologischen Deutungsmuster betrachtet, in der Weise erkannt und ins politisch-ideologische Schwarz-Weiß Raster eingeordnet wurden, wie es politisch gewünscht war – Ausnahmen mögen die Regel bestätigen.

Wenn mit Unzufriedenheit mehr gemeint ist als nur Verdrossenheit über die Dienstzeitregelung und Arbeitsbedingungen, dann sind konkrete Fälle, in denen Unmut über die Haltung der Partei und das Verhalten ihrer Führung laut wurde,

Ministerium hatten die Truppen in ihren Bereitstellungsräumen in den Wäldern noch aufgesucht und mit "markigen Ansprachen" auf die Situation vorbereitet.

Hinsichtlich einer Intervention der WVO in Polen sollen NVA-Verbände 1981 wochenlang in "Erhöhter Gefechtsbereitschaft" gestanden haben.

⁵¹¹ Es wurden insgesamt 12 NVA-Offiziere gemäßregelt, 7 davon mit Entlassung und Parteiausschluß

⁵¹² "Theorie der kognitiven Dissonanz", von L. Festinger entwickelte Theorie zur Erklärung von Einstellungs- und Verhaltensänderungen. Nach der Dissonanztheorie drängt die Widersprüchlichkeit "inkonsistenter (dissonanter) kognitiver Bewußtseins-elemente" nach ihrer Auflösung: entweder als Bestätigung der bisherigen Erfahrung durch selektive Wahrnehmung oder bei nicht möglicher Bestätigung als Anpassung an die Situation durch Änderung des Verhaltens.

erst unmittelbar vor bzw. in der "Wende" zu registrieren. Daß von den Offizieren in höherer Verantwortung, auf der Generals- und Admiralsebene, die offenkundigen Mißstände bei der Umsetzung der Parteibeschlüsse und die allseits bekannten Widersprüche zwischen der SED-Propaganda und der realsozialistischen Wirklichkeit um der Sache willen deutlich zur Sprache gebracht worden wären, ist nicht bekannt. Es sei schmerzlich gewesen, so die larmoyante Rechtfertigung der Nachwendezeit, "die Fehlentwicklung des Staates und das stalinistische Machtverständnis sowie deren Konsequenzen für die NVA erkennen zu müssen..."⁵¹³ Vermutlich weit schmerzlicher, aber hinsichtlich des idealsozialistischen Anspruchs auch glaubwürdiger, wäre es gewesen, wenn man in der NVA-Generalität im einen oder anderen Falle aus der oben geschilderten, offenbar doch persönlich belastenden Konfliktsituation schon vor der Wende die Konsequenzen für sich selbst gezogen und seinen Hut genommen hätte.

Es war allerdings wohl eher so wie es einer der Betroffenen selbst beschreibt: "...immer mehr blieb und wurde man abhängiger von diesem System, das diese Abhängigkeit in vielfältiger Art und Weise herzustellen verstand. Die Frage nach dem Bruch mit dem System, dem Aufgeben des Erreichten in den Streitkräften ist immer auch eine Frage nach dem sozialen Absturz und der Existenzfrage für die Familie. In dieser Gesellschaft hieß es: entweder für uns oder gegen uns! Der Mut zum Aufbegehren, zum Verlassen der Streitkräfte wurde nicht aufgebracht, zumal auch erst in den letzten Jahren überhaupt solche Gedanken aufkamen. Von Schopenhauer stammt der Rat: 'Je hartnäckiger aber ein Irrtum festgehalten wurde, desto beschämender wird nachher die Überführung. Bei einem umgestoßenen System wie bei einer geschlagenen Armee ist der Klügste, wer zuerst davonläuft.' Aber: Man lief eben so schnell nicht weg von dieser NVA"⁵¹⁴ - wohl auch nicht, weil man bis zuletzt nicht sah, daß das System umgestoßen war...

Die politische Kritiklosigkeit der NVA-Generalität, ob nun angeblich aus innerer Überzeugung, als Ausdruck von Parteidisziplin oder als Folge der ideologischen Gleichschaltung, wäre natürlich auch schlicht als Resultat der opportunistischen Grundhaltung zu erklären, seine Karriere nicht gefährden zu wollen. "Natürlich", weil kein Anwärter auf eine gehobene Position in der Armee auf die Idee gekommen wäre, er könne sich eine andere Meinung als die der Partei leisten. Man konnte sich alles mögliche leisten, selbst auf der Nomenklaturebene und dort am ehesten⁵¹⁵, wenn nur an einem nicht zu zweifeln war, an der Ergebenheit der Partei gegenüber.

⁵¹³ So der schon genannte ehemalige Direktor des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, Generalmajor R. Brühl (R. Brühl, Die Nationale Volksarmee der DDR. Anmerkungen zu Ihrem Platz in der Geschichte, a.a.O., S. 13 - 36, hier S. 28.

⁵¹⁴ G. Pöschel, Seefahrt macht frei! Leider nicht immer... Über die Volksmarine der NVA, in: M. Backerra (Hrsg.), NVA - Ein Rückblick auf die Zukunft..., a.a.O., S. 149-177, hier S. 177

⁵¹⁵ Es gab genügend Beispiele dafür, daß in der NVA selbst gröbste Verstöße, die an anderer Stelle jederzeit für eine Entlassung gereicht hätten, nicht einmal als Karrierehindernis betrachtet wurden – als Beispiel: das Familienmitglied eines stellv. Ministers beging

Wer zum engeren Kreis der Armeeführung gehörte, hatte auch allen Grund, sich mit Kritik an dem System, zu dessen Repräsentant er inzwischen selbst aufgestiegen war, zurückzuhalten. Er hatte eine für DDR-Verhältnisse steile Karriere gemacht, nicht denkbar ohne die Partei. Insofern verdankte er ihr nicht nur viel, er stand in seiner Spitzenstellung auch für die Politik und das Programm der SED. Offenbar in grenzenlosem "Treu und Glauben" gegenüber der Parteiführung, selbst dann, als in der "Wende" von Führung keine Rede mehr sein konnte.

Daß die NVA-Führungsspitze andere Informationsmöglichkeiten hatte als das Gros der Offiziere in der Truppe oder in untergeordneten Stäben, bedeutete nicht, ihr Bild von der politischen Lage und von der Situation in der DDR habe sich wesentlich von dem der Parteiführung unterschieden. Man sah zwar mit den immer größer werdenden Mängeln der "ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung" die sich verschärfenden Probleme der DDR-Industrieproduktion, den Verfall des staatlichen Planungssystems, allgemein, daß in Staat und Armee Reformen dringend notwendig waren. Das hieß aber nicht, daß man die Entwicklung in der Sowjetunion begrüßt oder auch nur mit Sympathie verfolgt hätte, im Gegenteil. Die NVA-Führung orientierte sich am wie geschildert nicht gerade Gorbatschow-freundlichen Vorbild der sowjetischen Militärs.⁵¹⁶

Daß die Identifizierung mit dem System und der Politik der SED die NVA-Führung bei der Herstellung der deutschen Einheit in den Kreis derer brachte, die mit dem Untergang des DDR-Staatssystems "Amt und Würden" verloren, ist in der Konsequenz nur folgerichtig. Ihr allerdings nachträglich allen Ernstes vorzuhalten, sie hätte sich von der Identifizierung mit dem SED-Regime "befreien" müssen⁵¹⁷, verkennt völlig, daß sie sich ja selbst als Teil dieses Regimes begriff. Ausgerechnet von der Führung einer sozialistischen Armee zu erwarten, sie würde sich gegen das System stellen, ist wirklichkeitsfremd: Beim Interview mit mehreren ehemals hochrangigen NVA-Generälen zwei Jahre nach der Wende reagierten ausnahmslos alle Offiziere absolut verständnislos auf die Frage, ob die NVA-Führung im Herbst 1989 bei der Sprachlosigkeit der politischen Führung nicht überlegt habe, selbst die Initiative zu ergreifen, sei es nun, "um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen" oder um im Sinne der "Reformer" eine Ablösung im Politbüro herbeizuführen. Derartige Überlegungen habe es nie gegeben, man

"Republikflucht", der Karriere des Generals schadete das keineswegs (die Namen der Personen sind dem Verf. bekannt).

Umgekehrt endete die bis dahin vielversprechende Karriere eines Oberstleutnants abrupt, als er in seiner Dissertation zu dem Ergebnis kam, daß die DDR mit dem Einsatz nuklearer Waffen nicht zu verteidigen sei. Er erhielt zwar seinen Doktorhut, die Arbeit landete aber im "Giftschrank" der Militärakademie und er wurde aus der Armee entlassen (es handelt sich um den ehemaligen NVA-Oberstleutnant Machon, der unter dem letzten DDR-Verteidigungsminister Eppelmann im Juni 1990 zum Direktor des NVA-internen Abrüstungsinstituts IKOS in Dresden ernannt wurde).

⁵¹⁶ Gorbatschow gilt in den entsprechenden "Kreisen" in Strausberg bis heute als Totengräber der Sowjetunion

⁵¹⁷ Vgl. D. Bald, Militär im Nachkriegsdeutschland - Bundeswehr und Nationale Volksarmee, in ders. (Hrsg.), S. 115 - 138, hier S. 120

könne sich auch nicht vorstellen, daß die NVA oder einzelne Offiziere in Spitzenstellungen jemals ohne politischen Auftrag gehandelt oder sich gar gegen die Partei gestellt hätten.

Um in dieser Hinsicht noch einmal auf das schon genannte Zitat des NVA-Generals Brühl zur Rolle des NVA-Offizierkorps in der politischen Wende 1989/90 zurückzukommen: "In der NVA wurde die Notwendigkeit grundlegender Reformen in Staat und Gesellschaft erkannt. Zwar wurde die Armee kein Motor dieser Reformen, marschierte sie nicht im Geiste Scharnhorsts an der Spitze des Fortschritts, aber sie begann mit Reformen an sich selbst und war -eingedenk ihres Namens "Volksarmee"- weder bereit noch willens, sich dem Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung zu widersetzen oder gar mit militärischer Gewalt gegen das eigene Volk vorzugehen. Sie erhielt von ihrer politischen Führung auch keinen Befehl dazu..."⁵¹⁸

"Gott sei Dank", möchte man sagen, sonst hätte sich der Führung in Strausberg doch noch die "Gretchenfrage" gestellt, wem sie hätte gehorchen sollen, den Befehlen von oben oder dem Druck von unten.

⁵¹⁸ R. Brühl, Die Nationale Volksarmee der DDR. Anmerkungen zu Ihrem Platz in der Geschichte, a.a.O., S. 32 f

5. Die NVA im politischen Umbruch des Herbstes 1989

5.1. Die Situation im Vorfeld der "Wende"

Im Ministerium für Nationale Verteidigung wurde die seit August 1989 sichtbare Zuspitzung der politischen Situation in der DDR⁵¹⁹ nur am Rande zur Kenntnis genommen. Man bereitete sich auf den 40. Jahrestag der Republik vor und demonstrierte ansonsten mit gewohnter Betriebsamkeit "business as usual": neben mehreren Stabstrainings stand die jährliche Auswertung des Ausbildungsjahres an, bis Ende September waren die Planbeiträge zu den Fünfjahrplan-Vorschlägen 1991-1996 zu "präzisieren"⁵²⁰, die 40. Sitzung des Militärrates der VSK Anfang Oktober in Warschau und die Abstimmung innerhalb der WVO zur 4. Runde der Wiener Verhandlungen⁵²¹ waren vorzubereiten und die Ausarbeitung der neuen STAN mußte abgeschlossen werden⁵²², um ab Dezember mit der Umstrukturierung der Streitkräfte entsprechend der "Struktur 95" beginnen zu können - man hatte ausreichend zu tun und schien andere Probleme zu haben, als sich über die Stimmungslage im Lande und die Motive derer Gedanken zu machen, die als republikflüchtige "Verräter" der DDR den Rücken kehrten.

Der Eindruck täuschte. Die anhaltende Fluchtwelle hatte bereits die Armee erreicht und gab offensichtlich selbst denen zu denken, die bis dahin der Politik der Partei vertraut hatten.⁵²³ Bei der großen Zahl von DDR-Flüchtigen, so viel

⁵¹⁹ Gemeint ist die Öffnung der ungarischen Grenze nach Österreich am 11. September 1989. Allein innerhalb der ersten drei Tage nutzten mehr als 13000 DDR-Bürger die Gelegenheit zur Flucht in die Bundesrepublik. Zuvor waren über die seit Mai 1989 im Abbau befindlichen Grenzanlagen nach Österreich bereits ca. 1600 DDR-Flüchtlinge in den Westen gelangt, allein im August nochmals etwa 3000. Am 24. August erhielten 108 DDR-Bürger aus der deutschen Botschaft in Budapest die Ausreisegenehmigung nach Wien. Zur gleichen Zeit hielten sich noch Hunderte in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin und in den deutschen Botschaften in Prag und Warschau auf.

⁵²⁰ Vgl. MfNV, Befehl Nr. 64/89 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Weiterführung der Ausarbeitung der Fünfjahresplanvorschläge... vom 24. Juni 1989, BA/MA AZN 31907, Bl. 258-268 – GVS-Nr.: A 767 679, 1. Ausfertigung

⁵²¹ Vgl. Schreiben MfNV/Keßler an E. Krenz v. 06. 11. 1989, in: BA/ MA AZN 32665, Bl. 211 – Tagebuch-Nr.: A- 272 /89

⁵²² STAN: übliche Abkürzung für die Stärke- und Ausrüstungsnachweise der Streitkräfte; wichtig waren vor allem die darin enthaltenen neuen Stellenpläne. Vgl. dazu: MfNV, 1. Durchführungsanordnung des Stellvertreters des Ministers und Chef des Hauptstabes vom 21.03.1989 zum Befehl Nr. 24/89 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Ausarbeitung der Struktur 95 der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR, BA/MA AZN 31906, Bl. 133-146, GVS-Nr.: A 760 301, 1. Ausfertigung, Terminplan Bl. 138; siehe auch BA/MA AZN 31906, Bl. 161,162 – GVS-Nr.: C 976 780 1. Ausfertigung, Bl. 07

⁵²³ Vgl. T. Hoffmann, a.a.O., S. 20; die Zahl -Anfang Juli bis Mitte Oktober- 88 gelungene bzw. versuchte Fahnenfluchten, davon 26 Berufssoldaten, darunter auch höhere Offiziere. Vgl. zum Stimmungs- und Meinungsbild der NVA-Angehörigen die täglichen Informationen des Ministeriums für Staatssicherheit und auch der PHV in der NVA (BA/MA AZN P-2673)

war klar, reichte es nicht, die Ursachen des Problems lediglich auf Seiten der Republikflüchtigen zu suchen, die Partei mußte sich schon selbst kritisch fragen lassen, warum gerade so viele junge Menschen ihr den Rücken kehrten. Auf Unverständnis stieß vor allem die politische Bewegungslosigkeit, mit der die DDR vor den Augen der Weltöffentlichkeit der anscheinend unaufhaltsam eskalierenden Entwicklung der Ereignisse zusah. Man erwartete nicht nur in den oberen Rängen der Armee, aber natürlich dort vor allem, eine Erklärung zu den Vorgängen und "Orientierung" dazu, wie es denn nun weitergehen solle. Wenn mit der Politik der Partei die Glaubwürdigkeit der Offiziere, die diese Politik zu vertreten hatten, nicht vollends in Zweifel gezogen werden sollte, ging für die militärische Führungsspitze kein Weg daran vorbei, sich zur Situation zu äußern.

Eine solche Stellungnahme, als "prinzipielle Rede zur Lage und zu den Problemen des Landes" angekündigt⁵²⁴, wurde denn auch am 8. September vom Minister auf einer Kommandeurstagung im MfNV in Strausberg abgegeben. General Keßler habe dabei allerdings -so sein Nachfolger Admiral Theodor Hoffmann- in seinem enttäuschend nichtssagenden Vortrag keinerlei Orientierung zu den Ursachen der Krise und zu den weiteren Absichten der Parteiführung gegeben. Bezeichnenderweise habe die versammelte Generalität und Admiralität aber auch nicht näher nachgefragt oder gar Kritik "an dieser höchst unrealistischen Betrachtungsweise des Ministers" geübt.⁵²⁵

Beides war kaum anders zu erwarten. Das Politbüromitglied Keßler vertrat selbstverständlich die Linie der Parteiführung, im übrigen sicherlich aus innerer Überzeugung. Als Honecker freundschaftlich verbunden, in Partei und Armee ein Mann der ersten Stunde, kannte Keßler keine Zweifel an der Sache, für die er stand. In seiner "Analyse" der Lage im Lande sei es, so Hoffmann, wie üblich um die "Entlarvung des Imperialismus" gegangen. "Als mögliche Motive für die vielen Jugendlichen, die das Land verließen, wurden Abenteuerlust und das Ausweichen vor persönlichen Schwierigkeiten ("Freundin geschwängert") neben Verärgerung über mißliche Erscheinungen und grundsätzlichem Haß auf den Sozialismus benannt. Die wirklichen, die entscheidenden Ursachen wurden nicht benannt."⁵²⁶

Daß sich die Generalität damit zufrieden gab, entsprach dem in derartigen Veranstaltungen gewohnten Ritual. Die Sitzungen waren im Ablauf in allen Details exakt vorbereitet: es wurden ein oder mehrere Referate gehalten, danach erfolgte eine Aussprache, die denen, die sich dazu berufen fühlten, Gelegenheit gab, die Linie des Referats noch einmal zu bestätigen, spontane oder gar kontroverse Diskussionen waren nicht vorgesehen.

Hoffmanns Enttäuschung, daß Keßler nicht, wie von der Generalität erwartet, "Analysen und ungeschminkte Darstellungen" geliefert habe, war allerdings berechtigt. Keßler und sein erster Stellvertreter Streletz waren über die

⁵²⁴ T. Hoffmann, a. a. O., S. 19

⁵²⁵ Ebda.

⁵²⁶ Ebda., S.20

"entscheidenden Ursachen" weit besser im Bilde als es den Anschein hatte. Ihre regelmäßigen Berichte an Honecker und von Streletz auch an Krenz ("persönlich") belegen, daß sie über die politischen Entwicklungen im sozialistischen Block, insbesondere in Ungarn, gut informiert waren und die dort eingeleiteten politisch-gesellschaftlichen Reformprozesse aufmerksam verfolgten. Einige dieser Berichte lieferten, und dazu brauchte man nicht zwischen den Zeilen zu lesen, eine "ungeschminkte Darstellung" der Probleme, in denen die DDR steckte. Im Bericht des Chefs der Politischen Hauptverwaltung, Generaloberst Brüner, über eine Konferenz der PHV-Chefs der Teilnehmerstaaten der WVO vom 17. bis 19. Mai 1989 in Budapest findet sich in der Anlage die Berühungsansprache des Generalsekretärs der ungarischen KP, Karoly Grosz. Grosz, der als Reformler galt und inzwischen die Bildung unabhängiger politischer Parteien in Ungarn zugelassen hatte, äußerte sich nach der Übersetzung u. a. wie folgt:

"...Wir befinden uns im Prozeß der Erneuerung des Sozialismus. Das Leben hat das so gefordert. Es verlangt ein neues Denken und Handeln. Wir empfinden es als ein Glück, daß es so ist, und betrachten es nicht als eine Niederlage, sondern als eine Forderung der Gegenwart.

Die heutige Zeit wird vor allem durch gegenseitige Kritik gekennzeichnet. Wir müssen sie aufnehmen und uns ihr zuwenden...Ich wünsche nicht die Zeit zurück, wo wir immer "JA" gesagt haben, obwohl wir im eigenen Kopf anders dachten. Leider gab es eine Zeit, wo nicht nur im Militärischen Hierarchie herrschte, sondern auch in der Partei. Wir glaubten, das sei Ausdruck der Einmütigkeit. Es hat sich aber als ein geistiger Graben herausgestellt. In dieser Problematik liegen die wichtigsten Fragen ungarischer Innenpolitik.

... In der Bevölkerung gibt es eine Welle der Unzufriedenheit, die nicht unbegründet ist. ... Man spricht davon, daß der Sozialismus in eine Sackgasse geraten sei. Von jungen Menschen wird diese Auffassung sehr breit aufgenommen. ...

Durch was wird das hervorgerufen? In erster Linie durch die schwere Krise in der Ökonomie des Landes, aber auch durch den Mechanismus des politischen Systems des Sozialismus, der mit sich brachte, daß Einzelne über das Schicksal des Landes entschieden haben. ... Wir stehen unter dem Druck der Massen und der Parteimitglieder, die in einigen Fragen mit dem Strom mitschwimmen. Wenn wir nicht etwas verändern, wird es zu einem Knall kommen..."⁵²⁷

Keßlers und Streletz' "Meldungen" dokumentieren den unaufhaltsamen Zerfall der Macht der kommunistischen Parteien, also der Klammer, die das sozialistische Lager zusammenhalten sollte. Ende September meldet Keßler an Honecker, die neu gebildete, von "Solidarnosc" beherrschte polnische Regierung verfolge als

⁵²⁷

Notiz über die Visite der Chefs der Politischen Hauptverwaltungen beim Generalsekretär des Zentralkomitees der Ungarischen sozialistischen Arbeiterpartei, Genossen Grosz, am 18.05.1989 (nach freier Übersetzung), Anlage 1, in: MfNV/Chef der Politischen Hauptverwaltung der Nationalen Volksarmee, Bericht über die Beratung der Chefs der Politischen Hauptverwaltungen der Armeen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in der Zeit vom 17. bis 19. Mai 1989 in Budapest, BA/MA AZN 32665, Bl. 145, 146

oberstes strategisches Ziel "die Schaffung eines bürgerlich-demokratischen Staates bei gleichzeitigem perspektivisch dauerhaftem Ausschluß der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei von der Machtausübung. ... Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei hat sich im Interesse der Konsolidierung und der schrittweisen erneuten Stärkung ihrer eigenen Führungsrolle in den kommenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der innenpolitischen Lage angepaßt. Ausdruck dafür ist ... der Verzicht auf die führende Rolle in der Gesellschaft."⁵²⁸

Zu Ungarn hatte es in dem schon erwähnten Bericht des Chefs der PHV, Generaloberst Brünner, geheißen: "Seine Darlegungen [des Generalsekretärs der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) Grosz, d. Verf.] sowie das Auftreten der ungarischen Delegation, die geführten Gespräche mit ihr und mit anderen Offizieren der Ungarischen Volksarmee, können als eine Bestätigung der ... ernsten Lage in der USAP und für den Fortbestand des Sozialismus betrachtet werden. Die Partei befindet sich in einer echten 'Defensivposition'. Die Aktivitäten vieler neuentstandener Gruppen, Organisationen und Parteien im engen Zusammenhang mit der ideologischen Diversion des Imperialismus werden unterschätzt."⁵²⁹

Wie man sieht, lief Brünner sehenden Auges in die Katastrophe. Und nicht nur er, auch Keßler und Streletz schienen Grosz' "message" – "Wenn wir nicht etwas verändern, wird es zu einem Knall kommen" – nicht begriffen zu haben: Quintessenz aller Analysen und Schlüssel zum Verständnis dessen, was sich in Ungarn, Polen und mit der Massenflucht aus der DDR nun auch im eigenen Hause zeigte, war und blieb letztendlich doch wieder die strategisch langfristige Zielsetzung des Imperialismus, den Sozialismus zu liquidieren. Der Bedrohung von außen durch die Politik militärischer Stärke entsprach die nicht minder gefährliche Zersetzungsarbeit im Innern durch die "ideologische Diversion". So schreibt Keßler Mitte Mai, knapp zwei Wochen vor dem NATO-Gipfeltreffen am 29./30. Mai 1989, an Honecker:

"Werter Genosse H o n e c k e r !

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten am 29. und 30. Mai 1989 in BRÜSSEL gestatte ich mir, Dir folgendes zu melden:

Durch unsere Aufklärungsorgane konnten die Entwürfe für

- das 'Gesamtkonzept zur Rüstungskontrolle und Abrüstung' sowie
- die 'Erklärung der Staats- und Regierungschefs aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der NATO' beschafft werden.

⁵²⁸ MfNV/Der Minister, Schreiben v. 20.09.1989 an den Generalsekretär der SED ... Genossen Erich Honecker, BA/MA AZN 32666, Bl. 102, 104 – Tagebuch-Nr.: A - 234/89, Bl. 1, 3

⁵²⁹ MfNV/Chef der Politischen Hauptverwaltung der Nationalen Volksarmee, Bericht über die Beratung ..., a.a.O., S. 1, BA/MA AZN 32665, Bl. 141

Aus diesen Entwurfsdokumenten ist ersichtlich, daß

- am Konzept der Politik der Stärke, der Abschreckung und der Vervollkommnung der konventionellen und der nuklearen Streitkräfte festgehalten wird,
- sich die NATO durch die Veränderungen der Innen- und Außenpolitik der UdSSR, der Ungarischen Volksrepublik und der VR Polen in ihrer Politik zur Beseitigung des Sozialismus ermuntert fühlt und
- in der Abrüstungspolitik der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages Ansatzpunkte gesehen werden, um den Sozialismus zu schwächen und die 'weitergesteckten Ziele der NATO zu erreichen' sowie 'die verbleibenden fundamentalen Probleme zu lösen'.

Wörtlich wird hervorgehoben, daß ein neues europäisches Sicherheitssystem angestrebt werde, welches die Überwindung der 'unnatürlichen Teilung Europas, insbesondere Deutschlands,' ermöglichen soll. ... ⁵³⁰

Generaloberst Streletz hatte in seiner Dienstbesprechung im MfNV bereits eine Woche vor Keßler "Orientierung" gegeben, bezeichnender Weise unter der Überschrift "Entwicklung der militärpolitischen Lage":

Die Massenmedien der westlichen Länder, allen voran in der Bundesrepublik, würden mit Blick auf den 40. Jahrestag der Gründung der DDR eine zügellose Hetzkampagne gegen die DDR führen. Der "28. Jahrestag der Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin", die widerrechtlichen Botschaftsbesetzungen und die Umgestaltungsprozesse in der Sowjetunion, Polen und Ungarn würden zum Anlaß genommen, massiv gegen die bewährte Politik von Partei und Regierung Front zu machen. Man rufe zu staatsfeindlichen Handlungen auf und es würden Meldungen und "Situationsberichte" verbreitet, durch die die DDR-Bevölkerung verunsichert und antisozialistische Kräfte zu konterrevolutionären Aktivitäten ermuntert werden sollten.

Leider sei festzustellen, daß ein bestimmter Teil der DDR-Bevölkerung, vor allem aber junge Menschen, Illusionen über das Leben im Westen hätten und dieser konterrevolutionären Hetze unterliegen würden. Sie hätten sich, durch die Westmedien aufgewiegelt, politisch mißbrauchen lassen, die Grenze von Ungarn nach Österreich illegal zu überschreiten. Zugleich würden sich Rundfunk und Fernsehen der BRD als eigentliche Drahtzieher der Fluchtaktionen betätigen, indem sie mehrmals täglich detailgetreu Fluchtwege aufzeigen würden und verschiedene Fluchtmethoden erläuterten.

⁵³⁰

MfNV/Der Minister, Schreiben an den Generalsekretär.. Genossen Erich Honecker v. 17.05.1989, BA/MZAP AZN 32665, Bl. 109 – Tgb.-Nr.: A- 124/89

Ziel der Anti-DDR-Hetze sei es, die Politik von Partei und Regierung zu diskreditieren und die politisch-moralische Einheit zwischen der Partei- und Staatsführung und der Bevölkerung durch das Konstruieren "unüberbrückbarer Gegensätze" zu untergraben. Denn eine politisch starke und sich ökonomisch dynamisch entwickelnde DDR sei für die aggressivsten Kreise des Imperialismus ein Haupthindernis bei der Erreichung ihres strategischen Vorhabens, der Liquidierung des Sozialismus. Deshalb werde der Hauptstoß gegen die führende Rolle der SED in der Gesellschaft geführt. Die Partei- und Staatsführung der DDR solle durch politischen, ideologischen und ökonomischen Druck zur Durchführung von sogenannten "Reformen" gezwungen werden. Man bemühe sich nach Kräften, die von Kontinuität und Erneuerung geprägte Politik der SED zu verfälschen und sie im Gegensatz zur KPdSU, PVAP und USAP als "reform-feindlich" zu diffamieren.⁵³¹

Im Gegensatz zu Honecker, der meinte, man solle den DDR-Flüchtigen keine Träne nachweinen, klopfte sich Streletz immerhin auch an die eigene Brust: "Trotz der verhältnismäßig kleinen Zahl derer, die unser Land verraten, muß uns diese Problematik sicherlich zu denken geben."⁵³² In welche Richtung zu denken war, ergab sich aus der sicheren Gewißheit, auf dem richtigen Weg zu sein: "...noch wirksamere politisch ideologische Arbeit und hohe politische Wachsamkeit!"⁵³³

Daß das nicht reichte, zeigte sich wenige Tage später, als am 11. September für die DDR-Flüchtlinge in Ungarn die Grenze nach Österreich endgültig offen war. Durch das so geöffnete Ventil strömten auf einen Schlag mehr als 10000 Menschen in den Westen. Danach verließen noch täglich fast tausend DDR-Bürger via Ungarn ihr Land.

Generaloberst Streletz, zwei Tage vorher noch ahnungslos zu Besuch beim österreichischen Bundesheer, sah sich ebenso überrascht wie die Genossen im DDR-Politbüro. Das war noch genau einen Monat vorher durch Streletz' Meldung beruhigt worden, in Ungarn blieben die Gesetzesfestlegungen, die das Passieren der Grenze nach Österreich betrafen, im Wesentlichen unverändert in Kraft.⁵³⁴ Folglich glaubte man im Politbüro davon ausgehen zu können, daß man zwar über die Nacht-und-Nebel Aktionen der DDR-Flüchtlinge an der ungarischen Grenze zunächst noch wohl oder übel würde hinwegsehen müssen, der legale Grenzübertritt mit dem DDR-Paß aber weiterhin nicht möglich sein würde.⁵³⁵ Die Frage war, wie es nun weitergehen sollte.

⁵³¹ Siehe Anlage 13.

⁵³² Ebda.

⁵³³ Ebda.

⁵³⁴ MfNV/Der Minister (i.V. Streletz), Schreiben v. 11.08. 1989 an Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED Genossen Egon Krenz, Tgb.-Nr.: A-200/89, Bl.1/2, BA/MZAP AZN 32666, Bl.60, 61.

⁵³⁵ Vgl. G. Schabowski: "...In der Politbürositzung am 4. Mai lieferte uns Armeegeneral Keßler das Alibi. Er erklärte, daß er solide Informationen habe, daß sich trotz Abbaus der befestigten Grenze am Grenzregime selbst nichts ändern werde. Bürger der DDR, die

Dafür daß es in Hinsicht der inzwischen unübersehbar krisenhaften Entwicklung überhaupt irgendeine politische Reaktion gab, sprach zunächst einmal nichts. Honecker soll Krenz unwirsch angefahren haben, vor dem Mauerbau hätten weit mehr Menschen die DDR verlassen, warum also so viel Aufhebens wegen der Flüchtigen gemacht werde. Krenz scheint wegen einer offiziellen Erklärung des Politbüros zur Situation im Lande kein zweites Mal bei seinem Chef vorstellig geworden zu sein, das Thema kam im Politbüro gar nicht erst auf die Tagesordnung. Laut Schabowski seien zwar Anfang September, als Honecker krankheitsbedingt nicht anwesend war, in einer ungewohnt offenen Debatte einige der bekannten Systemmängel zur Sprache gekommen.⁵³⁶ Als sich die Diskussion zu weit entwickelt hätte, sei sie aber von Politbüromitglied Hager wegen der Abwesenheit des Generalsekretärs abgebrochen und später von Honecker selbst als "Grundsatzdebatte" auf den nächsten Parteitag im Mai 1990 verschoben worden. Damit, so Schabowski, "versank die Führung des Landes nach einer kurzen, öffentlich unbemerkten Aufwallung weiter in Sprachlosigkeit."⁵³⁷

Soweit sich überhaupt von "Führung" sprechen ließ. Honecker dirigierte auch vom Krankenbett aus das Politbüro.⁵³⁸ Das zeigte allerdings, wie der Abbruch der Debatte durch Hager ja bewies, auch keinerlei Neigung, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, geschweige denn, eine Kurskorrektur zu verantworten. Indem man nichts tat und die entscheidenden ersten Schritte Honecker überließ, blieb das Risiko kalkulierbar und man selbst auf der vermeintlich sicheren Seite. Gelang es Honecker, die Krise in kontrollierbare Bahnen zu lenken, so behielt auch die Führungsriege im Politbüro ihren Platz. Scheiterte er, kam dem Gesetz der "Nomenklatura" gemäß der Nachfolger aus der Reihe der bisherigen Politbüromitglieder. Die späteren "Verschwörer" Krenz, Schabowski und Lorenz ergriffen die Initiative denn auch erst, als sie ihre Chance sahen, unter dem Druck der Ereignisse an der Spitze eines von ihnen kontrollierten Reformprozesses selbst an die Macht zu gelangen.

Solange die Situation im August/September 1989 noch stabil und beherrschbar zu sein schien, das Risiko persönlichen Scheiterns also größer war als das des Scheiterns Honeckers, bewegte sich insofern im Politbüro nichts. Man wartete Honeckers Rückkehr ab und überließ die Regie der Agitationsabteilung im ZK und ihrem Zugriff auf die Medien. Dementsprechend war dann die "Berichterstattung". Die Folge war, daß der Zynismus einiger Kommentare und

über Ungarn in den Westen zu fliehen versuchen, würden auch künftig von ungarischen Grenzen daran gehindert werden." (G. Schabowski, *Der Absturz*, a.a.O., S. 221). Diese Meldung allein wäre Ende August/Anfang September natürlich nur noch Makulatur gewesen.

Wie mit anderen sozialistischen Staaten bestand auch mit Ungarn ein Abkommen, daß DDR-Staatsbürger nur mit behördlicher Genehmigung in Drittländer ausreisen durften.

⁵³⁶ Vgl. G. Schabowski, *Der Absturz*, a.a.O., S. 228 ff

⁵³⁷ Ebda., S. 230

⁵³⁸ Vgl. ebda., S. 226 ff

die offensichtliche "Volksverdummung" nun erst recht Empörung und Protest in der Bevölkerung hervorriefen.

Die Konzeptionslosigkeit, mit der die DDR auf die Entwicklung in Ungarn und die Botschaftsbesetzungen in Prag, Budapest und Warschau reagierte, ließ bereits die Schwäche im Machtzentrum ahnen. Parteiführung und Regierung waren offensichtlich nicht handlungsfähig, jedenfalls hilflos in ihrer Reaktion auf die anhaltende Massenflucht und hilflos auch in ihrer Unfähigkeit, mit dem Problem umzugehen und sich der Realität zu stellen.

Die war bestürzend genug und für jeden sichtbar, nicht nur im Westfernsehen. Die letztlich borniert selbstgerechte Zweckblindheit, mit der die AgitProp-Abteilung weismachen wollte, es gäbe überhaupt keine Krise, sie existiere nur als Wunschbeobachtung in den Köpfen derer, die den Sozialismus zu Grabe getragen sehen wollten, wurde nicht einmal mehr von der eigenen Partei-Klientel geglaubt. Auch wer die politischen Verhältnisse bis dahin eher unkritisch gesehen hatte, wußte, daß die ja meist Hals über Kopf getürmten Kollegen, Nachbarn oder Freunde in der Regel alles andere waren als oppositionelle "Verräter" und "Asoziale"⁵³⁹. Man mochte ihre Entscheidung ablehnen, doch die Motive waren bekannt, und zu denen und zur Situation in der DDR hätte sich, so die Stimmung an der Parteibasis, eine offene und ehrliche Stellungnahme von der Partei- und Staatsführung erwarten lassen.⁵⁴⁰

Die aber schwieg und verlor durch die verlogene Berichterstattung in den DDR-Medien nicht nur jeden Kredit, sie manövrierte sich durch ihr ignoranten Schweigen auch selbst ins Abseits. Denn während sich die Genossen fragten, ob das Politbüro von allen guten Geistern verlassen sei und überhaupt noch die Lage im Lande kenne, traten die ersten Oppositionsgruppen und kritisch orientierten Initiativgruppen auf den Plan, um den gesellschaftlichen Dialog herzustellen, den das Politbüro glaubte nicht führen zu müssen. Als die Bürgerrechtsgruppe "Neues Forum" am 19. September als "Plattform für einen demokratischen Dialog" zugelassen werden wollte, lehnte das Innenministerium, offenbar überrascht und verunsichert durch die Berichterstattung in den Westmedien⁵⁴¹, den Antrag mit der lahmen Begründung ab, es bestehe "keine gesellschaftliche Notwendigkeit".

⁵³⁹ "Asoziale" meinte im DDR-spezifischen Verständnis nicht unterstes Proletariat, sondern unabhängig von Schichtzugehörigkeit und Bildungsgrad solche Menschen, die sich den Normen sozialistischer Lebensweise, aus welchen Gründen auch immer, nicht anpassen wollten.

⁵⁴⁰ Vgl. beispielsweise bei T. Hoffmann, zu der Zeit noch Chef der Volksmarine: "... Für uns wurde offensichtlich, daß ein großer, zunehmend anwachsender Teil der Bevölkerung das Vertrauen in die Politik von Partei und Regierung verloren hatte und daß die Ursachen für den Ausreisewillen nicht dem "Klassenfeind" oder dem "Verrat der eigenen Bundesgenossen", sondern vor allem den Fehlern und Unzulänglichkeiten der Politik der eigenen Führung anzulasten waren. In den mit allen SED-Mitgliedern im Spätsommer 1989 geführten persönlichen Aussprachen zur Vorbereitung der Parteiwahlen wurde immer wieder die Frage gestellt, ob das Politbüro überhaupt noch die Lage im Lande kenne, jedenfalls scheine es keinen Einfluß mehr auf die Entwicklung der Ereignisse zu nehmen ." (T. Hoffmann, a.a.O., S. 19)

⁵⁴¹ Der Aufruf des Neuen Forums stand als erstes in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

In der Bevölkerung sah man das offensichtlich anders. Der Zulauf beim "Neuen Forum" war enorm. Schon zwei Wochen nach der Ablehnung war die Mitgliedszahl von ursprünglich 30 auf ca. 5000 angewachsen, nach zwei Monaten auf mehr als 200000. Und neben dem "Neuen Forum" formierten sich weitere Initiativgruppen: im Juni war von dem der "STASI" bereits hinreichend bekannten Pfarrer Eppelmann und weiteren Initiatoren aus dem kirchlichen Umfeld der "Demokratische Aufbruch" gegründet worden⁵⁴², im Juli bildete sich der Vorläufer der sozialdemokratischen "SDP", am 1. Oktober trat die "Initiative Frieden und Menschenrechte" mit dem Aufruf "Demokratie Jetzt" als "Bürgerbewegung" an die Öffentlichkeit. Für das Innenministerium war mit der Ablehnung des Antrags, das "Neue Forum" als "Vereinigung" zuzulassen, das Problem insofern nicht vom Tisch: erstmals in der Geschichte der DDR traten politisch unabhängige Bewegungen auf, die sich nicht von der SED vereinnahmen ließen und ihr die führende Rolle streitig machten.

Der Zusammenschluß dieser oppositionellen und/oder Reformkräfte kam keineswegs so überraschend, wie es auf den ersten Blick schien. Die Entwicklungen in Polen und Ungarn zeigten mehr als deutlich –siehe die ständigen Meldungen des MfNV– wohin der Zug der Zeit ging, was der DDR also möglicherweise noch bevorstand. Wenn man die Vorkommnisse in der DDR, vom Eklat bei der Rosa-Luxemburg-Demonstration im Dezember 1988 über den Protest gegen die Wahlfälschungen im Mai bis hin zur legalen oder illegalen "Ausreise" von Zehntausenden, nicht unter der Überschrift "ideologische Diversion" abtat, sondern in der Summe der Ereignisse als alarmierende Symptome des Umschlagens der politischen Stimmungslage in der DDR sah, dann wäre an sich zu erwarten gewesen, daß man sich im Politbüro über das "wie weiter?" Gedanken gemacht hätte. Überraschend war nicht, daß die Bürgerrechtsbewegung in der Öffentlichkeit wie aus dem Nichts auftauchte –das MfS hatte die oppositionellen Gruppen lange im Visier und durch Inoffizielle Mitarbeiter längst unterwandert–, überraschend war, daß sie nicht wieder von der Bildfläche verschwand, sondern sich unter den Augen der DDR-Obrigkeit organisierte, ohne daß dies für sie ernstzunehmende Folgen hatte. Schon die zögerliche Behandlung des Falles "Neues Forum" und der ungewohnt lasche Tenor des Verbots –die tatsächliche Begründung stand im "Neuen Deutschland": "verfassungsfeindlicher Zusammenschluß", nach §107 des Strafgesetzbuches der DDR mit bis zu 12 Jahren Haft bedroht– ließ ahnen, daß man sich im Politbüro über die weitere Vorgehensweise nicht schlüssig war.

Die Lage sei verfahren gewesen, so G. Schabowski⁵⁴³, man habe im Hinblick auf den bevorstehenden 40. Jahrestag der DDR die ohnehin schon angespannte Situation nicht noch weiter anheizen wollen. Abgesehen davon habe man aber auch die systemsprengende Wirkung des Protestes in der Bevölkerung so gar nicht erkannt. Für Honecker und die meisten Politbüromitglieder sei der opposi-

⁵⁴² Als Partei gründete sich der "Demokratische Aufbruch" am 30. 10. 1989 – eine bereits für den 2. 10. anberaumte Gründungsversammlung wurde durch die Sicherheitskräfte gesprengt.

⁵⁴³ G. Schabowski im Gespräch mit dem Verf.

tionelle Kern "ferngesteuert" gewesen und die Masse der Mitläufer, enttäuscht über persönliche Fehlschläge und labil in ihrer sozialistischen Überzeugung, ohnehin ohne Profil. Man habe in ihnen marginale Randgruppen gesehen, in ihrer Öffentlichkeitswirkung zwar ein ständiges Ärgernis, aber keine ernsthafte oder gar existentielle Bedrohung für Staat und Partei. Von daher sei die Auseinandersetzung mit ihnen kein Thema gewesen.

Die Bewegungslosigkeit der Partei- und Staatsführung übertrug sich auf die Armee. Das Ministerium für Nationale Verteidigung war zwar durch die Unterstellung der "Grenztruppen der DDR" unter das MfNV mit der anhaltenden Ausreisewelle unmittelbar konfrontiert. Wie die Ausführungen des Ministers und die Protokolle der Dienstbesprechungen des Chefs Hauptstab zeigen⁵⁴⁴, wurde die politische Entwicklung aber eher beiläufig unter der Rubrik "Feindbild" abgehakt und offiziell zum Teil nicht einmal zur Kenntnis genommen.⁵⁴⁵ Die Führung lag bei der Partei, eigenmächtige Initiativen konnte es nicht geben, und da sich aus Keßlers und Streletz' "militärpolitischer" Lageeinschätzung kein konkreter Handlungsbedarf ergab, sah man auch keinen Grund, sich mehr als dienstlich notwendig mit den Ereignissen zu beschäftigen.

Während die noch kurz zuvor undenkbaren Meldungen und Bilder über den ständig weiter anschwellenden Strom von DDR-Flüchtlingen um die Welt gingen und sich von den ausländischen Reportern kein Mensch mehr für die geplanten Staatsfeierlichkeiten interessierte, lief in den Streitkräften programmgemäß die Vorbereitung darauf an. Die Ehrenparade der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen am 7. Oktober auf der Ostberliner Karl-Marx-Allee hätte im Mittelpunkt des internationalen Medieninteresses stehen sollen. Dem Ereignis

⁵⁴⁴ Vgl. die "Protokolle der Dienstbesprechungen des STMCHS 1989", BA/MA AZN 31492 – GVS- Nr.: A 613 218

⁵⁴⁵ Dazu ist in der wichtigsten NVA-internen Zeitschrift "MILITÄRWESEN", die sich sonst durchaus mit politischen Ereignissen befaßte, sie zumindest in ihrer "Chronik" auflistete und kommentierte, kein Wort zu lesen. Statt dessen feierte sich mit dem System auch seine Armee. Ungeachtet aller politischen Entwicklungen wurden unter dem Motto "40 Jahre Militärpolitik für Frieden und Sozialismus" die längst vorbereiteten Beiträge der militärischen Spitze zum Staatsjubiläum veröffentlicht (Vgl. MW, a.a.O., 33. Jg., H. 9/10 1989.) Noch in der Dezember-Ausgabe 1989 (Heft 12) sind die gewohnten Beiträge zur Erfüllung des "Klassenauftrags" in den Streitkräften zu lesen, aber nicht einmal Hinweise zur "Wende" oder zu der ja inzwischen auch politisch veränderten Situation in der DDR zu entdecken. Erstmals in Heft Januar 1990 (Heft 1) wird in zwei Artikeln zu der inzwischen angelaufenen Militärreform erkennbar, daß sich in der DDR wohl politisch etwas geändert haben muß - die Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs kommen nicht einmal ansatzweise in den Blick, eine kritische Betrachtung der eigenen Rolle gibt es nicht, die Redaktion bittet um Vorschläge für einen zukünftig lebendigeren "wissenschaftlichen Meinungsstreit".

In der "CHRONIK" für Oktober 1989 wird in einer 17-Zeilenmeldung über einen Empfang für die Absolventen der Militärakademien berichtet. Zum Führungswechsel an der Spitze der SED heißt es in einer unscheinbaren 5-Zeilenmeldung: "24.10. Die Volkskammer tritt in Berlin zu ihrer 10. Tagung zusammen. Sie wählt den Generalsekretär des ZK der SED, Egon Krenz, zum Vorsitzenden des Staatsrates und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR." (MW, a.a.O., 34. Jg., H.1/1990, S. 95; vgl. Anlage 51)

angemessen war der Aufwand: die Paradetruppen hatten schon Anfang September Gewehr bei Fuß zu stehen, zum "Vortraining" der Marschblöcke wurde die Autobahn Berliner Ring in Teilabschnitten für 14 Tage gesperrt, danach für eine Woche der Flugplatz Berlin-Schönefeld. Für die teilnehmenden Truppen war "die Mitführung lagerfähiger Lebensmittel entsprechend dem zentralen Speiseplan" zu gewährleisten, für die vermutlich nicht mehr so belastungsfähigen höheren Ränge der Generalität hatte die Reichsbahn den "Speisezug des Ministers" und einen Liegewagen bereitzustellen.⁵⁴⁶

⁵⁴⁶

Alle Angaben: MfNV, Befehl Nr. 83/89 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Ehrenparade der Nationalen Volksarmee am 07.10.1989 vom 19.07.1989, BA/MA AZN 31908, Bl. 043-054 – VVS-Nr.: B 821 729, 1. Ausfertigung)

5.2. Die Einsätze der NVA-"Hundertschaften" im Oktober/November 1989

Das Staatsjubiläum drohte nicht ganz störungsfrei zu verlaufen. Aus Protest gegen die verschleppte Aufklärung der Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen am 7. Mai '89 demonstrierte an jedem 7. eines Monats –also voraussichtlich gerade auch am 40. Jahrestag der DDR– eine Handvoll unerschrockener regimekritischer Grüppchen auf dem Ostberliner "Alex". Während die "Sicherheitsorgane" die Demonstration bis dahin immer nach wenigen Minuten aufgelöst hatten, indem sie die Teilnehmer kurzerhand verhafteten, mußte jetzt damit gerechnet werden, daß sich das Westfernsehen dafür interessieren würde und es dadurch dann möglicherweise zu weiteren Protestkundgebungen würde kommen können. Ging man vor laufenden West-Kameras massiv gegen die Demonstranten vor, dann war das Bild der DDR endgültig ruiniert. Ließ man sie gewähren, so konnte das als ein weiteres Zeichen der Schwäche ausgelegt werden und es stellte sich bei der ohnehin schon bestehenden Sprachlosigkeit im Politbüro die Frage, ob die Staatsmacht noch Herr der Lage ist.

Daß daran nicht zu zweifeln war, machte Honecker mit seiner Rückkehr ins Politbüro Ende September unmißverständlich klar. Die Zügel wurden angezogen, der Staat demonstrierte Härte. "Zwischenfälle" würden nicht zugelassen werden, Volkspolizei, Staatssicherheit und militärische Kräfte standen bereit, um etwaige Demonstrationen auflösen und "Provokateure" dingfest machen zu können. Abgesehen von dem Sonderproblem "Alex", wo ausgesuchte FDJ- und Parteiagigatoren die Demonstranten in politische Grundsatz-Diskussionen zu verwickeln hatten, um dem Protest die Luft zu nehmen, sollte rigoros durchgegriffen werden.⁵⁴⁷ Schon die Zahl der "Einsatzkräfte" und die umfassende Planung der "Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung"⁵⁴⁸ ließ die kompromißlose Gangart ahnen, mit der gegen "provokatorische Handlungen" vorgegangen werden sollte. So aberwitzig sich das angesichts des nicht endenden Exodus aus der DDR auch ausnahm, in den Jubiläums-Feierlichkeiten als "gesellschaftlichem Höhepunkt" sollte sich der "Sozialismus in den Farben der DDR" vor den TV-Kameras der internationalen Öffentlichkeit ohne Mißklang präsentieren können.

Der Mißklang war allerdings mit den in Prag festsitzenden Botschaftsflüchtlings bereits gegeben. Honecker wurde von der tschechoslowakischen Führung gleich

⁵⁴⁷ Vgl. auch bei H.-H. Hertle, Honecker habe nach seiner Rückkehr aus dem Krankenstand die Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen angewiesen, feindliche Aktionen müßten im Keime erstickt werden. Es dürfe keine Massenbasis dafür zugelassen werden, die Organisatoren der konterrevolutionären Tätigkeiten seien zu isolieren. Entsprechend wurde vom MfS als Marschrichtung die Parole ausgegeben, die "feindlich operativen Zusammenschlüsse" mit dem Ziel der Zerschlagung zu "bearbeiten". Siehe H.-H. Hertle, Chronik des Mauerfalls, Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, 7. Aufl. Berlin 1998, S. 78

⁵⁴⁸ Vgl. Befehl Nr. 105/89 des Ministers für Nationale Verteidigung über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung anlässlich des 40. Jahrestags der DDR vom 27.09.1989, BA/MA AZN 31908, Bl. 213 – Nachanfertigung/Urschrift, Vertrauliche Verschlusssache VS-Nr.: B1 224010 1. Ausfertigung, 8 Blatt

am ersten Tag der Wiederaufnahme seiner Dienstgeschäfte⁵⁴⁹ freundlich, aber ultimativ aufgefordert, sich eine Lösung für die unhaltbaren Zustände in der Prager Botschaft der Bundesrepublik einfallen zu lassen. Andernfalls werde Prag das selbst in die Hand nehmen müssen.

Honeckers Plan, das Problem per DDR-Reichsbahn so geräuschlos wie möglich, buchstäblich über Nacht, aus der Welt zu schaffen, war schon gescheitert, bevor die Aktion beginnen konnte. Das Westfernsehen war vor Ort und übertrug live, als Bonns Außenminister Genscher durch sein persönliches Erscheinen in der Prager Botschaft und seine umjubelte Ankündigung der kurz bevorstehenden Ausreise dokumentierte, daß man es dem Bemühen der Bundesrepublik zu verdanken habe, daß das Geschehen doch noch eine Wendung zum Guten genommen habe. Honecker schien, für jeden sichtbar, nachgegeben zu haben, ein weiteres Zeichen der Schwäche und der verfahrenen Lage, in die sich die DDR-Führung manövriert hatte.

Die merkwürdige Lösung, die "Ausreisewilligen" müßten zunächst aus der "Staatsbürgerschaft der DDR" entlassen werden und hätten deshalb aus der CSSR wieder in die DDR einzureisen, um dann erst in die Bundesrepublik abgeschoben zu werden, erwies sich im Nachhinein als schwerwiegender Fehler. Was nach außen als Ausdruck der autonomen Entscheidung der DDR-Regierung politische Stärke demonstrieren sollte, geriet im Innern zum Anlaß dafür, daß die bis dahin gewaltfreie Situation erstmals in eine offen gewaltsame Auseinandersetzung umschlug.

Als in der Nacht vom 4./5. 10. 1989 die zweite Welle der Züge aus Prag mit etwa 11000 Flüchtlingen via Dresden durch die DDR geschleust werden sollten, kam es zu den schwersten Unruhen seit dem 17. Juni 1953. Auslöser war die Schließung der Grenze zur Tschechoslowakei für den paß- und visafreien Verkehr am 3. 10. Damit war die bis dahin problemlose Ausreise für den normalen DDR-Bürger nicht mehr möglich – wer noch nicht im "Westen" war, würde auch nicht mehr dorthin kommen. Durch die Nachrichten im BRD-Fernsehen auf die Durchfahrt der Züge aufmerksam geworden, hatten sich daraufhin Tausende aus allen Gegenden der DDR am Dresdner Hauptbahnhof eingefunden, um bei einem in der Nähe vorgesehenen technischen Halt die Chance für eine Mitfahrt zu suchen.

Um das zu verhindern und die insgesamt wohl aufgeladene Situation nicht aus dem Ruder laufen zu lassen, war vom damaligen SED-Bezirkschef Modrow in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung beim MfNV um Unterstützung des ohnehin schon beträchtlichen Polizeiaufgebotes durch Militär nachgesucht worden.⁵⁵⁰

⁵⁴⁹ Montag, d. 25.9.1989

⁵⁵⁰ Die Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen hatten "Zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung" bei der Vorbereitung und Durchführung der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR bereits mit dem Befehl Honeckers v. 26. 9. 1989 die Führungsbereitschaft herzustellen

Die Bezirkseinsatzleitungen (BEL) waren zivil/militärisch besetzte Institutionen, die dem Nationalen Verteidigungsrat der DDR unterstellt waren. Sie befaßten sich normalerweise

Der Befehl für den NVA-Einsatz in Dresden, verbunden mit der Herstellung der "Erhöhten Gefechtsbereitschaft" für den Militärbezirk III (Leipzig) und weitere Teile der NVA⁵⁵¹, wurde am 4. Oktober gegen 23.30 Uhr von Minister Keßler persönlich gegeben, angeblich auf telefonische Weisung der "Partei- und Staatsführung".⁵⁵²

mit der Planung für den Einsatzfall (Festlegungen zur Umstellung auf die Kriegswirtschaft/ Bevorratung/Mob.- und Zivilschutzmaßnahmen etc.) Vorsitzender der BEL war jeweils der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, im weiteren gehörten dazu der Bürgermeister, der Chef des Wehrbezirkskommandos, der Polizeipräsident des Bezirkes, der Leiter der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit und der Chef der Grenztruppen des Bezirkes. Der Stab des Wehrbezirkskommandos fungierte als Arbeitsorgan der Bezirksleitung dar.

⁵⁵¹ Es wurden 24 "Hundertmann-Einsatzkommandos" gebildet, die zwischen dem 5. und 9. Oktober 1989 in Dresden in unterschiedlicher Stärke als "Sperr- oder Räumketten" und zur Objektsicherung zum Einsatz kamen oder Bereitschaftsräume (außerhalb der Kasernen) bezogen hatten. Zugleich wurden vom 5. 10. an 27 Hundertschaften zur Objektsicherung/Absperrung in Leipzig in Bereitschaft gehalten, weitere 20 bis 30 in Berlin zur Sicherung von Objekten und Zugängen zur Grenze, 3 Hundertschaften am 7. und 8. 10. und noch einmal am 15. 10. in Karl-Marx-Stadt bzw. Plauen zur Räumung bzw. als Objektsicherung und 1 Hundertschaft in Frankfurt/Oder zur Sicherung der Zugdurchfahrt der Botschaftsflüchtlinge aus Warschau.

Vgl. Information des Ausschusses zur Untersuchung von Amtsmißbrauch, Korruption und persönlicher Bereicherung in der NVA an den Runden Tisch am 9. März 1990, in: Militärreform in der DDR, a.a.O., Ausgabe 11/90, S. 2

⁵⁵² So "Neues Deutschland" v. 20./21.1.1990, S.1. Im Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses v. 9.3. 1990, auf den sich die ND-Meldung bezieht, steht allerdings lediglich "...nach einem Telefongespräch, das nach heutiger Erkenntnis zwischen Heinz Keßler und Erich Mielke erfolgte ..."

Laut G. Schabowski, zu der Zeit selbst in die Schußlinie geratener Vorsitzender der Bezirkseinsatzleitung (BEL) in Berlin, hatte Mielke in Honeckers Auftrag die Gesamtleitung: "Die BEL gerieten in Verdacht, in der ersten Oktoberwoche 1989 Einsatzbefehle gegen Demonstranten in Dresden und Berlin verfügt zu haben. Es war damals zu blutigen Ausschreitungen und Massenverhaftungen gekommen. Der Verdacht lag nahe, war aber unzutreffend, wie ich es vor dem Berliner Untersuchungsausschuß über die Vorgänge am 7. und 8. Oktober dargelegt habe. Die Befehlsmöglichkeit über den Einsatz von militärischen Kräften zur Gewährleistung der inneren Sicherheit in einer für die DDR bisher noch nie dagewesenen brisanten Lage hatte sich Honecker als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates nicht aus der Hand nehmen lassen. In seinem Auftrag dirigierte Mielke alle Handlungen der bewaffneten Kräfte in der Woche um den 40. Jahrestag der DDR." (G.Schabowski, Der Absturz, a.a.O., S. 147 f)

Der Einsatz von Kräften der NVA "Zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung" war für den Zeitraum zwischen dem 6. und 9. Oktober bereits vorbereitet durch den entsprechenden Befehl 105/89 des MfNV "Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung anlässlich des 40. Jahrestages der DDR" v. 27.9.1989. Es hieß dort: "Die Bereitstellung von Reserven hat mit dem Ziel zu erfolgen, im Zusammenwirken mit den Kräften des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums des Innern jederzeit zuverlässig Aufgaben zur Gewährleistung der gesamtstaatlichen Sicherheit, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie einer stabilen politischen Lage in der Hauptstadt der DDR, BERLIN, erfüllen zu können." Dazu waren für Berlin schon eine Kompanie des Luftsturmregiments und das Mot.-Schtz Regiment 2 in Stahnsdorf benannt, ansonsten hatte man sich darauf einzustellen, bei Befehl eine höhere Stufe der

Die anlässlich der Generalprobe für die Truppenparade in Berlin anwesenden Chefs oder Stellvertreter der Dienstbereiche des Ministeriums, der Teilstreitkräfte und der Grenztruppen⁵⁵³ wurden vom Minister darüber unterrichtet, daß sich die Sicherheitslage in Dresden zugespitzt habe und deshalb erwogen werde, "nicht-strukturmäßige" NVA-Hundertschaften⁵⁵⁴ zur Unterstützung der Polizei einzusetzen. Mit angesprochen wurden auch denkbare Einsätze bei "Grenzdurchbrüchen", insbesondere am Brandenburger Tor in Berlin.⁵⁵⁵

Folgt man der Darstellung Admiral Hoffmanns, damals noch als Chef der NVA-Volksmarine mit anwesend im Stabswagen des Ministers, so scheint diese "Beratung" schon den Charakter einer Befehlsausgabe gehabt zu haben. Die Meinung der obersten Militärs zur Zweckmäßigkeit, die Armee einzusetzen, sei gespalten gewesen, so Hoffmann⁵⁵⁶. Das habe aber keinen Einfluß gehabt auf die Entscheidungen Keßlers. Die von ihm angeordneten Maßnahmen seien umgehend wirksam geworden, am nächsten Tag habe dem Hauptstab Vollzug gemeldet werden müssen.

Das Kommando über die für Dresden abgestellten Einheiten der NVA⁵⁵⁷ hatte Generalleutnant Gehmert, zu der Zeit Chef der Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden. Gehmert galt als harter Mann und linientreuer Vertreter des Systems.⁵⁵⁸ Er sah die propagierte Einheit von Partei, Volk und Armee realistisch und setzte von vornherein Offiziere ein, teils als reine Offizierskompanien, bei Einheiten mit wehrpflichtigen Soldaten auch in Gruppenführerfunktion.⁵⁵⁹ In

Gefechtsbereitschaft einnehmen zu können. (BA/MA AZN 31908, Bl. 213 - 220, VS-Nr.: B1 224010, 1. Ausf. 8 Blatt, Nachanfertigung; ursprünglich VVS-Nr.: A 472 811 (1030/89).

⁵⁵³ Anwesend waren neben Vizeadmiral Hoffmann, damals noch Chef der Volksmarine, Generaloberst Brünner, Chef der PHV, Generaloberst Steger in Vertretung des Chefs des Hauptstabes, Generaloberst Stechbarth als Chef der Landstreitkräfte, Generalleutnant Berger in Vertretung des Chefs der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, Generaloberst Baumgarten, Chef der Grenztruppen, Generaloberst Goldbach, Chef Technik und Bewaffnung sowie Generalleutnant Grätz, Chef Rückwärtige Dienste

⁵⁵⁴ Unter "nicht-strukturmäßig" war zu verstehen, daß die Einheiten ohne Bezug zu der ihnen sonst eigenen militärischen Struktur und entsprechend auch ohne die jeweilige Bewaffnung (Panzer/Artillerie/usw.) eingesetzt werden sollten. Diese nicht-strukturmäßigen Hundertschaften konnten auf Anforderung der Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen (jeweils die 1. Sekretäre der Bezirke) zur Unterstützung der Volkspolizei abgestellt werden, die sie dann nach Absprache mit der Bezirkseinsatzleitung einsetzte.

⁵⁵⁵ Vgl. T. Hoffmann, a.a.O., S.11

⁵⁵⁶ In dieser Weise äußerte sich Hofmann im Gespräch mit dem Verf.

⁵⁵⁷ Dem Kommando Gehmerts unterstanden die jeweils abgestellten Kräfte der 7. Panzerdivision der Militärakademie Dresden und der Offizierhochschulen Löbau, Kamenz und Bautzen.

⁵⁵⁸ Die Einschätzung stützt sich auf das Urteil von mehreren NVA-Offizieren im Dienstgrad Oberstleutnant bis General, die mit ihm dienstlich zu tun hatten oder ihn auch näher kannten.

⁵⁵⁹ Eine "Gruppe" bestand in der NVA normalerweise aus 8 - 10 Soldaten unter Führung eines Unteroffiziers.

Dresden bestand der Kern der "nicht-strukturmäßigen Hundertschaften" aus politisch zuverlässigen Berufssoldaten, in erster Linie aus dem Stammpersonal der Militärakademie, zum kleineren Teil auch aus "Offizierhörern" der Militärakademie⁵⁶⁰ und Offizierschülern der Offizierhochschulen in Löbau, Kamenz und Bautzen.

Gehmert hatte die Offiziere des Stammpersonals wie auch die Lehrgangsteilnehmer dabei insofern in der Hand, als ihnen zum damaligen Zeitpunkt bei der Weigerung die Entlassung, zumindest aber das Ende ihrer Karriere gedroht hätte. Daß trotz des Drucks mehrere Offizierschüler und einige Offiziere den Einsatz abgelehnt haben, spricht für die moralische Integrität und den persönlichen Mut der Betroffenen. Dies war jedoch die Ausnahme, die Zahl der Offiziere fiel nicht ins Gewicht. Bei der überwiegenden Mehrheit war zu diesem Zeitpunkt an der Loyalität –wenn wohl auch manchmal "zähneknirschend"⁵⁶¹– nicht zu zweifeln.

Mit Auslösung der "Erhöhten Gefechtsbereitschaft" war zugleich der Befehl in Kraft getreten, Waffe und Munition am Mann mitzuführen, 12 Schuß für Pistole und 30 Schuß für Maschinenpistole. Diese Regelung galt für die Teilnehmer an den Einsätzen in der Nacht vom 4. auf den 5. 10. und während des 5. 10. bis zum 6. 10. vormittags. Erst dann wurde der Befehl vom MfNV aufgehoben. Zu dem, was sich während dieser Zeit abgespielt hat, heißt es bei H. Modrow: "... In diesen dramatischen Abend- und Nachtstunden vom 4. zum 5. Oktober stand Gewalt gegen Gewalt. Zum Glück ist es dabei zu keinen Menschenopfern gekommen, auch wenn es Übergriffe gab, die in ihrer Schärfe nicht hätten sein dürfen."⁵⁶²

Nach der Durchfahrt der Züge kehrte nicht etwa Ruhe ein, sondern nun gerieten die Dresdner selbst ins Visier der Polizei, weil ihr allabendlicher Protest gegen das provozierend gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte und die Verhältnisse in Staat und Partei als "unangemeldete" Demonstrationen gewertet wurden. Auch dabei kamen NVA-Hundertschaften, nun mit Schlagstöcken und Schilden, als "Räumketten" und "Greifkommandos" zum Einsatz.

Bei der "Nagelprobe" für den weiteren Verlauf der Revolution, dem bei der Leipziger Großdemonstration am 9. Oktober erwarteten Aufeinanderprall der

⁵⁶⁰ "Offizierhörer" waren an die Militärakademie abkommandierte Lehrgangsteilnehmer, meist zwischen Anfang bis Mitte dreißig im Dienstgrad Hauptmann bis Oberstleutnant.

⁵⁶¹ Interessant ist, aus welchen kaum nachzuvollziehenden Gründen die Einsätze in Dresden auch abgelehnt wurden, vgl. etwa die Argumentation bei Kapitän z. S. Prof. Dr. Scheler, Militärakademie in Dresden, bekannt als Kopf der "Reformer" in der NVA, also sicherlich kein militärischer "Betonkopf": "Für mich war diese Zusammenstellung von Hundertschaften, das Versetzen von Offizieren, es handelte sich um Offiziere, es handelte sich größtenteils um Stabsoffiziere, es handelte sich um Angehörige des Lehrkörpers, weil die Hörer ja gar nicht da waren, die waren ja zur Parade in Berlin, also das Versetzen solcher hohen Dienstgrade in Polizeihilfsdienstfunktion (war) für mich ein deutlicher Ausdruck des Verfalls der Machtstrukturen." , in: J. Eike, W. Brüssau, Die verschwundene Armee, 3 Kapitel zur Geschichte der Nationalen Volksarmee, a.a.O.

⁵⁶² H. Modrow, Aufbruch und Ende, a.a.O., S. 14

Staatsmacht und ihrer "bewaffneten Organe" mit circa 50000 Demonstranten, waren auf staatlicher Seite zunächst keinerlei Zeichen für ein Einlenken zu erkennen. Da Honecker die tatsächlichen Konfliktursachen nicht erkannte, und Mielcke und Keßler in völliger Verkenntnis der Lage offenbar immer noch glaubten, durch rigoroses Durchgreifen zur "Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung" dem ganzen Spuk ein Ende setzen zu können, schätzte man im Politbüro den Protest in seiner Tragweite falsch ein. Obwohl man über die sich zuspitzende Situation und die Befürchtungen der Leipziger Genossen genau informiert war, tat sich auf der Entscheidungsebene Politbüro/Mielke/ZK-Abteilung "Sicherheit" nichts. Krenz, der genau an dem Tag zu einem ersten Schlagabtausch bei Honecker einbestellt war, hatte verständlicherweise anderes im Sinn, und Mielke als von Honecker beauftragter Verantwortlicher ließ die Dinge laufen. Entsprechend sah auch die SED-Bezirksleitung in Leipzig keine Veranlassung, etwa selbst die Initiative zu ergreifen. Man hielt sich bedeckt und wartete ab. Während Leipzigs Gewandhauskapellmeister Masur, zwei Pfarrer und drei SED-Sekretäre aus dem zweiten Glied –ohne jede Vollmacht– versuchten, mit einem Appell zur Gewaltlosigkeit das bevorstehende Desaster noch abzuwenden, standen die Generäle Mielke, Dickel und Keßler "Gewehr bei Fuß".⁵⁶³

E. Krenz' zunächst umstrittene, erst unmittelbar vor Demonstrationsbeginn eingegangene telefonische Zusage, der Schußwaffengebrauch sei verboten und man werde auch auf Seiten der "bewaffneten Organe" nicht auf Gewalt setzen, zeigte nur das Dilemma auf, in dem die Parteiführung steckte. Im Blick auf die Gefahr einer fortschreitenden Destabilisierung und eines massiven Konfliktes auch innerhalb der Partei war von staatlicher Seite einerseits Entschlossenheit an den Tag zu legen. Andererseits wollte und konnte man sich nicht auf eine bürgerkriegsähnliche Situation einlassen.⁵⁶⁴

⁵⁶³ Die Initiative wurde von K. Masur, den ev. Pfarrern Zimmermann und Lange und den SED-Sekretären der Leipziger Bezirksleitung K. Meyer, J. Pommert und R. Wölzl getragen, von der Bezirksleitung selbst aber keineswegs unterstützt. Vgl. den Brief Pommerts einen Monat später an G. Schabowski, in dem dieser schreibt, er habe sich zum Handeln aufgerufen gesehen, weil die Situation beängstigend gewesen sei und man nach einer Möglichkeit gesucht habe, "Schlimmes für die Bürger der Stadt und für das ganze Land abzuwenden. Es gab niemand, der uns beauftragt, bevollmächtigt oder gar gedeckt hätte. Hoffnung kam auf, als ich gegen 19 Uhr 15 des 9. Oktober durch ein Telefonat erfuhr, daß Egon Krenz die Haltung der drei Sekretäre der Bezirksleitung unterstützt. Was mich persönlich betrifft, so war ich mir durchaus im klaren darüber, daß ich unter den damals obwaltenden Umständen von meiner Partei hätte zur Verantwortung gezogen werden können. Nachfolgende Diskussionen im damaligen Sekretariat der Bezirksleitung bestätigen dies." (G. Schabowski, *Der Absturz*, a.a.O., S. 252)

⁵⁶⁴ Nach Hertle ist belegt, daß die unerwartet große Zahl von Menschen die Berliner Einsatzleitung im Innenministerium dazu veranlaßt habe, statt den Angriff auf die Demonstranten nur noch die Eigensicherung der Polizisten zu befehlen. (H.-H. Hertle, *Chronik des Mauerfalls*, a. a. O., S. 82)

Laut G. Schabowski habe Krenz ihm am Nachmittag des 9. Oktober versichert, er habe sich "mit allen drei Generalen darüber geeinigt, daß in Leipzig Gewalt aus dem Spiel bleibe." (G. Schabowski, *Der Absturz*, a. a. O., S. 251)

Im Raum Leipzig wurden allein 27 NVA-Hundertschaften parat gehalten und der gesamte Militärbezirk III in "Erhöhter Gefechtsbereitschaft".⁵⁶⁵ Damit war aber das Problem nicht gelöst, die Situation wieder in den Griff zu bekommen. Im Gegenteil, die zur Aktion entschlossenen Oppositionsgruppen ließen sich in ihrem Protest nicht beirren und führten mit ihrem gewaltlosen Widerstand den bis dahin vermeintlich allmächtigen SED-Staat als ohnmächtig in seiner Gegenstrategie vor, als unfähig, die Staatsraison durchzusetzen und dem Protest ein Ende zu setzen. Gerade die konzeptionslose Marschrichtung, zu drohen, zu prügeln, zu verhaften, aber weder ein Angebot zum Einlenken machen zu können noch zum Letzten zu greifen, zur –wie auch immer– gewaltsamen Niederschlagung der Unruhen, diese unübersehbare Lähmung im Machtzentrum ließ den ganzen Unterdrückungsmechanismus wirkungslos werden. Die Einschüchterungskulisse verfiel nicht mehr. Trotz des martialischen Großaufgebotes an Polizei, Staatssicherheit und Militär stieg die Zahl der Teilnehmer an den Demonstrationen von Woche zu Woche. Je massiver von Seiten der Sicherheitskräfte eingeschritten wurde, umso lauter wurde der Protest und umso größer das Spektrum derer, die mit auf die Straße gingen, um ihrem Unmut Luft zu machen. Aus den eher harmlos provokanten Umzügen der Bürgerrechtsbewegungen wurde zunehmend sichtbarer eine Bürgerbewegung ungeahnten Ausmaßes, die sich von oben nicht mehr steuern ließ.

Wenn der Nachfolger Minister Keßlers, Admiral Hoffmann, auch meint erkennen zu können: " Was die Ziele der Massenbewegung betraf, so konnten wir uns mit ihnen meistens identifizieren ..."⁵⁶⁶, im Geschehen selbst spiegelte sich dieser Ein-

Krenz zum, wie Schabowski formuliert, "(verhinderten) Blutsäufer von Leipzig" stempeln zu wollen, wird jedenfalls an den Tatsachen vorbeigehen. Das Gegenteil dürfte zutreffen. Daß man sich auf Leipzig bezogen darauf verständigte, nicht die Konfrontation und eine gewaltsame Auseinandersetzung mit den Demonstranten zu suchen, war offensichtlich Krenz zuzuschreiben. Zwar Mielcke gegenüber formal nicht weisungsbefugt, aber als ZK-Sekretär für Sicherheit ja zuständig, dürfte er an diesem Tag Mielcke ganz bewußt nicht das Wort überlassen haben: seine konspirativ geplante Kontroverse mit Honecker am Nachmittag dieses 9. Oktober mußte als point of no return zugleich der erste Schritt sein, sich von der Linie Honeckers zu distanzieren. Wenn Krenz nach dem "Machtwechsel" selbst das Heft in die Hand bekommen wollte, wären bürgerkriegsähnliche Tumulte, die er noch dazu mit zu verantworten gehabt hätte, das Letzte gewesen, was er hätte gebrauchen können.

⁵⁶⁵ Als Aufgaben der Hundertschaften waren Absperrungen sowie Objektsicherungen (z.B. Hauptpostamt und Sender Leipzig) vorgesehen. Vgl. dazu: Information des Ausschusses zur Untersuchung von Amtsmißbrauch, Korruption und persönlicher Bereicherung in der NVA an den Runden Tisch am 9. März 1990, in: Militärreform in der DDR, a.a.O., Ausgabe 11/90, S. 2

Die "Hundertschaften" im Raum Leipzig waren dem Chef des MB III (Militärbezirk Leipzig) direkt unterstellt. Über den Einsatz und das Vorgehen der "Sicherheitskräfte" wurde allerdings nicht in den militärischen Stäben bzw. in der Bezirkseinsatzleitung entschieden, sondern in Berlin und in der Regel von ganz "oben". Auch die Führungsstäbe der betreffenden Ministerien, MfNV, Innenministerium und die Staatssicherheit, hatten keine Entscheidungskompetenz, sondern gaben nur weiter, was befohlen war.

⁵⁶⁶ T. Hoffmann, a. a. O., S. 23; wobei sich fragen läßt, ob Hoffmann die Motive und Ziele der Demonstrationen wirklich sieht. Der Satz lautet in ganzer Länge: " Was die Ziele der

druck nicht. Das rücksichtslose Vorgehen der Sicherheitskräfte zwischen dem 4. und 8. Oktober in Dresden, Berlin, Plauen und Karl-Marx-Stadt führte drastisch vor Augen, daß es zwischen der bis dahin in keiner Weise zum Einlenken bereiten Staatsmacht und denen, die für einen anderen Staat demonstrierten –wenn sie auch noch nicht wußten, für welchen– keine Gemeinsamkeiten gab. Es konnte keine Rede davon sein, daß man auf Seiten der Parteiführung den Bürgerprotest toleriert hätte oder doch wenigstens bemüht gewesen wäre, Konflikte zu vermeiden. Das Motto der Partei im Umgang mit ihren Kritikern "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns" galt auch auf der Straße, die Sicherheitskräfte exekutierten es. Man mußte wissen, auf welcher Seite man stand.

Während sich die Demonstranten in der Regel trotz polizeilicher Übergriffe an ihr Prinzip Gewaltlosigkeit hielten, ließen Sicherheitskräfte, zivile Einsatzkommandos von Staatssicherheit und Polizei, Staatsanwälte und Richter nichts unversucht, durch massive Gewalt und provozierende Willkür die Situation eskalieren zu lassen. Es ist durch TV-Aufnahmen, Videoaufzeichnungen und Protokolle von Polizei und Staatssicherheit und die späteren Ermittlungen der Staatsanwaltschaften hinreichend dokumentiert, daß von Seiten der "Sicherheitskräfte" –in erster Linie Staatssicherheit und Volkspolizei– gegen Demonstranten und völlig unbeteiligte Passanten mit brachialer Gewalt vorgegangen wurde.⁵⁶⁷ In Berlin war die Zahl der mehr oder weniger willkürlichen Verhaftungen bei den Demonstrationen Anfang Oktober so groß, daß die Aufnahmekapazitäten der Gefängnisse nicht mehr ausreichten.⁵⁶⁸ In Dresden sollen zwischen dem 3. und 8. Oktober sogar 1300 Menschen in Polizeikasernen und Gefängnissen festgehalten und in übelster Weise mißhandelt worden sein.⁵⁶⁹ In Berlin wurde ein Demonstrant wegen 15maligen Rufens "Keine Gewalt" zu einer Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt: sein Rufen habe die Polizei zur Gewalt provozieren sollen.⁵⁷⁰

Die Einlassung mancher damals Verantwortlicher, man habe es –etwa in Dresden– nicht mit Demonstranten, sondern mit "Rowdies" zu tun gehabt, ist nicht mehr als eine Schutzbehauptung. Abgesehen davon, daß "Rowdytum" in der DDR ein dehnbarer Begriff war, richtete sich der Volkszorn in Dresden ja vor allem gegen das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte, das offensichtlich von den verantwortlichen Einsatzleitungen, wenn nicht "von ganz oben" gedeckt

Massenbewegung betraf, so konnten wir uns mit ihnen meistens identifizieren, denn auch viele Offiziere der Volksmarine waren für mehr Demokratie, für ökonomische Reformen, für die Durchsetzung des Leistungsprinzips, für die Aufhebung von Reisebeschränkungen und für die Beseitigung angemaßter Privilegien."

⁵⁶⁷ Vgl. auch im SPIEGEL, "Chinesische Lösung" - Wollten "Stasi"-Leute ein Blutbad unter Demonstranten provozieren?, in: DER SPIEGEL, 43. Jahrgang, H. 51/1989, S.42 ff

⁵⁶⁸ Bei den in ihrem Charakter nicht gewalttätigen Demonstrationen am 7. und 8. in Berlin wurden laut Angabe des Ost-Berliner Volkspolizeipräsidenten Rausch 1047 Personen festgenommen.

⁵⁶⁹ In: DER SPIEGEL, "Rowdyhafte Zusammenrottung", 44. Jahrgang, H. 7/1990, S. 98

⁵⁷⁰ Vgl. DER SPIEGEL, "Chinesische Lösung" ..., a.a.O., S. 42

war.⁵⁷¹ Als der evangelische Landesbischof Hempel und sein Superintendent Ziemer in Dresden zu vermitteln suchten zwischen staatlicher Gewalt und den Demonstranten, war solche Vermittlung von staatlicher Seite offensichtlich nicht gefragt. Modrow mußte den Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei auffordern, nach den Verhandlungen mit den kirchlichen Vertretern die Demonstration friedlich aufzulösen.⁵⁷² Er schreibt, die von ihm und dem Dresdner Oberbürgermeister Berghofer vertretene Linie des Dialogs habe "in diesen Tagen [zwischen dem 4. und 8. 10. 1989, d. Verf.] und in den nachfolgenden Wochen im Gegensatz zu der Politik [gestanden], die in Berlin vertreten wurde. "Von dort wurde die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit gefordert." ⁵⁷³

Das war allerdings in Dresden bis dahin kaum anders. Der Dresdener Polizeichef hatte mit Modrows Billigung noch Stunden vorher die mehreren tausend Demonstranten in der Dresdener Innenstadt einkesseln und zusammentreiben lassen⁵⁷⁴, um dann willkürlich "weggreifen" und verhaften zu lassen. Dazu laut SPIEGEL der damalige Kommandeur der Bereitschaftspolizei, Major Gerd-Uwe Malchow: "Die Menschen waren absolut friedlich, die standen herum, die saßen herum. Aber unser Auftrag war: Soviel Zuführungen wie möglich. Im Gänsemarsch mußten die

⁵⁷¹ Laut SPIEGEL ging am 8.10. 1989 ein Fernschreiben Honeckers an die Ersten Sekretäre der Bezirke: " Im Verlauf des gestrigen Tages kam es in verschiedenen Bezirken, besonders in Berlin, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Erfurt und Potsdam, zu Demonstrationen, die gegen die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres sozialistischen Staates gerichtet waren. Vor allem in Dresden, Plauen und Leipzig trugen sie den Charakter rowdyhafter Zusammenrottungen und gewalttätiger Ausschreitungen, die unsere Bürger in höchstem Maße beunruhigen. Es ist damit zu rechnen, daß es zu weiteren Krawallen kommt. Sie sind von vornherein zu unterbinden." (DER SPIEGEL, "Rowdyhafte Zusammenrottung", a.a.O., S. 98)

Modrow hat sich durchaus dieser Weisung entsprechend verhalten, es gibt keinen Grund zu der Annahme, das gewaltsame und überaus harte Vorgehen, insbesondere am 4./5. Oktober 1989, in Dresden sei nicht durch seine Zustimmung gedeckt gewesen. Modrow schreibt, er habe anfangs noch geglaubt, er müsse ein Untergraben der politischen Stabilität verhindern: "Das war der Grund, warum ich zunächst nicht alles mir Mögliche unternahm, um mich den von den zentralen Stäben befohlenen Eingriffen der Sicherheitskräfte entgegenzustellen, und das damit verbundene Provozieren der Demonstranten zu beenden." (H. Modrow, Aufbruch und Ende, a.a.O., S.14) Genauer wäre es, wenn Modrow sich daran erinnert hätte, daß er zunächst nicht nur "nicht alles Mögliche", sondern gar nichts unternommen hat, um auf die Sicherheitskräfte mäßigend und konfliktentschärfend einzuwirken. Im Gegenteil, es ging offensichtlich Honeckers Fernschreiben entsprechend darum, mit aller Härte "weitere Krawalle von vornherein zu unterbinden."

In Berlin wurden nach den Vorfällen am 7./8. Oktober u.a. Ermittlungsverfahren gegen den Leiter der MfS-Bezirksverwaltung und den Berliner VP-Präsidenten sowie gegen den Ost-Berliner Generalstaatsanwalt eingeleitet.

⁵⁷² Ebda.

⁵⁷³ H. Modrow, Aufbruch und Ende, a.a.O., S. 17

⁵⁷⁴ Vgl. Modrows eigene Schilderung: "... wollten vermittelnd mit den Tausenden von Bürgern sprechen, die auf der Prager Straße versammelt und von Polizeikräften eingekesselt waren." (Ebda., S. 15)

auf die Lastwagen rauf."⁵⁷⁵ Was sich dann in der Polizeikaserne abgespielt habe, sei fürchterlich gewesen, so sehr seien die Menschen, auch Frauen, Mädchen und ältere Leute schikaniert, gedemütigt und gequält worden, "zumal sie ja wirklich nichts getan hatten."⁵⁷⁶

Das war auch gar nicht nötig, galt doch im Verständnis der Partei allein schon die Teilnahme an der Demonstration als staatsfeindliche Aktivität. In einer Gesellschaft, die sich ja gerade durch ihre widerspruchsfreie Ordnung auszeichnete, ließ sich eine oppositionelle Haltung, wie sie in der Beteiligung an den Demonstrationen zum Ausdruck kam, nur als Zeichen einer insgesamt sozialismusfeindlichen Einstellung werten. Sozialismusfeindlichen Auffassungen war aber entschieden entgegenzutreten, sprach aus ihnen doch das Bemühen des Gegners, die politische Stabilität der DDR zu untergraben. Folglich handelte es sich aus Sicht der Partei bei den Demonstrationen zweifelsfrei um Inszenierungen einer breit angelegten Kampagne des Gegners, bei den Demonstranten bestenfalls um irregeleitete Wirrköpfe, nichtsdestotrotz aber um Werkzeuge der "anderen Seite". Als solche waren sie von den Sicherheitskräften dann auch zu sehen und nach der Devise "Mit seinen Feinden diskutiert man nicht" zu behandeln. Es ging nicht um die angebliche "Meute von Randalierern", im Visier war der politische Feind, der vom Gegner aufgehetzte Unruhestifter.

Darauf war im Befehl über "Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung anlässlich des 40. Jahrestags der DDR" und in dem gleichlautenden Befehl 105/89 des MfNV eingestimmt worden. Dort hieß es einleitend:

"Am 07. 10. 1989 begehen die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik voller Stolz und Freude den 40. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. ... Aus Anlaß dieses gesellschaftlichen Höhepunktes entfachten bestimmte Kreise in der BRD eine außergewöhnliche Hetzkampagne gegen unsere Partei- und Staatsführung sowie gegen das gesamte Volk der DDR. Wesentlich verstärkt haben sich ihre provokatorischen Handlungen, die ihren bisherigen Höhepunkt in den bewaffneten Anschlägen gegen unsere Staatsgrenze und das Leben von Bürgern und Grenzsoldaten fanden."⁵⁷⁷

Die "bewaffneten Anschläge gegen die Staatsgrenze" standen pars pro toto für die allgegenwärtige Bedrohung der sozialistischen Identität der DDR, einer Bedrohung, die immer vom äußeren Feind ausging, auch wenn sie, wie im Falle der Demonstrationen, die innere Sicherheit zu unterminieren versuchte. In der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzung fand der ideologische Kampf an allen Fronten statt. Denn "die zügellose Hetzkampagne von Medien und Politikern der BRD", so Minister Keßler laut der NVA-Truppenzeitung "Volksarmee" auf einer NVA-Kommandeurstagung Ende September 1989, "sei ein wichtiger Bestandteil der gegen den Sozialismus gerichteten politischen Strategie der USA, der BRD und der NATO insgesamt. Sie sei darauf gerichtet, die sozialistischen

⁵⁷⁵ DER SPIEGEL, "Rowdyhafte Zusammenrottung", a.a.O., S. 98

⁵⁷⁶ Ebda.

⁵⁷⁷ MfNV/Keßler, Befehl Nr. 105 /89, a.a.O., S. 1

Staaten in Mitteleuropa zu destabilisieren und schließlich zu beseitigen, die DDR dem Herrschaftsbereich des westdeutschen Großkapitals direkt einzuverleiben. ... Armeegeneral Keßler: Die DDR ist ein lebendiger Beweis für die Lebenskraft des Marxismus-Leninismus. Die Einpeitscher der gegenwärtigen Antisozialismus-Kampagne haben unserer erfolgreichen, wissenschaftlich begründeten Gesellschaftsstrategie trotz aller anderslautenden Beteuerungen nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Und weil ihnen ein innerer Einbruch in die DDR nicht gelinge, zögen sie alle Register, um die internationale Autorität unserer Republik zu untergraben ... bestimmte Kräfte westlich von Werra und Elbe [seien] besonders in Harnisch geraten, weil die SED und die Bevölkerung der DDR nicht willens sind, ihren scheinheiligen "Ratschlägen" zu "Reformen", sprich zur Wegreformierung des Sozialismus und seiner Errungenschaften, Folge zu leisten."⁵⁷⁸

⁵⁷⁸ "Volksarmee", Soldaten des Volkes erfüllen täglich ihren Klassenauftrag in Ehren. Kommandeurstagung im Ministerium für Nationale Verteidigung/ ..., VA 39/89, a.a.O., S. 3 (Die Kommandeurstagung fand am 22. 9. 1989 statt)

5.3. Zur Rolle der NVA während der Unruhen im Herbstes 1989

Im Nachhinein wurde von manchen ehemaligen Funktionsträgern in Staat und Partei gerne betont, man habe sich durchaus eins gesehen mit der Stimmung in der Bevölkerung und dem Anliegen der Demonstranten. So beschwert sich etwa Ministerpräsident a.D. Modrow, lediglich der "Bürgerbewegung" das Verdienst lassen zu wollen, das SED-Regime beseitigt zu haben: "Jetzt wird immer so getan, als hätte sich jeder, der bei der Staatssicherheit, jeder der bei der Armee, jeder der in der SED war, gegen den Demokratisierungsprozeß gestellt, als hätte allein die Bürgerbewegung das alte Regime weggeschwemmt. Das ist ja der Unterschied zu Rumänien, wo die bewaffneten Kräfte sich gegen das Volk gestellt und ein Blutbad angerichtet haben. In der DDR waren dagegen auch in diesen Bereichen schon viele bereit, den Prozeß der Umgestaltung mitzutragen."⁵⁷⁹

"In diesen Bereichen" dürfte sich in erster Linie auf die Armee beziehen, und es ist auch in der Tat so, daß von ehemaligen NVA-Offizieren nicht selten die Auffassung vertreten wurde und bis heute vertreten wird, man habe in der kritischen Situation des Herbstes 1989 dadurch, daß die "Volks"-Armee NVA niemals gegen "das Volk" zur Waffe gegriffen hätte, ein "Blutbad" verhindert und insofern einen wesentlichen Beitrag zum friedlichen Verlauf der Revolution geleistet.⁵⁸⁰ Neben dem schon eingangs genannten Zitat des Direktors des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR, General R. Brühl, zur "Markierung des Platzes der NVA in der Geschichte"⁵⁸¹ insbesondere auch Brühls Stellvertreter W. Hanisch: "Die Armee der zweiten Diktatur ist zwar [...] nicht frei von Schuld, aber sie hat keine Kriege geführt und aktiv dazu beigetragen, daß die schließlich akute Systemkrise nicht zum blutigen Ende wurde."⁵⁸²

⁵⁷⁹ H. Modrow, Aufbruch und Ende, a.a.O., S. 16

⁵⁸⁰ Eine unerschöpfliche Fundgrube für Meinungsäußerungen dieser Art ist das "Leserforum" der Zeitschrift "Die Bundeswehr", in dem sich seit Jahren immer wieder ehemalige NVA-Soldaten zu diesem Thema zu Wort melden. Beispiel aus solchen Leserbriefen: "... Es klingt mir in seiner Niederschrift so ein bißchen nach Gefangenenerlager für alle in der NVA gedienten Soldaten. Ja, es ist aber wahr und historisch belegt, daß wir zu Wendezeiten entscheidend ein Blutvergießen verhindert haben."; oder "...Realität in der Zeit der Wende in der DDR war: Niemals vorher in der überschaubaren deutschen Vergangenheit sind derartig tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen geschehen, ohne daß dagegen militärische Mittel eingesetzt wurden. Geschichtlichen Bestand wird die Tatsache haben, daß sich die NVA in ihrer wohl schwierigsten Phase für das Schweigen der Waffen entschieden hat und damit ihrem Auftrag gegenüber dem Volk gerecht geworden ist. ..." in: Deutscher Bundeswehr-Verband e.V.(Hrsg.), Die Bundeswehr, Magazin des Deutschen Bundeswehr-Verbandes e.V., 4/99, S. 24 f

⁵⁸¹ "...Zwar wurde die Armee kein Motor dieser Reformen, marschierte sie nicht im Geiste Scharnhorsts an der Spitze des Fortschritts, aber sie begann mit Reformen an sich selbst und war -eingedenk ihres Namens "Volksarmee" weder bereit noch willens, sich dem Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung zu widersetzen oder gar mit militärischer Gewalt gegen das eigene Volk vorzugehen. ...", in: R. Brühl, Die Nationale Volksarmee der DDR. Anmerkungen zu ihrem Platz in der Geschichte, a.a.O., S. 32f

⁵⁸² W. Hanisch (zuletzt als Oberst und Professor Abteilungsleiter im Militärgeschichtlichen Institut der DDR), Zur Haltung der Soldaten der DDR bei der Grenzöffnung im

Wenn die Nationale Volksarmee "aktiv dazu beigetragen [hat], daß die schließlich akute Systemkrise nicht zum blutigen Ende wurde", dann müßte es bei der politischen Führung Bestrebungen gegeben haben, die Armee zur Lösung der "akuten Systemkrise" einzusetzen. Eine solche Behauptung ist durch nichts bewiesen und steht auf recht tönernen Füßen. Daß es bei Honecker oder Keßler Überlegungen gegeben haben mag, tatsächlich zur Bereinigung der Situation Militär einzusetzen, läßt sich nicht ausschließen, wahrscheinlich ist es nicht. Es gibt außer vagen Vermutungen keine Anhaltspunkte dafür, daß eine "chinesische Lösung" geplant war.⁵⁸³ Es lag zwar nahe, Honecker und Krenz nach ihrem

November 1989, in: D.Bald / R. Brühl / A. Prüfert (Hrsg.), Nationale Volksarmee - Armee für den Frieden, a.a.O., S. 102

Um den Satz nicht aus dem Zusammenhang zu reißen, der vollständige Abschnitt:

"Noch eine Anmerkung sei gestattet: es ist heute üblich geworden, von den beiden Diktaturen in Deutschland in diesem Jahrhundert zu sprechen. Ein Vergleich des Verhaltens der Armeen beider Diktaturen macht aber nicht unwesentliche Unterschiede sichtbar: die Armee der ersten Diktatur hat nicht nur andere Völker mit einem verheerenden Krieg überzogen, sondern auch wesentlich dazu beigetragen, das deutsche Volk in die schlimmste Katastrophe seiner Geschichte zu stürzen und sie hat -mit wenigen Ausnahmen- insgesamt bis zum blutigen Ende gekämpft. Die Armee der zweiten Diktatur ist zwar auch nicht frei von Schuld, aber sie hat keine Kriege geführt und aktiv dazu beigetragen, daß die schließlich akute Systemkrise nicht zum blutigen Ende wurde.

Das verdeutlichte m.E., wie wenig ein formaler Strukturvergleich ausreichend ist, qualitative Wesensinhalte in der Geschichte zu erfassen. Aber vor allem drängt sich angesichts dessen die Frage auf, wie im Gegensatz zu diesen unbestreitbaren Tatsachen heute in Deutschland mit den ehemaligen Soldaten beider Armeen umgegangen wird."

583

Schabowski spricht davon, Honecker habe "den vorerst flüchtigen Gedanken fallengelassen, mit Panzern eine Einschüchterungskulisse zu schaffen." (G. Schabowski. Der Absturz, a.a.O., S. 259, vgl. auch S. 23). An anderer Stelle, wiederum ohne wirklich konkreten Bezug: "...- Der undefinierte Zustand barg allerdings eigene Gefahren. Er bedeutete keine Sicherheit, daß Honecker nur auf einen friedlichen Verlauf setzen würde. Dem Drang zum Machterhalt wohnten Unwägbarkeiten inne. Niemand konnte sagen, an welchem Punkt der Entwicklung das Verrücktspielen anfängt. Dieser Gefahr wollten Krenz und ich unbedingt zuvorkommen." (Ebda., S. 246).

Der Verf. hat keinen Beleg dafür gefunden, daß tatsächlich konkret "bürgerkriegs-ähnliche blutige Auseinandersetzungen" zu erwarten gewesen wären. Im Gespräch mit G. Schabowski meinte der, auf die entsprechende Fundstelle in seinem Buch angesprochen, er habe keine konkrete Kenntnis von derartigen Plänen Honeckers gehabt, aber auf oberer Ebene mitgehört, daß es bei Honecker möglicherweise solche Überlegungen gegeben haben soll (die Fundstelle lautete "Mit der Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär auf der 9. Tagung des ZK der SED war eine Voraussetzung gegeben, bürgerkriegs-ähnliche blutige Auseinandersetzungen zu verhindern.", in: G. Schabowski, Das Politbüro, a.a.O., S. 191).

Unter dem Strich bleibt als Faktum, daß bisher noch niemand aus erster Hand bestätigt hat, es habe Pläne gegeben, die Nationale Volksarmee gegen die Demonstranten einzusetzen.

Der Verf. hat zu diesem Sachverhalt einen auch für die Militärs unverdächtigen Zeitzeugen befragen können, den in der Abteilung Sicherheitsfragen im ZK der SED für die NVA zuständigen Sektorleiter Generalmajor Dr. W. Hübner. Wenn von derartigen Vorhaben jemand Kenntnis gehabt hätte, dann Krenz' Abteilung für Sicherheitsfragen im ZK

Glückwunschtelegramm an die chinesische Führung zum Massaker auf dem Tien-an-men Platz ähnliches auch im eigenen Bereich zuzutrauen. Nicht nur Krenz' Beteuerungen, gerade das immer ausgeschlossen zu haben, auch die Logik spricht dennoch dagegen: Nachdem von sowjetischer Seite erklärt worden war, daß sich die sowjetischen Truppen in der DDR aus den DDR-internen Vorgängen heraushalten und in ihren Kasernen bleiben würden⁵⁸⁴, dürfte auch den Hardlinern im

und Hübner in den speziell die NVA betreffenden Belangen. Hübner hat sich dem Verf. gegenüber genau gegenteilig geäußert: man habe in der Partei gewußt, daß die NVA nicht nach innen einsetzbar wäre, weil sie dafür nicht ausgebildet gewesen wäre, weil man in der Armee dazu wohl auch nicht bereit gewesen wäre und weil die Wehrpflichtigen das mit Sicherheit nicht mitgemacht hätten. Er schreibt in einem Diskussionsbeitrag:

"... Es gab [...] nicht die Vorstellung, die Armee im Innern einzusetzen. Beweis dafür sind auch die völlig fehlenden Strukturen und Einsatzgrundsätze, und schließlich der verzweifelte Versuch, im Oktober 1989 nichtstrukturmäßige Hundertschaften für Sicherungsaufgaben aus dem Bestand der Berufskader der Armee aufzustellen.

Selbst die herkömmlichen Instrumente zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Innern wurden unter dem Aspekt ihres Einsatzes im Kriegsfall als mot. Schützen, also auf den äußeren Gegner, vorbereitet. Das trifft gleichfalls auf die Kampfgruppen zu. Dem widerspricht nicht, daß im Herbst 1989 in Einzelfällen durch örtliche Weisungen versucht wurde, die Kampfgruppen gegen Demonstrationen einzusetzen. Das ging politisch nicht, (wie überhaupt in allen bewaffneten Kräften kaum einer dazu bereit und Willens [sic] war. Es gehört aber auch in der Bereich der Legende, daß Befehle dazu von der Obersten Führung gegeben worden seien und sich Kommandeure geweigert hätten, sie zu erfüllen), aber sie waren für einen solchen Einsatz auch materiell und taktisch nicht eingerichtet. ... [Dr. W. Hübner im Diskussionsbeitrag zur Konferenz "Die Sicherheitspolitik der DDR, a. a. O., S. 4

584

Daß der Befehl existierte, dürfte nicht zu bezweifeln sein, dem Verf. sind auf deutscher Seite aber keine Dokumente bekannt, die darauf Hinweise geben. Von sowjetischer Seite deutet beispielsweise folgende Passage aus den Aufzeichnungen des Gesandten in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin, I. F. Maximyschew, auf diesen Befehl hin: bezugnehmend auf ein Telefongespräch des sowjetischen Botschafters in Deutschland, Kotschemassow, mit Außenminister Schewardnadse am 10.11.1989, also dem Tag nach der Öffnung der Mauer heißt es: "... Zum Schluß sagte der Minister, daß er über Informationen verfüge, "die Militärs (gemeint war natürlich die Westgruppe der sowjetischen Truppen in der DDR) rührten sich"; der Botschafter habe dafür zu sorgen, daß der Befehl Moskaus, "Keine Aktionen unternehmen!" strikt ausgeführt werde." (Hervorhebung durch den Verf.)

in: Igor F. Maximyschew / Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer - Vorgeschichte und Hintergründe. Eine russisch-deutsche Trilogie, Teil I, in Freie Universität Berlin/Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 93, Berlin, November 1994, S. 26.

Vgl. zur sowjetischen Haltung auch die Ausführungen des schon erwähnten deutschlandpolitischen Beraters Präsident Gorbatschows, Prof. W. Daschitschew, der in seinem im SPIEGEL veröffentlichten Gutachten vom April 1989 zum Einsatz militärischer Gewalt schreibt: "Zum Symbol für die sowjetische Politik in Osteuropa wurde die 'Breschnew-Doktrin', die Konzeption der 'begrenzten Souveränität'. Eine solche Politik mußte zu einer tiefen Krise führen, die in den achtziger Jahren viele osteuropäische Länder erfaßte. Infolgedessen verlor die Sowjetunion im Grunde die Hebel, um politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Einfluß auf diese Länder zu nehmen. Militärische Stärke hat unter den heutigen Bedingungen ebenfalls ihre Bedeutung verloren, was eine direkte oder indirekte Einwirkung auf die inneren Prozesse in diesen Ländern angeht. Ihr Einsatz hätte katastrophale Folgen nicht nur für diese Länder und für das gesamte System der Ost-

Politbüro klar gewesen sein, daß die SED-Führung völlig isoliert den Kopf in der Schlinge gehabt hätte, wenn sie nun selbst unter den Augen einer geschockten Weltöffentlichkeit hätte Panzer gegen die Demonstranten auffahren lassen. Schon das und auch der weitere Verlauf der Demonstrationen läßt erkennen, daß eine Situation, die es notwendig gemacht hätte, ein "Blutbad" zu verhindern, gar nicht bestand.

Die Frage, wie sich die Staatsmacht verhalten hätte, wenn der Herbst 1989 auf Seiten der Demonstranten nicht so friedlich verlaufen wäre, läßt sich nicht beantworten. Wäre die Situation aus dem Ruder gelaufen und der Protest, beispielsweise als Reaktion auf das zunächst massiv gewalttätige Vorgehen der Sicherheitskräfte, in eine gewaltsame Auseinandersetzung umgeschlagen, so hätte das die politische Führung jedenfalls in eine prekäre Lage gebracht. Wenn Dienststellen der Partei, der Staatssicherheit und möglicherweise sogar Kasernen von der Bevölkerung gestürmt worden wären, hätte sich die Marschroute "Kein Schußwaffengebrauch" kaum durchhalten lassen. Daß es nicht dazu kam, kann sich aber nur sehr bedingt die Partei und schon gar nicht die Armeeführung als Verdienst zuschreiben.

Sicherlich nicht jeder in der Armee, aber die Armee als Instrument des SED-Staates und seiner Parteiführung stand zweifellos –wenn auch nur mehr oder weniger in "Reserve"– gegen den mit Modrows Worten "Demokratisierungsprozeß", so wie er sich in den Demonstrationen der Bürgerbewegungen abzeichnete. Sie stand nicht nur auf der Straße dagegen mit dem Schlagstock in der Hand. Auch da, wo befohlen wurde und auf den oberen Führungsebenen die Befehlsstränge zusammenliefen, wurde der nach eigenem Bekunden gar nicht zulässige Auftrag, im Innern gegen Demonstrationen eingesetzt zu werden, nicht infrage gestellt.⁵⁸⁵ Immerhin sind die Befehle zur Bereitschaftsregelung und zu den befohlenen Hundertschaften über Wochen in Kraft gewesen⁵⁸⁶, ohne daß bekannt geworden wäre, daß dies bei den Verantwortlichen, an der Spitze Streletz, ernsthaften Widerspruch ausgelöst hätte.

Tatsache ist, daß das zunächst gewaltsame und Gewalt provozierende Vorgehen der Sicherheitskräfte offensichtlich bewußt das Risiko der Eskalation zu Gegen-

West-Beziehungen, sondern auch für die Politik der Perestroika in der UdSSR. ..." (Hervorhebungen durch den Verf.) W. Daschitschew, Enormer Schaden für Moskau, a. a. O., S. 144

⁵⁸⁵ Um zu verdeutlichen, daß die NVA niemals gegen "das Volk" einsetzbar gewesen wäre, wird von der NVA-Generalität immer wieder darauf hingewiesen, es habe weder eine rechtliche Grundlage noch Strukturen oder Einsatzgrundsätze für ein solches Vorhaben gegeben. Deswegen sei es auch völlig auszuschließen gewesen, daß es dazu hätte kommen können. Dabei vergißt man allerdings, daß es auch keine Rechtsgrundlage für die Aufstellung und den Einsatz der "Hundertschaften" gab. Es spricht für sich und gegen alle Beteuerungen, die Armee sei nie im Innern einsetzbar gewesen, daß sich die NVA-Führung mit der Begründung begnügte, es handle sich um einen "übergesetzlichen Notstand" - ein Terminus, der in diesem Zusammenhang nirgendwo definiert war.

⁵⁸⁶ Die "Hundertschaften" wurden in unterschiedlicher Stärke und Zahl vorgehalten (bis zu 183) und generell erst am 11. 11. 1989 aufgelöst.

gewalt, Krawallen und möglicherweise Aufruhr in Kauf nahm, wenn nicht sogar suchte. In Demonstrationsgruppen eingeschleuste "STASI"-Spitzel sollen als agent provocateur zu Zusammenstößen mit den Einsatzkräften aufgestachelt haben und versucht haben, die auf Seiten der Demonstranten gewaltfreie Situation zu kippen. Tatsache ist auch, daß das von der Bürgerbewegung in den Auseinandersetzungen vor Ort durchgehaltene Prinzip Gewaltlosigkeit den Sicherheitskräften überhaupt keinen Grund gab einzuschreiten. Die Verantwortung für den massiven Einsatz der staatlichen Gewalt in der ersten Oktoberhälfte lag insofern allein bei der SED-Führung, die sich mit der Auflösung der Demonstrationen das Problem selbst vom Hals zu schaffen hoffte. Als das nicht gelang und sich schließlich zig-Tausende an den Demonstrationen beteiligten, änderte sich auch die taktische Linie des Vorgehens.

Ausschlaggebend für diesen Sinneswandel war offensichtlich die erwähnte Montagsdemonstration in Leipzig am 9.10., an der sich nach amtlichen Quellen 50000, tatsächlich aber wohl mehr als 70000 Menschen beteiligten. Was sich in Leipzig vollzog, war auch von Parteiseite nicht mehr unter der Rubrik "Krawalle" abzuheften. Der Partei- und Staatsführung scholl unmißverständlich entgegen "Wir sind das Volk", dem Regime drohte der Absturz. Wenn es denn bei Honecker Überlegungen gegeben habe sollte, die ins Rutschen geratene Ordnung nicht nur mit Polizeikräften, sondern notfalls auch mit Hilfe der Armee wieder ins Lot zu bringen, dann markiert dieser 9. Oktober den Wendepunkt.

Der Gesandte der sowjetischen Botschaft in Ostberlin, I.F. Maximyschew, faßt seine Einschätzung der Lage eine Woche später folgendermaßen zusammen:

"Die Situation ist in eine qualitativ neue Dimension getreten. Das Volk hat das Wort ergriffen, und die Mehrheit des Volkes steht nicht hinter dem Regime. Der Konflikt kann jede Sekunde losbrechen. Drei Szenarien sind denkbar:

- Die Macht bleibt unbeweglich oder versucht, die "chinesische Variante" zu realisieren - mit der unausweichlichen Folge, daß der Zusammenbruch spätestens innerhalb eines Jahres eintritt;
- Simulieren der Reformen in Erwartung daß der Zusammenbruch der UdSSR sie entbehrlich machen würde. Die Folge wäre ein noch schnelleres Ende der DDR;
- Aufrichtiger Dialog mit der Bevölkerung, tiefgreifende Reformen, Gewinnung der mehrheitlichen Unterstützung, die zur Entstehung einer DDR-Identität führen könnte. Vorausssehbare Folge wäre: Die Explosion würde für unbestimmte Zeit hinausgeschoben, was die Möglichkeit beinhaltet, Lösungen für die wirtschaftliche Misere zu suchen und zu finden.

Es muß begriffen werden: Die Vergangenheit ist weg und vorbei. Die UdSSR sollte sich auf alle Eventualitäten vorbereiten, darunter auch auf den Augenblick, in dem die Mehrheit der Demonstranten die Vereinigung einfordern wird. Die Aufnahme des Kontaktes mit der Opposition muß beschleunigt werden. Wir können nicht auf das Konzept des gemeinsamen Hauses Europa verzichten. Am einfachsten wäre dieses Ziel mit einer selbständigen DDR zu erreichen, wenn sie auch nicht mehr sozialistisch sein sollte. Diese "österreichische Variante" könnte die Zustimmung des Westens, Bonns inklusive, erhalten, wenn das Angebot nicht

zu spät käme. West-Berlin dürfte dabei die Rolle der Brücke und des Vermittlers spielen." ⁵⁸⁷

Während Keßlers Verschwörungsthesen zum politisch-ideologischen Rundumschlag des kapitalistisch-imperialistischen Lagers über eine "Analyse" der vermeintlichen Ursachen der "konterrevolutionären" Entwicklung und damit über eine Betrachtung des Status quo ante nicht hinaus kamen, leitete Maximytschew die denkbaren Handlungsoptionen bereits aus seiner Einschätzung der Situation ex post ab. Seine nicht gerade verheißungsvolle Prognose unterschied sich wohl in einigem auch von dem, was Krenz und Schabowski noch an Illusionen im Kopf hatten. Soviel war aber klar: mit Gewalt war die Lage nicht mehr zu retten.

Wenn sich Krenz, zu dem Zeitpunkt gerade auf dem Sprung an die Macht, als zukünftiger SED-Generalsekretär überhaupt eine Chance ausrechnen konnte, dann nur als Alternative zu Honecker, als Hoffnungsträger für die Partei, mit seinem Reformkonzept die Krise überwinden und den Schulterschuß mit Gorbatschows Reformkurs wieder herstellen zu können. Dazu brauchten er und seine Mannschaft um Schabowski, Herger, Rettner etc. die Zustimmung der Parteibasis und der "Massen", ein Grundkonsens, der sich nur auf dem Weg des Dialogs erreichen ließ, jedenfalls nicht, wenn man weiterhin auf Konfrontationskurs blieb in der Auseinandersetzung mit dem Protest in der Bevölkerung. Der SED drohte nicht nur der Verlust der Macht, ihr drohte auch die Spaltung, je länger die Krise dauerte umso mehr. Wenn die SED-Führung sich, wie von Krenz angekündigt, "an die Spitze der Bewegung zur Erneuerung des Sozialismus" stellen wollte, dann konnte sie die neue Etappe nicht damit beginnen, den sich schon abzeichnenden Wandel abzuwürgen und den friedlichen Aufstand der Oppositionsgruppen gewaltsam niederschlagen zu lassen. Deshalb war gar nicht mehr daran zu denken, die Staatsraison mit Gewalt durchzusetzen.

Es ist in der Tat denn auch dokumentiert, daß den Sicherheitskräften seit dem 13. Oktober 1989 Gewalttätigkeiten und vor allem der Schußwaffengebrauch bei Demonstrationen grundsätzlich verboten waren.⁵⁸⁸ Mit gleichem Datum wurde der Befehl Nr. 105/89 vom 27. 9. über "Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung anlässlich des 40. Jahrestages der DDR" außer Kraft gesetzt und die Stufe "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" aufgehoben. Für die Führungs-

⁵⁸⁷ Igor F. Maximytschew, "Die Situation ist seit 1953 nie so ernst gewesen!", a.a.O., S. 9

⁵⁸⁸ Vgl. die Befehle des Nationalen Verteidigungsrates Nr.: 9/89 v. 13. 10. 1989, 10/89 v. 1. 11. 1989 und 11/89 v. 3.11.1989 (siehe Anlage 14), in denen es unter Punkt 7 jeweils gleichlautend heißt: "Die Anwendung der Schußwaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten." (Nationaler Verteidigungsrat/Der Vorsitzende, Befehl Nr.: 10/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Hauptstadt der DDR, BERLIN vom 01.11.1989, in: BA/MZAP VA-01/39592, Bl. 271; Befehl Nr.: 11/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik vom 03.11.1989, in: BA/MZAP VA-01/39592, Bl. 275 – Beschlüsse des Nationalen Verteidigungsrates und Befehle des Vorsitzenden des NVR 1988-1989, GVS A 940014, 02. Ausf. 280 Blatt)

organe galt zwar weiterhin, sich in besonderer Bereitschaft zu halten und für die Truppenteile und Einheiten zu gewährleisten⁵⁸⁹, daß je nach Lage kurzfristig eine höhere Stufe der Gefechtsbereitschaft eingenommen werden konnte. Das änderte aber nichts daran, daß mit Krenz' Amtsantritt als "Parteilinie" galt: keine offene Gewaltanwendung, auf keinen Fall Schußwaffengebrauch, statt dessen den Dialog suchen, in der Partei und in der Bevölkerung.⁵⁹⁰ Es gab mit einer Ausnahme auch keine Anordnungen oder "Weisungen" der Partei- bzw. Staatsführung mehr, die über die schon angeführte Bereitstellung und eine entsprechende Abordnung von NVA-"Hundertschaften" zur Unterstützung der Sicherheitskräfte hinausgegangen wäre.

Die Ausnahme betraf eine Situation, die am 10. November 1989 im Zusammenhang mit der Maueröffnung in Berlin unter denkbar merkwürdigen Begleitumständen entstand. Merkwürdig war das Geschehen selbst und merkwürdig war auch die offenkundige Absicht, das Geschehene zu vertuschen.

Am Tag nach der Maueröffnung, dem 10. November um 13.00 Uhr, wurde für die in der Peripherie Berlins liegenden Truppenteile der 1. MotSchTZDiv (1. MSD), Potsdam, und des Luftsturmregiments-40 (LStR-40), Lehnin, mit dem Befehl "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" Alarm ausgelöst. Während es zur "Ständigen Gefechtsbereitschaft" gehörte, daß mindestens 85% des Personals und der Militärtechnik, also aller Fahrzeuge, Waffen und Geräte, einsatzbereit und im Standort präsent waren, galt bei der Alarmierung "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" zusätzlich, daß die außerhalb der Kaserne befindlichen Soldaten zurückgerufen wurden, die Führungsorgane und Stäbe die Arbeitsbereitschaft herzustellen hatten, die "Technik" zum Verlassen der Kaserne vorzubereiten war und die Stellplätze zu beziehen hatte, die Handfeuerwaffen ausgegeben wurden und die Lehrgefechtstechnik aufmunitioniert wurde. "Das Ziel der Erhöhten Gefechtsbereitschaft war die Herstellung der Marschbereitschaft der Führungsorgane und Truppen in der Kaserne beziehungsweise im Übungsraum."⁵⁹¹ Die Frage wäre gewesen, wohin mit ca. 12.000 Soldaten⁵⁹² und voller Kampftechnik hätte marschiert werden sollen.

⁵⁸⁹ Vgl. Dienstbesprechung des Chefs des Hauptstabes, Generaloberst Streletz, am 12.10.1989 (Aufgabenstellung des Stellvertreters des Ministers und Chefs des Hauptstabes auf der Sitzung des Kollegiums des MfNV am 12.10.1989, S. 3; in: BA/MZAP AZN 31905 Bl. 112)

⁵⁹⁰ Vgl. auch bei H.-H. Hertle, der auf das MfS bezogen anführt, daß Minister Mielcke auf einer Dienstbesprechung des erweiterten Führungskreises des MfS den Leitungskadern noch einmal ausdrücklich eingeschärft habe, sich "bis zur letzten Konsequenz" an diese Parteilinie zu halten. (H.-H. Hertle / G.-R. Stephan, Das Ende der SED ..., a. a. O., S. 58)

⁵⁹¹ Vgl. H. G. Löffler, Gefechtsbereitschaft - das Ziel der Ausbildung, in: M. Backerra, NVA – Ein Rückblick für die Zukunft, a.a.O., S. 91-112, hier S. 101.

Löffler war zwischen 1983 und 1986 Kommandeur der 1. MSD. Es ist für das Folgende bezeichnend, daß einer seiner Nachfolger, Oberst Priemer, sich im Gespräch mit dem Verfasser (am 1.6.1994 in Potsdam) nicht einmal daran erinnern konnte.

⁵⁹² Die 1. MSD hatte ca. 10500 Soldaten, das LStR-40 etwa 1500.; vgl. Informationsbericht des MfNV über die „Erfüllung des Protokolls der Entwicklung sowie den Bestand der

Anzumerken wäre, daß die 1. MSD als Vorzeige-Division galt, die insbesondere bei Besuchen ausländischer Gäste zu beeindrucken wußte, wenn sie in Lehrvorführungen betont "kriegsnah" der Gefechtswert der NVA im Ortskampf demonstrierte. Dafür daß die Division und das Luftsturmregiment-40 diese Aufgaben als zusätzlichen Ausbildungsschwerpunkt besonders beherrschten, sorgte ihr Auftrag. Beide Verbände gehörten zur sog. "Berliner Gruppierung"⁵⁹³, die dazu vorgesehen war, bei einer NATO-Aggression West-Berlin handstreichartig zu besetzen, alle wichtigen Objekte wie die beiden Flughäfen, die Rundfunk- und Fernsehanstalten, etc. einzunehmen, die Kasernen der Alliierten zu blockieren und die Stadt zu übernehmen.

Durch die Alarmierung der 1. MSD und des LStR-40 wurden im Unterschied zu den "nicht strukturmäßigen Hundertschaften" erstmals militärische Formationen auf den Plan gerufen. Im Blick auf den Zeitpunkt der Aktion –die Mauer war noch nicht einmal 24 Stunden offen– und den speziellen Charakter der Division und des an sich für Kommandoaufgaben hinter der Front vorgesehenen Luftsturmregiments schien die Alarmierung darauf hinzudeuten, daß die Grenze durch Androhung oder gar Einsatz militärischer Gewalt wieder geschlossen werden sollte. Wäre es dazu tatsächlich gekommen, hätte man mit dem schlimmsten rechnen müssen – wenn "man" denn überhaupt davon gewußt hätte.⁵⁹⁴

Dank der umfangreichen Recherchen von H.-H. Hertle am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin zu den Hintergründen des Falls der Mauer und der daraus resultierenden Diskussion mit damals beteiligten Militärs⁵⁹⁵ sind die näheren Umstände, die zur Alarmierung der

Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft der NVA" in den Jahren 1986 - 1990, Stand 1.1.1987, GKdos-Nr.: A 471696, Bl. 294 ff, in: H. Göpel, III. NVA-Landstreitkräfte, in: K. Naumann (Hrsg.), NVA - Anspruch und Wirklichkeit, a.a.O., S. 118; vgl. hinsichtlich der Gliederung und Bewaffnung das Strukturbild der Gliederung einer NVA-MotSchützendivision in: o. Verf.-Angabe, Aus dem Warschauer Pakt, Nationale Volksarmee: 600 Kampfpanzer auf den Schrottplatz ?, in: Soldat und Technik 32. Jg., H. 4/1989, S. 299

⁵⁹³ Vgl. H. Göpel, Die Berlin-Operation, in K. Naumann, NVA - Anspruch und Wirklichkeit, a.a.O., S. 286 - 316

⁵⁹⁴ Vor einer größeren Öffentlichkeit erstmalig zur Sprache gebracht wurde der Vorgang, so H.-W. Weber (siehe H.-W. Weber, Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel, a.a.O., S. 60; Weber hat sich beim Datum der Alarmierung um einen Tag geirrt), ehemals Oberst im MfNV, erst durch R. Eppelmann bei einer vom Fernsehen live übertragenen Befragung von Egon Krenz vor dem Runden Tisch. Krenz, obwohl als SED-Generalsekretär und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates an oberster Stelle verantwortlich, habe von dem Befehl jedoch angeblich nichts gewußt. Die zunächst beabsichtigte Aufklärung des Falles sei dann im Zuge der schnellen politischen Entwicklung wohl in Vergessenheit geraten. Weber selbst sei aber Ende 1990 vom früheren Kommandeur des ehemaligen Artillerie-Regiments 1 bestätigt worden, daß das Regiment im Rahmen der Alarmierung der 1. MSD in "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" versetzt worden sei.

⁵⁹⁵ Vgl. H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA, a. a. O.; vgl. auch den Beitrag von W. Hanisch, Zur Haltung der Soldaten der DDR bei der Grenzöffnung ..., a.a.O., der ganz offensichtlich als Replik gegen H.-H. Hertles Studie "Nach dem Fall der

1.MSD und des LStR-40 führten, inzwischen weitgehend geklärt. Dabei ist von denen, die über das Geschehen informiert waren, zunächst einmal nichts zur Aufklärung des Sachverhalts getan worden. Noch bis fünf Jahre nach der "Wende" war in keinem der publizierten Beiträge ehemals führender politischer oder militärischer Funktionsträger auch nur ein Hinweis auf diese Begebenheit zu entdecken. Auf einem 1992 zum Thema "Vergangenheitsbewältigung" der Nationalen Volksarmee veranstalteten Symposium an der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach, der vermutlich größten Zusammenkunft höherer NVA-Offiziere nach Auflösung der Armee, wurde zwar die Rolle der NVA in der "Wende" im Herbst 1989 beleuchtet, die Alarmierungsaktion bei der 1. MSD und dem LStR-40 aber mit keinem Wort erwähnt.⁵⁹⁶ Man mußte selbst im informellen Gespräch den Eindruck bekommen, daß in dieser Frage "gemauert" wurde, der Vorfall wurde totgeschwiegen, geleugnet, verschleiert, man konnte sich nicht erinnern⁵⁹⁷ – kein Wunder, gehörte der Kreis derer, die wirklich informiert waren,

Mauer, Der Weg zur friedlichen Lösung...", a.a.O. geschrieben wurde, aber auf die Fragestellung bezogen keinen weiteren Erkenntnisgewinn bringt.

⁵⁹⁶ Es handelte sich um eine Tagung des Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften (AMS) vom 6. - 8. 3. 1992 an der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach, zu der eine Zusammenfassung der Vorträge unter dem Titel "Die Nationale Volksarmee" vorliegt: D. Bald (Hrsg.), a. a. O.

⁵⁹⁷ Bei einem speziell zu dieser Frage vereinbarten Gespräch (am 1. 6. 1994 in Potsdam) des Verf. mit dem ehemaligen Divisionskommandeur der 1.MSD, Oberst Priemer, behauptete dieser doppeldeutig, es habe nach dem 4. 11. 1989 überhaupt keinen Einsatz der Division mehr gegeben. Das war durchaus zutreffend, weil die 1. MSD bis dahin nur mit "nicht strukturmäßigen Hundertschaften" in Bereitschaft stand und es bei der Alarmierung am 10./11. 11. ja zu keinem Einsatz mehr kam. Auf den Einwurf des Verfassers hin, es gehe ja zunächst einmal nur um die "Erhöhte Gefechtsbereitschaft", er müsse als Divisionskommandeur doch davon Kenntnis gehabt haben und um die Hintergründe dieser doch ungewöhnlichen Alarmierung wissen, glaubte er sich bedauerlicherweise an den Vorgang nicht mehr erinnern zu können.

Der mit anwesende ehemalige Kommandeur des Artillerieregiments 1, Oberstleutnant Dietmar Landmann, der Priemer offensichtlich zunächst nicht desavouieren wollte, erklärte am Ende des Gesprächs noch im Beisein Priemers schließlich, die Alarmierung sei doch erfolgt und zwar über die dafür vorgesehene Spezialleitung am 10. 11. 1989 gegen 13.30 Uhr. Die Stufe "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" sei am 11. 11. gegen 16.00 Uhr wieder aufgehoben worden. Ihm sei nicht bekannt, wer die Alarmierung ausgelöst habe. Landmann meinte, man habe sich schon gefragt, was das alles zu diesem Zeitpunkt noch solle, aber keine Erkundigungen eingeholt, warum und von wem diese Alarmierung erfolgt sei, auch nicht beim Divisionskommandeur. "Natürlich" wäre der Verband bei der nächsthöheren Alarmierungsstufe auch ausgerückt. Der Verf. hatte den Eindruck, daß nach dem Grundsatz "Befehl ist Befehl" gehandelt wurde und auch gehandelt worden wäre.

Webers Einschätzung, die durch die Alarmierung entstandene Situation sei von den Offizieren als bedrückend empfunden worden und habe sie in Gewissenskonflikte gestürzt (vgl. H.-W. Weber, Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel..., a.a.O., S. 61), wird –auf das Gespräch mit Priemer und Landmann bezogen– vom Verfasser so nicht geteilt.

doch zur engeren militärischen Führung, die verständlicherweise kaum Interesse daran haben konnte, den Vorgang publik werden zu lassen.⁵⁹⁸

Erst als H.-H. Hertle aufgrund seiner Nachforschungen Ende 1994 eine Studie veröffentlichte, die unter der Überschrift "Anfang und Ende der Vorbereitung eines militärischen Einsatzes"⁵⁹⁹ nicht ausschloß, daß die Gefahr einer militärischen Intervention bestanden habe, und in einem SPIEGEL-Artikel⁶⁰⁰ das Geschehen am 10./11. November 1989 an die Öffentlichkeit brachte, gab es auf Seiten der damals Verantwortlichen plötzlich Erklärungsbedarf. Der ehemalige Chef des Hauptstabes, Generaloberst Streletz, verfaßte zu Hertles Thesen eine Gegen-Stellungnahme und erklärte sich dann ebenso wie seine Kollegen Generaloberst K.-D. Baumgarten, ehemals Chef der Grenztruppen, und Generaloberst J. Goldbach, ehemals Chef Technik und Bewaffnung, dazu bereit, sich im Gespräch mit Hertle auch öffentlich zu dem Geschehen zu äußern.⁶⁰¹

Streletz zufolge gab es nie die Absicht, die Berliner Grenze wieder zu schließen, sondern nur Ruhe und Ordnung an der Grenze zu erreichen. "... Es bestand die Gefahr, daß sich Ereignisse entwickeln, die in Provokationen ausarten könnten. Diesen Erscheinungen mußte Einhalt geboten werden. An der Grenze mußte wieder Ruhe und Ordnung einziehen. Es durfte auf keinen Fall zum Einsatz der Schußwaffe durch die Grenztruppen kommen. Deshalb mußten durch uns kurzfristig alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um den grenzüberschreitenden Verkehr zu gewährleisten und diesen negativen Erscheinungen Einhalt zu gebieten."⁶⁰²

Man habe sich deshalb mit der Bitte, die Westmächte möchten sich in die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung an der Berliner Grenze mit einschalten, an die sowjetische Botschaft und den Oberkommandierenden der GSSD

⁵⁹⁸ Informiert waren die unmittelbar Beteiligten: Verteidigungsminister Keßler, Generaloberst Streletz als Chef des Hauptstabes, Generaloberst Stechbarth als Chef der Landstreitkräfte und Generalleutnant Skerra als Chef seines Stabes, aber auch die Kollegiumsmitglieder und Chefs und Leiter des MfNV. Sie wurden von Generaloberst Streletz darüber unterrichtet, daß die 1.MSD zur Unterstützung der Grenztruppen in "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" versetzt worden sei. Laut Streletz soll es daraufhin eine kritische Diskussion gegeben haben, in der die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit dieser Maßnahme in Frage gestellt worden sei (vgl. H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA ..., a. a. O., S. 918).

⁵⁹⁹ H.-H. Hertle, Nach dem Fall der Mauer, Der Weg zur friedlichen Lösung: Anfang und Ende der Vorbereitung eines militärischen Einsatzes, Berlin, November 1994, in: Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 94; Abdruck auch in Deutschland-Archiv, 27. Jg., H. 11/12 1994

⁶⁰⁰ DER SPIEGEL, 48. Jahrgang Nr.46 v. 14.11.1994, S. 40

⁶⁰¹ Vgl. H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA ..., a.a.O., Teil I mit der Gegendarstellung von Streletz (S. 900-905) und Teil II als Zusammenschnitt mehrerer Gespräche mit den oben genannten Generälen. (S.905 - 919).

⁶⁰² Ebda., S. 902 f

gewandt.⁶⁰³ Zugleich habe man zum Westberliner Senat und zur Westberliner Polizei Kontakt aufgenommen, außerdem seien bis zum 11. 11. allein sieben neue Grenzübergänge geöffnet worden und schließlich sei eben die 1. MSD in die "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" versetzt worden. Er, Streletz, habe den Befehl dazu von Minister Keßler erhalten und ihn an den damaligen Chef der NVA-Landstreitkräfte, Generaloberst H. Stechbarth, weitergegeben: "Die 1. MSD hat bei Notwendigkeit bereit zu sein, ohne Panzer, Artillerie und schwere Technik als Mot.-Schützenkräfte die Grenztruppen bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit an der Staatsgrenze zu West-Berlin zu unterstützen. Für den möglichen Transport der Kräfte sind Lastwagen und Schützenpanzerwagen (SPW) vorzubereiten.- Das war die Aufgabenstellung für die 1. MSD."⁶⁰⁴

Die weiteren Ausführungen von Streletz lassen erkennen, daß er –im Unterschied zur Auffassung des Chefs der Grenztruppen, Generaloberst Baumgarten– darauf bestanden hätte, die 1. MSD, wenn sie denn zum Einsatz gekommen wäre, auf jeden Fall in militärischer Gliederung mit der Waffe am Mann ausrücken zu lassen. Während nach Baumgartens Ansicht, "... keiner auf den Gedanken gekommen [wäre], in dieser Krisensituation, die hier beschrieben wird, die NVA einzusetzen."⁶⁰⁵, und Goldbach feststellt: "Es ist nie eine Option gewesen, auch eine militärische Option nicht, daß geschossen wird."⁶⁰⁶, beharrte Streletz darauf: "...Eine Verstärkung der Grenze hätte auf jeden Fall nur erfolgen können, wenn militärische Strukturen mit ihrer persönlichen Bewaffnung und Munition eingesetzt worden wären. ... Wenn die 1. MSD mit Teilen eingesetzt worden wäre, dann hätte sie militärische Aufgaben unter einem militärischen Kommando zu

⁶⁰³ Siehe das Schreiben des Chefs des Stabes der Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR v. 12. 11. 1989 an Streletz als Chef des Hauptstabes, Anlage 15.

⁶⁰⁴ H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA ..., a.a.O., S. 902

Hertle hat Streletz gegenüber zu Recht darauf hingewiesen, daß sich aus dem Eintrag des Wachhabenden im Dienstbuch nicht erkennen läßt, daß dieser Befehl nur mit Einschränkungen ausgeführt werden sollte. Die betreffenden Einträge im Arbeitsbuch des Operativ-Diensthabenden des Kommandos der NVA-Landstreitkräfte am 10.11.1989 lauten :

13.00 pers. O. Hienzsch: durch CHS wurde f.d. 1.MSD und das LStR-40 "EG" ausgelöst

13.35 Mf. Opb V.MB-V: 13.00 Ausl. "EG" 1. MSD a. Wsg. CSLaSK

(BA/MZAP VA-10-25899, Bl. 32 – siehe Anlage 16)

im Klartext:

13.00 Uhr persönlich entgegengenommen von Oberst Hienzsch: durch den Chef Hauptstab wurde für die 1. Mot.-Schützendivision und das Luftsturmregiment-40 die Stufe "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" ausgelöst.

13.35 Uhr telefonisch Operativ Diensthabender im Kommando des Militärbezirks V:
13.00 Uhr Auslösung "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" für die 1. Mot-Schützendivision auf Weisung des Chefs Landstreitkräfte

⁶⁰⁵ H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA ..., a.a.O., S. 919

⁶⁰⁶ Ebda., S. 914

erfüllen gehabt. ..."⁶⁰⁷ Das steht in einem nicht zu übersehenden Widerspruch zu seiner Beteuerung: "Es durfte auf keinen Fall zum Einsatz der Schußwaffe durch die Grenztruppen kommen."

Das durfte es in der Tat nicht. Es durfte, wie schon erwähnt, zu überhaupt keinem Einsatz der Schußwaffe kommen, weil dies mit dem Befehl 11/89 des NVR zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in den Bezirken der DDR, also von höchster Stelle, verboten worden war, ausdrücklich auch für den Fall, wenn es dazu kommen sollte, daß Demonstranten in das Grenzgebiet eindringen.⁶⁰⁸

Es wäre die Frage gewesen, wozu dann im Einsatzfalle reguläre Armee-Einheiten mit Handfeuerwaffen und Munition in Marsch gesetzt worden wären und auf welche Weise Streletz so den seiner Ansicht nach "negativen Erscheinungen" Einhalt zu gebieten" und an der Grenze wieder "Ruhe und Ordnung" herzustellen gedachte.⁶⁰⁹

Der damalige Chef der Landstreitkräfte, Generaloberst Stechbarth, der die Aktion umzusetzen hatte, scheint jedenfalls auch nicht recht gewußt zu haben, worum es eigentlich ging: er sei am 10. November, also dem Tag nach dem Fall der Mauer, vom Chef des Hauptstabes, Generaloberst Streletz, aus der ZK-Sitzung gebeten worden und habe von Streletz die schriftliche Weisung erhalten, für die 1. MSD und das Luftsturmregiment die "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" auszulösen. Streletz habe dabei noch gesagt, "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" eventuell zur Verstärkung und zur Unterstützung der Grenztruppen. Am nächsten Tag habe er dann gegen 10.30 Uhr in seinem Arbeitszimmer einen Anruf von Minister Keßler bekommen, der ihn gefragt habe, ob er bereit sei, mit zwei Regimentern nach Berlin zu marschieren. Stechbarth: "Und das war mir sowieso komisch. Entweder man kriegt vom Vorgesetzten eine Weisung oder ... Dann habe ich zu ihm gesagt, ist das ein Befehl oder ist das eine Anfrage ? Sollte das ein Befehl sein, dann bitte ich das wirklich gut zu überlegen, was es heißt, in dieser Situation mit zwei Regimentern nach Berlin zu marschieren." Als Keßler ihm daraufhin erklärt habe, die Mauer sei besetzt worden, habe er dagegen gehalten, er sei an der Oberbaumbrücke gewesen und habe dort gesehen, daß alles sehr friedlich zugegangen sei. Es müsse doch andere Möglichkeiten und Mittel geben, die Leute wieder von der Mauer zu holen. Keßler habe ihm dann nur gesagt, er erhalte noch Bescheid. Um 13.30 Uhr habe dann Streletz angerufen und ihm mitgeteilt, er könne die "Erhöhte Gefechtsbereitschaft" wieder aufheben. Als er, Stechbarth, habe wissen wollen, was denn nun geschehen sei, habe Streletz gesagt, das Problem sei mit dem

⁶⁰⁷ Ebda., S. 908

⁶⁰⁸ Vgl. NVR Befehl Nr.: 11/89 vom 03.11.1989, a.a. O., Bl. 273-276); es heißt dort eindeutig, Demonstranten, die in das Grenzgebiet eindringen, seien "durch Anwendung körperlicher Gewalt und geeigneter Mittel daran zu hindern, daß es zu Grenzdurchbrüchen kommt", der Schußwaffengebrauch sei grundsätzlich verboten.

⁶⁰⁹ Ebda., S. 902 - gemeint sind die "Zusammenrottung von Personen" an und auf der Mauer, vor allem am Brandenburger Tor, und deren Versuche, "mit Hilfsmitteln die Grenzmauer zu zerstören".

Westberliner Polizeipräsidenten zusammen gelöst worden, die Mauer sei wieder frei.⁶¹⁰

Das eigentliche Problem, Einsatz einer Motorisierten Schützendivision in ihrer militärischen Struktur mit Kampftechnik und Bewaffnung zur Schließung der Grenze am Brandenburger Tor, war damit –realistisch betrachtet– vom Tisch. Streletz: "... daß der Befehl klipp und klar war - ohne Panzer, ohne Artillerie und ohne schwere Technik- , das kann keiner bestreiten. Wenn das einer bestreitet, dann lügt er."⁶¹¹

Trotz aller Aufgeregtheit um die anfangs vermutete Vorbereitung einer militärischen Option zur Schließung der Grenze –eines Verdachts, den sich die NVA-Führungsspitze mit ihrer Geheimnistuerei selbst zuzuschreiben hatte– bestreitet das genaugenommen auch niemand mehr. Streletz ist abzunehmen, daß man nicht vorhatte, mit Panzern und Artillerie am Brandenburger Tor aufzufahren. Die Regierung Krenz hätte sich Moskau gegenüber nach dem Desaster mit der Maueröffnung⁶¹² nicht einen Tag später auch noch einen militärischen Alleingang zur neuerlichen Schließung der Grenze leisten können. Die DDR hätte sich überhaupt keinen militärischen Alleingang erlauben können, nicht nur wegen des Viermächte-Status in Berlin, sondern weil sie in allen sicherheits- und militärpolitisch relevanten Fragen keine Handlungsfreiheit hatte. Wenn, was wohl stimmt, weder die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin noch das Oberkommando der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Wünsdorf von der Planung einer Grenzschießung etwas wußten⁶¹³, so hätte das DDR-Politbüro von allen guten Geistern verlassen sein müssen, solch eine Aktion dennoch ablaufen zu lassen.

⁶¹⁰ Stechbarth in der Fernseh-Dokumentation des NDR, 3. Programm: J. Eike, W. Brüssau, Die verschwundene Armee, 3 Kapitel zur Geschichte der Nationalen Volksarmee, a.a.O.

⁶¹¹ H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA ..., a.a.O., S. 906

Vermutlich durch einen Übermittlungsfehler fehlgegangen, aber immerhin nicht zu bestreiten, ist allerdings auch, daß das Artillerieregiment der Division aufmunitioniert abmarschbereit stand und die Offiziere dort davon ausgingen, möglicherweise mit ihren Geschützen in Marsch gesetzt zu werden. Dies wurde dem Verfasser vom ehemaligen Kommandeur des Artillerieregiments bestätigt.

⁶¹² Vgl. dazu die Schilderung bei Igor F. Maximyschew / Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer..., a.a.O.

⁶¹³ Nach Streletz hat der sowjetische Botschafter Kotschemassow am 10. 11. zwischen 9 Uhr und 9.45 Uhr drei Mal bei Krenz angerufen, um sich über die Vorgänge des Vortages und der Nacht informieren zu lassen und um Moskaus Verstimmung über die Handlungsweise der DDR deutlich zu machen. Krenz wurde aufgefordert, die Gründe dafür darzulegen. Das entsprechende von Streletz verfaßte Telegramm wurde Krenz um 11 Uhr zum Abzeichnen vorgelegt (vgl. H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA ..., a.a.O., S. 915 f). Schon aus dieser zeitlichen Abfolge –die Alarmierung der 1. MSD erfolgte gegen 13 Uhr– geht hervor, daß, wenn die DDR-Führung denn vorgehabt hätte, die Grenze unter Einsatz des Militärs wieder zu schließen, die sowjetische Seite wohl in einem Zuge darüber hätte mitinformiert werden müssen.

Am Vormittag des 10. November hatte der sowjetische Staatschef Gorbatschow Bundeskanzler Kohl in Berlin angerufen, ob es stimme, was ihm seine Sicherheitsberater aus dem KGB sagten, daß die sowjetischen Truppen in Deutschland in ihren Kasernen

Nicht geklärt ist die Frage, warum der damalige DDR-Verteidigungsminister Keßler den Befehl zur Alarmierung der 1. MSD überhaupt gegeben hat. Es ist angesichts der politischen Tragweite der Entscheidung kaum anzunehmen, daß er dies selbstherrlich aus freien Stücken tat. Will man nicht an eher abwegige Erklärungen wie die eines Komplotts glauben, dann bleibt letztlich nur E. Krenz, der Keßler in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates und oberster Befehlshaber die entsprechende Weisung geben konnte. Krenz will von der ganzen Angelegenheit allerdings angeblich gar nichts gewußt haben.⁶¹⁴

Man dürfte der Klärung der Frage ein Stück näher kommen, wenn man sich die damalige Situation noch einmal vor Augen führt und Streletz' mehrfachen Hinweis auf die aus seiner Sicht schwierige Lage an der Mauer bzw. an der innerdeutschen Grenze ernst nimmt. Offenbar wurde die Situation in der Nacht vom 9./10. und während des 10. Novembers als äußerst kompliziert und gefährlich aufgeheizt eingeschätzt. Man habe Zwischenfälle und Provokationen an der Grenze und eine Eskalation der Ereignisse nicht ausschließen können, denn es sei ja nicht nur friedlich zugegangen, "... daß die Leute mal von Ost nach West gehen wollten, sondern parallel dazu lief doch ein Prozeß ab, die Grenze muß weg. Es ging einigen zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr um die Öffnung von Grenzübergangsstellen, sondern um die Beseitigung der Grenze generell."⁶¹⁵

Wie H.-H. Hertle anführt, hat Krenz am 10. November gegen 10 Uhr, also kurz vor Keßlers Befehl zur Alarmierung der 1. MSD, auf der laufenden ZK-Sitzung mit folgenden Worten zum Mauerfall Stellung genommen: "Genossen, ich bitte um Verständnis. Ich weiß nicht, ob wir alle (...) den Ernst der Lage erkannt haben. Der Druck, der bis gestern auf die tschechoslowakische Grenze gerichtet war, ist seit heute Nacht auf unsere Grenze gerichtet. (...) Der Druck war nicht zu halten, es hätte nur eine militärische Lösung gegeben. Genossen, damit wir uns einig sind, durch das besonnene Verhalten unserer Grenzsoldaten, unserer Genossen

nicht mehr sicher seien, weil von West-Berlin aus gesteuert ein Volksaufstand wie 1953 inszeniert werden solle (TV-Sendung "Helmut Kohl - Gedanken und Erinnerungen" (2) v. 11.4.1999, 11.00 - 12.30 h, NDR-Fernsehen, III. Programm). Kohl habe Gorbatschow davon überzeugen können, daß dem mit Sicherheit nicht so sei.

Ähnliches klingt aber auch in dem schon erwähnten Telefongespräch des sowjetischen Botschafters in Deutschland, Kotschemassow, mit Außenminister Schewardnadse in Moskau am 10. 11. an, in dem es hieß, der Botschafter habe dafür zu sorgen, daß der Befehl Moskaus, "Keine Aktionen unternehmen!" strikt ausgeführt werde. Kotschemassow habe auf das Telefongespräch hin sogleich den Oberkommandierenden der Westgruppe, Generaloberst Boris Snetkow, angerufen und ihm empfohlen, "zu erstarren und in sich zu gehen". Der General habe freilich jegliche Absichten, irgendwelche Aktionen geplant zu haben, abgestritten. . (I.F. Maximyschew / Hans-Hermann Hertle, Der Fall der Mauer, a.a.O., S. 26)

⁶¹⁴ E. Krenz im Telefongespräch mit dem Verf. am 11. 10. 1993

⁶¹⁵ H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA ..., a.a.O., S. 918

vom MdI, vom MfS, ist die Sache mit großer Ruhe bewältigt worden. (...) Aber der Druck nimmt weiter zu."⁶¹⁶

Krenz' Worten ist zu entnehmen, daß er froh war, daß es nicht zu einer "militärischen Lösung" gekommen war und daß er zugleich mit Sorge sah, daß der Druck weiter zunehme. Wenn aus dieser Situation heraus etwa eine Stunde später Streletz von Verteidigungsminister Keßler beauftragt wurde, die MSD mit den genannten Einschränkungen in erhöhte Bereitschaft zu versetzen, so vermutlich auf Weisung von Krenz, um bei einer weiteren Eskalation am Brandenburger Tor notfalls zusätzliche Sicherungskräfte zur Verfügung zu haben. Was die Militärs davon hielten – "Schwachsinn", "Theater", "Blödsinn"⁶¹⁷ – wurde Streletz am nächsten Tag gesagt, als er die Kollegiumsmitglieder des MfNV über die Aktion unterrichtete. Wenn Krenz nicht vorhatte, wovon sich nach dem Gesagten wohl ausgehen läßt, die Grenze unter Einsatz militärischer Mittel wieder zu schließen, dann gab es für die militärische Führung weder die Notwendigkeit noch die Gelegenheit, "ein Blutbad zu verhindern".

Wie schon erwähnt, scheint auch bei Streletz durch, daß er sich zurechnet, einen positiven Beitrag zum unblutigen Verlauf der "Wende" im Herbst 1989 geleistet zu haben: "Ich bin stolz darauf, daß ich das Glück hatte, in einem historisch entscheidenden Augenblick in einer militärischen Position gewesen zu sein, in der ich *mitwirken* konnte, daß die verantwortungsvolle Entscheidung vor und während der Wende im Herbst 1989, ob Waffen und Gewalt gegen Demonstranten eingesetzt werden sollten, positiv, das heißt gegen den Einsatz von Schußwaffen, ausfiel."⁶¹⁸

Sollte dem so gewesen sein, müßte der Einsatz von Waffen und Gewalt gegen Demonstranten auf der politischen Entscheidungsebene im Beisein von Streletz ernsthaft diskutiert worden sein. Davon ist nichts bekannt, insofern sollte Streletz dann seine Kenntnis der Dinge nicht für sich behalten, sondern Roß und Reiter nennen.⁶¹⁹ Wenn sich sein Mitwirken allerdings darauf beschränkt hat, lediglich

⁶¹⁶ H.-H. Hertle / G.-R. Stephan, Das Ende der SED ..., a. a. O., S. 78)

⁶¹⁷ Ebda.

⁶¹⁸ Ebda., S. 905 (Hervorhebung im Original)

⁶¹⁹ Streletz beschwert sich bezogen auf H.-H. Hertles Beitrag "Anfang und Ende der Vorbereitung eines militärischen Einsatzes" darüber, daß Hertle sein Wissen von Personen beziehe, die selbst nur einen Teilbereich kennen würden, und er insofern mit "Halbwahrheiten" operiere, die er dann als wahr darstelle (Ebda., S. 902). Zugleich gibt er aber auf Hertles Vorhalt: "... Herr Streletz kennt diese These schon, aber er möchte mir nicht verraten, wie die Haltung der sowjetischen Militärs in diesen Tagen war." die flapsige Antwort: "Doch das verrate ich Ihnen noch, wenn der Zeitpunkt dazu da ist." (Ebda., S. 907).

Der Verf. teilt Hertles Vermutung nicht, es sei nicht auszuschließen, daß die pol./mil. Führung der DDR möglicherweise für den 10./11. November 1989 einen militärischen Einsatz geplant habe und nur wegen fehlender Unterstützung von sowjetischer Seite von solchen Plänen wieder abgerückt sei. Worin aber im persönl. Gedankenaustausch mit Hertle Einigkeit bestand, ist die gar nicht zu leugnende Tatsache, daß durch die nicht vorhandene Bereitschaft mancher Spitzenmilitärs, ihr Wissen wirklich offenzulegen, die Aufarbeitung der Vorgänge um Jahre verzögert wurde und in vielen Fällen bis heute nicht möglich ist. Letztlich wird auch in Streletz' Beitrag und in dem Zusammenschnitt der

die politisch vorgegebene Entscheidung in militärischer Befehlsform zu Papier gebracht zu haben, so dürfte G. Schabowskis Einschätzung des Militärs zutreffen, der vor Beginn eines Gesprächs mit dem Verfasser meinte, er lege Wert darauf, zunächst einmal festzustellen, daß er Mitglied des Politbüros gewesen sei und als solches mit Generälen und "dergleichen" nichts zu tun gehabt habe.⁶²⁰

Streletz hätte dem vermutlich gar nicht widersprochen, er hält resümierend fest: "Eine abschließende Bemerkung zur Rolle des Militärs und zu meiner Rolle am 10. November. Die Schließung der Grenze wäre eine hochbrisante politische Entscheidung gewesen. Politische Entscheidungen wurden in der DDR niemals von den Militärs, sondern immer von der politischen Führung, sprich vom Politbüro, getroffen. Ich war in meiner über 41jährigen Dienstzeit nie bestrebt, politische Entscheidungen zu treffen und politischen Einfluß zu gewinnen, sondern meine militärischen Aufgaben auf der Grundlage der Verfassung und der Gesetze der DDR und des geleisteten Fahneneides zu erfüllen. Das heißt, die Rolle, die mir zugedacht wird, übersteigt weit die Realität, wie es in der DDR war."⁶²¹

Sieht man einmal davon ab, daß das von Streletz so betonte Dienstethos ein zu DDR-Zeiten übliches Versatzstück militärischer Selbstdarstellung war⁶²², dann wäre seine Haltung in der Anerkennung des Primats der Politik nur konsequent. Das, was er als ethischen Imperativ seines Handelns heraushebt, scheint der in allen Armeen geforderten Staatstreue zu entsprechen – eine Sicht, die allerdings eher das verfassungsrechtliche Denken westlicher Demokratien spiegelt als das ideologische Selbstverständnis der NVA-Führung. Denn was Streletz nicht erwähnt, jeder Offizier und erst recht die militärische Führungsspitze des Kollegiums im MfNV waren als Kommunist und Repräsentant der Partei gefordert, sich mit den Beschlüssen der SED zu identifizieren und ihre wie in allen gesellschaftlichen Bereichen so auch in der Armee "führende Rolle" zur Geltung zu bringen. Die Staatstreue ging auf in der Parteitreu, in der "... Einsicht und Bereitschaft, jeden Schritt der Partei bedingungslos mitzugehen."⁶²³

Interviews mit Hertle nur das zur Kenntnis gegeben, was zu dem Zeitpunkt ohnehin schon weitgehend aufgeklärt war und deshalb tunlichst nicht weiter hätte verschwiegen werden sollen. Wenn Streletz tatsächlich an der aus seiner Sicht wissenschaftlichen Maßstäben nicht genügenden "Geschichtsaufarbeitung" liegt, sollte er sein Wissen einbringen.

⁶²⁰ Gespräch mit G. Schabowski am 18. 6. 1992 in Rotenburg/F.

⁶²¹ H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA ..., a.a.O., S. 905

⁶²² Die strikte Erfüllung der militärischen Aufgaben auf der Grundlage der Verfassung und der Gesetze der DDR und des geleisteten Fahneneides war in solcher oder ähnlicher Formulierung fester Bestandteil jeder Grundsatzrede der militärischen Führung. Als Beispiel der Beitrag des MfNV vom 1.11.1989 für das Referat von SED-Generalsekretär Krenz auf der 10. ZK-Tagung: "... Die Angehörigen der NVA und der Grenztruppen der DDR handeln auch künftig getreu ihrem Verfassungsauftrag und dem geschworenen Fahneneid."

⁶²³ Generalmajor Dipl.-Mil. M. Volland, Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Nationalen Volksarmee, Die führende Rolle der Partei in den Streitkräften, in: MfNV, MW, Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie, Sonderheft Januar 1988, S. 35 - 38, hier S. 36

Vor solchem Hintergrund kam der "strikten Erfüllung der militärischen Aufgaben" –Streletz vergißt das in dieser Floskel üblicherweise immer gebrauchte Wort "strikt"– im Umbruch des Herbstes 1989 eine besondere Qualität zu. Würde Streletz dem "bedingungslos" folgen wollen, dann hätte es bei entsprechendem Befehl jederzeit zum Einsatz der NVA oder von Teilen der NVA kommen können. Aber auch, wenn er sich nur in schematischem Gehorsam der strikten Erfüllung seiner Aufträge verpflichtet sah, spricht wenig dafür, daß er im Falle einer entsprechenden Weisung Honeckers, notfalls mit militärischer Gewalt gegen die "konterrevolutionären Unruhen" vorzugehen, den Befehl nicht ausgeführt hätte.

Von Streletz als Offizier in der höchsten Stellung in der NVA wäre eine andere Haltung als die servile Dienstreue eines subalternen Befehlsempfängers zu erwarten gewesen: Um in dieser Situation seiner zweifellos auch politischen Verantwortung gerecht zu werden, hätte er sich nicht auf den Standpunkt zurückziehen können, im begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufgaben seien für ihn die Entscheidungen der politischen Führung sakrosankt gewesen. Er –wer sonst?– hätte unmißverständlich klarstellen müssen, daß an eine "militärische Lösung" nicht zu denken gewesen wäre, die Treue zur Partei und der soldatische Gehorsam also dort ihre Grenze gehabt hätten, wo ein solcher Einsatz befohlen worden wäre. Es ist nichts darüber bekannt, daß die militärische Führung in der kritischen Zeit Anfang Oktober 1989 einen Einsatz der NVA zur Bekämpfung der inneren Unruhen in der DDR von vornherein prinzipiell ausgeschlossen hätte.

Dank der Order Moskaus, die sowjetischen Truppen in der DDR aus allen Aktionen herauszuhalten, blieb Honecker das weitere Nachdenken über eine "militärische Lösung" seiner Probleme erspart und der Nationalen Volksarmee der Einsatz. Da die "Hundertschaften" als Teil der "bewaffneten Organe" auf der Gegenseite der Demonstranten gestanden hatten, ließ sich allerdings unschwer voraussehen, daß die NVA in den Verdacht kommen mußte, ihrem Ruf als "Parteiarmee" folgend der natürliche Verbündete der alten Ordnung und ein Stützpfeiler des Systems gewesen zu sein. Damit wäre dann aber die Erklärung von Keßlers Nachfolger Admiral Hoffmann unglaublich geworden, der Mitte November sein Amt antrat mit der Versicherung, die Nationale Volksarmee begrüße und unterstütze den Prozeß der "Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft".⁶²⁴

Insofern bot den Militärs die Behauptung, man habe ein "Blutvergießen" verhindert, als Beweis dafür, auf der "richtigen Seite" gestanden zu haben, die Chance, sich vom plötzlich zum Stigma gewordenen Ruf der "Parteiarmee" zu befreien, ohne in die Schußlinie der öffentlichen Kritik zu kommen.

Hoffmann setzte zudem kurz nach seiner Kommandoübernahme im MfNV einen "Ausschuß zur Untersuchung von Fällen von Amtsmißbrauch, Korruption und persönlicher Bereicherung in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR" ein, der auch den Einsatz der NVA-Hundertschaften überprüfen

⁶²⁴ T. Hoffmann, a. a. O., S. 39

sollte.⁶²⁵ Die Untersuchungsergebnisse lagen erst Monate später, Anfang März 1990 vor, als die politische Entwicklung längst über die Ereignisse hinweggegangen war und mit der bevorstehenden Wahl inzwischen ganz andere Themen in den Vordergrund getreten waren. Mit diesem nicht ungeschickten Schachzug hatte man die ganze Angelegenheit zunächst vom Tisch und zugleich den Spieß umgedreht. Das positive Untersuchungsergebnis schon einmal vorwegnehmend, sah sich die Armee mit ihrer inzwischen auch proklamierten "Militärreform" plötzlich im Schulterschuß mit dem progressiven Bewußtsein in der Gesellschaft und marschierte gerade eben zwei Wochen nach ihrem letzten Einsatz gegen "Provokateure und Störer" denn auch schon im Gleichschritt mit der eben noch bekämpften "Konterrevolution".

Der oben genannte, vom Ministerium für Nationale Verteidigung selbst geleitete Untersuchungsausschuß⁶²⁶ gab der NVA die erhoffte Absolution: die Armee habe in nur geringem Ausmaß polizeiliche Hilfsfunktionen übernommen und sich im übrigen nach Gesetz und Vorschrift verhalten. In dem vom Ministerium veröffentlichten Abschlußbericht heißt es, der NVA-Einsatz habe "auf der Grundlage der im Oktober/November 1989 gültigen, heute unakzeptablen Sicherheitsdoktrin ... der Einbeziehung von Teilen der NVA in polizeiliche Maßnahmen gegolten." Die Einsätze seien nicht zur gewaltsamen Auflösung von Demonstrationen vorgesehen gewesen und es habe außer in Dresden keine aktiven Handlungen der NVA gegeben.⁶²⁷

Die Aussagen dürften zutreffen. Da die NVA-Einheiten –bis auf Dresden– nicht in vorderster Linie eingesetzt und meistens nur in Bereitschaft gehalten wurden, waren sie an den Ausschreitungen der "Sicherheitskräfte" kaum beteiligt. Mit der Interpretation "Polizeieinsatz zur Unterstützung der Ordnungs- und Sicherheitskräfte" war im übrigen jeder Verdacht ausgeräumt, die militärische Führung hätte sich in ihrer Loyalität zur Parteiführung gegebenenfalls auch für einen militärischen Einsatz bereitgehalten.

Der zur Aufklärung der Vorgänge in Dresden, Berlin und Leipzig eingesetzte Ausschuß hatte seine Aufgabe lediglich darin gesehen, am Einsatz beteiligte "Armeeangehörige" zu befragen, um Verstöße gegen Gesetze oder Vorschriften festzustellen. Mit einer Ausleuchtung des politischen Hintergrunds der NVA-Aktionen war unter diesen Voraussetzungen von vornherein nicht zu rechnen. Der eigentlich neuralgische Punkt, die Frage nach der politischen Verantwortlichkeit, wurde mit dem knappen Hinweis auf die damals gültigen Befehle des Nationalen Verteidigungsrates und des Ministers für Nationale Verteidigung, also Keßlers,

⁶²⁵ Der Ausschuß wurde am 7.12.1989 eingesetzt, der Abschlußbericht lag am 15. März 1990 vor, vgl. Abschlußbericht des Ausschusses zur Untersuchung von Fällen von Amtsmißbrauch, Korruption und persönlicher Bereicherung in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR vom 15. März 1990, in: BA/MZAP VA-01/37602 BL. 101-132; vgl. auch die Veröffentlichung in MILITÄRREFORM 11/90, S.2

⁶²⁶ Den Vorsitz hatte der ehemalige Militäroberstaatsanwalt, Generalleutnant Leibner, der aber schon bald als selbst belastet "aus der Schußlinie" genommen werden mußte und durch einen jüngeren Offizier aus der Rechtsabteilung, Oberst Mader, ersetzt wurde.

⁶²⁷ MILITÄRREFORM 11/90, S. 2

abgehakt. Die Absichten der politisch und militärisch verantwortlichen Akteure und die maßgeblichen Entscheidungsabläufe in der Grauzone Politbüro–Streitkräfteführung–ZK-Sicherheitsabteilung blieben im Dunkeln. So waren die Hintergründe der Alarmierung der 1. MSD und des Luftsturmregiments am 10./11. November 1989 dem Ausschuß nicht einmal eine Fußnote wert. Die Frage kam gar nicht erst aufs Tapet, weil der Einsatz ja nicht stattgefunden habe. Da die an den Befragungen beteiligten Vertreter der lokalen Bürgerkomitees den Einsatz bloß aus ihrer jeweils begrenzten Sicht vor Ort beurteilen konnten, förderte die Untersuchung im Wesentlichen nur das zutage, was ohnehin schon bekannt war: im Prinzip ging es um die Auflistung aller Einsätze der Hundertschaften und um eine Prüfung möglicherweise vorgekommener Übergriffe. Da nichts wirklich Ernstes passiert war, blieb lediglich die Tatsache, daß es überhaupt zum Einsatz gekommen war. Damit ließ es sich im MfNV leben, man gelobte Besserung: "Die Armeeingehörigen beurteilen heute ihren damaligen vorgesehenen oder erfolgten Einsatz differenzierter und lehnen einen derartigen Einsatz ab."⁶²⁸

⁶²⁸ Ebda.

6. Zwischen Reform und Zerfall – die NVA während der Regierungszeit Modrow

6.1. Die politischen Rahmenbedingungen im November/Dezember 1989

Sieht man den Machtwechsel im Politbüro nicht lediglich unter dem Aspekt des Übergangs von der Honecker-Ära auf die Zeit der "Wende" unter Krenz, dann fällt vor allem die Dynamik auf, mit der sich in der Zeit nach dem 9. November das innere Gefüge der DDR-Gesellschaft auflöste. So fraglos die Existenz in Honeckers Realsozialismus hingenommen worden war, so im Sinne des Wortes grenzenlos offen schien nun die Zukunft zu sein – für die Wende-Führung unter Krenz Bedrohung und Chance zugleich.

Einerseits geriet die Parteispitze unter dem Druck der innen- und außenpolitischen Entwicklung in eine Situation, in der sie von vornherein schlecht aussehen mußte. Die gerade neu gewählten Altfunktionäre im Politbüro und ZK wurden von ihrer Vergangenheit schneller eingeholt als ihnen im Blick auf ihr Ansehen in der Öffentlichkeit und insbesondere in der eigenen Partei lieb sein konnte. Sie sahen sich als mitverantwortlich für die Krise plötzlich im Kreuzfeuer der Kritik und mit der Aufdeckung ständig neuer Fälle von Machtmißbrauch, Mißwirtschaft und der Inanspruchnahme ungerechtfertigter Privilegien noch dazu an den Pranger gestellt. Entsprechend wuchsen Kritik und Enttäuschung auch in der Partei. In der Ablehnung der bestehenden Verhältnisse fast einig mit dem Protest der Bürgerbewegungen, war man es in den Parteiorganisationen an der Basis leid, sich zu dem, was von der Parteiführung als "Erneuerung" proklamiert wurde, die alten Sprüche anhören zu müssen und in der Bevölkerung überdies wegen des Privilegienmißbrauchs der Parteibonzen auch noch angefeindet zu werden. Krenz' platte Selbstbeweihräucherung "Wir Kommunisten kennen nur ein Privileg, Arbeit, Arbeit und noch einmal Arbeit"⁶²⁹ klang nach allem, was inzwischen bekannt geworden war, auch den Genossen wie Hohn in den Ohren.

Doch nicht nur das machte die SED-Oberen im Politbüro unglaublich. Die von Mal zu Mal weiter reichenden Forderungen der Demonstrationen und die immer größeren Erwartungen in der Bevölkerung zwangen der politischen Führung ein Tempo auf, das sie mitgehen mußte, aber logischerweise nicht mitgehen konnte. Das ohnehin nicht große Vertrauen in die von außen gesehen fast unveränderte Partei- und Staatsführung drohte endgültig verloren zu gehen, wenn es keine Änderungen am System gab. Die konnte es aber nicht oder doch nur in sehr begrenztem Rahmen geben, solange an den bestehenden Herrschaftsverhältnissen Abstriche kaum möglich waren. Daß die Krenz-Regierung kein Programm, ja nicht einmal ein Konzept hatte, um ihr System zu welchem auch immer demokratischeren Sozialismus umzubauen, lag in erster Linie daran, daß sie im Grunde nicht bereit war, das Machtmonopol der Partei tatsächlich aufzugeben. Verbesserungen im System mochte es geben, am System nicht.

⁶²⁹ TV-Sendung SPIEGEL-TV, Das Ende der DDR, a.a.O.

Voraussetzung dafür, nicht mehr in der Rolle des politischen Trittbrettfahrers der "Wende" der Entwicklung permanent hinterher zu hinken, wäre es gewesen, erst einmal aus der Sackgasse realsozialistischer Bewußtseinsformen herauszukommen. Daß man in der Parteiführung dazu weder willens noch fähig war, wurde deutlich, als sich Krenz am Vorabend der großen Berliner Demonstration am 4. 11. 1989 in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung wandte, beginnend mit dem bezeichnenden Satz: "Die politische Wende, die wir eingeleitet haben..."⁶³⁰

Auf der 10. ZK-Tagung⁶³¹, die die Weichen für die Zukunft stellen sollte, gab es denn auch weder Entscheidungen, die man als richtungsweisend auf dem Weg zu einer neuen Systemidentität hätte deuten können, noch neue Köpfe. Politbüro und ZK traten zwar geschlossen zurück –ein bis dahin kaum vorstellbarer Vorgang– aber nur, um sich in ähnlicher Besetzung, bereinigt um die politisch nicht mehr tragbaren Genossen, wiederwählen zu lassen. Die Zahl der Politbüromitglieder schrumpfte von 21 auf 11. Die verbleibende Hälfte bestand aber nach wie vor aus Mitgliedern der Equipe des alten Politbüros und aus Spitzenfunktionären aus dem zweiten Glied, oft als Leiter von ZK-Abteilungen die Stellvertreter der gerade gefeuerten Politbüromitglieder.⁶³² Entsprechend wenig schien sich in der Sache zu bewegen. Man verständigte sich auf ein sogenanntes "Aktionsprogramm" der Partei⁶³³ und vertagte sich auf später – auf zu spät, wie sich zeigen sollte.

⁶³⁰ Vom DDR-Fernsehen ausgestrahlte Ansprache von E. Krenz am 3.11.1989

⁶³¹ 10. ZK-Tagung v. 8.-10. 11. 1989

⁶³² Mitglieder des "alten" Politbüros waren Eberlein, Jarowski, Keßler, Schabowski, Lorenz, Krenz, neu hinzu kamen als Mitglieder/Kandidaten Herger (Vertrauensmann von Krenz, Leiter der Sicherheitsabteilung im ZK), Rauchfuß (Stellvertreter von Stoph), Sieber (Leiter der Internationalen Abteilung des ZK), Willerding (Sekretär des FDJ-ZR, Vors. der FDJ-Fraktion in der Volkskammer), Schirmer (Stellvertreter von Politbüromitglied Hager) und Höpcke (Stellvertreter von Kulturminister Hoffmann) (Schirmer und Höpcke assoziiert)

⁶³³ Das vom Vorsitzenden der Kommission vorgestellte Aktionsprogramm war zwar einerseits nur eine Absichtserklärung, deren Verwirklichung auch nach einem entsprechenden Beschluß mit Sicherheit noch längst nicht beschlossene Sache gewesen wäre, es stellte andererseits aber durchaus weitgehende Reformen in Aussicht:

- freie allgemeine, demokratische und geheime Wahlen;
 - eine demokratische Koalitionsregierung mit den Blockparteien;
 - eine "an den Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft";
 - die Zulassung "neuer politischer Vereinigungen auf dem Boden der Verfassung";
 - innerparteiliche Reformen wie die Zulassung mehrerer Kandidaten bei Wahlen, die zeitliche Begrenzung von Wahlämtern, die Einführung einer Pensionsgrenze für Funktionäre sowie die Vorrangstellung gewählter Organe gegenüber dem Parteiapparat;
 - die Entflechtung von Partei und Staat;
 - Nichteinmischung in die Politik der FDJ und Achtung der Selbständigkeit des FDGB.
- (zit. nach H.-H. Hertle/G.-R. Stephan (Hrsg.), Das Ende der SED, a. a. O., S. 79)

Was von außen nach einer zwar nicht besonders glücklich, aber doch leidlich glatt verlaufenen Parteitagung ausgesehen hatte, erwies sich als Anfang vom Ende der SED. Krenz' Aktionsprogramm war nicht nur bei den mittlerweile ungewohnt aufmüpfigen "Blockparteien" durchgefallen⁶³⁴, die halbherzigen Vorschläge zum "Prozeß der Erneuerung der Partei und des Sozialismus in der DDR" genügten auch in der eigenen Partei nicht mehr. Schon im Vorfeld der ZK-Tagung hatte sich angedeutet, daß es an der Parteibasis gähe. Die Delegierten sahen sich bereits zu Beginn der Tagung in dem Zwang, einerseits in gewohnter Weise per Akklamation abstimmen zu sollen, andererseits dem fast imperativen Mandat und den mittlerweile radikalen Forderungen "von unten" verpflichtet zu sein. Den "Rest" gab ihnen der Verlauf der Tagung. Der Themenkatalog deutete schon an, daß es um mehr als kosmetische Korrekturen ging: Wirtschaftsreform, Reise-möglichkeiten für alle DDR-Bürger, "Sozialistische Demokratie", Parteiarbeit, usw. – jedes Thema für sich und erst recht alle zusammen mehr als brisant. Die Delegierten waren keineswegs ahnungslos nach Berlin gekommen, für viele soll aber eine Welt zusammengebrochen sein, als sie mit den Berichten der verantwortlichen Genossen aus dem Politbüro aus erster Hand erfuhren, in welcher katastrophalen Lage sich Staat und Partei befanden.

Während sich die Parteiführung hauptsächlich mit der personellen Besetzungsliste der Führungsgremien und dem Arrangement ihrer eigenen Wiederwahl beschäftigte, formierte sich im Mittelbau der Partei die Fronde der "Reformer" zum "Sturm auf das große Haus".⁶³⁵ Die über Arbeitskreise, Initiativ- und Projektgruppen oder durch persönliche Bekanntschaft miteinander in Kontakt stehenden Perestroika-Anhänger aus dem intellektuellen Umfeld der Humboldt-Universität, dem Staatsapparat und selbst dem ZK-Apparat traten als Sprachrohr der Basis gegen Krenz' substanzlose "Erneuerungs"-Rhetorik auf und gegen die in ihren Augen im alten Denken verharrende, in Amtsmißbrauch und Korruption verwickelte, zur Lösung der Probleme unfähige Politbüro-Führung. Der Unmut und Protest "von unten" wuchs. In mehreren Fällen wurde die bereits beschlossene Wahl Erster Bezirkssekretäre zu Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros gekippt, weil ihre eigenen Bezirksleitungen sie auf Druck der Parteimitglieder in den jeweiligen Grundorganisationen inzwischen abgesetzt hatten.⁶³⁶ Sie traten daraufhin im Politbüro zurück. Innerhalb von zwei Wochen wurden auf diese Weise alle SED-Bezirkschefs ausgewechselt.

Als auf der ZK-Tagung Forderungen laut wurden, eine sog. "Parteikonferenz" einzuberufen, wurde das an oberer Stelle mehr ablehnend als interessiert beraten. Krenz' von sich selbst überzeugte Führungsmannschaft bemerkte erst, daß der

⁶³⁴ Dem "Demokratischen Block" bzw. der "Nationalen Front" gehörten die in der Volkskammer vertretenen Parteien LDPD, CDU, DBD, NDPD und sowie FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund und VdgB als "Massenorganisationen" an. Sie standen in einem "vertrauensvollem Bündnis" mit der SED und hatten in ihren Statuten deren Führungsrolle anerkannt.

⁶³⁵ Vgl. die "Insider"-Schilderung der Vorgänge in G. Gysi, T. Falkner, Sturm aufs Große Haus, Berlin 1990

⁶³⁶ Betroffen waren die Ersten Sekretäre H.-J. Böhme, W. Walde, J. Chemnitzer

Antrag gegen sie gerichtet war, als es wenig später bereits um einen "außerordentlichen Parteitag" ging.⁶³⁷ Das Ziel war klar, man sprach dem Politbüro und ZK die Führungslegitimation ab, die Parteiführung war zur Altlast geworden, Synonym für die letztlich doch wieder rückwärts gewandte Kontinuität in der Partei. Folglich galt es, sich von ihr zu trennen, Neuwahlen sollten neue Verhältnisse schaffen.

Den Anstoß dazu gab Krenz selbst, als er versuchte, durch einen taktischen Schachzug ein noch größeres Desaster zu verhindern. Um dem Druck einer Grundsatzdiskussion und der dann fälligen Neuwahl des Zentralkomitees und Politbüros zu entkommen, bot er den Delegierten nun statt des geforderten außerordentlichen Parteitags die "Parteikonferenz" an. Die offenkundige Absicht, der Parteibasis gegenüber das Heft in der Hand zu behalten, bestätigte nur den Eindruck, daß auch im neuformierten Politbüro wieder ganz im Sinne des "demokratischen Zentralismus" von oben nach unten regiert werden würde. Das Manöver mißlang. Das ZK-Plenum beschloß zwar die "Parteikonferenz", in den Grundorganisationen spielte man aber nicht mehr mit. Man sah sich ausgetrickst und hielt sich nun seinerseits nicht mehr an die gewohnte Rollenverteilung bei der Beschlußfassung: unmittelbar nachdem die 10. Tagung geschlossen war, mußte das ZK erneut zusammentreten, um den eben erst gefaßten Beschluß wieder aufzuheben und sich nun für den geforderten Parteitag auszusprechen.⁶³⁸

Schon damit war klar, daß das Politbüro die Macht verloren hatte. Die Parteiführung beugte sich dem Willen der Reformkräfte an der Parteibasis, sie diktierten nun das Geschehen. Am 1. Dezember wurde von der Volkskammer der Führungsanspruch der SED aus der DDR-Verfassung gestrichen, zwei Tage später lösten sich Zentralkomitee und Politbüro selbst auf, nicht ohne zuvor noch in einem ersten Schub Honecker und einige weitere Spitzenfunktionäre aus der Partei auszuschließen.⁶³⁹

Ob man tatsächlich glaubte, sich auf diese Weise von seiner Vergangenheit lösen zu können, kann dahingestellt bleiben. Notwendig war die Aktion auf jeden Fall, um der SED im Blick auf die 1990 bevorstehenden Wahlen eine neue Perspektive und ein reformsozialistisches Image geben zu können. Ob das gelingen würde, war zum damaligen Zeitpunkt keineswegs sicher. Die Stimmung in der Bevölkerung und auch in der Partei war endgültig umgeschlagen, der Mitgliederschwund kaum zu stoppen. Die Zahl der Parteiaustritte überstieg binnen kurzem schon die Zahl der noch verbleibenden Mitglieder, Anfang Dezember waren es noch ca. 1.6 Millionen, zur Jahreswende nur noch etwa 300000. Die stürmische und in schonungsloser Schärfe geführte Debatte auf dem Sonderparteitag im

⁶³⁷ Der Unterschied zwischen einer Parteikonferenz und einem Parteitag lag darin, daß auf einer Parteikonferenz auf Antrag einzelne Mitglieder des ZK ausgetauscht werden konnten, auf einem Parteitag aber laut Statut das gesamte ZK neu zu wählen war - für die Basis die beste Gelegenheit, gründlich "aufzuräumen".

⁶³⁸ 11. ZK-Tagung am 13.11.1989; vgl. dazu die ausführlichen Berichte in Neues Deutschland vom 13. und 14. 11., jeweils S. 1

⁶³⁹ 12. ZK-Tagung am 3.12. 1989; vgl. dazu Neues Deutschland v. 4.12.1989, S. 1

Dezember 1989⁶⁴⁰ ließ den auf der Partei lastenden Druck deutlich werden: die Partei, das System, das, was aus Sicht der SED die politische Identität der DDR ausmachte, drohte, wie es schon der Generalsekretär der ungarischen KP, Grosz, der DDR-Delegation im Frühsommer 1989 vorausgesagt hatte⁶⁴¹, mit einem "Knall" von der Bildfläche zu verschwinden.

Daß es nicht dazu kam, verdankte die SED anscheinend dem an Stelle von Stoph neu gewählten Ministerpräsidenten H. Modrow, der für "political correctness" und demokratische Aufrichtigkeit stehenden Alternative zu Krenz. Mit Modrows Amtsantritt verlagerte sich das politische Entscheidungszentrum. Obgleich in seiner Regierungserklärung von einer strikten Trennung von Partei und Staat expressis verbis nichts zu finden ist, machte er doch zwischen den Zeilen deutlich, daß die Regierungsgewalt auch bei der Regierung liegen müsse und die Regierung künftig allein der Volkskammer verantwortlich sein solle.⁶⁴² In der Rückschau auf seine Regierungszeit schreibt Modrow: "Bald nach der Bildung der Regierung der Großen Koalition war mir klar, daß die führende Rolle der SED mit unserem Wirken aus nationaler Verantwortung nicht mehr vereinbar war. In der damaligen Fraktion der SED stellte ich daher am 1.12.1989 den Antrag, aus Artikel 1 der Verfassung den Passus "unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" zu streichen."⁶⁴³

Modrow vergißt allerdings zu sagen, daß ihm gar nichts anderes übrig blieb. Denn was nach außen hin als radikaler Bruch mit der Vergangenheit erschien und für Modrow als unabhängigen Kopf und integre Persönlichkeit sprach, war letztlich nur die Konsequenz der Tatsache, daß die SED ihr Machtmonopol nicht länger aufrecht erhalten konnte. Die Blockparteien, zuerst die LDPD, später auch die CDU, hatten bereits Krenz' "Aktionsprogramm" als überholt und für sie nicht verbindlich abgelehnt. Als Modrow sich im Vorfeld der Koalitionsberatungen mit

⁶⁴⁰ Außerordentlicher Parteitag der SED am 7./8.12., Fortsetzung am 16./17.12.1989

⁶⁴¹ "... Wir stehen unter dem Druck der Massen und der Parteimitglieder, die in einigen Fragen mit dem Strom mitschwimmen. Wenn wir nicht etwas verändern, wird es zu einem Knall kommen..." Notiz über die Visite der Chefs der Politischen Hauptverwaltungen beim Generalsekretär des Zentralkomitees der Ungarischen sozialistischen Arbeiterpartei, Genossen Grosz, am 18.05.1989, a.a.O.

⁶⁴² Vgl. H. Modrows Regierungserklärung am 17. November 1989 vor der Volkskammer der DDR, beispielsweise: "... Verantwortlich sind wir der Volkskammer, und ihr haben wir Rechenschaft zu legen. Wir verstehen das als Rechenschaft vor dem Volk. ... Diese scheinbaren Selbstverständlichkeiten sind Grundpfeiler der Regierungspolitik, weil wir es mit der Ökonomie wie mit der Demokratie sehr ernst meinen. Dies ist die klare Absage an bisherige Einschränkungen der Regierungsarbeit, an frühere Bevormundung, an willkürliches Kommandieren der Wirtschaft zum Schaden der Wirtschaft ... " in B. Zanetti, Der Weg zur deutschen Einheit, München 1991, S. 235 - 250, hier S. 236.

In der Aussprache zur Regierungserklärung bedauerte W. Herger, als Nachfolger von E. Krenz gerade ins Politbüro aufgerückt, namens der SED-Fraktion die Fehler der Vergangenheit, die zur Deformierung des Sozialismus geführt hätten und erklärte, weder das Politbüro noch das ZK der SED würden sich zukünftig in die Arbeit der Regierung einmischen.

⁶⁴³ H. Modrow, Aufbruch und Ende, a.a.O., S. 56

den Vorsitzenden der fünf in der Volkskammer vertretenen Parteien traf, hatten die zum Teil sehr eigene Vorstellungen, was die notwendigen Veränderungen betraf.⁶⁴⁴ Insbesondere die LDPD versuchte, schon um der Glaubwürdigkeit willen den eigenen Mitgliedern gegenüber, sich von der diskreditierten SED abzusetzen und selbst Profil zu gewinnen. Am 24.11. strich sie ihr Bekenntnis zur "führenden Rolle der SED" aus der Satzung. Am 14.11. hatte sich bereits die DBD aus ihrer Abhängigkeit von der SED gelöst. Auf der letzten Sitzung des Demokratischen Blocks am 28.11. erklärte schließlich dessen damaliger Vorsitzender de Maizière, man könne den Sonderstatus der SED nicht länger akzeptieren, er sehe das sozialistische Parteienbündnis am Ende.

Modrows Antrag in der Volkskammer, die führende Rolle der SED aus dem Art.1 der DDR-Verfassung zu streichen, kam insofern keineswegs überraschend. Der Führungsanspruch existierte zu dem Zeitpunkt ohnehin nur noch auf dem Papier. Die gleichberechtigte Mitarbeit aller Koalitionsparteien war folglich kein Zugeständnis der SED, sondern Voraussetzung dafür, mit den Volkskammerparteien überhaupt regieren zu können. Ohne diese Zusage hätte die SED mit ihrer Mehrheit in der Volkskammer zwar jedes Gesetz beschließen, aber die weitere Destabilisierung der innenpolitischen Situation wohl kaum verhindern können. Von daher mußte Modrow, anders als zu Zeiten der Nationalen Front, auch auf die Interessen seiner Koalitionspartner Rücksicht nehmen.⁶⁴⁵ Wenn die Demonstrationen aufhören und das Reformprogramm der Regierung eine Chance haben sollten, ging überdies kein Weg daran vorbei, auch die oppositionellen Gruppierungen –wie einige Wochen später geschehen– legal am politischen Prozeß teilnehmen zu lassen.

Wer nicht mehr daran teilnahm, war die bis dahin herrschende Funktionärselite im Politbüro und Zentralkomitee. Daraus daß sich am politisch-gesellschaftlichen Führungsanspruch der SED nicht weiter festhalten ließ, folgte, daß auch Politbüro und ZK mit einem Schlag auf der politischen Ebene keine Funktion mehr hatten. Modrow mußte insofern Krenz nicht die Macht abnehmen, Krenz verlor sie von selbst, als Politbüro und ZK in Liquidation gingen.⁶⁴⁶ Er blieb zwar für einige

⁶⁴⁴ Die LDPD ging bereits nach dem Besuch Gorbatschows auf Anti-Honeckerkurs, stellte allerdings die führende Rolle der SED zunächst noch keineswegs in Frage. Sie sprach sich für weitgehende politische Reformen aus, für eine Beteiligung der Bürgerbewegung am politischen Dialog und Anfang November vor allem für freie Wahlen ; vgl. etwa M. Gerlach im "Morgen" (dem Organ der LDPD) v. 13.10.1989: "Dem Fortschritt den Weg bahnen", Gerlachs Rede auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November, in der er den Rücktritt der Regierung Stoph forderte, oder auch die Stellungnahmen und Leserbriefe im "Morgen". Die CDU hatte am 26.10.1989 im sog. "Brief aus Weimar" (vgl. Neue Zeit, das Organ der CDU, v. 26.10.1989, S.3) eher zaghaft "ein entschlossenes Herangehen an gesamtgesellschaftliche Probleme" gefordert und sich in einem "Diskussionspapier" zwei Tage später noch selbst als "Partei des Sozialismus" bezeichnet.

⁶⁴⁵ Es ist sicherlich kein Zufall, daß Modrow in seiner Regierungserklärung zunächst noch von der Nationalen Front spricht. Bald wurde jedoch sehr deutlich, daß das Hauptinteresse der Blockparteien vor allem darin lag, sich von der SED abzusetzen, um nicht mit in den Sog des Untergangs zu geraten.

⁶⁴⁶ E. Krenz trat am 6. 12. 1989 von seinem Amt als Staatsratsvorsitzender zurück, sein Nachfolger wurde M. Gerlach, der Vorsitzende der LDPD.

Tage noch Staatsratsvorsitzender, formell also Staatsoberhaupt der DDR, faktisch aber ein "König ohne Königreich". Sein endgültiger Abgang war vorprogrammiert, im Januar 1990 wurde er mit den noch in der SED-PDS⁶⁴⁷ verbliebenen Mitgliedern des alten Politbüros aus der Partei ausgestoßen. Der starke Mann war Modrow.

Modrow legt offensichtlich Wert darauf, festzustellen, er habe sich als Ministerpräsident ausschließlich in Verantwortung gegenüber dem Volk und nicht gegenüber einer Partei gesehen. Das habe auch für die anderen Mitglieder der SED in der Regierung gegolten.⁶⁴⁸

Dies mag seiner persönlichen Einstellung entsprochen haben, dennoch blieb er natürlich der Repräsentant seiner Partei und innerhalb der Partei ihr Hoffnungsträger, inzwischen der einzige, dem man zutraute, das Blatt noch wenden zu können.⁶⁴⁹ Nicht nur Modrows späterer politischer Werdegang läßt darauf schließen, daß ihm das Schicksal der SED keineswegs gleichgültig war. Wenn er in seiner Regierungserklärung unterstreicht, die Regierung werde "dem Volk der DDR, das einen guten Sozialismus will"⁶⁵⁰ verpflichtet sein, so ließ sich das als Geste sehen, das ihm entgegengebrachte Vertrauen rechtfertigen zu wollen, viel eher aber noch als Versuch, "das Volk" auf eine, nämlich seine Linie festzulegen, um nicht zu sagen, "auf Linie" zu bringen.

Ohne daß das recht bewußt wird, wird "dem Volk der DDR" unterstellt, es wolle "einen guten Sozialismus" – wobei "einen" Sozialismus nicht irgendeinen meint, sondern das Reformprogramm der "Großen Koalition", in der die SED mit ihrer absoluten Mehrheit im Zweifelsfalle immer mit ihren Vorstellungen hätte zum Zuge kommen können. Die in der "Nationalen Front vertretenen Parteien und Organisationen wie auch die Kirchen und die anderen Interessengruppen" sind zwar aufgerufen, ihre Ansichten und ihren Rat einzubringen.⁶⁵¹ Das blieb jedoch durchaus in der bisherigen Tradition der "Nationalen Front" und auch der SED, sich als Beweis für die "politisch-moralische Einheit" im Sozialismus auf ein breites Maß an politischem und gesellschaftlich-kulturellem Engagement in der Bevölkerung stützen zu können.⁶⁵² Solange sich die staatsbürgerlichen Aktivitäten

⁶⁴⁷ Die Trennung von SED-PDS zu PDS wurde erst auf ihrem Parteitag am 24./25. 2. 1990 vollzogen.

⁶⁴⁸ Vgl. H. Modrow, *Aufbruch und Ende*, a.a.O., S. 74 f

⁶⁴⁹ Modrow wurde von der Volkskammer in geheimer Abstimmung mit nur 1 Gegenstimme zum Ministerpräsidenten gewählt.

⁶⁵⁰ B. Zanetti, *Der Weg zur deutschen Einheit*, München 1991, a.a.O., S. 235.

⁶⁵¹ Ebda.

⁶⁵² Es entsprach der Rolle der "Nationalen Front", der Zustimmung zur sozialistischen Gemeinschaft im Alltagsleben Ausdruck zu verleihen durch die freiwillige Mitarbeit von Millionen von DDR-Bürgern in Ausschüssen für Schulen, Jugendstätten, Wohngemeinden, bei der Instandsetzung von Wohnhäusern, Parks, Sportstätten etc. Selbstverständlich war es auch immer schon erwünscht, daß an der Parteibasis "kritisch-konstruktiv" in einem positiv bestätigendem Sinne "mit"-gedacht wurde und sich in Diskussionsrunden, Initiativkreisen, Arbeitsgemeinschaften oder auch in Zuschriften an

darauf richteten, die Regierungsarbeit zu unterstützen, waren sie als Ausdruck der breiten Übereinstimmung von Volk und Regierung willkommen. Das ließ sich zwar von den Bürgerrechts-Gruppierungen nicht behaupten, aber die in der Volkskammer vertretenen Parteien und Organisationen stellten, bei allen Unterschieden im Detail, Modrows Regierungserklärung und seine Vorgabe eines sozialistischen Staates DDR zunächst nicht infrage. Die Frage war nur, ob sich das von Modrow für sein Programm "sozialistischer Erneuerung" vereinnahmte "Volk der DDR" an die Abmachungen im Regierungslager halten würde.

Daß dem nicht so war, machten die Transparente und Sprechchöre auf den Montagsdemonstrationen in Leipzig klar. Während Modrow über seine "Vertragsgemeinschaft" mit der Bundesrepublik noch keinesfalls hinausgehen wollte, scholl ihm schon der Ruf "Deutschland einig Vaterland" entgegen.⁶⁵³ Das 10-Punkte-Programm⁶⁵⁴ des Bundeskanzlers schien den Weg zu weisen. Diese "Wende in der Wende" und der nicht abreißende Strom von Übersiedlern in die Bundesrepublik ließen bereits ahnen, was die erste freie Wahl in der DDR dann später bestätigte: der breiten Masse in der DDR ging es nicht um eine Neuauflage sozialistischer Experimente, sondern um mit dem Westen vergleichbare Lebensverhältnisse. Dafür bot die DM vermeintlich mehr Sicherheit als die Aussicht, die nächsten vierzig Jahre damit zu verbringen, aus der Konkursmasse real-sozialistischer Vergangenheit den besseren Sozialismus der Zukunft aufzubauen zu sollen.

die Partei, in Leserbriefen und dergleichen die Lebendigkeit der "sozialistischen Demokratie" zeigte.

⁶⁵³ Modrow hatte in seiner Regierungserklärung Bonn das Angebot einer Vertragsgemeinschaft zweier souveräner deutscher Staaten gemacht.

⁶⁵⁴ Kohl stellte sein "Zehn-Punkte-Programm" in einer Rede vor dem Bundestag am 28. 11. 1989 vor; vgl. "Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 134/1989; – vgl. den Hinweis bei H. Teltschik, der schreibt, daß er sich am 21. 11. 1989 in Bonn mit N. Portugalow, einem Mitarbeiter Falins aus der ZK-Abteilung für Internationale Beziehungen, getroffen habe, der ihm gegenüber geäußert habe, er könne sich vorstellen daß die Sowjetunion mittelfristig "einer wie immer gearteten deutschen Konföderation grünes Licht geben könnte." Teltschik: "Ich bin wie elektrisiert." (H. Teltschik, 329 Tage, a. a. O., S. 44); vgl. auch H.-H. Hertle/G.-R. Stephan (Hrsg.), Das Ende der SED, a. a. O., S. 88 f.

6.2. Die "Militärreform der DDR"

Der Weg der Modrow-Regierung von der Reform-Initiative Mitte November 1989 über die Institutionalisierung des Runden Tisches und die sich zuspitzende Krise der Regierung Ende Januar 1990 bis zum endgültigen Sturz der SED-Herrschaft mit der März-Wahl 1990 bestimmte auch in der Armee den weiteren Gang der Ereignisse.

Modrows Regierungserklärung⁶⁵⁵ hatte die Streitkräfte unter dem Punkt Außen- und Sicherheitspolitik zwar nur gestreift: weitere Reduzierung und entsprechende Veränderung der Streitkräfte-Strukturen den Ergebnissen der Wiener Abrüstungsverhandlungen gemäß, daraus resultierend eine Neudefinition der Militärdoktrin, Ankündigung eines Zivildienstgesetzes und der Neufassung des Wehrdienstgesetzes. Er hatte außerdem betont, die Sicherheits- und Militärpolitik zukünftig der Kontrolle des Parlaments zu unterstellen. Das Reformprogramm sah aber, wenn das von Modrow auch nicht eigens erwähnt wurde, bereits von vornherein eine Militärreform vor. Sie wurde der Volkskammer vom Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Dr. W. Herger, als "Reform des Militärwesens" vorgeschlagen. Anmerkungen gab es nicht, von den in militärischen Dingen völlig unbewanderten Delegierten ließ sich wohl auch nicht viel sagen zu der noch weitgehend unbestimmten Absichtserklärung, die Armee prinzipiell einer der neuen Zeit entsprechenden Reform zu unterziehen.

Die wesentlichen Eckpunkte dieser Reform hatte Herger schon zwei Tage zuvor mit dem neu ernannten Verteidigungsminister Admiral Theodor Hoffmann besprochen⁶⁵⁶, diesmal in seiner Eigenschaft als Chef der Sicherheitsabteilung des ZK. Danach war Hoffmann mit Krenz zusammengetroffen, dem "... damaligen neugewählten Generalsekretär und Vorsitzenden des Staatsrates sowie des Nationalen Verteidigungsrates", in dieser Reihenfolge, so Hoffmann, "in dessen Verantwortung ja die Ernennung und Beförderung von hohen Offizieren sowie die Berufung in die höchsten militärischen Dienststellungen fiel ...".⁶⁵⁷ Aus solcher Sicht übernahm nicht ein Militär ein dem zivilen Bereich zuzurechnendes politisches Amt, sondern als Militär eine militärische Dienststellung: "Verteidigungsminister" als Titel für die höchste Stufe der militärischen Karriereleiter.⁶⁵⁸ Hoffmanns erste Frage war denn auch nicht, ob er als Verteidigungsminister seine Uniform ausziehen müsse, sondern ob er sich als Marineoffizier zum –wie üblich– Generaloberst, also Heeresoffizier, ernennen lassen müsse.⁶⁵⁹

⁶⁵⁵ 17. 11. 1989 vor der Volkskammer, vgl. B. Zanetti, Der Weg zur deutschen Einheit, a. a. O., S. 235 - 250

⁶⁵⁶ T. Hoffmann, a. a. O., S. 34

⁶⁵⁷ Ebda., S. 35

⁶⁵⁸ Wobei T. Hoffmann allerdings wohl bewußt war, daß diese bis dahin gültige Regel für die Zukunft nicht mehr gelten würde und er vermutlich der letzte Militär als Verteidigungsminister sein würde (vgl. ebda., S. 36).

⁶⁵⁹ Ebda., S.34

Man kann davon ausgehen, daß Hoffmann nicht auf persönlichen Wunsch Modrows Verteidigungsminister wurde, sondern von der SED, also auf Vorschlag Hergers, benannt worden ist.⁶⁶⁰ Hoffmann hätte als Chef der kleinsten Teilstreitkraft normalerweise wohl kaum Aussichten gehabt, Minister zu werden.⁶⁶¹ Im Unterschied zu seinem Vorgänger Keßler und zu Streletz und Stechbarth galt er aber als unbelastet.⁶⁶² Hoffmann hatte keine herausgehobene Parteifunktion, außerdem war ihm hinsichtlich des Komplexes "Privilegien- und Amtsmissbrauch" nichts vorzuwerfen.

Wenige Tage vor der Berufung Hoffmanns waren bereits innerhalb des MfNV Stimmen laut geworden, die auf einen Wechsel in der Führung der Armee drängten. Schon bei der Kollegiumssitzung im MfNV am Abend des 9. 11., dem Tag der Maueröffnung, wurde an Keßlers Führungsstil Kritik geübt. Generaloberst Goldbach und andere Kollegiumsmitglieder monierten, daß die Informationen aus dem Ministerium den Ereignissen hinterherhinken würden und man sich vom Vortrag Keßlers Genaueres erwarte als lediglich eine "Auswertung" der gerade beendeten ZK-Tagung. Der Minister habe zu diesem Zeitpunkt, so Goldbach, nicht "auf der Höhe seiner Aufgabe" gestanden. "Er glitt mit der Darlegung der ZK-Tagung im Grunde genommen in Belanglosigkeiten ab. Wir warteten darauf, daß es konkrete Analysen der Situation und konkrete Weisungen aus der Situation geben sollte, und wir hörten politische Monologe. Und das führte natürlich zu kritischen Äußerungen."⁶⁶³

Zu mehr aber auch nicht. Obwohl sich im Kollegium "... erheblicher Unmut über Konzeptionslosigkeit, Realitätsferne und Altersstarrsinn bei Heinz Keßler angestaut [hatte]"⁶⁶⁴, passierte nichts. Die Frage, wie die Armee den Bruch mit der Vergangenheit glaubwürdig zum Ausdruck bringen sollte, wenn die militärische Führung in der alten Besetzung im Amt blieb, mag hinter vorgehaltener Hand diskutiert worden sein, in den Kollegiumssitzungen war sie kein Thema.

⁶⁶⁰ Modrow beschreibt die Auswahl seiner SED-Ministerriege folgendermaßen: "Die größten Probleme hatte ich bei den Personalfragen zunächst mit der eigenen Partei. Der damalige Leiter der Abteilung Staat und Recht, Günter Böhme, übergab mir eine Liste mit Namen, die angeblich mit Egon Krenz abgestimmt war. Wie sich herausstellte, hatte niemand aus der Parteiführung mit den von ihr vorgeschlagenen Personen über deren Bereitschaft zur Mitarbeit in der Regierung gesprochen..." (H. Modrow, Aufbruch und Ende, a.a.O., S. 31).

Auch Hoffmann wurde ohne jede „Vorwarnung“ am 15. 11. morgens zum Rapport nach Strausberg bestellt und erfuhr dort, daß seine Nominierung als Verteidigungsminister betreffend „... alle erforderlichen Dokumente bereits unterschrieben wären“. (T. Hoffmann, a. a. O., S. 35)

⁶⁶¹ So T. Hoffmann im Gespräch mit dem Verf. (16.4.1992 in Berlin); er selbst habe mit einer solchen Berufung nicht gerechnet, weil es andere Offiziere gegeben habe, etwa die Generäle Goldbach, Grätz oder Süß, die für das Amt eher in Frage gekommen wären.

⁶⁶² Das war im Gespräch mit dem Verf. Hoffmanns eigene Einschätzung.

⁶⁶³ Generaloberst Goldbach im Gespräch mit H.-H. Hertle, in: H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA ..., a. a. O., S. 911

⁶⁶⁴ Ebda.

Wozu sich im "Kollegium" niemand bereit fand, die Parteibasis exerzierte es vor. Zwei Tage später wurde eine nach den Berichten Beteiligter recht turbulent verlaufene Tagung des "Parteiaktivs" des Ministeriums mit der Forderung eröffnet, Minister Keßler, der Chef des Hauptstabes, Generaloberst Streletz, und der Chef der Politischen Hauptverwaltung, Generaloberst Brünner, sollten zurücktreten.⁶⁶⁵ Der Antrag kam nicht aus den Reihen der Generalität, sondern von einer SED-Grundorganisation. Darüber, ob auf Geheiß, mit Billigung oder mit Wissen der Partei oder bestimmter Gruppen in der Partei, kann spekuliert werden: es sticht ins Auge, daß die Rücktrittsforderung zeitlich parallel lag mit den gegen die alte Parteiführung gerichteten Aktionen des Reformflügels der SED auf der 10. ZK-Tagung. Keßlers Nähe zu Honecker war bekannt gewesen. Daß er dennoch wieder ins neue Politbüro "gewählt" worden war, machte nur Sinn, wenn er zugleich weiterhin Verteidigungsminister geblieben wäre. Das konnte aber kaum im Sinne Modrows sein, der bei der Besetzung der Ministerposten offenkundig nicht auf die alte Garde der Spitzenfunktionäre aus dem Politbüro, Zentralkomitee und Ministerrat zurückgreifen wollte. Ihm blieb zu dem Zeitpunkt noch genau eine Woche bis zur Regierungserklärung vor der Volkskammer, anläßlich der dann auch das Kabinett vorzustellen war.

Weder der Minister noch seine zwei Stellvertreter folgten der Rücktrittsforderung. Die "Parteiaktiv"-Sitzung wurde wegen eines angeblich kurz bevorstehenden Sturms auf das Brandenburger Tor (9. 11., am Tag der Maueröffnung) überhastet abgebrochen, man vertagte sich auf drei Tage später.⁶⁶⁶ In der Zwischenzeit hatte sich das Blatt allerdings gewendet. Im Blick auf den nun nicht mehr zu verhindernden "außerordentlichen Parteitag" war davon auszugehen, daß Keßler wie die anderen Repräsentanten der alten Führung im Politbüro und Zentralkomitee alle Funktionen verlieren würde. Die Rücktrittsforderung aus dem "Parteiaktiv" machte deutlich, daß er von den Genossen an der Parteibasis nicht einmal mehr als Parteitags-Delegierter nominiert worden wäre.⁶⁶⁷ Ohne dieses Votum für den Parteitag sollte es aber nach dem neuen Reglement keine Möglichkeit mehr geben, in die Führungsgremien zu gelangen.

Nachdem so zu erkennen war, daß Keßler keine Chance mehr hatte, sich an der Spitze der Streitkräfte halten zu können, und mit der im Raum stehenden Rücktrittsforderung bereits der erste Schritt zu seiner Demontage getan war, nahm man auch im "Kollegium" kein Blatt mehr vor den Mund. Als er auf einer neuerlichen

⁶⁶⁵ Vgl. T. Hoffmann, a. a. O., S. 30.

⁶⁶⁶ Vgl. H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA ..., a. a. O., S. 917

Vgl. auch bei T. Hoffmann, a.a.O., S. 30: "Etliche Teilnehmer äußerten später, als sie sich von der realen Lage überzeugt hatten, die Vermutung, die Leitung des Ministeriums sei entweder in Panik geraten, weil sie meinte, daß ihr die Ereignisse in Berlin aus dem Ruder liefen, oder sie wollte eine förmliche Abstimmung über den Antrag auf Ablösung des Ministers und des Chefs des Hauptstabes verhindern."

Dagegen Generaloberst Streletz: "Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, stand ich am 11. November noch nicht zur Abwahl" in: H.-H. Hertle, Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA, a. a. O., S. 917

⁶⁶⁷ Vgl. T. Hoffmann, a. a. O., S. 72

Kollegiumssitzung des MfNV am 14. November kundtat, er habe Krenz versprochen, auch in der neuen Regierung wieder als Verteidigungsminister zur Verfügung zu stehen, soll es zu hitzigen Diskussionen gekommen sein. Dabei ging es nicht allein mehr um die Kritik an Keßlers Führungsstil, zur Sprache kamen auch Vorwürfe, er habe ungerechtfertigte Privilegien in Anspruch genommen, dienstliche und private Zwecke verquickt und sich auf Staatskosten persönlich bereichert, kurz, die inzwischen gewohnten "Enthüllungen" zum Privilegien- und Amtsmißbrauch der Nomenklaturkader – als habe man nicht auch vorher davon gewußt, daß die stillschweigende Gewährung und Inanspruchnahme von Vergünstigungen und Sonderrechten in allen sozialistischen Staaten geradezu ein Symbol für die Zugehörigkeit zur Nomenklatur war!

Keßlers Verfehlungen waren auf jeden Fall Grund genug, zu ihm auf Distanz zu gehen. Sein weiterer Verbleib im Ministerium belastete die Partei und schadete dem Image der um Erneuerung bemühten Armee. Bei aller Loyalität gegenüber "seinem Minister" schien das "Kollegium" deshalb gut beraten zu sein, sich schon im Interesse der eigenen Fortexistenz von ihm zu trennen. Die Mehrheit der Kollegiumsmitglieder habe denn auch erklärt, so T. Hoffmann: "Genosse Minister, wenn Sie wollen, daß die Armee erhalten bleibt, dann treten Sie von der Kandidatur zurück!"⁶⁶⁸

Das war deutlich genug. Keßler zog für sich die Konsequenzen und erklärte auf der verschobenen Sitzung des "Parteiaktivs" am 15. 11. seinen Rücktritt. Einige Stunden vorher hatte der Schneider bei seinem Nachfolger Hoffmann bereits Maß genommen für die neue Uniform.⁶⁶⁹ Der Chef des Hauptstabes, Generaloberst Streletz, soll sich halsstarreriger gezeigt haben. Obwohl es seinen Führungsstil betreffend viele Beschwerden gegeben habe und er hinsichtlich der vermeintlichen oder tatsächlichen Nutzung von Privilegien im Kreuzfeuer der Kritik stand⁶⁷⁰, räumte er nach einem erneuten Rücktritts-"Vorschlag" der Nachrichten-Abteilung im MfNV noch keineswegs das Feld. Er habe sich erst nach gelindem Druck einsichtig gezeigt, so Admiral Hoffmann⁶⁷¹, und schließlich am 6.12., gemeinsam mit dem Chef der PHV, Generaloberst Brünner, um seine Entlassung ersucht. Der Chef der Landstreitkräfte, Generaloberst Stechbarth, hatte dies bereits am 20.11. getan, im Unterschied zu Streletz wohl ohne daß man ihn drängen mußte. Aus dem engeren Kreis der militärischen Führung blieb noch der Chef Luftstreitkräfte/ Luftverteidigung, Generaloberst Reinhold, der aber schon die Altersgrenze überschritten hatte und aus gesundheitlichen Gründen ohnehin am 30.11.1989 in den Ruhestand gehen sollte.⁶⁷²

⁶⁶⁸ Ebda., S. 31

⁶⁶⁹ Ebda., S. 34

⁶⁷⁰ Ebda., S. 48

⁶⁷¹ T. Hoffmann im Gespräch mit dem Verf.

⁶⁷² Die noch von Honecker abgezeichnete Verfügung lag bereits im Mai 1989 vor zwecks Entlassung zum 30.11. 1989; vgl. das entsprechende Schreiben Keßlers an Honecker v. 11.5. 1989, BA/MA AZN 32665 – Tgb.-Nr.:A-120/89

Damit war der Wechsel an der Spitze des MfNV vollzogen, ihren Abschied nahmen der Verteidigungsminister, der Chef des Hauptstabes, der Chef der Politischen Hauptverwaltung und mit Ausnahme Admiral Hoffmanns die Chefs der Teilstreitkräfte. Wobei der Terminus "Abschied nehmen" durchaus zutreffend war, denn von einem "Rausschmiß", wie ihn wohl einige aus dem "Fußvolk" gefordert hatten⁶⁷³, konnte keine Rede sein. Die genannten Offiziere wurden keineswegs sofort abgelöst⁶⁷⁴, sie wurden auch nicht bestraft oder degradiert, wie bereits gefordert worden war⁶⁷⁵, sondern in der üblicherweise vorgesehenen Form in allen Ehren aus dem aktiven Dienst verabschiedet. Da sie –mit Ausnahme Keßlers⁶⁷⁶– wegen des ihnen angelasteten Privilegien- und Amtsmißbrauchs auch später weder strafrechtlich noch disziplinar belangt wurden, behielten sie ihren Dienstrang und entsprechend die Pension. Bei Offizieren unterhalb der Generalsebene, denen in einem damit überhaupt nicht zu vergleichenden, weit geringeren Maße "Veruntreuung zum Nachteil sozialistischen Eigentums bzw. Mißbrauch der Dienstbefugnisse zur persönlichen Bereicherung" vorgeworfen wurde, hielt Streletz' Stellvertreter, Generalmajor Kusch, noch kurz vor der Wende "... eine Degradierung um mindestens 1-2 Dienstgrade und Herabsetzung in der Dienststellung für notwendig und auch gerechtfertigt ..." ⁶⁷⁷

"Manche meinten," erinnert sich Admiral Hoffmann an die Stimmung bei seinem Amtsantritt, "die ganze erste und zweite Garnitur der militärischen Führung sollte abgelöst werden, da sie durch die Vergangenheit belastet, konservativ eingestellt und zur Förderung der Militärreform weder willens noch fähig sei." ⁶⁷⁸

Hoffmann kommentiert das nicht weiter, wohl auch deshalb nicht, weil die tatsächliche Entwicklung genau entgegengesetzt verlief. Die "Reform an Haupt und Gliedern", so der Vorsitzende der "Kommission Militärreform", Generalleutnant Süß, setzte eben gerade nicht am Kopf der Armee an:

- an die Stelle von Generaloberst Streletz als Chef des Hauptstabes trat Generalleutnant M. Grätz, bis dahin Stellvertreter des Ministers und Chef Rückwärtige Dienste, Absolvent der sowjetischen Generalstabsakademie und "... mit so gut wie allen inneren und äußeren Problemen der Armee und der Landesverteidigung vertraut." ⁶⁷⁹ Grätz wäre auch ohne die vorgezogene

⁶⁷³ T. Hoffmann, a. a. O., S. 48 f

⁶⁷⁴ Der Chef des Hauptstabes und der Chef der Landstreitkräfte übergaben ihre Dienstgeschäfte zum 1.1. 1990, der Chef der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung übernahm seine neue Dienststellung am 1.12. 1989 und der neue Chef der Volksmarine 16.11. 1989.

⁶⁷⁵ T. Hoffmann, a. a. O., S. 48

⁶⁷⁶ Der ehemalige DDR-Verteidigungsminister H. Keßler wurde am 26. 1. 1990 in Haft genommen, weil er im Verdacht stehe, seine Dienstbefugnisse "zur Begehung von Straftaten" mißbraucht zu haben.

⁶⁷⁷ Siehe Anlage 17.

⁶⁷⁸ T. Hoffmann, a. a. O., S. 49

⁶⁷⁹ Ebda., S. 48

Ruhestandsversetzung von Streletz –etwa 1991/92– der wohl profilierteste Anwärter für die Nachfolge als Chef des Hauptstabes gewesen.⁶⁸⁰

- Die Position des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der NVA entfiel.
- Als Nachfolger Generaloberst Stechbarths rückte sein Stellvertreter und Chef des Stabes, Generalleutnant H. Skerra, zum Chef der Landstreitkräfte auf.
- Nachfolger des Chefs der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, Generaloberst Reinhold, wurde –noch von Honecker bestätigt⁶⁸¹– Reinholds Stellvertreter, Generalleutnant R. Berger.
- Nachfolger des ehemaligen Chefs der Volksmarine und neu ernannten Verteidigungsministers Admiral Hoffmann wurde Konteradmiral H. Born.

Das Arrangement an der Spitze der NVA änderte sich damit –abgesehen vom vorgezogenen Termin der "Wachablösung"– kaum.⁶⁸² Die "Perspektivplanung leitender Kader" dürfte jedenfalls nicht durchbrochen worden sein, es kamen die zum Zuge, die "dran" waren, in der Regel die Stellvertreter. Auch die unterhalb der obersten Leitungsebene frei gewordenen Stellen neu zu besetzen, fiel nicht aus dem Rahmen dessen, was ohnehin bei allen Armeen ein- oder zweimal im Jahr üblich ist, ein Vorgang, der nicht außergewöhnlich war.

Es soll im weiteren in Einzelfällen zwar dazu gekommen sein, daß Offiziere, die die Militärreform nicht hätten mittragen wollen oder können, vorzeitig ausgeschieden seien.⁶⁸³ Es dürfte auch zutreffen, daß es zum Teil wohl auf Druck der

⁶⁸⁰ M. Grätz, Jahrgang 1935, mit 17 Jahren Parteimitglied, aber weder Kandidat noch Mitglied des ZK, konnte eine beeindruckende Laufbahn aufweisen: mit 18 Jahren Eintritt in die KVP, in der Truppe auf allen Führungsebenen Stabschef (d. h. in der jeweils anspruchsvollsten Funktion eingesetzt), Divisionskommandeur, Stellvertreter des Chefs und Chef des Stabes im Militärbezirk V, Chef des Militärbezirks III, Studium an der Generalstabsakademie in Moskau, zwischen 1961 und 1971 im Ministerium, zuletzt als stv. Abteilungsleiter Ausbildung, und seit 1986 als Chef Rückwärtige Dienste.

⁶⁸¹ Vgl. das Schreiben Keßlers v. 11. 5. 1989 an Honecker BA/MA AZN 32665 – Tgb.-Nr.: A-120/89

⁶⁸² Vgl. die Stellenbesetzung der Chefstellen (ab Generalmajor an aufwärts) im MfNV, bei den Teilstreitkräften und im Kommando Landstreitkräfte, bei der es kaum Änderungen gab. Das betrifft nicht nur die spezifisch militärisch-technischen Verwendungen, sondern mit Blick auf die Militärreform auch relativ sensible Bereiche wie "Chef Kader", "Chef Ausbildung" oder "Chef der Verwaltung Schulen und Weiterbildung". Ein Mann, wie der schon genannte Chef der Militärakademie "Friedrich Engels", blieb bis zum März 1990 im Amt. Im Falle von Änderungen kam in der Regel der Stellvertreter zum Zuge, gut sichtbar am Beispiel der Landstreitkräfte: Auf die Stelle Generaloberst Stechbarths rückte der Chef des Stabes im Kommando der Landstreitkräfte, Generalleutnant Skerra, nach, auf den im September 1990 dann noch dessen Stellvertreter, Generalmajor Reiche, folgt, der zuvor schon stv. Chef und Chef im Kommando der Landstreitkräfte war.

⁶⁸³ Laut MfAV-Minister Eppelmann sind 1990 zwischen Januar und Ende April 33 Generäle und Admirale und 211 Oberste und Kapitäne z. S. entlassen worden; vgl. den Redebeitrag Minister Eppelmanns auf der Volkskammersitzung v. 5. 7. 1990 (Protokoll der Volkskammersitzung v. 5. 7. 1990, Bl. 21/31 – in Kopie auszugsweise im Besitz des Verf.).

Das sagt allerdings wenig darüber, wie viele wegen ihrer Einstellung gehen mußten oder ob nicht die meisten derjenigen, die "gegangen" sind, dies aus persönlichen Gründen

militärischen Führung dazu kam, denn natürlich hatte man dort ein Interesse daran, sich möglichst schnell von solchen Offizieren zu trennen, die "belastet" waren oder als angeblich belastet ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik hätten kommen können. Nicht gegeben hat es jedoch eine personelle Auswahl, die nach dem grundsätzlichen Reformverständnis der Offiziere gefragt hätte.⁶⁸⁴

Es liegt auf der Hand, daß es damit mehr um den Aspekt des technisch Machbaren ging als um die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Kritische Reflexionsfähigkeit im Blick auf die NVA war keine *conditio sine qua non*, um in den Kreis der "Expertengruppe" für die Militärreform oder in eine der Arbeitsgruppen aufgenommen zu werden. Worauf es ankam, war Fachwissen, war die Fähigkeit, die Auswirkungen der Veränderungen auf das jeweilige Ressort bezogen beurteilen zu können. Denn bei der, wie es in der offiziellen Zielsetzung hieß, "umfassenden, tiefgründigen und raschen Durchsetzung der erforderlichen Militärreform" stand weniger das "Umfassende" und "Tiefgründige" als vor allem die rasche Durchsetzung im Vordergrund. Was zählte, waren Ergebnisse, an erster Stelle das, das Heft wieder in die Hand zu bekommen.

Unter dem Zwang, sich der aktuellen politischen Entwicklung anpassen zu müssen, konnte die "tiefgreifende Erneuerung" der Armee natürlich auch schon vom Zeithorizont her nicht bei der Aufarbeitung von drei Jahrzehnten "Parteiarmee" ansetzen. Es läßt sich jedoch auch nicht erkennen, daß dies beabsichtigt gewesen wäre Ganz im Stile sozialistischer "Vergangenheitsbewältigung", keine "Probleme im Vorwärtsschreiten Fehlerdiskussionen zu führen, sondern "im Blick auf das Wesentliche" die zu lösen", wurde das Problem "Parteiarmee" dorthin verlagert, wo es aus Sicht der Militärs hingehörte, in die Partei: die Parteiführung, namentlich die "alte", hatte die Fehler und Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu verantworten, folglich war die Diskussion in der Partei zu führen.

Aus der beim Regierungsantritt Ministerpräsident Modrows bereits sichtbaren neuen "Linie", die SED aus ihrer dominierenden Rolle in Staat und Gesellschaft zurückzunehmen, ergab sich, daß der Politapparat und die Parteiorganisation der SED in der NVA nicht länger zu rechtfertigen waren. Beide stellten denn auch unmittelbar nach Modrows Regierungserklärung auf einen Beschluß des Sekretariats der PHV hin ihre Arbeit ein und lösten sich einen Monat später auf.⁶⁸⁵

getan haben oder weil sie unter den bestehenden Bedingungen kein Interesse mehr hatten, länger als nötig in der Armee zu bleiben.

⁶⁸⁴ Erst Mitte Januar wurde von Admiral Hoffmann auf Druck der Basis angekündigt, man wolle in allen Führungsebenen ab Regiment an aufwärts Kaderkommissionen bilden, "die als erste Aufgabe die Eignung der zur Zeit eingesetzten Offiziere beurteilen und entsprechende Einsatzvorschläge zu unterbreiten hätten." (T. Hoffmann, a. a. O., S. 124) vgl. auch das Protokoll vom Runden Tisch beim Verteidigungsministerium am 22. Januar 1990 (aber auch dort lediglich Absichtserklärung).

⁶⁸⁵ Die Politorgane mußten sich bis zum 15. Februar 1990 aufgelöst haben; die Politoffiziere blieben bis dahin zunächst einmal, meist ohne Beschäftigung, weiter "im Dienst". Danach traten an die Stelle der Politorgane "Organe für staatsbürgerliche Arbeit". Ein Teil der Politoffiziere kam dort unter, andere wurden im Blick auf die Zukunft in fachspezifisch

Mit dem Rückzug der SED aus der Armee schien sich die NVA von ihrem eigenen Schatten lösen zu können. Die Abkehr von der Vergangenheit sollte sich in der Ablösung der militärischen Spitze zeigen, man distanzierte sich von der verfehlten Politik der alten Parteiführung und bekannte sich zur demokratischen Umgestaltung der DDR und der Notwendigkeit der Streitkräftereform. Aus Sicht der neuen militärischen Führung war der Weg damit frei für den reformerischen Neuansatz: "Ganz konkrete Vorstellungen über den Inhalt der erforderlichen Militärreform entwickelten Generaloberst Goldbach, Generalleutnant Süß und Generalleutnant Grätz...."⁶⁸⁶

Daß die Betreffenden auch zu Honeckers Zeiten schon konkrete Vorstellungen zum politischen und militärischen Denken in der NVA entwickelt und die Verhältnisse in der NVA in verantwortlicher Position mitgetragen hatten, war offenbar kein Hindernis, unter ihrer Führung nun die Reform in Angriff zu nehmen. Generalleutnant Süß, bis dahin NVA-Hauptinspekteur, wurde zum Leiter der "Kommission Militärreform der DDR" ernannt. Als sein Stellvertreter fungierte der stellv. Chef der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, Generalleutnant Baarß. Für die "Gewährleistung einer alle Bereiche der militärischen Tätigkeit erfassenden Reform" wurden 16 Arbeitsgruppen gebildet:

- (1) Auftrag der NVA - Militärdoktrin
- (2) Stellung der NVA in der Gesellschaft
- (3) Demokratische Mitbestimmung
- (4) Umsetzung des Leistungsprinzips
- (5) Trennung von Armee und Partei
- (6) Neuorganisation der Streitkräfte
- (7) Rolle der Wissenschaft
- (8) Bildungsreform der NVA
- (9) Verwaltungsreform

rein militärischer Funktion weiterverwendet und so aus der Schußlinie "Politoffizier" genommen.

Vgl. zum Beschluß der PHV das Interview mit dem stv. Chef der PHV, Generalleutnant Volland in der Truppenzeitung "Volksarmee", "Staatspolitische Arbeit konsequent von der Parteiarbeit trennen", in: VA 48/89, S. 3

Wer sich als Parteimitglied ummelden wollte, konnte dies außerhalb der Kaserne in die örtlichen Parteigliederungen tun. Tatsächlich hätten jedoch viele Offiziere ihre Parteibücher zurückgegeben. Ganze "Führungskollektive" von Teilstreitkräften und Militärbezirken –unter anderen der Chef der Volksmarine und der Chef des Militärbezirks Neubrandenburg, einschließlich der meisten ihrer Stellvertreter– hätten die Partei verlassen, so Admiral Hoffmann, weil sie auf dem Standpunkt gestanden hätten, die Berufssoldaten sollten aus der SED austreten, um die politische Unabhängigkeit der NVA zu dokumentieren (vgl. dazu T. Hoffmann, a.a.O., S. 82) – das bedeutete jedoch keineswegs, daß das NVA-Offizierkorps mit der SED-PDS gebrochen gehabt hätte, vgl. dazu weiter unten

⁶⁸⁶

T. Hoffmann, a. a. O., S. 36

- (10) Kaderfragen und -entwicklung
- (11) Materielle Sicherstellung und soziale Bedingungen
- (12) Entwicklung der Grenztruppen
- (13) Ökonomische Sicherstellung der NVA
- (14) Verteidigungshaushalt
- (15) Sozialistischer Wettbewerb
- (16) Öffentlichkeitsarbeit

Leiter der Arbeitsgruppen war in der Regel ein General oder Oberst aus dem Ministerium. Auch der überwiegende Teil der weiteren Mitglieder kam aus dem MfNV. Jeweils einen Vertreter, oft aber nicht einmal das, stellten die Kommandos der Teilstreitkräfte, die Militärakademie "Friedrich Engels" und die Militärpolitische Hochschule.⁶⁸⁷

Mit der Konstituierung der "Kommission Militärreform" war ein erster konkreter Schritt zur Reform der NVA getan und ein sichtbares Zeichen für den Erneuerungswillen der Armee gesetzt worden. Vergleicht man, daß nicht noch einmal zwei Wochen vorher in einem Tagesbefehl des MfVV "über die gegenwärtigen Aufgaben der NVA und der Grenztruppen"⁶⁸⁸ kein Wort zur Notwendigkeit zu finden war, dann versprach die inzwischen beschlossene Militärreform und die kurzfristige Realisierung eines ganzen Bündels erster Maßnahmen in der Tat eine Wende in der Armee.

⁶⁸⁷

Siehe Befehl 135/89 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Bildung und Arbeit der „Kommission Militärreform der DDR“ vom 07.12.1989, BA/MZAP VA-01/37612 Bl. 2-22 – Ab 28. 2. 1990 war Baarß "Bevollmächtigter für die Militärreform", Süß wurde Kommandeur der Militärakademie Friedrich Engels. – Die Bezeichnung und auch der thematische Schwerpunkt einiger Arbeitsgruppen änderte sich im Verlaufe der Militärreform, ebenso auch die personelle Zusammensetzung.

Interessanterweise wurde dort, wo Schwerpunktthemen abgehandelt werden sollten, etwa bei den Arbeitsgruppen "Militärdoktrin", "Neuorganisation der Streitkräfte" oder "Kaderfragen und -entwicklung", auch die Teilnahme von Offizieren der ZK-Abteilung Sicherheit gemeldet – obwohl sich das ZK ja am 3.12.1989 aufgelöst hatte und die Parteiinstruktion nach dem Beschluß des Sekretariats der PHV vom 18.11.1989 außer Kraft gesetzt war. Damit gab es an sich keinen Grund mehr, daß Offiziere der Sicherheitsabteilung des ZK in den Streitkräften noch in Erscheinung traten. Der Grund dafür könnte darin liegen, daß sich die Kommission „Militärreform“ bereits am 25. 11. 1989 konstituierte und die Einteilung zu den Arbeitsgruppen wohl ziemlich zeitgleich vorgenommen wurde, zu einem Zeitpunkt also, als die Auflösung des ZK noch nicht unbedingt absehbar war, der Befehl aber erst am 7.12. 1989 in Kraft gesetzt wurde.

Die Teilnahme dieser Offiziere und mehrerer Polit-Offiziere in Obersten- oder Generalsrang aus der PHV und aus anderen Teilen des Ministeriums ist dennoch erwähnenswert, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, solche Offiziere –bis dahin immerhin expressis verbis "Parteifunktionäre"– hätten sich an der Ausarbeitung der Militärreform nicht beteiligen können. Das Gegenteil war der Fall: gerade in den Arbeitsgruppen der für die "demokratische Erneuerung" der NVA eher sensiblen Bereiche fanden sich in erster Linie ehemalige Politoffiziere.

⁶⁸⁸

Befehl Nr. 124/89 des MfNV über die gegenwärtigen Aufgaben der NVA und der Grenztruppen der DDR vom 12. 11. 1989, in: ZS Volksarmee 46/89, S. 2

Das Mißtrauen in der Truppe saß allerdings tief, allein die Ankündigung reichte nicht, die inzwischen auch auf die Streitkräfte übergreifende kritisch aggressive Stimmung zu beruhigen. In seiner Antrittsrede auf einer Kommandeurstagung am 20. November stellte der gerade ernannte neue Verteidigungsminister denn auch fest, die eingeleitete Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft werde zwar begrüßt und unterstützt, die Diskussion in den Kollektiven zeige aber auch einen unübersehbaren Vertrauensschwund gegenüber führenden Genossen der Partei, des Staates und der Armee. Das Bild sei von Sorge um die Zukunft geprägt, von Unsicherheit, Zweifel und Enttäuschung, auch von Verbitterung und Zorn. Es sei hinsichtlich der Einleitung der Militärreform deshalb die vordringlichste Aufgabe, die Führung auf allen Ebenen fest in die Hand zu nehmen, durch Taten Vertrauen zu schaffen und sich mit allem Ernst dem "revolutionären Erneuerungsprozeß" zu stellen. "Wir müssen unverzüglich beginnen", so Hoffmann, "eine tiefgreifende Erneuerung der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR wissenschaftlich zu konzipieren, durch praktische Maßnahmen einzuleiten und das gesamte schöpferische Potential unserer Armeeangehörigen und Zivilbeschäftigten zu nutzen."⁶⁸⁹

Letzteres betraf vor allem das an der Ausarbeitung der Reform nicht beteiligte "Fußvolk" der Armee, das nicht den Eindruck erhalten sollte, seine Meinung sei nicht gefragt. Speziell für diese Klientel, also die Masse der Soldaten, wurde gleich am Tag nach der Kommandeurstagung in Strausberg im "Klub am See", einem der üblichen Kultur- und Freizeitheime in Regie der Armee, ein "Konsultations- und Informationsstützpunkt" eröffnet. Unter der Leitung eines Zwei-Sterne-Generals⁶⁹⁰ waren dort zwischen 8 Uhr morgens und abends mehr als ein Dutzend Offiziere aus dem Ministerium damit beschäftigt, telefonische Anfragen aus der Truppe zu beantworten, mit eigens angereisten Soldaten persönliche Gespräche zu führen und sich durch Berge von Post, Vorschlägen, Hinweisen und Kritik zur Militärreform zu kämpfen – so jedenfalls die im DDR-typischen Reportagestil von politischen Veranstaltungen her bekannte Berichterstattung in der Militärpresse (ZS "Volksarmee" / ZS "Militärreform"). Nach offizieller Lesart die hauptsächliche Aufgabe dieses Konsultations- und Informationsstützpunktes: Er soll den Armeeangehörigen, den Zivilbeschäftigten, aber auch den Bürgern außerhalb der Streitkräfte die Möglichkeit geben, Probleme und Fragen, die mit dem Verteidigungsauftrag und dem militärischen Leben zusammenhängen, an das MfNV heranzutragen und in Vorbereitung der Militärreform zusätzliche Quellen für die Gewinnung von Anregungen und Erkenntnissen erschließen.⁶⁹¹

⁶⁸⁹ Vgl. T. Hoffmann, a. a. O., S. 39

⁶⁹⁰ Generalleutnant Ludwig, an sich Chef Kader im MfNV

⁶⁹¹ Vgl. ZS „Volksarmee“, Nr. 47/1989, Major Ulf Ringer, "Quellensucher...nicht Klage-mauer." Nach Auskunft des Vorsitzenden der Kommission Militärreform, Generalleutnant Prof. Dr. Süß, seien allein bis zum 7. Dezember 1989 „3500 Zuschriften mit 12000 Ideen und Vorschlägen“ beim Konsultationspunkt eingegangen – es wäre die Frage, was mit ihnen geschehen ist, denn, Auszug aus dem Ablauf einer Kommandeurstagung einen Monat später: "Generalleutnant Baarß, Stellvertreter der Expertengruppe Militärreform, machte deutlich, daß endlich ein Rückfluß auf die vielen Vorschläge der Basis erfolgen müsse.“ (T. Hoffmann, a. a. O., S. 103)

Die für die Vorbereitung der Militärreform wichtigeren "Quellen" lagen woanders. Zunächst einmal wäre daran zu erinnern, daß der Vorschlag einer "Reform des Militärwesens in der DDR" keine Idee der Militärs war, sondern von der Partei selbst kam und gemäß der Beschlußlage der 10. ZK-Tagung (8. – 10. November 1989) im Rahmen des Aktionsprogrammes der SED zu sehen war.⁶⁹²

So dürftig der vom damaligen Verteidigungsminister Keßler an den "Genossen Egon Krenz" übersandte "Entwurf eines Teilbeitrages zum Aktionsprogramm der SED" auch war, in ihm sind doch schon wesentliche Änderungsvorschläge enthalten, die sich im späteren Programm der "Militärreform" wiederfinden.⁶⁹³ Noch deutlicher wird dieser Bezug in dem PHV-Papier "Konzeption für die sozialistische Erneuerung in der NVA in den Grenztruppen der DDR", das die Streitkräftereform –im Sinne des Aktionsprogramms "untrennbarer Bestandteil der revolutionären Umgestaltung unserer sozialistischen Gesellschaft"– in erster Linie unter dem Vorzeichen sieht, durch "schnelle und tiefgreifende Veränderungen" die Lage zu stabilisieren zu versuchen und die Initiative wiederzugewinnen, jedenfalls nicht weiter der Entwicklung hinterher zu laufen.

Der Konsultationspunkt wurde bis zum 28. Februar 1990 geführt. Laut der NVA-Truppenzeitung "Militärreform" 8/90 gabe es bis Februar 1990 11 000 Telefonanrufe, Posteingänge oder persönliche Gespräche.

⁶⁹² Eine „Reform des Militärwesens in der DDR“ wurde von Dr. Herger am 17.11.1989 in seiner Stellungnahme (für die SED) vor der Volkskammer zur Regierungserklärung Ministerpräsident Modrows vorgeschlagen. Die Erkenntnis, daß eine Armee-Reform notwendig ist, ging aber weiter zurück. Minister Keßler hatte bereits auf der Parteitagung am 11. 11. eine Streitkräftereform zur Verwirklichung des Aktionsprogramms der SED angekündigt. Nach Mitteilung Hoffmanns wurde ihm auf der Kollegiumssitzung im MfNV am 14. 11. vom Chef der PHV, Generaloberst Brünner, ein Papier der Politischen Hauptverwaltung übergeben, das solche Reformen bereits näher ausführte. Dieser "Entwurf der Konzeption für die sozialistische Erneuerung in der NVA in den Grenztruppen der DDR (Reformen im Militärwesen)" (BA/MZAP VA-01/37617 Bl. 1-29 – vgl. Anlage 19) muß folglich schon vorher erarbeitet worden sein.

Wenn auch nicht zu übersehen ist, daß das Papier noch stark am Alten klebt, die Ausführungen zeichnen doch bereits ansatzweise die späteren Reformschritte –bis hin zu den Terminvorgaben– vor. In der Anlage werden "Sofortmaßnahmen" zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Kasernen über eine großzügigere Handhabung von Ausgang, Urlaub, der Mitnahme der Zivil-PKW bis hin zur Ausarbeitung eines Zivildienstgesetzes vorgeschlagen, Zeichen dafür, daß man auf den Führungsebenen durchaus wußte, was in der Armee im Argen lag. In einem offenen Brief des Sekretariats der PHV (vgl. "Volksarmee", 47/89) wird dem Minister "empfohlen", zu den Fragen der Erneuerung der Streitkräfte "mit Wirkung vom 21. November 1989" ein Informations- und Konsultationszentrum einzurichten, eine Maßnahme, die von der militärischen Führung dann auch umgehend in die Tat umgesetzt wird. Der Entwurf belegt, daß der eigentliche Impuls für die Militärreform von der PHV, das heißt der SED ausgegangen ist. Vgl. dazu auch einen wenige Tage später (ohne Datum, aber vor dem 21. 11. 1989) vermutlich als Handzettel verteilten offenen "Brief des Sekretariats der Politischen Hauptverwaltung der NVA an alle Mitglieder und Kandidaten der SED in der Nationalen Volksarmee, in den Grenztruppen der DDR und in der Zivilverteidigung" (siehe Anlage 20).

⁶⁹³ Vgl. Anlage 21.

Gemäß dieser Zielsetzung mußte es der militärischen Führung darauf ankommen, mit den die "Wende" bestimmenden politischen Kräften in den Dialog zu kommen, andererseits die Richtung der Veränderungen im "Militärwesen", wenn schon nicht selbst, dann doch zumindest mitsteuern zu können. Das setzte voraus, um nicht lediglich nur reagieren zu können, im Programmatischen einen gewissen Vorsprung zu haben. Die eigentliche und zunächst einzige "Quelle", aus der die Militärreform in dieser Hinsicht schöpfen konnte, lag darin, bereits im Entwurf vorhandene Planungen aus der Zeit vor der "Wende" als Diskussionsgrundlage, Planungsansatz oder auch als konkrete Maßnahmen in die Reform einzubringen. Die Chancen dazu waren nicht schlecht.

Zum einen befand sich die Armee zum Zeitpunkt der Einleitung der "Militärreform" bereits in einem Umstrukturierungsprozeß ("Struktur 95"), an dessen Beginn mit der einseitigen Reduzierung von immerhin 600 mittleren Kampfpanzern, 50 Jagdflugzeugen und 10 000 Mann, unübersehbar ein Zeichen gesetzt worden war. Die neue Struktur der Streitkräfte und ihrer Ausrüstung ließ keinen Zweifel mehr zu an dem Umdenken in den Fragen des Einsatzes. Die Richtung, lediglich noch "hinlängliche Verteidigungsfähigkeit" aufrecht zu erhalten, war nicht ernsthaft zu bestreiten. Im Prinzip stellte man sich mit Blick auf die zu erwartenden Ergebnisse bei den Abrüstungsverhandlungen in Wien⁶⁹⁴ bereits auf eine drastische Reduzierung des eigenen Streitkräftepotentials und eine Grundstruktur der Armee ein, die eher der einer Territorialstreitkraft entsprach als der einer Koalitionsarmee im Rahmen des Bündnisses.⁶⁹⁵

⁶⁹⁴ VKSE-Verhandlungen in Wien: unter dem Dach der KSZE berieten die Delegationen von NATO und WVO über die konventionelle Stabilität bzw. die Abrüstung in dem Gebiet zwischen Atlantik und Ural. Es ging allgemein ausgedrückt um einen Abbau der Feindbilder und ein neues Verständnis der Sicherheitsinteressen der bis dahin militärischen Gegner. In diesem Zusammenhang beschäftigten sich die Generalstabschefs der einzelnen Armeen der 35 Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki Mitte Januar 1990 mit den Militärdoktrinen und den Struktur- und Haushaltsdaten der einzelnen Staaten. Nach der von östlicher Seite als sicher erwarteten Unterzeichnung eines Abkommens "Wien I" hätte die Zahl der Panzer, Artilleriewaffen und gepanzerten Gefechtsfeldfahrzeuge der WVO um nahezu zwei Drittel reduziert werden müssen – die immer wieder beschworene Gefahr eines Überraschungsangriffs auf Westeuropa war damit endgültig vom Tisch. Nachdem der VKSE-Vertrag beim KSZE-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 18. November 1990 in Paris von Bush und Gorbatschow unterzeichnet war, sollte es nach den Truppenreduzierungen und der Abrüstung von schweren Waffen auf dem konventionellen Sektor in einer weiteren Verhandlungsrunde unter der Bezeichnung "Wien II" um die nuklearen Waffen in Europa gehen. Nach dem damaligen Vorschlag der WVO hätte das Ziel der Verhandlungen im Wandel bzw. in der Auflösung der beiden Militärbündnisse liegen sollen.

Die parallel dazu laufenden Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion hinsichtlich der Reduzierung ihrer Stationierungstreitkräfte in Europa führten zu der Einigung, diese auf jeweils 195 000 Soldaten zu begrenzen.

⁶⁹⁵ Vgl. zur Planung und zum Umfang und den genauen Daten der Umstrukturierung den Entwurf „Information über Charakter und Aufgaben der Nationalen Volksarmee der DDR“, o. D. und ohne Angabe des Verfassers (Arbeitsgruppe des MfNV unter der Federführung von Generalmajor Deim) [BA/MZAP VA-01/37617, Bl.131-149]. Die Studie bezieht sich auf die NVA als „Ausbildungs- und Basisarmee“ mit einer

personellen Gesamtstärke von 110 000 Mann in Friedenszeiten (incl. einer „Reserve“ von 10 000 Mann, tatsächlich also einer Gesamtstärke von 100 000) und 250 000 Mann nach der Mobilmachung im Verteidigungszustand (siehe Anlage 22). Das Modell der 100 000 Mann Armee galt dem MfNV als denkbarer Zukunftsentwurf, wenn es um die Perspektive der NVA als Wehrpflichtarmee ging – wobei auch solche Streitkräfte zu zwei Dritteln aus Berufs- und Zeitsoldaten bestanden hätten.

Bezüglich des Entwurfs einer Umwandlung der NVA in eine Berufsarmee war zunächst auch eine Gesamtstärke von 100 000 Mann vorgesehen. Diese Vorgabe des MfNV wurde jedoch von der mit der Ausarbeitung entsprechender Vorstellungen beauftragten Arbeitsgruppe an der Militärakademie in Dresden als nicht tragbar betrachtet. Man entschied sich deshalb für eine "Freiwilligenarmee" in einer Variante mit 80 000 Mann als Obergrenze und anzustrebender Stärke und in einer zweiten mit 60 000 Mann als unterer Stärke, bei der den Streitkräften noch ein akzeptabler militärischer Wert hätte zugesprochen werden können (Heer 46 000 / 32 000 Mann, Luftwaffe 22 000 / 18 000 Mann, Marine 12 000 / 10 000 Mann). Vgl. Nationale Volksarmee, Militärakademie "Friedrich Engels", Arbeitsgruppe "Berufsarmee", Leiter Konteradmiral Prof. Dr. sc. mil. Pöschel, Studie zur Umwandlung der Nationalen Volksarmee in eine Berufsarmee, den 08. 02. 1990, Vertrauliche Verschlusssache VVS-Nr.: D1/201 032, 3. Ausfertigung = 37 Blatt (als Kopie im Besitz des Verf.); zur Struktur siehe Anlage 23.

Vgl. zur geplanten Struktur und Stärke der NVA auch Deims Ausführungen vor dem Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestages (wobei es weitgehend unbekannt sein dürfte, daß ein NVA-General im März 1990 vor dem o. a. Bundestagsausschuß zur Situation der NVA gesprochen hat) [Generalmajor Deim NVA: Ausführungen vor dem Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestages, 7. März 1990, in: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuß, Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle, 712 - UA 1 - 2401 - Protokoll Nr. 43, Anlage zum Protokoll der 43. Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle am 07.03.1990, S. 5 ff; (als Kopie im Besitz des Verf.)].

Es ist interessant zu sehen, daß sich die geplante Personalstärke von 100 000 Mann nahtlos einfügt in das Bild, das sich Egon Bahr, der Vorsitzende des Ausschusses vom Gesamtumfang deutscher Streitkräfte für die Zeit nach Abschluß der Wiener Verhandlungen machte. Bahr führte zum Ende der Sitzung aus, seiner Überzeugung nach werde nach der Reduzierung der amerikanischen und sowjetischen Stationierungstreitkräfte auf jeweils 195 000 Soldaten eine Überdimensionierung der deutschen Streitkräfte vorliegen. „Er halte es für möglich, daß die deutschen Streitkräfte insgesamt nicht mehr als die Summe der beiden Führungsmächte ausmachten. Das ergebe eine Stärke von ca. 400 000 Soldaten, 300 000 der Bundeswehr und 100 000 der NVA. Dies könnte er für eine einseitige Maßnahme der beiden deutschen Staaten halten, die nicht nur erstrebenswert, sondern fast unausweichlich sei. Es trage nicht zur Beruhigung unserer Nachbarn bei, wenn die beiden Führungsmächte reduzierten und die beiden deutschen Staaten überdimensioniert zurückblieben.“ (Kurzprotokoll der 43. Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle am Mittwoch, dem 07. März 1990, 18.00 Uhr, in Bonn, Bundeshaus, Sitzungssaal 2704 NH, in Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuß, ..., a.a.O., S. 43/28).

Es ist sicherlich kein Zufall, daß DDR-Verteidigungsminister Hoffmann zwei Wochen vorher auf einer von der westdeutschen Presse sehr beachteten Pressekonferenz und bei mehreren Interviews davon gesprochen hatte, er könne sich eine gesamtdeutsche Armee mit nicht mehr als 300 000 und nicht weniger als 200 000 Soldaten vorstellen. Das hätte bei einem Verhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln einem NVA-Anteil von 100 000 bzw. 70 000 Mann entsprochen – exakt das, was im MfNV als Alternative erarbeitet worden war: 100 000 Mann als Wehrpflichtarmee, 70 000 Mann als Berufsarmee.

Die Veränderungen wären einschneidend gewesen. Vorgesehen war eine Kürzung des Personalbestands um ca. 50% und eine Reduzierung beispielsweise bei mittleren Panzern um ca. 1500 Panzer auf 42% des Bestandes, bei gepanzerten Gefechtsfahrzeugen um ca. 3500 Schützenwagen auf 40%, bei der Artillerie von 2242 Rohren auf 840 Rohre oder ein Drittel des Bestands etc. Damit wären nicht nur die Gefechtsmöglichkeiten stark eingeschränkt gewesen, es hätte auch, so Generalmajor Deim, "nicht mehr zu komplexen, strategisch-operative Ausmaße annehmende Handlungen kommen" können.⁶⁹⁶ Die NVA wäre nach einem solchen "Umbau", ganz ungeachtet der "Militärreform", nicht mehr die gleiche gewesen wie zu Beginn des Jahres 1989. Die dann tatsächlich verwirklichte strukturelle Angriffsunfähigkeit wäre ein zweifellos bedeutsamer Schritt auf dem Weg zu defensiven Sicherheitsstrukturen in Europa gewesen, ein Planungsansatz also, der sich auch in die Sicherheitskonzeption einer demokratisch erneuerten DDR hätte einfügen lassen.⁶⁹⁷

In ähnlicher Weise konnte das MfNV auch bei der angekündigten Erarbeitung eines neuen "Verteidigungsgesetzes der DDR" im Zusammenhang mit der Neuformulierung des Auftrags der NVA auf den bereits bestehenden Entwurf einer Militärdoktrin der DDR zurückgreifen. An ihm war seit der Ostberliner Erklärung der WVO-Staaten zum Doktrinwechsel –also seit mehr als zwei Jahren– in langen Diskussionen und immer wieder neuen Überarbeitungen gefeilt, nach Aussagen Beteiligter um einzelne Formulierungen "gerungen" worden.⁶⁹⁸ Jetzt bot sich an, schon um gleich etwas in der Hand zu haben, diesen Entwurf, der an sich für das KSZE-Seminar über Militärdoktrinen gedacht war, als Material für den programmatischen Teil der "Militärreform" zu verwenden.⁶⁹⁹

Schließlich gab es umfangreiche Vorarbeiten auch noch auf anderem, im Blick auf das Rumoren in der Truppe besonders wichtigem Gebiet: in den Jahren zuvor hatten etliche Kommissionen aus dem Ministerium die inneren Verhältnisse in der

⁶⁹⁶ Generalmajor Deim in: Kurzprotokoll der 43. Sitzung ..., a.a.O., S. 12

⁶⁹⁷ Wenn man bei T. Hoffmann den Eindruck gewinnen kann, es sei definitiv vorgesehen gewesen, daß die NVA diese Struktur habe einnehmen sollen (T. Hoffmann, a. a. O., S. 52), so war dem nicht so, siehe General Deim bei seinem oben genannten Vortrag vor dem Bundestagsausschuß: „Ausgehend von der personellen Stärke und dem Kampfbestand, die nach Verwirklichung dieser einseitigen Reduzierungen vorhanden sind, haben wir –auch in Abstimmung mit unseren Verbündeten– Obergrenzen für die Hauptarten der Militärtechnik vorgesehen und eingebracht, über die die NVA nach Abschluß von Wien I verfügen kann.“ (Anlage zum Protokoll der 43. Sitzung..., a.a.O., S. 2f). Aus dem Satz geht eindeutig hervor, daß Voraussetzung für die Reduzierungen der DDR die Vertragsunterzeichnung war.

⁶⁹⁸ Dies wurde dem Verf. bei seinen Gesprächen mit NVA-Offizieren von verschiedener Seite so dargestellt. Auf dem sog. "Wissenschaftlerkongreß" im November 1988 sei die Linie im Großen festgelegt worden, bis zum Mai 1989 habe dann eine Arbeitsgruppe einen ersten Entwurf vorgelegt, der dann noch einmal überarbeitet worden sei. Der letzte Stand dieser Diskussion vom Sommer 1989 spiegelt sich im Entwurf des MfNV (Hauptstab) "Militärdoktrin der DDR" und der Stellungnahme und dem Gegenentwurf der Abteilung Sicherheitsfragen im ZK der SED (Dr. W. Hübner), siehe Anlage 24.

⁶⁹⁹ Siehe Anlage 25.

Truppe untersucht. Ihre Vorschläge zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und zu notwendigen Änderungen in den Dienstvorschriften und den gesetzlichen Bestimmungen hatten sich in der "Direktive 2/88" niedergeschlagen, einem nach wie vor nicht fertiggestellten Maßnahmenkatalog, der für die Truppe positive Veränderungen bringen sollte, dessen tatsächliche Realisierung aber immer wieder auf die lange Bank geschoben worden war.

Im Ministerium konnte man sich so auf bereits Vorhandenes stützen und hoffen, die mehr und mehr krisenhafte Entwicklung der "Wende" in der Armee in das ruhigere Fahrwasser eines gemäßigten Wandels überleiten zu können. Das umfangreiche Reformprogramm war sichtbarer Ausdruck des "tiefgreifenden Erneuerungsprozesses" in der Armee und die nicht zu leugnende Tatsache, daß eine Reihe von "Sofortmaßnahmen" schnellstmöglich in Kraft gesetzt wurden, sollte von der Ernsthaftigkeit des Reformwillens überzeugen. Insbesondere die Konsequenz, mit der die Trennung von Staat und Partei in der NVA vollzogen wurde, bewies, daß der eingeschlagene Weg ein irreversibler Prozeß sein würde.

Was vom Leiter der Reformkommission, Generalleutnant Süß, als Lösungsvorschlag für die "Hauptprobleme der Militärreform der DDR" vorgelegt wurde⁷⁰⁰, war ein erster Entwurf der zukünftigen Armee der DDR, einer Armee mit neu zu bestimmendem Auftrag, einem neuen Führungssystem und einer neuen Kommando- und Organisationsstruktur, in der für die Armeeingehörigen Rechtsicherheit und demokratische Mitbestimmung gewährleistet sein sollten. Jeder

⁷⁰⁰

Siehe Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Nationale Verteidigung, Kommission „Militärreform der DDR -Der Leiter- „Vorschlag für das Herangehen an die Lösung folgender Hauptprobleme der Militärreform der DDR“ (BA/MZAP VA-01/37612, Bl. 32-49), Anlage 26.

Süß' Konzeption ist nicht in allem deckungsgleich mit dem Entwurf der 100000 Mann Armee („Information über Charakter und Aufgaben der Nationalen Volksarmee der DDR“). Seine Struktur der Teilstreitkräfte und auch manche Zahlenangaben weichen zum Teil von den Angaben in dieser Studie ab. Das ist aber kein Widerspruch, denn beide Entwürfe –vermutlich aus der gleichen "Werkstatt" operative Verwaltung/Gen. Deim– stimmen in den wesentlichen Neuerungen überein und ergänzen sich ansonsten: Süß sieht an der Spitze der Armee einen Verteidigungsminister, der auch eine zivile Persönlichkeit sein kann (aber nicht muß!), an seiner Seite einen Staatssekretär, der ebenfalls eine gewählte (!) zivile Persönlichkeit sein könnte, und eine klar definierte Trennung zwischen ziviler und militärischer Zuständigkeit. Die alleinige Zuständigkeit für die Bereiche Führung der Teilstreitkräfte (Führungsstab), Ausbildung und Sicherstellung liegt beim Chef des Hauptstabes, also einem Militär. Im Gliederungsbild der "100 000 Mann Armee" wird das Ministerium für Verteidigung von einem Generalinspekteur oder einem Befehlshaber (vermutlich erst im Verteidigungszustand) geführt, ebenfalls mit einem Staatssekretär an seiner Seite. Auch hier gehören zum Hauptstab die Führungsstäbe der Teilstreitkräfte, die Grundsatzorgane in den Verwaltungen sowie die Wehrbereichskommandos der Territorialtruppen. Der Entwurf von Süß befaßt sich insbesondere mit der Organisationsstruktur des Verteidigungsministeriums, während sich der Vorschlag der Operativen Verwaltung vor allem auf die Struktur, Gliederung, Stärke und Bewaffnung der Teilstreitkräfte bezog. Wesentlich bei beiden: die neuartige Brigadegliederung, die Streichung des 1972 geschaffenen „Kommandos Landstreitkräfte“ und die Reduzierung auf nur 6 Wehrbereiche, bei Süß außerdem die neue Organisationsstruktur des Ministeriums. Vgl. auch bei T. Hoffmann, a. a. O., S. 63 ff

Interessierte sollte unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung Zugang zu allen Laufbahnen und Führungsfunktionen haben. Die Soldaten hätten als "mündige Staatsbürger" aktiv an "der Gestaltung des Lebens in den Streitkräften und in der Gesellschaft" teilnehmen können und bei "weitestgehender Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit" hätte allen "auf dem Boden der Verfassung stehenden gesellschaftlichen Kräften in allen Belangen des Lebens in den Streitkräften" ein demokratisches Mitspracherecht zustehen sollen.

An dem Entwurf fällt ins Auge, daß er einerseits bemüht ist, den Erwartungen an "Reformen" im Sinne eines demokratischeren Neuansatzes zu entsprechen und "Fehlentwicklungen" und Mißstände in der Armee abzustellen, andererseits aber in der mehr oder weniger strukturierten Aufzählung solcher Maßnahmen steckenbleibt, ohne die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich zu machen, denen sich die Streitkräfte anzupassen hatten.⁷⁰¹ Daß sich dazu wenig sagen ließ, wenn Richtung und Ziel der "revolutionären Umgestaltung" noch ganz im Nebel lagen, liegt auf der Hand. Im Ergebnis fehlte so aber der Bezugspunkt, von dem die Armee reform den Ausgang hätte nehmen müssen, das Pferd wird gleichsam vom Schwanz her aufgezümt. Der Entwurf benennt –offensichtlich in Anlehnung an das Konzept der "Inneren Führung" der Bundeswehr– zahlreiche Einzelaspekte, die das Innenleben der NVA zweifellos verändert hätten und ihre Integration in ein demokratisches Staatswesen hätten erleichtern können. Was fehlt, ist der Begründungszusammenhang, der sich eben aus der der Armee zugewiesenen Position in Staat und Gesellschaft ergibt.

Wenn es zu den wesentlichen Merkmalen dieses Bezugs unter der Überschrift "Nationale Volksarmee und erneuerte sozialistische Gesellschaft" lediglich heißt "Neubestimmung der Stellung und des Auftrags der nationalen Volksarmee in der Verfassung der DDR", so spricht das für ein eher statisches Verständnis der Reformkonzeption: wie es scheint, ergibt sich die Integration der Armee in Staat und Gesellschaft aus der verfassungs- und gesetzmäßigen Einbindung der Streitkräfte und den Reformmaßnahmen in der Armee. Aus der formalen Einordnung in das politische System und aus der –im Rahmen "staatlicher Regelungen" zugestanden– Akzeptanz demokratischer Lebensformen und Mitbestimmungsrechte im militärischen Bereich folgt jedoch noch nicht, daß eine solche Volksarmee-"neu" dann tatsächlich eine im Denken und Handeln "neue Armee" gewesen wäre. Auch die "alte" NVA hatte sich nie anders denn als Instrument des SED-Staates gesehen und die politische und soziale Eingliederung in Staat und Gesellschaft schon aus ideologischer Sicht als selbstverständlich betrachtet. Nachdem die Ideologie als verbindliches Wertsystem fortfiel, in ihrer bis dahin gegebenen Form jedenfalls keine Grundlage mehr bot für das Selbstverständnis der Armee, hätte insofern zunächst einmal definiert werden müssen, auf was sich das dann hätte beziehen sollen. Angesichts der "revolutionären Umgestaltung" der sozialistischen Gesellschaft, vor allem aber mit Blick auf das sich schon abzeichnende Zusammengehen mit dem kurz zuvor noch ärgsten "Klassenfeind" und militärischen Gegner war das keineswegs klar.

⁷⁰¹

Vgl. die Auflistung "Hauptaufgaben der Militärreform der DDR", Anlage 27.

Die Frage, ob die "Militärreform", ohne sich der Vergangenheit der NVA als Parteiarmee zu stellen, ein überzeugendes Legitimationskonzept für die "neuen" Streitkräfte hätte sein können, ist in dem Entwurf kein Thema. Im weiteren Verlauf des Reformprozesses erklärte Verteidigungsminister Hoffmann zwar, man werde sich von solchen Offizieren trennen, die die Reform nicht mittragen könnten, in Süß' Konzeption steht aber auch dazu kein Wort. Offenbar sah man keinen Grund, der Armee zuzumuten, sich in Abkehr von der eigenen Vergangenheit kritisch mit ihrem bisherigen Legitimitätsverständnis auseinanderzusetzen. Die gesellschaftliche Legitimation für die Armee wird augenscheinlich noch ganz im Sinne der Doktrin in der politisch-moralischen Einheit der sozialistischen Gesellschaft gesehen, jedenfalls nicht unter dem Gesichtspunkt, daß die Integration der NVA in eine "nach-realistische" DDR in erster Linie nicht eine Sache der "Demokratisierung" der Armee gewesen wäre, sondern des politischen Bewußtseins und Selbstverständnisses des Berufsmilitärs. Wenn die Reform der Armee von den im "alten Geist" erzogenen und geprägten Offizierkorps umgesetzt werden sollte, dann hätte sich das neue Konzept "staatsbürgerlicher Bildung" zunächst einmal an diese Offiziere selbst richten müssen.

Die "Reformer" gehen eher vom Gegenteil aus. In bemerkenswerter Unbefangenheit heißt es in dem Papier, die Armee werde sich auch zukünftig bereit finden zur "Leistung eines Beitrages zur Persönlichkeitsentwicklung der Bürger unserer Gesellschaft durch die technische und andere Ausbildung ihrer Angehörigen sowie deren geistig-kulturelle Betreuung." Ähnlich Punkt III/2/(4) zur "Bildung und Erziehung der Armeeingehörigen, die auf staatsbürgerliches Pflichtbewußtsein für den militärischen Schutz der DDR, auf Kameradschaft, Disziplin und Ordnung sowie bewußte Befehlserfüllung bei strikter Beachtung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und des Völkerrechts gerichtet sind. Grundwerte sind gemäß der Verfassung der DDR Friedensliebe und Sozialismus, Antifaschismus und Humanismus, Demokratie, Heimatliebe und Internationalismus."⁷⁰² Das klang nicht gerade neu.

Sonderlich neu war auch nicht, was den Verantwortlichen im MfNV insgesamt zu dem Reformentwurf eingefallen war. Bei genauerem Hinsehen läßt sich erkennen, daß das Gesamtkonzept im Wesentlichen den Vorstellungen des PHV-Papiers "Reformen im Militärwesen" folgte, manches allzu "Gestrige" daraus zwar nicht weiter aufgriff, inhaltlich aber auch keine grundlegend neuen Elemente enthielt. Süß' Lösung der "Hauptprobleme der Militärreform" beeindruckt durch die Vielzahl der konkret in Angriff genommenen Reformschritte und durch die ad hoc in die Tat umgesetzten ersten Maßnahmen zu ihrer Realisierung. Sie ließ aber kein Interesse der militärischen Führung daran erkennen, sich selbstkritisch mit der

⁷⁰² Vgl. "Erlaß einer militärischen Bestimmung des Ministers für Nationale Verteidigung über den Inhalt, die Organisation und den Stil der staatsbürgerlichen Bildung und Information", in: Kommission „Militärreform der DDR -Der Leiter- „Vorschlag für das Herangehen an die Lösung folgender Hauptprobleme der Militärreform der DDR“, a. a. O., S. 16, S. 13, Punkt (6); S. 15, Punkt (4) - Hervorhebungen im Original – es ist bezeichnend, daß die Konzeption "Inhalte, Formen und Methoden der staatsbürgerlichen Arbeit in den Streitkräften" in der Zuständigkeit der Militärpolitischen Hochschule, bis dahin einer der "Kaderschmieden" der SED, zu erarbeiten war.

politischen Vergangenheit und der eigenen Rolle im SED-Staat auseinanderzusetzen, und geriet in der technizistischen Sicht des Entwurfs in weiten Teilen lediglich zur Fortschreibung der Planungen, die mit Blick auf den Beitrag der DDR zu den Wiener Verhandlungen im Ministerium ohnehin schon existierten. Daß das nicht reichte, um mit dem Wandel in der "Wende" mithalten zu können, ließ sich voraussehen.

6.3. Die Krise in der NVA

Die vielbeschworene "Einheit von Volk und Armee", Leitmotiv der "sozialistischen Erneuerung" der Streitkräfte, schien sich trotz der Öffnung zur Gesellschaft hin nicht einstellen zu wollen. Im Gegenteil, der Druck auf die Armee wuchs. Obwohl die Soldaten als letzte Reserve die Lücken der in den Westen "Getürmten" schließen mußten, ob als Busfahrer, in der Lebensmittelversorgung, im Braunkohlentagebau oder als Ärzte und Sanitätspersonal in den Kliniken⁷⁰³, die Armee stieß dennoch in großen Teilen der Bevölkerung auf Mißtrauen und Ablehnung. Offiziere und ihre Familien waren öffentlichen Anfeindungen ausgesetzt, wehrpflichtige Soldaten wurden auf der Heimreise beschimpft und bedroht. In einem Lagebericht der "Kommission Militärreform" Anfang Dezember 1989 glaubte man feststellen zu können: "Das Stimmungs- und Meinungsbild ist durch die Rechtsunsicherheit in unserer Gesellschaft im Zusammenhang mit öffentlichen Angriffen auf die NVA und die Grenztruppen der DDR geprägt. Die Besorgnis herrscht über die bereits vorhandene und weiter zunehmende Kluft zwischen Volk und Armee."⁷⁰⁴ Ein Offizier der Volksmarine gegenüber westdeutschen Journalisten: "Es hat sich Frust angestaut in der Bevölkerung gegen alle bewaffneten Organe, die nun beschuldigt werden, das Gesellschaftssystem gestützt zu haben."⁷⁰⁵

Frust gab es nicht nur in der Bevölkerung, sondern vor allem auch in der Armee selbst. Der gesellschaftliche Aufbruch hatte um die Kasernen keinen Bogen gemacht. Abgesehen davon, daß Fahnenflucht inzwischen etwas Alltägliches war, jeden Monat setzte sich etwa eine Kompanie zum Klassenfeind ab⁷⁰⁶, schwappte mit dem "Volk" auch oppositionelles Gedankengut hinter die Kasernentore. Wie immer die "Armeeangehörigen" die Ziele der intellektuellen Bürgerrechtler verstanden haben mochten, der öffentliche Protest und ihre Demonstrationen für die Freiheitsrechte einer demokratisch verfaßten Gesellschaft zeigten Wirkung. Die Stimmung in der Truppe wurde zusehends fordernder, zum Teil auch aufsässig. Man ließ sich nicht mehr vorschreiben, wie und worüber zu diskutieren wäre, sondern forderte nun selbst unverblümt die Diskussion und nahm in der kritischen Beurteilung der Verhältnisse in der NVA kein Blatt mehr vor den Mund. Die größten Auseinandersetzungen habe es mit den Angehörigen des ersten Diensthalbjahres gegeben, die die Erfahrungen der revolutionären Umgestaltungen im

⁷⁰³ Laut MfNV waren Ende 1989 ca. 48 500 Armeeangehörige in der Volkswirtschaft tätig, vgl. Minister für Nationale Verteidigung, Gedanken zum Gespräch des Ministers für Nationale Verteidigung mit Ministerpräsident Dr. Modrow (BA/MZAP VA-01/37612, Bl. 94-97)

⁷⁰⁴ Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Nationale Verteidigung, Kommission „Militärreform der DDR“ -Der Leiter-, Material für die im Zeitraum vom 18.12. bis 23. 12. 1989 vom Minister für Nationale Verteidigung befohlenen Dienstversammlungen, in: BA/MZAP VA-01/37607, Bl. 56-105R, hier S. 60; siehe Anlage 28a.

⁷⁰⁵ Zit. nach T. Hoffmann, a. a. O., S. 87

⁷⁰⁶ Ebda., S. 99; laut Hoffmann gab es zwischen Anfang Dezember 1989 und Anfang Mai 1990 ca. 1500 Fahnenfluchten, darunter 65 Offiziere.

Territorium mitgebracht hätten, schreibt T. Hoffmann.⁷⁰⁷ Ihnen seien die jungen Offiziere in der Regel nicht gewachsen gewesen. Bis dahin ganz undenkbar war die Armee plötzlich Objekt der Kritik ihres eigenen "Fußvolkes".

Während die Offiziere trotz der zunehmend problematischeren Dienstbedingungen meist noch in anerzogener Disziplin verharrten, hatte man bei den Mannschaften die Zeichen der Zeit erkannt und lotete wie bei den Montagsdemonstrationen aus, ob die Staatsmacht noch Herr der Lage war, wie weit man also mit seinen immer neuen Forderungen gehen konnte. So hätten sich schon Anfang Dezember 1989 in mehreren Standorten der 8. Mot.-Schützendivision Schwerin Soldatenräte gebildet, die ein "menschlicheres Klima" gefordert hätten: mehr Freizeit, weniger Drill, Ausgang in Zivil, Verzicht auf Schikanen, Mitsprache bei der Aufstellung der Dienstpläne.⁷⁰⁸ "Die Leute, an die 500, standen plötzlich auf der Matte und wollten diskutieren", so ein Regimentskommandeur der Division.⁷⁰⁹

Man ließ sie diskutieren. Sie sollten Sprecher wählen und ihre Forderungen "mal schön aufschreiben", dann werde sich weiter sehen lassen. In der Zwischenzeit habe der Divisionskommandeur im Ministerium in Strausberg um Rat nachgesucht, "... aber dort fühlte sich keiner zuständig. Die zutiefst erschrockenen Genossen Generale waren mit sich und der Wende beschäftigt."⁷¹⁰

Ganz so überrascht kann man im MfNV zwar nicht gewesen sein, denn über Interessenvertretungen für die Soldaten war im Zusammenhang mit der Militärreform durchaus schon nachgedacht worden.⁷¹¹ Der Tenor des Berichtes dürfte aber stimmen. Bereits bei einer Umfrage zwischen dem 21. und 23. November bei der Dresdner Panzerdivision und den Grenztruppen wurde laut Admiral T. Hoffmann harsche Kritik "an der Schwerfälligkeit des Ministeriums geübt, da immer noch keine Entscheidungen zu solchen Problemen wie der Neuregelung des Tagesdienstablaufs, dem Empfang westlicher Medien in den Kasernen, der Reduzierung der Anforderungen an die Gefechtsbereitschaft und der Ausbildungsplanung für das kommende Jahr getroffen waren. Viele Vorgesetzte ließen folglich Abstriche an der militärischen Disziplin zu und wichen aus Angst vor möglichen Auseinandersetzungen unbequemen Forderungen an die Unterstellten aus."⁷¹²

⁷⁰⁷ T. Hoffmann, a. a. O., S. 102

⁷⁰⁸ Aus DER SPIEGEL, Jg., 10/1990, „Ein Trümmerhaufen der Gefühle“ - Die Nationale Volksarmee der DDR: aufsässige Soldaten und verängstigte Offiziere, S. 34 - 48, hier S. 34

⁷⁰⁹ Ebda.

⁷¹⁰ Ebda., S.37

⁷¹¹ Vgl. "Führungskonzeption des Ministers für Nationale Verteidigung zur Realisierung der Militärreform der DDR", BA/MZAP VA-01/37607 Bl. 214-227, hier Bl. 220 f

⁷¹² T. Hoffmann, a. a. O., S. 46

Nachlassende Disziplin, fehlende Motivation und ein mehr und mehr rebellisches Verhalten kennzeichneten denn auch das Stimmungsbild in der Truppe. Die Einschätzung der Lage in der NVA, Stand 13. 12. 1989:

"Der politisch-moralische Zustand der Führungsorgane und Truppen ist zum Teil destabilisiert. Eine fortschreitende Demoralisierung des Personalbestandes ist nicht zu übersehen. ...

Soldaten des 2. und 3. Diensthalbjahres zeigen demonstrativ ein Desinteresse an der militärischen Ausbildung, das vielfach mit Forderungen nach

- Kürzung des Wehrdienstes;
- Erhöhung des Wehrsoldes (besonders der in der Volkswirtschaft eingesetzten Armeeangehörigen);
- Verbesserung der Dienst-, Arbeits- und Lebensbedingungen (z.B. Verpflegung, Unterbringung, Klubeinrichtungen u.a. soziale Fragen) verbunden sind."⁷¹³

Daß das Ministerium bereits einige der ohnehin geplanten Erleichterungen mit Wirkung zum 1. 12. 1989 in Kraft gesetzt und die Truppe über die Vorbereitung neuer gesetzlicher Regelungen zum Wehr- und Zivildienst informiert hatte, änderte nichts daran, daß sich die Situation in den Kasernen zuspitzte. Trotz der gewollt euphorischen Aufbruchsstimmung in den Berichten der Truppenzeitungen "Volksarmee" und "Militärreform" (ab Januar 1990), aus der Sicht der Wehrpflichtigen nahm sich das Reform-Angebot aus dem Ministerium bis zum Jahresende eher dürftig aus: Erlaubnis zum Ausgang in Zivil, der Frühsport war nicht mehr obligatorisch, man durfte Westmedien empfangen.

Selbst Verteidigungsminister Hoffmann sah in der Rückschau, daß im Gegensatz zu den Ankündigungen des Ministeriums zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Truppe nur wenig zu spüren gewesen sei von gesellschaftlicher Erneuerung der Armee. Die Verhaltensweisen vieler Offiziere hätten sich noch keineswegs so radikal geändert gehabt und auch der Wust militärbürokratischer Detailfestlegungen und Einschränkungen sei noch nicht beseitigt gewesen. "Da war noch genügend Stoff für Frust und Zoff!"⁷¹⁴

"Zoff" sollte sich bald einstellen. Am Neujahrstag 1990 lag Hoffmann folgende Meldung auf dem Tisch:

"Am 01.01.1990, ab 01.00 Uhr kam es am Standort Beelitz (...) zu einer Protestaktion vor der Dienststelle, bei der ca. 300 Armeeangehörige Forderungen zur schnelleren Durchsetzung der Militärreform vortrugen. Es wurden 378 Unterschriften für eine Resolution gesammelt, die gegen 13.00 Uhr an ADN übergeben wurde. Schwerpunkte der Forderungen:

⁷¹³ Siehe "Material für die im Zeitraum vom 18.12. bis 23. 12. 1989 ..., a.a.O., Bl. 59 – an der gleichen Stelle wird auch bestätigt, daß zu dem Zeitpunkt in der 8. MSD bereits in fast jedem Truppenteil Soldatenräte existierten.

⁷¹⁴ T. Hoffmann, a. a. O., S. 90

- Sofortige Entlassung und Arbeitsaufnahme in den Heimatorten
- Verkürzung der Wehrdienstzeit auf 12 Monate
- Schaffung Gesetz für Wehersatzdienst
- Verbesserung der Dienst- und Lebensbedingungen
- Öffentlicher Zugang zu allen Militärobjekten
- Angemessene Regelung dieser Probleme innerhalb des Dienstverhältnisses Unteroffizier auf Zeit

Trotz geführter Aussprachen durch leitende Offiziere des MB V und der 1. MSD nahmen sie den Dienst nicht auf und verbinden die Rückkehr in die Dienststelle mit konkreten Zusagen zu ihren Forderungen."⁷¹⁵

Das hatte es seit Bestehen der Armee noch nicht gegeben, weder bei der NVA noch bei der "anderen Feldpostnummer" in der Bundeswehr. Die Soldaten, Angehörige einer Ausbildungsbasis, die nach der Grundausbildung zur Unterstützung der Volkswirtschaft in die "Produktion" hätten geschickt werden sollen, hatten sich über ihre Vorgesetzten geärgert, zu Silvester galt Alkoholverbot. Sie zogen daraufhin mit selbst gemalten Transparenten und Kerzen in der Hand vor die Kaserne, hielten dort vorbeifahrende Autos an, die die Medien über den "Streik" in Beelitz unterrichten sollten, und weigerten sich, wie dargestellt, wieder in die Kaserne zurückzukehren.

Nachdem Befehle nicht mehr befolgt wurden und "Aussprachen" mit höheren Offizieren ohne Ergebnis geblieben waren, verhandelte der Verteidigungsminister mitsamt der für die Landstreitkräfte zuständigen Armeeführung persönlich mit den Sprechern der Truppenteile. Minister Hoffmann: "Einer der Sprecher teilte mir dann mit, daß die Soldaten mich mit meiner blauen Uniform erwarteten, daß aber nicht sicher sei, ob sie meine Antwort akzeptieren würden, da für Männer, die schon zwei Tage auf der Straße zugebracht hätten, auch ein Minister nicht mehr viel zähle."⁷¹⁶

Der inzwischen auf das Vierfache angewachsenen Forderungskatalog ließ sich aus Sicht der Armeeführung zwar nicht gleich ganz erfüllen, aber immerhin, man kam zu einer vorläufigen Einigung. Die moderate Ansprache des Ministers wurde akzeptiert, man ging wieder in die Kasernen zurück, aber die Lawine war schon losgetreten: Die Bilder im DDR-Fernsehen zeigten eine Armeeführung, die sich von ein paar hundert meuternden Rekruten vorführen ließ, denen der Minister persönlich alles Mögliche versprach und sie schließlich mit der Bitte entließ, doch nun ihren "Streik" zu beenden. "Das Volk", jedenfalls der Teil, der als "Fußvolk" in die Kasernen kam, diktierte seiner Armee die Bedingungen, unter denen es überhaupt noch zu "dienen" bereit war.

⁷¹⁵ Ebda., S. 91

⁷¹⁶ Ebda., S. 94, vgl. zu vorher auch S. 91 ff

Hoffmann zur Berichterstattung des Fernsehens: "Es kam, wie ich befürchtet hatte. Kein Wort von den Darlegungen über die Aufgaben der Armee oder über die Forderungen, die ich zurückgewiesen und deren Ablehnung öffentlich begründet hatte, sondern lediglich der Teil meiner Rede, in dem ich mitteilte, daß der Einsatz in der Nähe der Heimattorte erfolgt und meine Bitte, sich zurück in die Kasernen zu begeben, nachdem die Forderungen der Soldaten im Wesentlichen erfüllt worden seien. ... Da die meisten Armeeangehörigen ja nicht wußten, daß der Truppenteil in Beelitz vor allem der Vorbereitung für den Einsatz in der Volkswirtschaft diene, glaubten sie, man brauche nur auf die Straße zu gehen und lautstark zu fordern, in der Nähe der Heimattorte eingesetzt zu werden, und schon werde man dahin entlassen. In der Nacht zum 3. Januar kam es zu weiteren Demonstrationen und am 3. Januar rückten Delegationen von Truppenteilen aus allen Teilstreitkräften im Konsultationszentrum in Strausberg an."⁷¹⁷ Hoffmann weiter: "... Diese Abordnungen –sie setzten sich aus Soldaten, Unteroffizieren, Fähnrichen und Offizieren zusammen- wurden denn auch von mir empfangen und es wiederholten sich die wechselseitigen Argumentationen von Beelitz.

Während dieser zwei Stunden kam es auch zu ausgesprochen unsachlichen Verhaltensweisen bis hin zur Ankündigung von Lynchjustiz. Es wurde sogar damit gedroht, daß sich die Panzer in Richtung Berlin in Bewegung setzen würden, falls keine klaren Antworten erteilt werden. ..."⁷¹⁸

Hoffmann schreibt, er habe Mühe gehabt, selber sachlich zu bleiben. Dennoch ging er stante pede auf die Forderung nach "klaren Antworten" ein. Vermutlich zur Überraschung der "Delegierten" selbst wurde ihnen noch während der Unterredung vom Minister selbst eine gerade unterzeichnete Weisung vorgelesen, die vor allem für die wehrpflichtigen Soldaten in der Tat kaum mehr Wünsche offen ließ. Was zuvor über Jahrzehnte hinweg angeblich nicht möglich war, wurde jetzt mit einem Federstrich in Kraft gesetzt:

- Es wird noch im Januar ein neues Wehrdienstgesetz erarbeitet und dem Ministerrat zur Weiterleitung an die Volkskammer übergeben, in dem die Wehrpflicht auf ein Jahr verkürzt wird. Die schon einberufenen Wehrpflichtigen werden nach 12 Monaten vorzeitig entlassen, diejenigen mit bereits mehr als 12 Monaten Dienstzeit zum 26.1. 1990.
- Der Regierung wird umgehend der Vorschlag unterbreitet, die für den Einsatz in der Volkswirtschaft vorgesehenen Ausbildungsbasen und Pionierbataillone aufzulösen. Die dorthin einberufenen Rekruten sind nach dem Ende der dreimonatigen Grundausbildung am 26.1.1990 in ihre heimatnahen Wehrkreiskommandos zurückzusetzen und leisten dort ihre 12 Monate Dienstzeit ab.

⁷¹⁷ Ebda., S. 95 - „Gestreikt“ wurde auch in Neuseddin, Basepohl, Brandenburg, Schwerin, Rostock, Mukran (Rügen) und in Cottbus. Siehe auch DER SPIEGEL, Ein Trümmerhaufen der Gefühle, a.a.O., S. 37

⁷¹⁸ Ebda., S. 96

- Zeitgleich mit dem Wehrdienstgesetz soll die Volkskammer über den Entwurf einer bis dahin ebenfalls noch zu erarbeitenden neuen Innendienstvorschrift beschließen.
- Sofortige Einführung der 5-Tage Woche mit einer wöchentlichen Dienstzeit von 45 Stunden und Freizeit- oder Geldausgleich bei Überstunden
- Herabsetzung der Bereitschaftsregelung bezüglich Ausgang und Urlaub für die Gefechtsbereitschaft und das "Diensthabende System" von 85% auf 50%
- Ausgang auch über die Standortgrenzen hinaus, Personalausweis und Paß bleiben am Mann, Freizeitgestaltung in den Kasernen nach individuellen Wünschen, auch über 22 Uhr hinaus, Anrede nicht mehr "Genosse", sondern "Herr" bzw. "Frau/Fräulein".⁷¹⁹

Er habe mit seinen "Sofortmaßnahmen"⁷²⁰, so Hoffmann, den Forderungen der Truppe endlich einmal zuvorkommen wollen – vor allem aber wohl die sich gefährlich aufheizende Stimmung in der Armee beruhigen wollen, denn natürlich waren die Maßnahmen in erster Linie Ergebnis der politischen Lagebeurteilung und entsprechend mit Ministerpräsident Modrow abgestimmt.⁷²¹ Ihm konnte bei der desolaten Situation der DDR und in der DDR Anfang Januar 1990 nicht daran gelegen sein, sich mit dem zweitrangigen Problem des Wohl und Wehe einer Armee reform einen massiven innen- und womöglich auch noch außenpolitischen Konflikt einzuhandeln.

"Wenn die Armee meutert", so Admiral Hoffmann am 5. 1. 1990 vor seinen Kommandeuren, "dann ist der Bestand der Republik gefährdet."⁷²² Der war zwar mit dem nicht endenden Protest in der Bevölkerung, dem Zerfall der SED und dem mittlerweile nicht mehr zu leugnenden Staatsbankrott ohnehin gefährdet, aber immerhin, eine meuternde NVA, hätte wohl tatsächlich nicht nur die militärische Ordnung bedroht. Wenn der Funke von Beelitz auf die Streitkräfte insgesamt übergesprungen wäre –was ja zum Teil schon geschehen war– und ganze Einheiten, möglicherweise Regimenter und Divisionen, "gestreikt" hätten, dann wäre das keine Sache der Armee mehr gewesen. Ein derartiger "Matrosenaufstand"⁷²³, bei dem die wehrpflichtigen Soldaten und Unteroffiziere gegen die

⁷¹⁹ Vgl. T. Hoffmann, a. a. O., S. 96 f

⁷²⁰ Vgl. Anlage 29.

⁷²¹ Vgl. Vgl. T. Hoffmann, a. a. O., S. 97: "Am selben Tag führte der Vorsitzende des Ministerrates in Strausberg eine Beratung mit den für die bewaffneten Kräfte zuständigen Ministerien durch. ..."

⁷²² Ebda., S. 99

⁷²³ Synonym dafür, daß Mannschaften und Unteroffiziere die militärische Ordnung für sich außer Kraft setzen und der Armee den Gehorsam aufkündigen.

"Matrosenaufstand" am 29. Oktober 1918 in Wilhelmshaven und 3. November 1918 in Kiel, als die Matrosen der dt. Hochseeflotte sich weigerten, trotz des bereits erfolgten Waffenstillstands noch einmal zu einem militärstrategisch sinnlosen Einsatz auslaufen zu sollen. Der "Streik" griff auf die großen Städte Nord- und Mitteldeutschlands, aber auch auf München und schließlich ganz Deutschland über, und wurde zur Initialzündung für die "Novemberrevolution".

in ihren Augen nach wie vor ideologisch rückwärts gewandte militärische Führung gestanden hätten, hätte den Graben zwischen dem "Volk" und seiner Führung erneut aufgerissen. Wenn die Modrow-Regierung das ohnehin wacklige Arrangement der Macht und den gerade erst mühsam erreichten Dialog mit den oppositionellen Kräften nicht aufs Spiel setzen wollte, blieb ihr und in der konkreten Ausführung damit der Armeeführung gar nichts anderes übrig, als auf die Forderungen der "streikenden" Soldaten einzugehen, eine Alternative gab es nicht.⁷²⁴

Das wurde allerdings wohl nicht von allen NVA-Kommandeuren so gesehen. Der Chef der Volksmarine soll auf der Kollegiumstagung am 5. 1. 1990 erklärt haben, in seinem Bereich hätten sich die Berufssoldaten –also in erster Linie die Offiziere– besorgt gezeigt und teilweise ihr Unverständnis darüber geäußert, daß die Armeeführung vor Meuterern zurückgewichen sei und die Probleme auf Kosten der Berufssoldaten löse. Man müsse die Armeereform schneller vorantreiben und dürfe sich von Meuterern nicht nach der Salamtaktik ein Zugeständnis nach dem anderen abtrotzen lassen. Auch solle der Minister nicht auf die Beschlüsse der Volkskammer warten, sondern selbst entscheiden und seine Entschlüsse später sanktionieren lassen.⁷²⁵

Um klare Verhältnisse und eine entschiedeneren Haltung ging es auch den Befehlshabern der Landstreitkräfte: die Forderungen der Mannschaften seien erfüllt, nun müsse jeder Unteroffizier klare Festlegungen über die Rechte und Pflichten der Soldaten in die Hand bekommen. Die Arbeitsfelder der Soldatenräte sollten genau abgegrenzt und auf ihren jeweiligen Truppenteil beschränkt werden.⁷²⁶

Am schärfsten kritisierte man die "Sofortmaßnahmen" des MfNV im Kommando der Luftstreitkräfte / Luftverteidigung. Die Zerschlagung der Armee von oben her sei gar nicht genug zu dramatisieren, man wolle solch einen Kurs nicht mitgehen. Die Einführung des 12 monatigen Grundwehrdienstes sei eine überstürzte Entscheidung, die angesichts des 24-Stunden Schichtsystems der LSK/LV ebenso wenig akzeptiert werde wie die 45-Stunden Woche. Die Gefechtsbereitschaft und das Diensthabende System seien nach der Weisung vom 3. 1. 1990 nicht nur in wesentlichen Teilen beeinträchtigt, es sei überhaupt nur noch die nackte Erhaltung der Teilstreitkraft möglich.⁷²⁷

Die Reaktionen und Vorschläge des engeren Kreises der Armeeführung ließen erkennen, daß der "von oben" verordneten Reformeuphorie inzwischen der massive Frust der Truppenkommandeure entgegenstand. Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit der Reform, die Bedingungen, unter denen der Dienst in den Streitkräften mittlerweile ablief, wären nicht mehr tragbar. Der stellvertretende Leiter der "Expertengruppe Militärreform", Generalleutnant Baarß, brachte die

⁷²⁴ Die Alternative wäre gewesen, § 259 der Militärgerichtsordnung anzuwenden, nach dem bei "Meuterei" auf Freiheitsstrafen bis zu 8 Jahren erkannt werden konnte.

⁷²⁵ T. Hoffmann, a. a. O., S. 102

⁷²⁶ Ebda.

⁷²⁷ Ebda.

Klage auf den Punkt: Die Armee wolle wie eine Armee geführt werden, deshalb solle auf der kommenden Tagung den Kommandeuren bis zur Ebene Regiment "die Linie gegeben, Flagge gezeigt werden."⁷²⁸

Das klang nach alten Zeiten. Mit dem Unterschied, daß man da eine "Linie" hatte und wußte, was man wollte. Jetzt wußte man vor allem, was man nicht wollte: weitere Demonstrationen und ein nochmaliges Einknicken der Führung vor neuen Forderungen aus der Truppe. Das hing allerdings weniger vom Wollen des Ministers als von der Stimmung an der Basis ab. Hoffmann war sich im Unterschied zu manchen seiner Truppenkommandeure dessen wohl bewußt.⁷²⁹ In einem Interview mit dem STERN meinte er auf die Frage, was denn mit den Meuterern nun geschehe: "Das Wort Meuterer haben Sie benutzt. ... Wir haben es (die Maßnahmen, der Verf.) nur vorgezogen. Wir haben nichts getan, was nicht vorgesehen gewesen wäre."⁷³⁰

Was tatsächlich vorgesehen war, blieb geheim. Bereits Mitte Januar existierte eine Studie des MfNV, die neben einer bemerkenswert realistischen Analyse der politischen Situation in der DDR und der Lage in der NVA einen Maßnahmenkatalog enthielt, wie der krisenhaften Entwicklung in den Streitkräften und Vorfällen wie in Beelitz zukünftig begegnet werden sollte.⁷³¹

Hoffmanns Beharren darauf, keine Zugeständnisse gemacht zu haben, änderte nichts daran, daß dies in der Truppe sehr wohl so verstanden worden war und es im Januar/Februar 1990 zunächst so schien, als seien weitere Proteste zu erwarten. Daß es dazu nicht kam, lag wohl zuerst einmal daran, daß man die Forderungen der wehrpflichtigen Soldaten von Seiten des Ministeriums in einem nie und nimmer zu erwartenden Maße erfüllt hatte und ihnen weitere Erleichterungen und Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Aussicht gestellt worden waren. Dem seit der Jahreswende regelmäßig erscheinenden Informationsblatt "Militärreform" konnten die Soldaten entnehmen, welche Maßnahmen bereits beschlossen oder für demnächst vorgesehen waren, und daran den militärischen Alltag in ihrer Kaserne messen. Nicht nur das, man konnte sogar "mitbestimmen" und forderte dieses Mitspracherecht auch ein, zum Teil wohl recht unverblümt. Die einen ganz anderen Stil gewohnten Vorgesetzten mußten sich mit den Sprechern der "Soldatenräte" an einen Tisch setzen, wenn sie sich nicht massive

⁷²⁸ Ebda., S. 103

⁷²⁹ Hoffmann merkt dazu an: "So sehr ich uns allen wünschte, daß sich ähnliche Zuspitzungen in der Truppe nicht wiederholen möchten, so sehr mußte ich davor warnen, solchen auffallenden Massenprotest etwa mit administrativen Mitteln und Methoden bekämpfen zu wollen." (Ebda., S. 122). An anderer Stelle, bezogen auf die Runden Tische, aber wohl auch allgemein auf den Dialog mit den oppositionellen Kräften: "Sicherheitspartnerschaft, Besonnenheit und Augenmaß ist folglich der einzige Weg zur Bewältigung der Krise in unserem Land, der einzige, der uns offen steht. ... Ich betone nochmals: es gibt keinen anderen Weg ! Sollte es noch jemanden geben, der mit dem Gedanken spielt, 'bis hierher, aber dann wird zurückgeschlagen', der sollte schnellstens und mit aller Konsequenz davon abrücken." (Ebda., S. 120)

⁷³⁰ T. Hoffmann, a. a. O., S. 106

⁷³¹ Siehe Anlage 30.

Beschwerden in Strausberg einhandeln wollten. Die gab es offensichtlich so zahlreich, daß sich Verteidigungsminister Hoffmann scharf gegen die "inzwischen eingerissene Praxis" wandte, damit die Fernschreibkanäle zu blockieren. Er halte es auch nicht für angemessen, "wenn Soldaten verlangen, Truppenübungen abzusetzen ..."⁷³²

Die Beschwerden kamen aber nicht nur aus den unteren Diensträngen. Laut Hoffmann hätten ihn auch zahlreiche Briefe und Telegramme erreicht "mit viel Unverständnis, Kritik und Mißbilligung".⁷³³ Er habe keinen Zweifel daran gelassen, daß man sich von allen Vorschlägen, die dafür plädiert hätten, in althergebrachter Weise für Ordnung zu sorgen, für immer zu verabschieden gehabt hätte. Dennoch, die erregten Töne auf der Kollegiumssitzung am 5.1.1990 kamen nicht von ungefähr, das Diktum von der "Zerschlagung der Armee von oben" drückte aus, was wohl viele Kommandeure im Blick auf den Zustand der NVA dachten.⁷³⁴

Der war in der Tat so, daß von der gefechtsbereiten, disziplinierten und motivierten Armee der Vergangenheit nicht mehr viel übrig war. Stärker noch als die neuen Dienstzeitregelungen schlugen die nicht mehr zu übersehenden Lücken im Personalbestand auf den Dienst- und Ausbildungsbetrieb in den Streitkräften und auf die Gefechtsbereitschaft insgesamt durch. Durch die Entlassungen Ende Januar fehlten 25000 wehrpflichtige Soldaten und 15000 Soldaten auf Zeit. Bis Mai 1990 rechnete man mit einem Fehlbestand von einem Drittel der Soldaten und von vierzig Prozent bei den Unteroffizieren.⁷³⁵

Die Folge war, daß die Ausbildung stark eingeschränkt werden mußte, daß bei der Reparatur und Wartung der Technik gravierende Engpässe auftraten und daß in manchen Dienststellen nur noch Wachdienst statt fand, in besonders gefährdeten

⁷³² Redemanuskript für das Referat des Ministers für Nationale Verteidigung auf der Kommandeurstagung am 19. 1. 1990, S. 46 – in Fotokopie im Besitz des Verf.

⁷³³ T. Hoffmann, a. a. O., S.122

⁷³⁴ Der innere Zustand der NVA war äußerst problematisch, vgl. die Schilderungen bei der letzten Kommandeursbesprechung vor den Wahlen am 2. März 1990: "Der Kommandeur der 1. Luftverteidigungsdivision betonte, daß nichts mehr planbar sei. ... Die Chiefs der beiden Militärbezirke charakterisierten den Befehl 19/90 einhellig als Befehl zur Auflösung der Armee... Angesichts der Entlassungen von Wehrpflichtigen und Zeitsoldaten mußten sie jetzt die Berufssoldaten teilweise im Dreischichtensystem zur Bewachung der Objekte und Lager einsetzen. ... Der Stabschef des Militärbezirks Leipzig meinte dann, ein zweites Beelitz sei überhaupt nicht mehr zu verhindern. Begriffe wie Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft brauche man gar nicht mehr in den Mund zu nehmen, die Diensthabenden wären lediglich noch zur Katastrophenbeseitigung da." (T. Hoffmann, a. a. O., S. 184)

⁷³⁵ T. Hoffmann, a. a. O., S. 100 - Die Prozentzahlen waren Durchschnittswerte, die zum Teil bereits im Januar 1990 deutlich unterschritten wurden, vgl. T. Hoffmanns Ausführungen auf der Kommandeurstagung am 19.1.1990: "Im MSR-17 (Halle) betrug der Auffüllungsgrad an Soldaten im Grundwehrdienst noch 42% und an Unteroffizieren auf Zeit noch 48%, ab dem 26. Januar war ein Absinken auf 31% bzw. 29% bei diesen beiden Kategorien von Armeeingehörigen und damit des ganzen Regiments von 44% auf 31% zu erwarten." (Ebda., S. 121)

Bereichen mangels Personal mit Offizieren als Wachposten. Bei den Landstreitkräften konnte Gefechtsausbildung lediglich noch mit 1 bis 2 Kompanien je Regiment durchgeführt werden. Die LSK/LV ließen 12–14 Flugzeuge je Jagdfliegergeschwader zur Konservierung vorbereiten, die bis dahin gültigen Mindestflugzeitnormen der Piloten waren teilweise bereits unterschritten worden. In der Volksmarine befanden sich von 80 Kriegsschiffen 41 "zeitweilig außer Dienst", mithin weniger im Dienst als außer Dienst.

Der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte mußte mitgeteilt werden, daß die NVA die Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft nicht mehr im vollen Umfang sicherstellen könne.⁷³⁶ Die durch Offiziere versehene Führungsbereitschaft lasse sich zwar aufrechterhalten, aber die operativen und Gefechtsaufgaben im Verteidigungsfall könnten nicht mehr in dem Maße erfüllt werden wie es die Festlegungen der Dokumente zur Einsatzplanung vorsahen. Admiral Hoffmann faßte auf der Kommandeurstagung am 19.1.1990 den desolaten Status seiner Truppe mit den Worten zusammen: "Ich brauche niemandem zu erklären, ... daß wir unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht von einem ernstzunehmenden Grad an Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft der NVA reden können."⁷³⁷

Die eingeschränkte Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft und die nur noch mit Abstrichen gegebene Mitarbeit im Diensthabenden System waren jedoch nicht einmal das Entscheidende der Krise in den Streitkräften. Solange sich die beiden Militärbündnisse noch hochgerüstet gegenüber stünden, bleibe natürlich die Frage der Bedrohung, so Hoffmann in dem Interview mit dem STERN. "Aber ob wir Angst haben, von der Bundeswehr angegriffen zu werden? Das würde ich verneinen. Ich sehe gegenwärtig keine Gefahr, daß wir durch die Bundesrepublik einverleibt werden würden."⁷³⁸ Eine Sicht, die erkennen ließ, daß man die nur noch bedingt gegebene Einsatzbereitschaft als Problem auch nicht überbewertet wissen wollte.

Weit mehr beunruhigte offenbar der Eindruck, daß sich unter den Berufssoldaten Orientierungslosigkeit, Enttäuschung und Resignation breit machten. Mit dem unaufhaltsamen Zerfall der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung schien auch das Credo des Soldatsein im Sozialismus seinen Sinn zu verlieren. Demoralisiert durch die immer neuen Enthüllungen über Machtmißbrauch und Privilegienwirtschaft in der Partei- und Armeeführung und den sichtbaren Niedergang von Partei, Staat und Armee erschien vielen die Perspektive der DDR-Streitkräfte in einem fragwürdigen Licht. Gegen wen sollte welcher Sozialismus verteidigt werden, wenn sich das Dogma, Kapitalismus und Sozialismus seien wie "Feuer und Wasser", plötzlich auflöste im politischen Pluralismus eines Mehrparteiensystems und in einem weltanschaulich beliebigen "anything goes", schlimmer noch, wenn die Zukunft der DDR in einer Vertragsgemeinschaft mit

⁷³⁶ Ebda., S. 100

⁷³⁷ Referat des Ministers für Nationale Verteidigung auf der Kommandeurstagung am 19. 1. 1990, S. 13 – in Photokopie im Besitz des Verf.

⁷³⁸ T. Hoffmann, Das letzte Kommando, a. a. O., S. 105

dem bisherigen Klassenfeind oder gar im "Deutschland einig Vaterland" liegen sollte?

Mit dem Wegfall der Bedrohung fehlte das für die Sinngebung des Dienstes in den Streitkräften entscheidende Argument. Die von der alten Führung trotz aller Entspannung in der Ost-West-Konfrontation bis zuletzt geforderte "Erhöhung der Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft" mochte politisch zu kritisieren und moralisch ein Vertrauensbruch gegenüber den guten Glaubens willfähigen Soldaten gewesen sein. Bei den unentwegt in Atem gehaltenen NVA-Offizieren kam ungläubiges Staunen und nachträglich Zorn auf, als bekannt wurde, daß die politische und militärische Spitze das angebliche Bedrohungsszenario wider besseres Wissen mit falschen "Fakten" untermauert hatte und die an Wochenenden und Feiertagen immer schon leeren Kasernen der Bundeswehr kaum der Grund für den permanenten Alarmzustand der Armee gewesen sein konnten. Als "zweckgebundene Übertreibung" hatte die Bedrohungshysterie allerdings durchaus Sinn gemacht: Man wußte, wo der Feind stand! Wenn nun nicht mehr galt, was jahrzehntelang Legitimationsgrundlage der Nationalen Volksarmee war, bei der dem Imperialismus "wesenseigenen" Aggressivität sei jederzeit mit einem Überfall der NATO-Streitkräfte zu rechnen, welchen Sinn machte dann noch die Existenz der Armee?

Der NVA war mit dem Feindbild nicht nur ihr spezifisches Profil als sozialistische Armee, sondern jegliches Selbstgefühl abhanden gekommen. Die alten Denkmuster paßten nicht mehr, und der neue Auftrag der Streitkräfte war nicht einmal in Ansätzen zu erkennen. Die Armee schien nur noch damit beschäftigt zu sein, ihre riesigen Waffen- und Munitionsbestände zu sichern und sich nicht gänzlich aufzulösen.

Auf dem Weg dorthin war sie bereits. Dem von außen betrachtet Identitätsverlust entsprach im Innern das schwindende Interesse daran, in der Armee zu bleiben. Laut einer Meinungsumfrage des MfNV in den drei Teilstreitkräften der NVA und in den Grenztruppen Anfang Januar 1990 hätte jeder zweite NVA-Offizier den Dienst beendet, wenn er mit dem Ablauf der Mindestdienstzeit die Möglichkeit dazu gehabt hätte.⁷³⁹ An der Offiziershochschule der Landstreitkräfte hätten sich mehr als 700 Offiziersanwärter entpflichten lassen wollen.⁷⁴⁰ NVA-Piloten sollen bereits im Dezember 1989 darüber nachgedacht haben, sich nach neuen Berufsmöglichkeiten im Westen umzusehen.⁷⁴¹ "Besonders Offiziere mit ziviler Berufsqualifikation trugen sich mit dem Gedanken, die Armee so schnell wie möglich (solange es noch Arbeitsplätze gibt) zu verlassen. Auch erste Stimmen über einen Weggang in die BRD und den möglichen Eintritt in die Bundeswehr

⁷³⁹ Ebda., S. 112

⁷⁴⁰ Ebda., S. 89

⁷⁴¹ Ebda., S. 88

waren zu verzeichnen."⁷⁴² Ex-Verteidigungsminister Hoffmann spricht vom "Zusammenbruch der Motivation bei den Berufssoldaten".⁷⁴³

Das konnte kaum überraschen. Durch den Rückzug aus der Rolle der "Parteiarmee" auf ein noch nicht festgelegtes, nach außen hin unpolitisches, militärisch-professionelles Selbstverständnis löste sich zwangsläufig auch das das NVA-Offizierkorps als Gruppe verbindende politisch bestimmte "Dienst"-Ethos auf. Das offizielle Leitmotiv, "Soldatischer Dienst" um der Sache des Sozialismus willen, eines Sozialismus, der es vermeintlich wert war, geschützt und verteidigt zu werden, fiel mit dem Scheitern des SED-Staates in sich zusammen. Nach dem Wegbrechen des "militärischen Klassenauftrags" und manch anderer der bis dahin unbezweifelbaren "sozialistischen Grundüberzeugungen" ging von den Appellen der militärischen Führung keine Motivationskraft mehr aus, auch nicht von der in Aussicht gestellten neuen Armee. Der oben genannten Umfrage zufolge versprach sich mehr als die Hälfte der befragten Offiziere von der Militärreform ohnehin keine Verbesserung der Dienst- und Lebensbedingungen, fast ein Drittel rechnete sogar mit einer Verschlechterung.⁷⁴⁴

In realistischer Einschätzung der Krise in Staat und Armee beschäftigte viel mehr die Frage nach den Konsequenzen der politischen Entwicklungen für die eigene Zukunft. Die Auflösung der Staatssicherheit und des Politapparates vor Augen, ließ das Gefühl, die NVA würde wie schon die Partei ihrem unausweichlichen Ende entgegensteuern, jedenfalls keine Perspektive mehr haben, Schlimmes befürchten. Es habe sich neben Frustration, Unverständnis und Kritik an den Führungsentscheidungen⁷⁴⁵ Unsicherheit, Ratlosigkeit und zunehmend auch Existenzangst gezeigt⁷⁴⁶, eine gefühlsmäßige Gemengelage, die wohl ganz unterschiedlich zwischen Verdrängen, trotzigem Beharren und illusionsloser Ernüchterung schwankte. Vom "stabilen politisch-moralischen Zustand" vergangener Zeiten konnte keine Rede mehr sein. Der stellv. Chef Kader, Generalmajor Calvelage, stellte anlässlich der Kommandeurstagung am 5. Januar 1990 fest, der innere Zusammenhalt im Offizierskorps sei zwar "die buchstäblich letzte Klammer", die die Armee noch stabilisiere, deren Belastbarkeit wäre aber bereits sehr eingeschränkt, denn viele Offiziere würden bereits mehr durch soziale Sachzwänge bei der Stange gehalten als aus moralischen Gründen bleiben. Es dominiere die Meinung, daß der Staat ihnen gegenüber sein Wort nicht gehalten habe, so daß auch sie nicht verpflichtet wären, ihres einzuhalten.⁷⁴⁷

Verteidigungsminister Hoffmann faßte das Debakel bei einem Truppenbesuch Anfang Februar 1990 folgendermaßen zusammen: "Im Gespräch mit der Regimentsführung und auch in der anschließenden lebhaften Diskussion mit

⁷⁴² Ebda., S. 112

⁷⁴³ Ebda.

⁷⁴⁴ Ebda.

⁷⁴⁵ Ebda., S. 98, 102 f, 112 f

⁷⁴⁶ Ebda., S. 99, 101

⁷⁴⁷ Ebda. S. 101

Berufssoldaten schilderte ich die gegenwärtige Lage der Republik und der NVA unverschnörkelt: Das Land befinde sich in einer tiefen Krise, die Talsohle sei noch nicht erreicht, in der Armee sei Krisenbeherrschung gegenwärtig die Hauptaufgabe und nehme uns voll in Anspruch."⁷⁴⁸

Angesichts des desolaten Zustands der NVA und der zu diesem Zeitpunkt schon entschiedenen Marschrichtung "Für Deutschland, einig Vaterland", kann man verstehen, daß bei den Soldaten an oberster Stelle die Frage gestanden haben soll, wofür man die NVA überhaupt noch brauche.⁷⁴⁹

⁷⁴⁸ Ebda. S. 146

⁷⁴⁹ Ebda. S. 88

6.4. Das NVA-Offizierkorps in seiner politischen Orientierung

Der schon erwähnte, ehemals selbst zum Ministerium für Nationale Verteidigung gehörende NVA-Oberst H.-W. Weber, in der Wende zum entschiedenen Kritiker der Militärführung geworden, stellt fest, ein "Durchbruch der progressiven Kräfte" im Offizierkorps sei nicht eingetreten, der "restaurative Kern innerhalb der NVA-Generalität" habe noch bis zuletzt genügend Macht gehabt, "um allen echten Reformbemühungen den Garaus zu machen." Es habe zweifellos eine erhebliche Zahl progressiver Kräfte im Offizierkorps gegeben, die als reformfreudig bekannten Generäle hätten aber erst zu spät wirksam werden können. "In den Stäben polarisierten sich derweil die Kräfte in der Art, daß sich vor allem die in den Bereichen hinlänglich bekannten "Altstalinisten" wieder in die vordere Position brachten, gegen die schwer anzukommen war."⁷⁵⁰

Ob es im NVA-Offizierkorps tatsächlich "eine erhebliche Zahl progressiver Kräfte" gegeben hat, dürfte eine Frage der Definition von "progressiv" sein. Es ist richtig, daß es mit dem politischen Umschwung in der Armee nicht wenige, vor allem jüngere Offiziere gab, die sich nicht weiter den Mund verbieten ließen. Nachdem kritische Meinungen zuvor rigoros niedergehalten worden waren, nutzte man nun die Gunst der Stunde und ließ seinem Unmut freien Lauf. Das selbstbewußt respektlose Auftreten der Wehrpflichtigen und das beflissene Eingehen der Militärführung auf ihre ultimativen Forderungen signalisierten mehr als deutlich den Autoritäts- und Machtverfall in der Armee.

Hatten Parteidisziplin und militärische Rangordnung zuvor selbst im eigenen Kollektiv die offene Auseinandersetzung scheuen lassen, so wurde inzwischen sogar die militärische Führung ziemlich unverhüllt angegriffen. Sicherlich auch unter dem Eindruck der radikalen innerparteilichen Auseinandersetzungen auf dem Parteitag der SED fiel dabei manche Kritik so fundamentalistisch aus, daß das, was als politische Artikulation verstanden werden wollte, oft nicht mehr ernst genommen werden konnte. Die Führung eines Motschützen-Regiments, fünf Oberstleutnante und drei Majore, soll sich in einem "Offenen Brief" an die DDR-Nachrichtenagentur ADN gewandt haben, man lasse sich nicht weiter von militärischen Kadern führen, von denen man schon vor der Militärreform geführt worden sei. Die NVA sei aufzulösen und danach wieder neu aufzubauen. Bis dahin solle die Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte den Schutz der DDR übernehmen. Ein Korvettenkapitän äußerte sich in der Militärzeitung "Volksarmee": "Unverzögliche Ablösung der Kommandeure und ihrer Stellvertreter in allen Ebenen, mit Ausnahme derer, denen das Vertrauen durch alle Angehörigen ihres Dienstbereiches ausgesprochen wurde." Offiziersschüler in Löbau und Zittau, die zum Arbeitseinsatz abkommandiert waren und wegen ihrer Verpflichtung bei der NVA in der Öffentlichkeit beschimpft wurden, forderten "die Gewährleistung von Stabilität in der Gesellschaft als Voraussetzung für ihren Einsatz in den Braunkohlelegebauen."⁷⁵¹

⁷⁵⁰ H.-W. Weber, Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel, a.a.O., S. 62

⁷⁵¹ T. Hoffmann, a. a. O., S. 98 f

Was immer man von solchen Forderungen halten mochte, im Vergleich zur Zeit vor der Wende klangen sie bemerkenswert unbefangen und selbstbewußt. Daß sie von der militärischen Führung als freie Meinungsäußerung akzeptiert werden mußten und inzwischen unzensuriert veröffentlicht werden konnten, wäre noch Wochen zuvor undenkbar gewesen. Dennoch, allein der Protest gegen die vermeintlich oder tatsächlich restaurativen Tendenzen in der NVA machte die Kritiker noch nicht per se zu "progressiven Kräften". Abgesehen davon, daß es im Offizierskorps keine Kräftegruppierungen gab, denen sich solche Stimmen hätten zuordnen lassen, wäre danach zu fragen, von welchem politischen Grundverständnis sich diese Kritik leiten ließ. Denn außer dem Verlangen, die Repräsentanten des alten Systems in der neuen Armee nicht mehr zum Zuge kommen zu lassen, existierten bei den Wortführern des Protests keinerlei programmatische Überlegungen zur Reform der NVA, aus denen sich auf eine Alternative zu den Planungen im Ministerium hätte schließen lassen.

Anders sah es aus mit einer informellen Gruppe von "Perestroikisten" unter den Militärs, die im Sinne des Zweistaatlichkeitskurses der PDS für eine erneuerte DDR als sozialistischer Alternative zur Bundesrepublik eintraten. Diese Offiziere, Mitglieder im Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung, standen bereits vor der Wende in engem Kontakt mit gleichgesinnten "Reformern" an der Humboldt-Universität und im Partei- und Staatsapparat. Einige von ihnen, Dozenten an der Militärakademie "Friedrich Engels", meldeten sich Ende Oktober 1989 in der Truppenzeitung "Volksarmee" zu Wort. Während ihre kollektive Stellungnahme zur "eingeleiteten Wende zur demokratischen Neugestaltung des Sozialismus in unserem Land"⁷⁵² sich noch wie eine der bis dahin üblichen Ergebnisadressen an Staat und Partei liest, skizziert einen Monat später ein weiteres, auch in den westlichen Medien sehr beachtetes Papier bereits die Grundzüge der späteren Militärreform.⁷⁵³ Die "Reformoffiziere" gehörten zwar nicht zum Kreis derer, die innerhalb der Macht- und Entscheidungsstrukturen an exponierter Stelle saßen, waren im Folgenden aber wesentlich an der Umsetzung der Militärreform beteiligt, unter anderem auch am "Runden Tisch beim Verteidigungsminister". Darauf wird noch näher einzugehen sein.

⁷⁵² Siehe Anlage 31– Was in dem Beitrag unter der Überschrift "Wir sind der Meinung" als "Standpunkte von Gesellschaftswissenschaftlern der Militärakademie Friedrich Engels" veröffentlicht wird, ist ein trauriger Beleg dafür, daß die überwiegende Mehrzahl dieser sich selbst als Reformer betrachtenden Offiziere alles andere als kritisch zu sehen war. Aus dem Artikel ist die Bereitschaft zur Anpassung und ein vorausseilender Gehorsam herauszulesen, der angesichts des sich vor ihren Augen abspielenden Geschehens gar nicht anders denn als Parteinahme zu verstehen ist, als unkritische Parteinahme für die "Partei" und damit gegen diejenigen, die für den Sturz der SED-Herrschaft auf die Straße gingen. Wenn bei Revolutionen die Rolle der neuen Eliten vor allem darin liegt, die für den Ausbruch der Revolution ursächlichen Probleme zu artikulieren und für das Werden der neuen Gesellschaft Orientierung zu geben durch die Definition der ideologischen Handlungsbasis, dann war unter den "Gesellschaftswissenschaftlern" der Militärakademie sicherlich keine solche Gegenelite auszumachen.

⁷⁵³ Siehe Anlage 32 "Denkanstöße und Vorschläge zu einer Militärreform"; zum Vergleich die Vorlage für dieses Papier vom eigentlichen Kopf der "Reformer", Kapitän zur See Professor Dr. Scheler von der Militärakademie in Dresden, siehe Anlage 32b.

Es bleibt die Frage, was denn anders verlaufen wäre, hätte es den nach Weber nicht erfolgten "Durchbruch der progressiven Kräfte" im NVA-Offizierkorps doch gegeben. Wenn sich "in den Stäben ... die Kräfte ... polarisierten"⁷⁵⁴ dann im Grunde nur –eine andere Konstellation gab es nicht– zwischen denen, die die eingeleitete Militärreform wollten und denen, die wenig Interesse an ihr zeigten, sie torpedierten oder ins Leere laufen ließen. Davon scheint es tatsächlich eine ganze Anzahl gegeben zu haben, auch im weiteren Kreis der militärischen Führung.

Admiral Hoffmann: "Generalleutnant Süß, Hauptinspekteur der NVA und Leiter der Expertengruppe Militärreform, beklagte das zu langsame Anlaufen der Militärreform. Beratungen kämen kaum zustande, viele Kommandeure sträubten sich, junge Offiziere einzubeziehen. Auch im Ministerium gebe es Abwartehaltungen und Kompetenzstreitigkeiten, wenn es um schnelle Lösungen gehe."⁷⁵⁵ "An konkreten Beispielen wurde mir (von der Expertengruppe "Militärreform", d. Verf.) erläutert, wieviel Dinge schon seit November und Dezember gelöst worden wären, wenn nicht so viel Konservatismus, Bremserhaltung und auch Fehleinschätzung des Ernstes der Lage bei Stellvertretern des Ministers und verantwortlichen Chefs im Ministerium zu verzeichnen wären. General Baarß wies darauf hin, daß bereits am 16. Dezember ein Vorschlag über "Hauptmaßnahmen der Militärreform" unterbreitet wurde, sich bis zum 4. Januar aber nichts rührte. Eine Ursache für diese Verzögerungen bestand darin, daß Kompetenzstreitigkeiten zwischen den strukturmäßigen Führungsbereichen und den neu etablierten Gremien der Militärreform auftraten. Die verantwortlichen Chefs unterstellten den Militärreformern, daß sie sich als eine Art höheres Machtorgan verstehen und aufführen würden. Andererseits wurde mir vorgehalten, daß ich zu viel Rücksicht auf das Ansehen der Armee und auf einige bisher führende Militärs nehmen würde. Die Bildung einer Art Personalausschuß wurde verlangt, der für die schnelle Verabschiedung aller reformunwilligen oder reformunfähigen Offiziere und Generale die entsprechenden Überprüfungen vornehmen und Entscheidungen vorschlagen sollte. Sonst könnte die Zahl von mehr als 23000 enttäuschten Staatsdienern, die bisher rund um die Uhr geschuftet haben –wie ein Oberst drastisch erklärte- schnell auf 200000 anwachsen, die dann vor den Runden Tischen stünden und ihre Rechte einfordern würden."⁷⁵⁶

Der Forderung "Personalausschuß" wurde vom Minister verbal gleich Rechnung getragen: Die Militärreform lasse sich nicht ohne personelle Veränderungen verwirklichen. Zwar könne auch in alten Köpfen neues Denken stecken, aber naturgemäß falle es den Führungskadern, die jahrzehntelang in den alten Denkmustern gelebt hätten, meist viel schwerer als den Jüngeren, "den Anforderungen des heutigen Tages zu entsprechen."⁷⁵⁷ Vom Regiment an aufwärts sollten auf allen Führungsebenen Kaderkommissionen gebildet werden, die die Eignung der Offiziere beurteilen und Verwendungsvorschläge unterbreiten sollten.

⁷⁵⁴ H.-W. Weber, Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel, a.a.O., S. 62

⁷⁵⁵ T. Hoffmann, a. a. O., S. 102

⁷⁵⁶ Ebda., S. 109 f

⁷⁵⁷ Ebda., S. 124

Es blieb bei der Absichtserklärung.⁷⁵⁸ Den radikalsten Forderungen aus den Reihen der jüngeren Offiziere war zunächst einmal der Wind aus den Segeln genommen, der innere Zusammenhalt im Offizierkorps blieb gewahrt. Zur Bekräftigung der verfassungstreuen Haltung der Streitkräfte und der kompromißlos eindeutigen Abkehr vom Image der "Parteiarmee" kündigte Hoffmann an, das gesamte militärische Führungssystem so verändern zu wollen, "daß alte Macht- und Einflußstrukturen, die in vielem von stalinistischen Auffassungen und Praktiken, Denk- und Verhaltensweisen bestimmt wurden – wie z.B. der 'bedingungslosen Erfüllung aller Befehle und Weisungen der Parteiführung' – beseitigt werden und die Truppenführung dem neuen Demokratieverständnis entspricht."⁷⁵⁹

Damit war der Weg frei, dem NVA-Offizierkorps nun auch seine "demokratische Reife" zu attestieren: "Einige wenige leitende Militärkader haben durch selbstherrliches Verhalten und Amtsmißbrauch dem Ansehen des Offizierkorps der NVA schwer geschadet. Die übergroße Mehrheit unserer Offiziere, Fähnriche und Berufsunteroffiziere jedoch hat pflichtbewußt und mit Zurückstellung vieler persönlicher Interessen, bei Vernachlässigung von Freizeit und Familie, ihren Mann gestanden. Und es ist diese Mehrheit, die sich auch den Aufgaben der Erneuerung mit großer Bereitschaft stellt."⁷⁶⁰

Die Beantwortung der Frage, ob, und wenn "ja" in welcher Richtung, sich bei dieser Mehrheit unter den neuen Verhältnissen ein Wandel in den politischen Anschauungen gezeigt hat, wäre für die Einschätzung des politischen Klimas in der NVA im Frühjahr 1990 von besonderem Interesse. Einen Hinweis darauf liefern Verteidigungsminister Hoffmanns Ausführungen "zur aktuellen Lage im Lande und in der Armee" auf einer Kommandeursberatung am 20. 12. 1989. Darin heißt es:

- Die tiefe Krise im Lande dauert an und eine kurzfristige Veränderung dieser Situation ist nicht zu erwarten. Es gibt eine Polarisierung der Kräfte, besonders am rechten Rand. Extremistische Kräfte sind massiert bestrebt, einen nationalen Taumel auszulösen und eine schnelle Wiedervereinigung bei voller Übernahme der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse der BRD zu erreichen. Dabei ist ihnen die angestrebte Zerreißprobe in Dresden nicht gelungen. Die Lage war trotz der Dominanz der nationalistischen Kräfte unter Kontrolle, es kam nicht zu den befürchteten, großangelegten Provokationen.
- Kohl kam nicht umhin, die Besorgnisse der Nachbarn in Ost und West gegenüber seinem Wiedervereinigungskonzept zu respektieren und auf Besonnenheit, Geduld und Augenmaß zu drängen. Er hat sich nicht zur weiteren Aufputschung der nationalistischen Situation verleiten lassen.

⁷⁵⁸ Dazu Hoffmanns Nachfolger Eppelmann am 5. Juli 1990 vor der DDR-Volkskammer: während der letzten 6 Monaten seien 36 Generäle und Admiräle entlassen worden, davon 30 seitdem er Minister sei.

⁷⁵⁹ T. Hoffmann, a. a. O., S. 124

⁷⁶⁰ Ebda.

Das ausgewogene Konzept der Regierung Modrow hat auf diesem Gebiet einen wichtigen Erfolg erzielt.

- Das Konzept des "Runden Tisches", die Suche nach dem Konsens in Grundfragen im Interesse unseres Landes, z. B. gegen eine rechtsextreme Entwicklung, kommt offensichtlich trotz unterschiedlicher Ausgangspunkte voran. Der Sturz der Regierung Modrow konnte verhindert werden. Solche Positionen finden gegenwärtig keine Mehrheit.
- Wir müssen aber damit rechnen, daß nach voller Öffnung der Grenzen auch für die BRD-Bürger und angesichts der großen ökonomischen Schwierigkeiten neue Probleme auf uns zukommen. Der schon begonnene Wahlkampf wird der politischen Atmosphäre des Landes in den nächsten Wochen und Monaten den Stempel aufdrücken. Hier geht es um die Weichenstellung für unsere weitere Entwicklung als souveräner, eigenständiger, sozialistischer Staat. ..." ⁷⁶¹

Hoffmanns Deutung der "aktuellen Lage im Lande", die –zwar nicht expressis verbis, aber doch so gemeint– Konterrevolution schüre die Krise in in Staat und Gesellschaft, war anzumerken, daß das "Neue Denken" noch ziemlich am alten klebte. Bezeichnend das "Wir müssen damit rechnen ...": was die politische Einstellung anbetraf, konnte man im Kreise der Kommandeure offensichtlich davon ausgehen, unter sich und d'accord zu sein. Daß das Offizierkorps mit dieser Einstellung auch unter sich blieb, belegte eine anonym gehaltene Meinungsumfrage des MfNV in den drei Teilstreitkräften der NVA und den Grenztruppen Anfang Januar 1990 ⁷⁶²:

Vertrauen in die Parteien und Bürgerbewegungen

Wehrpflichtige Soldaten	CDU 23 %, LDPD 18 %, NDPD 12 %, DBD 14 %, Neues Forum 32%, SDP 20 %, Demokratischer Aufbruch 25 %, SED-PDS 20 %
Offiziere	SED-PDS 81 %, DBD 44 %, alle anderen Parteien und Bewegungen zwischen 3 und 8 %.

Vertrauen zur Modrow-Regierung

Wehrpflichtige Soldaten	53 %
Offiziere	91 %

Kein Vertrauen zur Regierung hatten 13 % der Soldaten und 2% der Offiziere.

Das Ergebnis der Umfrage sprach für sich. Unübersehbar war vor allem die zweifellos immer schon vorhandene, aber nun deutlich hervortretende Distanz in der politischen Orientierung zwischen "oben" und "unten". So unterschiedlich sich die parteipolitischen Präferenzen und Erwartungen unter den Wehrpflichtigen in

⁷⁶¹ Siehe den vollständigen Text zu "Zur aktuellen Lage im Lande und in der Armee" in Anlage 28

⁷⁶² T. Hoffmann, a. a. O., S. 112 f

den Umfrageergebnissen niederschlugen, so bezeichnend war die nach wie vor ungebrochene "Partei"-Loyalität der Offiziere.⁷⁶³

Ex-Verteidigungsminister Hoffmann schildert zwar mit bewegten Worten, daß es im Herbst 1989 und im Frühjahr 1990 "zu Massenaustritten von Parteimitgliedern auch unter den Berufssoldaten" gekommen sei.⁷⁶⁴ Das änderte allerdings nichts daran, daß die bei weitem überwiegende Mehrzahl der Offiziere in der "Partei" blieb. Laut Hoffmann waren zum Zeitpunkt der Umfrage (9.-11. 1. 1990) immer noch 81 % der Offiziere und Fähnriche Mitglied der SED-PDS.⁷⁶⁵ Und die sorgten sich offensichtlich nicht so sehr um die "Erneuerung" der Partei als um deren inneren Zustand: "Zu [der] herben Enttäuschung über die alte Parteiführung kamen bei vielen Militärs das Unverständnis über die teilweise chaotischen Verhältnisse in der sich erneuernden Partei, das offenkundige Manko an 'Disziplin und Ordnung', die fehlende bzw. noch völlig unausgereifte Programmatik. Auch die stark in den Vordergrund tretenden pazifistischen und linkssektiererischen Auffassungen einiger Funktionäre der SED-PDS, wie sie zunächst noch hieß, trugen dazu bei."⁷⁶⁶

Nicht nur die "pazifistischen und linkssektiererischen Auffassungen" innerhalb der SED-PDS waren ein Ärgernis, "Querschüsse" dieser Art kamen auch aus den eigenen Reihen. Vermutlich nicht ohne Rückendeckung durch die neue SED-PDS Parteiführung⁷⁶⁷ hatte der schon erwähnte Kreis der "Reformer" aus dem "Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung", unter anderen eben auch aktive Offiziere, eine "Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheitspolitik" (SES) ins Leben gerufen, die mit ihren Vorstellungen zur Militär- und Sicherheitspolitik sogleich an die Öffentlichkeit trat.⁷⁶⁸ Die mit dem MfNV nicht abgestimmten Verlautbarungen sorgten im Ministerium und bei Teilen der Truppenführung für beträchtlichen Unmut. Das ging so weit, daß versucht wurde, einen der Wortführer dieser Offiziere wegen seiner mißliebigen Äußerungen in der Öffentlichkeit disziplinarisch zu belangen. Gegen den Kapitän zur See, Dozent an der Militärakademie in Dresden, waren vom Chef der Akademie bereits entsprechende Sanktionen verhängt worden.⁷⁶⁹ Der Schuß ging jedoch nach hinten

⁷⁶³ Als Indiz dafür können auch die Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 gelten, in denen neben Berlin vor allem Städte und Gemeinden mit starkem NVA- oder Grenztruppenanteil unter der Bevölkerung wie beispielsweise Strausberg, Neubrandenburg oder Rostock einen überdurchschnittlich hohen Anteil von PDS-Wählern aufwiesen.

⁷⁶⁴ Ebda., S. 82

⁷⁶⁵ Ebda., S. 112

⁷⁶⁶ Ebda., S. 83

⁷⁶⁷ Es soll nicht behauptet werden, "SES" sei von der PDS "ferngesteuert" worden; zwischen beiden bestanden aber durchaus enge Verbindungen. SES-Mitglieder saßen nicht nur für die PDS am Runden Tisch beim Verteidigungsminister, sondern auch in führender Funktion im Arbeitskreis Sicherheit und Verteidigungspolitik im PDS-Vorstand.

⁷⁶⁸ SES gründete sich am 6.1. 1990 und stellte sich am 19. 1. 1990 auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor.

los: die Disziplinierung wurde vom Runden Tisch Militärreform als Verstoß gegen das Recht der freien Meinungsäußerung in der Armee und in ihren wissenschaftlichen Einrichtungen scharf gerügt, Verteidigungsminister Hoffmann nahm die Maßnahmen zurück.⁷⁷⁰

Der Vorfall läßt den Eindruck entstehen, im Konflikt zwischen den "Reformern" und den "stalinistischen Betonköpfen"⁷⁷¹ im Ministerium oder auch in der Truppe sei es um eine Auseinandersetzung im Grundsätzlichen gegangen zwischen progressiv-reformwilligen Kräften im NVA-Offizierkorps und einer konservativ-restaurativen Mehrheit unter der Generalität. Das würde in etwa H.-W. Weber bestätigen, einerseits habe der "restaurative Kern innerhalb der NVA-Generalität noch bis zuletzt genügend Macht [gehabt], um allen echten Reformbemühungen den Garaus zu machen", auf der anderen Seite habe eine "zweifelsfrei erhebliche Zahl progressiver Kräfte im Offizierskorps" dagegen gestanden, bemüht, gegen die Restauration der alten Machtstrukturen und den offensichtlichen Konservatismus etwas zu tun.⁷⁷²

Es ist die Frage, ob eine solche Deutung des Verhältnisses zwischen militärischem Establishment und dem Kreis der "Reformer" dem Wollen der Beteiligten aus damaliger Sicht entspricht.⁷⁷³ Man konnte im Gespräch mit Mitgliedern von SES zwar durchaus den Eindruck haben, daß sie sich nicht selten und auch schon vor der "Wende" an der konservativen Grundhaltung und Uneinsichtigkeit reformunwilliger Offiziere in der Führung gestoßen haben. Das bezog sich aber nicht so sehr auf einen Gegensatz im Sinne der Aussage Webers, sondern auf den Dissens zwischen "Reformern" und manchen "Militärs" in der Frage, wie das zukünftige Streitkräftekonzept aussehen sollte. Während man im Hauptstab an der Vorstellung militärischer Bündnisse und funktionsfähiger Streitkräften festhielt, folgte für die Reformer aus ihrer Auffassung, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr sein

⁷⁶⁹ Die Maßregelung erfolgte am 7. März 1990 durch den Kommandeur der Militärakademie "Friedrich Engels", Generalleutnant Gehmert, gegenüber dem Kapitän z. S. Dr. Siegfried Fischer. Fischer hatte am 28. 2. bei einer öffentlichen Veranstaltung im Haus des Nationalrates in Berlin die Aktion des "Appell '89" unterstützt und für eine möglichst schnelle Entmilitarisierung der DDR plädiert. Daraufhin wurde er mit einem Reiseverbot belegt und konnte nur noch eingeschränkt seiner Lehr- und Forschungstätigkeit nachgehen.

⁷⁷⁰ Am 9. 3. 1990

⁷⁷¹ Aus dem Gespräch des Verf. mit "Reformoffizieren".

⁷⁷² H.-W. Weber, Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel, a.a.O., S.62

⁷⁷³ Admiral T. Hoffmann und die dem Ministerium angehörenden Generäle Goldbach, Grätz und Deim haben sich im Gespräch mit dem Verfasser jedenfalls nicht in dieser Weise geäußert. Allgemeiner Tenor war, daß die den Reformern zuzurechnenden Offiziere sich mit Elan und großem Engagement für die Reform der Armee eingesetzt hätten. Viele ihrer Überlegungen seien durchaus zu billigen gewesen und hätten auch in Übereinstimmung mit den Planungen im Ministerium gestanden. Wirklichkeitsfremd sei allerdings die Vorstellung gewesen, eine Entmilitarisierung der DDR hätte sich mit sofortiger Wirkung politisch und sozial verträglich umsetzen lassen. Das sei in der ohnehin schon sehr verunsicherten Armee auf wenig Verständnis und auf Verärgerung gestoßen.

kann, die Notwendigkeit der Demilitarisierung der internationalen Beziehungen und in der Konsequenz des eigenen Verzichts auf militärische Mittel.

Es kann nicht überraschen, daß die Position von SES nicht die des Verteidigungsministeriums war und manche der Thesen zur "Entmilitarisierung der DDR" im Offizierkorps wohl auf wenig Gegenliebe stießen.⁷⁷⁴ Verständlicherweise, denn von der "Entmilitarisierung" wäre zunächst einmal die NVA betroffen gewesen.

Aus der ablehnenden Haltung des Ministeriums gegenüber dem "SES"-Konzept⁷⁷⁵ ließ sich dennoch nicht auf einen Konflikt zwischen Militärapparat und "Reformern" schließen. Es ist sicherlich richtig, daß man im Ministerium an der Armee festhielt und eher an realistischen Konzeptionen zur Rolle der NVA im deutsch-deutschen Einigungsprozeß interessiert war als an perspektivischen Überlegungen zu einer entmilitarisierten Friedensordnung in einem Europa der Zukunft. Das heißt aber nicht, daß man sich gegen eine drastische Reduzierung und eine Abrüstung der Streitkräfte auf rein defensive Strukturen gesperrt hätte. Im Gegenteil, die etappenweise "Entmilitarisierung", sprich Abrüstung der NVA, war im Prinzip ja schon beschlossene Sache. Wenn SES die Herstellung von gegenseitiger struktureller Angriffsunfähigkeit als notwendiges und sinnvolles Zwischenziel auf dem Weg zur Schaffung blockübergreifender Sicherheitsstrukturen forderte⁷⁷⁶, dann wäre das mit den Entwürfen der militärischen Seite, wie man sie als Reaktion auf die Wiener Verhandlungen vorgesehen hatte, durchaus zu erreichen gewesen. Von SES wurde denn auch zugestanden: "Auch im Ministerium für Nationale Verteidigung war eine weitgehende Abrüstung kein rotes Tuch, sondern ein akzeptierter Trend, der mit entsprechenden Varianten untersetzt wurde."⁷⁷⁷

⁷⁷⁴ Dazu Admiral Hoffmann: "Auch die Auftritte von Kapitän zur See Dr. Fischer (ehedem Lehrer an der Militärakademie Dresden) im Fernsehen und seine Artikel in der Presse über das bevorstehende Ende der NVA lösten Empörung unter vielen Berufssoldaten aus." in: T. Hoffmann, a. a. O., S. 201

⁷⁷⁵ Die radikale Abrüstung der Streitkräfte, einseitig und ohne Vorbedingungen, hätte in mehreren Schritten in einem staatlich gesteuerten Konversionsprozeß unter Leitung einer Abrüstungsbehörde erfolgen sollen: Aufhebung der Wehrpflicht, Auflösung bzw. Umstellung aller militärischen Beschaffungsvorhaben, Einstellung der Ausbildungsprogramme, schrittweise Auflösung des MfNV und der Armee bei konkreter Bestimmung ihrer Übergangsfunktionen, ökologisch verträgliche Vernichtung von Waffen, Munition und Kampftechnik, Umrüstung militärischer Sicherstellungstechnik auf zivile Nutzung, Umgestaltung militärischer Objekte und Liegenschaften zur zivilen Nutzung, Einstellung der Offiziers- und Unteroffiziersausbildung, Abschluß zeitlich befristeter Dienstverträge für eine Übergangszeit, Einsatz der Berufskader im Auflösungs- und Konversionsprozeß, sozial gesicherte Umschulung für den "zivilen Einsatz". Vgl. S. Fischer, Notwendigkeit, Möglichkeiten, Bedingungen und Folgen einer Entmilitarisierung der DDR (Grundsatzreferat zur gleichnamigen interdisziplinären wissenschaftlich-politischen Tagung am 27. 3. 1990 an der Militärpolitischen Hochschule der NVA, Berlin-Grünau), in: Reader der Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit -SES-, Das erste Jahr, Berlin 1990, S. 9-29, hier S. 21 ff, speziell S. 26 f (im Besitz des Verf.)

⁷⁷⁶ Ebda., Papier 1, S. 3-4, hier S. 4

⁷⁷⁷ S. Fischer, Notwendigkeit, Möglichkeiten, Bedingungen und Folgen einer Entmilitarisierung der DDR, a.a.O., S. 22 f

Folgt man DDR-Verteidigungsminister Hoffmann, so gab es zwar nicht über den Weg, aber in dem anzustrebenden Ziel einer Überwindung der Blockkonfrontation und der Spaltung Europas durchaus Übereinstimmung. Hoffman in seiner Prognose zum "Wirtschafts- und Währungsverbund" beider deutscher Staaten: "Beide deutsche Staaten werden nicht aus ihrem jeweiligen Bündnis 'ausscheren' können, sondern erst mit der Umformung von NATO und Warschauer Vertrag zu überwiegend politischen Organisationen und dem Entstehen von gesamt-europäischen Sicherheitsstrukturen sich aus dem Zentrum der militärischen Konfrontation beider Blöcke zum Magnetfeld friedlichen Zusammenlebens, zum Motor von Entspannungs- und Abrüstungsprozessen entwickeln."⁷⁷⁸ Nach Hoffmanns Einschätzung würden jedoch die beiden deutschen Armeen als "elementare Faktoren dieses Prozesses von Sicherheitspartnerschaft, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung" noch geraume Zeit erhalten bleiben, denn eines sei offensichtlich: nicht nur die WVO, auch andere europäische Staaten würden eine Ausdehnung der NATO-Streitkräfte bis zur Oder nicht zulassen wollen. Außerdem gelte, solange USA-Truppen in der Bundesrepublik stünden, würden sowjetische Truppen in der DDR bleiben. Hoffmann fährt fort: "Gemessen an den Realitäten und dem Sicherheitsbedürfnis der europäischen Völker sind Forderungen nach einseitiger Auflösung unserer Armee unter Aufgabe des Prinzips der gleichen Sicherheit, wie sie sowohl im Westen als auch in unserem Land laut werden, abwegig und ich meine auch gefährlich. Denn eine solche Auflösung der NVA der DDR würde den angestrebten Sicherheitsprozeß behindern, wenn nicht gar gefährden. (...)"⁷⁷⁹

Im "Prinzip der gleichen Sicherheit" lag der eigentliche Dissens zwischen dem Ministerium und SES. Während die militärische Seite die Ab- und Umrüstung zu defensiven Strukturen abhängig machte von den Ergebnissen der Wiener Verhandlungen, kritisierte SES das dieser Haltung zugrunde liegende Blockdenken, das angesichts der nicht mehr vorhandenen Bedrohung überholt sei und Abrüstung und militärische Vertrauensbildung behindere. Das Abrüstungstempo halte nicht Schritt mit der Entwicklung neuer Waffen und der entsprechenden Modernisierung der Streitkräfte, so daß der Abrüstungsprozeß in rein quantitativer Hinsicht zwar Fortschritte zeigen könnte, tatsächlich aber durch qualitative Kampfwertsteigerungen ausgehebelt werde. Die radikale und auch einseitige Entmilitarisierung der DDR biete dagegen die Möglichkeit, "durch eine internationale Akzeptanz und völkerrechtliche Absicherung den Übergang zu konkreten blockübergreifenden Sicherheitsstrukturen zu ermöglichen."⁷⁸⁰

Bei näherer Betrachtung stellt sich allerdings heraus, daß auch das Programm der Entmilitarisierung der DDR vor einem Zeithorizont von Jahren, wenn nicht Jahrzehnten zu sehen war. "Was die ökonomisch effektive, ökologisch verträgliche und sozial abgesicherte Abrüstung und Konversion betrifft, so wäre nach

⁷⁷⁸ T. Hoffmann, a.a.O., S. 180

⁷⁷⁹ Ebda.

⁷⁸⁰ S. Fischer, Notwendigkeit, Möglichkeiten, Bedingungen und Folgen einer Entmilitarisierung der DDR, a.a.O., S. 28

Einschätzung von Experten ein Zeitraum von ca. 10 Jahren realistisch."⁷⁸¹ Bei den "notwendigen Denk- und Verhaltensänderungen" würde der gesamte Entmilitarisierungsprozeß, "insbesondere wegen der Irrationalität eines 'Inseldenkens', weit in das nächste Jahrtausend reichen."⁷⁸² – mit einer längeren Existenz der "Noch-NVA" rechnete auch im MfNV niemand.⁷⁸³

Der Eindruck H.-W. Webers, im NVA-Offizierkorps hätten progressive Kräfte auf verlorenem Posten gegen das erkonservative Establishment gestanden, dürfte insoweit auf das Verhältnis des MfNV zur Gruppe SES bezogen nicht zutreffen. Zwischen beiden gab es keine grundsätzlich gegensätzlichen Auffassungen hinsichtlich der Zielsetzung bündnisübergreifender europäischer Sicherheitsstrukturen bis hin zur Auflösung der beiden Militärböcke und von daher auch nicht in der Akzeptanz weitgehender Abrüstungsschritte zu "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit", milizartiger Territorialarmee, etc.

Was es gab, war eine prinzipiell unterschiedliche Herangehensweise an das, was sich mit "europäischer Sicherheit" verband. Die grundlegende Umorientierung im SES-Konzept vom Sicherheitsdenken in den Kategorien militärischer Abschreckung weg zu einer "Entmilitarisierung des Denkens und Handelns" und einer "entmilitarisierten Friedenssicherung" in neuen, nichtmilitärischen Sicherheitsstrukturen mochte der etablierten Politik als wirklichkeitsfremd und illusionär erscheinen. Angesichts der zum damaligen Zeitpunkt –vor der Volkskammerwahl im März 1990– weitgehenden Übereinstimmung aller Parteien und politischen Gruppierungen hinsichtlich einer Entmilitarisierung der DDR hätte ein denkbarer Volkskammerbeschluß in dieser Richtung den "2 + 4" Verhandlungen allerdings eine Wendung gegeben, die sicher nicht im Interesse der Bundesregierung hätte liegen können. Eine Festlegung der DDR auf den sofortigen Einstieg in die Entmilitarisierung entsprechend der SES-Konzeption wäre schon von der politischen Zielvorgabe her nicht vereinbar gewesen mit der in der Frage der Bündniszugehörigkeit Gesamtdeutschlands nicht verhandelbaren Position Bonns. Insofern lag in dem von SES angestrebten Paradigmenwechsel in der Sicherheits- und Militärpolitik der DDR auch ein wesentliches Moment für eine eigenständige DDR-Außenpolitik. Um deutlich werden zu lassen, daß der Ansatz von SES, auch wenn er letztlich keine Chance hatte realisiert zu werden, weit mehr war als der mehr oder weniger interessante Abrüstungsvorschlag einiger Militärs, soll im Folgenden auf die Gruppe und ihr Konzept eigens eingegangen werden.

⁷⁸¹ Ders., Entmilitarisierung ?, in: MW, a.a.O., 7/1990, S. 48

⁷⁸² Ebda.

⁷⁸³ Vgl. zu den Vorstellungen des MfNV die Ausführungen Generalmajor Deims in "Konzeptionelle Standpunkte zur Rolle und dem Auftrag deutscher Streitkräfte im Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten", Anlage 34.

6.5. Die Initiative "Entmilitarisierung der DDR" ("SES")

Die Gruppe "SES" dürfte als einer der seltenen Fälle gelten können, in denen die SED-Reformer mit ihrem Denkansatz tatsächlich auf der Höhe der Zeit gewesen sind, jedenfalls mit ihren Überlegungen in der Diskussion um die Gestaltung der deutschen Einheit in der sich verändernden europäischen Ordnung durchaus aktuell waren. Das ließ sich in doppelter Hinsicht verstehen. Zum einen entsprach die Programmatik "Entmilitarisierung der Sicherheit" als Schlüsselbegriff der Friedensforschung weitgehend den Zielen und Forderungen der westdeutschen Friedensbewegung⁷⁸⁴, die bekanntermaßen schon seit Beginn der achtziger Jahre Sturm lief gegen die Aufrüstung und atomare Abschreckungspolitik der NATO. Die Entmilitarisierung der DDR hätte zum Modell einer Entmilitarisierung der europäischen Sicherheitspolitik werden können, so die Hoffnung von SES. Das hätte bedeutet, daß sich mit der "Europäisierung" der Sicherheitspolitik der 35 KSZE-Staaten das politische Gewicht der NATO entscheidend verringert hätte und der Dualismus der beiden Militärpakte sich sukzessiv hätte auflösen können. Unter diesem Blickwinkel stellte sich die SES-Konzeption zum anderen dar als Option für die Lösung des Kernproblems in den Verhandlungen zur deutschen Einheit, der zu dieser Zeit von sowjetischer Seite noch erhobenen Forderung nach Entmilitarisierung und Neutralität eines vereinten Deutschlands.

Für die an sich bemerkenswerte Tatsache, daß SES in einer Situation, in der der politische Prozeß mehr durch die Dynamik der Ereignisse als durch die bewußte Gestaltung der politischen Entwicklung bestimmt wurde, anscheinend ohne Vorlauf den relativ konkreten Entwurf eines Plans zur Entmilitarisierung der DDR parat hatte, gab es eine einfache Erklärung. So neu war die SES-Konzeption nicht und wirklich neu war auch SES nicht. Die "Studiengruppe" hatte sich zwar erst im Januar 1990 als "institutionell und parteipolitisch unabhängige wissenschaftliche Vereinigung" konstituiert, das änderte aber nichts daran, daß ihre Mitglieder samt und sonders aus institutionell der SED zuzurechnenden Bereichen kamen⁷⁸⁵ und sich aus der Zusammenarbeit im parteioffiziellen "Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung" bereits seit Jahren kannten.

Kontinuität zeigte sich nicht nur bezogen auf den Kreis der Mitglieder, sondern auch im Blick auf die Zielsetzung von SES. Die "Studiengruppe" verstand sich keineswegs als rein wissenschaftlicher Zirkel. Sie hatte von vornherein die Absicht, auch politisch Einfluß zu nehmen. Vom eigenen Anspruch her wollte man mit "Studien und Stellungnahmen zur Entmilitarisierung der internationalen

⁷⁸⁴ Vgl. dazu beispielsweise das zum damaligen Zeitpunkt höchst aktuelle Buch des Bremer Politologen und bekannten Friedens- und Konfliktforschers D. Senghaas, Europa 2000, Ein Friedensplan, Frankfurt/M. 2000, das in etwa die sicherheitspolitischen Positionen referiert, die im Folgenden angesprochen werden.

⁷⁸⁵ Beispielsweise dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg, der Militärpolitischen Hochschule Wilhelm Pieck oder aus dem sogenannten "gesellschaftswissenschaftlichen Bereich" der Dresdener Militärakademie Friedrich Engels - die letzten 3 als "Kaderschmieden" der Partei vor allem mit der Qualifizierung leitender Kader befaßt.

Beziehungen, zum Wechselverhältnis militärischer Aspekte der internationalen Sicherheit und deren politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und humanitären Faktoren und zur kritischen Analyse der Militär- und Sicherheitspolitik der Bündnissysteme sowie ihrer Mitgliedsstaaten, insbesondere der DDR", an die wissenschaftliche und politische Öffentlichkeit treten. Man sei bereit, "Politikberatung für Parteien, gesellschaftliche Organisationen und andere interessierte Körperschaften sowie Auftragsforschung zu übernehmen."⁷⁸⁶

Die angeführte Kontaktadresse Dr. sc. Wolfgang Schwarz ließ erkennen, daß man darin Erfahrung hatte. Schwarz war leitender Mitarbeiter im Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), dessen zentrale Aufgabe in "Politikberatung" zu sehen war, in der Beratung der SED-Führung in allen Fragen der internationalen Politik und Wirtschaftsentwicklung, speziell der Deutschlandpolitik.⁷⁸⁷ Die von SES verfolgte Forschungslinie "Entmilitarisierung der Sicherheit" entsprach exakt dem Themenkomplex, mit dem man sich im IPW in Umsetzung des "Neuen Denkens" in der marxistischen Friedensforschung seit Jahren beschäftigte. Insbesondere der schon genannte Max Schmidt, Direktor des IPW und zugleich Vorsitzender des "Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung", und als Co-Autor Wolfgang Schwarz veröffentlichten regelmäßig zu Problemen der Sicherheit und Abrüstung, u. a. auch in West-Publikationen.⁷⁸⁸ Im Vordergrund standen dabei Fragen zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa, insbesondere auch von DDR und Bundesrepublik. Ausgangspunkt war das "Prinzip der gemeinsamen Sicherheit": Angesichts der Existenz von Kernwaffen seien die Probleme der Friedenssicherung nicht mehr im Rahmen des tradi-

⁷⁸⁶ Reader der "Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit", a. a. O.

⁷⁸⁷ Das in der DDR als "think tank" geltende IPW –formal dem Präsidium des DDR-Ministerrates unterstellt– arbeitete unter der Leitung des Politbüro-Mitglieds H. Axen als zentrales Parteiinstitut in erster Linie dem ZK-Apparat zu. Auftraggeber waren die ZK-Abteilungen, die sich mit dem Ausbau der Beziehungen zum westlichen Ausland und insbesondere mit der "Normalisierung" der deutsch-deutschen Beziehungen beschäftigten. Die Analysen und Berichte des IPW zu den betreffenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungen, nicht zuletzt auch zu den politisch-geistigen Strömungen in der Bundesrepublik, zur Innenansicht der Parteien, etc. wurden darüber hinaus auch zahlreichen anderen Instituten, gesellschaftlichen Organisationen oder den Wirtschaftsunternehmen der DDR zugänglich gemacht, die in ihren Beziehungen zum westlichen Ausland auf entsprechende Informationen angewiesen waren.

⁷⁸⁸ Vgl. "IPW-Berichte" und "Horizont", a.a.O., in denen periodisch Beiträge von M. Schmidt / W. Schwarz erschienen, zum Thema speziell in den IPW-Heften 9/87: "Neue Anforderungen an Sicherheitsdenken und Sicherheitspolitik – umfassende internationale Sicherheit als Erfordernis unserer Zeit (I); 10/87 "Umfassende internationale Sicherheit – Verwirklichung aktiver friedlicher Koexistenz unter heutigen Bedingungen (II) – Komplexität des Problems der Friedenssicherung in der Gegenwart: militärische, politische, ökonomische und humanitäre Aspekte"; 3, 9/88 und 10/ 88 "Das gemeinsame Haus Europa – Realitäten, Herausforderungen, Perspektiven ; 3, 8 /89 DDR und BRD – Sicherheitspartner im gemeinsamen Haus Europa"; in "Horizont" 1/89 "Europa unser gemeinsames Haus".

Vgl. insbesondere auch die Dissertation-B von W. Schwarz, Strukturelle Angriffsfähigkeit in Europa. Erfordernisse, Konzepte, Hemmnisse, IPW-Forschungshefte, a.a.O., 24. Jg., Heft 2/1989

tionellen, militärisch determinierten Herangehens an Sicherheit zu lösen. Die modernen Industriegesellschaften seien in ihrer Infrastruktur extrem störanfällig und –nicht nur durch den Einsatz von Kernwaffen– bei militärischer Gewaltwirkung existenzbedrohend verwundbar. Aus dieser "Kriegsuntauglichkeit" der europäischen Zivilisation folge, daß es völlig unrealistisch sei, einen militärischen Konflikt zwischen den Blöcken noch als denkbare Option zu betrachten. Aus der Erkenntnis, daß ein solcher Krieg nicht mehr führbar und schon gar nicht gewinnbar ist, ergebe sich als zwingende Notwendigkeit die Forderung nach einer Entmilitarisierung der Sicherheit. "Die heutigen modernen Industriestaaten stehen praktisch unter dem existentiellen Zwang zur umfassenden und dauerhaften Entmilitarisierung ihrer Sicherheitspolitik."⁷⁸⁹ Das Ziel sei zu suchen in einer umfassenden Zusammenarbeit zwischen Ost und West, im Aufbau internationaler, nichtmilitärischer Sicherheitsstrukturen, im friedlichen Systemwettbewerb statt in einer Politik militärischer Abschreckung, letztendlich eben darin, durch systemübergreifende Abrüstung zu gemeinsamer Sicherheit zu gelangen – Vorstellungen, die auch von Friedensforschern westlicher Institute geteilt wurden⁷⁹⁰ und so oder ähnlich in der Friedensbewegung und im linken politischen Spektrum in der Bundesrepublik schon lange diskutiert wurden.

Das IPW stand denn auch im Meinungsaustausch mit namhaften wissenschaftlichen Institutionen in der Bundesrepublik und im westlichen Ausland und war selbst Begegnungsstätte und Diskussionsforum für Wissenschaftler, Politiker und die Vertreter von Friedensinitiativen aus dem Westen. Wenngleich man in Rechnung stellen mußte, daß ein wesentlicher Teil seiner "Westarbeit" immer schon schon darin bestanden hatte, "den Inhalt und die Richtung der internationalen sicherheitspolitischen Diskussionen seitens der sozialistischen Staaten ... maßgeblich beeinflussen zu können "⁷⁹¹, stießen die IPW-Forscher bei der westdeutschen Friedensforschung doch weitgehend auf offene Türen. Ihre grundsätzliche Herangehensweise an die friedens- und sicherheitspolitischen Themenstellungen war zwar eine gänzlich andere als bei nahezu allen Gruppen der Friedensbewegung: hier das "Prinzip gemeinsamer Sicherheit" als angeblich inhärenter Bestandteil der Konzeption der "Friedlichen Koexistenz", dort die Ablehnung der überkommenen westlichen Sicherheitspolitik, insbesondere der US-Rüstungspolitik und der atomaren Abschreckungskonzeption der NATO, als übergreifendes Motiv der Friedensbewegung. Bei aller Unterschiedlichkeit im theoretischen Ansatz, die Übereinstimmung in der konkreten politischen Zielsetzung machte das IPW zu einem akzeptierten Dialogpartner. Es beteiligte sich an Seminaren, Kolloquien und dergleichen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik, in Österreich, in Grossbritannien, ja selbst in

⁷⁸⁹ M. Schmidt/W. Schwarz, Frieden als Überlebensbedingung – Die industrielle Zivilisation im Netzwerk ihrer Verwundbarkeit, in: S+F Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Baden-Baden 1989, 7. Jg., S. 206-211, hier S. 211

⁷⁹⁰ Vgl. etwa die Initiative "Entmilitarisierung Berlins", die der Westberliner Politologe und Friedensforscher U. Albrecht mit ins Leben gerufen hatte.

⁷⁹¹ Max Schmidt zitiert bei D. Heyne, Militärische Aspekte der Sicherheit – Militärdoktrinen und ihre Umsetzung, in: IPW-Berichte, a.a.O., H. 9/88, S. 42

den USA und unterhielt gute Beziehungen zu verschiedenen Gruppen in der west-deutschen Friedensbewegung – Kontakte, auf die man bei SES zurückgreifen konnte, wenn man wie angekündigt in der "wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit" Gehör finden wollte.

Daß man diese wissenschaftliche und politische Öffentlichkeit für sich gewann, war Voraussetzung dafür, das SES-Konzept tatsächlich in die Tat umsetzen zu können. Aus der Sicht seiner Initiatoren standen die Chancen dafür Anfang 1990 durchaus nicht schlecht. Eine zu diesem Zeitpunkt erstellte Positionsstudie der Militärpolitischen Hochschule zur sicherheits- und militärpolitischen Programmatik von Parteien und Bewegungen der DDR kam zu dem Schluß: "Nicht zuletzt wegen der vor allem historisch begründeten Sicherheitsbedenken seiner Nachbarn in Ost und West stellt sich die Frage nach dem künftigen politisch-militärischen Status der DDR, der BRD sowie des vereinigten Deutschlands. Hier ist bei vielen Parteien und politischen Bewegungen unseres Landes ein weitgehender Konsens hinsichtlich der Entmilitarisierung, sowohl als ein unabdingbarer Prozeß als auch als notwendiger Status beider deutscher Staaten bzw. des vereinigten Deutschlands, vorhanden. Das verdeutlichen entsprechende programmatische Aussagen von DEMOKRATIE JETZT, der F.D.P., der Grünen Partei der DDR, der Nelken, des Neuen Forums, der PDS und der SPD. Die DBD, die LDP und die NDPD, die bisher in ihren programmatischen Überlegungen Fragen des politisch-militärischen Status weitgehend unberücksichtigt ließen, nähern sich jetzt mehr oder weniger diesen Positionen an."⁷⁹²

Im Blick auf die im März 1990 bevorstehenden Volkskammerwahlen und den von vielen erwarteten Wahlsieg der SPD⁷⁹³ war deren Position in den sicherheits- und militärpolitischen Fragen verständlicherweise von besonderem Interesse. Man muß nicht einmal auf das gemeinsame Papier von SPD und SED "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" zurückgreifen, um zu erkennen, daß die IPW- bzw. SES-Mitglieder mit ihrem Konzept in vielem auf einer Wellenlänge lagen mit damaligen Vorstellungen in der SPD zu einer neuen europäischen Sicherheitspolitik: Krieg als Mittel der Politik müsse in Europa undenkbar werden, hinter der Wahrung des Friedens als oberster Maxime aller Politik hätten die ideologischen Gegensätze zurückzutreten ("Entideologisierung der Ost-West Beziehungen"), Sicherheit sei in diesem Verständnis nur durch die "Entmilitarisierung" der bisher konfrontativen Beziehungen zu erreichen, an die Stelle militärischer Abschreckung habe die Anerkennung des Prinzips gemeinsamer Sicherheit zu treten, die zu blockübergreifenden und schließlich die Blockbindung auflösenden europäischen Sicherheitsstrukturen führen würde. Das gab es bis in die Verästelungen hinein auch als programmatische Überlegungen in der SPD.

⁷⁹² Autorenkollektiv der Militärpolitischen Hochschule "Wilhelm Pieck" unter Leitung von Oberst Prof. Dr. sc. W. Schreiber (Mitglied von SES, d. Verf.), Positionsstudie zur sicherheits- und militärpolitischen Programmatik von Parteien und politischen Bewegungen der DDR, 1990, Az. 320210, S. 17 – im Besitz des Verf.

⁷⁹³ Laut „Infratest“ v. 12. 2. 1990 sollte die SPD auf ca. 44%, die CDU auf 20 % der Wähler Stimmen kommen.

Vieles von dem, was im IPW und von SES als Ausdruck des "Neuen Denkens" in der Sicherheitspolitik diskutiert wurde, stammte denn auch aus dem Fundus von Entwürfen und Papieren der SPD zur Sicherheitspolitik, weit bevor sich das IPW dieser Thematik annahm. Die "Politik der Sicherheitspartnerschaft" war keine Erfindung der DDR. Sie galt –in der Bahrschen Version⁷⁹⁴– bereits auf dem Nürnberger SPD-Parteitag 1986 als zentraler Bezugspunkt der Sicherheitspolitik der SPD. Entsprechend ging auch das Konzept der "gemeinsamen Sicherheit" zwischen Ost und West, der eigentliche politische Gehalt der "Sicherheitspartnerschaft", auf Egon Bahr zurück. Die von Bahrs SPD-Arbeitsgruppe "Neue Strategien" verfaßten Dokumente, am bekanntesten ist das "Bülow-Papier", entwickelten bereits Anfang der achtziger Jahre Pläne für atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Europa und formulierten, was im Gegensatz zur NATO-Abschreckungsdoktrin unter "defensiver" Verteidigung und "struktureller Nichtangriffsfähigkeit" zu verstehen war. Beide Begriffe bestimmten inzwischen in mehr oder weniger modifizierter Form die sicherheitspolitische Diskussion in Ost und West. Die vor allem an Bahrs Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg (IFSH) vorgenommene Ausarbeitung und Aktualisierung des Konzeptes gemeinsamer Sicherheit lieferte eine Fülle von Materialien zu den zu den militärischen, politischen, ökonomischen, kulturellen oder auch wissenschaftlich-technischen Aspekten europäischer Sicherheit.⁷⁹⁵

Insofern konnten sich weder das IPW noch SES zurechnen, mit ihren Überlegungen zur "Entmilitarisierung der Sicherheit in Europa" sozusagen sicherheitspolitisches Neuland betreten zu haben. Ausgangspunkt war Bahrs Gedanke, daß Sicherheit vor militärischer Vernichtung nicht mehr im Gegeneinander, sondern nur noch im Miteinander der Kontrahenten zu gewährleisten sei – ein Ansatz, der manches von dem vorweg nahm, was sich später in Gorbatschows Vision vom "gesamteuropäischen Haus" wiederfand, insbesondere das Ziel einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik. Diese Zielsetzung, die Ost-West-Konfrontation in Europa durch eine Politik der Kooperation im Sinne der Prinzipien der Schlußakte von Helsinki zu entschärfen, setzte von vornherein auf

⁷⁹⁴

Der Begriff „Sicherheitspartnerschaft“ stammte eigentlich vom ehemaligen Bundeskanzler H. Schmidt, der ihn allerdings in einem anderen Bedeutungssinn gebraucht hatte: Sicherheitspartnerschaft als Verantwortungsgemeinschaft der USA und der UdSSR in ihrer Aufgabe, unter den Bedingungen der nuklearen Erst- und Zweitschlagsfähigkeit den Frieden in der Welt zu sichern – durch vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle und Abrüstung, aber immer auf der Grundlage militärischen Gleichgewichts. „Sicherheitspartnerschaft“ im Kontext der Bahrschen Konzeption der „Gemeinsamen Sicherheit“ meint dagegen gerade das Gegenteil, Überwindung des Denkens in den Kategorien militärischer Parität und Abschreckung.

Das Konzept der "Gemeinsamen Sicherheit" wurde Anfang der achtziger Jahre (1981) von Bahr entworfen und als Ausdruck eines neuen Sicherheitsverständnisses in der SPD Grundlage der sicherheitspolitischen Konzeption der Partei. Es war außerdem nach Bahrs Mitwirken in der Palme-Kommission auch in deren Bericht übernommen worden.

⁷⁹⁵

Vgl. die vom ISFH herausgegebenen drei Bände zu den Grundlagen und der Struktur der gemeinsamen Sicherheit (1986), zu den nichtmilitärischen Wesenszügen (1987) und zu den militärischen Aspekten struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen gemeinsamer Sicherheit (1988)

bündnisübergreifende europäische Initiativen: Anerkennung der jeweiligen Sicherheitsinteressen, Schritte zu einer Demilitarisierung, Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet. Nachdem blockübergreifende Sicherheitsstrukturen geschaffen worden wären, hätten beide Bündnisse in einer neuen europäischen Friedens und Sicherheitsordnung aufgehen sollen.

In ähnlicher Weise hatte der Publizist P. Bender schon 1981 von der Notwendigkeit einer "Entideologisierung" des Ost-West Verhältnisses im Sinne einer Normalisierung der Beziehungen Westeuropas zu den sozialistischen Staaten gesprochen. Er hatte mit der "Europäisierung Europas" den Gedanken einer europäischen, statt auf militärischer Abschreckung, auf wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit beruhenden Sicherheitspolitik in die Diskussion gebracht.

Die Aufzählung von Begriffen, die programmatisch Gemeinsamkeit oder doch Nähe zwischen SPD, IPW und SES vermuten ließen, würde sich fortsetzen lassen, wobei es letztlich gleichgültig sein konnte, wer das Copyright darauf für sich in Anspruch nehmen konnte. Worauf es ankam, war die Frage, ob die SPD die SES-Initiative aufgegriffen hätte, falls sie, wie erwartet, die Volkskammerwahlen im März 1990 gewonnen hätte.

Aus damaliger Sicht und der Perspektive von SES schien einiges dafür zu sprechen. Einig war man sich mit der Ost-SPD zumindest in der Grundidee, den Prozeß der deutschen Einigung zu verzahnen mit dem zur Überwindung der Spaltung Europas, also des Aufgehens beider Militärblöcke in einer neuen europäischen Friedensordnung. Auf einer Pressekonferenz der Ost-SPD am 12. Februar 1990 in Berlin erklärten W. Romberg, M. Meckel und E. Bahr denn auch, ein künftiges, vereintes Deutschland solle weder der NATO noch dem Warschauer Vertrag angehören, sondern in ein europäisches Sicherheitssystem eingebunden werden.⁷⁹⁶

⁷⁹⁶

Vgl. T. Hoffmann, a.a.O., S. 189 – Bahr hatte sich bereits in einem Interview mit der ZEIT genau eine Woche vorher in ähnlicher Weise geäußert. Auf die Frage, ob sein Grundsatz, man könne nicht beides haben, die NATO und die Einheit, auch im Umkehrschluß gelte, „Gibt es die Einheit, so gibt es die NATO nicht mehr“, antwortete er folgendermaßen: „Nur dann, wenn alles so schön überschaubar und kontrollierbar läuft, wie wir es uns gedacht haben. Auf Wien I folgt Wien II, auf die Abrüstung der Waffensysteme folgt die Reduzierung der Truppen. Am Ende steht die strukturelle Angriffsunfähigkeit, die gemeinsame Sicherheit. Dann gehen beide Bündnisse auf in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem, das aus dem KSZE-Rahmen hinauswächst. Danach gibt es beide Bündnisse nicht mehr. An ihre Stelle tritt das europäische Sicherheitssystem oder die berühmte europäische Friedensordnung, deren Teil die Amerikaner und die Sowjets institutionell sind.“ (DIE ZEIT, 45. Jg., Nr. 7 vom 9. 2. 1990, a.a.O., S. 9 f). Im Weiteren geht er –im Gegensatz zu den Entmilitarisierungsvorstellungen von "SES"– von auch weiterhin deutschen Streitkräften aus: „... Irgendwann muß man allerdings anfangen zu überlegen, wie stark dieses vereinte Deutschland sein soll. Ich sage: Es darf nicht so stark sein, daß andere Sorgen haben. Es darf militärisch nicht so schwach sein, daß es nicht gleiche Rechte und Pflichten hat. Und ich sage außerdem: Darüber sollen unsere Nachbarn bestimmen. Null wäre für uns unter dem Gesichtspunkt gleicher Rechte und Pflichten inakzeptabel, aber 100000 Mann oder 150000 – alles

Romberg war im IPW kein Unbekannter.⁷⁹⁷ Er hatte schon vor der "Wende" als Sprecher der Evangelischen Kirche in friedenspolitischen Fragen bei Diskussionen mit Friedensgruppen aus dem Westen wiederholt mit am Tisch gesessen. Man wußte, daß er im Falle eines SPD-Wahlsiegs vorgesehen gewesen wäre als DDR-Außen- oder Verteidigungsminister. Daß mit ihm, einem erklärter Anhänger alternativer Friedenspolitik, "Bonner Politik" nicht zu machen gewesen wäre, hätte als sicher gelten können.⁷⁹⁸

Im übrigen meinte man bei SES mit einer gewissen Berechtigung davon ausgehen zu können, daß die von Bahr vorgetragenen Positionen die Auffassung der Führungsgremien in der SPD widerspiegeln und sich dementsprechend durchsetzen würden, vermutlich auch bei der Mehrheit der Parteimitglieder. Auf den letzten Punkt bezogen kam eine IPW-Studie vom November 1988 zu dem Schluß, daß gerade die "Massenbasis der Sozialdemokratie" besonders stark von der Friedensbewegung erfaßt worden sei.⁷⁹⁹ Daran dürfte so viel richtig gewesen sein, daß sich das politische Meinungsklima in der Bundesrepublik unter dem Einfluß der Protestbewegung gegen den Rüstungswettlauf und die atomare Aufrüstung insgesamt verändert hatte. Angesichts der bewußt gewordenen Risiken einer militärischen Auseinandersetzung in Europa und speziell in Deutschland war das Mißtrauen gegenüber der atomaren Abschreckungspolitik der NATO und ihrer

akzeptabel unter Berücksichtigung der Stärke der uns umgebenden Nachbarn.“ (DIE ZEIT vom 9. 2. 1990, a.a.O., S. 10). Vgl. dazu auch Bahrs Vorschlag Ende April 1990 zur Schaffung einer Sicherheitsgemeinschaft aus dem künftig geeinten Deutschland, den Benelux-Staaten, Dänemark, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei, siehe Anlage 35.

⁷⁹⁷ Dr. Walter Romberg, Diplommathematiker an der Akademie der Wissenschaften, Mitglied der SPD, seit Januar 1990 Minister o. Geschäftsbereich in der Regierung Modrow, im Kabinett von Ministerpräsident de Maizière Finanzminister. Romberg führte auf DDR-Seite die Verhandlungen mit der Bundesrepublik zur Währungsunion.

⁷⁹⁸ Vgl. dazu das Interview mit ihm in der Truppenzeitung "Impuls", in dem sich Romberg für einen Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage des Artikel 146 GG und für eine Erörterung der Frage des künftigen militärischen Status Deutschlands im Rahmen der "2+4" –Verhandlungen ausspricht. Diese Frage hätte seiner Ansicht nach erst nach dem Abschluß der Wiener KSZE-Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte entschieden werden sollen, wobei man von weitreichenden Reduzierungen bei den dann auf deutschem Boden stehenden Streitkräften ausgehen müsse: die Truppenkontingente der vier Alliierten sollten bei einer Personalstärke von jeweils etwa 30 000 Mann liegen, die der Bundeswehr solle 100 000 betragen und die der NVA 30 000. Fernziel sei eine Europa-Armee, zu der man durch die Schaffung blockübergreifender Sicherheitsstrukturen und die schrittweise Integration der Militärstrukturen beider Seiten in einem gemeinsamen KSZE-Rahmen kommen könne; in: Impuls – Zeitschrift für staatsbürgerliche Arbeit in der NVA, 1. Jg., Nr. 3/90, S. 6 – 8.

⁷⁹⁹ Vgl. Kollektiv der Militärpolitischen. Hochschule unter Leitung von Oberst Prof. Dr. sc. W. Schreiber, Positionsstudie zur sicherheits- und militärpolitischen Programmatik von Parteien und politischen Bewegungen, Militärakademie Dresden, 1990; vgl. auch M. Peter, SPD-Politik: Von der Abschreckung zur Sicherheitspartnerschaft, in: IPW-Berichte 11/88, 17. Jg., H. November 1988, S. 15–19; K.-D. Mühle, Positionen westeuropäischer Parteienbünde zu Fragen der Sicherheitspolitik, ebda., S. 20–27, hier S. 23 ff; vgl. auch G. Rachel, Sozialdemokratische Positionen zur Demokratie in den 80er Jahren. IPW-Berichte 4/88, 17. Jg., H. 4, S. 16-22

Führungsmacht, den Vereinigten Staaten, gewachsen. Die Militärstrategie und Rüstungspolitik der USA wurde über den Protest in der Friedensbewegung hinaus auch in der politisch-publizistischen Diskussion von vielen als Bedrohung des Friedens eingeschätzt. Die Auffassung, daß die amerikanischen und europäischen Sicherheitsinteressen keineswegs deckungsgleich seien und durch den NATO-Doppelbeschluss und die von den Amerikanern angeheizte "Irrationalität des Wettrüstens" gerade in Europa das Kriegsrisiko steige, ließ die westliche Sicherheits- und Bündnispolitik insgesamt als fragwürdig erscheinen, jedenfalls als dem deutschen Interesse an einer Fortsetzung der Entspannungsprozesses und dem Abbau der militärischen Bedrohung zuwider laufend.

Die von den Sozialdemokraten verfolgte Linie, durch Verhandlungen zum Rüstungsabbau und durch vertrauensbildende Maßnahmen das System der gegenseitigen Abschreckung in einer Politik der kleinen Schritte zu überwinden, von nicht wenigen in der SPD als Weg in die falsche Richtung abgelehnt. Sie traten für eine entschiedeneren Haltung der SPD gegenüber der NATO-Strategie der atomaren Abschreckung ein. Es gab denn auch Vorschläge, die weit über die offiziellen "Überlegungen zu einem Gesamtkonzept für die Sicherheit Europas aus sozialdemokratischer Sicht"⁸⁰⁰ hinausgingen. Galt dort noch "Strukturelle Angriffsunfähigkeit" bei ansonsten weiterbestehenden Bündnissen als mittelfristig zu erreichendes Verhandlungsziel, so forderten Teile der Friedensbewegung in und außerhalb der SPD schon Mitte der achtziger Jahre ganz offen den sofortigen Ausstieg aus dem atomaren Sicherheitskonzept der NATO. Wenn sich Deutschland in seiner politisch und geographisch exponierten Lage nicht weiterhin der wachsenden Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges aussetzen wolle, müsse es sich abkoppeln von der atomaren Abschreckungspolitik der USA und einen sicherheitspolitischen Status anstreben, der es nicht länger als militärischen Verbündeten der Amerikaner in den Ost-West-Konflikt einbinde.

Diese Diskussion erhielt im Zuge der Wende neuen Auftrieb, als die sowjetische Seite ihre Zustimmung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit unter anderem abhängig machte von einer umfassenden Demilitarisierung Deutschlands und zunächst auch von seiner Verpflichtung zur Neutralität. Der sowjetische Außenminister Schewardnadse erläuterte in seiner Rede am 19. 12. 1989 vor dem Politischen Ausschuß des Europäischen Parlamentes die sowjetische Haltung für den rein hypothetischen Fall, daß die deutsche Einheit Realität werden würde, indem er sieben Fragen formulierte und dazu jeweils Stellung nahm. Dabei ging es in der dritten Frage um den militärisch-politischen Status des "neuen deutschen nationalen Gebildes" und in der vierten um "eine Synchronisierung des Prozesses der Wiedervereinigung Deutschlands mit dem Prozeß von Helsinki und um den Beitrag dieses Landes, zur Überwindung der Spaltung Europas beizutragen."⁸⁰¹ In diesem Zusammenhang angesprochen wurden von ihm dann weiterhin die Fragen nach einer "Entmilitarisierung Deutschlands, nach dessen neutralem Status

⁸⁰⁰ Egon Bahr, Karsten D. Voigt, Andreas von Bülow, Materialien „Europäische Sicherheit 2000“ Überlegungen zu einem Gesamtkonzept für die Sicherheit Europas aus sozialdemokratischer Sicht, Bonn, 19. Juni 1989

⁸⁰¹ E. Schewardnadse, Die Zukunft gehört der Freiheit, a.a.O., S. 242

und nach dessen Haltung zum Aufenthalt der alliierten Truppen auf deutschem Boden".⁸⁰² Dem folgend sah auch Modrows Konzept der Vertragsgemeinschaft ebenfalls noch vor, das vereinte Deutschland müsse neutral sein.⁸⁰³

Daß der Neutralität Deutschlands weder von amerikanischer noch von deutscher Seite zugestimmt worden wäre⁸⁰⁴, war bei Teilen der SPD kein Hindernis, "laut nachzudenken" über Alternativen zum "entweder-oder" von Neutralität oder Zwang zur NATO-Mitgliedschaft. So schrieb der schon erwähnte Peter Bender Anfang Februar 1990 in der ZEIT: "... Früher ließ sich der Widerspruch, Deutschland neutral oder in der NATO, nicht aufheben, jetzt gibt es Auswege nach vorn. Das vereinte Deutschland braucht weder der NATO anzugehören noch neutral zu sein, weil die Militärallianzen ihren Charakter ändern sollen, wahrscheinlich sogar müssen: Aus Gegnern, die Sicherheit durch ein Gleichgewicht militärischer Kräfte schaffen, können bewaffnete Aufsichtsbehörden werden, die gemeinsam für Ruhe und Frieden in Europa sorgen."⁸⁰⁵

Konkreter wurden Hermann Scheer, zuvor schon Mitglied der Gemeinsamen Arbeitsgruppe von SED und SPD zu Sicherheitsfragen, zu der Zeit Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, und Heidemarie Wieczorek-Zeul, Mitglied des Präsidiums der SPD. In ihrer "Denkschrift zur Frage der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO" wird zwar ein deutscher Sonderweg mit einem "neutral vagabundierenden Deutschland" verworfen, andererseits aber auch die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der damals gegebenen Formation der NATO als nicht akzeptabel abgelehnt. Möglich sei die Bündniszugehörigkeit allerdings, wenn die NATO für den Zeitraum, bis beide Militärblöcke in einer neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung aufgehen würden, ihre Struktur und Strategie grundlegend ändere.

Im Wesentlichen hieße das:

Die NATO gibt ihre Streitkräfteintegration, die gemeinsamen Oberkommandos und die atomare Strategie der flexible response auf.

⁸⁰² Ebda.

⁸⁰³ Ministerpräsident Modrow legte auf einer Pressekonferenz am 1. 2. 1990 in Ostberlin einen Plan "Konzeption für den Weg zu einem einheitlichen Deutschland" vor. Er schlug darin für den Weg zur deutschen Einheit ein schrittweises Vorgehen in mehreren Stufen vor: Vertragsgemeinschaft mit konföderativen Elementen, Konföderation, einheitlicher deutscher Staat in Form einer Föderation oder eines deutschen Bundes mit gemeinsamen Parlament und gemeinsamer Regierung. Der deutsche Einigungsprozeß solle in den europäischen eingebunden werden, dabei seien die beiden deutschen Staaten abzurüsten und aus ihren jeweiligen Bündnissen herauszulösen. In dieser letzten Forderung gab es einen prinzipiellen Dissens zu Bundeskanzler Kohls Zehn-Punkte-Plan.

Auch der "Zentrale Runde Tisch" sprach sich noch am 19. 2. 1990 für einen "entmilitarisierten Satus" eines vereinten Deutschlands aus.

⁸⁰⁴ Siehe dazu Kapitel 7.1

⁸⁰⁵ P. Bender, Ein Magnet, stärker als die Macht, in: DIE ZEIT, 45. Jg., v. 16. 2. 1990, S. 1

In Verbindung damit

- werden alle Atomwaffen auf deutschem Boden
- und alle aufgrund der Streitkräfteintegration in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte anderer Länder abgezogen.

Das Gleiche solle für die anderen Länder des Bündnisses gelten, in denen amerikanische Atomwaffen oder der NATO assignierte Streitkräfte stationiert seien. Von der Sowjetunion werde erwartet, daß sie ihre Atomwaffen ebenfalls auf ihr Territorium zurückziehe, ebenso die Truppen, die nicht aufgrund ihrer Stationierungsrechte als Siegermacht des 2. Weltkrieges in Europa stünden. Außerdem solle das vereinigte Deutschland als Vorgriff auf die Struktur einer Europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung durch eine Begrenzung der Rüstung auf niedrigem Niveau, eine defensive Doktrin und ebensolche Bewaffnung weitgehend entmilitarisiert werden. Das hätte international kontrolliert werden sollen durch eine sofort einzurichtende Rüstungskontroll-Agentur. Dem deutschen Beispiel sollten die anderen europäischen Staaten dann folgen.⁸⁰⁶

Es ist offensichtlich, daß Scheers Vorschläge und zuvor schon die Gedanken von Peter Bender durchaus kompatibel waren mit den Vorstellungen der "Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit", wie sie etwa von W. Schwarz vertreten wurden. In den sicherheitspolitischen Zielvorstellungen war man sich ohnehin einig: Mit dem Ende des Kalten Krieges und der ideologischen Teilung Europas schien das Aufgehen der beiden Militärblöcke in einer neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung in greifbare Nähe gerückt zu sein.⁸⁰⁷ Wenn die europäischen NATO-Mitglieder auf den Verfall des Warschauer Paktes in angemessener Weise reagieren würden, indem sie die militärische Struktur des Bündnisses so verändern würden, daß in erster Linie sein politischer Charakter bestimmend wäre, dann müsste auch die NATO kein Hindernis sein auf dem Weg zu einem blockfreien, in der alten Begrifflichkeit also "neutralen" Europa.

In Benders oder auch Scheers Gedanken spiegelte sich die Grundauffassung einer linksintellektuellen Strömung im Wissenschaftsbereich, in den Medien und auch in der Politik, die eine neue europäische Sicherheitsstruktur politisch, wirtschaftlich, kulturell verortet wissen wollte, einem sicherheitspolitischen Denken in militärischen Kategorien jedenfalls keinen Wert mehr zusprach. Nicht nur weil die

⁸⁰⁶ H. Scheer / H. Wiczorek-Zeul, Deutschland und die NATO, Denkschrift zur Frage der Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in der NATO (Bonn, 5. März 1990), vervielfältigtes Skript, 13 Seiten, S. 2 ff

⁸⁰⁷ Vgl. das "Positionspapier der SPD zu den sicherheitspolitischen Aspekten der Einigung Deutschlands im Rahmen der Europäischen Integration – Von der Konfrontation der Blöcke zu einem Europäischen Sicherheitssystem":

... 2. Das Ziel

Als Teil einer Europäischen Friedensordnung steht jetzt ein Europäisches Sicherheitssystem auf der Tagesordnung, das die Blöcke ersetzt. Die Bündnisse sind in ihrer bisherigen Form überholt. Sie müssen den Übergang zu einem Europäischen Sicherheitssystem mit-organisieren. Spätestens mit einem Europäischen Sicherheitssystem werden die Vorbehaltsrechte der Siegermächte des zweiten Weltkrieges in Bezug auf Deutschland vollständig abgelöst.", in: Presseservice der SPD, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Parteivorstand, Bonn den 25. April 1990

existenzbedrohende Verwundbarkeit Europas es verbiete, dort noch Kriege führen zu wollen, auch weil die ideologischen Gegensätze keine entscheidende Rolle mehr spielten und die für das Zusammenwachsen Europas notwendigen politischen und ökonomischen Reformen Osteuropas dies erforderten, verspreche internationale Partnerschaft mehr Sicherheit als die bisherige Rüstungspolitik. Folglich müsse bei der Entmilitarisierung des Ost-West-Konflikts angesetzt werden, um aus der militärischen Sachzwanglogik herauszukommen und die Probleme der Sicherung des Friedens in Europa in gemeinsamer Verantwortung politisch angehen zu können. Wenn die KSZE als geeigneter Rahmen solcher Kooperation mit den entsprechenden Institutionen ausgestattet werde, habe man die Instrumente, die über die noch bestehenden Bündnisgrenzen hinweg die Zusammenarbeit zwischen Ost und West ermöglichen würden. "Für das Militärische können die Bündnisse sorgen, und für die Wirtschaft kann es die europäische Gemeinschaft, doch für alles übrige, für politische Regelungen, die ganz Europa angehen, bietet sich allein die 35-Staaten Organisation an. Schon heißt es, die KSZE-Gipfelkonferenz im kommenden Herbst werde zu einer Deutschlandkonferenz werden – es entspräche der Lage: Alle Europäer wollen beteiligt sein, wenn mit den Deutschen darüber gesprochen wird, wo die 75 Millionen ihren Platz in der Alten Welt finden."⁸⁰⁸

Der KSZE-Gipfel wurde keine Deutschlandkonferenz, und auch das vereinte Deutschland blieb in der NATO. Nur, das war zu dem Zeitpunkt, als die Gruppe SES mit ihren Thesen zur Entmilitarisierung der DDR an die Öffentlichkeit trat, noch keineswegs so klar. Und offensichtlich rechneten auch Monate später selbst diejenigen, die gleichsam von "Berufs wegen" hätten skeptisch sein müssen, noch damit, den Prozeß der deutschen Einigung mit dem der europäischen so synchronisieren zu können, daß im Rahmen einer Neubelebung und weiterentwicklung der KSZE außerhalb der NATO neue europäische Sicherheitsstrukturen entstehen könnten. Der Westberliner Politologe Ulrich Albrecht, Leiter des Planungsstabes im DDR-Außenministerium unter dem damaligen SPD-Minister Markus Meckel: "Die deutsche Einigung, das politische Leitziel des Kabinetts de Maizière, sollte europapolitisch begleitet werden von entscheidenden ersten Schritten hin zu neuartigen Sicherheitsstrukturen, auf der Grundlage deutlicher Abrüstung. Das alte Ost-West-Denken, die Suche nach Sicherheit durch Hochrüstung (wie sie die Politik in der ersten Hälfte der achtziger Jahre prägte) sollte abgelöst werden durch kooperative Formen des Politikaustrages. Für diese würde die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa den bevorzugten Rahmen abgeben. Die KSZE müßte zu diesem Zweck erste feste Institutionen erhalten"⁸⁰⁹

⁸⁰⁸ P. Bender, Ein Magnet, stärker als die Macht., a.a.O.

⁸⁰⁹ U. Albrecht, Die Abwicklung der DDR. ..., a. a. O., S. 16

Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Stellungnahme des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) zu den "2 + 4"-Verhandlungen, die in die gleiche Richtung einer zunächst "klein-europäischen" Übergangslösung als konkretem Schritt zu einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft weist: "Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa. Vom Blocksystem zur Sicherheitsgemeinschaft", in: S+F Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, a. a. O., 8. Jg. 1990, S. 74 ff

Wie Albrecht darlegt, war daran gedacht, in Kooperation mit Polen und der Tschechoslowakei Initiativen zu einer Institutionalisierung des KSZE-Prozesses einzubringen, so daß diese KSZE-Strukturen bei der Gestaltung der künftigen europäischen Sicherheitspolitik die entscheidende Rolle hätten spielen können. Es habe auf polnischer und tschechischer Seite bereits eigene Vorschläge dazu gegeben, bei den Tschechen etwa den einer "Europäischen Sicherheitskommission", der die eigentliche Sicherheitspolitik hätte übertragen werden sollen.⁸¹⁰ Die Vorschläge seien ebenso ohne Resonanz geblieben wie der des DDR-Außenministers, die DDR solle mit Polen und der Tschechoslowakei eine Sicherheitszone als "Bündnis zwischen den Bündnissen" bilden. Albrecht führt in seiner Bilanz des Scheiterns dieser Außenpolitik das Zitat eines Beraters des DDR-Außenministers Meckel an, ein Zitat, das recht deutlich zum Ausdruck bringt, was man ursprünglich glaubte erreichen zu können:

"Statt der Ablösung der Militärbündnisse am Ende des deutschen Einigungsprozesses durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, nun die dauerhafte Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO. Kein Stationierungsverzicht für Massenvernichtungsmittel in beiden Teilen Deutschlands. Die NVA wird nicht zum Keimling einer multilateralen KSZE-Friedenstruppe. Der Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus dem Territorium der heutigen DDR wird nicht zum "take-off" der Schaffung einer besonderen mitteleuropäischen Abrüstungszone."⁸¹¹

Das Resümee hätte auch von SES sein können. Im Unterschied zu Meckels Außenministerium hatte man sich dort allerdings nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 keine Illusionen mehr gemacht und relativ schnell erkannt, "... daß das traditionelle machtpolitische Denken in der NATO, in der WVO und bei den Neutralen eine Entmilitarisierung der DDR nicht akzeptiert – weder als Sonderfall noch als Einstieg zu einem entmilitarisierten Deutschland. Innenpolitisch könnte die Entmilitarisierung der DDR –bei eindeutiger Volksentscheid– nationalistischen und chauvinistischen Sprengstoff entschärfen und demokratiefördernd sein. Andererseits zeigte sich in den letzten Tagen und Wochen, daß nahezu alle politischen Entscheidungsträger der DDR Abstand von früheren Entmilitarisierungsgedanken genommen haben. Der Ostermarsch bewies die geringe Massenbasis der Entmilitarisierungslosung, und die Verlautbarungen über die Bereitschaft zum Wehrdienstantritt im Mai runden das Bild der Wiederbelebung des Konformismus im Sicherheitsdenken der DDR-Bürger ab."⁸¹²

Dies sei das Ergebnis der Diskussionen auch mit westlichen Wissenschaftlern auf der Konferenz über "Notwendigkeiten, Möglichkeiten, Bedingungen und Folgen einer Entmilitarisierung der DDR" Ende März 1990 in Berlin gewesen⁸¹³, so der

⁸¹⁰ Ebda., S. 31

⁸¹¹ Ebda., S. 159

⁸¹² Kapitän zur See Dr. phil. S. Fischer, Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit, Entmilitarisierung ?, in: MW, Berlin, 34. Jg., H. 7/1990, S. 48 f

⁸¹³ Die Konferenz "Notwendigkeiten, Möglichkeiten, Bedingungen und Folgen einer Entmilitarisierung der DDR" fand am 27. März 1990 an der Militärpolitischen

schon genannte Kapitän z. See Fischer, Dozent an der Militärakademie Dresden und einer der Initiatoren von SES. Fischers Einschätzung wurde auf einem internationalen Symposium von Friedensforschern und Friedensinitiativen Anfang Juli 1990 in Österreich von anderen Diskussionsteilnehmern geteilt: "Den Versuch der Opposition in der DDR, eine demokratische Armee zu gestalten und die Gesellschaft zu entmilitarisieren sowie Blockfreiheit anzustreben, werteten mehrere Redner als gescheitert."⁸¹⁴

Das bedeutete jedoch keineswegs, daß sich SES aus der Diskussion der sicherheitspolitischen Fragen des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses zurückgezogen hätte. Ganz im Gegenteil, dank der nach wie vor bestehenden Beziehungen vor allem des IPW zu zahlreichen wissenschaftlichen Institutionen in der Bundesrepublik und in anderen europäischen Staaten gab es gute Kontakte zu Friedensforschern und Forschungsgruppen, zu Politikern, Vertretern der Kirchen, ja selbst zu kritischen Militärs des westlichen Lagers.⁸¹⁵ SES-Mitglieder nahmen an wissenschaftlichen Konferenzen und Tagungen zu sicherheitspolitischen Aspekten der deutschen Einigung teil und die Forschungsgruppe selbst trat, wie schon erwähnt, Ende März 1990 unter dem Dach des "Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung" mit einer eigenen Veranstaltung zur "Entmilitarisierung der DDR" an die Öffentlichkeit. Man beteiligte sich an zahlreichen Publikationen im In- und Ausland und versuchte in der Presse, auch in renommierten westdeutschen Blättern⁸¹⁶, mit Artikeln zur Perspektive des KSZE-Prozesses und zur Schaffung einer europäischen Sicherheitsarchitektur den eigenen Standpunkt in die Diskussion einzubringen. Mitglieder von SES machten am Runden Tisch

Hochschule der NVA in Berlin-Grünau statt. Veranstalter war der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR, der eigentliche Initiator, auch hinsichtlich der Beiträge und Organisation der Konferenz, aber SES. Das viel beachtete Grundsatzreferat hielt Kapitän zur See Dr. S. Fischer (siehe den SES-Reader). Nach Angaben von SES nahmen an der Veranstaltung – "das herausragende Ereignis im ersten Jahr" – über 300 Wissenschaftler, Politiker und interessierte Persönlichkeiten aus ganz Deutschland teil.

⁸¹⁴ O. Seifert, Die Zukunft der Armeen ?, in: iPW Berichte aus der internationalen Politik & Wirtschaft, Frankfurt/M., 1. Jg., H. 10/90, S. 25

⁸¹⁵ Dem Verf. sind viele solcher Kontakte teils aus Gesprächen, teils auch aus eigenem Erleben bekannt, die aber, soweit sie persönlicher Natur sind, aus verständlichen Gründen nicht ohne die Zustimmung der Betreffenden offengelegt werden können. Allgemein gesagt hatten SES-Mitglieder zahlreiche Kontakte in die SPD, zu SPD-Politikern, zur Friedrich-Ebert-Stiftung und zu friedens- und sicherheitspolitischen Arbeitskreisen, die der SPD oder auch den Grünen nahestanden. Man pflegte gute Beziehungen zur Berghofstiftung in Berlin wie auch zum "Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik" in Hamburg (ISFH), ebenso zur HSFK in Frankfurt oder zum "Forschungsinstitut für Friedenspolitik" in Weilheim, wurde von der Evangelischen Akademie in Loccum und Tutzing eingeladen und kannte sich von Tagungen der Friedensforschung im westlichen Ausland. Das Spektrum reichte von der Internationalen Sommerakademie auf Burg Schlaining in Österreich bis zur "Weltkonferenz der Naturwissenschaftler Ways out of the Arms Race". Mitglieder von SES hielten 1990 Vorträge beim selbst regional kaum bekannten "Arbeitskreis für Frieden und Sicherheit" in München, aber auch auf der Jahrestagung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler in Bonn..

⁸¹⁶ Vgl. den SES-Reader "Das erste Jahr", Berlin 1990, 116 Seiten

des Verteidigungsministeriums ihren Einfluß geltend bei der Ausarbeitung der Dokumente und der Vorlagen an das MfNV und die Regierung.⁸¹⁷ An die DDR-Regierung und Volkskammer und darüber hinaus "An die Bürgerinnen und Bürger, Parlamente und Regierungen Europas, Kanadas und der USA" ging ein "7-Punkte-Plan" zur Entmilitarisierung der DDR der Aktion "Appell der 89", an dem SES maßgeblich beteiligt war. Nach der Volkskammerwahl schickte SES an die neue Regierung und an die Volkskammer der DDR ein Memorandum über ein 5-Punkte-Programm zur Entmilitarisierung. Überdies wurden mehrere Papiere und Stellungnahmen verfaßt, die sich kritisch auseinandersetzten mit der militär- und sicherheitspolitischen Entwicklung der Situation in der DDR, unter anderem zum Militärdoktrinen-Seminar in Wien, zu Kommandeurstagungen von NVA und Bundeswehr, zum KSZE-Prozeß und zu Verifikationsproblemen bei der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, zur Bildung eines Amtes für Rüstungskontrolle und Abrüstung in der DDR, zur Rüstungskonversion und noch im Herbst 1990 zu Problemen und Konsequenzen des sowjetischen Truppenabzugs vom Gebiet der DDR.⁸¹⁸

Zieht man das Fazit, so bleibt anzumerken, daß die Versuche der Gruppe SES, im Sinne ihrer Zielsetzungen auf die praktische Politik Einfluß zu nehmen, letztlich folgenlos geblieben sind. Das galt zum einen hinsichtlich der konkreten Zielvorgabe "Entmilitarisierung der DDR", zum anderen bezogen auf die illusionären Erwartungen an die Rückwirkungen dieses Prozesses auf das Entstehen einer neuen, weitgehend entmilitarisierten europäischen Friedensordnung und zum dritten schließlich auch die konkreten "Arbeitsergebnisse" der Gruppe betreffend.

Gescheitert war SES jedoch vor allem in ihrer ursprünglichen Absicht, bei der es offensichtlich keineswegs um die "weitgehend entmilitarisierte europäische Friedensordnung" ging, sondern darum, die staatliche Existenz der DDR zu bewahren. Ein im ansonsten recht umfangreichen Reader der Studiengruppe nicht veröffentlichtes Papier vom 17. 1. 1990 stellte dazu in wünschenswerter Klarheit fest, was eigentliches Ziel ist und was Mittel zum Zweck. Unter der Überschrift "Überlegungen zur Sicherheitspolitik der DDR" heißt es dort gleich zu Beginn:

"1. Die DDR braucht in ihrer gegenwärtigen innenpolitisch instabilen Situation einen außen-, sicherheits- und militärpolitischen Neuansatz,

- der den Erhalt des Staates zum Ziel hat,
- der die Akzeptanz der Bevölkerungsmehrheit erhält
- der im Interesse der Mehrheit der KSZE-Staaten liegt
- der den Druck der Rechtskräfte in der BRD und in der DDR paralyisiert und
- der die Schwäche der DDR ebenso berücksichtigt wie die Krise der UdSSR und des Warschauer Vertrages.

⁸¹⁷ Vgl. das nächste Kapitel

⁸¹⁸ Vgl. den SES-Reader, a.a.O., der die Arbeitsergebnisse der Studiengruppe und Vorträge und Publikationen von SES-Mitgliedern enthält.

2. Dieser Neuansatz kann sich nicht auf militärische Stärke stützen (weder der DDR, noch der UdSSR, noch der WVO), da deren Verfall schon begonnen hat und mit Wien eine neue Abbaudynamik erhält. Die Schwäche der DDR kann nur dann in Stärke verwandelt werden, wenn die Regierung der DDR sich radikal von den bröckelnden Pfeilern bisheriger Sicherheitspolitik befreit und die Sicherheit des Landes auf die Interessen der KSZE-Staaten am Erhalt einer stabilen Nachkriegsordnung und mithin am Erhalt der DDR gründet." ⁸¹⁹

Die Regierung der DDR solle deshalb schnellstens, so der Autor weiter, ein außen-, sicherheits- und militärpolitisches Konzept vorlegen, das "die objektiven Tendenzen der internationalen Kooperation, der europäischen Integration, der Entmilitarisierung und der Entideologisierung aufgreift und bestärkt." Daraus ergab sich folgerichtig, daß die DDR aus der WVO ausscheiden solle und die einseitige Entmilitarisierung und Neutralisierung bis zum Jahr 2000 "in Aussicht stellt." Man solle in einer deutsch-deutschen Vertragsgemeinschaft politische Sicherheitsgarantien erbitten und "insbesondere die Interessen der politischen Kräfte in der BRD bestärken, die die Abrüstung mit einem längerfristigen Konföderationsübergang verbinden ..." Bei den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges sei um ein Viermächte-Abkommen mit Souveränitäts- und Sicherheitsgarantien für die DDR nachzusuchen.

Die Anregungen für das neue Sicherheitskonzept bezogen sich bereits auf die Einleitung konkreter Schritte zur Durchführung und Absicherung des Entmilitarisierungsprogramms. Dabei sei das Sicherheitskonzept mit einem Militärreformkonzept zu untersetzen, "das gewissermaßen eine 'gleitende Projektierung' der Entmilitarisierung der DDR darstellt. Das Militärreformkonzept sollte sofort mit der Zielstellung verbunden werden, bis zum Jahr 1995 die NVA auf eine 50000 Mann starke Freiwilligenarmee zu verkleinern, die minimale Küsten-, Territorial- und Luftverteidigungsaufgaben hat, zur vertrauens- und sicherheitsbildenden Kooperation mit den Streitkräften der Nachbarstaaten fähig ist und vielleicht auch kleinere Kontingente für UNO-Friedensoperationen bereitstellen kann. In einem zweiten Schritt sollte aber bereits die völlige Auflösung der Streitkräfte der DDR bis zum Jahr 2000 vorgesehen werden."⁸²⁰ Die Erarbeitung des Sicherheitskonzeptes und der dazu gehörenden Militärreform- und Konversionsprogramme solle öffentlich und unter Hinzuziehung ausländischer Experten aus Ost und West erfolgen. "Insbesondere letzteres wäre ein weiterer sicherheitsbildender und damit die staatliche Existenz der DDR stabilisierender Faktor."⁸²¹

Die Armee als letzte der DDR verbliebene "Souveränitätsreserve" im Tausch gegen einen "längerfristigen Konföderationsübergang", die Dauer des Entmilitarisierungsprozesses als Garantiefrist für die staatliche Existenz der DDR – diese Rechnung ging nicht auf.

⁸¹⁹ Fregattenkapitän Dr. S. Fischer – Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit, Überlegungen zur Sicherheitspolitik der DDR, maschinengeschriebenes Skript v. 17. 1. 1990, 4 Seiten, S. 1 - (als Fotokopie im Besitz des Verf.)

⁸²⁰ Ebda., S. 3

⁸²¹ Ebda., S. 4

6.6. Der "Runde Tisch Militärreform"

Knapp eine Woche nach dem Zusammentreten des ersten, später so bezeichneten Zentralen Runden Tisches wurden die dort vertretenen Parteien, Bürgerinitiativen und Organisationen von DDR-Verteidigungsminister Hoffmann zu einem „konstruktiven Meinungsaustausch“ zur Lage in der NVA und zum Entwurf einer Militärdoktrin der DDR eingeladen. Diesem Treffen am 18.12.1989 folgten zwischen Januar und März 1990 sechs weitere, in denen grundlegende Fragen des Auftrags und der Rolle der Streitkräfte diskutiert wurden.⁸²² Durch die Militärreform angestoßen, wurden mehrere Entwürfe bzw. Beschlußvorlagen zu Gesetzesvorhaben für die Volkskammer erarbeitet. Nach der letzten Tagung am 20.3.1990 ging man in der Hoffnung auseinander, auch unter der neuen Regierung wieder als „Konsultativrat“ bei der Fortführung der Militärreform mitwirken zu können – eine bei den Runden Tischen der DDR allgemein vorzufindende Erwartung, die sich bekanntlich nicht erfüllte.

Anzumerken ist, daß dem Kreis derer, die sich am 18.12.1989 auf Einladung der NVA „zur Durchführung einer demokratischen Aussprache“ ausgerechnet an der Militärpolitischen Hochschule in Berlin-Grünau, einer der Kaderschmieden der SED, zusammenfanden, ursprünglich keineswegs der Status eines Runden Tisches zugestanden werden sollte. Von militärischer Seite war lediglich an ein Diskussionsforum ohne jedwedes Mandat gedacht. Die Teilnehmer selbst stellten die militärische Führung allerdings kurzerhand vor vollendete Tatsachen, indem sie schon auf der zweiten Sitzung per Mehrheitsbeschluß klarstellten, daß sie für sich in Anspruch nahmen, als "Runder Tisch zur Militärreform" gehört zu werden. Und nicht nur das: im weiteren Verlauf der Beratungen sollte sich zeigen, daß dieser „Runde Tisch beim Minister für Nationale Verteidigung“, so schließlich die offizielle Bezeichnung, sich keineswegs mit der konzedierten Rolle als „Konsultativrat“ zufrieden gab, sondern das Ministerium in seinen Festlegungen zur Militärdoktrin und Militärreform kontrollierte, monierte, zur Überarbeitung anwies und so schließlich selbst darüber entschied, was der Volkskammer vorgelegt werden sollte. Das ist jedenfalls der Eindruck, den die Sitzungsprotokolle vermitteln und den einige der Akteure am Runden Tisch wohl auch selbst hatten.

Es ist auf den ersten Blick bemerkenswert, in welchem Maße die militärische Führung bereit war, sich überhaupt auf eine Diskussion der Sicherheitskonzeption der DDR und der existentiellen Rahmenbedingungen der Armee einzulassen und sich darüber hinaus auch noch bemüht zeigte, den Forderungen und Vorgaben des Runden Tisches nachzukommen. Den nicht weiter legitimierten und vermeintlich inkompetenten Teilnehmern des Runden Tisches wurden Informationen zur Struktur und Stärke, zur Ausrüstung und zur geplanten Entwicklung der Streit-

⁸²²

Vgl. die Verlaufs- und Beschlußprotokolle des Runden Tisches Militärreform, in: BA/MZAP VA 01/37605; die in Anlage 36 beigefügten Beschlußprotokolle sind entnommen aus: MfNV (Hrsg.), CHRONIK der Beratungen des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung der deutschen Demokratischen Republik in der Zeit vom 18. 12. 1989 – 20. 03. 1990 (in Kopie im Besitz des Verf.)

kräfte gegeben, die zu dem Zeitpunkt selbst den meisten Offizieren in der NVA nicht bekannt waren. Die militärische Führungsspitze persönlich hielt Vortrag. Der Minister, der Chef des Hauptstabes, der Vorsitzende der Militärreform-Kommission, der Chef Technik und Bewaffnung und verschiedene andere Generale informierten aus erster Hand über die aus Sicht des Ministeriums zentralen Fragen der Militärpolitik und Militärreform. Nachdem zuvor alles Militärische „geheim“ war, schien plötzlich in grenzenloser Offenheit über prinzipiell alles diskutiert werden zu können, bis hin zur Frage der völligen Abschaffung der NVA.

Er habe sich bei seinem Anliegen, so Hoffmann, das Gespräch mit den Vertretern der Parteien und politischen Bewegungen zu suchen, von der Regierungserklärung Ministerpräsident Modrows leiten lassen, in der es geheißen habe, die Außen- und Sicherheitspolitik bedürfe der demokratischen Diskussion, denn die Landesverteidigung werde von der Regierung als Sache des ganzen Volkes betrachtet. Von daher komme dem konstruktiven Meinungs-austausch über die Militärdoktrin der DDR besondere Bedeutung zu, denn sie beinhalte die grundlegenden Leitsätze zur Verhinderung eines Krieges, zur Gewährleistung der militärischen Friedenssicherung und zu dem sich daraus ergebenden Auftrag der nationalen Volksarmee.

Damit war bereits das Thema der ersten Sitzung (18.12.1989) vorgegeben. Nach einigen einleitenden Ausführungen des Ministers zu den sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und ihren militärpolitischen Auswirkungen auf die NVA stand der Entwurf einer „Militärdoktrin“ der DDR zur Diskussion, „ausgearbeitet von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Experten des Ministeriums für Nationale Verteidigung, des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, des Instituts für internationale Beziehungen und des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR“.⁸²³

Was nur Insider wissen konnten: die „gemeinsame Arbeitsgruppe“ hatte bei der Erarbeitung des Dokumentes wenig Gemeinsamkeit gezeigt. Die Vorentwürfe des MfNV bzw. NVA-Hauptstabes auf der einen Seite und der mehrheitlich „Perestroikisten“ auf der anderen spiegelten die jeweilige Position und waren keineswegs kompatibel. Während es den mit der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion im Westen vertrauten Experten vom IPW oder vom Institut für internationale Beziehungen in erster Linie auf die politische „Friedens“- und Abrüstungs-Programmatik ankam, betonten die Militärs mit Blick auf die Wiener Verhandlungen die Notwendigkeit des Gleichgewichts der Kräfte für die Gewährleistung von Stabilität und militärischer Sicherheit. Umstritten blieb vor allem der Passus, ob im Falle einer Aggression dem Gegner eine „vernichtende Abfuhr“ zu erteilen sei. Eine Formulierungsfrage sollte man glauben⁸²⁴, tatsächlich aber Ausdruck der unterschiedlichen Auffassungen darüber, bis zu welchem Maße das

⁸²³ Siehe MfNV (Hrsg.), CHRONIK der Beratungen des Runden Tisches ..., a. a. O., T-47 bis T-52

⁸²⁴ Laut Prof. Müller, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg, lag angeblich eine nicht korrekte Übersetzung aus dem russischen Originaltext vor – eine nicht sehr überzeugende Begründung, denn dann hätte man bei der Erarbeitung der "Militärdoktrin der DDR" nicht zwei Jahre darüber streiten müssen.

„Neue Denken“ in der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik auch die militärstrategischen Planungen bestimmen dürfe oder müsse. Denn die sprachliche Wendung „vernichtende Abfuhr“, ein Topos aus früheren Zeiten, stand unausgesprochen für die Politik militärischer Stärke, eben den Gegner im Falle einer militärischen Aggression auf dessen eigenem Territorium vernichtend zu schlagen. Daß man im Hauptstab meinte, trotz der strategischen Defensiv-Ausrichtung als dem Leitprinzip der neuen Doktrin unbedingt an der „vernichtenden Abfuhr“ als angeblich wortgetreuer Übersetzung des Originaltextes der Ostberliner Erklärung festhalten zu müssen, sprach für sich. Unter dem Zwang, dennoch zu einer einvernehmlichen Lösung kommen zu müssen⁸²⁵, brauchte man fast zwei Jahre, um das nur 6-seitige Papier zu erstellen.

Den Teilnehmern des Runden Tisches war nicht einmal eine Woche Zeit gelassen worden, sich mit der komplexen Problematik zu befassen und dazu Stellung zu nehmen. Der den veränderten politischen Verhältnissen entsprechend modifizierte Entwurf galt nunmehr lediglich als Diskussionsangebot. Die Vorschläge der Anwesenden würden Berücksichtigung finden und der Entwurf sollte noch einmal überarbeitet werden, bevor er der Volkskammer zugestellt werde.

Vom Zweck der Einladung her ging es der militärischen Seite allerdings wohl weniger um diesen Erkenntnisgewinn als darum, den "Entwurf der Militärdoktrin der DDR" so schnell wie möglich durch den Ministerrat bestätigt zu erhalten, um ihn als offizielle Arbeitsgrundlage beim Wiener "Doktrinen-Seminar" vom 16. 1. bis 5. 2. 1990 benutzen zu können. Darüber hinaus bot der Runde Tisch der militärischen Führung die Möglichkeit, sich als offen, mit der demokratischen Erneuerung Schritt haltend darzustellen und den Kontakt mit den Parteien, Organisationen und neuen Bewegungen zu suchen. Das Ziel, „einen Konsens mit den verschiedenen politischen Kräften herzustellen“, mochte bei der gegenüber der NVA mißtrauisch distanzierten, inzwischen häufig auch feindseligen Stimmung in der Bevölkerung zwar nicht gleich zu verwirklichen sein, immerhin war dieses erste „Rundtischgespräch“ aber ein Anfang. Der Minister und in seiner Begleitung der Beauftragte für die Militärreform, Generalleutnant Süß, bekamen ausreichend Gelegenheit, die in der NVA eingeleiteten Veränderungen und die Öffnung der Streitkräfte zur Gesellschaft hin ins rechte Licht zu rücken. Selbst der Vertreter des Neuen Forums zeigte sich von Hoffmanns „progressiven Gedanken“ beeindruckt.

Umgekehrt ließ sich allerdings auch die Handvoll militärischer Laien aus dem Spektrum Grüne Partei, Neues Forum, Initiative für Frieden und Menschenrechte „kein X für ein U vormachen“. Als auf die Frage, was denn mit den im Entwurf angeführten „spezifischen Sicherheitsinteressen der DDR“ gemeint sei, die Militärs mit dem Hinweis auf die Spezifik der politisch-geographischen Lage der DDR und der Staatsgrenze als Systemgrenze nur ausweichend antworteten, brachte der „Grüne“ Dr. Heine die Frage schnell auf den Punkt: Die Vorverteidigung in der DDR entspräche zwar dem sowjetischen Sicherheitsinteresse

⁸²⁵

Die Ostberliner Erklärung der WVO-Staaten vom Mai 1987 war gemäß dem Auftrag der Vereinten Streitkräfte in eine eigenständige DDR-Militärdoktrin umzusetzen

und dem anderer Bündnispartner, er frage sich aber, was das seinem Land, der DDR, nütze. Aus anderer Richtung wurde ergänzt, der sowjetische Verteidigungsminister Jasow habe verlauten lassen, daß es fraglich sei, ob die DDR nach 20 Tagen Verteidigung überhaupt noch zu finden sei.

Selbst aus dem Lager der Blockparteien kam unerwartete Schützenhilfe. Der Vertreter der CDU, Godau, forderte, die DDR bis zum Jahr 2000 zu entmilitarisieren. Bis dahin sollten an der Westgrenze der DDR entmilitarisierte Zonen geschaffen und die DDR aus ihren militärischen Pflichten im Warschauer Vertrag entlassen werden. Das Land sei nicht zu verteidigen, sondern lediglich Kriegsschauplatz, und deshalb halte er die Mittel, die für die „Verteidigung“ ausgegeben würden, in der Wirtschaft für besser angelegt. Dem NDPD-Vertreter, selbst seit Jahren Mitglied im Verteidigungsausschuß der Volkskammer, fiel plötzlich auf, daß es einen Wehrbeauftragten geben müsse. Und ein Herr Kummer von „Demokratie Jetzt“ gab schließlich zu bedenken, die NVA habe nicht nur, wie es im Entwurf heiße, „das friedliche Leben ihrer Bürger gegen bewaffnete Angriffe von außen zu schützen“, sondern „alle Bürger auf dem Territorium der DDR“, das sei der DDR als Reiseland geschuldet.

Nach solchem Schnelldurchgang in Sachen Militärdoktrin vertagte man sich auf einen Monat später zum Thema „Militärreform“. Bis dahin war mit ersten positiven Ergebnissen der Reform zu rechnen und zu hoffen gewesen, daß sich die politische Lage entspannt haben würde.

Als die Runde am 17. 1. 1990 wieder zusammen trat, hatte sich allerdings das politische und auch das militärische Koordinatensystem gründlich verschoben. Es fragte sich, welchen Sinn es machte, über eine Armee reform zu diskutieren, wenn diese Armee für sich selbst keine Zukunft mehr sah. Sie hatte weder einen sinnvollen Auftrag noch eine konkrete Perspektive, ihr fehlte ein Viertel des Personalbestands, die Gefechts- und Mobilmachungsbereitschaft war nur noch eingeschränkt gegeben, die Truppe meuterte und die Offiziere sahen sich vom Staat und der militärischen Führung im Stich gelassen – daß diese Armee dem Zusammenbruch näher war als einer Reorganisation, war kaum zu bestreiten.

Man hätte erwarten können, daß deshalb insbesondere bei den oppositionellen Gruppierungen ein kritisch reges Interesse an der Erörterung des zur Diskussion gestellten Themas, der Militärreform in den Streitkräften, bestanden hätte. Dem war aber nicht so. Die Ausführungen von Generalleutnant Süß, dem Leiter der „Expertengruppe Militärreform“, wurden aber eher beiläufig zur Kenntnis genommen. Man äußerte sich zum einen oder anderen Problem bei der Durchsetzung der Reform, der fehlenden Information in der Truppe oder der schleppenden Umsetzung der neuen Bestimmungen, und monierte, es fehle eine schriftlich ausgearbeitete Konzeption. Bis ein solches Papier nicht vorliege, so das „Neue Forum“, könne man auch nicht Stellung nehmen. Außerdem sei es sinnvoll, zunächst über das geltende nationale Sicherheitskonzept zu sprechen, aus dem sich die nationale Militärdoktrin ableite, die dann wiederum die notwendigen Reformmaßnahmen bestimme.

Damit war man wieder beim Grundsätzlichen, dem nationalen Sicherheitskonzept, ein Schlenker, der von Seiten der Militärs nicht vorgesehen war. So äußerte denn der für die Veranstaltung an der Militärpolitischen Hochschule zuständige Offizier auch recht indigniert, den Teilnehmern dieses Runden Tisches stehe es nicht zu, an Stelle des erst noch zu berufenen „Konsultativrates“ Dokumente in der Form zu beraten, daß sie dann als Entscheidungsvorlagen für die Regierung und die Volkskammer anzusehen seien. Von Seiten des Ministeriums sei auch nicht beabsichtigt, in diesem Kreise nach der Bildung des "Konsultativrates" noch weitere Treffen durchzuführen.

Es sprach für das Selbstbewußtsein der Gesprächsrunde, sich auf das Diktum der Militärs erst gar nicht einzulassen. Man beschloß, sich eine Woche später in der gleichen Besetzung als „Konsultativrat“ wieder einzufinden, das sei nur eine andere Bezeichnung für den Runden Tisch. Bis dahin seien von den Militärs die Konzeption der „Militärreform“ und das Dokument zur Militärdoktrin der DDR vorzulegen, das vom Chef des Hauptstabes auf dem Doktrinenseminar des Wiener KSZE-Treffens vorgestellt worden sei. Es gehe nicht an und gebe zu Zweifeln Anlaß, daß von militärischer Seite wirklich ein Interesse an der Mitarbeit des Runden Tisches bestehe, so das Neue Forum schon zu Beginn der Sitzung, wenn die DDR-Delegation in Wien offensichtlich Papiere verwende, die dem Runden Tisch nicht vorgelegen hätten.

Dem auf Seiten der Militärs Verantwortlichen, Generalleutnant Süß, blieb nur übrig, sich für den Vorfall zu entschuldigen, und sich im übrigen als mit allem einverstanden zu erklären. Was als „Konsultativrat“ geplant war, blieb Runder Tisch, nächster Tagungstermin war der 22.1.1990.

Worauf man sich im Ministerium zuvor nicht einlassen wollte, war nun gewünscht: Der Runde Tisch Militärreform solle sich als Konsultationspartnerschaft aller Beteiligten zu Fragen der Militärpolitik und der Nationalen Volksarmee verstehen. In diesem Sinne stellte sich ihm als wichtigste Aufgabe die „Beratung von Entscheidungsvorlagen im Rahmen der Militärreform zu Fragen der Landesverteidigung und der NVA für die Regierung der DDR und die Volkskammer.“⁸²⁶

Der Bedeutung des Gremiums angemessen nahm der Minister an den Sitzungen teil. Militärische und andere Experten konnten jederzeit zugezogen werden, die Medien waren eingeladen, ein Pressesprecher sollte jeweils aus dem Kreis der Teilnehmer selbst bestimmt werden. Im übrigen stand dem Runden Tisch ein Arbeitssekretariat zur Verfügung und das MfNV verpflichtete sich dazu, für die rechtzeitige Ausarbeitung der Materialien zu sorgen.

Nachdem diese und andere Punkte zur Geschäftsordnung diskutiert und festgelegt worden waren⁸²⁷, nahm Admiral Hoffmann Stellung zur aktuellen Lage in der

⁸²⁶ Material des MfNV "Vorschläge zum Anliegen sowie zur Arbeitsweise des 'Runden Tisches' am 22. Januar 1990 beim Minister für Nationale Verteidigung", 2 Seiten, Seite 1, BA/MZAP VA-01/37605, Bl.6

⁸²⁷ Es ging um den Turnus der Treffen, die Teilnahmberechtigung, den Abstimmungsmodus und die Leitung der Sitzungen

NVA. Die Situation sei sehr widersprüchlich, es habe in vielen Standorten Demonstrationen und auch Streiks gegeben, andererseits würde aber auch große Einsatzbereitschaft gezeigt und die Ausbildung mit guten Ergebnissen durchgeführt. Der "politisch-moralische Zustand" sei stabil, es gebe jedoch, unterschiedlich zwischen den Teilstreitkräften, auch Probleme, vor allem bei den Landstreitkräften. Die Militärreform werde die Armee grundlegend verändern. Sie habe bei allen Armeeangehörigen große Erwartungen geweckt, die allerdings nicht so schnell wie gewünscht erfüllt werden könnten. Es müsse deshalb darum gehen, die erarbeitete Konzeption so zügig wie möglich zu realisieren.

Hoffmann ging dann noch näher auf die Ursachen der Probleme ein, vor allem auf den untragbaren Zustand des massenhaften Einsatzes von Armeeangehörigen in der Volkswirtschaft, der auch mit ursächlich gewesen sei für die Demonstrationen und Arbeitsverweigerungen während der letzten Wochen. Wogegen er sich verwahren müsse, sei eine Veröffentlichung der „Bildzeitung“, Elitetruppen der Staatssicherheit und Teile der NVA würden sich auf einen Putsch und die Machtübernahme in der DDR vorbereiten. Daran sei nicht ein Wort wahr. Die NVA stehe zur Erneuerung, es komme darauf an, daß die demokratische Revolution in der DDR friedlich verlaufe. Die Armee respektiere auch den Willen der Bürger der DDR nach nationaler Annäherung und Einigung, dieser Prozeß müsse sich unter Berücksichtigung der Bündnispflichten schrittweise und mit Augenmaß vollziehen. Hoffmann selbst legt in seinen Aufzeichnungen Wert darauf, er habe zum Schluß seiner Erklärung gesagt: „Die Angehörigen der NVA werden sich niemals und von niemanden gegen das eigene Volk, zu dem sie gehören und dem sie dienen, mißbrauchen lassen. Sie fühlen sich auch einer frei gewählten neuen obersten Volksvertretung, ihrer Regierung und Politik verpflichtet und werden sie mittragen. Wer die Streitkräfte verleumdet, verunsichert oder destabilisiert, gleich ob innerhalb oder außerhalb unseres Landes oder der NVA, gefährdet die demokratische Umgestaltung!“⁸²⁸

In der anschließenden Diskussion zur Lage in der Armee beschäftigte die "Zivilisten" unter den Anwesenden in erster Linie die Frage, inwieweit die "alten" Strukturen möglicherweise noch wirksam sein könnten: wo die Leute aus der aufgelösten "Verwaltung 2000" geblieben seien, welche Art von Zusammenarbeit es zwischen der Staatssicherheit und der NVA gegeben habe, ob die SED noch Einfluß auf die Armee habe – Fragen, die bei aller Skepsis schon in der Art der Fragestellung fehlendes Insiderwissen verrieten. Sie wurden von Hoffmann und den mit anwesenden Generälen Grätz und Süß korrekt beantwortet, ohne daß sie dabei allzu sehr auf Details hätten eingehen müssen, etwa die "Umpolung" ehemaliger Polit- und auch MfS-Sicherheitsoffiziere in andere Funktionen.

Der NDPD-Delegierte Gebhardt, sicherlich eher Anwalt der Soldaten als Kritiker der Armee, interessierte sich mehr dafür, ob in der Verwaltung Staatspolitische Bildung im MfNV auch "andere" Parteien vertreten seien und wie deren Mitarbeiter in Zivil oder Uniform das Offizierkorps "ergänzen" könnten. Das rief

⁸²⁸

T. Hoffmann, a. a. O., S. 127 - im Protokoll des Runden Tisches ist das Statement nicht vermerkt.

wiederum den Vertreter der evangelischen Kirche auf den Plan, der die staatsbürgerliche Erziehung nicht als eine parteipolitische Veranstaltung verstanden wissen wollte. Daß dieses Terrain nicht mehr die Domäne der "einen" Partei sein sollte und auch nicht mehr "Verwaltung Staatspolitische Bildung im MfNV", sondern "Verwaltung Staatsbürgerliche Arbeit in der NVA" hieß, war Gebhardt offensichtlich ganz entgangen. Vielleicht deshalb, weil ehemalige Politoffiziere so wie zuvor für Marxismus-Leninismus nun wie selbstverständlich für die "Staatsbürgerliche Arbeit in der NVA" zuständig sein sollten. Inzwischen vom Diplom-Gesellschaftswissenschaftler zum Diplom-Politikwissenschaftler mutiert, waren sie nun als Dozenten für "Staatsbürgerliche Bildung" vorgesehen.

Den Sprechern der Soldatenräte und der zwei Soldaten-Gewerkschaften⁸²⁹ lag verständlicherweise die soziale Sicherheit ihrer Klientel besonders am Herzen. Die Berufskader würden ein Wort vom Ministerrat, von der Volkskammer und nach den Wahlen auch von den Parteien erwarten. Der Runde Tisch solle sich zu ihrem Problem erklären, das würde für sie schon ein Stück Sicherheit bedeuten. Die Antwort von Generalleutnant Grätz konnte den Betroffenen die Sorge vermutlich nicht nehmen: im Zuge der weiteren Reduzierung der NVA werde es in der Tat zu vorzeitigen Entlassungen von Berufskadern kommen. Man versuche im Ministerium Wege für ihre Eingliederung ins Zivilleben zu finden.

Nachdem die Diskussion geschlossen war, ging das Wort an General Grätz, der den vom Runden Tisch angeforderten Bericht zum Wiener Seminar über die Militärdoktrinen geben sollte. Grätz informierte über seinen Vortrag in Wien, dessen Grundlage, den Entwurf zur Militärdoktrin der DDR, der Ministerrat am 14.1.1990 bestätigt habe. Er habe in Wien darauf hingewiesen, daß diese militärdoktrinären Auffassungen als Entwurf zu betrachten wären, in den die Ergebnisse des Wiener Seminars und weiterer Beratungen mit allen gesellschaftlichen Kräften in der DDR einfließen würden, bevor er der Volkskammer zur Beschlußfassung zugeleitet werde. Nach seinem Eindruck, so Grätz, gebe es zu den Abrüstungsverhandlungen beider Seiten wenig Vertrauen. Die NATO bezweifle die 1989 von den WV-Staaten veröffentlichten Zahlen zum Streitkräfte-Vergleich und sehe sich nach wie vor durch die konventionelle Überlegenheit der WVO-Staaten, vor allem durch die Sowjetunion, bedroht. Er habe allerdings als Vertreter der DDR seine Aufgabe auch darin gesehen, die Besorgnis des Volkes der DDR zum Ausdruck zu bringen hinsichtlich der bislang nur einseitig realisierten Abrüstungsschritte.

Man habe sich im übrigen als Delegation der DDR großer Aufmerksamkeit erfreut und die Gelegenheit genutzt, "die weitere Entwicklung der DDR als souveräner Staat zu vertreten. Ich darf hier sagen", so Grätz gemäß dem Protokoll, "daß ich keine europäischen Vertreter angetroffen habe, die an einer Vereinigung beider deutscher Staaten außerhalb des europäischen Annäherungsprozesses interessiert wären. Aus den Stimmen vieler europäischer Staaten spricht eine gewisse Angst vor einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten in überstürzter

⁸²⁹ Es hatten sich am 20. 1. 1990 der "Verband der Berufssoldaten der DDR" und am 23.1. die "Gewerkschaft der Armeeeingehörigen" gegründet.

Weise. Wir haben mit Herrn Wellershoff, Generalinspekteur der Bundeswehr, Vorstellungen ausgetauscht über die militärische Ausgestaltung einer Vertragsgemeinschaft DDR/BRD – daß wir bei der Ausgestaltung von Beziehungen von zwei souveränen deutschen Staaten ausgehen müssen."

Letzteres griff der Vertreter der CDU, Godau, auf: Die Frage des gegenseitigen Versicherns des "Prinzips der Eigenstaatlichkeit" sollte unterbunden werden, das sei am Runden Tisch Militärreform keine Frage.

Zur Frage, ob sich die Ängste vor einem zu starken Deutschland nicht am besten abbauen ließen durch ein entmilitarisiertes Deutschland, meinte Grätz, Entmilitarisierung sei kein Thema gewesen, in Wien wäre es um Abrüstungsverhandlungen auf konventionellem Gebiet gegangen.

Die Diskussion zu Grätz' Ausführungen verhakte sich schon bald in der Frage, worauf das Bedrohungsgefühl auf beiden Seiten jeweils konkret zurückzuführen sei und wie es sich am besten zerstreuen ließe. Wenn man damit in der Erörterung der Abrüstungsproblematik aus Sicht der Militärs auch sozusagen auf "Klipp-schulniveau" angekommen war, versuchte Grätz doch in groben Linien die Kritik des Westens an den WV-Staaten und umgekehrt aufzuzeigen. Das reichte jedoch nicht. Bevor man sich auf den nächsten Runden Tisch zwei Wochen später vertagte, mußte Grätz zusagen, den Entwurf der Militärdoktrin nach der Überarbeitung und bevor er der Volkskammer zur Beschlußfassung übergeben würde, dem Runden Tisch zur abschließenden Beratung vorzulegen. Dabei müsse die Militärdoktrin in dem umfassenderen Rahmen der Sicherheitskonzeption der DDR gesehen werden. Die Standpunkte der Teilnehmer am Runden Tisch sollten schriftlich formuliert und vorab allen Anwesenden zugänglich gemacht werden, um dann präziser diskutiert werden zu können.

Auf der Tagesordnung für den 6. 2. 1990 stand denn auch nur "Die Militärdoktrin der DDR unter der Berücksichtigung der sicherheitspolitischen Diskussion". Vorschläge dazu waren nur von der FDP, den "Nelken", der FDJ und der LDPD eingegangen. Die Bearbeitung hatte der schon erwähnte, als "Reformer" bekannte Kapitän z. S. Professor Scheler von der Militärakademie Dresden übernommen. Mitgearbeitet hätten "viele Wissenschaftler", so Scheler, vermutlich auch manche der SES-Mitglieder.

Abgesehen davon, daß die Bezeichnung "Militärdoktrin" mißfiel und deshalb einstimmig abgeändert wurde auf "Militärpolitische Leitsätze der DDR", erfolgten nur wenige, inhaltlich nicht ins Gewicht fallende Änderungen. Wenn die Leitsätze von der Volkskammer verabschiedet worden wären, hätte der zuletzt eingebrachte Änderungsvorschlag der "Gewerkschaft der Armeeangehörigen" noch am meisten Auswirkungen gehabt, so unverdächtig er sich angesichts der zuvor behandelten "großen Politik" auch ausnahm. Es hatte dort geheißen: "Die soziale und Rechtssicherheit der Armeeangehörigen und Zivilbeschäftigten wird während der aktiven Dienstzeit bzw. des Arbeitsrechtsverhältnisses sowie bei der notwendigen Entlassung im Rahmen der Abrüstung, Reduzierung und Umstrukturierung auf

der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen gewährleistet."⁸³⁰ Mit der Zusage hätten sich die NVA-Angehörigen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen in einer komfortablen Position befunden.

Die "Militärpolitischen Leitsätze der DDR"⁸³¹ sollten wegen des inzwischen auf den 18.3.1990 vorverlegten Wahltermins nicht mehr, wie ursprünglich beabsichtigt, der noch amtierenden Volkskammer zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Man werde sie dem neugewählten Parlament an die Hand geben zur Einarbeitung in die noch zu beschließende neue Verfassung, außerdem würden sie, so Admiral Hoffmann, von der NVA als Grundsatzdokumente für die Fortführung der Militärreform betrachtet.

Im Mittelpunkt des 5. Runden Tisches am 27. 2. 1990 standen die Information des Chefs der Verwaltung Staatsbürgerliche Arbeit in der NVA, Generalmajor Anders, zu Aufgaben, Zielen und Methoden der "Staatsbürgerlichen Bildung" und ein Vortrag von Generalmajor Deim, Mitglied der DDR-Delegation in Wien, zu "Vorstellungen über Sicherheitsbedingungen für das Zusammenwachsen der deutschen Staaten".

Anders betonte in seiner Information über den Inhalt und die Organisation der staatsbürgerlichen Arbeit, "daß unsere Armeeangehörigen jetzt zur Verfassungstreue erzogen werden". Das Ziel sei nicht wie bisher, "den Armeeangehörigen zu bilden mit dem Ziel, seine Leistungen notenmäßig zu bewerten, sondern ihn als mündigen Staatsbürger zu sehen, der Bildung/Ausbildung bereits genossen hat. Unser Ziel, Motivation herauszuarbeiten zum Sinn des Soldatenseins unter den gegenwärtigen Bedingungen."⁸³² Wenn die in der Kürze der Zeit wohl noch nicht ausgereiften Vorstellungen auch nicht ganz überzeugen konnten, sie fanden bei den Anwesenden zunächst einmal Zustimmung. Man werde die Frage nach dem Sinn des Soldatenseins am nächsten Runden Tisch eigens behandeln.

Auf Ablehnung stießen dagegen General Deims Ausführungen. Nachdem die Vorstellungen des Ministeriums zu einem "Bundesheer" mit 300000 Mann Friedensstärke in einem zukünftigen deutschen Bundesstaat schon am Vortrag vor dem Zentralen Runden Tisch "durchgefallen" waren⁸³³, lief Deim auch vor dem

⁸³⁰ Nationale Volksarmee, Militärpolitische Hochschule "Wilhelm Pieck", Verlaufsprotokoll vom militärpolitischen Runden Tisch des Ministers für Nationale Verteidigung am 06. 02. 1990, 9 Seiten, Seite 8

⁸³¹ Siehe Anlage 37.

⁸³² Ministerium für Nationale Verteidigung / Arbeitssekretariat des Runden Tisches für die Militärreform, o.U. d. 27. 02. 1990, Verlaufsprotokoll der Beratung des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung am 27. 02. 1990, 12 Seiten, S. 4

⁸³³ Am 26. 2. befaßte sich der Zentrale Runde Tisch in seiner 14. Sitzung mit der Militärpolitik und Militärreform der DDR. Dabei gingen die Positionen des Zentralen Runden Tisches in einigen Punkten deutlich über die entsprechenden Auffassungen im MfNV hinaus. Anschließend informierte Verteidigungsminister Admiral Hoffmann über den Stand der Militärreform und legte seine Gedanken zu den Problemen der Streitkräfte dar.

Hoffmanns Ausführungen waren keineswegs deckungsgleich mit den Positionen des Runden Tisches, sie wurden deshalb auch zum Teil nicht bestätigt. Hoffmann wurde im Ergebnis der Tagung des Runden Tisches am 1. 3. 1990 vom Ministerrat angewiesen, die

Runden Tisch beim MfNV gegen eine Wand aus Unverständnis und Unwillen. Im Protokoll steht: "Typische Meinung war die von der Grünen Partei, daß es angesichts des eben Gehörten, auch im Vergleich zu vorherigen Vorträgen (Grätz), ernsthafte Bedenken gebe, welchen Bezug die Ausführungen zu den militärischen Rahmenbedingungen haben und daß man den Glauben daran, daß in Strausberg 'neues Denken' eingekehrt ist, verlieren kann."⁸³⁴ Von der "Initiative Vereinigte Linke" kam der Antrag, man solle sich die Diskussion zu Deims Ausführungen sparen. Das Neue Forum forderte vom MfNV, "eine qualifizierte

"Konzeptionellen Standpunkte zur Rolle und dem Auftrag deutscher Streitkräfte im Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten" und die "Maßnahmen der beruflichen Vorbereitung und sozialen Sicherstellung ..." überarbeiten zu lassen und dem Ministerrat erneut vorzulegen (vgl. T. Hoffmann, a. a. O., S. 183).

Insbesondere die dem Runden Tisch als "Materialien" des MfNV vorgelegten "Konzeptionellen Standpunkte ...", die im Wesentlichen unter Federführung von Generalmajor Deim entstanden waren, wurden nicht akzeptiert. Hoffmann hatte sie bereits einige Tage zuvor auf einer internationalen Pressekonferenz als Vorstellungen der Regierung im Blick auf das Verteidigungskonzept eines vereinten Deutschlands vorgetragen. Im Mittelpunkt stand Hoffmanns Äußerung, wenn der deutsche Vereinigungsprozeß schneller ablaufe als der europäische, dann müßten die beiden Streitkräfte zwar zunächst noch in ihren Bündnissen bleiben, später sei jedoch ein gemeinsames Bundesheer denkbar, dessen heutige Stärke zunächst auf 300 000 Mann halbiert werden solle und in der Endstärke bei etwa 150 000 – 200 000 Mann liegen sollte (vgl. das zwei Tage vorher im Neuen Deutschland veröffentlichte Interview mit Hoffmann, Anlage 38).

Dagegen stand der Standpunkt des Zentralen Runden Tisches: "10. Teil der Militärreform müssen jetzt auch perspektivische Überlegungen sein, die sich mit dem europäischen und deutschen Einigungsprozeß sowie seinem Einfluß auf die Auflösung militärischer Pakte verbinden. Bei der Regierung der DDR sollte eine Amt für Abrüstung und Konversion mit dem Ziel gebildet werden, weitergehende, auch einseitige schnelle Abrüstungsschritte bis zur vollständigen Entmilitarisierung vorzubereiten und einzuleiten. Der Runde Tisch lehnt jegliche Form von Bundesheer ab."

Hoffmann merkt dazu an, in dem von der NDPD ausgearbeiteten Entwurf habe es ursprünglich geheißen: " Der zukünftige deutsche Staat, der aus der schrittweisen Vereinigung von DDR und BRD hervorgeht, braucht, solange die Abrüstung in Europa nicht vollendet ist, eine neue deutsche Nationalarmee, die sich in die europäischen Sicherheitsstrukturen einbringt, ihnen verpflichtet ist und sich an der weiteren weltweiten Abrüstung beteiligt." (T. Hoffmann, a.a.O., S. 167). Diese Formulierung sei jedoch von der Mehrheit des Runden Tisches abgelehnt worden. Vor allem die PDS, der FDGB und die Grüne Partei hätten versucht, die Entmilitarisierung als Handlungsmaxime durchzusetzen.

Hoffmann wurde insbesondere angekreidet, daß er mit seinem Vorschlag eines gemeinsamen Bundesheers an die Öffentlichkeit gegangen sei, ohne vorher den Runden Tisch Militärreform zu konsultieren. Umso erstaunlicher ist es, daß General Deim einen Tag später die gleichen Vorstellungen noch einmal vor dem Runden Tisch Militärreform zu Gehör bringt. Im Gespräch mit dem Verf. darauf angesprochen, erklärte er, ihm sei die Reaktion des Runden Tisches unverständlich, denn er habe auf der Sitzung der Regierungskommission "Militärreform der DDR" am 20. 2. seine Überlegungen dargelegt, ohne daß ihm das Kritik eingebracht hätte.

834

Verlaufsprotokoll der Beratung des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung am 27. 02. 1990, a.a.O., S. 9

Vorbereitung zu diesem Sachgegenstand zu sichern"⁸³⁵ und ein akzeptables Konzept zur Entwicklung der NVA und ihrer Rolle in einer künftigen Sicherheitspolitik entwickeln zu lassen, das als Diskussionsgrundlage auf einer nachfolgenden Beratung des Runden Tisches dienen könne.⁸³⁶

Anzumerken bleibt, daß die vom MfNV überarbeiteten Materialien zur Militärreform und die "Militärpolitischen Leitsätze" (mit zwei Ergänzungen hinsichtlich einer stärkeren Berücksichtigung des Wissenschaftssektors in der sicherheitspolitischen Forschung) vom Runden Tisch bestätigt wurden. Außerdem wurde beschlossen, eine Konzeption für einen "Konsultativrat" für Militärpolitik und Militärreform beim MfNV auszuarbeiten, der dann der künftigen Regierung zur Fortführung der Arbeit des Runden Tisches empfohlen werden solle.

Der 6. Runde Tisch am 9. 3. 1990 knüpfte an diesem Vorschlag an und verabschiedete eine solche Konzeption als Empfehlung an den künftigen Minister. Im Beschlußprotokoll heißt es: "Die Teilnehmer des Runden Tisches bestätigten ausdrücklich den Nutzen ihrer Tätigkeit als eine in der Praxis bewährte Form demokratischer Mitarbeit."⁸³⁷ Als ein weiterer Punkt wurde der von einer Kommission des Runden Tisches erarbeitete Vorschlag für eine neue Verfassung bestätigt und der zentralen Kommission der Volkskammer zugeleitet.⁸³⁸

Den größten Raum nahm die Beratung der überarbeiteten Entwürfe des MfNV zum Wehrdienst- bzw. Dienstpflichtgesetz ein. Die Gesetzesentwürfe waren in der Truppenzeitung "Militärreform" veröffentlicht worden. Da die Bestimmungen das Leben der Soldaten unmittelbar berührten, beispielweise bei den Wehr-pflichtigen die zeitliche Dauer von Wehr- und Zivildienst oder die Arbeitsplatz-sicherheit im Betrieb, bei den Zeit- und Berufssoldaten Fragen der sozialen und der Rechtssicherheit oder allgemein die Regelung zur politischen Betätigung von Soldaten, die Neufassung des Fahneneides etc., war das Echo offensichtlich erstaunlich groß. Die zahlreichen Veränderungs- und Ergänzungswünsche seien in der vorliegenden Fassung bereits berücksichtigt worden, ebenso die eingereichten

⁸³⁵ Ebda., S. 10

⁸³⁶ Ministerium für Nationale Verteidigung/Arbeitssekretariat des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung, Beschlußprotokoll der Beratung des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung am 27. 02. 1990, 4 Seiten, S. 2

⁸³⁷ Ministerium für Nationale Verteidigung/Arbeitssekretariat des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung, Beschlußprotokoll der Beratung des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung am 09. 03. 1990, 3 Seiten, S. 1

⁸³⁸ Zum Text "Im Rahmen der in Europa noch bestehenden militärischen Sicherheitsstrukturen unterhält die Deutsche Demokratische Republik die Nationale Volksarmee. Der Auftrag der Nationalen Volksarmee besteht ausschließlich darin, einen Beitrag zur Bewahrung der äußeren Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten, und schließt den militärischen Einsatz nach innen aus. Struktur und Auffüllung werden durch entsprechende Gesetze geregelt. Totalverweigerung darf nicht kriminalisiert werden. Die Kontrolle des Verfassungsauftrags übt die Volkskammer über den parlamentarischen Ausschuß aus. Zur Sicherung der demokratischen Rechte der Staatsbürger in Uniform beruft die Volkskammer einen Wehrbeauftragten." (Zit. nach T. Hoffmann, a. a. O., S. 171, auch bei T. Hoffmann als Zitat).

Vorschläge der am Runden Tisch vertretenen Parteien und Organisationen⁸³⁹, so der referierende Offizier des Ministeriums. Die Stellungnahmen des Runden Tisches würden noch eingearbeitet werden, bevor die Entwürfe dann am 14. 3. dem Ministerrat zur Weiterleitung an die noch zu wählende Volkskammer übergeben würden.

Den beiden Gesetzesentwürfen wurde am Runden Tisch mit geringfügigen Änderungen zugestimmt, wobei in der Zustimmung ausdrücklich auch ein Votum für die Wehrpflichtarmee liegen sollte. Über die Möglichkeit einer Berufsarmee, für die die beiden Gesetzesvorlagen nicht gedacht waren, müsse gegebenenfalls später diskutiert werden.

Nach einer allgemeinen "Fragestunde", bei der u.a. der Fall des Kapitän zur See Fischer angesprochen wurde, vertagte man sich auf den 20. März 1990 – dem, wie sich herausstellen sollte, letzten Runden Tisch zur Militärreform.

An diesem 7. Runden Tisch zwei Tage nach der Volkskammer-Wahl sollten Probleme der Abrüstung und Konversion diskutiert werden, dabei auch die der Überleitung von Berufssoldaten und Zivilbeschäftigten der NVA in zivile Berufsverhältnisse.

Die Referate von Generaloberst Goldbach, Chef Technik und Bewaffnung, und Prof. Dr. W. Hänsel⁸⁴⁰, dem Leiter einer eigens zu diesem Zweck zusammengestellten Expertengruppe, machten schnell deutlich, daß es bei der Abrüstung und Konversion der Militärtechnik und Ausrüstung nicht nur um technische Probleme ging. Man müsse die Konversion auch finanzieren können. Obwohl in der DDR nur ca. 1% der industriellen Warenproduktion für den militärischen Sektor bestimmt seien, wären von der Konversion in diesem Bereich mehr als 100 Betriebe mit über 100000 meist hochqualifizierten Beschäftigten direkt betroffen. Eine umfassende Rüstungskonversion in der DDR hätte auf die im Rüstungsbereich tätigen Unternehmen durch die dort ausgelösten Konversionsprozesse enorme Auswirkungen. Durch die Stornierung von Aufträgen seien schon jetzt volkswirtschaftliche Verluste in Milliardenhöhe entstanden, weil Forschung, Entwicklung und Fertigung stillstehen würden. Würde es um die vollständige Auflösung der NVA gehen, so habe man es allein bei Großgerät mit über 80000 Radfahrzeugen, 7000 gepanzerten Gefechtsfahrzeugen, 2600 Panzern, Tausenden von Geschützen, Hunderten von Flugzeugen und Dutzenden von Schiffen zu tun. Dazu kämen Hunderttausende von Handfeuerwaffen, 350 000 Tonnen Munition aller Kaliber und Berge von Bekleidung, Ausrüstung und Verbrauchsmaterial. Die

⁸³⁹ Zugearbeitet hatten laut Protokoll NDPD, DBD, Runder Tisch der Jugend, Unabhängige Initiativgruppe Friedens- und Konfliktforschung, Verband der Berufssoldaten, Sektion Leipzig des Verbandes der Berufssoldaten, Parteivorstand der PDS, Bund Freier Demokraten/LDP, Wissenschaftlicher Rat für Friedensforschung an der AdW, Gewerkschaftsorganisation der Armeeingehörigen, die Nelken

⁸⁴⁰ Vgl. W. Hänsel, Zur Rüstungskonversion in der DDR, in : Berghof-Stiftung für Konfliktforschung, Materialien und Dokumente zur Friedens- und Konfliktforschung, Nr. 5, Berlin 1990.

Verschrottung oder Umrüstung (für zivile Zwecke) würde sich über mehr als ein Jahrzehnt erstrecken und Tausende von Arbeitskräften erfordern.

Nach dieser Einführung war man sich am Runden Tisch einig, daß sich die neue Regierung mit Vorrang der Aufgabe der Rüstungskonversion stellen mußte. Dies sei nicht allein Sache der NVA, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, das ja auch nicht nur die Streitkräfte betreffe, sondern in seinen Konsequenzen für die Betriebe und die Beschäftigten ebenfalls noch gar nicht absehbare regionale Auswirkungen habe. Konkrete, wissenschaftlich erarbeitete Vorschläge zur technisch-materiellen Konversion lägen bereits vor, nun müsse die neue Regierung entscheiden. Notwendig sei vor allem ein Konversionsgesetz und ein Amt für Abrüstung und Konversion.⁸⁴¹

⁸⁴¹

Bereits am 16. 3. 1990 wurde vom Ministerrat die Bildung eines Amtes für Abrüstung und Konversion beschlossen. An der Idee eines solchen Amtes hielt nach der Wahl auch die Regierung de Maizière fest, siehe die Vorstellungen DDR-Außenministers Meckels und des Ministers für Abrüstung und Verteidigung, Eppelmann. Im DDR-Wirtschaftsministerium wurde am 1. Juli 1990 ein Amt für Konversion gegründet (das mit dem Vollzug der deutschen Einheit wieder aufgelöst wurde). Minister Eppelmann ließ am 8. Juni an der Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden ein "Institut für Konversion der Streitkräfte" (IKOS) bilden. Das Institut unterstand dem Staatssekretär für Abrüstung im MfAA. Es blieb in der kurzen Zeitspanne bis zum 3. Oktober 1990 in der Anlaufphase stecken und wurde später vom BMVg nicht weitergeführt (vgl. dazu die Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMVg Wimmer in der Bundestagsdebatte vom 30. 10. 1990 zur Frage des Abgeordneten Sielaff nach der Zukunft des IKOS.)

Eppelmanns Anweisung, zum Institutsdirektor des IKOS sei ein ziviler Wissenschaftler zu berufen (siehe die "Grundsatzentscheidung über die Bildung eines Institutes für Konversion der Streitkräfte" v. 5. 6. 1990), wurde offensichtlich nicht so genau genommen: erster und einziger Direktor wurde Dr. Chr. Machon, ehemals selbst Oberstleutnant in der NVA. Machon war zwei Jahre zuvor mit seiner Dissertation, die nicht der damaligen militärpolitischen Linie entsprach, an der "MAFE" in Ungnade gefallen und als "Zivilist" an die Hochschule für Ökonomie versetzt worden. Vgl. zum IKOS die Befehle 33/90 des MfAA v. 28. 8. 1990, 01/90 des Staatssekretärs Marczinek v. 3. 8. 1990 und den Befehl 55/90 des Chefs der Militärakademie "Friedrich Engels" v. 5. 9. 1990, als zusammenfassender Bericht in "trend" 15/90, S 4.

Der Entwurf eines Konversionsgesetzes wurde am 11. Juli 1990 vom Abrüstungs-Staatssekretär im MfA Marczinek dem Verteidigungsausschuß der DDR-Volkskammer zur Beratung vorgelegt. Der verfolgte die Vorlage jedoch nicht weiter, in erster Linie wohl deshalb nicht, weil die Bundesregierung ein solches Gesetz als Bestandteil des Einigungsvertrages ablehnte und über die Staatssekretäre Ablaß und Wiczorek im MfAA ihren Einfluß geltend machen konnte, daß es dazu erst gar nicht kam. Wiczorek meinte in einem Interview, keinerlei Handlungsbedarf in dieser Richtung erkennen zu können und auch keinen Grund dafür zu sehen, warum gerade die DDR auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle übernehmen sollte. Im Gegensatz zu seinem Staatssekretär bestätigte Abrüstungsminister Eppelmann genau das Gegenteil, "extremen Handlungsbedarf": Als die Volkskammer am 13. September 1990 doch noch den Ministerrat beauftragte, ein "Konversionsgesetz" vorzulegen, sprach sich Eppelmann vom Prinzip her dafür aus, nur sei es im Blick auf die kurz bevorstehende Vereinigung für diese Initiative inzwischen zu spät und insofern bleibe das Konversionsgesetz eine "Aufgabe für das vereinte Deutschland".

Damit waren die Versuche aus der NVA gescheitert, an Stelle der sofortigen Auflösung der Armee einen von DDR-Seite initiierten Konversionsprozeß zu setzen, wissenschaft-

Im Konversionsbegriff mit eingeschlossen und damit angesprochen waren die sozialen Folgen der Abrüstungsmaßnahmen, die Probleme der Überleitung von Berufssoldaten und Zivilbeschäftigten der NVA in zivile Berufsverhältnisse. Generalleutnant W. Seifert, der Chef des Amtes für die Berufsvorbereitung⁸⁴², einer am 1. März 1990 neu geschaffenen Abteilung im MfNV, erläuterte den Aufbau seines Amtes und die für die Überleitung in zivilberufliche Tätigkeiten geplanten Maßnahmen. Im Wesentlichen gehe es um drei Hauptrichtungen, in denen man aktiv werden müsse: erstens das Beschaffen von Arbeitsplätzen durch Personal- und Arbeitsstellenvermittlung, zweitens das Schaffen von Arbeitsplätzen, indem die NVA sich an Unternehmungen beteilige und mit der Konversion freiwerdende Grundstücke und materielle Fonds mit einbringe, drittens die Umschulung an zivilen oder militärischen Lehreinrichtungen. Das Problem sei, so Seifert, daß man über künftige Berufsstrukturen nur wenig wisse und die Richtung der Umschulung deshalb sehr allgemein bleibe.

Seifert mußte allerdings noch Ende April bei einer Verbandstagung des VBS zugeben, daß er kein klares Umschulungsprogramm vorlegen könne. Probleme sehe er in der ungenauen Arbeitsmarktanalyse, der unzureichenden Auslotung des NVA-eigenen Hochschulpotentials und in der zögerlichen Haltung der Wirtschaft. Insofern gab es zwar viele hochgreifende Pläne, aber wenig Konkretes.

In der Diskussion der Konversionsproblematik kam zur Sprache, daß für Offiziere, die das 50. Lebensjahr überschritten hätten, bereits eine vorzeitige Verrentung vorgesehen sei. Minister Hoffmann meinte überdies, die Erfahrungen mit der ungarischen Armee hätten gezeigt, daß auch an die soziale Absicherung der Ehefrauen der Berufssoldaten gedacht werden müsse. Im übrigen sei die Aufrüstung durch die ganze Bevölkerung getragen worden, dann könne man auch nicht die Armee allein verantwortlich machen für die Abrüstung, so der Vertreter des Verbands der Berufssoldaten.⁸⁴³

In einem 3. Tagesordnungspunkt referierte der für die staatsbürgerliche Bildungsarbeit in der NVA zuständige Generalmajor Anders noch einmal "Zur Motivation in der Nationalen Volksarmee", ein Vortrag, der wohl lediglich noch zur Kenntnis genommen wurde. Nachdem auch die "Fragestunde" ohne bedeutsame Höhepunkte geblieben war, wurde der 24. April 1990 als nächster Termin für den

lich angeleitet und begleitet durch das "IKOS", der ein "sozial-ökonomisch und ökologisch vertretbares Schrittmaß bei der Umsetzung der Abrüstungsvereinbarungen" (IKOS) hätte verbürgen sollen.

⁸⁴² Die exakte Bezeichnung war "Bevollmächtigter des Ministers für die Berufsvorbereitung und Überleitung von Berufssoldaten und Zivilbeschäftigten der NVA in eine Tätigkeit außerhalb der Streitkräfte". Ihm unterstand das entsprechende Amt im Ministerium, es sollten in den Wehrkommandos jeweils entsprechende Außenabteilungen gebildet werden..

⁸⁴³ Verlaufsprotokoll der Beratung des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung vom 20. 03. 1990, 13 Seiten, S. 9

Runden Tisch vorgeschlagen – ein Vorschlag, dem zwar mehrheitlich zugestimmt wurde, dem aber die neue Regierung de Maizière und ihr Verteidigungsminister Eppelmann nicht folgte.

Uwe Thaysen, der die Arbeit des Zentralen Runden Tisches von Anfang an als Augenzeuge vor Ort verfolgen konnte, stellt in seinem Buch mit dem beziehungsreichen Titel "Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?" hinsichtlich des Wahlausgangs fest, manche Mitglieder aus den Reihen der ehemaligen DDR-Opposition am Runden Tisch hätten sich als vom Volk links liegen gelassen empfunden. "Die Differenz zwischen der Mehrheit des Runden Tisches und der Mehrheit der Wähler lag nicht nur in der generellen Entscheidung des Wahlvolkes zugunsten eines möglichst restlosen Beitritts zur Bundesrepublik begründet. Hinzu kam das –aus dieser grundsätzlichen Differenz folgende– unterschiedliche Tempo in Richtung Wiedervereinigung: Anstoß und Antrieb der 'friedlichen Revolution' waren vom Volk auf der Straße gekommen. Dies wollte auch ein anderes als das vom Runden Tisch eingeschlagene Tempo für die Vereinigung der beiden Staaten ..." ⁸⁴⁴

Das galt auch für den Runden Tisch Militärreform. Es sei an den Bericht des Generalleutnants Grätz zum Stand der Wiener Verhandlungen erinnert, zu dem der Vertreter der CDU laut Protokoll bemerkt hatte, die Frage des gegenseitigen Versicherns des "Prinzips der Eigenstaatlichkeit" sollte unterbunden werden, das sei keine Frage. Das war zwar wenige Tage vor Ministerpräsident Modrows Aufruf "Für Deutschland, einig Vaterland", wirft aber ein bezeichnendes Licht auf das Selbstverständnis der Teilnehmer am Runden Tisch Militärreform. Wenn aus dem Wahlergebnis zu schließen war, daß die Mehrheit der Wähler als zukünftiges Deutschland die Bundesrepublik in ihrer damals bestehenden Form wollte, so wollte die Mehrheit am Runden Tisch das gerade nicht. Seine Beschlüsse und Vorlagen für die Volkskammer machten überhaupt nur Sinn, wenn davon auszugehen war, daß die Nationale Volksarmee noch eine Zeit lang existieren würde. Unter der Prämisse, daß eine schnelle Vereinigung gewollt gewesen wäre, hätte man die "Militärpolitischen Leitsätze der DDR" nicht mehr auf den Weg zu bringen brauchen.

Betrachtet man die Vorstellungen des Runden Tisches zum sicherheitspolitischen Status der DDR unter dem Blickwinkel der für die 2 + 4 Verhandlungen einzunehmenden Aufstellung in beiden Lagern, so entsprach die Richtung durchaus der der Modrow-Regierung und damit der sowjetischen Position. Von deren Seite war unmißverständlich deutlich gemacht, daß an die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands nicht zu denken wäre. Von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen, ein Ziel, das sich am ehesten durch die Blockfreiheit und Demilitarisierung Deutschlands erreichen lasse. Der Prozeß der deutschen Einheit solle an den europäischen Einigungsprozeß gekoppelt, d. h. im Rahmen des KSZE-Prozesses verhandelt werden. Diese Linie wurde prinzipiell beibehalten, auch nach Ottawa, wenn auch mehr im Sinne eines Offenhaltens als Option, und

⁸⁴⁴

U. Thaysen, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990

bestimmte so die Position der DDR bei den Vorverhandlungen zu den 2 + 4 Gesprächen.⁸⁴⁵

Aus Sicht der DDR konnte man sich in der Frage der Entmilitarisierung der DDR und einer sicherheitspolitischen Aufwertung der KSZE sogar gewisse Hoffnungen auf Unterstützung aus dem westlichen Lager machen⁸⁴⁶: Bundesaußenminister Genscher hatte sich Ende Januar 1990 ausdrücklich für die Schaffung solcher Institutionen und für einen KSZE-Gipfel zur deutschen Frage ausgesprochen, um auf diese Weise den sowjetischen Wünschen entgegenzukommen.⁸⁴⁷ Darüber hinaus hatte es zwischen ihm und Verteidigungsminister Stoltenberg eine erregte

⁸⁴⁵ Vgl. etwa Gorbatschows Statement nach der Volkskammerwahl in der DDR, die beiden deutschen Staaten könnten "sich nur in Verbindung mit dem gesamteuropäischen Prozeß und mit der Schaffung des Systems der europäischen Sicherheit vereinigen. Eine solche Vereinigung schließe eine einseitige Blockorientierung aus (Süddeutsche Zeitung vom 21. 3. 1990, Nach der DDR-Wahl. Gorbatschow sieht "ernste Prüfungen".) Erst beim Besuch des US-Außenministers Baker im April (5. April 1990) rückte Moskau von der Forderung der Neutralität eines vereinigten Deutschlands ab, beharrte aber weiterhin darauf, daß dessen NATO-Mitgliedschaft unannehmbar sei. In gleicher Weise äußerte sich Gorbatschow einige Tage später beim Besuch des britischen Außenminister Hurd. Der sowjetische Außenminister Schewardnadse bekräftigte im Gespräch mit Hurd anläßlich dieses Treffens nochmals, er sei "bedingungslos" für eine Synchronisierung der Vereinigung Deutschlands mit einer positiven Entwicklung des Helsinki-Prozesses. Der sowjetische Vorbehalt gegen die NATO-Mitgliedschaft führte im ersten 2 + 4 Gespräch in Bonn am 5. Mai 1990 dazu, daß die Frage der Bündniszugehörigkeit zunächst einmal ausgeklammert blieb.

Zur Position der DDR bei den Vorverhandlungen zu den 2 + 4 Gesprächen vgl.: Gespräch von Vertretern der Bundesregierung und der Regierung der DDR im Rahmen des Mechanismus Zwei plus Vier, Berlin (Ost), 9. März 1990, in: Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit 1989/90, München 1998, S. 924-926

⁸⁴⁶ Es war durchaus nicht so, dass der amerikanische Vorschlag der "Zwei-plus-Vier"-Verhandlungen im westlichen Lager von vornherein auf Zustimmung gestoßen wäre. Die britische Position in der KSZE-Frage war Ende Januar 1990 für die Amerikaner zunächst keineswegs ermutigend: Als US-Außenminister Baker seinem britischen Kollegen Hurd den "Zwei-plus-Vier"-Plan erläutert habe, sei der zwar interessiert gewesen, habe aber erkennen lassen, dass er dazu neige, den sowjetischen Vorschlag zu akzeptieren, die Wiedervereinigung Deutschlands auf einem vorgezogenen KSZE-Gipfeltreffen zu diskutieren, "to which, he pointed out, the EC-ministers had just agreed at a meeting in Dublin." Dazu der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, B. Scowcroft: "The British interest in handling German unification at a CSCE summit was alarming. ...". (in: George Bush/Brent Scowcroft, A World Transformed, New York 1999, S. 236).

Vgl. auch Brent Scowcroft Mitte April 1990 zur französischen Position:
" ... The French ... seemed to be going in the opposite direction. They argued against NATO developing a common Western position for the CSCE summit, fought against NATO consultations on Two-plus-Four and the establishment of agreed positions among the Western allies, and objected to any attempt to expand NATO horizons. The United States seemed largely absent in longer-term French calculations about Europe. These appeared to be focused on the outlines of a Europe in which NATO would play a stagnant role, or even disappear, and the WEU (Western European Union), as a defense component of the EC, would gradually take over European security." (ebda., S. 266)

⁸⁴⁷ Vortrag am 31. 1. 1990 vor der evangelischen Akademie in Tutzing.

Auseinandersetzung über die Frage gegeben, ob nach der Wiedervereinigung bundesdeutsche Streitkräften auf DDR-Gebiet stationiert werden sollten. Während Stoltenberg sich für solche Territorial-Streitkräfte aussprach, konnte sich Genscher bei Kanzler Kohl mit seiner Meinung durchsetzen, dies sei der Sowjetunion nicht zuzumuten, es würden weder "NATO-assignierte" noch "nichtassignierte" Streitkräfte der Bundeswehr auf das Gebiet der dann früheren DDR kommen.⁸⁴⁸ Im Klartext hieß das, dem DDR-Gebiet in einem vereinten Deutschland den Status einer entmilitarisierten Zone zu geben oder auf dem Territorium Streitkräfte zu unterhalten, die nicht zur Bundeswehr gehören würden⁸⁴⁹ – für den "Experten"-Kreis am Runden Tisch Militärreform keine schlechten Aussichten.

Verteidigungsminister Hoffmann sprach zum Abschluß der Beratungen den Teilnehmern am Runden Tisch seinen Dank aus für die "erwiesene Hilfe und Unterstützung". Die Ergebnisse würden sicherlich unterschiedlich bewertet werden, er schätze jedoch ein, daß in den Zusammentreffen des Runden Tisches intensiv gearbeitet worden sei und er deshalb der neuen Führung der NVA und der neuen Regierung vieles als Beschlußfassung auf den Tisch legen könne, weil, so das Protokoll, "alles das, was das Militär vorbereitet hat, in gemeinsamer Arbeit akzeptiert wurde."⁸⁵⁰

Das war in einem doppeldeutigem Sinne richtig. Einerseits brauchte das Militär die Zustimmung des Runden Tisches, weniger um die "Militärpolitischen Leitsätze" beschließen zu lassen, als um nicht wie die anderen "Bewaffneten Organe der DDR" auch noch in den Sog des Untergangs des alten Regimes zu kommen. Das gelang sicherlich besser als erwartet. Während die MfS-Zentrale in Berlin Mitte Januar "gestürmt" wurde und bei Massenkundgebungen Hunderttausende für die Auflösung von MfS und AfNS auf die Straße gingen, die Kampfgruppen und die GST aufgelöst worden waren und selbst das Image der Volkspolizei

⁸⁴⁸ Gemeinsame Erklärung von Bundesaußenminister Genscher und Bundesverteidigungsminister Stoltenberg v. 19. 2. 1990, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 28 v. 21. 2. 1990, S. 218

Genau so wurde Kohls Statement auch auf amerikanischer Seite gesehen; vgl. B. Scowcroft:

At the same time, the relationship of East German territory to NATO was also under fierce debate in Bonn. Defense Minister Gerhard Stoltenberg was supporting full membership for all German territory, and Bundeswehr forces on East German soil. Genscher insisted that Moscow would agree to German unity only if the GDR were neutral and outside of NATO. On February 19, Kohl, trying to forge solidarity in the coalition over article 23, and overriding the advice of both Stoltenberg and Teltschik, issued a joint statement with Genscher outlining a revised position on the GDR. While it dropped the idea that East German territory would not be in NATO, it declared that no NATO forces –including the Bundeswehr– would be stationed there. It was an unsatisfactory solution. The GDR would be demilitarized, and we still had not answered the question of how NATO would be responsible for this area, or how German membership could even function under these conditions. We hoped to adress this question with Kohl at Camp David.", in: G. Bush / B. Scowcroft, a. a. O., S. 246

⁸⁵⁰ Verlaufsprotokoll der Beratung des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung vom 20. 03. 1990, 13 Seiten, S. 13

Schaden genommen hatte, blieb die Armee als größte und bedeutendste Institution der "Bewaffneten Organe" nach außen nahezu ohne Blessuren. Die Militärreform war von den neuen politischen Kräften im Staate "abgesegnet", sie war nach außen sichtbar angelaufen und sie wurde als Beweis der demokratischen Veränderungen in den Streitkräften wahrgenommen. Zu Recht konnte man im MfNV auf einen weitgehenden Konsens zwischen allen Beteiligten am Runden Tisch verweisen. Im Protokoll des letzten Runden Tisches Militärreform hieß es: "Alle Vertreter am Runden Tisch sprachen dem Admiral Hoffmann für seine Bereitschaft zum Dialog, qualifizierte Arbeit, Offenheit und Entgegenkommen im Rahmen der gemeinsamen Arbeit am Runden Tisch ihren Dank aus. Sie gaben der Hoffnung Ausdruck, auch künftig mit dem neuen Minister für Nationale Verteidigung im Rahmen des empfohlenen Konsultativrates demokratisch zusammenzuarbeiten."⁸⁵¹

Solche Akzeptanz war noch vor der Jahreswende kaum zu erwarten. Und in der Tat hat es denn auch –das lassen die Verlaufsprotokolle über den ganzen Zeitraum hin erkennen– am Runden Tisch Militärreform anders als am Zentralen Runden Tisch keinen Machtkampf zwischen alten und neuen Kräften gegeben.⁸⁵²

⁸⁵¹ Ministerium für Nationale Verteidigung / Arbeitssekretariat des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung, Beschlußprotokoll der Beratung des Runden Tisches beim Minister für Nationale Verteidigung vom 20. 03. 1990, 3 Seiten, S. 2 .

⁸⁵² Vgl. U. Thaysen, Der Runde Tisch ..., a.a.O., S. 19 – 70

Die Zusammensetzung des Runden Tisches Militärreform hatte nur auf den ersten Blick Ähnlichkeit mit der des Zentralen Runden Tisches. Wollte man in Lager unterscheiden, dann wären zum einen die Widerstandsgruppen zu nennen, die sich später im "Bündnis 90" zusammenschlossen, das "Neue Forum", die "Initiative Frieden und Menschenrechte", "Demokratie Jetzt", aber auch die weiteren, der Initiativgruppe des Zentralen Runden Tisches zuzurechnenden Gruppierungen "Demokratischer Aufbruch", "Grüne Partei" und "Vereinigte Linke". Zu diesem Oppositionslager würden weiterhin die erst später entstandene "Grüne Liga" und "Die Nelken" zu zählen sein.

Zu den Blockparteien gehörten die SED-PDS, die CDU, die NDPD, die LDPD (LDP) und die DBD sowie der FDGB, die FDJ, der "Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) und die "Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe" (VdgB) als Massenorganisationen. Wobei zum SED/PDS-Lager der FDGB, die FDJ und die Gesellschaft für Sport und Technik⁸⁵² zu rechnen waren und auch die zu SED-Zeiten parteinahe "URANIA", der "Friedensrat der DDR" und der schon genannte "Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung bei der AdW". Die sog. "Unabhängige Initiativgruppe für Friedens- und Konfliktforschung" ("UIFK") stand wohl ebenfalls der PDS nahe, jedenfalls saß ihr Initiator, Vorsitzender und Vertreter am Runden Tisch Militärreform, Prof. B. Gonnermann, nach der Vereinigung als Abgeordneter der PDS im Landtag Brandenburgs.

Als weitere Gruppen nahmen teil die "Deutsche Forumspartei", die "FDP", der "Bund der evangelischen Kirchen", der "Arbeitskreis Berliner Bischofskonferenz", das "Amt für Kirchenfragen", der "Appell der 89", die "Geschäftsstelle Runder Tisch der Jugend", der "Demokratische Jugendbund" (DJB) und die militärischen Organisationen "Verband der Berufssoldaten" und "Gewerkschaft der Armeeingehörigen und Zivilbeschäftigten" sowie die Sprecher der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten als Delegierte ihrer jeweiligen Laufbahngruppen.

Nicht vertreten waren die SPD und die DSU.

Es ist zwar nicht zu übersehen, daß NDPD, LDP, DBD, FDGB oder der von der militärischen Führung selbst initiierte Verband der Berufssoldaten in der Regel Partei für die Belange der Armee ergriffen und Neues Forum, die Grüne Partei und die Vereinigte Linke eine eher skeptisch-kritische Haltung gegenüber den Ausführungen der militärischen Führung zeigten. Aus der Kräfteformation der Parteien, Organisationen und Bewegungen ließ sich dennoch nicht auf entsprechende politische Fronten schließen, von einem konfrontativen Blockdenken war trotz der nicht immer einheitlichen Standpunkte nichts zu bemerken. Im Gegenteil, die Diskussion war offensichtlich von dem Prinzip geprägt, in den Sitzungen zu einem Konsens kommen zu wollen.

Das ist im Wesentlichen gelungen, aus dem Blickwinkel der Vertreter des MfNV allerdings wohl zunächst einmal auf Kosten der militärischen Seite. Es stimmte eben nur sehr bedingt, daß "alles das, was das Militär vorbereitet hat, in gemeinsamer Arbeit akzeptiert wurde." Richtiger müßte es heißen, daß alles das, was in gemeinsamer Arbeit am Runden Tisch aus den Vorlagen des MfNV gemacht worden war, von der militärischen Führung akzeptiert wurde. Denn wenn am Runden Tisch eine Linie sichtbar wurde, dann –wie beim Auftritt General Deims deutlich zu erkennen– die entschiedene Abwehr militärischen Sicherheitsdenkens, was zwangsläufig zu einer unsichtbaren Front zwischen Runden Tisch und dem Verteidigungsministerium führte. Unsichtbar, weil auch das Ministerium den Konsens wollte, genauer gesagt, wollen mußte. "Das Konzept des 'Runden Tisches', die Suche nach dem Konsens in den Grundfragen im Interesse unseres Landes", so Admiral Hoffmann auf der Kommandeursberatung im Dezember 1989⁸⁵³, ließ angesichts der eigenen Schwäche zunächst einmal gar nichts anderes zu, als sich auf den Kurs der neuen politischen Kräfte, der an den Runden Tischen inzwischen zur "Steuerungsinstanz"⁸⁵⁴ gewordenen Oppositionsgruppen einzulassen. Die militärische Führung war im Interesse eines guten Einvernehmens so offensichtlich bereit, manche Kröte zu schlucken und trotz ihrer ganz anders lautenden "konzeptionellen Standpunkte" die Vorstellungen des Runden Tisches zu akzeptieren.

Was dabei "unter dem Strich" herauskam, war dennoch nicht ganz das, was man sich auf militärischer Seite vom Runden Tisch erhofft hatte. In der Führungskonzeption des MfNV zur Realisierung der Militärreform hieß es unter der Überschrift "Zur Ausprägung der Überzeugung der Mehrheit der Bürger der DDR": "Dem 'Runden Tisch' beim Minister für Nationale Verteidigung sind konkrete Diskussionspapiere zu übergeben, und seine Vertreter sind zur Akzeptanz der Volksarmee herauszufordern."⁸⁵⁵ Ähnliches, "ein Bekenntnis des Runden

Hinsichtlich der Arbeitsweise hatte man sich darauf geeinigt, die Leitung am Runden Tisch im Turnus zu wechseln, stimmberechtigt waren alle geladenen Parteien und Organisationen mit ihrer Stimme, gleichgültig wieviel Delegierte anwesend waren.

⁸⁵³ Vgl. Anlage 28

⁸⁵⁴ U. Thaysen, Der Runde Tisch, a. a. O., S. 76

⁸⁵⁵ Führungskonzeption des Ministers für Nationale Verteidigung zur Realisierung der Militärreform der DDR, BA/MZA, VA-01/37607, Bl. 214-227, hier Bl. 217

Tisches zur NVA und zur militärischen Sicherheit", hatte der Minister schon vom Beschlußentwurf des Zentralen Runden Tisches am 26. Februar erhofft.⁸⁵⁶ Herausgekommen war allerdings so ziemlich das Gegenteil: statt des Bekenntnisses zur NVA die knappe Bestätigung der Militärreform, statt einer "neuen deutschen Nationalarmee" im vereinten Deutschland die Ablehnung jeglicher Form von Bundesheer⁸⁵⁷, statt der Bestätigung der Notwendigkeit militärischer Sicherheit die Forderung eines Amtes für Abrüstung und Konversion mit dem Ziel, "weitergehende, auch einseitige schnelle Abrüstungsschritte bis zur vollständigen Entmilitarisierung vorzubereiten und einzuleiten."⁸⁵⁸

Das entsprach weitgehend den Vorstellungen der Gruppe "SES" und sicherlich nicht zufällig in den wesentlichen Punkten auch den Zielvorstellungen der PDS.⁸⁵⁹ Daß die PDS keineswegs auf Seiten des MfNV stand, sondern im Wahlkampf als einer der radikalsten Befürworter totaler Abrüstung auftrat, hatte schon Verteidigungsminister Hoffmann moniert. Aus Hoffmanns Verärgerung war jedoch nicht darauf zu schließen, die "Partei" habe die Armee, im engeren Sinne also die Gruppe der Berufs- und Zeitsoldaten, fallen lassen. Die Forderung der PDS, die Wehrpflicht abzuschaffen und die NVA noch 1990 auf die Hälfte ihres Personalbestandes abzurüsten, sollte nicht das "Aus" für die Armee bedeuten: Das vor der DDR und der NVA stehende Abrüstungs- und Entmilitarisierungsvorhaben sei nicht von heute auf morgen zu verwirklichen, so G. Gysi; politischer Realismus gebiete, für eine solche Entwicklung einen gesamtstaatlich geplanten, sozial verträglichen und international abgesicherten, das heißt wohl auch mehrere Jahre beanspruchenden Prozeß ins Auge zu fassen. "Wir sind keine Phantasten. Solange die DDR als souveräner Staat existiert und die BRD nicht mitzieht, wird die DDR auch Streitkräfte haben."⁸⁶⁰

Für die Zeit danach hätte Gysi für die von Abrüstung und Konversion betroffenen NVA-Berufskader vorsorgen wollen, stünde doch der Staat in der Pflicht, die Armeeangehörigen in besonderer Weise zu unterstützen und ihre soziale Sicherheit zu garantieren. "Der Übergang zur Freiwilligenarmee würde zunächst der

⁸⁵⁶ T. Hoffmann, a. a. O., S. 161

⁸⁵⁷ Im Antrag der NDPD hatte es geheißen: "Der zukünftige deutsche Staat, der aus der schrittweisen Vereinigung von DDR und BRD hervorgeht, braucht, solange die Abrüstung in Europa nicht vollendet ist, eine neue deutsche Nationalarmee, die sich in die europäischen Sicherheitsstrukturen einbringt, ihnen verpflichtet ist und sich an der weiteren weltweiten Abrüstung beteiligt." Der Antrag wurde am Runden Tisch durch Stimmenmehrheit in den besagten Punkt 10. –Entmilitarisierung, kein Bundesheer– abgeändert.

⁸⁵⁸ Siehe Anlage 39.

⁸⁵⁹ Die SED-PDS hatte auf ihrem außerordentlichen Parteitag ein 10 Punkte umfassendes "Sicherheitsmodell 2000" verabschiedet. Darin wurde u. a. gefordert, die NVA und die Bundeswehr seien auf die Hälfte ihres Bestandes zu reduzieren, jegliche Modernisierung von Waffen und Gerät habe zu unterbleiben und die Wehrpflicht sei in der DDR und in der Bundesrepublik auf 12 Monate zu verkürzen. Vgl. auch Anlage 40 und "trend" 1/90

⁸⁶⁰ G. Gysi, Braucht Sicherheit künftig noch die Wehrpflicht?, in: Neues Deutschland vom 12. April 1990, 45. Jg., Nr. 87, S. 5

Mehrheit der bisherigen Berufs- und Zeitsoldaten ihren Arbeitsplatz sichern, auch wenn mancher Offizier in der folgenden Übergangsphase zeitweilig ungewohnte Tätigkeiten ausführen müßte. Ihre juristische und soziale Stellung sollte durch individuelle Dienstverträge geregelt werden. Wir sind durchaus für einen Beamtenstatus."⁸⁶¹

Mit solchem Verständnis für die Belange der Berufssoldaten lag die PDS natürlich auf einer Linie mit dem MfNV.⁸⁶² Andererseits bestand mit ihrer Forderung nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung etc. wiederum prinzipielle Übereinstimmung mit den linken Oppositionsgruppen und der Gruppe "SES". Anders ausgedrückt, die programmatischen Verlautbarungen der PDS zur Sicherheits- und Militärpolitik trugen unverkennbar die Handschrift der SES-"Reformer" und ihrer Mitstreiter von der Humboldt-Universität und aus dem "Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung". Insofern wäre es falsch anzunehmen, die PDS wäre am Runden Tisch zur Militärreform lediglich noch eine unter anderen Gruppierungen gewesen, angesichts des scheinbaren Übergewichts der Oppositionsgruppen ohne politisches Gewicht. Das Gegenteil war der Fall. Wenn man sich darauf einläßt, daß die überwiegende Mehrheit von SES dem Reformflügel der SED zuzurechnen war, und unterstellt, daß sie sich im Rahmen ihrer nunmehr von der PDS übernommenen politischen Zielvorstellungen mit ihrem Beitrag zur "Entmilitarisierung der Sicherheit" für einen erneuerten Sozialismus engagierte, dann hatte die PDS unter allen Teilnehmern am Runden Tisch den größten Einfluß auf das, was dort verhandelt wurde. SES-Vertreter saßen, auf unterschiedliche Organisationen verteilt⁸⁶³, aber allesamt dem PDS-Lager zuzurechnen, als stärkste "Fraktion" am Runden Tisch. Sie waren maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung und Ausarbeitung der Vorlagen, hatten allein schon auf Grund ihrer Tätigkeit einen immensen Informationsvorsprung und konnten der Diskussion nicht zuletzt dadurch die gewünschte Richtung geben, daß sie im Gegensatz zu manchen "Nur-Militärs" aus dem MfNV den Eindruck vermittelten, die gleichen Ziele zu verfolgen wie die neuen politischen Gruppen. Festzuhalten bleibt, daß im Endeffekt bei allen Gruppierungen am Runden Tisch weitgehende Übereinstimmung darin bestand, unter der Maxime "Entmilitarisierung" der DDR und Europas von DDR-Seite erste Schritte dazu einzuleiten, gegebenenfalls auch einseitig.⁸⁶⁴ Hätten diese Vorstellungen zum Zuge kommen können, wäre der NVA

⁸⁶¹ Ebda.

⁸⁶² Der Punkt "Wehrpflicht" war kein prinzipielles Hindernis, die militärische Führung wäre jederzeit auf eine Lösung "Freiwilligenarmee" eingeschwenkt, wenn dies politisch machbar und opportun gewesen wäre. Die Pläne dazu lagen bereits vor (siehe Anlage 23); abgesehen davon hätte ja auch die vom MfNV favorisierte Planung der "100 000 Mann" Armee zu zwei Dritteln aus Zeit- und Berufssoldaten bestanden.

⁸⁶³ Als dem Verf. bekannte "SES"-Mitglieder am Runden Tisch: Oberst Prof. Dr. Schreiber (mit Andre Brie für die PDS), Dr. Kleinwächter (für den "Friedensrat" und zeitweilig für die UIFK), Dr. Schönherr (für Appell der 89), Dr. Benjowski (für Wissenschaftlicher Rat für Friedensforschung – AdW), zeitweise Dr. Gießmann (IPW), Dr. Schwarz (IPW), Kapitän z. S. Dr. Fischer und Kapitän z. S. Prof. Dr. Scheler (MAFE).

⁸⁶⁴ Als Beispiel der Vertreter der CDU am Runden Tisch des Verteidigungsministers, der der Ansicht war, die Entmilitarisierung könne am 1. Juli 1990 beginnen und am 30. Juni

nicht mehr viel Frist geblieben, aber immerhin doch noch eine Zeitspanne von fünf bis zehn Jahren – so war allerdings im März 1990 mit der Abwahl des Staates DDR auch über seine Armee entschieden.

1995 beendet sein. (in: Volksarmee 5/90, Wir schlagen vor: bis 1995 entmilitarisierte DDR, Interview mit Klaus Godau, Mitarbeiter in der Geschäftsstelle des Hauptvorstandes der CDU)

7. Die NVA im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß – "Abwicklung" statt Reform

7.1. Die konträren Positionen der DDR und der Bundesrepublik zur deutschen Sicherheitspolitik

Der unerwartete Wahlsieg der CDU bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 soll bei den Berufssoldaten der NVA Betroffenheit ausgelöst haben.⁸⁶⁵ Nicht ohne Grund, hatte sich doch die Mehrheit der Wähler mit ihrem Votum für die "Allianz für Deutschland" für die von der CDU favorisierte "Beitrittslösung" nach Art. 23 Satz 2 GG entschieden, das heißt für die schnelle Vereinigung. Damit erledigte sich vieles von dem, was an den Runden Tischen, auch an dem zur Militärreform, diskutiert und beschlossen worden war, erst recht die Vorstellung mancher Reformer, denen eine schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten in einem zeitlich gestreckten Rahmen vorgeschwebt hatte.⁸⁶⁶

⁸⁶⁵ Vgl. T. Hoffmann, a. a. O., S. 196

⁸⁶⁶ De Maizièr sprach sich in seiner Regierungserklärung am 19. April. 1990 eindeutig für eine rasche Vereinigung gemäß dem Artikel 23 GG aus, "so schnell wie möglich, aber so gut, so vernünftig, so zukunftsfähig wie nötig." Der Weg zur Einheit sei vertraglich so zu vereinbaren, "daß die DDR-Bürger nicht das Gefühl bekommen, zweitklassige Bundesbürger zu werden."

Das hätte nach Ansicht der Opposition in der DDR allerdings besser erreicht werden können, wenn der Weg zur Einheit über den Artikel 146 GG gewählt worden wäre, das zu vereinigende Deutschland sich also eine neue Verfassung gegeben hätte. In dem Falle hätte nämlich ein vom Zentralen Runden Tisch schon erarbeiteter Verfassungsentwurf Berücksichtigung finden können, der über das Prinzip der parlamentarisch repräsentativen Demokratie hinausgehend basisdemokratische Elemente enthielt, die in Verbindung mit recht weitreichenden sozialen und ökologischen Staatszielbestimmungen die Möglichkeiten unmittelbarer Partizipation hätten stärken sollen (Entwurf Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Arbeitsgruppe "Neue Verfassung der DDR" des Zentralen Runden Tisches, Berlin-Niederschönhausen, 4. April 1990, BA, B 136/29110, 122–10100 Bu 24 NA 2 Bd. 2).

Der an sich als Verfassung der DDR gedachte Entwurf, der von allen am Zentralen Runden Tisch vertretenen Parteien und Gruppierungen getragen worden war, wurde von der neu gewählten Volkskammer der DDR nicht mehr angenommen, nicht zuletzt deshalb, weil er nicht in Einklang zu bringen war mit der von der CDU und de Maizièr verfolgten Linie des Beitritts nach Art. 23 GG. Während von der CDU-West die Diskussion und eine daraus wohl resultierende Revision des Grundgesetzes abgelehnt wurde (vgl. beispielsweise W. Schäuble, Der Vertrag, a. a. O., S. 55 f), wäre es SPD und Grünen (und auch manchem in der CDU) lange Zeit lieber gewesen, man hätte gemäß Art. 146 GG erneut über das Grundgesetz beraten und den Entwurf anschließend zur Volksabstimmung vorgelegt. Vgl. dazu G.-J. Glaesner, Der schwierige Weg zur Demokratie, a. a. O., "5. Die deutsche Einheit als Problem der Verfassungspolitik", S. 137 – 148.

Vgl. auch bei U. Albrecht auf das Außenministerium (MfAA) bezogen: "Der Umstand, einen aus der Völkergemeinschaft ausscheidenden Staat zu vertreten, bestimmte die Selbstwahrnehmung der neuen Mannschaft im Außenministerium der DDR ganz entscheidend. Wir handelten beherrscht von der Grundauffassung, mit einer neuen

Die aus den ersten freien Wahlen hervorgegangene Regierung de Maizières war nicht nur die letzte der DDR, sie verstand sich auch selbst so. Der Einigungsprozeß rückte auf die Tagesordnung und wurde erstmals in seinen groben Konturen sichtbar.⁸⁶⁷ Von den "zwei souveränen Staaten" war zwar auch weiterhin die Rede, nur war es mit der Souveränität nicht mehr weit her, es ging um die "Abwicklung" der DDR. "Nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 war klar, daß die Währungsunion ... bald kommen mußte. Und der triumphale Wahlsieg der von der Ost-CDU geführten "Allianz für Deutschland" überzeugte mich vollends davon, daß auch die staatliche Einheit nicht mehr lange auf sich warten lassen würde."⁸⁶⁸, so der damalige Bundesinnenminister Schäuble, der kurze Zeit später mit dem Startschuß zur Währungsunion zugleich auch das Konkursverfahren über die DDR eröffnete.

Laut H. Teltschik, dem seinerzeit im Bundeskanzleramt zuständigen Leiter der außen- und sicherheitspolitischen Abteilung, hätte Ministerpräsident de Maizières bei seinem ersten Treffen mit ihm am 16. April 1990 in Ost-Berlin erklärt, daß er, de Maizières, die NVA nicht auflösen könne, weil die entlassenen Offiziere und Unteroffiziere ein Sicherheitsrisiko für ihn und seine Regierung bedeuten würden. De Maizières habe auch auf den in der DDR außerordentlich populären Antrag der PDS hingewiesen, die Wehrpflicht abzuschaffen. Es werde keiner anderen Partei möglich sein, sich diesem ernsthaft zu widersetzen. Er überlege, wie er der PDS in der Volkskammer zuvorkommen könne, zumal er auch auf den Zivildienst nicht verzichten könne, weil sonst die sozialen Dienste zusammenbrechen würden.⁸⁶⁹

Teltschiks Hinweis auf de Maizières Äußerung, er könne die NVA nicht auflösen, weil die entlassenen Offiziere ein Sicherheitsrisiko darstellen würden, könnte zu dem Schluß verleiten, de Maizières hätte die NVA auflösen wollen, wenn er dieses Risiko nicht gesehen hätte. Tatsächlich hatte er allerdings gerade das Gegenteil vor und von der Auflösung der NVA nur im Konjunktiv als von einer nicht weiter

Regierung auf die diplomatische Bühne zu treten, deren Tage gezählt waren, und die Politik auf Abruf machte." (U. Albrecht, Die Abwicklung der DDR. ..., a. a. O., S. 11 f)

⁸⁶⁷

Vgl. etwa H. J. Küsters, Entscheidung für die deutsche Einheit-Einführung in die Edition, in: Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit 1989/90, München 1998, S. 21 – 236, hier S. 133; es heißt dort auf den "vorgesehenen Fahrplan" bezogen: "Dieser sieht zunächst die Verwirklichung der Währungsunion mit der DDR im Juli 1990 und anschließend die Einigung über die äußeren Aspekte in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen bis zum Herbst vor. Der im November vorgesehene KSZE-Gipfel kann dieses Ergebnis zur Kenntnis nehmen. Dann folgen voraussichtlich am 2. Dezember die Bundestagswahlen und im Herbst 1991 gesamtdeutsche Wahlen."

H. Teltschik schreibt, Kohl habe Anfang Mai 1990 erklärt, er gehe davon aus, daß bis zum 31. Dezember 1992 die Einheit vollendet sein werde. (H. Teltschik, 329 Tage, a. a. O., S. 220).

DDR-Ministerpräsident de Maizières soll den 1. Januar 1991 als Termin für die Wiedereinführung der fünf Länder in der DDR genannt haben. (Ebda., S. 214).

⁸⁶⁸

W. Schäuble, Der Vertrag, a. a. O., S. 25

⁸⁶⁹

H. Teltschik, 329 Tage, a. a. O., S. 198

infrage kommenden Option gesprochen.⁸⁷⁰ In seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer nur wenige Tage später sprach er ausdrücklich davon, die NVA werde, reduziert und streng defensiv umstrukturiert, für eine Übergangszeit "auf dem heutigen Gebiet der DDR" erhalten bleiben.⁸⁷¹ Im übrigen betonte er die Loyalität der DDR gegenüber dem östlichen Bündnis, verlor aber kein Wort zu der von der Bundesregierung für unabdingbar gehaltenen NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands.⁸⁷² Statt dessen unterstrich er die Notwendigkeit, die beiden Militärblöcke durch bündnisübergreifende Strukturen abzulösen. Der Abrüstungsprozeß müsse forciert werden, die DDR trete für eine drastische Reduzierung "aller deutschen Streitkräfte" ein und wolle selbst die "Vorreiterrolle" im Abrüstungsprozeß übernehmen. Sie werde ihre militärischen Verpflichtungen gegenüber dem Warschauer Pakt stufenweise abbauen, die politische Zusammenarbeit zwischen den osteuropäischen Staaten im Bündnis aber intensivieren. Auf die "Schaffung einer gesamteuropäischen Ordnung des Friedens, der Demokratie und der Zusammenarbeit" bezogen, sprach sich de Maizière dafür aus, die "2-plus-4-Gespräche" in den Rahmen des KSZE-Prozesses eingebettet zur Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu nutzen. Auf dem Weg dorthin müßte die KSZE feste Institutionen erhalten. Vorzuschlagen seien beispielsweise eine Sicherheitsagentur für Verifikationsaufgaben, ein Organ zur Streitschlichtung oder auch ein gemeinsamer ständiger Rat der Außen- und Verteidigungsminister..⁸⁷³

Die Regierungserklärung hielt sich im Wesentlichen an die Koalitionsvereinbarung zwischen den Parteien der Allianz, der SPD und den Liberalen.⁸⁷⁴ Auch dort standen die Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik bereits unter dem programmatischen Leitziel der Einbettung der deutschen Einigung in den gesamteuropäischen Einigungsprozeß, der Ablösung der beiden Militärbündnisse durch

⁸⁷⁰ Das ist jedenfalls dem Vermerk des bei dem Gespräch mit anwesenden Ministerialdirigenten Hartmann zu entnehmen, in dem es heißt: "'MP de Maizière vertrat sehr nachdrücklich die Auffassung, daß ein Kern der NVA erhalten bleiben müsse. Würde die NVA aufgelöst, stünde er schwierigen innenpolitischen Problemen gegenüber. Die neue demokratische Regierung liefe dann Gefahr, daß entlassene Offiziere und Unteroffiziere zu einem Faktor der Instabilität würden.'" (in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 1011, Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik mit Ministerpräsident de Maizière und Minister Reichenbach Berlin (Ost), 16. April 1990)

⁸⁷¹ Regierungserklärung des Ministerpräsidenten de Maizière auf der 3. Tagung der Volkskammer, 19. April 1990, in: Volkskammer, 10. Wahlperiode, Protokolle; Bd. 27, S. 41–51

⁸⁷² Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 1018–1023, Vorlage des Ministerialdirigenten Duisberg an Bundeskanzler Kohl – Bonn, 19. April 1990; Vorlage des Ministerialdirigenten Hartmann an Bundeskanzler Kohl – Bonn, 19. April 1990

⁸⁷³ De Maizières Position, den deutschen Einigungsprozeß an Fortschritte bei der Institutionalisierung des KSZE-Prozesses zu koppeln, bleibt bis in den Sommer 1990 nahezu unverändert; siehe seine Rede am 5. Juli 1990 vor der Volkskammer der DDR (Anlage 41

⁸⁷⁴ Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen (DFP, BFD, FDP) und der SPD vom 12. April 1990, Anlagen: A. Inhaltliche Vereinbarungen, B. Ressort- und Ministerliste; BA, B136/29110, 122–10100 Bu 24 NA 2 Bd. 2

neue europäische Sicherheitsstrukturen im Rahmen der KSZE sowie dem Willen zur Intensivierung der politischen Zusammenarbeit im WP-Bündnis. Anders als in der Regierungserklärung war im Koalitionspapier allerdings die NATO-Bindung noch befürwortet worden, wenn auch mit einigen für die Bundesregierung problematischen Einschränkungen, u. a. der Forderung nach einer Reduzierung der deutschen Streitkräfte im Vorgriff auf die zu erwartenden Ergebnisse bei den Wiener Verhandlungen und einer Festsetzung der Größe gesamtdeutscher Streitkräfte in Relation zur Truppenstärke der USA und der Sowjetunion in Mitteleuropa, der Forderung nach einer Aufgabe der Strategie der "Vorneverteidigung" und der "Flexible Response" und der Forderung nach dem Abzug aller Nuklearkraften von deutschem Boden.

So positiv im Kanzleramt vermerkt wurde, daß diese Forderungen in de Maizières Rede fehlten, schwerer wog, daß die NATO und NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands überhaupt nicht erwähnt wurden, nach Ansicht des auswertenden Referatsleiters ein "gravierender Mangel", der als "sehr problematisch" zu gelten habe.⁸⁷⁵ Dies vor allem deshalb, weil beides nicht zur Diskussion stehen konnte. Die NATO-Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands und dementsprechend weder Neutralisierung noch Entmilitarisierung, diese Eckpunkte Bonner Sicherheitspolitik waren nicht verhandelbar. Der Bundeskanzler hatte sich dazu bereits mehrfach und in aller Deutlichkeit geäußert: Die NATO-Bindung werde für ihn "unter keinen Umständen" zur Disposition stehen, die Schaffung eines neutralen Deutschlands würde bedeuten, alle Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. Die Deutschen würden die NATO genauso brauchen wie die USA. Sie sei nicht nur eine militärische Frage, "sondern eine Grundfrage des Selbstverständnisses Europas und Deutschlands. ... Zwar könne und müsse man parallel auch den KSZE-Prozeß weiterentwickeln, aber die NATO bleibe unentbehrlich und das wiedervereinigte Deutschland müsse Mitglied der NATO sein. Wäre dies nicht so, würde die NATO derart ausgehöhlt, daß sie weitgehend ihre Bedeutung verliere. ..."876 "Er wolle klarstellen," so Kohl am 12. März 1990 im Gespräch mit dem britischen Außenminister Hurd (laut Protokoll), "daß für ihn die Mitgliedschaft in der NATO kein Preis für die deutsche Einheit sein könne. Aber in dieser Frage gebe es andere politische Kräfte, die ihre Chance witterten."⁸⁷⁷

Gemeint war die SPD, speziell deren stellvertretender Vorsitzender und Kanzlerkandidat Lafontaine. Der hatte hinsichtlich des sicherheitspolitischen Status eines vereinten Deutschlands wiederholt erklärt, daß es darauf ankomme, mit dem Ziel

⁸⁷⁵ Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 1021–1023, hier S. 1022, Vorlage des Ministerialdirigenten Hartmann an Bundeskanzler Kohl – Bonn, 19. April 1990

⁸⁷⁶ Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush. Washington, 17. Mai 1990, S. 1126–1132, hier S. 1126 f, 1130.

⁸⁷⁷ Ebda., Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Außenminister Hurd. Bonn, 12. März 1990, a. a. O., S. 933, 932. In den Protokollen "Dokumente zur Deutschlandpolitik" finden sich zahlreiche Belegstellen, in denen Kohl in ähnlicher Weise bekräftigt, daß für ihn die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO unumstößlich ist (beispielsweise: S. 865, 930, 935, 998 etc.);

der Vereinigten Staaten von Europa auch ein europäisches Verteidigungssystem anzustreben. Es sei anachronistisch zu fordern, daß ein vereintes Deutschland in der NATO sein müsse.⁸⁷⁸

Nach Ansicht Kohls hätte man damit rechnen müssen, daß die SPD versuchen würde, "gewisse sozialistische Elemente in eine neue Verfassung einzubringen und außenpolitisch ihre alte Idee der Neutralität durchzusetzen."⁸⁷⁹ Dazu biete sich an, die Herstellung der staatlichen Einheit statt nach Art. 23 GG nach Art. 146 zu vollziehen. Das würde mindestens eineinhalb Jahre Zeit in Anspruch nehmen und es möglich machen, da man bei der Ausarbeitung der Verfassung dann nicht mehr an die Zweidrittel-Mehrheit gebunden wäre, entscheidende verfassungspolitische Änderungen mit einfacher Mehrheit durchzusetzen lassen. Bei Anwendung des Art. 146 GG müßte vor allem aber die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der NATO und in der EG neu verhandelt werden, was für Lafontaine, der die NATO verlassen wolle, ein eleganter Ausweg wäre.⁸⁸⁰ "Seine Sorge sei – und viele sähen das nicht im Ausland-", so das Gesprächsprotokoll eines Telefongesprächs zwischen Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Mitterand, "daß die gleichen Leute, die sich 1983 gegen die Stationierung der Pershing II eingesetzt hätten, heute versuchten, eine Politik der Neutralität durchzusetzen. Er wolle hier nur Lafontaine nennen. Die Neutralität Deutschlands wäre eine Katastrophe für Europa."⁸⁸¹

Wenn Kohl geglaubt haben sollte, daß sich sein Problem mit dem Pazifismus der Linken durch den Wahlsieg der Ost-CDU erledigt hätte, so irrte er allerdings. Das Koalitionspapier und de Maizières Regierungserklärung ließen bereits erkennen, daß die Suche nach Gemeinsamkeiten der beiden deutschen Staaten bei den zur Diskussion stehenden außen- und sicherheitspolitischen Themenstellungen schwierig werden würde.

Die Ähnlichkeit der außen- und sicherheitspolitischen Konzeption der Regierung de Maizières mit der Programmatik der Gruppe "SES" ist unschwer zu erkennen. Von der Entmilitarisierungsforderung einmal abgesehen⁸⁸², ergaben sich in der Analyse der sicherheitspolitischen Problematik und in den Zielsetzungen hinsichtlich der zukünftigen Sicherheitsstrukturen in Europa mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede. Von daher kann nicht überraschen, daß der erwähnte W. Schwarz, Assistent Max Schmidts am IPW und treibende Kraft bei SES, in der Stuttgarter Zeitung in einem Artikel zur NATO-Strategie in etwa die Position der Koalitions-

⁸⁷⁸ 23. 2. 1990 auf dem SPD-Parteitag in Leipzig, vgl. Presseservice der SPD, Nr. 87/1990, 23. 2. 1990.

⁸⁷⁹ Dokumente zur Deutschlandpolitik, Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Außenminister Hurd. Bonn, 12. März 1990, a. a. O., S. 933 f

⁸⁸⁰ Ebda., S. 933; vgl. ebda., Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterand. 14. März 1990, S. 943–947, hier S. 945

⁸⁸¹ Ebda., Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterand. 5. März 1990, S. 909–912, hier S. 911

⁸⁸² Bei SES rückt man von der mißzuverstehenden These einer sofortigen Entmilitarisierung der DDR" letztlich wieder ab und konzidiert ein schrittweises Vorgehen.

vereinbarung der Regierungsparteien referierte – nicht als Mitglied von SES, sondern als inzwischen stellvertretender Leiter der außen- und sicherheitspolitischen Abteilung im Amt des Ministerpräsidenten de Maizière.⁸⁸³

In den wesentlichen Punkten des Koalitionspapiers zeigte sich aber auch ein bemerkenswerter Gleichklang mit den "sicherheitspolitischen Grundsätzen" der Bonner SPD. Die Sprecherin der von O. Lafontaine geleiteten Kommission "Fortschritt 90", Wiczorek-Zeul, hielt es für "völlig undenkbar", daß ein vereintes Deutschland einer NATO nach bisherigem Muster angehören könnte.⁸⁸⁴ Die deutsche Einigung sei mit der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems zu koppeln. Die erste Stufe der Einheit müsse parallel mit dem ersten Schritt für ein solches System erfolgen.

Ähnlich der SPD-Verteidigungsexperte Florian Gerster, der als "zwingende Konsequenz" aus weiterer NATO-Mitgliedschaft und dem Verzicht auf Ausdehnung des Bündnisterritoriums eine geteilte Sicherheit im vereinigten Deutschland sah. Die Westakzeptanz müsse aber nicht zwangsläufig an die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis gekoppelt sein. "Die Alternative zur geteilten Sicherheit des vereinigten Deutschland ist nicht eine Neutralität zwischen weiter bestehenden Bündnissen. Eine in die Zukunft weisende sicherheitspolitische Einbettung muß ein gemeinsam vereinbartes Stufenprogramm zur Auflösung der Bündnisse und zur schrittweisen Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems sein. Die deutsche Einheit als Pilotprojekt für die europäische Friedensordnung! ... Die erste Stufe der Bündnisüberwindung auf deutschem Boden sollte Teil eines europäischen Sicherheitsvertrages sein, dessen Regelwerk in einem vereinbarten Zeitraum zunehmend alle KSZE-Teilnehmerstaaten erfaßt und alte Bündnisverpflichtungen ablöst. Mit der Anerkennung dieses Rahmens wäre auch das dauerhafte europäische Engagement Nordamerikas verbunden. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist der richtige historische Zeitpunkt zur Schaffung einer neuen Ordnung in Europa. Diese Gelegenheit wird nicht wiederkommen."⁸⁸⁵

Gersters innerparteilicher Gegenspieler Karsten Voigt wollte zwar "die bisherige Bundeswehr" in der NATO belassen, die müsse sich aber ändern: schrittweise Verringerung ihrer abwehrenden Funktion gegenüber der Sowjetunion, Aufgabe der Strategie der flexible response, Abzug aller nuklearen Waffen vom Boden Deutschlands. Voigt plädierte darüber hinaus dafür, mit einem gemeinsamen Sicherheitsrat aller KSZE-Teilnehmerstaaten "zugleich" den Einstieg in ein europäisches Sicherheitssystem einzuleiten. Für die NVA besonders interessant, daß keine Stationierung und kein Einsatz von Bundeswehreinheiten auf dem Gebiet der DDR erfolgen dürfe, er, Voigt, befürworte Verbände einer defensiven Territorialverteidigung, die aus den bisherigen Einheiten der NVA zu bilden seien.⁸⁸⁶

⁸⁸³ W. Schwarz, "Die NATO muß ihre Strategie aufgeben", in: Stuttgarter Zeitung vom 30. 6. 1990

⁸⁸⁴ Bei der Vorstellung eines "Abrüstungskatalogs" für ein SPD-Regierungsprogramm am 21. 3. 1990 in Bonn.

⁸⁸⁵ F. Gerster / K. D. Voigt, Alternativen zur NATO?, in: Vorwärts, April 1990, S. 12

⁸⁸⁶ Ebda.

Wieczorek-Zeul, Gerster und Scheer und konnten sich mit ihren Vorstellungen innerparteilich zwar nicht durchsetzen, auch die SPD stimmte einer NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands zunächst noch zu.⁸⁸⁷ Die Betonung lag aber auch hier auf der Einschränkung "bis zur Auflösung der beiden Militärblöcke". Im übrigen müsse die NATO ihre geltende Doktrin mit der Vorverteidigung, der Flexible Response und ihrer Option des Ersteinsatzes von Atomwaffen ändern. Außerdem dürften keine NATO- oder Bundeswehr-Einheiten auf dem Gebiet der DDR stationiert werden. Das Ziel aller Schritte, so hieß es in dem Papier, müsse ein europäisches Sicherheitssystem vom Atlantik bis zum Ural sein, in dem die Bündnisse aufgehen und in das die Streitkräfte aller 35 KSZE-Staaten, also auch der USA, Kanadas und der Sowjetunion, eingebunden werden sollten.

Für Kanzler Kohl und die CDU lag "das Ziel aller Schritte" gewiß nicht in einem Sicherheitssystem vom Atlantik bis zum Ural, sondern konkret darin, die NATO zu erhalten und weiterzuentwickeln. Insofern entsprach de Maizières Regierungserklärung in ihrem außen- und sicherheitspolitischen Teil in keiner Weise den Erwartungen aus Bonn. Entsprechend heißt es in der Bewertung des Kanzleramtes:

"Wünschenswert wären klare Absagen an eine Demilitarisierung und an eine Neutralisierung Deutschlands –beides fehlt– und präzise gefaßte Aussagen zum Schicksal der NVA gewesen. (Im Koalitionspapier wurde lediglich generell von 'deutschen Streitkräften' auf dem heutigen Gebiet der DDR gesprochen, nicht wie jetzt von der 'NVA'.) Ministerpräsident de Maizières hatte gegenüber Herrn AL 2 (Teltschik, der Verf.) und mir ausdrücklich betont, daß ein Kern der NVA weiterbestehen werde, ohne dies zeitlich zu begrenzen. ...

Vorsicht empfiehlt sich gegenüber einer Verknüpfung zwischen den '2-plus-4-Gesprächen' und dem KSZE-Prozeß, wie sie in der Regierungserklärung anklingt: Gefahr des Mißverständnisses, daß die 35 KSZE-Staaten Mitspracherecht hätten.

Der 'idealistische Grundton' –der nicht nur den außen- und sicherheitspolitischen Teil durchzieht– ist prinzipiell nicht anfechtbar, läßt aber auch Bereiche erahnen, in denen sich zukünftig Probleme ergeben könnten: so z. B. die Hinweise auf die Errichtung einer 'gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung', auf die Friedensbewegung als Fundament der demokratischen Erneuerung. ..."⁸⁸⁸

Letzteres war nicht nur zu "erahnen", sondern bestimmend für den Rahmen und die Ziele der DDR-Außen- und Sicherheitspolitik. Denn so wenig es auch "die" Friedensbewegung in der DDR gab, beide Ministerien waren in der Hand von politischen Akteuren, die sich erklärtermaßen zur Friedensbewegung zählten und deren Ziele als Zielvorgaben für ihre Politik betrachteten.⁸⁸⁹

⁸⁸⁷ Die monatelangen innerparteilichen Kontroversen über die zukünftige Position der SPD in der Sicherheitspolitik wurden nach einer konfrontativen Debatte durch die Annahme eines am 25. 4. 1990 von O. Lafontaine in Bonn vorgestellten Positionspapiers beendet. Eine ca. Zweidrittel-Mehrheit in der Fraktion setzte sich damit gegen die Gegner einer zukünftig weiteren NATO-Mitgliedschaft durch.

⁸⁸⁸ Ebda.

⁸⁸⁹ U. Albrecht, damals im engeren Führungskreis des MfAA: "Durch unsere gemeinsame Herkunft aus der Friedensbewegung waren wesentliche Inhalte der neuen Außenpolitik

DDR-Außenminister Meckel umriß beim ersten Treffen der Außenminister der "Zwei plus Vier" die Position des MfAA damit, die demokratische Revolution in Osteuropa habe nicht das Ziel gehabt, diese Länder in die "alte NATO" einzubringen, das neue Europa brauche neue Sicherheitsstrukturen.⁸⁹⁰ Meckel im Nachhinein: "Die zentrale Fehleinschätzung ... war die Hoffnung, daß der deutsche Einigungsprozeß, und hier speziell das Territorium der DDR, gewissermaßen Katalysator sein könnte, sicherheitspolitisch für gesamteuropäische Strukturen ... (in) Vorwegnahme bestimmter Regelungen, die später für Europa gelten könnten ... mit den konkreten Partnern, also mit Polen, der Tschechoslowakei."⁸⁹¹

Daß solche Pläne zur Politik der Westmächte und der Bundesrepublik konträr lagen, war nicht zu übersehen. Die Haltung der Bundesregierung zur Frage der NATO-Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands ließ eigenmächtigen Initiativen der abtretenden DDR denn auch keinen Raum. U. Albrecht schreibt im Rückblick, das Scheitern des Versuchs einer eigenständigen DDR-Außenpolitik habe am besten Ausdruck gefunden in dem Satz: "Das Äußere der Einigung hat eine andere Gestalt angenommen, als dies von der Koalition in Berlin geplant war ... Es ist von anderen anders gestaltet worden."⁸⁹²

Albrecht verweist dann auf die an sich entscheidenden Aspekte des Prozesses, der zu diesem Ergebnis führte: "Eine aus einem gewissen Abstand vorgenommene Betrachtungsweise wird zu dem Schluß gelangen, daß Bonn zumindest nach dem Kaukasus-Treffen im Juli im Vorgriff gesamtdeutsche Außenpolitik betrieb und die DDR einfach beiseite schob. Das war nicht lediglich Ausdruck eines ständig sich vergrößernden Machtgefälles. Nach der Aufgabe der Souveränität der DDR in der Wirtschafts- und Finanzpolitik erschöpfte sich sichtbar rasch, ohne daß es darüber ein förmliches Abkommen gegeben hätte, der außenpolitische Spielraum des zweiten deutschen Staates. Die Intentionen, die wir vertraten, liefen nicht Bonner Konzepten parallel, sondern standen diesen zumindest zum Teil entgegen. Eine weiterhin eigenständige Rolle von DDR-Außenpolitik hätte sich unter den gegebenen Umständen nur ergeben, wenn zwischen Bonn und Moskau weiterhin Gegensätze bestanden hätten."⁸⁹³

Darauf soll im Folgenden eingegangen werden.

der DDR vorgeprägt. Die sicherheitspolitische Konzeption der Vergangenheit erschien uns als völlig absurd" (in: U. Albrecht, Die Abwicklung der DDR, a. a. O., S. 14).

Vgl. auch die Regierungserklärung de Maizières: "... In dieser Phase der Entspannungspolitik sind Verteidigungspolitik und Abrüstungspolitik untrennbar miteinander verbunden. Auch in diesem Punkt besinnen wir uns auf die Wurzeln der demokratischen Erneuerung in unserem Land. Ein wesentliches Fundament dieser Erneuerung ist die Friedensbewegung." (in: Regierungserklärung des Ministerpräsidenten de Maizière auf der 3. Tagung der Volkskammer, a. a. O.)

⁸⁹⁰ Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, a.a.O., S. 1092

⁸⁹¹ Studiogespräch Markus Meckel, 24. 8. 1990, Sender Freies Berlin, Programm SF 2, Transkript S. 7, zit. nach U. Albrecht, Die Abwicklung der DDR, a. a. O., S. 161

⁸⁹² Ebda, S. 159, Fußnote 376

⁸⁹³ U. Albrecht, Die Abwicklung der DDR, a. a. O., S. 165

7.2. Der militärische Status Deutschlands als Schlüsselproblem im Prozeß der deutschen Einigung

Das Vorgehen der Bundesrepublik und der Westmächte im Prozeß der Herstellung der deutschen Einheit wurde durch die Haltung der DDR in der Außen- und Sicherheitspolitik in der Tat nicht beeinflußt. DDR-Außenminister Meckel hat zwar nichts unversucht gelassen, seine Vorstellungen zu einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur in die politische Diskussion und die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einzubringen, allerdings eben wohl in der irrigen Annahme, seine Politik unabhängig vom westdeutschen "Partner" und von den Absprachen der politischen Akteure auf internationaler Ebene betreiben zu können. Eine Beteiligung des MfAA an den Gesprächen auf westlicher Seite zu den weiteren Schritten bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen fand nicht statt und kam gewiß auch nicht in Frage. Meckels Vorschläge und Interventionen konnten für die im Verlaufe von Monaten in enger Absprache mit den Amerikanern entwickelte und mit Frankreich und Großbritannien abgestimmte Position Bonns nur einen Störfaktor darstellen. Sie wurden entsprechend lediglich daraufhin bewertet, inwieweit sie das von Kohl und Bush gewünschte Verhandlungsergebnis im Zwei-plus-Vier-Prozeß tendenziell gefährden konnten.

Die Definition dieses Zieles wurde vor allem durch das Interesse an der weiteren Zugehörigkeit Deutschlands zur NATO und an der Kontinuität des westlichen Bündnisses bestimmt. Beides war kaum kompatibel mit der sowjetischen Haltung, den Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands an den der europäischen Einigung zu koppeln mit der Zielperspektive einer Auflösung der Bündnisse und einer an deren Stelle europäischen Sicherheitsstruktur.

Die US-Regierung und an ihrer Seite die Deutschen wollten weder das eine noch das andere, und vor allem nicht die zunächst einmal zu verhandelnden Sicherheits- und Bündnisfragen einer Gipfelkonferenz der 35 KSZE-Staaten überlassen. Während der sowjetische Außenminister Schewardnadse meinte, die KSZE würde den bevorzugten Rahmen für diese Verhandlungen abgeben, weil sie den Vorzug bieten würde, neben den Angehörigen beider Militärbündnisse auch die Neutralen einzuschließen, war das für die USA –zumindest offiziell– gerade der Grund dafür gewesen, sich gegen die KSZE auszusprechen⁸⁹⁴ und statt dessen den Gedanken der "Zwei-plus-Vier-Gespräche" ins Spiel zu bringen. Beschloss/ Talbott zufolge soll US-Außenminister Baker bei einem Gespräch mit Gorbatschow am 9. 2. 1990 den sowjetischen Vorschlag, das Problem der deutschen Wiedervereinigung der KSZE zu überantworten, mit der Begründung abgelehnt haben, dieser Apparat sei

⁸⁹⁴

Vgl. Brent Scowcroft: "The large (thirty-five-member) and unwieldy all-Europe organization was not the place for such negotiations. If the Four Powers could disrupt reunification, CSCE, with its consensus procedures, allowed any country uneasy with the prospect of a large Germany much greater potential to stall or delay. A CSCE summit to ratify a reunification agreement could develop into a peace conference on Germany, opening up old wounds and resolved disputes. Both Kohl and we opposed the notion of a formal peace treaty on Germany, and the prospect of another "winner-loser" settlement.", in: G. Bush / B. Scowcroft, a. a. O., S. 236

dazu "viel zu schwerfällig und langsam", die "realistischste Vorgehensweise" seien die "Zwei-plus-Vier-Gespräche".⁸⁹⁵

895

Michael R. Beschloss/Strobe Talbot, *Auf höchster Ebene: Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989 – 1991*, Düsseldorf 1994, S. 244; Titel der amerikanischen Original-Ausgabe: *At the Highest Levels: The Inside Story of the End of the Cold War*, New York 1993).

Zum Entstehen der Idee der "Zwei-plus-Vier" Verhandlungen siehe ebda. S. 243: "Robert Zoellick, ein Mitarbeiter des Außenministeriums, informierte Baker über die Situation in Deutschland. Er und Dennis Ross meinten, ein Vierertreffen im Stil von Jalta sei nicht mehr zeitgemäß und die KSZE mit ihren 35 Mitgliedern zu schwerfällig. So entstand die Idee der sogenannten "Zwei-plus-Vier-Gespräche".

Vgl. dazu auch G. Bush / B. Scowcroft, a. a. O., S. 234; Brent Scowcroft:

"Bob Blackwill, Philip Zeliko, Bob Hutchings, and Condi Rice –the NSC Soviet and European teams engaged in the process– drafted an outline of what we wanted a unified Germany to look like and how to get there. All Germany was to be in NATO, although perhaps no foreign troops would be on East German territory. Its borders would be those of West Germany and East Germany with Berlin absorbed into the unified whole, ending Allied Rights and any occupied status. Unification itself would be worked out and accomplished between the two Germanies. When that was done, the Germanies would present the results to the Four Powers for their blessing. I agreed with this approach, although the discussion of the unification process was short on details.

The State Department had a different idea. Concurring that the basic internal arrangements should be worked out between the two Germanies, Baker believed it was too dangerous to exclude everyone else from the external aspects of the process. Trying to freeze out the Soviets could result in separate Soviet-West German negotiations, with potentially disastrous results. State proposed, therefore, blending the negotiations between the two Germanies with a Four Power process – what would become known as the "Two-plus-Four". To mitigate the hazards of involving the Four Powers, he suggested that they agree ahead of time that the goal of talks would be unification and that the Four Powers would be concerned only with the external, international aspects of unification."

[...]

Admittedly, it was a poor idea in principle to try to freeze Gorbachev out of the process. Cooption was preferable – if it was doable. That was what the Baker plan bet on. His conditions were that all six participants had to agree at the outset that the goal was unification, that the two Germanies were to deal with internal unification, and the East Germany had to have a freely elected government – which meant the negotiations would begin only after the elections. If those conditions were sincerely kept, Two-plus-Four would probably work. ..."

Vgl. auch die etwas andere Darstellung des französischen Außenministers R. Dumas: "Alles drehte sich natürlich um die Wiedervereinigung und die Art, wie wir die Wiedererlangung der vollen Souveränität Deutschlands bewerkstelligen sollten. Wobei wir von der Situation ausgingen, die wir am Ende des 2. Weltkrieges vorfanden. Deshalb hatten wir uns also getroffen, die drei Vertreter der alliierten Westmächte und der Vertreter Deutschlands, Genscher. Die Stimmung am Vormittag war bis aufs äußerste gespannt. Genscher stand alle 15 Minuten auf, um Kohl anzurufen und ihn über den Verlauf der Diskussion zu unterrichten. Und im Verlaufe dieses Treffens haben Genscher und ich unseren Kollegen Baker und Hurd den 4 plus 2 oder den 2 plus 4 Vorschlag unterbreitet, d. h. ein kleines Symposium, in dem die damaligen Alliierten, inklusiv der UdSSR, mit den beiden Deutschlands über die Aufhebung der Verpflichtungen entscheiden sollten, die aus dem Krieg und der Niederlage Deutschlands übrig geblieben waren.", in: Stellungnahme von R. Dumas in der TV-Serie "Auf höchster Ebene", a. a. O. (in der deutschen Übersetzung des Senders).

Wie schon erwähnt, waren die tatsächlichen amerikanischen Vorbehalte jedoch wohl anderer Art. Laut Beschloss/Talbott⁸⁹⁶, beide Insider, zum Teil auch Augenzeugen der Gipfeltreffen, habe man Gorbatschows Vorschlag von Rom (anlässlich der Malta-Konferenz Anfang Dezember 1989), die KSZE-Konferenz für 1990 einzuberufen, auf amerikanischer Seite schon erwartet: "Gorbatschow hoffte ... , die KSZE für seine Zwecke umkrepeln zu können – als Ersatz für die NATO und den Warschauer Pakt und somit als Vorstufe zu einem neutralen Europa."⁸⁹⁷

Präsident Bush umriß die amerikanische Haltung zur KSZE bei seinem Treffen mit Bundeskanzler Kohl am 24. 2. 1990 in Camp David denn auch so, der KSZE-Gipfel im November 1990 könne die "Zwei-plus-Vier"-Arrangements zwar durchaus "ratifizieren", sei aber nicht der geeignete Ort, die Bedingungen der Wiedervereinigung Deutschlands auszuhandeln. Die Konferenz solle sich deshalb nicht auf Deutschland konzentrieren.⁸⁹⁸ Insbesondere könne die KSZE –entgegen

Vgl. dort auch die Darstellung des deutschen Außenministers Genscher: "Ich glaube, nachdem die Grundsatzentscheidung gefällt war, daß die deutsche Vereinigung stattfinden kann, erkannte man, daß dies wohl die einzige Form dieser Verhandlungen war. Uns ging es ja darum, und das habe ich unseren Partnern immer wieder erklärt, daß es nicht Verhandlungen über Deutschland geben könne –das entspricht nicht der Würde des deutschen Volkes, und zwar des deutschen Volkes in beiden deutschen Staaten–, sondern es nur darum gehen könne, daß die Repräsentanten der beiden deutschen Staaten mit den vier Mächten, die für Deutschland als Ganzes als Ergebnis des 2. Weltkrieges verantwortlich waren, daß wir mit diesen vier Mächten über die Zukunft verhandeln. Das war auch die Ablehnung eines Friedensvertrages. Auch darüber war die Zeit längst hinweggegangen. Wir waren längst Mitglieder der Vereinten Nationen, gehörten den westlichen Gemeinschaften an, die DDR gehörte dem Warschauer Pakt und dem COMECON an, und es ging darum, hier konnten nicht vier sozusagen zu Gericht über Deutschland sitzen oder über die deutschen Interessen, sondern beide deutsche Staaten verhandeln mit den vier und deshalb hieß es auch 2 plus 4. Wir verhandeln mit den vier Mächten und nicht die vier Mächte mit uns." (ebda).

⁸⁹⁶ Michael R. Beschloss ist Historiker, Strobe Talbot war Stellvertreter des US-Außenministers Warren Christopher

⁸⁹⁷ M.R. Beschloss / S. Talbot, a. a. O., S. 196 – Die amerikanische Position war unter dem Vorzeichen der außenpolitischen Initiative der Bush-Regierung zu sehen, als Antwort auf die immer neuen Angebote und Vorschläge Gorbatschows über die bisherige Containment Politik der Reagan-Ära hinausgehend auf die Entwicklung in Europa einzuwirken. Erinnert sei nur an die amerikanische Abrüstungsinitiative beim NATO-Gipfel in Brüssel am 26. Mai 1989 in Brüssel (jeweils 275 000 Soldaten als Obergrenze der in Zentral-europa stationierten amerikanischen und sowjetischen Truppen), an Bushs Rede einige Tage später in der Rheingoldhalle in Mainz, in der er freie Wahlen und politischen Pluralismus in Osteuropa forderte, und an seinen Besuch in Ungarn und in Polen Anfang Juli. Bushs Mainzer Rede war unüberhörbar ein Appell an die Deutschen, sich als "Partners in Leadership" der Bindung an das westliche Bündnis bewußt zu sein und insofern keine eigenmächtigen

⁸⁹⁸ Vgl. auch das Schreiben von US-Außenminister Baker v. 10. 2. 1990 an Bundeskanzler Kohl:

"Similarly, CSCE was far too unwieldy and cumbersome to constitute a timely mechanism for addressing the issue. (CSCE could, of course, sanction the result of the unification process, but couldn't be a near-term practical mechanism for helping to shape it.) ..."; in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 793–794, hier S. 793, Schreiben des Außenministers Baker an Bundeskanzler Kohl. 10 Februar 1990.

mancher Meinungen, die man in Europa höre– nicht die NATO als Herz der amerikanischen Abschreckung und als Rechtfertigung der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa ersetzen.⁸⁹⁹

Beschloss/Talbott schreiben, auf das Gespräch mit Kohl bezogen habe das Thema KSZE bei Bush und Baker "leichte Nervosität" ausgelöst. "Für sie erhob sich die Frage, ob die Deutschen nach der Wiedervereinigung vielleicht versuchen würden, die NATO durch die KSZE zu ersetzen. Zwar waren auch sie der Meinung, daß man mit Hilfe der KSZE Gorbatschow gewinnen und ihn davon überzeugen könne, daß der Westen aus dem Machtverlust der Sowjetunion in Osteuropa keinen Profit ziehen wollte. Doch waren sie nicht bereit, die KSZE als Ersatzbündnis zu akzeptieren."⁹⁰⁰

Die Nervosität war unbegründet, die Sicht der deutschen Seite entsprach im Wesentlichen der amerikanischen: die sowjetische Forderung nach einer Synchronisierung des Prozesses der deutschen Vereinigung mit dem gesamteuropäischen Prozeß laufe darauf hinaus, die deutsche Frage als Hebel zu benutzen, um "eine neue europäische Sicherheitsstruktur beschleunigt als rechtzeitige Alternative zum abbröckelnden WP durchzusetzen."⁹⁰¹ Auch nach Ansicht des Kanzlers sollte der KSZE-Gipfel deshalb nicht zu einem Deutschland-Forum werden. Es komme darauf an, den Sowjets zu vermitteln, daß die USA und die Bundesrepublik in der Frage der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands "völlig klar und einig seien". Er, Kohl, "wolle die Präsenz der USA und ihrer Streitkräfte in Europa nicht nur aus militärischen Gründen, sondern auch aus den früher genannten. Wenn man die Welt im Jahre 2000 ansehe, dann werde die Truppenfrage relativ an Bedeutung

⁸⁹⁹ Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 860–873, hier S. 869, Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush. Camp David, 24. Februar 1990.

⁹⁰⁰ M. R. Beschloss / S. Talbott, Auf höchster Ebene, a. a. O., S. 253; vgl. auch Brent Scowcroft: " ... Again, given the existing practical problems and the very nature of CSCE, there was no way we could accept that group absorbing NATO and its functions.", in: G. Bush/ B. Scowcroft, a. a. O., S. 236

Die amerikanische "Nervosität" erklärte sich vor allem aus einer Rede Außenminister Genschers vor der Evangelischen Akademie Tutzing am 31. Januar 1990. B. Scowcroft :

"... Genscher floated a unification proposal in a speech at the Tutzing Protestant Academy. He repeated his conviction that reunification must come within the integration of Europe, and that it must also mean guaranteeing the borders of Germany's neighbors. In addition, German membership in NATO and the EC must remain irrevocable. 'We do not want a neutralist Germany,' he declared. Germany would remain in NATO, but East German territory would remain outside the alliance. He also proposed that both NATO and the Warsaw Pact be absorbed into a larger European security order resting on the EC and the CSCE. The CSCE would be strengthened, with the new structures to be agreed upon its summit later in the year. [...] Genscher's obvious detour around a Four Power role in reunification also was troubling, especially as he proposed that the Germans would determine the extent of some sort of confederation and then take the matter to the CSCE for approval. We did not know whether this was Genscher's position alone, or if Kohl supported it.

⁹⁰¹ Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 857–859, hier S. 859 (Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl. Bonn, 22. Februar 1990); vgl. auch S. 923

verlieren. Aber die USA sollten dann nichtsdestoweniger in Europa und in Deutschland sein – dies bedeute auch, daß er jedem Versuch, eine Festung Europa zu schaffen, energisch entgegentreten werde."⁹⁰²

Daß er das wörtlich meinte, bekam allen voran Außenminister Genscher zu spüren, der in einem Vortrag vor der WEU-Versammlung am 23. März 1990 genau das Bild einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur entworfen hatte, das als Zielvorgabe auch die Regierungskoalition de Mazières im Sinn hatte: die beiden Bündnisse seien aufgerufen, sich in ihrem Rollenverständnis "mehr und mehr politisch zu definieren und sich langfristig zu einem Instrument sicherheitsbildender Zusammenarbeit zu verbinden." Die "kooperativ strukturierten Bündnisse" sollten "in einen Verbund gemeinsamer kollektiver Sicherheit überführt werden", aus dem neue europäische Sicherheitsstrukturen erwachsen sollten, die die Bündnisse dann zunehmend überwölben würden und in denen sie schließlich aufgehen würden.⁹⁰³

Kohl soll in einem geharnischten Brief an Genscher klargestellt haben, daß er dessen Aussagen nicht teile und nicht zulasse, "daß die Bundesregierung durch solche öffentlichen Erklärungen auf Positionen festgelegt werde, die er nicht unterstützen könne."⁹⁰⁴ Denn, so Kohls außen- und sicherheitspolitischer Berater Teltschik, Genschers Rede hätte als Signal an die Sowjetunion aufgefasst werden können, daß die Bundesregierung für die Auflösung der Bündnisse gewesen sei, was wiederum der Westen als Einlenken der Deutschen gegenüber der Sowjetunion hätte mißverstehen können.⁹⁰⁵

Teltschik und Kohl selbst war allerdings durchaus auch bewußt, daß es mit der stets aufs Neue beschworenen Bündnistreue nicht getan war. Angesichts dessen, daß die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands von der sowjetischen Seite ebenso regelmäßig als unannehmbar abgelehnt wurde, stand das Problem im Raum, wie sich in der schwierigen Frage des zukünftigen Sicherheitsstatus noch etwas bewegen sollte, wenn auf westlicher Seite prinzipiell alles in den Bahnen bleiben sollte, in denen es war. Da es hinsichtlich der NATO-Bindung Deutschlands aus der Sicht der Bundesregierung und des westlichen Bündnisses keinen Verhandlungsspielraum gab, blieb auszuloten, welche Möglichkeiten sich boten, den sowjetischen Vorschlägen entgegenzukommen, den Prozeß der deutschen Einigung einzubetten in den gesamteuropäischen Einigungsprozeß.

⁹⁰² Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 860–873, hier S. 868, Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, Camp David, 24. Februar 1990.

Auch dazu: Was die vorübergehende Anwesenheit sowjetischer Truppen in einem geeinten Deutschland angehe, sei es außerdem wichtig, daß es zu keinem Junktim komme zwischen dem Abzug der sowjetischen Truppen und der Forderung von sowjetischer Seite nach einem ebensolchem Abzug der Amerikaner. Die Anwesenheit sowjetischer Truppen dürfe nicht in Parallelität zur Anwesenheit der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland und Europa gesehen werden. Beides sei nicht vergleichbar.

⁹⁰³ Zitiert nach H. Teltschik, 329 Tage, a. a. O., S. 182

⁹⁰⁴ H. Teltschik, 329 Tage, a. a. O., S. 182 f

⁹⁰⁵ Ebda.

Das Bemühen Kohls, respektive Teltschiks, die Sowjets davon zu überzeugen, daß auch für die Bundesregierung die deutsche Frage in den europäischen Prozeß eingebettet bleibe und der KSZE-Prozeß für sie daher Priorität habe, galt solcher Suche nach einem Kompromiß – eine Gratwanderung, denn was die Bundesregierung als "Angebote für die gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur" zu offerieren hatte, war kaum mehr als eine modifizierte Fortschreibung des Bestehenden bzw. ein Vorgriff auf die ohnehin zu erwartenden Ergebnisse der Abrüstungsverhandlungen.⁹⁰⁶ Die Leitlinie, abgestützt "auf bewährte Grundsätze und Philosophien der Sicherheit" auf der Grundlage der vorhandenen Sicherheitsstrukturen und Verhandlungsprozesse übergreifende europäische Sicherheitsstrukturen aufzubauen⁹⁰⁷, entsprach selbstverständlich nicht dem, was die sowjetische Seite als Zielstellung für den "gesamteuropäischen Prozeß" im Auge hatte: die Auflösung der Blöcke, ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen rechtsverbindlicher KSZE-Strukturen, die Synchronisierung des zunächst einzuleitenden europäischen Prozesses mit dem der deutschen Wiedervereinigung.

Der letzte Punkt ließ erkennen, daß die sowjetischen Vorstellungen schon hinter der aktuellen Entwicklung her hinkten.⁹⁰⁸ Die anlaufenden 2 + 4 Gespräche, vor allem die unmittelbar bevorstehende Wirtschafts- und Währungsunion, hatten das Tempo des Einigungsprozesses bereits dermaßen beschleunigt, daß er nur noch

⁹⁰⁶ Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 771-776, hier S. 776, Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl. Ohne Datum; vermutlich Anfang Februar 1990 in Vorbereitung des Treffens Kohl – Gorbatschow am 10. Februar 1990.

Es heißt dazu in der Zusammenfassung :

- " – Verzicht auf ABC-Waffen,
- Bereitschaft zu Verhandlungen über Umfang der zukünftigen deutschen Streitkräfte
- Umfassende und weitreichende Verifikation im Rüstungskontrollbereich, auch im Vorgriff auf vertragliche Regelungen,
- Inspektion der bei uns gelagerten amerikanischen C-Waffen,
- evtl.: Verzicht auf nukleare Kurzstreckenraketen und nukleare Artillerie,
- evtl.: Verzicht auf die Lagerung von Nuklearwaffen in Friedenszeiten."

⁹⁰⁷ Ebda.

⁹⁰⁸ Das heißt nicht, daß die sowjetische Seite nicht weiterhin auf der Synchronisierung des deutschen Einigungsprozesses mit dem gesamteuropäischen bestanden hätte: vgl. etwa eine Vorlage Teltschiks an Kohl v. 9. 3. 1990, in der Teltschik in Auswertung mehrerer Stellungnahmen Gorbatschows und Schewardnadses zu dem Schluß kommt, die sowjetische Seite benutze die deutsche Frage als Hebel für eine neue europäische Sicherheitsstruktur und drücke angesichts des beschleunigten Tempos der deutschen Einigung nun auch bei der europäischen Sicherheitsordnung "aufs Gas". Die sowjetische Position behalte zwar Flexibilität, wobei die Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands aber deutlicher als sonst ausgefallen sei. (Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl. Bonn, 9. März 1990, S. 921-923, hier S. 923); vgl. auch die zweite Gesprächsrunde der 2 + 4 Gespräche auf Beamtenebene in Berlin am 30. 4. 1990 (Ebda., S. 1075); vgl. auch H. Teltschik, 329 Tage, a. a. O., S. 158: "Die Äußerungen von Gorbatschow und Schewardnadse beweisen, daß sie die deutsche Frage jetzt als Hebel für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem benutzen wollen, von dem sie aber selbst noch nicht präzise wissen, wie es am Ende aussehen soll. Gleichzeitig stehen sie unter dem Zwang, ihre Deutschlandpolitik nach innen verständlich zu machen und abzusichern."

um den Preis des Scheiterns der Verhandlungen zu stoppen gewesen wäre. Das konnte aber kaum im Interesse Gorbatschows liegen, dessen Reformkurs ohne die Unterstützung des Westens zu scheitern drohte. Die enormen Anpassungsprobleme der sowjetischen Staatsunternehmen, die bei der Umstellung auf den Markt ohne die staatlichen Abnahmegarantien ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten, und die insgesamt desolate wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion stellten infrage, ob sich Gorbatschow auf dem im Juli 1990 stattfindenden Parteitag der KPdSU gegenüber den konservativen Kräften noch würde durchsetzen können. Seine Hoffnung, mit Hilfe einer Intervention der Bundesregierung innerhalb der EG staatliche Bürgschaften zu den dringend benötigten Bankkrediten im westlichen Ausland zu kommen⁹⁰⁹, ließ eine Haltung des "entweder-oder" nicht mehr zu.

Das war von deutscher Seite, insbesondere vom Bundeskanzler, wohl schon im Vorhinein so eingeschätzt worden. Laut Gesprächsprotokoll des Treffens mit Präsident Bush und Außenminister Baker Ende Februar in Camp David soll Kohl bereits damals im Hinblick auf die negative sowjetische Haltung gegenüber der NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands und der amerikanischen Truppenpräsenz in Deutschland gemeint haben, "Was die Sowjets jetzt sagten, gehöre zum Verhandlungspoker. Am Ende werde die Frage nach dem Bargeld stehen."⁹¹⁰ Ähnlich auch kurze Zeit später im Gespräch mit dem britischen Außenminister Hurd: "Er sei überzeugt, daß Gorbatschow und Schewardnadse in dieser Frage nur pokerten. ... er glaube, daß die Sowjetunion in Wirklichkeit den Wunsch habe, daß Deutschland in die NATO eingebunden bleibe. Die Motive hierfür seien wahrscheinlich nicht sehr freundschaftlicher Natur, aber das sei ihm gleichgültig."⁹¹¹

Nicht ganz so sicher bezüglich der Absichten Gorbatschows, doch insgesamt auch optimistisch äußerte sich Kohls Sicherheitsberater Teltschik nach der DDR-Wahl: Zum sicherheitspolitischen Status, für die Sowjetunion die Schlüsselfrage des deutschen Einigungsprozesses, und vor allem zur NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands hätte sich die sowjetische Seite bis dahin zwar nur negativ geäußert, doch spreche vieles dafür, daß die endgültige Haltung der Sowjetunion noch nicht festgelegt sei. Östliche Diplomaten und prominente Wissenschaftler wie Professor Datschitschew vermittelten den Eindruck, daß die Sowjetunion unter bestimmten Bedingungen letztlich doch eine NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands hinnehmen werde. Sie würde damit dem Beispiel anderer WP-Mitglieder, insbesondere Polens, der CSSR und Ungarns folgen.⁹¹²

⁹⁰⁹ Vgl. das Gespräch zwischen Bundeskanzler Kohl und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 4. Mai 1990 in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 1084–1090, insbesondere S. 1087, Anm. 3; es ging dabei um Wirtschaftshilfe des Westens in Höhe von ca. 20 Mrd. DM (vgl. H. Teltschik, 329 Tage, a. a. O., S. 226) und um einen von der Bundesregierung garantierten Bankenkredit von ca. 5 Mrd. DM.

⁹¹⁰ Ebda., S. 868

⁹¹¹ Ebda., Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Außenminister Hurd. Bonn, 12. März 1990, S. 932–935, hier S. 933

⁹¹² Vgl. die Stellungnahme der Außenminister der WVO-Staaten

Von deutscher Seite müsse darum u. a. der Fortbestand der NATO und die gesamtdeutsche Mitgliedschaft für die Sowjetunion relativiert werden, indem im Rahmen des Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesses die militärischen Potentiale so verringert würden, daß der Verlust der NVA und verbleibendes gesamtdeutsches Potential psychologisch verkraftet würden und "wir den Aufbau gesamteuropäischer Strukturen der Sicherheit vorantreiben, die die NATO sozusagen 'überwölben'".⁹¹³

Teltschik erläutert im weiteren die beabsichtigten Initiativen, wobei er in seinem Plädoyer für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem Vorschläge aufgriff (europäisches Konfliktzentrum, Rüstungskontrollverifikationszentrum, Eingehen auf entsprechende Vorstellungen Polens, der CSSR und Ungarns), die eindeutig aus dem Lager derer kamen, die sich für die Überwindung der militärischen Bündnisstrukturen, für ein System "kollektiver Sicherheit" im KSZE-Rahmen und gegen eine erneute Festschreibung der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands aussprachen.

Teltschik dazu in bewußter Verkenntung dieser letztlich entscheidenden Differenz: "Es gilt, überzeugend darzulegen, daß es nicht um ein Entweder-NATO-oder-europäische-Sicherheitsstrukturen geht, sondern daß wir beides wollen."⁹¹⁴

Was Kohl nicht wollte, war eine Erörterung der Sicherheits- und Bündnisfragen auf der bevorstehenden KSZE-Konferenz.⁹¹⁵ Im Prinzip sollten Fragen, die in den NATO-Rahmen gehörten, nicht einmal in den Zwei-plus-vier-Gesprächen behandelt werden⁹¹⁶; wobei jedoch klar war, daß die Sowjetunion bzw. die DDR ihre

⁹¹³ Ebda., Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl. Bonn, 23. März 1990, S. 970–975, hier S. 971

⁹¹⁴ Ebda., S. 975

⁹¹⁵ Vgl. etwa die Äußerung Kohls im Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten Bush, man dürfe sich hinsichtlich der 2+4-Gespräche nicht unter Zeitdruck setzen, dies helfe nur der Sowjetunion. "Der einzig relevante Termin sei der Termin der geplanten KSZE-Konferenz (geplant für November 1990, d. Verf.). Bis dahin müßten die Gespräche im Rahmen Zwei plus Vier beendet sein. Sonst würde das Thema auf der KSZE-Konferenz eine dominierende Rolle spielen." (Ebda., Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush. Camp David, 25. Februar 1990, a. a. O., S. 877)

⁹¹⁶ Vgl. ebda., Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush. 20. März 1990, S. 961–963, hier S. 962, wo Bush zu Kohl gesagt habe, er werde ferner daran erinnern, daß er die Gespräche 2 plus 4 als Forum für die Gespräche über die Rechte der Vier Mächte in Berlin und Deutschland ansehe. "Fragen betreffend die Sicherheit in Europa oder die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands würden in anderem Rahmen besprochen."

vgl. auch ebda., 20. Deutsch-britische Konsultationen. London, 30. März 1990, S. 996–1001, hier S. 997. Es heißt dort die NATO-Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands betreffend, die NATO-Fragen gehörten nicht zum Themenkatalog der Zwei-plus-Vier-Gespräche. Er, der Bundeskanzler, habe eine entsprechende Weisung gegeben, er wolle keinen Sonderstatus für Deutschland. Die Sowjetunion werde aber versuchen, die NATO-Fragen dort zu präjudizieren.

Noch deutlicher ein Fernschreiben von Präsident Bush an Bundeskanzler Kohl v. 3. 5. 1990, in dem Bush mitteilt, er habe die anderen NATO-Staats- bzw. Regierungschefs über seine Ziele im "Zwei-plus-Vier-Prozeß" informiert: volle Souveränität eines demokratischen, friedlichen geeinten deutschen Staates. "Zwei-plus-Vier" dürfe nicht

bekannten Positionen zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands und zur Synchronisierung des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten mit dem gesamt-europäischen Prozeß in die Verhandlungen würden einbringen wollen.⁹¹⁷

Das weitere Vorgehen der Bundesrepublik und der Westmächte nach der Wahl in der DDR wurde dennoch weder durch die Haltung der DDR in der Außen- und Sicherheitspolitik noch durch die sich offensichtlich verhärtende sowjetische Position bestimmt.⁹¹⁸ Der amerikanische Präsident Bush listete bereits Anfang

-
- über das Recht Deutschlands, volles Mitglied der NATO zu bleiben, verhandeln,
 - Anwesenheit und Disposition konventioneller und nuklearer alliierter Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland festlegen,
 - die gesamtdeutschen Streitkräfte zu begrenzen suchen, und
 - Vier-Mächte-Rechte durch neue Beschränkungen deutscher Souveränität ersetzen.

Die SU werde möglicherweise versuchen, genau diese vier Punkte einzubringen. Wie die Bundesregierung bereits festgestellt habe, solle die SU Zusicherungen zum militärischen Status des Gebiets der heutigen DDR erhalten einschließlich angemessener Vorkehrungen für eine zeitlich begrenzte Präsenz sowjetischer Truppen. Zusätzlich könne man Moskau anbieten, seine Sicherheitsinteressen in VKSE II bzw. den SNF-Verhandlungen zur Sprache zu bringen." (Ebda., Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl. Bonn, 3. Mai 1990, S. 1076–1078, hier S. 1077)

Bereits in den ersten zwei Gesprächsrunden Zwei plus Vier auf Beamtenebene (14. 3. 1990 in Bonn / 30. 4. 1990 in Berlin-Niederschönhausen) zeigte sich, daß die sowjetische Seite hinsichtlich der Tagesordnung den Themenkatalog um die Punkte NATO-Vertrag und Synchronisierung des deutschen Einigungsprozesses mit dem europäischen erweitert wissen wollte.

⁹¹⁷ Vgl. ebda., Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl. Bonn, 9. März 1990, a. a. O., S. 922:

"Der sowjetische AM präzisiert sowjetische Vorstellungen hinsichtlich einer Tagesordnung für die 2+4-Gespräche:

- Anerkennung der Grenzen,
- Ausschluß einer Kriegsgefahr vom deutschen Boden,
- Entmilitarisierung (großzügig definiert als Schaffung von Bedingungen, unter denen eine Aggression vom Territorium Deutschlands aus nicht möglich wäre),
- Garantien gegen Wiederentstehen des Nazismus,
- bündnispolitischer Status des vereinten Deutschlands,
- Viermächte-Verantwortung,
- Ausländische Truppen auf dem Territorium Deutschlands,
- Finanzielle und materielle Ansprüche an Deutschland (der Begriff Reparation fällt nicht)."

vgl. auch ebda., Zweite Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene. Berlin-Niederschönhausen, 30. April 1990, S. 1074–1076, hier 1075;

vgl. zur DDR auch Ebda., Gespräch von Vertretern der Bundesregierung und der Regierung der DDR im Rahmen des Mechanismus Zwei plus Vier. Berlin (Ost), 9. März 1990, S. 924–926; ebenso Ebda., Erste Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene. Bonn, 14. März 1990, 950–952, hier S. 952

⁹¹⁸ Die sowjetischen Vorschläge und Forderungen zum Einigungsprozeß und zum zukünftigen sicherheitspolitischen Status Deutschlands änderten sich zwischen Mai und Juli 1990 mehrfach. Das Grundproblem blieb die Frage der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands, die unverändert abgelehnt wurde. Während im informellen Kreis wohl durchaus signalisiert wurde, daß mit einem Einschwenken der sowjetischen

Mai in einem Schreiben an den Bundeskanzler die Schritte auf, die den Sowjets Bewegung im westlichen Bündnis signalisieren und Gorbatschow die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands erleichtern sollten.⁹¹⁹

Führung zu rechnen sei, schien sich die offizielle Position eher zu verhärten. Obgleich die Frage der Neutralisierung Deutschlands und auch die einer Doppelmitgliedschaft von Bundeswehr und NVA in ihren jeweiligen Bündnissen an sich schon vom Tisch war, wurden diese Forderungen wieder erneut gestellt. Am 22. Mai in der dritten Gesprächsrunde 2 + 4 auf Beamtenebene erklärte der sowjetische Vertreter, das künftige Gesamtdeutschland müsse freiwillig darauf verzichten, sein militärisches Potential zum Nutzen eines bestehenden Bündnisses einzubringen. Dies erforderten die sowjetischen Sicherheitsinteressen, die eine Veränderung des Kräftegleichgewichtes nicht zuließen." (Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., Dritte Gesprächsrunde Zwei plus Vier auf Beamtenebene, S. 1137–1142, hier 1137 f)

Vgl. auch die Unterrichtung der deutschen Seite über das Gespräch Gorbatschows mit Mitterand am 25. Mai 1990 in Moskau: der Schwerpunkt des Gesprächs habe auf dem künftigen militärischen Status Deutschlands gelegen, wobei Gorbatschow mehrfach den Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO abgelehnt habe. "Ein solcher Status bedeute spätestens mit dem Ablauf der Übergangszeit einen Bruch des bisherigen Gleichgewichts zwischen West und Ost. Während auf der einen Seite der Warschauer Pakt praktisch schon heute nicht mehr bestehe, werde die NATO gestärkt. ... Eindruck des Elysée: Gorbatschow habe Mitterand (und damit den Westen) zu überzeugen versucht, daß seine Haltung nicht oder zumindest nicht allein taktischer Natur sei, sondern eine feste Position dahinterstehe." (Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., Vorlage des Ministerialdirigenten Hartmann an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 30. Mai 1990, S. 1162–1164, hier S. 1163)

Als in der Tendenz maximalistischen und weitgehend inakzeptablen Forderungskatalog bewertete das Kanzleramt (Teltschik) einen sowjetischen Entwurf zu "Grundprinzipien für eine abschließende völkerrechtliche Regelung mit Deutschland", der beim zweiten Treffen der Außenminister der 2 + 4 am 22. Juni 1990 vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse vorgetragen wurde. Der sowjetische Vorschlag ließ nicht nur keine NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands zu, sondern schränkte zudem seine Souveränität in bis dahin nicht genannter Weise ein. Die formale völkerrechtliche Regelung mit der Ablösung der Vier-Mächte-Rechte sollte erst 21 Monate nach Abschluß der 2 + 4 Verhandlungen erfolgen, weiterhin waren u. a. 5jährige Übergangsfristen für die Lösung der sicherheitspolitischen Fragen vorgesehen. Während der 21 Monate hätte Deutschland beiden Bündnissen angehört. Die Streitkräfte des vereinten Deutschlands wären innerhalb von 3 Jahren auf 200000 Mann zu reduzieren gewesen. Außerdem hätten Bundeswehreinheiten nur noch westlich der Linie Kiel–Bremen–Frankfurt–Stuttgart–Konstanz stationiert werden dürfen, so daß sich eine entmilitarisierte Zone von ca 400 Kilometer Breite –zwischen NVA und Bundeswehr– in Nord-Süd Richtung durch ganz Deutschland gezogen hätte. Berlin wäre völlig entmilitarisiert worden, während auf dem Gebiet der DDR für weitere 5 Jahre sowjetische Truppen stationiert worden wären.

Der Entwurf entsprach nach Auffassung des Kanzleramts der Denkrichtung der deutschlandpolitischen Spezialisten im sowjetischen Außenministerium und wurde als im Vorfeld des Parteikongresses zu sehende Konzession Gorbatschows an seine innenpolitischen Gegner betrachtet. Der Westen sei gut beraten, so Teltschik, wenn er sich auf eine Einzeldiskussion der sowjetischen Vorschläge gar nicht erst einlassen würde. (Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 26. Juni 1990, S. 1262–1265)

⁹¹⁹

Präsident Bush hatte die wesentlichen Eckpunkte eines solchen Wandels in der NATO bereits in einem Vortrag an der Oklahoma State University am 4. Mai 1990 umrissen. Dazu B. Scowcroft:

Im Wesentlichen ging es darum, baldmöglichst ein NATO-Gipfeltreffen einzuberufen, auf dem die zukünftige politische Rolle der NATO im Blick auf die Neugestaltung Europas definiert werden sollte und auf den militärischen Faktor bezogen eine neue Strategie mit einer verringerten Präsenz zu entwickeln wäre.⁹²⁰

"On May 4, in a speech at Oklahoma State University, Präsident Bush formally called for a NATO summit. It should launch a wide-ranging NATO strategy review for the transformed Europe of the 1990s. It should address four critical points: the role that NATO could play in Europe; the conventional forces the alliance would need and its goals for conventional arms control; the role of nuclear weapons based in Europe and Western objectives in new arms control negotiations; and finally strengthening CSCE to reinforce NATO and protect democratic values in a Europe that was now whole and free. He also called for accelerated negotiations toward a CFE treaty and announced the cancellation of the SNF modernization program.", in: G. Bush / B. Scowcroft, a. a. O., S. 268

920

Diese als Zugeständnisse an die sowjetische Seite erscheinenden Ankündigungen waren keineswegs so selbstlos, wie man auf den ersten Blick glauben könnte. Bush stand unter erheblichem Druck des amerikanischen Senats, der auf eine Reduzierung der Militärausgaben und einen Abbau der militärischen Präsenz der Amerikaner in der NATO drängte. Wenn sich das in den offiziellen Verlautbarungen von Regierungsseite auch nicht niederschlug, die Haltung des Senats dürfte Bush hinsichtlich seiner Vorstellungen zum weiteren militärischen Engagement der USA in Europa nicht unbeeinflusst gelassen haben. Der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Senat, Senator S. Nunn, ließ in einer vielbeachteten Rede keinen Zweifel daran, daß die Militärausgaben im Blick auf die "haushaltspolitischen Realitäten" gekürzt werden müßten: "Die Frage lautet heute nicht, ob wir die Militärausgaben reduzieren. Das ist unvermeidlich. ..." Angesichts der in den USA im Vergleich zu den europäischen Parlamenten starken Stellung des Senats gegenüber dem Präsidenten war Nunns Feststellung einer solchen Notwendigkeit für Bush nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, stellten für ihn doch nach seinen eigenen Worten das Budget-Defizit und die für die zweite Jahreshälfte anstehenden Budgetverhandlungen damals eines der Hauptprobleme dar.

Nach Auffassung des Senats sollte eine dem politisch-militärischen Wandel und der verminderten äußeren Bedrohung angepaßte "vernünftige" neue Militärstrategie entwickelt werden, die es dann erlauben würde, durch eine Verringerung von Truppen die Militärausgaben zu reduzieren. Die Überlegungen zielten auf einen Abbau der Präsenz der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa und letztlich auf eine neue Aufgabenverteilung innerhalb der NATO: "Die NATO muß eine neue Strategie haben, die vom Bündnis als Ganzem entwickelt werden muß. Meine Vorstellungen im Hinblick auf die Rolle unseres Landes in einer neuen NATO-Strategie", so Nunn, "lauten folgendermaßen: Wir müssen auf spezialisierterer Aufgabenverteilung unter den NATO-Partnern bestehen. Die europäischen NATO-Mitglieder sollten primär für die erste Phase der Vorneverteidigung zu Lande –Bekämpfung der Panzertruppen– verantwortlich sein und sich nicht auf umfangreiche vorne stationierte US-Landstreitkräfte stützen. ..."

Das betraf in erster Linie die Deutschen, denen bis zum Eintreffen der Verstärkung, also amerikanischer Kampftruppen aus den USA, lediglich mehr Kampfunterstützungseinheiten zur Seite stehen sollten. "Entgegen der Ansicht der Administration, daß 195000 amerikanische Soldaten eine Mindeststärke darstellen, die von den Vereinigten Staaten nicht unterschritten werden darf, müssen wir meines Erachtens damit beginnen," so Senator Nunn, "für die kommenden Jahre ein erheblich geringeres Niveau einzuplanen. Ich stimme dem früheren Verteidigungsminister James Schlesinger zu, daß wir eine in Europa verbleibende Streitmacht in der Größenordnung von 75000 bis 100000 Soldaten innerhalb der nächsten fünf Jahre planen sollten."

Und auf die Deutschen gemünzt: "Diese Reduzierungen gehen nicht nur Hand in Hand mit der Abnahme der Bedrohung, sondern sie werden auch durch eine sich wandelnde

Als erster entscheidender Schritt auf dem Weg dorthin konnte Bushs Entscheidung gelten, die Modernisierung der Nuklearwaffen rückgängig zu machen und die Zahl ihrer Systeme zu vermindern.⁹²¹ Die Sowjetunion solle Zusicherungen zum militärischen Status des Gebietes der DDR erhalten, einschließlich angemessener Vorkehrungen für eine zeitlich begrenzte Präsenz sowjetischer Truppen.⁹²² Zusätzlich könne man Moskau anbieten, seine Sicherheitsinteressen in den VKSE II bzw. den SNF-Verhandlungen zur Sprache zu bringen.

In erster Linie dieser Themenkatalog bestimmte den "Fahrplan" des weiteren Vorgehens.⁹²³ Eine wichtige Station auf dem Weg zum Kompromiß war das Treffen Gorbatschows mit Bush Ende Mai 1990 in Washington, bei dem Gorbatschow die genannten Punkte als "Sicherheitsgarantien" angeboten wurden. Bush gelang es überdies, Gorbatschow darauf festzulegen, daß auch für ein vereintes Deutschland der Grundsatz gelte, "daß ein Volk das Recht habe, seine

Haltung der Deutschen gegenüber fundamentalen Fragen von Souveränität und Nationalismus erforderlich. Die Opposition gegen eine umfangreiche amerikanische Militärpräsenz in Deutschland wird immer mehr durch den wachsenden Verdruß über Ausbildung, Übungen, Manöver und Tiefflüge motiviert. ..." (Alle Zitate aus der Übersetzung in: Amerika Dienst, Nr. 16, 25; April 1990 des US-Information Service)

⁹²¹ Vor allem der Verzicht darauf, die nukleare Artillerie in Europa zu modernisieren und die Entwicklungsarbeit am Nachfolgemodell der taktischen Rakete "Lance" einzustellen. Vgl. dazu auch das Kommuniqué zur 47. Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO vom 8. – 10. Mai 1990 in Kananaskis, auf der die Außenminister der NATO-Mitgliedsstaaten den Schritt Bushs befürworteten, aber nicht eingehen auf den Vorschlag des deutschen Verteidigungsministers Stoltenberg, auf die atomare Artillerie insgesamt zu verzichten und auf eine dritte Nulllösung für Atomraketen kurzer Reichweite hinzuwirken. (BMVg, Material für die Presse vom 11. Mai 1990)

⁹²² Vgl. die Zusicherungen in den "Neun Punkten" Präsident Bushs vom 4. 6. 1990, vgl. auch die vorbereitenden Überlegungen zu diesem Zusammenhang in Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl, Bonn, 3. Mai 1990, S. 1076–1078, hier S. 1076 f.

⁹²³ Nach dem Vortrag von Präsident Bush am 4. Mai 1990 an der Oklahoma State University war im State Department eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die Vorschläge für den NATO-Gipfel erarbeitete und Ende Juni eine 22 Punkte umfassende Erklärung vorlegte. Diese wurde anschließend zur Abstimmung der britischen, deutschen, französischen und italienischen Seite sowie NATO-Generalsekretär Wörner zugesandt. Dazu B. Scowcroft:

"The declaration proposed to transform the alliance in four areas: 1. It would emphasize its political mission, and develop cooperation and partnership with former adversaries. The alliance pledged never to be the first to use force, proposed a non-aggression pact with members of the Warsaw Pact (not with the Pact itself), and invited those governments to establish diplomatic missions at NATO headquarters in Brussels. 2. It called for changing the character of conventional defense by moving away from 'forward defense' and relying increasingly on more mobile, truly multinational forces. The document also proposed follow-on conventional arms control negotiations (after the conclusion of a CFE treaty) further to limit offensive military manpower in Europe. 3. It announced a new NATO nuclear strategy, modifying 'flexible response' to reduce reliance on nuclear weapons and make them 'truly weapons of last resort'. 4. It proposed strengthening the CSCE process by giving it a new mandate to promote democratic institutions, operational capacity in the area of conflict prevention, and, for the first time, an institutional structure through a new secretariat and other bodies.", in: G. Bush / B. Scowcroft, a. a. O., S. 293

Bündnisse selbst zu wählen.", letztlich das Einverständnis, Deutschland könne selbst entscheiden, welchem Bündnis es angehören wolle – eine Aussage, hinter die Gorbatschow im Verlauf der weiteren Gespräche wohl schrittweise wieder zurückging.⁹²⁴

Die "Sicherheitsgarantien" waren konzipiert als der eine Teil des Angebots, das Gorbatschow im Interesse einer "konstruktiven Haltung" der sowjetischen Seite offeriert wurde, Kohls Zusage von Wirtschaftshilfe und Krediten als der andere. Folgte man der Einschätzung westlicher Politiker und Wirtschaftsexperten oder auch der Darstellung des damals gerade aus Moskau zurückgekehrten DDR-Ministerpräsidenten de Maizière⁹²⁵, so stand die Sowjetunion im Sommer 1990 kurz vor dem wirtschaftlichen Kollaps. Da Gorbatschow auf dem Anfang Juli bevorstehenden XXVIII. Parteikongreß der KPdSU angesichts der beispiellosen Kritik seiner innenpolitischen Gegner mit einer "Generalabrechnung" des konservativen Lagers zu rechnen hatte, hätte er sich bei einem Ausbleiben der "Erfolge" seiner Zuwendung zum Westen dem Vorwurf des Scheiterns seiner Reformpolitik ausgesetzt gesehen. Ohne die wirtschaftliche Unterstützung des Westens drohte im Blick auf die Unzufriedenheit und Enttäuschung in der Bevölkerung das Vertrauen in den Perestroika-Kurs endgültig wegzubrechen. Ohne Ergebnisse in der Suche nach Lösungen bei den sicherheitspolitischen Fragestellungen hätte es geheißen, Gorbatschow verkaufe die Sicherheit des Landes an den Westen.

Um sowjetische Befürchtungen hinsichtlich einer Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO zu zerstreuen, soll US-Außenminister Baker seinem sowjetischen Kollegen Schewardnadse wenig später⁹²⁶ vorgeschlagen haben, die Zahl der deutschen Soldaten zu begrenzen und die Zukunft der sowjetischen Truppen in Ostdeutschland zu regeln. Die Vorschläge seien als Erweiterungen der Sicherheitsgarantien zu betrachten, die Präsident Bush und er beim Treffen mit Präsident Gorbatschow vorgestellt hätten. Schewardnadse habe daraufhin nach Rücksprache mit Gorbatschow erklärt, wenn die amerikanischen Garantien verbindlich niedergelegt würden, könne sich die Sowjetunion auf eine deutsche Wiedervereinigung bis zum Jahresende 1990 einlassen. Deutschland werde dann selbstverständlich über seine Bündniszugehörigkeit frei entscheiden können.⁹²⁷ Gorbatschow habe dann am 12. Juni vor dem Obersten Sowjet seine Bereitschaft erklärt, ein vereintes Deutschland in der NATO zu akzeptieren. Voraussetzung sei allerdings, daß die Streitkräfte der DDR für eine Übergangszeit als assoziiertes Mitglied dem Warschauer Pakt angehören müßten – eine "Lösung", die an sich schon vom Tisch war. Gorbatschow habe noch hinzugefügt, daß das Problem der deutschen Wiedervereinigung leichter zu lösen sei, wenn sich die NATO-Führung entschließen könnte, aus ihrem militärischen Bündnis ein eher politisches zu bilden.

⁹²⁴ Vgl. M.R. Beschloss/S. Talbott, Auf höchster Ebene, a. a. O., S. 290 f; vgl. auch G. B. Scowcroft, a. a. O., S. 282 f, 288

⁹²⁵ Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., S. 1213

⁹²⁶ Am 5. Juni 1990 am Rande der KSZE-Konferenz in Kopenhagen

⁹²⁷ Vgl. die TV-Serie "Auf höchster Ebene", a. a. O.

Der NATO-Gipfel Anfang Juli 1990⁹²⁸ stand denn auch unter dem Vorzeichen, eben dies der sowjetischen Seite zu signalisieren. Worum es ging, machte ein Kommentar von J. Joffe in der Süddeutschen Zeitung deutlich, Überschrift "Ein Gipfel für Gorbatschow". In der NATO wolle man zum einen das vereinigte Deutschland im Bündnis halten, zum anderen die weitere Präsenz der Amerikaner in Europa sichern und schließlich dem bedrängten Gorbatschow die Hand ausstrecken. Gorbatschow dürfe weder sein Gesicht noch seinen Rückhalt verlieren: "... er muß 'kompensiert' oder auf gut deutsch 'bestochen' werden, um 'NATO plus Deutschland' zuzustimmen. ... ". Joffe einige Tage später, inzwischen in Kenntnis des Echos aus Moskau: "Das Historische am Londoner NATO-Gipfel war, daß er nicht so sehr zum Nutzen und Frommen der Verbündeten ausgerichtet worden war, als zur Stützung und Salvierung des jahrzehntelangen Feindes. Hier scheint die Londoner Versammlung ein voller Erfolg gewesen zu sein. Das bescheinigt ihr zumindest jene Macht, die 1949 an der Gründung des Bündnisses entscheidenden Anteil gehabt hat. Originalton des sowjetischen Außenamtssprechers Gennadi Gerassimow: 'Jetzt können wir den sowjetischen Generalen sagen, daß sie sich irren.'"⁹²⁹

Eben das tat Gorbatschow auf dem parallel zum NATO-Gipfel stattfindenden Parteitag der KPdSU. Die massive Kritik aus den Reihen der Militärs und der Ministerialbürokratie in der Partei am außenpolitischen Kurs Gorbatschows lief ins Leere. Gorbatschow hielt seinen Kritikern vor: "Wenn wir den Weg des Kommandosystems fortsetzen, werden wir das Land endgültig in den Bankrott führen. Die Vorzüge der Marktwirtschaft sind im Weltmaßstab bewiesen. ..."⁹³⁰ Außenminister Schewardnadse kanzelte Ligatschow, die Galionsfigur der Konservativen, und die hinter ihm stehende militärische Führungsspitze ab, welche Alternativen es denn zum Vorgehen in der DDR gegeben habe, außer der, die Entwicklung dort mit dem Einsatz einer halben Millionen Soldaten zu blockieren. Die Entscheidungen auf dem NATO-Gipfeltreffen seien in die richtige Richtung gegangen. Der Westen habe die Hand nach dem Osten ausgestreckt, man solle ihm nun auch die Hand entgegenreichen.

Die Botschaft aus London, daß die NATO den Kalten Krieg für beendet erklärt hatte⁹³¹, bestätigte der sowjetischen Öffentlichkeit eindrucksvoll die Richtigkeit der Kernaussage des Neuen Denkens, Sicherheit sei nicht in der militärischen Konfrontation, sondern in der Öffnung zur politischen, wirtschaftlichen und

⁹²⁸ 5./6. Juli 1990 in London

⁹²⁹ J. Joffe, Ein Gipfel für Gorbatschow, in: Süddeutsche Zeitung v. 5. 7. 1990

⁹³⁰ C. Schmidt-Häuer, Sieg nach der Standpauke, in: DIE ZEIT, Nr. 29, 13. Juli 1990

⁹³¹ NATO-Generalsekretär Wörner in seinem abschließenden Statement vor der Presse: "The cold war belongs to history. Our alliance is moving from confrontation to cooperation"; vgl. die als Ausdruck der Neuorientierung konzipierte "Londoner Erklärung" der NATO, mit der sie der Sowjetunion und den WVO-Staaten die Hand "zur Freundschaft und Zusammenarbeit" reiche (in: Europa-Archiv, 45. Jg. 1990, Nr. 17, S. 456). Die "Londoner Erklärung" war vorbereitet worden durch die "Botschaft von Turnberry", dem Ergebnis der Tagung des Nortatlantikrats vom 7. – 8. 6. 1990

kulturellen Zusammenarbeit zu finden. Teltschik berichtet, in der sowjetischen Presse sei ausführlich über den Gipfel berichtet worden, man habe ihn als historischen Durchbruch, als "Wasserscheide" zwischen zwei historischen Epochen bewertet. In der Iswestija habe es geheißen, die Sowjetunion sei noch nie seit ihrem Bestehen so sicher gewesen wie nun. Teltschik: "Damit wird in der sowjetischen Öffentlichkeit der Boden dafür bereitet, die NATO-Mitgliedschaft eines geeinten Deutschland akzeptieren zu können."⁹³²

Nicht einmal zwei Wochen später gab Gorbatschow den Weg frei: das vereinte Deutschland erhält die uneingeschränkte Souveränität, es kann die Frage seiner Mitgliedschaft in der NATO selbst entscheiden, die gesamtdeutschen Streitkräfte werden dem deutschen Vorschlag gemäß auf 370000 Mann reduziert⁹³³, die sowjetischen Truppen ziehen im Laufe von 3 – 4 Jahren ab, bis zum Abzug dürfen Bundeswehreinheiten, aber keine NATO-integrierten Verbände dort stationiert werden, nach dem Abzug ist dies möglich; weiterhin dürfen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR keine ausländischen Truppen stationiert und keine Atomwaffen transportiert oder gelagert werden; es sollen sich auch nach dem Abzug der sowjetischen Truppen keine NATO-Strukturen auf dieses Gebiet erstrecken; hinsichtlich des Aufenthaltes der sowjetischen Truppen und damit zusammenhängender Fragen sowie für die noch vorübergehende Anwesenheit der Truppenkontingente der Vier Mächte in Berlin werden bilaterale Verträge geschlossen.⁹³⁴

⁹³² H. Teltschik, 329 Tage, a. a. O., S. 305

⁹³³ Dazu der ehemalige Bundesaußenminister Genscher: "Es war durch die Gespräche, die ich mit Schewardnadse geführt hatte, auch durch das Gespräch mit Herrn Baker, für uns klar, daß die Sowjetunion der Natomitgliedschaft zustimmen würde. Was nicht entschieden war, war die künftige Stärke der Bundeswehr. Es war im Grunde eine Spanne zwischen 350000 und 400000 Soldaten. Diese Frage war noch zu beantworten: Wo liegt die Mannschaftsstärke? Die ist dann bei 370000 vereinbart worden. Und das Zweite war: Offenkundig hatte die Sowjetunion erhebliche Probleme mit der Rückführung der Streitkräfte in die Sowjetunion, und wir waren uns darüber im klaren, daß wir ihr hier helfen sollten und daß wir auch helfen konnten. Und deshalb reisten wir dorthin mit der prinzipiellen Bereitschaft, beim Bau von Wohnungen, bei Umschulungsmaßnahmen zu helfen, und die Höhe des Betrages ist dann im Einzelnen verhandelt und festgelegt worden.", zit. nach dem Beitrag Genschers in der TV-Serie "Auf höchster Ebene", a. a. O.

⁹³⁴ Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mitPräsident Grobatschow im erweiterten Kreis. Archys/Bezirk Stawropol, 16. Juli 1990, S. 1355-1367, hier 1357 ff; vgl. auch bei H. Teltschik, 329 Tage, a. a. O., S. 348 f.

Vgl. auch dpa, "Alliierten-Rechte werden abgelöst". Die Übereinkunft mit Moskau im Wortlaut, in: Süddeutsche Zeitung v. 17. 7. 1990

7.3. Das Ministerium für Abrüstung und Verteidigung und die Frage nach der Zukunft der NVA

Am 18. April 1990, einen Tag vor der Regierungserklärung Ministerpräsident de Maizières, war erstmals in der Geschichte der DDR ein Zivilist an die Spitze der Streitkräfte getreten, noch dazu, nach allem, was bekannt war, ein erklärter Gegner alles Militärischen. Bedingung dafür, daß der neue und zugleich letzte Verteidigungsminister der DDR, Rainer Eppelmann, sein Amt angenommen habe, sei gewesen, das MfNV zuvor –nomen est omen– in "Ministerium für Abrüstung und Verteidigung" umzubenennen.⁹³⁵ Eppelmann, Wehrdienstverweigerer und Wortführer der Ostberliner Friedensgruppen, gehörte schon weit vor der "Wende" zum harten Kern des politischen Widerstands in der DDR. Er wurde im Herbst 1989 durch sein unerschrockenes Auftreten in der Bürgerbewegung zu einem der Wegbereiter des gewaltfreien Wandels. Eppelmann, wie sein Ministerkollege Meckel im MfAA evangelischer Pfarrer, war Gründungsmitglied des Demokratischen Aufbruchs ("DA"), seit Mitte März 1990 nach der Enttarnung W. Schnurs auch dessen Vorsitzender und in Modrows "Regierung der nationalen Verantwortung" als Minister ohne Geschäftsbereich gewesen. Als solcher hatte er bereits die NVA besucht und bei der Diskussion mit den Offizieren offenbar einen guten Eindruck hinterlassen. "Ich war der Ansicht, daß Rainer Eppelmann als Verteidigungsminister gar keine so schlechte Lösung für die Armee sei.", so sein Vorgänger Admiral Hoffmann, " ... Sein Beruf als Pfarrer und die Tatsache, daß er den Dienst mit der Waffe verweigert hatte, wegen Ablehnung des Gelöbnisses als Bausoldat den Strafvollzug der NVA sogar von innen kennengelernt hatte, empfand ich nicht als entscheidenden Hinderungsgrund, nunmehr einem Verteidigungsministerium vorzustehen."⁹³⁶

Was Eppelmann am 2. Mai 1990 vor den versammelten Kommandeuren der NVA als Marschrichtung der neuen Regierung und seines Ressorts verkündete, schien noch dazu durchaus vereinbar zu sein mit den Vorstellungen zur Perspektive der NVA wie sie sich die Berufssoldaten wünschten: Die Einheit müsse, wie in der Regierungserklärung ausdrücklich festgestellt werde, schnellstmöglich kommen, wobei jedoch auch die Rahmenbedingungen so vernünftig, zukunftsfähig und menschlich wie nötig gestaltet werden müßten. Dazu gehöre insbesondere, daß der deutsche Vereinigungsprozeß im Einklang mit dem Bestreben stehen müsse, den europäischen Vereinigungsprozeß voranzubringen, für das gemeinsame europäische Haus die Blockkonfrontation endgültig zu überwinden und an Stelle der in den Jahren des kalten Krieges entstandenen Sicherheitsstrukturen allmählich neuartige, gesamteuropäische Strukturen zu entwickeln.⁹³⁷

⁹³⁵ Vgl. in "Militärreform" das Interview "Eine Nacht mit Rainer Eppelmann".

⁹³⁶ T. Hoffmann, a. a. O., S. 202, 203

⁹³⁷ Kommandeurstagung der Nationalen Volksarmee am 2. Mai 1990 in Strausberg, Vortrag des Ministers für Abrüstung und Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik, Herr Rainer Eppelmann, Redemanuskript, in: Sonderheft MW, a. a. O., S. 1– 48, hier S. 5

Es bestehe zwar keine akute Kriegsgefahr. "Dennoch wird die DDR, solange sie als selbständiger Staat fortbesteht, im Interesse ihrer äußeren Sicherheit ihre Volksarmee in angemessenem Umfang und streng defensiv strukturiert aufrecht erhalten müssen. Es wird auch nach der Vereinigung auf DDR-Territorium eine zweite deutsche Armee geben, die –in kein Militärbündnis integriert– hier eigene, territoriale Sicherheitsfunktionen ausüben wird und dementsprechend strukturiert, ausgerüstet und ausgebildet werden muß. Das ist auch das Ergebnis der Absprachen mit dem Bundesminister der Verteidigung der BRD, Dr. Stoltenberg. Es wird aber keine NATO-Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR geben."⁹³⁸ – doch Gesamtdeutschland wird der NATO angehören, wäre zu ergänzen.⁹³⁹

938

Ebda., S. 7

Zu den Vorstellungen bezüglich dieser "zweiten deutschen Armee" habe er, so Hoffmann, zu den Größenangaben und der Struktur auf der Kommandeurstagung als Anhalt vorgetragen, daß die Präsenzstärke, bei einer Einsatzstärke bei 250 000 Mann, bei 40%, also 100 000 Mann, hätte liegen sollen, zwei Drittel als Zeit- und Berufssoldaten.

"Landstreitkräfte mit Feldtruppen (39.000 Mann), gegliedert in zwei Armeekorps mit insgesamt 11 bis 12 Brigaden, die aus den gegenwärtigen Divisionen und Ausbildungszentren hervorgehen sollten, und mit Territorialtruppen (5.000 – 6.000 Mann), gegliedert nach Wehrbereichen gemäß der künftigen Länderstruktur der DDR;

Truppen der Luftverteidigung (22.000 Mann), gegliedert in zwei Luftverteidigungs- und eine LV-Unterstützungsdivision mit 4 Jagdfliegergeschwadern, 3 Fla-Raketenbrigaden, 6 Funktechnischen Bataillonen; angesichts ihrer schon im Frieden umfangreichen Aufgaben sollten sie mit 65% den höchsten Auffüllungsgrad im Soll erreichen;

Volksmarine (12.000 Mann), gegliedert in je eine Flottille der Raketen- und der Sicherungskräfte und zwei Küstenverteidigungsbrigaden (davon eine Mob.-Brigade);

Zentrale Truppen und Einrichtungen (19.000 Mann), die ausschließlich Sicherstellungsaufgaben im Interesse des Ministeriums und der Teilstreitkräfte zu erfüllen hätten und zu denen auch die Wissenschafts-, Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen gehörten. ...

In Übereinstimmung mit den sicherheitspolitischen Zielstellungen der neuen Regierung habe die NVA zur Aufrechterhaltung der Abwehrbereitschaft nach dem Prinzip minimaler Hinlänglichkeit beizutragen und ständig die notwendige Bereitschaft der Diensthabenden Systeme zu gewährleisten. ..."

Hoffmann damals wörtlich: "Bei der Erarbeitung der Zeitplanung für den Übergang der NVA auf ihre neue Struktur wird berücksichtigt, daß das Ausscheiden von Berufssoldaten in behutsamen Schritten geschieht. ..." (alle Zit. T. Hoffmann, a. a. O., S. 230 f)

Es stellt sich die Frage, ob in der genannten Absprache mit Bundesverteidigungsminister Stoltenberg tatsächlich von einer "zweiten deutschen Armee" die Rede war. Das würde dafür sprechen, daß die Position der Bundesregierung hinsichtlich der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zwar unverrückbar war, die Überlegungen im BMVg zur Zukunft der NVA aber noch relativ unbestimmt waren, jedenfalls noch keineswegs den Imperativ "Ein Staat – eine Armee" konkret umsetzen.

939

Eppelmann sieht sich zwar durch die Koalitionsaussage festgelegt, versucht sie aber zu relativieren, indem er die für eine Übergangszeit wohl nicht vermeidbare Mitgliedschaft als nur noch politisch interpretiert. Er schreibt: "Deshalb haben wir deutlich gemacht, daß es aus unserer Sicht, selbst wenn man von einer gesamtdeutschen politischen Mitgliedschaft in der NATO bis zur Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems ausgeht, keine Ausweitung der militärischen Präsenz der NATO auf das Territorium zwischen Oder und Elbe geben kann und geben wird. Es werden auf das heutige Gebiet der DDR keine Einheiten oder Einrichtungen des westlichen Bündnisses vorgeschoben

Eppelmann führt seine Aussagen im weiteren noch aus und meint auf die Streitkräfte in einem vereinigten Deutschland bezogen: "Was die NVA betrifft, so wird sie nach meiner Überzeugung solange weiterbestehen, wie in Europa zwei Militärbündnisse existieren. Sie wird die Aufgabe haben, unser Land vor Angriffen von außen zu schützen, damit wir nicht erpreßbar werden. Die Abrüstung muß in einer soliden und verlässlichen Art und Weise erfolgen. Und die NVA wird auch künftig für die Sowjetunion mit guten Gefühlen verbunden bleiben, wenn sie ohne NATO-Waffen bleibt. Auf dem Gebiet der jetzigen DDR darf es kein militärisches Vakuum geben. Daher ist eine Demilitarisierung im Sinne einer schnellstmöglichen Auflösung der NVA für uns nicht akzeptabel."⁹⁴⁰

Eppelmanns Konzept "Ein Staat – zwei Armeen" blieb vor dem Hintergrund der Orientierung auf den europäischen Prozeß, auf die Auflösung der beiden Militärbündnisse durch die Herausbildung kooperativer europäischer Sicherheitsstrukturen, durchaus auf der Linie der Regierungserklärung. Seine Aussagen zu den genannten Themenbereichen und auch seine Forderung, die NVA müsse in einem vereinten Deutschland in einer eigenständigen Organisationsform erhalten bleiben, entsprachen der Koalitionsvereinbarung der Ostberliner Regierung. In ihr waren für eine Übergangszeit auf dem Gebiet der DDR ausdrücklich Streitkräfte vorgesehen, die weder der NATO unterstellt noch Teil der Bundeswehr gewesen wären.⁹⁴¹

Die Militärs hörten es gern. Manches PDS-Mitglied unter den Berufsoffizieren sah sich beim Pfarrer Eppelmann besser aufgehoben als in der eigenen Partei, die die Demilitarisierung zum Wahlkampfthema gemacht hatte. Während das Echo auf Eppelmanns Rede bei seiner früheren Klientel in der Friedensbewegung eher gedämpft ausfiel, sparte man in der Armee nicht mit Lob: "Nicht nur der starke Beifall, sondern auch die anschließenden Diskussionen in den Arbeitsgruppen der

werden dürfen. Das bezieht sich auch auf die der NATO nahestehenden oder in sie einbezogenen Streitkräfte der Bundeswehr. Das ist nicht vorstellbar !" (Ebda., S. 8)

⁹⁴⁰ Ebda.

⁹⁴¹ Es hatte in dem Koalitionspapier unter dem Punkt Außen- und Sicherheitspolitik geheißen: "... Es ist davon auszugehen, daß das vereinigte Deutschland für eine Übergangszeit bis zur Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems Mitglied der sich in ihren militärischen Funktionen verändernden NATO sein wird. Die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands ist den osteuropäischen Staaten nur zumutbar, wenn damit sicher das Aufgeben bisher gültiger NATO-Strategien wie Vorverteidigung, flexible response und nuklearer Ersteinsatz verbunden ist. Auf dem heutigen Gebiet der DDR befinden sich für eine Übergangszeit neben den sowjetischen Streitkräften deutsche Streitkräfte, deren Aufgabe der Schutz dieses Gebietes ist und die weder der NATO unterstellt noch Teile der Bundeswehr sind. Die Regierung der DDR strebt eine drastische Abrüstung aller deutschen Streitkräfte an ..."

Die vom Kanzleramt vorgenommene Bewertung des Koalitionspapiers, es werde "die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands –wenn auch mit problematischen Kautelen– befürwortet", ist insofern nur bedingt zutreffend: "befürwortet" wird die Mitgliedschaft sicher nicht, sondern bestenfalls als wohl unvermeidlich hingenommen. Vgl. auch die Erklärung Ministerpräsident de Maizières am 29. April 1990 auf einer Pressekonferenz, daß "die heutige DDR bei der vorhandenen NATO-Doktrin und -Strategie nicht in die NATO gehen wird" (zit. nach T. Hoffmann, a. a. O., S. 221).

Teilstreitkräfte und Gespräche mit Teilnehmern zeigten, daß Rainer Eppelmann mit seinem Vortrag und seinem ganzen Auftreten, auch durch Diktion und Tonfall seiner Reden, die Mehrheit der Offiziere für sich eingenommen hatte."⁹⁴²

Kurz zuvor hatte man das wohl noch nicht überall in der Armee so gesehen. Hoffmann schreibt, er habe nicht wenige empörte Anrufe und Briefe bekommen. "Etliche gestandene Militärs konnten sich einfach nicht erklären, wie sich Generale und Admirale der NVA einem ehemaligen Wehrdienstverweigerer, oppositionellen Pfarrer und überzeugten Pazifisten geradezu willfährig unterordneten, nur weil ihn der Regierungschef zum Minister berufen und die Volkskammer ihm das Vertrauen ausgesprochen hatte. Da war sicher noch viel altes Denken zu verspüren. Wir wollten aber an unserer Loyalität keinen Zweifel zulassen und waren gewillt, unter jedem verfassungsmäßig berufenen Minister treu und ehrlich zu dienen, unsere militärische Kompetenz voll in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen, solange diese Kompetenz gebraucht und verlangt würde."⁹⁴³

Das wurde Admiral Hoffmann und dem Kreis der militärischen Führung nicht leicht gemacht. Das Problem lag zunächst nicht in der Person Eppelmann, nach den Aussagen von Insidern soll aber schwer zu verkraften gewesen sein, was man sich in Minister Eppelmans Gefolge als zivile Führung habe zumuten lassen müssen.

Zu Eppelmans Mitarbeiterstab⁹⁴⁴ gehörten in der Tat eine Reihe bemerkenswerter Persönlichkeiten, denen vor allem eines gemeinsam war, daß sie kein besonderes Faible für die NVA hatten.⁹⁴⁵ Das bekamen die Militärs zu spüren.

⁹⁴² T. Hoffmann, a. a. O., S. 229

⁹⁴³ Ebda., S. 203

⁹⁴⁴ Der Mitarbeiterstab von Minister Eppelmann:

- Staatssekretär W. E. Ablaß (DA) als ständiger Stellvertreter des Ministers – zuvor Pfleger in einer Diakonieanstalt für Behinderte, dann im Buchhandel tätig, später Versicherungskaufmann, nach einem Ausreisantrag arbeitslos, zuletzt Leiter eines evangelischen Altenheims in Mecklenburg. Ablaß war über das Neue Forum zum "Demokratischen Aufbruch" gekommen. Nach der Einheit Leiter der Außenstelle des BMVg in Strausberg.
- Parlamentarischer Staatssekretär Dr. med B. Wieczorek, Arzt, stv. Fraktionsvorsitzender der CDU in der Volkskammer. Nach der Einheit MdB.
- Staatssekretär für Abrüstung F. Marczynek (SPD) – zuvor Hauptmann in der NVA, hatte im Januar 1990 sein Studium an der Militärakademie "Friedrich Engels" abgebrochen und auf dem Ostberliner Alexanderplatz seinen Truppenausweis öffentlichkeitswirksam vor laufenden Fernsehkameras zerrissen, danach Engagement in friedenspolitischer/Abrüstungs-Thematik, Mitarbeiter bei Dr. W. Romberg.
- Soldatenbeauftragter M. Hahn – Abiturient/Praktikant bei der DEFA, Vorsitzender der Jugendorganisation des DA.
- Umweltbeauftragter M. Gille, ebenfalls aus dem DA

Als erste Überraschung zeigte sich gleich nach der Amtsübernahme der neuen zivilen Führung im MfAV, daß die Militärreform, bis dahin das Symbol der demokratischen Erneuerung der NVA, auf ein Minimum zurückgefahren wurde. Im Vergleich zu dem bis dahin mit Priorität versehenen Reformprogramm und den zahlreichen mit seiner Umsetzung beschäftigten Arbeitsgruppen hatte der sog. "Bevollmächtigte für die Militärreform", Generalleutnant Baarß, nun nicht mehr viel vorzuweisen: ein Dienstzimmer, ein Telefon, eine Schreibkraft und ein Fahrzeug mit Fahrer.⁹⁴⁶ Baarß unternahm zwar noch den Versuch, vor dem Volkskammerausschuß für Abrüstung und Verteidigung auf eine Fortsetzung der Militärreform hinzuwirken. Der bisherige Reformprozeß sei erst die Auftaktphase gewesen, die eigentliche Hauptetappe stehe noch bevor. Es gehe um die Gestal-

-
- Leiter des Personalamtes G. Engelmann – Lehrer mit Berufsverbot, Techniker in einem Energiebetrieb, Vorsitzender des DA in Halle, nach der Einheit Vizepräsident der Wehrbereichsverwaltung VII in Strausberg.
 - Leiter des Beraterstabs und "rechte Hand" des Ministers D. Herbst – Religionslehrer aus Celle, frühere Zusammenarbeit mit Eppelmann in der Friedensbewegung.
 - weitere zivile Mitarbeiter aus Eppelmanns Partei "Demokratischer Aufbruch"
 - Ministerialrat Dr. Krüger-Sprengel aus dem BMVg, der Eppelmann als "Berater" die Vorstellungen des Bonner Verteidigungsministeriums zur Eingliederung der NVA nahegebracht haben soll (Admiral Hoffmann im Gespräch mit dem Verf.).
 - Leiter des Leitungsstabes und Adjudant des Ministers Oberst H.-W. Weber – der schon genannte Weber (vgl. H.-W. Weber, Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel, a.a.O.) wurde eine Woche später schon wieder entlassen und durch Oberst J. Roth ersetzt. Weber, bis dahin Abteilungsleiter im Bereich "Neuererwesen" im MfNV, war abgelöst worden, als durch eine Veröffentlichung in der FDJ-Zeitung "Junge Welt" entdeckt wurde, daß er und zwei Militärmediziner sich im Februar 1990 mit einem Brief an Bundesverteidigungsminister Stoltenberg gewandt hatten, in dem sie dazu aufforderten und zugleich ihre Hilfe anboten, die alten Strukturen in der DDR zu zerschlagen, die NVA aufzulösen und die äußere Sicherheit der DDR durch die Bundeswehr übernehmen zu lassen.

Zur Gliederung, Aufgabenverteilung und Stellenbesetzungsliste des neuen Ministeriums siehe Anlage 42; vgl. auch bei T. Hoffmann, a. a. O., S. 208 f, 215, S. 227 ff und auch bei W. E. Ablaß, Zapfenstreich, a. a. O., S. 33 f.

⁹⁴⁵ Staatssekretär Ablaß beschreibt seine Haltung zur Nationalen Volksarmee mit den Worten: "Ich konnte mich nicht mit dem Staat identifizieren, dessen eine Säule die Nationale Volksarmee neben der Staatssicherheit und der Polizei war. Dabei war es unerheblich, welche der drei Säulen die stärkste oder gefährlichste war, ich wollte mit allen nichts zu tun haben. ... " (W. E. Ablaß, Zapfenstreich, a. a. O., S. 23). Seine Einstellung habe sich jedoch im Laufe der Zeit im Ministerium geändert, denn er habe die NVA zwar nie geliebt, "ich habe aber in der Erfüllung meiner Aufgabe und in der Verantwortung vor den und für die Menschen begriffen, daß hinter dieser Säule des Staates viele individuelle Schicksale standen." (Ebda., S. 9)

Ablaß' Kollege Marczinek, Staatssekretär für Abrüstung, äußerte anlässlich eines Besuchs bei der Führungsakademie der Bundeswehr laut dem STERN (27/90), die "stalinistischen Elemente" in der NVA seien bislang nur "mit Seifenlauge traktiert worden, künftig wolle der Minister mit Salzsäure nachwaschen" (vgl. die Reaktion in der NVA bei T. Hoffmann, a. a. O., S. 276).

⁹⁴⁶ Laut Auskunft von K. Baarß gegenüber dem Verf.

tung einer Armee, die im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses "einseitige und vertraglich vereinbarte Abrüstungsschritte unterstützt, integriert in die Militärorganisation des Warschauer Vertrages, die Wandlung von NATO und Warschauer Vertrag in überwiegend politische Bündnisse anstrebt sowie zur Schaffung blockübergreifender Sicherheitsstrukturen in einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft beiträgt."⁹⁴⁷ Der Appell fand kein Echo,⁹⁴⁸ Anfang Mai 1990 stellte die "Expertengruppe Militärreform" ihre Arbeit ein.⁹⁴⁸

Der naheliegende Gedanke, es habe zwischen politischer und militärischer Führung der NVA Differenzen hinsichtlich der politischen Zielvorstellungen der Militärreform gegeben, ist sicherlich nicht zutreffend: Baarß' Ausführungen entsprachen den Vorgaben der Regierungserklärung de Maizières⁹⁴⁹ und unterschieden sich nicht von den Ausführungen Minister Eppelmanns auf der NVA-Kommandeursversammlung. Das Motiv dafür, die Militärreform endgültig versanden zu lassen, dürfte im Kompetenzanspruch der zivilen Führungsspitze des Ministeriums zu suchen gewesen sein.⁹⁵⁰

⁹⁴⁷ Programm zur Fortsetzung der Militärreform in der Deutschen Demokratischen Republik, Blatt 19–21, hier Bl. 19; in: Redemanuskript, Ausführungen des Bevollmächtigten für die Militärreform vor dem Volkskammerausschuß für Abrüstung und Verteidigung am 09. Mai 1990, Batt 1 – 21

⁹⁴⁸ T. Hoffmann, a. a. O., S. 209; Baarß blieb weiterhin Bevollmächtigter für die Militärreform und äußerte sich in dieser Funktion und als Hauptinspekteur der NVA gegenüber der politischen und militärischen Führung noch mehrfach zum Zustand der Truppe und zur Lage in der NVA.

⁹⁴⁹ Wenn das Kanzleramt bei der Bewertung der Regierungserklärung de Maizières noch zu der Einschätzung kam, die Passage zur "Vorreiterrolle" der DDR in der Abrüstung beschränke sich auf allgemeine Aussagen und bleibe "im Detail vergleichsweise blaß" (Dokumente zur Deutschlandpolitik, a.a.O., S. 1022, Vorlage des Ministerialdirigenten Hartmann an Bundeskanzler Kohl – Bonn, 19. April 1990), so waren die Ausführungen von Generalleutnant Baarß bereits recht konkret. Insofern führt auch der Satz in der Kanzleramtsvorlage "Die Wiener VKSE-Verhandlungen werden an keiner Stelle ausdrücklich erwähnt." (Ebda., S. 1023) in die Irre. Von militärischer Seite her waren bereits –die erwarteten Ergebnisse der VKSE-Verhandlungen vorwegnehmend– Stärke und Struktur der künftigen Armee auf eine erhebliche Reduzierung und eine völlige Änderung ihres Charakters hin ausgerichtet. Vgl. die Ausführungen des Ministers und Hoffmanns auf der Kommandeurstagung der NVA am 2. Mai 1990 zur Gesamtstärke und Gliederung der Armee und zu den Größenordnungen der Waffensysteme.

Vgl. auch T. Hoffmann, a. a. O., S. 225 ff, dort hinsichtlich der Wiener Verhandlungen: "Die nach der Realisierung eines Wien-I-Abkommens übrig bleibenden Streitkräfte und Rüstungen werden noch nicht das für die Gewährleistung der militärischen Sicherheit in Europa anzustrebende Minimum darstellen. Ein Europa mit kooperativen Sicherheitsstrukturen benötigt gewiß weitaus weniger Streitkräfte und Rüstungen. Deshalb treten wir dafür ein, die Wiener Verhandlungen unmittelbar nach Abschluß eines ersten Abkommens weiterzuführen und sie auf die weitere Reduzierung der noch verbleibenden offensiven Rüstungen, darunter insbesondere der Kampfflugzeuge, zu konzentrieren. In diesem Zusammenhang könnte dann die NVA weiter reduziert werden."

⁹⁵⁰ Baarß' Vorgänger, Generalleutnant Süß, war noch dem damaligen Verteidigungsminister Admiral Hoffmann unmittelbar unterstellt und hatte in den Belangen der Militärreform auf allen Ebenen im Ministerium und in der Truppe Befehlsbefugnis. Wenn man diese starke Stellung hätte aufrecht erhalten wollen, hätte das Amt des "Bevollmächtigten für

Auch Admiral Hoffmann, unter seinem Nachfolger Eppelmann in dem eigens für ihn geschaffenen Amt eines "Chef der Nationalen Volksarmee" weiterhin im Dienst, hatte zur Kenntnis zu nehmen, daß sich unter der neuen politischen Führung im Verteidigungsministerium die Handlungsfreiheit der militärischen Führung darauf beschränkte, lediglich noch rein innermilitärische Vorgänge zu bearbeiten. Unter dem Vorwand, man möge sich nicht "zu politischen Entscheidungen äußern oder gar in solche einmischen"⁹⁵¹, so Hoffmann, sei man immer weniger einbezogen worden in Beratungen zu Grundsatzfragen oder Entscheidungsvorbereitungen. Statt dessen habe die politische Führung an der militärischen vorbei in die verschiedenen Bereiche des Ministeriums und in die Teilstreitkräfte hineinkommandiert bzw. kommandieren lassen.⁹⁵²

Wie sich im weiteren zeigen sollte, betrafen die "politischen Entscheidungen" in erster Linie den Prozeß der Schaffung "gesamtdeutscher Streitkräfte", Fragen, auf die man so von Seiten der militärischen Führung keinen Einfluß mehr hatte. Als Beispiel dafür, wie wenig deren Sachverstand im Vorfeld der Positionsfestlegung gefragt war, um nicht zu sagen, wie unerwünscht die Mitsprache der militärischen NVA-Führung war, führt Hoffmann die Verhandlungen zwischen BMVg und NVA-Führung zum Einigungsvertrag an: Der von ihm für die gemeinsame Streitkräftekommission beider deutscher Staaten nominierte Chef des Hauptstabes der NVA, Generalleutnant Grätz, habe nur einmal an den Sitzungen teilnehmen können, dann sei er nicht mehr eingeladen worden. "Man wollte wohl –ob nun der Staatssekretär Ablaß selber als Vorsitzender der DDR-Seite oder die Vertreter der Bundeswehr– niemanden von der Führung der NVA in dieser Kommission haben. Da über die Tätigkeit dieser [Kommission, der Verf.] strengstes Stillschweigen befohlen worden war, tappten wir also weiter im Dunkeln und erlebten dann unangenehme Überraschungen, als es ohnehin fast zu spät war, noch auf Veränderungen hinzuwirken."⁹⁵³

Hoffmann meint wohl nicht zu Unrecht, daß dieses Vorgehen System gehabt habe, denn in der Tat wurde die militärische Führung als "Führung" und als potentieller Machtfaktor auf diese Weise ausgeschaltet. Die Regie habe eindeutig beim Westen gelegen, dort habe man sich schon frühzeitig mit der "Demontage der NVA und der Eingliederung ihres materiellen und personellen Potentials in die Bundeswehr" beschäftigt.⁹⁵⁴

die Militärreform" dem "Chef der Nationalen Volksarmee" zugeordnet werden müssen oder aber dem Bereich des Staatssekretärs Ablaß als demjenigen, der de facto in den administrativen Fragen die Entscheidungen traf. Wenn dies nicht erfolgte und Generalleutnant Baarß in der beschriebenen Weise beim Parlamentarischen Staatssekretär aufs Abstellgleis geschoben wurde, dann geschah das sicher nicht von ungefähr.

⁹⁵¹ T. Hoffmann, a. a. O., S. 253

⁹⁵² Ebda., S. 252 f

⁹⁵³ Ebda., S. 274

⁹⁵⁴ Ebda. – Hoffmanns Klage bezieht sich auf die militärische Führung der NVA, die zur Beratung der Planungen und der anstehenden Entscheidungen nicht hinzugezogen, ja nicht einmal informiert worden sei. Das heißt nicht, daß die NVA nicht ihre Vorschläge in die Verhandlungen habe einbringen können. Es gab zwischen Juni und August 1990

Die von Eppelmann erwähnte Begegnung mit dem westdeutschen Bundesverteidigungsminister Stoltenberg, das erste Zusammentreffen eines BRD- und DDR-Verteidigungsministers überhaupt, hatte am 27. April im "Holiday Inn"-Hotel am Flughafen Köln-Bonn stattgefunden.⁹⁵⁵ Laut Bundeswehr-General Schönbohm habe es, was das grundsätzliche Verständnis gemeinsamer deutscher Interessen anbelangte, zwischen den beiden Delegationen recht unterschiedliche Auffassungen gegeben. "Eppelmann und seine Begleitung sahen zwischen NATO und Warschauer Pakt keine wesentlichen Unterschiede. Sie hatten die Hoffnung, daß die beiden Bündnisse in den KSZE-Prozeß übergehen oder in irgendeinem nicht näher definierten europäischen Sicherheitssystem aufgehen würden und die DDR dabei eine Brückenfunktion zwischen Ost und West übernehmen könnte. Unsere Auffassung, daß Deutschland auch in Zukunft in der NATO bleiben müsse, daß nicht die NATO, wohl aber der Warschauer Pakt seine Existenzberechtigung verloren habe, stieß auf Unverständnis. Ebensowenig Zustimmung fand der Gedanke an den Verbleib der US-Truppen im Gegensatz zum Abzug der sowjetischen Truppen in unserem Land. Von der Bedeutung der Vereinigten Staaten und der Präsenz ihrer Truppen für die europäische und deutsche Sicherheit waren unsere Gesprächspartner noch nicht zu überzeugen."⁹⁵⁶

Schönbohms forscher Ton kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß man von Seiten der Bundesregierung zu dem Zeitpunkt noch keineswegs sicher sein konnte, die eigenen Vorstellungen durchsetzen zu können. So zuversichtlich in Bezug auf den positiven Ausgang der Zwei-plus-Vier Gespräche der Kanzler die politische Lage auch beurteilte, der militärpolitische Status Deutschlands blieb im Einigungsprozeß das entscheidende Problem. Wenn Schönbohm den Eindruck erweckt, Eppelmann und seine NVA-Delegation hätten "irgendwelche" abstrusen Auffassungen vertreten und sich nur noch nicht von der richtigen Sicht der Dinge überzeugen lassen, so ist das natürlich nicht ernst zu nehmen. Die Position der

mehr als ein Dutzend Treffen der jeweiligen Arbeitsgruppen beider Ministerien. Abgesehen davon beschäftigte Staatssekretär Ablaß einen eigenen Planungsstab unter Führung des schon erwähnten Generalmajor Deim, der im Ministerium auch bis dahin schon für die Entwürfe der verschiedenen Strukturmodelle der NVA verantwortlich gezeichnet hatte und auf DDR-Seite die gemeinsame Streitkräftekommission leitete. Der ausschlaggebende Punkt für Hoffmanns Kritik dürfte wohl gewesen sein, daß dort, wo es strittige Punkte gab, sich Ablaß als Verhandlungsführer des MfAV nicht mit der militärischen Spitze seines Ministeriums beraten hat, sondern mit seinem Gegenüber im BMVg, Staatssekretär Carl, der ihm dann natürlich zu der vom BMVg geplanten Regelung geraten hat. Ob es für die NVA nach Archys noch bessere oder überhaupt andere Möglichkeiten gegeben hätte, steht dahin, mit den Militärs darüber diskutiert worden ist jedenfalls nicht. Von daher ist es im Blick auf die von militärischer Seite als völlig unzureichend bewerteten Verhandlungsergebnisse verständlich, wenn man sich mit der (politischen) Führung in seinen schlimmsten Befürchtungen bestätigt sah, nämlich "verraten und verkauft" zu werden.

⁹⁵⁵ Nach J. Schönbohm fand die Begegnung in dem Flughafen-Hotel statt, weil Eppelmann Wert darauf gelegt habe, sich mit ihm an einem neutralen Ort und nicht im BMVg zu treffen (J. Schönbohm, *Zwei Armeen und ein Vaterland*, a. a. O., S. 24).

⁹⁵⁶ Ebda.

DDR-Seite stimmte in den genannten Punkten weitgehend mit der sowjetischen überein.⁹⁵⁷

Folgt man Schönbohm, der auf Bonner Seite damals für die Planung der gesamt-deutschen Streitkräfte verantwortlich war, so müßte es an sich ausgeschlossen sein, daß Eppelmanns Perspektive, während einer Übergangszeit solle es auf dem Gebiet der DDR Streitkräfte geben, die weder der NATO unterstellt noch Teil der Bundeswehr seien, zumindest eine Zeit lang auch die der Bundeswehr gewesen sein könnte. Schönbohm schreibt, eine Arbeitsgruppe seines Planungsstabes habe sich seit Februar 1990 mit den Fragen künftiger deutscher Streitkräfte befaßt und Anfang Juli dann vorgeschlagen, "die Verbände und Einrichtungen der NVA zunächst als Einheiten der Bundeswehr zu übernehmen, sie schrittweise aufzulösen, um dann neue, gemischte Truppenteile nach Bundeswehrkriterien aufzustellen."⁹⁵⁸ Schönbohm fügt an, in der DDR habe man offensichtlich nur wenig von diesen Planungen gewußt oder sie nicht geglaubt.

Das mußte man auch nicht unbedingt. Abgesehen davon, daß die militärische Führung der NVA im Gegensatz zur politischen über die Planungen wohl tatsächlich nicht informiert war⁹⁵⁹, dürfte es von Bundeswehrseite her gar nicht so klar gewesen sein, die NVA aufzulösen, wie Schönbohms Darstellung glauben läßt. Zunächst einmal ist festzuhalten, daß die Frage des militärpolitischen Status eines vereinten Deutschland von Beginn an, also mit den ersten Überlegungen zur Herstellung der staatlichen Einheit, als Problem im Raum stand.⁹⁶⁰ Dabei spielte neben den Grundsatzfragen Bündniszugehörigkeit, Neutralisierung, Demilitarisierung auch die Frage deutscher Streitkräfte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine nicht unwesentliche Rolle.

In der konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik des Kabinettsausschusses Deutsche Einheit Mitte Februar 1990 kam es zwischen Bundesaußenminister Genscher und Bundesverteidigungsminister Stoltenberg zu Meinungsverschiedenheiten darüber, ob es solche Streitkräfte geben solle. Stoltenberg erklärte sich mit dem vorgestellten Konzept einverstanden, daß

⁹⁵⁷ Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, a.a.O., Erstes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier. Bonn, 5. Mai 1990, S. 1090–1094, hier S. 1092–1094

Angeblich soll Eppelmann am Tag nach seiner Bonner Stippvisite beim Treffen mit seinem sowjetischen Kollegen Marschall Jasow in Moskau "agitorisch" geäußert haben, man könne bei den 2 + 4-Gesprächen statt von den Verhandlungen zweier deutscher und vier alliierter Staaten des zweiten Weltkrieges auch von denen zwischen zwei Staaten des Warschauer Vertrages und vier Staaten der NATO sprechen (vgl. T. Hoffmann, a. a. O., S. 218)

⁹⁵⁸ J. Schönbohm, Zwei Armeen und ein Vaterland, a. a. O., S. 28

⁹⁵⁹ Vgl. T. Hoffmann, a. a. O., insbesondere S. 274 f.

⁹⁶⁰ Als ein diesbezüglich erstes, noch stichpunktartiges Konzept kann die Vorlage "Gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur" von Kanzleramtsberater Teltschik vom 7. Februar 1990 gelten. Das Papier spricht alle wesentlichen Punkte an und umreißt in etwa bereits die Position der Bundesregierung (Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., Vorlage des Ministerialdirektors Teltschik an Bundeskanzler Kohl. Ohne Datum, S. 771–776)

Gesamtdeutschland Mitglied der NATO bleiben solle, ohne daß das DDR-Gebiet Bündnisgebiet werde. Für ihn stelle sich allerdings die Frage, ob die Schutzgarantie des Bündnisses auch für das DDR-Gebiet gelte. Wenn dort zukünftig auch keine NATO-Verbände stationiert werden dürften, müsse es doch möglich sein, ein nichtintegriertes deutsches Territorialheer aufzustellen. Es sei jedenfalls nicht vorstellbar, schon im Blick auf die psychologische Wirkung bei den Menschen nicht, daß es in einem vereinten Deutschland mit dem entmilitarisierten Territorium der ehemaligen DDR Zonen unterschiedlicher Sicherheit gebe. In dem Zusammenhang stelle sich auch die Frage nach der Zukunft der NVA und wie die nach seiner Ansicht unverzichtbare Wehrpflicht dann gehandhabt werden solle.⁹⁶¹

Auch Außenminister Genscher sah ein vereintes Deutschland als Mitglied der NATO und unterstrich, daß die Bündnisgarantie für ganz Deutschland gelten müsse, ohne daß damit aber die bisherige "NATO-Grenze" auf das Gebiet der DDR nach Osten vorgeschoben werde. Das bedeute, daß Nato-Truppen und -einrichtungen auf DDR-Gebiet nicht stationiert werden könnten. Darüber hinausgehend und im Unterschied zu Stoltenberg sprach sich Genscher nachdrücklich gegen den Gedanken aus, "nichtintegrierte Bundeswehreinheiten" in der DDR zu stationieren. Dies würde auf Widerstand von allen Seiten stoßen und sei insofern keine Option. Was die Wehrpflicht betreffe, könne er sich vorstellen, das, was in Berlin möglich sei, auch für Ostdeutschland zu übernehmen.⁹⁶²

Die Frage nach der Stationierung von Bundeswehreinheiten auf dem Gebiet der DDR und damit auch nach der Zukunft der NVA stand bereits einen Tag später bei einer Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt wieder auf der Tagesordnung. Der damalige Generalmajor Naumann⁹⁶³, stellte dabei anläßlich eines Vortrags zur Thematik "Sicherheitsinteressen eines vereinigten Deutschlands" fest, daß, so das Protokoll der Sitzung, ohne die Präsenz von deutschen Streitkräften auf dem Gebiet der ehemaligen DDR "eine Verteidigung nicht oder nur unter Inkaufnahme erheblicher Gelände-Opfer denkbar ist; eine Stationierung deutscher, nicht integrierter Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR sei deshalb aus militärischen Gründen unerläßlich. ..."⁹⁶⁴

Nach H. Teltschik sei der Streit zwischen Stoltenberg und Genscher dermaßen eskaliert, daß der Kanzler ein Machtwort habe sprechen müssen. Daraufhin hätten beide eine gemeinsame Erklärung zu den sicherheitspolitischen Fragen der deutschen Einheit veröffentlicht. Dabei habe sich Genscher durchgesetzt, denn

⁹⁶¹ Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., Konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik des Kabinettausschusses Deutsche Einheit. Bonn 14. Februar 1990, S. 830–831; vgl. auch die Darstellung bei H. Teltschik, 329 Tage, a. a. O., S. 148 f.

⁹⁶² Ebda.

⁹⁶³ Generalmajor K. Naumann war zu diesem Zeitpunkt Stabsabteilungsleiter Fü S III im BMVg

⁹⁶⁴ Ebda., Vermerk des Vortragenden Legationsrats I Kestner. Bonn, 15. Februar 1990, S. 833–834, hier S. 834

unter Berufung auf zahlreiche Aussagen des Bundeskanzlers sei festgeschrieben worden, daß keine der "NATO assignierten und nichtassignierten Streitkräfte der Bundeswehr" nach der Vereinigung auf dem Gebiet der DDR stationiert würden.⁹⁶⁵ Im Klartext bedeutete dies, daß überhaupt keine Bundeswehreinheiten stationiert werden würden. Das leitet natürlich über zu der Frage "wer dann?". Wenn es Bundeswehreinheiten nicht sein durften, aber "deutsche, nichtintegrierte Streitkräfte" sein sollten, siehe die Forderung General Naumanns, blieb nur noch die NVA übrig.

Stoltenberg und Naumann hatten allerdings, wie sich auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr Mitte Juni 1990⁹⁶⁶ zeigte, ihre Vorstellungen zu Territorialverbänden der Bundeswehr auf dem Gebiet der ehemaligen DDR keineswegs ad acta gelegt. Sobald ganz Deutschland ein demokratischer Staat mit einem Parlament und einer Regierung sei, so Stoltenberg, werde es nach einer kurzen Übergangszeit auch nur noch eine Armee geben. Deshalb würden die Verbände in der DDR als Teil einer umfassenden Territorialorganisation neu zu strukturieren sein. Generalmajor Naumann ließ in seinem Vortrag zu den diesbezüglichen Vorstellungen im BMVg keinen Zweifel daran, daß diese Neustrukturierung gleichbedeutend sein werde mit der Auflösung der NVA. Ein gewisses Kontingent von ehemaligen NVA-Angehörigen würde übernommen werden, alle anderen Daten zu Stärke, Bewaffnung und Ausrüstung der NVA waren in Naumanns Unterlagen bereits mit "Null" angegeben.⁹⁶⁷ Naumanns Ausführungen sind insofern bemerkenswert, weil sie schon einen Monat vor Archys –allerdings auf die als Folge der VKSE-Verhandlungen erwarteten Reduzierungen bezogen– die

⁹⁶⁵ H. Teltschik, 329 Tage, a. a. O., S. 152 – Entsprechende Äußerungen des Bundeskanzlers zum Thema NVA gab es tatsächlich. Sie spiegeln die Entwicklung in dieser Frage: Kohl erklärte bei seinem Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush im Februar 1990 in Camp David laut Gesprächsprotokoll, es sei nicht denkbar, "daß NATO-Einheiten auf das Territorium der jetzigen DDR gingen, auch nicht Einheiten der Bundeswehr, die nicht der NATO angehörten." Zugleich hielt er es allerdings für eine offene Frage, was mit der NVA geschehe. (in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush. Camp David, 24. Februar 1990, a. a. O., S. 863) Zwei Monate später äußerte er sich im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Baker allerdings eher gegenteilig. Es heißt im Protokoll: "Der BK bekräftigt, nach Abzug der Sowjets müßten deutsche Truppen stationiert werden können. Zunächst gehe es um die Frage: Was geschieht mit der NVA? Dieses Problem sei nicht über Nacht lösbar, man müsse völlig neue Modelle entwickeln. Hierzu gebe es noch keine abschließende Haltung der Bundesregierung." (in: ebda., Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Außenminister Baker. Bonn, 4. Mai 1990, S. 1083) Nochmals einen Monat später, Anfang Juni 1990, wieder bei einer Unterredung mit Bush, meinte Kohl, eines der unangenehmsten Probleme, das sich im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit stelle, sei die Zukunft der Nationalen Volksarmee. "Die NVA sei praktisch eine Parteiarmee, deren Offiziere, aber auch andere Berufssoldaten auf die kommunistische Ideologie gedrillt seien. Von diesen Leuten könne man allenfalls 20% verwenden. Im Prinzip sei daher nicht vorstellbar, daß die Offiziere der NVA in die Bundeswehr eingegliedert würden." (in: ebda., Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush. Washington, 8. Juni 1990, S. 1193)

⁹⁶⁶ 31. Kommandeurtagung der Bundeswehr am 13. Juni 1990 in Fellbach

⁹⁶⁷ Siehe Anlage 43.

beabsichtigte und später dann auch eingeschlagene "Marschrichtung" der Bundesregierung erkennen lassen.

Etwa zeitgleich wurde im BMVg bereits damit begonnen⁹⁶⁸, diese Rahmenvorstellungen in konkrete Planungen umzusetzen. Erstmals am 15. Juni 1990 trafen hochrangige Militärs beider Seiten zusammen, um über die Umgestaltung der NVA zu Territorialstreitkräften-Ost zu beraten. Unter Leitung der Staatssekretäre Carl und Pfahls aus dem BMVg sowie Ablaß aus dem MfAV sollten gemeinsame Arbeitsgruppen von Bundeswehr und NVA die für die Integration in gesamtdeutsche Streitkräfte erforderlichen Strukturen und Maßnahmen zur Angleichung der NVA an Gliederung, Organisationsstrukturen und Führungsgrundsätze der Bundeswehr erarbeiten. Dazu hatte es auf NVA-Seite bereits umfangreiche Vorarbeiten unter Federführung von Generalmajor Deim gegeben.⁹⁶⁹

Die Ergebnisse der Ressortgespräche zwischen BMVg und MfAV sollten einfließen in die parallel dazu laufenden Verhandlungen zum Einigungsvertrag. Die Planungen waren Ende Juli offensichtlich bereits so weit fortgeschritten, daß über die Struktur und Gliederung sowie den Zeitplan für einen etappenweisen Übergang auf die "Struktur 2000" der Bundeswehr bis Ende 1995 wohl weitgehende Übereinstimmung bestand.⁹⁷⁰

⁹⁶⁸ Siehe W. Hanisch, NVA 1990 ... , a. a. O., S. 279 ff

⁹⁶⁹ Vgl. als ein offenbar erstes Papier dazu den Entwurf "Grundsätze für die Bildung und Tätigkeit einer gemeinsamen Streitkräftekommission der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" von Ende Mai 1990, Anlage 44.

Aus dem Papier läßt sich erkennen, daß von Seiten der NVA an eine Zusammenführung von Bundeswehr und NVA als selbständiger Armeen zu späteren gesamtdeutschen Streitkräften gedacht war. Der dafür vorgesehene Zeitraum war mit 3 – 5 Jahren veranschlagt. Das entsprach in etwa der Frist, mit der zu rechnen war für den Abzug der sowjetischen Truppen vom Territorium der DDR (daß von einem solchen Abzug auszugehen war, ergab sich aus dem zu erwartenden Souveränitätsanspruch des vereinigten Deutschlands).

Bei den mittlerweile angelaufenen Arbeitstreffen zwischen Bundeswehr und NVA blieb von dieser Konzeption eines Zusammenführens zweier Armeen zu noch zu definierenden neuen Streitkräften allerdings nicht viel. Denn während für die Bundeswehr –bei aller Notwendigkeit, sich der veränderten Situation anpassen zu müssen– zunächst einmal alles beim alten blieb, verlor die NVA mit dem Austritt aus dem Warschauer Pakt ihre militärische Funktion und mit dem abtretenden Staat DDR ihre Existenzberechtigung. Unter dem Druck, selbst Verhandlungsgegenstand zu sein und in den Verhandlungen noch dazu binnen kurzem zu konkreten Ergebnissen kommen zu müssen, wandelte sich auf NVA-Seite die Zielstellung sehr schnell in das Bestreben, sich den Vorstellungen im BMVg anzupassen.

⁹⁷⁰ Siehe W. Hanisch, a. a. O., S. 283 f. – Vgl. zu den Verhandlungen auch W. E. Ablaß, Zapfenstreich, a. a. O., S. 144–148

Es ist offensichtlich, daß in den Verhandlungen zwischen BMVg und NVA die Regie, wie T. Hoffmann schreibt, eindeutig beim Westen gelegen hat. Man wird sich im BMVg auch, General Schönbohms Hinweis auf die von ihm selbst seit Februar 1990 geleitete Arbeitsgruppe deutet darauf hin, schon frühzeitig mit der "Demontage der NVA und der Eingliederung ihres materiellen und personellen Potentials in die Bundeswehr" (T.Hoffmann, a. a. O., S. 274) beschäftigt haben. Folgt man den Ausführungen des damaligen Bundesverteidigungsministers Stoltenberg und General Naumanns auf der

Den beteiligten NVA-Offizieren wird niemand im BMVg die Übernahme in die gesamtdeutsche Bundeswehr zugesagt haben. Da sie aber nach damaliger Lage der Dinge mit Fug und Recht davon ausgehen konnten, daß die NVA in "abgespeckter" Version noch für minimal zwei, vielleicht sogar fünf Jahre erhalten bleiben würde und man sie vermutlich auch für den weiteren Ablauf der Umwandlung ihrer Armee in eine bundeswehrrcompatible Territorialstreitkraft brauchen würde, rechneten wohl viele damit, darin noch eine Perspektive zu haben. Das betraf letztlich nicht nur die wenigen unmittelbar in die Arbeit der Expertengruppen eingebundenen Offiziere, sondern alle Berufs- und Zeitsoldaten: Wenn die NVA in reduzierter Form, aber *én bloc* in einer Stärke von 60000 – 70000 Mann übernommen werden würde, so die Hoffnung, würden ein großer Teil der längerdienenden Soldaten weiterbeschäftigt werden und die zur Entlassung heranstehenden nach den in der Bundeswehr gültigen Regelungen des Öffentlichen Dienstes "versorgt" sein.

Umso härter mußte es treffen, als nach Archys der Wind plötzlich drehte und es nun aus Bonn hieß, der DDR-Seite gehe es in Wirklichkeit um die Reformierung der NVA in den alten Strukturen. Die Erwiderung des verantwortlichen Staatssekretärs Ablaß fiel lahm aus: der Eindruck sei ein Miverständnis, es gehe nicht um die NVA, man würde nur wissen wollen, in welchen Dimensionen die NVA mit dem Vollzug der Einheit reduziert bzw. in die Bundeswehr übernommen werde und welcher Zeitraum dafür vorgesehen sei.⁹⁷¹

Man kann davon ausgehen, daß Ablaß das in etwa bekannt war, zumindest als er am 1. August 1990 bei der in Ostberlin beginnenden 2. Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag als Verhandlungsführer des MfAV für den Delegationsleiter auf DDR-Seite, Staatssekretär Krause, die Beratungsergebnisse wie folgt zusammenfaßte: Zwischen den Arbeitsbereichen beider Ministerien hätten sich in den letzten Wochen konstruktive und produktive Kontakte entwickelt. Gegenwärtig konzentriere sich die abgestimmte Arbeit von Expertengruppen auf die Konzipierung der Gliederung und Organisationsstruktur der zentralen militärischen Führungs- und zivilen Wehrverwaltungsorgane sowie die Erarbeitung erster Vorstellungen über den planmäßigen und organisierten Ablauf der Reduzierungen und Umwandlung der NVA zu Territorialstreitkräften - Ost als Teil gesamtdeutscher Streitkräfte. Im Ergebnis mehrerer Arbeitstreffen auf der Ebene der Staatssekretäre habe man "ein

besagten Kommandeurtagung der Bundeswehr in Fellbach, konnte es jedenfalls nie und nimmer um die Zusammenführung zweier Armeen gehen, sondern nur um die Übernahme eines gewissen Kontingents an NVA-Soldaten in die Bundeswehr. Das war nach Darstellung des Staatssekretärs Ablaß im MfAV auch Verhandlungsgrundlage bei den Arbeitstreffen. Es ist indes keineswegs erwiesen, daß man sich vor Archys in Bonn bereits dahingehend festgelegt hatte, die NVA als funktionsfähige Armee zu zerschlagen, d. h. ihr Führerkorps zu entlassen und sie damit auch als Nachfolgeorganisation unter eigenem Befehl nicht zuzulassen. Die Nachforschungen bei W. Hanisch lassen vielmehr den Schluß zu, daß man im BMVg durchaus geneigt war, für eine gewisse Übergangszeit eine entsprechend umstrukturierte NVA, natürlich unter gemeinsamen Oberbefehl, aber eben doch mit eigener Führung, als Territorialstreitkraft-Ost zu akzeptieren.

⁹⁷¹

W. E. Ablaß, ebda., S. 147

einheitliches Verständnis für die Lösung wichtiger Fragen der Zusammenführung beider Ressorts und Armeen erreicht."⁹⁷²

Es wurden jedoch weder Ressorts noch Armeen zusammengeführt. Admiral Hoffmanns Appell an Ministerpräsident de Maizière, man fühle sich im Stich gelassen, die DDR-Regierung möge sich im Einigungsvertrag für die Armee einsetzen⁹⁷³, zeigte letztlich, daß man gerade daran nicht mehr glaubte und bereits die Ausweglosigkeit des sich abzeichnenden Endes kommen sah – es ging nicht um "Reduzierungen" und die "Umwandlung der NVA zu Territorialstreitkräften", es ging um ihre Auflösung.

⁹⁷² Ebda., S. 144

⁹⁷³ Siehe Anlage 46a

7.4. "Auflösen ohne Rest" – die NVA auf dem Weg in die deutsche Einheit

"Mit der Einigung im Kaukasus war die Aufgabe einer eigenständigen DDR-Außenpolitik beendet."⁹⁷⁴, so U. Albrecht. Es hätte sich ergänzen lassen, nicht nur der DDR-Außenpolitik, ebenso jeder eigenständigen Sicherheits- bzw. Militärpolitik der DDR. Wenn das auch weder Minister Meckel noch sein Kabinettskollege Eppelmann gleich wahrhaben wollten: Nachdem in Archys der zukünftige militärische Status eines geeinten Deutschlands geklärt war, spielten die Auffassungen der DDR-Seite zur Zukunft der NVA als einer zweiten Armee im vereinten Deutschland keine Rolle mehr.

Die Reaktion in der Armee war entsprechend: "In der NVA waren viele Armeeangehörige und Zivilbeschäftigte schockiert von den Ergebnissen der Gespräche Gorbatschow-Kohl. In der Lagemeldung für die Zeit vom 14. – 20. 7. 1990 heißt es, daß die Überraschung vor allem hinsichtlich der sowjetischen Zustimmung zur künftigen NATO-Mitgliedschaft und zur Stationierung von Bundeswehrverbänden in der DDR in zunehmende Besorgnis münde, daß damit 'das endgültige Aus für die NVA noch in diesem Jahr vorprogrammiert sei.' "⁹⁷⁵

Damit lag man nicht falsch. Auf Meckels und Eppelmanns öffentliches Eintreten für den Fortbestand der NVA hin ließ Bundeskanzler Kohls sicherheitspolitischer Berater Teltschik ebenso öffentlich verlauten, er erwarte die Auflösung der NVA bis zum Jahresende.⁹⁷⁶

Nichts Gutes verhielt auch, was aus der westdeutschen Presse zu erfahren war. Dort hatte der im Gegensatz zu seinem Kollegen Eppelmann weniger auskunftsfreudige Verteidigungsminister Stoltenberg in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. August verlauten lassen, man werde zu prüfen haben, ob nicht ganze Bundeswehreinheiten auf Ost-Gebiet verlegt werden sollten. Während Eppelmann erklärt hatte, die NVA-Soldaten dürften nicht als Soldaten "zweiter Klasse" behandelt werden, so wie ein Offizier aus München ein Kommando in Dresden übernehmen könne, so müßte auch ein Dresdener Offizier in München eingesetzt werden können, sah Stoltenberg in absehbarer Zeit "keine Notwendig-

⁹⁷⁴ U. Albrecht, Die Abwicklung der DDR, a. a. O., S. 86

⁹⁷⁵ T. Hoffmann, a. a. O., S. 281

⁹⁷⁶ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 23. 7. 1990 "Zwischen Bonn und Ostberlin: Kontroverse über die Nationale Volksarmee".

Vgl. zu Teltschik "Bild am Sonntag" v. 22. 7. 1990 – Beide DDR-Minister hatten sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Ergebnisse des Treffens Kohl-Gorbatschow in Moskau/Archys noch einmal dafür ausgesprochen, die NVA zumindest für eine Übergangszeit in einer eigenen Struktur beizubehalten; vgl. beispielsweise Süddeutsche Zeitung vom 18. 7. 1990: "Meckel widerspricht Kohl: Keine einheitliche Armee im vereinten Deutschland ... In einer Erklärung des Außenministeriums heißt es: 'Die Bundeswehr wird auch künftig nicht auf dem Territorium der heutigen DDR operieren können.' Wenn Kohl eine einheitliche Bundeswehr wolle, so sei dies 'nicht unsere Position.' Auf DDR-Gebiet müsse es auch in Zukunft eine Armee mit eigener Struktur und eigenem Oberbefehl geben. Diese 'strittigen' Fragen müßten von den Deutschen selbst im zweiten Staatsvertrag geregelt werden. ..."

keit" für Versetzungen von Offizieren der Volksarmee in die Bundesrepublik. Dagegen halte er es jedoch für unverzichtbar, in einem noch festzulegenden Umfang Offiziere der Bundeswehr nach Ostdeutschland zu versetzen: "Wir werden sehr schnell Offiziere der Bundeswehr drüben einsetzen, wenn der Prozeß der Einheit vollzogen ist."

Diese und ähnliche Pressemeldungen, auch die emotional erregte Leserbriefdiskussion zu Gillessens Artikel "Auflösen-ohne Rest" in der FAZ⁹⁷⁷ und nicht zuletzt die fehlenden Informationen über den Stand der Verhandlungen zum Einigungsvertrag sorgten für Aufregung und Unruhe in der NVA. Die bei Eppelmanns Amtsantritt noch relativ zuversichtliche Stimmung drohte zu kippen, der Vertrauensvorschuß sei aufgebraucht gewesen, so T. Hoffmann. Andererseits weckten jedoch die Prognosen des Ministers und seiner Staatssekretäre zur Zukunft der NVA auch wieder Hoffnungen und Erwartungen.⁹⁷⁸ Denn während Staatssekretär Ablaß unter absoluter Geheimhaltung gegenüber der Truppe bereits den "planmäßigen und organisierten Ablauf" der Übernahme stark reduzierter NVA-Restbestände durch die Bundeswehr ausarbeiten ließ, stand für die NVA-Angehörigen nach wie vor die Zusage ihres Ministers im Raume, es werde auch nach der Einheit noch weiterhin zwei Armeen geben. Daß daran nicht zu zweifeln war, mußte man glauben: die Pressemeldungen über die Ergebnisse von Archys waren noch druckfrisch, da vereidigte Eppelmann am 20. Juli die NVA mit einer neuen Eidesformel erneut auf die DDR.

Eppelmann rückte erst nach einem Treffen mit Stoltenberg am 2. August 1990 von seiner Zwei-Streitkräfte-These ab, meinte aber zugleich in einem Interview mit der WELT, es werde zwar eine gesamtdeutsche Armee geben, "aber nur auf dem Papier".⁹⁷⁹ Auf dem Pressetermin in Bonn erklärte er, man werde von den noch 98 000 NVA-Soldaten und Zivilangestellten etwa 60 000 Soldaten in die Bundeswehr übernehmen. Er halte es für richtig, nach der Vereinigung im zukünftigen gesamtdeutschen Verteidigungsministerium einen Staatssekretär speziell mit den Belangen der aus der NVA hervorgegangenen Truppenteile zu betrauen. Im übrigen sei zwar klar, daß man die ehemaligen Politoffiziere nicht im Bereich Innere Führung einsetzen könne, aber man werde für solche Leute, "wie es auch im Falle der Wehrmacht geschehen sei", sicherlich andere Aufgaben in der Armee finden. Bis zum Dienstgrad Hauptmann werde es eine einjährige, für höhere Dienstränge eine zweijährige Probezeit in der neuen Bundeswehr geben.⁹⁸⁰

⁹⁷⁷ Siehe Anlage 18

⁹⁷⁸ Vgl. beispielsweise die beschwichtigenden Ausführungen Eppelmanns auf der Sitzung der Volkskammer am 5. 7. 1990, siehe Anlage 45, oder die inhaltlich nicht haltbaren Aussagen des Staatssekretärs Wiczorek im Interview mit dem Neuen Deutschland, Anlage 46.

⁹⁷⁹ Vgl. U. Reitz, "Ein langer Weg zu einer deutschen Armee", in: DIE WELT –Nr. 178– vom 2. August 1990

⁹⁸⁰ Vgl. beispielsweise Süddeutsche Zeitung vom 3. August. 1990, "Forderung von DDR-Verteidigungsminister Eppelmann: 60000 NVA-Soldaten zur Bundeswehr"

Den Berufsoffizieren der NVA –um die es ja im wesentlichen ging– mußte damit bewußt sein, daß es angesichts der Reduzierung der NVA Härten geben würde. Dennoch schien der Übergang zur Bundeswehr keineswegs so dramatisch zu verlaufen, da man nach allem, was über die "Territorialstreitkraft-Ost" gesagt wurde, den Eindruck haben mußte, daß sie eben, angepaßt an die Bundeswehrstrukturen, aus den 60000 Mann ehemaliger NVA-Soldaten gebildet werden würde, man also eine realistische Chance haben würde – wenn man den Versprechungen denn würde glauben können.⁹⁸¹

Der von Eppelmann vermittelte Eindruck, es gehe darum, eine Konzeption für "gesamt"-deutsche Streitkräfte zu entwickeln, in die jede der beiden Armeen ihren Anteil einbringe, fand, wie schon beschrieben, auf westdeutscher Seite keinen Widerhall. Für Eppelmans Vorstellungen galt, was der damalige Bundesinnenminister W. Schäuble als Verhandlungsführer im Einigungsvertrag seinen ost-deutschen Gesprächspartnern gleich zu Beginn mit auf den Weg gegeben haben will: " ... hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vorn bei gleichberechtigten Ausgangspositionen an."⁹⁸² Genau das war aber wohl die Erwartung in der NVA gewesen, in der man sich nun getäuscht sah. Die Klage, die personelle Reduzierung der neuen gesamt-deutschen Streitkräfte dürfe nicht allein zu Lasten der NVA gehen, man habe erwartet, anteilig zur Bundeswehr reduziert zu werden, von einer Vereinigung gleichberechtigter Partner könne so keine Rede sein, all das kam zu spät. Mit der Einigung von Archys war das Ende der NVA abzusehen.

Nachdem die Bundesregierung in der Streitkräftefrage grünes Licht hatte, gab es bei ihr verständlicherweise wenig Interesse zu verhandeln, was im Prinzip schon entschieden war. Daß die Bundeswehr in der nach dem 3. Oktober 1990 völlig veränderten Situation zu einer neuen Struktur finden mußte, stand außer Frage,

⁹⁸¹ Die meisten Offiziere glaubten allerdings wohl nicht mehr daran. Laut einer Studie des Institutes für Konversion der Streitkräfte vom Juli/August 1990, der eine anonyme Befragung von 315 Berufsoffizieren aus dem Bereich der Führungsorgane, Verbände, Truppenteile und Einrichtungen des MB III Leipzig zugrunde lag, sahen drei von vier NVA-Offizieren angesichts der zu erwartenden Reduzierungen in der Armee ihre persönliche Perspektive "mit deutlichen Sorgen". Nur 4% der befragten Offiziere meinten eine sichere Planstelle zu haben, zwei Drittel rechneten dagegen mit zeitweiliger oder längerer Arbeitslosigkeit (G. Barth / Th. Kühn, Soziologische Probleme der personellen Konversion von Berufssoldaten der NVA. Forschungsbericht, Dresden, September 1990, S. 18 ff, hrsg. v. Institut für Konversion der Streitkräfte IKOS, Militärakademie "Friedrich Engels").

Als sicherlich nicht unerwartetes Ergebnis der Befragung stellte sich heraus, daß 94% der Offiziere sich nur sehr allgemein oder gar nicht informiert sahen über die Vorstellungen des MfAV wie auch des Bonner Verteidigungsministeriums, wie die sozialen Probleme im Übergangsprozeß gelöst werden sollten. "Es gibt auf diesem Gebiet wenig Vertrauen zur politischen und militärischen Führung, das durch sich widersprechende bzw. unklare Aussagen und durch das Erleben der ersten praktischen Überleitungsprozesse weiter untergraben wird. Es wird befürchtet, daß die Interessen der Berufssoldaten der Nationalen Volksarmee und deren spezifische, in der Regel ungünstige Startbedingungen auf dem Arbeitsmarkt, unzureichend berücksichtigt werden." (ebda., S. 21).

⁹⁸² W. Schäuble, Der Vertrag ..., a. a. O., S. 131

ebenso jedoch auch, daß nur sie die gesamtdeutsche Armee darstellen würde. Entsprechend ging es dem "Bundeswehrkommando Ost" bei seinem Einsatz im "Beitrittsgebiet", so Befehlshaber Schönbohm, nicht darum, die "Vereinigung gleichberechtigter Partner" zu vollziehen, sondern gerade um das Gegenteil, "...eine ehemals feindlich gesinnte Armee zu übernehmen, kontrolliert aufzulösen und neue Truppenteile mit ehemaligen NVA-Angehörigen aufzubauen."⁹⁸³

Nachdem zwischen dem 13. und 15. August die noch offenen Fragen in Bonn abgestimmt waren und der Einigungsvertrag am 31. August unterzeichnet worden war, trat die Abwicklung der DDR-Streitkräfte in ihre entscheidende Phase, die "Zusammenführung der deutschen Streitkräfte". Am 20. August war in Strausberg bereits ein Bundeswehr-Vorauskommando von 9 Stabsoffizieren und 10 Beamten unter der Leitung von Brigadegeneral Richter und Ministerialdirigent Simon aus dem BMVg eingetroffen. Diese aufgrund einer Vereinbarung zwischen beiden Ministern gebildete Verbindungsgruppe sollte mit einer Bestandsaufnahme zur Organisation, zum Personalbestand und zu Waffen, Munition und Ausrüstung die Grundlagen für die weiteren Entscheidungen liefern.⁹⁸⁴

Brigadegeneral Richter konnte zwar nach oben melden, daß sich die NVA-Dienststellen und die militärischen Einheiten und Verbände kooperativ verhielten, warnte aber zugleich vor der unzufriedenen und erregten Stimmung unter den Berufssoldaten, bei denen die Auffassung vorherrsche, "jetzt sei die Schmerzgrenze erreicht".

Anlaß dafür, daß die Stimmung endgültig kippte, war zunächst die am 15. August verfügte Entlassung aller älteren Offiziere zum 30. September, mit Zustimmung der militärischen Führung vom 55. Lebensjahr an, dem Gerücht nach, und vom Leiter des Personalamtes wohl auch so gewollt, aber bereits mit dem 50. Lebensjahr beginnend. Die Militärs konnten sich zwar beim Minister durchsetzen, der letzte Funken Vertrauen in die politische Führung war aber dahin. Die meisten der

⁹⁸³ J. Schönbohm, Zwei Armeen und ein Vaterland, a. a. O., S. 51

⁹⁸⁴ Brigadegeneral Richter war für den militärischen Teil der Bestandsaufnahme zuständig, Ministerialdirigent Simon hatte sich ein Bild zu machen über die Voraussetzungen zum Aufbau der zivilen Verwaltungsorganisation in den Streitkräften, also von den Kreiswehrrersatzämtern und Standortverwaltungen in den Standorten bis hin zur Wehrbereichsverwaltung.

Zur Verstärkung dieser Verbindungsgruppe und in der Funktion eines Vorkommandos der Bundeswehr wurde am 19. September 1990 weiteres Bundeswehr-Personal in Marsch gesetzt mit dem Auftrag,

- in Strausberg den Aufbau des Stabes des Bundeswehrkommandos Ost
- in Geltow den Aufbau der Abteilung Heer/Bundeswehrkommando Ost (später Heereskommando)
- in Eggersdorf den Aufbau der Abteilung Luftwaffe/Bundeswehrkommando Ost (später 5. Luftwaffendivision) vorzubereiten.

Parallel dazu erfolgte die Verbindungsaufnahme auf der Ebene der Kommandos Landstreitkräfte, Luftstreitkräfte und Volksmarine sowie auf Divisions- und Wehrbereichsebene

50- bis 54-jährigen kündigten von sich aus.⁹⁸⁵ Damit war naturgemäß ein Großteil der Führungsstellen in der Armee vakant und der Bundeswehrführung, wie Ex-NVA-Chef Hoffmann meint, schon vor dem 3. Oktober ein recht umfassender "Enthauptungsschlag" gelungen.

Die Situation verschärfte sich noch, als Einzelheiten des Einigungsvertrages bekannt wurden. Zwei Tage vor der Unterzeichnung des Vertrages erfuhr die Truppe aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29. August, wie es mit ihr weitergehen sollte. Dem ausführlichen Beitrag, der sich auf die bis dahin weitgehend unbekannte Anlage zum Einigungsvertrag bezog, war zu entnehmen, daß noch nicht feststehe, wieviel NVA-Soldaten von der Bundeswehr übernommen werden würden. Man denke an etwa 50 000 bis 60 000, jeweils zur Hälfte Zeit- und Berufssoldaten und Wehrpflichtige. Während letztere mit dem Tag der Einheit den Soldaten im Grundwehrdienst in den alten Bundesländern völlig gleichgestellt wären, würden die ehemaligen Zeit- und Berufssoldaten der NVA besonderen Übernahme- und Statusbedingungen unterliegen: ihr Dienstverhältnis ruhe zunächst einmal, es sei denn, sie würden bei einer Einheit Dienst tun, die aufgrund einer Entscheidung des BMVg fortbesteht. Während dieser Zeit im "Wartestand" erhielten sie 60% ihrer bisherigen Bezüge. Finde sich während 6 Monaten, bei über 50-jährigen während 9 Monaten, keine Verwendung, seien sie zu entlassen. Zeit- und Berufssoldaten könnten sich für eine 2-jährige Probezeit bewerben. Wer sich anschließend weiterverpflichten wolle, müsse sich einem Personalguterachterausschuß stellen. Berufssoldat könne in der Regel nur werden, wer nicht älter als 50 Jahre alt sei.

Entlassen würden ehemalige NVA-Offiziere und Unteroffiziere neben den auch sonst in der Bundeswehr üblichen Gründen bei einer früheren Tätigkeit für das MfS oder AfNS. Im übrigen könnten sie entlassen werden bei festgestellten Verstößen gegen die in UN-Dokumenten festgelegten Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit, bei Erreichen oder Überschreitung der Mindestdienstzeit bei Berufssoldaten⁹⁸⁶, wegen mangelnder fachlicher Qualifikation oder persönlicher Eignung, wenn ihre Dienststelle ganz oder teilweise aufgelöst oder eingegliedert werde, wenn sie wegen mangelnden Bedarfs nicht mehr "verwendbar" seien oder eben, weil ihre "Wartezeit" abgelaufen sei. NVA-Chef Hoffmann hatte Recht, wenn er meinte, nach diesen Festlegungen hätten alle und jeder gefeuert werden können.⁹⁸⁷ Das persönliche Schicksal der Betroffenen lag völlig in der Hand des BMVg.

⁹⁸⁵

⁹⁸⁶ Vgl. H.-J. Gießmann: "Das erst im Jahre 1990 eigentlich konversionspolitisch begründete Angebot einer Verkürzung der Mindestdienstzeit auf nur noch 15 anstelle von 25 Jahren an die Berufssoldaten der NVA wurde mit dem Einigungsvertrag zum unanfechtbaren Hebel für die Entlassung aller unerwünschten Offiziere in höheren Dienstgraden als Major der NVA. Vgl. Einigungsvertrag Bulletin Nr. 104 v. 6. 9. 1990, S. 102 (Par. 7)." (H.-J. Gießmann, Das unliebsame Erbe, a. a. O., S. 64 f)

⁹⁸⁷ T. Hoffmann, a. a. O., S. 301 f

Die Reaktion darauf war, so Hoffmann, daß in vielen Führungsorganen und Truppen 60 – 80% der Offiziere geäußert hätten, entlassen werden zu wollen.⁹⁸⁸ Die Regelungen seien die "Quittung für die Lügen des Ministers, die er ihnen aufgetischt habe und deren Folgen sie nun zu tragen hätten. "Er habe sie schlimmer betrogen als die alte Führung.⁹⁸⁹

Die Befürchtungen dürften wohl zutreffend gewesen sein. Nur waren die Übernahme- und Statusbedingungen vom MfAV ja selbst in dieser Form ausgehandelt worden. Mit Blick auf die von den NVA-Offizieren als höchst unbefriedigend empfundenen Übernahmbedingungen verblüfft es deshalb, wenn der für die Ressortverhandlungen auf MfAV-Seite verantwortliche Delegationsleiter, Staatssekretär Ablaß, auch im Nachhinein noch zu meinen scheint, sein "Abnicken" der Bonner Linie sei in der NVA als weitgehend akzeptables Verhandlungsergebnis gesehen worden. Wenn Ablaß die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit seinen Ansprechpartnern im BMVg, den Staatssekretären Carl und Pfahls, besonders unterstreicht und meint, er habe bei den Verhandlungen zum Einigungsvertrag bei ihnen in manchem mehr Unterstützung gefunden als bei seinen eigenen Landsleuten, so spricht das nicht dafür, daß er bei den "Verhandlungen" über den Tisch gezogen worden wäre. Ablaß weist das denn auch weit von sich: " ... Wir hatten bis zum Schluß, also bis zur deutschen Einheit, ein gutes und vertrauensvolles Zusammenarbeiten, bei dem keiner versucht hat, den anderen über den Tisch zu ziehen. ... Um das nochmals ausdrücklich festzustellen: Es gab keine Übernahmeverhandlungen, wie das in einigen Gremien und Medien festgestellt wurde. Uns wurde auch nichts aufobstruiert (sic!). Es wurden lediglich Empfehlungen gegeben, und wir hatten dann die freie Wahl, uns danach zu richten oder nicht. ... Daß wir uns nun dem westdeutschen Modell angenähert haben, mit ein paar Sonderregelungen, ist sicherlich verständlich, denn das Modell hat sich ja

⁹⁸⁸ Ebda.

⁹⁸⁹ Ebda. – Von der Volksmarine sei das Verhandlungsergebnis im Einigungsvertrag wie folgt verrissen worden:

- "1. Die NVA-Anlage zum Staatsvertrag wird als Ermächtigungsgesetz für die BRD-Regierung empfunden, mit der bisherigen NVA nach Belieben zu verfahren. Die BRD-Regierung ab 3. Oktober 1990 und danach die gesamtdeutsche Regierung bis 30. September 1992 können mit der ehemaligen NVA machen, was sie wollen, ohne daß sie jemand fragen müssen.
2. Der betreffende Anhang zum Staatsvertrag läßt sich nach Belieben gegen jeden Angehörigen der NVA auslegen. Er läßt eine vollkommen willkürliche Anwendung der Formulierung zu, ob ein Soldat in der künftigen Armee verwendungsfähig ist oder nicht. Damit sind -nach Auffassung vieler Berufssoldaten- einer Abrechnung mit der NVA als Armee im alten SED-Staat alle Wege geebnet. Das loyale und verfassungsmäßige Verhalten der NVA vom Oktober 1989 an bis heute wird dabei wissentlich umgangen.
3. Für ausnahmslos alle Berufssoldaten, die nach dem 3. Oktober 1990 noch Armeeangehörige sind, beginnt eine zermürbende Ungewißheit. Niemand weiß, wer in die neuen Streitkräfte übernommen wird und was für ein Zustand dann insbesondere für diejenigen Berufssoldaten eintritt, deren Dienstverhältnis 6–9 Monate ruht. Dazu, was die danach zu entlassenden Armeeangehörigen zu erwarten haben, gibt es keine Aussage.
4. Am meisten empört sind die Berufssoldaten mit weniger als 25 Dienstjahren. Deren einmalige Abfindung wurde als völlig unzureichend empfunden."

bewährt. Also haben wir das dann schließlich auch so gemacht."⁹⁹⁰ – auf Seiten der Bundesregierung wird man gewußt haben, was man an dem Mann hatte.⁹⁹¹

⁹⁹⁰ W. E. Ablaß, Zapfenstreich, a. a. O., S. 151

⁹⁹¹ Ablaß wurde mit dem 3. Oktober 1990 für den Zuständigkeitsbereich der neuen Bundesländer Leiter der Außenstelle des BMVg.

Ablaß, der –angesichts seiner Rolle im Abwicklungsprozeß der NVA– allen Ernstes meint beurteilen zu können, daß Admiral T. Hoffmann seiner Aufgabe als Minister nicht gewachsen gewesen sei (W. E. Ablaß, Zapfenstreich, a. a. O., S. 24), wird aus damaliger Bonner Sicht bezüglich seiner Einschätzung der politischen Situation bei den 2 + 4 Verhandlungen für nicht kompetent gehalten. Staatssekretär Bertele: "Mit den komplizierten Fragen, die er mir gegenüber angesprochen hat, ist er im Grunde nicht vertraut. ..." Nach einer Schilderung der persönlichen Verhältnisse von Ablaß: "Auf diesem persönlichen Hintergrund ist vielleicht die Einschätzung der Lage als solche nicht so wichtig als vielmehr die Tatsache, daß an der Spitze des Verteidigungsministeriums der DDR so gedacht wird, wie Ablaß es mir gegenüber vorgetragen hat." (Dokumente zur Deutschlandpolitik, a. a. O., Fernschreiben des Staatssekretärs Bertele an den Chef des Bundeskanzleramtes. Berlin (Ost), 25. Mai 1990, S. 1146–1147, hier S. 1147).

Ablaß hat seinen "Memoiren" ("Zapfenstreich") einige Seiten angehängt, in denen er sich ungeniert über andere äußert, mit denen er in seiner Zeit als Staatssekretär im MfAV zu tun hatte. Während Minister Eppelmann noch halbwegs ungeschoren davonkommt, zieht Ablaß über manche seiner Kabinettskollegen in einer selbstgefällig herablassenden Art her, die mit Blick auf die Bemerkungen des Staatssekretärs Bertele für sich selbst spricht: ".... Meckel und seine unfähigen Staatssekretäre bemühten sich, eine Außenpolitik zu machen, die damals gar nicht mehr zu vertreten war. Noch im Sommer hat Meckel so reagiert, als wenn es diese DDR als souveränes Land weiterhin geben würde. Er hat ja noch versucht, zu zementieren und zu verfestigen. Ich glaube, einem halbwegs intelligenten Menschen hätte es längst einleuchten müssen, daß es die DDR nicht mehr geben wird, daß mit dem Herbst oder spätestens mit dem Winter das Ende dieses Staates eingeleitet und besiegelt werden würde." (W. E. Ablaß, Zapfenstreich, a. a. O., S. 180)

Einem halbwegs intelligenten Menschen hätte auch einleuchten müssen, daß mit dem Ende der staatlichen Existenz der DDR auch das seiner Armee besiegelt sein würde, jedenfalls als "Nationaler Volksarmee der DDR". Ablaß sah das im Frühsommer durchaus noch nicht so – verständlicherweise, weil er ebenso wie sein Kollege Meckel kaum vorhersehen konnte, daß es zu dem Verhandlungsergebnis von Archys kommen würde. Ablaß erklärte Ende Mai: "Generell, solange wir die beiden Militärböcke haben, stelle ich mich dahinter, was der Minister gesagt hat – keine NATO-Truppen zwischen Elbe und Oder; ein Weiterbestehen der Nationalen Volksarmee. Ich könnte mir vorstellen, daß die Regierungen der bei uns zu bildenden Länder das Hoheitsrecht für diese Armee haben und daß wir nach der Umstrukturierung in Armeekorps und Brigaden diese Armee durch einen Beauftragten dieser fünf Länder führen. Die Nationale Volksarmee kann nicht mit einem Federstrich aus der Welt geschafft werden. ... " (Interview v. 24. 5. 1990 in "trend" spezial 20/9 – im Besitz des Verf.)

Noch in dem am 3. Juli dem Volkskammerausschuß vorgelegten Positionspapier bezüglich der Verhandlungsführung beim Einigungsvertrag und bei den 2+4 Gesprächen heißt es hinsichtlich des Ausschlusses von NATO-Verbänden auf dem Gebiet der damaligen DDR: "... Durch das Fortbestehen der Nationalen Volksarmee als Territorialstreitmacht wird gewährleistet, daß es in diesem Raum kein militärisches Vakuum geben wird. ... Der Prozeß der Herstellung der deutschen Einheit wird einhergehen mit der Schaffung einer deutschen Armee, in der unter der Kontrolle eines vom gesamten deutschen Volk gewählten Parlamentes NVA und Bundeswehr ihre spezifischen Beiträge zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa leisten werden." (Positionspapier für den

Die Befürchtung, bei der Bundeswehr keine Perspektive zu haben, kam nicht von ungefähr. Die in Archys vereinbarte Reduzierung gesamtdeutscher Streitkräfte auf 370 000 Mann traf auch die Bundeswehr in ihren bis dahin bestehenden Strukturen und ließ insofern nur begrenzt Platz für ehemalige Berufsoffiziere der NVA. Nicht nur NVA-Offiziere, auch solche aus der Bundeswehr mußten –allerdings zu nicht vergleichbaren Bedingungen– aus dem Dienst ausscheiden. Wenn General Schönbohm feststellt⁹⁹², nach der Rede Stoltenbergs auf der Kommandeurentagung der Bundeswehr im Juni 1990 sei klar gewesen, daß jeder Angehörige der NVA mit seiner SED-Vergangenheit brechen und sich mit dem Grundgesetz identifizieren mußte, wenn er bei der Bundeswehr hätte bleiben wollen, so war damit ja nicht gesagt, daß er, wenn er dies tat, auch bleiben konnte.

Für die Bundeswehr stand offensichtlich schon von vornherein fest, "die Mehrzahl der Stabsoffiziere hat langfristig keine Chance auf Übernahme, auch wenn ein geringer Teil von ihnen noch als "Soldat auf Zeit" für zwei Jahre übernommen wird."⁹⁹³ Diesen Offizieren, in vielen Fällen im Alter zwischen 40 und 50 Jahren in einer auf den Arbeitsmarkt bezogen schwierigen Situation, war zwar mit einer befristeten Weiterbeschäftigung von ein, zwei Jahren in der Regel nicht geholfen, der Bundeswehr allerdings schon: auf den mittleren Führungsebenen, also auf den Kommandeurstellen bei den Batallionen und Regimentern und auf vergleichbaren Dienstposten in den Führungsstäben, wurden gerade diese Offiziere auch nach dem 3. Oktober 1990 dringend gebraucht, zunächst noch. Angesichts dessen, daß von Seiten der Bundeswehr insofern kein gesteigertes Interesse daran bestand, allzu sehr ins Detail gehende Auskünfte zu geben, man sich bedeckt hielt und offensichtlich auf Zeitgewinn taktierte, geriet es mehr oder weniger zur Floskel, wenn vom neuen "Befehlshaber Bundeswehr-Kommando Ost" in der Antrittsrede zur Indienstellung seines Kommandos zu hören war: "Vor Ihnen liegt eine persönlich ungewisse Zukunft. Ich verspreche Ihnen heute, daß ich offen und verständnisvoll auf Sie zugehe – und Ihnen zum frühestmöglichen Zeitpunkt Klarheit über ihre künftigen Perspektiven verschaffen werde. ..." ⁹⁹⁴

Die Ungewißheit über ihren weiteren persönlichen Werdegang blieb den "Weiterverwendern" aus der NVA –darunter fast 10 000 Stabsoffizieren– noch über Jahre erhalten.⁹⁹⁵ Am 3. Oktober 1990 wußte außer den Offizieren, deren Entlassung

Parlamentarischen Staatssekretär, 2. Teil "Entwurf für Verteidigungspolitische Leitlinien im deutschen und europäischen Einigungsprozeß", S. 3 – siehe Anlage 47).

⁹⁹² J. Schönbohm, Zwei Armeen und ein Vaterland, a. a. O., S. 27

⁹⁹³ Ebda., S. 73

⁹⁹⁴ Ebda., S. 61

⁹⁹⁵ Von den im September 1990 noch ca. 32 000 Offizieren und 29 000 Unteroffizieren und Fähnrichen (vergleichbar der Gruppe der Stabsfeldwebel bei der Bundeswehr) der NVA traten zum 3. 10. 1990 etwa 25 000 Offiziere und 23 000 Unteroffiziere, davon 14 000 mit Portepe (Feldwebel-Dienstgrade), in die Bundeswehr über, außerdem 3000 auf Zeit verpflichtete Mannschafts-Dienstgrade und 39 000 Wehrpflichtige. Im Januar 1991 waren noch knapp 11 000 Offiziere und 15 000 Unteroffiziere im Dienst, zum Ende des Jahres noch etwa 7 000 Offiziere und 11 000 Unteroffiziere. Von den ca. 12 000 Unteroffizieren, die sich um einen Zweijahresvertrag beworben hatten, wurden knapp 11 000

zum 3.10. bzw. 31.12.1990 bereits verfügt war, definitiv kein NVA-Offizier, wie es mit ihm bei der Bundeswehr weitergehen sollte. Selbst General Schönbohm kam nicht umhin festzustellen: "Die Kommandeure im gesamten Bereich der NVA sind noch immer im Unklaren darüber, ob sie von Bundeswehroffizieren ersetzt werden, wer sie gegebenenfalls ersetzen wird und was anschließend mit ihnen geschehen soll. ... Und noch immer ist nicht endgültig und im einzelnen entschieden, welche Einheiten zum 3. Oktober sofort aufgelöst und welche längere Zeit in Dienst gehalten werden."⁹⁹⁶

Der Grund für die fehlende Klarheit dürfte weniger im Zeitverzug⁹⁹⁷ als in einem für die Bundeswehr nicht lösbaren Dilemma gelegen haben: Der nahtlose Übergang in der Führung bei der Überleitung von der NVA auf die Bundeswehr zum 3. Oktober wäre ohne das Mitwirken des NVA-Personals, vor allem der Offiziere, gar nicht möglich gewesen. Das gleiche galt in der Folge für die organisatorische Auflösung der NVA-Truppenteile und die gleichzeitige Umstrukturierung zu Bundeswehreinheiten. Das Problem war, daß die NVA-Offiziere zwar während dieser Übergangszeit gebraucht wurden, dann aber nicht mehr und darum bis auf eine geringe, letztlich politisch bestimmte Anzahl auch nicht als Berufssoldaten in die Bundeswehr übernommen werden sollten. Hätte man ihnen das frühzeitig offen gesagt⁹⁹⁸, wären die meisten wohl gleich auf eigenen Antrag ausgeschieden.

übernommen, von den etwa 12 000 Offizieren lediglich 6 000 (vgl. dazu H.-J. Gießmann, Das unliebsame Erbe ..., a. a. O., S. 67 ff). Die Soldaten blieben bis zur Entscheidung Entlassung oder Übernahme im unklaren darüber, welche Perspektive sie persönlich hatten.

⁹⁹⁶ J. Schönbohm, Zwei Armeen und ein Vaterland, a. a. O., S. 52.

⁹⁹⁷ Schönbohms Erklärung, man habe die entsprechenden Unterlagen von DDR-Seite zu spät erhalten und die Diskussion zur Stellenbesetzung auch erst kurz vor dem 3. Oktober abgeschlossen, ist wenig überzeugend. Die Truppenstrukturen und Standorte der NVA waren dem BMVg hinreichend bekannt und mit den Planungen zum Überleitungsprozeß der NVA beschäftigte man sich auf der Hardthöhe ja bereits seit Monaten

⁹⁹⁸ Als Beispiel dafür, daß man das gerade nicht vorhatte, kann ein Interview der Truppenzeitung "trend" mit dem Leiter des Personalamtes der NVA, G. Engelmann, gelten. Unter der Überschrift "Kein Grund für übereilte Schritte" beantwortet Engelmann darin Fragen zum Kapitel XIX des Einigungsvertrages in einer Weise, daß man tatsächlich glauben konnte, es gäbe keinerlei Grund zur Unzufriedenheit mit den für die NVA-Offiziere gefundenen Regelungen (Grundlage war ein Fernschreiben des Ministers, in dem diese Regelungen aufgelistet waren). Bezeichnend für dieses "Bemühen um Aufklärung" ist in dem Artikel das Taktieren mit bewußten Auslassungen und Halbwahrheiten: auf die Frage, in welchen Dienstgradgruppen Berufssoldaten in die Bundeswehr übernommen werden, antwortete Engelmann: "Ich denke in allen, bis hoch zum General. Zumindest ist das heute die erklärte Absicht. Die Kriterien sind: fachliche Qualifikation, die den heutigen Bedingungen entspricht bzw. nach einer Weiterbildung einzuschätzen ist, und auch seine Qualifikation als Staatsbürger in Uniform."

Fakt war, daß von Bundeswehrseite aus keineswegs die Absicht erklärt worden war, NVA-Offiziere "bis hoch zum General" zu übernehmen – nicht einmal drei Wochen, nachdem die Truppenzeitung ausgeliefert war, hatten die letzten 24 Generäle der NVA ihre Entlassungsurkunde in der Hand. Bewußt irreführend war es auch den Eindruck zu erwecken, mit einer guten fachlichen Qualifikation etc. sei die Übernahme nur Formsache. Engelmann fährt auf die Frage, welche Rolle das Alter spiele, fort: " Ich denke, es haben Berufssoldaten aller Altersgruppen ihre Chance, auch die 50- bis

Das hätte jedoch dramatische Folgen gehabt, denn die in einem solchen Fall zu erwartende Entlassungswelle hätte den Dienstbetrieb in der NVA zum Erliegen gebracht und bei den gewaltigen Mengen an Waffen, Munition und Gerät, für die sich dann niemand verantwortlich gesehen hätte, ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko heraufbeschworen.

Folgt man der Einschätzung der Situation bei W. Hanisch, damals als Oberst am Militärgeschichtlichen Institut der DDR, dann drohte genau das noch in den letzten Wochen der DDR. Der Leiter des Verbindungskommandos der Bundeswehr, Brigadegeneral Richter, habe am 6. September in einem Dringlichkeitsschreiben an den Generalinspekteur auf die sofortige Veränderung bereits festgelegter Maßnahmen gedrängt. Da eine Flut von Entlassungsanträgen angekündigt sei, zeichne sich spätestens ab 30. September eine ernste Gefahr für die Führung, Ordnung und vor allem Sicherheit in der NVA ab, mit entsprechenden Auswirkungen auf andere Bereiche.⁹⁹⁹ Durch die Bestandsaufnahme seien

54jährigen. Der eine oder andere verfügt über Erfahrungen, die man dringend braucht. Die Klausel "in der Regel" bezogen auf diese Altersgruppe [in der Anlage zum Einigungsvertrag betreffend die Altersgrenze von 50 bei der Übernahme zum Berufssoldaten, der Verf.], meint vor allem, daß auch in der Bundesrepublik ein 50jähriger nicht Berufssoldat werden kann. ..."

Folglich wird er wohl in einem anderen Vertragsverhältnis übernommen werden können, wäre die Schlußfolgerung. Der Vergleich ist natürlich an den Haaren herbeigezogen und die Begründung schlichtweg falsch. Richtig war, daß Stabsoffiziere, die 50 und älter waren, nicht mehr und die jüngeren nur in Einzelfällen übernommen worden sind.

Engelmanns Ausführungen wären noch zu akzeptieren gewesen, wenn er vorweg geschickt hätte, daß mit "Übernahme" in die Bundeswehr lediglich ein Zwei-Jahres-Vertrag gemeint sei und danach nach seiner Kenntnis wohl kaum ein Stabsoffizier und insgesamt bestenfalls 5000 Offiziere übernommen werden würden. Das wurde aber aus gutem Grunde nicht gesagt, denn das, worum es tatsächlich ging, offenbarte die Teilüberschrift im Titel: "Berufssoldatenflucht" muß gestoppt werden. (Kein Grund für übereilte Schritte. Gerd Engelmann, Leiter des Personalamtes, beantwortet Fragen zum Kapitel XIX des Einigungsvertrages / "Berufssoldatenflucht" muß gestoppt werden, in: "trend" 24/90, S. 3)

Engelmann soll lt. W. Hanisch im Auftrag des damals den Minister vertretenden Staatssekretärs Ablaß auf einer Kommandeurstagung der NVA am 2. August 1990 bezüglich des Einigungsvertrags zum Standpunkt der DDR-Regierung in den Fragen der Streitkräfte u. a. vorgetragen haben, die Territorialstreitkräfte-Ost würden "vornehmlich auf der Basis der bisherigen NVA als Teil der gesamtdeutschen Streitkräfte geschaffen. ..." Dafür sei ein Fünftel der 370000 Mann Gesamtstärke der Streitkräfte, also 70000 Soldaten, vorzusehen. Des weiteren sollten im vereinten Deutschland dienende und gediente Soldaten von NVA und Bundeswehr gleichgestellt sein, der Staat werde für die Soldaten beider Armeen gleichermaßen die Fürsorgepflicht übernehmen (W. Hanisch, NVA 1990 ..., a. a. O., S. 288 f)

Es war auf der anderen Seite allerdings auch nicht so, daß man über die für die NVA bedeutsamen Festlegungen im Einigungsvertrag nur gerüchteweise oder aus der Westpresse etwas hätte erfahren können. Das zeigt schon das o. a. Fernschreiben vom 7. 9., das zwar reichlich spät kam, aber immerhin die wichtigsten Regelungen im Ganzen vollständig wiedergab.

⁹⁹⁹

Vgl. W. Hanisch, NVA 1990 ..., a. a. O., S. 297 – Nach H. J. Gießmann hat von den im Juli 1990 noch im Diensz befindlichen ca. 50 000 registrierten Zeit- und Berufssoldaten

Informationen über die Kategorisierung der Dienststellen und damit über geplante Auflösungen bis auf die Ebene der Truppe gelangt, so daß sich nun viele Offiziere vor die Frage gestellt sähen, sofort auszuseiden. Nach Ansicht von Brigadegeneral Richter sollten die Festlegungen zur Auflösung der C-Truppenteile zum 3. Oktober und der weiteren Reduzierungen aufgeschoben werden, um wenigstens bis zum Jahresende Anreize zum Verbleiben im Dienst zu schaffen.¹⁰⁰⁰

In ähnlicher Weise habe sich auch der Chef des Hauptstabes, Generalleutnant Grätz, an Minister Eppelmann gewandt. Er habe auf die drohende Führungslosigkeit ganzer Truppenteile, Einheiten und Einrichtungen hingewiesen, was zum Chaos in der Nationalen Volksarmee und damit zum Sicherheitsrisiko für das Territorium der DDR führen könne.¹⁰⁰¹

J. Schönbohm schreibt, Bundesverteidigungsminister Stoltenberg sei unterrichtet gewesen, die NVA könne auseinanderbrechen, wenn nicht schnell Klarheit über die Zukunft geschaffen werde.¹⁰⁰² Wohl nicht zuletzt deshalb erläuterte Stoltenberg am 10. September seine Entscheidungen zu den "Strukturen der Bundeswehr im beitretenden Teil Deutschlands" vor der Presse in Bonn. Die Truppenstärke auf dem Gebiet der DDR werde von den derzeit etwa 100 000 Mann der NVA in den nächsten Jahren auf 50000 Mann reduziert werden. Von den noch ca. 70000 Zeit- und Berufssoldaten der NVA¹⁰⁰³ sollten schließlich 25000 auf Dauer übernommen werden. Zunächst einmal würden aber alle Soldaten der NVA übernommen, mit den notwendigen gravierenden Einschnitten in Umfang und Struktur der Armee werde man erst beginnen, wenn den ausscheidenden Zeit- und Berufssoldaten Möglichkeiten zur zivilen Weiterbildung und Umschulung angeboten werden könnten.¹⁰⁰⁴

der NVA binnen kurzem annähernd die Hälfte (24 000) die Entlassung beantragt, weiteren 6 000 sei von der Bundeswehr gekündigt worden. Bis Ende Januar 1990 seien so 58% der längerdienenden Soldaten der NVA entlassen gewesen, das seien mehr als 50% der Berufsunteroffiziere und 67% der Offiziere gewesen (vgl. H.-J. Gießmann, Das unliebsame Erbe ..., a. a. O., S. 67).

¹⁰⁰⁰ Vgl. ebda. – Die Kategorisierung der NVA-Dienststellen sollte geheim bleiben; sie wurde durch die Bundeswehr nach folgendem Schlüssel vorgenommen:
A = Verbleib, B (zeitweiliger Verbleib) und C (sofortige Auflösung nach dem Beitritt). Laut H. J. Gießmann kam für eine (befristete) Übernahme in die Bundeswehr nur die im September 1990 in 773 Dienststellen noch mit ca. 27 000 Berufs- und Zeitsoldaten besetzte Gruppe A in Frage. Die 516 B-Dienststellen mit etwa ebenso viel Berufs- und Zeitsoldaten waren zur schrittweisen Auflösung bis zum April 1991 vorgesehen. Die in Gruppe C zusammengefaßten 58 Dienststellen (Polit-Institutionen etc.) wurden sofort aufgelöst, das Personal wurde entlassen (H.-J. Gießmann, Das unliebsame Erbe ..., a. a. O., S. 67).

¹⁰⁰¹ Ebda.

¹⁰⁰² Vgl. J. Schönbohm, Zwei Armeen und ein Vaterland, a. a. O., S. 47

¹⁰⁰³ Vgl. die Personalstärke laut Verteidigungshaushalt, siehe Anlage 48.

¹⁰⁰⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 9. 1990, "Die NVA wird auf 50000 Mann reduziert"

Neben der Gliederung und den Personalien in der Spitzengliederung kam unter anderem auch zur Sprache, daß zum 3. Oktober 1300 Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr "nach Osten" kommandiert würden. In den Bataillonen und Regimentern sollten als Kommandeure teils Offiziere der Bundeswehr, teils solche der ehemaligen NVA eingesetzt werden.¹⁰⁰⁵ Über die Übernahme von NVA-Generälen in die Bundeswehr sei noch nicht entschieden, NVA-Angehörige der jüngeren und mittleren Generation sollten aber eine Chance bekommen, sich zu bewähren.

Was von Stoltenberg nicht gesagt wurde: Die Chancen waren auch für die, die eine bekamen, nicht allzu groß: alle wichtigen Dienstposten in den Truppenteilen und Einrichtungen der Bundeswehr-Ost waren mit dem Aufbau der neuen Bundeswehrstruktur in den Händen von Offizieren aus dem Westen, den herabgestuften NVA-Offizieren blieben nur Chefstellen auf Kompanieebene und Sachbearbeiterposten, ehemalige Oberste der NVA wurden aus Gründen der Unzumutbarkeit nicht als Disziplinarvorgesetzte eingestuft.¹⁰⁰⁶

Die am 12. September zur letzten Kommandeurstagung der NVA nach Strausberg angereisten Offiziere dürften die Ausführungen bereits gekannt haben; was sie wissen wollten, waren konkrete Angaben zur Situation ihres Truppenteils. Die hatte Stoltenberg nicht gegeben und die konnte auch Minister Eppelmann nicht geben, obwohl er noch am 1. September auf einer VBS-Tagung mitgeteilt hatte, darüber gebe es am 8./9. September "letzte Grundsatzabsprachen in Bonn".¹⁰⁰⁷

¹⁰⁰⁵ Vgl. dazu Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 29. 9. 1990: 17 Regimenter der früheren NVA sollten einen Bundeswehroffizier als Kommandeur erhalten und einen weiteren Stabsoffizier der Bundeswehr zur Unterstützung, 16 Regimenter ihren bisherigen NVA-Kommandeur behalten, dem aber zwei Stabsoffiziere der Bundeswehr als Berater zugeordnet werden sollten. Auf Bataillonsebene sollten 80 Bataillone von Bundeswehroffizieren geführt werden, die jeweils zwei Offiziere und einen Feldwebel mitbringen; in weiteren 92 Bataillonen sollte die Führung bei einem ehemaligen NVA-Offizier bleiben, dem ein Stabsoffizier und ein Hauptmann der Bundeswehr als Berater zugeordnet werden

¹⁰⁰⁶ Vgl. H.-D. Buhrmester, Das Erbe. Eingliederung der NVA in die Bundeswehr, in: Wehrtechnik, Nr. 10/1991, S. 23, zit. n. H.-J. Gießmann, Das unliebsame Erbe, a. a. O., S. 63 f.

"Beginnend zum 1. April 1991 wurden in allen Truppenteilen durch Verteilerschlüssel die wichtigsten Dienstposten mit Westpersonal besetzt. Dazu gehörten in der Regel

- alle Kommandeure vom Bataillon an aufwärts,
- alle Generalstabsoffiziere,
- alle Offiziere im Dienstgrad ab Oberst aufwärts,
- in jedem Bataillon mindestens ein Kompaniechef und je ein Kompaniefeldwebel,
- in den Bataillonen zusätzlich der S1-Offizier oder der –Feldwebel., der S2-Offizier oder Feldwebel, der S4-Offizier oder Truppenversorgungsbearbeiter,
- in den Brigaden zusätzlich der stellvertretende Kommandeur, der S1-Stabsoffizier und der S2-Offizier,
- außerdem alle Chefs von selbständigen Kompanien und Ausbildungskompanien sowie zusätzlich Spezialisten aus dem Bereich der Unteroffiziere.

¹⁰⁰⁷ "trend" 23/90, S. 2, NVA soll geordnet und kalkulierbar verkleinert werden – Staatssekretär Dr. Günther Krause und DDR-Abrüstungs und Verteidigungsminister Rainer Eppelmann auf der erweiterten VBS-Vorstandstagung in Eggersdorf

Das Delegationstreffen fand zwar statt, Eppelmann hatte in Berlin am Tag vor der Kommandeurstagung mit Stoltenberg noch eine abschließende Besprechung, präzise Angaben konnte er dennoch nicht machen. Entsprechend gereizt war die Stimmung unter den Soldaten. Man nahm kein Blatt mehr vor den Mund.¹⁰⁰⁸

An der Tagung nahmen zwar der schon genannte Chef der Bundeswehr-Verbindungsgruppe, Brigadegeneral Richter, und der Leiter des zivilen Stabes, Ministerialdirigent Simon, teil, bezeichnenderweise waren aber weder Bundesverteidigungsminister Stoltenberg noch der wenige Tage später als Befehlshaber Bundeswehrkommando-Ost für die ehemalige NVA verantwortliche Generalleutnant Schönbohm dazu bereit. Immerhin erfuhren die anwesenden Offiziere aber Genaueres über die Struktur der künftigen Streitkräfte und zur Eingliederung der Berufssoldaten der NVA. General Richter referierte in Anlehnung an Stoltenbergs Verlautbarungen auf der Pressekonferenz zwei Tage zuvor den Stand der Planungen bzw. Entscheidungen im BMVg, unter anderem auch hinsichtlich der Übernahme von NVA-Soldaten: Nach einer Anpassungsphase würden bei einem Gesamtumfang der Ost-Streitkräfte von ca. 50 000 Soldaten 25 000 als Berufssoldaten oder längerdienende Zeitsoldaten und übernommen werden, davon etwa 3000 als Offiziere, 1000 als Offiziere des Militärfachlichen Dienstes und 4000 als Berufsunteroffiziere. Die Masse der zu übernehmenden Soldaten würden 15 000 Unteroffiziere auf Zeit sein, der Rest kurzdienende Z-2 Soldaten. Richters Ausführungen wurden ergänzt durch einen Vortrag von Ministerialdirigent Simon zur Organisation der Wehrverwaltung und zu den Übernahmemöglichkeiten, die sich auch dort für ziviles und auch militärisches Personal bieten würden.

Beide Vorträge konfrontierten mit den aus NVA-Sicht zweifellos harten Fakten: Chancen, längerfristig oder als Berufssoldat von der Bundeswehr übernommen zu werden, würden –verglichen mit der Ausgangsbasis– viele Unteroffiziere, aber nur wenige Offiziere haben, je höher im Rang desto weniger. Rein formal betrachtet war das nicht einmal zu beanstanden, entsprachen doch die jeweiligen Zahlen dem auch sonst in der Bundeswehr üblichen Verhältnis im Stellenplan von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften. Mit Blick auf die für Führungsaufgaben in die neuen Bundesländer kommandierten Bundeswehroffiziere-"West" deutete sich außerdem bereits an, daß es für den großen Kreis von Stabs-offizieren, insbesondere Obersten, und Generälen der NVA wohl kaum Verwendung geben konnte.

Damit waren alle Bemühungen gescheitert, einen "sanften", sozial abgesicherten personellen Übergang in die neuen Streitkräfte zu finden. Der einen Tag später noch vom Volkskammerausschuß für Abrüstung und Verteidigung unternommene Versuch einer Nachbesserung des Einigungsvertrags in Hinsicht auf die soziale Absicherung der NVA-Soldaten kam als "Nachtarock" zu spät. Das immer noch von Hoffnung getragene Aufbegehren gegen die nicht mehr abwendbare Situation wich der Resignation. Umso höher war einzuschätzen, daß die Übergabe der Armee geordnet und diszipliniert verlief. Selbst Generalleutnant Schönbohm mußte zugestehen, auch wenn es machem Vorgesetzten möglicherweise schwer

¹⁰⁰⁸

Vgl. die Stellungnahme des Verbandes der Berufssoldaten, Anlage 49.

geworden sei, zur Auflösung der eigenen Armee beizutragen: "Die NVA blieb bis zuletzt eine kontrollierte und berechenbare Streitmacht."¹⁰⁰⁹

Am 15. September 1990, also gerade zwei Wochen vor der Auflösung der NVA, wurde noch einmal das Führungspersonal an oberster Stelle ausgetauscht. Der Chef der NVA, der Chef des Hauptstabes, der Chef Sicherstellung, der Chef der Landstreitkräfte und eine Reihe weiterer Generale und Admirale wurden entlassen. An ihre Stelle traten für die verbleibenden vierzehn Tage bislang weitgehend im Hintergrund gebliebene jüngere Offiziere, wie Hoffmann meint, ein Akt von Clownerie.¹⁰¹⁰ Doch nicht allein das stieß auf Unverständnis. Es sprach für sich, wie die Führung mit den Militärs umsprang: Die Verabschiedung der gerade entlassenen militärischen Führungsspitze mit einem Abendessen im Gästehaus der NVA in Schloß Wilkendorf endete damit, daß Hoffmann und seine Generäle vorzeitig aufstanden und gingen; den Anstoß hatte das Verhalten des Staatssekretärs Ablaß gegeben. Endgültig zum Eklat kam es, als Ablaß die letzten 24 noch im Dienst befindlichen NVA-Generale und -Admirale entließ. Ohne daß man sie vorher definitiv über ihr Ausscheiden zum 3. Oktober unterrichtet hätte, wurden ihnen am 28. September, einem Freitag, kurz vor Dienstscluß die Entlassungsurkunden in die Hand gedrückt – nicht vom Minister, sondern vom Staatssekretär. Ablaß dazu: "... Sie haben das als ein Wegjagen empfunden. Vier oder fünf von ihnen haben auch mit mir nicht angestoßen. ..." ¹⁰¹¹

Der Entlassung aller NVA-Generale/-Admirale vorausgegangen war ein wohl längeres Hin und Her auf Seiten der Bundeswehrführung¹⁰¹², ob einige von ihnen nicht doch übernommen werden sollten. Minister Eppelmann hatte noch am 1. 9. in einem Interview mit der Militärzeitschrift "trend" lautstark erklärt: "Ich sage hier eine konkrete Zahl: Von den 300 Generalen, die es in der NVA gegeben hat, wird es am 3. Oktober noch 30 geben."¹⁰¹³ NVA-Chef Hoffmann wäre schon froh gewesen, wenn er wenigstens eine Liste des Personalamtes mit ca. 12 Generalen/Admiralen und weiteren höheren Offizieren "durchgekriegt" hätte.¹⁰¹⁴

War die Entlassung der militärischen Führung bereits das sichtbare Zeichen für das bevorstehende Ende der Armee, so konzentrierte sich das Interesse der Presse schon auf den Übergang zur Bundeswehr. Bereits seit Anfang September wurden ca. 1200 NVA-Soldaten zu 14-tägigen Kurzlehrgängen an Einrichtungen der Teil-

¹⁰⁰⁹ J. Schönbohm, Zwei Armeen und ein Vaterland, a. a. O., S. 30

¹⁰¹⁰ Vgl. T. Hoffmann, a. a. O., S. 305 – Chef der NVA wurde Generalmajor L. Engelhardt, Chef des Hauptstabes Generalmajor M. Schlothauer und Chef der Landstreitkräfte Generalmajor H. C. Reiche.

¹⁰¹¹ W. E. Ablaß, Zapfenstreich, a. a. O., S. 172 f

¹⁰¹² Vgl. J. Schönbohm, Zwei Armeen und ein Vaterland, a. a. O., S. 34

¹⁰¹³ "trend" 23/90, S. 3, "Junge NVA-Offiziere sollen ihre Chance in einer vereinten deutschen Armee haben. Interview mit dem Minister für Abrüstung und Vereteidigung der DDR, Rainer Eppelmann

¹⁰¹⁴ T. Hoffmann, a. a. O., S. 305

streitkräfte in die Bundesrepublik geschickt.¹⁰¹⁵ Dieses "Schlüsselpersonal", Kompaniechefs, Kompaniefeldwebel, Wachvorgesetzte und ausgewähltes Funktionspersonal weiterbestehender ehemaliger NVA-Truppenteile, sollte so mit dem Ausbildungssystem der Bundeswehr und den Grundlagen und Grundsätzen der Inneren Führung vertraut gemacht werden. Für im Dienst verbleibende Kommandeure liefen vom 15. Oktober 1990 an zweiwöchige Lehrgänge am Zentrum für Innere Führung in Koblenz und ggf. noch an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Zusätzlich war ein vierwöchiges Truppenpraktikum bei sog. "Patentruppenteilen" vorgesehen. Das hatte zu reichen. Einen etwa 12-wöchigen Ergänzungslehrgang sollte "grundsätzlich" nur durchlaufen können, wer über zwei Jahre hinaus verpflichtet war¹⁰¹⁶ – die Bedingung erfüllte von den übernommenen NVA-Soldaten zunächst einmal niemand.

Mit der Herstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990, 00.00 Uhr existierte die Nationale Volksarmee der DDR nicht mehr – mit ihr löste sich die Konfrontation zwischen den beiden Militärblöcken auf. Valentin Falins Nachruf auf die DDR, ihr Ausfall habe "das Ende des Warschauer Paktes und die Zerstörung aller Infrastrukturen unserer Verteidigung in Europa..." bedeutet¹⁰¹⁷, führt noch einmal den Irrsinn eines Denkens in den Kategorien des Kalten Krieges vor Augen. Falins Bedauern über die Zerstörung aller Infrastrukturen sowjetischer "Verteidigung" in Europa ist ein Grund mehr, sich glücklich schätzen zu können, einer politisch-militärischen Situation entkommen zu sein, in der für Europa eine "Verteidigung" um den Preis der Selbstvernichtung als Option ins Kalkül gezogen wurde. Es spricht für sich, daß die vom Ost-West-Konflikt ausgehende Gefahr, in einen Dritten Weltkrieg und damit in eine Katastrophe apokalyptischen Ausmaßes zu geraten, von den NVA-Militärs offensichtlich nicht wie im Westen verdrängt worden ist. Und es spricht für sie, daß die meisten der Ost-Autoren in ihrem persönlichem Rückblick auf die NVA trotz der als demütigend empfundenen Begleitumstände der Abwicklung "ihrer" Armee doch mit Erleichterung das Ende des Ost-West-Konfliktes und der sich daraus ergebenden Kriegsgefahr in Europa sehen.

¹⁰¹⁵ Beginnend mit dem 9. September 1990 fanden an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck zweiwöchige "Einweisungslehrgänge" für jeweils 280 Offiziere statt. In einem ersten mehr theoretischen Teil ging es dabei um die Vermittlung rechtsstaatlicher Prinzipien und das Vertrautmachen mit den Grundsätzen der Inneren Führung, in der zweiten Hälfte des Kurses erhielten die Offiziere bei verschiedenen Verbänden einen Einblick in den militärischen Alltag.

¹⁰¹⁶ Vgl. "Weisung für die Ausbildung der Deutschen Streitkräfte im beigetretenen Teil Deutschlands" (GenInspBw, FüS I/7 Az 3201 v. 30.08.90)

¹⁰¹⁷ V. Falin, Politische Erinnerungen, a.a.O., S. 495

8. Bilanz

Zieht man im Blick auf die NVA im letzten Jahr ihrer Existenz Bilanz, dann ist das Ergebnis zwiespältig. Im Urteil der damals Beteiligten, in vielen Fällen auch Betroffenen, spiegelt sich die unterschiedliche Sicht auf den Untergang der DDR und ihrer Armee: je nach Standpunkt ist das Bild des Staates DDR und seiner Streitkräfte ein anderes.

Während der westdeutsche Verteidigungsminister und sein Chef des Planungsstabes Schönbohm von Anfang an keinen Zweifel daran ließen, daß die NVA als politische Altlast des SED-Regimes zu betrachten und deshalb zu liquidieren sei, sahen und sehen NVA-Militärs in dieser Einstellung, die von einem Großteil der Bundeswehr-Generalität geteilt worden sei, ein Verharren in den Denkstrukturen des Kalten Krieges, eine Voreingenommenheit und Sieger-Mentalität, die einer differenzierten Bewertung der NVA nicht gerecht werde. Die Soldaten dieser Armee hätten ihren Dienst in der NVA als Dienst für Frieden und Sozialismus verstanden und ihn in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und dem Staatsrecht der DDR geleistet. Dieser friedenspolitische Auftrag und damit indirekt auch das Motiv des Dienens in der NVA werde aber von Autoren aus den alten Bundesländern stark in Zweifel gezogen oder gänzlich in Abrede gestellt. Wer nach dem historischen Platz der NVA frage, müsse den Gegenstand seiner Untersuchung einer allseitigen Betrachtung unterziehen und all seinen wesentlichen Zusammenhängen und Wechselbeziehungen nachspüren. Dem stehe jedoch die gegenwärtig praktizierte Geschichtsbetrachtung mit ihrer Tendenz zur "Verabsolutierung eines Negativbildes von der NVA" entgegen, eines Bildes, das im Hinblick auf den Staat, dessen Instrument die NVA natürlich gewesen sei, schon vorgezeichnet gewesen wäre durch das im Einigungsvertrag vorgegebene politische Urteil "Unrechtsstaat".¹⁰¹⁸

Die Argumentation entspricht im Wesentlichen der Sicht des früheren DDR-Ministerpräsidenten Modrow, der in ähnlicher Weise die Methode kritisiert, wie "von den 'Siegern', den Regierenden der Alt-BRD und jenen, die sich auf deren Seite geschlagen haben", deutsche "Geschichtsschreibung" betrieben werde.¹⁰¹⁹ Während der –von Modrow in Anführungsstriche gesetzt– "Rechtsstaat" BRD als eine Selbstverständlichkeit gelte, ziele die Diskriminierungskampagne darauf ab, die DDR in der historischen Betrachtung als "Unrechtsstaat" zu diskreditieren. Man wolle keinen Funken guter Erinnerung an sie lassen, "an jenes legitime sozialistische Experiment", an seine positiven Seiten, die es trotz aller Verkrustungen, Schwächen und Mängel besonders auch an Demokratie und individueller Freiheit gegeben habe. Durch diese Art der Geschichtsbetrachtung solle die alte BRD zum letzten Wort der Geschichte erhoben werden.¹⁰²⁰

¹⁰¹⁸ R Brühl, Die nationale Volksarmee der DDR., a. a. O., S. 15f

¹⁰¹⁹ H. Modrow und Autorenkollektiv, Zwei Staaten – Zwei Paktsysteme und ihre Grenze: Geschichte – Standpunkte - Dokumente, Berlin 1992, S. 1

¹⁰²⁰ Ebda.

Modrows und Brühls Sorge um das Bild der DDR bzw. den Platz der NVA in der Geschichte ist berechtigt, doch sicher nicht, weil von den "Regierenden der Alt-BRD" deutsche Geschichtsschreibung betrieben würde.¹⁰²¹ Die Erinnerung an das nach Modrow "legitime sozialistische Experiment" DDR wäre wohl in erster Linie ein Erinnern daran, daß es gründlich gescheitert ist. In den bis 1989 vierzig Jahren DDR und auch in dem, was Modrow anschließend als grundsätzlichen Wandel in der Politik und als Reform zur Erneuerung des Sozialismus anzubieten hatte, lag für die Mehrheit der DDR-Bevölkerung offensichtlich nichts für sie Wünschenswertes. Sie wollte nicht weitere sozialistische Experimente, sondern das Ende der DDR, und das möglichst schnell.

Der in der Abneigung gegenüber der ungeliebten "BRD" bezeichnende Tenor der Beiträge von Modrow, Brühl und anderen aus dem Kreise "Ehemaliger" ist vor dem Hintergrund dieses von ihnen letztlich nicht gewollten Endes der DDR zu sehen. Wenn auch die Einheit Deutschlands schon seit Februar 1990 auf der Tagesordnung stand, schienen doch die komplizierten Schritte auf dem Weg dorthin und das ungelöste Problem der NATO-Mitgliedschaft bzw. Neutralität Deutschlands noch für Jahre die Gewähr zu geben für eine gewisse staatliche Eigenständigkeit, vor allem aber für eine relativ starke und gleichberechtigte Stellung der DDR bei den deutsch-deutschen Verhandlungen zum Einigungsprozeß. In Modrows "Regierung der nationalen Verantwortung" waren sich Regierung und Runder Tisch einig in der Ablehnung der "Erpressungspolitik" Bonns, die im Zuge einer überstürzten Anpassung des Wirtschaftssystems der DDR an das der Bundesrepublik nichts anderes als Sozialabbau bedeuten würde. Es dürfe keinen "Ausverkauf der DDR" geben, so die Devise, die "sozialen Errungenschaften" seien zu bewahren, man dürfe sich von der Bundesrepublik nicht deren politisches und wirtschaftliches System überstülpen lassen.

Gerade darauf und damit auf das Ende der DDR lief die Entwicklung aber hinaus. Mit der Einführung der D-Mark im Rahmen der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hatte die DDR den wesentlichen Teil ihrer wirtschaftspolitischen und folglich auch politischen Souveränität schon verloren bevor sie –so die Stimmung in der Armee– von Gorbatschow "verraten und verkauft" wurde. Wenn die NVA-Berufssoldaten über die Meldungen aus Archys "schockiert" waren¹⁰²², dann deshalb, weil man sich über die Rolle der DDR im Einigungsprozeß eben doch in mancher Hinsicht Illusionen gemacht hatte und sich nun das endgültige "Aus" abzeichnete.

¹⁰²¹ Auf die NVA bezogen ist eher das Gegenteil zutreffend: die überwiegende Zahl der seit 1990 erschienenen Studien zur Militärgeschichte der DDR und zur NVA stammt von Autoren aus der früheren NVA, ihrem wissenschaftlichen Umfeld und dem Partei- und Staatsapparat – zum Teil früher in leitender Funktion auf dem Politsektor oder im Militärgeschichtlichen Institut der DDR und mit den Schriften aus DDR-Zeiten einschlägig "ausgewiesen". Es ist vermutlich mehr als eine Fußnote wert, darauf hinzuweisen, daß nicht wenige aus dem Kreis ehemaliger NVA-Angehöriger und früherer Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Institut in Potsdam inzwischen vorübergehend oder auf Dauer in den Diensten des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr waren bzw. sind.

¹⁰²² Vgl. T. Hoffmann, Das letzte Kommando, a. a. O., S. 281

Aus Bonner Sicht ging es nicht um gleichberechtigte Verhandlungspositionen, geschweige denn um die "Vereinigung zweier gleicher Staaten", sondern lediglich um den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und zum Geltungsbereich des Grundgesetzes.¹⁰²³ Dadurch daß von Seiten der Bundesregierung mit der Entscheidung für den Art. 23 GG als Weg des Beitritts kein Zweifel daran gelassen wurde, daß die Einheit nur im Rahmen der in der Bundesrepublik vorhandenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in den bereits bestehenden Strukturen zu haben war, blieb für sozialistische Wunschträume kein Raum. Reste einer eigenständigen DDR-Identität waren nicht gefragt. Noch weniger wäre zu denken gewesen an eine Selbstbindung des vereinten Deutschlands an außen- und sicherheitspolitische Vorgaben der abtretenden DDR. Die Versuche des MfAA, am westdeutschen Außenministerium vorbei eigenständige Politik zu betreiben, liefen ins Leere. Es gab keinerlei Interesse an irgendeinem Beitrag der DDR zum wiedervereinigten Deutschland, nicht an Verhandlungsergebnissen der noch amtierenden DDR-Regierung und auch nicht an den "Errungenschaften" real-sozialistischer Vergangenheit oder an den politischen Reformvorstellungen der gerade erst gescheiterten Apologeten eines nunmehr "wahren" demokratischen Sozialismus. Das Kapitel DDR war insofern schon abgeschlossen, bevor es offiziell zu Ende ging.

Das eigentümlich unspektakuläre Ende der NVA, die von westdeutscher Seite emotionslos und planmäßig vollzogene Auflösung der DDR-Armee, ist unter diesem Blickwinkel zu sehen, sich nicht mit dem ungewollten Erbe des SED-Staates belasten zu wollen – eine Sicht, deren Berechtigung von manchen derjenigen nicht geteilt wurde, die sich der DDR verbunden fühlten und meinten, das ostdeutsche Potential könne sich zu Unrecht nicht in das vereinte Deutschland einbringen.

Abgesehen von der Frage, was die DDR in politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Hinsicht denn hätte einbringen können, konnte Bonn unter dem Gesichtspunkt der Integration Ostdeutschlands in das System der Bundesrepublik gewiß nicht daran gelegen sein, den politisch-geistigen Nachwirkungen aus vierzig Jahren DDR-Geschichte Raum zu geben, sich zu entfalten. Die Distanz des neuen Deutschlands zur DDR-Vergangenheit war gewollt, es sollte in der Tat nichts anderes sein als die um die fünf neuen Länder vergrößerte Bundesrepublik.

Die von vielen als anmaßend empfundene Haltung vertrug sich natürlich nicht mit der Position der Reformer in der DDR, aber auch mancher "Linksintellektueller" in Westdeutschland, mit der deutschen Einheit nicht nur die Existenz der DDR zu beenden, sondern auch die Bundesrepublik als zukünftige Staatsordnung in ihren verfassungspolitischen Festlegungen und verfassungsmäßigen Strukturen zur Diskussion zu stellen.

Noch weniger entsprach ein aus dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik hervorgehendes Deutschland der ursprünglich von der Regierung Modrow und vom Runden Tisch verfolgten Zielsetzung, von einem allmählichen Zusammenwachsen zweier gleichberechtigter deutscher Staaten zu einem Gesamtdeutsch-

¹⁰²³ W. Schäuble, Der Vertrag ..., a. a. O., S. 131

land ausgehen zu können. Das Ziel, während einer Übergangszeit in einer deutsch-deutschen Konföderation mit dem Erhalt der DDR deren weiterhin sozialistische Identität zu bewahren und sie dann als zu beachtende Größe in die Vereinigung der beiden deutschen Staaten einzubringen¹⁰²⁴, war durch den Beitritt nach Art. 23 GG gescheitert, mit der Konsequenz: Fortbestand der Bundesrepublik, uneingeschränkte Geltung des Grundgesetzes, weitere Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis und zur westlichen Werteordnung und der Gewißheit, daß es einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Westbindung nicht geben würde. Es liegt auf der Hand, daß der eigentliche Grund für Modrows, Brühls und anderer Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in der heutigen Bundesrepublik wohl darin besteht, diesen Staat nie gewollt zu haben.

Das galt auch für die überwiegende Mehrheit der Berufssoldaten der NVA, darauf läßt die schon erwähnte auffallend hohe Zustimmung der Offiziere zur Person und Politik Modrows schließen. Ex-Verteidigungsminister Hoffmann macht kein Hehl daraus, daß unter ihnen "Betroffenheit" geherrscht habe angesichts des nicht erwarteten Wahlsiegs der "Allianz für Deutschland"¹⁰²⁵ – verständlicherweise, laut einer armeeinternen Umfrage vor der Volkskammerwahl setzten im März 1990 noch 83% der Offiziere besonderes Vertrauen in die PDS, fast die Hälfte (44%) sprach sich für die weitere staatliche Eigenständigkeit der DDR aus, aber nur 10% knüpften positive Erwartungen an den Einigungsprozeß.¹⁰²⁶ Der hohe Stimmenanteil der PDS bei der Volkskammerwahl in den Standorten der NVA und der Grenztruppen –in der Kaserne in Suhl beispielsweise angeblich fast 68%¹⁰²⁷– belegt, daß von einer ideologischen Kehrtwendung in der Armee sicher nicht gesprochen werden konnte.

Wenn das auch nicht behauptet wird, so zeigt sich doch im Kreise der ehemaligen NVA-Offiziere, die zwecks "Geschichtsaufarbeitung" im Nachhinein erklären wollen, "wie es denn wirklich gewesen ist", nur allzu oft ein deutliches Interesse daran, die Armee –das heißt, ihr Offizierkorps– als im politischen Selbstverständnis im Gleichschritt mit der "Wende" des Herbstes 1989 darzustellen. Wie schon mehrfach zitiert, die Armee sei zwar nicht "im Geiste Scharnhorsts an der Spitze des Fortschritts" marschiert, den Offizieren sei aber die "Notwendigkeit grundlegender Reformen in Staat und Gesellschaft" bewußt gewesen, man habe damit auch bei sich selbst begonnen und sei "weder bereit noch willens gewesen, sich dem Prozeß der gesellschaftlichen Umgestaltung zu widersetzen ..."¹⁰²⁸

¹⁰²⁴ Die Modrow-Regierung lehnte einen Beitritt der DDR entsprechend Art. 23 GG ab. Die Bundesrepublik und das Grundgesetz in ihrer bestehenden Form seien als Provisorium zu betrachten, das es bei der Herstellung der deutschen Einheit in Anwendung des Art. 146 GG durch eine erst noch zu erarbeitende neue Staatsstruktur und eine neue, gesamt-deutsche Verfassung zu ersetzen gelte.

¹⁰²⁵ T. Hoffmann, Das letzte Kommando, a. a. O., S. 196

¹⁰²⁶ Ebda., S. 186

¹⁰²⁷ Ebda., S. 196

¹⁰²⁸ R. Brühl, Die Nationale Volksarmee der DDR ... , a. a. O., S. 32

Unter dem Eindruck solchen "Bekenntnisses zur Wende" und der mit der Militärreform eingeleiteten "geistigen Erneuerung" verflüchtigt sich die Frage nach dem Standpunkt der NVA-Offiziere. Wenn auch von schmerzlichen Einsichten bei der "Vergangenheitsbewältigung" des Einzelnen die Rede ist, von einer Auseinandersetzung des Offizierkorps über die Rolle der NVA im SED-Staat ist in den genannten Beiträgen nichts zu finden. Eine grundsätzliche, offiziell gewollte Debatte hat es nach den glaubhaften Bekundungen kritischer "Reformer" unter den NVA-Offizieren auch nie gegeben, weder zur Funktion der Armee als sichtbar auf Seiten der Macht stehendem Bollwerk gegenüber allen Veränderungstendenzen, als Instrument der Partei zur ideologischen Ausrichtung und Militarisierung der Gesellschaft, noch zur Frage der Mitverantwortlichkeit der Militärs für die Deformation dessen, was sich unter der Überschrift "Befreiung des Menschen" in der DDR als Sozialismus ausgab.

In dem Bemühen der ehemaligen NVA-Generäle und -Obristen, der NVA zu "ihrem Platz in der Geschichte" zu verhelfen, ist trotz mancher Selbstkritik auch heute wenig Interesse zu spüren an einer Thematisierung der Frage nach der Rolle der NVA im totalitären SED-Staat und der ihrer Generalität, die ja zugleich auch die "Partei" repräsentierte und zumindest in den höheren Rängen zur Nomenklaturklasse zählte. Der Vorwurf "Parteiarmee" prallt ab an der Feststellung, man habe sich als Angehöriger eines Staates mit weltweiter diplomatischer Anerkennung als "regulärer Soldat einer regulären Armee"¹⁰²⁹ gesehen und insofern wie die Soldaten anderer Länder und anderer Armeen nur seine Pflicht getan. Es sei die allgemeine Überzeugung der Offiziere in der NVA gewesen, dem Volk gedient und in spannungsreicher Zeit zum Schutz der DDR und zur Bewahrung des Friedens in Europa beigetragen zu haben. Im übrigen habe unter den Berufssoldaten der NVA schon frühzeitig und nicht erst im Herbst 1989 ein Prozeß kritischen Nachdenkens über den Staat DDR und dessen Politik eingesetzt. In dem Maße, wie man die Wertekrise des Sozialismus und zum anderen die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der politischen Führung zu Reformen erkannt habe, habe sich das Vertrauen in diese Führung verringert und auch die Bereitschaft, ihr weiterhin Gefolgschaft zu leisten.¹⁰³⁰ Wenn man das alles ignoriere und das Selbstverständnis der NVA nicht im historischen Kontext und ohne differenzierendes Verständnis sehe, dann sei das Bild einseitig und ideologisch geprägt. Die Struktur des politischen Denkens der Berufssoldaten der NVA sei vielschichtiger und kontrastreicher gewesen als man heute gemeinhin annehme. Entsprechend die schon zu Beginn zitierte Empfehlung von Seiten derjenigen, die betroffen sind: "Der Blick zurück für die Zukunft sollte sich vor allem auf die Weltsicht und das politische Selbstverständnis des Soldaten der Nationalen Volksarmee richten; auch auf die Bedingungen und Faktoren, unter deren Einfluß sie entstanden sind und sich formten."¹⁰³¹

¹⁰²⁹ K. Held / H. Friedrich / D. Pietsch, Politische Bildung und Erziehung ... , a. a. O., S. 221

¹⁰³⁰ R. Brühl, Die Nationale Volksarmee der DDR ... , a. a. O., S. 31f

¹⁰³¹ K. Held / H. Friedrich / D. Pietsch, Politische Bildung und Erziehung ... , a. a. O., S. 219

Der Linie ist die vorliegende Arbeit im Wesentlichen gefolgt. Wenn sich der Blick zunächst auf das sozialistische System der DDR und die Gründe seines Scheiterns richtet, dann um gleichsam auf der Makroebene, in der Darstellung der spezifischen gesellschaftspolitischen Strukturen in der DDR, nach den gemeinten Bedingungen und Faktoren zu fragen, unter deren Einfluß sich Weltansicht und politisches Selbstverständnis der NVA-Offiziere formten. Natürlich bestimmten die Rahmenbedingungen des SED-Staates nicht nur die Lebenslage des Einzelnen, sondern prägten auch die politischen und gesellschaftlichen Orientierungen. Daß das offiziell propagierte politische Bewußtsein immer weniger mit den tatsächlichen Meinungen, Einstellungen und Werthaltungen in der DDR-Bevölkerung in Deckung zu bringen war, hieß ja nicht, daß die Rahmenbedingungen von vierzig Jahren "Realsozialismus" der politischen Kultur in der DDR nicht ihren Stempel aufgedrückt hätten – gerade in der gegenüber der Außenwelt so abgeschotteten Lebenswelt des Militärs.

Der Befund, daß der Zusammenbruch des politischen Systems nicht nur die Folge unterlassener Reformen im Sinne von Gorbatschows "Perestroika" und "Glasnost" war, sondern als Konsequenz der Reformunfähigkeit des Sozialismus sowjetischer Prägung zu begreifen war, wurde von ehemaligen NVA-Offizieren häufig nicht gesehen. Insbesondere die "Reformer" unter ihnen vertraten die Ansicht, die revolutionäre Stimmung in der DDR-Bevölkerung und ihr Aufbegehren gegen die von der SED zu verantwortenden Mißstände seien das Resultat einer verfehlten Politik der senilen, inkompetenten und korrupten Führung im Politbüro gewesen. Folgt man dieser Auffassung, dann hätte sich die Krise des Herbstes 1989 vermeiden lassen, wenn die politische Führung und die von ihr betriebene Politik „besser“ gewesen wären – aus solcher Sicht ein Versäumnis, das mit dem Wechsel zur Krenz-Regierung dann ja auch zu korrigieren versucht wurde.

Daß die Argumentation nicht viel für sich hat, zeigte bereits die parteiinterne Auseinandersetzung auf dem SED-Parteitag im Dezember 1989. Die tatsächlichen Ursachen der Implosion des SED-Systems lagen tiefer, im Scheitern des Systems, vor allem in seiner ideologisch begründeten mangelnden Leistungsfähigkeit, sich dem ökonomischen, technologischen und sozio-kulturellen Wandel anzupassen. Das hätte grundlegende Veränderungen im politischen System gefordert, in der Herrschaftsstruktur, in den politischen Strukturen, in den Institutionen, Stichworte: politische Pluralität, Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung. Dem stand die im Artikel 1 der DDR-Verfassung festgeschriebene Führungsrolle der "Partei" jedoch entgegen. Strukturwandel war nur in den Schranken ihres gesicherten Machtanspruchs möglich. Von daher waren allen Reformen enge Grenzen gesetzt.

In der Partei, in den Wirtschafts- und Staatsapparaten und auch in der NVA war man sich durchaus bewußt, daß der von den Wirtschaftsproblemen ausgehende Reformdruck zum Handeln zwang. Man wußte um die innere Widersprüchlichkeit und das Nichtfunktionieren von Plan und Markt und um die hoffnungslose wirtschaftliche und technologische Unterlegenheit gegenüber der Bundesrepublik. Man wußte aber auch, daß es zu der letztlich gescheiterten Politik der Partei keine Alternative geben würde. Die Alternative war die Bundesrepublik.

Wer in der DDR mit Blick auf die sozialistischen Bruderländer auf ähnliche Entwicklungen wie in Polen oder Ungarn oder doch wenigstens auf "Glasnost" wie in der Sowjetunion gehofft hatte, sah sich enttäuscht. Während sich in Polen und Ungarn bereits der Systemwechsel vollzog und die Sowjetunion sich vor den Augen der Welt in ein in seinen Konsequenzen überhaupt nicht absehbares Reformprogramm gestürzt hatte, bewegte sich in der DDR nichts. Der „Sozialismus in den Farben der DDR“ hatte bereits zu seiner Höchstform gefunden, folglich blieb günstigstenfalls alles so, wie es war. Daß das vielen nicht reichte, zeigte sich im Sommer 1989 in der Flucht von Zehntausenden über die ungarische Grenze und, dadurch angestoßen, in den Demonstrationen von Hunderttausenden gegen die Politik und das Herrschaftsmonopol der SED.

Wie unterschiedlich die Beweggründe der Menschen auch gewesen sein mögen, ihnen gemeinsam war die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in der DDR, allgemein Frustration, bei manchen schon Resignation und bei den Aktiveren die Entschlossenheit, diesen Zustand zu ändern, entweder für sich oder in der Gesellschaft – eine Einstellung, die bei den Berufsoffizieren in der Armee zunächst einmal kaum auf Verständnis stoßen konnte. Zwar gab es Unzulänglichkeiten, Mängel und Mißstände wie überall, so auch in den Streitkräften. Frust und Ärger über die Parteibürokratie und die in allen Bereichen spürbaren Auswirkungen der Wirtschaftsmisere gehörten zum Alltag. Die in vieler Hinsicht unhaltbaren Zustände in der NVA und die fehlende Reformbereitschaft und Konzeptionslosigkeit der Politik Honeckers wurden von den Offizieren wohl auch als Manko empfunden. Das hieß aber nicht, daß man den Führungsanspruch der Partei insgesamt in Frage gestellt hätte. Die Armee stand nicht nur wie andere Armeen loyal zur Fahne, ihr Offizierskorps bejahte auch seine Bindung an Staat und Partei im Sinne der kommunistischen Ideologie, und das offensichtlich aus Überzeugung. Selbst die genannten Offiziere bestätigen, die NVA habe vor dem politischen Umbruch im Herbst 1989 "einen beachtlichen Grad innerer Geschlossenheit und Übereinstimmung mit der offiziellen Partei- und Staatspolitik" gehabt.¹⁰³²

„Ein guter Soldat war auch ein guter Kommunist“, der immer wieder gehörte Satz aus dem Munde von NVA-Offizieren entsprach exakt der Klischeevorstellung, die man sich im Westen von ihnen machte. Er entsprach aber nichtsdestotrotz auch dem politischen Selbstverständnis, das offiziell vom Offizier der NVA erwartet wurde und dem er sich mit seiner Berufswahl in der Regel wohl auch verpflichtet fühlte. In dem Satz liegt insofern der Schlüssel für das Verstehen des doch anscheinend sichtbaren Widerspruchs: einerseits dem Beharren darauf, man habe sich nicht einer „Parteiarmee“ zugehörig gefühlt, andererseits dem selbst nach der Wende bei vielen weiterhin ungebrochenen Glauben an die Partei als Garant, für die richtige Sache zu stehen. Das eine schloß das andere nicht aus. Die Armee verstand sich als militärisch professionelles Machtinstrument des sozialistischen Staates, was einschloß, ihren "militärischen Klassenauftrag" unter der Führung durch die SED als marxistisch-leninistischer Partei zu erfüllen.

¹⁰³²

Ebda.

Das marxistisch-leninistische Weltbild und seine Deutungsmuster haben daher das politisch-gesellschaftliche Bewußtsein der NVA-Offiziere und ihre Einstellungen zweifellos nachhaltig beeinflusst. Alle Versuche, das nachträglich zu relativieren, die Armee habe sich nicht mehr und nicht weniger mit dem System identifiziert als andere Teile der DDR-Bevölkerung auch, verzeichnen die Wirklichkeit. Wenn es heute heißt, unter den Offizieren habe man die "Wertekrise des Sozialismus", die "Sinnkrise des Krieges" und die "Notwendigkeit grundlegender Reformen in Staat und Gesellschaft" schon frühzeitig erkannt, so mag das im Einzelfalle zutreffend gewesen sein, nur ändert das nichts daran, daß solch ein –unter welchem Bezug auch immer– eher kritisches Bewußtsein nicht die politisch-geistige Haltung des Offizierkorps widerspiegelte. Die Inspektionsberichte des MfNV zum "politisch-moralischen Zustand" der Führungsorgane und Einheiten belegen das Gegenteil. Nur in einigen wenigen Fällen gab es Anlaß zu Kritik am "nicht gefestigten Klassenstandpunkt". Von einem, wie bei Brühl zu lesen, Vertrauensverlust in die Partei- und Staatsführung oder gar einem Verfall der politischen Loyalität im NVA-Offizierkorps ist nirgendwo die Rede. Im Gegenteil, den Kommandeuren und Offizieren werden in der Regel gute Erfolge in der "politisch-ideologischen Arbeit" bescheinigt, selbst noch unmittelbar vor der Wende.¹⁰³³

Um noch einmal S. Meuschels Argumentationsstruktur aufzugreifen: Wenn sich die Revolution in der DDR entlang der Trennlinie zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen Gesellschaft und Parteistaat, zwischen "Wir" und "Sie" entzündet hat¹⁰³⁴, dann stand das Militär sicher nicht auf Seiten der "Beherrschten". Die NVA war ein Stützpfeiler des Parteistaates, eben "Parteiarmee", und das nicht nur wegen ihrer legitimatorischen Abhängigkeit vom Staat, sondern auch im Blick auf das politisch-ideologisch durch die Partei geprägte Staatsverständnis ihrer Führung. Spiegelte die Armee die system-spezifischen Strukturprinzipien des SED-Staates nicht in exemplarischer Weise wider: Wo hätte der umfassende Führungsanspruch der Partei und das durch den „demokratischen Zentralismus“ geprägte sozialistische Staats- und Rechtsbewußtsein auf mehr Übereinstimmung mit den Normen in der Berufs- und Arbeitswelt stoßen können als bei einer totalen Institution wie dem Militär? Umgekehrt: Gab die Armee nicht die Folie ab für die autoritär-totalitäre Prägung der DDR-Gesellschaft? Galt in der "Arbeitsgesellschaft DDR" nicht im Prinzip immer noch die aus den Anfangsjahren der Revolution stammende Forderung nach der "Militarisierung der Arbeit"¹⁰³⁵! Befand sich die DDR in ihrem "anti-

¹⁰³³ Vgl. etwa den Abschlußbericht des MfNV zur Inspektion im Militärbezirk V im Nachrichtenregiment 5, dem Funk- und Funktechnischen Aufklärungsbataillon 5 und dem Pionierregiment 5 vom 27. 9. 1989, in: Befehl Nr. 107/89 des Ministers für Nationale Verteidigung über die Auswertung einer Inspektion im Bereich der Landstreitkräfte; GVS-Nr. A 893 660 (1006/89), 1. Ausfertigung, 5 Blatt

¹⁰³⁴ S. Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, a. a. O., S. 319f

¹⁰³⁵ Vgl. beispielsweise die von Trotzki zur Durchsetzung der Revolution als unumgänglich betrachtete Notwendigkeit, die Arbeitsdienstpflicht gegebenenfalls mit Zwangsmaßnahmen und militärischen Methoden durchzusetzen.

militaristischen Kampf" und der daraus abgeleiteten Bedrohungsperzeption nicht permanent in einem Zustand zwar nicht des Krieges, aber der als Kriegsverhütungsstrategie verstandenen Kriegsvorbereitung, die dem Denken in militärischen Kategorien Tür und Tor öffnete und mehr oder weniger systematisch die Militarisierung aller Lebensbereiche betrieb?

Was sich sonst als Problem stellt, wie Armeen trotz ihrer spezifisch militärischen, in vielem nicht mit denen einer demokratischen Zivilgesellschaft zu vereinbarenden Wertvorstellungen und Normen, in die Gesellschaft integriert werden können, diese Frage war in der DDR nicht einmal existent. Sie konnte sich auch gar nicht stellen, weil das ideologisch vorgegebene Wert- und Normensystem der sozialistischen Gesellschaft einen solchen Gegensatz weder vorsah noch zuließ. Von daher gab es für den NVA-Offizier keine Diskrepanz zwischen militärischer und ziviler Wertekultur. Es gab nur eine, die sozialistische. Es dürfte deshalb für die Berufssoldaten vor dem Herbst 1989 schwierig gewesen sein, den sozialen Wandel in der DDR überhaupt anders denn als "anormal" wahrzunehmen.

Vergleicht man die Umfrageergebnisse in der DDR aus den achtziger-Jahren und auch die armeeinternen Untersuchungen 1989/90 zur "DDR-Verbundenheit", dann fällt vor allem die Kluft auf zwischen den Werten der Berufssoldaten und denen der jüngeren DDR-Bevölkerung. Der extrem hohen Zustimmung bei den NVA-Offizieren –immer um die 90%– stand gegenüber, daß Anfang 1990 etwa die Hälfte und zuletzt mehr als 60% der wehrpflichtigen Soldaten solche Verbundenheit nicht mehr sahen.¹⁰³⁶ Die Werte entsprachen der Einstellung unter jungen Arbeitern und Studenten.¹⁰³⁷ Sie dokumentieren, in welchem Maße das Militär gegen den Wertewandel in der DDR abgeschottet war, daß es wohl kaum Gemeinsamkeiten gab zwischen dem Wertekanon der Offiziere und den Zielen derer, die zu Beginn des Herbstes 1989 mit dem Slogan "Wir sind das Volk" für Demokratie und eine andere DDR demonstrierten.

Die Rolle, die die NVA in der „Wende“ des Herbstes 1989 gespielt hat, ist beschrieben worden. So wenig überzeugend die Versicherung des General Brühl und anderer aus dem Kreise "Ehemaliger" ist, man habe mit der Armee auf Seiten des "Volkes" gestanden, so kann die NVA-Führung dennoch sicherlich zu Recht darauf verweisen, über die "Militärreform" einen Prozeß der "Erneuerung" im Sinne einer Neuorientierung der Armee eingeleitet zu haben. In dem Bestreben, sich eine neue Identität als nun "wirkliche Volksarmee" und demokratisch legitimierte Institution zu geben, hat man in der Tat ein erstaunliches Maß an Anpassungsbereitschaft und Wandlungsfähigkeit gezeigt: Nach dem Austausch der militärischen Führungsspitze wurden die SED-Parteiorganisationen in der Armee aufgelöst, die Politorgane in den Streitkräften und die „Verwaltung 2000“ stellten ihre Arbeit ein und die NVA unterzog sich einer Reform, wie sie in ihrem Anspruch radikaler kaum sein konnte. Das betraf die zukünftige Stellung der

¹⁰³⁶ K. Held / H. Friedrich / D. Pietsch, Politische Bildung und Erziehung in der NVA, a. a. O., S. 220

¹⁰³⁷ Vgl. Trendvergleich zur "Identifikation mit der DDR, zit. nach Quo Vadis 1990, in: Greiffenhagen, M./Greiffenhagen, S., Ein schwieriges Vaterland ..., a. a. O., S. 403

Armee in Staat und Gesellschaft, ihren Auftrag, die Struktur und Organisation der Streitkräfte, die Schaffung demokratieverträglicher Strukturen, die Reorganisation des Bereiches Kaderauswahl, die sog. „staatsbürgerliche Arbeit“, die Wehrgesetzgebung und die rechtliche Ausgestaltung der sozialen Absicherung der Soldaten, zahlreiche weitere Eckpunkte und nicht zuletzt ein weitreichendes materielles und personelles Konversions-Konzept. Diese "neue" Armee hätte überdies im europäischen Abrüstungsprozeß vorangehen sollen, sichtbar in den Aussagen zum Charakter, zur Funktion und zum Auftrag der Streitkräfte und in den Maßnahmen zur Reduzierung und Umstrukturierung der NVA zu einer nur noch nach dem Prinzip „minimaler Hinlänglichkeit“ abwehrbereiten Territorialarmee.

Es ist nicht zu bestreiten, daß durch die Militärreform ein Demokratisierungsprozeß in der NVA angestoßen wurde, der Eckpunkte setzte, hinter die die weitere Entwicklung nicht mehr hätte zurückfallen können. Eine im August 1990 im Auftrag des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen erstellte Studie eines Stabsoffiziers der Bundeswehr am Zentrum für Innere Führung zur NVA-Militärreform kommt zu dem Resümee: "Nimmt man Auftrag, Struktur und Alltag der alten „Parteiarmee“ als Ausgangspunkt, können die umgesetzten Maßnahmen als umwälzend bezeichnet werden. ... Aufgrund der Militärreform konnte sich die Nationale Volksarmee im deutschen Einigungsprozeß als Institution präsentieren, die zwar organisatorisch aufgelöst wird, aber dennoch als demokratisch erneuerte Armee die Möglichkeit erhält, einen relativ großen Umfang ihres Personals in neue Streitkräfte eines demokratischen Rechtsstaates einbringen zu können.“¹⁰³⁸

Daß es dazu trotz aller Bemühungen nicht kommen würde, war zu dem Zeitpunkt Ex-DDR-Verteidigungsminister Hoffmann bereits bewußt. Zuvor hatte aber auch er immer noch Hoffnung gehabt, eine breite und öffentliche Solidarisierung der neuen politischen Bewegungen und Parteien mit der NVA werde die Zukunft der Armee sichern. Nicht zufällig hatte ein Schwerpunkt der "Militärreform" auf dem Sektor "Öffentlichkeitsarbeit" gelegen.

In dem Bemühen der NVA-Führung, mit der "Militärreform" die Vergangenheit als "Parteiarmee" abzustreifen und den Kontakt zu allen gesellschaftlichen Gruppen zu suchen, war der Versuch zu sehen, bei den neuen politischen Kräften Glaubwürdigkeit und politischen Kredit zu gewinnen. Die bis dahin gegenüber der Außenwelt hermetisch abgeschotteten Kasernen öffneten ihre Tore für die Bevölkerung, Bürgerrechtler konnten Waffen und militärisches Gerät inspizieren, andere wurden offiziell eingeladen, mit den Militärs auf höchster Ebene die Grundlagen der neuen Armee zu diskutieren. Als die militärische Führung nach anfänglichem Widerstand die Beschlüsse des „Runden Tisches Militärreform“ sogar als Grundlage ihrer Entscheidungen akzeptierte, schien perfekt zu sein, was noch zu Jahresabgang 1990 als unmöglich hätte gelten müssen: Runder Tisch und NVA-Führung waren sich in den wesentlichen Punkten der "Militärreform" einig und strebten im Schulterschuß miteinander die Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit

¹⁰³⁸

H.-J. Reeb, Reformen im Militär der DDR – Gründe, Verlauf und Schwerpunkte, Perspektiven für Gesamtdeutsche Streitkräfte, Manuskript im Auftrag des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Zentrum Innere Führung der Bundeswehr, Koblenz im August 1990, S. 67

nach den Märzahlen an. Beiden ging es um die Bewahrung der DDR-Identität und –in unterschiedlicher Perspektive– um den Erhalt der Armee. Während sie insbesondere für die neuen politischen Gruppen als Mittel zum Zweck erhalten sollte, als eine für den Einstieg in ein neues gesamteuropäisches Sicherheitssystem modellhaft gedachte Abrüstungsinitiative der DDR, stand für die Militärs verständlicherweise die Zukunft der eigenen Klientel im Vordergrund.

Die Frage, wer sich am Runden Tisch Militärreform durchgesetzt hat, ist letztlich irrelevant. Die Vorlagen für das, was am Runden Tisch erarbeitet wurde, kamen in der Regel vom Militär, dort jedoch nicht selten aus dem Kreise der "Reformer", deren Vorstellungen oft eher mit den politischen Absichten der neuen politischen Bewegungen am Tisch in Deckung zu bringen waren als mit der Auffassung des MfNV. Das bedeutete allerdings nicht, daß die militärische Führung mit den Beschlüssen des Runden Tisches nicht hätte leben können. Abgesehen davon, daß vieles in den Ausarbeitungen lediglich programmatischen Charakter hatte und nicht unbedingt politische Auswirkungen hätte haben müssen, waren politisch bindende Entscheidungen zur Zukunft der NVA ja überhaupt nicht getroffen worden. Insofern steht der Runde Tisch Militärreform zwar für einen Prozeß der Demokratisierung, der mit der den Militärs abverlangten Rechenschaftspflicht und mit der Öffnung der NVA und der öffentlichen Diskussion der Belange der Landesverteidigung und der Armee sicherlich eine wichtige Funktion erfüllte, für die weitere politische Entwicklung aber folgenlos blieb.

Führt man sich noch einmal die ursprüngliche Zielsetzung der Militärreform vor Augen, im Sinne des Aktionsprogrammes der SED durch eine "tiefgreifende Erneuerung" der Armee Vertrauen zu schaffen und in den Dialog zu kommen mit den die "Wende" bestimmenden politischen Kräften, so war die Zusammenarbeit am Runden Tisch Militärreform für die militärische Führung durchaus als Erfolg zu werten. Sie hatte trotz mancher Meinungsverschiedenheiten im Ergebnis letztlich keine Zugeständnisse machen müssen. Gleichwohl konnte sie den Runden Tisch als Forum nutzen, den Erneuerungswillen in der NVA öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Überdies bot er ihr eine gewisse Sicherheit davor, in den Sog der mehr oder minder gewaltsamen Aktionen der Bevölkerung gegen die Staatssicherheit zu geraten. Man darf nicht außer acht lassen, daß bei einem gewaltsamen Eindringen in Kasernen oder Einrichtungen der NVA im Unterschied zum Sturm auf das MfS eine ganz andere, in höchstem Maße gefährliche Situation entstanden wäre. Weder die DDR-Regierung noch die sowjetischen Truppen in der DDR hätten tatenlos zusehen können, wenn die Sicherheit von Waffen, Munition und militärischem Material nicht mehr gewährleistet gewesen wäre.

Schließlich konnte auch das eigentliche Ziel des Aktionsprogrammes der SED, die Initiative wiederzugewinnen, eingelöst werden. Als die Einheit von Staat und Partei nicht mehr gegeben war, blieb doch die Zuversicht, daß die DDR auch unter den veränderten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen noch über eine mittelfristig längere Zeit als sozialistischer Staat zu erhalten sei. Durch die zunächst unnachgiebige sowjetische Haltung in der Frage der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands schien die eigenständige staatliche

Existenz der DDR fürs erste noch gesichert zu sein – Grund genug, die Armee so intakt wie nur möglich durch die Wirren der "Wende" zu bringen. Angesichts der krisenhaften Entwicklung in den Streitkräften trat der Punkt, die Initiative zurückzugewinnen, zwar zunächst hinter dem Bemühen zurück, die Situation wieder in den Griff zu bekommen und die Lage in der NVA so zu stabilisieren, daß sie überhaupt noch als Armee erhalten blieb. Dennoch, je öfter man sich am Runden Tisch traf umso größer war das Einvernehmen, die "Militärreform der DDR" im Rahmen der "Erneuerung" des politischen Systems fortzuführen, eines, das sei betont, auch weiterhin sozialistischen Systems.

Die Hoffnungen auf eine auch ferner eigene DDR-Identität erwiesen sich nach der Volkskammerwahl im März 1990 zwar als Illusion, nun weckte der Entmilitarisierungskurs der DDR-Außenpolitik und des neuen Ministers für "Abrüstung und Verteidigung" aber Hoffnungen, die Armee wenigstens in ihrem Kern erhalten zu können: Die Vereinigung Deutschlands solle im Rahmen des KSZE-Prozesses synchron verlaufen mit der Ablösung der beiden Militärbündnisse durch ein neues europäisches Sicherheitssystem. Während der Übergangsphase bliebe Deutschland Mitglied in beiden Bündnissen, ihm käme eine Brückenfunktion zwischen den Blöcken zu. Auf dem Gebiet der neuen Bundesländer werde die NVA militärisch abgerüstet zu einer Territorialtruppe umgeformt, die nicht der Bundeswehr unterstellt sein würde und zum Modell eines noch zu schaffenden KSZE-Friedenskorps werden solle.

Abrüstungs- und Verteidigungsminister Eppelmann hatte natürlich die Militärs für sich gewonnen, als er in seiner Antrittsrede vor den NVA-Kommandeuren verkündete, solange die beiden Militärbündnisse in Europa existierten, werde seiner Überzeugung nach auch die NVA weiter bestehen, im übrigen werde es auch nach der Vereinigung Deutschlands auf DDR-Territorium eine zweite deutsche Armee geben. Der Fortbestand der NVA –zwar auf etwa die Hälfte ab- und umgerüstet, aber zu zwei Dritteln aus Zeit- und Berufssoldaten bestehend– schien als sicher gelten zu können. Entsprechend optimistisch sah Ex-Verteidigungsminister Hoffmann, nun "Chef der NVA", in die Zukunft: Man könne noch 1990 mit der Reorganisation der NVA beginnen. "Es ist vorgesehen, den Übergang auf die neuen Strukturen ... schrittweise bis zum Jahr 1993 zu vollziehen."¹⁰³⁹ Wenn das angesichts des Tempos der deutsch-deutschen Einigung auch schon bald wieder "von gestern" war, so ließen doch die vermeintlich fortgeschrittenen Planungen zwischen dem BMVg und dem MfAV darauf schließen, daß die NVA als selbständige Teilstreitkraft "Ost" in die Bundeswehr eingegliedert werden würde.

Dem stand jedoch die Positionsbestimmung des damaligen westdeutschen Verteidigungsministers Stoltenberg auf der Bundeswehr-Kommandeurtagung Mitte Juni 1990 entgegen. Stoltenbergs Marschrichtung "Ein Staat – eine Armee" ließ nicht nur keine eigenständigen Kontingente der NVA in den Streitkräften eines zukünftigen Deutschlands zu, sondern in der Bundeswehr –und allein um die ging es– auch nur sehr begrenzt Platz für ehemalige Berufssoldaten der NVA. Schon

¹⁰³⁹ Vgl. T. Hoffmann, Das letzte Kommando, a. a. O., S., S. 231

damit war an sich klar, wenn dies auch durch die Planungen zwischen dem BMVg und dem MfAV relativiert wird, daß die NVA weder als eigenständige Armee noch in selbständigen Truppenteilen unter NVA-Führung in gesamtdeutsche Streitkräfte übernommen werden würde.

Das war den Betroffenen allerdings so nicht gesagt worden. Im Gegenteil, die Versprechungen Minister Eppelmanns und seiner Staatssekretäre zur Zukunft der NVA, auch die ungerechtfertigt optimistischen Prognosen westdeutscher Politprominenz, hatten in der NVA zu Recht Hoffnungen und Erwartungen geweckt. Natürlich hatte es Gewicht, wenn E. Bahr mit seinem Renommee als weithin bekannter Sicherheitsexperte und Direktor des Hamburger Institutes für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, zudem bestinformierter und einflußreicher Politiker, in einem Interview –nicht etwa vor, sondern eine Woche nach dem Kaukasusgipfel– davon sprach, im Einigungsvertrag müsse eine Übergangsregelung vereinbart werden, die NVA in einem Zeitraum von drei bis vier Jahren so zu reformieren, daß sie "bundeswehrkompatibel" werde.¹⁰⁴⁰

Tatsächlich begann mit den Verhandlungen zum Einigungsvertrag die "Abwicklung" der DDR-Armee. Da die militärische Führung der NVA darauf keinen Einfluß hatte und die zivile Spitze im Ministerium die Vorgaben aus Bonn teils zögernd, teils wohl auch bereitwillig akzeptierte, kamen im Ergebnis die Vorstellungen der Bundesregierung zum Zuge. Als Mitte August 1990 das Vorkommando der Bundeswehr auf den Plan trat, war das bereits der Anfang vom Ende: in nur 6 Wochen wurde die Auflösung der ehemals mit den sowjetischen Streitkräften schlagkräftigsten Armee im Warschauer Pakt vollzogen, ohne daß dies besonderes Aufsehen erregt hätte.

Das Ende der NVA wurde von den Berufssoldaten in ihrer Mehrzahl als bitter erlebt. Denen, die "draußen" waren, drohte angesichts ihrer kaum verwertbaren Qualifikation die Arbeitslosigkeit, vielen der älteren Offiziere in der Konsequenz sozialer Abstieg. Denen, die zunächst befristet von der Bundeswehr übernommen wurden, erging es kaum besser. Ein oder zwei Ränge zurückgestuft, in unterer Dienststellung eingesetzt und in der Konkurrenz um die wenigen Stellen als Berufssoldat bei der Bundeswehr, sah auch ihre Zukunftsperspektive in der Regel eher trostlos aus.

Es ist angesichts der persönlichen Härten für die Betroffenen verständlich, wenn sich bei vielen von ihnen das Empfinden einstellte, von der eigenen Führung im MfAV "verraten und verkauft"¹⁰⁴¹ und von der der Bundeswehr ungerecht, weil nicht gleichberechtigt behandelt worden zu sein. Andererseits wäre zu fragen, warum im Einigungsvertrag mit den NVA-Soldaten hätte anders verfahren werden sollen als mit den Beschäftigten in anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes von Bund und Ländern. Für wie gerecht hätte man es in der DDR-Bevölkerung gehalten, wenn ausgerechnet die Berufskader der NVA, ehemals "Schwert und

¹⁰⁴⁰ Ebda., S. 329 f; Bahr spricht von einem zweiten Staatsvertrag, die zum damaligen Zeitpunkt durchaus übliche Bezeichnung an Stelle des Terminus "Einigungsvertrag" in Unterscheidung zum Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

¹⁰⁴¹ Siehe die Kritik aus der Truppe an Minister Eppelmann, Anlage 50.

Schild der Partei", nun als Teil der Bundeswehr in privilegierter Lage gewesen wären, weil sie von dem in vieler Hinsicht schmerzhaften Umstrukturierungsprozeß in den neuen Bundesländern am wenigsten betroffen gewesen wären. Denn wäre es in rechtlicher Hinsicht zu einer Gleichstellung von NVA und Bundeswehr gekommen, so hätten die Berufs- und Zeitsoldaten der NVA in eine relativ gesicherte Zukunft blicken können. Sowohl für die in die gesamtdeutschen Streitkräfte eingegliederten als auch für die infolge der Reduzierungsmaßnahmen ausscheidenden bzw. frühzeitig in den Vorruhestand versetzten Berufssoldaten der NVA hätten dann, so die Hoffnung, die Bestimmungen des Öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik-"alt" gegolten.

Um eben das, eine solche oder damit vergleichbare soziale Absicherung der Berufs- und Zeitsoldaten der NVA war es der militärischen Führung der NVA bei ihren Bemühungen um ein befristetes Fortbestehen der Armee im Kern aber gegangen. Die Forderung nach der gesetzlichen Regelung des Dienstverhältnisses, nach einer systematischen Berufsvorbereitung für vorzeitig ausscheidende Zeit- und Berufssoldaten und einer Neuregelung der Altersversorgung der Berufskader ist bereits in der zum Aktionsprogramm der SED gehörenden "Konzeption für die sozialistische Erneuerung in der NVA und in den Grenztruppen der DDR" enthalten. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Verteidigungsministers Hoffmann war denn auch die Unterzeichnung von Festlegungen zur "Entwicklung der Rechts- und sozialen Sicherheit der Berufskader"¹⁰⁴². Sie betrafen u. a. die Gleichstellung der Berufssoldaten hinsichtlich von Status-, Rechts- und sozialen Regelungen mit den Bestimmungen, wie sie nach der beabsichtigten Verwaltungsreform für den Staatsapparat allgemein zu erwarten waren. Außerdem sollte größere Rechtssicherheit bei Entlassungen garantiert werden, die Schaffung von Vorruhestandsregelungen, Übergangszahlungen und Eingliederungshilfen bei vorzeitigem Ausscheiden zugesagt werden etc. – insgesamt für DDR-Verhältnisse bemerkenswert großzügige Regelungen für das Ausscheiden von "Berufskadern" aus dem aktiven Dienstverhältnis.

Auch im weiteren Verlauf der Militärreform nahmen Fragen der rechtlichen und sozialen Absicherung der Berufssoldaten breiten Raum ein.¹⁰⁴³ Obwohl kaum Sache des "Dienstherrn", wurde vom MfNV bereits bei den im Rahmen der Militärreform schnellstmöglich zu realisierenden "Sofortmaßnahmen" die Vorbereitung der Bildung eines Verbandes der Berufssoldaten vorgesehen.¹⁰⁴⁴ Das

¹⁰⁴² Vgl. "Für soziale Sicherheit der Berufskader", in: "Militärreform" 2/90, S. 1, 2 – in dem Artikel werden die Festlegungen des Verteidigungsministeriums v. 20. 11. 1989 wiedergegeben.

¹⁰⁴³ Vgl. auch die weiteren Ausgaben von "Militärreform", in denen regelmäßig über Planungen und Maßnahmen des Ministeriums zur Umschulung und über die Berufsverbände VBS und GdAA sowie den Verband der Zivilbeschäftigten in der NVA berichtet wird. Vgl. zum VBS auch die Truppenzeitung "Volksarmee" 50/89, 52/89, 2/90, 4/90, 5/90, 8/90, 9/90

¹⁰⁴⁴ Nach Vorüberlegungen, die auch mit auf die Armee reform zurückgingen, wurde auf Initiative der NVA-Führung am 20. Januar 1990 der Verband der Berufssoldaten der NVA (VBS) gegründet. Der VBS-Vorsitzende Oberstleutnant Dr. Nickel hielt engen Kontakt mit dem "Deutschen BundeswehrVerband" (DBwV), der die Interessen eines

vom MfNV erarbeitete Konzept zur sozialen Eingliederung der ausscheidenden Soldaten und zu Fragen der finanziellen Sicherstellung der älteren "Berufskader" wurde als Vorlage beim Ministerrat eingebracht und auf dessen Verlangen auch vom Zentralen Runden Tisch gebilligt. Als es vom Ministerrat danach immer noch nicht beschlossen wurde, setzte Verteidigungsminister Hoffmann nach Absprache mit Regierungschef Modrow die wichtigsten Regelungen kurz vor der Volkskammerwahl per Befehl selbst in Kraft¹⁰⁴⁵ – Regelungen, von denen Hoffmann meint, daß sie "ein Maximum an Entgegenkommen seitens der Regierung darstellten".¹⁰⁴⁶

Die Maßnahmen zielten darauf ab, der bei vielen Berufskadern aufgekommenen Perspektivlosigkeit und Existenzangst entgegenzuwirken. Es sollte in der NVA deutlich werden, daß von Seiten der Armeeführung Vorsorge getroffen wurde, die absehbare Reduzierung der NVA sozialverträglich abzufedern und den Armeeangehörigen im Falle ihrer vorzeitigen Entlassung einen gesetzlich verbrieften Anspruch auf eine angemessene soziale Absicherung zu verschaffen. Der vorgezeichnete Sozialplan stellte im Blick auf das erwartete Ausscheiden von jährlich mehreren Tausend Berufssoldaten und NVA-Zivilbeschäftigten, von denen ein Großteil in die zivile Berufswelt eingegliedert werden mußte, sicherlich keine unbillige Forderung dar.

Ganz anders sah die Situation allerdings aus, als es nicht mehr um die schrittweise Reduzierung der NVA im Rahmen eines sich noch über Jahre hinziehenden Abrüstungsprozesses ging, sondern die Auflösung des Staates DDR und seiner Armee auf die Tagesordnung rückte. Die Regelungen des Einigungsvertrages boten den Zeit- und Berufssoldaten der NVA zwar einige Möglichkeiten, zunächst noch oder in Einzelfällen auch auf Dauer in der Bundeswehr Dienst zu tun. Sie sahen aber für den Fall ihrer Entlassung –bis auf gewisse Übergangszahlungen

Großteils der Soldaten der Bundeswehr, insbesondere der Berufssoldaten vertritt. Dessen Vorsitzender Oberst H. Wenzel war bereits am 22./23. Februar mit einer Delegation in Strausberg. Man vereinbarte zusammenzuarbeiten, wobei der DBwV aus Sicht der NVA vor allem interessant war, weil er mit mehr als 30-jähriger Erfahrung auf dem Feld der Interessenvertretung der aktiven und ausscheidenden Soldaten ein Partner mit beträchtlichem Einfluß auf das BMVg war. Die Zusammenarbeit wurde mit einer Seminarveranstaltung am 27./29. März in Bonn und in weiteren Begegnungen vertieft. Nach dem Ende der NVA löste sich der VBS auf, die meisten Mitglieder wechselten zum DBwV, dessen Leistungen sie offensichtlich zu schätzen wußten. Inzwischen wurde selbst der ehemalige Chef des Hauptstabes der NVA, Generalleutnant Grätz, als offenbar verdienstvolles DBwV-Mitglied mit einer Urkunde geehrt (vgl. Die Bundeswehr 3/2001, S. 21).

¹⁰⁴⁵ T. Hoffmann, Das letzte Kommando, a. a. O., S. 178

¹⁰⁴⁶ Ebda.

Mit dem 1. März 1990 wurde im MfNV ein "Amt für die Berufsvorbereitung und Überleitung von Berufssoldaten und Zivilbeschäftigten der NVA in eine Tätigkeit außerhalb der Streitkräfte" aufgebaut. Dessen Chef Generalleutnant W. Seifert mußte allerdings noch Ende April bei einer Verbandstagung des VBS zugeben, daß er kein klares Umschulungsprogramm vorlegen könne. Probleme sehe er in der ungenauen Arbeitsmarktanalyse, der unzureichenden Auslotung des NVA-eigenen Hochschulpotentials und in der zögerlichen Haltung der Wirtschaft. Insofern gab es zwar viele hochgreifende Pläne, aber wenig Konkretes.

und die Inanspruchnahme des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr– keine besonderen Rechte der Soldaten vor. Die vorhersehbare Tatsache, daß viele NVA-Offiziere ohne zivilberuflich verwertbare Qualifikation unter den ungewohnten Bedingungen der Marktwirtschaft in die Arbeitslosigkeit entlassen werden würden und mit ihren Familien von sozialem Abstieg bedroht waren, blieb unberücksichtigt. Den in den Ruhestand versetzten Offizieren wurden, letztlich politisch begründet, 1992 auch noch die Renten nach unten "gedeckt" und die über ihre Dienstzeit hin angesparte Zusatz-Altersversorgung gestrichen.¹⁰⁴⁷

Es ist verständlich, daß dieses Vorgehen bei den Betroffenen angesichts der recht optimistischen Äußerungen und Versprechungen von Minister Eppelmann und seinen Staatssekretären zu Enttäuschung, Zorn und Verbitterung führte. Ex-Verteidigungsminister Hoffmann: „Es ist eine Tatsache, daß sich ein beträchtlicher Teil der Intelligenz der DDR 'abgewickelt', entmündigt und diskriminiert fühlt, daß vor der Vereinigung gegebene Versprechen nicht eingehalten wurden. Zu den um ihre Hoffnungen Betrogenen rechnen sich auch viele Angehörige der bewaffneten Kräfte. ...“¹⁰⁴⁸

¹⁰⁴⁷

Durch einen Volkskammerbeschluß vom 28. Juni 1990 wurden die Renten der Berufssoldaten der NVA bereits im Zuge des "Rentenangleichungsgesetzes" im § 23.2 auf 1500.- Mark begrenzt, wobei auch die Zusatzversorgung der NVA entfiel. Diese Zusatzversorgung beruhte darauf, daß alle Armeeingehörigen 10% ihrer Dienstbezüge und Zulagen in den Versorgungsfonds der Armee einzahlen mußten, ein entsprechender staatlicher Anteil wurde aus dem Haushalt des Verteidigungsministeriums abgeführt (diese immer wieder betonte "Eigenleistung" relativiert sich allerdings mit Blick darauf, daß auch sonst im Staatsapparat 5%, bei Einkommen über 1500.- Mark 3% des Bruttoeinkommens einbehalten wurden).

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurden die NVA-Renten zunächst in voller Höhe ausgezahlt, zum 1. 1. 1992 aber auf maximal 2010.- DM begrenzt (als Bemessungsgrundlage für die Berechnung diente das statistische Durchschnittseinkommen der früheren DDR); damit verbunden war, daß die ehemaligen Berufssoldaten der NVA auch ihre Rentenansprüche aus der Zusatz- und Sonderversorgung verloren; genaue Angaben zu der relativ komplizierten Materie (unterschiedliche Verfahrensweisen je nach Status, Dienstgrad, Verwendungsdauer und weiteren Kriterien) in: Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, AG „Streitkräftefragen in den neuen Bundesländern“, AG-Arbeitsunterlage Nr. 11, Bericht des BMVg – AL S zu Versorgungsfragen für Weiterverwender und ausgeschiedene ehemalige Soldaten der NVA, Bonn, 7. Juni 1991 (liegt beim Verf. vor); vgl. auch die Darstellung bei H.-J. Gießmann, Das unliebsame Erbe, a. a. O., S. 64 ff.

¹⁰⁴⁸

T. Hoffmann, Das letzte Kommando, a. a. O., S. 9

Daß Hoffmann das NVA-Offizierkorps offenbar mit zur "Intelligenz der DDR" zählt, dürfte dem Selbstbild der Offiziere entsprochen haben. Laut der schon genannten Studie des Institutes für Konversion der Streitkräfte vom Sommer 1990 zur "personellen Konversion" von Berufsoffizieren betrachteten für den Fall des Ausscheidens aus der Armee und einer sich anschließenden zivilberuflichen Tätigkeit zwei Drittel der Offiziere einen "Hochschulberuf" als adäquates Qualifikationsniveau (abweichend nur die 41 – 45 jährigen Offiziere). Mit einem Fachschulberuf wären nur 16% zufrieden gewesen, mit einem Arbeitsplatz als Facharbeiter 10%, (vgl. G. Barth / Th. Kühn, Soziologische Probleme der personellen Konversion von Berufssoldaten der NVA, a. a. O., S. 31 ff).

So verständlich das Bestreben war, den sozialen Status zu halten, die vermeintliche Korrelation zwischen bisherigem Qualifikationsniveau und dem einer zukünftigen zivil-

Hoffmanns Vorwurf an die westdeutsche Adresse und wohl auch die der politischen Führung im MfAA dürfte nicht wenigen der früheren NVA-Offiziere aus dem Herzen gesprochen haben. Wenn die Klage, man sei um seine Hoffnungen betrogen worden, allerdings aus den oberen Rängen in der Armee kommt, dann wäre nachzufragen, um welche Hoffnungen es sich handeln soll. Die Parteigänger des SED-Systems, die es gerechtfertigt, mitgetragen und mitzuverantworten hatten, und zu denen die militärische Elite gehörte, hätten sich nicht einmal Hoffnung machen können, vor der eigenen Bevölkerung Gnade zu finden.

beruflichen Tätigkeit in einem "Hochschulberuf" war bei näherem Hinsehen keineswegs gegeben. Abgesehen davon, daß ein beträchtlicher Teil der älter als 40-jährigen gar kein Hochschulstudium vorweisen konnte, hatten die meisten der Offiziere, die ein Studium absolviert hatten, an Offizierschulen und Militärakademien spezifisch militärische Studiengänge durchlaufen, die zu einer Tätigkeit im zivilen Bereich kaum Bezug hatten. Das war ihnen auch durchaus bewußt: "Die Mehrheit der Offiziere ist sich darüber im klaren, daß mit den in den Streitkräften erworbenen Berufsabschlüssen nur schwer ein effizienter Einstieg in das zivile Arbeitsleben möglich ist." (ebda, S. 37).

Dennoch war das, was nach Lage der Dinge solchen Einstieg noch am ehesten hätte ermöglichen können, die Umschulung in einen neuen Beruf, offensichtlich wenig erstrebenswert. Bezüglich der Zukunftsperspektive nach ihren Wünschen befragt, sprachen sich nur 15% der Offiziere für eine Umschulung mit anschließendem Übergang in eine zivile Tätigkeit aus. Nicht einmal 2% hätten vorgehabt, sich selbständig zu machen.. In der Altersgruppe der 46 – 50-jährigen (Oberstleutnante und Oberste), in der fast jeder zweite mit längerer Arbeitslosigkeit rechnete, waren lediglich 8% für eine Umschulung in einen zivilen Beruf, als "Selbständiger" hätte sich keiner versuchen wollen. 20% dieser Offiziere erwarteten aber, bereits in den Ruhestand versetzt zu werden (ebda, S. 19 f).

Die ermittelten Daten sollen für die in die Untersuchung einbezogenen Führungsorgane, Verbände, Truppen und Einrichtungen des MB III repräsentativ gewesen sein, sie ließen "Folgerungen für den Militärbezirk und darüber hinaus für das gesamte Offizierkorps der NVA zu." (ebda, S.6). Eine Folgerung dürfte sein, daß ein großer Teil der NVA-Offiziere nicht nur fachlich, sondern auch mental schlecht darauf vorbereitet war, beruflich wohl noch einmal von vorn beginnen zu müssen. Ein Viertel der 45-50jährigen war dazu gar nicht mehr (21%) bzw. nur mit "größeren Einschränkungen" (4%) bereit (ebda, S. 38). Die überwiegende Mehrheit der Offiziere hätte zwar eine "Veränderung des Tätigkeitsprofils und des Wohnortes weitestgehend akzeptiert" (ebda, S. 21) und wäre auch willens gewesen, sich erneut zu qualifizieren, prinzipiell hätte man es aber vorgezogen, in der Armee zu bleiben. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, hätten sich zwei von drei der befragten Offiziere auch nach der Auflösung der NVA für eine weitere Verwendung in den Streitkräften oder in deren Umfeld, z. B. bei der Durchführung von Konversions- und Verifikationsaufgaben, für den Dienst in den Wehrverwaltungen, etc., entschieden. Zwischen 18% und 28% hätten erst einmal in der Armee bleiben wollen, bis sich eine Chance für den Übergang in eine zivile Beschäftigung gefunden hätte (ebda, S. 19).

Alles in allem gesehen, hätte sich nur ein geringer Teil der Offiziere aus eigenem Antrieb zu einem zivilberuflichen Neuanfang bereit gefunden. Man war der Auffassung, es entspräche der Fürsorgepflicht des Staates, das ungewollte Ausscheiden aus den Streitkräften sozialverträglich zu gestalten, womit unter anderem gemeint gewesen wäre: "auszuschließende Nachteile für die Familie, Vermittlung eines Arbeitsplatzes, Einkommen in vergleichbarer Höhe zum bisherigen Verdienst und eine angemessene finanzielle Entschädigung" (ebda, S. 21) – solche Hoffnungen mußten zweifellos enttäuscht werden.

Zu den Verlierern der Einheit zählte die militärische Elite jedoch zweifellos – in erster Linie deshalb, weil sie etwas zu verlieren hatte: Status, Einfluß, mancherlei Privilegien und eine Berufs- und Lebensperspektive, die nach dem abrupten Ende der DDR zum beruflichen Neuanfang zwang oder auf ein so sicherlich nicht geplantes Rentner-Dasein schrumpfte. Die Frage wäre nur, was anderes denn hätte erwartet werden können. Es wäre schwer vermittelbar gewesen, wenn diejenigen, auf die sich das System stützen konnte, auch im vereinten Deutschland wieder zu den Privilegierten gehört hätten, privilegiert im Vergleich mit der ostdeutschen Bevölkerung.

Den zwangspensionierten Obersten und Generälen erging es nicht schlechter und in manchen Fällen erheblich besser als der Allgemeinheit in der ehemaligen DDR.¹⁰⁴⁹ Wenn sie also den Eindruck erwecken wollten, sie seien um Hoffnungen betrogen worden, kann sich das nicht auf ihr persönliches Schicksal, sondern nur auf das ihrer Armee beziehen. Das würde aber voraussetzen, die NVA und mit ihr das Gros der Offiziere hätten eine Zukunft gehabt.

Es ist dargestellt worden, daß solche Annahmen falsch waren und zwangsläufig in die Sackgasse unrealistischer Zielvorstellungen führen mußten. Die Hoffnungen im DDR-Außen- und Abrüstungs- und Verteidigungsministerium, den deutschen Einigungsprozeß im Rahmen der KSZE an den europäischen Prozeß koppeln zu können, waren Illusion – nicht nur seit Archys von der politischen Entwicklung überholt, sondern auch vorher nie eine Option der Bundesregierung. Ihr Schulterschuß mit den USA schloß einen Alleingang in sicherheitspolitischen Grundsatzfragen aus, so daß Deutschlands Verbleib in der NATO wie auch das Fortbestehen des Bündnisses selbst für die Bundesregierung nicht zur Diskussion standen. Eine, wie von sowjetischer Seite vorgeschlagen, Aufwertung der KSZE als Pendant zu NATO und WVO –aus amerikanischer Sicht der erste Schritt zur Neutralisierung Europas¹⁰⁵⁰– wurde deshalb auch nicht wirklich gewünscht. Von daher hatten die Neutralitätsforderungen des östlichen Lagers so wenig Chancen wie die Vorstellungen, die Schritte zur deutschen Einheit zu verquicken mit dem Aufgehen den beiden Militärbündnisse in einem neuen europäischen Sicherheitssystem.

¹⁰⁴⁹ Nicht jedem in der angeblich klassenlosen DDR-Gesellschaft bot sich wie im Strausberger „Generalsviertel“ die Möglichkeit, noch kurz vor Toresschluß die bis dahin zur Miete bewohnten „Generalsvillen“ aus dem Immobilienbestand der MfNV/MfAV zu einem Spottpreis zu erwerben (vgl. den Befehl 44/90 v. März 1990, in dem den Mietern der Häuser deren Erwerb angeboten wurde). Nicht jeder wurde auch mit Anspruch auf Pension und mit Geldgeschenken von mehreren Tausend Mark ins Rentnerleben entlassen (vgl. Befehl Nr. 4/90 des Chefs des Hauptstabes vom 13. 3. 1990 bezüglich Geld- und Sachprämien, u.a. je 4000.- Mark an drei Generalmajore aus dem Ministerium, 3000.-Mark an einen Oberst etc.). Auch im Eppelmann-Ministerium wurde mit Geldprämien nicht geizt: Mit Befehl 10/90 vom 29.5.1990 genehmigten sich die Chefs der einzelnen Bereiche im Ministerium Prämien für „Besondere Verdienste“, u. a. beispielsweise fünf Generalleutnante je 2000.- DM (es soll damit nicht gesagt werden, daß sich die Generalität allgemein in dieser Form "bediente", es gab auch einzelne Beispiele dafür, wie den Chef der Vw. Gefechtsbereitschaft/Operative Ausbildung im HS, die sich wohl bewußt mit einem Sachgeschenk von eher geringem Wert als Anerkennung begnügten).

¹⁰⁵⁰ Vgl. etwa M. R. Beschloss / S. Talbott, Auf höchster Ebene, a. a. O., S. 196

Reines Wunschdenken blieben schließlich auch die Hoffnungen in der NVA, sich in die Bundeswehr hinüberretten zu können. Der vermeintlich gleitende Übergang von einer dem System eng verbundenen sozialistischen Armee in die Bundeswehr, also in Streitkräfte westlichen Typs, eingebunden in die demokratische Wertekultur einer bürgerlichen Gesellschaft, dieser Weg erwies sich selbst für die wenigen Offiziere, die ihn geschafft haben, als schwierig. Um wieviel schwieriger und auch problematischer hätte er werden müssen, wenn die ehemalige NVA als eigenständiges Kontingent in die Bundeswehr eingegliedert worden wäre.

Nach Auffassung des Verfassers ist die geringe Zahl ehemaliger NVA-Offiziere, insbesondere Stabsoffiziere, die schließlich von der Bundeswehr als Berufssoldaten übernommen wurden, ein Beleg dafür, daß man von westdeutscher Seite von vornherein darauf bedacht war, es nicht zu einer Verschmelzung von NVA und Bundeswehr kommen zu lassen. Von einer „Zusammenführung zweier deutscher Armeen“, wie es die Bundeswehr sieht, kann nur sehr bedingt die Rede sein. Auf das NVA-Offizierkorps bezogen ist es sicherlich zutreffender, wie in dem erwähnten Zeitungskommentar G. Gillessens, von einem „Auflösen – ohne Rest“ zu sprechen. Kein NVA-General wurde in die gesamtdeutschen Streitkräfte übernommen, kein ehemaliger NVA-Offizier gelangte 1990 in eine auch nur mittlere Führungsposition.

Durch die Ausschaltung des NVA-Offizierkorps gelang der Bundeswehr, was mit dem rein formalen Akt der Auflösung der NVA bei gleichzeitigem Weiterbestehen des größten Teils der Armee wohl sonst kaum zu erreichen gewesen wäre: Es gab nach dem 2. Oktober 1990 keine „zweite deutsche Armee“ mehr, weder als spezifisch ostdeutsche Bundeswehrgruppierung in den Händen der früheren NVA-Führung noch in dem Sinne, daß in den gesamtdeutschen Streitkräften ein Teil der Führungsstellen paritätisch mit NVA-Offizieren besetzt worden wäre. Im Blick darauf, daß das Bild einer Armee, wie eingangs ausgeführt wurde, in erster Linie durch das politisch-ideologische Selbstverständnis ihres Offizierkorps bestimmt wird, sorgte die unmißverständliche Distanz der Bundeswehr zur NVA, zum "Geist" dieser Armee als "Parteiarmee", dafür, daß es beim Aufbau der neuen Bundeswehrstruktur auf dem Gebiet der früheren DDR keinerlei historische Kontinuität geben konnte. Mit der Entlassung der gesamten Armeeführung von der Kommandoebene Division an aufwärts und dem Ausscheiden von insgesamt mehr als 90% aller NVA-Offiziere im Verlaufe von drei Jahren war das Offizierkorps der NVA nicht mehr existent und die Armee in ihrem Kern zerschlagen. Die Gruppe der ehemaligen NVA-Offiziere stellte weder eine politische oder gesellschaftliche Kraft dar noch hatte sie die Möglichkeit, ihren Einfluß –wenn sich davon denn hätte sprechen lassen– in den neuen Streitkräften geltend zu machen. Denen, die als Berufssoldaten aus der Armee ausschieden, war nicht einmal zugestanden worden, ihren letzten Dienstgrad mit der Bezeichnung "a. D." führen zu dürfen. Die Spur derer schließlich, die von der Bundeswehr übernommen wurden, verlor sich im Laufe der Jahre offenbar selbst für diejenigen, die sich noch aus DDR-Zeiten kannten. Insofern ist die NVA mit dem Datum ihrer Auflösung tatsächlich im Sinne des Wortes von der Bildfläche verschwunden.

Was blieb, ist der Vorwurf, gerade durch diese pauschale Diskriminierung ungerecht behandelt worden zu sein: ungerecht, weil der NVA und den ihr angehörenden Offizieren hinsichtlich ihres Auftrags zur Landesverteidigung und ihres Beitrags zur Erhaltung des Friedens in Europa nicht der gleiche Status zugebilligt worden sei wie der Bundeswehr und ihren Soldaten; ungerecht auch, weil NVA-Offizieren auf Führungsebene kein Recht auf Irrtum zugestanden worden sei, während die Bundeswehr selbst Tausende von Wehrmachtsoffizieren aller Dienstgrade und in mehreren Fällen auch SS-Offiziere¹⁰⁵¹ eingestellt habe. Auf diese Argumentation soll abschließend noch eingegangen werden.

¹⁰⁵¹ Laut FAZ v. 23. 8. 1957 sind 45 Offiziere, 316 Unteroffiziere und 205 Mannschaften der ehemaligen Waffen-SS nach Überprüfung durch einen Personalgutachter-Ausschuß in die Bundeswehr übernommen worden; zit. nach K. Frhr. Schenck zu Schweinsberg, Die Soldatenverbände in der Bundesrepublik, in: G. Picht (Hrsg.), Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Witten und Berlin 1965, S. 96 – 177, hier S. 140

9. Schlußbetrachtung

Der Vorwurf, ungerecht, weil nicht gleichberechtigt behandelt worden zu sein, bezog sich auf die fehlende Bereitschaft in der Bundeswehrführung, der NVA in ihrer Rolle als sozialistischer Armee in gleicher Weise wie der Bundeswehr zuzugestehen, als reguläre Armee eines regulären Staates ihren Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa geleistet zu haben.

Beide Armeen hätten sich angesichts der für real gehaltenen Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges dem Auftrag verpflichtet gesehen, eingebunden in ihre jeweiligen Bündnisse, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. "In der DDR war sowohl das Selbstverständnis der Soldaten von ihrem friedensbewahrenden Auftrag, wie auch der Wille des Staates, seiner politischen Führung und seiner Bevölkerung zur Erhaltung des Friedens ernst gemeint. Wenn das auch Bundeswehroffiziere immer mal wieder infrage stellen, obwohl sie keinen stichhaltigen Beweis dafür antreten können, so sehen ehemalige Offiziere der NVA darin nicht nur einen Ausdruck von Befangenheit in alten Feindbildern, sondern auch einen Zweifel in die Redlichkeit ihrer Überzeugung, Dienst zur Erhaltung des Friedens geleistet zu haben."¹⁰⁵² Insofern mache man es sich zu leicht, die Vergangenheit der NVA auf die Formel "Parteiarmee" zu reduzieren, um daraus dann zu konstruieren, wer als Offizier, der Verantwortung getragen habe, aus politischer Überzeugung in der "NVA der SED" gewesen wäre, der hätte in der Bundeswehr nichts zu suchen. Solche pauschale Verdächtigung ignoriere bewußt, daß sich die NVA ausdrücklich zur politischen Wende in der DDR bekannt habe und die Kommandeure aller Stufen einen großen Beitrag zum friedlichen Verlauf der Revolution geleistet hätten.

Bezüglich der Zweifel bei der Bundeswehrführung, mit den "alten Berufskadern" der NVA einen "echten Neuanfang" vollziehen zu können, erinnerten die ostdeutschen Militärs nicht zu Unrecht daran, daß man beim Aufbau der Bundeswehr weniger zimperlich gewesen sei: die westdeutsche Armee wurde in der Tat von Generälen der Wehrmacht konzipiert, aufgebaut und über mehr als ein Jahrzehnt befehligt. "Nahezu alle Führungspositionen der Bundeswehr bis zur Batallions-, z. T. sogar Kompanieebene wurden mit ehemaligen Wehrmachtsoffizieren besetzt. Unverkennbar knüpften Einheiten der Bundeswehr an die Traditionen der Wehrmacht an. ..."¹⁰⁵³

Während ihr damals zugebilligt worden war, sie sei im guten Glauben an die gerechte Sache mißbraucht worden und habe sich ansonsten "ehrenhaft" verhalten, warnte nun der frühere Leiter des Planungsstabes im BMVg davor, im Umgang mit den "Verlierern des Kalten Krieges" Großmut walten zu lassen, eine Übernahme der Berufssoldaten der NVA breche der Bundeswehr "moralisch das Genick"¹⁰⁵⁴.

¹⁰⁵² R. Brühl, "Staatsbürger in Uniform", a. a. O., S. 87

¹⁰⁵³ Ebda., S. 83

¹⁰⁵⁴ H. Rühle, "Wer bricht hier wem den Hals?" – Bundeswehr und NVA, Kommentar in der Süddeutschen Zeitung v. 7. 8. 1990

Im Ton gemäßigter, aber doch etwa auf der gleichen Linie lag, wenn sich General Schönbohm zur etwaigen Übernahme von NVA-Generälen wie folgt äußerte: DDR-Verteidigungsminister Eppelmann sei bereits Mitte September von Stoltenberg darüber unterrichtet worden, daß niemand aus diesem Personenkreis übernommen werde. Schönbohm: "Wir waren der Auffassung, daß der bevorstehende Neuanfang auch und vor allem in der Führungsspitze deutlich werden müsse; ein General der NVA, groß geworden im Einsatz für Sozialismus und Klassenkampf, könne in der Bundeswehr nicht überzeugend für unser Grundgesetz, für unser Menschenbild und unsere Rechtsordnung eintreten. ..."1055

Admiral Hoffmann hatte auf eine mehr partnerschaftliche Lösung gehofft: "Es war uns allen klar, daß nur wenige, namentlich jüngere Generale und Obristen die Chance hatten, in der Bundeswehr weiter zu dienen – wenn man schon von einem Zusammenwachsen beider Staaten nicht nur reden, sondern entsprechend handeln wollte und bereit war, in künftigen gesamtdeutschen Streitkräften auch eine Traditionslinie dieser ehemaligen sozialistischen deutschen Armee weiterzuführen."1056

Von einem Zusammenwachsen zweier Staaten war im Einigungsvertrag nicht die Rede und was unter "künftigen gesamtdeutschen Streitkräften" zu verstehen war, gibt Hoffmann selbst an: die Bundeswehr. Allen Ernstes anzunehmen, daß sie die "Traditionslinie" der ehemaligen NVA als sozialistischer Armee weiterführen würde, war absurd. Hoffmanns Erwartungshaltung bestätigte unfreiwillig die Argumentation seines Gegenüber Schönbohm, die NVA-Generäle und Führungskader hätten –sinngemäß– ihre ideologische Ausrichtung nicht abgelegt und seien bei solcher Geisteshaltung der Bundeswehr nicht zuzumuten.

Rückblickend scheint gegen die Einschätzung Schönbohms und mancher anderer zu sprechen, daß man in der Bundeswehr nach 10 Jahren "Armee der Einheit" die Eingliederung der ehemaligen NVA-Offiziere als gelungen betrachtet. Es wäre jedoch zu fragen, ob die Wertung nicht gerade deshalb positiv ausfällt, weil die Übernahme einer "Traditionslinie" der NVA in die Bundeswehr eben nie zur Diskussion stand. Unter dem Gesichtspunkt, von vornherein nicht zuzulassen, daß die zukünftigen Streitkräfte zerfallen in eine "Bundeswehr alt" und einen Ableger "Bundeswehr-Ost" in Regie der ehemaligen NVA (wo sonst hätten deren Berufssoldaten dienen sollen?), war es nur konsequent, den NVA-Führungskadern die Aufnahme in die Bundeswehr zu verweigern.

Der Einwand, hier werde, verglichen mit der Übernahme der Wehrmachtsoffiziere in die Bundeswehr, mit zweierlei Maß gemessen, trifft nicht. Die Erfahrungen, die die Bundeswehr mit der Erblast deutscher Militärtradition gemacht hat, sprachen dagegen, sich erneut auf "Traditionslinien" einzulassen. Welche Hypothek man sich mit der Übernahme der Wehrmachtsoffiziere aufgeladen hatte, zeigte sich in nichts deutlicher, als in den von einem Teil der Bundeswehr-Generalität stets aufs Neue provozierten Kontroversen zum Verhältnis von Militär und Gesellschaft in

1055 J. Schönbohm, Zwei Armeen und ein Vaterland, a. a. O., S. 34

1056 T. Hoffmann, Das letzte Kommando, a. a. O., S. 305

der Bundesrepublik. Die von einer tonangebenden Mehrheit im Offizierkorps gesuchte Kontinuität in der Tradition eines zeitlos gültigen Soldatentums belastete bis in die 70-er Jahre hinein das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Öffentlichkeit. Ob die Auseinandersetzungen um die Kompetenzen des Wehrbeauftragten, die nicht zufälligen verbalen "Ausrutscher" zur Inneren Führung des stv. Heeresinspektors Grashey, die Forderungen der Generäle Karst und Schnez nach einer "Reform der Gesellschaft und der Bundeswehr an Haupt und Gliedern" oder die im Nagold-Prozess sichtbaren Beispiele "zeitgemäßer Menschenführung" in der Truppe, immer ging es um die Behauptung und Bewahrung der Besonderheit und Eigenheit des militärischen Bereiches gegenüber dem politisch-gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik. Nichts wäre der Bundeswehr weniger zuträglich gewesen als eine Neuauflage dieser Diskussion unter dem Vorzeichen einer nach dem Ende des Kalten Krieges vermeintlich entideologisierten, professionellen "corporate identity" eines Bundeswehr/ehemalige NVA gemischten Offizierkorps: nach der gegenseitigen Verteufelung die Entdeckung der Gemeinsamkeiten im militärischen Berufs- und Selbstverständnis – wo sonst hätte sich Gemeinsamkeit finden lassen sollen!

Es muß zu denken geben, wenn ein als "Hardliner" bekannter Bundeswehrgeneral meint, den NVA-Offizieren Absolution erteilen zu müssen: Was schon für die DDR-Bevölkerung im Allgemeinen gegolten habe, hätte die NVA-Angehörigen in besonderem Maße betroffen, sie wären im "Gefängnis DDR" in "Isolierhaft" gewesen. Sie hätten sich, von der eigenen Bevölkerung geschnitten, mit ihren Familien im Ghetto lebend, in einer autistischen Welt befunden, und seien mit "Zuckerbrot und Peitsche", mit Privilegien auf der einen Seite und mit der Drohung von Parteiausschluß und Ausstoß aus der Armee auf der anderen, bei der Stange gehalten worden. Die Mitgliedschaft in der SED sei für viele eine reine Pflichtübung gewesen, sein Selbstwertgefühl habe der Soldat aus seiner Professionalität geschöpft.¹⁰⁵⁷

Bezogen auf die "professionelle Frage" heißt es dann weiter, der entscheidende Unterschied zwischen Bundeswehr und NVA habe darin gelegen, daß die NVA eine "Armee für den Krieg", eine "Kriegsmaschine" gewesen sei, die Bundeswehr sei dagegen eine "Armee für den Frieden", "ein Spiegelbild der Gesellschaft mit sehr bedenklichen Folgen für die Einsatzbereitschaft, wie sich dies während des Golfkrieges 1990/91 deutlich gezeigt hat."¹⁰⁵⁸

Der kaum verborgenen Abneigung gegenüber der Richtung, in die hin sich die Wertvorstellungen in der westdeutschen Gesellschaft entwickelt haben, und der Klage über ihre mangelnde Wehrbereitschaft, beides bekannte Topoi konservativer Kritik, entspricht die Forderung an die neuen, gesamtdeutschen Streitkräfte: "Es müssen deutsche Streitkräfte geformt werden, die gemeinsam kämpfen können und kämpfen wollen, wenn sie kämpfen müssen."¹⁰⁵⁹

¹⁰⁵⁷ D. Farwick (Hrsg.), Ein Staat – Eine Armee, a. a. O., S. 303

¹⁰⁵⁸ Ebda., S. 304

¹⁰⁵⁹ Ebda., S. 306

Schon die Diktion läßt erkennen, woher der Wind weht, daß Schluß ist mit der "weichen Welle". Leitbild ist, was die Traditionalisten in der Truppe seit eh und je predigten, der "Kämpfer", der "Kämpfer"-Mythos der frühen Jahre der Bundeswehr zugeschnitten auf die künftigen "out of area"-Einsätze deutscher Streitkräfte. Bei aller Spezifik des Bildes vom "sozialistischen Soldaten", die Gemeinsamkeit der ehemals "Kalten Krieger" beider Seiten in der Auffassung dessen, was "soldatisch" ist, dürfte größer gewesen sein als sich vermuten ließ – die militärische Professionalität der NVA als richtungsweisend für die Ausbildung und die militärische Erziehung in der Bundeswehr?

Die Bundeswehr-Führung war bemüht, solchen Eindruck gar nicht erst aufkommen zu lassen. Im Gegenteil, das Konzept der Inneren Führung gab offiziell die Leitlinien vor, an denen sich der Aufbau der künftigen gesamtdeutschen Streitkräfte zu orientieren hatte.¹⁰⁶⁰ Auf der anderen Seite hätte man sich auch in der NVA dagegen verwahrt, hinsichtlich der im Vergleich zur Bundeswehr stärker betonten Rolle des Soldaten als "Kämpfer" in einen Topf geworfen zu werden mit einer konservativ-militaristischen Geisteshaltung in Kreisen des Bundeswehr-Offizierkorps. "Neben der prinzipiellen Auffassung über die 'Klassengebundenheit' von militärischen Traditionen schloß insbesondere auch die eindeutige Abgrenzung von der Wehrmacht als einer Armee, die für einen verbrecherischen Krieg mißbraucht wurde und die sich mißbrauchen ließ, jegliches Zugeständnis an sogenannte ewige, wertneutrale Soldatentugenden aus ..." ¹⁰⁶¹

Dem denkbaren Einwand, auch hier wie überall in der DDR könnte die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit größer als angenommen gewesen sein, würde von Seiten der NVA vermutlich vehement widersprochen worden sein. Sicher nicht zu bestreiten ist hingegen, daß es in der NVA weitaus "kommissiger" zugeht als in der Bundeswehr. Nicht von ungefähr und durchaus nicht verpönt war die Rede von den "roten Preußen" – kein Wunder, kam doch trotz der "eindeutigen Abgrenzung von der Wehrmacht" ein Teil des NVA-Stammpersonals anfangs aus ihren Reihen. Abgesehen davon, daß einige hundert Wehrmachts-offiziere, darunter mehrere Generale, am Aufbau der NVA beteiligt waren, gingen ihr Offizierkorps und die spätere Führungsschicht zu einem nicht unbeträchtlichen Teil aus ehemaligen Feldwebeln, Unteroffizieren und Mannschaften der Wehrmacht hervor.¹⁰⁶² Die Behauptung, man habe das Problem "Erblast Wehrmacht" nie gehabt¹⁰⁶³, mochte insofern für das offizielle Traditionsverständnis der NVA formal zutreffend gewesen sein, nicht aber für das Innenleben der Armee. Vermutlich weniger über die mit Mißtrauen betrachteten Wehrmachts-offiziere als vor allem durch die ehemaligen Berufsunteroffiziere der Wehrmacht und die aus

¹⁰⁶⁰ J. Schönbohm, Zwei Armeen und ein Vaterland, a. a. O., S. 27

¹⁰⁶¹ W. Hanisch, In der Tradition von Müntzer, Scharnhorst, Engels und Thälmann? Zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der NVA, in: M. Backerra (Hrsg.), NVA-Ein Rückblick für die Zukunft, a. a. O., S. 255 – 268, hier S. 259

¹⁰⁶² Vgl. R. Wenzke, Wehrmachts-offiziere in den DDR-Streitkräften., in: D. Bald / R. Brühl / A. Prüfert (Hrsg.), Nationale Volksarmee – Armee für den Frieden, a. a. O., S. 143 – 156

¹⁰⁶³ Vgl. W. Hanisch, In der Tradition von Müntzer ... , a. a. O., S. 259

der Gruppe der Mannschaften aufgestiegenen NVA-Offiziere gelangten dort, wo man sich nicht am sowjetischen Vorbild zu orientieren hatte, natürlich Vorstellungen aus der Wehrmacht zu "Disziplin und Ordnung" und dem, was sich militärische Menschenführung nennt, in die NVA. Es scheint, als habe in der NVA bis zuletzt viel von diesem "Kommiß" überlebt – nichts was man sich für die künftigen gesamtdeutschen Streitkräfte hätte wünschen können.

Bezüglich der "eindeutigen Abgrenzung von der Wehrmacht" heißt es in dem genannten Zitat weiter: "Sicher im Unterschied zur Bundeswehr, die sowohl durch anfängliche erhebliche personelle Kontinuität im Offizierskorps als auch durch nicht eindeutige Definierung ihres Verhältnisses zu früheren deutschen Streitkräften Argumente mit dafür lieferte, daß nicht wenige NVA-Angehörige sich ebenfalls ihr gegenüber nicht nur aus indoktrinierte Sicht auf der richtigeren Seite stehend fühlten."¹⁰⁶⁴

Daß es im Traditionsverständnis der NVA nie ein Problem mit der "Erblast Wehrmacht" gab, ist zu glauben – das gab es mit der "Erblast" der NS-Vergangenheit in der DDR allgemein nicht– es gab jedoch auch keine Auseinandersetzung damit: Das "Dritte Reich" und entsprechend die Wehrmacht konnten keine "Erblast" sein, weil beides nicht als Erbe betrachtet wurde. Dadurch daß der Antifaschismus der eigentliche Bezugspunkt für die Existenz der DDR war und der Faschismus als "offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" eine Ausdrucksform von "Politik, Machtsystem und Ideologie des Imperialismus" bezeichnete¹⁰⁶⁵, konnte es keine Verbindungslinie rückwärts zwischen der DDR und dem faschistischen Hitler-Deutschland geben. Solche Kontinuität war aus DDR-Sicht aber sehr wohl gegeben zur Bundesrepublik in Gestalt des wiedererstandenen Imperialismus und dem von ihm ausgehenden besonders reaktionären und aggressiven deutschen Militarismus.¹⁰⁶⁶ Diesem von der Parteilinie verbindlich vorgegebenen Geschichtsbild hatte die Militärgeschichtswissenschaft zu folgen.

Dieselben "Historiker", die das in marxistisch-leninistischer "Parteilichkeit" über Jahrzehnte hin bereitwillig taten, fühlten sich nach dem Zusammenbruch der DDR offensichtlich wiederum besonders dazu berufen, aus ihrer Sicht der Dinge beizutragen zur "Markierung des Platzes der NVA in der Geschichte". Der Absicht, "der gegenwärtigen Tendenz zur Verabsolutierung eines Negativbildes von der NVA [zu] widersprechen"¹⁰⁶⁷, entsprechen die "Forschungs"-Ergebnisse. Wenn es unkommentiert heißt, es habe im Traditionsverständnis der NVA nie ein Problem mit der "Erblast Wehrmacht" gegeben, dann folgt diese Aussage offensichtlich immer noch dem zu DDR-Zeiten offiziell verordneten Geschichtsbild. Und wenn im Blick auf die "Traditionspflege" in der Bundeswehr referiert wird, man habe sich ihr gegenüber in der NVA "nicht nur aus indoktrinierte Sicht auf der

¹⁰⁶⁴ Ebda.

¹⁰⁶⁵ G. Klaus / M. Buhr, Philosophisches Wörterbuch, a. a. O., S. 191

¹⁰⁶⁶ Ebda., S. 355

¹⁰⁶⁷ Vgl. R. Brühl, Die Nationale Volksarmee der DDR. Anmerkungen zu ihrem Platz in der Geschichte, a. a. O., auf die Wendung bezogen S. 33

richtigeren Seite stehend [gefühl]", dann läßt sich daraus schließen, daß diese Einstellung offenbar auch heute noch als richtig gesehen wird.

Das Problem mit der Erblast deutscher Vergangenheit erledigte sich eben nicht damit, daß die NVA-Militärgeschichtsschreibung in Erfüllung der Parteitagebeschlüsse die erste Hälfte des Jahrhunderts auf die ideologisch angepaßte Geschichte der beiden Weltkriege, den bewaffneten Kampf der Arbeiterbewegung und den kommunistischen Widerstand gegen den Faschismus verkürzt hat. Es reichte auch nicht, mit der –noch dazu recht einseitigen¹⁰⁶⁸– Verleihung des Namens von Persönlichkeiten aus dem antifaschistischen Widerstand an NVA-Truppenteile, Kasernen, etc. den Eindruck zu erwecken, die "militärische Traditionspflege" habe sich im Sinne einer "geschichtlichen Aufarbeitung" mit der NS-Vergangenheit auseinandergesetzt - das hätte man schon wirklich tun müssen.

So abträglich es der Bundeswehr war, daß sie sich nur zögerlich, spät und vom Eindruck her widerwillig auf eine Diskussion ihres Traditionsverständnisses eingelassen hat, speziell ihres Verhältnisses zur Wehrmacht, sie hat sich darauf einlassen müssen. Sie wird es auch weiterhin müssen, weil sie sonst erneut unter den "Beschuß" einer kritischen und kritisierenden Öffentlichkeit kommen wird. Das ist gut so, läßt das Traditionsverständnis des Offizierkorps doch auf das politische Selbstverständnis in der Bundeswehr schließen. Wie weit es damit auch her ist, zumindest offiziell gefordert und insofern Maßstab für dessen Beurteilung ist die normative Orientierung an den Grundsätzen der "Inneren Führung" und ihrem Kern, dem Leitbild vom "Staatsbürger in Uniform".

Dieses Leitbild war in bewußter Abkehr vom bisherigen Bild deutschen Militärs konzipiert worden: es reflektiert die unheilvolle Entwicklung des Heeres von der politisch "neutralen", gegen den parlamentarisch-demokratischen Staat gerichteten Haltung der Reichswehr als "Staat im Staate" über die widerspruchslose Gleichschaltung der Wehrmacht bis hin zu ihrer Rolle als gefügigem Instrument Hitlers bei der Vorbereitung und Führung seiner Eroberungs- und Vernichtungs-

¹⁰⁶⁸ Der Verschwörer des 20. Juli 1944 wurde erst im Juli 1990 gedacht, u. a. mit der Benennung von zwei Kasernenblöcken des MfAV in Strausberg nach Stauffenberg und Tresckow. Wenn W. Hanisch schreibt, die Vergabe des Namens von Stauffenberg an eine NVA-Division sei schon vorher in Vorbereitung gewesen, kann das so zunächst einmal nicht überprüft werden. Hanisch "vergißt" allerdings zu erwähnen, daß die Männer des 20. Juli 1944 –mit Ausnahme des SPD-Reichstagsabgeordneten Wilhelm Leuschner– bei der "antifaschistischen Traditionspflege" in der NVA nicht zufällig "ausgespart" worden waren. Der Widerstand des 20. Juli 1944 galt in der DDR/NVA der sowjetischen Lesart folgend als Verschwörung des imperialistisch-militaristischen Lagers gegen die Sowjetunion: durch die Beendigung des Krieges im Westen hätten alle militärischen Kräfte konzentriert werden sollen auf den Kampf gegen die Sowjetunion. Entsprechend zählten die Männer des 20. Juli nicht nur nicht zum antifaschistischen Widerstand, sondern zu den reaktionären militaristischen, also antinationalen Kräften in Deutschland.

Diese Haltung soll sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in Richtung der Anerkennung des Attentats als einer auch zu tolerierenden Form antifaschistischen Widerstands verändert haben; belegbare Einzelheiten dazu sind dem Verf. nicht bekannt geworden.

feldzüge. "Innere Führung" und "Staatsbürger in Uniform" sind deshalb nur als Absage an die militärische Vergangenheit zu verstehen, es gibt keine ungebrochene Kontinuität militärischer Tradition.

Von daher geht die von NVA-Seite zu hörende Meinung genau in die falsche Richtung: das mit der "Inneren Führung" Gemeinte sei nichts grundsätzlich Neues, eine "zeitgemäße Menschenführung" habe es auch in ordentlich geführten NVA-Einheiten gegeben und im übrigen sei es selbst bei der Wehrmacht gute militärische Tradition gewesen, daß der Vorgesetzte seinen Soldaten Vorbild ist. Ähnliche Ansichten waren jahrzehntelang auch in der Bundeswehr bestimmend, Äußerungen ranghoher Generale und das offizielle Schrifttum geben genügend Beispiele. Das dies so war, ändert jedoch nichts daran, daß damit das eigentliche Anliegen der Reformkonzeption, häufig bewußt, konterkariert wurde.

Das Leitbild vom "Staatsbürger in Uniform" stellt in erster Linie auf das Selbstverständnis der Berufssoldaten, insbesondere der Offiziere als der für die militärische Führung und Erziehung Verantwortlichen ab. Wer Berufssoldat wird, verpflichtet sich, für die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" der Bundesrepublik einzutreten. Diese Verpflichtung meint weder die Ausrichtung auf eine vorgegebene politisch-ideologische "Linie" noch läßt sie ein beliebiges, etwa "politisch neutrales, rein militärisches" Selbstverständnis zu. Verlangt ist ein politisches Bewußtsein, das nicht in Distanz zu dieser Wertordnung steht, sondern sie bejaht, und von daher ein Eintreten dafür, die Grundsätze unserer Gesellschaftsordnung auch im militärischen Bereich zur Geltung kommen zu lassen.

Es wäre zu fragen gewesen, inwieweit die Berufssoldaten der NVA –nach eigenem Bekunden noch Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR mit ihrer "Vergangenheitsbewältigung" beschäftigt¹⁰⁶⁹– dem Anspruch hätten gerecht werden können, wenn sie im gleitenden Übergang von einem System zum anderen als nunmehr "Bundeswehr-Ost" eingesetzt worden wären. Man hätte gewiß nicht erwarten können, daß aus mehr oder weniger gläubigen Kommunisten über Nacht überzeugte Anhänger des parlamentarisch-demokratischen Systems der Bundesrepublik geworden wären. Geprägt von Jahrzehnten im Sozialismus, ohne die andere, kurz zuvor noch als "feindlich" apostrophierte Gesellschaftsordnung überhaupt zu kennen, geschweige denn über ihre "Grundsätze" etwas zu wissen, von einen Tag auf den anderen als Teil einer Armee, in der nach diesen Grundsätzen zu führen gewesen wäre – wie hätte das in der Praxis aussehen sollen? Auch die noch am ehesten denkbare Lösung, aus den alten NVA-Kadern für eine Übergangszeit eine Territorialarmee in Form einer Berufsarmee zu bilden, hätte das Grundproblem nicht beseitigt: man hätte mit dem en bloc übernommenen Personal der NVA vor vergleichbaren Schwierigkeiten gestanden wie 1956 beim Aufbau der Bundeswehr mit den ehemaligen Wehrmachtsoffizieren – mit dem

¹⁰⁶⁹

Typisch dafür wären Aussagen wie folgende: "Den irreparablen genetischen Defekt des Realsozialismus zu begreifen, bedurfte es großer Anstrengungen und bedarf es noch. So ist der vorliegende Beitrag auch ein Stück Auseinandersetzung eines jeden der Autoren mit sich selbst und seiner eigenen Geschichte in dem untergegangenen Staat und seiner Armee." In: K. Held / H. Friedrich / D. Pietsch, Politische Bildung in der Nationalen Volksarmee, a.a.O., S. 206

Unterschied allerdings, daß die NVA bis zu ihrer endgültigen Auflösung ein Fremdkörper in der Gesellschaft geblieben wäre.

Es reichte sicher nicht, wie von der militärischen Führung der NVA so sehr betont wurde, die Armee bekenne sich zur Verfassung, sie erkenne den Primat der Politik an und bejahe das Prinzip der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte. Die Forderung nach der Integration der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft bezog sich auch auf die soziale Einbindung der Armee und auf die Einstellungen und Verhaltensweisen der Soldaten. Beides hätte bei den Berufssoldaten der NVA als problematisch gelten müssen, je höher in Rang und Position umso mehr. Warum sollte man sich in der Bundesrepublik nach den Erfahrungen mit der Bundeswehr die Weiterexistenz einer Armee zumuten, zu der es im schon erwähnten Zitat des Generaloberst Goldbach als Resümee hieß:

"Es ist bitter, vom heutigen Stand der Erkenntnis sagen zu müssen: die NVA war ein Produkt und ein Instrument sowjetischer Politik, sie wurde mit ihrem Staate überflüssig und fallengelassen, als die sowjetische Großmachtpolitik gescheitert war. Sie hat der Hegemonialmacht des sozialistischen Blocks bis zum Ende die Vasallentreue gehalten und dem SED-Regime als Stütze und Mittel seiner Politik gedient. "¹⁰⁷⁰

¹⁰⁷⁰

J. Goldbach, Die Nationale Volksarmee ..., a. a. O., S. 137 f

Literaturverzeichnis

- Ablaß, W. E., Zapfenstreich: Von der NVA zur Bundeswehr, Düsseldorf 1992
- Adler, F., Zur stimulierenden Wirkung leistungsgerechter Entlohnung, in: Einheit 8-89, 44. Jg. / 1989, S. 719-724
- Adomeit, H. / Höhmann, H. / Wagenlehner G. (Hrsg.), Die Sowjetunion unter Gorbatschow, Stuttgart/Berlin/ Köln 1990
- Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Sozialismus in der DDR 2000. Gesellschaftsstrategie mit dem Blick auf das Jahr 2000, Berlin 1987 (Dietz-Verlag)
- Albrecht, U., Die Abwicklung der DDR. Die "2+4 Verhandlungen". Ein Insiderbericht, Opladen 1992
- Arbatow, G., Das System. Ein Leben im Zentrum der Sowjetpolitik, Moskau 1991, in der deutschen Übersetzung Frankfurt am Main 1993
- Ash, T. G., Im Namen Europas – Deutschland und der geteilte Kontinent, München Wien 1993
- Autorenkollektiv der Militärakademie "Friedrich Engels" und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unter Leitung von Wolfgang Scheler, Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges, 2., durchgesehene Auflage 1986, Berlin, Dietz-Verlag
- Autorenkollektiv der Militärakademie "M.W. Frunse" unter der Redaktion von Generalmajor W. G. Resnitschenko, Taktik des allgemeinen Gefechts im Kernwaffenkrieg, Moskau 1966, in der deutschen Übersetzung: Deutscher Militärverlag, Berlin 1971
- Autorenkollektiv des Lehrstuhls Geschichte der Kriege und der Kriegskunst an der Militärakademie "M.W.Frunse" in Zusammenarbeit mit Militärhistorikern der Militärakademie der Panzertruppen "R.J.Malinowski", unter der Hauptredaktion von Marschall der Sowjetunion I. Ch. Bagramjan, Geschichte der Kriegskunst, Originalausgabe Moskau 1970, in der deutschen Übersetzung Deutscher Militärverlag Berlin, 3., berichtigte Auflage, 1982
- Autorenkollektiv des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR unter Leitung von Generalmajor Prof. Dr. R. Brühl, Armee für Frieden und Sozialismus - Geschichte der Nationalen Volksarmee, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik (VEB), Berlin 1985
- Autorenkollektiv unter der redaktionellen Leitung von Generalleutnant Prof. Dr. W. G. Resnitschenko, Taktik, Moskau 1987, in der deutschen Übersetzung: Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik (VEB), Berlin 1988
- Autorenkollektiv unter Leitung von Marschall der Sowjetunion W. D. Sokolowski, Militärstrategie, Moskau 1963, 2. berichtigte und ergänzte Auflage, in der deutschen Übersetzung, Deutscher Militärverlag Berlin 1965

- Axen, H., Patriotismus und Internationalismus im Kampf unserer Zeit, in: Einheit 11/12-88, 43. Jg./1988, S. 965-971
- Backerra, M., NVA - Ein Rückblick auf die Zukunft. Zeitzeugen berichten über ein Stück deutscher Militärgeschichte, Köln o.J. (1993)
- Bahr, E. / Voigt, K. D. / Bülow, A. von, Materialien „Europäische Sicherheit 2000“, Überlegungen zu einem Gesamtkonzept für die Sicherheit Europas aus sozialdemokratischer Sicht, Bonn, 19. Juni 1989
- Bahr, E., Sicherheit für und vor Deutschland. Vom Wandel durch Annäherung zur europäischen Sicherheitsgemeinschaft, München 1991
- Bahrman, H. / Links, C., Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989, Berlin
- Bald, D. (Hrsg.), Die Nationale Volksarmee – Beiträge zu Selbstverständnis und Geschichte des deutschen Militärs von 1945 – 1990. Baden-Baden 1992
- Bald, D. / Brühl, R. / Prüfert, A., (Hrsg.), Nationale Volksarmee - Armee für den Frieden, Baden-Baden 1995
- Bald, D., Militär im Nachkriegsdeutschland - Bundeswehr und Nationale Volksarmee, in: ders. (Hrsg.), Nationale Volksarmee - Armee für den Frieden ... , a. a. O., S. 115 – 138
- Basler, H. H., Das operative Denken in der NVA, in: D. Farwick (Hrsg.), Ein Staat - Eine Armee. ... a. a. O., S. 58-80
- Beck, U., Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986
- Bender, P., Ein Magnet, stärker als die Macht, in: DIE ZEIT, 45. Jg., v. 16. 2. 1990
- Bender, P., Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau zum Moskauer Vertrag, München 1986
- Benjowski, K. / Gonnermann, B., SAFE. Entmilitarisierung ? Dimensionen und Perspektiven. Beiträge H. 1, Berlin 1990 (Brandenburgisches Verlagshaus)
- Berger, H., Anforderungen an Offiziere in Führungsorganen bei der Führung von Flottenkräften unter Friedensbedingungen, in: Militäarakademie "Friedrich Engels", Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz am 9. Juni 1987, S. 88 – 97
- Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED, Mit dem Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen, Berichterstatte: Genosse Erich Honecker, Dietz Verlag, Berlin 1988
- Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berichterstatte: Genosse Erich Honecker, Dietz Verlag Berlin, 1972
- Beschloss, M. / Talbot, S., Auf höchster Ebene: Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989 – 1991, Düsseldorf 1994
- Beyme, K.v., Das politische System der Bundesrepublik Deutschland nach der Vereinigung, München 1991

- Beyme, K.v., Die politische Elite, 2. Auflage, München 1974
- Böhme, W., Vom Anfang bis zum Ende – Vom Dienst in den Luftstreitkräften / Luftverteidigung, in: M. Backerra, NVA..., a.a.O., S. 127-148
- Bomdsdorf, F. / Adomeit, H., Das "neue Denken"; Grundzüge und Verwirklichung, in: H. Adomeit, H. Höhmann, G. Wagenlehner (Hrsg.), Die Sowjetunion unter Gorbatschow, Stuttgart/Berlin/ Köln 1990, S. 267 – 295
- Böttger, E., Wie wirkt die Partei für Spitzenleistungen ? in: Einheit 10-88, 43. Jg., 1988, S. 947-950
- Brauch, H. G., (Hrsg.), Vertrauensbildende Maßnahmen und Europäische Abrüstungskonferenz, Gerlingen 1986
- Bredow, W. von, Perzeptionsprobleme. Das schiefe DDR-Bild und warum es bis zum Schluß so blieb, in: Deutschland Archiv, 24. Jg. 1991, H. 2, S. 147-154
- Bremer Symposium über DDR- und Deutschlandforschung, in: Deutschland Archiv, 23. Jg. 1990, H. 12, S. 1863-1873
- Brühl, R., "Staatsbürger in Uniform". Eine ostdeutsche Sicht. In: Bald, D. / Prüfert, A. (Hrsg.), Vom Krieg zur Militärreform, a. a. O., S. 75 – 93
- Brühl, R., Die nationale Volksarmee der DDR. Anmerkungen zu ihrem Platz in der Geschichte, in: D. Bald (Hrsg.), Nationale Volksarmee - Armee für den Frieden, Beiträge zu Selbstverständnis und Geschichte des deutschen Militärs 1945 - 1990, Baden-Baden, 1995, S. 13 – 36
- Bruns, W., Bilanz und Perspektiven des KSZE-Prozesses, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/88, S. 27-38
- Bruns, W., Von der Deutschlandpolitik zur DDR-Politik? Prämissen. Probleme. Perspektive, Opladen 1981
- Bühl, W. L., Evolution und Revolution, München 1973
- Bush, G./ Scowcroft, B., A World Transformed, New York 1999
- Bush, G., All the best, George Bush, My life in letters and other writings, New York 2000
- Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit 1989/90, München 1998
- Das SPD-SED-Papier -Trotz allem - hilfreich, Das Streitkultur-Papier von SPD und SED - Fünf Jahre danach. Eine Stellungnahme der Grundwertekommission, in: Deutschland Archiv, 25. Jg. 1992, H. 10, S. 1100-1108
- Datschitschew, W., Die Wechselwirkungen der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der Sowjetunion im Zeitraum 1970-1989, Deutschland Archiv 26. Jg., H. 12, S. 1460-1470
- Davies, R. W., Perestroika und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie, München 1991
- Deim, H. W., Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages, in: M. Backerra, NVA ... a. a. O., S. 311-331

Deim, H. W., Ausführungen vor dem Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestages, 7. März 1990, in: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuß, ..., a.a.O, Protokoll Nr. 43, Anlage zum Protokoll der 43. Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle am 07.03. 1990

Der Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1985. Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1985

DER SPIEGEL, "Chinesische Lösung" - Wollten "Stasi"-Leute ein Blutbad unter Demonstranten provozieren?, in: DER SPIEGEL, 43. Jg., Nr. 51/1989, S. 42 ff

DER SPIEGEL, "Enormer Schaden für Moskau" – Eine sowjetische Denkschrift über die Honecker-DDR: Gefahr für die "Lebensgrundlagen der UdSSR", in: DER SPIEGEL, 44. Jg., Nr. 6/1990, S. 142-158

DER SPIEGEL, "Rowdyhafte Zusammenrottung", 44. Jg., Nr. 7/1990, S. 98 ff

DER SPIEGEL, "Ein Trümmerhaufen der Gefühle" - Die Nationale Volksarmee der DDR: aufsässige Soldaten und verängstigte Offiziere, in: DER SPIEGEL, 44. Jg., Nr. 10/1990, S. 34 – 48

DER SPIEGEL, "Kleinkrämer in Uniform. Die Übernahme der Nationalen Volksarmee ist von Bonner Militärs schon im Detail geregelt", in: DER SPIEGEL, 44. Jg., Nr. 35/1990, S. 27 f

DER SPIEGEL, "Schwer zu verdauen. Ohne Begeisterung übernimmt die Bundeswehr die NVA. Minister Stoltenberg weiß noch nicht, wie viele neue Soldaten unter seinem Kommando stehen", in: DER SPIEGEL, 44. Jg., Nr. 41/1990, S. 32-37

DER SPIEGEL, "Triumphieren nicht gelernt". Der Schriftsteller Martin Walser über die Intellektuellen und die deutsche Einheit, in: DER SPIEGEL, 44. Jg., Nr. 41/1990, S. 291-300

DER SPIEGEL, SPIEGEL-Serie, Die Falin-Memoiren, Tanz um Deutschland, Die Memoiren des Moskauer Deutschland-Politikers Walentin Falin, in: DER SPIEGEL, 47. Jg., Nr. 37/1993

DER SPIEGEL, SPIEGEL-Serie, Die Falin-Memoiren, Wink mit dem Zauberstab, Aus den "Politischen Erinnerungen" Walentin Falins (II): Gorbatschow und die Wiedervereinigung Deutschlands, in: DER SPIEGEL, 47. Jg., Nr. 39 / 1993

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Auf dem Weg zur deutschen Einheit: deutschlandpolitische Debatten im deutschen Bundestag, Bd. I – V, Bonn 1990

Deutscher Bundestag, Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1987, Bonn 1987

Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Auswärtiger Ausschuß, Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle, 712 - UA 1 - 2401 - Kurzprotokoll der 43. Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle am Mittwoch, dem 07. März 1990

- Deutscher Bundestag, Verteidigungsausschuß, AG „Streitkräftefragen in den neuen Bundesländern“, AG-Arbeitsunterlage Nr. 11, Bericht des BMVg – AL S zu Versorgungsfragen für Weiterverwender und ausgeschiedene ehemalige Soldaten der NVA, Bonn, 7. Juni 1991
- Diedrich, T. / Ehlert, H. / Wenzke, R. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (Hrsg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, 2., durchgesehene Auflage, Berlin 1998
- Diehl, O. / Krakau, A., Das Militärpotential des Warschauer Paktes in Europa, in: G. Wettig (Hrsg.), Die sowjetische Militärmacht, a. a. O., S. 91-135
- Diehl, O. / Krakau, A., Die Militärexperten der sowjetischen Westforschungsinstitute und die innersowjetische Strategiediskussion, in: G. Wettig (Hrsg.), Die sowjetische Militärmacht, a. a. O., S 71-90
- Djilas, M., Die neue Klasse, Wien – München 1957
- Dohlus, H., Aus dem Bericht des Politbüros an die 4.Tagung des ZK der SED, Dietz Verlag Berlin-Ost 1987
- dpa, "Alliierten-Rechte werden abgelöst". Die Übereinkunft mit Moskau im Wortlaut, in: Süddeutsche Zeitung v. 17. 7. 1990
- Ellwein, T., Politik und Planung, Stuttgart 1968
- Ellwein, T., Regieren und Verwalten, Opladen 1976
- Engelhardt, H., NVA-Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, in K. Naumann, NVA..., a.a.O., S. 129-148
- Eppelmann, R., Wendewege. Briefe an die Familie, Bonn Berlin 1992
- Falin, V., Politische Erinnerungen, München 1995
- Farwick, D. (Hrsg.), Ein Staat – eine Armee. Von der NVA zur Bundeswehr, Frankfurt/M. – Bonn, 1992
- Farwick, D., Die operative Vorbereitung des Territoriums der DDR als Teil des Kriegsschauplatzes, in: K. Naumann, NVA: Anspruch und Wirklichkeit, a.a.O., S. 249-285
- Feist, U., Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen, in: APuZG 11-12/1991, S. 21 ff
- Fingerle, S., Waffen in Arbeiterhand? Zur Rekrutierung der Offiziere der Nationalen Volksarmee, in: D. Bald, R. Brühl, A. Prüfert (Hrsg.), Nationale Volksarmee ..., a. a. O., S. 119 – 142
- Fischer, O., Vom ersten Tag an ein Staat des Friedens, in: Einheit 9/10-89, 44. Jg./1989, S. 878-883
- Forster, T. M., Die NVA. Kernstück der Landesverteidigung der DDR, Köln 1983
- Frank H., Die Westgruppe der Truppen (WGT), in: K. Naumann (Hrsg.), NVA ..., a.a.O, S. 331-350
- Frank, H., "Die GSTD - Vier Jahrzehnte Sowjettruppen in Deutschland", in "Soldat und Technik", Heft 11, November 1986, S. 622 – 639

- Fricke, K. W., MfS intern. Macht, Strukturen und Auflösung der DDR-Staats-sicherheit, Köln 1991
- Fuchs, D., Perspektiven der politischen Kultur im vereinigten Deutschland, in APuZG 32/1991, S. 35 ff
- Gall, U., Technik und Bewaffnung - Zwischen Vorrang, Mangel und Abhängig-keiten, in: M. Backerra (Hrsg.), NVA..., a.a.O., S. 285 – 307
- Gaus, G., Wo Deutschland liegt: eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983
- Geißler, R. (Hrsg.), Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen 1993
- Genscher, H.-D., Konventionelle Stabilität in Europa - Kernproblem europäischer Sicherheit, in: Frankfurter Rundschau v. 7.4.1988
- Gerster, F. / Voigt, K. D., Alternativen zur NATO?, in: Vorwärts, April 1990
- Gießmann, H.-J., Das unliebsame Erbe. Die Auflösung der Militärstruktur der DDR, Baden-Baden 1992
- Gillessen, G., Auflösen - ohne Rest, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 25. Juli 1990
- Glaeßner, G.-J., Der schwierige Weg zur Demokratie, Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit, 2., durchgesehene Auflage, Opladen 1992
- Glaeßner, G.-J., Eine "Lebenslüge" wird Wirklichkeit, in: Deutschlandarchiv, 24.Jg. 1991, H. 4, S. 403-407
- Goldbach, J., Die nationale Volksarmee – Eine deutsche Armee im Kalten Krieg, in: D. Bald (Hrsg.), Die Nationale Volksarmee, a. a. O., S. 125-138
- Gonnermann, B. / Mechtersheimer, A., Verwundbarer Frieden, Zwang zu gemein-samer Sicherheit für die Industriegesellschaften Europas, Berlin 1990 (Branden-burgisches Verlagshaus)
- Gonnermann, B. / Merkel, G., DDR ohne Waffen ?. Sicherheitspolitische Dokumente, Berlin 1990 (Brandenburgisches Verlagshaus)
- Göpel, H., Die Berlin-Operation, in K. Naumann, NVA ..., a.a.O., S. 286 – 316
- Göpel, H., III. NVA-Landstreitkräfte, in: ebda., S. 77-120
- Gorbatschow, M., Der Staatsstreich, München 1991
- Gorbatschow, M., Perestroika, Die zweite russische Revolution, Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987
- Gorbatschow, M., Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Dietz-Verlag Berlin (Ost), 2. Auflage 1988
- Gorbatschow, M., Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung, München 2000
- Greiffenhagen, M./ Greiffenhagen, S., Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, München · Leipzig 1993
- Greiffenhagen, M., Die Bundesrepublik Deutschland 1945-1990. Reformen und Defizite der politischen Kultur, in: APuZG B 1-2/91, S. 16-26
- Gysi, G. / Falkner, T., Sturm aufs Große Haus, Berlin 1990

- Habich, R., "Ein unbekanntes Land" – objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland, in: *ApuZG* 32/1991, S. 13 ff.
- Hacker, J., *Deutsche Irrtümer. Schönfärberei und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*. Berlin 1992
- Haftendorn, H., *Sicherheit und Stabilität, Außenpolitik der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluß*, München 1986
- Hager, K., *Die Geschichte und das Verständnis unserer Zeit*, in: *Einheit* 7-89, 44. Jg./1989, S. 595-610
- Hamacher, H. P., *DDR-Forschung und Politikberatung 1949-1990. Ein Wissenschaftszweig zwischen Selbstbehauptung und Anpassungszwang*. Köln 1991
- Hamann, R., *Armee im Abseits?*, Hamburg 1972
- Hamann, R., *Revolution und Evolution*, Berlin 1981
- Hamann, R. / Matthies, V., (Hrsg.), *Sowjetische Außenpolitik im Wandel, eine Zwischenbilanz der Jahre 1985-1990*, Baden-Baden 1991
- Hamann, R., *Streit um eine verkannte Reform. Ein Beitrag zur Inneren Führung*. Hamburg 1970
- Hampel, H., *Im Ministerium für Nationale Verteidigung*, in M. Backerra, a.a.a.O., S. 181-203
- Hanisch, W., *In der Tradition von Müntzer, Schanhorst, Engels und Thälmann? - Zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der NVA*, in M. Backerra, a.a.a.O., S. 255- 268
- Hanisch, W., *NVA 1990 – auf dem Weg in die "Armee der Einheit"?*, in: W. Jablonsky / W. Wünsche, *Im Gleichschritt? ...*, a. a. O., S. 271–308
- Hanisch, W., *Zur Haltung der Soldaten der DDR bei der Grenzöffnung im November 1989*, in: D.Bald / R. Brühl / A. Prüfert (Hrsg.), *Nationale Volksarmee ...*, a. a. O., S. 91-105
- Harms, K., *Im Oberkommando der Vereinten Streitkräfte*, in: M. Backerra, *NVA ...*, a. a. O., S. 333-356
- Havemann, R., *Ein deutscher Kommunist, Rückblicke und Perspektiven aus der Isolation*, Reinbek bei Hamburg 1978
- Heisenberg, W. / Lutz, D. S. (Hrsg.), *Sicherheitspolitik kontrovers. Auf dem Weg in die neunziger Jahre*, Ulm 1987
- Held, K., *Soldat des Volkes? Über das politische Selbstverständnis des Soldaten der Nationalen Volksarmee*, in: D. Bald (Hrsg.), *Die Nationale Volksarmee ...*, a. a. O., S. 65 – 78
- Held, K. / Friedrich, H. / Pietsch, D., *Politische Bildung und Erziehung in der NVA*, in: M. Backerra, *NVA – Ein Rückblick für die Zukunft. Zeitzeugen berichten über ein Stück deutscher Militärgeschichte*, S. 205 – 231
- Herspring, D. R., *Requiem für eine Armee. Das Ende der Nationalen Volksarmee der DDR*, Baden-Baden 2000

Hertle, H.-H., "Das reale Bild war eben katastrophal!". Gespräch mit Gerhard Schürer, in: Deutschland Archiv, 25.Jg. 1992, H.10, S. 1031-1039

Hertle, H.-H., Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, 7. Auflage, Berlin 1998

Hertle, H.-H. / Stephan, G.-R., (Hrsg.), Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1999

Hertle, H.-H., Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" am Beispiel der Schürer / Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, Gespräch mit Gerhard Schürer "Es wäre besser gewesen, wir wären früher pleite gegangen!" in: Deutschland Archiv, 25.Jahrgang 1992, H.2, S. 127-131

Hertle, H.-H., Der Fall der Mauer aus der Sicht der NVA und der Grenztruppen der DDR, in: Deutschland Archiv, 28. Jahrgang, September 1995, S. 901 – 919

Hertle, H.-H., Nach dem Fall der Mauer, Der Weg zur friedlichen Lösung: Anfang und Ende der Vorbereitung eines militärischen Einsatzes, Berlin , November 1994, in: Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 94

Hertle, H.-H., Staatsbankrott. Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv, 25.Jg.1992, H.10, S. 1019-1030

Hetzke K. / Land, W., Anspruchsvolle Felder für den sozialistischen Wettbewerb, in: Einheit 3-87, 42. Jg./ 1987, S. 220-225

Heyne, D., Militärische Aspekte der Sicherheit – Militärdoktrinen und ihre Umsetzung, in: IPW-Berichte, a.a.O., H. 9/88, S. 42

Hoffmann, T., Brauchen wir noch die Armee?, in: Neues Deutschland v. 28. Dezember 1989

Hoffmann, T., Das letzte Kommando – Ein Minister erinnert sich, Berlin, Bonn, Herford 1993

Hoffmann, T., Die NVA war gegen das Volk nicht einsetzbar. Interview mit dem Chef der Nationalen Volksarmee, Admiral Theodor Hoffmann, in: Berliner Zeitung v. 20. August 1990

Hoffmann, T., Künftig ein 300000 Mann starkes Bundesheer? Interview mit Verteidigungsminister Admiral Hoffmann, in: Neues Deutschland v. 24./25. Februar 1990

Honecker, E., Die nächsten Aufgaben der Partei bei der weiteren Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED, Dietz Verlag Berlin 1980, S. 21-28

Horn, G., Freiheit, die ich meine: Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete, Hamburg 1991

Hübner, W., Zwei Bündnisse und die Interessen Europas, in: Einheit 4-89, S. 342-347

- Hübner, W., Stellungnahme/Arbeitsentwurf zum 1. Entwurf der Militärdoktrin der DDR, nicht veröffentlichtes Papier, in Kopie im Besitz des Verf.
- Inglehardt, R., Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt. Frankfurt a. M./New York 1989
- Jablonsky, W., Die NVA in den Vereinten Streitkräften des Warschauer Paktes, K. Naumann (Hrsg.), NVA ..., a. a. O., S. 29-76
- Jablonsky, W. / Wünsche, W., Im Gleichschritt? Zur Geschichte der NVA, Berlin 2001
- Jäckel, H., Unser schiefes DDR-Bild. Anmerkungen zu einem noch nicht verjährten publizistischen Sündenfall, in: Deutschland Archiv, 23.Jg. 1990, H. 10, S. 1557-1566
- Jakowlew, A., Offener Schluß. Ein Reformier zieht Bilanz, Leipzig und Weimar 1992
- Japs, G., Riskanter Dialog - Das gemeinsame Ideologie-Papier von SPD und SED, in: Deutschland Archiv, 25.Jg. 1992, H.10, S. 1011-1014
- Jesse, E. / Mitter, A., Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn 1992 (Bundeszentrale für Politische Bildung)
- Joffe, J., Ein bündnisloses Europa ?, Kommentar in: Süddeutsche Zeitung v. 27. 3. 1990
- Joffe, J., Ein Gipfel für Gorbatschow, Kommentar in: Süddeutsche Zeitung v. 5. 7. 1990
- Kaiser, K., Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte, Bergisch-Gladbach 1991
- Keßler, H., Die Karten liegen auf dem Tisch; zur Erklärung des Komitees der Verteidigungsminister der teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, in: Neues Deutschland v. 30.1.1989, S. 2
- Keßler, H., "Karten auf den Tisch und anfangen", Armeegeneral Heinz Keßler, Minister für Nationale Verteidigung der DDR, in einem Gespräch mit Theo Sommer und Marlies Menge von der Hamburger Wochenzeitung "DIE ZEIT", in: Neues Deutschland v. 1./2. Oktober 1988
- Keßler, H., Neue Herausforderungen für die Sicherung von Frieden und Sozialismus, in: MW, 1989-3, S. 3-9
- Kirchbach, H. P. von, Die Einheit leben, in: D. Farwick (Hrsg.), Ein Staat ..., a.a.O., S. 138 – 169
- Kister, K., "Armee ohne Auftrag?", Kommentar in: Süddeutsche Zeitung vom 31.7. 1990
- Klages, H., Planungspolitik, Stuttgart 1971
- Klages, H., Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft. Zur Dynamik von Wertorientierungen und Ansprüchen, Frankfurt-New York 1987

Klages, H., Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelgesellschaft, Frankfurt/New York 1993

Klaus, G. / Buhr, M., (Hrsg.), Philosophisches Wörterbuch, VEB Bibliographisches Institut Leipzig

Klein, P., Das sozialistische Abrüstungskonzept im Rahmen eines umfassenden Sicherheitssystems, in: IPW-Berichte 4/88, 17. Jg., H.4, S. 1-7

Klein, P. / Lippert, E. / Meyer, G.-M., Zur sozialen Befindlichkeit von Offizieren und Unteroffizieren aus der ehemaligen Volksarmee, in P. Klein/R. Zimmermann (Hrsg.), Beispielhaft? ..., a. a. O., S. 51 – 62

Klein, P. / Zimmermann, P., (Hrsg.), Beispielhaft ? Eine Zwischenbilanz zur Eingliederung der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr, Baden-Baden 1993

Klein, T., Die Herrschaft der Parteibürokratie. Disziplinierung, Repression und Widerstand in der SED, in: APuZG B 20/96, S. 3-12

Knabe, H. (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR, Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek bei Hamburg 1989

Knabe, H., Sprachrohr oder Außenseiter? Zur gesellschaftlichen Relevanz der unabhängigen Gruppen in der DDR – Aus Analysen des Staatssicherheitsdienstes, in: APuZG B 20/96, S. 23-36

Kollektiv der Militärpolitischen Hochschule der Nationalen Volksarmee unter Leitung von Oberst Prof. Dr.sc. W. Schreiber, Positionsstudie zur sicherheits- und militärpolitischen Programmatik von Parteien und politischen Bewegungen, Militärakademie Dresden, 1990

Kollektiv des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR (Hrsg.), Die Militär- und Sicherheitspolitik der SED 1945 bis 1988. Dokumente und Materialien, Berlin 1989

Korte, K.-R., Die Folgen der Einheit, Zur politisch-kulturellen Lage der Nation, in: APuZG B 27/90, S. 29-38

Koziolek, H. / Reinhold, O., Über die schöpferische theoretische Arbeit in der politischen Ökonomie bei der Gestaltung des entwickelten Sozialismus in der DDR, in: Einheit 3-87, 42. Jg. / 1987, S. 209-219

Koziolek, H. / Reinhold, O., Aufgaben zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, S. 308-314

Koziolek, H., Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik - Kern unserer ökonomischen Strategie, in: Einheit 6-89, 44. Jg. / 1989, S. 497-503

Krenz, E., Wenn Mauern fallen, Wien 1990

KSZE. Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen. Wien 1989, CSCE/WV.1-3, Beilage 3 zu ZL. 30.581/217-5.4/89, über eine neue Generation vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen in Europa, Vorschlag der Delegationen Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Dänemarks, Frankreichs, Griechenlands, Islands, Italiens, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Portugals, Spaniens, der Türkei, des Vereinigten Königreichs

und der Vereinigten Staaten von Amerika; Vorschlag der Delegationen Bulgariens, der Deutschen Demokratischen Republik, der Tschechoslowakei und Ungarns; Vorschlag der Delegation Rumäniens

Kuczynski, J., "Wir brauchen ab und zu eine Revolution", in: Vorwärts Nr. 30, v. 23. 4. 1988

Küsters, H. J., Entscheidung für die deutsche Einheit–Einführung in die Edition, in: Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit 1989/90, München 1998, S. 21 – 236

Kunze, G., Feind und Kamerad - Zweimal "Kehrt - marsch!", in M. Backerra, NVA..., a.a.O., S. 69 – 90

Kutz, M., Militärreform in der DDR (Dokumentation), in: Führungsakademie der Bundeswehr–Fachgruppe Sozialwissenschaften (Hrsg.), Beiträge zu Lehre und Forschung, H. 12/90, 2. aktualisierte Auflage, Hamburg 1990

Lapins, W., Die Militärpolitik der UdSSR im Urteil ziviler Experten: Gewogen und für kritikwürdig befunden., Studie Nr. 38 der Abteilung Außenpolitik und DDR-Forschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1990

Lapins, W., Durch Militärreform zum Reformmilitär? Sowjetische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Wandel, Kurzpapier Nr. 44 der Abteilung Außenpolitikforschung der Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung, Bonn 1990

Lapp, P. J., Die NVA 1956-1990, in: Materialien für die Enquetekommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der DDR-Diktatur in Deutschland", 12. Wahlperiode des deutschen Bundestags, hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd. II/3, Köln 1993

Laswell, H., Die Kasernenstaats-Hypothese heute, in V.R. Berghahn (Hrsg.), Militarismus, Köln 1975

Löffler, H.-G., Gefechtsbereitschaft - das Ziel der Ausbildung, in: M. Backerra, NVA ..., a. a. O., S. 91-112

Lötsch, M., Wissenschaftliche Intelligenz - Hochtechnologien - ökonomisches Wachstum, in Einheit 4-88, 43. Jg. / 1988, S. 312-319

Maaz, H.-J., Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990

Maaz, H.-J., Psychosoziale Aspekte im deutschen Einigungsprozeß, in: ApuZG B19/1991, S. 3 ff.

Maier H. / Maier, S., Möglichkeiten einer Intensivierung des innerdeutschen Handels, in: Deutschland Archiv, 22. Jg. 1989, S. 180-191

Markus, W., Das Offizierkorps der NVA - Ein soziales Porträt, in: D. Bald (Hrsg.), Die nationale Volksarmee, a.a.O., S. 51 – 63

Markus, W., Die NVA und die Ereignisse in Polen 1980/ 81, in: A. Prüfert (Hrsg.), Die nationale Volksarmee im kalten Krieg, a. a. O., S. 101-113

Marschner, K.-H., Dienen bis zum Ende, in D. Farwick, Ein Staat – eine Armee, S. 206-234

Marx, K., Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Marx/Engels, Werke (benutzt wurde die Marx-Engels Gesamtausgabe des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag Berlin, 1977)

Maximyschew, I. F. / Hertle, H. H., Der Fall der Mauer - Vorgeschichte und Hintergründe. Eine russisch-deutsche Trilogie, Teil I, in Freie Universität Berlin/Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 93, Berlin, November 1994

Mayer, K.-U. / Diwald, M., Kollektiv und Eigensinn: Die Geschichte der DDR und die Lebensverläufe ihrer Bürger, in: ApuZG, B46/96, S. 8-17

Mayntz, R., Implementation politischer Programme, Meisenheim 1980

McNamara, R., Blindlings ins Verderben. Der Bankrott der Atomstrategie, Hamburg 1987

Meissner, B. (Hrsg.), Die "Breshnew-Doktrin". Das Prinzip des proletarisch-sozialistischen Internationalismus und die Theorie von den verschiedenen Wegen zum Sozialismus. Dokumentation, Köln 1969

Meissner, B., "Neues Denken" und sowjetische Außenpolitik, ZS "Außenpolitik", 40. Jg. 1989, S. 107-125

Meissner, B., Die inneren Voraussetzungen externer Neuorientierungen der Sowjetunion unter Gorbatschow, in: S+F Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Jg.6 H. 2, Juni 1988, S. 58-62

Meissner, B., Die Sowjetunion im Umbruch, Historische Hintergründe, Ziele und Grenzen der Reformpolitik Gorbatschows, 2. Aufl., Stuttgart 1988

Meissner, B., Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems, ZS "Osteuropa", 39. Jg. 1989, S. 603-617

Meissner, B., Politischer Systemwandel und Außenpolitik, in R. Hamann / V. Matthies (Hrsg.), Sowjetische Außenpolitik ..., a. a. O.

Meuschel, S., Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt am Main 1992

Meuschel, S., Wandel durch Auflehnung. Thesen zum Verfall bürokratischer Herrschaft in der DDR, in: Deppe, R. / Dubiel, H. / Rödel, U., Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt am Main 1991

Meyer, G., Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, Tübingen 1991

Militärakademie "Friedrich Engels" unter Leitung von Wolfgang Scheler (Hrsg.), Frieden Krieg Streitkräfte, Berlin 1989 (Militärverlag der DDR)

Miller, R., Die arbeitenden Menschen - Herr ihrer Geschicke, in: Einheit 7-89, 44. Jg./1989, S. 618-623

Ministerium für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Militärlexikon, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 2. Auflage, Berlin 1973 (auch 1971)

- Ministerium für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik (Hrsg.), Handbuch Militärisches Grundwissen, Deutscher Militärverlag, o. J., 2. Auflage
- Mittag, G., Hohe Leistungen aller Kombinate auf dem Weg zum XII. Parteitag, in: Einheit 4-89, 44. Jg. / 1989 S. 299-307
- Mittag, G., In der Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik finden revolutionäre Kampftraditionen Erfüllung, in: Einheit 11/12-88, 43. Jg. / 1988, S. 1006-1011
- Modrow, H. (Hrsg.), Das Große Haus, o. Ortsangabe 1994 (edition ost)
- Modrow, H. und Autorenkollektiv, Zwei Staaten – Zwei Paktsysteme und ihre Grenze: Geschichte – Standpunkte - Dokumente, Berlin 1992 [zu beziehen über PDS – Parteivorstand Berlin (im Besitz des Verf.)]
- Modrow, H., Aufbruch und Ende, Hamburg 1991
- Moniac, R., Schon im Oktober findet Gelöbnis des neuen Kommandos Ost statt, in: DIE WELT v. 11. 9. 1990
- Mühle, K.-D., Positionen westeuropäischer Parteienbünde zu Fragen der Sicherheitspolitik, in: IPW-Berichte 11/88, 17. Jg., H. November 1988, S. 20–27
- Mutz, R., Konventionelle Abrüstung in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland und MBFR, Baden-Baden 1984
- Naschold, F. / Väth, W., Politische Planungssysteme, Opladen 1973
- Neubert, E., Motive des Aufbruchs, in: H. Knabe (Hrsg.), a.a.O., S. 141 – 155
- Niemann, H., Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993
- OECD WIRTSCHAFTSBERICHTE DEUTSCHLAND, Deutsche Übersetzung der in englischer und französischer Sprache von der OECD veröffentlichten Originalausgabe, Paris 1991
- Opitz, H., Der Mensch in unserer Weltanschauung, in: Einheit 7-89, 44. Jg. / 1989, S. 611-617
- Pappi, F. U., Wahrgenommenes Parteiensystem und Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland. Zur Interpretation der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, in: APuZG B 44/91, S. 15-26
- Parsons, T., The System of Modern Societies, Englewood Cliffs N.J. 1971
- Perdelwitz, W., Weg damit! Der Ostblock zerfällt, Deutschland steht vor der Vereinigung. Die Zeichen in Europa stehen auf Abrüstung. Doch den Militärs der NATO fällt es schwer, von alten Strategien und teuren Rüstungsprojekten Abschied zu nehmen. ..., in: STERN v. 22. Februar 1990, S. 22-37
- Peter, M., SPD-Politik: Von der Abschreckung zur Sicherheitspartnerschaft, in: IPW-Berichte 11/88, 17. Jg., H. November 1988, S. 15–19
- Petersen, P. A. / Trulock, N., Gleiche Sicherheit: Größere Stabilität bei niedrigerem Streitkräftenstand, in G. Wettig, Die sowjetische Militärmacht und die Stabilität in Europa, a.a.O., S. 137-168

Pöschel, G., Seefahrt macht frei! Leider nicht immer... Über die Volksmarine der NVA, in: M. Backerra, NVA ..., a.a.O, 149-177

Presseservice der SPD, Nr. 87/1990 v. 23. 2. 1990

Priewe, J. / Hickel, R., Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Frankfurt am Main 1991

Prüfert, A. (Hrsg.), Die nationale Volksarmee im kalten Krieg. Militärisches Denken und Handeln an Schnittpunkten des kalten Krieges. Zur Rolle der NVA in internationalen Krisen- und Konfliktsituationen. (Wissenschaftliches Seminar vom 13.-15.Juni 1994), Bonn 1995

Rachel, G., Sozialdemokratische Positionen zur Demokratie in den 80er Jahren. IPW-Berichte 4/88, 17. Jg., H. 4, S. 16-22

Radtke, G. R., Der Mensch in der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: Einheit 9-88, 43. Jg. / 1988, S. 787-793

Reeb, H.-J., Deutsche Armeen in Ost und West. Betrachtungen zur Militärreform der Nationalen Volksarmee im Vergleich zur Inneren Führung der Bundeswehr anhand ausgewählter Dokumente, Arbeitspapier, hrsg. V. Zentrum Innere Führung, Koblenz im Juni 1990

Reeb, H.-J., Reformen im Militär der DDR – Gründe, Verlauf und Schwerpunkte, Perspektiven für Gesamtdeutsche Streitkräfte, Manuskript im Auftrag des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Zentrum Innere Führung der Bundeswehr, Koblenz im August 1990

Reich, J., Warum ist die DDR untergegangen? Legenden und sich selbst erfüllende Prophezeiungen, in: APuZG, B46/96, S. 3-7

Reich, J., Wissenschaft und Politik im deutschen Einigungsprozeß, in: APuZG B9/91, S. 29-36

Reinhold, O. Auf der Suche nach den besten Lösungen, in: Einheit 11-89, 44. Jg./ 1989, S. 984-989

Reinhold, O., Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Gespräch mit dem Chefredakteur der "Einheit", M. Banaschak, in: Einheit 9-87, S. 771-780

Reinhold, O., "Wir werden Gorbatschow nicht kopieren", in: Vorwärts Nr. 30, v. 23.4.1988

Reinhold, O., Erfolgreiche Gesellschaftsstrategie der SED, in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Sozialismus in der DDR 2000, a. a. O., S. 7-23

Reinhold, O., Sozialismus und Leistungsgesellschaft, in: Einheit 8-89, 44. Jg./1989, S. 700-706

Reinhold, O., Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Einheit 9-87, 42. Jg./ 1987, S. 771-780

Reinhold, O., Zur Gesellschaftskonzeption der SED, in: Einheit 6-89, 44. Jg./1989, S. 483-489

- Reißig, R. / Berg, F., Der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt in unserer Zeit, in: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Sozialismus in der DDR 2000, a. a. O., S. 60-77
- Reitz, U., "Ein langer Weg zu einer deutschen Armee", in: DIE WELT v. 2. August 1990
- Reuth R. G. / Bönte, A., Das Komplott - Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam, München 1993
- Rühl, L., Militärische Vereinigung – eine staatspolitische Aufgabe, in: Der Mittler-Brief, 5. Jg. Nr. 4, 4. Quartal 1990, S. 1-8
- Rühle, H., "Wer bricht hier wem den Hals?" – Bundeswehr und NVA, Kommentar in: Süddeutsche Zeitung v. 7. 8. 1990
- Schabowski, G., Das Politbüro - Ende eines Mythos, Reinbek bei Hamburg, 1991
- Schabowski, G., Der Absturz, Berlin 1991
- Scharpf, F. W., Planung als politischer Prozeß, Frankfurt/M. 1973
- Schatz, H., Regierungs- und Verwaltungshandeln unter den Bedingungen moderner Industriegesellschaften, Bad Homburg 1972
- Schäuble, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991
- Schewardnadse, E., Die Zukunft gehört der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1991
- Schliwa, H., "...je reicher sich die Individualität entfaltet", in: Einheit 7-89, 44. Jg. 1989, S. 624-637
- Schmidt, M., Neue Wege zur Sicherheit in den internationalen Beziehungen, in: APuZG B10/88, S. 11-26
- Schmidt, M. / Schwarz, W., Frieden als Überlebensbedingung – Die industrielle Zivilisation im Netzwerk ihrer Verwundbarkeit, in: S+F Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Baden-Baden 1989, 7. Jg., S. 206-211
- Schmidt, M. / Schwarz, W. in IPW-Berichte, a.a.O., "Neue Anforderungen an Sicherheitsdenken und Sicherheitspolitik – umfassende internationale Sicherheit als Erfordernis unserer Zeit (I), Heft 9/87; "Umfassende internationale Sicherheit – Verwirklichung aktiver friedlicher Koexistenz unter heutigen Bedingungen (II) – Komplexität des Problems der Friedenssicherung in der Gegenwart: militärische, politische, ökonomische und humanitäre Aspekte", Heft 10/87; und "Das gemeinsame Haus Europa – Realitäten, Herausforderungen, Perspektiven", Hefte 3, 9,10/ 88 ; "DDR und BRD – Sicherheitspartner im gemeinsamen Haus Europa", Hefte 3, 8 /89; "Europa unser gemeinsames Haus", in "Horizont" Heft 1/89.
- Schmidt-Häuer, C., Sieg nach der Standpauke, in: DIE ZEIT, Nr. 29 v. 13. Juli 1990
- Schönbohm, J., "Ich bin nicht Herr Eppelmann, ich bin Nachfolger von niemandem", in: Neues Deutschland v. 26. September 1990

- Schönbohm, J., Zwei Armeen und ein Vaterland: Das Ende der Nationalen Volksarmee, Berlin 1992,
- Schörken, R., Zur Ausgangslage der politischen Bildung in den neuen Bundesländern, in: APuZG B 9/91, S. 37-45
- Schorlemmer, F., Worte öffnen Fäuste. Die Rückkehr in ein schwieriges Vaterland. München 1992
- Schunke, J., Militärpolitische und -strategische Vorstellungen der Führung der NVA in der Zeit der Block-Konfrontation, in: D.Bald/R.Brühl/A.Prüfert (Hrsg.), Nationale Volksarmee, a.a.O., S. 37-56
- Schwartau, C., Produktion und Produktivität - ein Leistungsvergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1987, Bonn 1987, S. 342-402, 672-694
- Schwarz, W., Strukturelle Angriffsunfähigkeit in Europa. Erfordernisse, Konzepte, Hemmnisse, IPW-Forschungshefte, a.a.O., 24. Jg., Heft 2/1989
- Segbers, K., Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt/Main 1989; ders. (Hrsg.), Perestrojka. Zwischenbilanz, Frankfurt/ Main 1990
- Seifert, O., Die Zukunft der Armeen ?, in: iPW Berichte aus der internationalen Politik & Wirtschaft, Frankfurt/M., 1. Jg., H. 10/90, S. 25
- Spanier, T., In Erinnerung an meine Dienstzeit - 18 Monate als Wehrpflichtiger in der NVA, in M. Backerra (Hrsg.), NVA..., a.a.O., S. 27 – 42
- Stockholm International Peace Research Institute, Yearbook, 1983, Deutsche Ausgabe, Reinbek bei Hamburg 1984
- Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit -SES-, Das erste Jahr, Berlin 1990
- Teltschik, 329 Tage, Berlin 1991
- Thaysen, U., Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990
- Timmermann, H., Die sowjetische Außenpolitik im Zeichen von "neuem Denken" und Handeln, Berichte des BIOSt, H.48, Köln 1988
- "trend", "Eppelmann und Stoltenberg einig: Mehrheit der NVA-Soldaten nach dem 3. Oktober weiter im Dienst", in: "trend" 25/90
- "trend", "Abschied oder Chance? Kommandeurstagung der NVA zur Perspektive der Berufskader. Informationen zur Rede Minister Rainer Eppelmanns an die Kommandeure der Nationalen Volksarmee am 12. September 1990 in Strausberg", in: "trend" 25/90
- "trend", "Kein Grund für übereilte Schitte. Gerd Engelmann, Leiter des Personalamtes, beantwortet Fragen zum Kapitel XIX des Einigungsvertrages/"Berufssoldaten flucht "muß gestoppt werden", in: "trend" 24/90
- Uschner, M., Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates, Berlin 1995

- Uschner, M., Die roten Socken, Berlin 1995
- Uschner, M., Die Ostpolitik der SPD. Sieg und Niederlage einer Strategie, Berlin 1991
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands. –Einigungsvertrag–, Bonn, Nachdruck Goldmann Verlag, 10/90, 2. Auflage
- Vogt, W. R. (Hrsg.), Militär als Gegenkultur? Streitkräfte im Wandel der Gesellschaft, Opladen 1986
- Volk, R./T.Squarr, Zum inneren Zustand der NVA, in: D. Farwick, Ein Staat – eine Armee ..., a. a. O., S. 235-267
- Volland, M., Die führende Rolle der Partei in den Streitkräften, in: MfNV, Militärwesen, Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie, Sonderheft Januar 1988, S. 35 – 38
- Voslensky, M. S., Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion, München 1984
- Weber, H., Aufstieg und Niedergang des deutschen Kommunismus, APuZG B 40/91, S. 25-39
- Weber, H., DDR, Grundriß der Geschichte 1945-1990, Hannover 1991
- Weber, H., Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland, 1848-1990, Berlin 1991
- Weber, H.-W., Gläubigkeit, Opportunismus und späte Zweifel - Anmerkungen zu den Veränderungen im politisch-moralischen Bewußtsein des Offizierkorps der NVA, in: M. Backerra, NVA..., a.a.O, S. 43-66
- Wehler, U. (Hrsg.), Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975
- Weidenfeldt, W. (Hrsg.), Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, Köln 1993
- Weidenfeldt, W. / Korte, K. R., (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit. Frankfurt 1992
- WELT am Sonntag, Grundzüge der Vereinigung. Aus dem Vortrag eines Hardhöfen –Generals auf Kommandeurstagung der NVA, in: WELT am Sonntag v. 16. September 1990
- Wendt, H., Die deutsch-deutschen Wanderungen - Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: Deutschland Archiv, 24.Jg. 1991, H.4, S. 386-395
- Wenzel, O., Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989, Köln 1995
- Wenzke, R., Von Zustimmung bis Verweigerung. Zur Haltung der NVA-Angehörigen im August 1968, , in: A. Prüfert (Hrsg.), Die nationale Volksarmee im kalten Krieg., a. a. O., S. 89-99

Wenzke, R., Wehrmachtsoffiziere in den DDR-Streitkräften., in: D. Bald / R. Brühl / A. Prüfert (Hrsg.), Nationale Volksarmee – Armee für den Frieden, a. a. O., S. 143 – 156

Wettig, G. (Hrsg.), Die sowjetische Militärmacht und die Stabilität in Europa, Baden-Baden 1990

Wettig, G., Die Ostdimension der Sicherheitspolitik im Lichte der Politik Gorbatschows, in: S+F Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Jg.6 H. 2, Juni 1988, S. 69-72

Winkler, H. A., Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945, in: APuZG B 40/91, S. 12-24

Wünsche, W., Handlungen und Haltungen der NVA in Vorbereitung und Durchführung der Intervention gegen die CSSR durch Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages, in: A. Prüfert (Hrsg.), Die nationale Volksarmee im kalten Krieg. ... , a. a. O., S. 59-75

Zanetti, B., Der Weg zur deutschen Einheit. 9. November 1989 – 3. Oktober 1990. Mit den wichtigsten Reden, München 1991

Zapf, W., Theorien sozialen Wandels, Köln/Berlin 1969

Zilleßen, H. (Hrsg.), Die Modernisierung der Demokratie. Internationale Ansätze, Darmstadt 1993

Zeitschriften:

Im Folgenden sind die vom Verfasser häufig verwendeten periodischen Zeitschriften aufgeführt; die in den Anmerkungen verwendeten Abkürzungen stehen in den Klammern:

"Aus Politik und Zeitgeschichte". Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, hrsg. v. der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn [APuZG]

"Deutschland Archiv – Zeitschrift für deutsche Einheit / Zeitschrift für das vereinigte Deutschland", Verlag Wissenschaft und Politik, Köln. [Deutschland Archiv]

"Einheit", Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin, herausgegeben vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland. [Einheit]

"Militärwesen", Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie, herausgegeben vom Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik. [MW]

"Militärreform in der DDR. Mitteilungen•Positionen•Dokumente•Meinungen", [Militärreform]

"trend", Militär-Wochenblatt, herausgegeben vom Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR, Brandenburgisches Verlagshaus ["trend"]

Abkürzungsverzeichnis

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdW	Akademie der Wissenschaften
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
Armee	Militärische Gruppierung
Armee	Synonym für Streitkräfte
AZN	Archivzugangsnummer
BA	Bundesarchiv
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
C	Offizier innerhalb der militärischen Struktur in der Dienststellung eines Chefs
CHS	Chef des Hauptstabes
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GK-Dos	Geheime Kommandosache
GO	Grundorganisation der SED
GSSD	Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der DDR
GVS	Geheime Verschlusssache
HA	Hauptabteilung
IKOS	Institut für Konversion der Streitkräfte an der Militärakademie "Friedrich Engels", Dresden
IM	Informeller Mitarbeiter des MfS
INF	Nukleare Mittelstreckenwaffen (Intermediate Range Nuclear Forces) INF-Gespräche: Genfer Verhandlungen über die Reduzierung nuklearer Mittelstreckensysteme in Europa
IWF	Internationaler Währungsfonds
KGB	Sowjetischer Geheimdienst
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSE	Konventionelle Streitkräfte in Europa
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVP	Kasernierte Volkspolizei
LaSK	Landstreitkräfte

LSK	Landstreitkräfte
LSK/LV	Luftstreitkräfte/Luftverteidigung
LStR	Luftsturmregiment
MBFR	Verhandlungen zwischen NATO und WVO über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa
MfAV	Ministerium für Abrüstung und Verteidigung
MA	Militärarchiv
MB	Militärbezirk
MBFR	Wiener Verhandlungen über gegenseitige ausgewogene Truppenreduzierungen (Mutual Balanced Force Reductions)
MdI	Ministerium des Innern
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
Mob	Mobilmachung
MSD	Mot.-Schützendivision
MSR	Mot.-Schützenregiment
MZAP	Militärisches Zwischenarchiv Potsdam
NATO	Nordatlantik-Pakt (North Atlantic Treaty Organization)
ND	Neues Deutschland (Zentralorgan der SED)
NVA	Nationale Volksarmee
NVR	Nationaler Verteidigungsrat
Offz.	Offizier
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Partei	Synonym für die SED/kommunistische Partei
PD	Panzerdivision
PHV	Politische Hauptverwaltung
RGT	Regiment
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
Rote Armee	Sowjetische Armee

SALT	Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR zur zahlenmäßigen Begrenzung der nuklearstrategischen Waffensysteme (Strategic Armament Limitation Talks)
SaZ	"Soldat auf Zeit" (mit 2 – 15 Jahren Verpflichtung) bei der Bundeswehr
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
START	Verhandlungen über den Abbau der strategischen Waffensysteme (Strategic Arms Reduction Talks)
STASI	Staatssicherheit
STC	Stellvertreter des Chefs
STM	Stellvertreter des Ministers
Stv.	Stellvertreter
SU	Sowjetunion
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken/ Sowjetunion
VBS	Verband der Berufssoldaten in der NVA
VKSE	Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa
VM	Volksmarine
Verwaltung 2000	Abteilung der Hauptabteilung I des MfS innerhalb der NVA
VOPO	Volkspolizei
VSK	Vereinte Streitkräfte
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
WP	Warschauer Pakt/WVO
WVO	Warschauer Vertragsorganisation
WGT	Westgruppe der (sowj.) Truppen (in der DDR)/ GSSD
ZK	Zentralkomitee der SED
ZV	Zivilverteidigung

Chronik der Ereignisse zwischen Mai 1989 und dem 3. Oktober 1990

- 2. 5. 1989 Der "Eiserne Vorhang" an der österreichisch-ungarischen Grenze wird offiziell beseitigt – Beginn des Abbaus der Grenzbefestigungen, Flucht erster DDR-Bürger über diese Grenze
- 8. 8. Schließung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin für den Besucherverkehr, nachdem 131 DDR-Bürger sich dort festgesetzt haben, um ihre Ausreise in die Bundesrepublik durchzusetzen. In den bundesdeutschen Botschaften in Budapest und Prag. halten sich weitere 158 bzw. 30 DDR-Flüchtlinge auf
- 24. 8. Die DDR-Flüchtlinge in der deutschen Botschaft in Budapest erhalten die Erlaubnis zur Ausreise – mehr als 4000 DDR-Bürger sind inzwischen über die Grenze von Ungarn nach Österreich geflohen
- 4. 9. Beginn der Montagsdemonstrationen vor der Leipziger Nikolaikirche
- 11. 9. Ungarn setzt das Reiseabkommen mit der DDR außer Kraft und öffnet für die DDR-Flüchtlinge die Grenze nach Österreich – 13 000 Menschen reisen unmittelbar nach der Grenzöffnung aus
- 18. 9. Die Oppositionsgruppe "Neues Forum" stellt beim DDR-Innenministerium den Antrag, als politische Vereinigung zugelassen zu werden – der Antrag wird am 21. 9. abgelehnt und das "Neue Forum" als staatsfeindlich erklärt
- 4. 10. Ausreise von ca. 15 000 DDR-Flüchtlingen aus den Botschaften der Bundesrepublik in Prag und Warschau in Zügen über die DDR in die Bundesrepublik – dabei Unruhen in Dresden, zu deren Niederschlagung zur Unterstützung der Volkspolizei "Einsatzkommandos" der NVA gebildet werden – weitere Bereitstellung solcher Kommandos in Berlin, Leipzig, Plauen und anderen Städten der DDR bis zum 11. 11. 1989
- 7. 10. 40-jähriges "Staatsjubiläum" der DDR – Besuch des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow – schwere Ausschreitungen der Polizeikräfte gegen Demonstranten in Berlin und anderen Städten der DDR
- 9./15. 10. Die DDR-Regierung duldet in Leipzig eine Massendemonstration von 50 000, eine Woche später von 120 000 Menschen, gegen das SED-Regime und für freie Wahlen und Reisefreiheit.

- 17. 10. Sturz von E. Honecker als SED-Generalsekretär durch das Politbüro
- 18. 10. Wahl von E. Krenz zum SED-Generalsekretär durch das ZK der SED
- 24. 10. Wahl von E. Krenz zum Staatsratsvorsitzenden und Vorsitzenden des NVR durch die DDR-Volkskammer
- 4. 11. Großkundgebung in Berlin auf dem Alexanderplatz, eine Millionen Menschen demonstrieren für politische Reformen und Meinungsfreiheit– Ansprachen prominenter Redner aus dem Bereich der Kultur, von Repräsentanten der Bürgerbewegungen, aber auch von Funktionären aus Staat und Partei
- 7.-10. 11. 10. Tagung des ZK der SED – Rücktritt der Regierung Stoph, personeller Wechsel im Politbüro, Verabschiedung eines "Aktionsprogramm der SED"
- 9. 11. Öffnung der Mauer in Berlin und der Grenzen zur Bundesrepublik
- 10. 11. Alarmierung der 1. Motorisierten Schützendivision in Potsdam, vermutlich für den Einsatz in Berlin
- 13. 11. 11. Tagung des ZK der SED – Wahl von H. Modrow zum Ministerpräsidenten
- 17. 11. Regierungserklärung von Ministerpräsident Modrow – Angebot einer Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik
Admiral T. Hoffmann neuer DDR-Verteidigungsminister
- 17. 11. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und zuvor Abteilungsleiter Sicherheit im ZK der SED, W. Herger, schlägt der DDR-Volkskammer eine "Reform des Militärwesens" vor
- 20. 11. Kommandeurstagung zur Einleitung der Militärreform
- 21. 11. Einsatz der Kommission Militärreform unter Leitung von Generalleutnant Süß – Vorlage der Struktur der Militärreform am 10. 12., Inkraftsetzung am 1. 1. 1990
- 22. 11. Das Politbüro bietet den Oppositionsgruppen Gespräche am "Runden Tisch" an.
- 28. 11. Rede von Bundeskanzler Kohl vor dem Bundestag: Zehn-Punkte-Plan zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas als Perspektive, über eine Vertragsgemeinschaft zu konföderativen Strukturen und schließlich zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu kommen.

29. 11. Das Parlament der CSSR beschließt, die führende Rolle der KP aus der Verfassung zu streichen; das Politbüro verspricht freie Wahlen innerhalb eines Jahres. Mit Blick darauf, daß in Polen bereits eine von Nichtkommunisten geführte Koalitionsregierung besteht und sich in Ungarn ein pluralistisches Parteiensystem gebildet und die KP sich selbst aufgelöst hat, ist die Entwicklung in der DDR vorgezeichnet:
- Streichung der führenden Rolle der SED aus der Verfassung,
 - Auflösung/Umbenennung der SED,
 - Zulassung eines Mehrparteiensystems und freier Wahlen
- 1.- 4. 12. Gipfeltreffen des amerikanischen Präsidenten Bush mit dem sowjetischen Staatsoberhaupt Gorbatschow auf Malta – beiderseitige Erklärung, man betrachte den Kalten Krieg als beendet.
1. 12. Der Führungsanspruch der SED wird aus der DDR-Verfassung gestrichen
3. 12. Rücktritt des Politbüros und des Zentralkomitees der SED
4. 12. E. Honecker und weitere Spitzenfunktionäre werden aus der SED ausgeschlossen
6. 12. Rücktritt von E. Krenz als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates – die Arbeit des Nationalen Verteidigungsrates wird eingestellt
6. 12. MfNV: – Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung von Amtsmißbrauch und Korruption in der NVA
– Beratung der Schwerpunkte der Militärreform
7. 12. Tagung des ersten (zentralen) "Runden Tisches" mit den 5 "Blockparteien" und 7 Oppositionsgruppen
- 8.-10.12. Außerordentlicher Parteitag der SED – Abrechnung mit der alten Parteiführung – Neuformierung als SED-PDS
- 16.-17.12.
- 18.12. 1. Tagung des "Runden Tisches" beim MfNV
Thema: Entwurf der Militärdoktrin der DDR
- 19.12. Gespräch von Bundeskanzler Kohl mit Ministerpräsident Modrow in Dresden

- 1. 1. 1990 Wirksamwerden der Umbesetzung der Führung im MfNV, "Streik" der NVA-Ausbildungsbasis in Beelitz
- 5. 1. Kommandeursberatung zur Lage in der NVA nach Beelitz
- 12. 1. Weitere Runde der "Wiener Verhandlungen" über konventionelle Abrüstung zwischen den NATO- und WP-Staaten
- 17. 1. Erstes offizielles Zusammentreffen von Bundeswehr-Generalinspekteur Admiral Wellershoff und dem Chef des Hauptstabes der NVA, Generalleutnant Grätz, sowie weiterer Vertreter von Bundeswehr und NVA am Rande des Seminars über Militärdoktrinen (im Rahmen der der VSBM-Verhandlungen) in Wien
- 16. 1. 1. Sitzung der Regierungskommission "Militärreform der DDR"
- 17. 1. 2. Tagung des "Runden Tisches" beim MfNV
Thema: Militärreform in den Streitkräften der DDR
- 19. 1. Kommandeurstagung zur Lage in der DDR und zur Situation in der NVA und in den Grenztruppen
- 20. 1. Gründung des "Verbandes der Berufssoldaten" (VBS) in der NVA
- 22. 1. 3. Tagung des "Runden Tisches" beim MfNV
Thema: Die Militärdoktrin der DDR
- 29. 1. Runder Tisch und Volkskammer stimmen dem Vorschlag Ministerpräsident Modrows zu, die Volkskammerwahlen auf den 18. März 1990 vorzuziehen
- 1. 2. Nach seinem Treffen mit Generalsekretär Gorbatschow in Moskau schlägt Ministerpräsident Modrow eine Konföderation der beiden deutschen Staaten mit dem langfristigen Ziel der Einheit Deutschlands vor. Modrow erklärt, die künftige Einheit Deutschlands dürfe in Europa nicht als Bedrohung angesehen werden, deshalb sei die Demilitarisierung und Neutralität Deutschlands anzustreben
- 3. 2. Gespräch von Bundeskanzler Kohl mit Ministerpräsident Modrow in Davos
- 5. 2. Eintritt der Oppositionsparteien und –gruppierungen in die "Regierung der nationalen Verantwortung"
- 6. 2. 4. Tagung des "Runden Tisches" beim MfNV
Thema: Militärpolitische Leitsätze der DDR

- 10. 2. Treffen von Bundeskanzler Kohl mit Generalsekretär Gorbatschow in Moskau – Durchbruch in der Frage der deutschen Einheit: Zusage von Gorbatschow, es sei Sache der Deutschen, den Zeitpunkt und den Weg zur Einheit selbst zu bestimmen; zu den Fragen der Sicherheit müßten noch Lösungen gefunden werden
- 13. 2. Vereinbarung von "2 + 4 – Verhandlungen" der beiden deutschen Staaten und der vier Alliierten für das Aushandeln des Verfahrens und der Bedingungen einer Vereinigung Deutschlands am Rande der Außenminister-Konferenz "Open Skies" der NATO- und WVO-Staaten in Ottawa
- 13. 2. Gespräch von Bundeskanzler Kohl mit Ministerpräsident Modrow in Bonn – der von Modrow bzw. dem "Runden Tisch" erwartete "Solidaritätsbeitrag" der Bundesrepublik in Höhe von 10 – 15 Mrd. DM wird abgelehnt
- 20. 2. 2. und zugleich letzte Sitzung der Regierungskommission "Militärreform"
- 24. 2. Treffen von Bundeskanzler Kohl mit Präsident Bush in Camp David – Einigkeit in der Frage der NATO-Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands
- 26. 2. Der "Zentrale Runde Tisch" beschäftigt sich auf seiner 14. Sitzung mit der Militärreform und der Militärpolitik der DDR - erhebliche Differenzen zu den im MfNV vertretenen Auffassungen
- 26. 2. Sowjetisch-tschechoslowakisches Abkommen zum Abzug der sowjet. Truppen aus der CSSR bis zum Juli 1991
- 27. 2. 5. Tagung des "Runden Tisches" beim MfNV
Thema: Beschluß der militärpolitischen Leitsätze und der Inhalte der Militärreform
- 2. 3. Kommandeurstagung in Strausberg – zur Lage in den Streitkräften, zur sozialen Sicherung für ausscheidende Berufssoldaten, zur Reduzierung, zu den Strukturveränderungen und zur Perspektive der NVA
- 9. 3. 6. Tagung des "Runden Tisches" beim MfNV
Thema: Wehrdienst- und Dienstpflichtgesetz, Positionsstudie zur sicherheits- und militärpolitischen Programmatik der Parteien und politischen Bewegungen der DDR
v. 28. 2. 1990.
- 10. 3. Sowjetisch-ungarisches Abkommen zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn bis zum Juli 1991

14. 3. Erste Gesprächsrunde "2 + 4" auf Beamtenebene in Bonn:
Zustimmung für die Themenbereiche
- Grenzfrage,
 - politisch-militärische Fragen,
 - Berlin-Problem,
 - Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten
- Die Forderung der UdSSR nach einem Friedensvertrag und der Vorschlag der DDR, den Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten mit dem gesamt-europäischen Prozeß zu synchronisieren sind nicht konsensfähig
18. 3. Erste freie Wahlen in der DDR – überraschender Wahlsieg der "Allianz für Deutschland" – Lothar de Maizière neuer Ministerpräsident
20. 3. 7. und letzte Tagung des "Runden Tisches" beim MfNV – Thema: Probleme der Konversion und der Abrüstung
12. 4. Regierungsbildung in der DDR mit der Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung abgeschlossen.
R. Eppelmann Minister für Abrüstung und Verteidigung – Eppelmanns Vorgänger, Admiral Hoffmann wird "Chef der NVA", die Führung der NVA liegt aber in ziviler Hand: Eppelmann stehen 3 zivile Staatssekretäre und ein ziviler Beraterstab zur Seite
19. 4. Regierungserklärung von Ministerpräsident de Maizière vor der Volkskammer – auf dem Gebiet der DDR werde es für eine Übergangszeit neben den sowjetischen Streitkräften auch weiterhin die NVA geben
27. 4. Erstes Treffen der Verteidigungsminister der Bundesrepublik und der DDR in Köln – trotz gegensätzlicher Standpunkte Vereinbarung zu erster Kontaktaufnahme zwischen beiden Armeen und zur Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen
2. 5. Kommandeurstagung der NVA – programmatische Rede Minister Eppelmanns: keine sofortige Demilitarisierung, keine NATO-Ausdehnung auf DDR-Gebiet, es wird auch nach der Vereinigung auf DDR-Territorium eine zweite deutsche Armee geben, die NVA wird weiterexistieren, solange es NATO und Warschauer Pakt gibt
4. 5. Erste offizielle Gespräche zwischen Delegationen von BMVg und NVA unter Leitung der jeweiligen Staatssekretäre Carl und Ablaß.

5. 5. Beginn der "2 + 4-Gespräche" in Bonn – Tagesordnung für die Verhandlungen:
 1. Grenzfragen;
 2. Politisch-militärische Fragen / Sicherheitsstrukturen in Europa;
 3. Berlin-Probleme;
 4. Abschließende völkerrechtliche Regelung und Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und Verantwortlichkeiten
14. 5. Bundeskanzler Kohl kündigt an, er sei entgegen früheren Aussagen offen für einen Termin Ende 1990 für gesamtdeutsche Wahlen
28. 5. Treffen des Ministers für Abrüstung und Verteidigung Eppelmann mit Bundesverteidigungsminister Stoltenberg in Strausberg – Festlegungen der "Rahmenrichtlinien" für Kontakte zwischen Bundeswehr und NVA
3. 6. In der gemeinsamen Pressekonferenz des amerikanischen Präsidenten Bush und des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow zum Abschluß von dessen Besuch in den USA widerspricht die sowjetische Seite nicht der amerikanischen Formulierung, es bestehe "volle Übereinstimmung" darin, daß die Frage der Bündniszugehörigkeit von den Deutschen selbst entschieden werden müsse.
8. 6. Treffen Bundeskanzler Kohl mit Präsident Bush in Washington – Abstimmung in den zentralen Fragen der NATO-Zugehörigkeit Deutschlands, der Truppenstärke zukünftiger deutscher Streitkräfte, der in einem souveränen Deutschland noch vorübergehend zu konzедierenden sowjetischen Truppenpräsenz in der früheren DDR
8. 6. NATO-Außenministertagung verabschiedet "Botschaft von Turnberry"
13. 6. 31. Kommandeurtagung der Bundeswehr in Fellbach – Tenor: In einem vereinigten Deutschland werde gelten "Ein Staat – eine Armee"; Gesamtdeutschland in der NATO, aber keine Verbände und Strukturen der NATO auf dem Gebiet der dann ehemaligen DDR; die Verbände in der DDR werden als Teil einer Territorialorganisation neu strukturiert; bei einem Erfolg der Wiener Abrüstungsverhandlungen werden die deutschen Streitkräfte erheblich reduziert – Generalmajor Naumann: Bei Übernahme der NVA im Falle eines Erfolgs der VKSE-Konferenz Reduzierung der NVA bei Waffen und Gerät um 100%, beim Personal um 68% auf 50 000 Mann.
22. 6. Zweite Runde der "2 + 4-Gespräche" in Ost-Berlin –

Keine Übereinkunft hinsichtlich des militärpolitischen Status Deutschlands bei einer Vereinigung – DDR-Außenminister Meckel schlägt in Europa eine militärische "Pufferzone" vor

- 1. 7. Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion
- 5. 7. Erste Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag in Berlin
- 5.- 6. 7. Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsstaaten mit der "Londoner Erklärung – Nordatlantische Allianz im Wandel":
 - Mit Deutschlands Vereinigung wird auch die Teilung Europas überwunden – die Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO ist ein unverzichtbarer Stabilitätsfaktor in Europa
 - Stärkung der politischen Komponente des Bündnisses
 - Gewaltverzichtsangebot, den WVO-Staaten wird "die Hand zur Freundschaft" gereicht
 - Entwurf einer neuen NATO-Strategie, die auf die Vorne-Verteidigung" verzichtet und die "Flexible Response" so verändert, daß Nuklearwaffen wirklich zu Waffen des letzten Rückgriffs werden
 - Institutioneller Ausbau der KSZE
- 16. 7. Treffen Präsident Gorbatschows mit Bundeskanzler Kohl: in den entscheidenden Fragen Durchbruch zur Herstellung der vollen Souveränität Deutschlands:
 - Deutschland erhält zum Zeitpunkt seiner Vereinigung die volle und uneingeschränkte Souveränität;
 - Es kann in Ausübung seiner Souveränität selbst entscheiden, welchem Bündnis es angehören will;
 - der Abzug der sowjetischen Truppen auf dem Gebiet der DDR soll innerhalb eines Zeitraums von 3 – 4 Jahren beendet sein, bis dahin werden keine Strukturen der NATO auf dieses Gebiet ausgedehnt;
 - nicht NATO-integrierte Verbände der Bundeswehr können sofort nach der Vereinigung Deutschlands auf dem Gebiet der DDR und in Berlin stationiert werden;
 - nach Abzug der sowjetischen Truppen können auf dem Gebiet der DDR und in Berlin auch NATO-assignierte deutsche Einheiten stationiert werden, nicht aber ausländische Truppen, Atomwaffen und Atomwaffenträger
 - die Truppenstärke der Bundeswehr wird im Verlauf von 3 – 4 Jahren auf 370 000 Mann vermindert
 - das vereinte Deutschland verzichtet auf Herstellung, Besitz und Verfügung von ABC-Waffen und gehört dem Nichtverbreitungsvertrag von ABC-Waffen an.

- 17. 7. Dritte Runde der "2 + 4-Gespräche" in Paris –
5-Punkte-Vereinbarung zur endgültigen Festlegung der
Oder-Neiße-Grenze als polnischer Westgrenze
- 20. 7. Vereidigung der NVA auf neuen Fahneneid
- 1. – 3. 8. Zweite Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag
- 7. 8. Befehl 28/90: alle älter als 55-jährigen Berufssoldaten
werden bis zum 3. Oktober 1990 in die "befristete
erweiterte Versorgung" (Vorruhestand) entlassen
- 11. 9. Unterredung der Verteidigungsminister Stoltenberg und
Eppelmann in St. Peter-Ording
- 17. 8. Dritte Verhandlungsrunde zum Einigungsvertrag –
abschließende Verhandlungsrunde beginnend am 20. 8.
- 20. 8. In Strausberg trifft eine Verbindungsgruppe der Bundes-
wehr von je 10 höheren Offizieren und Verwaltungs-
beamten zur "Bestandsaufnahme" bei der NVA ein
- 23. 8. Die DDR-Volkskammer beschließt den Beitritt der DDR
"zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundes-
republik Deutschland" gemäß Art. 23 GG mit Wirkung
zum 3. Oktober 1990
- 31. 8. Unterzeichnung des Einigungsvertrages durch Bundes-
innenminister Schäuble und DDR-Staatssekretär Krause
- 10. 9. Bundesverteidigungsminister Stoltenberg umreißt vor der
Presse in Bonn die Strukturen der künftigen Bundeswehr
und die Position des BMVg zur Eingliederung der Armee-
angehörigen der NVA in die Bundeswehr
- 11. 9. Treffen der Verteidigungsminister Stoltenberg und Eppel-
mann mit anschließender Pressekonferenz in Berlin
- 12. 9. Letzte Kommandeurstagung der NVA in Strausberg –
grundsätzliche Aussagen zur weiteren Perspektive der
NVA-Berufssoldaten und Zivilangestellten durch Vertreter
des BMVg
- 12. 9. Abschluß der "2 + 4-Gespräche" in Moskau –
"Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug
auf Deutschland" (Souveränitätsvertrag)
- 15. 9. Entlassung der gesamten militärischen Führungsspitze,
nochmaliger Führungswechsel im MfAA
- 28. 9. Verfügung der Entlassung der letzten noch verbliebenen
24 Generale und Admirale der NVA zum 2. Oktober
- 3. 10. Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik
Deutschland

Verzeichnis der Gesprächspartner

Bei den Gesprächspartnern aus der ehemaligen DDR beziehen sich militärischer Dienstgrad, Amts- und Funktionsbezeichnung jeweils auf den Zeitraum 1989/90, bei allen anderen auf den Zeitpunkt des Gesprächs. Telefongespräche sind mit (T) kenntlich gemacht, brieflich eingeholte Auskünfte mit (B).

Bis auf Herrn Dr. Reeb, zum Zeitpunkt des Gesprächs Major der Bundeswehr, beziehen sich alle militärischen Dienstgrade auf die Nationale Volksarmee der DDR.

Werner E. Ablaß, Staatssekretär im MfAV, 15. 10. 1991, Garmisch-Partenkirchen
Generalleutnant Klaus Baarß, stellv. Chef der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, Hauptinspekteur der NVA, Bevollmächtigter für die Militärreform im MfAV, 15. 4. 1992, Strausberg

Egon Bahr, MdB, Sicherheitspolitischer Berater im MfAV, 20. 1. 1992, Bonn

BMVg -Fü S III 1-, 20. 1. 1992 (B); -Fü S I 4-, 4. 1. 2001 (B) / 15. 1. 2001 (B) / 30. 1. 2001 (T) / 5. 2. 2001 (B)

Bundesarchiv -Militärarchiv- Freiburg, 6. 11. 2000 (B) / 18. 1. 2001 (B) / 31. 1. 2001 (T)

Professor Dr. W. Datschitschew, deutschlandpolitischer Berater Gorbatschows, 21. 5. 1992, München

Generalmajor Hans-Werner Deim, Chef der Verwaltung Gefechtsbereitschaft und Operative Ausbildung im Hauptstab der NVA, Stellvertreter des Chefs des Hauptstabes für operative Fragen, Leiter des Planungsstabes beim Staatssekretär Ablaß im MfAV, 4. 1. 1992, Strausberg; 17. 4. 1992, Strausberg

Kapitän z. See Dr. Siegfried Fischer, Militärakademie "Friedrich Engels", "Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit" (SES), Teilnehmer am Runden Tisch Militärreform, 16. 6. 1991, Berlin

Generaloberst Joachim Goldbach, Stellvertreter des Ministers f. NV, Chef Technik und Bewaffnung der NVA / Leiter der Hauptabteilung Technik und Abrüstung im MfAV, 16. 4. 1992, Strausberg

Prof. Dr. Bernhard Gonnermann, Vorsitzender des Unabhängigen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung (UIFK) / Teilnehmer am Runden Tisch Militärreform, 9. 7. 1991, Ingolstadt

Generalleutnant Manfred Grätz, Stellvertreter des Ministers f. NV, Chef des Hauptstabes der NVA, 16. 11. 1991, Strausberg

Oberstleutnant Grollmisch, Ministerium für Nationale Verteidigung, 12. 4. 1992, Berlin

Prof. Dr. Werner Hänsel, Hochschule für Ökonomie, 5. 5. 1991, Berlin

Oberst Kurt Held, Ministerium für Nationale Verteidigung, 7. 3. 1992, Gummersbach; 16. 4. 1992, Strausberg

Admiral Theodor Hoffmann, Minister für Nationale Verteidigung, 16. 4. 1992, Berlin

Generalmajor Dr. Werner Hübner, Sektorleiter in der Abteilung Sicherheitsfragen des ZK der SED, 16. 11. 1991, Berlin; 7. 3. 1992, Gummersbach; 17. 10. 1993, Berlin

Dr. Lutz Kleinwächter, "Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit" (SES), Teilnehmer am am Runden Tisch Militärreform, 11. 12. 1993, Berlin

Egon Krenz, Generalsekretär des ZK der SED, Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des NVR, 11. 10. 1993 (T)

Oberstleutnant Dietmar Landmann, Kommandeur Artillerieregiment 1; 1. 6. 1994, Potsdam

Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, stellv. Kommandeur der Militärakademie "Friedrich Engels", 6. 8. 1991, Dresden

Dr. Christian Machon, Direktor des Instituts für Konversion der Streitkräfte an der Militärakademie "Friedrich Engels", 5. 5. 1991, Berlin; 16. 6. 1992, Berlin

Prof. Dr. Manfred Müller, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Institut für Internationale Beziehungen Potsdam-Babelsberg, 15. 10. 1993, Kleinmachnow

Dr. Dagmar Pietsch, Ministerium für Nationale Verteidigung, 16. 4. 1992, Strausberg; 29. 5. 1992 (B)

Konteradmiral Prof. Dr. Günther Pöschel, Militärakademie "Friedrich Engels", 23. 3. 1996, Jever

Oberst Peter Priemer, Kommandeur 1. MSD, 1. 6. 1994, Potsdam

Major Dr. Hans-Joachim Reeb, Zentrum Innere Führung der Bundeswehr Koblenz, 7. 3. 1992, Koblenz

Dr. Walter Romberg, Beauftragter der evangelischen Kirche der DDR in Fragen der Abrüstung und Friedenspolitik, Kabinettsmitglied der Regierungen Modrow und de Maziere, 6. 5. 1990, Berlin

Oberstleutnant Dr. Wolfgang Roschlau, Bundesarchiv/Militärisches Zwischenarchiv Potsdam, 13. 4. 1992, Potsdam

Günter Schabowski, Mitglied des Politbüros, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, 17. 6. 1992, Rotenburg/Fulda

Kapitän z. See Prof. Dr. Wolfgang Scheler, Militärakademie "Friedrich Engels", "Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit" (SES), Teilnehmer am Runden Tisch Militärreform, 7. 3. 1992, Gummersbach; 27. 3. 1992 (B)

Oberst Prof. Dr. Wilfried Schreiber, Militärpolitische Hochschule Berlin-Grünau, "Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit" (SES), Teilnehmer am Runden Tisch Militärreform, 3. 3. 1990, Bernried b. Starnberg; 17. 11. 1991, Berlin

Oberst Dr. Joachim Schunke, MfNV, Sekretariat des Ministers, 17. 4. 1992, Strausberg

Dr. Wolfgang Schwarz, Leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), "Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit" (SES), 3. 8. 1991, Starnberg

Generalleutnant Prof. Dr. Hans Süß, Hauptinspekteur der NVA, Vorsitzender der Kommission Militärreform, 6. 8. 1991, Dresden

Karsten D. Voigt, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, MdB, 3. 3. 1990, Bernried b. Starnberg

Oberst Diplomingenieur Hans-Werner Weber, Ministerium für Nationale Verteidigung, 12. 12. 1993, Berlin

Dr. Gerhard Wettig, Leiter des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), 6. 1. 1992 / 31. 1. 1992 (B)